

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

*

Jahrgang 1958

INHALTSVERZEICHNIS

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Hamburg

a) nach der Heftfolge

Heft Nr. 1

Ergebnisse repräsentativer Sonderauszählungen bei der Bundestags- und Bürgerschaftswahl 1957 in Hamburg

Heft Nr. 2

Die Straßenverkehrsunfälle in Hamburg

Heft Nr. 3

Lager und Lagerbewohner in Hamburg

Heft Nr. 4

Ergebnisse landwirtschaftlicher Erhebungen in Hamburg im Jahre 1957

1. Die Bodenbenutzung
2. Die Ernte an Getreide, Hackfrüchten und Rauhfutter
3. Der Anbau von Gemüse
4. Die Gemüseernte
5. Die Obsternte

Heft Nr. 5

Wandlung der Familienstruktur und ihre Wirkung auf die Arbeit der kommunalen Verwaltung

Heft Nr. 6

Mietwohnungen und Mieten in Hamburg (Weitere Ergebnisse der Wohnungstatistik 1956/57)

Heft Nr. 7

Der öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau in Hamburg im Jahre 1956 und ein erster Überblick über das Jahr 1957

Heft Nr. 8

Die Hamburger Verkehrszählung 1956 (Zur Einführung)

Heft Nr. 9

Die Pendelwanderung zwischen Hamburg und seiner Umgebung (Verkehrszählung 1956)

Heft Nr. 10

Die Wohngebiete der Hamburger Berufstätigen und die Schwerpunkte der Erwerbstätigkeit (Verkehrszählung 1956)

Heft Nr. 11

Die Behelfsheime von 30 und mehr qm in Hamburg nach der Wohnungszählung 1956

Heft Nr. 12

Die Universität Hamburg im Spiegel ihrer Hörerzahlen

Heft Nr. 13

Regionale Mietunterschiede in Hamburg (Weitere Ergebnisse der Wohnungszählung 1956/57)

Heft Nr. 14

Die Bevölkerungsentwicklung in den Hamburger Gebietsteilen 1950 bis 1957

Heft Nr. 15

Der Hafen als Arbeitsplatz (Verkehrszählung 1956)

Heft Nr. 16

Wohnungsfehlbestand und Wohnungsbedarf in Hamburg nach der Wohnungszählung 1956/57

Heft Nr. 17

Der Wohnungsbau im Jahre 1957

Heft Nr. 18

Vieh- und Fleischgroßmarkt, Schlachtungen und Fleischverbrauch in Hamburg seit der Währungsreform 1948, im Vergleich mit früher

Heft Nr. 19

Das Hamburger Inlandsprodukt
— Die Entwicklung des Hamburger Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten von 1950 bis 1957 und des Brutto-Inlandsprodukts zu Marktpreisen von 1950 bis 1956 —

b) nach der Buchstabenfolge

(Die Ziffern geben die Nummern der Hefte und die Seitenzahl an. Die vollständigen Titel sind aus dem Verzeichnis nach der Heftfolge zu ersehen.)

Arbeitsplatzschwerpunkte 9 S. 97, 10 S. 133, 15 S. 207

Bautätigkeit 17 S. 259

Bauüberhang 17 S. 269

Behelfsheime 11 S. 155

Berufstätige 9 S. 97, 10 S. 133, 15 S. 207

Berufsverkehr 9 S. 97, 15 S. 207.

Bevölkerungsentwicklung 14 S. 199

Bodenbenutzung 4 S. 39

Brutto-Inlandsprodukt 19 S. 359

Bundestags- und Bürgerschaftswahl 1 S. 1

Einpendler 9 S. 97

Erwerbstätigkeit 9 S. 97, 10 S. 133, 15 S. 207

Familienstruktur 5 S. 53

Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus 7 S. 69

Fleischversorgung 18 S. 271

Gemüseanbau 4 S. 39

Gemüseernte 4 S. 39

Getreideernte 4 S. 39

Hackfruchternte 4 S. 39

Hafen als Arbeitsplatz 15 S. 207

Hamburger Verkehrszählung 8 S. 91, 9 S. 97, 10 S. 133, 15 S. 207

Hamburgs Fleischversorgung 18 S. 271

Hamburgs Inlandsprodukt 19 S. 359

Hochschulen 12 S. 163

Inlandsprodukt 19 S. 359

Kostenentwicklung im sozialen Wohnungsbau 7 S. 69

Lager und Lagerbewohner 3 S. 23

Landwirtschaftliche Erhebungen 4 S. 39

Massenlager 3 S. 23

Mieten 6 S. 59, 7 S. 69, 13 S. 187

Mietwohnungen 6 S. 59, 13 S. 187

Netto-Inlandsprodukt 19 S. 359

Obsternte 4 S. 39

Öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau 7 S. 69

Pendelwanderung 9 S. 97, 10 S. 133, 15 S. 207

Rauhfutterernte 4 S. 39

Schlachthof 18 S. 271

Sozialer Wohnungsbau 7 S. 69

Sozialprodukt 19 S. 359

Stimmabgabe 1 S. 1

Straßenverkehrsunfälle 2 S. 9

Studierende 12 S. 163

Unfälle 2 S. 9

Universität 12 S. 163

Verkehrsunfälle 2 S. 9

Verkehrszählung 8 S. 91, 9 S. 97, 10 S. 133, 15 S. 207

Vieh und Fleisch 18 S. 271

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 19 S. 359

Wahlen 1 S. 1

Wanderungsbewegung 14 S. 199

Wandlung der Familienstruktur 5 S. 53

Wohngebiete 9 S. 97, 10 S. 133, 15 S. 207

Wohnlager 3 S. 23

Wohnungsbau 7 S. 69, 17 S. 259

Wohnungsfehlbestand 16 S. 231

Wohnungsmieten 6 S. 59, 7 S. 69, 13 S. 187

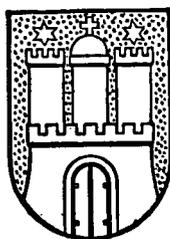
Wohnungszählung 6 S. 59, 11 S. 155, 13 S. 187, 16 S. 231

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 15. Januar 1958

Jahrgang 1958 — Heft Nr. 1



Ergebnisse repräsentativer Sonderauszählungen bei der Bundestags- und Bürgerschaftswahl 1957 in Hamburg

I. Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht der Wähler bei der Bundestagswahl am 15. September 1957

Vorbemerkung

Nach § 52 des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956 war bei der Bundestagswahl am 15. September 1957 wie bei der Wahl am 5. September 1953 in allen Bundesländern eine Statistik über die Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler unter Berücksichtigung der Stimmverteilung auf die einzelnen Wahlvorschläge durchzuführen, die nach den vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Richtlinien aus Zeit- und Kostengründen auf repräsentativer Grundlage erfolgte. In Hamburg waren von den 1314 Stimmbezirken 16 in die Stichprobe einzubeziehen, und zwar die gleichen Bezirke, die bereits bei der Bundestagswahl 1953 nach dem Zufallsprinzip ausgewählt waren. Der Repräsentationssatz betrug 1,24 vH der Gesamtzahl der Wahlberechtigten, d. h. von den insgesamt in Hamburg in den Wählerlisten zur Bundestagswahl 1957 eingetragenen 1 325 245 Wahlberechtigten sind durch die Wahlstatistik 16 429 Wahlberechtigte erfaßt worden.

Die Angaben über die Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht konnten nach der Wahl an Hand der Wählerlisten und abgegebenen Wahlscheine gewonnen werden, da in dieser Liste alle Wahlberechtigten eingetragen sind und bei jedem Wahlberechtigten vermerkt ist, ob er seine Stimme abgegeben hat oder nicht. Dabei wurden für jedes Geschlecht sieben Geburtsjahrguppen gebildet, die etwa den folgenden Altersgruppen entsprechen:

Geburtsjahrguppen	Altersgruppen
1936 bis 1933	21 bis unter 25 Jahre
1932 bis 1928	25 bis unter 30 Jahre
1927 bis 1918	30 bis unter 40 Jahre
1917 bis 1908	40 bis unter 50 Jahre
1907 bis 1898	50 bis unter 60 Jahre
1897 bis 1888	60 bis unter 70 Jahre
1887 und früher	70 Jahre und älter.

Für die Ermittlung der Daten über die Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge (Parteien) nach Geschlecht und Alter der Wähler sowie über die Kombination der Erststimmen mit den dazugehörigen Zweitstimmen wurden die Stimmzettel für Männer und Frauen und für einzelne Geburtsjahrguppen besonders gekennzeichnet. Da in kleineren Wahlbezirken eine Verletzung des Wahlheimnisses zu befürchten war, wurde hier nur nach drei Geburtsjahr-(Alters-)gruppen unterschieden, und zwar

- 21 bis unter 30 Jahre alt
- 30 bis unter 60 Jahre alt
- 60 Jahre und darüber.

Zunächst soll geprüft werden, ob die durch die repräsentative Erhebung gewonnenen Zahlen allgemeine Schlüsse auf das Ganze zulassen. Statistisch-mathematische Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes über die Sonderauszählung bei der Bundestagswahl 1953 haben ergeben, daß das Zahlenmaterial nicht nur ein Bundesergebnis, sondern auch brauchbare Ergebnisse für die Länder erbracht hat¹⁾. Können die Ergebnisse der neuen Stichprobe wiederum als repräsentativ angesehen werden? Im folgenden sind, soweit es möglich war, einige Zahlen für Hamburg insgesamt und für die 16 Auswahlbezirke gegenübergestellt:

Nach dem endgültigen Ergebnis der Wahl zum 3. Bundestag haben in Hamburg 1 185 178 Personen gewählt, d. s. 89,4 vH der Wahlberechtigten gegenüber 88,7 vH in den ausgewählten Bezirken, wobei zu berücksichtigen ist, daß aus methodischen Gründen die Briefwähler den Sonderbezirken nicht zugerechnet werden konnten. Läßt man die Brief-

¹⁾ Vgl. Ergebnisse einer Repräsentativstatistik über Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter der Wähler in „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“, Bd. 100, Heft 2.

wähler außer Betracht, so ergibt sich für Hamburg insgesamt eine Wahlbeteiligung von 88,8 vH, was so gut wie ganz der Quote aus der Stichprobe entspricht.

Die Aufgliederung der Gesamtbevölkerung im wahlberechtigten Alter nach der Bevölkerungsfortschreibung vom 31. Dezember 1956 und eine Gruppierung der Wahlberechtigten in den 16 Auswahlbezirken nach Geschlecht und Altersklassen

hat ergeben, daß der Altersaufbau dieser beiden Personenkreise zwar nicht völlig übereinstimmt — die jüngeren Altersgruppen sind in der Fortschreibung etwas stärker, die älteren dagegen etwas schwächer besetzt —, doch sind die Abweichungen gering. Man darf deshalb annehmen, daß die Ergebnisse der repräsentativen Sonderauszählung die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter ausreichend wiedergeben (vgl. Übersicht 1).

Übersicht 1

Die Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht

Altersgruppen in Jahren	Bevölkerung im wahlberechtigten Alter nach der Bevölkerungsfortschreibung (31. 12. 1956)						Wahlberechtigte in 16 Auswahlbezirken nach der repräsentativen Auszählung (15. 9. 1957)							
	Männer		Frauen		zusammen		Auf 100 Männer entfallen... Frauen	Männer		Frauen		zusammen		Auf 100 Männer entfallen... Frauen
	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH		absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH	
21 bis unter 30	107 254	18,3	114 260	15,5	221 514	16,8	106,5	1 231	17,0	1 242	13,5	2 473	15,1	100,9
30 " " 40	94 040	16,0	127 088	17,4	221 128	16,8	135,1	1 157	16,0	1 575	17,1	2 732	16,6	136,1
40 " " 50	116 259	19,8	146 509	20,0	262 768	19,9	126,0	1 284	17,8	1 778	19,3	3 062	18,6	138,5
50 " " 60	126 780	21,6	149 214	20,4	275 994	20,9	117,7	1 615	22,4	1 986	21,6	3 601	21,9	123,0
60 " " 70	83 727	14,3	116 252	15,9	199 979	15,2	138,8	1 109	15,4	1 452	15,8	2 561	15,6	130,9
70 und älter	58 538	10,0	78 911	10,8	137 449	10,4	134,8	827	11,4	1 173	12,7	2 000	12,2	141,8
Insgesamt	586 598	100	732 234	100	1 318 832	100	124,8	7 223	100	9 206	100	16 429	100	127,5

Bei einem Vergleich der Stimmabgabe der Wähler nach Parteien auf Grund der abgegebenen Zweitstimmen erscheint die SPD in der Repräsentationsauszählung mit einem etwas überhöhten Anteil, und zwar 46,7 vH gegen 44,6 vH in den Wahlbezirken insgesamt, während für die CDU 34,3 statt 36,5 vH und für die FDP 8,5 statt 9,1 vH ausgewiesen werden, wobei zu beachten ist, daß in den Ergebnissen der Stichprobe die Briefwähler nicht enthalten sind. Die Unterschiede in der Stimmabgabe der Gesamtwähler und der Wähler in den Auswahlbezirken werden jedoch geringer, wenn man auch bei der Gesamtzahl der Wähler die Briefwähler nicht berücksichtigt (vgl. Übersicht 2).

gesetzlichen Wahlvorschriften. Nach § 12 des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956 sind wahlberechtigt alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag das 21. Lebensjahr vollendet, seit mindestens drei Monaten ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Wahlgebiet haben und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Bei der Bundestagswahl 1957 betrug der Anteil der Wahlberechtigten gut drei Viertel der Gesamtbevölkerung (75,1 vH). Der bei der Gesamtbevölkerung festgestellte Frauenüberschuß — Ende des Jahres 1956 kamen auf 100 Männer 117 Frauen — ist bei den Wahlberechtigten noch weit größer; auf 100 Männer zählte man unter den Wahlberechtigten in den Sonderbezirken fast 128 Frauen. Der Grund liegt darin, daß die Frauen nur im wahlberechtigten Alter — z. T. ganz erheblich — überwiegen, während bei den jugendlichen Personen das Übergewicht bei der männlichen Bevölkerung liegt.

Übersicht 2

Die Verteilung der abgegebenen Zweitstimmen auf die Landeslisten am 15. September 1957

Parteien	Gesamtzahl der Wähler				Wähler in den 16 Auswahlbezirken	
	einschl. Briefwahl		ohne Briefwahl		absolut	vH
	absolut	vH	absolut	vH		
SPD . . .	528 645	44,6	506 286	45,6	6 803	46,7
CDU . . .	432 262	36,5	396 069	35,6	4 993	34,3
FDP . . .	108 451	9,1	99 885	9,0	1 243	8,5
DP	54 144	4,6	50 414	4,5	726	5,0
GB/BHE . .	16 757	1,4	15 674	1,4	211	1,4
BdD	4 950	0,4	4 661	0,4	79	0,5
DRP	9 050	0,8	8 462	0,8	95	0,7
Ungültige Stimmen	30 919	2,6	29 927	2,7	417	2,9
Abgeb. Stimmen zusammen	1 185 178	100	1 111 378	100	14 567	100

Die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter

Die Zahl der Wahlberechtigten und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung richtet sich nach dem Altersaufbau der Bevölkerung und nach den

In welchem Umfange haben sich nun die Männer und Frauen der verschiedenen Altersgruppen an der Wahl zum 3. Deutschen Bundestag beteiligt? Die Ergebnisse aus den 16 Stichprobenbezirken zeigen, daß die Wahlbeteiligung sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen insgesamt gesehen nur wenig voneinander abweicht, doch ergeben sich in den einzelnen Altersklassen z. T. erhebliche Unterschiede (vgl. Übersicht 3). **Der Anteil der Wähler an der Zahl der Wahlberechtigten betrug bei dem männlichen Geschlecht 88,8 vH und bei dem weiblichen 88,5 vH.** Das bedeutet, daß auf je 1000 Wahlberechtigte bei den Männern 112 und bei den Frauen 115 Nichtwähler entfielen. Es bestand also in dem Grad der Wahlbeteiligung der Männer und der Frauen praktisch kein Unterschied.

Bei den Wahlberechtigten der jüngsten Altersgruppe (21 bis unter 25 Jahre alte Personen), also vorwiegend bei den Erstwählern, ist die

Wahlbeteiligung bei beiden Geschlechtern am niedrigsten, nur 77,7 vH der männlichen und 77,5 vH der weiblichen Wähler machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Mit zunehmendem Alter nimmt das Interesse an der Stimmabgabe, wenn man von den Wählern der höchsten Altersstufen absieht, laufend zu. Bemerkenswert ist, daß in den Altersgruppen von 25 bis unter 60 Jahren der Anteil der weiblichen Wähler an der Zahl der Wahlberechtigten immer etwas höher war als der der Männer. **Die relative stärkste Wahlbeteiligung**

ergab sich bei den Frauen im Alter von 50 bis unter 60 Jahren mit 93 vH und bei den Männern im Alter von 60 bis unter 70 Jahren sogar mit fast 94 vH. Gegenüber diesem Höchststand geht die Wahlbeteiligung in den höheren Altersklassen — sei es aus Krankheitsgründen oder aus Wahlmüdigkeit — wieder zurück, doch beteiligten sich von insgesamt 1000 wahlberechtigten Männern im Alter von 70 und mehr Jahren noch 924 an der Wahl, bei den Frauen des gleichen Alters waren es 851.

Übersicht 3

Die Wähler nach dem Geschlecht und den abgegebenen Zweitstimmen in 16 Hamburger Auswahlbezirken Bundestagswahl 1953 und 1957

Altersgruppen in Jahren	Männer				Frauen				Zusammen			
	absolut		Auf 100 Wahlberechtigte kommen ...		absolut		Auf 100 Wahlberechtigte kommen ...		absolut		Auf 100 Wahlberechtigte kommen ...	
	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953
a) Wähler												
21 bis unter 25 ..	426	357	77,7	76,9	462	358	77,5	76,8	888	715	77,6	76,9
25 " " 30 ..	562	526	82,3	79,1	542	626	83,9	78,8	1 104	1 152	83,1	79,0
30 " " 40 ..	1 009	979	87,2	82,1	1 399	1 312	88,8	85,3	2 408	2 291	88,1	83,9
40 " " 50 ..	1 140	1 459	88,8	85,5	1 582	1 783	89,0	88,8	2 722	3 242	88,9	87,3
50 " " 60 ..	1 474	1 455	91,3	90,7	1 847	1 847	93,0	90,9	3 321	3 174	92,2	90,8
60 " " 70 ..	1 041	1 043	93,9	93,3	1 321	1 709	91,0	90,4	2 362	2 344	92,2	91,7
70 und darüber ..	764	716	92,4	91,3	998	996	85,1	86,0	1 762	1 712	88,1	88,2
Insgesamt	6 416	6 535	88,8	86,7	8 151	8 095	88,5	87,1	14 567	14 630	88,7	86,9
b) Nichtwähler												
21 bis unter 25 ..	122	107	22,3	23,1	134	108	22,5	23,2	256	215	22,4	23,1
25 " " 30 ..	121	139	17,7	20,9	104	168	16,1	21,2	225	307	16,9	21,0
30 " " 40 ..	148	213	12,8	17,9	176	226	11,2	14,7	324	439	11,9	16,1
40 " " 50 ..	144	248	11,2	14,5	196	225	11,0	11,2	340	473	11,1	12,7
50 " " 60 ..	141	150	8,7	9,3	139	172	7,0	9,1	280	322	7,8	9,2
60 " " 70 ..	68	75	6,1	6,7	131	138	9,0	9,6	199	213	7,8	8,3
70 und darüber ..	63	68	7,6	8,7	175	162	14,9	14,0	238	230	11,9	11,8
Insgesamt	807	1 000	11,2	13,3	1 055	1 199	11,5	12,9	1 862	2 199	11,3	13,1

Vergleicht man diese Ergebnisse mit denen der Sonderauszählung bei der Bundestagswahl 1953, so ergeben sich große Ähnlichkeiten, wenn auch die Wahlbeteiligung, im ganzen gesehen, 1953 etwas niedriger war (88,7 gegen 86,9 vH). An der Zunahme der Wahlbeteiligung sind vor allem die mittleren Jahrgänge beteiligt, während die jüngeren und älteren kaum eine Änderung aufweisen. In der Altersklasse 70 Jahre und älter ist die Wahlbeteiligung bei den Frauen leicht zurückgegangen, bei den 25- bis 40jährigen Frauen ist das Interesse an der Wahl gegenüber 1953 verhältnismäßig gestiegen.

Als Folge der hohen Wahlbeteiligung ist die Zahl der wahlberechtigten Nichtwähler kleiner geworden, ihre Zahl betrug bei der letzten Wahl rd. 140 000 gegen 156 000 Personen bei der Bundestagswahl 1953. Legt man die bei den repräsentativen Ergebnissen gewonnene Aufgliederung der Nichtwähler nach Geschlecht und Alter zugrunde (Übersicht 3), so ergibt sich, daß unter denjenigen Wahlberechtigten, die nicht gewählt haben, rd. 61 000 Männer und 79 000 Frauen waren, d. h. von 1000 Nichtwählern waren 433 Männer und 567 Frauen. Das Verhältnis ist 100 : 131 gegenüber 100 : 127 bei den Wählern und 100 : 128 bei den Wahlberechtigten.

Auf die einzelnen Altersgruppen verteilen sich die Nichtwähler, wenn man ebenfalls von der Stichprobe ausgeht, wie folgt:

Alter in Jahren	Männer		Frauen		Zusammen	
	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH
21 bis unter 30	18 200	30,0	17 800	22,4	36 000	25,7
30 bis unter 60	31 600	52,2	38 600	48,6	70 200	50,2
60 und mehr	10 800	17,8	23 000	29,0	33 800	24,1
Insgesamt	60 600	100	79 400	100	140 000	100

In dieser Zusammenstellung tritt neben der mit zunehmendem Alter abnehmenden Wahlbeteiligung der Frauen der ansteigende Frauenüberschuß deutlich hervor. Von den über 60jährigen Nichtwählern sind rd. 11 000 männlichen, aber 23 000 weiblichen Geschlechts, während in der Altersgruppe von 21 bis unter 30 Jahren, die nur wenig von Kriegsverlusten betroffen ist, die Zahl der männlichen und weiblichen Nichtwähler infolge fast gleichhoher Wahlbeteiligung und unbedeutenden Frauenüberschusses nur wenig voneinander abweicht.

Die Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter

Eine Gliederung des Materials der Sonderauszählung nach der Stimmabgabe ergibt zwischen den Wählern und Wählerinnen erhebliche Unterschiede. Die von den Männern abgegebenen Zweitstimmen entfielen mehr als zur Hälfte auf die SPD, während sich die Frauen nur zu 43 vH zu dieser Partei bekannten. Bei der nächst stärkeren Partei, der CDU, war es umgekehrt; sie erhielt von den abgegebenen Zweitstimmen der Männer 29,7 vH und denen der Frauen 37,8 vH. Bei den beiden

folgenden Parteien, FDP und DP, liegt der Anteil an den Männerstimmen wenig über dem Anteil an den Stimmen der Frauen.

Der Frauenüberschuß in der Gesamtbevölkerung macht sich besonders im wahlberechtigten Alter geltend: von 100 Wählern waren 44 Männer und 56 Frauen. Daran gemessen dürfte interessieren, daß die für die CDU abgegebenen Zweitstimmen zu fast 62 vH aus dem Kreis der weiblichen Wähler kamen, gegen 52 vH bei der SPD und 54 vH bei der FDP (vgl. Übersicht 4).

Übersicht 4

Die Wähler nach dem Geschlecht und den abgegebenen Zweitstimmen in 16 Hamburger Auswahlbezirken
Bundestagswahl 1953 und 1957

Parteien	Männer				Frauen				Anteil in vH der			
	absolut		vH		absolut		vH		Männer		Frauen	
									an den abgegebenen Stimmen			
	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953
SPD	3 263	2 641	50,9	40,4	3 540	2 944	43,4	36,4	48,0	47,3	52,0	52,7
CDU	1 909	2 017	29,7	30,8	3 084	3 184	37,8	39,3	38,2	38,8	61,8	61,2
FDP	575	673	9,0	10,3	668	744	8,2	9,2	46,3	47,5	53,7	52,5
DP	357	402	5,6	6,1	369	394	4,5	4,9	49,2	50,5	50,8	49,5
GB/BHE	92	144	1,4	2,2	119	145	1,5	1,8	43,6	49,8	56,4	50,2
BdD	33	—	0,5	—	46	—	0,6	—	41,8	—	58,2	—
DRP	57	—	0,9	—	38	—	0,5	—	60,0	—	40,0	—
KPD	—	337	—	5,2	—	258	—	3,2	—	56,6	—	43,4
Sonstige ¹⁾	—	207	—	3,2	—	182	—	2,2	—	43,2	—	46,8
Ungültige Stimmen	130	118	2,0	1,8	287	241	3,5	3,0	31,2	32,9	68,8	67,1
Abgegebene Stimmen zusammen	6 416	6 539²⁾	100	100	8 151	8 092²⁾	100	100	44,0	44,7	56,0	55,3

¹⁾ GVP und DRP. — ²⁾ Diese Zahl weicht gering (um 4 bzw. um 3 Personen) von der in der Übersicht 3 angegebenen Zahl der Wähler ab. Dieser Unterschied erklärt sich aus Differenzen zwischen der Zahl der Stimmvermerke in den Wählerlisten und der Zahl der abgegebenen Stimmzettel, die von den Wahlvorständen nicht aufgeklärt werden konnten.

Auch für die drei Altersgruppen lassen sich bemerkenswerte Abweichungen aufzeichnen. Die Männer im Alter von 21 bis unter 30 Jahren haben zu reichlich 57 vH für die SPD gestimmt, die über 60jährigen Männer hingegen zu 48,5 vH; bei den Frauen lauten die entsprechenden Daten 46,1 und 41,2 vH. Für die CDU stimmten 26 vH der jüngeren und 32 vH der älteren Männer; von den weiblichen Wählern waren es 36 bzw. 40 vH. Die FDP wurde

von den Wählern männlichen und weiblichen Geschlechts im Alter von 30 bis unter 60 Jahren etwas stärker bevorzugt als von den jüngeren und älteren Wählern. Bei der DP steigt die Stimmabgabe bei den Männern durchgehend leicht an, während bei den Frauen die Gruppe von 30 bis unter 60 Jahren mit 4,7 vH den höchsten Anteil aufweist (vgl. Übersicht 5).

Übersicht 5

Anteil der für die einzelnen Parteien abgegebenen Zweitstimmen in 16 Hamburger Auswahlbezirken nach Altersgruppen und Geschlecht der Wähler
Bundestagswahl 1953 und 1957

Parteien	Von den in den Altersgruppen																	
	unter 30			30 bis unter 60			60 und darüber			unter 30			30 bis unter 60			60 und darüber		
	insgesamt abgegebenen Zweitstimmen entfallen in vH auf die Parteien																	
	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953				
	Männer						Frauen											
SPD	57,1	42,2	50,3	38,4	48,5	43,9	46,1	35,9	44,0	36,4	41,2	36,4	41,2	36,4				
CDU	25,7	32,1	29,5	30,4	32,4	31,2	36,0	39,9	37,0	38,7	40,4	40,4	38,7	40,4				
FDP	8,1	9,3	9,4	10,7	8,5	9,9	8,3	9,4	8,5	9,5	7,6	8,5	9,5	7,6				
DP	5,2	5,8	5,6	7,0	5,8	4,5	4,0	5,2	4,7	4,9	4,3	4,7	4,9	4,3				
GB/BHE	0,7	1,9	1,7	2,4	1,4	2,0	1,5	2,1	1,5	2,0	1,3	1,4	2,0	1,3				
BdD	0,6	—	0,6	—	0,4	—	0,7	—	0,5	—	0,6	—	0,7	—				
DRP	0,9	—	1,0	—	0,6	—	0,5	—	0,4	—	0,5	—	0,5	—				
KPD	—	5,1	—	5,2	—	5,0	—	2,9	—	3,4	—	2,9	—	2,9				
Sonstige ¹⁾	—	2,5	—	3,9	—	1,7	—	2,9	—	2,4	—	1,6	—	1,6				
Ungültige Stimmen	1,7	1,1	1,9	2,0	2,4	1,8	2,9	1,7	3,4	2,7	4,1	4,1	2,7	4,1				
Abgegebene Stimmen zus.	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100				

Noch: Übersicht 5

Parteien	Von den insgesamt für jede Partei abgegebenen Zweitstimmen entfallen in vH auf die Altersgruppen											
	unter 30		30 bis unter 60		60 und darüber		unter 30		30 bis unter 60		60 und darüber	
	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953
	Männer						Frauen					
SPD	17,3	13,3	55,9	56,8	26,8	29,9	13,1	11,8	59,9	59,7	27,0	28,5
CDU	13,3	13,2	56,1	58,9	30,6	27,9	11,7	12,2	57,9	58,6	30,4	29,2
FDP	13,9	11,4	59,5	62,1	26,6	26,5	12,4	12,2	61,2	61,6	26,4	26,2
DP	14,3	11,9	56,3	67,9	29,4	20,2	10,8	12,7	61,8	59,6	27,4	27,7
GB/BHE	7,6	11,1	65,2	63,9	27,2	25,0	12,6	13,8	61,3	64,8	26,1	21,4
BdD	18,2	—	60,6	—	21,2	—	15,2	—	56,5	—	28,3	—
DRP	15,8	—	63,2	—	21,0	—	13,1	—	55,3	—	31,6	—
KPD	—	12,5	—	60,5	—	27,0	—	10,9	—	63,2	—	25,9
Sonstige ¹⁾	—	10,1	—	74,9	—	15,0	—	15,4	—	64,3	—	20,3
Ungültige Stimmen	13,1	7,6	53,8	65,3	33,1	27,1	10,1	7,1	56,8	53,5	33,1	39,4
Abgegebene Stimmen zus.	15,4	12,7	56,5	59,7	28,1	27,6	12,3	12,0	59,2	59,6	28,5	28,4

¹⁾ GVP und DRP.

Betrachtet man weiter von Partei zu Partei den Anteil der Altersgruppen an der Gesamtzahl ihrer Zweitstimmen, so kann man für die größeren Parteien feststellen, daß die jüngeren Männer — 21 bis unter 30 Jahre — bei der SPD mit 17,3 vH den höchsten Anteil haben, wogegen sie unter den Wählern der CDU nur 13,3 vH und bei der FDP 13,9 vH erreichen. Zum anderen haben CDU und DP unter ihren Wählern einen überdurchschnittlichen Anteil von Männern über 60 Jahre. Die männlichen Wähler der FDP setzen sich zu 60 vH aus den 30-bis unter 60jährigen zusammen (bei einem Gesamtdurchschnitt von 56,5 vH). Für die weiblichen Wähler finden sich die nach Altersgruppen geglie-

berten Ziffern über ihre Anteile innerhalb der einzelnen Parteien ebenfalls in der Übersicht 5.

Der Anteil der ungültigen Stimmen betrug in den Auswahlbezirken 2,9 vH. Es zeigt sich, daß bei der Stimmabgabe **die Frauen einen höheren Anteil ungültiger Stimmen als die Männer hatten und mit zunehmendem Alter der Anteil der ungültigen Stimmen zunimmt.** Inwieweit die Kombination der Stimmabgabe nach Erst- und Zweitstimmen dem Wähler Schwierigkeiten gemacht hat, kann nicht beurteilt werden.

Die Kombination der Erst- und Zweitstimmen

Nach § 4 des Bundeswahlgesetzes hatte jeder Wähler 2 Stimmen: eine Erststimme für die Wahl

Übersicht 6 Die Kombination der Erst- und Zweitstimmen in 16 Hamburger Auswahlbezirken bei der Bundestagswahl am 15. September 1957

Von den männlichen und weiblichen Wählern entschieden sich							
mit ihrer Erststimme für	mit ihrer Zweitstimme für						Insgesamt
	SPD	CDU	FDP	DP	Sonstige Wahlvorschläge	Ungültig	
a) absolute Zahlen							
SPD	6 680	54	35	8	27	134	6 938
CDU	33	4 834	66	85	29	101	5 148
FDP	23	35	1 123	3	7	21	1 212
DP	2	16	2	620	6	11	657
Sonstige Wahlvorschläge	10	12	7	2	312	11	354
Ungültig	55	42	10	8	4	139	258
Insgesamt	6 803	4 993	1 243	726	385	417	14 567
b) Verhältniszahlen							
1. Erststimmen = 100							
SPD	96,3	0,8	0,5	0,1	0,4	1,9	100
CDU	0,6	93,9	1,3	1,6	0,6	2,0	100
FDP	1,9	2,9	92,7	0,2	0,6	1,7	100
DP	0,3	2,4	0,3	94,4	0,9	1,7	100
Sonstige Wahlvorschläge	2,8	3,4	2,0	0,6	88,1	3,1	100
Ungültig	21,3	16,3	3,9	3,1	1,6	53,8	100
2. Zweitstimmen = 100							
SPD	98,2	1,1	2,8	1,1	7,0	32,2	—
CDU	0,5	96,8	5,3	11,7	7,5	24,2	—
FDP	0,3	0,7	90,3	0,4	1,8	5,0	—
DP	0,0	0,3	0,2	85,4	1,6	2,6	—
Sonstige Wahlvorschläge	0,2	0,2	0,6	0,3	81,1	2,6	—
Ungültig	0,8	0,9	0,8	1,1	1,0	33,4	—
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	—
Auf 100 Erststimmen entfallen Zweitstimmen	98,1	97,0	102,6	110,5	108,8	161,6	—

eines Wahlkreisabgeordneten und eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste. Es bestand die Möglichkeit, daß z. B. ein Wähler mit seiner Erststimme den Wahlkreisbewerber der SPD, mit seiner Zweitstimme die Landesliste einer anderen Partei gewählt hat. Ob und in welcher Weise der Wähler hiervon Gebrauch gemacht hat, ist aus der Übersicht 6 zu entnehmen.

Eine Gegenüberstellung der Zahlen von 1957 mit denen von 1953 ist nicht durchführbar, da seinerzeit in Hamburg für die Abgabe der Erststimme in den 8 Wahlkreisen zwischen den Parteien CDU, FDP und DP eine Wahlabsprache bestand. Es war jeweils in einem Wahlkreis nur ein gemeinsamer Kandidat dieser 3 Parteien aufgestellt, auf der Landesliste kandidierten die Parteien jedoch getrennt.

II. Geschlecht und Alter der Wähler bei der Bürgerschaftswahl am 10. November 1957 in Hamburg

In dem ersten Teil dieses Aufsatzes wurde untersucht, inwieweit und in welcher Richtung die wahlberechtigten Männer und Frauen bei der Bundestagswahl 1957 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Von großem Interesse ist es nun, zu wissen, wie die allgemeine politische Einstellung der Wahlberechtigten 8 Wochen nach der Bundestagswahl bei der Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft am 10. November 1957 war.

Da differenzierte Auszählungen über Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach bestimmten Merkmalen bei der Bürgerschaftswahl nicht vorgesehen waren, war es nur möglich, nach der Wahl an Hand der Wählerverzeichnisse die Wahlbeteiligung nach dem Geschlecht und dem Alter auszuführen. Auch besteht keine Möglichkeit, unter den Nichtwählern die sogenannten Dauernichtwähler, d. s. diejenigen, die bei beiden Wahlen nicht zur Wahlurne gingen, festzustellen. Es wird in Hamburg für beide Wahlen zwar eine gemeinsame Wählerliste benutzt, doch war nach der Wahl zum Bundestag gemäß § 88 der Bundeswahlordnung vom 16. Mai 1957 nach Durchführung der Wahl aus Gründen des Wahlgeheimnisses bei den Nichtwählern der gleiche Vermerk anzubringen, der bei den Wählern als Stimmabgabevermerk angebracht worden ist. Weiter sei erwähnt, daß es sich bei den folgenden Zahlen wiederum nur um einen repräsentativen Querschnitt handelt, und zwar erfolgte die Auszählung in den Stimmbezirken, die bereits bei der Bundestagswahl herangezogen wurden.

Die Teilnahme an der Wahl schwankt naturgemäß von Wahl zu Wahl je nach dem Interesse der Wahlberechtigten am Ausgang der Wahl. Bei der letzten Bundestagswahl umfaßte die Wahlbeteiligung in den 16 Auswahlbezirken 88,7 vH der Wahlberechtigten, bei der Bürgerschaftswahl nur 76,1 vH. Von diesen festgestellten Durchschnittssätzen weichen die Wahlbeteiligungsziffern in den einzelnen Altersklassen z. T. erheblich ab, wie die folgende Zusammenstellung zeigt:

Interessant ist, daß der Wähler von der Möglichkeit, seine Stimmen verschiedenen Wahlvorschlägen zu geben, nur sehr selten Gebrauch gemacht hat. Von 100 Wählern haben nämlich 94,1 vH (ausschl. der ungültigen Stimmen sogar 94,8 vH) die gleiche Parteirichtung gewählt, d. h. die Erst- und Zweitstimmen stimmen überein. Die größte Übereinstimmung der Erst- und Zweitstimmen zeigte die SPD mit 96,3 vH, die geringste die „sonstigen Wahlvorschläge“ (GB/BHE, BdD, DRP) mit 88,1 vH. Von den 5,9 vH der Wähler, die mit ihrer Zweitstimme eine andere Partei gewählt haben, kommen alle Kombinationen vor. Da sich nur etwa 6 vH der Wähler mit der Zweitstimme anders entschieden haben als mit der Erststimme, ist bei einer Verallgemeinerung des Ergebnisses der kombinierten Auszählung Zurückhaltung geboten.

Alter in Jahren	Auf je 100 Wahlberechtigte kommen Wähler	
	Bürgerschaftswahl 1957	Bundestagswahl 1957
21 bis unter 25	56,5	77,6
25 bis unter 30	62,0	83,1
30 bis unter 40	71,9	88,1
40 bis unter 50	76,3	88,9
50 bis unter 60	82,3	92,2
60 bis unter 70	84,7	92,2
70 und darüber	81,1	88,1
Insgesamt	76,1	88,7

Die bei der letzten Bundestagswahl gemachte Feststellung, daß der Wahleifer bei den Wahlberechtigten bis zum 70. Lebensjahr steigt und dann abfällt, ist auch bei der Bürgerschaftswahl deutlich zu erkennen. Am geringsten war die Wahlbeteiligung bei den Wählern im Alter von 21 bis unter 25 Jahren; hier betrug die Beteiligungsquote weniger als 57 vH, während bei den Wahlberechtigten im Alter von 60 bis unter 70 Jahren eine Beteiligung von fast 85 vH erreicht wurde.

Entsprechend der geringeren Beteiligung gegenüber der Bundestagswahl 1957 lag bei der Bürgerschaftswahl 1957 der Anteil der Wähler zwar in allen Altersklassen niedriger, doch ist unverkennbar, daß die Nichtbeteiligung in erster Linie bei den Wahlberechtigten in jugendlichen und mittleren Jahrgängen zu suchen ist. So ist die Wahlbeteiligung gegenüber der Bundestagswahl 1957 bei den 21- bis unter 25jährigen Personen von 77,6 auf 56,5 vH, bei den 40- bis unter 50jährigen von 88,9 auf 76,3 vH, dagegen bei den über 70jährigen nur von 88,1 auf 81,1 vH zurückgegangen.

Untersucht man die Wahlbeteiligung der beiden Geschlechter getrennt, so ergeben sich gegenüber den Ergebnissen früherer Wahlen keine besonderen neuen Erkenntnisse (vgl. Übersicht 7). Mit zunehmendem Alter stieg die Wahlbeteiligung wiederum bei den Männern bis zum siebzigsten

und bei den Frauen bis zum sechzigsten Lebensjahr an, um dann wieder abzufallen. Von je 1000 Wahlberechtigten im Alter von 21 bis unter 25 Jahren gingen bei der Bürgerschaftswahl nur 567 Männer und 563 Frauen zur Wahlurne; es versagten also jeweils 433 Männer und 437 Frauen der Wahl ihr Interesse.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Bundestagswahl 1957 zeigt schließlich, daß die **Wahlbeteiligung bei den männlichen Wahlberechtigten im Alter von 21 bis unter 40 Jahren stärker zurückgegangen ist als bei den gleichaltrigen Frauen, während es bei den über 40jährigen Wahlberechtigten umgekehrt war.**

Übersicht 7

Die Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht in 16 Hamburger Auswahlbezirken bei der Bürgerschaftswahl am 10. November 1957

Geburtsjahrgruppen	Altersgruppen in Jahren	Zahl der						Auf 100 Wahlberechtigte kommen Wähler		
		Wahlberechtigten			Wähler			Männer	Frauen	zus.
		Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen			
1936 bis 1933	21 bis unter 25	660	694	1 354	374	391	765	56,7	56,3	56,5
1932 „ 1928	25 „ „ 30	714	690	1 404	429	441	870	60,1	63,9	62,0
1927 „ 1918	30 „ „ 40	1 203	1 624	2 827	845	1 187	2 032	70,2	73,1	71,9
1917 „ 1908	40 „ „ 50	1 368	1 830	3 198	1 059	1 381	2 440	77,4	75,5	76,3
1907 „ 1898	50 „ „ 60	1 684	2 046	3 730	1 375	1 696	3 071	81,7	82,9	82,3
1897 „ 1888	60 „ „ 70	1 186	1 544	2 730	1 040	1 273	2 313	87,7	82,4	84,7
1887 u. früher	70 und darüber	857	1 207	2 064	744	929	1 673	86,8	77,0	81,1
Insgesamt		7 672	9 635	17 307	5 866	7 298	13 164	76,5	75,7	76,1

Die Zahl der Nichtwähler betrug bei der Bürgerschaftswahl 1957 rd. 305 000, d. s. gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten 22,7 vH, gegen 140 000 Personen bei der Bundestagswahl 1957. Unter Zugrundelegung der bei der Repräsentativstatistik ermittelten Daten gliedern sich die Nichtwähler nach dem Geschlecht und Alter wie folgt:

Alter in Jahren	Männer		Frauen		Zusammen	
	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH
21 bis unter 30	42 000	31,6	41 000	23,6	83 000	27,1
30 bis unter 60	72 000	54,1	91 000	52,9	163 000	53,4
60 und darüber	19 000	14,3	40 000	23,5	59 000	19,5
Insgesamt	133 000	100	172 000	100	305 000	100

Der große Unterschied in der Zahl der Männer und der Frauen, die sich an der Wahl nicht beteiligt haben, ist so gut wie ganz bevölkerungsstrukturell zu erklären, was schon im ersten Teil hervorgehoben worden ist; die nur kleinen Unterschiede in der Wahlbeteiligung der beiden Geschlechter haben hierauf keinen nennenswerten Einfluß. Insgesamt haben an den beiden letzten Wahlen nicht teilgenommen:

	Männer	Frauen
Bürgerschaftswahl	133 000	172 000
Bundestagswahl	60 000	79 400

H o h m a n n, Dipl.-Volkswirt

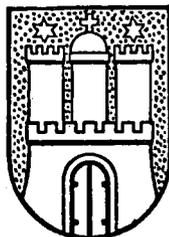
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 8. Februar 1958

Jahrgang 1958 — Heft Nr. 2



Die Straßenverkehrsunfälle in Hamburg

I N H A L T

- I. Die allgemeine Entwicklung der Verkehrsunfälle
- II. Die Unfallhäufigkeit als Folge der Verkehrsdichte
Die jahreszeitlichen Schwankungen der Verkehrsunfälle
Die Unfallhäufigkeit an Wochentagen und zu verschiedenen Tageszeiten
Die regionale Streuung der Verkehrsunfälle
- III. Die an Unfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer
Nähere Angaben über die beteiligten Kraftfahrzeugführer
- IV. Die vorläufig festgestellten unmittelbaren Unfallursachen und Umstände
Die Ursachen im einzelnen
Der Vergleich 1955 mit 1956
- V. Die Unfallfolgen
Welche Verkehrsteilnehmer sind am meisten gefährdet?
- VI. „Tempo 50“ — der entscheidende Ausweg?

In Hamburg sind auf Grund der Polizeimeldungen im Jahre 1956 36 995 Straßenverkehrsunfälle gezählt worden. Damit sind auf den täglichen Durchschnitt berechnet 101 Unfälle vorgekommen. Alle 14 Minuten ereignete sich durchschnittlich ein Verkehrsunfall.

Bei den Verkehrsunfällen des Jahres 1956 kamen in 11 995 Fällen Personen zu körperlichen Schäden.

Im Jahre 1956 sind allein 287 Menschen ums Leben gekommen oder nachher innerhalb von 30 Tagen an den erlittenen Verletzungen gestorben. Auf 1000 Unfälle kamen 8 Tote und 385 Verletzte.

Die Bilanz des vergangenen Jahres sieht noch schlechter aus. Nach einer vorläufigen Auszählung wurden 1957 bei 40 045 Unfällen 289 Menschen getötet und 15 018 verletzt.

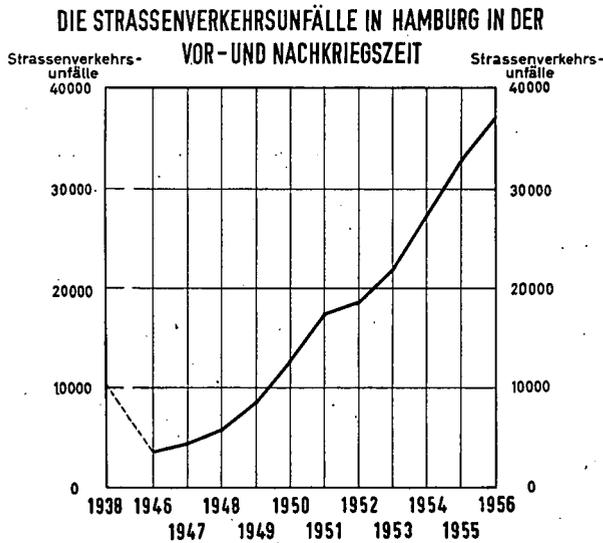
I. Die allgemeine Entwicklung der Verkehrsunfälle

In zehn Jahren — von 1946 bis 1956 — stieg die Zahl der Unfälle von 3 526 auf 36 995. Der Höchststand der jährlichen Unfälle von 36 995 im Jahre 1956 wurde 1957 — entsprechend dem bisherigen Verlauf — überschritten. Die Unfallziffer des Jahres 1946 entspricht etwa dem heutigen Monatsdurchschnitt. Die jährlichen Zuwachsraten stiegen derart, daß die Entwicklung leicht progressiven Charakter trägt. Lediglich von 1951 zu 1952 war nur eine relativ geringe Zunahme zu verzeichnen; dies mag vielleicht auf die damals in großem Um-

fang angelaufene Popularisierung der Verkehrs-erziehungsmaßnahmen zurückzuführen sein. Nach der steilen Aufwärtsentwicklung in den vorangehenden Jahren erschien die Zunahme um rd. 1 300 Unfälle geradezu wie eine Stagnation. Inzwischen schnellte die Unfallkurve weiter nach oben; die Zahl der Verkehrsunfälle von 1952 hat sich bis zum Jahre 1956 genau verdoppelt. Prognosen über den weiteren Verlauf stimmen bedenklich. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Unfallziffern weiter steigen. Es wäre schon erfreulich festzu-

stellen, wenn die Unfallhäufigkeit — angesichts der ständig steigenden Motorisierung in Hamburg — auf einem Niveau verharren würde.

Schaubild 1



Von wenigen Ausnahmen abgesehen ist an jedem Verkehrsunfall mindestens ein Kraftfahrzeug beteiligt. So können also in hohem Maße die steigenden Verkehrsunfälle auf die zunehmende Motorisierung zurückgeführt werden. Stellt man den Kraftfahrzeugbestand, die Unfälle und die Zahl der an den Unfällen beteiligten Kraftfahrzeuge einander gegenüber, ergibt sich für die Vor- und Nachkriegszeit folgendes Bild:

Übersicht 1

Kraftfahrzeugbestand, Unfälle und an Unfällen beteiligte Kraftfahrzeuge 1938 und 1946 bis 1956

Jahre	Kraftfahrzeugbestand (am Jahresende)	Unfälle	Zahl der an Unfällen beteiligten Kraftfahrzeuge
1938	83 627	10 378	13 635
1946	17 291	3 526	4 399
1947	24 179	4 361	5 909
1948	35 905	5 841	8 140
1949	53 288	8 877	12 974
1950	70 094	12 691	18 659
1951	83 511	17 196	25 283
1952	97 778	18 473	27 109
1953	113 495	21 875	32 451
1954	129 165	27 379	42 211
1955	143 734	32 721	51 025
1956	164 386	36 995	58 561

Dies mag zunächst als grobe Übersicht dienen. Gewisse Ungenauigkeiten ergeben sich dadurch, daß etwa ein Siebentel aller Kraftfahrzeuge, die in Unfälle verwickelt waren, von außerhalb kamen. Für den engeren Zusammenhang zwischen Motorisierung und Verkehrsunfällen mag im folgenden die Zahl der zugelassenen Fahrzeuge die Berechnungsgrundlage bilden; analog dazu sollen die Verkehrsunfälle am Rande bleiben, bei denen kein Kraftfahrzeug beteiligt war.

Somit kamen auf 1000 zugelassene Kraftfahrzeuge im Jahre 1946 222, 1950 203 und 1956 245 Unfälle, an denen Kraftfahrzeuge beteiligt waren

10 *Maximum wird nicht 1938 mit 1950 über 1951 noch höher (gleicher Faktor aber jeft. im fortgeführten Verlauf!)*

— im folgenden kurz als Kraftfahrzeugunfälle bezeichnet.

Übersicht 2

Zugelassene Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeugunfälle und unfallbeteiligte Kraftfahrzeuge 1946 bis 1956

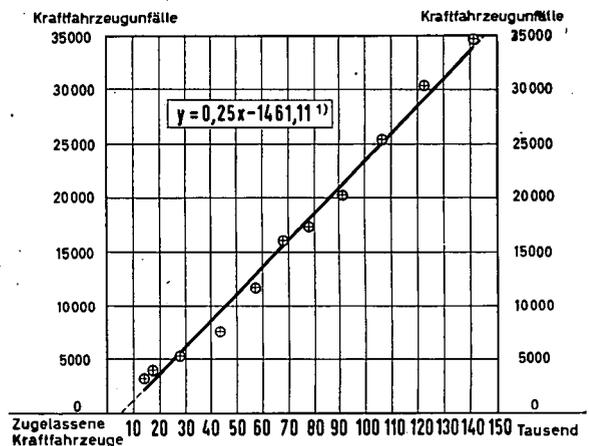
Jahre	Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge (im Verkehr befindlich) ¹⁾	Zahl der Unfälle, an denen Kraftfahrzeuge beteiligt waren	Zahl der Kraftfahrzeuge, die an nebenstehenden Unfällen beteiligt waren
1946	14 049	3 115	4 399
1947	17 471	3 956	5 909
1948	27 996	5 366	8 140
1949	43 386	8 248	12 974
1950	57 567	11 685	18 659
1951	68 632	15 905	25 283
1952	77 819	17 139	27 109
1953	90 183	20 087	32 451
1954	106 291	25 324	42 211
1955	122 602	30 291	51 025
1956	140 993	34 559	58 561

1) Jahresmitte.

Stellt man die Beziehung zwischen dem jeweiligen Bestand an zugelassenen Kraftfahrzeugen und den jährlichen Kraftfahrzeugunfällen graphisch dar¹⁾, indem man horizontal den Kraftfahrzeugbestand und vertikal die jährlichen Unfälle abträgt, zeigt sich auf lange Sicht eine fast lineare Beziehung der beiden Reihen. Daneben lassen sich Schwankungen ablesen. So war in Hamburg bis zu einem Fahrzeugbestand von rd. 25 000 eine leicht überproportionale Entwicklung der Unfälle festzustellen. Nach der Erhöhung des Bestandes an zugelassenen Kraftfahrzeugen von rd. 25 000 auf rd. 105 000 nahmen die Kraftfahrzeugunfälle unterproportional zu. Darüber hinaus wirkte sich jede weitere Zunahme an Kraftfahrzeugen überproportional bei den Unfällen aus.

Schaubild 2

DIE JÄHRLICHEN KRAFTFAHRZEUGUNFÄLLE IN ABHÄNGIGKEIT VOM BESTAND AN ZUGELASSENEN KRAFTFAHRZEUGEN



1) x = Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge, y = Kraftfahrzeugunfälle eines Jahres. Die Formel $y = 0,25x - 1461,11$ gibt an, wie sich die Zunahme an Kraftfahrzeugen bei der Unfallentwicklung auswirkt. Sie wurde nach der Methode der kleinsten Quadrate errechnet, bei der die Summe der zum Quadrat erhobenen Abweichungen zwischen Trend und Ursprungswerten so klein wie möglich ist.

Allgemein läßt sich an Hand des Schaubildes 2 aufzeigen, daß bisher mit dem zuneh-

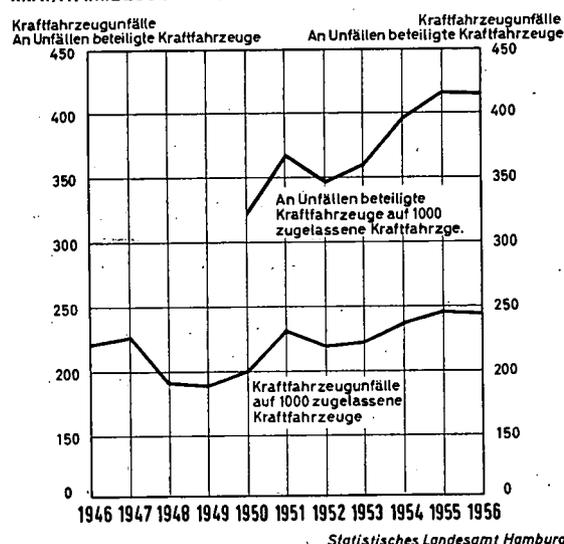
1) Vgl. hierzu Schaubild 2.

menden Bestand an Kraftfahrzeugen auch die Zahl der Kraftfahrzeugunfälle stieg, sodaß für die Zukunft bei stärker werdender Motorisierung mit weit höheren Unfallziffern gerechnet werden muß. Betrachtet man den gesamten Zeitraum von 1946 bis 1956, so ergibt sich, daß ein Anwachsen des Bestandes an zugelassenen Kraftfahrzeugen um 1000 im Durchschnitt 266 Kraftfahrzeugunfälle pro Jahr zur Folge hatte. Dieser Durchschnittswert wurde in den Jahren 1955 und 1956 überschritten, sodaß sich für die jüngste Zeit eine überproportionale Entwicklungsrichtung abzeichnet.

Noch deutlicher wird das Bild bei der Unfallhäufigkeit der Kraftfahrzeuge. Hier stehen die in Unfälle verwickelten Fahrzeuge dem Bestand an zugelassenen Kraftfahrzeugen gegenüber. Im Jahre 1950 waren von 1000 zugelassenen Kraftfahrzeugen 324 an Unfällen beteiligt, 1956 waren es 415. Wie aus dem Schaubild 3 hervorgeht, ist neben der stärker gewordenen Motorisierung die Zahl der Unfälle überhaupt, aber auch die Unfallhäufigkeit der Kraftfahrzeuge gestiegen.

Schaubild 3

KRAFTFAHRZEUGUNFÄLLE UND AN UNFÄLLEN BETEILIGTE KRAFTFAHRZEUGE AUF 1000 ZUGELASSENE KRAFTFAHRZEUGE



II. Die Unfallhäufigkeit als Folge der Verkehrsdichte

Es wäre verfehlt, die gestiegene Unfallhäufigkeit allein auf die Entwicklung der Motorisierung zurückzuführen. Zwischen Motorisierung und Verkehrsunfällen besteht erst über die Verkehrsdichte ein logischer Zusammenhang. Die Verkehrsdichte wird zweifellos in erster Linie durch die Motorisierung beeinflusst. Erhöht sich der Bestand an Fahrzeugen, schwillt auch der Fahrzeugstrom auf den Straßen an. Dieses Anschwellen der Verkehrsfrequenz wird aber um so spürbarer, je mehr sich der Verkehr auf bestimmte Verkehrsgebiete konzentriert. Hinzu kommt, daß sich ein Zuwachs von beispielsweise 1000 Kraftfahrzeugen bei einem bereits saturiertem Zustand weit stärker auf die Verkehrsdichte auswirkt als bei einem niedrigen Fahrzeugbestand. Die steigende Motorisierung braucht somit nicht nur einen proportionalen Anstieg der Verkehrsfrequenz zur Folge zu haben.

Die Verkehrshäufigkeit der Kraftfahrzeuge — gemessen an Verkehrsdichten und -mengen — ist in den vergangenen Jahren in der Innenstadt wie auch überhaupt an den kritischen Verkehrspunkten in Hamburg überproportional zu der Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes gestiegen¹⁾. Dies läßt sich im wesentlichen auf drei Ursachen zurückführen:

1. Der augenblickliche Kraftfahrzeugbestand steht in einem überhöhten Verhältnis zu der Kapazität der Verkehrsstraßen. Der Straßen- und Parkplatzbau konnte mit der Entwicklung der Motorisierung nicht Schritt halten. Bei dem jetzigen Fahrzeugbestand und der Verkehrsintensität wirkt sich ein Zuwachs an Fahrzeugen bedeutend stärker aus als etwa in der Zeit vor 1950.
2. In regionaler Hinsicht verdichtet sich der Verkehr naturgemäß an den Verkehrsknotenpunkten und auf bestimmten Durchfahrtsstraßen — vor allem in dem Geschäfts- und Verwaltungszentrum der Innenstadt.

3. In zeitlicher Hinsicht konzentriert sich der Kraftfahrzeugverkehr besonders augenfällig auf die „Spitzenzeiten“ in den Morgen- und Nachmittagsstunden²⁾. Auch zwischen Wochentagen und Jahreszeiten bestehen unterschiedliche Verkehrshäufigkeiten.

Die außerhamburgischen Fahrzeuge tragen ebenfalls zur Verdichtung des Verkehrsflusses bei. Leider lassen sich nicht genaue Zahlen ermitteln; die aufzeigen könnten, in welchem Umfange auswärtige Fahrzeuge an der Verkehrsfrequenz mitwirken. Doch vermag die Erfahrung, daß von 1954 bis 1956 rund ein Siebtel der in Unfälle verwickelten Kraftfahrzeuge von auswärts kamen, gewisse Anhaltspunkte liefern.

Die höhere Dichte des Stadtverkehrs gegenüber vergangenen Jahren bewirkte — bei gleichem Anwachsen der Unfallgefahren — von 1952 an ein Steigen der Unfallhäufigkeit. Hier ist der Grund für den überproportionalen Zuwachs der Unfälle zu der Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes zu sehen. Daneben erklärt die regional und zeitlich unterschiedliche Verkehrsfrequenz die zum Teil ungleichmäßige Streuung der Straßenverkehrsunfälle bei den verschiedenen Gliederungsgeschichtspunkten.

Die jahreszeitlichen Schwankungen der Verkehrsunfälle

Das Schaubild 4 zeigt die monatlichen Unfälle von Januar 1951 bis November 1957. Um irreführende Schwankungen auszuschalten, die sich durch die verschiedenen Monatslängen ergeben, wurden die Unfälle eines Monats auf die durchschnittliche Unfallhäufigkeit pro Tag umgerechnet. Für das bessere Ablesen der typischen Schwankungen innerhalb der insgesamt aufstrebenden Ent-

¹⁾ Vgl. hierzu „Hamburg in Zahlen“ 1954, Heft 7. — ²⁾ Vgl. hierzu „Unsere Arbeitszeiten müssen gestaffelt werden“, Denkschrift der HHA vom Oktober 1957.

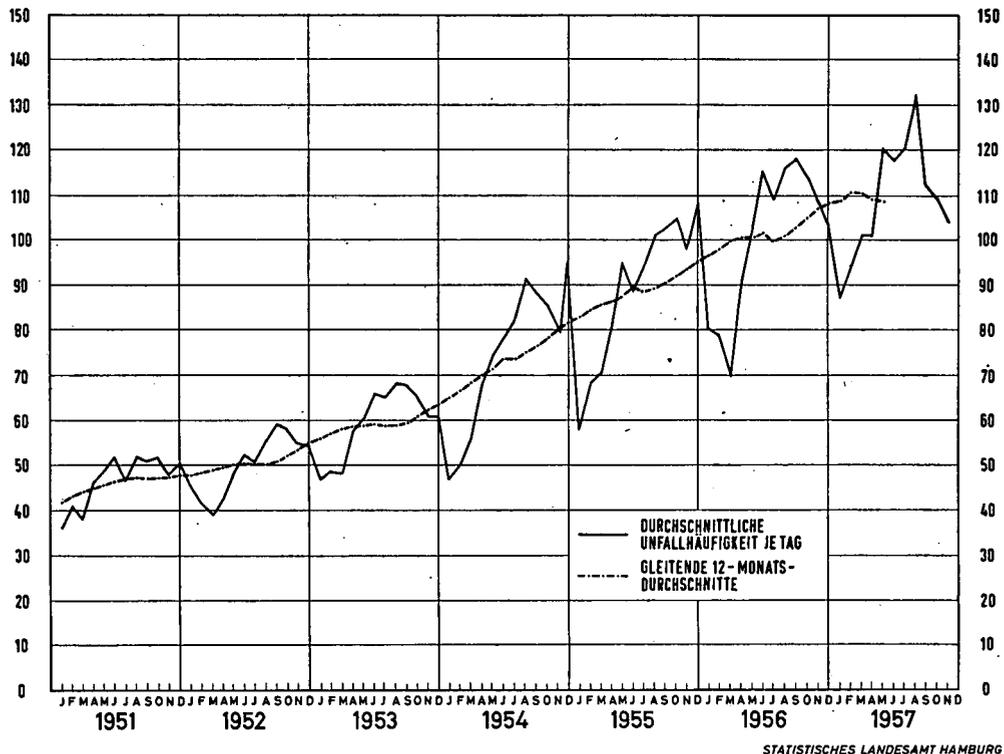
wicklung diene der eingezeichnete gleitende 12-Monatsdurchschnitt, der gleichzeitig den Trend der Unfallkurve wiedergibt.

Demnach liegen die „Monatsspitzen“ erwartungsgemäß in den Sommermonaten zwischen Juni und September. Hier ist der Abstand zum 12-Monatsdurchschnitt besonders groß. Die absolute Un-

fallhäufigkeit innerhalb eines Jahres liegt jedoch in den Monaten September, Oktober und November fast durchweg höher als in den Sommermonaten. Dies erklärt sich aus der ständig größer werdenden Zahl der Unfälle, was sich als Trend auch innerhalb eines Jahres bemerkbar macht.

Schaubild 4

DIE MONATLICHEN UNFÄLLE JE TAG IN DEN JAHREN 1951 BIS 1957



Besonders interessant erscheint die jüngste Entwicklung. Die durchschnittlichen Unfälle pro Tag lagen im August dieses Jahres mit fast 133 am höchsten. Entgegen der Erfahrung, daß die Unfälle nach August in der Regel weiter ansteigen, nahm die Unfallhäufigkeit im September, Oktober und November stark ab. Die Unfallzahlen für diese Monate liegen 1957 sogar niedriger als im Vorjahre, sodaß sich — angedeutet durch den gleitenden Durchschnittswert — ein erfreulicher Trend abzeichnet. Sollte sich hier schon die Auswirkung der jüngsten vieldiskutierten Geschwindigkeitsbegrenzung bemerkbar machen? Auf diese Frage soll im folgenden noch besonders eingegangen werden.

Die Unfallhäufigkeit an Wochentagen und zu verschiedenen Tageszeiten

Bei den jahreszeitlichen Schwankungen der Unfälle wirken sich vorwiegend die wetterbedingten Fahrgewohnheiten der Kraftfahrzeugbenutzer aus. Die unterschiedliche Unfallhäufigkeit an den Wochentagen sowie die schwankenden Tageszeitfrequenzen sind dagegen auf die größere Verkehrsintensität während der Arbeitswoche — und hier wieder zu bestimmten Tageszeiten — zurückzuführen. Es ist der Geschäfts- und Berufsverkehr, der sich hier abzeichnet.

Die 36 995 Verkehrsunfälle des Jahres 1956 verteilten sich wie folgt auf die einzelnen Wochentage¹⁾:

Montag	5 807	oder	15,7	vH	aller	Unfälle,
Dienstag	5 497	„	14,9	„	„	„
Mittwoch	5 413	„	14,6	„	„	„
Donnerstag	5 816	„	15,7	„	„	„
Freitag	5 870	„	15,9	„	„	„
Sonntag	6 002	„	16,2	„	„	„
Sonntag	2 590	„	7,0	„	„	„

93,0 vH aller Unfälle des Jahres 1956 fielen auf die Werktage, wobei der Sonnabend mit 6 002 Unfällen oder 16,2 vH an der Spitze steht. An den Sonntagen lagen die Unfallzahlen relativ niedrig. Die 2 590 Unfälle, die an Sonntagen gezählt wurden, stellen nur 7,0 vH der gesamten Unfälle dar. Dafür ist der Anteil an Unfällen mit Personenschaden bei den Sonntagen mit fast 40 vH verhältnismäßig groß. An den Wochentagen von Montag bis einschließlich Sonnabend liegt der Anteil der Unfälle mit Personenschaden zwischen 30 und 33 vH.

Bei den Tageszeitfrequenzen der Unfälle — vergleiche hierzu Schaubild 6 — zeigen sich erhebliche größere Unterschiede. Die „Spitzen“ liegen

¹⁾ Siehe hierzu Schaubild 5.

Schaubild 5

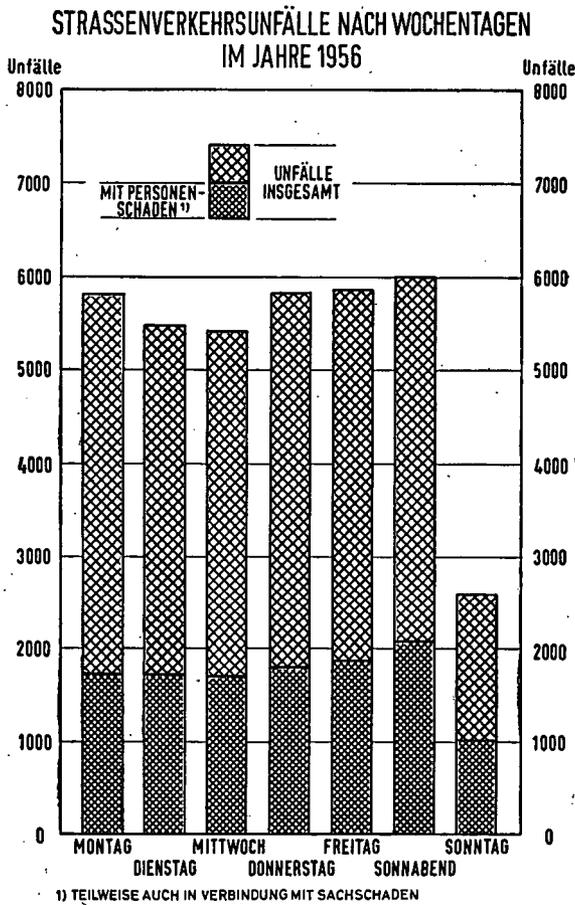
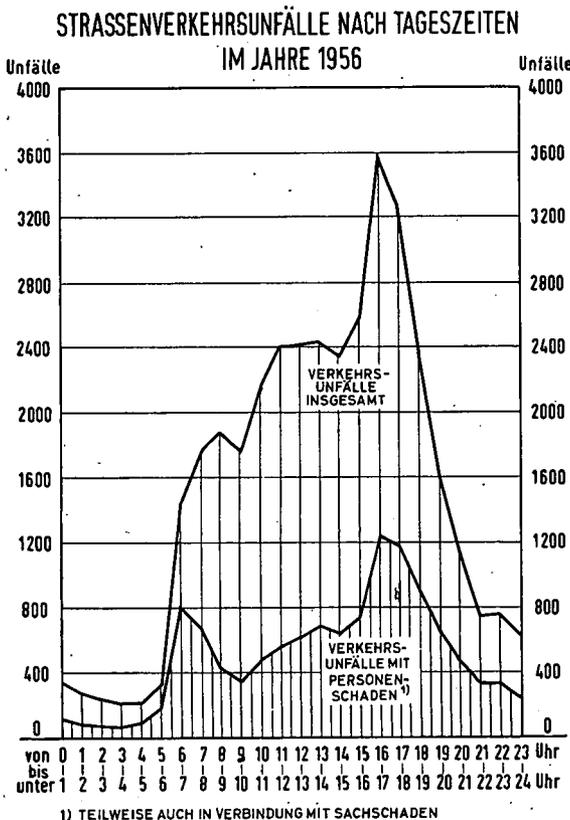


Schaubild 6



Statistisches Landesamt Hamburg

hier in den Nachmittagsstunden zwischen 16 und 18 Uhr. 32 vH aller Unfälle des Jahres 1956 fielen in die Zeit von 15 bis 19 Uhr. Zwischen 11 und 14 Uhr liegt die Unfallhäufigkeit trotz des in den Mittagsstunden abflauenden Verkehrsstromes höher als in den Morgenstunden zwischen 7 und 10 Uhr. In der Nacht, aber auch am frühen Morgen steigt dagegen der Anteil der Unfälle mit Personenschaden. Besonders hoch ist dieser Anteil zwischen 5 und 6 Uhr (fast 54 vH). Von 9 bis 17 Uhr schwankt er im Vergleich dazu zwischen knapp 20 vH und 34 vH.

Die regionale Streuung der Verkehrsunfälle

Die nachstehende Übersicht zeigt die Verteilung der Unfälle des Jahres 1956 auf die einzelnen Kern- und Ortsamtsgebiete der sieben Bezirke Hamburgs.

Übersicht 3

Die Straßenverkehrsunfälle nach Gebietsteilen 1956

Bezirke Ortsämter (OA.)	Zahl der Unfälle insgesamt
Hamburg-Mitte	14 173
davon	
Kerngebiet	11 379
OA. Billstedt	963
OA. Veddel-Rothenburgsort	1 700
OA. Finkenwerder	131
Altona	4 031
davon	
Kerngebiet	3 172
OA. Blankenese	859
Eimsbüttel	5 468
davon	
Kerngebiet	4 083
OA. Lokstedt	650
OA. Stellingen	735
Hamburg-Nord	6 627
davon	
Kerngebiet	2 401
OA. Barmbek-Uhlenhorst	3 350
OA. Fuhlsbüttel	876
Wandsbek	3 414
davon	
Kerngebiet	2 190
OA. Bramfeld	346
OA. Alstertal	386
OA. Walddörfer	185
OA. Rahlstedt	307
Bergedorf	822
davon	
Kerngebiet	620
OA. Vier- und Marschlande	202
Harburg	2 460
davon	
Kerngebiet	1 514
OA. Wilhelmsburg	622
OA. Süderelbe	324
Hamburg insgesamt	36 995

38,3 vH aller 1956 vorgekommenen Unfälle vereinigt der Bezirk Hamburg-Mitte auf sich. Insgesamt wurden im Bezirk Hamburg-Mitte 14 173 Verkehrsunfälle gezählt. Es folgen die Bezirke Hamburg-Nord mit 6 627 und Eimsbüttel mit 5 468.

Bergedorf liegt in dieser Staffelung mit 822 Unfällen am niedrigsten.

Von den 22 Ortsamts- bzw. Kerngebieten weist das Kerngebiet des Bezirks Hamburg-Mitte die weitaus größten Unfallzahlen aus (11 379). Mit 4 083, 3 350 und 3 172 folgt das Kerngebiet des Bezirks Eimsbüttel, das Ortsamtsgebiet Barmbek-Uhlenhorst und das Kerngebiet des Bezirks Altona.

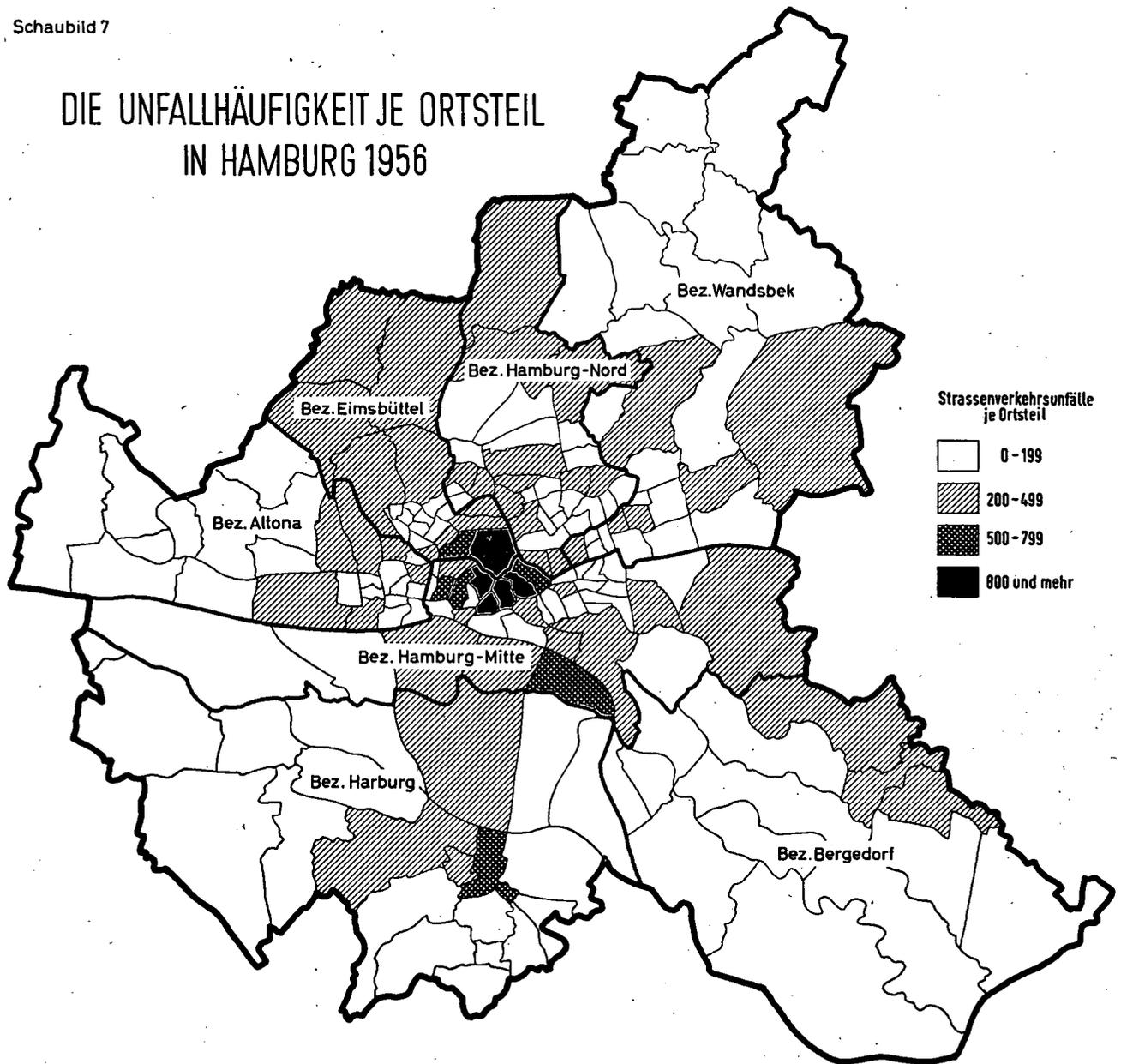
Das Schaubild 7 zeigt die regionale Verteilung der Unfälle nach Ortsteilen. Demnach sind die Ortsteile der Stadtteile Hamburg-Altstadt, Neustadt, St. Georg und Rotherbaum am meisten von den Unfällen betroffen. Die relativ hohe Unfallhäufigkeit je Ortsteil in den Randgebieten

Hamburgs erklärt sich aus der größeren Gebietsfläche gegenüber den innerstädtischen Ortsteilen.

Die meisten Unfälle, nämlich 18 512, ereigneten sich 1956 auf den Straßen, die weder geteilte Fahrbahnen für einen Zwei-Richtungsverkehr noch einen Radweg hatten. 11 801 Unfälle kamen auf Straßen mit ungeteilten Fahrbahnen und einem Radweg vor. Diese Zahlen sind nicht weiter erstaunlich, da in Hamburg die beschriebenen Straßentypen vorherrschen. Von den insgesamt 36 995 Unfällen, die sich auf Straßen aller Arten ereigneten, häuften sich die Kollisionen an Straßenkreuzungen (15 243) und Kurven (597).

Schaubild 7

DIE UNFALLHÄUFIGKEIT JE ORTSTEIL IN HAMBURG 1956



Statistisches Landesamt Hamburg

III. Die an Unfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer

Analog zu der jährlichen Unfallentwicklung stieg auch die Zahl der Verkehrsteilnehmer, die von Unfällen betroffen wurden. Ein paar Zahlen mögen die steile Entwicklungsrichtung aufzeigen. Im Jahre 1946 waren 7 072 Verkehrsteilnehmer an Unfällen beteiligt, 1950 waren es schon 25 491 und 1956 sogar 73 778. Von 1950 bis 1956 hat sich die Zahl der an Unfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer fast verdreifacht.

In der Mehrzahl aller Unfälle sind zwei Verkehrsteilnehmer beteiligt. Den Straßenverkehrsunfällen mit drei und mehr Verkehrsteilnehmern, sowie Unfälle bei denen einzelne Verkehrsteilnehmer ohne Mitwirken eines anderen verunglückt sind, kommt in Hamburg eine untergeordnete Bedeutung zu. In nicht geschlossener Ortslage — so etwa auf den Autobahnen, die in der Regel ein zügigeres Fahren ermöglichen — sind dagegen Unfälle mit nur einem Verkehrsteilnehmer stark vertreten. Auch Unfälle mit drei und mehr beteiligten Verkehrsteilnehmern kommen hier häufiger vor.

Die nachstehende Übersicht vermittelt einen Überblick über die Unfallhäufigkeit bestimmter Verkehrsteilnehmergruppen in den Jahren 1954, 1955 und 1956.

Übersicht 4

Die an Straßenverkehrsunfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer 1954 bis 1956

Verkehrsteilnehmer	1954	1955	1956
Kraftfahrzeuge	42 211	51 025	58 561
davon			
Kraftfahrzeuge der ausl. Streitkräfte	421	391	284
Personenkraftwagen	21 096	27 473	34 004
Kraftdroschken	1 304	1 657	1 912
Liefer- u. Lastkraftwagen mit Anhänger	1 601	3 423	3 437
ohne Anhänger	10 478	10 047	10 371
Krafträd. bis 99 ccm Hubr. „ von 100—125 „ „	471	474	441
„ von 126—250 „ „	725	638	572
„ von 251 u. mehr „ „	3 463	3 612	3 605
Kraftroller (Motorroller)	801	765	798
Kraftomnibusse	859	1 318	1 743
Kraftomnibusse	510	584	647
Oberleitungsbusse	16	23	13
Zugmasch. u. Sattelschlepp.	446	563	591
Sonst. Kraftfahrzeuge	20	57	143
Andere Fahrzeuge	8 422	9 512	10 126
davon			
Straßenbahnen	1 514	1 879	1 980
Eisenbahnen	51	59	71
Bespannte Fuhrwerke	120	75	63
Fahrräder	5 699	5 389	5 049
Mopeds	1 038	2 110	2 963
Übrige Verkehrsteilnehmer	4 091	4 719	5 091
davon			
Fußgänger	3 703	4 209	4 511
Geführte oder frei herumlaufende Tiere	197	272	330
Sonstige Verkehrsteilnehmer	191	238	250
Insgesamt	54 724	65 256	73 778

Demnach stellen die Kraftfahrzeuge mit 79,4 vH die größte Gruppe der an Unfällen beteiligten Ver-

kehrsteilnehmer dar. Die Fußgänger sowie die Radfahrer bilden je 6,1 und 6,8 vH der Gesamtzahl.

In den letzten Jahren ist vor allem die Unfallhäufigkeit der Personenkraftwagen gestiegen. Der Anteil der Personenkraftwagen an der Gesamtzahl der verunglückten Verkehrsteilnehmer hat sich von 1954 bis 1955 von 38,5 vH auf 42,1 vH erhöht. Im Jahre 1956 betrug dieser Anteil sogar 46,1 vH.

Vergleicht man die an Straßenverkehrsunfällen beteiligten Krafträder in ihrer Unterteilung nach Hubraumklassen mit den entsprechenden Zahlen der beiden Vorjahre, so zeigt sich, daß strukturelle Veränderungen innerhalb des Kraftradbstandes für die unterschiedliche Beteiligung an Verkehrsunfällen maßgeblich waren. Kleinkrafträder bis zu 125 ccm Hubraum, deren Bestand sich in den letzten Jahren nur noch wenig vermehrt hat, waren 1956 weniger häufig an Verkehrsunfällen beteiligt als 1955 und 1954. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei den Krafträdern der mittleren Hubraumklasse von 126 bis 250 ccm und den Krafträdern mit 251 und mehr ccm — wenn auch nicht mit so starken Abnahmen wie bei den kleineren Hubraumklassen. Motorroller aller Hubraumklassen, die heute stärker verbreitet sind, beteiligten sich in den letzten Jahren mehr und mehr an den Verkehrsunfällen. Waren es im Jahre 1954 noch 859 Motorroller, die in Unfälle verwickelt waren, so hat sich die Zahl der verunglückten Motorroller bis 1956 mehr als verdoppelt.

Die Unfallbeteiligung der Liefer- und Lastkraftwagen mit und ohne Anhänger hat sich in den Jahren 1954, 1955 und 1956 kaum verändert. Diese Entwicklung entspricht den sich anbahnenden Veränderungen in den Kraftfahrzeugbestandszahlen, wenn auch nicht vergessen werden darf, daß die einzelnen Kraftfahrzeugarten mit einer unterschiedlichen Verkehrsintensität an der Verkehrsfrequenz mitwirken.

Von den anderen Fahrzeugen sind die Fahrräder und Mopeds am häufigsten an den Unfällen beteiligt. Bei den Fahrrädern ist von 1954 bis 1956 ein kontinuierlicher Rückgang festzustellen, während die Unfallbeteiligung der Mopeds im gleichen Zeitraum rapide anstieg.

Die Zahl der verunglückten Fußgänger hat sich von 1954 bis 1955 von 3 703 auf 4 209 und bis zum Jahre 1956 sogar auf 4 511 erhöht.

Nähere Angaben über die beteiligten Kraftfahrzeugführer

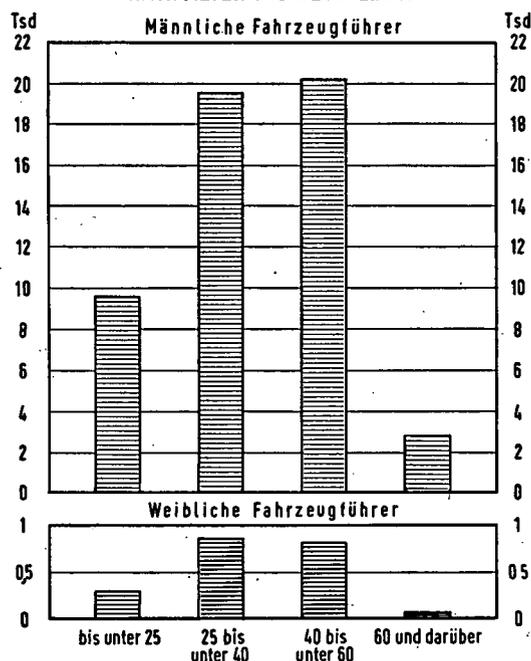
Der Führerschein sollte von Rechts wegen ein obligatorisches „Begleitpapier“ des Kraftfahrzeugführers sein, und doch war bei 234 von 58 561 Fahrzeugführern ein Führerschein nicht vorhanden. Von den 53 874 Kraftfahrzeugführern, die bei der Vernehmung durch den Polizeibeamten am Unfallort den entsprechenden Führerschein der jeweiligen Fahrzeugklasse aufweisen konnten, hatten 805 einen ausländischen.

Das Schaubild 8 zeigt die an Unfällen beteiligten Kraftfahrzeugführer nach Alter und Ge-

schlecht. Wie daraus hervorgeht, waren die männlichen Fahrzeugführer weitaus stärker als die

Schaubild 8

DIE 1956 AN UNFÄLLEN BETEILIGTEN KRAFTFAHRZEUGFÜHRER NACH ALTER UND GESCHLECHT



IV. Die vorläufig festgestellten unmittelbaren Unfallursachen und Umstände

„Es ist ein gewisser Mangel, wenn — wie es allgemein der Einfachheit halber üblich ist und auch im folgenden wieder geschieht — die einzelnen Ursachen aus dem Unfallbild herausgelöst und nach gleichartigen Feststellungen summiert tabellarisch zusammengefaßt werden¹⁾.“ Durch diese Art der Darstellung neigt man dazu, in der statistisch registrierten Unfallursache — entgegen den tatsächlichen Verhältnissen — die alleinige und ausschließliche Ursache zu sehen.

Bei dem einzelnen Verkehrsunfall wirken vielfach die verschiedensten Ursachen und Umstände mit. Soweit verschiedene unmittelbare Ursachen oder Umstände zu dem Unfall führten, wurden sie statistisch erfaßt. Es handelt sich hier um vorläufige, durch den aufnehmenden Polizeibeamten am Unfallort festgestellte Ursachen. Die endgültigen Unterlagen über die Schuldfrage wie auch über die näheren Umstände der Unfälle können genaugenommen erst nach den gerichtlichen Verhandlungen vorliegen. Eine statistische Auswertung der Unfallakten wurde jedoch bisher noch nicht vorgenommen.

Insgesamt wurden im Jahre 1956 bei 36 995 Straßenverkehrsunfällen 39 958 Unfallursachen festgestellt. Die weitaus überwiegende Zahl der Ursachen — nämlich 33 175 — war bei den Fahrzeugführern zu suchen. In 600 Fällen lagen die Ursachen — zum Teil neben anderen — beim Fahrzeug und 3 635mal bei den Fußgängern. Straßenverhältnisse, Witterungseinflüsse und andere Einflüsse, die als besondere Umstände an den

¹⁾ „Die Straßenverkehrsunfälle in Baden-Württemberg im Jahre 1954“, herausgegeben vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

weiblichen an den Unfällen beteiligt. Es mag dahingestellt sein, ob die Frauen im allgemeinen vorsichtiger, behutsamer oder gar „verkehrs-sicherer“ am Kraftfahrzeugverkehr teilnehmen — die überwiegende Zahl der männlichen Kraftfahrzeugführer mag in erster Linie darauf zurückgeführt werden, daß Männer — wesentlich mehr als Frauen am Kraftfahrzeugverkehr beteiligt sind.

Sehr unerfreuliche Tatsachen stehen hinter den Zahlen über die Fahrerflucht nach einem — in den meisten Fällen vom geflüchteten Fahrer verschuldeten — Verkehrsunfall.

Doch sind die bekanntgewordenen Fälle, bei denen Verkehrsteilnehmer nach einem Verkehrsunfall flüchteten, nicht so hoch wie allgemein angenommen wird. 1956 wurden insgesamt 659 geflüchtete Verkehrsteilnehmer gezählt. Bei 606 lag Fahrerflucht vor. Demnach flüchtete 1956 jeder hundertste Kraftfahrzeugführer.

Bei den Personenkraftwagen liegt der Anteil der flüchtig gewordenen Fahrzeugführer bei 1,2 vH. Bei den Liefer- und Lastkraftwagen mit Anhänger, bei einem zulässigen Gesamtgewicht des Zugfahrzeuges bis zu 3 500 kg, liegt dieser Anteil mit 2,2 vH vor allen anderen Fahrzeugarten am höchsten. Unerheblich sind die Zahlen über die bekanntgewordenen Fälle von Flucht nach dem Unfall bei den übrigen Kraftfahrzeugen (durchweg unter 1 vH) und bei den Mopeds und Fahrrädern (rd. 0,4 vH).

Unfällen mitwirkten oder sogar allein für Unfälle verantwortlich waren, sind in 2 548 Fällen als unmittelbare Unfallursachen festgestellt worden.

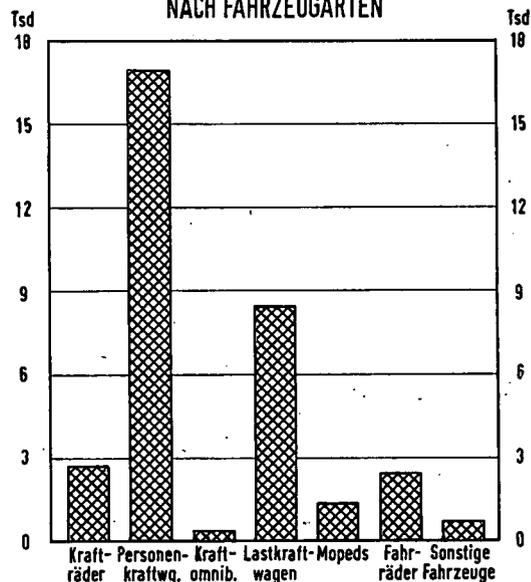
Die Ursachen im einzelnen

1. Die Ursachen beim Fahrzeugführer

28 509 Unfalldelikte kamen 1956 auf **Kraftfahrzeugführer**. Gemessen am Bestand an zugelassenen Kraftfahrzeugen hat somit rd. jeder fünfte Kraftfahrzeugführer schuldhaft — zum Teil neben anderen Ursachen — einen Verkehrsunfall verursacht.

Schaubild 9

DIE BEI FAHRZEUGFÜHRERN FESTGESTELLTEN UNFALLURSACHEN NACH FAHRZEUGARTEN



Die Autofahrer sind dabei am stärksten vertreten. Den unfallbeteiligten Rad- und Mopedfahrern — sie stellen zusammen die zweitgrößte Gruppe dar — wurden in 3 841 Fällen verkehrswidriges Verhalten nachgewiesen¹⁾. Die Ursachen im einzelnen sind der nachstehenden Übersicht zu entnehmen.

Übersicht 5

Die Ursachen beim Führer des Fahrzeuges im Jahre 1956

Unfallursachen und Umstände	Zahl der Fälle
Nichtbeachten der Vorfahrt	5 759
Falsches Einbiegen oder Wenden	4 288
Falsches Überholen oder Vorbeifahren	6 415
Nichtplatzmachen beim Überholtwerden oder Nichtausweichen	472
Nichtbeachten der polizeilichen Verkehrsregelung	643
Unterlassen der vom Fahrzeugführer zu gebenden Zeichen	264
Nichtbeachten der vom Fahrzeugführer gegebenen Zeichen	108
Vorschriftswidriges Fahren an Straßenbahnhaltestellen	50
Nichtbeachten der Abblendvorschriften	21
Nichtbeachten der für schienengleiche Wegübergänge geltenden Warnzeichen	40
Fahren auf der falschen Fahrbahn, Fahren außerhalb der Fahrbahn	585
Verkehrswidriges Parken	155
Nichtbenutzung des Radweges, wenn ein solcher vorhanden	81
Nebeneinanderfahren von Radfahrern	23
Übermäßige Geschwindigkeit unter Berücksichtigung der Umstände, z. B. Straßenbeschaffenheit, Verkehrsdichte, Witterungsverhältnisse	3 621
Zu dichtes Auffahren im Verkehr	5 322
Unachtsames Öffnen der Wagentür	485
Unachtsames Zurückfahren, unachtsames Ein- und Ausfahren	2 842
Fahrer unter Alkoholeinfluß	1 268
Ermüdung, auch Einschlafen des Fahrers	26
Körperliche oder gesundheitliche Behinderung des Fahrers	32
Sonstige Ursachen beim Führer des Fahrzeuges	675
Zusammen	33 175

Falsches Überholen oder Vorbeifahren, die Nichtbeachtung der Vorfahrt und als typisches Symptom der Straßenverkehrsdichte: das zu dichte Auffahren sind die häufigsten „Verkehrssünden“ im Zusammenhang mit den Unfällen. Aber auch falsches Einbiegen sowie übermäßige Geschwindigkeit, unter Berücksichtigung der Straßenbeschaffenheit, der Witterung usw. sind häufig festgestellte Unfallursachen. In 1268 Fällen stand der Fahrer eines Fahrzeuges unter Alkoholeinwirkung.

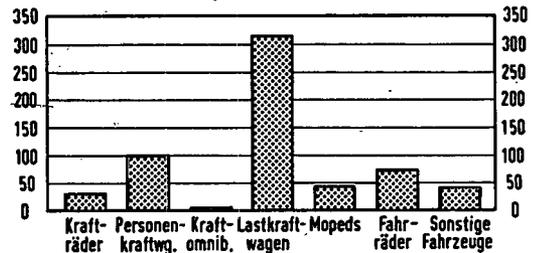
Es ist interessant, daß für die einzelnen Fahrzeugarten bestimmte Unfallursachen typisch sind. Bei den Motorrädern überwiegt das zu dichte Auffahren und die übermäßige Geschwindigkeit. Der größte Teil der Autounfälle entstand dagegen durch Nichtbeachtung der Vorfahrt. Bei den schwereren Fahrzeugarten wie Omnibusse, Lastkraftwagen, Zugmaschinen usw., die im Verkehr nicht so beweglich sind, wurden die meisten Unfälle durch falsches Überholen oder Vorbeifahren verursacht.

2. Die Ursachen beim Fahrzeug und seiner Ladung

In dieser Gruppe sind die Lastkraftwagen erwartungsgemäß am stärksten vertreten. Die Unfälle waren hier meist auf Mängel der Bremsen und auf fehlerhafte Beladung zurückzuführen²⁾. Bemerkens-

Schaubild 10

URSACHEN BEIM FAHRZEUG UND SEINER LADUNG NACH FAHRZEUGARTEN



Statistisches Landesamt Hamburg

wert ist die zahlenmäßige Abnahme der Unfallursachen „beim Fahrzeug und seiner Ladung“ gegenüber dem Vorjahr von 645 auf 600.

Übersicht 6

Ursachen beim Fahrzeug und seiner Ladung im Jahre 1956

Unfallursachen und Umstände	Zahl der Fälle
Mängel der Bremsen	170
Mängel der Lenkung	21
Mängel an Achsen, Federn und Rädern	62
Mängel an der Bereifung	24
Mängel der Zugvorrichtung	28
Mängel oder Versagen der Fahrbahnbeleuchtung, Begrenzungsleuchten, Schlußleuchten oder Rückstrahler	69
Mängel oder Versagen der Fahrtrichtungsanzeiger	12
Fehlerhafte Beladung, Überladung bzw. Überbesetzung	112
Sonstige Ursachen beim Fahrzeug	102
Zusammen	600

3. Der Fußgänger als Unfallursache

Weitaus wichtiger sind die Ursachen bei den Fußgängern; es ist auch hier wieder das menschliche Versagen, das entscheidend auf die Unfallhäufigkeit einwirkt. Im Jahre 1956 war der Fußgänger 3635mal — wenn auch nicht immer allein — die Unfallursache.

Unachtsamkeit beim Überschreiten der Fahrbahn wurde in 2137 Fällen bei den Erwachsenen und in 673 Fällen bei Kindern als Unfallursache festgestellt. Rund ein Viertel der Unfälle mit Fußgängern als mitwirkende oder alleinige Ursache waren auf Kinder im Straßenverkehr zurückzuführen. Im Jahre 1956 waren es wieder 224 Kinder, die durch ihr Spielen auf der Fahrbahn Verkehrsunfälle verursachten.

¹⁾ Vgl. hierzu Schaubild 9.

²⁾ Vgl. hierzu Schaubild 10.

Übersicht 7

Die Ursachen beim Fußgänger im Jahre 1956

Unfallursachen und Umstände	Alter der Fußgänger		Fußgänger zusammen
	unter 14 Jahre	14 Jahre u. darüb.	
Spielende Kinder auf der Fahrbahn	224	—	224
Überschreiten der Fahrbahn, Gehen oder Stehen auf der Fahrbahn, ohne auf den Verkehr zu achten	673	2 137	2 810
Auf- oder Abspringen auf bzw. von fahrende(n) Fahrzeuge(n)	7	83	90
Nichtbenutzen des Fußgängerübergangs	13	76	89
Alkoholeinfluß	—	336	336
Körperliche oder gesundheitliche Behinderung	2	23	25
Sonstige Ursachen beim Fußgänger	9	52	61
Zusammen	928	2 707	3 635

4. Straßenverhältnisse, Witterungseinflüsse und sonstige Einflüsse

Äußere Umstände haben neben zahlreichen anderen Verhaltensfehlern der Verkehrsteilnehmer in 2548 Fällen zum Entstehen eines Verkehrsunfalles

Übersicht 8

Straßenverhältnisse, Witterungseinflüsse und andere äußere Einwirkungen als Unfallursachen im Jahre 1956

Unfallursachen und Umstände	Zahl der Fälle
Straßenverhältnisse	1 832
davon	
Glätte oder Schlüpfrigkeit der Fahrbahn durch Regen	879
Glätte oder Schlüpfrigkeit der Fahrbahn durch Schnee oder Eis	404
Glätte oder Schlüpfrigkeit der Fahrbahn durch ausgeflossenes Öl, Dung usw.	365
Schlechter Zustand der Straßenoberfläche	38
Wechsel der Fahrbahndecke	7
Enge und Unübersichtlichkeit als ständiger Zustand	30
Enge und Unübersichtlichkeit durch Bauarbeiten erzeugt	74
Unzureichende Beschilderung der Straße	1
Unzureichende Beleuchtung der Straße und der Verkehrszeichen	15
Sonstige Mängel der Straße	19
Witterungseinflüsse	212
davon	
Starker Regen, Hagelschauer, Schneegestöber usw.	169
Nebel	24
Sonstige Witterungseinflüsse	19
Andere Einflüsse	504
davon	
Tier auf der Fahrbahn	324
Sonstiges Hindernis auf der Fahrbahn	94
Nicht oder zu spät geschlossene Bahnschranken	1
Mangelhafte Beschaffenheit der für schienengleiche Wegübergänge geltenden Warnzeichen	1
Sonstige Einflüsse	84
Zusammen	2 548

beigetragen. Der Katalog der äußeren Umstände wird üblicherweise in drei große Gruppen unterteilt:

- (1) Ursachen in den Straßenverhältnissen,
- (2) Ursachen in den Witterungseinflüssen und
- (3) Ursachen in anderen Einflüssen.

Im Jahre 1956 wurden 2044 Unfälle durch Straßen- und Witterungseinflüsse hervorgerufen oder weitgehend beeinflusst. Diese äußeren Umstände wurden dabei vorwiegend in Verbindung mit anderen Ursachen festgestellt, während „andere Einflüsse“ in der Mehrzahl der Fälle allein angeschrieben wurden. Als unfallverstärkende und -verursachende Straßenverhältnisse ist die Glätte der Fahrbahnen bei Regen, Schnee oder Eis hervorzuheben.

Der Vergleich 1955 mit 1956

Vergleicht man die Zahlen der Unfallursachen, so darf auch hier nicht die zunehmende Ausrüstung der Hamburger mit Fahrzeugen aller Art übersehen werden. Je mehr Fahrzeuge, desto mehr Unfallgefahren! Bei einem gleichbleibenden Anteil der „Verkehrssünder“ an den Fahrzeugbenutzern steigen die Unfallursachen schon allein durch den zunehmenden Bestand an Fahrzeugen. So ist auch die Zunahme um 3642 Unfallursachen bei Fahrzeugführern und zum Teil auch die Zunahme der Fußgängerursachen um 220 von 1955 zu 1956 zu erklären.

Übersicht 9

Die festgestellten Unfallursachen und Umstände der Jahre 1955 und 1956

Unfallursachen und Umstände	Zahl der Fälle	
	1955	1956
Ursachen beim Fahrzeugführer	29 533	33 175
Ursachen beim Fußgänger	3 417	3 635
darunter Kinder bis unt. 14 Jahren	881	928
Ursachen beim Fahrzeug und seiner Ladung	645	600
Straßenverhältnisse	2 418	1 832
Witterungseinflüsse	269	212
Andere Einflüsse	427	504
Zusammen	36 709	39 958

Abgenommen haben demgegenüber die Ursachen beim Fahrzeug und seiner Ladung — noch mehr aber die äußeren Einwirkungen wie Straßenverhältnisse und Witterungseinflüsse. Im Jahre 1955 wurden noch 2418 Unfallursachen bei den Straßenverhältnissen festgestellt, im Jahre 1956 waren es 24 v H weniger.

Ein paar einzelne Vergleiche mögen es noch deutlicher machen: Glätte oder Schlüpfrigkeit der Fahrbahn wurde 1955 in 1797 Fällen festgestellt, 1956 nur 1283mal. „Schlechter Zustand der Straßenoberfläche“ war 1955 70mal Unfallursache, 1956 dagegen nur 38mal.

Die kurze Entwicklung von 1955 zu 1956 läßt sich somit wie folgt zusammenfassen: **Die Ursachen durch menschliches Versagen haben sich — bedingt durch die größere Verkehrshäufigkeit — zahlenmäßig erhöht. Dagegen sind die Ursachen, die in äußeren Einwirkungen und besonderen Umständen liegen, von 1955 zu 1956 stark zurückgegangen.** Es wäre erfreulich, wenn mit diesen Zahlen zum Ausdruck kommen würde, daß die Fahrbahnen durch die Verbesserungen an den Straßen im Laufe eines Jahres erheblich „unfallsicherer“ geworden sind.

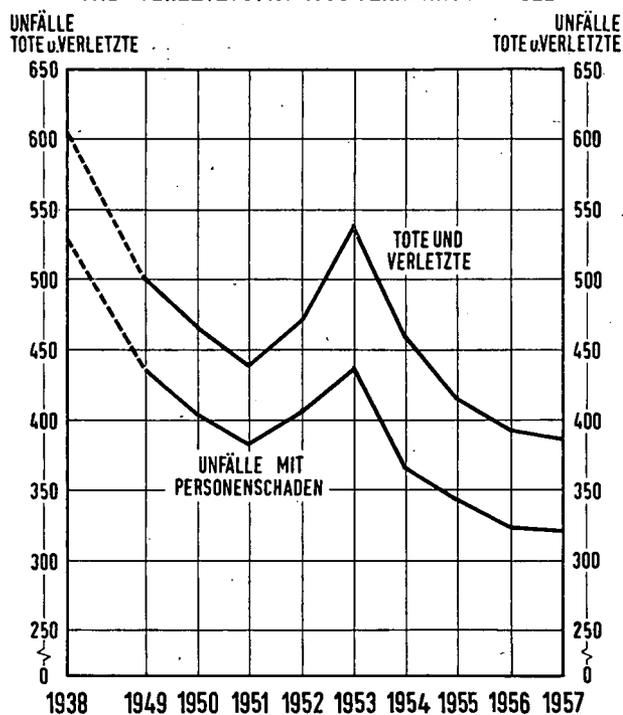
V. Die Unfallfolgen

Mehr als alle anderen Feststellungen weisen die Zahlen über die Verkehrstoten und -verletzten auf die außerordentlichen Gefahren im Straßenverkehr hin. Im Jahre 1956 wurden in Hamburg 287 Menschen durch Verkehrsunfälle getötet und 14 264 verletzt. 1957 lagen die entsprechenden Zahlen höher als im Vorjahre: 289 Verkehrstote und 15 018 Unfallverletzte! Verglichen mit dem Vorkriegsjahr 1938, hat sich der jährliche Durchschnitt an Verkehrstoten fast verdreifacht. Insgesamt wurden seit 1946 2624 Personen getötet und 101 234 verletzt. Zusammengenommen sind es 103 858 Personen, die durch Verkehrsunfälle zu Schaden kamen. Diese Summe entspricht der Einwohnerzahl einer Stadt wie Offenbach am Main.

Es drängt sich die Frage auf: Steht diese Entwicklung in enger Korrelation zur allgemeinen Unfallkurve? D. h. stiegen die Zahlen der Unfalltoten und -verletzten ebenso stark wie die der Unfälle überhaupt? Seit 1949 hat sich die Zahl der Personenschäden — Tote und Verletzte zusammengekommen — ungefähr verdreifacht. Die Verkehrsunfälle sind dagegen aber um das Vierfache gestiegen. Diese Gegenüberstellung beantwortet schon die Frage: **Die Zahlen der Verkehrstoten und -verletzten blieben hinter der steilen Aufwärtsentwicklung der Straßenverkehrsunfälle zurück.**

Schaubild 11

UNFÄLLE MIT PERSONENSCHADEN SOWIE VERKEHRSTOTE UND -VERLETZTE AUF 1000 VERKEHRUNFÄLLE



Statistisches Landesamt Hamburg

Darüber vermittelt das Schaubild 11 einen genauen Überblick. Demnach kamen im Jahre 1949 auf 1000 Verkehrsunfälle 436 Unfälle mit Personenschäden, wobei 501 Personen verunglückten¹⁾. Bis zum Jahre 1951 fielen die entsprechenden Zahlen

stark ab. 1951 waren von 1000 Unfällen 383 mit Personenschaden verbunden, während auf 1000 Unfälle 439 getötete oder verletzte Menschen kamen. Von 1951 bis 1953 stiegen die Unfälle mit Personenschaden rapide an. 1953 waren von 1000 Unfällen 438 mit Personenschaden verbunden. Somit wurden bei fast jedem zweiten Verkehrsunfall Menschen verletzt oder gar getötet.

Doch seit 1953 fällt der Anteil der Unfälle mit Personenschäden an den gesamten Unfällen — bisher ununterbrochen — ab. Von den rd. 36 604 Unfällen, die sich im Jahre 1957 bis November ereigneten, waren 11 855 mit Personenschäden verbunden. Das bedeutet, daß erst bei jedem dritten Unfall Menschen verletzt oder getötet wurden.

Dementsprechend bewegen sich auch die Zahlen der Toten und Verletzten auf 1000 Verkehrsunfälle. Zwar hat sich die Zahl an Verkehrstoten von 1953 zu 1956 um 29 und die der Verletzten um 2778 erhöht, doch darf nicht übersehen werden, daß die Zahl der Unfälle im selben Zeitraum um 15 120 gestiegen ist. 1953 kamen auf 1000 Verkehrsunfälle 12 Tote und 525 Verletzte, 1956: 8 Tote und 386 Verletzte. Im Jahre 1957 liegen die entsprechenden Werte noch niedriger, nämlich 7 Tote und 375 Verletzte. So kann mit Sicherheit gesagt werden, daß bei dem weitaus größten Teil der Straßenverkehrsunfälle heute „nur“ mehr oder weniger schwerwiegender Sachschaden entsteht.

Die nachstehenden Zahlen vermitteln darüber einen genaueren Überblick.

Übersicht 10

Straßenverkehrsunfälle und Unfallfolgen 1938 und 1949 bis November 1957

Jahre	Zahl der Unfälle		Zahl der Auf 1000 Verkehrsunfälle kamen				
	insgesamt	darunter mit Personenschaden	Unfalltoten	Unfallverletzten	Unfälle mit Personenschaden	Tote	Verletzte
1938	10 378	5 508	99	6 209	531	10	598
1949	8 877	3 866	130	4 317	436	15	486
1950	12 691	5 110	138	5 801	403	11	457
1951	17 196	6 582	169	7 387	383	10	430
1952	18 473	7 523	150	8 566	407	8	464
1953	21 875	9 592	258	11 486	438	12	525
1954	27 379	10 042	288	12 198	367	11	446
1955	32 721	11 225	270	13 339	343	8	408
1956	36 995	11 995	287	14 264	324	8	386
bis Nov.							
1957	36 604	11 855	272	14 103	324	7	385
1957	40 045		289	15 018		7	375

Welche Verkehrsteilnehmer sind am meisten gefährdet?

Wie auch in den vorangegangenen Jahren wurden im Jahre 1956 überwiegend Fußgänger getötet. In einem beträchtlichen Abstand folgen die Zahlen

¹⁾ Die Unfälle mit Personenschäden sind als „Darunterzahlen“ der Verkehrsunfälle zu verstehen, während die Zahlen über die Personenschäden aufzeigen, wieviel Menschen bei den Unfällen mit Personenschäden verletzt oder getötet wurden. Da mitunter 2 und mehr Personen bei einem Verkehrsunfall verunglückten, liegt die Zahl der zu Schaden gekommenen Personen höher als die der Verkehrsunfälle mit Personenschäden.

der getöteten Motorrad-, Rad- und Kraftwagenfahrer. Bei den Schwerverletzten ergibt sich ein ähnliches Verteilungsbild, dagegen überwiegen bei den Leichtverletzten die Motorradfahrer, die Kraftwagenbenutzer und die Radfahrer.

Übersicht 11

Unfalltote und Verletzte nach Verkehrsteilnehmern im Jahre 1956

Verkehrsteilnehmer	Tote	Schwerverletzte	Leichtverletzte
Kraftwagen	29	1 146	1 641
Krafträder	48	1 625	1 946
Mopeds	16	721	783
Fahrräder	33	1 114	1 405
Fußgänger	156	2 202	1 388
Andere	5	127	166
Zusammen	287	6 935	7 329

Wenn auch damit schon die Schwerpunkte im wesentlichen aufgezeigt werden, so sagen die Zahlen der vorstehenden Übersicht noch nichts Endgültiges über die Unfallgefährdung bestimmter Verkehrsteilnehmer aus. Radfahrer sind zum Beispiel rd. zehnmal weniger an den Unfällen beteiligt als die Kraftwagen. Die Unfallbeteiligung der Fußgänger und Mopedfahrer liegt — gemessen an den Kraftfahrzeugunfällen — sogar noch niedriger.

Bezieht man die Personenschäden auf 1000 Kraftfahrzeuge, Fahrräder, Fußgänger usw., so zeichnet sich ein anschauliches Bild über die Unfallauswirkungen ab. Erwartungsgemäß sind die Verkehrsunfälle für die Insassen von Kraftwagen weit weniger gefährlich als für alle anderen Verkehrsteilnehmer. Bei 51 402 Kraftwagen, die an Unfällen beteiligt waren, wurden im Jahre 1956 29 Insassen getötet, 1146 schwer und 1641 leicht verletzt. Das bedeutet, daß immerhin erst bei jedem 1772. Kraftwagenunfall ein Kraftwagenfahrer oder Mitfahrer ums Leben kam. Die Wahrscheinlichkeit für den Insassen eines Kraftwagens von 0,06 vH, bei einem Verkehrsunfall tödlich zu verunglücken, liegt noch zu hoch, denn es erscheint sicher, daß die Besetzung der Personenkraftwagen und der Lastkraftwagen mit einer Person viel zu niedrig angesetzt ist.

Ganz anders sieht es dagegen bei den Verkehrsteilnehmern aus, die nicht durch Karosserie, einem „Dach über dem Kopf“ und Polstersitze vor dem Größten bewahrt bleiben. Von 1000 unfallbeteiligten Radfahrern verunglückten im Jahre 1956 6 bis 7 tödlich, 221 wurden schwer und 278 leicht verletzt. **Weniger als die Hälfte der Radfahrer kamen ohne Verletzungen davon.**

Ohne Zweifel sind die Mopedfahrer mehr als die Radfahrer den Unfallgefahren ausgesetzt. Sie fahren einmal schneller und müssen im Gegensatz zu den Radfahrern in jedem Falle die Straße als Fahrbahn benutzen. Von 1000 verunglückten Mopedfahrern kamen rd. 513 körperlich zu Schaden.

Naturgemäß sind die Motorradfahrer von allen Kraftfahrzeugbenutzern bei den Unfallauswirkungen am stärksten betroffen. **Bei 1000 Unfällen mit Motorrädern kamen 1956 506 Motorradfahrer bzw. Bei-**

fahrer zu Schaden — darunter etwa 7 Tote und 227 Schwerverletzte. Dies überrascht nicht, da ein großer Teil der Motorradunfälle durch übermäßige Geschwindigkeit entstanden. Erfreulicherweise überwiegen bei allen Fahrzeugbenutzern die leichten Verletzungen.

Übersicht 12

Getötete und Verletzte auf 1000 unfallbeteiligte Verkehrsteilnehmer

Unfallbeteiligte Verkehrsteilnehmer	Ins-gesamt	Auf 1000 unfallbeteiligte Verkehrsteilnehmer kamen			
		Ge-tötete	Schwer-verletzte	Leicht-verletzte	Getötete und Verletzte zus.
Kraftwagen	51 402	0,6	22,3	31,9	54,8
Krafträder	7 159	6,7	227,0	271,8	505,5
Mopeds	2 963	5,4	243,3	264,3	513,0
Fahrräder	5 049	6,5	220,6	278,3	505,4
Fußgänger	4 511	34,6	488,1	307,7	830,4

Die Beteiligung an einem Verkehrsunfall bedeutet für einen Autofahrer, daß er in 5,5 vH Fällen mindestens mit einer leichten Verletzung rechnen muß — **der Fußgänger muß es in 83 vH Fällen!** Von den 4511 Fußgängern, die 1956 an Unfällen beteiligt waren, kamen überhaupt nur 765 ohne Verletzungen davon: das ist weniger als 17 vH. Von 1000 unfallbeteiligten Fußgängern wurden fast 35 getötet, 488 schwer und 308 leicht verletzt. Die Fußgänger verunglücken demnach erheblich schwerer als alle anderen Verkehrsteilnehmer, denn weit über die Hälfte der Fußgänger wurde bei den Verkehrsunfällen schwer verletzt oder getötet. In den Vorjahren lagen diese Zahlen für die Fußgänger sogar noch höher; so etwa im Jahre 1953: von 100 unfallbeteiligten Fußgängern wurden 94 verletzt oder getötet.

Übersicht 13

Die Getöteten und Verletzten nach Altersgruppen im Jahre 1956

Altersgruppen	Getötete	Schwerverletzte	Leichtverletzte
unter 6 Jahren	3	209	140
6 bis unter 14 Jahren	11	510	410
14 bis unter 25 Jahren	27	2 003	2 437
25 bis unter 60 Jahren	113	3 201	3 742
60 Jahre und darüber	133	1 012	600
Zusammen	287	6 935	7 329

Wie aus der vorstehenden Übersicht hervorgeht, sind die Kinder im Straßenverkehr besonders gefährdet. Im Jahre 1956 wurden 899 Kinder unter 14 Jahren als Fußgänger und 237 als Radfahrer verletzt. Von den 287 Verkehrstoten des Jahres 1956 waren 14 jünger als 14 Jahre.

Noch mehr als die Kinder sind die älteren Verkehrsteilnehmer gefährdet. Von den 287 tödlich verunglückten Personen waren 133 oder 46 vH älter als 60 Jahre.

VI. „Tempo 50“ - der entscheidende Ausweg?

Seit 1952 wurden eine ganze Reihe von polizeilichen Maßnahmen angeordnet und auch alle Anstrengungen unternommen, durch Verkehrsunterricht, Einzelaussprachen mit Verkehrsteilnehmern, die innerhalb eines kurzen Zeitraums mehrfach geringfügig gegen Verkehrsvorschriften verstoßen haben, durch Anschauungsunterricht und sonstige Belehrungen die Verkehrsdisziplin der Verkehrsteilnehmer zu verbessern. Es wurde auch mit Erfolg versucht, die besonders gefährdeten Fußgänger durch „Zebrastrifen“, Fußgängerampeln usw. an den Fußgängerüberwegen zu schützen. Auch auf dem Sektor Straßenbau wurde alles unternommen, um die Unfallhäufigkeit an bestimmten kritischen Verkehrspunkten einzudämmen¹⁾.

Die Unfallkurve stieg jedoch weiter an. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß sie ohne die erwähnten Maßnahmen noch stärker angestiegen wäre.

Am 1. September 1957 wurde bekanntlich die Geschwindigkeitsbegrenzung — „Tempo 50“ — in Hamburg wie auch in allen anderen Städten des Bundesgebietes eingeführt. Seit ihrer Einführung wurde über diese Maßnahme viel diskutiert. Von seiten der Kraftfahrer wurde das Argument vorgebracht, daß durch die Geschwindigkeitsbegrenzung zwangsläufig der Fahrzeugstrom langsamer wird und die dadurch vergrößerte Verkehrsdichte sogar noch mehr Unfallgefahren mit sich bringt. Es kann und soll hier nicht die Diskussion um „Tempo 50“ weitergeführt werden, vielmehr soll auf Grund des vorliegenden statistischen Materials aufgezeigt werden, welche Entwicklung die Unfälle seit dem 1. September 1957 genommen haben und inwieweit die ~~spürbaren Erfolge~~ auf die Geschwindigkeitsbegrenzung zurückzuführen sind.

Es erscheint sinnvoll, zunächst darauf hinzuweisen, daß eine Maßnahme wie die Geschwindigkeitsbegrenzung nur ~~in beschränktem Ausmaß die Eindämmung der Unfälle durch übermäßige Geschwindigkeit bewirken kann~~. Nach der Anweisung des statistischen Meldeblattes gilt nicht nur die Überschreitung der höchstzulässigen Fahrgeschwindigkeit als übermäßige Geschwindigkeit, „sondern auch jede andere Geschwindigkeit, bei der der Fahrzeugführer nicht in der Lage ist, seinen Verpflichtungen im Verkehr Genüge zu leisten oder das Fahrzeug nötigenfalls rechtzeitig anzuhalten“. Bei der Feststellung der Unfallursache wird die Geschwindigkeit stets im Zusammenhang mit den Straßenverhältnissen und Witterungseinflüssen beurteilt. Eine Geschwindigkeit von 30 bis 40 Stundenkilometern kann bei ungünstigen Straßenverhältnissen (z. B. in Kurven) durchaus als „Übermäßige Geschwindigkeit“ die Ursache eines Verkehrsunfalles sein.

Hinter diesem Begriff stehen die verschiedensten Tatbestände. Es ist bekannt, daß bei Kraftträdern übermäßige Geschwindigkeit als Unfallursache eine große Rolle spielt. Doch sie kommt nicht nur bei schnellfahrenden Kraftfahrzeugen vor, sondern auch bei Radfahrern. Die Frage, ob die Geschwindigkeit zu hoch war, wird allgemein nach den Um-

ständen des Einzelfalles bemessen. Gerade das letzte Beispiel zeigt, daß eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 Stundenkilometer in geschlossenen Ortschaften kaum etwas daran ändern wird, daß Kraftfahrer mit „zulässiger“ Geschwindigkeit in Kurvenlagen, an Kreuzungen, bei Nebel und Glatt-eis verunglücken.

Die Befürworter der Geschwindigkeitsbegrenzung haben, wie dies aus mehreren gutachtlichen Äußerungen hervorgeht, die Maßnahme damit begründet, daß seit der Aufhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung von 40 Stundenkilometern im Jahre 1953 die Unfälle nicht nur zahlenmäßig angestiegen sind, sondern vor allem die **s c h w e r e n** Verkehrsunfälle stark zugenommen haben, was sie hauptsächlich auf die im Verkehr gefahrenen und bis zum 1. September 1957 zugelassenen hohen Geschwindigkeiten zurückführten²⁾.

Tatsächlich stiegen die Unfälle in Hamburg nach der Aufhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung am 1. März 1953 zahlenmäßig stark an. Noch mehr als die allgemeine Entwicklung der Unfälle stieg der Anteil der Unfälle mit Personenschaden. Die Unfälle wurden in ihren Auswirkungen viel schwerer. Vor der Aufhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung in den Jahren 1951 und 1952 kamen auf 1000 Verkehrsunfälle 383 und 407 mit Personenschaden. Nach der Freigabe der Geschwindigkeiten im Jahre 1953 kamen auf 1000 Unfälle 438 mit Personenschaden, das sind 55 bzw. 31 mehr Unfälle. Dementsprechend lag auch die Zahl der Toten je 1000 1953 weitaus höher als in den Vorjahren.

Von der jüngsten Geschwindigkeitsbegrenzung erhoffte man wieder ein allgemeines Langsamwerden des Fahrzeugstromes, um namentlich dem Verkehrstod Einhalt zu gebieten. Die Feststellungen über die Unfallauswirkungen wie auch überhaupt die Zahlen der Unfälle stellen die beiden Kriterien dar, an denen die Auswirkung der Geschwindigkeitsbegrenzung zu beurteilen ist.

Leider liegen seit der Einführung der Geschwindigkeitsbegrenzung erst vier Monatszahlen vor, denn eine endgültige Beurteilung ist erst nach einer längeren Berichtsperiode möglich. **Doch es zeichnet sich bereits jetzt schon eine auffallend einheitliche Entwicklung nach unten ab.**

Die Unfallzahlen fielen nach August stark ab. Im November 1957 ereigneten sich fast 1000 Unfälle weniger als im August des gleichen Jahres. Auch gegenüber den Monaten Juni und Juli liegen die Monatsdurchschnitte des letzten Vierteljahres niedriger. Allerdings entsprechen diese Zahlen auch den Schwankungen in der jahreszeitlichen Unfallfrequenz.

Mehr Aufschluß gibt der Vergleich mit den entsprechenden Monatszahlen der Vorjahre. Diese Zahlen mögen noch einmal gesondert gegenübergestellt werden.

¹⁾ Vgl. hierzu „Hamburg in Zahlen“ Jahrgang 54, Heft 7.

²⁾ Vgl. „Die Verkehrsunfälle in Baden-Württemberg im Jahre 1954“.

*Es sind Mittel von mehreren 100, die Unfälle zurückzuführen sind.
O sind nur Kaufmann der gefährlichsten Unfallschaden.*

Monate	1955	1956	1957
September . . .	3 084	3 545	3 367
Oktober	3 253	3 541	3 403
November	2 958	3 264	3 136
Dezember	3 352	3 227	3 441

Die Unfallzahlen der Monate September, Oktober und November lagen 1956 durchweg höher als 1955. Das entsprach dem Trend der Unfallentwicklung, der sich darin ausdrückt, daß im Laufe eines Jahres die Unfallhäufigkeit je Monat um rd. 400 Unfälle steigt. Bei einer Fortdauer dieses Trends, d. h. bei dem bisherigen Verlauf, hätten mit einiger Wahrscheinlichkeit die Unfallzahlen im September bei 3700, im Oktober bei 3800 und im November bei 3500 gelegen.

Tatsächlich ereigneten sich 1957 im September 3367, im Oktober 3403 und im November 3136 Unfälle. Das ist nicht nur weniger als die errechneten Trendwerte, sondern sogar weniger als die Werte der entsprechenden Monate des Vorjahres! **Seit der Geschwindigkeitsbegrenzung fielen demnach die monatlichen Unfallzahlen nicht nur relativ, sondern auch absolut.**

Wie sieht es bei den Unfallfolgen aus? Im August 1957 — also vor der Geschwindigkeitsbegrenzung — kamen 432 Verletzte oder Getötete auf 1000 Verkehrsunfälle. Nach der Geschwindigkeitsbegrenzung im September wurden bei 1000 Unfällen 367 Menschen verletzt oder getötet, im November 346 und im Dezember sogar nur noch 270. Beträchtliche Unterschiede in den Zahlen der Personenschäden auf 1000 Verkehrsunfälle zeigen sich gegenüber den Vorjahrswerten. In dem letzten Jahresdrittel 1957 wurden bei 1000 Unfällen rd. 60 Menschen weniger verletzt oder getötet als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres.

Verletzte und Getötete auf 1000 Verkehrsunfälle

Monate	1956	1957
September	443,4	363,2
Oktober	413,7	367,0
November	372,9	345,7
Dezember	354,8	270,0

Demnach sind seit der Geschwindigkeitsbegrenzung nicht nur die Unfälle zahlenmäßig zurückgegangen, sondern auch die schweren Unfälle mit Personenschäden.

Es ist zwar nicht einwandfrei festzustellen, inwieweit diese Erfolge ~~allein~~ auf die Geschwindigkeitsbegrenzung ~~zurückzuführen~~ sind, dennoch wird diese Maßnahme entscheidend zu dieser Entwicklung beigetragen haben.

Doch zeigen die Unterlagen, daß eine ganze Reihe von typischen Unfallarten durch die allgemeine Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit nicht beeinflußt worden sind. Das zu schnelle Fahren in Kurven zum Beispiel wird durch diese Maßnahme nicht betroffen. Die hierbei ~~vorkommenden~~ Geschwindigkeiten werden je nach der Beschaffenheit der Straße und ~~der Bauart~~ des Fahrzeugs ~~auch~~ unter der Höchstgeschwindigkeit liegen. Es wird deshalb auch in Zukunft erforderlich sein, besonders die weniger Erfahrenen und Anfänger mit allen Vorsichtsmaßnahmen vertraut zu machen.

Mehr als alle anderen Umstände ist die hohe Verkehrsdichte in Hamburg die Ursache für die schnell angestiegene Unfallentwicklung der letzten Jahre. In der Verkehrsfülle der Innenstadt während der „Spitzenzeiten“ ist es den Kraftfahrern ohnehin kaum möglich, die heute zulässige Höchstgeschwindigkeit zu erreichen; und doch häufen sich die Unfälle gerade am Stephansplatz, am Jungfernstieg und an allen anderen Verkehrsachsen der Innenstadt.

So gewinnt auch in diesem Zusammenhange die Frage nach gestaffelten Arbeitszeiten immer mehr an Bedeutung. Das Statistische Landesamt Hamburg ist bestrebt, zu der Lösung dieses Problems mit der Auswertung der Verkehrszählung 1956 beizutragen.

Eins dürfte jedoch heute schon feststehen: Eine sinnvolle Stafflung der Arbeitszeiten würde die hohe Verkehrsdichte der „Spitzenzeiten“, in denen die Unfallfrequenz besonders augenfällig ist, ~~über den Tag mehr verteilen~~ und damit auch nach ~~menschlichem Ermessen~~ den Unfallgefahren entgegenwirken.

Legat., Dipl.-Volkswirt

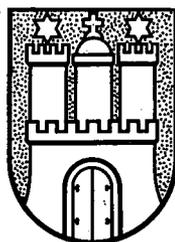
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 25. Februar 1958

Jahrgang 1958 – Heft Nr. 3



Manwarby

Lager und Lagerbewohner in Hamburg

I N H A L T

Vorbemerkung

A. Die Lager und Notunterkünfte

1. Die Weite des Begriffsinhalts „Lager“
2. Die Lager und ihre Verteilung auf die sieben Hamburger Bezirke
3. Gebäude und Räume in Lagern der Sozialbehörde und in den übrigen Lagern
4. Die bauliche Beschaffenheit der Gebäude
5. -Massenlager und Wohnlager
6. Die Wohnverhältnisse in den Lagern und Notunterkünften
7. Soziale und kulturelle Einrichtungen

B. Die Lagerinsassen

I. Die Struktur der Lagerbevölkerung

1. Die Altersgliederung der Lagerinsassen
2. Die Haushaltsgrößen in den Lagern und in der Gesamtbevölkerung
3. Die Gründe des Lageraufenthaltes
4. Die Dauer des Lageraufenthaltes der Lagerbewohner
5. Die Tbc-Fälle in Lagern und Notunterkünften

II. Die Arbeitslosigkeit in Lagern und Notunterkünften

1. Der Anteil der im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen der Lagerbevölkerung
2. Der Anteil der Arbeitslosen an der Lagerbevölkerung

III. Die Einkommenssituation der Haushalte in Lagern und Notunterkünften

1. Die Zahl der Einkommensbezieher in Mehrpersonenhaushalten
2. Die Zusammensetzung des Einkommens in den Haushalten
3. Die Höhe der Einkommen in den Haushaltungen in Lagern und Notunterkünften

IV. Probleme, die mit der Unterbringung der Lagerinsassen in Wohnungen zusammenhängen

1. Der Bedarf an Wohnungen
2. Die Eignung zum Bezuge einer Wohnung nach dem Urteil der Lagerverwalter
3. Mietzahlungsbereitschaft und zukünftige Größe der Haushaltungen
4. Gebührenrückstände in den Lagern der Sozialbehörde und in den übrigen Lagern und Notunterkünften
5. Die Mietzahlungsfähigkeit.
6. Wohnungswünsche der Lagerinsassen

V. Die gegenwärtige Belegung der Lager

Vorbemerkung

Der zweite Weltkrieg hat neben den Verlusten an Menschen, Gebäuden, Produktionsstätten und der Umwälzung überkommener Wertvorstellungen eine Erscheinung im Gefolge gehabt, die es in früheren Zeiten nicht in gleichem Umfang und gleicher soziologischer Auswirkung gegeben hat: das Lager.

Es ist kaum möglich, eine knappgefaßte Definition dessen zu finden, was das Wort „Lager“ zum Ausdruck bringt. Die Zusammenballung von Menschen, die aus ihrer Umwelt geworfen wurden, in behelfsmäßigen Unterkünften, enges Zusammenleben oftmals in der Form, daß mehrere Familien gemeinsam in einem Raum untergebracht sind, die sich hieraus ergebende Verwischung der privaten Sphäre und gewisse Auflösungserscheinungen bei Familie und Haushalt machen das aus, was der Soziologe unter „Lageratmosphäre“ versteht.

All diese Momente haben in der Nachkriegszeit häufig ihr Gesicht gewechselt. Geblieben ist die „Absonderung“ von der übrigen Bevölkerung und die Schwierigkeit, sich in ein gesellschaftliches Gesamtgefüge einzuordnen; das dem eigenen Lebensraum nicht immer mehr entspricht. Für diese Probleme wird auf lange Sicht eine Lösung anzustreben sein.

Wer sich mit dem Gedanken trägt, die vom Staat oder von staatlich beauftragten Stellen verwalteten Massen- und Notunterkünfte wenigstens in ihrer Mehrzahl zu beseitigen und die darin untergebrachten Familien und Einzelpersonen in das gesellschaftliche Gefüge einer in vollem Aufschwung begriffenen Wirtschaft wieder einzugliedern, wird sich zunächst einen Überblick über das Gesamtproblem zu verschaffen suchen. Es bedarf also eingehender Feststellungen über die Zahl und Art der noch in Massenunterkünften untergebrachten Haushaltungen unter besonderer Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage sowie einiger Angaben über Zweckbestimmung, Bauart, Größe, baulichen Zustand und Einrichtung der Lager.

Die Bundesregierung hatte durch Rechtsverordnung zur Klärung dieser Fragen für den 30. Juni 1955 im gesamten Bundesgebiet eine Erhebung angeordnet. Auf Wunsch der Sozialbehörde wurde in Hamburg diese Lagerstatistik mit einer zusätzlichen Befragung der einzelnen Haushaltungen verknüpft, um die Ergebnisse abzurunden und Anhaltspunkte für die zur Lagerräumung einzuleitenden Maßnahmen zu gewinnen. Der Kreis der in die Erhebung einzubeziehenden Unterkünfte mußte allerdings weitergefaßt werden, als ursprünglich von der Bundesregierung vorgesehen war, um den besonders gelagerten Verhältnissen Hamburgs gerecht zu werden.

Die Rechtsverordnung der Bundesregierung ordnete lediglich an, die sogenannten Kriegsfolgenhilfslager, Notunterkünfte Ost und andere kriegsbedingte Lager mit mehr als 20 Insassen zu erfassen. Als Lager im Sinne der Bundesstatistik galten hierbei einheitlich geleitete Not- und Sammelunterkünfte, die zur einstweiligen Aufnahme und gemeinsamen Betreuung von Personen oder Personengruppen bis zu ihrer endgültigen Unterbringung in Wohnungen bestimmt waren.

Unter Großstadtverhältnissen hätte die Beschränkung auf einen derartigen Erhebungskreis nur unvollkommene Aussagen gestattet. In Hamburg wurden daher alle der Sozialbehörde unterstehenden Lager und Massenunterkünfte in die Erhebung einbezogen. Daneben sind aber auch die von anderen Stellen (SAGA, Freie Stadt usw.) verwalteten Ansammlungen von Baracken, Behelfsbauten und Notunterkünften, deren Beseitigung angestrebt wird, berücksichtigt worden. Sie erscheinen unter der Bezeichnung „übrige Lager“, wobei zunächst einmal offenbleiben mußte, inwieweit die erfaßten Unterkünfte noch den Lagercharakter bewahrt hatten. Das Sonderproblem der Behelfsheimsiedlungen in den Kleingärten konnte im Rahmen der Hamburger Erhebung nicht geklärt werden. Dies mußte anderen Untersuchungen vorbehalten bleiben¹⁾.

Die Erhebung vom Juni 1955 gliederte sich in eine Bestandsaufnahme der Lager mit Hilfe eines Lagerbogens und eine Erhebung über die Lagerinsassen. Die Angaben über das Lager waren von den Trägern der Lager bzw. von den mit der Leitung betrauten Personen zu machen, wogegen die Daten über die Insassen teils durch eine Fragebogenaktion, teils durch Interviews beschafft wurden. Das Gelingen der Erhebung ist nicht zuletzt der Auskunftsbereitschaft der Lagerinsassen selbst zu verdanken.

Wenn auch ein Teil der damals festgestellten Sachverhalte und Zusammenhänge inzwischen durch den Zeitablauf, durch Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen und nicht zuletzt durch gezielte Verwaltungsmaßnahmen, wie die Bereitstellung von Wohnungen, Verbesserung der Lagerausstattung usw., überholt ist, so dürfte auch heute noch eine Arbeit von Interesse sein, welche die Situation in den Lagern 1955 beschreibt.

Zwar sind seitdem zahlreiche Nissenhütten und Baracken abgebrochen und auch einige Lager aufgelöst worden, aber der Flüchtlingsstrom aus der Sowjetzone und die Aussiedlung der verbliebenen deutschen Bevölkerung aus den unter fremder Verwaltung stehenden Gebieten jenseits der Oder/Neiße haben neue Fragen aufgeworfen und bisher noch immer die zur Lagerräumung eingeleiteten Maßnahmen überspielt. So gab es in den Lagern der Sozialbehörde Ende September 1957 rund 14 600 Bewohner. Dies waren nur 2000 weniger als Mitte 1955.

Es wird beträchtlicher Anstrengungen bedürfen, ehe das Lagerproblem in Hamburg gelöst ist, zumal es mannigfach verknüpft ist mit der Beseitigung der Notunterkünfte, der Sanierung der Kleingärten und nicht zuletzt mit der Eingliederung eines zum Teil außerhalb des normalen gesellschaftlichen Gefüges stehenden Personenkreises. Die hier liegenden Probleme dürften die gleichen wie 1955 sein.

Soweit eine Ergänzung der damaligen Zahlen möglich ist, wurde dies am Schluß der Arbeit versucht.

¹⁾ Vgl. hierzu „Hamburg in Zahlen“, Jahrg. 1957, Nr. 5, „Die Kleingartenkolonien und ihre Dauerbewohner in Hamburg 1950 bis 1956“.

A. Die Lager und Notunterkünfte

1. Die Weite des Begriffsinhalts „Lager“

Zwischen den einzelnen bei der Erhebung vom 30. Juni 1955 erfaßten Lagern bestanden in vieler Hinsicht wichtige Unterschiede. Es gab Lager mit über hundert Gebäuden und andere, die nur wenige Baracken umfaßten. Die Gebäude mochten die Einrichtung eines eigentlichen Wohnlagers mit getrennter Unterbringung einzelner Haushalte gestatten oder lediglich für die Errichtung eines Massenlagers geeignet sein, in dem die Mitglieder mehrerer Haushalte gemeinsam in einem Raum untergebracht sind. Daß der bauliche Zustand der benutzten Gebäude von „gut“ bis „sehr schlecht“ (nicht mehr reparaturwürdig) schwankte, sei nur eben bemerkt. An diese Unterschiede sollte immer dann gedacht werden, wenn in dem folgenden Bericht versucht wird, eine Aussage über „die Lager“ zu machen.

Es gibt jedoch einige Merkmale, die es berechtigt erscheinen lassen, von zwei Gruppen von Lagern zu sprechen. Die der Sozialbehörde unterstehenden Lager hatten sich den „Lagercharakter“ am ehesten bewahrt, viele der übrigen Lager näherten sich weitgehend dem, was man mit Notunterkunft bezeichnen kann. Es soll bei den einzelnen Punkten des folgenden Berichts herausgestellt werden, worin die Unterschiede zwischen den Lagern der Sozialbehörde und den „übrigen Lagern“ bestanden.

2. Die Lager und ihre Verteilung auf die sieben Hamburger Bezirke

Es wurden insgesamt 180 Lager (ohne das Durchgangslager Wandsbek) gezählt. Davon unterstanden 29 der Sozialbehörde. Die in den 180 Lagern insgesamt verfügbaren Gebäude, Räume und Flächen der Räume verteilten sich folgendermaßen auf die Lager der Sozialbehörde und die übrigen Lager:

Gebäude, Räume und Fläche der Räume in den Hamburger Lagern (Stand: Mitte 1955)

Lagerarten	Anzahl der			Fläche der Räume in qm ²)
	Lager	Gebäude	Räume	
Lager der Sozialbehörde	29	1 032	5 156	96 573
Übrige Lager	151	2 057	9 804	156 517
Insgesamt	180	3 089	14 960	253 090

1) Fehlende Angaben wurden ergänzt.

Es ist ersichtlich, daß in den übrigen Lagern zusammen mehr Gebäude und in diesen mehr Räume mit mehr Fläche zur Unterbringung der Insassen zur Verfügung standen als in den Lagern, die von der Sozialbehörde verwaltet wurden. Dabei ist zu erwähnen, daß in den übrigen Lagern nur wenig mehr Personen wohnten (17 173)¹⁾ als in den Lagern der Sozialbehörde (16 611)¹⁾.

Die Lager und Notunterkünfte verteilten sich keineswegs gleichmäßig über die sieben Bezirke Hamburgs, wie sich aus der Tabelle 1 im Anhang ergibt.

1) ohne Ortsabwesende.

Im Norden der Hansestadt wohnten in 42 Lagern und Notunterkünften etwa ein Drittel der 33 784 Lagerbewohner in etwa einem Drittel aller Gebäude und Räume. Ebenfalls stark belegt waren Harburg und Altona, die ungefähr je ein Fünftel der Lagerbevölkerung beherbergten. In Bergedorf, Wandsbek und Eimsbüttel befanden sich verhältnismäßig wenig Lager und Lagerbewohner.

3. Gebäude und Räume in Lagern der Sozialbehörde und in den übrigen Lagern

Der Größenunterschied zwischen den Lagern der Sozialbehörde und den übrigen Lagern wird deutlich, wenn man die Zahl der Gebäude und der Räume und die Summe der Flächen der Räume zu der Anzahl der Lager in Beziehung setzt:

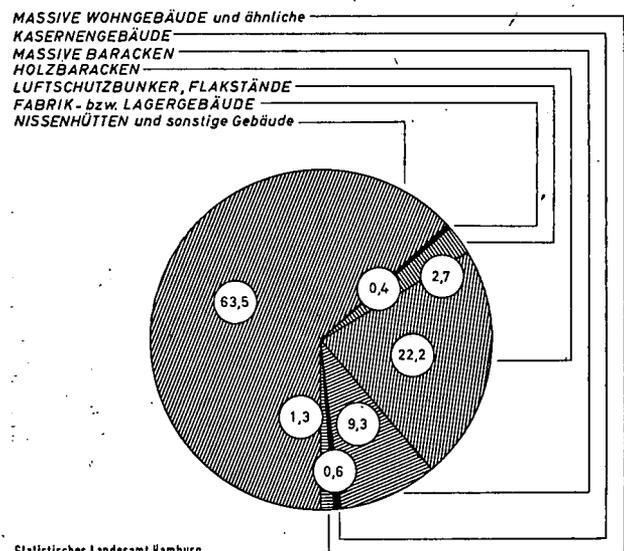
Gebäude, Räume und Fläche der Räume je Lager (Stand: Mitte 1955)

Art der Angaben	Lager der Sozialbehörde	Übrige Lager
Gebäude je Lager	35,6	13,6
Räume je Lager	177,8	64,9
Fläche der Räume je Lager in qm	3 330,1	1 036,5

Diesen Vergleichszahlen kommt wegen der Verschiedenartigkeit der Lager allerdings nur ein bedingter Wert zu.

Aus Schaubild 1 ist zu entnehmen, welche Gebäudearten in den Lagern vertreten waren. Vorherrschend mit 63,5 vH aller in den Lagern stehenden Gebäude waren die „sonstigen Gebäude“.

Schaubild 1
Die Verteilung der Gebäudearten¹⁾ in Lagern Mitte 1955 in v. H.



Statistisches Landesamt Hamburg

1) Von den hier untersuchten Gebäuden dienten 85 v. H. zum Wohnen. Die größeren Gebäude würden stärker hervortreten, wenn wir die Verteilung der verfügbaren Räume auf die Gebäudearten darstellen könnten. Leider liegen solche Angaben nicht vor.

Hinter diesem Ausdruck verbergen sich vor allem die zahlreich vorhandenen Nissenhütten. Sie waren in den Lagern der Sozialbehörde und in

den übrigen Lagern ungefähr gleich stark vertreten (65,2 bis 62,7 vH). Einen recht hohen Anteil stellten nach den Nissenhütten die Holzbaracken und die massiven Baracken, die wieder in beiden Lagergruppen ungefähr gleich häufig waren. „Sonstige Gebäude“, Holz- und massive Baracken zusammen machten 95 vH des gesamten Gebäudebestandes aller Lager aus; der Prozentsatz massiver Wohngebäude fiel mit 1,3 vH dagegen kaum ins Gewicht. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Lagerinsassen in Gebäuden untergebracht waren, die zu einem hohen Prozentsatz auf längere Dauer für Wohnzwecke ungeeignet sind.

4. Die bauliche Beschaffenheit der Gebäude

Auf den Karteikarten der Lager war der Zustand der Gebäude vom Lagerverwalter anzugeben. Da eindeutige Definitionen vorlagen, ist anzunehmen, daß diese Angaben verlässlich sind.

Ein Gesamtüberblick zeigt, daß sich **nur 21,2 vH der Gebäude in gutem Zustand befanden**, d. h. daß hier die laufenden Reparaturen ausgeführt wurden. Dagegen sind die laufenden Instandsetzungsarbeiten bei 56,7 vH aller Gebäude unterblieben, bei 22,1 vH sogar als nicht mehr lohnend bezeichnet. Die Eingruppierung unter „gut“, „schlecht“ und „sehr schlecht“ deutet demnach auf die Reparaturwürdigkeit der betreffenden Gebäude hin.

Zustand der Gebäude in den Lagern der Sozialbehörde und in den übrigen Lagern (Stand: Mitte 1955)

Zustand	Lager der Sozialbehörde		Übrige Lager		Insgesamt	
	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH
gut	321	31,1	334	16,2	655	21,2
schlecht	177	17,1	1 574	76,5	1 751	56,7
sehr schlecht . .	534	51,8	149	7,3	683	22,1
Insgesamt . . .	1 032	100	2 057	100	3 089	100

In den Lagern der Sozialbehörde war der Anteil der in gutem Zustand befindlichen Gebäude höher, der Gebäude in schlechtem Zustand geringer als in den übrigen Lagern. Die Insassen der Lager der Sozialbehörde bewohnten jedoch viel mehr abbruchreife Gebäude — sofern man hierunter Baulichkeiten verstehen will, für die Reparaturen nicht mehr lohnen — als die Insassen der übrigen Lager. **Bei den Lagern der Sozialbehörde machten die 534 abbruchreifen Gebäude 51,8 vH des gesamten Gebäudebestandes aus.** In den übrigen Lagern gab es nur 149 Baulichkeiten in sehr schlechtem Zustand (7,3 vH). Wie verteilten sich die 534 abbruchreifen Gebäude auf die 29 Lager der Sozialbehörde? Im Lager Sportallee standen damals 253, im Lager Denickestraße 151 und im Lager Lokstedter Grenzstraße 69, zusammen 473 dieser Gebäude. Wir können unsere Frage damit beantworten: fast 90 vH aller abbruchreifen Gebäude waren in 3 von 29 Lagern der Sozialbehörde zu finden. Neben diesen Extremfällen wurden einige Lager festgestellt, deren Gebäude durchweg in gutem Zustand waren.

5. Massenlager und Wohnlager

Die Einteilung der Lager in „Massenlager“, „Behelfswohnlager“ und „eigentliche Wohnlager“

könnte manche Aussage über die Wohnverhältnisse der Lagerbewohner zulassen, wenn nicht zu befürchten wäre, daß gerade diese Frage oft ungenau beantwortet worden ist. Eine Auswertung der angegebenen Lagerarten ergab folgendes mit Vorbehalt anzusehende Ergebnis:

Verteilung der Lagerinsassen auf Massenlager, Behelfswohnlager und eigentliche Wohnlager¹⁾

(Stand: Mitte 1955)

Lagerarten	Massenlager		Behelfswohnlager		Eigentliche Wohnlager		Personen in Lagern insgesamt
	Lager	Be-wohner	Lager	Be-wohner	Lager	Be-wohner	
Lager der Sozialbehörde	8	4 200	9	5 450	12	6 950	16 600
Übrige Lager	—	—	93	9 500	58	7 400	16 900
Insgesamt	8	4 200	102	14 950	70	14 350	33 500

¹⁾ gerundete Ergebnisse.

Die 8 großen Massenlager der Sozialbehörde mit rd. 4200 Insassen heben sich deutlich von der Gruppe der Behelfs- und der eigentlichen Wohnlager ab. Die meisten Lagerbewohner waren jedoch in kleineren Wohnlagern untergebracht. Wegen der häufig ungenauen Kennzeichnung der Lager ist allerdings anzunehmen, daß die Unterbringung in manchem „Wohnlager“ der in einem Massenlager ähnelte. Das gilt insbesondere für die rund 14 950 Insassen der behelfsmäßigen Wohnlager, die in „nur zu vorübergehender Unterbringung geeigneten Notunterkünften“ wohnen sollten.

Bezeichnend für die „übrigen Lager“ ist der überwiegende Anteil der behelfsmäßigen Wohnlager.

6. Die Wohnverhältnisse in den Lagern und Notunterkünften

In allen Lagern Hamburgs wurden insgesamt 3089 Gebäude gezählt. Davon dienten aber nur 2639 (85,4 vH) Gebäude als Unterkunft- bzw. Wohngebäude, 450 oder 14,6 vH wurden für gemeinschaftliche Zwecke verwandt. Bei den Lagern der Sozialbehörde lagen die Verhältnisse insoweit anders, als fast 30 vH aller Gebäude nicht für Wohnzwecke benutzt wurden. In den übrigen Lagern betrug der Satz nur 7,5 vH. Der niedrige Anteil der Gebäude, die gemeinschaftlichen Zwecken dienten, erklärt sich bei den übrigen Lagern aus zwei Gründen: einmal waren diese Lager im Durchschnitt klein, zum andern überwog die Unterbringung der Haushalte in getrennten Räumen, so daß es kaum gemeinschaftlicher Einrichtungen bedurfte. Die Angaben über die Benutzung der Gebäude befinden sich in Tabelle 3 im Anhang.

Sehr aufschlußreich für die beengten Verhältnisse, in denen die Lagerinsassen zu wohnen gezwungen waren, ist die Aufteilung der zur Verfügung stehenden Räume nach ihrer Benutzung für haushaltsmäßig getrennte oder massenmäßige Unterbringung oder für gemeinschaftlichen Aufenthalt. Massenmäßige Unterbringung lag immer dann vor, wenn Angehörige verschiedener Haushalte in einem Raum untergebracht werden mußten. **18 vH aller in Lagern der Sozialbehörde verfügbaren Räume mit**

rund 20 vH der Fläche dienten massenmäßig der Unterbringung; bei den übrigen Lagern und Notunterkünften war diese Form der Unterbringung nur in einer verschwindend geringen Zahl der Fälle anzutreffen. Einzelheiten bietet die Tabelle 4 im Anhang.

Wenn man die Zahl der in beiden Lagergruppen vorhandenen Räume für Wohnzwecke zu der Zahl der aufgenommenen Insassen in Beziehung setzt, so entfielen in den der Sozialbehörde unterstehenden Lagern 3,24 Personen auf einen solchen Raum. Bei den übrigen Lagern ergab sich eine merklich niedrigere Belegungszahl von 1,75 Personen je Raum.

Bringt man die Fläche aller Räume, also einschließlich der Räume für gemeinschaftlichen Aufenthalt, in Verbindung mit der Zahl der Insassen, so ergibt sich, daß in den Lagern der Sozialbehörde auf jede Person im Durchschnitt 5,81 qm, in den übrigen Lagern jedoch 9,11 qm entfielen. Betrachtet man allein die Fläche der Räume für Wohnzwecke, so lauten die entsprechenden Zahlen für Lager der Sozialbehörde: 5,17 qm, für übrige Lager: 9,05 qm. Alle diese Zahlen deuten darauf hin, daß die Insassen der Lager der Sozialbehörde offenbar schlechter untergebracht waren als die überwiegende Mehrzahl der Bewohner der übrigen Lager. Der Grund ist in dem verschiedenartigen Charakter beider Lagergruppen zu suchen.

7. Soziale und kulturelle Einrichtungen

Soziale und kulturelle Einrichtungen befanden sich fast ausschließlich in den Lagern der Sozialbehörde; da die übrigen Lager weitgehend Behelfsheimansammlungen darstellten oder mehr Not-

unterkünften glichen, fehlten dort häufig Räume und Gebäude, die eine soziale Betreuung in gleicher Weise wie bei der Sozialbehörde gestattet hätten.

a) Soziale Einrichtungen in Lagern der Sozialbehörde

In den Lagern der Sozialbehörde wurden 20 Kindertagesheime gezählt, die 1518 Kinder aufnehmen konnten. Von den 2932 Kindern unter 6 Jahren wurden täglich etwa 1500 betreut.

Den Jugendlichen standen 13 Gemeinschaftsräume zur Verfügung; bei einem Fassungsvermögen von 1050 Personen wurden 298 regelmäßige Besucher angegebene.

Im Juni 1955 wurden 2210 Patienten von 27 Lagerärzten behandelt; Sprechstunden wurden in den meisten Fällen nicht täglich abgehalten.

In den 29 Lagern versahen 38 Fürsorgerinnen ihren Dienst; von ihnen waren 6 in einem Lager stationiert.

b) Kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen

In 17 Lagern bestand eine Bücherei; der Bücherbestand betrug insgesamt 11450 Bände.

Lagerseelsorge fehlte nur in wenigen Lagern; in einigen wurden Gottesdienste und Bibelstunden abgehalten.

Nicht selten waren Filmveranstaltungen, in denen Wochenschauen, Kulturfilme oder Spielfilme aufgeführt wurden.

In einigen Lagern wurde Sprachunterricht erteilt.

B. Die Lagerinsassen

I. Die Struktur der Lagerbevölkerung

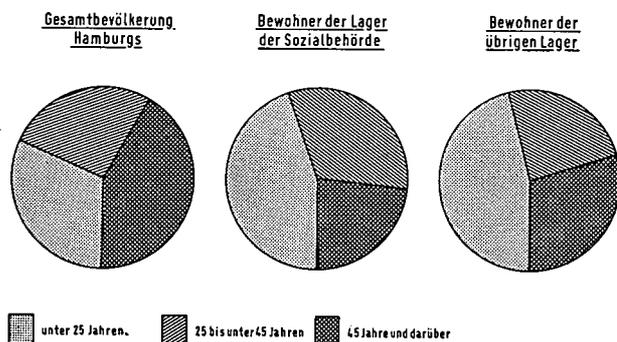
1. Die Altersgliederung der Lagerinsassen

Zum Zeitpunkt der Erhebung wurden in den erfaßten Lagern und Notunterkünften insgesamt 33 799 Personen¹⁾ gezählt, davon 16 613 in den der Sozialbehörde unterstehenden Lagern und 17 186 in den übrigen Lagern. Zum Vergleich: die Stadt Stade hatte am 1. Januar 1956 29 091 Einwohner.

Schaubild 2

Die Altersgliederung der Lagerbevölkerung im Vergleich zur Hamburger Gesamtbevölkerung

Stand: Mitte 1955



Der Altersaufbau der Lagerbewohner wich erheblich von der Altersgliederung der Gesamtbevölkerung Hamburgs ab. Die Lagerbevölkerung war im Durchschnitt jünger; 45,2 vH der Lagerbewohner waren unter 25 Jahre alt, bei der Gesamtbevölkerung betrug der Anteil dieser Jahrgänge nur 31,5 vH. Der Prozentsatz der über 45-jährigen belief sich in den Lagern auf 26,5 vH, unter der Gesamtbevölkerung dagegen auf 42,0 vH. Zwischen den Lagern der Sozialbehörde und den übrigen Lagern bestand in dieser groben Gliederung kein wesentlicher Unterschied, wie aus nachstehender Übersicht hervorgeht.

Auffällig hob sich der Kinderreichtum der Lagerbevölkerung von dem der Gesamtbevölkerung ab. Auf 100 Lagerinsassen entfielen fast 28 Kinder unter 14 Jahren, auf 100 Einwohner Hamburgs nur rd. 16,2 Kinder dieser Altersstufe. Bei den unter 6-jährigen Kindern lauteten die Vergleichszahlen: 13,8 vH gegenüber 6,0 vH. Von insgesamt rd. 105 600 Kindern unter 6 Jahren, die zu Beginn des Jahres 1955 in Hamburg aufwuchsen, wohnten rd. 4700 in Lagern. Diese Zahlen bedeuten, daß etwa

¹⁾ Darin sind 15 ortsabwesende Personen enthalten, davon 2 aus Lagern der Sozialbehörde und 13 aus den übrigen Lagern.

jedes 22. Hamburger Kind unter 6 Jahren in einem Lager oder in einer Notunterkunft zu Hause war.

Die Altersgliederung der Lagerbevölkerung im Vergleich zur Hamburger Gesamtbevölkerung in vH
(Stand: Mitte 1955)

Altersgruppen	Gesamtbevölkerung Hamburgs	Lagerbevölkerung		
		zusammen	Lager der Sozialbehörde	übrige Lager
unter 25 Jahre	31,5	45,2	44,5	45,8
25 bis unter 45 Jahre	26,5	28,2	32,2	24,3
45 Jahre und darüber	42,0	26,5	23,2	29,8
ohne Altersangabe	—	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	100	100	100	100

Der hohe Anteil der Kinder war das deutlichste Kennzeichen der Lagerbevölkerung. Am ausgeprägtesten trat dies in den Lagern der Sozialbehörde hervor (Übersicht 1). Hier war der Kinderreichtum der eingewiesenen Familien im Vergleich zur Gesamtbevölkerung besonders hoch. Da es sich bei einem erheblichen Teil der in den Lagern untergebrachten Haushaltungen um „Dauerinsassen“ handelte, dürfte ein großer Teil der unter 6jährigen bereits im Lager geboren sein.

Übersicht 1

Altersgliederung der Lagerbevölkerung im Vergleich zur Hamburger Gesamtbevölkerung in vH
(Stand: Mitte 1955)

Altersgruppen	Gesamtbevölkerung Hamburgs	Lagerbevölkerung		
		zusammen	Lager der Sozialbehörde	übrige Lager
unter 6 Jahre	6,0	13,8	17,7	10,1
6 bis unter 14 Jahre	10,2	13,9	12,8	15,1
14 bis unter 18 Jahre	6,1	7,3	5,6	8,9
18 bis unter 21 Jahre	4,5	4,9	3,4	6,2
21 bis unter 25 Jahre	4,7	5,3	5,0	5,5
25 bis unter 45 Jahre	26,5	28,2	32,2	24,3
45 bis unter 55 Jahre	16,7	13,1	11,9	14,3
55 bis unter 65 Jahre	13,1	8,4	7,6	9,2
65 und darüber	12,2	5,0	3,7	6,3
ohne Altersangabe	—	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	100	100	100	100

2. Die Haushaltsgrößen in den Lagern und in der Gesamtbevölkerung

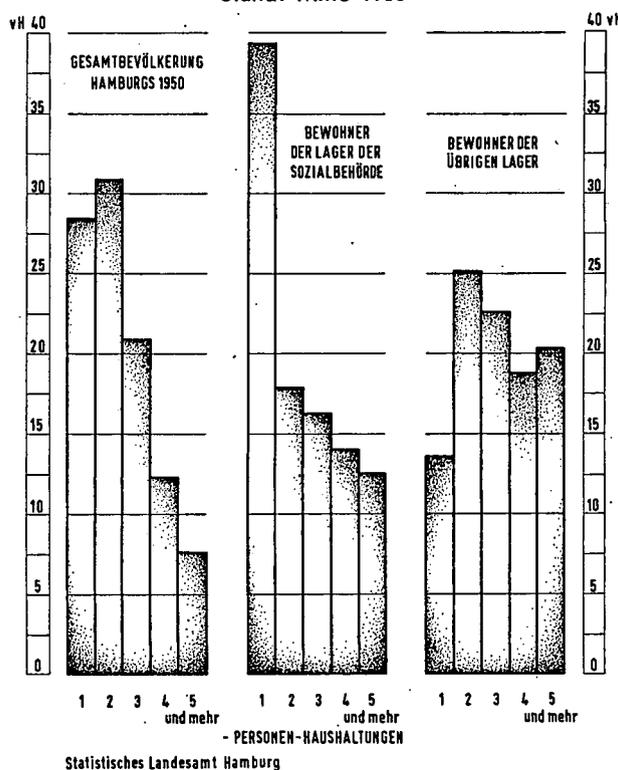
Der Kinderreichtum der eingewiesenen Familien schlug sich — jedenfalls zum Teil — in dem hohen Prozentsatz der Großfamilien in den Lagern nieder. In allen Lagern und Notunterkünften zählten rd. **16 von 100 Haushaltungen fünf und mehr Personen**; der Anteil derartiger Haushaltungen war damit doppelt so hoch wie 1950 unter der gesamten Hamburger Bevölkerung. Aus der Tabelle 5 im Anhang ist zu entnehmen, daß die Großhaushalte in den „übrigen Lagern“ fast ein Fünftel der dort erfaßten Haushalte ausmachten. In den Lagern der Sozialbehörde lag dagegen ihr Anteil mit nur 12,4 vH unter dem Gesamtdurchschnitt der Hamburger Bevölkerung von 1950.

Zu den Einpersonenhaushalten ist zu bemerken, daß ihr Anteil in den Lagern der Sozialbehörde weit über, in den übrigen Lagern erheblich unter dem Satz lag, der 1950 für die Gesamtbevölkerung Hamburgs ermittelt wurde.

Schaubild 3

Die Haushaltungen der Gesamtbevölkerung und der Lagerbevölkerung nach ihrer Größe

Stand: Mitte 1955



Die Anteile der Einpersonenhaushalte betragen in den Lagern der Sozialbehörde . . . 39,4 vH in den übrigen Lagern und Notunterkünften 13,6 vH und für die Hamburger Gesamtbevölkerung von 1950 28,4 vH Einzelheiten gehen aus der Tabelle 5 im Anhang hervor.

3. Die Gründe des Lageraufenthaltes

Es ist ein schwieriges Unterfangen, die Gründe des Lageraufenthaltes durch eine Befragung der Lagerinsassen selbst festzustellen. Die Auskünfte, die man hierbei erhält, entsprechen nicht immer den Tatsachen. Seit der Einweisung in das Lager ist oftmals lange Zeit verstrichen, so daß sich die Bewohner nicht mehr eindeutig an die damals ausschlaggebenden Gründe erinnern können; in dem einen oder anderen Fall mag die Auskunft auch bewußt ungenau erteilt werden. Dennoch vermitteln die nachstehenden Übersichten, die teils Angaben über Personen, teils Angaben über Haushaltungen enthalten, ein einigermaßen zutreffendes Bild der wahren Verhältnisse.

Ein erheblicher Teil der Lagerbewohner ist durch Krieg und Kriegsfolgen in die Lager verschlagen worden. So hatten Mitte 1955 in den Unterkünften der Sozialbehörde 1488 Haushaltungen angegeben, sie seien als Heimatvertriebene in die Lager eingewiesen worden; dazu kamen noch 825 Haushalte von Sowjetzonenflüchtlingsen, 60 von Auslandsdeutschen sowie 763 Haushaltungen heimatloser Ausländer. Dies sind zusammen 40 vH der Haushaltungen in den Lagern der Sozialbehörde.

Gründe der Lagereinweisung von Haushalten bei vorliegendem Räumungsurteil

(Stand: Mitte 1955)

Begründung der Urteile	Alle Lager		d a v o n			
			Lager der Sozialbehörde		übrige Lager	
	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH
Belästigung . . .	73	6,3	64	7,7	9	2,8
Mietschulden . . .	514	44,5	351	42,2	163	50,3
Eigenbedarf . . .	232	20,1	160	19,2	72	22,2
Sonstige Gründe . .	337	29,1	257	30,9	80	24,7
Insgesamt	1 156	100	832	100	324	100

Dieser erste Überblick abgestellt auf Haushaltungen wird ergänzt durch eine Aufgliederung der Lagerbewohner nach den einzelnen Gruppen der Kriegsfolgehilfeempfänger.

Übersicht 2

Lagerbewohner nach Gruppen der Kriegsfolgehilfe

(Stand: Mitte 1955)

Gruppen der Kriegsfolgehilfe	Lager der Sozialbehörde		Übrige Lager		Zusammen	
	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH
Vertriebene	4 880	29,4	3 471	20,2	8 351	24,7
Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin . . .	1 998	12,0	701	4,1	2 699	8,0
Evakuierte . . .	1 512	9,1	2 358	13,7	3 870	11,5
Ausländer und Staatenlose . .	1 888	11,4	112	0,7	2 000	5,9
Sonstige KFH-Fälle . .	1 928	11,6	2 668	15,5	4 596	13,6
Personen, die keinerlei KFH beziehen ¹⁾ . . .	4 405	26,5	7 863	45,8	12 268	36,3
Insgesamt . . .	16 611	100	17 173	100	33 784	100

¹⁾ Angehörige von Vermissten und Kriegsgefangenen sowie kriegsbeschädigte Heimkehrer und Kriegshinterbliebene.

Auch in den übrigen Lagern bildeten die Heimatvertriebenen die größte geschlossene Gruppe; Auslandsdeutsche und heimatlose Ausländer waren dagegen kaum vertreten.

Auffällig hoch ist in beiden Lagergruppen der Anteil jener Haushaltungen, bei denen die Gründe der Lagereinweisung im einzelnen nicht eindeutig festgestellt werden konnten.

Für rund 62 vH der Bewohner der Lager der Sozialbehörde läßt sich ein kriegsbedingter Wohnungsverlust mit ziemlicher Sicherheit annehmen. Hierunter fallen Vertriebene, Zugewanderte, Ausländer und Staatenlose sowie Evakuierte.

In den übrigen Lagern trifft dies für etwa 40 vH aller Bewohner zu. Der Anteil der Evakuierten, unter denen sich wohl überwiegend ausgebombte Hamburger verbergen — insofern ist die Bezeich-

nung nicht ganz zutreffend — beträgt in den Lagern der Sozialbehörde 9 vH und in den übrigen Lagern 14 vH.

Recht zahlreich waren in den Lagern der Sozialbehörde Ausländer und Staatenlose vertreten. Es handelte sich um 1888 Personen oder 11,4 vH aller Lagerinsassen. In den übrigen Lagern gab es nur 112 heimatlose Ausländer.

Bemerkenswert ist, daß eine hohe Zahl von Personen in Lagern und Notunterkünften festgestellt wurde, deren Einweisung nicht mit den Kriegsergebnissen in Zusammenhang gebracht werden kann. In den von der Sozialbehörde verwalteten Lagern gehörte ein Viertel aller Bewohner zu dieser Gruppe, in den übrigen Lagern sogar fast die Hälfte. Auch hierunter dürften sich zum Teil Obdachlose sowie ehemalige Bewohner von Unterkünften verbergen, die auf Grund baupolizeilicher Maßnahmen geräumt werden mußten.

Gewisse Anhaltspunkte liefert weiterhin eine Aufgliederung der Haushaltungen nach dem Besitz eines Flüchtlingsausweises.

Übersicht 3

Haushalte, denen ein Flüchtlingsausweis A, B oder C zur Verfügung stand

(Stand: Mitte 1955)

Art der Ausweise	Lager der Sozialbehörde		Übrige Lager		Zusammen	
	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH
Ausweis A	1 767	81,6	986	92,2	2 753	85,1
Ausweis B	61	2,8	40	3,7	101	3,1
Ausweis C	339	15,6	44	4,1	383	11,8
Insgesamt	2 167	100	1 070	100	3 237	100
in vH aller Haushaltungen in Lagern	32,8		20,2		27,2	

Allerdings sind die hierbei gewonnenen Zahlen nicht ohne weiteres mit den Zahlen der Kriegsfolgehilfeempfänger vergleichbar, da es sich um Haushaltungen und nicht um Personen handelt. In den Lagern der Sozialbehörde hatte rd. ein Drittel aller Haushaltungen einen Flüchtlingsausweis aufzuweisen, in den übrigen Lagern dagegen etwa ein Fünftel. Diese Anteile sind etwas geringer als der Anteil der Vertriebenen in den jeweiligen Lagergruppen.

Bei allen Unsicherheiten, die sich aus der Gegenüberstellung von Angaben über Haushaltungen auf der einen und über Personen auf der anderen Seite ergeben, tritt immer wieder der hohe Anteil kriegsbedingter Einweisungen in die Lager hervor. Daneben befinden sich aber — wenn auch statistisch nur in verhältnismäßig geringem Umfang nachweisbar — Personengruppen, die man nur schwer in ein normales gesellschaftliches Gefüge einzuordnen vermag.

4. Die Dauer des Lageraufenthaltes der Lagerbewohner

Über die Dauer des Lageraufenthaltes geben die Tabellen 6a und 6b im Anhang Auskunft. Sie beziehen sich allerdings auf den Stand Mitte 1955.

Hier, wie schon an einigen vorangehenden Punkten ist wieder zu beachten, daß zwischen den Lagern der Sozialbehörde und den übrigen Lagern Unterschiede bestanden, die im Charakter beider Lagergruppen begründet waren.

Etwa ein Achtel aller Bewohner lebte seit mindestens neun Jahren (1946) in den Unterkünften der Sozialbehörde, kleinere Gruppen sind aus den Jahren 1947/48/49 dort verblieben. Das entspräche einer damaligen Aufenthaltsdauer von etwa acht, sieben bzw. sechs Jahren. Von 1950 an steigen die Anteile, wie aus der Tabelle 6a, Sp. 1, im Anhang zu entnehmen ist. Etwa 70 vH aller am 30. Juni 1955 gezählten Insassen waren erst nach 1950 in den von der Sozialbehörde verwalteten Lagern aufgenommen worden. Das scheint, wenn man eine gleichbleibende Größe der Lager voraussetzt, für einen verhältnismäßig raschen Wechsel, jedenfalls bei einem Teil der Lagerbevölkerung, zu sprechen.

Eine Betrachtung der Tabelle 6b im Anhang erweckt den Eindruck, daß **in den übrigen Lagern eine größere Selbsthaftigkeit der Bewohner vorlag**. So wohnte **mehr als ein Drittel** aller in den übrigen Lagern eingewiesenen Personen **fast ein Jahrzehnt** (seit 1946) oder noch länger dort. Während in den Lagern der Sozialbehörde rd. 70 vH der gezählten Bewohner im Zeitraum vom 1. Januar 1950 bis zum 30. Juni 1955 eingewiesen wurden, traf dies nur für rd. 36 vH der in den übrigen Lagern gezählten Personen zu. Das würde den vorher erwähnten Unterschieden in der Beschaffenheit der Lagergruppen entsprechen. Bei diesem Vergleich wirken sich die ohnehin nicht zum längeren Aufenthalt gedachten Durchgangslager der Sozialbehörde aus.

Zu ähnlichen Ergebnissen führt eine Berechnung der gewogenen mittleren Dauer des Lageraufenthaltes. Vor allem treten hier die Unterschiede in der Dauer des Lageraufenthaltes, wie sie sich für Alleinstehende und Mitglieder von Mehrpersonenhaushalten ergaben, hervor.

Gewogene mittlere Dauer des Lageraufenthaltes¹⁾
(Stand: Mitte 1955)

Lagerinsassen	Mittlere Dauer des Lageraufenthaltes	
	Lager der Sozialbehörde	übrige Lager
Insgesamt	3,81 Jahre	6,26 Jahre
davon		
Alleinstehende	5,09 Jahre	6,68 Jahre
Mitglieder von Mehrpersonenhaushalten	3,59 Jahre	6,24 Jahre
darunter		
Mitglieder von 5- u. Mehrpersonenhaushalten	3,57 Jahre	6,00 Jahre

¹⁾ Da die offene Gruppe vernachlässigt wurde, handelt es sich um Mindestwerte.

Sehr deutlich werden in der voranstehenden Übersicht die anders gelagerten Verhältnisse in den übrigen Lagern, wenn auch die Durchschnittsrechnung in diesem Falle nicht eine typische Dauer des Lageraufenthaltes beschreibt, sondern zwischen

weit gestreuten Werten einen Ausgleich schafft. Für Alleinstehende erwiesen sich die Umstände in beiden Lagergruppen als ungünstiger als für größere Haushaltungen — insbesondere aber in den Lagern der Sozialbehörde. Ihre durchschnittliche Verweildauer lag dort mit 5 Jahren erheblich über dem für alle Bewohner der Lager der Sozialbehörde geltenden Durchschnitt von 3,81 Jahren.

5. Die Tbc-Fälle in Lagern und Notunterkünften

Bei Betrachtung der Tabelle 8 im Anhang fällt sofort auf, daß trotz ungefähr gleicher Bewohnerzahl in den der Sozialbehörde unterstehenden Lagern 1955 mehr als doppelt soviel Tbc-Fälle angetroffen wurden wie in den übrigen Lagern. Was für alle Bewohner zusammen galt, fand sich in den meisten Altersgruppen wieder.

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Vergleich mit der Gesamtbevölkerung. Für Hamburg wird man für 1955 etwa einen Anteil von 1,5 Tbc-Kranken auf 100 Einwohner annehmen können. Der Satz der Tbc-Erkrankten in den „übrigen Lagern“ entsprach mit 1,7 vH nahezu diesem Gesamtdurchschnitt. Dagegen kamen **in Lagern der Sozialbehörde auf 100 Insassen 4 an Tbc erkrankte Personen**.

Übersicht 4

Lager der Sozialbehörde, in denen mindestens 3 vH der Bewohner eine Tbc-Erkrankung angegeben hatten

(Stand: Mitte 1955)

Lager	Zahl der Insassen	darunter Ausländer und Staatenlose ¹⁾	Tbc-Kranke	
			absolut	auf 100 Insassen
Wohnlager Ausschlagerweg 16—18	189	2	6	3,7
Funkturn, Billstedt, Unterer Landweg	889	471	102	11,5
Finkenwerder Neßpriel	961	3	51	5,3
Daimlerstraße 46 A—D	395	202	38	9,6
Iserbrooker Weg 11	161	—	5	3,1
Wohnlager Höhenstieg	379	—	13	3,4
Falkenbergsweg	497	256	45	9,1
Fischbek, Postweg 7	998	456	88	8,8

¹⁾ Angaben aus der Lagerkartei.

Dieser Durchschnittssatz verdeckt die Tatsache, daß es **in einigen Lagern der Sozialbehörde ungewöhnlich viele Tbc-krankte Bewohner** gab. Wie aus Übersicht 4 zu entnehmen ist, bewegten sich die Anteile der an Tbc-Erkrankten in einigen Fällen um 10 vH! Es handelte sich um die Lager, die besonders stark mit Ausländern und Staatenlosen belegt waren.

Die 21 Lager der Sozialbehörde, die in Übersicht 4 nicht aufgeführt sind, hatten ausnahmslos Anteile unter 3 vH. Es ist allerdings zu erwähnen, daß die in Übersicht 4 verwendeten Zahlen auf die Angaben der Lagerbewohner selbst zurückgehen und gewiß weniger verlässlich sind als die Auszählung der Gesundheitsbehörde, aus der die Tabelle 8 im Anhang zusammengestellt ist. Die Angaben der Lagerbewohner müssen daher als **Mindestwerte** angesehen werden.

II. Die Arbeitslosigkeit in Lagern und Notunterkünften

1. Der Anteil der im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen der Lagerbevölkerung

Der Anteil der im erwerbsfähigen Alter (15 unter 65 Jahre) stehenden Personen war 1955 unter der Lagerbevölkerung etwas niedriger als unter der Gesamtbevölkerung. Dies dürfte in erster Linie auf den Kinderreichtum der in den Lagern untergebrachten Familien zurückzuführen sein. In den Unterkünften der Sozialbehörde befanden sich relativ am wenigsten Personen im erwerbsfähigen Alter.

Diese gewiß bedeutsamen Abweichungen erklären zwar bis zu einem gewissen Grade das damals verhältnismäßig geringe „Arbeitnehmerpotential“ der Lagerbevölkerung, bieten jedoch keine Anhaltspunkte für das Zustandekommen von Arbeitslosenquoten (Arbeitslose in vH der Arbeitnehmer), die weit über das hinausgehen, was während der Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre festgestellt wurde oder in den ersten Jahren nach der Währungsreform für wenige abgelegene Notstandsgebiete zutraf.

Anteile der Personen im erwerbsfähigen Alter bei Gesamtbevölkerung und Lagerbevölkerung¹⁾ (Stand: Mitte 1955)

Bevölkerungsgruppen	Personen		
	insgesamt	darunter 14- bis unter 65 jährige überhaupt	vH
Bevölkerung Hamburgs	1 752 125	1 255 198	71,6
Lagerbevölkerung . . .	33 799	22 679	67,1
davon			
in Lagern der Sozial- behörde	16 613	10 926	65,8
in übrigen Lagern . .	17 186	11 753	68,4

¹⁾ Diese Gruppierung gibt die Verhältnisse nicht genau wieder, da die Schulpflicht in Hamburg bis zum 15. Lebensjahr dauert.

2. Der Anteil der Arbeitslosen an der Lagerbevölkerung

Zum Verständnis des Folgenden muß man sich vergegenwärtigen, daß die Bewohnerzahl beider Lagergruppen nahezu gleich war. Dennoch befanden sich **in den Lagern der Sozialbehörde weniger Erwerbstätige, aber weitaus mehr Arbeitslose als in den übrigen Lagern.**

Relative Arbeitslosigkeit¹⁾ in der Gesamtbevölkerung und in Lagern (Stand: Mitte 1955)

Bevölkerungsgruppen	insgesamt	davon	
		Männer	Frauen
Gesamtbevölkerung ²⁾ . .	7,0 vH	4,5 vH	12,0 vH
Lager der Sozialbehörde	32,0 vH	26,1 vH	45,2 vH
Übrige Lager	12,2 vH	7,3 vH	22,0 vH

¹⁾ Arbeitslose in vH der erwerbstätigen Arbeitnehmer zuzüglich der Arbeitslosen. — ²⁾ geschätzt.

Man wird für den Juni 1955 von einer relativen Arbeitslosigkeit (Arbeitslose in vH der Summe aus Erwerbstätigen und Arbeitslosen) von rund 7 vH für die Hamburger Gesamtbevölkerung ausgehen können. In den Lagern der Sozialbehörde betrug

der Anteil der Arbeitslosen zum gleichen Zeitpunkt 32 vH, in den übrigen Lagern 12 vH.

Eine Betrachtung der Gesamtarbeitslosigkeit in den Lagern verdeckt jedoch die entscheidenden Unterschiede bei Männern und Frauen. Während sich die relative Männerarbeitslosigkeit damals für die Gesamtbevölkerung um 4 vH bewegte, erreichte sie in den Lagern der Sozialbehörde 26 vH, in den übrigen Lagern 7 vH. Die relative Frauenarbeitslosigkeit der Gesamtbevölkerung lag im Juni 1955 bei etwa 12 vH, in den Lagern der Sozialbehörde bei 45 vH und in den übrigen Lagern bei 22 vH.

Die Gegenüberstellung der Zahlen über die Arbeitslosigkeit und vor allem der Vergleich der Anteile läßt erkennen, daß die Erwerbslosigkeit in den „übrigen Lagern“ zwar stärker spürbar war als unter der Gesamtbevölkerung, aber längst nicht das Ausmaß erreichte wie in den Lagern der Sozialbehörde. Man darf jedoch nicht vergessen, daß gerade bei Untersuchungen über die Erwerbslosigkeit bestimmter Bevölkerungsgruppen eine ganze Reihe von Vorbehalten gemacht werden muß.

Erwerbstätige und Arbeitslose in Lagern und Notunterkünften (Stand: Mitte 1955)

Lagerarten	Erwerbstätige			Arbeitslose		
	zu- sammen	davon		zu- sammen	davon	
		männl.	weibl.		männl.	weibl.
Lager der Sozial- behörde	4 639	3 486	1 153	2 183	1 231	952
Übrige Lager	5 982	4 212	1 770	833	334	499
Insgesamt	10 621	7 698	2 923	3 016	1 565	1 451

So bedarf es kaum der Erwähnung, daß auch Mitte 1955 derartig hohe Arbeitslosenquoten in den Arbeitsmarktverhältnissen der Hansestadt nicht die geringste Stütze fanden. Das Jahr 1955 stand im Zeichen einer kräftigen Expansion, bei der erhebliche Nachfrage nach Arbeitskräften herrschte. Allerdings war die Spannweite dessen, was von den Arbeitsämtern auf Grund des damals geltenden Rechts als Arbeitslosigkeit angesehen werden mußte, sehr weit. Man kann vermuten, daß sich besonders in den Lagern jene Grenzfälle fanden, die zwar „arbeitsfähig“ im Sinne des Gesetzes waren, für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit jedoch kaum noch in Frage kamen. Die an sie gezahlte Arbeitslosenfürsorgeunterstützung stellte also eher eine Fürsorgeleistung als eine Unterstützung wegen des vorübergehenden Ausscheidens aus dem Wirtschaftsprozeß dar. Inzwischen dürfte durch die gesetzliche Neuregelung auf dem Gebiet der Arbeitslosenhilfe auch in den Lagern eine Klärung der tatsächlichen Erwerbsverhältnisse der Insassen erfolgt sein. Ein Teil der damals erwerbslos genannten Personen wird heute zu den Fürsorgeempfängern zählen.

Im Juni 1955 war ein hoher Prozentsatz der arbeitslosen Lagerinsassen bereits jahrelang ohne Beschäftigung.

Übersicht 5

Dauer der Arbeitslosigkeit der Lagerinsassen

(Stand: Mitte 1955)

Dauer der Arbeitslosigkeit	Lager der Sozialbehörde		Übrige Lager	
	absolut	vH	absolut	vH
seit 1952 und früher	877	40,2	294	35,3
seit 1953	196	9,0	58	7,0
seit 1954	262	12,0	100	12,0
seit 1955	285	13,0	125	15,0
ohne Angabe	563	25,8	256	30,7
Insgesamt	2 183	100	833	100

Der Grund für die Dauerarbeitslosigkeit eines erheblichen Teils der Lagerinsassen war keineswegs in ihrem Alter zu suchen. Von den 2 183 Arbeitslosen in den Lagern der Sozialbehörde hatten 75 vH das 55. Lebensjahr noch nicht überschritten, ungefähr ein Drittel war unter 35 Jahre alt. Einzelheiten gehen aus Tabelle 9 des Anhangs hervor.

Aus der beruflichen Gliederung der arbeitslosen Lagerbewohner lassen sich ebenfalls keine Anhaltspunkte für die ungewöhnlich hohen Arbeitslosenquoten gewinnen. Der Anteil der kaufmännischen Berufe war geringer als unter den Arbeitslosen der Gesamtbevölkerung, und auch der Prozentsatz der gewerblichen Hilfsberufe lag — abgesehen von den übrigen Lagern — unter dem Gesamtdurchschnitt. In den von der Sozialbehörde verwalteten Lagern konnte allerdings ein Viertel, in den übrigen Lagern etwas weniger als ein Siebentel der Arbeitslosen keine näheren Berufsangaben machen.

Erwerbslose Mitte 1955 in beruflicher Gruppierung

Berufliche Gruppierungen	Erwerbslose unter der			
	Lagerbevölkerung		Gesamtbevölkerung	
	absolut	vH	absolut	vH
Unqualifizierte Kräfte ¹⁾	1 011	33,6	24 433	41,4
Typische Angestelltenberufe ²⁾	478	15,8	14 726	24,9
Sonstige Berufe	1 527	50,6	19 902	33,7
Erwerbslose zusammen	3 016	100	59 061	100

¹⁾ Berufsgruppen: Gewerbliche Hilfsberufe, Reinigungsberufe, Dienst- und Wachberufe, Berufstätige ohne nähere Angabe des Berufs. — ²⁾ Berufsgruppen: Ingenieure und Techniker, Verwaltungs- und Büroberufe, kaufmännische Berufe, Rechts- und Sicherheitswahrer, Erziehungs- und Lehrberufe, Bildungs- und Forschungsberufe, künstlerische Berufe.

Die Verteilung der 3 000 arbeitslosen Lagerinsassen und der 59 000 Erwerbslosen der Gesamt-

bevölkerung (Ende Juni 1955) auf die einzelnen Berufsgruppen ist aus Tabelle 10 des Anhangs zu ersehen. Zwar zeigten sich die gleichen Schwerpunkte, dennoch war die berufliche Gliederung der arbeitslosen Lagerinsassen günstiger als das der Gesamtheit der Hamburger Erwerbslosen.

Der Anteil der verhältnismäßig schwierig zu vermittelnden unqualifizierten Kräfte und der typischen Angestelltenberufe lag in den Lagern niedriger als bei den Arbeitslosen der Gesamtbevölkerung.

Die Fragwürdigkeit der Arbeitslosenzahlen in den Lagern wird besonders deutlich, wenn man die Erwerbspersonen nach der Stellung im Haushalt gliedert. Haushaltsvorstände von **Mehrpersonenhaushaltungen** waren von der Erwerbslosigkeit **stärker betroffen** als die sonstigen im Berufsleben stehenden Mitglieder dieser Haushaltungen.

Übersicht 6

Arbeitslosigkeit der Arbeitnehmer in Lagern und Notunterkünften nach Stellung im Haushalt

(Stand: Mitte 1955)

Stellung der Arbeitnehmer im Haushalt	Lager der Sozialbehörde		Übrige Lager			
	Erwerbspersonen	darunter arbeitslos		Erwerbspersonen	darunter arbeitslos	
		absolut	vH		absolut	vH
Alleinstehende	1 848	911	49,3	362	93	25,7
Vorstände von Mehrpersonenhaushaltungen	3 352	975	29,1	3 592	457	12,7
Sonstige Mitglieder von Mehrpersonenhaushaltungen	1 622	297	18,3	2 861	283	9,9
Insgesamt	6 822	2 183	32,0	6 815	933	12,2

Auffällig in Übersicht 6 erscheint vor allem die relative Arbeitslosigkeit der Alleinstehenden. **In den Lagern der Sozialbehörde wäre demnach jeder zweite alleinstehende Arbeitnehmer ohne Beschäftigung gewesen. Unter 100 alleinstehenden weiblichen Erwerbspersonen befanden sich sogar 72 Arbeitslose** (Tabelle 11 im Anhang). Ebenso bedenklich lagen die Verhältnisse bei den weiblichen Arbeitnehmern, die gleichzeitig Haushaltsvorstand eines Mehrpersonenhaushaltes waren: in den Lagern der Sozialbehörde hatten 62,5 vH keine Stellung, in den übrigen Lagern 43,8 vH.

III. Die Einkommenssituation der Haushalte in Lagern und Notunterkünften

Die Erhebung bot Gelegenheit, einige Daten über die Einkommenssituation festzustellen. Einmal wurde die Höhe des Einkommens erfaßt, zum anderen aber auch seine Zusammensetzung, d. h. also, ob Einkommen aus Erwerbstätigkeit, aus Renten und Sozialleistungen oder sonstigen Zuwendungen erzielt wurde.

1. Die Zahl der Einkommensbezieher in Mehrpersonenhaushalten

In den von der Sozialbehörde verwalteten Lagern hatten Mitte 1955 von den Haushaltungen, die ausschließlich von Erwerbseinkommen lebten, nur rd.

29 vH mehr als einen Verdiener, in den übrigen Lagern dagegen ungefähr 45 vH. Die Erwerbstätigkeit der Familienangehörigen scheint in den übrigen Lagern demnach höher gewesen zu sein, ohne daß das vorliegende Material Anhaltspunkte für die Gründe böte (vgl. hierzu auch Tabelle 12 des Anhangs).

Von den Haushaltungen, die nur von Renten, Pensionen oder Unterstützungen lebten, bezog in den übrigen Lagern fast jede dritte mehr als eine Rente, Pension oder Unterstützung, in den Lagern der Sozialbehörde dagegen nur etwa jede fünfte.

Ein oder mehrere Einkommensbezieher in den Mehrpersonenhaushaltungen¹⁾ der Lagerbevölkerung nach Art des Einkommens in vH

(Stand: Mitte 1955)

Art der Einkommen	Lager der Sozialbehörde			Übrige Lager		
	zusammen	davon in vH		zusammen	davon in vH	
		ein Einkommensbezieher	mehrere		ein Einkommensbezieher	mehrere
Erwerbseinkommen	2 139	71,3	28,7	2 716	54,4	45,6
Renten, Pensionen und Unterstützungen ²⁾	1 037	78,5	21,5	672	66,4	33,6
Beides	720	9,2	90,8	1 119	6,4	93,6
Insgesamt . . .	3 896	61,7	38,3	4 507	44,3	55,7

¹⁾ Soweit Angaben gemacht wurden. — ²⁾ Nur öffentliche Unterstützungen.

In beiden Lagergruppen gab es zahlreiche Haushalte, deren Einkommen sowohl aus Erwerbstätigkeit als auch aus Renten, Pensionen und Unterstützungen gespeist wurde. Fast immer wurde dann das Haushaltseinkommen von mehreren Verdienern erbracht. Für eine globale Charakterisierung mag es genügen, wenn man festhält, daß in den übrigen Lagern rund jede zweite Haushaltung von mehreren Einkommensbeziehern ernährt wurde. In den Lagern der Sozialbehörde konnte sich dagegen nur jede dritte Haushaltung auf mehrere Einkommensbezieher stützen.

2. Die Zusammensetzung des Einkommens in den Haushalten

In den Lagern der Sozialbehörde bestritten von 2 389 Einpersonenhaushaltungen, die Angaben über ihr Einkommen gemacht haben, rd. 38 vH ihren Lebensunterhalt nur aus Erwerbseinkommen, fast 61 vH nur von Renten, Pensionen oder staatlichen Unterstützungen und nur etwa 1 vH aus beiden Einkommensarten.

Die Zusammensetzung des Einkommens in den Haushaltungen der Lagerbevölkerung in vH

(Stand: Mitte 1955)

Art der Einkommen	Lager der Sozialbehörde			Übrige Lager		
	zusammen	Einpersonenhaushalte	Mehrpersonenhaushalte	zusammen	Einpersonenhaushalte	Mehrpersonenhaushalte
Erwerbseinkommen	48,4	37,8	54,9	56,9	34,0	60,3
Renten, Pensionen und Unterstützungen . . .	39,6	60,8	26,6	20,8	60,3	14,9
Beides	12,0	1,4	18,5	22,3	5,7	24,8
Insgesamt . . .	100	100	100	100	100	100

Für die viel kleinere Gruppe der Einpersonenhaushaltungen in den übrigen Lagern ergibt sich ein ähnliches Bild: 34 vH der 679 Einpersonenhaushaltungen lebten ausschließlich vom Arbeitsver-

dienst, etwa 60 vH nur von Renten, Pensionen oder staatlichen Unterstützungen und beinahe 6 vH von beiden gleichzeitig.

Der auffällig hohe Satz von rd. 60 vH, der in beiden Lagergruppen für Einpersonenhaushalte mit einem Einkommen nur aus Renten, Pensionen oder staatlichen Unterstützungen errechnet wurde, ging auf ganz verschiedene Ursachen zurück. Von den 1 451 Einpersonenhaushalten in Lagern der Sozialbehörde, die eines der fraglichen Sozialeinkommen (Übertragungseinkommen) bezogen, waren 911 erwerbslos, wurden also vom Arbeitsamt unterstützt, und nur 540 standen offenbar außerhalb des Erwerbslebens. In den übrigen Lagern dagegen war der bei weitem überwiegende Teil der Renten-, Pensions- oder Unterstützungsbezieher unter den Einpersonenhaushalten, nämlich 316 von 409 Personen, bereits endgültig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden und dürfte demnach eine Rente aus der Invaliden- oder Angestelltenversicherung bezogen haben. Nur 93 Personen galten als arbeitslos.

Hinsichtlich der Zusammensetzung des Einkommens der Mehrpersonenhaushalte zeigten sich merkbliche Unterschiede zwischen den beiden Lagergruppen. So war der Anteil der Haushalte mit Übertragungseinkommen (Rente, Pension, Unterstützung) in den Lagern der Sozialbehörde nahezu doppelt so hoch wie in den übrigen Lagern; Erwerbseinkommen in Verbindung mit Sozialleistungen treten dagegen weniger auf.

3. Die Höhe der Einkommen in den Haushalten in Lagern und Notunterkünften

Ob das Einkommen einer Haushaltung reichlich oder knapp bemessen ist, hängt nicht nur von seiner Höhe, sondern auch von der Zahl der Personen ab, deren Lebensunterhalt davon bestritten werden muß. Man wird daher bei der Beurteilung der Einkommensverhältnisse die Haushaltungen sorgfältig nach der Größe gliedern müssen, da Durchschnittszahlen das Bild nur verwischen.

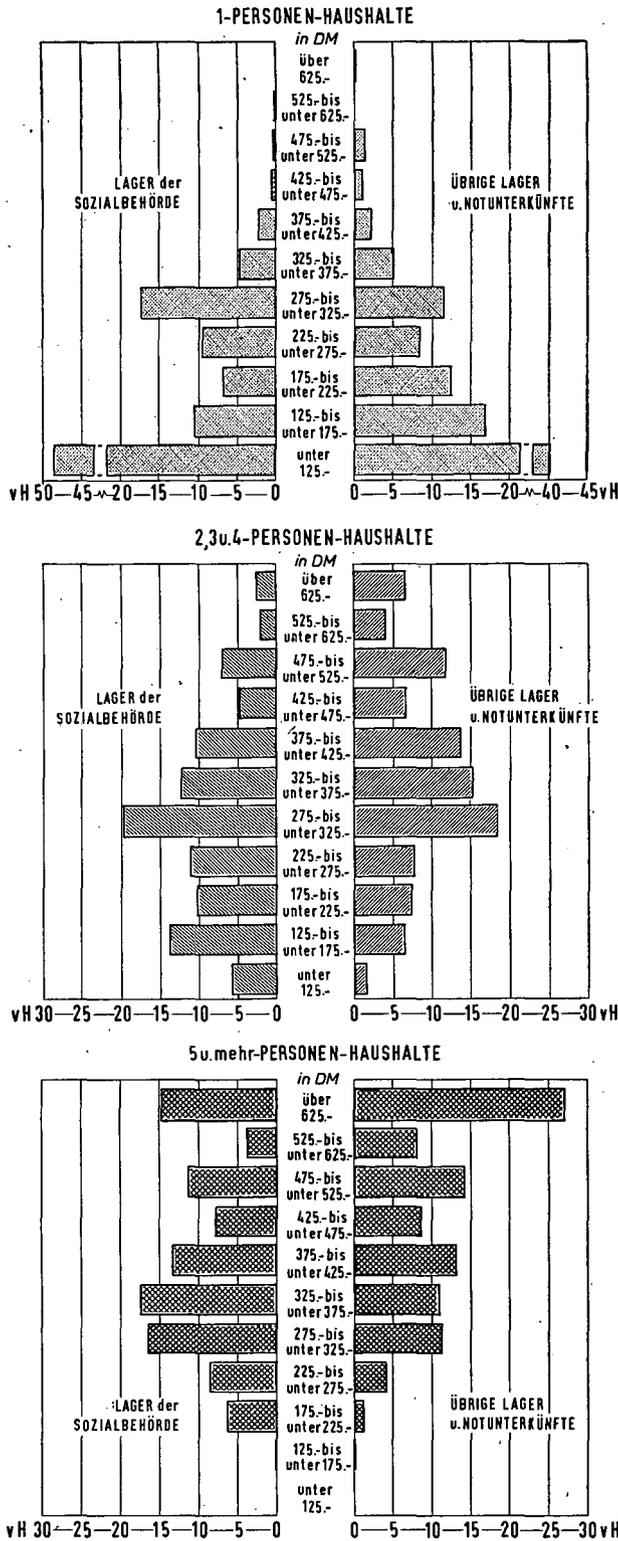
Alle folgenden Einkommensangaben sind Nettowerte, d. h. also, die Beträge sind durch Abzug der Steuern und der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge vom Bruttoeinkommen errechnet. Dagegen sollten Ausgaben für Miete, Heizung, Licht und dergleichen nicht abgesetzt werden.

a) Einkommensverhältnisse der Einpersonenhaushaltungen

Um die Jahresmitte 1955 hatten von den 2 600 Einpersonenhaushaltungen in den Lagern der Sozialbehörde 1 716 ein Einkommen unter 225,— DM; von diesen verfügten 1 264 Personen über nicht mehr als 125,— DM im Monat und dürften damit in der Nähe des Existenzminimums gelegen haben. Für die verbleibenden 884 Personen (34 vH) muß eine erträgliche Lebenshaltung möglich gewesen sein (Tabelle 13 im Anhang).

Ähnlich lagen die Verhältnisse für die allein wirtschaftenden Personen in den übrigen Lagern: 502 Personen verfügten über weniger als 225,— DM je Monat, nur 218 (30,2 vH) hatten ein höheres Einkommen.

Das Nettoeinkommen der Haushaltungen in DM¹⁾



Statistisches Landesamt Hamburg

¹⁾ Haushaltungen, von denen keine Angaben über ihre Einkommensverhältnisse gemacht wurden (432 Fälle), wurden anteilmäßig auf die übrigen Haushaltungen verteilt.

b) Die Haushaltungen mit zwei, drei und vier Personen

In beiden Lagergruppen waren ungefähr gleich viele zwei-, drei- und vierköpfige Haushalte untergebracht. Ohne auf die Verhältnisse

der Haushaltsgruppen näher einzugehen — Einzelheiten befinden sich in den Tabellen 13 und 14 des Anhangs —, kann hier folgendes allgemein festgehalten werden: in den Lagern der Sozialbehörde fielen mehr Haushalte in die unteren Einkommensstufen, in den mittleren stimmten die Anteile in beiden Lagergruppen im wesentlichen überein, und in den höheren Einkommensstufen waren die Haushalte der übrigen Lager stärker vertreten als die entsprechenden Haushaltungen der Lager der Sozialbehörde.

c) Die Großhaushaltungen

Haushaltungen mit fünf und mehr Köpfen befanden sich vor allem in den übrigen Lagern. Von den hier untergebrachten 1 059 Großhaushaltungen bezogen fast 50 vH ein Einkommen von mindestens 475,— DM netto, von den 815 Haushalten in den der Sozialbehörde unterstehenden Lagern dagegen nur rd. 30 vH.

Aus den bisherigen Überlegungen folgt, daß 1955 die Einkommensstruktur in den Lagern der Sozialbehörde viel schlechter war als in den übrigen Lagern. Trotzdem gab es in den Lagern der Sozialbehörde einige hundert Haushaltungen, deren wirtschaftliche Lage als normal bezeichnet werden muß. Die Tabelle 13 des Anhangs weist beispielsweise unter den Einzelhaushaltungen 640 Personen nach, die Mitte 1955 über mindestens 275,— D-Mark netto im Monat verfügten. Auch eine ganze Reihe von Mehrpersonenhaushaltungen bezog Einkünfte, die es gestattet hätten, eine Wohnung des sozialen Wohnungsbaus zu mieten und zum Teil sogar einen entsprechenden Finanzierungsbeitrag zu leisten.

Übersicht 7

Haushaltungen in Lagern der Sozialbehörde mit über 575,— DM Netto-Einkommen nach Größe und Zahl der Einkommensbezieher

(Stand: Mitte 1955)

Haushaltungsgrößen	Haushaltungen mit ... Einkommensbezieher								Zusammen
	1	2	3	4	5	6	7	8	
1-Personen-Haushaltungen ..	2	—	—	—	—	—	—	—	2
2-Personen-Haushaltungen ..	3	17	—	—	—	—	—	—	20
3-Personen-Haushaltungen ..	5	26	16	—	—	—	—	—	47
4-Personen-Haushaltungen ..	4	26	34	9	—	—	—	—	73
5-Personen-Haushaltungen ..	1	10	17	12	3	—	—	—	43
6-Personen-Haushaltungen ..	1	3	17	10	4	2	—	—	37
7-Personen-Haushaltungen ..	1	1	7	7	5	3	1	—	25
8 und mehr Personen-Haushaltungen ..	2	4	4	7	2	2	1	—	22
Insgesamt	19	87	95	45	14	7	2	—	269

IV. Probleme, die mit der Unterbringung der Lagerinsassen in Wohnungen zusammenhängen

1. Der Bedarf an Wohnungen

Zum Zeitpunkt der Erhebung gab es 3 220 Einperson- und 8 685 Mehrpersonenhaushaltungen in den Lagern. Während bei einer vollständigen Lagerräumung die Einpersonenhaushaltungen überwiegend als Untermieter unterzubringen wären, müßten für die Mehrpersonenhaushaltungen Wohnungen beschafft werden. Raumzahl und Fläche der hierbei benötigten Wohnungen hängen von der Größe der betreffenden Haushaltung, insbesondere von Zahl, Alter und Geschlecht der Kinder ab. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß in einer Reihe von Fällen außerhalb des Lagers lebende Angehörige mit in die künftige Wohnung einziehen würden. Andererseits dürfte sich manche Großhaushaltung in mehrere kleinere Haushaltungen aufspalten, von denen jede eine eigene Wohnung wünscht. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, das hierzu in zahlreichen weit gegliederten Tabellen vorliegende Material näher zu erläutern. Vielleicht wäre der Bedarf an Wohnungen für die Lagerbevölkerung mit 8 700 Wohnungen verschiedener Größe nicht zu hoch gegriffen. Allerdings wird nicht jede Haushaltung für die Unterbringung in einer Wohnung geeignet sein. Auch dieser Frage ist man bei der Lagererhebung nachgegangen.

2. Die Eignung zum Bezuge einer Wohnung nach dem Urteil der Lagerverwalter

Die Lagerverwalter hatten im Rahmen der Erhebung anzugeben, welche der ihnen z. T. seit Jahren bekannten Haushaltungen ohne Schwierigkeiten in einer Wohnung untergebracht werden könnten. Bei der Beurteilung sollte davon ausgegangen werden, ob sich die betreffende Haushaltung in das normale gesellschaftliche Gefüge einzugliedern vermochte oder nicht. Die Einkommenslage der Haushaltung war hierbei grundsätzlich nicht zu berücksichtigen. Es blieb also offen, ob eine „geeignete“ Haushaltung auch die übliche Miete des sozialen Wohnungsbaus zahlen konnte. Weil derartigen Urteilen ein starkes subjektives Element anhaftet, sollte das Ergebnis nur als Anhaltspunkt gewertet werden.

Übersicht 8

Nach dem Urteil der Lagerverwalter zum Bezuge einer Wohnung geeignete und nicht geeignete Haushalte

Lagerarten	Einpersonenhaushalte			Mehrpersonenhaushalte		
	zusammen	davon		zusammen	davon	
		geeignet	ungeeignet		geeignet	ungeeignet
	absolut					
Lager der Sozialbehörde . . .	2 217	1 430	787	4 388	3 134	1 254
Übrige Lager . . .	720	621	99	4 580	4 077	503
Insgesamt . . .	2 937	2 051	886	8 968	7 211	1 757
	in vH					
Lager der Sozialbehörde . . .	100	64,5	35,5	100	71,4	28,6
Übrige Lager . . .	100	86,3	13,7	100	89,0	11,0
Insgesamt . . .	100	69,8	30,2	100	80,4	19,6

Die Lagerverwalter haben weitaus den größten Teil sowohl der Einperson- als auch der Mehrpersonenhaushalte für geeignet gehalten, eine Wohnung zu beziehen. Durchweg lag der vH-Satz der ungeeigneten Haushalte in den Lagern der Sozialbehörde höher als in den übrigen Lagern und bei den Einpersonenhaushaltungen wiederum höher als bei den Mehrpersonenhaushalten.

Die Zahl der in den als geeignet bzw. ungeeignet bezeichneten Haushalten lebenden Personen geht aus der nachstehenden Übersicht hervor.

Personen¹⁾ in als geeignet oder ungeeignet zum Bezuge einer Wohnung bezeichneten Haushaltungen

Art der Angaben	Alle Lager		davon			
	absolut	vH	Lager der Sozialbehörde		übrige Lager	
			absolut	vH	absolut	vH
Personen in als geeignet bezeichneten Haushaltungen ²⁾	26 450	78,3	11 490	69,2	14 960	87,1
Personen in als ungeeignet bezeichneten Haushaltungen ²⁾	7 320	21,7	5 110	30,8	2 210	12,9
Insgesamt	33 770	100	16 600	100	17 170	100

¹⁾ Gerundete Zahlen. — ²⁾ einschließlich Einzelpersonen.

3. Mietzahlungsbereitschaft und zukünftige Größe der Haushaltungen

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß mit dem Zuzug von getrennt lebenden Familienangehörigen zu rechnen ist, sobald die Lagerbewohner in Wohnungen untergebracht werden. In der Regel würden sich die in den Lagern wohnenden Haushalte vergrößern. Die Zahl der Ein- und Zweipersonenhaushaltungen würde abnehmen, dafür wäre bei den Mehrpersonenhaushaltungen eine Zunahme zu erwarten (Tabelle 15 im Anhang). Diese Veränderungen, die zum Teil auch die Einkommenslage der Haushaltungen berühren dürften, muß man bei der Beurteilung der Mietzahlungsbereitschaft mit berücksichtigen.

Aus Tabelle 16 im Anhang ergibt sich für die Jahresmitte 1955 folgendes Bild: von den 6 605 Haushalten in den Lagern der Sozialbehörde lagen Angaben von 5 646 Haushalten vor, das waren rund 85 vH. Mehr als die Hälfte, nämlich 57 vH der befragten Haushaltungen glaubte, höchstens 40,— DM monatlich für die Miete ausgeben zu können; 19 vH wollten bis 50,— DM aufwenden und nur 10 vH beabsichtigten, über 50,— DM hinauszugehen. In welchem Maße die Haushaltsgrößen eine Rolle spielten, geht im einzelnen aus der Tabelle 16 im Anhang hervor.

In den übrigen Lagern waren die Verhältnisse etwas günstiger. Hier stellte eine Miete von 40,— DM nur für 47 vH der Haushalte die obere Grenze des für erschwinglich gehaltenen Betrages dar, 29 vH gingen bis 50,— DM und ungefähr 16 vH wollten mehr zahlen. 8 vH hatten keine Angaben gemacht.

Für tragbar gehaltene Mieten in vH der Haushalte
(Stand: Mitte 1955)

Lagerarten	Tragbare Mieten						Ins- gesamt
	bis 40,- DM	über 40,- DM bis 50,- DM	über 50,- DM bis 60,- DM	über 60,- DM bis 70,- DM	über 70,- DM	ohne An- gabe	
Lager der Sozialbehörde . . .	57,4	18,5	6,9	1,6	1,1	14,5	100
Übrige Lager . . .	47,4	29,0	11,0	3,3	1,3	8,0	100

Die verhältnismäßig hohen Anteile der Haushalte ohne Angaben über die tragbare Miethöhe — vor allem in den Lagern der Sozialbehörde — beeinträchtigen den Vergleich zwischen beiden Lagergruppen zwar, verwischen jedoch die Unterschiede nicht.

4. Gebührenrückstände in den Lagern der Sozialbehörde und in den übrigen Lagern und Notunterkünften

Die von den Lagerbewohnern monatlich aufzubringenden Gebühren lagen niedrig. Aus der Gebührenordnung für die Benutzung von Notunterkünften vom 8. Juni 1956¹⁾ war zu entnehmen, daß eine alleinstehende Person in einem Wohnlager monatlich zwischen 6,— und 12,— DM zu zahlen hatte. Die Gebühr für eine ganze Nissenhütte in winterfestem Zustand betrug 26,40 DM. Trotz dieser geringen Beträge waren Gebührenrückstände keineswegs selten.

Anzahl der Haushaltungen mit Gebührenrückständen¹⁾
(Stand: Mitte 1955)

Lagerarten	Haus- haltungen zusammen	darunter mit Mietrückständen	
		absolut	vH
Lager der Sozialbehörde	6 605	2 035	30,8
Übrige Lager	5 300	490	9,2
Insgesamt	11 905	2 525	21,3

¹⁾ Hierunter sind Nichtzahler und nur gelegentliche Zahler verstanden.

Der geringere Anteil der Haushalte mit Gebührenrückständen in den übrigen Lagern und Notunterkünften geht wahrscheinlich auf die größere Seßhaftigkeit der Bewohner zurück; ihre Unterbringung war eher von Dauer als in den Lagern der Sozialbehörde. Hinzu kommt, daß notorisch säumige Zahler irgendwann aus ihren Wohnungen herausgeklagt und dann in die Lager der Sozialbehörde eingewiesen werden. In Tabelle 17 im Anhang sind die Anteile der Haushalte mit Gebührenrückständen für einige ausgewählte Lager zusammengestellt worden. Es zeigt sich, daß die Mietzahlungsbereitschaft von Lager zu Lager sehr verschieden gewesen ist. Während in einigen Lagern fast alle Haushaltungen pünktlich zahlten, blieben in anderen mehr als die Hälfte im Rückstand.

5. Die Mietzahlungsfähigkeit

Wie hoch die Mietzahlungsfähigkeit der Lagerbewohner eingeschätzt werden konnte, läßt sich

¹⁾ Sie enthält die schon vorher gültigen Sätze.

nicht mit Bestimmtheit sagen; sie ist in erster Linie von den Einkommensverhältnissen der Haushaltungen abhängig. Bei der Untersuchung der Einkommensschichtung stellte sich heraus, daß zahlreiche Haushaltungen ein Einkommen an der Grenze der Fürsorgerrichtsätze bezogen. Daneben gab es in den Lagern aber auch Haushaltungen, deren Einkommen die Zahlung einer normalen Mierte gestattet hätte. Das tritt deutlich hervor, wenn man einen Vergleich mit anderen Einkommensbeziehern vornimmt, beispielsweise mit Angestellten des öffentlichen Dienstes der Gruppe VIII TO. A. In diese Gruppe sind die meisten Angestellten des öffentlichen Dienstes eingestuft; von ihnen wird selbstverständlich erwartet, daß sie für ihre Unterkunft selbst sorgen.

Übersicht 9

Nettovergütung eines Angestellten des öffentlichen Dienstes nach dem Stand Mitte 1955

Ver- gütungs- Gruppe	Alter	Familien- stand	Anzahl der Kinder unter 6 Jahren	Brutto- Vergütung	Netto- Vergütung ¹⁾
VIII	30	ledig	keine	346,58	282,49
VIII	35	verh.	keine	383,77	322,73
VIII	35	verh.	eins	408,77	351,57
VIII	35	verh.	zwei	433,77	379,63

¹⁾ Aus den Bruttobeträgen sind unter Benutzung der Tabellen über die gesetzlichen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge Nettoeinkünfte errechnet worden. Als Krankenversicherungsbeiträge sind die Beiträge für die Betriebskrankenkasse der Freien und Hansestadt Hamburg angesetzt worden.

Für die Ein-, Zwei-, Drei- und Vierpersonenhaushalte ergab sich etwa folgendes Bild:

Übersicht 10

Haushalte in Lagern mit einem annähernd gleichen oder höheren Haushaltseinkommen wie vergleichbare Haushalte von Angestellten des öffentlichen Dienstes

Haushaltungs- größen	Lager der Sozialbehörde			Übrige Lager		
	Haus- haltungen über- haupt	darunter Haus- halte mit annä- hernd gleichem oder höherem Haushaltsein- kommen wie ver- gleichbare Haus- halte von Ange- stellten des öffentl. Dienstes		Haus- haltungen über- haupt	darunter Haus- halte mit annä- hernd gleichem oder höherem Haushaltsein- kommen wie ver- gleichbare Haus- halte von Ange- stellten des öffentl. Dienstes	
		absolut	vH		absolut	vH
Einpersonen- haushaltungen	2 600	573	22,0	720	145	20,1
Zweipersonen- haushaltungen	1 188	288	24,2	1 336	573	43,0
Dreipersonen- haushaltungen	1 076	395	36,7	1 197	673	56,2
Vierpersonen- haushaltungen	929	335	36,1	990	541	54,6
Insgesamt . . .	5 793	1 591	27,5	4 243	1 932	45,5

¹⁾ Haushalte, für die keine Angaben über ihre Einkommensverhältnisse gemacht wurden (163), sind in den Tabellen 13 und 14 im Anhang, aus denen Übersicht 10 hervorgegangen ist, anteilmäßig auf alle Gruppen verteilt worden.

Es ist zweckmäßig, den Vergleich auf die Ein- bis Vierpersonenhaushalte zu beschränken, da bei größeren Haushaltungen evtl. mehrere Verdienner

das Einkommen erbringen. Von den 5793 Ein-, Zwei-, Drei- und Vierpersonenhaushalten in den Lagern der Sozialbehörde hatten 1591 (27,5 vH) ein gleiches oder höheres Einkommen als ein Angestellter des öffentlichen Dienstes der Vergütungsgruppe VIII. Das Bild wird für die Lagerbewohner etwas ungünstiger, wenn man in Rechnung stellt, daß die Haushaltseinkommen der Angestellten des öffentlichen Dienstes in unserem Beispiel von einem Verdiener bezogen werden, wogegen in den Lagern auch bei den kleinen Haushalten nicht selten mehrere Verdiener zum Haushaltseinkommen beisteuerten.

In den übrigen Lagern verfügten 1932 der 4243 Ein-, Zwei-, Drei- und Vierpersonenhaushalte über ein gleiches oder höheres Einkommen als die Haushalte von Angestellten des öffentlichen Dienstes in vergleichbaren Familienverhältnissen; das entspräche einem Anteil von 45,5 vH.

Man wird angesichts dieser keineswegs ungünstigen Einkommenslage eines Teils der Lagerinsassen die Frage aufwerfen, weshalb sie in den Lagern wohnten, obwohl sie nach ihrem Einkommen durchaus in der Lage gewesen sein mußten, eine Wohnung zu beziehen. Scheidet man die Einzelhaushaltungen aus — sie wären in erster Linie Nachfrager nach möblierten Zimmern und nicht nach Wohnungen —, so bleibt für die Mehrpersonenhaushaltungen die Feststellung, daß im allgemeinen nur derjenige eine Wohnung des sozialen Wohnungsbaus erhielt, der 81 Dringlichkeitspunkte aufzuweisen hatte. Das Punktsystem

des Amtes für Wohnungswesen mag zum Teil in den Fällen die Lagerräumung verzögert oder verhindert haben, in denen das Einkommen zwar ausgereicht hätte, eine Wohnung zu beziehen, die Haushaltung jedoch die erforderlichen Dringlichkeitspunkte nicht besaß. So unterblieb die Entlastung der Lager durch einen Teil der Haushaltungen mit normaler Einkommenssituation.

6. Wohnungswünsche der Lagerinsassen

Die meisten Haushaltungen hätten gern ihre Lager- oder Notunterkunft mit einer normalen Wohnung vertauscht; nur eine kleine Minderheit erklärte eindeutig, sie wolle in den Lagern wohnen bleiben. Bei der Sozialbehörde waren dies 380 (5,8 vH) Haushaltungen, in den übrigen Lagern dagegen 236 (4,5 vH).

Haushaltungen, von denen eine Wohnung gewünscht bzw. nicht gewünscht wurde

(Stand: Mitte 1955)

Lagerarten	Haushaltungen insgesamt	davon		
		Wohnung gewünscht	Wohnung nicht gewünscht	ohne Angabe
Lager der Sozialbehörde überhaupt	6 605	5 806	380	419
in vH	100	87,9	5,8	6,3
Übrige Lager überhaupt	5 300	4 898	236	166
in vH	100	92,4	4,5	3,1

V. Die gegenwärtige Belegung der Lager

Leider ist es nicht möglich, die Ergebnisse der Erhebung vom Juni 1955 auf die Gegenwart fortzuschreiben. Man muß sich daher mit einigen Anhaltspunkten begnügen.

Lediglich für die Lager der Sozialbehörde wird eine laufende Statistik geführt. Sie weist für den 30. September 1957 rd. 14 000 Lagerinsassen aus. Das bedeutet eine Abnahme gegenüber 1955 von etwa 2000 Personen oder 16 vH.

Die Lager lassen sich in Unterkünfte für Familien, für alleinstehende Frauen mit Kindern und ohne Kinder, für alleinstehende Männer sowie in Durchgangslager gliedern. Den größten Anteil stellen die Familienlager, die Ende September 1957 zusammen 9813 Plätze aufwiesen, von denen 9794 belegt waren. Wenn man bedenkt, daß von 195 freien Plätzen 157 wegen Bauarbeiten, der eingeleiteten Lagerräumung oder zum Zwecke der Reservierung von Krankenbetten nicht belegbar waren, so lassen die 38 tatsächlich verfügbaren Plätze die Schwierigkeiten erkennen, denen sich die Lagerverwaltung in einer 1,8-Millionen-Stadt gegenüber sieht. Allein eine Vollstreckung von Räumungsbeschlüssen in größerem Umfang gegenüber Personen, die nicht in der Lage sind, eine Wohnung zu bezahlen, müßte sofort zu einer Überfüllung der Lager führen, denn auch in den Durchgangslagern ist der Platz begrenzt.

Die Bewohner der Familienlager teilten sich auf in 2 430 Männer oder 24,8 vH, 2 874 Frauen oder 29,3 vH, 4 490 Kinder und Jugendliche oder 45,9 vH.

Der Kinderreichtum der eingewiesenen Familien kommt in diesen Zahlen treffend zum Ausdruck.

Die Unterkünfte für alleinstehende Frauen und für alleinstehende Männer fielen gegenüber den Familienlagern nicht allzu stark ins Gewicht. In diesen lebten rd. 2200 Personen, darunter etwa 1500 Männer. Rechnet man die Durchgangslager für obdachlose Familien in der Bundesstraße und für Sowjetzonenflüchtlinge in Finkenwerder zu den Zahlen der übrigen Lager der Sozialbehörde hinzu, so kommt man auf eine **Lagerbevölkerung von insgesamt 14 586 Personen in Wohn- und Durchgangslagern**. Außerdem gab es noch 823 Personen in Übernachtungsstätten.

Gemessen an der Hamburger Gesamtbevölkerung von fast 1,8 Millionen erscheinen diese Zahlen nicht besonders hoch; man muß aber bedenken, daß sich hinter diesen Bestandszahlen teilweise eine recht erhebliche Fluktuation verbirgt. Das gilt besonders für die Durchgangslager und in stärkstem Maße für die Übernachtungsstätten.

Fast die Hälfte der Lagerbewohner ist noch immer in Wohnbaracken und Nissenhütten unter-

gebracht, von denen ein erheblicher Teil reparaturbedürftig, um nicht zu sagen abbruchreif, ist.

Übersicht 11

Bewohner in Lagern der Sozialbehörde nach Lagertypen (Stand: 30. September 1957)

Lagertypen	Normale Belegungsmöglichkeit		Davon belegt mit				insgesamt	
	absolut	vH	Männern	Frauen	Kindern und Jügendl.	insgesamt		
						absolut	vH	
Lager für Familien	9 813	65,9	2 430	2 874	4 490	9 794	67,1	
Lager für alleinstehende Frauen mit Kindern	292	2,0	—	117	128	245	1,7	
Lager für alleinstehende Frauen ohne Kinder	350	2,4	—	343	—	343	2,4	
Lager für alleinstehende Männer	1 544	10,4	1 402	—	—	1 402	9,6	
Durchgangslager	2 885	19,3	671	1 025	1 106	2 802	19,2	
Insgesamt	14 884	100	4 503	4 359	5 724	14 586	100	

Die Verteilung der Lager der Sozialbehörde auf die Bezirke der Hansestadt läßt die gleichen Schwerpunkte wie 1955 erkennen.

In Harburg ist allerdings durch den teilweisen Abbruch des Lagers Denickestraße eine leichte Entlastung eingetreten. Harburgs Lagerbevölkerung macht mit rd. 1600 Personen nur noch die Hälfte von der des Jahres 1955 aus. Wandsbek und Bergedorf haben keine Lager der Sozialbehörde mehr.

Die Zahlen für die Lager der Sozialbehörde mit ihrer verhältnismäßig geringen Abnahme gegenüber 1955 lassen jedoch nur zum Teil die Anstrengungen der letzten Jahre erkennen. Die Abbruchmaßnahmen erstreckten sich in erster Linie auf jene Ansiedlungen von Nissenhütten und Baracken, die nicht der Sozialbehörde unterstanden, also die „sonstigen Lager“. Zu einem erheblichen Teil auf

öffentlichen Straßen und Plätzen sowie mitten in Grünanlagen erstellt, sind sie mit der zunehmenden Wiederbesiedlung der zerstörten Wohngebiete weitgehend der Spitzhacke zum Opfer gefallen. Dennoch bilden nach wie vor die Lager der Sozialbehörde nur einen Ausschnitt aus dem Gesamtproblem, die nicht zum dauernden Wohngebrauch geeigneten Unterkünfte in Hamburg zu beseitigen und Wohnverhältnisse zu schaffen, die den heutigen Anforderungen entsprechen.

Nach den Ergebnissen der Wohnungszählung vom September 1956 lebten in Hamburg rd. 41 000 Wohnparteien — dieser Begriff entspricht in etwa dem der Haushaltung — mit mehr als 101 000 Personen außerhalb von Normalwohnungen. Unter diesen Wohnparteien befanden sich fast 12 000 Einzelpersonenhaushalte.

Von den Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen wohnten rd. 12 000 in Notwohnungen in Normalgebäuden, d. h. also, in die Alltagssprache übersetzt, in Kellerwohnungen oder unzulänglich ausgebauten Dachgeschossen sowie in Räumen, zu denen keine eigene Küche oder Kochnische gehörte. Etwa 22 000 Wohnparteien befanden sich in Notwohngebäuden — die Spannweite des Begriffs reicht von Wohnwagen und Wohnschiff bis zu Nissenhütten, den Lauben und kleinen Behelfsheimen mit weniger als 30 qm Grundfläche in den Kleingärten — und fast 7000 wohnten in Unterküften außerhalb von Wohnungen. Während sich unter den 22 000 Wohnparteien in Notwohngebäuden in erheblichem Umfang Bewohner des Kleingartengeländes sowie zum Teil auch der in der vorliegenden Arbeit erwähnten „sonstigen Lager“ befinden, handelt es sich bei den fast 7000 Wohnparteien mit etwa 19 000 Personen in Unterküften außerhalb von Wohnungen vorwiegend um die Insassen der Lager der Sozialbehörde. Außerdem gab es in Hamburg noch rund 37 000 Wohnungen in Behelfsheimen mit einer Grundfläche von 30 qm und mehr.

Damit ist etwa der Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen das Lagerproblem in Hamburg gesehen werden muß. Echte Wohnungsbedarfsrechnungen mit ihren viel weitergehenden Überlegungen bleiben hier zunächst außer Betracht.

Sobotschinski / Reichling
Dipl.-Volkswirte

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

A N H A N G

zum Heft „Hamburg in Zahlen“ Nr. 3 vom 25. Februar 1958

LAGER UND LAGERBEWOHNER IN HAMBURG

Tabellen Nr. 1 bis 19

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Hamburg

T a b e l l e 1

Die Lager und deren Insassen nach Bezirken

(Stand: Mitte 1955)

Bezirke	Lager und Notunterkünfte	Gebäude	Räume	Räume in qm	Insassen ¹⁾
---------	--------------------------	---------	-------	-------------	------------------------

Lager der Sozialbehörde

Hamburg-Mitte	4	71	788	15 673	2 300
Altona	10	76	1 112	14 963	2 700
Eimsbüttel	2	75	271	7 508	1 700
Hamburg-Nord	8	398	1 986	38 554	6 640
Wandsbek	1	1	50	1 500	240
Bergedorf	-	-	-	-	-
Harburg	4	411	949	18 375	3 020
Zusammen	29	1 032	5 156	96 573	16 600

Übrige Lager

Hamburg-Mitte	19	229	954	18 035	2 050
Altona	23	364	1 643	28 751	3 480
Eimsbüttel	8	109	973	12 159	1 080
Hamburg-Nord	34	591	3 038	48 610	4 810
Wandsbek	29	295	847	14 700	1 720
Bergedorf	13	36	319	4 410	480
Harburg	25	433	2 030	29 852	3 280
Zusammen	151	2 057	9 804	156 517	16 900

Lager insgesamt

Hamburg-Mitte	23	300	1 742	33 708	4 350
Altona	33	440	2 755	43 714	6 180
Eimsbüttel	10	184	1 244	19 667	2 780
Hamburg-Nord	42	989	5 024	87 164	11 450
Wandsbek	30	296	897	16 200	1 960
Bergedorf	13	36	319	4 410	480
Harburg	29	844	2 979	48 227	6 300
Insgesamt	180	3 089	14 960	253 090	33 500

1) Die Zahlen für die Lagerinsassen beruhen auf den gerundeten Ergebnissen der Schnellmeldung, weichen also teilweise von den endgültigen Ergebnissen ab.

T a b e l l e 2

Die Lager nach der Art der Gebäude

(Stand: Mitte 1955)

Gebäudearten	Lager der Sozialbehörde		Übrige Lager und Notunterkünfte		Lager insgesamt	
	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH
Massive Wohngebäude und ähnliche	26	2,5	14	0,7	40	1,3
Kasernengebäude	19	1,8	-	-	19	0,6
Massive Baracken	53	5,1	235	11,4	288	9,3
Holzbaracken	226	21,9	462	22,4	688	22,2
Luftschutzbunker, Flakstände	36	3,5	48	2,3	84	2,7
Fabrik- bzw. Lagergebäude	-	-	11	0,5	11	0,4
Sonstige Gebäude (vor allem Nissenhütten)	672	65,2	1 287	62,7	1 959	63,5
Insgesamt	1 032	100	2 057	100	3 089	100

T a b e l l e 3

Die Lager-Gebäude nach der Art der Benutzung

(Stand: Mitte 1955)

Lagerarten	Gebäude insgesamt	davon		Von den übrigen Gebäuden sind		
		Unterkünfte bzw. Wohngebäude	übrige Gebäude	Verwaltungs-Gebäude	Wirtschafts-Gebäude	Gebäude für Gemeinschaftszwecke
absolut						
Lager der Sozialbehörde	1 032	740	292	24	64	204
Übrige Lager	2 057	1 899	158	4	59	95
Insgesamt	3 089	2 639	450	28	123	299
in vH						
Lager der Sozialbehörde	100	71,7	28,3	2,3	6,2	19,8
Übrige Lager	100	92,5	7,5	0	2,9	4,6
Insgesamt	100	85,4	14,6	0,9	4,0	9,7

T a b e l l e 4

Die Unterbringung der Lagerbewohner

(Stand: Mitte 1955)

Lagerarten	In den Gebäuden vorhandene Unterkunftsräume						Insgesamt	
	für haushaltmäßig getrennte Unterbringung		für massenmäßige Unterbringung		für gemeinschaftlichen Aufenthalt			
	Anzahl der Räume	Gesamtfläche in qm	Anzahl der Räume	Gesamtfläche in qm	Anzahl der Räume	Gesamtfläche in qm	Anzahl der Räume	Gesamtfläche in qm
Lager der Sozialbehörde	4 187	71 735	938	21 532	31	3 286	5 156	96 573
Übrige Lager	9 773	153 475	26	1 882	5	1 160	9 804	156 517
Insgesamt	13 960	225 210	964	23 434	36	4 446	14 960	253 090

T a b e l l e 5

Die Haushaltungen der Gesamtbevölkerung und der Lagerbevölkerung nach ihrer Größe

(Stand: Mitte 1955)

Haushaltungsgrößen	Gesamtbevölkerung von 1950		Lagerbevölkerung						
			insgesamt		davon				
	absolut	vH	absolut	vH	Lager der Sozialbehörde		übrige Lager		
				absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH
1-Personen-Haushaltungen	183 401	28,4	3 220	27,9	2 600	39,4	720	13,6	
2- " "	199 523	30,9	2 520	21,2	1 185	17,9	1 335	25,2	
3- " "	134 554	20,9	2 273	19,1	1 077	16,3	1 196	22,6	
4- " "	79 281	12,3	1 918	16,1	928	14,0	990	18,7	
5- " "	30 866	4,8	992	8,3	456	6,9	536	10,1	
6- " "	11 016	1,7	489	4,1	202	3,1	287	5,4	
7- " "	4 105	0,6	219	1,8	92	1,4	127	2,4	
8- und mehr Personen-Haushaltungen	2 704	0,48	174	1,5	65	1,0	109	2,0	
Insgesamt	645 450	100	11 905	100	6 605	100	5 300	100	
darunter									
5- und mehr Personen-Haushaltungen	48 691	7,6	1 874	15,7	815	12,4	1 059	19,9	

Tabelle 6 a

Dauer des Lageraufenthalts der Insassen und Größe der Haushaltungen

(Stand: Mitte 1955)

Dauer des Lageraufenthaltes	Insassen insgesamt	davon					
		Alleinstehende	Mitglieder von Mehrpersonenhaushaltungen				
			zusammen	davon in Haushaltungen mit			
				2 Personen ¹⁾	3 Personen ¹⁾	4 Personen ¹⁾	5 und mehr Personen ¹⁾
1	2	3	4	5	6	7	
a) in Lagern der Sozialbehörde							
seit 1946 und früher	2 152	666	1 486	356	367	359	404
" 1947	576	175	401	95	108	117	81
" 1948	820	167	653	122	129	183	218
" 1949	770	95	675	95	138	194	248
" 1950	1 481	154	1 327	186	269	310	562
" 1951	1 517	181	1 336	211	276	331	518
" 1952	1 607	190	1 417	189	229	404	595
" 1953	2 429	233	2 196	414	555	586	641
" 1954	3 130	273	2 857	403	720	800	934
" 1955 ²⁾	1 505	221	1 284	215	353	360	356
ohne Angabe der Dauer	626	241	385	85	96	72	132
Insgesamt	16 613	2 596	14 017	2 371	3 240	3 716	4 689

1) ohne ortsabwesende Lagerinsassen.- 2) bis zum 15. Juni 1955.

Tabelle 6 b

b) in den übrigen Lagern

seit 1946 und früher	6 293	330	5 963	1 351	1 386	1 362	1 855
" 1947	1 543	44	1 499	180	341	340	637
" 1948	1 159	43	1 116	157	258	266	435
" 1949	1 621	43	1 578	162	260	391	764
" 1950	1 374	49	1 325	177	258	329	560
" 1951	1 155	35	1 120	101	215	328	476
" 1952	1 125	38	1 087	134	195	256	502
" 1953	944	36	908	102	220	243	342
" 1954	1 094	38	1 056	155	247	280	374
" 1955 ²⁾	429	17	412	60	94	78	180
ohne Angabe	449	48	401	86	148	70	97
Insgesamt	17 186	721	16 465	2 665	3 622	3 943	6 222

1) ohne ortsabwesende Lagerinsassen.- 2) bis Juni 1955.

Dauer des Lageraufenthalts einiger Gruppen von Lagerbewohnern seit ... in vH

(Stand: Mitte 1955)

Lagerinsassen	1946 und früher	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955 ¹⁾	ohne Angabe	Insgesamt
a) Lager der Sozialbehörde												
Insgesamt	13,0	3,5	4,9	4,6	8,9	9,1	9,7	14,6	18,8	9,1	3,8	100
davon												
Alleinstehende	25,7	6,7	6,4	3,7	5,9	7,0	7,3	9,0	10,5	8,5	9,3	100
Mitglieder von Mehrpersonen- haushaltungen überhaupt	10,6	2,9	4,7	4,8	9,5	9,5	10,1	15,7	20,3	9,2	2,7	100
darunter												
Mitglieder von 5- und mehr- Personen-Haushaltungen	8,6	1,7	4,6	5,3	12,0	11,0	12,7	13,7	19,9	7,6	2,8	100
b) übrige Lager												
Insgesamt	36,7	9,0	6,7	9,4	8,0	6,7	6,5	5,5	6,4	2,5	2,6	100
davon												
Alleinstehende	45,7	6,1	6,0	6,0	6,7	4,9	5,3	5,0	5,3	2,4	6,6	100
Mitglieder von Mehrpersonen- haushaltungen überhaupt	36,3	9,1	6,8	9,6	8,0	6,8	6,6	5,5	6,4	2,5	2,4	100
darunter												
Mitglieder von 5- und mehr- Personen-Haushaltungen	29,7	10,2	7,0	12,3	9,0	7,7	8,1	5,5	6,0	2,9	1,6	100

1) bis zum 30. Juni.

T a b e l l e 8a

Die Lagerinsassen mit Tuberkuloseerkrankungen nach Altersgruppen ¹⁾
(Stand: Mitte 1955)

Lagerarten	Alter der Tbc-Kranken von bis unter Jahren																Insgesamt
	0 bis 1	1 bis 5	5 bis 10	10 bis 15	15 bis 20	20 bis 25	25 bis 30	30 bis 35	35 bis 40	40 bis 45	45 bis 50	50 bis 55	55 bis 60	60 bis 65	65 bis 70	über 70	
Lager der Sozialbehörde	-	75	82	27	19	34	84	100	52	49	41	31	43	33	8	5	683
Übrige Lager und Notunterkünfte	1	31	39	20	9	19	27	39	21	22	20	16	12	6	5	5	292
Insgesamt	1	106	121	47	28	53	111	139	73	71	61	47	55	39	13	10	975

T a b e l l e 8b

Vergleich der Tbc-Erkrankungen zwischen Gesamtbevölkerung und der Lagerbevölkerung
(Stand: Mitte 1955)

Gruppen	Bevölkerung	Tbc-Erkrankungen:	
		insgesamt	vH.
Hamburger Gesamtbevölkerung	1 761 257	26 935	1,5
Lagerbevölkerung ²⁾	33 784	975	2,9
davon			
Lager der Sozialbehörde	16 611	683	4,1
Übrige Lager	17 173	292	1,7

1) nach Angaben der Gesundheitsbehörde; o f f e n e und g e s c h l o s s e n e T b c. - 2) ohne ortsabwesende Lagerinsassen.

Tabelle 9

Das Lebensalter der Arbeitslosen in Lagern

(Stand: Mitte 1955)

Altersgruppen	Arbeitslose in			
	Lagern der Sozialbehörde		übrigen Lagern und Notunterkünften	
	absolut	vH	absolut	vH
unter 18 Jahre	26	1,2	21	2,6
18 bis " 21 "	36	1,6	48	5,8
21 " " 25 "	102	4,7	57	6,9
25 " " 35 "	528	24,2	150	18,1
35 " " 45 "	403	18,5	162	19,5
45 " " 55 "	525	24,1	213	25,7
55 " " 60 "	285	13,1	90	10,8
60 " " 65 "	197	9,0	68	8,1
65 Jahre und darüber	78	3,6	21	2,5
Insgesamt	2 180 ¹⁾	100	830 ²⁾	100

1) außerdem: 3 Arbeitslose ohne Altersangabe.- 2) außerdem: 3 Arbeitslose ohne Altersangabe.

Erwerbstätige ¹⁾ und Arbeitslose unter der Lagerbevölkerung

(Stand: Mitte 1955)

Berufsgruppen	Lager der Sozialbehörde				Übrige Lager und Notunterkünfte				Lager und Notunterkünfte zusammen				Arbeitslose ²⁾ in der Gesamtbevölkerung ³⁾ Ende Juni 1955	
	Erwerbstätige		Arbeitslose		Erwerbstätige		Arbeitslose		Erwerbstätige		Arbeitslose		absolut	vH
	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
11 Ackerbauer, Tierzüchter, Gartenbauer	144	3,1	99	4,5	114	1,9	22	2,6	258	2,4	121	4,0	490	0,8
12 Forst-, Jagd- und Fischereiberufe	2	0,0	1	0,1	9	0,1	1	0,1	11	0,1	2	0,1	52	0,1
21 Bergmännische Berufe	7	0,2	2	0,1	10	0,2	1	0,1	17	0,2	3	0,1	9	0,0
22 Steingewinner und -verarbeiter, Keramiker	15	0,3	2	0,1	12	0,2	3	0,4	27	0,3	5	0,2	87	0,1
23 Glasmacher	8	0,2	-	-	7	0,1	-	-	15	0,1	-	-	38	0,1
24 Bauberufe	717	15,5	124	5,7	678	11,3	25	3,0	1 395	13,1	149	4,9	807	1,4
25/26 Metallherzeuger und -verarbeiter	623	13,4	130	6,0	847	14,2	50	6,0	1 470	13,8	180	6,0	1 885	3,2
27 Elektriker	67	1,5	13	0,6	123	2,1	8	1,0	190	1,8	21	0,7	328	0,6
28 Chemiewerker	36	0,8	18	0,8	84	1,4	5	0,6	120	1,1	23	0,8	1 113	1,9
29 Kunststoffverarbeiter	4	0,1	1	0,0	2	0,0	1	0,1	6	0,1	2	0,1	188	0,3
30/31 Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	104	2,2	32	1,5	168	2,8	5	0,6	272	2,6	37	1,2	498	0,8
32 Papierhersteller und -verarbeiter	17	0,3	7	0,3	24	0,4	7	0,9	41	0,4	14	0,5	634	1,1
33 Graphische Berufe	44	1,0	19	0,9	80	1,3	8	1,0	124	1,2	27	0,9	519	0,9
34/35 Textilhersteller und -verarbeiter	206	4,4	129	5,9	242	4,0	50	6,0	448	4,2	179	5,9	3 233	5,5
36 Lederhersteller, Leder- und Fellverarb.	36	0,8	29	1,3	36	0,6	7	0,8	72	0,7	36	1,2	571	1,0
37 Nahrungs- und Genußmittelhersteller	203	4,4	122	5,6	204	3,4	33	4,0	407	3,8	155	5,1	2 939	5,0
39 Gewerbliche Hilfsberufe	155	3,3	83	3,8	587	9,8	175	21,0	742	7,0	258	8,6	12 227	20,6
41 Ingenieure und Techniker	36	0,8	9	0,4	34	0,6	1	0,1	70	0,7	10	0,3	361	0,6
42 Technische Sonderfachkräfte	6	0,2	1	0,0	17	0,3	2	0,2	23	0,2	3	0,1	81	0,1
43 Maschinisten und zugehörige Berufe	72	1,6	16	0,7	95	1,6	7	0,8	167	1,6	23	0,8	520	0,9
51 Kaufmännische Berufe	339	7,3	263	12,1	597	10,0	72	8,6	936	8,8	335	11,1	7 735	13,1
52 Verkehrsberufe	506	10,9	124	5,7	716	12,0	56	6,7	1 222	11,5	180	6,0	4 824	8,2
53 Gaststättenberufe	103	2,2	74	3,4	83	1,4	22	2,7	186	1,8	96	3,2	-	-
61 Hauswirtschaftliche Berufe	127	2,7	103	4,7	206	3,4	30	3,6	333	3,1	133	4,4	508	0,9
62 Reinigungsberufe	118	2,5	21	1,0	192	3,2	22	2,7	310	2,9	43	1,4	3 040	5,1
63 Gesundheitsdienst- u. Körperpflegeberufe	70	1,5	36	1,7	109	1,8	12	1,5	179	1,7	48	1,6	659	1,1
64 Volkspflegeberufe	1	0,0	1	0,0	3	0,1	1	0,1	4	0,0	2	0,1	27	0,0
71 Verwaltungs- und Büroberufe	56	1,2	44	2,0	172	2,9	15	1,8	228	2,1	59	1,9	4 358	7,4
72 Rechts- und Sicherheitswahrer	8	0,2	5	0,2	24	0,4	1	0,1	32	0,3	6	0,2	146	0,2
73 Dienst- und Wachberufe	35	0,8	31	1,4	49	0,8	3	0,4	84	0,8	34	1,1	3 623	6,1
81 Erziehungs- und Lehrberufe, Seelsorger	20	0,4	17	0,8	11	0,2	1	0,1	31	0,3	18	0,6	285	0,5
82 Bildungs- und Forschungsberufe	5	0,1	6	0,3	-	-	1	0,1	5	0,0	7	0,2	155	0,3
83 Künstlerische Berufe	24	0,5	25	1,1	13	0,2	13	1,6	37	0,3	38	1,3	1 578	2,7
91 Berufstätige ohne nähere Berufsangabe	721	15,5	549	25,2	411	6,9	127	15,2	1 132	10,7	676	22,4	5 543	9,4
92 Berufstätige mit noch nicht bestimmtem Beruf	2	0,1	2	0,1	16	0,3	2	0,2	18	0,2	4	0,1	-	-
00 Ohne Angabe	2	0,0	45	2,0	7	0,1	44	5,3	9	0,1	89	2,9	-	-
Insgesamt	4 639	100	2 183	100	5 982	100	833	100	10 621	100	3 016	100	59 061	100

1) ohne Erwerbstätige in Berufsausbildung.- 2) ohne Heimarbeiter.- 3) einschl. 1 128 arbeitsloser Ostzonenflüchtlinge im Durchgangslager Hamburg-Wandsbek.

T a b e l l e 11

Die Erwerbstätigen und Arbeitslosen in Lagern und Notunterkünften
nach der Stellung im Haushalt
(Stand: Mitte 1955)

Stellung der Arbeitnehmer im Haushalt	Erwerbstätige			Arbeitslose		
	zusammen	davon		zusammen	davon	
		Männer	Frauen		Männer	Frauen
a) Lager der Sozialbehörde						
Alleinstehende	937	837	100	911	656	255
Vorstände von Mehrpersonenhaushaltungen	2 377	2 109	268	975	529	446
Sonstige Mitglieder von Mehrpersonenhaushaltungen	1 325	540	785	297	46	251
Insgesamt	4 639	3 486	1 153	2 183	1 231	952
b) Übrige Lager						
Alleinstehende	269	149	120	93	34	59
Vorstände von Mehrpersonenhaushaltungen	3 135	2 864	271	457	246	211
Sonstige Mitglieder von Mehrpersonenhaushaltungen	2 578	1 199	1 379	283	54	229
Insgesamt	5 982	4 212	1 770	833	334	499

T a b e l l e 12

Die Zusammensetzung des Einkommens in den Haushaltungen ¹⁾
der Lagerbevölkerung
(Stand: Mitte 1955)

Art der Einkommen	Lager der Sozialbehörde			Übrige Lager		
	zusammen 2)	davon		zusammen 3)	davon	
		Ein- personen- Haus- haltungen	Mehr- personen- Haus- haltungen		Ein- personen- Haus- haltungen	Mehr- personen- Haus- haltungen
a) Erwerbseinkommen	3 043	904	2 139	2 947	231	2 716
b) Renten, Pensionen) und Unterstützungen)	2 488	1 451	1 037	1 081	409	672
c) Einkommen aus a) und b) zugleich	754	34	720	1 158	39	1 119
Insgesamt	6 285	2 389	3 896	5 186	679	4 507

1) ohne Ortsabwesende.- 2) außerdem 313 Haushaltungen ohne Angaben.-

3) außerdem 121 Haushaltungen ohne Angaben.- 4) nur staatliche Unterstützungen.

Tabelle 13

Das Nettoeinkommen in den Haushalten in DM ¹⁾

(Stand: Mitte 1955)

Haushaltsgrößen	unter 125,-	125,- bis unter 175,-	175,- bis unter 225,-	225,- bis unter 275,-	275,- bis unter 325,-	325,- bis unter 375,-	375,- bis unter 425,-	425,- bis unter 475,-	475,- bis unter 525,-	525,- bis unter 625,-	über 625,-	Insgesamt ²⁾
	DM											

a) Lager der Sozialbehörde

1-Personen-Haushaltungen	1 264	274	178	244	444	119	58	11	6	2	-	2 600
2-Personen-Haushaltungen	187	234	149	137	202	89	79	35	54	9	13	1 188
3-Personen-Haushaltungen	2	160	85	132	221	152	127	58	90	29	20	1 076
4-Personen-Haushaltungen	-	48	92	86	208	149	123	65	82	25	51	929
5-Personen-Haushaltungen	-	1	50	44	75	108	54	30	45	18	31	456
6-Personen-Haushaltungen	-	-	-	22	32	19	35	26	24	8	34	200
7-Personen-Haushaltungen	-	-	1	3	18	8	14	7	10	2	29	92
8-und mehr-Personen-Haushaltungen	-	-	-	1	9	7	6	1	13	2	26	65
Insgesamt	1 453	717	555	669	1 209	651	496	233	324	95	204	6 606

1) Haushaltungen, von denen keine Angaben über ihre Einkommensverhältnisse gemacht wurden (432 Fälle), wurden anteilmäßig auf die übrigen Haushaltungen verteilt.- 2) Geringe Unterschiede zur Verteilung in den Tabellen 5 und 15 erklären sich aus der Anmerkung 1.

Tabelle 14

b) übrige Lager und Notunterkünfte

1-Personen-Haushaltungen	290	122	90	61	83	37	16	8	11	-	2	720
2-Personen-Haushaltungen	56	166	170	140	242	192	174	63	78	26	29	1 336
3-Personen-Haushaltungen	-	54	62	77	232	186	170	92	187	60	77	1 197
4-Personen-Haushaltungen	-	11	34	56	178	157	144	78	146	59	127	990
5-Personen-Haushaltungen	-	-	13	31	67	69	69	52	81	41	113	536
6-Personen-Haushaltungen	-	1	-	13	35	30	47	20	37	23	81	287
7-Personen-Haushaltungen	-	-	-	1	14	9	17	8	14	15	48	126
8-und mehr-Personen-Haushaltungen	-	-	-	-	5	8	6	14	20	9	46	108
Insgesamt	346	354	369	379	856	688	643	335	574	233	523	5 300

1) Haushaltungen, von denen keine Angaben über ihre Einkommensverhältnisse gemacht wurden (163 Fälle), wurden anteilmäßig auf die übrigen Haushaltungen verteilt.- 2) Geringe Unterschiede zur Verteilung in den Tabellen 5 und 15 erklären sich aus der Anmerkung 1.

T a b e l l e 15

Haushaltungsgröße im Lager und in der zukünftigen Wohnung

(Stand: Mitte 1955)

Haushaltungsgrößen	Haushaltungen				Veränderungen
	im Lager		in der zukünftigen Wohnung		
	überhaupt	vH	überhaupt	vH	

Lager der Sozialbehörde

1-Personen-Haushaltungen	2 600	39,4	2 217	33,6	- 383
2-Personen-Haushaltungen	1 185	17,9	1 234	18,7	+ 49
3-Personen-Haushaltungen	1 077	16,3	1 158	17,5	+ 81
4-Personen-Haushaltungen	928	14,0	1 011	15,3	+ 83
5-Personen-Haushaltungen	456	6,9	547	8,3	+ 91
6-Personen-Haushaltungen	202	3,1	236	3,6	+ 34
7-Personen-Haushaltungen	92	1,4	109	1,6	+ 17
8-und mehr-Personen-Haushaltungen	65	1,0	93	1,4	+ 28
Zusammen	6 605	100	6 605	100	

Übrige Lager und Notunterkünfte

1-Personen-Haushaltungen	720	13,6	655	12,4	- 65
2-Personen-Haushaltungen	1 335	25,2	1 283	24,2	- 52
3-Personen-Haushaltungen	1 196	22,6	1 213	22,9	+ 17
4-Personen-Haushaltungen	990	18,7	1 022	19,3	+ 32
5-Personen-Haushaltungen	536	10,1	554	10,4	+ 18
6-Personen-Haushaltungen	287	5,4	296	5,6	+ 9
7-Personen-Haushaltungen	127	2,4	151	2,8	+ 24
8-und mehr-Personen-Haushaltungen	109	2,0	126	2,4	+ 17
Zusammen	5 300	100	5 300	100	

Alle Lager und Notunterkünfte

1-Personen-Haushaltungen	3 320	27,9	2 872	24,1	- 448
2-Personen-Haushaltungen	2 520	21,2	2 517	21,1	- 3
3-Personen-Haushaltungen	2 273	19,1	2 371	19,9	+ 98
4-Personen-Haushaltungen	1 918	16,1	2 033	17,1	+ 115
5-Personen-Haushaltungen	992	8,3	1 101	9,3	+ 109
6-Personen-Haushaltungen	489	4,1	532	4,5	+ 43
7-Personen-Haushaltungen	219	1,8	260	2,2	+ 41
8-und mehr-Personen-Haushaltungen	174	1,5	219	1,8	+ 45
Insgesamt	11 905	100	11 905	100	

Zukünftige Größe der Haushaltungen nach der tragbaren Miete

(Stand: Mitte 1955)

Haushaltungsgrößen	Tragbare Mieten						zusammen
	bis 40,- DM	über 40,- DM bis 50,- DM	über 50,- DM bis 60,- DM	über 60,- DM bis 70,- DM	über 70,- DM	ohne Angaben	
Lager der Sozialbehörde							
1-Personen-Haushaltungen	1 437	96	30	6	5	643	2 217
2-Personen-Haushaltungen	834	189	59	7	12	133	1 234
3-Personen-Haushaltungen	668	290	98	22	11	69	1 158
4-Personen-Haushaltungen	492	322	117	18	9	53	1 011
5-Personen-Haushaltungen	232	180	71	16	12	36	547
6-Personen-Haushaltungen	74	88	36	13	6	19	236
7-Personen-Haushaltungen	25	42	22	10	5	5	109
8-und mehr- Personen-Haushaltungen	31	15	22	13	11	1	93
Zusammen	3 793	1 222	455	105	71	959	6 605
in vH	57,4	18,5	6,9	1,6	1,1	14,5	100
Übrige Lager							
1-Personen-Haushaltungen	500	46	10	3	-	96	655
2-Personen-Haushaltungen	754	283	87	14	5	140	1 283
3-Personen-Haushaltungen	536	398	135	31	12	101	1 213
4-Personen-Haushaltungen	383	377	141	50	23	48	1 022
5-Personen-Haushaltungen	178	212	95	38	11	20	554
6-Personen-Haushaltungen	81	115	63	17	8	12	296
7-Personen-Haushaltungen	44	61	33	6	4	3	151
8-und mehr- Personen-Haushaltungen	32	44	20	16	8	6	126
Zusammen	2 508	1 536	584	175	71	426	5 300
in vH	47,4	29,0	11,0	3,3	1,3	8,0	100

T a b e l l e 17

Gebührenrückstände in ausgewählten Lagern der Sozialbehörde

(Stand: Mitte 1955)

Lager	Rückstände in vH
Durchgangslager Bundesstraße	64,3
Weg beim Jäger 163	63,5
Arnoldstraße 20	61,0
Denickestraße 135	40,2
Funkturm, Unterer Landweg Nbwg.	40,1
Sportallee 80	37,1
Lammstraße 46	35,9
Lokstedter Grenzstraße 7	32,0
Bahrenfelder Straße 308	31,6
Höhenstieg 5	29,1
Berzeliusstraße 90	24,2

Lager mit besonders niedrigen Anteilen an Gebührenrückständen

(Stand: Mitte 1955)

Lager	Rückstände in vH
Ausschläger Weg 16 - 18	7,0
Durchgangslager Kelloggstraße	5,0
Bachmeierstraße 22	3,5
Iserbrooker Weg 11	2,5
Grünwaldstraße 3	0,8

T a b e l l e 18

Bewohner in Lagern der Sozialbehörde nach dem Stand vom 30. September 1957

Belegenheit der Lager	Männer		Frauen		Kinder und Jugendliche		Insgesamt	
	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH
Hamburg-Mitte	684	15,2	958	22,0	714	12,4	2 356	16,2
davon								
Funkturm	300	6,7	239	5,5	329	5,7	868	6,0
Ausschläger Weg	-	-	194	4,5	-	-	194	1,3
Finkenwerder	384	8,5	525	12,0	385	6,7	1 294	8,9
Altona	782	17,4	988	22,6	1 110	19,3	2 880	19,8
davon								
Bahrenfelder Str.	111	2,5	178	4,1	265	4,6	554	3,8
Daimlerstr.	138	3,1	128	2,9	168	2,9	434	3,0
Grünewaldstr.	86	1,9	105	2,4	202	3,5	393	2,7
Haubachstr.	48	1,1	65	1,5	50	0,9	163	1,1
Lammstr.	95	2,1	95	2,2	-	-	190	1,3
Notkestr.	86	1,9	128	2,9	173	3,0	387	2,7
Schießstand	109	2,4	140	3,2	252	4,4	501	3,4
Bachmeierstr.	-	-	149	3,4	-	-	149	1,0
Arnoldstr.	109	2,4	-	-	-	-	109	0,8
Eimsbüttel	642	14,3	500	11,5	721	12,6	1 863	12,7
davon								
Kieler Str.	355	7,9	-	-	-	-	355	2,4
Bundesstr.	287	6,4	500	11,5	721	12,6	1 508	10,3
Hamburg-Nord	1 999	44,3	1 487	34,2	2 447	42,9	5 933	40,7
davon								
Alsterdorf	502	11,1	656	15,0	821	14,4	1 979	13,6
Höhenstieg	75	1,7	103	2,4	194	3,4	372	2,6
Poßmoorweg	67	1,5	77	1,8	182	3,2	326	2,2
Sportallee	417	9,2	534	12,3	1 122	19,6	2 073	14,2
Langenhorner Chaussee	-	-	61	1,4	61	1,1	122	0,8
Wiesenstieg	-	-	56	1,3	67	1,2	123	0,9
Weg beim Jäger	938	20,8	-	-	-	-	938	6,4
Harburg	396	8,8	426	9,7	732	12,8	1 554	10,6
davon								
Denickestr.	60	1,3	85	1,9	206	3,6	351	2,4
Falkenberg	151	3,4	162	3,7	247	4,3	560	3,8
Fischbek	185	4,1	179	4,1	279	4,9	643	4,4
Insgesamt	4 503	100	4 359	100	5 724	100	14 586	100

T a b e l l e 19

Bewohner in Lagern der Sozialbehörde nach der Unterbringungsart

(Stand: 30. September 1957)

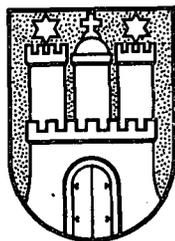
Art und Belegenheit der Lager	Männer		Frauen		Kinder und Jugendliche		Insgesamt	
	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH
<u>Wohnbaracken</u>	2 304	51,1	1 661	38,2	2 724	47,6	6 689	45,8
davon								
Bahrenfelder Str.	111	2,5	178	4,1	265	4,6	554	3,8
Denickestr.	60	1,3	85	1,9	206	3,6	351	2,4
Grünwaldstr.	86	1,9	105	2,4	202	3,5	393	2,7
Höhenstieg	75	1,7	103	2,4	194	3,4	372	2,6
Notkestr.	86	1,9	128	2,9	173	3,0	387	2,7
Poßmoorweg	67	1,5	77	1,8	182	3,2	326	2,2
Schießstand	109	2,4	140	3,2	252	4,4	501	3,4
Sportallee	417	9,2	534	12,3	1 122	19,6	2 073	14,2
Langenhorner Chaussee	-	-	61	1,4	61	1,1	122	0,8
Wiesenstieg	-	-	56	1,3	67	1,2	123	0,9
Ausschläger Weg	-	-	194	4,5	-	-	194	1,3
Kieler Str.	355	7,9	-	-	-	-	355	2,4
Weg beim Jäger	938	20,8	-	-	-	-	938	6,4
<u>Wohnbunker</u>	204	4,5	244	5,6	-	-	448	3,1
davon								
Lammstr.	95	2,1	95	2,2	-	-	190	1,3
Bachmeierstr.	-	-	149	3,4	-	-	149	1,0
Arnoldstr.	109	2,4	-	-	-	-	109	0,8
<u>Wohnlager für heimatlose Ausländer</u>	1 276	28,4	1 364	31,2	1 844	32,2	4 484	30,8
davon								
Alsterdorf	502	11,1	656	15,0	821	14,4	1 979	13,6
Daimlerstr.	138	3,1	128	2,9	168	2,9	434	3,0
Falkenberg	151	3,4	162	3,7	247	4,3	560	3,8
Fischbek	185	4,1	179	4,1	279	4,9	643	4,4
Funkturm	300	6,7	239	5,5	329	5,7	868	6,0
<u>Ehemalige Kaserne</u>	48	1,1	65	1,5	50	0,9	163	1,1
davon								
Haubachstr.	48	1,1	65	1,5	50	0,9	163	1,1
<u>Durchgangslager</u>	671	14,9	1 025	23,5	1 106	19,3	2 802	19,2
davon								
Bundesstr.	287	6,4	500	11,5	721	12,6	1 508	10,3
Finkenwerder	384	8,5	525	12,0	385	6,7	1 294	8,9
Insgesamt	4 503	100	4 359	100	5 724	100	14 586	100

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 10. März 1958

Jahrgang 1958 — Heft Nr. 4

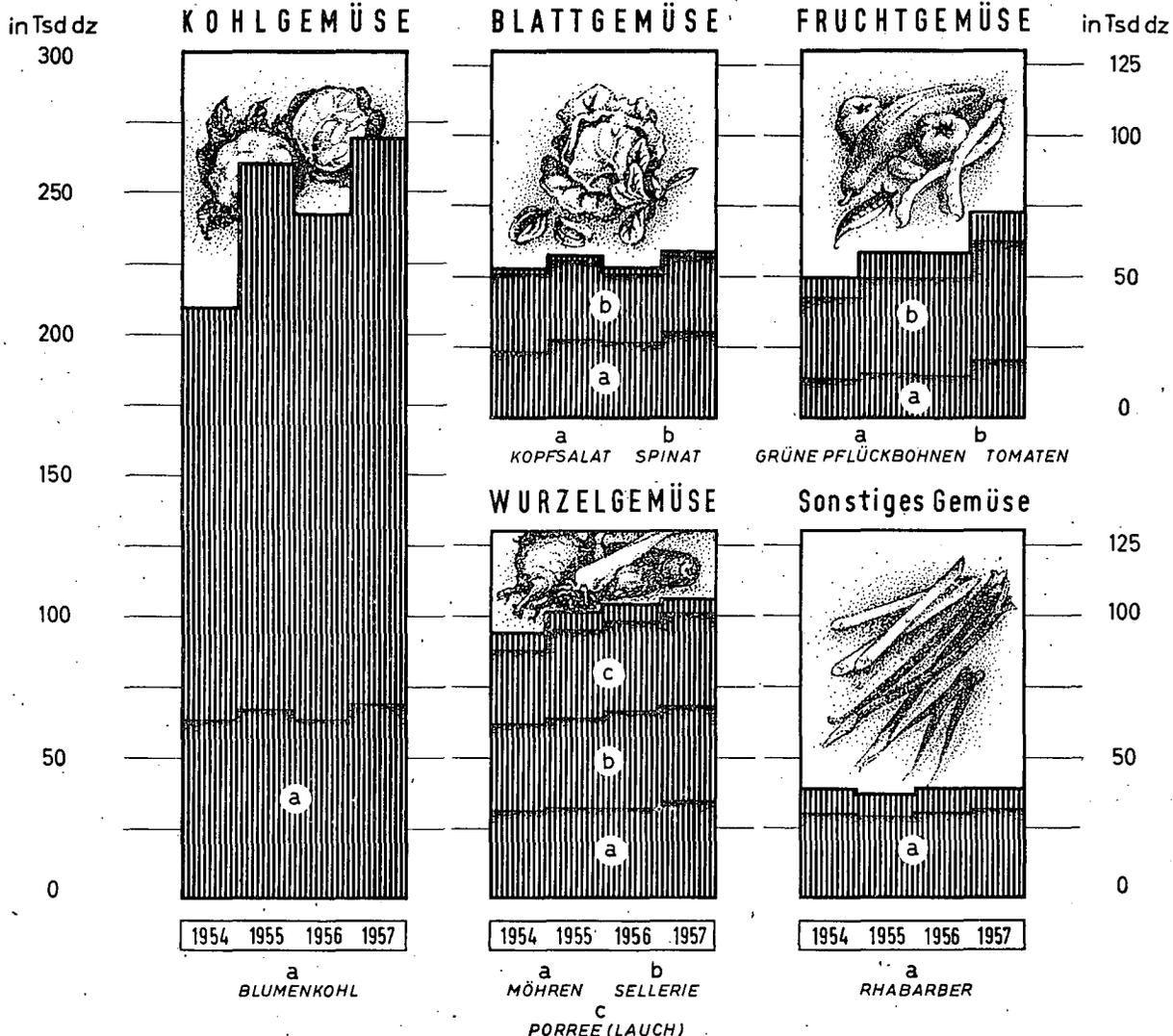


Ergebnisse landwirtschaftlicher Erhebungen in Hamburg im Jahre 1957

I N H A L T

1. Die Bodenbenutzung,
2. Die Ernte an Getreide, Hackfrüchten
und Rauhfutter
3. Der Anbau von Gemüse
4. Die Gemüseernte
5. Die Obsterte

Die Gemüseernten 1954 bis 1957



1. Die Bodenbenutzungserhebung im Jahre 1957

Die Bodenbenutzungserhebung 1957 wurde in der gleichen Weise durchgeführt wie in den vorangegangenen Jahren. Aus diesem Grunde wird darauf verzichtet, an dieser Stelle die methodische Darstellung der Bodenbenutzungserhebung nochmals zu wiederholen. Der interessierte Leser wird daher auf die Beschreibung verwiesen, die in Heft 20, Jg. 1950, dieser Zeitschrift gegeben ist. Auf folgendes sei hier jedoch kurz aufmerksam gemacht:

1. Für die Feststellung der landwirtschaftlichen Nutzflächen ist das **Betriebsprinzip** — im Gegensatz zum Katasterprinzip — maßgebend, d. h. die Flächen der Betriebe sind nicht nach ihrer Belegenheit, sondern nach ihrer Zugehörigkeit zu einem landwirtschaftlichen Betrieb erfaßt. Hat z. B. ein in Francop ansässiger Obstbaubetrieb seine Wirtschaftsfläche durch Zupachtung einer Obstplantage im benachbarten Stadtteil Neuenfelde ergänzt, so ist die Obstfläche nicht vom Verpächter in der Belegenheitsgemeinde (Neuenfelde), sondern vom Pächter in der Gemeinde des Betriebssitzes (Francop) anzugeben.
2. Landwirtschaftliche Kleinflächen, die nicht unmittelbar zu einem landwirtschaftlichen Betrieb gehören, wie Hausgrundstücke mit Gartenland, Klein- und Schrebergärten u. a. werden im Erhebungsbereich der Dienststelle der Bezirksverwaltung nachgewiesen, in der sie tatsächlich liegen. Die gleiche Regelung gilt für alle sonstigen nichtlandwirtschaftlichen Gelände- und Flächen wie bebaute Grundstücke, die Flächen der öffentlichen Wege, Straßen und Plätze und — soweit sie nicht schon bei den landwirtschaftlichen Betrieben erfaßt sind — auch für Moor-, Öd- und Unlandflächen und Gewässer.

Diese verschiedenen Prinzipien der Zuordnung der Flächen, und zwar einmal das Betriebsprinzip, zum anderen das Katasterprinzip, haben zur Folge, daß die Wirtschaftsfläche, z. B. eines Bezirksamtsbereichs, nicht mit der Katasterfläche identisch sein kann. Die Wirtschaftsfläche ist jeweils größer, wenn ortsansässige Betriebe noch zusätzlich ortsfremde Flächen, und kleiner, wenn ortsfremde Betriebe noch Flächen im eigenen Bezirksamtsbereich bewirtschaften. Zu- oder Abnahmen in den Flächengrößen sind also nicht immer auf tatsächliche Gebietsveränderungen zurückzuführen, sondern können auch in der Besonderheit des Erhebungsverfahrens liegen.

Geringe Veränderungen bei den Kulturarten

Es ist ein besonderes Merkmal der Bodenbenutzung Hamburgs, daß zu annähernd gleichen Anteilen die eine Hälfte der Gesamtwirtschaftsfläche der Nahrungs- und Futtermittelerzeugung dient und die andere Hälfte im großen und ganzen als Siedlungs- und Verkehrsraum der Hansestadt bezeichnet werden kann.

Im einzelnen zeichnet sich nach dem letzten Ergebnis der Bodenbenutzungserhebung für das Gebiet der Hansestadt das folgende Bild ab: 37 992 ha (einschließlich der zahlreichen Haus-, Klein- und Schrebergärten) sind in landwirtschaftliche oder gartenbauliche Nutzung genommen. Die Forsten

und Holzungen bedecken zusammen eine Fläche von rd. 3500 ha, wovon rd. ein Sechstel (573 ha) auf staatlichen Waldbesitz entfällt, den das Forstamt Hamburg in schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Landkreisen bewirtschaftet. Weitere 13 000 ha umfaßt der mit Wohn- und gewerblichen Gebäuden bebaute Grund, wozu auch Hof- und Industrieplätze sowie Kai- und Hafenanlagen und die noch nicht wieder bebauten Trümmergrundstücke rechnen. Auf das Netz der Straßen und Wege und den Verkehr mit Eisenbahnen entfallen rund 7250 ha. An Wasserflächen sind 6200 ha vorhanden, wovon etwa 3400 ha auf den Hamburger Hafen entfallen. Rund 4100 ha werden als unkultivierte Moorflächen und nicht landwirtschaftlich nutzbare Öd- und Unlandflächen ausgewiesen. Von der Restfläche von rd. 3675 ha werden etwa 720 ha von Friedhöfen, 1850 ha von öffentlichen Parks und Grünanlagen, 350 ha von Sport- und Spielplätzen sowie Sommerbädern und 750 ha von Flug- und Übungsplätzen eingenommen.

Übersicht 1

Die Veränderungen bei den Nutzungsarten 1957 gegenüber 1956

Nutzungsarten	1956 Fläche in ha	1957		Veränderung 1957 gegen- über 1956 in vH
		Fläche in ha	vH der Wirt- schafts- fläche	
Ackerland	13 205	13 061	17,2	- 1,1
Gartenland	13 315	13 382	17,7	+ 0,5
Obstanlagen	1 477	1 488	2,0	+ 0,7
Baumschulen und Korbweidenanlagen . .	245	247	0,3	+ 0,8
Wiesen	3 874	3 828	5,0	- 1,2
Viehweiden	6 161	5 986	7,9	- 2,8
Landw. Nutzfläche zus.	38 277	37 992	50,1	- 0,7
Forsten und Holzungen	3 473	3 481	4,6	+ 0,2
Öd- und Unland ¹⁾ . . .	4 095	4 101	5,4	+ 0,1
Gebäude- u. Hofflächen ²⁾	12 989	13 095	17,3	+ 0,8
Wegeland u. Eisenbahnen	7 237	7 252	9,6	+ 0,2
Gewässer	6 225	6 226	8,2	+ 0,0
Friedhöfe, öffentl. Parks, Sportplätze, Flug- und Übungsplätze	3 703	3 673	4,8	- 0,8
Wirtschaftsfläche insges.	75 999	75 820	100	- 0,2

¹⁾ einschl. unkultivierter Moorflächen. — ²⁾ einschl. Trümmergrundstücken, Kai- und Hafenanlagen

Die landwirtschaftliche Nutzfläche, die alle für die Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zur Verfügung stehenden Bodenflächen einschließt und im einzelnen das Acker- und Gartenland, die geschlossenen Obstanlagen (Plantagen), die Wiesen- und Weideflächen sowie die Baumschul- und Korbweidenanlagen umfaßt, weist bei den einzelnen Kulturarten im Vergleich zum Vorjahr eine ziemliche Stabilität auf. Zwar hat sich die seit Jahren zu beobachtende Schrumpfung der landwirtschaftlichen Nutzfläche weiter fortgesetzt, jedoch ist das Ausmaß der Flächeneinbuße mit 285 ha gegen 477 ha im Vorjahr weniger groß, wobei zu berücksichtigen ist, daß in den Jahren 1955 und 1956 größere Ländereien durch umfangreiche Industrieplanungen und -bauten sowie auch durch eine rege Wohnungsbautätigkeit der landwirtschaft-

lichen Verwendung entzogen wurden. Innerhalb der landwirtschaftlichen Nutzfläche nehmen vor allem die Dauergrünlandflächen ab, vornehmlich die Viehweiden (— 2,8 vH). Demgegenüber zeigen die geschlossenen Obstanlagen (+ 0,7 vH) und das Gartenland (+ 0,5 vH) Zunahmen in den Flächengrößen auf, obwohl in den letzten Jahren vom Gartenland eine Anzahl von Kleingartensiedlungen oder Teile davon als Bauland, z. B. für den Schulneubau, herangezogen wurden. Bei den übrigen Geländeflächen, wie Moor-, Öd- und Unlandflächen, öffentliche Parks und wie sie weiter in der nachstehenden Übersicht 1 dargestellt sind, treten ebenfalls keine ins Gewicht fallenden Veränderungen in Erscheinung. Erwähnenswert sind lediglich die Zunahmen bei den bebauten Flächen (Gebäude- und Hofflächen) und beim Verkehrsgelände (Wege und Eisenbahnen).

Einen recht beachtenswerten Anteil an der Wirtschaftsfläche Hamburgs machen — wie bereits erwähnt — die Waldflächen aus. Von rd. 3500 ha Gesamtfläche entfallen nur rd. 800 ha auf Privat- und Genossenschaftsforsten, während der größere Teil von rd. 2700 ha Staatsforsten sind. Einen Überblick über die Verteilung der Staatsforsten innerhalb des Hamburger Staatsgebietes vermittelt die

folgende Zusammenstellung. Danach teilt sich die Gesamtwaldfläche in teils kleineren, teils größeren Waldarealen in breiter Streuung über mehrere Stadtteile:

Stadtteile	Forstflächen ha
Rissen	281,76
Langenhorn	14,65
Farmsen	22,03
Wellingsbüttel	31,12
Sasel	24,23
Poppenbüttel	11,38
Hummelsbüttel	49,89
Duvenstedt	5,06
Wohldorf-Ohlstedt	481,96
Bergstedt	30,69
Volksdorf	199,75
Rahlstedt	17,55
Lohbrügge	23,65
Bergedorf	56,27
Altengamme	11,98
Eißendorf	155,37
Heimfeld	506,34
Hausbruch	115,67
Neugraben-Fischbek	62,14

Übersicht 2 Die Nutzung des Ackerlandes in den Jahren 1956 und 1957

Fruchtarten	1956		1957		Veränderung 1957 gegenüber 1956	
	Fläche ha	Anteil am Ackerland vH	Fläche ha	Anteil am Ackerland vH	ha	vH
Getreide	5 753	43,6	5 746	44,0	— 7	— 0,1
davon						
Winterroggen	2 329	17,6	2 340	17,9	+ 11	+ 0,5
Sommerroggen	117	0,9	81	0,6	— 36	— 30,8
Winterweizen	602	4,6	690	5,3	+ 88	+ 14,6
Sommerweizen	232	1,8	231	1,8	— 1	— 0,4
Wintermenggetreide	13	0,1	18	0,1	+ 5	+ 38,5
Brotgetreide zusammen	3 293	25,0	3 360	25,7	+ 67	+ 2,0
Wintergerste	230	1,7	312	2,4	+ 82	+ 35,7
Sommergerste	156	1,2	220	1,7	+ 64	+ 41,0
Hafer	1 108	8,4	1 045	8,0	— 63	— 5,7
Sommermenggetreide ¹⁾	966	7,3	809	6,2	— 157	— 16,3
Futtergetreide zusammen	2 460	18,6	2 386	18,3	— 74	— 3,0
Hülsenfrüchte ²⁾	99	0,8	76	0,6	— 23	— 23,2
Hackfrüchte	2 951	22,3	2 760	21,1	— 191	— 7,4
darunter						
Frühkartoffeln	279	2,1	241	1,8	— 38	— 13,6
Spätkartoffeln	1 402	10,6	1 304	10,0	— 98	— 7,0
Zuckerrüben	95	0,7	85	0,7	— 10	— 10,5
Futterrüben	790	6,0	729	5,6	— 61	— 7,7
Kohlrüben	346	2,6	358	2,7	+ 12	+ 3,5
Gemüse, Erdbeeren und andere Gartengewächse	3 160	23,9	3 163	24,2	+ 3	+ 0,1
Handelsgewächse ³⁾	59	0,5	65	0,5	+ 6	+ 10,2
Futterpflanzen	1 084	8,2	1 149	8,8	+ 65	+ 6,0
darunter						
Klee in Reinsaat	11	0,1	49	0,4	+ 38	+ 345,5
Kleegras	530	4,0	537	4,1	+ 7	+ 1,3
Ackerwiesen	289	2,2	318	2,4	+ 29	+ 10,0
Ackerweiden	189	1,4	185	1,4	— 4	— 2,1
Sonstige Ackerflächen	99	0,7	102	0,8	+ 3	+ 3,0
Ackerland insgesamt	13 205	100	13 061	100	— 144	— 1,1

¹⁾ einschließlich Körnermais. — ²⁾ einschließlich Buchweizen und alle anderen Arten von Getreide und Hülsenfrüchten. — ³⁾ einschließlich Rüben zur Samengewinnung.

Die außerhalb Hamburgs belegenen Staatsforsten verteilen sich in der Hauptsache auf den Waldbesitz der Anstaltsgüter Alt-Erfrade und Petluis im Landkreis Segeberg, ferner auf das Staatsgut Wulfsdorf bei Ahrensburg und auf Areale am Großen- und Lütjensee, ferner auf Wentorf im Anschluß an die Forsten im Bergedorfer Bezirk. Des weiteren hat Hamburg ein 34 ha großes Waldgebiet im Landkreis Harburg auf niedersächsischem Gebiet im Besitz.

Geringe Veränderungen des Anbaues in der Zusammensetzung nach Hauptfruchtarten

Die Übersicht 2 zeigt die Nutzung des Ackerlandes in der Aufgliederung nach Fruchtarten. Danach werden von der gesamten Ackerfläche, die mit 13 100 ha um 144 ha kleiner als im Vorjahr ermittelt wurde, gut zwei Fünftel mit Getreide bestellt. Als nächst größerer Posten unter den Ackerfrüchten tritt die mit Gemüse, Erdbeeren und anderen Gartengewächsen bebaute Fläche mit einem Anteil von 24,2 vH in Erscheinung. Für den Anbau von Hackfrüchten wurde ein Fünftel des Ackerlandes in Anspruch genommen, während sich der Rest in den Anbau von Feldfutterpflanzen (8,8 vH), Hülsenfrüchten (0,6 vH) und Handelsgewächsen (0,5 vH) aufteilt. Unter den sonstigen Ackerfrüchten (0,8 vH) sind die zum Unterpfügen bestimmten Hauptfrüchte und das Brachland enthalten.

Bei den Hauptfruchtgruppen sind im Vergleich zum Vorjahr nur geringe Veränderungen zu verzeichnen. Der Getreidebau im ganzen wurde geringfügig ($- 0,1$ vH), der Anbau von Hackfrüchten etwas stärker ($- 7,4$ vH) eingeschränkt. Dafür wurde der Feldfutterpflanzenbau um 6,0 vH vergrößert. Der Anbau von Hülsenfrüchten für Speise- und Futterzwecke und von Handelsgewächsen aller Art wie Ölfrüchte, Tabak, Rüben zur Samengewinnung u. a. ist in Hamburg unbedeutend. Der Hülsenfruchtanbau, der vor dem Kriege noch einen Umfang von 280 bis 300 ha einnahm, geht — nach einem vorübergehenden Mehranbau im Kriege und in den ersten Nachkriegsjahren — stetig zurück. Der Anteil der Blumen und Zierpflanzen an den Gartengewächsen ist von Jahr zu Jahr größer geworden. Seit der ersten Bestandsaufnahme nach dem Kriege im Jahre 1950 ist die dafür benutzte Fläche von 262 ha auf 413 ha vergrößert worden; gegenüber 1956 beträgt die Zunahme 11 vH.

Größere Anbaufläche beim Wintergetreide

Betrachtet man in der weiteren Aufgliederung die einzelnen Fruchtarten, so fällt beim Getreidebau auf, daß bei annähernd gleich gebliebener Gesamtfläche (5746 gegen 5753 ha) die Sommergetreidefläche zugunsten der Wintergetreidefläche eingeengt wurde ($- 7,5$ vH). Der Hauptanteil des Mehranbaues entfällt auf Winterweizen (+ 14,6 vH) und Wintergerste (+ 35,7 vH). Demgegenüber ist der Anbau von Sommerroggen, vor allem aber von Sommermenggetreide, das für

Futterzwecke dem reinen Haferbau vorgezogen wird und dessen Fläche im Vorjahr fast 1000 ha betrug, in diesem Jahr verhältnismäßig stark eingeschränkt worden ($- 16,3$ vH). Der Haferbau, der vor dem Kriege noch mehr als ein Drittel der Gesamtgetreidefläche beanspruchte, hat nur noch einen Anteil von 18,2 vH und umfaßt heute rund 1000 ha gegen 2500 ha vor dem Kriege. Diese rückläufige Tendenz ist in erster Linie im Zusammenhang mit der Verminderung der Pferdehaltung zu sehen.

Verringerter Hackfrucht-, vermehrter Feldfutterbau

Die Hackfruchtfläche umfaßt rd. 2800 ha und nimmt einen Anteil von etwas mehr als ein Fünftel an der Ackerfläche ein. Sie setzt sich zu 56 vH aus Kartoffeln und zu 38 vH aus Futterhackfrüchten zusammen. Der Anteil der Zuckerrüben (3,1 vH) ist nur gering. Gegenüber dem Vorjahr ist der Hackfruchtanbau im ganzen um 7,4 vH eingeschränkt worden; dabei hat sich der Kohlrübenanbau aber etwas ausgeweitet. Im Vergleich mit weiter zurückliegenden Jahren hat der Hackfruchtbau im Zeichen der Intensivierung der Landwirtschaft immer mehr an Bedeutung gewonnen. Noch vor dem letzten Kriege wurden in Hamburg rund 7000 ha Getreide angebaut. Während diese Fläche bis heute um 18 vH zurückgegangen ist, ist der Hackfruchtanbau im gleichen Verhältnis gesteigert worden.

Die Kartoffelfläche hat gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Seit dem Jahre 1952, als der Kartoffelbau mit rund 1800 ha seine größte Ausdehnung hatte, ist sein Anbau laufend zurückgegangen. Trotzdem ist die heutige Anbaufläche mit insgesamt 1545 ha um 37 vH größer als im letzten Vorkriegsjahr. Im Vergleich zum Vorjahr haben die Frühkartoffeln stärker ($- 13,6$ vH) als die mittelfrühen und späten Sorten ($- 7,0$ vH) abgenommen. Recht aufschlußreich ist eine Betrachtung des Spätkartoffelbaues in seiner Zusammensetzung nach mittelfrühen und späten Sorten. Während bei den späten Arten in den letzten Jahren eine Abnahme um fast ein Drittel ($- 31$ vH) des Anbaues von 1951 zu beobachten war, ist der Anbau von mittelfrühen Kartoffeln im gleichen Zeitraum um 36 vH gesteigert worden, so daß die Fläche der mittelfrühen nunmehr die der Spätkartoffeln überwiegt. Diese Entwicklung dürfte einmal auf die für den Absatz von Speisekartoffeln günstigen Bedingungen in Stadtnähe zurückzuführen sein, zum anderen aber auch darin begründet sein, daß die Erzeuger wegen des bei der Kartoffelernte verhältnismäßig hohen Arbeitskräftebedarfs zeitlich aufgeteilte und damit günstigere Erntezeiten anstreben.

Die Feldfutterpflanzen sind mit knapp einem Zehntel an der Ackerfläche beteiligt. Ihre Flächengröße bewegt sich seit Jahren ziemlich unverändert zwischen 1100 und 1300 ha. Gegenüber 1956 ist eine Zunahme um 6 vH festgestellt worden. Im allgemeinen haben die für die Rauhfutter-

Übersicht 3

Endgültiges Ergebnis der Bodenbenutzungserhebung 1957 nach Bezirken (Flächen in Hektar)

Haupt- und Kulturarten Ackernutzung	Bezirk							Hamburg insgesamt
	Hamburg- Mitte	Altona	Eimsbüttel	Hamburg- Nord	Wandsbek	Bergedorf	Harburg	
Haupt- und Kulturarten								
Ackerland	422,7	542,4	589,4	243,5	3 116,3	6 324,5	1 821,9	13 060,7
Gartenland								
a) Haus- und Kleingärten . . .	1 645,6	1 571,0	1 378,2	1 198,6	3 266,1	845,5	2 552,4	12 457,4
b) Ziergärten	39,6	248,6	72,8	122,0	299,7	49,8	92,3	924,8
Obstanlagen	276,3	18,7	16,4	7,8	80,9	197,8	889,8	1 487,7
Baumschulen und Korbweiden- anlagen	3,9	52,6	35,0	13,7	54,8	24,6	62,8	247,4
Wiesen ¹⁾	163,2	215,3	180,7	67,7	560,2	1 052,7	1 588,3	3 828,1
Viehweiden	219,9	458,1	402,2	87,0	1 030,1	1 882,6	1 906,4	5 986,3
Landwirtschaftliche Nutzfläche zus.	2 771,2	3 106,7	2 674,7	1 740,3	8 408,1	10 377,5	8 913,9	37 992,4
Forsten und Holzungen	573,1 ²⁾	373,3	113,4	78,7	1 011,4	151,5	1 179,9	3 481,3
Unkultivierte Moorflächen	32,6	65,4	82,0	3,6	335,2	46,0	207,2	772,0
Öd- und Unland	91,4	223,0	64,2	35,2	310,7	1 135,0	1 469,0	3 328,5
Gebäude und Hofflächen ²⁾	2 384,6	1 782,9	1 400,0	1 738,4	2 357,8	1 403,3	2 028,0	13 095,0
Wegeland und Eisenbahnen	1 214,3	728,4	657,7	793,0	1 351,8	1 160,2	1 346,7	7 252,1
Gewässer	2 816,5	695,0	85,7	163,3	190,4	1 109,1	1 166,1	6 226,1
Friedhöfe, öffentliche Parks, Sportplätze	361,0	660,6	233,4	915,2	358,6	129,3	260,3	2 918,4
Flug- und Übungsplätze	72,0	104,7	—	317,6	260,2	—	—	754,5
Wirtschaftsfläche insgesamt	10 316,7	7 740,0	5 311,1	5 785,3	14 584,2	15 511,9	16 571,1	75 820,3
Ackernutzung								
Getreide und Hülsenfrüchte	232,0	295,5	294,3	113,5	1 641,3	2 435,2	810,4	5 822,2
davon								
Winterroggen	117,8	194,7	170,2	42,6	839,3	663,4	311,6	2 339,6
Sommerroggen	2,3	3,7	12,0	2,2	23,8	16,5	20,8	81,3
Winterweizen	13,4	—	1,7	0,3	47,8	559,4	67,6	690,2
Sommerweizen	11,3	0,5	1,0	—	28,4	152,0	37,9	231,1
Wintergerste	5,5	2,3	—	3,5	105,4	183,8	11,4	311,9
Sommergerste	8,4	3,3	12,0	18,4	97,7	65,6	14,4	219,8
Hafer	33,4	24,6	52,9	24,6	228,6	448,8	231,7	1 044,6
Menggetreide	39,4	66,4	44,2	21,5	264,6	280,4	110,9	827,4
Körnermais	—	—	0,3	—	0,1	0,0	—	0,4
Speisebohnen (zum Ausreifen)	—	0,0	—	0,0	0,7	1,1	0,4	2,2
Ackerbohnen (zum Ausreifen)	0,2	—	—	0,4	—	49,2	1,0	50,8
Wicken	—	—	—	—	—	0,5	—	0,5
Süßlupinen	—	—	—	—	0,0	0,6	—	0,6
Hülsenfruchtgemenge und Mischfrucht	—	—	—	—	4,8	12,9	2,7	20,4
Sonst. Arten von Getreide und Hülsenfrüchten	0,3	—	—	—	0,1	1,0	—	1,4
Hackfrüchte	116,9	157,4	163,9	57,2	820,9	854,5	589,0	2 759,8
davon								
Frühkartoffeln	9,8	4,0	4,2	5,0	19,2	149,2	50,0	241,4
Mittelfrühe Kartoffeln	19,5	67,0	35,3	17,8	258,5	162,6	106,0	666,7
Spätkartoffeln	40,0	25,5	57,1	12,4	198,5	133,4	169,9	636,8
Zuckerrüben	—	2,2	1,8	—	56,4	15,3	9,6	85,3
Futterrüben	29,8	23,0	25,0	9,4	96,5	334,7	210,6	729,0
Kohlrüben	12,8	34,0	40,3	12,6	184,5	42,4	31,0	357,6
Futtermöhren	3,1	0,3	0,2	—	3,5	1,2	1,4	9,7
Sonstige Hackfrüchte	1,9	1,4	—	—	3,8	15,7	10,5	33,3
Gemüse und Erdbeeren	25,1	25,8	23,7	37,3	220,4	2 111,8	306,3	2 750,4
Sonstige Gartengewächse	15,6	20,8	34,1	19,6	60,7	248,5	13,2	412,5
Handelsgewächse	2,8	—	16,7	—	9,3	31,0	5,1	64,9
Futterpflanzen	27,6	36,7	49,1	6,5	342,0	606,2	81,1	1 149,2
davon								
Klee in Reinsaat, auch im Ge- misch mit Gräsern	18,7	24,5	15,7	3,3	229,7	258,9	35,2	586,0
Luzerne	—	—	—	—	8,7	1,8	0,9	11,4
Ackerwiesen	3,5	5,2	15,2	2,9	43,1	221,7	26,6	318,2
Ackerweiden	4,0	3,7	9,4	0,0	46,3	105,6	15,7	184,7
Sonstige Futterpflanzen	1,4	3,3	8,8	0,3	14,2	18,2	2,7	48,9
Zum Unterpfügen bestimmte								
Hauptfrüchte	1,1	4,7	2,4	0,0	12,5	0,8	2,0	23,5
Brache	1,6	1,5	5,2	9,4	9,2	36,5	14,8	78,2
Ackerland zusammen	422,7	542,4	589,4	243,5	3 116,3	6 324,5	1 821,9	13 060,7

¹⁾ einschließlich Streuwiesen. — ²⁾ einschließlich Trümmergrundstücken, Kai- und Hafenanlagen. — ³⁾ darunter 573 vom Forstamt Hamburg in schleswig-holsteinischen Landkreisen und in Niedersachsen bewirtschaftet.

gewinnung bestimmten Pflanzen, insbesondere die Kleeflächen, Flächenerweiterungen, dagegen die hauptsächlich für die Grün- und Gärfuttergewinnung vorgesehenen Anbaubeschränkungen erfahren.

Eine zusammenfassende Übersicht über die im Jahre 1957 ermittelten Flächen der Bodenbenutzung nach Bezirken wird in vorstehender Übersicht 3 gegeben.

2. Die Ernte an Getreide, Hackfrüchten und Rauhfutter im Jahre 1957

Im abgelaufenen Erntejahr waren die klimatischen Voraussetzungen für die Höhe der Ernterträge von unterschiedlicher Einwirkung. So waren der außerordentlich milde Winter und die in den ersten Frühjahrsmonaten ausreichenden Niederschläge dem Wachstum der Winterfrüchte sehr förderlich, wogegen das Sommergetreide in der Anfangsentwicklung beeinträchtigt wurde, da es zum Zeitpunkt des Auflaufens und in der ersten Wachstumsperiode an Niederschlägen mangelte und größere Temperaturschwankungen sich hemmend auf das Gedeihen dieser Pflanzen ausgewirkt haben. Auch bei Kartoffeln und Rüben traten infolge Trockenheit anfangs Wachstumsstörungen in Erscheinung, die aber durch die reichlichen Niederschläge in den Sommermonaten weitgehendst wieder beseitigt wurden. Die Getreideernte setzte im Berichtsjahr sehr früh ein, die Erntebergung selbst stand allerdings im Zeichen ungewöhnlich schlechten Wetters und wirkte sich dahin aus, daß große Teile des Erntegutes nur unter größten Mühen, teilweise erst mit langwierigen Unterbrechungen eingebracht werden konnte. Dies hatte zur Folge, daß das Getreide in der Qualität gemindert und stellenweise recht beträchtliche Einbußen in Kauf genommen werden mußten. Bei der Hackfrüchternte waren die Witterungsverhältnisse günstiger, so daß sie im Gegenteil zum Getreide in gutem Zustand eingebracht werden konnte.

Höhere Wintergetreideernte

Trotz der witterungsmäßigen Beeinträchtigung in der Erntezeit übertrifft die diesjährige Getreideernte noch die an sich schon hohe Ernte des Vorjahres. In Verbindung mit den bei der Bodenbenutzungserhebung ermittelten Anbauflächen und den von den Ernteberichterstatern festgestellten durchschnittlichen Hektarerträgen errechnete sich für 1957 eine Gesamtgetreideernte von rd. 158 000 dz gegen 156 000 dz im Jahre 1956. Außerordentlich ertragreich war das Wintergetreide, wobei jedoch in Betracht gezogen werden muß, daß gegenüber 1956 gleichzeitig recht erhebliche Flächenausweitungen zu verzeichnen sind. Im einzelnen liegt das Hauptgewicht der Mehrernte bei Winterweizen mit 17,6 vH, Wintermenggetreide mit 39,7 vH und Gerste mit 46,3 vH. Demgegenüber ist bei Hafer eine um 5,8 vH, bei Sommerweizen um 8,1 vH, Sommermenggetreide um 17,7 vH und bei Sommerroggen eine um 30,2 vH geringere Ernte festzustellen.

In der Aufteilung nach Brot- und Futtergetreide ergibt sich, daß die Brotgetreidemenge gegenüber dem Vorjahr um 4 vH größer, die Futtergetreidemenge dagegen um 1,5 vH kleiner ausgefallen ist. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß ein Teil des als Brotgetreide bezeichneten Getreides sich nicht für die menschliche Ernährung eignet, da es durch Auswuchsschäden unbrauchbar geworden ist. Einen Überblick über die erzielten Hektarerträge vermittelt Übersicht 4.

Übersicht 4

Die Veränderungen der Getreideernte 1957 gegenüber 1956

Fruchtarten	Erntefläche in ha ¹⁾		Veränderung 1957 gegenüber 1956 in vH	Hektarerträge in dz ²⁾		Veränderung 1957 gegenüber 1956 in vH	Gesamtertrag in dz		Veränderung 1957 gegenüber 1956 in vH
	1956	1957		1956	1957		1956	1957	
Getreide									
Winterroggen	2 331	2 361	+ 1,3	26,4	26,7	+ 1,1	61 538	63 039	+ 2,4
Sommerroggen	117	82	- 29,9	23,1	23,0	- 0,4	2 702	1 886	- 30,2
Winterweizen	614	696	+ 13,4	31,7	32,9	+ 3,8	19 464	22 898	+ 17,6
Sommerweizen	236	233	- 1,3	30,3	28,2	- 6,9	7 151	6 573	- 8,1
Wintermenggetreide	13	18	+ 38,5	28,1	28,3	+ 0,7	365	510	+ 39,7
Brotgetreide zusammen . .	3 311	3 390	+ 2,4	27,6	28,0	+ 1,4	91 220	94 906	+ 4,0
Wintergerste	227	309	+ 36,1	30,5	32,6	+ 6,9	6 923	10 073	+ 45,5
Sommergerste	154	218	+ 41,6	26,8	27,9	+ 4,1	4 127	6 082	+ 47,4
Hafer	1 113	1 052	- 5,5	25,5	25,4	- 0,4	28 381	26 721	- 5,8
Sommermenggetreide . . .	968	816	- 15,7	25,8	25,2	- 2,3	24 974	20 563	- 17,7
Futtergetreide zusammen .	2 462	2 395	- 2,7	26,2	26,5	+ 1,1	64 405	63 439	- 1,5
Getreide insgesamt . . .	5 773	5 785	+ 0,2	27,0	27,4	+ 1,5	155 625	158 345	+ 1,7

¹⁾ Im Gegensatz zu den Übersichten 2 und 3 berichtigte Flächen unter Berücksichtigung der bei den Nachkontrollen zur Bodenbenutzungserhebung in Schleswig-Holstein gewonnenen Berichtigungsfaktoren. — ²⁾ Nach den im Rahmen der „Besonderen Erntermittlungen“ in Schleswig-Holstein ermittelten Werten; Hamburg ist sowohl von der Durchführung der „Nachkontrollen“ als auch von den „Besonderen Erntermittlungen“ ausgenommen.

Kleinere Kartoffelernte, größere Futterhackfruchernte

Mengenmäßig um 15 vH niedriger als im Vorjahr ist die Kartoffelernte ausgefallen, wobei jedoch in Betracht gezogen werden muß, daß die Vorjahrs-ernte mit einem erzielten Durchschnittsertrag von 237,4 dz vom Hektar außerordentlich ertragreich gewesen ist. Des weiteren ist in bezug auf die Gesamternte noch zu berücksichtigen, daß die Anbau-einschränkung um fast 7 vH gegenüber 1956 nicht unwesentlich zur Minderernte dieses Jahres beigetragen hat. Wie die nachstehende Zusammen-stellung zeigt, liegt der diesjährige Flächenertrag von Kartoffeln noch über dem Durchschnittsertrag der letzten acht Jahre.

Jahre	Frühkartoffeln	Spätkartoffeln	Kartoffeln zusammen
	Ertrag je ha in dz		
1950	154,4	200,5	190,3
1951	165,6	211,2	202,5
1952	161,9	224,8	213,4
1953	168,1	229,7	219,1
1954	166,5	238,6	227,2
1955	148,5	211,4	201,2
1956	168,6	251,1	237,4
1957	160,9	226,2	216,2
φ 1950/57	161,8	224,2	213,4

Die Gesamternte an Kartoffeln setzt sich aus rd. 39 000 dz Frühkartoffeln und 300 000 dz Spät-

kartoffeln, wozu auch die mittelfrühen und mittel-späten Sorten rechnen, zusammen.

Auch für den Rübenbau war das Erntejahr 1957 nicht ungünstig. An Rüben für Futterzwecke wurden trotz verkleinerter Anbaufläche fast um ein Zehntel Mehrerträge ermittelt. Dieses günstige Ergebnis ist in erster Linie auf höhere Hektar-erträge bei Futterrüben zurückzuführen, die um 19,3 vH höher als 1956 waren. Weniger ergiebig ist die Zuckerrüben-ernte in bezug auf die Erntemenge (— 3,7 vH). Der Rückgang ist jedoch ausschließlich der verkleinerten Anbaufläche (— 9,5 vH) zuzu-schreiben. Der Hektarertrag ist um 6,4 vH größer als der vorjährige.

Bei den Futterpflanzen zur Gewinnung von Grün- und Rauhfutter kommt den Dauerwiesen und dem Klee in Reinsaat oder im gemischten Anbau mit Gräsern die größte Bedeutung zu. Auf einer Fläche von rd. 4500 ha wurden im Jahre 1957 rd. 265 000 dz Klee-, Luzernen- und Wiesenheu ge-erntet, wovon rd. drei Viertel als Heu getrocknet und ein Viertel grün verfüttert oder eingesäuert worden ist. Im Vergleich mit der Vorjahrs-ernte liegt die diesjährige Rauhfutterernte nur unwesent-lich niedriger (— 0,6 vH). Die Zusammensetzung nach Arten ist jedoch etwas anders, da die Ernte an Klee und Ackerwiesen um 5 bzw. 16 vH größer, die von Luzerne und Dauerwiesen dagegen niedriger ausgefallen ist (vgl. Übersicht 5).

Übersicht 5

Die Veränderungen der Hackfrucht- und Rauhfutterernte 1957 gegenüber 1956

Fruchtarten	Erntefläche in ha ¹⁾		Veränderung 1957 gegenüber 1956 in vH	Hektarerträge in dz		Veränderung 1957 gegenüber 1956 in vH	Gesamtertrag in dz		Veränderung 1957 gegenüber 1956 in vH
	1956	1957		1956	1957		1956	1957	
Kartoffeln insgesamt²⁾ . . .	1 681	1 569	— 6,7	237,4	216,2	— 8,9	399 070	339 174	— 15,0
davon									
Frühkartoffeln	279	241	— 13,6	168,6	160,9	— 4,6	47 028	38 780	— 17,5
Spätkartoffeln	1 402	1 328	— 5,3	251,1	226,2	— 9,9	352 042	300 394	— 14,7
Rüben									
Zuckerrüben	95	86	— 9,5	318,0	338,2	+ 6,4	30 210	29 085	— 3,7
Futterrüben	785	725	— 7,6	368,4	439,5	+ 19,3	289 194	318 638	+ 10,2
Kohlrüben	342	357	+ 4,4	375,0	373,4	— 0,4	128 250	133 304	+ 3,9
Rauhfutter									
Klee	550	575	+ 4,5	66,3	66,6	+ 0,5	36 465	38 295	+ 5,0
Luzerne	15	11	— 26,7	70,0	66,4	— 5,1	1 050	730	— 30,5
Dauerwiesen	3 646	3 599	— 1,3	58,7	57,9	— 1,4	214 020	208 382	— 2,6
Ackerwiesen	289	314	+ 8,7	52,1	55,6	+ 6,7	15 057	17 458	+ 15,9

¹⁾ Siehe Anmerkung 1 zu Übersicht 4. — ²⁾ Für Kartoffeln siehe Anmerkung 2 zu Übersicht 4.

3. Der Anbau von Gemüse im Jahre 1957

Wie an anderer Stelle bereits dargestellt wurde, ist von der Hamburger Ackerlandfläche ein recht beträchtlicher Anteil dem Anbau von Garten-gewächsen, vornehmlich dem Gemüseanbau vorbe-halten, wobei zu beachten ist, daß es sich bei den Angaben nach der Bodenbenutzungserhebung um die von den Gemüsebaubetrieben bereitgestellten Grundflächen handelt. Tatsächlich wird diese Fläche aber im Laufe eines Anbaujahres infolge der kurzfristigen Wachstumszeit vieler Gemüsekulturen mehrfach mit Gemüse bestellt, so daß die nach der besonderen Gemüseanbaustatistik ermittelte An-

baufläche in der Regel größer ist. Ferner werden durch die Gemüseanbaustatistik lediglich die Flächen des erwerbsmäßigen Anbaues, also die für den Verkaufsanbau bestimmten Gemüse-flächen festgestellt. Die dem Eigenbedarf dienenden Anbauflächen, wie sie sich z. B. in Haus- und Kleingärten und in den Schrebergartenkolonien be-finden, bleiben außer Betracht.

Hinsichtlich der Methode der Gemüseanbau-statistik ist noch zu erwähnen, daß vorsorgungs- und marktwirtschaftliche Erwägungen zu einer Zweiteilung der Statistik geführt haben. Um schon

Gemüsearten	Anbaufläche		Veränderung 1957 gegenüber 1956 in vH	Hektarertrag		Gesamternte		Veränderung 1957 gegenüber 1956	
	1956	1957		1956	1957	1956	1957	je ha	Gesamternte
	ha		in dz		in vH		in vH		
Frühweißkohl	80	83	+ 3,8	279,4	299,4	22 352	24 850	+ 7,2	+ 11,2
Herbstweißkohl	34	36	+ 5,9	402,7	483,9	13 693	17 420	+ 20,2	+ 27,8
Dauerweißkohl	94	92	- 2,1	379,4	402,5	35 661	37 029	+ 6,1	+ 3,8
Weißkohl zusammen	208	211	+ 1,4	344,7	375,8	71 706	79 299	+ 9,0	+ 10,6
Frührotkohl	20	22	+ 10,0	205,2	219,0	4 104	4 818	+ 6,7	+ 17,4
Herbstrotkohl	25	33	+ 32,0	273,8	306,3	6 844	10 108	+ 11,9	+ 47,7
Dauerrotkohl	43	45	+ 4,7	239,8	255,5	10 312	11 497	+ 6,5	+ 11,5
Rotkohl zusammen	88	100	+ 13,6	241,6	264,2	21 260	26 423	+ 9,4	+ 24,3
Frühwirsingkohl	146	154	+ 5,5	250,9	253,5	36 631	39 039	+ 1,0	+ 6,6
Herbstwirsingkohl	17	18	+ 5,9	260,1	304,1	4 422	5 474	+ 16,9	+ 23,8
Dauerwirsingkohl	4	3	- 25,0	280,0	281,1	1 120	843	+ 0,4	- 24,7
Wirsingkohl zusammen	167	175	+ 4,8	252,5	259,2	42 173	45 356	+ 2,7	+ 7,5
Grünkohl	84	104	+ 23,8	177,7	184,1	14 929	19 151	+ 3,6	+ 28,3
Rosenkohl	144	138	- 4,2	118,8	117,9	17 106	16 268	- 0,8	- 4,9
Frühblumenkohl	180	189	+ 5,0	206,6	218,7	37 188	41 334	+ 5,9	+ 11,1
Spätblumenkohl (einschl. mittelfrüher)	143	140	- 2,1	181,4	200,5	25 940	28 070	+ 10,5	+ 8,2
Blumenkohl zusammen	323	329	+ 1,1	195,4	211,0	63 128	69 404	+ 8,0	+ 9,9
Frühkohlrabi	57	63	+ 10,5	182,1	179,1	10 380	11 283	- 1,6	+ 8,7
Spätkohlrabi	9	10	+ 11,1	195,0	194,8	1 755	1 948	- 0,1	+ 11,0
Kohlrabi zusammen	66	73	+ 10,6	183,9	181,2	12 135	13 231	- 1,5	+ 9,0
Kohlgemüse zusammen	1 080	1 130	+ 4,6	224,5	238,2	242 437	269 132	+ 6,1	+ 11,0
Frühjahrskopfsalat	98	102	+ 4,1	151,7	164,8	14 867	16 810	+ 8,6	+ 13,1
Sommer- und Herbst- kopfsalat	88	87	- 1,1	134,0	160,0	11 790	13 920	+ 19,4	+ 18,1
Winterkopfsalat	1	4	+ 300,0	88,3	118,0	88	472	+ 33,6	+ 436,4
Kopfsalat zusammen	187	193	+ 3,2	143,0	161,7	26 745	31 202	+ 13,1	+ 16,7
Feldsalat (Ackersalat)	7	6	- 14,3	94,3	100,6	660	604	+ 6,7	- 8,5
Winterendivien	4	4	-	162,5	164,0	650	656	+ 0,9	+ 0,9
Frühjahrsspinat	137	144	+ 5,1	123,7	133,3	16 947	19 195	+ 7,8	+ 13,3
Herbstspinat	46	40	- 13,0	155,4	163,2	7 150	6 529	+ 5,0	- 8,7
Winterspinat	4	8	+ 100,0	89,6	100,5	358	804	+ 12,2	+ 124,6
Spinat zusammen	187	192	+ 2,7	130,8	138,2	24 455	26 528	+ 5,7	+ 8,5
Blattgemüse zusammen	385	395	+ 2,6	136,4	149,3	52 510	58 990	+ 9,5	+ 12,3
Grüne Pflückerbsen	11	12	+ 9,1	88,0	92,5	968	1 110	+ 5,1	+ 14,7
Buschbohnen	123	143	+ 16,3	93,2	118,5	11 467	16 946	+ 27,1	+ 47,8
Stangenbohnen	33	33	-	111,0	131,8	3 663	4 349	+ 18,7	+ 18,7
Grüne Pflückbohnen zus.	156	176	+ 12,8	97,0	121,0	15 130	21 295	+ 24,7	+ 40,7
Dicke Bohnen	28	27	- 3,6	113,0	114,2	3 164	3 083	+ 1,1	- 2,6
Einlegegurken	20	20	-	112,1	134,8	2 241	2 696	+ 20,2	+ 20,3
Schälgurken	22	20	- 9,1	122,1	177,6	2 685	3 552	+ 45,5	+ 32,3
Gurken zusammen	42	40	- 4,8	117,3	156,2	4 926	6 248	+ 33,2	+ 26,8
Tomaten	204	214	+ 4,9	170,4	194,7	34 751	41 672	+ 14,3	+ 19,9
Fruchtgemüse zusammen	441	469	+ 6,3	133,6	156,5	58 939	73 408	+ 17,1	+ 24,5
Frühe Möhren	53	49	- 7,5	187,3	185,4	9 927	9 085	- 1,0	- 8,5
Späte Möhren	77	81	+ 5,2	292,5	321,3	22 525	26 027	+ 9,8	+ 15,5
Möhren zusammen	130	130	-	249,6	270,1	32 452	35 112	+ 8,2	+ 8,2
Rote Bete (Rote Rüben)	4	4	-	215,0	225,2	860	901	+ 4,7	+ 4,8
Meerrettich	36	29	- 19,4	87,4	85,2	3 147	2 471	- 2,5	- 21,5
Sellerie	161	163	+ 1,2	213,2	204,1	34 331	33 265	- 4,3	- 3,1
Porree (Lauch)	149	154	+ 3,4	216,7	215,0	32 286	33 111	- 0,8	+ 2,6
Steckzwiebeln	8	7	- 12,5	123,9	151,4	991	1 060	+ 22,2	+ 7,0
Saatzwiebeln	2	2	-	139,0	161,6	278	323	+ 16,3	+ 16,2
Winterzwiebeln	0	1	-		154,6		155		
Zwiebeln zusammen	10	10	-	126,9	153,8	1 269	1 538	+ 21,2	+ 21,2
Wurzelgemüse zusammen	490	490	-	212,9	217,1	104 345	106 398	+ 2,0	+ 2,0
Schwarzwurzeln	8	6	- 25,0	115,1	123,2	921	739	+ 7,0	- 19,8
Spargel (ertragfähiger)	3	4	+ 33,3	18,8	23,0	56	92	+ 22,3	+ 64,3
Rhabarber	127	142	+ 11,8	246,4	225,0	31 293	31 950	- 8,7	+ 2,1
Sonstige Gemüsearten	42	36	- 14,3	167,2	175,9	7 022	6 331	+ 5,2	- 9,8
Freiland-Gemüse insges.	2 576	2 672	+ 3,7	193,1	204,7	497 523	547 040	+ 6,0	+ 10,0

1) Nach Gebietsteilen vgl. „Statistische Berichte“, Reihe C I 3, Nr. 3/57 und C II 2, Nr. 6/57.

frühzeitig einen Überblick über den Umfang der voraussichtlich zur Verfügung stehenden Anbaufläche zu erhalten und um im Interesse des Absatzes und eines reibungslosen Marktgeschehens gegebenenfalls noch Empfehlungen über Änderungen in den Anbauplanungen geben zu können, wird für die wichtigsten Arten bereits im Februar jeden Jahres der für das laufende Jahr beabsichtigte Anbau von Gemüse ermittelt. Im Juli hingegen werden die endgültigen Gemüseanbauflächen festgestellt. Seit dem Jahre 1954 werden auch die Anbauflächen von einigen wichtigen Gemüsen im Unterglasanbau in die Erhebung einbezogen.

Gemüseanbau auf dem Freiland leicht steigend

Die Abhängigkeit vieler Gemüsearten von witterungsmäßigen Voraussetzungen bringt es mit sich, daß die Planungsabsichten sich nicht immer verwirklichen lassen. Für das Jahr 1957 war eine Ausweitung von 10 vH gegenüber dem Anbaujahr 1956 angestrebt worden. Die Zahlen über den endgültigen Gemüseanbau im Jahre 1957 lassen jedoch nur eine Flächenzunahme von knapp 4 vH erkennen.

Bei der Anfang Juli 1957 durchgeführten Anbauerhebung wurde eine Gesamtgemüsefläche im erwerbsmäßigen Anbau auf dem Freiland von 2672 ha festgestellt. Somit ist die für die Marktversorgung zur Verfügung stehende Gemüsefläche um rd. 100 ha größer als 1956. Die seit 1955 zu verzeichnende Erweiterungstendenz hat sich also fortgesetzt. Vor allem bei einigen hochwertigen Gemüsearten zeigt sich ein nicht unbeachtlicher Mehranbau; so beim Kohlrabi um 10,6 vH, bei Grünen Pflückbohnen, unter denen besonders die Anbaufläche von Buschbohnen stärker ausgedehnt wurde, von 12,8 vH und beim Grünkohl um nahezu einem Viertel. Aber auch bei anderen Gemüsearten ergeben sich nicht unwesentliche Flächenerweiterungen.

Flächenmäßig an der Spitze aller Gemüsearten steht das Kohlgemüse mit 1130 ha. Gegenüber 1956 ist ein Mehranbau von 50 ha festzustellen. Von der Gesamtkohlgemüsefläche entfallen gut zwei Fünftel (43,0 vH) auf Weiß-, Rot- und Wirsingkohl. Im Verhältnis zur Gesamtgemüsefläche ist der Anbau dieser Kopfkohlarten doch relativ gering und liegt mit 18 vH noch unter dem Bundesdurchschnitt. Wie weiter aus den Zahlenangaben zu erkennen ist, befassen sich die Hamburger Gemüsebaubetriebe vorzugsweise mit dem Anbau feinerer Gemüsearten, die zum Teil einen beachtenswerten Anteil an der jeweiligen Gemüsefläche des Bundes einnehmen.

Blumenkohl- und Grünkohlanbau gewinnen an Bedeutung

In der Zusammensetzung der einzelnen Kohlarten haben sich die Kopfkohlarten mit verhältnismäßig geringen Unterschieden etwa auf Vorjahreshöhe gehalten. Von Bedeutung ist lediglich, daß in der Untergliederung von frühen und späten Sorten der im Vorjahr durch ungünstige Witterungsverhältnisse eingeschränkte Grünkohlanbau durch entsprechenden Mehranbau in diesem Jahre wieder ausgeglichen wurde. Nicht unwesentlich ist die

Vergrößerung der Anbaufläche beim Grünkohl, dessen Bedeutung als bevorzugtes Wintergemüse im hamburgischen Raum dadurch Ausdruck gewinnt, daß die Hamburger Anbaufläche allein den Umfang des Anbaues in den Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern zusammen ausmacht. Ebenso bedeutend zeigt sich der Blumenkohlanbau, der mit einem Anteil von 12 vH an der Gesamtgemüsefläche und mit einer Fläche von 329 ha die verbreitetste Gemüseart in Hamburg ist. Gegenüber 1956 ist sein Anbau weiter geringfügig ausgedehnt worden.

Starke Aufwärtsentwicklung bei Salat und Spinat

Die Fläche des Blattgemüses, die die verschiedenen Salate und den Spinat umfaßt, zeigt, wie kaum eine andere Gemüseart, eine gleichmäßige Aufwärtsentwicklung. So ist z. B. die Anbaufläche des Kopfsalates von 139 ha im Jahre 1951 auf 193 ha im Jahre 1957 ausgedehnt worden. Im Vergleich mit den Flächengrößen in den Ländern des Bundes fällt der hohe Anteil des Anbaues von Frühjahrsspinat, der gegenüber 1956 zugleich eine Zunahme von 5,0 vH zu verzeichnen hat, ins Gewicht; nächst Nordrhein-Westfalen führt Hamburg mit 144 ha die Spitze der übrigen Bundesländer.

Beim Fruchtgemüse kommen mehr als vier Fünftel auf den Anbau von Grünen Pflückbohnen und Tomaten. Die Ausweitung im Anbau von 6,3 vH ist in erster Linie auf den Mehranbau von Grünen Pflückbohnen, vornehmlich von Buschbohnen (+ 16,3 vH) zurückzuführen. Aber auch die um 4,9 vH vergrößerte Tomatenfläche ist hervorzuheben, die im Vergleich mit der Gesamtanbaufläche im Bund den hiesigen Tomatenbau insofern hervorhebt, als Hamburg mit einer Fläche von derzeit 214 ha hinter Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz an 3. Stelle unter den Bundesländern steht.

Das Wurzelgemüse zeigt, insgesamt betrachtet, seit der letzten Erhebung keine Veränderungen auf. Flächenmäßig am bedeutendsten treten Sellerie und Porree in Erscheinung, die ebenfalls einen beachtenswerten Anteil an der Gesamtbundesfläche in Anspruch nehmen. Gegenüber dem Vorjahr wurde ein Mehranbau von 1,2 bzw. 3,4 vH ermittelt. Die übrigen Wurzelgemüsearten, darunter auch Möhren und Zwiebeln, halten sich auf Vorjahreshöhe.

Von den übrigen Gemüsearten ist noch der Rhabarber zu erwähnen; mit einem Flächenmaß von 142 ha und einem Anteil von rd. 25 vH der Gesamtfläche im Bund steht Hamburg an der Spitze aller Bundesländer.

Die Fläche der Erdbeerpflanzungen ist von 319 ha im Jahre 1956 auf 346 ha in diesem Jahre erweitert worden, wobei die Neuanpflanzungen zu Zunahmen von 26 vH gegenüber 1956 aufweisen.

Der Standort der wichtigsten Gemüsearten

Die hamburgische Gemüsefläche wird, wie die Übersicht 7 zeigt, zu zwei Fünfteln mit Grobgemüse und zu drei Fünfteln mit Feingemüse bestellt. In den einzelnen Anbaugebieten tritt oftmals

ein anderes Anbauverhältnis in Erscheinung; so ist z. B. im Gebiet der Vierlande, auf das rd. ein Drittel der Gesamtgemüsefläche entfällt, der Anbau von Feingemüse besonders groß. Hier bleiben 84 vH der Gesamtfläche dem Feingemüsebau vorbehalten. Unter dem reichen Sortiment an Gemüse, werden einige Arten im Anbau besonders bevorzugt. An erster Stelle steht der Tomatenanbau mit 194 ha, wovon allein 169 ha auf Kirchwerder entfallen. Diese Anbaudichte dürfte selbst in den bekanntesten Tomatenanbauzentren des Bundesgebietes, z. B. in den Gebieten um Düsseldorf, Köln, Wiesbaden, Heidelberg und Stuttgart sowie auf der Bodenseeinsel Reichenau kaum anzutreffen sein.

Übersicht 7

Der Anbau von Gemüse nach Grob- und Feingemüse 1957 in den Hauptanbaugebieten

Hauptanbaugebiete Stadtteile	Anbauflächen insgesamt		d a v o n			
	1956	1957	Grob- gemüse ¹⁾		Fein- gemüse ²⁾	
			1956	1957	1956	1957
ha		in vH der jeweiligen Gesamtfläche				
Vierlande	735,6	795,5	16,2	15,8	83,8	84,2
davon						
Curslack	20,1	25,3	26,9	37,2	73,1	62,8
Altengamme . . .	40,8	39,2	19,1	16,3	80,9	83,7
Neuengamme . . .	80,6	77,3	18,1	16,9	81,9	83,1
Kirchwerder . . .	594,1	653,7	15,3	14,8	84,7	85,2
Marschlande	1 166,7	1 199,9	54,8	55,7	45,2	44,3
davon						
Ochsenwerder . . .	524,2	540,6	48,9	51,3	51,1	48,7
Reitbrook	93,5	95,5	60,3	60,8	39,7	39,2
Allermöhe	144,6	142,4	67,2	68,7	32,8	31,3
Billwerder	46,1	50,0	74,2	70,6	25,8	29,4
Moorfleet	162,6	152,4	59,1	60,8	40,9	39,2
Tatenberg	79,5	82,0	49,8	47,6	50,2	52,4
Spadenland	116,2	137,0	50,9	49,3	49,1	50,7
Bramfeld	137,5	132,3	15,3	17,7	84,7	82,3
Moorwerder	179,3	195,1	42,2	43,6	57,8	56,4
Übriges Hamburg	358,1	349,9	42,3	43,4	57,7	56,6
Hamburg insges.	2 577,2	2 672,7	39,0	39,4	61,0	60,6

¹⁾ Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Grünkohl, Spätkohlrabi, Späte Möhren, Rote Rüben, Sellerie, Porree, Zwiebeln, Dicke Bohnen, sonstiges Grobgemüse. — ²⁾ Blumenkohl, Tomaten, Gurken, Erbsen, Bohnen, Spargel, Frühe Möhren, Frühkohlrabi, Rosenkohl, Salat, Spinat, Meerrettich, Schwarzwurzel, Rhabarber, sonstiges Feingemüse.

Außerdem werden in den Vierlanden mit beachtenswerten Anteilen die verschiedensten Feingemüsearten, wie Grüne Pflückerbsen zu 78 vH, Gurken zu 73 vH, Grüne Pflückbohnen zu 72 vH, frühe Möhren, Frühkohlrabi, Frühkopfsalat bis zur Hälfte der jeweiligen Gesamtfläche, vor allem aber auch Rhabarber (82 vH) zum Anbau gebracht. In Curslack, Neuengamme und Altengamme ist außerdem ein hochentwickelter Blumenbau anzutreffen. Nach der Gartenbauerhebung vom Jahre 1950 wurde hier z. B. die Hälfte der gesamten Maisblumenfläche im Bundesgebiet und 1955 ebenfalls fast die Hälfte der für den Vermehrungsanbau von Treibkeimen ermittelten Maiglöckchenfläche im Bund festgestellt. Eine ebenso bevorzugte Stellung muß dem Erdbeerbau eingeräumt werden, der sich mit einem Anteil von 86 vH der Gesamtfläche auf die Vierlande, vornehmlich auf den Stadtteil Kirch-

werder konzentriert. Weiter ist erwähnenswert, daß neuerdings im Wandsbeker Gebiet auf einer Fläche von 25 ha Züchtungs- und Vermehrungsversuche von neuen Erdbeersorten betrieben werden.

In den Stadtteilen der nördlich angrenzenden Marschlande zeigt sich eine wesentlich andere Anbaustruktur. Das Verhältnis für den Grobgemüsebau steigt von 16 vH in den Vierlanden auf 56 vH in den Marschlanden an. Abgesehen von Ochsenwerder, Tatenberg und Spadenland, wo der Anbau von Grob- und Feingemüse sich zu gleichen Teilen die Waage halten, schlägt das Anbauverhältnis in den übrigen Stadtteilen zugunsten des Anbaues von Grobgemüse aus. In Reitbrook, Allermöhe, Billwerder und Moorfleet hat der Kopfkohl, darunter in stärkerem Umfang auch Wirsingkohl, seinen hauptsächlichsten Standort. Sehr verbreitet ist außerdem der Anbau der verschiedensten Wurzelgemüse, vor allem der von Sellerie und Porree.

Der hohe Anteil von 82,3 vH von Feingemüse im Bramfelder Anbaugbiet wird durch den hier vorherrschenden Blumenkohlbau bestimmt. Mit einem Anteil von 67 vH an der Gesamtgemüsefläche hat sich hier trotz starker Bautätigkeit ein umfangreiches Blumenkohlanbauzentrum in unmittelbarer Stadtnähe gehalten. Ein weiteres an Umfang rund 200 ha großes Gemüseanbaugbiet befindet sich in der Spitze zwischen den beiden Elbarmen im Harburger Bezirk im Stadtteil Moorwerder. Die Anbaustruktur kommt weitgehend der auf der gegenüberliegenden Seite der Norderelbe gelegenen Marschlande nahe. Flächenmäßig vorrangig kommen hier Grün- und Rosenkohl und Spinat, vor allem Frühjahrsspinat, zum Anbau. Aber auch der Anbau von Sellerie und Porree ist im Verhältnis zur Gesamtfläche noch beachtlich.

In den übrigen Gebietsteilen Hamburgs sind keine besonderen Schwerpunktbildungen im Anbau mehr erkennbar, wenn man davon absieht, daß in Hausbruch im süderelbischen Gebiet noch größere Flächen an Grünkohl und Frühjahrsspinat zum Anbau gelangen, der in erster Linie für die Konservenverarbeitung verwendet wird. Hervorzuheben ist lediglich der Meerrettichanbau in Neuenfelde im Harburger Bezirk und auf der Elbinsel Finkenwerder in Hamburg-Mitte.

Gemüseanbau in Unterglasanlagen fast unverändert

Im Gegensatz zum Freilandgemüse, dessen Anbaufläche aus den verschiedensten Gründen in den einzelnen Anbaujahren mehr oder weniger großen Schwankungen unterworfen ist, erweist sich der Anbau von Gemüse in Gewächshäusern und Frühbeeten, soweit es sich um die Gesamtfläche der hier erfaßten fünf Gemüsearten handelt, als ziemlich beständig, wie die nachstehende Übersicht 8 zeigt.

Bei der Betrachtung der einzelnen Arten zeigt sich jedoch eine andere Entwicklung; so ist der Blumenkohlanbau, der im Jahre 1954 einen Anteil von 14,8 vH einnahm, laufend zurückgegangen. Erst im Berichtsjahr ist wieder ein geringer Anstieg im Anbau festzustellen. Der Tomatenanbau unter Glas, der im Jahre 1954 ein Drittel an der Gesamtfläche ausmachte, ist auf etwa ein Viertel der Ge-

Übersicht 8

**Der Anbau von Gemüse in Unterglasanlagen
1954 bis 1957**

Jahre	Anbau von Gemüse insgesamt	davon				
		Blumenkohl	Kohlrabi	Kopfsalat	Gurken	Tomaten
a) in 1000 qm						
1954	1 226,0	181,8	27,1	288,2	327,8	401,1
1955	1 234,4	153,0	32,6	318,5	350,3	380,0
1956	1 271,4	143,6	30,2	337,6	384,7	375,3
1957	1 247,3	151,5	26,7	334,3	394,8	340,0
b) Verhältniszahlen						
1954	100	14,8	2,2	23,5	26,8	32,7
1955	100	12,4	2,6	25,8	28,4	30,8
1956	100	11,3	2,4	26,5	30,3	29,5
1957	100	12,1	2,1	26,8	31,7	27,3

samtfläche zurückgegangen. Im Gegensatz hierzu ist der Anbau von Kopfsalat und besonders der von Gurken ständig gesteigert worden. Die Unter-glasfläche der Gurken ist mit 39 ha nur um 1 ha geringer als die Fläche der Freilandgurken.

In gebietlicher Aufgliederung hebt sich ebenso wie beim Freilandgemüse das Gebiet der Vier- und Marschlande im Bereich des Bezirks Bergedorf als bevorzugtes Anbauggebiet für den Gemüsebau in Unterglasanlagen hervor, vor allem die Stadtteile Kirchwerder und Ochsenwerder.

In den Vierlanden werden in erster Linie Blumenkohl, Kohlrabi und vor allem Tomaten, die hier mehr als vier Fünftel der Gesamtfläche ausmachen, angebaut; in den Marschlanden dagegen Kopfsalat und Gurken. Im übrigen Hamburg ist der Anbau von Gemüse im Unterglas unbedeutend.

Übersicht 9

Der Anbau von Gemüse in Unterglasanlagen nach Hauptanbaugebieten 1957

Hauptanbaugebiete	Anbauflächen									
	Blumenkohl		Kohlrabi		Kopfsalat		Gurken		Tomaten	
	1000 qm	vH	1000 qm	vH	1000 qm	vH	1000 qm	vH	1000 qm	vH
Hamburg insgesamt	151,5	100	26,7	100	334,3	100	394,8	100	340,0	100
davon										
Vierlande	97,1	64,1	17,6	65,9	107,4	32,1	170,0	43,1	277,1	81,5
darunter										
Kirchwerder	95,2	62,8	17,4	65,2	106,1	31,7	161,2	40,8	258,9	76,1
Marschlande	46,2	30,5	6,9	25,9	189,5	56,7	201,3	51,0	44,7	13,1
darunter										
Ochsenwerder	28,7	18,9	1,9	7,1	68,4	20,5	74,5	18,9	21,5	6,3
Übriges Hamburg	8,2	5,4	2,2	8,2	37,4	11,2	23,5	5,9	18,2	5,4

4. Die Gemüseernte im Jahre 1957

Die witterungsmäßigen Voraussetzungen waren für die Entwicklung des Freilandgemüses, das gegen Witterungseinflüsse empfindlicher ist als die sonstigen Ackerfrüchte, im allgemeinen nicht ungünstig, wenn auch durch trockenes und kaltes Wetter im Spätfrühjahr und vor allem durch die Anfang des Sommers einsetzende und anhaltende Regenperiode zahlreiche Gemüsearten zeitweise beeinträchtigt wurden.

Freilandgemüse um ein Zehntel höher

Nach den Feststellungen der amtlichen Ernteberichterstatte errechnet sich in Verbindung mit den bei der Gemüseanbaustatistik ermittelten Anbauflächen im Jahre 1957 ein Gesamterntertrag auf dem Freiland von rund 547 000 dz Marktgemüse gegen 498 000 dz im Jahre 1956. Die Gemüseernte ist somit um 10 vH größer als die vorjährige und auch noch um rund 3 vH umfangreicher als im Durchschnitt der Jahre 1951/55. Bei einem Vergleich mit der Vorjahrs-ernte muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Mehrernte nicht allein auf höhere Hektarerträge, sondern zum Teil auch auf die Vergrößerung der Erntefläche zurückzuführen ist.

Im Durchschnitt aller Gemüsearten sind die Hektarerträge um 6 vH höher ausgefallen als 1956. Mit wenigen Ausnahmen sind fast alle Gemüsearten mit mehr oder weniger großem Ausmaß an

der Ertragszunahme beteiligt. So sind vor allem die Erträge von Herbstkohlrarten und von einigen weiteren Spätgemüsearten, denen die reichlichen Niederschläge im Sommer und Herbst sehr dienlich waren, höher als 1956. Aber auch Kopfsalat, Spinat, Zwiebeln sowie Grüne Pflückerbsen, Gurken und Tomaten haben reichlichere Ernten gebracht.

Die Aufteilung der Gesamtgemüseernte nach Gemüsegruppen zeigt folgende Erntemengen:

Gemüsearten	dz	vH
Kohlgemüse	269 132	49,2
Blattgemüse	58 990	10,8
Fruchtgemüse	73 408	13,4
Wurzelgemüse	106 398	19,4
Sonstiges Gemüse	39 112	7,2
Insgesamt	547 040	100

Fast die Hälfte der Gesamtgemüseernte entfällt auf die verschiedenen Kohlrarten. Von den einzelnen Arten sind Weiß- und Blumenkohl am meisten verbreitet, auf die allein 55 vH der Kohlernte entfallen. Weiterhin ist der Wirsingkohl von Bedeutung; vor allem Frühwirsingkohl, der als Frischgemüse sehr begehrt ist.

Im Vergleich zu 1956 ist die Kohlernte um 11 vH höher. Bei den einzelnen Arten heben sich die Früh- und Herbstkohlrarten besonders hervor. So

sind beim Frühweißkohl um 11 vH, beim Frührotkohl um 17 vH, beim Frühblumenkohl und Frühkohlrabi ebenfalls um rund ein Zehntel größere Ernten zu verzeichnen. Die Mehrerträge bei den Herbstkohlartern fallen noch stärker ins Gewicht; beim Herbstweißkohl würden um 27 vH, beim Herbstrotkohl um 48 vH, beim Herbstwirsingkohl um 24 vH und beim Grünkohl um 28 vH höhere Ernten erzielt.

Unter dem Wurzelgemüse, das mit rd. einem Fünftel an der Gemüseernte beteiligt ist, sind die Möhren mit einer Ernte von rd. 35 000 dz gegen 32 000 dz im Vorjahr mengenmäßig am stärksten vertreten. Aber auch Sellerie und Porree liegen mit je 33 000 dz nur wenig unter der Möhrenernte. Rote Bete, Meerrettich und Zwiebeln fallen mengenmäßig nicht ins Gewicht. Unter den Zwiebeln hat die Steckzwiebel die größte Verbreitung, darauf entfallen rd. 70 vH des Ernteertrages an Zwiebeln.

Mengenmäßig geringer als das Kohl- und Wurzelgemüse ist die Ernte an Blatt- und Fruchtgemüse. Mit einer Gesamternte von rd. 59 000 dz Blattgemüse und 73 500 dz Fruchtgemüse wurden im Vergleich zum Vorjahr bei diesen beiden Fruchtarten um 12,3 vH bzw. 24,5 vH höhere Ernten erzielt als 1956, die in erster Linie durch höhere Hektarerträge erreicht wurden. So sind unter dem Blattgemüse vor allem die Erträge an Sommer- und Herbstsalat (+ 19,4 vH) und unter dem Fruchtgemüse die von Tomaten (+ 14,3 vH), Buschbohnen (+ 27,1 vH) und Gurken (+ 33,2 vH) höher als 1956.

An sonstigem Gemüse wurden 39 000 dz geerntet, wovon 32 000 dz des Erntegutes auf Rhabarber entfallen.

Gemüseernte in Unterglasanlagen ebenfalls größer

Die Erzeugung von Gemüse auf Flächen in Unterglasanlagen spielt im hamburgischen Erwerbsgartenbau eine besondere Rolle. Der Vorteil dieser

Produktionsart liegt in erster Linie darin, daß im Gegensatz zum Freilandgemüse jahreszeitlich schon sehr frühzeitig bestimmte Gemüsearten dem Markt zugeführt werden können. Bei dem großen Bedarf der Großstadt liegt es nahe, daß die Hamburger Erzeuger den Anbau von Gemüse in Gewächshäusern und Frühbeeten vorrangig betreiben. Nach der letzten Gartenbauerhebung hatten mehr als vier Fünftel aller Erwerbsgartenbaubetriebe überglaste Flächen, die überwiegend mit Gemüse bebaut werden. Die der Ertragsermittlung unterliegenden Gemüsearten ergeben beim Anbau in Unterglas und auf dem Freiland folgende Erntemengen.

Gemüsearten	Gemüseernte			
	in Unterglasanlagen		auf Freiland	
	1956	1957	1956	1957
	dz		dz	
Blumenkohl . . .	7 038	8 027	63 128	69 404
Kohlrabi	1 194	989	12 135	13 231
Kopfsalat	12 152	13 371	26 745	31 202
Gurken	35 968	42 643	4 926	6 248
Tomaten	24 020	20 739	34 751	41 672
Insgesamt . . .	80 372	85 769	141 685	161 757

Die Unterglasernte betrug nur gut die Hälfte der Freilandernte; legt man jedoch die für die Erzeugung benötigten Bodenflächen zugrunde, so wird für die Unterglasernte nur rd. ein Siebentel der für die Freilandernte erforderlichen Fläche benötigt. Hiernach ergibt sich, daß je Flächeneinheit in den Unterglasanlagen im Durchschnitt etwa viermal so viel geerntet wird als auf dem Freiland. Gegenüber 1956 ist die Gesamternte um 6,7 vH größer. Von den einzelnen Arten brachten Blumenkohl um 14 vH, Kopfsalat um 10 vH und Gurken um 19 vH größere Ernten, wogegen für Kohlrabi um 17 vH und für Tomaten um 14 vH niedrigere Ernten erzielt wurden.

5. Die Obsternte im Jahre 1957

Nach den gegebenen Witterungsverhältnissen im Herbst 1956 und in den folgenden Winter- und Frühjahrsmonaten waren die Voraussetzungen für eine gute Obsternte im Jahre 1957 gegeben, wenn auch infolge des hohen Ernteertrages 1956 insofern mit gewissen Mindererträgen gerechnet werden mußte, als nach einem Jahr mit reichlichem Obstbehang in der Regel ein Jahr mit weniger hohen Erträgen folgt. Das verhältnismäßig warme Herbstwetter zu Ende der Vegetationszeit 1956 begünstigte ebenso wie der außergewöhnlich milde Winter und das im allgemeinen warme und niederschlagsreiche Frühjahr 1957 die Vegetation der Obstkulturen derart, daß die Blüte im Berichtsjahr drei bis vier Wochen früher als sonst eintrat. Der außergewöhnliche Kälteeinbruch in den Tagen der Baumbüte, der die Temperaturen unter den Gefrierpunkt absinken ließ, machte dann alle Aussichten selbst auf eine mittelmäßige Obsternte zunichte. Die dadurch eingetretenen nachhaltigen Schäden haben zu einer ungewöhnlich schlechten Obsternte geführt, die fast das Ausmaß der Mißernte des Jahres 1938 erreichte.

Die gesamte Obsternte des Jahres 1957 belief sich in Hamburg auf nur rd. 279 000 dz. Dieser Ernteertrag ist um 67 vH niedriger als 1956 und erreicht den Durchschnitt der Jahre 1951/56 nur zu gut zwei Fünfteln. Die Apfelernte mit einer Erntemenge von rd. 115 000 dz und einem Anteil von über 50 vH an der gesamten Baumobsternte ist nur rd. ein Viertel (26,5 vH) so groß wie 1956. Hierbei muß allerdings in Betracht gezogen werden, daß die Apfelernte 1956 außerordentlich ertragreich gewesen ist. Die prozentuale Abnahme der Erträge an Birnen weist etwa das gleiche Ergebnis auf. Faßt man die Apfel- und Birnenernte zusammen, so ergibt sich für das Jahr 1957 eine um rd. 74 vH kleinere Kernobsternte als 1956.

Bei der Betrachtung der Erträge nach Baumformen (vergl. Übersicht 10) kommt zum Ausdruck, daß sowohl bei den Äpfeln als auch bei den Birnen die Stammformen (Hoch-, Halb- und Viertelstämmen) stärkere Ertragseinbußen aufweisen, als die Niederstammformen (Buschbäume und

Formobst). Während z. B. bei den Äpfeln der Baum-
ertrag der Hoch-, Halb- und Viertelstämme gegen-
über 1956 nur ein Viertel beträgt, erreicht der
Ertrag der Buschbäume immerhin ein Drittel des

Vorjahrsertrages. Bei Birnen liegt das Verhältnis
noch etwas günstiger. Hieraus kann man schließen,
daß die Fröste den Hochstämmen mehr Schaden
zugefügt haben.

Übersicht 10

Die Obsternte 1956 und 1957

Obstarten	Zahl der ertragfähigen Bäume ¹⁾	Ertrag je Baum ²⁾ in kg		Gesamtertrag in dz		Veränderung 1957 gegenüber 1956 in vH
		1956	1957	1956	1957	
Äpfel zusammen	918 302	47,5	12,6	435 862	115 448	— 73,5
davon						
Hoch-, Halb- und Viertelstämme	588 520	62,4	15,8	367 236	92 986	— 74,7
Buschbäume	216 130	25,6	8,5	55 329	18 371	— 66,8
Spindelbüsche, Spindeln und Spaliere	113 652	11,7	3,6	13 297	4 091	— 69,2
Birnen zusammen	370 560	36,2	9,2	134 236	34 099	— 74,6
davon						
Hoch-, Halb- und Viertelstämme	289 478	42,6	10,3	123 318	29 816	— 75,8
Buschbäume	49 650	16,8	6,6	8 341	3 277	— 60,7
Spindeln und Spaliere	31 432	8,2	3,2	2 577	1 006	— 61,0
Kernobst zusammen	1 288 862	44,2	11,6	570 098	149 547	— 73,8
Süßkirschen	61 506	32,5	10,2	19 992	6 274	— 68,6
Sauerkirschen	233 822	21,2	10,7	49 555	25 019	— 49,5
Pflaumen, Zwetschen	339 575	23,3	6,5	79 121	22 072	— 72,1
Mirabellen, Renekloden	17 484	14,5	5,3	2 535	926	— 63,5
Aprikosen	1 647	5,8	2,6	96	43	— 55,2
Pfirsiche	36 000	8,3	2,8	2 988	1 008	— 66,3
Steinobst zusammen	690 034	22,4	8,0	154 287	55 342	— 64,1
Walnüsse	4 863	10,3	3,5	501	170	— 66,1
Baumobst insgesamt	1 983 759	36,5	10,3	724 886	205 059	— 71,7
Johannisbeeren	1 282 639	4,7	2,9	60 140	37 197	— 38,1
Stachelbeeren	982 902	4,5	2,0	44 242	19 658	— 55,6
Himbeeren (qm)	471 770	1,6	0,9	7 411	4 246	— 42,7
Erdbeeren	³⁾	54,0	53,1	12 953	13 116	+ 1,3

¹⁾ bzw. Sträucher (Beerenobst) nach der Obstbaumzählung vom Oktober 1951. — ²⁾ Johannis- und Stachelbeeren: Ertrag je Strauch; Himbeeren: Ertrag je qm; Erdbeeren: Ertrag je ha. — ³⁾ 1956 = 240 ha, 1957 = 247 ha.

Aber auch die Erträge des Steinobstes blieben weit hinter denen des Jahres 1956 zurück; so war die Gesamternte der Süß- und Sauerkirschen um 55 vH geringer, die der Pflaumen und Zwetschen sogar um mehr als 70 vH. Die weniger bedeutenden Mirabellen, Aprikosen und Pfirsiche hatten Ernte-einbußen zwischen 55 und 66 vH zu verzeichnen. Im ganzen jedoch ist die Minderernte beim Steinobst nicht so groß wie beim Kernobst.

Gebietlich ergeben sich hinsichtlich der Erträge jedoch gewisse Unterschiede. So ist der Ernteausfall im Obstbaugebiet des Alten Landes im Verhältnis allgemein weniger groß als in den übrigen Gebietsteilen Hamburgs. Es zeigt sich hier das nicht seltene Bild, daß stellenweise, besonders in den von Deichen geschützten Lagen und in der Nähe von Wasserflächen durchaus gute Erträge erzielt worden sind, wogegen andere Gebietsteile nahezu vollständige Mißernten aufzuweisen haben.

Ein etwas günstigeres Bild zeigt sich bei der Beerenobsternte. Die ermittelte Ernte beträgt rd. 74 000 dz gegenüber 125 000 dz im Jahre 1956, d. i. eine Minderernte von 41 vH. Den größten Posten unter dem Beerenobst nehmen die Johannisbeeren mit einem Anteil von 50,1 vH ein, die auch im Verhältnis zu den übrigen Beerenarten etwas günstiger im Ertrag ausgefallen sind.

Im Rahmen der Ertragsermittlung beim Obst wurde auch die Art der Verwendung des Obstes ermittelt. Das Verhältnis der drei Verwendungsarten, und zwar Obst zum Selbstverbrauch, Eßobst

Übersicht 11

Die Verwendung der Obsternte 1956 und 1957

Obstarten	Selbst- verbrauch		Eßobst zum Verkauf		Verwer- tungsobst	
	1956	1957	1956	1957	1956	1957
	in vH der Gesamternte					
Baumobst						
Äpfel	36,0	53,4	47,5	37,2	16,5	9,4
Birnen	45,1	74,0	42,8	20,7	12,1	5,3
Süßkirschen	65,8	73,5	24,4	23,3	9,8	3,2
Sauerkirschen	71,0	82,8	19,1	11,0	9,9	6,2
Pflaumen, Zwetschen	43,0	61,4	45,0	35,9	12,0	2,7
Sonstiges Baumobst ¹⁾	74,0	92,2	19,6	5,1	6,4	2,7
Baumobst zus.	42,0	62,3	43,5	30,4	14,5	7,3
Beerenobst						
Johannisbeeren	68,2	75,3	19,7	19,3	12,1	5,4
Stachelbeeren	45,3	60,1	36,1	32,1	18,6	7,8
Himbeeren	69,0	78,0	25,0	21,0	6,0	1,0
Obst insgesamt	44,3	64,2	41,3	28,8	14,4	7,0

¹⁾ Mirabellen und Renekloden, Aprikosen, Pfirsiche und Walnüsse.

zum Verkauf und als Verwertungsobst, ist sowohl bei den einzelnen Obstarten als auch in den einzelnen Jahren sehr unterschiedlich, wie die Übersicht 11 zeigt.

Danach wurden 1957 von der gesamten Obsternte rd. 64 vH in den Haushaltungen der Baumbesitzer selbst verbraucht, rd. 29 vH der Obsternte wurde als Frischobst zum Verkauf gestellt, während ein Rest von 7 vH der Verwertungsindustrie zur Herstellung von Marmeladen, Most- und Fruchtsäften zugeführt wurde. In den typischen Erwerbsobstbaugebieten ergibt sich naturgemäß ein anderes Bild. So kamen z. B. in den Obstbaugebieten des Alten

Landes 87 vH der Äpfel, 93 vH der Birnen und 92 vH der Pflaumen und Zwetschen zum Verkauf und nur geringe Restteile verblieben in den Betrieben zum Selbstverbrauch oder fanden als Verwertungsobst Verwendung. Infolge der sehr schlechten Obsternte ist der Anteil des Erobstes zum Verkauf im Vergleich zum Vorjahr bei allen Obstarten stark zurückgegangen. Während er im Durchschnitt aller Obstarten im Jahre 1956 41 vH betrug, ist er 1957 auf 29 vH abgesunken. Unter den einzelnen Obstarten ist der Rückgang des Verkaufsobstes bei den Birnen am größten.

Dipl.-Volkswirt H o h m a n n / Z e n k e

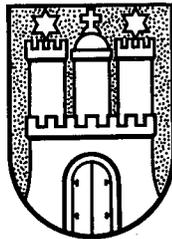
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 15. März 1958

Jahrgang 1958 — Heft Nr. 5



Wandlung der Familienstruktur und ihre Wirkung auf die Arbeit der kommunalen Verwaltung

Referat von Dr. Urban, Hamburg,

gehalten vor der Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker am 9. 10. 1957 in Nürnberg

Als der Vorstand unseres Verbandes mir das Thema zum Referieren antrug, das Sie auf dem Programm der heutigen Hauptversammlung verzeichnet finden, habe ich anfangs kein richtiges Bild davon gehabt, wie es wohl am besten angepackt werden könnte. Aber je mehr ich in der letzten Zeit zum Nachdenken darüber kam, desto reizvoller erschien es mir, mich mit dem Thema zu befassen. Sehr bald kam mir jedoch bei den Materialstudien die Erkenntnis, daß ich mir in vielerlei Hinsicht Beschränkungen auferlegen müßte, um die Zeitspanne, die mir für den Vortrag gesetzt ist, nicht zu überschreiten und um arbeitsmäßig der Sache Herr werden zu können. Ich bitte um Verständnis dafür.

Die wichtigste Beschränkung, in der meine Ausführungen nun stehen werden, ist eine territoriale: ich werde das Thema allein am Beispiel Hamburgs demonstrieren. Das mag manche von Ihnen enttäuschen, aber der Fall Hamburg scheint mir doch ein Modell zu sein, von dem sich abstrahieren läßt.

Das Thema, dessen Formulierung ja lautet: „Wandlung der Familienstruktur und ihre Wirkung auf die Arbeit der kommunalen Verwaltung“, setzt zweierlei voraus: erstens, daß Veränderungen in der Familienstruktur zu verzeichnen sind, und zweitens, daß sich dies auf die kommunalen Verwaltungsaufgaben ausgewirkt hat oder ausgewirkt haben könnte.

Wir haben also den Versuch zu machen, Wandlungen in der Familienstruktur aufzuspüren und sodann Ausschau zu halten nach Berührungspunkten zwischen der Struktur der Familien und der Gemeindeverwaltung. Vermögen solche Wandlungen in der Bevölkerungsgliederung — so fragt es sich letztlich — überhaupt Reaktionen in Aufbau und Aufgaben der Gemeindeverwaltung auszulösen, oder ist es gar umgekehrt: hat etwa, natürlich auf längere Sicht gesehen, die Verwaltung Einflußmöglichkeiten auf die Familienstruktur oder bestehen

zwischen Bevölkerung und Verwaltung Wechselbeziehungen? Kann das eine vom anderen und das andere vom einen abhängen? Die Antwort, die gesucht wird, kann nur eine empirische sein.

Das Thema drängt nach historischer Behandlung. Daher haben wir auch weiter zurückgegriffen in die hamburgische Geschichte; wir haben ungefähr das Jahr 1880 zum Ausgangspunkt unserer Betrachtungen genommen. 75 Jahre, dreiviertel eines Jahrhunderts, sollen in ihren zahlenmäßigen Komponenten den Hintergrund bilden, vor dem sich die Problematik unseres Themas abzeichnen möge.

Hamburg, seit Jahrhunderten ein Stadtstaat, in dem staatliche und gemeindliche Aufgaben ineinanderfließen — was übrigens die Darstellung nicht zu beeinträchtigen braucht, sie hier und dort eher erleichtert —, registrierte im Jahre 1880 454 000 Einwohner.

Es war eine Zeit, in der die wirtschaftlichen Erschütterungen der sogenannten Gründerzeit überwunden waren, eine Zeit, wo im Zeichen von Gewerbefreiheit und Freizügigkeit Handel, Schifffahrt und Industrie aufblühten. Immer mehr Menschen, vorwiegend aus ländlichen Gebieten der näheren und weiteren Umgebung, aber auch aus dem Süden, Osten und Westen des Reichs, zog Hamburg an. Es wurde, wie man sagte, zur „Hauptstadt Mecklenburgs“. Diese großen Zuwanderungen, die bis zur Jahrhundertwende und darüber hinaus angehalten haben, an den Anfang ziffernmäßiger Darlegungen zu stellen, erscheint mir wichtig. 1910 wurde Hamburg — immer noch auf gleichem Territorium — zur Millionenstadt. 1937, vor der Schaffung Groß-Hamburgs, das die Städte Altona, Hamburg, Wandsbek und eine Reihe ehemals preußischer Landgemeinden mit dem alten Hamburg vereinte, waren es 1,2 Millionen. 476 000 kamen durch den Gebietszuwachs hinzu. Die gegenwärtige Bevölkerungszahl liegt bei 1,8 Millionen.

Zieht man eine Bevölkerungsbilanz für den langen Zeitraum von 1880 bis 1936, in dem das Territorium der Stadt unverändert geblieben war, dann errechnet sich ein Bevölkerungszuwachs von 739 000 Personen, der sich in einen Wanderungsüberschuß von 465 000 und einen Geburtenüberschuß von 274 000 Personen gliedert.

Aber wir wollen mit diesen Zahlen noch nichts vorwegnehmen; es sollen nur gewissermaßen einige Eckzahlen an den Anfang gestellt werden, damit von Hamburg bevölkerungsquantitativ eine richtige Vorstellung besteht.

Jedoch nicht die Bevölkerungsmenge an sich liegt im Thema, sondern ihre Aufgliederung in Familien als den wichtigsten Keimzellen des menschlichen Lebens und der sozialen Gemeinschaften. Es kann nicht meine Aufgabe sein, Familiensoziologie vorzutragen, das müßte ich auch Berufeneren überlassen. Indessen glaube ich, einige erläuternde Bemerkungen einfügen zu sollen.

In unseren Ausführungen kann nämlich von Familien immer nur in dem Sinn die Rede sein, als es sich um Gruppen von Verwandten handelt, die zumindest in einer Wohngemeinschaft zusammenleben. Es ist die Familienhaushaltung, die es zu betrachten gilt, nicht etwa die Familie in einem weitläufigen biologischen Sinne. Wir berühren uns also mit dem allgemeineren Begriff der Haushaltung und sind uns dabei mancher Bedingtheiten bewußt.

Die Familienhaushaltungen können bestehen entweder nur aus Angehörigen, die in auf- und absteigender Linie miteinander verwandt sind (Urahn, Ahne, Mutter und Kind), oder ihnen können außerdem andere Verwandte zugehören. Beim ersteren Typus können es, wie eben angedeutet, 4 oder, was näher liegt, 3 Generationen sein oder — und das ist der häufigste Fall in der Stadt — es sind 2 Generationen: die Eltern mit den Kindern. Immer gibt es verschiedene Übergangsformen: oft ist es nur noch ein Großelternanteil oder es fehlt am Vater oder manchmal auch an der Mutter. Überhaupt ändert in den zeitlichen Phasen jede Familie ihr Gesicht. Wenn die Kinder erwachsen sind, bleiben in vielen Fällen die Ehegatten wieder allein, so wie es im Anfang ihrer Ehe war. Sie sind dann für uns eine Familienhaushaltung, bestehend aus zwei Personen, nicht anders als das kinderlose Ehepaar (das die Soziologen als Familie nicht recht anerkennen).

Doch welche Aufschlüsse gibt nun die Bevölkerungsstatistik in der Tat? Stellt man diese Frage, dann stößt man auf die bekannte Tatsache, daß die deutsche Bevölkerungsstatistik bis 1933 lediglich eine Personenstatistik gewesen ist; die Familie als Gruppe, auch in jener eingeschränkten Form der Familienhaushaltung, ist bei den Zählungen nicht Gegenstand der Befragung gewesen und im allgemeinen — soweit ich sehe — aus den Angaben in den Zählpapieren auch nicht herausgearbeitet worden. Für Hamburg freilich liegt aus vielen Volkszählungsjahren Material vor, aus dem die durchschnittliche Personenzahl je Haushaltung errechnet werden konnte. Diese Ziffer bewegt sich in den Jahren 1885 bis 1910 ziemlich konstant zwischen den Werten 3,8 und 4,0. Seit 1933 ist ein Absinken dieser Durchschnittsziffer zu verzeichnen, die sich nach der Volkszählung 1950 auf rd. 3,0 beläuft. Da

der Begriff „Mehrpersonenhaushaltung“ auch familienfremde Haushaltsmitglieder umfaßt (z. B. Dienstpersonal, Gewerbegehilfen usw.), ist noch zu erwähnen, daß der Anteil der reinen Familienhaushaltungen an allen Mehrpersonenhaushaltungen von 73 vH im Jahre 1885 bis auf 95 vH im Jahre 1950 gestiegen ist.

Die Durchschnittsgröße der Hamburger Haushalte um die Jahrhundertwende von rd. 4,0 mag gegenüber der heutigen Ziffer von 3,0 in Anbetracht des Kinderreichtums der älteren Zeit noch zu niedrig erscheinen; aber es ist zu bedenken, daß wir im Referat immer nur die beieinanderwohnenden Familien meinen. Die Kinder gingen damals früh aus dem Hause, zudem gab es auch in jener Zeit viele sogenannte Restfamilien. Die in der Literatur oft anzutreffende Meinung, daß früher in weit stärkerem Maße Großeltern und andere Verwandte zur Wohngemeinschaft der Familie gehörten, läßt sich für Hamburg nicht belegen; für einen kleineren Teil der Bevölkerung, der sich aber statistisch nicht herauschälen läßt, werden diese Familienformen allerdings gegolten haben.

Die Durchschnittsgröße einer Familie kann jedoch für die Aussagen, die wir zu treffen haben, nicht als ausreichend bezeichnet werden, denn es kommt uns auch auf die Zusammensetzung der Familie an; insbesondere interessiert die Kinderzahl, die Zahl der Familien mit 1, 2, 3, 4 und mehr Kindern, soweit Eltern und Kinder in einer Haushaltung zusammenleben. Aber hier verläßt uns die Bevölkerungsstatistik. Selbst die Volkszählungen 1933 und 1939, wo an die verheirateten Frauen die Frage gerichtet wurde, wie viele Kinder aus ihrer bestehenden Ehe hervorgegangen sind, füllen bei uns die Lücke nicht.

Immerhin können aus den Angaben über den Geburtenertrag der Ehejahrgänge mit abgeschlossener Fruchtbarkeitsperiode weitere Anhaltspunkte für unser Thema gewonnen werden. Eine interessante Untersuchung über die Entwicklung der Kinderzahlen in den Ehen erlaubt eine (auf den Volkszählungsdaten 1933 und 1950 basierende) Berechnungsmethode unter Zugrundelegung der Ehen mit abgeschlossener Fortpflanzung, wie sie Dr. Schwarz in seinem Aufsatz: „Die Veränderung der Zahl der Kinder in den Ehen während der letzten 50 Jahre“ in *Wirtschaft und Statistik* 1957, Heft 5, dargelegt hat. Nach der gleichen Methode wurden im Statistischen Landesamt Hamburg Berechnungen über die Zahl der Kinder in den Ehen für das Gebiet Hamburgs durchgeführt, die aufschlußreiche Ergebnisse zeigen. Danach ist für die letzten 50 Jahre eine starke Zunahme der Ehen ohne Kinder kennzeichnend. Während von den 1908/12 in Hamburg geschlossenen Ehen nur 17,6 vH kinderlos blieben, liegt diese Zahl für den Ehejahrgang 1955 (Voraussetzung unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Fortpflanzungsverhältnisse) bei 42,2 vH. (Für Deutschland bzw. Bundesrepublik: 1908/12 = 10,9, 1955 = 29,4 vH.) Der Anteil der Ehen mit 1 bzw. 2 Kindern hat sich in Hamburg kaum verändert, während bei den Ehen mit 3 und mehr Kindern durchweg ein Rückgang festzustellen ist. Die Abnahme der ausgesprochen kinderreichen Ehen (5 und mehr Kinder) ist in Hamburg nicht so ausgeprägt wie in den Durchschnittszahlen für Deutschland, was darauf zurückzuführen sein dürfte, daß

der großstädtische Charakter Hamburgs sich auch schon am Beginn unseres Jahrhunderts in verhältnismäßig niedrigen Kinderzahlen auswirkte.

Besonders interessante Ergebnisse liefern die auch für Hamburg berechneten Familienzuwachs-ziffern. Sie geben die Wahrscheinlichkeit an, mit der eine Frau nach der Eheschließung ein Kind, nach der Geburt des ersten Kindes ein weiteres Kind usw. zur Welt bringen kann. Daraus ergibt sich, daß für das vorausberechnete Ehejahr 1955 von 1000 verheirateten Frauen 578 statistisch die Chance haben, mindestens ein Kind zu bekommen, gegenüber 824 für die Ehejahrgänge 1908/12. Deutlich wird die Differenz auch bei der Wahrscheinlichkeit für ein 3. Kind, die für 1000 Frauen des Ehejahrganges 1955 395 beträgt, während sie sich für die Ehejahrgänge 1908/12 noch auf 540 errechnete.

Bemerkenswert ist, daß die Familienzuwachs-ziffer heute schon bei der Wahrscheinlichkeit für ein 4. Kind wieder, wenn auch zunächst nur geringfügig, ansteigt, d. h. die Wahrscheinlichkeit einer Frau mit drei Kindern, noch ein viertes zu erhalten, ist größer als die einer Frau mit zwei Kindern für ein drittes Kind, und die Wahrscheinlichkeit einer Frau mit 4 Kindern, noch ein 5. Kind zur Welt zu bringen, wiederum größer als die einer Frau mit 3 Kindern für ein weiteres Kind.

Deutliche Hinweise über die Familiengröße gibt Jahr für Jahr die allgemeine Geburtenziffer. Sie ist in Hamburg seit 1880 fast stetig gesunken, bis zur Jahrhundertwende langsam und dann beschleunigter. 1880 wurden 39 Lebendgeborene auf 1000 der Bevölkerung verzeichnet, im Durchschnitt der letzten Jahre bewegte sich die Geburtenziffer nur noch um 10. Und die speziellen Berechnungen in den Volkszählungsjahren, bezogen auf die verheirateten Frauen der einzelnen Altersgruppen in der Fruchtbarkeitsperiode, zeigen den Verlauf noch spezifischer.

Freilich sind die Abweichungen zwischen einst und jetzt in der Altersgruppe von 20 bis 25 Jahren noch nicht erheblich. Jedoch schon in dem nächsten Altersjahrfünft der verheirateten Frauen zeigt sich der Geburtenrückgang deutlich. Je 100 Frauen dieser Altersklassen brachten im Jahr 1880 etwa 36 Kinder zur Welt, wogegen die entsprechende Zahl für 1950 kaum noch 16 betrug. Weit krasser sind aber die Gegensätze in den Lebensjahren der Ehefrauen von 30 bis 45: der Geburten-ertrag sank in den 75 Jahren von 23 auf 4.

Anschaulich könnte sich der Geburtenrückgang auch in den Aufzeichnungen über die Geborenen-folge widerspiegeln; für unseren großen Zeitrahmen sind sie aber weniger geeignet, da mit ihnen erst im Jahre 1917 begonnen worden ist. Interessant ist immerhin, daß selbst im dritten Kriegsjahr noch jedes 4. Kind, das in die Geburtenregister eingetragen wurde, schon mindestens drei Geschwister gehabt hat; 1955 hingegen war es erst jedes 14. Kind.

Hat es neben dem Geburtenrückgang auch ein Nachlassen der Heiratsfreudigkeit gegeben? Das ist nicht der Fall. Die allgemeine Heiratsziffer lautete in Hamburg für 1951/55 8,8 auf 1000 der Bevölkerung und trifft damit fast genau die Ziffer für den Jahresdurchschnitt 1880 bis 1913, die sich auf 8,9

belief. Auch im Heiratsalter der Frau, jenem bedeutsamen Merkmal der ehelichen Fruchtbarkeit, haben sich in den Lebensjahren bis zu 30 keine großen Änderungen vollzogen. Immerhin haben die älteren Jahrgänge im Laufe der Zeit ein etwas größeres Gewicht bekommen: die Zahl der eheschließenden Frauen von über 45 Jahren lag 1890 in Hamburg bei 2,5 vH, stieg in den dreißiger Jahren auf 4 und erreichte 1955 fast 8 vH. Das hängt selbstverständlich mit den Wiederverheirungen zusammen. 1913 (in früherer Zeit gab es solche Auszählungen nicht) gehörten 90 vH der heiratenden Männer und Frauen dem Ledigenstand an, heute sind es zwischen 70 und 75 vH. Stark erhöht hat sich dagegen der Anteil der ehemaligen Geschiedenen; von 4 auf 22 vH bei den Männern und von 5 auf 17 vH bei den Frauen. Daß diese Zweitehen, auch wenn sie in einem günstigen Alter geschlossen werden, nur eine geringe Fruchtbarkeit haben, steht wohl außer Zweifel.

Die Ehescheidungen als solche sollten wegen ihrer destruktiven Wirkung auf die Familie gleichfalls nicht außerhalb des Referats bleiben, zumal die Zahl der gerichtlichen Ehelösungen während der letzten Jahrzehnte in einer ungewöhnlichen Weise gestiegen ist. Freilich baut sich die Scheidungshäufigkeit in den letzten Jahren wieder etwas ab, aber im Verhältnis zu 100 Eheschließungen sind es immer noch 25 Ehen, die gerichtlich gelöst wurden, gegen vergleichsweise 5 in den 90er Jahren und 11 in den Jahren 1910/13.

Meine Damen und Herren! Wir gingen von den hohen Geburtenziffern der 80er Jahre aus und zeigten die fast stetige Geburtenabnahme bis in die jüngste Zeit. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, auf den gleichzeitigen Rückgang der Säuglingssterblichkeit hinzuweisen. Hohe Geburtenzahlen der Vergangenheit täuschen ja leicht darüber weg, daß viele Kinder das erste Lebensjahr nicht überschritten und daß unter der großen Zahl der Geborenen auch viele sogenannte Ersatzkinder gewesen sind. Wie sehr die Säuglingssterbeziffern im allgemeinen abgesunken sind, dürfte bekannt sein; in Hamburg nehmen sie ab von 20, auch 25, vereinzelt sogar von 30 vH der Lebendgeborenen bis zu etwa 15 vH vor Kriegsausbruch 1914; dann sinken sie rasch ab, und seit mehreren Jahren liegt die Ziffer kaum noch über 3 vH. Ich darf das plastisch noch einmal an absoluten Zahlen zeigen: bis 1900 wurden in Hamburg 4000 und mehr Säuglinge jahraus, jahrein zu Grabe getragen; sie stellten ein Drittel aller Gestorbenen des Jahres dar; in der Gegenwart, bei dreimal soviel Einwohnern, sind es 600 im Jahr, und sie bilden kaum noch den 30. Teil der in Hamburg Gestorbenen.

Auf den Abbau der hohen Säuglingssterblichkeit ist in erster Linie die Ausdehnung der mittleren Lebenserwartung zurückzuführen; eine Verminderung der Sterbefälle in den folgenden Lebensjahren und in den mittleren und oberen Altersklassen hat in die gleiche Richtung gewirkt. Die bekannte Folge ist eine Erhöhung der Zahl der alten Leute. Das tritt auch in Hamburg voll und ganz in Erscheinung. Bei der Volkszählung 1939 zählten wir 149 000 Männer und Frauen im Alter von über 65 Jahren, 1956 bei der Wohnungszählung 229 000. Wir haben berechnet, daß bis 1965 die Zahl auf

280 000 ansteigen wird. Wie sehr diese Entwicklung mit unserem Thema zusammenhängt, mit der Struktur der Familien, brauche ich wohl nicht besonders zu betonen.

Hiermit möchte ich meine Auszüge aus der hamburgischen Bevölkerungsstatistik einstweilen beenden. Sie waren — ich erinnere an meine Einleitung — dem ersten der beiden Fragenkreise gewidmet: „Sind Wandlungen der Familienstruktur als gegeben anzusehen, und welcher Art waren sie?“

Und wie steht nun die kommunale Verwaltung den sich langsam vollziehenden Veränderungen im Bild der Familie gegenüber? Haben sich in Verbindung mit der allmählich um sich greifenden Verkleinerung der Familien, die in unseren Bevölkerungsdaten sichtbar geworden ist, die Aufgaben der Verwaltung ohne weiteres verändert, sind sie mehr oder weniger geworden? Wir bleiben wieder bei Hamburg, wenngleich — ich sagte es schon am Anfang — Gemeinde und Staat hier nicht getrennt sind. Echte kommunale Aufgaben treten ohnedies hervor, und wo außerhalb Hamburgs Gemeindeverbände die Aufgabenträger sind, ist es hier eben der Stadtstaat. Wo aber im Laufe der Entwicklung Aufgaben und Lasten mehr und mehr auf den Staat übergegangen sind — man denke an Schulwesen und Gesundheitsfürsorge —, sind doch meist die kommunalen Stellen dadurch nicht aller Aufgaben enthoben. Die Verhältnisse liegen bei den Gemeinden übrigens ungleich. Wir werden dem Thema jedenfalls keine enge Auslegung geben.

Hamburg war in den Jahren vor und nach der Jahrhundertwende in einem rapiden Wachstum begriffen. Diese Entwicklung war, sozial gesehen, die gleiche wie in vielen anderen großen Städten. Große Arbeitermassen kamen herein und wurden hauptsächlich von der Industrie aufgenommen. Die Beschaffung von Bauland und der Bau von Wohnungen wurde zu spekulativen Objekten. An Verkehrsmitteln größerer Kapazität fehlte es noch völlig, schon deshalb drängte sich die Bebauung im Raum. Es entstanden die Mietskasernen und die dunklen Hinterhöfe. Fabriken und Wohnhäuser standen oft eng beieinander. Viele Wohnungen waren überfüllt von kinderreichen Familien, Einlogierern und Schlafgängern. Ein Wohnungselend, wenn auch keine Wohnungsnot in dem Sinne, daß keine Wohnungen am Markt waren! Dazu kamen die ungünstigen sanitären Verhältnisse, die zu einer großen Choleraepidemie im Jahre 1892 beigetragen haben. Erst ihre katastrophalen Auswirkungen, auch die Verbreitung der Tuberkulose, führten zu einem wirklichen Umschwung in den Auffassungen von den öffentlichen Aufgaben. Noch 1892 war den Verhandlungen zwischen Senat und Bürgerschaft zu entnehmen, daß „die Beteiligung des Staates am Bau von Arbeiterwohnungen als Staatssozialismus von der einen Seite verabscheut, der Privatspekulation von der anderen Seite nicht das Vertrauen entgegengebracht wurde“. Um die größten Wohnungsmißstände im einzelnen zu beseitigen, wurde 1898 eine Behörde für Wohnungspflege geschaffen, und 1901 stellte der Senat eine Million Mark für den Kleinwohnungsbau zur Verfügung.

Das Prinzip der Staatshilfe war damit anerkannt. Eine neue Baugesinnung bricht sich Bahn. Die

Stadt erhöht ihren Einfluß durch planmäßige Ankäufe von Grundstücken. Die Bodenreform zeitigt Erfolge. Die Bebauungspläne wurden neu bearbeitet. Es begannen die großen Sanierungen in der Hamburger Altstadt, wo sich heute Hauptbahnhof und Mönckebergstraße befinden, und später in der Neustadt im Michaeliskirchspiel, bis der erste Weltkrieg die Arbeiten jäh unterbrach. Nach den langen Kriegs- und Inflationsjahren trat ein starker Wohnungsmangel zutage, der jahrelang anhielt und der zwischen den beiden Kriegen nie ganz überwunden worden ist — trotz der großen Leistungen im sozialen Wohnungsbau während der zweiten Hälfte der 20er und noch im Anfang der 30er Jahre.

Zu Beginn der baulichen Sanierungen im ersten Jahrzehnt hatten sich sanitäre und sozialpolitische Forderungen auch in anderen Verwaltungszweigen durchgesetzt. Kanalisation und Trinkwasserversorgung wurden grundlegend umgestaltet: Ausgebaut wurde die Gesundheitspflege. Desinfektionsanstalten wurden geschaffen, es entstand das weithin bekannte Hygienische Institut, das Impfwesen wurde ausgebildet. Die Bevölkerung verlor die Scheu vor dem Krankenhaus und der Anstaltsbehandlung überhaupt. Das zeigte sich z. B. kraß bei den Entbindungsanstalten. Um die Jahrhundertwende kamen in Hamburg kaum 5 vH der Geborenen in einer Anstalt zur Welt (obendrein waren 4 vH von ihnen unehelich), jetzt dagegen, 82 je 100. Die Einführung der Sozialversicherung brachte die Bevölkerung in engere Berührung mit der Gesundheitsfürsorge, die ihrerseits von der Sozialversicherung neue Impulse erhielt. Die Zahl der praktizierenden Ärzte erhöhte sich; um die Jahrhundertwende entfielen in Hamburg noch 1300 Einwohner auf eine Arztpraxis gegen 500 in der heutigen Zeit. Im Jahre 1909 gründete die freie Wohlfahrtspflege in Hamburg eine besondere Landeszentrale für Säuglingsschutz, deren Aufgaben später von der städtischen Gesundheitsfürsorge übernommen und als Säuglings- und Kleinkinderschutz weiter ausgebaut worden sind. Z. B. wurden im Jahre 1955 über 90 vH der Säuglinge von ihr betreut. Die Fürsorge für Säuglinge und Kleinkinder fand mit der Zeit ihre Ergänzung in der Schulgesundheitspflege. Also wir sehen eine Vervollkommnung der Gesundheitsfürsorge — bei sinkenden Geburtenziffern. Ein gleiches ließe sich von der Jugendfürsorge und ihren mannigfaltigen Einrichtungen sagen, zu denen wir auch Spiel- und Sportplätze und Badeanstalten zählen, die mit der Auflockerung der Bebauung vielerorts entstanden.

Wir dürfen zum Schulwesen überleiten. Daß sich beträchtliche Veränderungen in der Geburtenzahl zu gegebener Zeit in der Schülerzahl auswirken, scheint ein selbstverständlicher Satz zu sein. In Städten mit regem Bevölkerungswechsel aber kann es anders ausfallen. In Hamburg ist der Anteil der 5- bis 15jährigen an der Gesamtbevölkerung in den 75 Jahren von 18 auf 12 vH zurückgegangen, also verhältnismäßig weniger als die Geburtenziffer, die zwischen 1880 und 1956 von 39 auf 10 je 1000 der Bevölkerung abgesunken ist; freilich können andere Altersumschichtungen hier mit hineinspielen. Wir wollen deshalb auf diese Relation kein besonderes Gewicht legen, sondern sie nur erwähnen. Wichtiger scheinen uns die tatsächlichen Schüler-

zahlen, und zwar deshalb, weil die Zeitdauer des Schulbesuchs (auch ohne Berücksichtigung der Berufsschule) heute eine längere ist als früher. Schon das 9. Schuljahr spricht dafür. So erklärt es sich mindestens teilweise, daß der Anteil der Schüler (von den Schulanfängern bis zu den Oberprimanern in öffentlichen und privaten Schulen) an der Gesamtbevölkerung im Laufe der Jahrzehnte nicht so stark abgesunken ist, wie zu vermuten war; er beträgt heute 12 vH gegenüber 15 vH im Jahre 1880. Außerdem ist bemerkenswert, daß in den Hamburger Volksschulen in den Jahren des Geburtenreichtums die Klassenfrequenzen um 50 herumlagen, wogegen heute Klassenstärken unter 40 üblich sind. Und etwas anderes: der Anteil der höheren Schüler ist merkbar gestiegen, aber nicht so sehr, wie vielleicht manche annehmen; um die Jahrhundertwende lag er bei 9 und jetzt bei 12 vH.

Aus der Entwicklung der kommunalen Gegebenheiten in Hamburg ließe sich nun vielerlei mehr hier vorführen; aber wir fürchten, in eine Kasuistik zu geraten, die unserem Vortrag nicht angemessen wäre.

Jedoch möchten wir noch ein wenig aus einer anderen Quelle schöpfen. Das sind die Staatshaushaltsrechnungen aus älterer Zeit und später die Finanzstatistiken. Die erste Feststellung, die wir zu machen haben, ist die, daß sich der Hamburger Staat im Anfang der 80er Jahre noch mit einem Haushaltsvolumen von knapp 30 Millionen Mark begnügte, 10 Jahre später waren es etwa 50 Millionen, im Jahre 1900 knapp 90, dann 1910 150 und 1913 genau 239 Millionen Mark, stets im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt zusammen. An dieser Steigerung hat selbstverständlich die Bevölkerungsvermehrung ihren Anteil, aber er ist nicht ausschlaggebend; denn der Staatsaufwand je Kopf der Bevölkerung stieg in der Zeit von 1880 bis 1913 gleichfalls erheblich, nämlich von 61 auf 217 Mark (heute rechnen wir bei einem 2-Milliarden-Etat 760 Mark). Vielmehr war die starke Zunahme der Haushaltssummen in erster Linie auf eine beträchtliche Steigerung des Volkseinkommens zurückzuführen; es gibt darüber Zahlen aus jener Zeit, die sich, allerdings in einer vereinfachten Weise, auf die Einkommensteuerstatistiken stützen. Also der Geburtenrückgang — um auf das Thema zurückzukommen — begann nicht etwa in einer Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs, sondern während eines ökonomischen Aufstiegs. Dabei darf freilich nicht über die Tatsache hinweggesehen werden, daß die Einkommen der großen Masse niedrig waren, daß die Lebenshaltung zwischen 1880 und 1913 um wohl etwa 15 vH teurer geworden war und daß für die minderbemittelte Bevölkerung allein die Mietquote zwischen 20 und 25 vH des Einkommens lag. Es ließen sich darüber aus den gepflegten Steuerstatistiken jener Zeit — das Statistische Landesamt hieß damals „Statistisches Bureau der Steuerdeputation“ — manches wirtschaftliche Detail vortragen; jedoch es würde über den Rahmen hinausgehen. Lassen Sie uns aus den Staatshaushaltsrechnungen nur noch im einzelnen hervorheben, daß mit dem Ganzen auch die Zuschußbeträge für alle sozialfürsorglichen Dienstzweige der Stadt und für das Schulwesen relativ stark gestiegen sind. Die Fürsorge für die

alten Leute, deren steigende Zahl wir vorher genannt haben, stand in der gemeindlichen Verwaltung damals noch nicht so im Vordergrund, weil es viele wohltätige Stiftungen für die Alten gab. Erst zwischen den Kriegen, als die Vermögen der Stiftungen der Inflation zum Opfer gefallen waren, wurde das Problem brennender. Für die Zukunft wird den Gemeinden in weit stärkerem Maße die Verpflichtung zufallen, auf den Bau von Altersheimen bedacht zu sein, denn vielfach finden die alten Leute bei ihren Kindern keinen Platz oder sie stehen überhaupt allein da.

Bei einem Referat über Wandlungen in der Struktur der Familie darf die Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen nicht außer Betracht bleiben. Heute, im Zeichen der Vollbeschäftigung, wo so gut wie alle arbeitsfähigen Männer und unverheirateten Frauen im Erwerbsleben stehen, liegen die Arbeitsreserven in Wirklichkeit nur in den geeigneten Jahrgängen der Ehefrauen. Wie viele von ihnen sind in Arbeit? Die Beantwortung dieser Frage hat in Hamburg eine große Verkehrszählung ermöglicht, die mit der Wohnungszählung 1956 verbunden war. Daraus einige Ergebnisse. Von den insgesamt 441 000 Ehefrauen in Hamburg waren 98 800 erwerbstätig, die Erwerbsquote betrug also 22 vH gegenüber 18 vH im Jahre 1950. Die stärkste Ausweitung der Erwerbstätigkeit hat sich bei den 25- bis unter 30jährigen vollzogen. Die Erwerbsquoten dieser Altersjahre übersteigen die Vorkriegsverhältnisse bei weitem. Von den 98 800 im Berufsleben stehenden Frauen hatten fast drei Viertel keine Kinder zu versorgen; 25 600 waren Mütter mit Kindern unter 15 Jahren.

Wir haben bei der Verkehrszählung in Hamburg auch die Arbeitszeiten ermittelt. Man könnte vielleicht meinen, daß die Frauen mit Kindern andere, geringere Arbeitszeiten haben als die Frauen ohne Kinder. Wir denken z. B. an Halbtagsbeschäftigungen. Das statistische Ergebnis fiel für beide Gruppen von Frauen aber ziemlich gleichlautend aus. Etwa die Hälfte arbeitete am Stichtag 8 bis 9 Stunden, ein Viertel hatte eine noch längere Arbeitszeit, teilweise bis zu 12 Stunden. Unter den übrigen, die nur wenige Stunden am Tage arbeiteten, werden die Reinmachefrauen stark vertreten sein.

Weitere Aufbereitungen aus dem reichhaltigen Material stehen bei uns im Amt noch aus. Wir werden u. a. auch berechnen können, wie lange die Frau infolge ihrer täglichen Berufsarbeit überhaupt vom Hause abwesend sein muß. Das ist das Entscheidende für die Betreuung der Kinder, und es ist wichtig für die gemeindlichen Einrichtungen, soweit ihnen die Sorge für die Kinder übertragen wird, für die Krippen und Kindergärten.

Bevor ich nun das Referat beende, möchte ich die Fragen aufnehmen, die am Anfang gestellt waren. Die ersteré nach den Wandlungen in der Familienstruktur beantwortete sich in den Grenzen, die uns durch das Vorhanden- oder Nichtvorhandensein statistischer Daten gesteckt sind. Wir wandten unsere Aufmerksamkeit der Familienhaushaltung zu, die sich zumindest durch das Merkmal der Wohngemeinschaft von der Familie in einem weiteren biologischen Sinn abgrenzt. Wir haben die Verkleinerung der Familienhaushaltungen in Zahlen erkennbar

gemacht, so gut es das Quellenmaterial zuließ. Daß unter den großstädtischen Verhältnissen in unserem Modellfall sippenähnliche Großfamilien, als Haushaltungen organisiert, schon am Anfang unserer Betrachtung keine Rolle von bevölkerungsstatistischem Gewicht gespielt haben, glaubten wir besonders bemerken zu müssen.

Die zweite Frage indessen, die Frage nach der Wirkung familienstruktureller Wandlungen auf die Arbeit der kommunalen Verwaltung, ist schwerlich befriedigend zu beantworten. Soweit es sich um die wachsende Schicht der alten Leute oder um die zunehmende Erwerbstätigkeit der Ehefrauen handelt, konnte die Antwort ohne weiteres angedeutet werden.

Ganz anders bei dem Kernproblem, vor das uns das Thema stellt: hat der Geburtenrückgang — um den es ja hauptsächlich geht — auf die Arbeit der Verwaltung eingewirkt?

In dem kurzen Abriß der Zeitgeschichte, den wir zu geben versuchten, liegt weder die Bejahung noch die Verneinung. Mitten in die Zeit einer sich bereits beschleunigenden Geburtenabnahme fällt die organisatorische Entfaltung aller öffentlichen Einrichtungen, die dem Kind, der Mutter und der Familie dienen, gleichsam, um den verminderten Geburten-ertrag wieder ins Gegenteil zu wenden. Das ist, wie wir wissen, auf die Dauer nicht eingetreten. Aber schafft nicht die moderne kommunale Arbeit, wie sie sich gerade jetzt bei dem Wiederaufbau der zerstörten Städte stadtplanerisch und sozialhygienisch ausprägt, wenigstens einen Teil der Voraussetzungen für eine gesunde Familienpolitik? Ich glaube, ja. Und in naher oder ferner Zukunft, bei Entwick-

lungslinien, die länger sind als wir sie zu zeichnen in der Lage waren, werden die Statistiker vielleicht auch von einer Wechselwirkung zwischen der Struktur der Familien und den Leistungen der kommunalen Verwaltung sprechen können. Es würde uns freuen, wenn das Referat einige Anregungen für neue Untersuchungen enthielte.

Noch ein Wort zum Vortragsstoff. Das Material, aus dem wir vortrugen, stammt aus Hamburg, wo Landes- und Gemeindestatistik sozusagen eins sind. Für die eigentliche Städtestatistik dürfte es quellenmäßig wohl schwieriger liegen. Deshalb sei auch in diesem Zusammenhang für die Städtestatistik der Wunsch ausgesprochen, daß die über-regionalen Statistiken regional so fein wie möglich gegliedert werden. Denn für die Kommunalverwaltungen sind bei ihrer Arbeit auf dem Gebiete der praktischen Familienpolitik ausreichende statistische Grundlagen unerlässlich. Aber um die Struktur der bestehenden Familien kennenzulernen, scheint sich für manche Stadtverwaltung noch ein anderer Weg zu öffnen, nämlich der über die maschinellen, mit Zählwerken versehenen Bevölkerungskarteien, die durchaus nicht nur über die Individuen, sondern zugleich über Gruppen wie Haushaltungen oder Familien geführt werden könnten. Hier könnte sich die Städtestatistik in engerer Periodizität als es je Volkszählungen vermögen, wichtige soziologische Erkenntnisse verschaffen, nötigen doch die repräsentativen Auswahlverfahren für den Mikrozensus der Bundesstatistik ohnedies dazu, Haushaltungen oder Familien, nicht aber Einzelpersonen in die Stichprobe zu bringen. Hier führt wieder eine Brücke von einer Gemeindeeinrichtung zu der Bevölkerungsstatistik des Bundes.

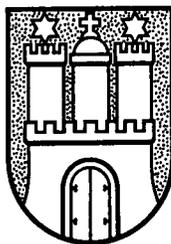
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 20. März 1958

Jahrgang 1958 — Heft Nr. 6



J. H. H.

Mietwohnungen und Mieten in Hamburg

(Weitere Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57)

I N H A L T

- A. Die Mietwohnungen, das Mietaufkommen und die Durchschnittsmieten
 - I. Mietwohnungsbestand und Mietaufkommen
 - II. Durchschnittsmieten
- B. Hat Hamburg die höchsten Mieten?
- C. Zusammenfassung

Auf dem Wohnungsmarkt nimmt die Miete auch heute noch trotz weitgehender Mietpreisbindung eine Schlüsselposition ein. Sozialpolitische Entscheidungen über den objektiven Wohnungsbestand und die zumutbare Mietbelastung bestimmen sowohl die Höhe der Miete als auch das Ausmaß der öffentlichen Förderungsmaßnahmen. Für den einzelnen Nachfrager nach Wohnraum, die Wohnpartei, bedeutet die Mietzahlung eine ständig wiederkehrende monatliche Belastung des Haushaltsbudgets. Für Erhöhungen derartiger Posten sind die Mieter daher besonders empfindlich. Nicht ohne Grund wird die Miete, ebenso wie Brot- und Kohlenpreise, als „politischer Preis“ bezeichnet.

Aus diesen Gründen war die Feststellung sowohl des Mietaufkommens als auch die Ermittlung der

Miethöhe und der Mietbelastung ein dringendes Anliegen der Wohnungsstatistik, um damit zur Diskussion über Wohnungsfehlbestand, Mietenhöhe und die weitere Bautätigkeit durch sachlich zuverlässige und objektive Zahlenangaben beizutragen.

Die Höhe des Mietaufkommens wurde durch die Totalzählung vom 25. 9. 1956 ermittelt, während die Gliederung des Mietwohnungsbestandes nach der Höhe der Miete durch die zeitlich mit der Totalzählung gekoppelte 10 vH-Repräsentativerhebung und die Mietbelastung der Haushaltungen durch die 1 vH-Zusatzerhebung im Mai und Juni 1957 festgestellt wurde. Für diese Abhandlung konnten nur die Ergebnisse der Totalzählung herangezogen werden, da die Angaben der beiden anderen Erhebungen noch nicht vollständig vorliegen.

A. Die Mietwohnungen, das Mietaufkommen und die Durchschnittsmieten

1. Mietwohnungsbestand und Mietaufkommen

In dieser Schriftenreihe wurde bereits dargelegt, in welchem Maße die großstädtische Siedlungsform durch den Typ des Miethauses geprägt wird¹⁾: etwa 80 vH der in Hamburg durch die Zählung vom 25. 9. 1956 ermittelten 494 787 Normalwohnungen waren Mietwohnungen. Als Mietwohnung galt dabei jede Wohnung, die nicht von ihrem Eigentümer — Gebäudeeigentümer oder Eigentümer der Wohnung — bewohnt wurde. Folgende Arten von Mietwohnungen wurden unterschieden:

1. ausschließlich zu Wohnzwecken vermietete **reine** Mietwohnungen;

2. **sonstige** Mietwohnungen. Zu dieser Gruppe gehören Dienst- und Werkswohnungen, Stiftswohnungen, Wohnungen mit im Grundbuch eingetragenen Dauerwohnrecht und Berufs- und Geschäftsmietwohnungen, bei denen meist für gewerbliche Nutzung der Wohnung oder einzelner Räume höhere Mieten bezahlt werden müssen;

3. mietfreie Wohnungen.

¹⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1957, Nr. 12: Der Wohnungsbestand und die Wohnparteien in Hamburg.

Aus Übersicht 1 geht die Zusammensetzung des Mietwohnungsbestandes und seine Veränderung gegenüber 1950 hervor. Wie man sieht, liegt die prozentuale Zunahme der Mietwohnungen deutlich über der Zunahme des gesamten Normalwohnungsbestandes. So konnten die Mietwohnungen ihren Anteil von 77,5 auf 80 vH erhöhen. **Von 5 Hamburger Wohnungen sind also durchschnittlich 4**

vermietet. Von den Wohnungen mit Mietangaben waren rd. 348 000 **reine Mietwohnungen** und rd. 36 400 **sonstige Mietwohnungen**, das sind 52,6 bzw. 74,3 vH mehr als 1950. Die Anteile dieser beiden Gruppen haben sich nicht sonderlich verschoben; sie betragen 1950 jeweils 91,6 und 8,4 vH und im Jahre 1956 dagegen 90,5 und 9,5 vH der Wohnungen mit Mietangaben.

Übersicht 1

Die Zusammensetzung des Bestandes an normalen Mietwohnungen 1950 und 1956

Jahre	Normalwohnungen einschl. Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm	darunter Mietwohnungen		Von den Mietwohnungen hatten Mietangaben					
				insgesamt ¹⁾		davon			
		überhaupt	in vH von Sp.1	überhaupt	in vH von Sp.2	reine Mietwohnungen ²⁾		sonstige Mietwohnungen	
						überhaupt	in vH von Sp.4	überhaupt	in vH von Sp.4
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1950	336 413	260 699	77,5	248 886	95,5	228 006	91,6	20 880	8,4
1956	494 787	395 790 ³⁾	80,0	384 287	97,1	347 886	90,5	36 401	9,5
Veränderung 1956 gegenüber 1950									
überhaupt	+ 158 374	+ 135 091		+ 135 401		+ 119 880		+ 15 521	
vH	+ 47,1	+ 51,8		+ 54,4		+ 52,6		+ 74,3	

1) Ohne mietfreie Mietwohnungen, einschließlich Dienst-, Werks-, Stifts-, Berufs-, Geschäftswohnungen und Wohnungen mit Dauerwohnrecht. — 2) Nur normale, reine Mietwohnungen ohne die unter 1 aufgeführten Wohnungsgruppen („sonstige Mietwohnungen“). — 3) Zahl der Hauptmieter (ohne leerstehende Wohnungen).

Die 384 287 Mietwohnungen mit Mietangaben, das sind 97 vH aller Mietwohnungen, erbrachten für den Monat August 1956 ein Mietaufkommen von rd. 24 400 000 DM. In dieser Summe sind keine mietfremden Beträge wie z. B. Zuschläge für Heizung, Warmwasserversorgung oder Möblierung enthalten. Nebenleistungen, die in vielen Wohnungen sowieso in der Mietsumme enthalten sind — wie z. B. Straßenreinigungsgebühren, Wassergeld, Kanalisation usw. —, wurden durch Zusatzfragen ermittelt und bei der Aufbereitung der Wohnungsmiete hinzugerechnet, um inhaltlich vergleichbare Angaben zu bekommen. Gegenüber 1950 hat sich das Mietaufkommen außerordentlich stark erhöht, wie folgende Zusammenstellung zeigt:

Mietaufkommen im August 1950	12 690 000 DM
im August 1956	24 400 000 DM
Veränderung 1956 gegenüber 1950	
überhaupt	+ 11 710 000 DM
in vH	+ 92

Legt man für die Berechnung des Jahresmietaufkommens die Mietsumme des Monats August zugrunde, so ergibt sich ein Mietaufkommen für das Jahr 1956 von 293 000 000 DM, das sind 140 500 000 D-Mark mehr als 1950. Nun verkörpern jedoch die restlichen 110 500 Eigentümerwohnungen, mietfreien Wohnungen und Mietwohnungen ohne Mietangabe ebenfalls einen Wohnwert, der sich zwar nicht in einer Mietzahlung ausdrückt, aber zu den Leistungen der Wohnwirtschaft hinzugerechnet werden müßte. Legt man nun für diese 110 500 Wohnungen als Wohnwert dieselbe Durchschnittsmiete zugrunde, die bei den in dieser Gruppe besonders zahlreich enthaltenen Behelfsheimwohnungen niedriger, bei den Eigenheim- und Einfamilienhäusern dagegen höher liegen dürfte, so kommt man auf einen Betrag von 380 000 000 DM, den die Wohnwirtschaft jährlich zum Hamburger

Volkseinkommen beisteuert. Bei dieser Berechnung sind die Notwohnungen nicht berücksichtigt worden.

Folgende Vergleichszahlen mögen die Größenordnung dieser Zahlen etwas anschaulicher gestalten:

Umsatz des Hamburger Handwerks 1955	1 680 000 000 DM
Umsatz des Hamburger Einzelhandels 1955	2 983 000 000 DM
darunter:	
Nahrungs- und Genußmittelhandel 1955	1 103 000 000 DM

II. Durchschnittsmieten

Die hohe Zunahme des reinen Mietaufkommens von monatlich 12 690 000 DM im Jahre 1950 auf 24 400 000 DM im Jahre 1956 ist die Folge von drei zusammenwirkenden Faktoren:

1. der starken Zunahme des Mietwohnungsbestandes;
2. der Verteuerung des 1950 vorhandenen Mietwohnungsbestandes, die zum großen Teil auf die gesetzlich zugestandenen Mieterhöhungen zurückgeht;
3. das höhere Mietniveau der seit 1950 hinzugekommenen Neustbauwohnungen.

Der erste Faktor läßt sich aus der Betrachtung ausklammern, wenn man nur die Entwicklung der monatlichen Durchschnittsmiete je Wohnung seit 1950 verfolgt (Übersicht 2). Sie betrug im Jahre 1950 51,— DM und stieg bis zum Zählungstichtag 1956 um rd. 25 vH auf 63,50 DM. Die Erhöhung der Durchschnittsmiete ist nun sowohl auf die Steigerung der Mieten der Altbauwohnungen wie auch auf die Verteuerung der Neu- und Neustbauwohnungen zurückzuführen. An dem beträcht-

lichen Ausmaß der Steigerung von etwa 25 vH sind die einzelnen Baujahrsgruppen der Wohnungen mit unterschiedlicher Intensität, je nach der bei ihnen aufgetretenen prozentualen Erhöhung und der entsprechenden anteilmäßigen Bedeutung der betreffenden Gruppe, beteiligt.

Berücksichtigt man die Größe der Wohnungen, indem man die Miete je Wohnraum vergleicht, so ist die prozentuale Steigerung noch stärker gewesen. Die Durchschnittsmiete je Wohnraum hat sich von 13,96 DM im Jahre 1950 auf 18,48 DM je Wohnraum im Jahre 1956, also um etwa 33 vH, erhöht. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Qualität des Wohnungsbestandes sich gegenüber 1950 ebenfalls durch den Bau besser ausgestatteter Neustbauwohnungen verbessert haben dürfte.

Bei der letzten Zählung hat man u. a. auch die Höhe der Durchschnittsmiete nach drei Baualtersgruppen berechnet, und zwar:

Wohnungen in

1. vor dem 1. 7. 1918 bezugsfertigen Gebäuden (Altbauwohnungen);
2. zwischen dem 1. 7. 1918 und dem 20. 6. 1948 bezugsfertigen Gebäuden (Neubauwohnungen);
3. nach dem 20. 6. 1948 bezugsfertigen Gebäuden (Neustbauwohnungen).

Da bei teilzerstörten, aber wiederaufgebauten Gebäuden das ursprüngliche Baujahr angegeben werden mußte, ist in den beiden ersten dieser drei Gruppen eine Anzahl von Neustbauwohnungen als Alt- bzw. Neubauwohnungen erfaßt worden. Es bestehen jedoch keine genauen Anhaltspunkte dafür, in welchem Umfang dieses vorgekommen ist.

Im Jahre 1956 entfielen etwa 38 vH aller Mietwohnungen auf Altbauwohnungen und ebenfalls

38 vH auf Neustbauwohnungen und knapp ein Viertel auf Neubauwohnungen. Die Verteilung der in diesen Wohnungen gezählten Räume deutet an, daß die Neustbauwohnungen im allgemeinen kleiner sind als die Wohnungen der anderen beiden Gruppen, was auch aus den Unterschieden der durchschnittlichen Raumzahl deutlich hervorgeht.

Baualtersgruppen	Anteil der Räume in vH	Durchschnittliche Raumzahl je Wohnung
Altbauwohnungen	42	3,8
Neubauwohnungen	24	3,5
Neustbauwohnungen	34	3,1
Wohnungen insgesamt	100	3,4

Ein Blick auf Übersicht 2 zeigt nun allerdings, daß in der Frage der durchschnittlichen Wohnungsmiete nur geringfügige Unterschiede zwischen den drei Gruppen bestehen. Die Mieten der Neustbauwohnungen liegen mit 64,67 DM nur um 1,72 DM oder etwa 3 vH höher als die Altbau-mieten (62,95 DM). Der Unterschied zwischen Neustbau- und Altbau-mieten tritt aber klar hervor, wenn man die unterschiedlichen Wohnungsgrößen berücksichtigt. Durch die geringere Raumzahl ergibt sich für die Neustbauwohnungen eine Miete von 21,01 DM je Wohnraum, das sind 4,23 DM oder 25 vH mehr als bei den Altbauwohnungen, die Neustbauwohnungen sind also je Raum um gut ein Viertel teurer. Neubau- und Neustbaumiete hingegen liegen um etwa 17 vH auseinander. — Bei der Betrachtung dieser Differenz sind die im allgemeinen geringeren Raumgrößen der neueren Wohnungen einerseits und die seit einigen Jahren verbesserte Ausstattung andererseits in Rechnung zu stellen.

Übersicht 2

Normale Mietwohnungen¹⁾ mit Mietangaben 1956

Baualtersgruppen	Zahl der Wohnungen	Zahl der Räume ²⁾	Durchschnittliche Raumzahl je Wohnung ²⁾	Miet-aufkommen	Durchschnittliche Monatsmiete in DM	
					je Wohnung	je Raum
Altbauwohnungen überhaupt	148 116	555 822	3,8	9 324 439	62,95	16,78
vH	38,5	42,1		38,2	—	—
Neubauwohnungen überhaupt	90 250	315 336	3,5	5 641 685	62,51	17,89
vH	23,5	23,9		23,1	—	—
Neustbauwohnungen überhaupt	145 921	449 153	3,1	9 437 333	64,67	21,01
vH	38,0	34,0		38,7	—	—
Wohnungen insgesamt	384 287	1 320 311	3,4	24 403 457	63,50	18,48
dagegen 1950	248 886	909 680	3,7	12 694 000	51,01	13,96

¹⁾ Ohne mietaufreie Mietwohnungen und Mietwohnungen ohne Mietangaben, aber einschließlich „sonstiger Mietwohnungen“.

²⁾ Wohnräume mit 6 und mehr qm und Küchen.

Die interessante Tatsache, daß zwischen den durchschnittlichen Wohnungsmieten der einzelnen Baualtersgruppen nur geringe Unterschiede bestehen, ist darauf zurückzuführen, daß einmal die Steigerung der Mieten in den einzelnen Gruppen

unterschiedlich verlief und zum anderen die Ausgangsbasis — die Durchschnittsmiete von 1950 — beträchtliche Niveauunterschiede aufwies. Die folgende Aufstellung zeigt die unterschiedliche Entwicklung.

**Durchschnittsmieten
normaler reiner Mietwohnungen**

Baualtersgruppen ¹⁾	1950 DM	1956 DM	Veränderung 1956 gegenüber 1950 in vH
Altbauwohnungen ²⁾ . . .	47	61	+ 29,8
Neubauwohnungen ³⁾ . . .	55	62	+ 12,7
Neustbauwohnungen ⁴⁾ . . .	56	64	+ 14,3
Wohnungen insgesamt . . .	51	62	+ 21,6

1) Die Vergleichbarkeit dieser Angaben wird durch folgende methodische und erhebungstechnische Unterschiede geringfügig eingeschränkt:

- a) in den Werten von 1950 sind die Dachgeschoßwohnungen nicht berücksichtigt,
- b) wie schon erwähnt, sind in den ersten beiden Baualtersgruppen auch Neustbauwohnungen enthalten,
- c) bei den Neubau- und Neustbauwohnungen ist die zeitliche Abgrenzung der Zählung von 1950 etwas anders erfolgt als 1956.
- 2) 1950: Wohnungen, deren Miete vor dem 1. 7. 1918 festgesetzt wurde;
1956: Wohnungen in vor dem 1. 7. 1918 bezugsfertigen Gebäuden.
- 3) 1950: Wohnungen, deren Miete zwischen dem 1. 7. 1918 und dem 20. 5. 1945 festgesetzt wurde;
1956: Wohnungen, die zwischen dem 1. 7. 1918 und dem 20. 6. 1948 bezugsfertig wurden.
- 4) 1950: Wohnungen, deren Miete nach dem 20. 5. 1945 festgesetzt wurde;
1956: Wohnungen in nach dem 20. 6. 1948 fertiggestellten Gebäuden.

Die Gruppe der Altbauwohnungen weist mit rd. 30 vH die bei weitem stärkste Steigerung auf, die im wesentlichen auf die beiden gesetzlichen Mieterhöhungen¹⁾ zurückzuführen ist. Darüber hinaus unterliegen die besonders teuren Altbauwohnungen, die allerdings nur einen unbedeutenden Anteil ausmachen, nicht mehr der Mietpreisbindung. Die Mieten der Neu- und Neustbauwohnungen sind dagegen mit etwa 12,7 und 14,3 vH wesentlich weniger gestiegen; bei den Neustbauwohnungen dürfte die

Erhöhung auf gestiegene Baukosten und verbesserte Ausstattung sowie eine Vergrößerung der Wohnfläche der in den letzten Jahren erstellten Wohnungen zurückzuführen sein. Wie aus einer anderen Veröffentlichung dieser Schriftenreihe ersichtlich ist²⁾, setzte sich diese Verteuerung z. B. beim öffentlich geförderten Wohnungsbau aus Kostensteigerung durch Preiserhöhungen (etwa 1/3) und durch verbesserte Ausstattung (etwa 2/3) zusammen.

**Die Durchschnittsmieten
nach der Wohnungsgröße**

Als Größenmerkmal für die Normalwohnungen ist lediglich die Zahl der Wohnräume ermittelt worden. Als Wohnräume galten alle Zimmer von 6 und mehr qm sowie alle Küchen ohne Rücksicht auf die Größe. Durchschnittsmieten für die einzelnen Wohnungsgrößenklassen wurden jedoch nur für die normalen reinen Mietwohnungen mit Mietangaben errechnet. Diese Angaben wurden auf Bundesebene durch die 10 vH-Repräsentativerhebung erstellt, für Hamburg jedoch darüber hinaus auch total ermittelt. Dieser Abschnitt stützt sich auf die Ergebnisse der Totalermittlung. Aus diesem Grund sind auch die folgenden Zahlenwerte mit denen aus etwaigen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes nur bedingt vergleichbar. Der Stichprobenfehler, der die Vergleichbarkeit beeinträchtigt, dürfte sich naturgemäß besonders bei den schwächer besetzten Größenklassen — z. B. bei den Wohnungen mit 1, 6, 7 und mehr Wohnräumen — am stärksten auswirken.

1) Verordnung PR Nr. 72/52 über einen allgemeinen Mietzuschlag bei Wohnraum des Altbaubesitzes v. 27. 9. 1952, BGBl. Nr. 40, Teil I/1952 vom 29. 9. 1952, S. 648, und Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiet des Mietpreisrechts (1. Bundesmietengesetz) v. 27. 7. 1955, BGBl. Nr. 24, Teil I/1955, S. 458.

2) Hamburg in Zahlen, Jg. 1956, Heft 24, „Volumen und Finanzierung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus in Hamburg im Jahre 1955“.

Übersicht 3

Die durchschnittliche Wohnungsmiete nach der Größe der Wohnungen¹⁾ 1956

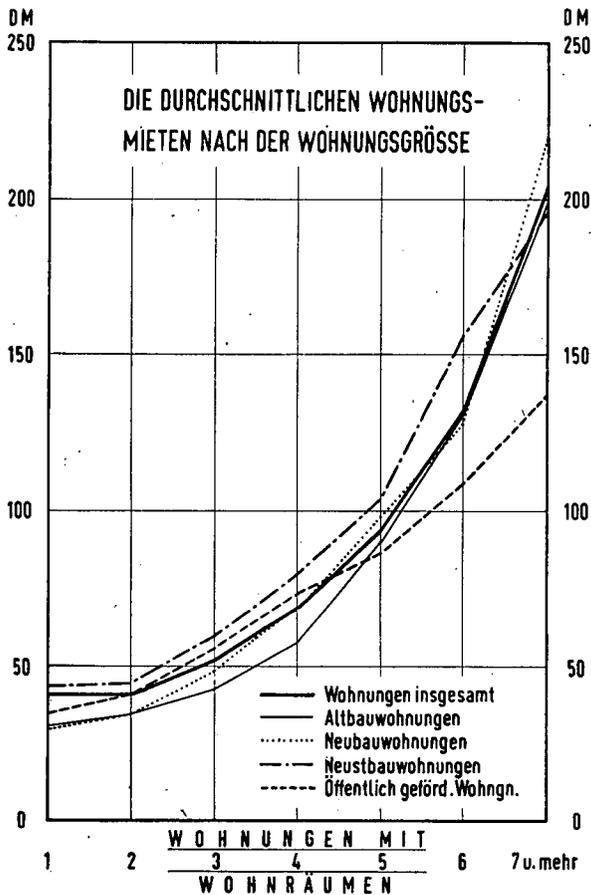
Baualtersgruppen	Miete je Wohnung in DM ²⁾ für							
	Wohnungen insgesamt	Wohnungen mit . . . Wohnräumen ³⁾						
		1	2	3	4	5	6	7 und mehr
Altbauwohnungen	61	31	35	43	58	90	131	199
Neubauwohnungen	62	30	35	49	69	98	129	219
Neustbauwohnungen darunter	64	44	45	60	80	104	156	196
Öffentlich geförderte Wohnungen	59	35	41	56	74	87	109	137
Wohnungen insgesamt	62	41	41	52	69	94	132	203

1) Nur normale, reine Mietwohnungen mit Mietangaben, einschließlich vermieteter Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm. — 2) auf volle DM abgerundet. — 3) Wohnräume mit 6 und mehr qm und Küchen.

Die Übersicht 3 zeigt, daß die Durchschnittsmieten mit zunehmender Raumzahl der Wohnungen erwartungsgemäß steigen. Diese Tendenz ist jedoch recht uneinheitlich. So sind z. B. die Einraumwohnungen durchschnittlich genauso teuer wie die Zweiraumwohnungen; der Sprung von der Durchschnittsmiete der Wohnungen mit 5 Wohnräumen zu der der Wohnungen mit 6 Wohnräumen beträgt rd. 40 vH. Das Schaubild 1 gestaltet den Inhalt

der Übersicht 3 noch anschaulicher. In dieser Darstellung läßt sich nämlich ganz klar erkennen, wie die Miete je Wohnung auch bei den Alt- und Neustbauwohnungen mit zunehmender Raumzahl unregelmäßig ansteigt. Die Wohnungen werden also, wie man aus der Darstellung entnehmen kann, von einem bestimmten Punkt an mit zunehmender Wohnungsgröße überproportional teurer.

Schaubild 1



Statistisches Landesamt Hamburg

Diese Tatsache kommt noch klarer zum Ausdruck, wenn man die durchschnittlichen Raum-mieten nach der Wohnungsgröße betrachtet, wie sie in Übersicht 4 zusammengestellt sind.

Übersicht 4

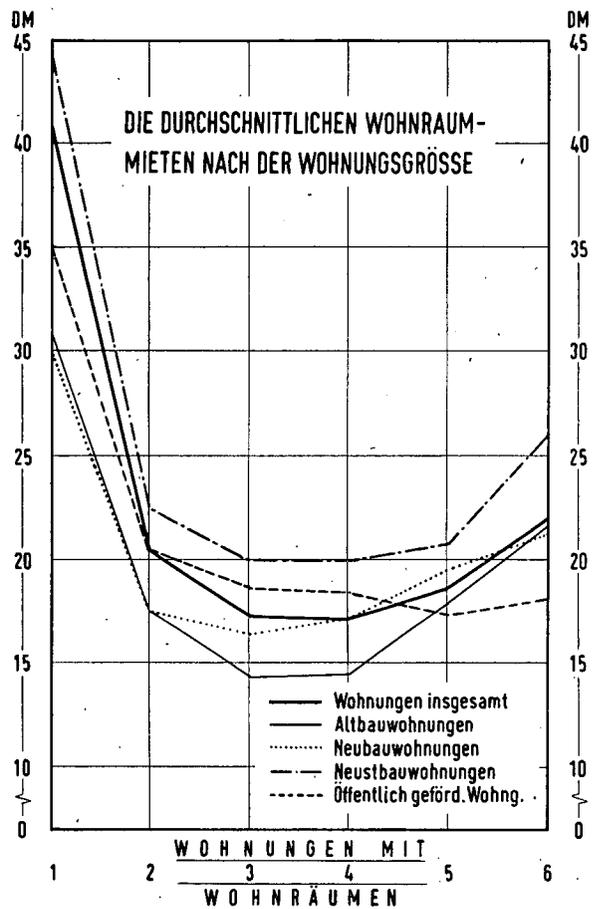
Die durchschnittlichen Wohnraum-mieten nach der Größe der Wohnungen ¹⁾ 1956

Bau- altersgruppen	Miete je Wohnraum in DM bei Wohnungen mit . . . Wohnräumen ²⁾					
	1	2	3	4	5	6
Altbau- wohnungen	31,00	17,50	14,33	14,50	18,00	21,83
Neubau- wohnungen	30,00	17,50	16,33	17,25	19,60	21,50
Neustbau- wohnungen darunter	44,00	22,50	20,00	20,00	20,80	26,00
Öffentlich geförderte Wohnungen	35,00	20,50	18,67	18,50	17,40	18,17
Wohnungen insgesamt	41,00	20,50	17,33	17,25	18,80	22,00

¹⁾ Nur normale, reine Mietwohnungen mit Mietangaben, einschließlich vermieteter Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm. — ²⁾ Wohnräume mit 6 und mehr qm und Küchen.

Wie man sieht, nimmt bei allen Baualtersgruppen die Miete je Wohnraum mit zunehmender Raumzahl zunächst ab, um dann von einem bestimmten Punkte an wieder zu steigen. Die Räume in Alt- und Neubauwohnungen werden dabei schon von den Wohnungen mit 4 Wohnräumen an teurer, die

Schaubild 2



Statistisches Landesamt Hamburg

in Neustbauwohnungen erst bei der folgenden Größenklasse. Die Übersicht 4 wird durch das Schaubild 2 ergänzt, das die Abhängigkeit der Miete je Wohnraum von der Wohnungsgrößenklasse für die einzelnen Baualtersgruppen zeigt.

Der Grund für diese beobachtete Tatsache, daß die Miete je Wohnraum mit zunehmender Wohnungsgröße zunächst fällt, dürfte darin zu suchen sein, daß einige Kostenelemente, wie z. B. Ausstattung mit Kochgelegenheit (Küche bzw. Kochnische), Bad, Heizung u. a. etwa bei einer Einraumwohnung stärker ins Gewicht fallen, während sie sich bei etwas größeren Wohnungen auf 2 oder 3 Wohnräume verteilen. Zudem dürfte die Wohnfläche der Einraumwohnungen durchschnittlich größer sein als die eines Raumes in einer Wohnung mit 2 oder 3 Räumen. Von einer bestimmten Größenklasse ab — bei Alt- und Neubauwohnungen — beginnt die Miete je Wohnraum wieder zu steigen. Das ließe sich damit erklären, daß der Anteil der besser ausgestatteten Wohnungen bei diesen Größenklassen mit zunehmender Wohnungsgröße ebenfalls steigt. Bei den Wohnungen mit 5 und 6 Wohnräumen dürfte auch die Wohnfläche der einzelnen Wohnräume in vielen Fällen größer sein als die der Wohnräume in Dreiraumwohnungen. Außerdem kann man annehmen, daß ein für die hohe Durchschnittsmiete ins Gewicht fallender Anteil dieser Wohnungen in bestimmten teuren Wohngebieten liegt, so daß zu den Kosten für die verbesserte

Ausstattung ein weiteres Kostenelement aus der Wertschätzung dieser Wohngegend hinzukommt.

Wie bereits erwähnt, unterscheiden sich die Gesamtdurchschnittsmieten der Wohnungen in den einzelnen Baualtersgruppen nur sehr wenig. Betrachtet man nun die Übersicht 5, so ergibt sich ein anderes Bild für die einzelnen Wohnungsgrößenklassen.

Wie man sieht, liegen die Neustbauwohnungen überall über dem für die entsprechende Klasse geltenden Durchschnitt. Am ausgeprägtesten ist der Unterschied bei der Klasse der Wohnungen mit 3

und 4 Wohnräumen, in der die Neustbauwohnungen um 15,4 vH bzw. 15,9 vH über dem Gesamtdurchschnitt liegen. Interessant ist jedoch die Tatsache, daß die in der Gruppe der Neustbauwohnungen enthaltenen — mit öffentlichen Mitteln geförderten — Wohnungen nur bei den 3- und 4-Raum-Wohnungen überdurchschnittliche Mieten der jeweiligen Größenklasse aufweisen. Bei den Wohnungen mit 5 und 6 Wohnräumen liegen die öffentlich geförderten Wohnungen um 7,4 und 17,4 vH beträchtlich unter der Klassendurchschnittsmiete und sind sogar darüber hinaus noch wesentlich billiger als die Alt- und Neubauwohnungen dieser Größenklasse.

Übersicht 5

Die durchschnittlichen Wohnungsmieten nach der Größe der Wohnungen¹⁾ in vH der Größenklassendurchschnittsmieten 1956

Baualtersgruppen	Miete je Wohnung in vH des Klassendurchschnitts für						
	Wohnungen insgesamt	Wohnungen mit . . . Wohnräumen ²⁾					
		1	2	3	4	5	6
Altbauwohnungen	98,4	75,6	85,4	82,7	84,1	95,7	99,2
Neubauwohnungen	100,0	73,2	85,4	94,2	100,0	104,3	97,7
Neustbauwohnungen	103,2	107,3	109,8	115,4	115,9	110,6	118,2
darunter Öffentlich geförderte Wohnungen	95,2	85,4	100,0	107,7	107,2	92,6	82,6
Wohnungen insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

1) Nur normale, reine Mietwohnungen mit Mietangaben, einschließlich vermieteter Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm. — 2) Wohnräume mit 6 und mehr qm und Küchen.

Auf den hohen Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen, die etwa 63 vH aller Neustbauwohnungen ausmachen, ist es auch zurückzuführen, daß das Mietniveau der Neustbauwohnungen nicht wesentlich höher liegt. Gliedert man diese Wohnungsgruppe in öffentlich geförderte und in frei finanzierte Wohnungen, so erhält man für die einzelnen Durchschnittsmieten folgendes Bild:

Wohnungen mit . . . Wohnräumen (einschl. Küchen)	Neustbauwohnungen zusammen		Öffentlich geförderte Neustbauwohnungen		Frei finanzierte Neustbauwohnungen	
	Miete in DM je		Miete in DM je		Miete in DM je	
	Wohnung	Raum	Wohnung	Raum	Wohnung	Raum
1	44	44,00	35	35,00	52	52,06
2	45	22,50	41	20,50	53	26,50
3	60	20,00	56	18,67	68	22,67
4	80	20,00	74	18,50	91	22,75
5	104	20,80	87	17,40	124	24,80
6	156	26,00	109	18,17	186	31,00
7 und mehr	196		137		225	
Wohnungen insgesamt	64		59		73	

In allen Wohnungsgrößenklassen liegt die Durchschnittsmiete der frei finanzierten Wohnungen also ganz beträchtlich über der öffentlich geförder-

ten Wohnungen. Die Differenz ist bei den Einraumwohnungen sowie bei den Wohnungen mit 6 und mehr Wohnräumen am ausgeprägtesten. In diesen Größenklassen weisen die frei finanzierten Wohnungen um 48,6 vH, 70,6 vH und 64,2 vH höhere Durchschnittsmieten auf als die öffentlich geförderten Wohnungen. Diese Zahlen illustrieren das Ausmaß und die Bedeutung der öffentlichen Wohnungsbauförderung. Wenn auch die höhere Durchschnittsmiete der frei finanzierten Wohnungen teilweise auf bessere Ausstattung, größere Fläche der einzelnen Wohnräume und günstigere Wohnlage zurückzuführen sein dürfte, so darf man andererseits nicht übersehen, daß gerade in dieser Wohnungsgruppe „verlorene“ Baukostenzuschüsse eine ganz besondere Rolle spielen und ähnlich wie die Förderungsbeträge im sozialen Wohnungsbau verbilligend wirken.

Die Gruppe der Altbauwohnungen weist in allen Größenklassen niedrigere Mieten auf als die entsprechenden Klassendurchschnitte. Die Differenz ist am geringsten bei den Wohnungen mit 5 und 6 Wohnräumen, wo sie nur um 4,3 bzw. 0,8 vH niedriger lag, und am ausgeprägtesten bei den Ein- und Dreiraumwohnungen. Das Ausmaß dieser Unterschiede zeigt das Schaubild 1 sehr deutlich für die einzelnen Baualtersgruppen.

B. Hat Hamburg die höchsten Mieten?

Diese Fragestellung ist für die Hansestadt außerordentlich interessant, denn Hamburg gilt auf dem Gebiet der Wohnungsmieten als „teuer“. Ein Vergleich verschiedener Gemeinden und Länder im Sinne der Fragestellung dieses Abschnitts kann recht aufschlußreiche Ergebnisse zeitigen, die auch allgemeinere Rückschlüsse auf die unterschiedlichen Wohnverhältnisse zulassen. Allerdings sind die bisherigen Zählungsergebnisse nur beschränkt für einen derartigen Vergleich geeignet, da sie nur Mittelwerte — Durchschnittsmieten — liefern. Diese Mittelwerte sind nicht immer typisch für die Charakterisierung der Gesamtmasse — es kommt vielmehr auf die Streuung an, die durch eine Schichtung des Mietwohnungsbestandes nach Mietpreisstufen wiedergegeben wird. Aus diesen ist jetzt noch nicht vorliegenden Ergebnissen könnte man ersehen, wieviel Wohnungen in billiger, sodann verhältnismäßig preisgünstiger und schließlich in teurer und sogar in sehr teurer Preisklasse in Ham-

burg und den einzelnen Vergleichsgemeinden und Ländern zur Verfügung stehen. Zu diesen Einschränkungen kommt noch die Problematik des regionalen Vergleichs hinzu.

Hamburg ist als Stadtstaat gleichzeitig Bundesland. Die Bundesländer mit vorwiegend ländlicher und kleinstädtischer Besiedlung besitzen eine ganz andersgeartete Mietenstruktur; zwei wesentliche Kostenbestandteile der Miete, Grundstückspreise und Baulöhne, sind regional sehr unterschiedlich, und außerdem sind die Anteile der billigen Altbauten in den ländlichen Gebieten beträchtlich höher als in Hamburg.

Aus diesen Gründen ist ein Vergleich strukturell ähnlicher Gebilde — wie z. B. der drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen und West-Berlin — aussagefähiger. Andererseits ist Hamburg nicht nur Stadtstaat, sondern zählt gleichzeitig zu den Großstadtgemeinden und hat damit einen Doppelcharakter.

Übersicht 6

**Die Durchschnittsmieten in den drei Stadtstaaten
Hamburg, Bremen und Berlin (West) sowie im Bundesgebiet 1950 und 1956**
(normale Mietwohnungen)

Länder	Durchschnittliche Raumzahl je Wohnung		Monatliche Durchschnittsmiete je Wohnung				Monatliche Durchschnittsmiete je Wohnraum ¹⁾			
	1950	1956	1950	1956	Veränderung 1956 gegenüber 1950		1950	1956	Veränderung 1956 gegenüber 1950	
					in DM	in vH			in DM	in vH
Hamburg	3,7	3,4	51,01	63,50	+ 12,49	+ 24,5	13,96	18,48	+ 4,52	+ 32,4
Bremen	3,7	3,5	48,79	58,26	+ 9,47	+ 19,4	13,26	16,80	+ 3,54	+ 26,7
Berlin (West)	3,2	3,1	53,53	58,87	+ 5,34	+ 10,0	16,91	19,11	+ 2,20	+ 13,0
Bundesgebiet	3,5	3,2	38,37	50,64	+ 12,27	+ 32,0	10,90	15,27	+ 4,37	+ 40,1

¹⁾ Wohnräume mit 6 und mehr qm und Küchen.

In der Veröffentlichung „Die Wohnungsmieten im August 1956“¹⁾ sind die bis zum jetzigen Zeitpunkt angefallenen Ergebnisse der Mieterhebung für das gesamte Bundesgebiet interpretiert und die unterschiedliche Struktur und Entwicklung der einzelnen Bundesländer herausgestellt worden. In dieser Abhandlung interessiert nun in erster Linie ein Vergleich der drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen und West-Berlin. Wie aus Übersicht 6 hervorgeht, liegen die durchschnittlichen Wohnungs- und Raummieten der drei Städte sowohl 1950 als auch 1956 über dem Bundesdurchschnitt. Mit 63,50 DM je Wohnung liegt Hamburg 1956 an erster Stelle, gefolgt von West-Berlin (58,87 DM) und Bremen (58,26 DM). Hamburg hat nun zwar die höchste Durchschnittsmiete je Wohnung, betrachtet man jedoch die Durchschnittsmiete je Raum, so liegt West-Berlin mit 19,11 DM am höchsten.

Interessant ist der Entwicklungsverlauf der Durchschnittsmiete in den drei Stadtstaaten. 1950 lag West-Berlin mit der höchsten Miete je Wohnung und Raum an erster Stelle. Inzwischen ist West-Berlin jedoch etwas zurückgefallen und hat lediglich noch die höchste Miete je Wohnraum. Sehr unterschiedlich ist die prozentuale Steigerung der Durchschnittsmieten verlaufen.

Länder	Prozentuale Steigerung der Durchschnittsmiete 1956 gegenüber 1950	
	je Wohnung	je Wohnraum
Hamburg	24,5	32,4
Bremen	19,4	26,7
Berlin (West)	10,0	13,0
Bundesgebiet	32,0	40,1

Die Stadtstaaten liegen also beträchtlich unter der Zunahme des Bundesgebietes. Als Grund kommt hierfür in Frage, daß in den Städten der Unterschied zwischen den Neustbaumieten, die mit überdurchschnittlicher öffentlicher Förderung relativ niedrig gehalten werden, und dem 1950 vorhandenen schon recht hohen Mietenniveau, das ja die Ausgangsbasis der Steigerung ist, nicht so groß war wie im übrigen Bundesgebiet.

Hamburg hat von den drei Stadtstaaten die höchste (24,5 vH), West-Berlin die bei weitem geringste (10,0 vH) prozentuale Zunahme der durchschnittlichen Wohnungsmieten. Auch die Miete je Wohnraum ist in Hamburg und Bremen wesentlich stärker gestiegen als in West-Berlin. Die sehr unter-

¹⁾ „Die Wohnungsmieten im August 1956“ in „Wirtschaft und Statistik“ 1957, 9. Jg. NF, H. 8, S. 409 ff.

schiedliche prozentuale Erhöhung der Durchschnittsmieten verringerte die Spanne zwischen dem Bundesdurchschnitt und den Stadtstaaten.

Länder	Miete in vH des Bundesdurchschnitts			
	1950		1956	
	je Wohnung	je Raum	je Wohnung	je Raum
Hamburg . . .	132,9	128,1	125,4	121,0
Bremen . . .	127,2	121,7	115,0	110,0
Berlin (West) .	139,5	155,1	116,3	125,1
Bundesgebiet .	100	100	100	100

Die größte Spanne zwischen den Durchschnittsmieten je Wohnung betrug 1950 fast 40 vH (West-Berlin—Bundesgebiet) und 1956 nur noch 25 vH (Hamburg—Bundesgebiet) und zwischen den Durchschnittsmieten je Wohnraum 1950 über 55 vH (West-Berlin—Bundesgebiet), 1956 dagegen nur noch 25 vH (West-Berlin—Bundesgebiet).

Diese Tendenz zur Nivellierung ist die Folge der oben angeführten Faktoren, die das Mietenniveau in den Stadtstaaten weniger steigen ließ als im Bundesgebiet.

Übersicht 7

Durchschnittliche Raum- und Wohnungsmieten nach Gemeindegrößenklassen 1956

Durchschnittsmieten	Anzahl der Gemeinden	davon hatten . . . Einwohner								
		2000 bis unter 5000	5000 bis unter 10000	10000 bis unter 20000	20000 bis unter 30000	30000 bis unter 50000	50000 bis unter 100000	100000 bis unter 200000	200000 bis unter 500000	über 500000
Monatliche Miete je Wohnung										
unter 20 DM	5	5	—	—	—	—	—	—	—	—
20 bis unter 30 DM	278	261	16	1	—	—	—	—	—	—
30 bis unter 40 DM	1 452	1 124	252	58	11	6	1	—	—	—
40 bis unter 50 DM	1 055	515	286	134	43	38	21	10	7	1
50 bis unter 60 DM	335	122	89	56	25	18	11	9	3	2
60 bis unter 70 DM	73	19	12	10	3	7	9	6	3	4
70 bis unter 80 DM	12	3	—	2	1	1	1	2	—	2
80 bis unter 90 DM	7	2	2	1	1	—	—	—	—	1
90 bis unter 100 DM	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Gemeinden insgesamt	3 218	2 051	658	262	84	70	43	27	13	10
Miete je Wohnung in DM	52,75	38,46	42,67	45,67	47,53	49,25	51,50	54,57	52,95	65,35
Monatliche Miete je Raum										
unter 10 DM	564	515	44	5	—	—	—	—	—	—
10 bis unter 11 DM	546	451	77	16	1	1	—	—	—	—
11 bis unter 12 DM	647	462	144	32	8	1	—	—	—	—
12 bis unter 13 DM	550	303	159	55	20	9	4	—	—	—
13 bis unter 14 DM	368	145	110	62	18	19	10	4	—	—
14 bis unter 15 DM	225	73	56	48	17	16	8	3	4	—
15 bis unter 16 DM	124	37	34	17	9	12	5	7	3	—
16 bis unter 17 DM	72	20	12	12	6	7	8	3	3	1
17 bis unter 18 DM	48	20	9	7	2	2	5	1	—	2
18 bis unter 19 DM	27	8	4	4	1	3	1	4	—	2
19 bis unter 20 DM	21	10	3	2	1	—	—	3	2	—
20 bis unter 21 DM	9	2	3	—	—	—	1	2	—	1
21 DM und darüber	17	5	3	2	1	—	1	—	1	4
Gemeinden insgesamt	3 218	2 051	658	262	84	70	43	27	13	10
Miete je Raum in DM	16,69	11,59	12,73	13,56	14,12	14,61	15,30	16,71	16,45	24,09

Neben den drei Stadtstaaten gibt es im Bundesgebiet noch 8 weitere Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohnern. Leider liegen die Ergebnisse für die einzelnen dieser Städte nur als Sammelgruppe der Gemeinden mit 500 000 und mehr Einwohnern vor. Innerhalb dieser Gruppe steht Hamburg mit seinem für das Bundesgebiet natürlich recht hohen Mietenniveau relativ günstig da. Ein Blick auf Übersicht 7 zeigt folgende interessante Tatsachen:

1. In 73 Gemeinden der Bundesrepublik wird eine durchschnittliche Wohnungsmiete zwischen 60 und 70 DM gezahlt. Darunter befinden sich 13 Großstädte, einschließlich Hamburg, von denen wiederum vier 500 000 und mehr Einwohner haben.
2. 20 Gemeinden fallen in Gruppen mit höherer, teilweise beträchtlich höherer Durchschnitts-

miete. Darunter befinden sich 5 Großstädte, drei davon mit 500 000 und mehr Einwohnern.

3. Von den 10 Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern fielen drei in Gruppen bis unter 60 DM, 4 (einschließlich Hamburg) in die Gruppe zwischen 60 und 70 DM und drei in Gruppen von über 70 DM durchschnittlicher Wohnungsmiete.

Noch günstiger sieht die Situation für Hamburg aus, wenn man nur die Durchschnittsmieten je Wohnraum betrachtet:

1. Hamburg liegt zusammen mit 26 anderen Gemeinden, darunter 5 Großstädte, von denen noch eine mehr als 500 000 Einwohner hat, in der Gruppe zwischen 18 und 19 DM.
2. 47 weitere Gemeinden fallen in Gruppen mit teilweise beträchtlich höherer Durchschnitts-

miete, darunter allein 13 Großstädte, von denen 5 mehr als 500 000 Einwohner zählen.

3. Von den 10 Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern liegen drei in niedrigeren Grup-

C. Zusammenfassung

Es empfiehlt sich, die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung hier zum Schluß kurz zusammenzufassen:

1. In Hamburg hat die Zahl der Mietwohnungen etwa um 135 100 oder rund 52 vH zugenommen. Damit liegt diese Zunahme über der des gesamten Normalwohnungsbestandes, der nur um 47,1 vH stieg.
2. Die 384 287 Mietwohnungen mit Mietangabe erbrachten ein monatliches Mietaufkommen von rd. 24 400 000 DM. Das sind 11 710 000 DM oder 92 vH mehr als 1950.
3. Ein Teil der Zunahme des Mietaufkommens ist auf den starken Zuwachs der durchschnittlich etwas teureren Neubauwohnungen zurückzuführen, ein anderer auf die gesetzlich zugelassenen Mieterhöhungen bei Alt- und Neubauwohnungen.
4. Die Miete je Wohnung — 1950 noch 51,00 DM — ist auf 63,50 DM, also um rund 25 vH gestiegen. Die durchschnittliche Miete je Wohnraum hat sich sogar von 13,96 DM auf 18,48 DM, um rund 33 vH, erhöht.
5. Die durchschnittlichen Wohnungsmieten nach Baualtersgruppen weichen 1956 in Hamburg kaum voneinander ab. Sie betragen für
Altbauwohnungen: 62,95 DM
Neubauwohnungen: 62,51 DM
Neustbauwohnungen: 64,67 DM.
Größere Unterschiede wies die durchschnittliche Raummiete auf, die sich bei
Altbauwohnungen auf 16,78 DM,
Neubauwohnungen auf 17,89 DM und
bei Neustbauwohnungen auf 21,01 DM belief.
6. Die Erhöhung der Durchschnittsmieten ist sehr unterschiedlich verlaufen. So betrug die Veränderung der Mieten bei reinen Mietwohnungen
+ 14 DM bei Altbauwohnungen,
+ 7 DM bei Neubauwohnungen und
+ 8 DM bei Neustbauwohnungen.

pen als die Hansestadt, eine fällt zusammen mit ihr in die Gruppe zwischen 18 und 19 DM; während die übrigen fünf alle eine teilweise beträchtlich höhere Durchschnittsmiete aufweisen.

während, die relative Zunahme bei jeder dieser Gruppen etwa 29,8 vH, 12,7 vH und 14,3 vH betrug.

7. Die durchschnittliche Wohnungsmiete steigt mit zunehmender Raumzahl der Wohnungen in allen Baualtersgruppen. Die durchschnittliche Wohnraummiete fällt mit zunehmender Raumzahl, um dann von einem bestimmten Punkt an wieder zu steigen.
8. Von den drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen und West-Berlin hat Hamburg die höchste Miete je Wohnung (63,50 DM) und West-Berlin die höchste Miete je Wohnraum (19,11 DM). Betrachtet man jedoch die ganze Größenklasse der Gemeinden mit mehr als 500 000 Einwohnern, so zeigt sich allerdings, daß drei von diesen 10 Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern durchschnittliche Wohnungsmieten von 70 und mehr DM und sogar 5 eine durchschnittliche Raummiete von über 19 DM aufweisen. In diesen 3 bzw. 5 Großstädten ist das Mietenniveau also höher als in Hamburg.

Aus der Aufrechnung der Wohnungszählung fehlen die Ergebnisse, die eine Schichtung des Mietwohnungsbestandes nach Mietpreisstufen ausweisen und damit zeigen, wieviel Wohnungen in billiger, in noch einigermaßen günstiger und in teurer Preisklasse zur Verfügung stehen. Auch die Ermittlung der in Beziehung zum Einkommen gesetzten Mietbelastung, die durch die 1 vH-Zusatzerhebung festgestellt wird, ist z. Z. noch nicht abgeschlossen. Diese Ergebnisse werden jedoch in der nächsten Zeit anfallen. Soweit sie nicht in dieser Schriftenreihe kommentiert werden, sei auf die demnächst erscheinenden beiden Bände des Quellenwerkes über diese Wohnungszählung verwiesen. Darüber hinaus wird in absehbarer Zeit in dieser Reihe ein Heft mit den regionalen Ergebnissen der Mieterhebung erscheinen.

M ü h l e n b e r g, Dipl.-Volkswirt

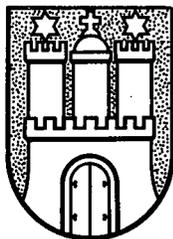
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 28. April 1958

Jahrgang 1958 – Heft Nr. 7



Hanwarshy

Der öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau in Hamburg im Jahre 1956 und ein erster Überblick über das Jahr 1957

I N H A L T

A. Der Umfang des öffentlich geförderten Bauvolumens

1. Neubau und Wiederaufbau
2. In welchen Gebäudearten liegen die geförderten Wohnungen?
3. Die Beteiligung der Bauherrngruppen an dem geförderten Bauvolumen
4. Regionale Schwerpunkte der öffentlich geförderten Bautätigkeit
5. Größe und Ausstattung der geförderten Wohnungen

B. Die Kostenentwicklung im sozialen Wohnungsbau

C. Die Mieten im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau

D. Die Finanzierung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus 1956

1. Allgemeiner Überblick
2. Die Leistungen der einzelnen Arten von Kapitalsammelstellen
3. Die Bedeutung des echten Eigenkapitals, der Mieterdarlehen und -zuschüsse sowie einiger anderer Finanzierungsbeiträge innerhalb der „sonstigen Mittel“
4. Besonderheiten der Finanzierung

E. Ausmaß und Bedeutung der Förderung durch öffentliche Mittel

1. Die Förderung durch Zins- und Tilgungssubventionen
2. Finanzierung und Subvention der Durchschnittswohnung

F. Erste Ergebnisse über den öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau 1957

1. Wie viele Gebäude und Wohnungen wurden gefördert?
2. Kostenentwicklung und Mieten 1957
3. Wie wurde der öffentlich geförderte Wohnungsbau 1957 finanziert?

Seit Jahren steht der öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau mitten im Interesse der breiten Öffentlichkeit. In ihm vereinen sich die Bemühungen des Bundes, der Länder und der Gemeinden, den ungeheuren Verlust an Wohngebäuden wettzumachen und der drückenden Wohnungsnot ein Ende zu bereiten. Jährlich fließen hohe Summen aus den öffentlichen Haushalten in den sozialen Wohnungsbau. Jeder Hamburger, ob jung oder alt, müßte für das Jahr 1956 beinahe 85,— DM zahlen, um allein diese 152 Millionen DM Darlehen aus öffentlichen Mitteln zu decken.

Ein knapper werdendes Kapitalangebot und steigende Hypothekenzinsen haben auch in Hamburg den sozialen Wohnungsbau vor neue Probleme gestellt. Verstärkte Anstrengungen mußten unternommen werden, um den sozialen Wohnungsbau vor einem scharfen Rückgang zu bewahren. Schon längst nicht mehr richtet sich die öffentliche Förderung nur auf die Hergabe zweiter und dritter

Hypotheken. Das Instrumentarium an Förderungsmaßnahmen ist reichhaltiger geworden, Annuitätsdarlehen werden nun schon seit Jahren eingesetzt, in jüngster Vergangenheit sind befristete Zinszuschüsse zur Mietverbilligung hinzugetreten. Alle diese Maßnahmen dienen dem von Anfang an klaren Ziel des sozialen Wohnungsbaus: Neubau von Wohnungen in möglichst großer Zahl zu erschwinglichen Mieten. Die in diesem Bericht untersuchten Zahlenunterlagen liegen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung schon verhältnismäßig weit zurück. Das Statistische Landesamt kann nicht immer seine Aufgabe darin sehen, mit neuesten Zahlen an die Öffentlichkeit zu treten. Hier ist beabsichtigt, durch eine möglichst gründliche Analyse langfristige Änderungen aufzuzeigen. Um aber dem Bedürfnis nach aktueller Berichterstattung entgegenzukommen, soll am Schluß ein erster Überblick über Volumen und Finanzierung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus 1957 gegeben werden.

A. Der Umfang des öffentlich geförderten Bauvolumens

Wenn man sich die zahlreichen großen und kleinen Aufsätze vergegenwärtigt, in denen seit geraumer Zeit über die Finanzierungsschwierigkeiten des sozialen Wohnungsbaus berichtet wird, dann muß die nachstehende Übersicht über die Entwicklung des geförderten Bauvolumens in Hamburg überraschen.

Jahre	Bauvorhaben ¹⁾	Gebäude ¹⁾	Wohnungen ¹⁾
1953	961	3 759	14 839
1954	1 841	4 400	18 858
1955 ²⁾	1 642	3 556	15 932
1956 ²⁾	2 568	6 732	24 317

¹⁾ Teil- und vollgeförderter, allgemeiner und gehobener sozialer Wohnungsbau zusammen. — ²⁾ Die Zahlen für 1955 umfassen nur rd. 3, für 1956 dagegen beinahe 5 Vierteljahre. Vergleiche hierzu auch die Ausführungen im Text.

Bei den Bauvorhaben, bei den Gebäuden und bei den Wohnungen wurden die Zahlen des Jahres 1955 erheblich übertroffen. Und doch ist 1956 nur ein künstliches Rekordjahr.

Die Hamburgische Wohnungsbaukasse — sie bewilligt die öffentlichen Mittel — weist für das Haushaltsjahr 1955 (vom 1. 4. 1955 bis zum 31. 3. 1956) 23 232 geförderte Wohnungen aus, die Bewilligungsstatistik für das Kalenderjahr 1955 nur 15 932. Für 1956 kehrte sich das Größenverhältnis um: die Wohnungsbaukasse zählte — wieder im Haushaltsjahr — 17 182 Wohnungen, die Bewilligungsstatistik dagegen 24 317.

Die Zahlen eines Haushaltsjahres sind nicht vergleichbar mit denen eines Kalenderjahres, aber damit allein kann nicht erklärt werden, daß nach der Berichterstattung der Wohnungsbaukasse das Jahr 1955 und nach den Ergebnissen der Bewilligungsstatistik das Jahr 1956 den bisherigen Höhepunkt an Bewilligungen gebracht hat. Die Ursache ist in einer zweimaligen Änderung des Erhebungszeitpunktes für die Bewilligungsstatistik zu suchen. Aus diesem Grunde mußten die Förderungsvorhaben des

letzten Quartals 1955 mit in das Jahresergebnis 1956 aufgenommen werden. Tatsächlich sind also im Jahre 1955 mehr Bauvorhaben, Gebäude und Wohnungen gefördert worden als 1956.

Bei allen Zahlen — abgesehen von den Strukturübersichten —, die in dem vorliegenden Bericht für das Jahr 1956 genannt werden, ist daran zu denken; daß sie ungefähr das letzte Quartal von 1955 mit umfassen.

1. Neubau und Wiederaufbau

Im sozialen Wohnungsbau werden überwiegend Neubauten und Wiederaufbauten gefördert. Wenn auf einem Grundstück ein im Krieg zerstörtes Wohnhaus gestanden hat, gilt das Bauvorhaben als Wiederaufbau, andernfalls als Neubau. Im Berichtszeitraum entfielen 14 365 Wohnungen auf den Wiederaufbau — das sind beinahe 60 vH — und 9884 (rd. 40 vH) auf den Neubau. In den Vorjahren lag das Verhältnis für den Wiederaufbau noch günstiger. Auf ihn entfielen 1954 und 1955 Anteile von 66 und 69 vH, auf den Neubau jeweils nur etwas über 30 vH.

Jahre	Geförderte Wohnungen insgesamt ¹⁾	davon wurden errichtet im	
		Neubau	Wiederaufbau
1953	14 699	6 812	7 887
1954	18 481	6 051	12 430
1955	15 814	4 831	10 983
1956	24 249	9 884	14 365

¹⁾ Ohne Wiederherstellung, Umbau, Ausbau und Erweiterung.

2. In welchen Gebäudearten liegen die geförderten Wohnungen?

In dem Zeitabschnitt, über den hier berichtet werden soll, sind für Bauvorhaben mit 6732 Gebäuden öffentliche Mittel bereitgestellt worden. In dieser Summe stecken durchaus verschiedenartige Einheiten: Mietshäuser mit zahlreichen Wohnungen neben Einfamilienhäusern mit höchstens zwei Wohnungen. Leider enthält die Gesamtzahl aber auch

die „gemischten Gebäudearten“. Hinter dieser undurchsichtigen Bezeichnung verbergen sich Ein- und Mehrfamilienhäuser, die in wenigen größeren Bauvorhaben gemeinsam errichtet werden sollen, und in einer Summe in die Bewilligungsstatistik eingehen.

Geförderte Gebäude im sozialen Wohnungsbau ¹⁾

Gebäudearten	1953	1954	1955	1956
Mehrfamilienhäuser	1 081	1 638	1 518	2 124
Kleinsiedlerstellen	636	248	313	145
Einfamilienhäuser mit Nutzgarten und Stall . . .	3	26	10	—
Sonstige Einfamilienhäuser	947	2 488	1 484	3 107
Gemischte Gebäudearten . .	1 092	—	221	1 347 ²⁾
Sonstige Gebäude	—	—	10	9
Insgesamt	3 759	4 400	3 556	6 732

¹⁾ Teil- und vollgeförderter, allgemeiner und gehobener sozialer Wohnungsbau zusammen. — ²⁾ Davon sind rd. 70 Mehrfamilienhäuser und der Rest verteilt sich auf die verschiedenen Arten von Einfamilienhäusern.

Im Berichtszeitraum werden in der Gruppe „gemischte Gebäudearten“ 1347 Gebäude ausgewiesen. Davon sind schätzungsweise 70 Mehrfamilienhäuser. Der Rest von ungefähr 1270 wäre den verschiedenen Arten von Einfamilienhäusern zuzurechnen.

Gebäudearten	1954	1955	1956	Zunahme gegenüber 1955 in vH
Mehrfamilienhäuser	1 638	1 535 ²⁾	2 200 ²⁾	43
Einfamilienhäuser ¹⁾	2 762	2 011 ²⁾	4 500 ²⁾	124
Insgesamt	4 400	3 546	6 700	89

¹⁾ Kleinsiedlerstellen, Einfamilienhäuser mit Nutzgarten und Stall, sonstige Einfamilienhäuser. — ²⁾ Schätzungen.

Übersicht 1

Die öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbauvorhaben nach Gebäudearten¹⁾ und Bauherren (auf Grund der im Jahre 1956 erteilten Bewilligungen)

Art der Bauvorhaben	Bau- vor- haben	Ge- bäude	Woh- nun- gen	davon werden errichtet durch							
				Gemeinnützige Woh- nungs- u. ländliche Siedlungs- unternehmen		Freie Wohnungs- unternehmen		Erwerbs- und Wirtschaftsun- ternehmen ²⁾		Sonstige private Bauherren	
				Gebäude	Wohnung.	Gebäude	Wohnung.	Gebäude	Wohnung.	Gebäude	Wohnung.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Neu- und Wiederaufbau zusammen	2 475	6 732	24 249	3 170	11 662	555	1 673	105	830	2 902	10 084
davon Bauvorhaben, die ausschließl. umfassen:											
Mehrfamilienhäuser . .	790	2 124	17 502	1 007	8 216	155	1 225	43	392	919	7 669
Kleinsiedlerstellen . .	44	145	150	129	132	—	—	—	—	16	18
Einfamilienhäuser mit Nutzgarten und Stall	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige Einfamilien- häuser	1 620	3 107	3 518	747	837	344	344	52	54	1 964	2 283
Sonstige Gebäude	8	9	485	—	—	—	—	8	381	1	104
Gemischte Gebäudearten	13	1 347	2 594	1 287	2 477	56	104	2	3	2	10
Wiederherstellung, Um- bau, Ausbau und Er- weiterung	93	—	68	—	—	—	—	—	1	—	67
Insgesamt	2 568	6 732	24 317	3 170	11 662	555	1 673	105	831	2 902	10 151
darunter gehobener sozialer Wohnungsbau	84	218	1 516	79	616	27	176	3	18	109	706

¹⁾ Voll- und teilgeförderter Bauvorhaben. — ²⁾ Darunter 2 Gebäude mit 3 Wohnungen errichtet durch Behörden und Verwaltungen.

Als Ergebnis dieser Überlegungen ist festzuhalten, daß für rd. 2200 Mehrfamilienhäuser und 4500 Einfamilienhäuser öffentliche Mittel bewilligt worden sind. Im Vergleich zu den Vorjahren schneiden die Einfamilienhäuser damit außerordentlich gut ab: ihre Zahl ist gegenüber dem vorangehenden Zeitabschnitt um 124 vH gewachsen. Bei den Mehrfamilienhäusern ist dagegen nur eine Zunahme um 43 vH eingetreten.

Es gibt noch ein anderes Kriterium, um Veränderungen in der Struktur des geförderten Bauvolumens zu untersuchen: das Zahlenverhältnis zwischen Ein- und Mehrfamilienhäusern. Die oben festgestellte Abnahme des Anteils der geförderten Mehrfamilienhäuser findet ihr Gegenstück in folgenden Zahlen:

Jahre	Auf ein Mehrfamilienhaus kamen . . . Einfamilienhäuser
1954	1,7
1955	1,3
1956	2,0

3. Die Beteiligung der Bauherrengruppen an dem geförderten Bauvolumen

In Übersicht 1 ist u. a. das geförderte Bauvolumen im einzelnen nach Gebäudearten aufgegliedert worden. Daraus lassen sich kaum weitgehende Erkenntnisse gewinnen. Ergiebiger ist dagegen die Zusammensetzung des Bauvolumens nach Bauherren. Fragen wie: Wer baut die meisten öffentlich geförderten Wohnungen? und: Von wem werden die meisten Einfamilienhäuser errichtet? können aus dieser Zusammenstellung beantwortet werden.

Die meisten Wohnungen wollen beispielsweise die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen erstellen. Ihnen sind für 11 662 Wohnungen öffentliche Mittel zugesagt worden. Dichtauf folgen die privaten Einzelbauherren mit 10 151 Wohnungen. Die freien Wohnungsunternehmen und die Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen spielen als Bauherren eine nur kleine Rolle. Zusammen erreichen sie die Zahl von 2500 geplanten Wohnungen. Es ist interessant, die von Jahr zu Jahr schwankende Zahl der geförderten Wohnungen einmal zu vernachlässigen und die wechselnde Bedeutung der einzelnen Arten von Bauherren an ihren prozentualen Anteilen zu untersuchen. Wir haben oben gesagt, daß die Bedeutung der freien Wohnungsunternehmen gering sei. Sie sind aber die einzige Gruppe von Bauherren, deren Anteil seit 1953 ohne Unterbrechung steigt. Das gleiche läßt sich von den anderen Bauherren nicht sagen. Die Anteile der privaten Einzelbauherren und der Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen an den geförderten Wohnungen haben die im Vorjahr erreichten Höhepunkte nicht wieder gewinnen können. Dagegen ist die relativ seit 1953 sinkende Bedeutung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zum Stillstand gekommen. Mit 48 vH der vorgesehenen Wohnungen sind sie nicht nur die gewichtigste Bauherrengruppe, sondern liegen auch merklich über dem Vorjahresanteil von nur 41 vH.

Wohnungen und öffentliche Darlehen nach Bauherren in vH

Jahre	Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	Freie Wohnungsunternehmen	Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	Sonstige private Bauherren
Wohnungen¹⁾				
1953	66,4	1,9	0,1	31,6
1954	50,9	3,7	3,5	41,9
1955	41,0	5,6	6,6	46,8
1956	48,0	6,9	3,4	41,7
Öffentliche Darlehen²⁾				
1953	69,0	1,8	0,1	29,1
1954	58,0	2,9	3,1	36,0
1955	39,8	5,0	5,5	49,7
1956	40,2	8,3	2,7	48,8

¹⁾ Teil- und vollgeforderte Bauvorhaben des allgemeinen und gehobenen sozialen Wohnungsbaus. — ²⁾ Nur vollgeforderte Wohnbauten im allgemeinen sozialen Wohnungsbau ohne Wiederherstellung, Umbau, Ausbau und Erweiterung.

An der Verteilung der öffentlichen Darlehen nach Bauherren — der zweiten Hälfte der vorstehenden Übersicht — können wir die gleichen, oben beschriebenen Tendenzen ablesen.

Wie steht es nun aber mit der Beteiligung der einzelnen Bauherrengruppen an dem Bau von Mehrfamilienhäusern, Einfamilienhäusern bzw. Kleinsiedlerstellen? Bei dieser Frage müssen wir noch einmal auf Übersicht 1 zurückkommen. Wie zu vermuten war, liegt der Schwerpunkt des Eigenheimbaus bei den privaten Einzelbauherren. Fast 2000 der 3107 ausgewiesenen „sonstigen Einfamilienhäuser“ entfallen auf sie. Leider bringen auch hier die „gemischten Gebäudearten“ Unklar-

heiten in die Zahlenverhältnisse: es ist nicht mehr festzustellen, wie viele von den rd. 1270 in ihnen enthaltenen Einfamilienhäuser auf die verschiedenen Bauherren entfallen.

Für den Bau von Kleinsiedlerstellen interessieren sich überwiegend die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen. Sie wollen allein 129 von den insgesamt 145 vorgesehenen Kleinsiedlerstellen errichten. Die restlichen 16 sollen von privaten Bauherren gebaut werden.

4. Regionale Schwerpunkte der öffentlich geförderten Bautätigkeit

Bisher haben wir das im Jahre 1956 geförderte Bauvolumen nach den verschiedensten Gesichtspunkten durchleuchtet. Zu den Fragen, die noch offengeblieben sind, gehört neben der Größe und der Ausstattung der geförderten Wohnungen auch die Verteilung der öffentlich geförderten Bautätigkeit über das Gebiet der Freien und Hansestadt. Dabei empfiehlt es sich, nicht nur das Berichtsjahr, sondern einen längeren Zeitraum der Vergangenheit zu untersuchen. Das ist in Schaubild 1 geschehen. In ihm wurden die in den Jahren 1953 bis 1956 in den einzelnen Kerngebieten bzw. Ortsamtsbereichen fertiggestellten rd. 67 000 Wohnungen dargestellt.

Wie wir sehen, bestehen ausgeprägte Unterschiede in der öffentlich geförderten Bautätigkeit der 7 Kerngebiete und 15 Ortsämter. In 9 Ortsamtsbereichen konnten in dem Berichtszeitraum weniger als 1000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gebaut werden. Auf das Ortsamt Barmbek-Uhlenhorst dagegen entfielen allein im Jahre 1956 5349 Wohnungen. In den vier Jahren von 1953 bis 1956 waren es sogar 15 558 Wohnungen.

Es hebt sich im Herzen der Stadt deutlich eine Gruppe von zusammenhängenden Ortsamtsbereichen mit besonders lebhafter Bautätigkeit ab. Zusammen bilden diese Gebietsteile den überragenden Schwerpunkt des Wohnungsbaus in Hamburg. Rund 41 000 Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus sind von 1953 bis 1956 in diesem Schwerpunktgebiet errichtet worden. Das bedeutet, daß dort zwei von drei geförderten Wohnungen zu finden sind.

Der genannte Schwerpunkt des Wohnungsbaus wird von folgenden Ortsamtsbereichen gebildet:

Gebietsteile	Zahl der geförderten Wohnungen ¹⁾	
	1953 bis 1956	1956
OA. Barmbek-Uhlenhorst	15 558	5 349
Kerngebiet des Bezirks Wandsbek	8 478	2 237
Kerngebiet des Bezirks Hamburg-Mitte	7 768	2 315
Kerngebiet des Bezirks Eimsbüttel	5 112	1 602
Kerngebiet des Bezirks Altona	4 314	1 164
Zusammen	41 230	12 667

¹⁾ Hier handelt es sich um Baufertigstellungen, daher erklären sich die Abweichungen zu Übersicht 2.

Übersicht 2

**Die regionale Verteilung der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen
im sozialen Wohnungsbau im Jahre 1956**

Bezirke Ortsämter (O.A.)	Zahl der			Die insgesamt geförderten Wohnungen nach Gebäudearten ¹⁾				In den Jahren 1953 bis 1956 geförderte Wohnungen ²⁾
	Bau- vorhaben	Gebäude	Wohn- gen	Mehr- familien- häuser	Kleinsiedler stellen	Ein- familien- häuser	Sonstige u. gemischte Gebäude- arten	
Bezirk Hamburg-Mitte	179	923	5 419	4 132	38	46	1 202	12 777
davon								
Kerngebiet	104	382	3 439	3 275	—	—	164	7 768
O.A. Billstedt	57	496	1 615	502	38	38	1 036	3 794
O.A. Veddel-Rothenburgsort	9	35	328	328	—	—	—	805
O.A. Finkenwerder	9	10	37	27	—	8	2	410
Bezirk Altona	307	745	2 055	1 296	18	508	233	6 612
davon								
Kerngebiet	86	202	1 298	1 232	—	66	—	4 314
O.A. Blankenese	221	543	757	64	18	442	233	2 298
Bezirk Eimsbüttel	313	787	2 491	1 572	2	386	522	7 278
davon								
Kerngebiet	81	141	1 236	1 233	—	3	—	5 112
O.A. Lokstedt	168	213	394	160	2	189	39	1 301
O.A. Stellingen	64	433	861	179	—	194	483	865
Bezirk Hamburg-Nord	286	984	5 653	4 840	2	316	484	19 395
davon								
Kerngebiet	49	319	943	432	—	66	444	2 265
O.A. Barmbek-Uhlenhorst	190	483	4 368	4 309	—	10	40	15 558
O.A. Fuhlsbüttel	47	182	342	99	2	240	—	1 572
Bezirk Wandsbek	932	2 177	5 615	3 529	31	1 423	611	11 407
davon								
Kerngebiet	279	860	3 255	2 411	30	196	611	8 478
O.A. Bramfeld	55	211	1 144	1 092	—	49	—	847
O.A. Alstertal	253	419	450	3	1	443	—	873
O.A. Walddörfer	170	286	322	—	—	319	—	652
O.A. Rahlstedt	175	401	444	23	—	416	—	557
Bezirk Bergedorf	140	220	575	385	57	128	—	1 767
davon								
Kerngebiet	85	142	472	377	24	70	—	1 332
O.A. Vier- und Marschlande	55	78	103	8	33	58	—	435
Bezirk Harburg	411	896	2 509	1 748	2	711	27	7 495
davon								
Kerngebiet	270	569	1 723	1 286	2	417	—	5 495
O.A. Wilhelmsburg	32	90	452	402	—	50	—	1 546
O.A. Süderelbe	109	237	334	60	—	244	27	454
Hamburg insgesamt	2 568	6 732	24 317	17 502	150	3 518	3 079	66 731

¹⁾ ohne Gebäudeteile (68 Wohnungen). — ²⁾ Zahlen der Baufertigstellungsstatistik.

Auch 1956 hat sich an dieser Konzentration nichts geändert. Mit 53 vH der geförderten Wohnungen vereinigen sie noch immer mehr als die Hälfte auf sich.

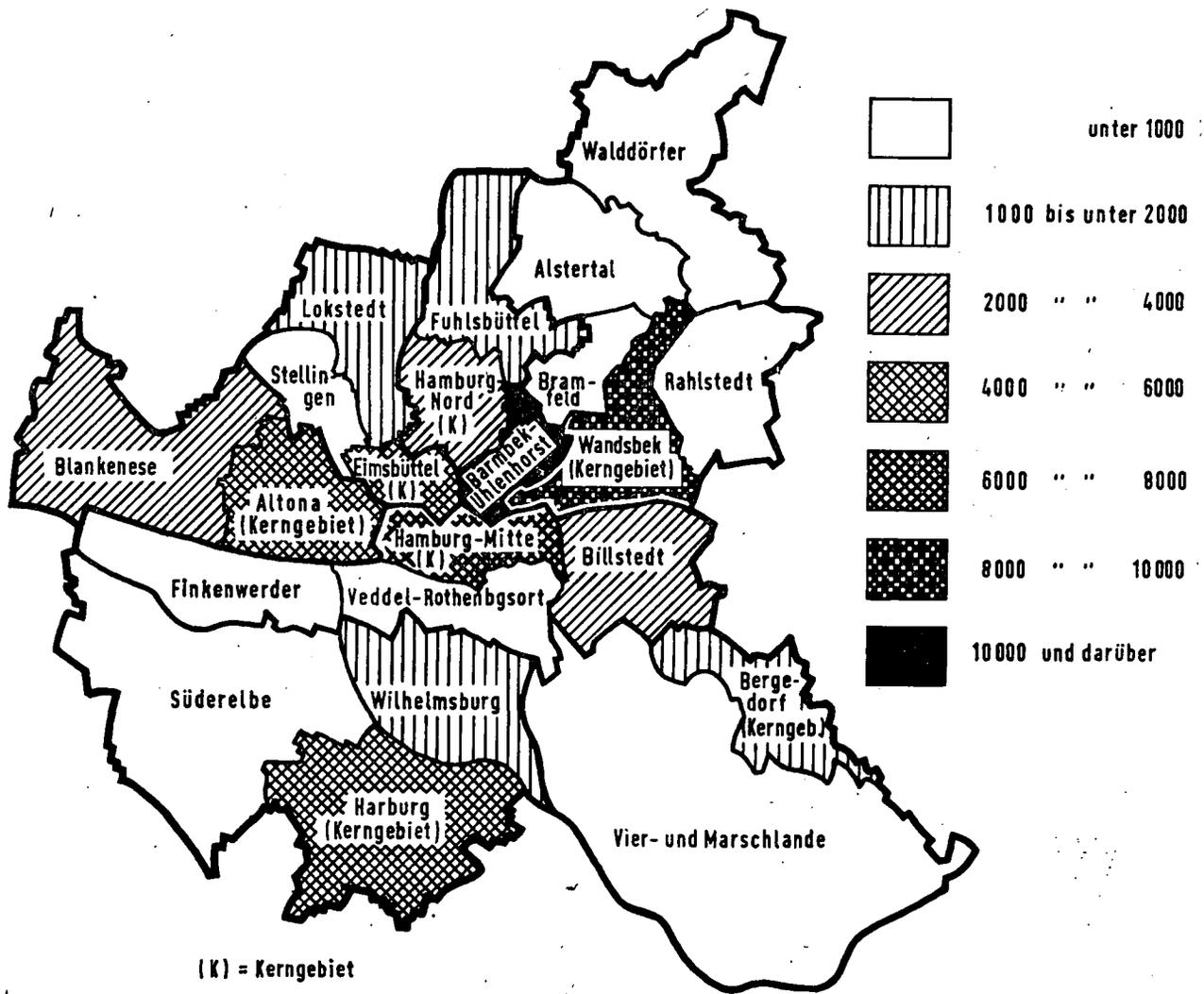
Die Begründung dafür liegt auf der Hand. Alle fünf Ortsamtsbereiche gehörten vor dem Kriege zu den am dichtesten besiedelten Wohngebieten Hamburgs. Sie alle haben durch die Bombenangriffe des zweiten Weltkrieges mehr als 50 vH, teilweise sogar 90 vH, ihres Wohnungsbestandes verloren.

Die Betonung des Schwerpunktgebietes soll jedoch nicht verdecken, daß auch in anderen Gebiets- teilen Tausende von Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden. Hier ist vor allem an die Gebietsteile des Bezirkes Harburg zu denken, in denen seit 1953 fast 7500 Wohnungen mit öffentlicher Hilfe gebaut worden sind. Daneben sind auch Billstedt, Blankenese, Fuhlsbüttel und Lokstedt Ortsämter mit reger Bautätigkeit.

Über diesen kurzen Überblick hinausgehende Zahlen sind in der Übersicht 2 zusammengestellt.

Schaubild 1

Mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnungen (Fertigstellungen) 1953 bis 1956 in Ortsämtern bzw. Kerngebieten



Statistisches Landesamt Hamburg

5. Größe und Ausstattung der geförderten Wohnungen

Die Diskussion über das Thema: „Baut familien-gerechte Wohnungen“, macht es reizvoll, der Größengliederung der Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus Vergleichszahlen aus den zwanziger und dreißiger Jahren gegenüberzustellen. Dieser statistische Vergleich ist nicht ganz unproblematisch, da inzwischen die ehemaligen Städte Altona, Har-

burg-Wilhelmsburg und Wandsbek sowie ausgedehnte Gebiete mit vorwiegend ländlichem Charakter in die Stadt Hamburg eingegliedert worden sind. Außerdem bestehen noch zwei methodische Unterschiede. Die Zahlen aus den zwanziger Jahren stammen aus der Baufertigstellungsstatistik, die heutigen aus der Bewilligungsstatistik. Damals zählte man **Zimmer** ohne Küche, heute sind die Küchen in der Zahl der **Räume** enthalten.

Übersicht 3 Die geförderten Wohnungen nach Größe und Baumaßnahmen 1955 und 1956

Art der Baumaßnahmen	Vorgesehene Wohnungen insgesamt	davon mit Räumen (einschl. Küchen)						
		1	2	3	4	5	6	7 und mehr
		1955						
Baumaßnahmen zusammen	15 932	98	951	6 020	7 932	848	71	12
darunter vH	100	0,6	6,0	37,8	49,8	5,3	0,4	0,1
Neubau	4 830	69	284	1 239	2 613	549	64	12
Wiederaufbau	10 984	29	656	4 734	5 260	298	7	—
		1956						
Baumaßnahmen zusammen	24 317	339	926	8 224	12 052	2 434	293	49
darunter vH	100	1,4	3,8	33,8	49,6	10,0	1,2	0,2
Neubau	9 880	198	297	2 411	4 979	1 693	257	45
Wiederaufbau	14 369	141	629	5 790	7 031	738	36	4

Die methodischen Unterschiede spielen bei dieser Untersuchung keine Rolle, denn die andersartige Einordnung der Küchen kann man ohne große Mühe rückgängig machen. Für die damalige Stadt Hamburg ergibt sich dann in dem Zeitraum von 1926 bis 1936 ein klarer Trend zur kleinen Wohnung.

Die Entwicklung der Wohnungsgrößen im Neubau in der Stadt Hamburg 1925 bis 1929 und 1936

Jahre	Anteile der Wohnungen mit ... Räumen (einschl. Küchen) an der Zahl der fertiggestellten Wohnungen überhaupt			
	1 und 2	3	4	5 und mehr
	in vH			
1925	2,0	13,9	39,5	44,6
1926	1,0	21,6	47,8	29,6
1927	2,1	35,9	43,4	18,6
1928	1,9	43,1	39,3	15,7
1929	4,2	45,9	38,1	11,8
1936	5,3	47,8	39,0	7,9

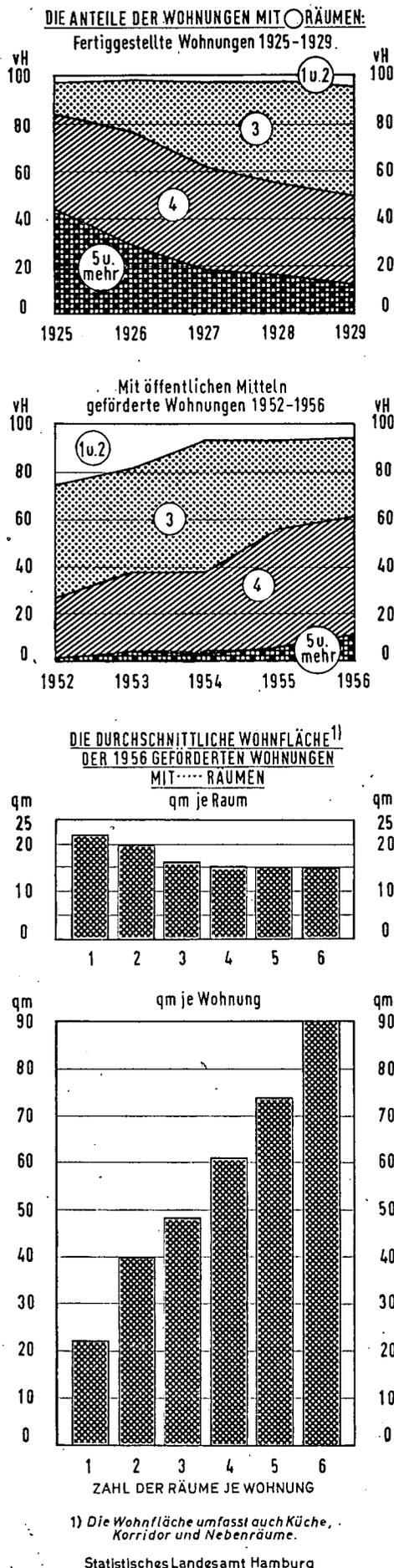
In der vorstehenden Übersicht sind die Zahlen für die Jahre der Weltwirtschaftskrise und die des nachfolgenden ersten Aufschwungs fortgelassen worden: Es überrascht immerhin, daß sich in der Zusammensetzung der im Jahre 1936 neugebauten Wohnungen die gleichen Tendenzen durchgesetzt haben, die sich in der Zeitspanne von 1925 bis 1929 schon klar abzeichneten. Man kann diese Tendenzen auf die knappe Formel bringen: die Dreiraumwohnungen entwickeln sich zur dominierenden Wohnungsgröße, die größeren Wohnungen mit fünf und mehr Räumen vertauschen ihre Vorrangstellung mit einer Nebenrolle. Die Dreiraumwohnungen können in den elf Jahren von 1925 bis 1936 ihren Anteil von 13,9 vH auf 47,8 vH mehr als verdreifachen. Die größeren Wohnungen erzielen 1936 mit 7,9 vH nur mehr ein knappes Fünftel ihres Anteils von 1926. Demgegenüber haben die ausgesprochenen Kleinwohnungen mit einem oder zwei Räumen ihre Bedeutung kaum steigern können. Ebenso nach Vierraumwohnungen scheint eine unveränderte Nachfrage bestanden zu haben.

Diese Zahlen gelten — wie oben erwähnt — für das Gebiet der damaligen Stadt Hamburg, deren Gebiet nicht die heutige Ausdehnung besaß. Angaben aus dem Jahre 1937 zeigen, daß in Harburg-Wilhelmsburg, Wandsbek und dem Hamburger Landgebiet im Durchschnitt größere Wohnungen gebaut wurden. Das hat seinen Grund vermutlich darin, daß in diesen Gebieten nicht nur Mehrfamilienhäuser, sondern auch zahlreiche Einfamilienhäuser errichtet wurden.

Die Entwicklung der Wohnungsgrößen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau 1952 bis 1956

Jahre	Wohnungen mit ... Räumen einschl. Küche			
	1 und 2	3	4	5 und mehr
	Anzahl			
1952	3 975	7 840	4 233	177
1953	2 655	6 532	4 983	651
1954	1 236	10 667	6 706	528
1955	1 049	6 020	7 932	931
1956	1 265	8 224	12 052	2 776
	in vH			
1952	24,5	48,3	26,1	1,1
1953	17,9	44,1	33,6	4,4
1954	6,5	55,7	35,0	2,8
1955	6,6	37,8	49,8	5,8
1956	5,2	33,8	49,6	11,4

Schaubild 2



In welchem Umfange sind die verschiedenen Wohnungsgrößen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau vertreten? Heute überwiegen bereits die Vierraumwohnungen. Im Berichtszeitraum war fast jede zweite geförderte Wohnung eine Vierraumwohnung, noch 1952 nur jede vierte. Die Zusammensetzung des geförderten Bauvolumens nach der Größe der Wohnungen ist — wie schon die steigende Bedeutung der Vierraumwohnungen vermuten ließ — keineswegs in jedem Jahre die gleiche. Wie bei den fertiggestellten Wohnungen in den zwanziger Jahren ändert sich heute die Zusammensetzung der geförderten Wohnungen. Nur zielte damals die Entwicklung auf kleinere Wohnungen, heute dagegen begünstigt sie den Bau von größeren, vornehmlich Vierraumwohnungen.

Das obere der beiden Schichtungsbilder in *Schaubild 2* zeigt für 1926 bis 1929 einen Abfall der Schichten von links nach rechts. Darin drückt sich eine weitgehende Verlagerung der Bautätigkeit von den großen auf die kleinen Wohnungen aus. In der jüngsten Vergangenheit, dargestellt in dem zweiten Schichtungsbild, wird die Förderung durch öffentliche Mittel in steigendem Maße größeren Wohnungen gewährt.

Auch eine kurze Betrachtung der Wohnungsgrößen nach der Bruttowohnfläche führt zu interessanten Ergebnissen. Hier zeichnet sich ebenfalls die Entwicklung zum Bau größerer Wohnungen ab, wie sie bereits im vorangehenden Abschnitt von einem anderen Standpunkt aus erkannt worden ist.

Durchschnittliche Bruttowohnfläche je Wohnung

1955	56 qm
1956	58 qm

Die Wohnungen, für die 1956 öffentliche Mittel zugesagt worden sind, waren durchschnittlich um 2 qm größer als im Vorjahre. Ein solcher Durchschnitt sagt allerdings nicht viel aus, da er große und kleine Wohnungen umfaßt. Aufschlußreicher sind die durchschnittlichen Bruttowohnflächen, wie sie in der nachstehenden Übersicht für jede Wohnungsgröße errechnet wurden. Das gleiche ist in *Schaubild 2* noch einmal zeichnerisch veranschaulicht.

Zahl der Räume je Wohnung	Zahl der vorgesehenen Wohnungen	Brutto-Wohnfläche in 1000 qm	Durchschnittliche Brutto-Wohnfläche in qm	
			je Wohnung	je Raum
1	339	7,5	22,1	22,1
2	926	37,1	40,1	20,1
3	8 204	399,0	48,6	16,2
4	12 024	732,9	61,0	15,2
5	2 434	180,0	74,0	14,8
6	293	26,4	90,0	15,0
7 und mehr	49	5,5	111,8	16,0

Wenn man noch weitergehen will, kann man fragen, wieviel qm im Durchschnitt auf einen Raum in verschieden großen Wohnungen entfallen. Wiederum in *Schaubild 2* wurde versucht, hierauf eine Antwort zu geben. Es ist leicht abzulesen, daß die Zahl der qm je Raum bei kleinen Wohnungen höher liegt als bei großen.

Ein Bauherr, der für sein Bauvorhaben öffentliche Mittel erhalten will, muß für die geplanten Wohnungen eine Mindestausstattung vorsehen, die sich wiederum nach der Höhe der veranschlagten Miete richtet. Für Wohnungen mit einer Miete bis zu 1,20 DM je qm genügt Ofenheizung und eine einfache Badeeinrichtung. Soll die Miete über 1,20 DM bis 1,43 DM betragen, werden höhere Ansprüche gestellt: bessere Badeeinrichtung, Mehrraumheizung, möglichst Balkon, und bei Arbeitsküchen Einbaumöbel. Bei Wohnungen mit einer Miete über 1,43 DM bis 1,65 DM je qm erwartet die Wohnungsbaukasse — wie es in ihrem Merkblatt vom April 1957 heißt — gut ausgestattete Wohnungen in guter Wohnlage.

Für alle öffentlich geförderten Wohnungen gehört eine Badeeinrichtung zur Mindestausstattung. Die für Wohnungssuchende mit geringem Einkommen bestimmten Wohnungen bis zu 1,20 DM machen keine Ausnahme. Es braucht nicht immer ein Badezimmer zu sein. Bei den „einfachen Badeeinrichtungen“, von denen das Merkblatt der Hamburgischen Wohnungsbaukasse spricht, wird es sich vielfach um Duschen handeln.

Die nachstehende Übersicht bestätigt, daß heute in nahezu allen mit öffentlichen Mitteln erstellten Wohnungen eine Badeeinrichtung vorgesehen ist. Zum Vergleich kann man aus *Schaubild 4* entnehmen, daß noch 1953 in nur vier von fünf Wohnungen eine Badegelegenheit vorgesehen war. In den beiden Vorkriegsjahren 1936 und 1937 waren rd. 70 vH aller fertiggestellten Wohnungen mit einem Badezimmer ausgestattet.

Die Ausstattung der fertiggestellten Normalwohnungen in den Jahren 1953 bis 1956

(Ergebnisse der Baufertigstellungsstatistik)¹⁾

Jahre	Von den im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau fertiggestellten Wohnungen haben			
	Ofenheizung		Sammelheizung	
	mit Bad	ohne Bad	mit Bad	ohne Bad
Grundzahlen				
1953	10 365	2 691	1 485	81
1954	11 297	1 678	2 186	61
1955	11 032	803	4 148	255
1956	13 384	1 150	5 509	108
Verhältniszahlen				
1953	70,9	18,4	10,2	0,5
1954	74,2	11,0	14,4	0,4
1955	67,9	4,9	25,6	1,6
1956	66,4	5,7	27,4	0,5

¹⁾ Bezogen auf den Zeitpunkt der Fertigstellung und nicht — wie bei den anderen Übersichten — auf den Zeitpunkt der Zusage der öffentlichen Mittel.

Auch die Beheizung der Wohnungen, für die öffentliche Mittel bewilligt worden sind, wird zunehmend komfortabler gestaltet. Zwar überwiegt noch immer die Ofenheizung — von den 1956 fertiggestellten Wohnungen sollen 14 534 mit Öfen geheizt werden —, aber das Verhältnis von Sammelheizung zu Ofenheizung verschiebt sich von Jahr zu Jahr mehr zugunsten der Sammelheizung. 1953 lag dieses Verhältnis bei 9:1, im Jahre 1956 schon bei 3:1.

B. Die Kostenentwicklung im sozialen Wohnungsbau

Wie schon bei der Beschreibung des geförderten Bauvolumens, so bieten sich auch bei diesem Abschnitt über die Kostenentwicklung im sozialen Wohnungsbau eine Fülle von Gesichtspunkten an, von denen wir nur einige berücksichtigen können. Beginnen wir mit der Feststellung, daß für den Bau der gleichen Wohnung von Jahr zu Jahr mehr Geld aufgewendet werden muß.

Durchschnittliche Größe und Kosten¹⁾ einer Wohnung im „allgemeinen sozialen Wohnungsbau“ 1953 bis 1955

(Vollgeförderte reine Wohnbauten im Neu- und Wiederaufbau)

Jahre	Wohnungen	Durchschnittliche Größe der Wohnung qm	Durchschnittliche Gesamtherstellungskosten ¹⁾ einer Wohnung DM
1953	9 047	48	13 800
1954	13 539	52	16 200
1955	8 363	56	18 900
1956	16 441	58	21 700

¹⁾ Darin sind enthalten: Baugrundstückswerte und Erwerbskosten, Erschließungskosten, Kosten der Gebäude einschl. der Außenanlagen und Baunebenkosten.

Wenn noch im Jahre 1953 für eine Wohnung im Durchschnitt 13 800 DM veranschlagt worden sind, so wurden im Berichtszeitraum bereits 21 700 DM benötigt.

Wie so oft verbirgt auch hier der Durchschnitt interessante Einzelheiten. Zum Beispiel sind die Gesamtherstellungskosten einer Wohnung ganz verschieden hoch, je nachdem, ob sie in einem Ein- oder Mehrfamilienhaus liegt. Schaubild 3 zeigt die Durchschnittskosten einer Wohnung in diesen beiden Wohnformen nebeneinander. In jedem der dargestellten drei Jahre waren die Wohnungen in Mehrfamilienhäusern — immer im Durchschnitt gesehen — erheblich billiger: 1954 um 5300 DM, im folgenden Jahr um 5900 und 1956 sogar um fast 10 000 DM.

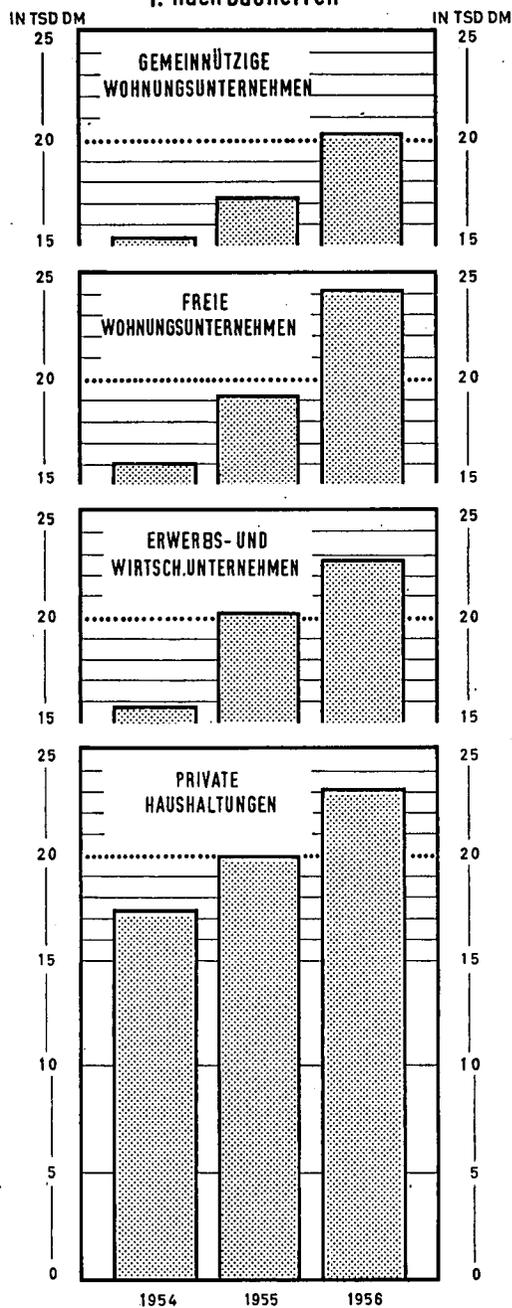
Wir können in Schaubild 3 weiter ablesen, daß 1954 für eine Wohnung in einem Einfamilienhaus durchschnittlich 21 100 DM angesetzt werden mußten. Im Berichtszeitraum hatte ein Bauherr schon mit Kosten von rund 30 000 DM für eine solche Wohnung zu rechnen.

Auch die Wohnungen in Mehrfamilienhäusern sind teurer geworden. Allerdings halten sich bei ihnen die Kostensteigerungen in engeren Grenzen: von 15 800 DM im Jahre 1954 kletterten sie auf 19 900 DM im Berichtsjahr. An dieser Stelle sei noch einmal erwähnt, daß die für 1956 genannten Zahlen — unser Berichtsjahr — auch noch einen Großteil der Bewilligungen aus dem letzten Quartal 1955 umfassen.

Die höheren Gesamtherstellungskosten einer Wohnung in einem Einfamilienhaus gegenüber einer Wohnung in einem Mehrfamilienhaus erklären sich durch bessere Ausstattung und größere Wohnfläche. Außerdem werden Wohnungen in einem Einfamilienhaus aus bautechnischen Gründen teurer

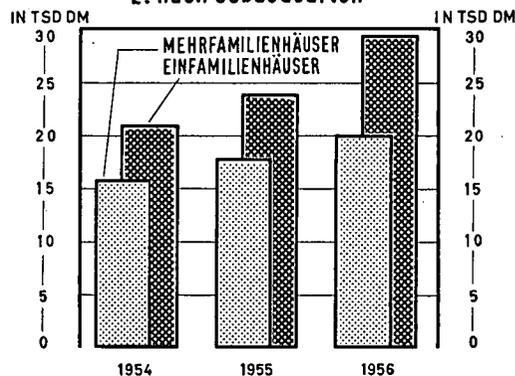
Schaubild 3

Die Entwicklung der durchschnittlichen Gesamtherstellungskosten je Wohnung 1. nach Bauherren¹⁾



¹⁾ Voll geförderte reine Wohnbauten im allgemeinen sozialen Wohnungsbau

2. nach Gebäudearten²⁾



²⁾ wie 1), jedoch ohne Kleinsiedlerstellen, sonstige und gemischte Gebäude

und schließlich verteilen sich bei ihnen die Kosten des Grundstückes nicht auf mehrere Wohnungen, sondern müssen einer einzigen oder höchstens zwei Wohnungen zugerechnet werden.

Bevor wir auf die Ursachen der Kostensteigerungen eingehen, wollen wir die Baukosten im sozialen Wohnungsbau vom Standpunkt der Bauherren aus betrachten.

Durchschnittliche Gesamtherstellungskosten je Wohnung¹⁾ nach Bauherren 1956

Bauherren	Zahl der Wohnungen	Gesamtherstellungskosten in 1000 DM	Durchschnittliche Kosten je Wohnung in DM
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	7 992	161 265	20 200
Freie Wohnungsunternehmen	981	23 620	24 100
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	251	5 666	22 600
Private Haushaltungen	7 214	166 708	23 100

¹⁾ In vollgeforderten reinen Wohnbauten des allgemeinen sozialen Wohnungsbaus (Neu- und Wiederaufbau).

Nach der letzten Spalte der vorstehenden Übersicht scheinen die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen am billigsten zu

bauen. Es folgen mit einem schon spürbar höherem Durchschnitt die Wohnungen der Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen. Die durchschnittlichen Gesamtherstellungskosten der von den privaten Haushalten geplanten Wohnungen liegen mit 23 100 D-Mark an dritter Stelle und schließlich sieht es so aus, als ob die freien Wohnungsunternehmen für die Wohnungen in ihren Wohnungsbauvorhaben am meisten Geld aufwenden.

Sind diese Unterschiede zufällig oder drücken sich in ihnen die Gewohnheiten der Bauherren aus? In Schaubild 3 sind Daten aus den Vorjahren zum Vergleich herangezogen worden. Demnach werden von den gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen in jedem Jahr die geringsten Kosten je Wohnung veranschlagt. Die privaten Bauherren als ebenso wichtige Bauherrengruppe bevorzugen durchweg etwas teurere Wohnungen, von denen allerdings ein viel größerer Anteil in **Einfamilienhäusern** liegt als bei allen anderen Bauherrengruppen (vergl. Übersicht 1). Daß hierin der letzte Grund für die Unterschiede liegt, beweist der letzte Schritt unserer Überlegungen: Wenn man die reinen Baukosten zugrundelegt, stellt sich heraus, daß die privaten Einzelbauherren von Mehrfamilienhäusern mit dem gleichen Geldaufwand je Wohnung wie die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen bauen. Ganz anders sieht das

Übersicht 4

Zusammensetzung der Gesamtherstellungskosten für Neu- und Wiederaufbauvorhaben nach Gebäudearten 1955 und 1956

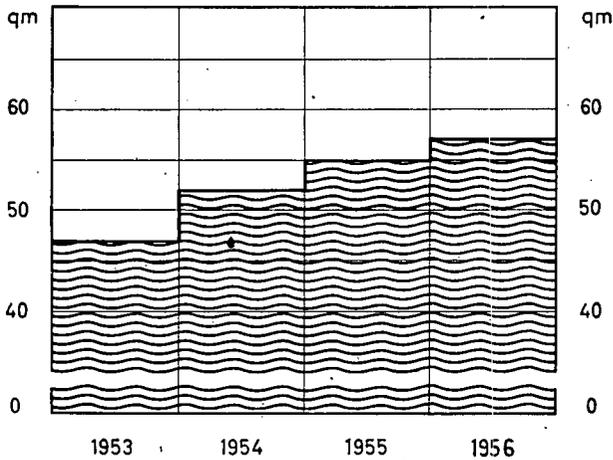
(vollgeforderte reine Wohnbauten im allgemeinen sozialen Wohnungsbau)

Gebäudearten	Zahl der			Gesamtherstellungskosten in 1000 DM		davon			
	Bauvorhaben	Gebäude	Wohnungen			Baugrundstückswerte und Erwerbskosten	Erschließungskosten	Kosten der Gebäude (einschl. der Außenanlagen)	Baunebenkosten ¹⁾
				überh.	vH				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1955									
Mehrfamilienhäuser	317	713	5 923	105 664	100	8,1	0,6	80,4	10,9
Einfamilienhäuser mit Nutzgarten u. Stall mit 2. Wohnung	1	1	2	39	100	5,1	—	94,9	—
Einfamilienhäuser mit Nutzgarten u. Stall ohne 2. Wohnung	6	6	6	142	100	12,1	—	87,9	—
Sonstige Einfamilienhäuser mit 2. Wohnung	173	302	604	11 084	100	8,9	2,2	83,1	5,8
Sonstige Einfamilienhäuser ohne 2. Wohnung	581	882	882	24 920	100	10,7	1,9	82,7	4,7
Bauvorhaben insgesamt	1 078	1 904	7 417	141 849	100	8,6	1,0	81,0	9,4
1956									
Mehrfamilienhäuser	520	1 334	10 914	217 525	100	8,6	1,3	78,7	11,4
Einfamilienhäuser mit Nutzgarten u. Stall mit 2. Wohnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Einfamilienhäuser mit Nutzgarten u. Stall ohne 2. Wohnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige Einfamilienhäuser mit 2. Wohnung	251	338	676	15 016	100	9,2	1,0	79,1	10,7
Sonstige Einfamilienhäuser ohne 2. Wohnung	1 039	2 249	2 249	71 927	100	9,2	3,9	76,4	10,5
Bauvorhaben insgesamt	1 810	3 921	13 839	304 468	100	8,8	1,9	78,2	11,1

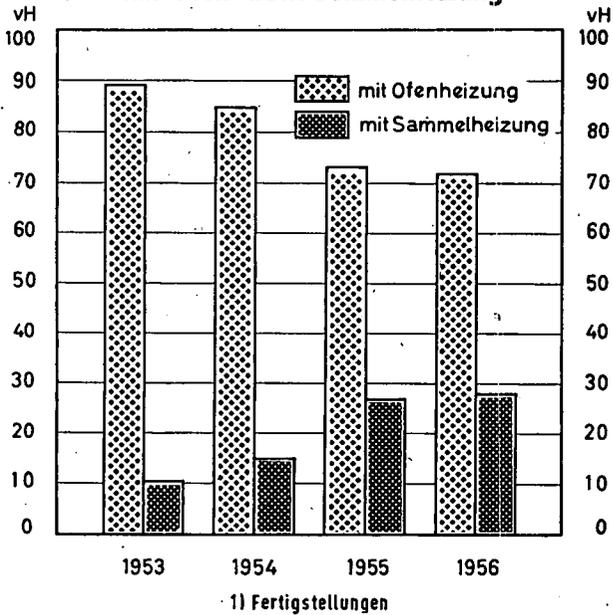
¹⁾ Bei den Einfamilienhäusern wurde, sofern es sich um kleine Bauvorhaben handelte, auf die Erfassung der Baunebenkosten verzichtet.

Schaubild 4

Die durchschnittliche Größe einer Wohnung im vollgeforderten reinen Wohnbau



Die Anteile der geförderten Wohnungen¹⁾ mit Ofen- bzw. Sammelheizung



Wohnungen¹⁾ ohne Badeeinrichtung in Zahlen und Anteilen

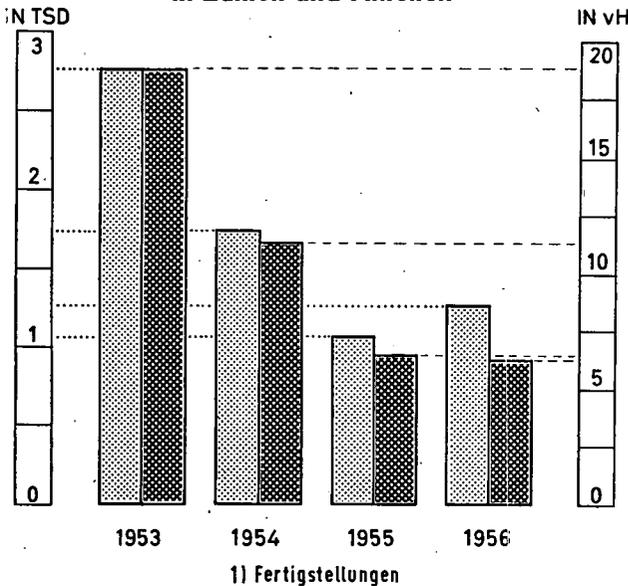


Bild bei den Wohnungen in Einfamilienhäusern aus. Hier wenden die privaten Einzelbauherren beträchtlich höhere Mittel je Wohnung auf, weil die Unternehmen einen anderen kostensparenden Typ des Einfamilienhauses bevorzugt bauen: das Reihenhäus.

Durchschnittliche reine Baukosten je Wohnung¹⁾

Bauherren:	Durchschnittliche Kosten je Wohnung in DM in einem	
	Ein-familienhaus	Mehr-familienhaus
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	18 251	15 933
Private Einzelbauherren	24 327	15 862

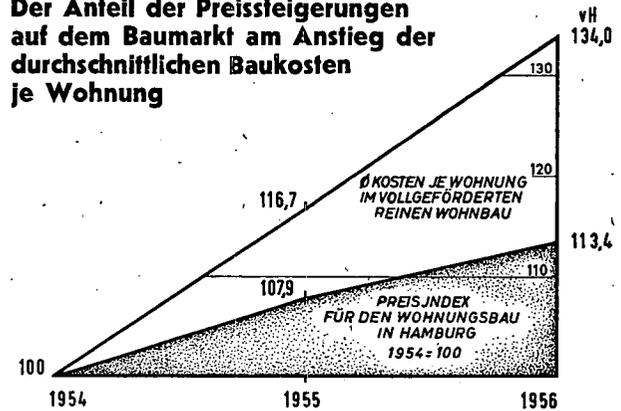
¹⁾ Vollgeforderte reine Wohnbauten im allgemeinen sozialen Wohnungsbau ohne Wiederherstellung, Umbau, Ausbau, Erweiterung, und ohne gemischte Gebäudearten.

Im vorangehenden Abschnitt haben wir ausgeführt, in welchem Ausmaß die Gesamtherstellungskosten je Wohnung in den verschiedenen Gebäudearten und bei den Gruppen der Bauherren gestiegen sind. Welche Ursachen sind dafür verantwortlich?

Die vermehrte Ausstattung der geförderten Wohnungen mit Badezimmern und Sammelheizung wirkt sich zweifellos auf die Höhe der Baukosten aus. Ebenso verlangen die im Durchschnitt größeren Wohnflächen der geförderten Wohnungen den Einsatz höherer Mittel. Wie schon erwähnt, waren die 1956 geförderten Wohnungen im Durchschnitt um 2 qm größer als 1955.

Schaubild 5

Der Anteil der Preissteigerungen auf dem Bauparkt am Anstieg der durchschnittlichen Baukosten je Wohnung



Ein Vergleich mit dem für den Wohnungsbau geltenden Preisniveau von 1950 zeigt für die Zwischenzeit einen merklichen Preisauftrieb. Der für Hamburg errechnete Preisindex für den Wohnungsbau auf der Basis 1950 lag im Berichtsjahr schon bei 134,3 und damit 6,5 Punkte höher als 1955.

In Schaubild 4 ist ein Überblick über die Entwicklung der wichtigsten kostensteigernden Faktoren seit 1953 gegeben. Wir ersehen daraus, daß die Durchschnittsgröße einer geförderten Wohnung von 1953 bis 1956 um rund 10 qm gewachsen ist. Die Baufertigstellungsstatistik zeigt für den öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau, daß immer mehr Wohnungen mit einer Badeeinrichtung und Sammelheizung ausgestattet werden.

Schaubild 5 versucht, eine Antwort auf die Frage zu geben, wieweit das Steigen der Gesamt-

herstellungskosten je Wohnung auf den Preisauftrieb im Bausektor zurückzuführen ist. Während die Kosten von 1955 auf 1956 ungefähr in gleichem Maße wie von 1954 auf 1955 anzogen, hat

der Preisanstieg ein wenig nachgelassen. Nach dieser Gegenüberstellung läßt sich ein reichliches Drittel der Kostensteigerungen seit 1954 der Preisbewegung zuschreiben.

C. Die Mieten im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau

Kostensteigerungen im Wohnungsbau pflegen sich auf die Höhe der veranschlagten Richtsatzmieten auszuwirken, besonders wenn eine bessere Ausstattung zu den höheren Kosten geführt hat. Sowohl in dem ersten als auch wieder in dem zweiten Wohnungsbaugesetz wurde die Miete im Zusammenhang mit der Ausstattung gesehen, wozu im Einzelfall auch eine besonders günstige Lage gehören kann.

Die hier besprochenen Monatsmieten je qm sind nicht einzeln für jede geförderte Wohnung berechnet und festgehalten worden. Nach dem ersten Wohnungsbaugesetz¹⁾ wird von der Bewilligungsstelle eine durchschnittliche Miete je qm Wohnfläche für das ganze Bauvorhaben ermittelt. Auf der Grundlage dieses Durchschnittssatzes muß der Vermieter die Miete für jede einzelne Wohnung je nach Größe, Lage und Ausstattung errechnen. In die Bewilligungsstatistik gehen nur die Durchschnitts-

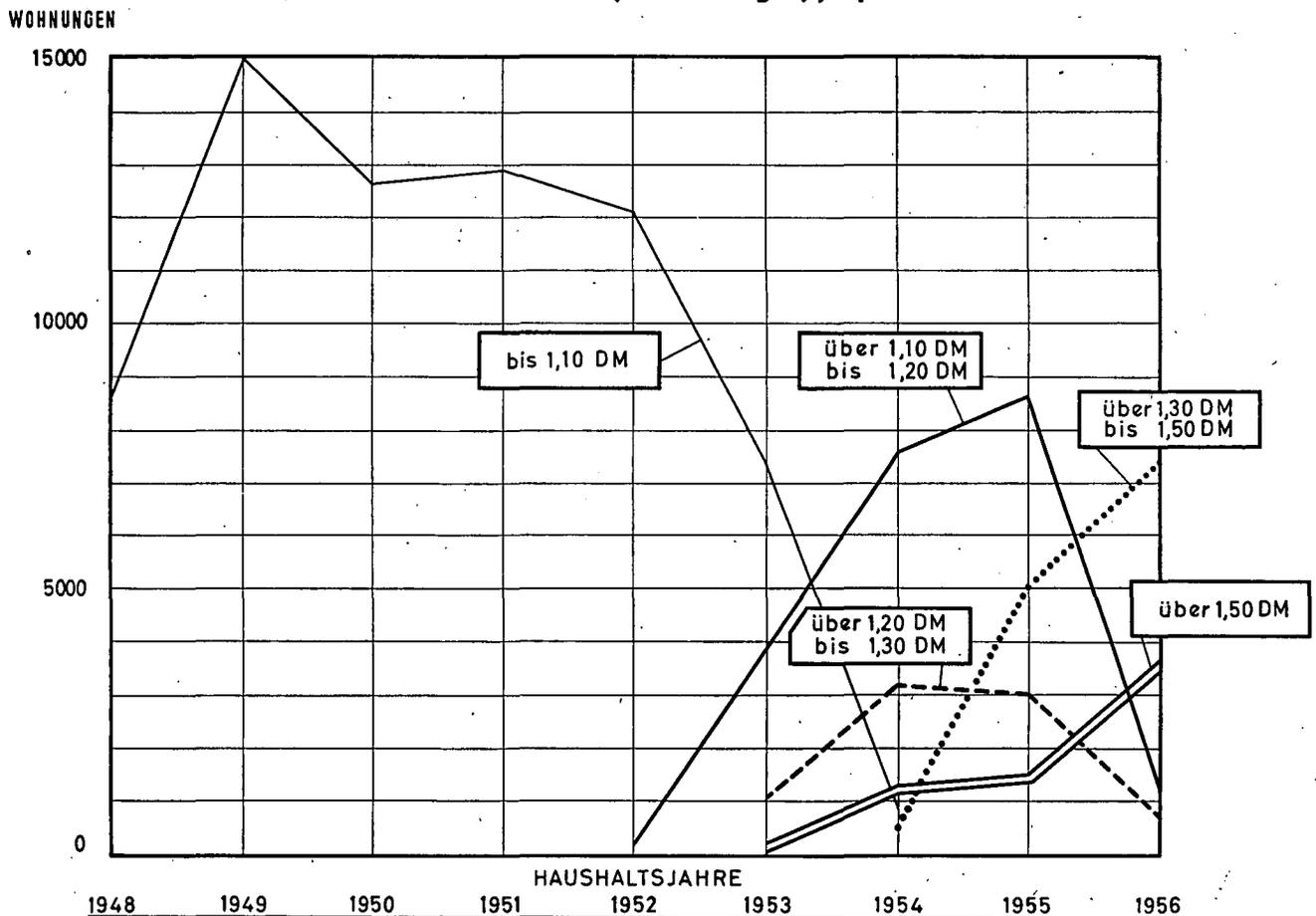
sätze für die einzelnen Bauvorhaben ein. In Wirklichkeit mag das Bild also noch ein wenig differenzierter sein, als er hier dargestellt werden kann. Wir müssen noch eine weitere Einschränkung machen: die Mieten in der Bewilligungsstatistik tragen nur vorläufigen Charakter. Sie werden auf Grund des Kostenvoranschlages gefunden. Wenn die Bauausführung teurer ist als angenommen — aus Gründen, die der Bauherr nicht zu vertreten hat — wird die Miete neu festgesetzt.

Schaubild 6 unterrichtet über die Bedeutung der billigen und teuren Mieten seit 1948. Herausgegriffen wurden die veranschlagten Mieten je qm Wohnfläche für geförderte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern und aus Gründen der Übersichtlichkeit zu Mietpreisstufen zusammen-

¹⁾ Vgl.: § 29 (2) des ersten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 25. August 1953.

Schaubild 6

Die geförderten Wohnungen nach der Höhe ihrer Richtsatzmieten in DM (mit Zuschlägen) je qm Wohnfläche



Quelle: Geschäftsbericht der Hamburgischen Wohnungsbaukasse.

Statistisches Landesamt Hamburg

gefaßt. Was sofort ins Auge fällt ist, daß von 1948 bis 1952 — da es sich um Angaben der Hamburgischen Wohnungsbaukasse handelt, immer Haushaltsjahre — die billigen Mieten bis zu 1,10 DM je qm vollständig vorherrschten. Im Jahre 1953 stellten sie noch die bei weitem stärkste Gruppe. Aber schon im folgenden Jahr waren nur noch für einen kleinen Rest von 1000 Wohnungen Mieten bis zu 1,10 DM je qm vorgesehen. In den Förderungsmaßnahmen von 1955 und 1956¹⁾ gab es sie nicht mehr.

Seit 1952 wird das Bild differenzierter. Die Mieten über 1,10 bis 1,20 DM treten vorübergehend an die Stelle der ganz billigen Mieten bis zu 1,10 DM je qm. Während noch im Haushaltsjahr 1955 rund 8600 Wohnungen mit Mieten dieser Stufe finanziert wurden, waren es 1956 nur noch knapp 1300. Auch diese verhältnismäßig niedrigen Mieten sind von der Kostenentwicklung bereits überholt worden.

Fast die gleiche Bewegung vollzieht sich in der nächsthöheren Mietpreisstufe über 1,20 bis 1,30 DM; auch hier konnten 1956 die erheblich höher liegenden Wohnungszahlen der beiden Vorjahre nicht wieder erreicht werden.

Die einzigen Mietpreisstufen, deren Bedeutung im Steigen begriffen ist, sind die über 1,30 bis 1,50 DM und über 1,50 DM je qm. Noch im Jahre 1954 wurden nur 570 Wohnungen mit einer Miete über 1,30 bis 1,50 DM gefördert. Im folgenden Jahr waren es bereits über 5000 Wohnungen und 1956 sogar schon 7400. Ein ähnlich rasches Anwachsen trifft für die teuerste Mietpreisstufe von über 1,50 DM je qm zu.

Für die Zukunft eröffnet das zweite Wohnungsbaugesetz die Möglichkeit, noch höhere Mieten anzusetzen. Während der Bauherr bei einfach ausgestatteten Wohnungen bisher (nach den Richtlinien²⁾ der Hamburgischen Wohnungsbaukasse) bis zu 1,20 DM je qm gehen konnte, liegt die Grenze heute bei 1,45 DM. Für Wohnungen mit besserer Ausstattung ist die Grenze von 1,43 DM auf 1,70 DM angehoben worden und für die Wohnungen des gehobenen sozialen Wohnungsbaus beträgt sie seit dem 1. Januar 1957 schon 2,00 DM anstatt 1,65 DM je qm nach der älteren Regelung.

¹⁾ Es ist möglich, daß für einen Teil der 1956 geförderten Wohnungen die Mieten beim Bezuge durch Zinszuschüsse weiter verbilligt werden (siehe auch Kostenentwicklung und Mieten 1957).

²⁾ Vgl.: Merkblatt der Hamburgischen Wohnungsbaukasse für die Finanzierung für Miet- und Genossenschaftswohnungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau für das Wohnungsbauprogramm 1957.

Noch einmal soll hervorgehoben werden, daß die billigen Richtsatzmieten verschwinden und durchweg höhere Mieten verlangt werden, weil heute kaum noch die einfachen Wohnungen der ersten Nachkriegsjahre gebaut werden. Die Kostensteigerungen sollen auch nicht restlos durch höhere Subventionen aufgefangen, sondern zum Teil von den Mietern mitgetragen werden.

Die vorangegangenen Ausführungen dieses Abschnittes beschäftigten sich mit dem Vordringen der höheren Mieten seit 1948. In der nachstehenden Übersicht sollen die 1956 in Mehrfamilienhäusern von den einzelnen Bauherrengruppen geplanten Mieten im Querschnitt gezeigt werden. Wir können leicht erkennen, daß jede der beiden großen Bauherrengruppen zwei Mietpreisstufen besonders bevorzugt. Die Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sahen 1500 billige Wohnungen vor und machten für den Rest Gebrauch von den Zuschlagsmöglichkeiten des 1. Wohnungsbaugesetzes. Dabei bildete sich für die Mietpreisstufe von 1,40 bis 1,49 DM eine starke Gruppe von 2000 Wohnungen heraus.

Richtsatzmieten (mit Zuschlägen) in Mehrfamilienhäusern 1956

Höhe der Richtsatzmiete (mit Zuschlägen) je qm	Zahl der Wohnungen ¹⁾ in Mehrfamilienhäusern	davon wurden errichtet durch			
		Gemeinnützige Wohnungs- u. ländliche Siedlungsunternehmen	Freie Wohnungsunternehmen	Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	Sonstige private Bauherren
unter 1,10 DM . .	—	—	—	—	—
1,10 bis 1,19 DM . .	1 932	1 534	—	—	398
1,20 bis 1,29 DM . .	2 778	693	263	28	1 794
1,30 bis 1,39 DM . .	1 008	565	14	8	421
1,40 bis 1,49 DM . .	4 298	2 009	173	150	1 966
1,50 DM und mehr ²⁾	456	386	—	—	70
Insgesamt	10 472	5 187	450	186	4 649

¹⁾ Vollgeforderte reine Wohnbauten im allgemeinen und gehobenen sozialen Wohnungsbau ohne Wiederherstellung, Umbau, Ausbau und Erweiterung.

²⁾ einschl. der Wohnungen mit selbstverantwortlich gebildeter Miete nach § 30 des ersten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 25. August 1953.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei den privaten Einzelbauherren ab. Von ihren rd. 4600 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern sollten 1800 mit einer Miete über 1,20 bis 1,29 DM und fast 2000 mit einer Miete über 1,40 bis 1,49 DM gebaut werden.

D. Die Finanzierung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus 1956

1. Allgemeiner Überblick

Die Finanzierung eines so umfangreichen Investitionsvorhabens wie es der soziale Wohnungsbau 1956 mit seinen 24 000 Wohnungen darstellt, ist keine leichte Aufgabe: sie hat in dem hier beschriebenen Zeitraum darin bestanden, das stattliche Investitionskapital von rund einer halben Milliarde DM bereitzustellen. Als Kapitalgeber kommen zunächst die Bauherren selbst, die Kapitalsammelstellen und — weil es ohne sie nicht geht — die öffentliche Hand in Betracht.

Die erfreulichen, noch im Vorjahre deutlich erkennbaren Anzeichen einer Erholung des Kapitalmarktes setzten sich 1956 aus verschiedenen Gründen nicht fort: der Absatz an Pfandbriefen ging zurück, der Zuwachs an Spareinlagen verlangsamte sich. Beides hängt eng zusammen mit dem Auslaufen steuerlicher Förderungsmaßnahmen. Wieder einmal zeigte es sich, daß der Wohnungsbau der Konkurrenz der Industrie um das immer noch so knappe Investitionskapital nicht gewachsen ist. Ihre achtprozentigen Obligationen sind eine reizvollere

Übersicht 5

**Die zugesagten Finanzierungsmittel für alle Bauvorhaben im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau
nach ihren Quellen 1955 und 1956 (ohne Nachfinanzierungen)**

Finanzierungsquellen	Veranschlagte Gesamtherstellungskosten in 1000 DM											
	1 9 5 5						1 9 5 6					
	insgesamt		davon				insgesamt		davon			
			allgemeiner sozialer Wohnungsbau		gehobener sozialer Wohnungsbau				allgemeiner sozialer Wohnungsbau		gehobener sozialer Wohnungsbau	
	überhaupt	vH	überhaupt	vH	überhaupt	vH	überhaupt	vH	überhaupt	vH	überhaupt	vH
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
1. Öffentliche Mittel überhaupt (Bundes-, Landes- und Lastenausgleichsmittel)	84 601	27,7	80 268	28,8	4 333	16,3	151 852	28,3	143 909	28,8	7 943	21,7
2. Kapitalmarktmittel überhaupt	143 419	47,0	129 992	46,7	13 427	50,4	266 224	49,7	249 598	50,0	16 626	45,5
darunter durch Annuitätsdarlehen gefördert	34 727	11,4	33 764	12,1	963	3,6	78 244	14,6	76 863	15,4	1 381	3,8
davon												
a) Pfandbriefinstitute	38 557	12,6					59 974	11,2	57 719	11,6	2 255	6,2
b) Sparkassen	63 925	21,0	57 688	20,7	6 237	23,4	60 554	11,3	53 077	10,6	7 477	20,5
c) Privat- und Sozialversicherungen	23 890	7,8	22 471	8,1	1 419	5,3	80 674	15,1	77 173	15,5	3 501	9,6
d) Bausparkassen	3 969	1,3	3 827	1,4	142	0,5	10 593	2,0	10 395	2,1	198	0,5
e) Sonstige Kapitalmarktmittel	13 078	4,3					54 429	10,1	51 234	10,2	3 195	8,7
3. Sonstige Mittel überhaupt	77 158	25,3	68 280	24,5	8 878	33,3	117 897	22,0	105 917	21,2	11 980	32,8
davon												
a) Arbeitgeberdarlehen und -zuschüsse	1 537	0,5	1 041	0,4	496	1,9	4 279	0,8	1 269	0,2	3 010	8,3
b) Eingliederungsdarlehen aus Lastenausgleichsmitteln	18 586	6,1	17 721	6,4	865	3,2	37 940	7,1	36 647	7,3	1 293	3,5
c) Finanzierungshilfen aus Landesmitteln	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
d) Mieterdarlehen und -zuschüsse	9 732	3,2	7 933	2,8	1 799	6,7	6 862	1,3	4 773	1,0	2 089	5,7
e) Echtes Eigenkapital (Bargeld, Baustoffe, Selbsthilfe, Grundstück, Gebäuderestwert)	39 382	12,9	35 210	12,6	4 172	15,7	63 402	11,8	59 802	12,0	3 600	9,9
f) Unechtes Eigenkapital (gestundetes Restkauf- geld, gestundete Anliegerbeiträge, gestundete Erschließungskosten, Verwandten- u. Gefällig- keitsdarlehen)	392	0,1	307	0,1	85	0,3	491	0,1	491	0,1	—	—
g) Sonstiges	7 529	2,5	6 068	2,2	1 461	5,5	4 923	0,9	2 935	0,6	1 988	5,4
Finanzierungsmittel insgesamt	305 178	100	278 540	100	26 638	100	535 973	100	499 424	100	36 549	100
darunter												
7c-Mittel insgesamt	6 247		5 683		564		5 874		4 874		1 000	
von den Finanzierungsmitteln insgesamt sind:												
Erststellig gesichert	108 692	35,6	96 228	34,5	12 464	46,8	170 982	31,9	157 036	31,4	13 946	38,2
Nachrangig gesichert	137 914	45,2	131 753	47,3	6 161	23,1	285 044	53,2	273 127	54,7	11 917	32,6
Nicht dinglich gesichert	58 572	19,2	50 559	18,2	8 013	30,1	79 947	14,9	69 261	13,9	10 686	29,2

Anlagemöglichkeit als Pfandbriefe mit einer Verzinsung von sechs Prozent. Die Hypothekenbanken, die den achtprozentigen Industrieobligationen achtprozentige Pfandbriefe an die Seite stellten, ermäßigten statt dessen den Ausgabekurs der sechsprozentigen Emissionen im Laufe des Jahres 1956 und nahmen zum Teil nicht unbeträchtliche Rückflüsse auf.

Überdies hatte die damals noch bevorstehende Rentenreform die Sozialversicherungsträger sichtlich zur Zurückhaltung veranlaßt. Sie stellten dem Wohnungsbau weniger Mittel aus ihren Überschüssen zur Verfügung.

In unserem Bericht über das Jahr 1955 hatten wir für den öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau in Hamburg feststellen können, daß sich die Kapitalsammelstellen in steigendem Maße an

seiner Finanzierung beteiligten. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt durch die Gesetzgebung über die Übernahme von Bürgschaften sowie von Annuitätsdarlehen und Annuitätzuschüssen durch die Freie und Hansestadt Hamburg erleichtert worden.

Wir hatten damals auch darauf hingewiesen, daß eine stärkere Beteiligung des Kapitalmarktes an der Wohnungsbaufinanzierung stärkere Abhängigkeit von den Veränderungen des Kapitalmarktes bedeutet. Man müßte also erwarten, daß die Schwierigkeiten des Kapitalmarktes 1956 sich auch auf die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus ausgewirkt haben. Die vorliegenden Zahlen bestätigen diese Vermutung nicht. In der nachstehenden Übersicht werden für 1955 Kapitalmarktmittel in Höhe von rd. 143 Millionen DM ausgewiesen, für unseren Berichtszeitraum dagegen von 266 Millionen DM. Diese Zahl ist ebenso wie das Finanzie-

Die Finanzierung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus 1952 bis 1956

Herkunft der Mittel	1952		1953		1954		1955 ¹⁾		1956 ¹⁾	
	in 1000 DM	vH	in 1000 DM	vH	in 1000 DM	vH	in 1000 DM	vH	in 1000 DM	vH
Öffentliche Mittel	127 138	58,5	114 619	52,4	141 007	44,9	84 601	27,7	151 852	28,3
Kapitalmarktmittel	57 691	26,5	62 293	28,5	96 594	30,8	143 419	47,0	266 224	49,7
Sonstige Mittel	32 542	15,0	41 759	19,1	76 250	24,3	77 158	25,3	117 897	22,0
Insgesamt	217 371	100	218 671	100	313 851	100	305 178	100	535 973	100

¹⁾ Wie in allen vorangehenden Tabellen umfaßt das Jahr 1955 nur rd. 3 und das Jahr 1956 fast 5 Vierteljahre.

rungevolumen überhaupt und die Summen der öffentlichen und der sonstigen Mittel künstlich überhöht, weil die zweimalige Änderung des Erfassungszeitpunktes¹⁾ in der Bewilligungsstatistik zu Verschiebungen zwischen den Jahren 1955 und 1956 geführt hat. Wir können die für 1955 und 1956 genannten absoluten Zahlen nicht unmittelbar vergleichen. Es bleibt zu prüfen, ob sich die Anteile der einzelnen Kapitalgeber verschoben haben.

Seit 1952 haben die Kapitalmarktmittel von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewonnen; parallel dazu ging der im Haushalt ausgewiesene Anteil der öffentlichen Mittel zurück. 1955 wurden die Wohnungen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus im Durchschnitt zur Hälfte mit vom Kapitalmarkt aufgebrachten Mitteln und zu je einem Viertel mit öffentlichen und sonstigen Mitteln finanziert. Damit scheinen die Umschichtungen im Mittelaufkommen zu einem vorläufigen Abschluß gekommen zu sein, denn für 1956 errechnen sich — von geringfügigen Abweichungen abgesehen — die gleichen Anteile:

öffentliche Mittel	28,3 vH
Kapitalmarktmittel	49,7 vH
sonstige Mittel	22,0 vH

Es ist in einem der folgenden Abschnitte auszuführen, daß sich seit 1955 hinter den hohen Anteilen der Kapitalmarktmittel öffentliche Förderungsmaßnahmen verbergen, die in dieser Form der Darstellung nicht sichtbar werden.

¹⁾ Wie in allen Bundesländern so wurde auch in Hamburg vor dem Inkrafttreten des 2. Wohnungsbaugesetzes noch eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Bewilligungen ausgesprochen. Auch dadurch erscheinen die für 1956 genannten Zahlen überhöht.

Vermutlich sind eine ganze Reihe von Gründen dafür verantwortlich, daß der soziale Wohnungsbau in Hamburg trotz Finanzierungsschwierigkeiten in gleichem Umfang wie im Vorjahr mit Kapitalmarkthypotheken versorgt werden konnte. Einmal umfaßt unser Berichtszeitraum neben dem Jahr 1956 auch einen Großteil der Bewilligungen aus dem letzten Quartal 1955, insofern mögen die Änderungen ein wenig verwischt werden. Schließlich ist an der Statistik der Baufertigstellungen ein Rückgang des frei finanzierten Wohnungsbaus in Hamburg abzulesen, der dazu geführt hat, daß der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen heute bei 80 vH der Fertigstellungen überhaupt liegt. Es ist demnach nicht so, daß der Wohnungsbau in Hamburg von den Finanzierungsschwierigkeiten unberührt geblieben wäre — nur haben sie vor allem den schon wegen seines relativ hohen Bedarfs an Kapitalmarkthypotheken und Eigenkapital empfindlicheren freifinanzierten Wohnungsbau betroffen.

2. Die Leistungen der einzelnen Arten von Kapitalsammelstellen

Nach diesem allgemeinen Überblick über die Finanzierungslage müßte eine gründliche Analyse der Finanzierungsbeiträge der einzelnen Arten von Kapitalsammelstellen folgen. Das ist in diesem Bericht leider nur mit großen Einschränkungen möglich, weil bei der statistischen Auswertung bei vielen vorläufigen Bewilligungsbescheiden der Geldgeber des Kapitalmarktes noch nicht feststand. Die Sammelposition „sonstige Kapitalmarktmittel“ ist daher in den Zahlen für 1956 ganz besonders hoch und erschwert jede Aussage über den Beitrag der einzelnen Arten von Kapitalsammelstellen.

Finanzierungsquellen	Finanzierungsbeiträge in vH		
	1954	1955	1956
Pfandbriefinstitute	23,4	26,9	22,5
Sparkassen	43,4	44,6	22,8
Privat- und Sozialversicherungen	14,9	16,6	30,3
Bausparkassen	3,6	2,8	4,0
Sonstige Kapitalmarktmittel . .	14,7	9,1	20,4
Kapitalmarktmittel insgesamt . .	100	100	100

Immerhin geht aus der vorstehenden Übersicht klar hervor, daß der Anteil der Privat- und Sozialversicherungen in ungewöhnlichem Maße ange-stiegen ist. Gegenüber 1955 hat er sich nahezu verdoppelt. Ebenso läßt sich mit Sicherheit sagen, daß die Bausparkassen sich stärker als bisher an der Finanzierung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus beteiligt haben und daß der Beitrag der Sparkassen seinen gewohnten Umfang von rd. 40 vH nicht wieder erreicht hat. Selbst wenn eine Nachprüfung ergäbe, daß die gesamten „sonstigen Kapitalmarktmittel“ den Sparkassen zuzurechnen wären, würden sie noch unter dem Niveau der beiden Vorjahre liegen. Unsicher ist dagegen, ob der Anteil der Sparkassen wirklich von 44,6 auf 22,8 vH gefallen ist. Vermutlich liegt er zwischen diesen beiden Werten. Unsere Übersicht zeigt für die Pfandbriefinstitute einen Rückgang von 26,9 vH im Jahre 1955 auf 22,5 vH im Berichtszeitraum. Es ist anzunehmen, daß die 20 vH der Restgruppe teilweise auf die Pfandbriefinstitute entfallen; das um so mehr, als sie wenigstens zu Beginn unseres Berichtszeitraumes noch über beträchtliche Fonds verfügten. Vielleicht ist es nicht abwegig, wenn man in dem relativen Rückgang der Mittel der Spar-kassen eine Auswirkung der oben angedeuteten Finanzierungskrise auf dem Kapitalmarkt sieht, die allerdings — das ist das Ergebnis unserer groben Übersicht — durch die Versicherungen und sonstige Geldgeber kompensiert werden konnte.

3. Die Bedeutung des echten Eigenkapitals, der Mieterdarlehen und -zuschüsse sowie einiger anderer Finanzierungsbeiträge innerhalb der „sonstigen Mittel“.

Schon in unserem kurzen Überblick hatten wir festgestellt, daß sich die Gewichtsverlagerungen zwischen den Gruppen der großen Dreiteilung der Finanzierungsquellen im Berichtszeitraum nicht fortgesetzt haben. Das gilt nur bedingt für Darlehen und Zuschüsse von Arbeitgebern und Mietern und für den Anteil des echten Eigenkapitals. In dem hier betrachteten Zeitraum wurden — aus den schon mehrfach erwähnten Gründen — ganz besonders viele Wohnungen gefördert, es ist deswegen nicht verwunderlich, daß die echten Eigenmittel und die Darlehen und Zuschüsse der Arbeitgeber weit über den Vorjahresbeträgen liegen. Eine Ausnahme machen auch bei den Grundzahlen die Mieterdarlehen und -zuschüsse. Mit fast 6,9 Millionen DM liegen sie um mehr als 2 Millionen DM unter dem Betrag des Vorjahres, obgleich man auch hier einen Zuwachs von 70 vH hätte erwarten können.

Wenn man einen längeren Zeitraum überblickt, stellt man fest, daß die Bedeutung der Mieterdarlehen und -zuschüsse seit 1954 zurückgeht.

Betrugen sie damals noch rd. 12 Millionen DM, so sanken sie auf 10 Millionen DM im Jahre 1955 und auf 7 Millionen DM im Berichtszeitraum. Ihr Anteil an den gesamten Finanzierungsmitteln fiel von 3,9 vH auf 1,3 vH.

Die Bedeutung einiger Finanzierungsbeiträge 1952 bis 1956

Art der Finanzierungs-mittel	Veranschlagte Finanzierungsmittel				
	1952	1953	1954	1955	1956
a) Grundzahlen in 1000 DM					
Arbeitgeberdarlehen und -zuschüsse . .	743	1 312	3 430	1 537	4 279
Mieterdarlehen u. -zuschüsse	7 089	4 670	12 245	9 732	6 862
Echtes Eigenkapital	20 000 ¹⁾	29 475	47 612	39 382	63 402
b) in vH zu den veranschlagten Gesamtkosten					
Arbeitgeberdarlehen und -zuschüsse . .	0,3	0,6	1,1	0,5	0,8
Mieterdarlehen u. -zuschüsse	3,3	2,1	3,9	3,2	1,3
Echtes Eigenkapital	9,2	13,5	15,2	12,9	11,8

¹⁾ geschätzt.

Bei dieser Betrachtung der Mieterdarlehen und -zuschüsse muß erwähnt werden, daß der Bauherr nur für einen Teil der Wohnungen seines Bauvorhabens Leistungen seiner Mieter verlangen durfte. Es ist ja bekannt, daß die Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus zum größten Teil für Mieter bestimmt sind, denen das Amt für Wohnungswesen 81 Dringlichkeitspunkte und damit den Anspruch auf eine Wohnung zugebilligt hat. Diese Mieter brauchen sich nicht an den Baukosten zu beteiligen. Die Mieterdarlehen und -zuschüsse stammen aus dem Kreis derjenigen, die auf Vorschlag des Bauherren selbst eine Wohnung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus erhalten sollen.

Der starke Rückgang der Mieterdarlehen und -zuschüsse hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß in den vorangehenden Jahren den Bauherren im Verhältnis mehr Wohnungen zur Verfügung standen als im Berichtszeitraum. Der Anteil dieser Wohnungen ist in der jüngsten Vergangenheit zurückgegangen, weil sich unter den Wohnungssuchenden immer weniger befinden, die einen Baukostenzuschuß leisten können. Wenn man bedenkt, daß ein solcher Baukostenzuschuß bis zu 100 DM je qm betragen kann, so daß für eine nicht allzu große Wohnung mit 50 qm Wohnfläche 5000 DM aufzubringen wären, so überrascht es nicht, daß dieser Weg vielen Wohnungssuchenden verschlossen ist. Dabei ist noch nicht einmal entscheidend, ob der Finanzierungsbeitrag verloren ist oder in einem längeren Zeitraum auf die Miete angerechnet wird.

Nach der neuesten Regelung im 2. Wohnungsbaugesetz¹⁾ sind Mieterzuschüsse, d. h. verlorene Baukostenzuschüsse, ausgeschlossen, es sei denn für den gewerblichen Teil eines geförderten Bauvorhabens.

¹⁾ Siehe § 50 (1) des 2. Wohnungsbaugesetzes, Bundesgesetzblatt, Teil I, Nr. 30, Jahrgang 1956.

Von einer stärkeren Eigenkapitalbildung der Bauherren ist auch im Berichtsjahr nichts zu spüren.

Jahre ¹⁾	Echtes Eigenkapital der Bauherren		Eingliederungsdarlehen aus dem Lastenausgleich	
	in Mio DM	in vH der Gesamtherstellungskosten	in Mio DM	in vH der Gesamtherstellungskosten
1954	47,6	15,2	6,5	2,0
1955	39,4	12,9	18,6	6,1
1956	63,4	11,8	37,9	7,1

¹⁾ Alle Baumaßnahmen im allgemeinen und gehobenen sozialen Wohnungsbau.

Die in der vorstehenden Übersicht zusammengetragenen Zahlen geben allerdings nur einen globalen Überblick. Schon eine Verschiebung des Anteils der Einfamilienhäuser würde den Durchschnittssatz des Eigenkapitals steigen lassen, weil — wie an späterer Stelle noch näher ausgeführt werden wird — der Finanzierungsplan für ein Einfamilienhaus im Regelfall anders aussieht als der eines Mehrfamilienhauses. Seit 1954 zeichnet sich ein stetiger Rückgang im Anteil der echten Eigenleistungen ab: von 15,2 vH im Jahre 1954 auf 11,8 vH im Berichtszeitraum. Wie sich dieser Rückgang auf die Finanzierung auswirkt, erläutert ein Beispiel: hätten die Bauherren 1956 mit gleicher Intensität zur Mittelbeschaffung beigetragen, so würden von ihnen statt 63,4 Millionen DM 81,5 Millionen DM aufgebracht worden sein.

4. Besonderheiten der Finanzierung

Am Rande der Kernfragen des sozialen Wohnungsbaus lassen sich aus dem vorliegenden reichhaltigen Zahlenmaterial noch kleinere, aber nichtsdestoweniger interessante Erkenntnisse gewinnen. Die Finanzierung eines Einfamilienhauses sieht anders aus, als die eines Mehrfamilienhauses. So stammen von 100 DM Finanzierungsmitteln eines Einfamilienhauses im Durchschnitt 26 DM aus öffentlichen Mitteln, 38,50 DM von einem Institut des Kapitalmarktes und 35,50 DM entfallen auf „sonstige Mittel“. Unter dieser Bezeichnung sind hier hauptsächlich Eigenmittel zu verstehen. Die „sonstigen Mittel“ liegen bei den Mehrfamilienhäusern mit nur 16,70 DM viel niedriger, die Kapitalmarktmittel mit 55,90 DM aber viel höher. Allerdings waren von den Kapitalmarktmitteln noch 40 vH durch die öffentliche Hand verbürgt und genossen durch Zins- und Tilgungshilfen öffentliche Hilfe in anderer Form. In der nachstehenden Übersicht werden die Zahlen noch einmal nebeneinandergestellt:

Gebäudearten ¹⁾	Von 100 DM Finanzierungsmitteln waren 1956			
	öffentliche Mittel	Kapitalmarktmittel	darunter subventionierte Hypotheken	sonstige Mittel
Einfamilienhaus	26,0	38,5	—	35,5
Mehrfamilienhaus	27,4	55,9	21,9	16,7

¹⁾ Vollgeforderte Wohnbauten im allgemeinen sozialen Wohnungsbau ohne gemischte Gebäudearten und durch Behörden und Verwaltungen geplante Bauvorhaben.

Wenn man die so sehr verschiedenen hohen Anteile der Kapitalmarktmittel nebeneinanderstellt, die 38,5 vH der Einfamilienhäuser und die 55,9 vH der Mehrfamilienhäuser, dann drängt sich der Gedanke auf, den Bauherren der Mehrfamilienhäuser wären Kapitalmarktmittel leichter zugänglich. Der Gedanke ist vielleicht richtig, trifft in diesem Falle aber nicht den Kern. Entscheidend für die Zusammensetzung der Finanzierungsmittel im sozialen Wohnungsbau ist nicht so sehr der leichte Zugang zum Kapitalmarkt, als vielmehr die Wirtschaftlichkeit, und zwar die Wirtschaftlichkeit bei erschwinglichen Mieten. Der Anteil der vom Bauherrn zu verzinsenden Kapitalmarktmittel ist für Ein- und Mehrfamilienhäuser annähernd gleich: bei den Einfamilienhäusern beträgt er 38,5, bei den Mehrfamilienhäusern 34,0 vH (55,9 — 21,9).

Die Bauherren von Einfamilienhäusern bringen im Durchschnitt mehr Eigenkapital mit. Das ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß viele Bauwillige durch jahrelanges Bausparen die Grundlage für ihr Eigenheim schaffen. Sie brauchen dementsprechend weniger öffentliche Mittel. Bei den Mehrfamilienhäusern ist die Eigenkapitaldecke zu meist kürzer. Würde man die Lücke durch hochverzinsliche Kapitalmarktmittel schließen, könnten die Mieten des sozialen Wohnungsbaus die laufenden Kosten nicht decken. Um also die Wirtschaftlichkeit des Gebäudes sicherzustellen, muß die Hamburgische Wohnungsbaukasse mit stärkeren Förderungsmaßnahmen einspringen. Genau das zeigt unsere obige Übersicht, wenn wir den Anteil der öffentlichen Mittel mit dem der subventionierten Hypotheken zusammenfassen.

Welche Zusammensetzung haben die Finanzierungsmittel bei den einzelnen Bauherren?

Bauherren ¹⁾	Von 100 DM Finanzierungsmitteln waren 1956			
	öffentliche Mittel	Kapitalmarktmittel	darunter subventionierte Hypotheken	sonstige Mittel
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	24,6	59,2	25,6	16,2
Freie Wohnungsunternehmen	32,8	48,5	6,2	18,7
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	37,6	41,5	4,4	20,9
Private Haushaltungen	31,9	41,5	7,3	26,6
Insgesamt	28,7	50,3	15,7	21,0

¹⁾ Ohne einige wenige durch Behörden und Verwaltungen geplante Bauvorhaben und ohne Umbau-, Ausbau- und Erweiterungsmaßnahmen (vollgeforderte Wohnbauten im allgemeinen sozialen Wohnungsbau).

Wie sich die Finanzierungsmittel im Durchschnitt zusammengesetzt haben, ersehen wir aus der Summenzeile unserer Übersicht. Die Zahlen für die einzelnen Bauherren weichen zum Teil nicht unerheblich vom Durchschnitt ab. Der Anteil der öffentlichen Mittel betrug zum Beispiel fast 29 vH, bei den Freien Wohnungsunternehmen, den Erwerbs-

und Wirtschaftsunternehmen lag er durchweg höher — bei den gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen deutlich niedriger. Daraus kann man jedoch nicht schließen, daß die letztgenannte Bauherrngruppe bei der Verteilung der öffentlichen Förderungsmittel schlechter abgeschnitten hätte — das Gegenteil ist der Fall, denn für mehr als 40 vH ihrer Kapitalmarktmittel erhielten sie Zins- und Tilgungssubventionen aus öffentlichen Mitteln. Den Umfang der öffentlichen Förderungsmaßnahmen allein an dem Anteil der öffentlichen Mittel zu beurteilen, wäre falsch, da

— wie noch näher auszuführen sein wird — die Förderung durch Zins- und Tilgungssubventionen vom Staat hohe finanzielle Zuschüsse erfordert.

Die „sonstigen Mittel“ machen im Durchschnitt 21 vH aus. Hier liegen die gemeinnützigen und freien Wohnungsunternehmen sowie die Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen unter dem Durchschnitt und nur die privaten Einzelbauherren mit rd. 27 vH darüber. In diesem Unterschied wirken sich mit Sicherheit die verschiedenen Anteile der vorgesehenen Eigenheime aus, für die, wie schon erwähnt, höhere Eigenleistungen die Regel sind.

E. Ausmaß und Bedeutung der Förderung durch öffentliche Mittel

1. Die Förderung durch Zins- und Tilgungssubventionen

Die 1955 eingeleitete Politik, den Kapitalmarkt stärker zur Finanzierung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus heranzuziehen, hatte sehr erfolgreich begonnen. Indem man die beiden Haupthindernisse umgangen hatte, war es gelungen, im Laufe eines knappen Jahres den Anteil der öffentlichen Hypotheken (die sogenannten Kapitalsubventionen) von rd. 45 vH im Jahre 1954 auf nur noch 28 vH 1955 herabzudrücken. Die beiden Haupthindernisse waren bekanntlich die hohen Zinsen des Kapitalmarktes und das Sicherheitsbedürfnis der Kreditgeber, denn es handelte sich darum, Kapitalmarktmittel für den zweiten — bisher von öffentlichen Kapitalsubventionen ausgefüllten — Beleihungsraum zu gewinnen. Diese Entwicklung hat sich im Berichtszeitraum nicht fortgesetzt: auch 1956 betrug der Anteil der öffentlichen Mittel noch immer 28 vH und der gesetzlich mögliche Spielraum der Bürgschaften, Zins- und Tilgungssubventionen konnte nicht einmal ganz ausgeschöpft werden. Vermutlich wäre eine weitere Entlastung des Staatshaushaltes auf dem eingeschlagenen Wege erreichbar gewesen, wenn auf dem Kapitalmarkt günstigere Bedingungen geherrscht hätten.

Erstmalig ist es uns in dem vorliegenden Bericht möglich, auf die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen dieser neuen Förderung durch Zins- und Tilgungssubventionen einzugehen.

Bauherren ¹⁾	Betrag ²⁾ der subventionierten Hypotheken	Annuitätshilfen	
		Jahressumme ³⁾	Gesamthöhe ⁴⁾
in 1000 DM			
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	58 138,7	4 101,0	143 334,7
Freie Wohnungsunternehmen	2 173,0	150,3	5 260,5
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	437,5	32,8	1 148,0
Private Haushaltungen	15 359,5	1 029,6	36 033,4
Insgesamt	76 108,7	5 313,7	185 776,6

¹⁾ Alle vollgeforderten Wohnbauten im allgemeinen sozialen Wohnungsbau (Neu- und Wiederaufbau). — ²⁾ Die Mittel für wenige von Behörden und Verwaltungen geplante Wohnungen bleiben unberücksichtigt. — ³⁾ Jährliche Tilgung und Verzinsung. — ⁴⁾ Gesamtbetrag der in 35 Jahren zu leistenden Zins- und Tilgungssubventionen.

Für 76 Millionen DM — das ist fast ein Drittel der Kapitalmarktmittel überhaupt — übernahm 1956 die öffentliche Hand eine modifizierte Ausfallbürgschaft und die Zins- und Tilgungslasten. Aus diesen Förderungsmaßnahmen entstanden der Hamburgischen Wohnungsbaukasse Verpflichtungen in Höhe von 5,3 Millionen DM pro Jahr. Der größere auf die Verzinsung entfallende Teil hiervon ist verloren, während die ebenfalls enthaltene halbpromozentige Tilgung als Annuitätsdarlehen gilt und vom Bauherren an die Wohnungsbaukasse zurückgezahlt wird.

Die Zins- und Tilgungssubventionen sind so ausgestaltet, daß es für den Bauherren — wirtschaftlich gesehen — gleichgültig ist, ob er ein Darlehen aus öffentlichen Mitteln oder vom Kapitalmarkt erhält, wenn ihm für dieses Zins- und Tilgungshilfen gewährt werden. Grundverschieden sind jedoch die Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Die Hergabe von Kapitalsubventionen bedeutet für die öffentliche Hand dreierlei:

- (1) In jedem Jahr werden Haushaltsmittel in großem Umfang durch den sozialen Wohnungsbau gebunden, der Staat wird damit zu einem bedeutenden Hypothekengläubiger;
- (2) aus dem in Hypotheken angelegten Vermögen sind in den nächsten Jahrzehnten von Jahr zu Jahr steigende Rückflüsse aus den Tilgungsbeträgen zu erwarten;
- (3) der Fiskus verzichtet weitgehend auf die Verzinsung seines in Hypotheken angelegten Vermögens zugunsten niedriger Mieten im sozialen Wohnungsbau.

Zins- und Tilgungssubventionen be- und entlasten den Staatshaushalt gleichzeitig:

- (a) Der Staat braucht seine Mittel nicht mehr in Form von Hypotheken zur Vermögensbildung zu benutzen, er bekommt freie Hand für andere öffentliche Aufgaben;
- (b) dafür entstehen für ihn Verpflichtungen aus der Verzinsung der subventionierten Kapitalmarkthypotheken, und zwar auf Jahrzehnte hinaus.

An den drei Zahlen aus der Summenzeile der vorstehenden Übersicht lassen sich diese Zusammenhänge leicht erläutern. Man kann annehmen, daß die subventionierten Kapitalmarkthypotheken im Betrage von rd. 76 Millionen DM aus Haushalts-

mitteln hätten bereitgestellt werden müssen — darin liegt eine Entlastung für das Haushaltsjahr 1956. Dagegen wird der Haushalt durch den Zinsendienst zusätzlich mit einer Summe von rd. 4,9 Millionen DM belastet. Damit ist die Rechnung nicht zu Ende, denn der Betrag von ungefähr 4,9 Millionen DM wird 35 Jahre lang auf der Ausgabenseite des Haushaltsplans erscheinen. Die Summe dieser jährlichen Zahlungen liegt etwas über 170 Millionen DM.

Es sei noch einmal betont, daß sich hinter beiden Arten der öffentlichen Förderung vom wirtschaftlichen Standpunkt eine gleich große Leistung verbirgt: im ersten Fall werden dem Bauherren die Zinsen erlassen, im zweiten Fall trägt der Staat sie für ihn. Aus diesem Grunde ist es nicht unberechtigt, wenn man — um den Umfang der öffentlichen Förderung klarer zum Ausdruck zu bringen — die subventionierten Kapitalmarkthypotheken als letztlich öffentliche Mittel betrachtet. Bei einer solchen Gliederung würde man jedoch die Beantwortung der Frage erschweren, woher das im sozialen Wohnungsbau investierte Kapital stammt. Eine zweite Frage bleibe dann immer noch offen: ob die stärkere Beteiligung der Kapitalsammelstellen ohne neue Förderungsmaßnahmen überhaupt möglich gewesen wäre.

Aus unseren Ausführungen darf nicht geschlossen werden, daß die Kapitalsubventionen verdrängt worden seien. Sie spielen im Gegenteil noch immer eine bedeutende Rolle.

Jahre	Öffentliche Mittel
1955	84 601 000 DM
1956	151 852 000 DM

Die starke Steigerung hängt, wie wir schon wissen, mit den erhebungsbedingten Verschiebungen zwischen den Jahren 1955 und 1956 zusammen. Eine Aussage für unsere Untersuchung können wir hier nur auf die Anteile an den Finanzierungsmitteln insgesamt stützen:

Jahre	Anteil der öffentlichen Mittel an den Finanzierungsmitteln überhaupt
1955	27,7 vH
1956	28,3 vH

Hier zeigt sich ein ganz anderes Bild: die angeführten Zahlen beweisen, daß Kapitalsubventionen in fast gleichem Ausmaß wie im Vorjahr zur Finanzierung des 1956 geplanten Bauvolumens herangezogen wurden. Es bleibt abzuwarten, ob es im folgenden Jahr 1957 mit Hilfe der Zins- und Tilgungssubventionen möglich war, den Anteil von 28 vH zu senken. Auf diese Frage müssen wir im Schlußabschnitt über die ersten Ergebnisse der Bewilligungsstatistik für 1957 zurückkommen.

2. Finanzierung und Subvention der Durchschnittswohnung

In dem Abschnitt über die Kosten im sozialen Wohnungsbau hatten wir für alle Wohnungen im vollgeforderten reinen Wohnbau durchschnittliche Gesamtherstellungskosten von 21 700 DM errechnet.

Von wem wurden diese Mittel aufgebracht? Diese Frage ist sehr wichtig, weil die Finanzierungsbeiträge zu verschiedenem Zinssatz gegeben werden. Die auf unserer Durchschnittswohnung ruhenden Kapitallasten sind verschieden hoch, je nachdem, ob sie mit teurem oder billigem Geld gebaut worden ist. So wäre es z. B. denkbar, daß selbst starke Baukostensteigerungen sich nicht auf die Mieten auswirken, wenn sich auf dem Kapitalmarkt eine spürbare Zinssenkung durchsetzen würde. Da die Kapitallasten aus der Miete bezahlt werden müssen, besteht ein unmittelbarer und enger Zusammenhang zwischen der Herkunft der Finanzierungsmittel und der Wohnungsmiete.

Eine hohe Zinslast ist für Kapitalmarktmittel zu leisten. Soweit sie allerdings durch Zins- und Tilgungssubventionen gefördert werden, trägt sie nicht der Bauherr und letztlich der Mieter, sondern die öffentliche Hand. Für die Darlehen der Hamburgischen Wohnungsbaukasse sind in den nächsten Jahren keine Zinsen zu zahlen. Erst später nach Tilgung der vorrangigen Kapitalmarkthypotheken und soweit es die Wirtschaftlichkeit des Gebäudes zuläßt, soll die Verzinsung dieser öffentlichen Mittel aufgenommen werden.

Durchschnittliche Gesamtherstellungskosten je Wohnung in DM im allgemeinen sozialen Wohnungsbau¹⁾ 1953 bis 1955

Jahre	Durchschnittliche Gesamtherstellungskosten einer Wohnung	davon wurden finanziert durch			
		Kapitalmarktmittel		öffentliche Mittel	Eigengeld und sonstige Mittel
		mit Verzinsung vom Bauherrn	mit Zins- u. Tilgungssubventionen gefördert		
1	2	3	4	5	
1953	13 800	3 800	—	7 300	2 700
1954	16 200	4 830	—	7 430	3 940
1955	18 640	6 260	2 315	5 450	4 615
1956	21 730	7 270	3 230	6 510	4 720

¹⁾ Vollgeforderte reine Wohnbauten im Neu- und Wiederaufbau.

Ein Blick auf die vorstehende Übersicht zeigt, daß der Staat den Bauherren einen großen Teil der Zinslasten abnimmt. Für unsere Durchschnittswohnung 1956 sieht die Rechnung so aus:

öffentliche Darlehen	6 510 DM
durch Zins- und Tilgungssubventionen gefördertes Kapitalmarktdarlehen . .	3 230 DM

Betrag, für den die öffentliche Hand die Zinslast trägt 9 740 DM

Diese Darlehen in Höhe von rd. 9 700 DM müßten ohne öffentliche Hilfe als zweite Hypotheken zu sehr hohem Zins auf dem Kapitalmarkt beschafft werden, und der Bauherr müßte den Kapitaldienst in die Miete einkalkulieren.

Es dürfte kaum zu hoch gegriffen sein, wenn wir annehmen, daß der Bauherr für unsere Durchschnittswohnung Zinsen in Höhe von 7 vH von 9 740 DM spart. Nach den Vorschriften des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus kommt diese Ersparnis nicht ihm, sondern dem Mieter zugute. Er braucht nach unserer Durchschnittsrech-

nung im Jahr 682 DM weniger für Miete aufzuwenden, das macht im Monat immerhin reichlich 57 DM aus.

Gebäudeart	Durchschnittliche Gesamtherstellungskosten einer Wohnung	davon wurden finanziert durch			
		öffentliche Mittel	Kapitalmarktmittel	darunter subventionierte Hypotheken	sonstige Mittel
Einfamilienhäuser . . .	29 600	7 700	11 400	—	10 500
Mehrfamilienhäuser . . .	19 900	5 900	10 800	4 400	3 200

Wir sind bei unseren Überlegungen bis jetzt von der „Durchschnittswohnung“ ausgegangen. Wir können jedoch annehmen, daß die Mietsubvention nicht für alle geförderten Wohnungen gleich hoch

ist, vielmehr wird sie je nach Ausstattung, Lage und Größe abgestuft sein. So können wir aus den Zahlen der nebenstehenden Übersicht ablesen, daß die Wohnungen in Mehrfamilienhäusern spürbar stärker subventioniert werden als die in Einfamilienhäusern.

Auf den ersten Blick erkennen wir, daß die Wohnungen in Einfamilienhäusern — entsprechend ihren höheren Baukosten — mehr öffentliche Mittel erhalten. Wenn wir jedoch die Höhe der Mietsubvention errechnen wollen, müssen wir auch die subventionierten Hypotheken berücksichtigen. Dadurch verschiebt sich das Bild zugunsten der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Für sie errechnet sich eine Zinersparnis entsprechend unseren vorher gemachten Annahmen von jährlich 721 DM gegenüber 539 DM für eine Wohnung in einem Einfamilienhaus. Das sind im Monat rd. 60 bzw. 45 DM. Diese Zahlen machen sehr deutlich klar, was die öffentlichen Förderungsmaßnahmen für den sozialen Wohnungsbau bedeuten.

F. Erste Ergebnisse über den öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau 1957

Die statistische Aufbereitungstechnik gestattet es nicht, schon kurz nach dem Jahresablauf eine breitangelegte Untersuchung über den sozialen Wohnungsbau durchzuführen. Lediglich einige Globalzahlen fallen verhältnismäßig früh an. An dieser Stelle soll ein erster Überblick über Umfang und Finanzierung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus 1957 gegeben werden, bei dem einen oder anderen Punkt mit einer Rückschau auf die vergangenen Jahre verbunden.

1. Wie viele Gebäude und Wohnungen wurden gefördert?

Wie in den Vorjahren wurden auch 1957 öffentliche Mittel für zahlreiche Bauvorhaben bewilligt. Die Zahl der 16 486 geförderten Wohnungen liegt allerdings merklich unter dem Durchschnitt der beiden Vorjahre. Aus methodischen Gründen zusammengefaßt, stellen die beiden Jahre 1955/56 den vorläufigen Höhepunkt der öffentlich geförderten Bautätigkeit dar.

Jahre	Wohnungen ¹⁾
1953	14 839
1954	18 858
1955 } 1956 } 1957	20 125 ²⁾
	16 486 ^{p)}

¹⁾ Teil- und vollgeförderter, allgemeiner und gehobener sozialer Wohnungsbau zusammen. — ²⁾ Im Durchschnitt. — ^{p)} vorläufig.

In der Gesamtzahl der geförderten Wohnungen sind Neu- und Wiederaufbau zu fast gleichen Teilen vertreten. Gegenüber 1956 hat der Wiederaufbau damit anteilmäßig 10 vH zugunsten des Neubaus verloren.

Diese Zahlen scheinen darauf hinzudeuten, daß der Neubau allmählich ein Übergewicht gewinnt.

Art der Baumaßnahmen	Geförderte Wohnungen ¹⁾		
	1957		1956
	Zahl	vH	vH
Neubau	8 232	50,1	40,8
Wiederaufbau	8 186	49,9	59,2
Insgesamt	16 418	100	100

¹⁾ Ohne Wiederherstellung, Umbau, Ausbau und Erweiterung.

Wie viele der 16 486 vorgesehenen Wohnungen sollen in Ein- bzw. Mehrfamilienhäusern gebaut werden? Wir können aus der nachstehenden Übersicht ablesen, daß die Förderung der Einfamilienhäuser auch 1957 einen breiten Raum eingenommen hat.

Gebäudearten	Geförderte Wohnungen ¹⁾		
	1957		1956
	Zahl	vH	vH
Mehrfamilienhäuser . .	11 467	69,6	75,7
Kleinsiedlerstellen . . .	191	1,2	0,7
Einfamilienhäuser mit Nutzgarten und Stall .	4	0,0	—
Sonstige Einfamilienhäuser	2 462	14,9	21,6
Gemischte Bauvorhaben	2 132	12,9	—
Sonstige Gebäude	230	1,4	2,0
Insgesamt	16 486	100	100

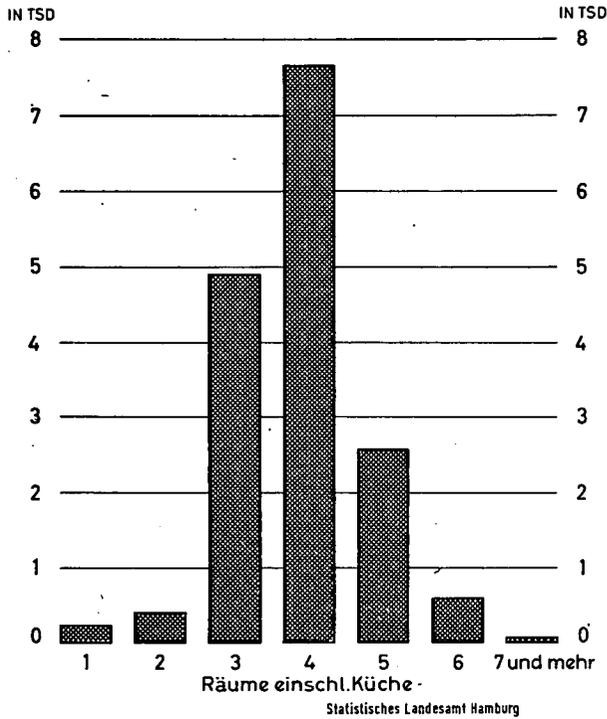
¹⁾ Teil- und vollgeförderter, allgemeiner und gehobener sozialer Wohnungsbau zusammen.

Einzelaussagen werden aber auch hier durch die undurchsichtigen Sammelbezeichnungen wie „gemischte Bauvorhaben“ und „sonstige Gebäude“ erschwert. Vermutlich würde eine Aufteilung — wenn sie möglich wäre — dieser Sammelgruppen ergeben, daß sich an der Aufgliederung des Vorjahres wenig geändert hat: 1956 lagen von vier geförderten Wohnungen drei in Mehrfamilienhäusern und eine in einem Einfamilienhaus.

Bei der Frage nach der Größe der geförderten Wohnungen kann uns Schaubild 7 als Arbeitsunterlage dienen. Wir erkennen sofort, daß die 7656 Vierraumwohnungen mit weitem Abstand an der Spitze stehen, es folgen die 4905 Dreiraumwohnungen und schließlich die Fünfraumwohnungen.

Schaubild 7

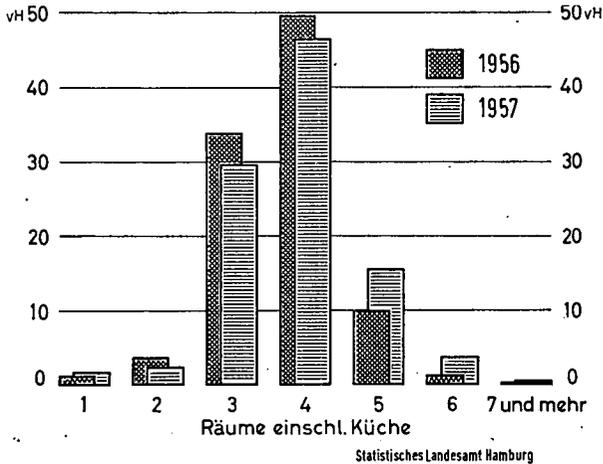
Geförderte Wohnungen 1957 nach der Raumzahl einschl. Küchen



Aus der Gegenüberstellung der vH-Zahlen von 1956 und 1957 werden die Veränderungstendenzen klar: die Anteile der Zwei-, Drei- und sogar der Vierraumwohnungen sind leicht zurückgegangen. Sehr deutlich ist der Anteil der Fünfraumwohnungen gewachsen, von 10 auf 16 vH, und auch bei den größeren Wohnungen mit 6 und mehr Räumen können wir einen spürbaren Zuwachs verzeichnen.

Schaubild 8

Die Anteile der Wohnungen mit ... Räumen 1956 und 1957



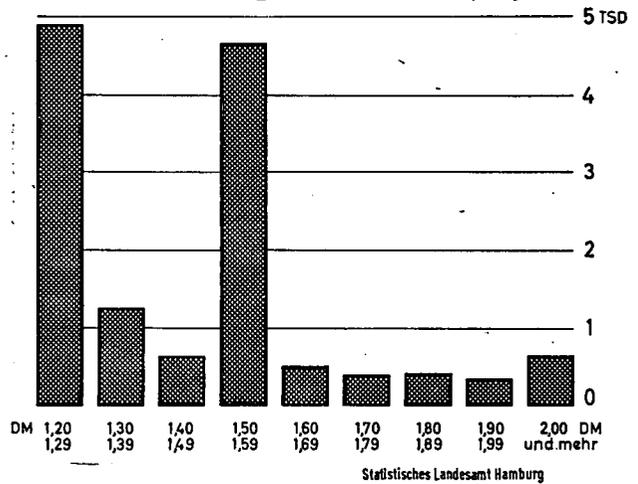
2. Kostenentwicklung und Mieten 1957

Um einen Anhaltspunkt über die Kostenentwicklung zu erhalten, ist die Summe der veranschlagten

Finanzierungsmittel zu der Zahl der geförderten Wohnungen in Beziehung gesetzt. Für 1956 ergibt sich ein Durchschnitt von fast 22 100 DM je Wohnung, 1957 aber schon von 26 700 DM. Das Resultat dieser Rechnung sind zwei Zahlen, die nur einen denkbar groben Durchschnitt darstellen, immerhin aber deutlich beweisen, daß die seit langem zu beobachtenden Tendenzen zur Kostensteigerung im Wohnungsbau nicht zum Stillstand gekommen sind. Auch das Ansteigen des Preisindex für den Wohnungsbau weist in die gleiche Richtung. Er ist von 1956 auf 1957 um 4,9 vH gestiegen.

Schaubild 9

Geförderte Wohnungen¹⁾ 1957 nach der vorgesehenen Miete je qm



¹⁾ Hier fehlt eine größere Anzahl von Wohnungen in Einfamilienhäusern, für die keine Mietangaben vorliegen.

Bei dieser Kostenentwicklung kann es nicht überraschen, daß auch die veranschlagten Mieten ein anderes Bild zeigen. Aus Schaubild 9 entnehmen wir zunächst die rein äußerliche Tatsache, daß die Skala der veranschlagten Mieten je qm nicht wie bisher bei 1,65 DM aufhört, sondern erstmalig 2,00 DM und höhere Werte erreicht. Auf der anderen Seite der Skala fehlen die niedrigen Mieten unter 1,00 DM, von 1,00 bis 1,09 DM und von 1,10 bis 1,19 DM. Das Streuungsbild selbst wird von den beiden dominierenden Mietpreisgruppen 1,20 bis 1,29 DM und 1,50 bis 1,59 DM beherrscht. Auf beide entfallen nicht ganz 5000 Wohnungen.

Die Vermutung liegt nahe, daß diese Häufungen auf besondere Ursachen zurückgehen. Bei näheren Nachforschungen hat sich herausgestellt, daß hier zahlreiche Wohnungen mitgezählt wurden, deren Mieten auf Grund der Gesetze¹⁾ über die Gewährung von befristeten Zinszuschüssen im sozialen Wohnungsbau durch Zinszuschüsse noch weiter verbilligt worden sind. Das bedeutet: zu den Maßnahmen, die dem Bauherrn schon bei der Finanzierung seines Bauvorhabens zugute kamen, treten noch solche, die ihm einen Teil seiner laufenden Aufwendungen abnehmen. Die Zinszuschüsse sind im Augenblick gesetzlich auf sechsjährige Dauer beschränkt. Mit ihrer Hilfe sollen billige Wohnungen vor allem für die Einkommensschwachen

¹⁾ Vgl.: Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Teil I, Nr. 40 vom 12. Juni 1957.

unter den Wohnungsuchenden gewonnen werden. Auf diese Zusammenhänge müssen wir in einem späteren Bericht über den öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau 1957 zurückkommen.

3. Wie wurde der öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau 1957 finanziert?

Wir wollen zum Schluß unseres gedrängten Überblickes über die ersten Ergebnisse der Bewilligungsstatistik mit wenigen Angaben die Finanzierungsverhältnisse skizzieren.

Finanzierungsquellen	Veranschlagte Mittel		
	1957		1956
	in 1000 DM	vH	vH
Öffentliche Mittel	162 096	36,8	28,3
Kapitalmarktmittel	178 722	40,5	49,7
darunter durch <i>Zins- und Tilgungs-</i> <i>subventionen gefördert</i>	33 815	7,7	14,6
Sonstige Mittel	99 961	22,7	22,0
Insgesamt	440 779	100	100

Die Gesamtsumme des veranschlagten Investitionskapitals liegt mit 441 Millionen DM verhältnismäßig hoch, wenn man bedenkt, daß mit dieser Summe 16 500 Wohnungen gebaut werden sollen, während für die 24 300 Wohnungen des vorangehenden Berichtszeitraums 536 Millionen DM berechnet worden sind. An der Aufbringung dieser Mittel waren — wie vorstehende Übersicht zeigt — die öffentlichen Kassen nicht unbeträchtlich stärker und die Kapitalmarktsammelstellen im gleichen Maße schwächer beteiligt als im Vorjahr. Dadurch, daß sich die Anteile der öffentlichen Hand und des Kapitalmarktes auseinander bewegten, hat sich der Abstand zwischen ihnen auf knapp 4 vH verringert. Noch 1956 hatte dieser Abstand mehr als 20 vH betragen.

Bei den Zins- und Tilgungssubventionen dagegen hat die öffentliche Förderung bei weitem nicht den Umfang des Vorjahres erreicht, so daß der Anteil der verzinslichen Kapitalmarktmittel mit 32,8 vH nur unwesentlich unter dem im Vorjahr geltenden Anteil von 35,1 vH liegt.

Die Kapitalmarktmittel insgesamt haben an Gewicht innerhalb der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus 1957 gegenüber 1956 verloren. Interessant ist dabei, daß die mit Zins- und Tilgungssubventionen geförderten Kapitalmarktmittel von 14,6 vH auf 7,7 vH nachgegeben haben, während der Anteil der nicht geförderten, also vom Bau-

herrn zu verzinsenden Kapitalmarkthypotheken mit 32,8 vH nur unwesentlich unter dem im Vorjahr geltenden Anteil von 35,1 vH liegt.

Finanzierungsquellen	Finanzierungsbeiträge		
	1957		1956
	in 1000 DM	vH	vH
Pfandbriefinstitute	45 520	25,5	22,5
Sparkassen	45 582	25,5	22,8
Privat- und Sozial-			
versicherungen	29 441	16,5	30,3
Bausparkassen	7 809	4,3	4,0
Sonstige Kapital-			
marktmittel	50 369	28,2	20,4
Kapitalmarktmittel			
insgesamt	178 721	100	100

Die Beiträge der einzelnen Kapitalsammelstellen lassen sich auch in diesem Jahr nicht genau abgrenzen: mit 28,2 vH liegt der Anteil der „sonstigen Kapitalmarktmittel“ höher als je zuvor und erschwert jede Aussage. So können wir zum Beispiel nicht einwandfrei nachweisen, daß der Anteil der Privat- und Sozialversicherungen gesunken ist, obwohl aus unserer Übersicht eine Abnahme von 30,3 auf 16,5 vH hervorgeht. Es ist immerhin denkbar, daß bei einer Aufteilung der „sonstigen Kapitalmarktmittel“ der größte Teil auf die Privat- und Sozialversicherungen entfallen würde, dann wäre ihr Anteil vielmehr gestiegen!

Finanzierungsquellen	Finanzierungsbeiträge		
	1957		1956
	in 1000 DM	in vH der Gesamtkosten	in vH der Gesamtkosten
Arbeitgeberdarlehen	6 950	1,6	0,8
Eingliederungsdarlehen aus Lastenausgleichs-			
mitteln	26 797	6,1	7,1
Mieterdarlehen und			
-zuschüsse	6 792	1,5	1,3
Echtes Eigenkapital	54 326	12,3	11,8

Die wichtigsten Beiträge zur Restfinanzierung wurden in der vorstehenden Übersicht zusammengestellt. Hier sind keine wesentlichen Verschiebungen eingetreten. Es muß dem später folgenden Jahresbericht vorbehalten bleiben, zu diesen und anderen Punkten, die wir in unserem ersten Überblick nur streifen konnten, umfangreicheres Material zusammenzutragen und zu untersuchen.

Reichling, Dipl.-Volkswirt

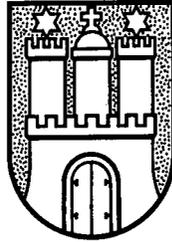
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 14. Mai 1958

Jahrgang 1958 — Heft Nr. 8



Die Hamburger Verkehrszählung 1956

(Zur Einführung)

In fast allen Großstädten ist in den letzten Jahren die Bewältigung des innerstädtischen Verkehrs zu einem ernststen Problem geworden, dem man mit den vorhandenen Mitteln kaum noch Herr zu werden vermag. Dies gilt auch für Hamburg. Die Zusammenballung Hunderttausender von Beschäftigten in der City, im Hafen und in Harburg, deren Wohnung in anderen Gebietsteilen liegt, stellt die öffentlichen Verkehrsmittel vor schier unlösbare Aufgaben, zumal sich der An- und Abtransport dieser Menschenmassen sowohl vor- als auch nachmittags zu bestimmten Zeiten vollzieht. Man muß ferner bedenken, daß sich — bedingt durch das natürliche Verkehrshindernis der Alster — zusätzlich fast der gesamte Querverkehr durch die Innenstadt bewegt. Dazu kommt die in den letzten Jahren ständig steigende Zahl von Kraftwagen, die nicht nur zu sonntäglichen Ausflugsfahrten, sondern vor allem für den täglichen Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte benutzt werden. Um den Platz auf den Straßen konkurrieren ferner Motorrad- und Mopedfahrer, und auch die Radfahrer stellen erhebliche Anforderungen an das Verkehrssystem einer Großstadt.

Die Ballungsgebiete der Beschäftigung sind fast immer auch Einkaufs- und Verwaltungszentren. Dies trifft vornehmlich für die Innenstadt zu. Aber auch in den früheren Stadtkernen der ehemals preußischen Gemeinden, die 1938 zu Hamburg kamen, sind zentrale Einkaufs- und Verwaltungstätigkeiten erhalten geblieben.

Die hiermit zusammenhängenden Probleme sind in Hamburg so dringend geworden, daß es einer umfassenden Neugestaltung des Verkehrsnetzes mit seinem Ineinandergreifen öffentlicher und privater Verkehrsträger, schienengebundener und schienenfreier Fahrzeuge, dem Nebeneinander von S-Bahn, U-Bahn, Straßenbahn und Omnibusverkehr bedarf. Daneben steht die Frage der Koordinierung des Verkehrs im Hafen und auf der Alster mit den Verkehrsmitteln an Land.

Dies alles vollzieht sich nicht in einem isolierten Gebiet, sondern ist eingebettet in den norddeutschen Raum mit seinen gegenseitigen Verflechtun-

gen, dem Austausch von Arbeitskräften über die Grenzen Hamburgs hinaus — rund 80 000 Auswärtige arbeiten in Hamburg — und dem Hin und Her der Besucherströme zwischen den angrenzenden Gemeinden Niedersachsens und Schleswig-Holsteins und Hamburg.

Die Neugestaltung des Verkehrsnetzes erfordert angesichts der Größenordnung der in Frage kommenden Investitionen Vorarbeiten auf lange Sicht. Sie können sich ohne zahlenmäßige Unterlagen und ohne eine laufende Beobachtung der Entwicklung nicht vollziehen. Der Statistik fällt hierbei die Aufgabe zu, die erforderlichen Ausgangsdaten zu beschaffen, insbesondere die Schwerpunkte der Pendelwanderung herauszuarbeiten und Hinweise zu geben, die es gestatten, eine Art „Dringlichkeitskala“ der Verkehrsbauten aufzustellen.

Das benötigte Zahlenmaterial war anders als durch eine Erhebung, die sich an die gesamte Hamburger Bevölkerung wandte, nicht zu beschaffen. Die innerstädtische Pendelwanderung ist letztmalig — beschränkt auf die Berufstätigen und ohne Nachweis der benutzten Verkehrsmittel, der Wegezeiten und dergleichen — bei der Volks- und Berufszählung 1950 erfaßt worden. Diese Daten waren für detaillierte Planungen nicht erschöpfend genug und sind heute größtenteils überholt. Bei Vorhaben, die für einen langen Zeitraum das Gesicht des Hamburger Nahverkehrs bestimmen werden, wäre ihre Verwendung bedenklich. Die Betriebsstatistiken der Verkehrsträger, die stets nur auf Ausschnitte des gesamten Verkehrsgeschehens beschränkt sind, vermögen diese Lücke nicht zu schließen, zumal aus ihnen die gegenseitige Zuordnung von Wohnung und Arbeitsstätte nicht ersichtlich wird. Auch die Verkehrszählungen auf den Straßen und Plätzen, die von der Baubehörde und der Polizei vorgenommen werden, vermitteln kein Gesamtbild.

Aus diesen Erwägungen heraus entschloß man sich in Hamburg gemeinsam mit der Wohnungsstatistik im September 1956 eine umfassende Erhebung der innerstädtischen Pendelwanderung mit all ihren Einzelheiten vorzunehmen. Die Koppelung

mit der Wohnungsstatistik bot sich schon deshalb an, weil ohnehin rund 14 000 Zähler jeden Haushalt aufsuchen und mit Zählpapieren versehen mußten.

Das Erhebungspapier der Verkehrszählung wandte sich zunächst an alle **Berufstätigen**, wobei unterschieden wurde, ob diese ihre Arbeitsstätte auf dem Wohngrundstück hatten oder täglich ihr Wohngrundstück verlassen mußten, um entweder zu Fuß oder mit Hilfe eines Verkehrsmittels den Ort ihrer Tätigkeit zu erreichen. Für die Ermittlung spezifischer Verkehrsbedürfnisse der einzelnen Wohngebiete ist diese Unterscheidung auch heute noch von erheblicher Bedeutung. Eine Beschreibung der Lage und der Art der Arbeitsstätte lieferte die Ausgangsdaten. Der Begriff der Berufstätigen wurde hierbei allerdings weiter gefaßt als in den bisherigen Berufszählungen. Sie gingen mehr oder weniger von einer starren Festlegung der sogenannten Erwerbspersonen aus, beschränkten sich also von vornherein auf den Kreis der hauptberuflich im Erwerbsleben stehenden Selbständigen, Mithelfenden und Arbeitnehmer. Es war dabei immer schwierig, Nebentätigkeiten zu erfassen. Zahlreiche Untersuchungen der letzten Jahre zeigen jedoch, daß gerade bei den Frauen den Aushilfsbeschäftigungen eine erhebliche Bedeutung zukommt. Auch die Nebentätigkeit der Rentner oder der Schüler und Studenten spielt eine gewisse Rolle. In die Erhebung vom September 1956 wurden daher alle in irgendeiner Form berufstätigen Personen einbezogen, wobei aus dem Gesamtzusammenhang der Eintragungen im Fragebogen unterschieden werden konnte, ob es sich um einen Haupt- oder Nebenerwerb handelte. Auch der Rentner, der Zeitungen austrug, hatte also Angaben zu machen, ebenso wie die Hausfrau, die als stundenweise beschäftigte Aufwartung zum Gesamteinkommen ihrer Familie beisteuerte. Am Verkehrsaufkommen des Berufsverkehrs sind sowohl die Haupt- als auch die nebenberuflich Tätigen beteiligt, wenn auch in unterschiedlichem Maße.

Für die Belastung des Nahverkehrsnetzes spielt aber nicht nur die Pendelwanderung der Berufstätigen eine Rolle. Auch Wohnung und **Ausbildungsstätte** sind — wenn man von den Internaten absieht — fast immer getrennt. Allerdings sind die Verhältnisse von Schulzweig zu Schulzweig verschieden. Während die Volksschüler im allgemeinen keine langen Anmarschwege zurückzulegen haben und die Schule — jedenfalls in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle — zu Fuß erreichen, zählt ein erheblicher Teil der Schüler der höheren Schulen zu den Benutzern der öffentlichen Verkehrsmittel. Die Studenten wohnen nur selten in unmittelbarer Nähe der Universität; bei ihnen ist daher auch der Anteil der Fußgänger gering. Die meisten sind auf die S-Bahn oder die Straßenbahn angewiesen.

Häufig gehen Ausbildung und Erwerbstätigkeit Hand in Hand; der Lehrling muß als Berufsschüler noch die Berufsschule besuchen, eine Stenotypistin nimmt zusätzlich Sprachunterricht, um sich fortzubilden. Wenn man bedenkt, daß fast alle Berufsschulen fachlich spezialisiert sind und innerhalb der Schulen jeweils Sonderklassen für bestimmte Berufe bestehen, deren Schüler aus ganz Hamburg zusammenströmen, so erhält man eine Vorstellung

von dem Umfang der auch hier festzustellenden Pendelwanderung.

Die „Ausbildungspendelwanderung“ ist bisher nur wenig untersucht worden. Angesichts der Tatsache, daß es im September 1956 in Hamburg etwa 210 000 Schüler an den allgemeinbildenden und 75 000 Schüler an den berufsbildenden Schulen sowie 10 000 Studenten gab, wird dies zunächst überraschen. Die hier auftauchenden Probleme sind jedoch so vielschichtig, daß sie im Rahmen einer allgemeinen Erhebung immer nur schwer zu klären sind. Das Statistische Landesamt hat zudem bereits 1955 im Rahmen der Berufsschülererhebung eine Sonderuntersuchung über die Pendelwanderung der Berufsschüler durchgeführt, die durch erneute Feststellungen im Herbst 1957 ergänzt wurde. Die Hamburger Verkehrszählung vom September 1956 konnte sich daher vornehmlich jenen Fällen zuwenden, bei denen Personen nur in der Ausbildung, nicht jedoch im Wirtschaftsprozeß stehen. Trafen Ausbildung und Erwerbstätigkeit zusammen, wie bei den Berufsschülern, so waren ausführliche Angaben nur über die Pendelwanderung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zu machen. Sowohl bei der Erhebung als auch bei der Aufbereitung wurden zu den Ausbildungspendlern lediglich die Schüler der allgemeinbildenden Schulen, die Studenten sowie die Berufsfach- und Fachschüler gezählt.

Bestehen über die beiden Gruppen der Berufs- und Ausbildungspendler von vornherein schon bestimmte Vorstellungen, so fehlen für die Verkehrsmittelbenutzung durch die übrige Bevölkerung jegliche Anhaltspunkte. **Einkaufs- und Gelegenheitsfahrten** spielen eine erhebliche Rolle. Allerdings ist der Umfang des sich hieraus entwickelnden Verkehrs in sehr starkem Maße von den besonderen Verhältnissen des jeweiligen Stichtages abhängig. Um einen ersten Anhaltspunkt über die Lage der Einkaufszentren und die sich hieraus entwickelnden Verkehrsprobleme zu gewinnen, sind bei der Erhebung hierzu ebenfalls einige Fragen gestellt worden.

Durch die Erhebung vom September 1956 ist in dieser Form erstmalig für eine Großstadt die vollständige Erfassung der innerstädtischen Pendelwanderung versucht worden. Neben die Pendelwanderung der Berufstätigen — abgestellt auf die Trennung von Wohnung und Arbeitsstätte — tritt die sich aus der Trennung von Wohnung und Schule bzw. Universität ergebende „Ausbildungspendelwanderung“. Von der Erfassung in der Wohnung ausgehend, wurde jede einzelne Person nach ihren beruflichen und sozialen Merkmalen charakterisiert und den jeweiligen Gruppen zugeordnet. Hatten die betreffenden Personen am Stichtag der Erhebung, dem 25. September 1956, Verkehrsmittel sowohl im Berufs- als auch im Ausbildungs- und Gelegenheitsverkehr benutzt, so wurde jede einzelne Fahrt gesondert erfaßt. Die Verkehrszählung vom Herbst 1956 läßt daher nicht nur den Umfang der innerstädtischen Pendelwanderung erkennen — ausgedrückt durch die Zahl der beteiligten Personen —, sondern sie vermittelt auch Aufschlüsse über die Zahl der Verkehrsmittelbenutzer und vor allem der Be-

förderungsfälle auf den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Bereits beim Entwurf des Erhebungspapieres zeigte sich, daß die Fragestellung weit über die Feststellung der Lage der Wohnung und der Arbeits- oder Ausbildungsstätte hinausgehen mußte. Die eingeleiteten Investitionen im Verkehrssektor bedürfen bis zu ihrem Wirksamwerden stets längerer Zeit. Man mußte daher auch Zahlenmaterial bereitstellen, mit dessen Hilfe die Auswirkung eventueller Arbeitszeitverlegungen geprüft werden konnte, um so die Spitzenbelastung der öffentlichen Verkehrsmittel zu mildern und die im Interesse der berufstätigen Bevölkerung wünschenswerte Entlastung des Verkehrs in den Morgen- und Nachmittagsstunden herbeizuführen. Daten über den Berufsverkehr stehen in engem systematischem Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit der Bevölkerung. Für die Untersuchung der Spitzenbelastung der Verkehrsmittel im Hinblick auf eine künftige Arbeitszeitstaffelung sind gemeinsam mit den Angaben über die Erwerbstätigkeit Aussagen über Arbeitszeiten — genauer: die Zeitspanne zwischen Betreten und Verlassen der Arbeitsstätte — in den Zweigen der Hamburger Wirtschaft erforderlich. Vor allem interessieren die Arbeitsbeginn- und Endzeiten in den Ballungsgebieten der Beschäftigung. Es wurde ferner nach den benutzten Verkehrsmitteln und Fahrtausweisen, nach den Einsteig- und Aussteighaltstellen sowie nach dem Zeitaufwand für den täglichen Weg zwischen Wohnung und Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte gefragt. Auch zur Klärung des Parkplatzproblems wurde versucht, einiges Material beizubringen. Vor allem über die Abstellgewohnheiten der Kraftfahrzeuge in den Wohngebieten fehlte bisher jeglicher Anhaltspunkt.

Es liegt auf der Hand, daß sich aus einer derart weitgespannten Erhebung neben verkehrswirtschaftlichen Untersuchungen zahlreiche Hinweise wohnungs-, arbeits- und sozialpolitischer Art ableiten lassen. Fragen der weiblichen Erwerbstätigkeit können ebenso untersucht werden wie das Problem hafennaher Wohnungen oder der Verkehrserschließung des linkselbischen Gebiets.

Bei der engen Verzahnung Hamburgs mit den benachbarten Kreisen Schleswig-Holsteins und Niedersachsens kann eine derart umfassende Untersuchung nicht an den Grenzen der Hansestadt haltmachen. Die Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein haben daher gemeinsam die Erhebung auch in den Randzonen der Stadt durchgeführt. Für Niedersachsen ließ sich leider eine solche Regelung nicht treffen, so daß hier vorläufig noch eine empfindliche Lücke klafft.

Der Statistiker steht heute bei jeder Erhebung vor der Frage, ob er sie als Totalerhebung durchführen soll, bei der die gesamte Bevölkerung angesprochen wird, oder ob man sich auf einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung beschränken kann. Für das Repräsentativverfahren spricht, daß man die relativ kleine Erhebungsmasse schnell zu verarbeiten vermag und daß nur ein geringer Teil der Bevölkerung mit Fragen behelligt wird; außerdem sind die organisatorischen Vorarbeiten nicht so umfassend wie bei einer Total-

zählung. Bei der Auswertung zeigen sich jedoch bestimmte Grenzen. Müssen die Ergebnisse in sehr feiner regionaler und sachlicher Gliederung dargeboten werden, so ist die Anwendung der repräsentativen Methode unzuweckmäßig. Jedes einzelne Tabellenfeld wäre derart gering besetzt, daß erhebliche Unsicherheiten bei der Auswertung in Kauf genommen werden müßten. Lassen sich dagegen von vornherein die Probleme festlegen, die es zu lösen gilt, so kann in vielen Fällen das Repräsentativverfahren vorteilhafter sein als eine Totalzählung. Wenn es beispielsweise in Hamburg nur darum ginge, neben einem Gesamtüberblick etwa die Beschäftigtenzahl in der Innenstadt, die hier vorwiegenden Arbeitsbeginn- und -endzeiten, die Dauer des Arbeitstages für die gesamte Bevölkerung sowie den Zeitaufwand für den täglichen Weg zur Arbeitsstätte zu ermitteln, so hätte man sich mit der Befragung eines sehr geringen Teils der Bevölkerung begnügen können. Die Unterlagen, die für eine umfassende Verkehrsplanung gefordert werden, müssen jedoch sehr viel eingehender sein und noch zuverlässigere Ergebnisse für verhältnismäßig kleine Gebietseinheiten erbringen. Auch Berufs- und Ausbildungspendelwanderung sollen ausführlich in ihrer besonderen Struktur erkennbar sein. Aus diesen Gründen entschloß man sich, die Erfassung der innerstädtischen Pendelwanderung als Totalerhebung durchzuführen.

Die Erhebung bedeutete auf vielen Gebieten einen Schritt in statistisches Neuland. So liegen beispielsweise zwar für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern Angaben über die Wochenarbeitszeiten vor, ein Gesamtüberblick war jedoch nicht vorhanden; über die Verhältnisse an einem bestimmten Wochentag gibt es so gut wie keine Untersuchungen. Die Festlegung einer Gruppierung des Materials bereits vor der Erhebung hätte unter Umständen bedeutet, daß wichtige Gesichtspunkte außer acht gelassen worden wären und daß man durch eine falsche Abgrenzung entscheidende Schwellenwerte verdeckt hätte. Dies gilt besonders für die Frage nach dem Arbeitsbeginn. Ehe das Tabellenprogramm der Verkehrszählung seine endgültige Gestalt erhielt, wurde daher mit 1 vH des gesamten Erhebungsmaterials eine Leitstudie durchgeführt. Diese Vorwegaufbereitung hat wichtige Hinweise für die Gestaltung der Totalaufbereitung erbracht.

Und nun einige Fragestellungen, die später in den Einzeldarstellungen der Zählergebnisse noch näher zu untersuchen sein werden.

Die Ausweitung der Beschäftigung in den letzten Jahren hat dazu geführt, daß die Arbeitslosen bis auf wenige Ausnahmen in den Produktionsprozeß wieder eingegliedert wurden, so daß jede weitere Steigerung der Beschäftigtenzahlen nur noch durch eine vermehrte Einschaltung der Frauen in den Produktionsprozeß möglich war. Die Verkehrszählung wird hierüber nähere Aufschlüsse bringen, ebenfalls über die Anteile der Selbständigen, der mithelfenden Familienangehörigen, der Beamten, Angestellten und Arbeiter unter den berufstätigen Hamburgern.

Nur verhältnismäßig wenige Arbeitnehmer, dagegen mehr Selbständige und vor allem mithelfende

Familienangehörige gehen ihrer Tätigkeit auf dem Wohngrundstück nach, gehören also nicht zu den Pendlern, bei denen Wohnung und Arbeitsstätte getrennt sind. Nach den Unterlagen der Stichprobe dürften es etwa 95 000 Personen sein. Hierzu zählen in erster Linie Landwirte und Kleingewerbetreibende sowie ein Teil der Ärzte und Rechtsanwälte, kurz, die sogenannten „Freien Berufe“. Bei den auf dem Wohngrundstück beschäftigten Arbeitnehmern handelt es sich dagegen meist um Hausmeister, Pförtner und Hausangestellte, die in den Haushalt ihres Arbeitgebers aufgenommen worden sind.

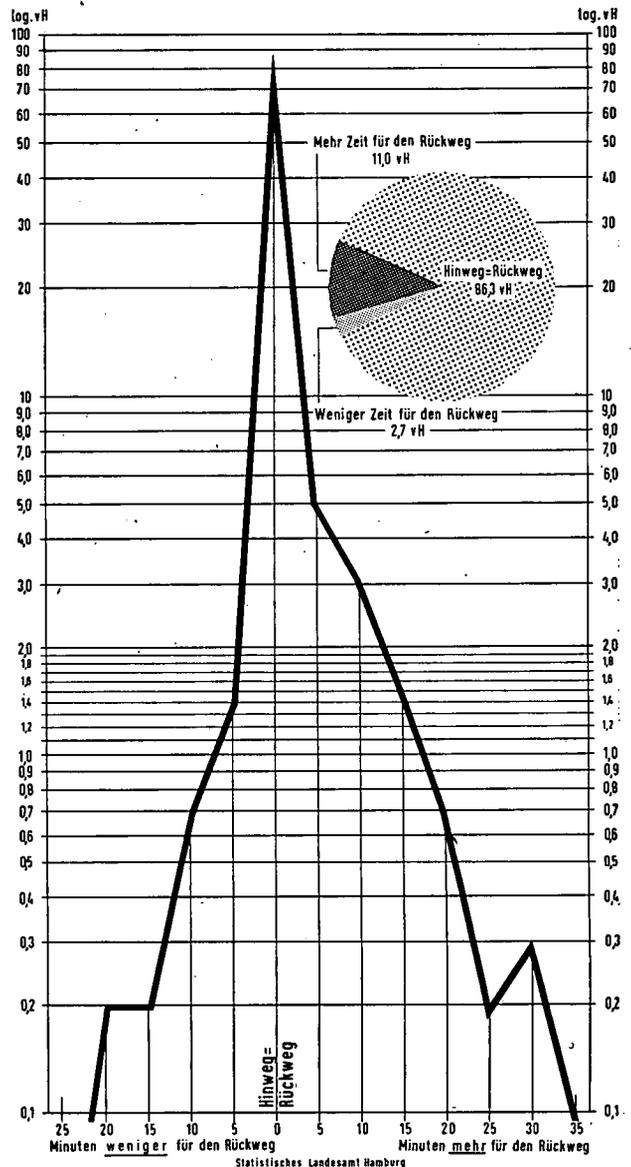
Für Hamburg muß man mit etwa 700 000 bis 750 000 Berufspendlern rechnen. Dieser Begriff ist insofern verhältnismäßig weit gefaßt, als zu den Pendlern jeder gezählt wird, bei dem Wohnung und Arbeitsstätte getrennt sind, ohne Rücksicht auf die dabei zurückzulegende Entfernung, den erforderlichen Zeitaufwand sowie die Frage, ob bei dem täglichen Weg eine Grenze von Ortsteil zu Ortsteil oder von Stadtteil zu Stadtteil überschritten wird. Nur ein Teil der Berufspendler ist für den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte auf die Benutzung eines Verkehrsmittels angewiesen. Viele Berufstätige erreichen ihren Betrieb zu Fuß, andere benutzen ein Fahrrad oder ein eigenes Kraftfahrzeug. Am Erhebungsstichtag im September 1956 war freilich gutes Wetter; die Fahrgewohnheiten auch der Kraftfahrzeugbenutzer, vor allem der Moped- und Motorradfahrer, sind im Winter häufig von denen des Sommers und des Herbstes verschieden. In weitaus stärkerem Maße gilt dies für die Radfahrer. Bei schlechtem Wetter wechselt ein erheblicher Teil zu den öffentlichen Verkehrsmitteln hinüber. Unter den Fußgängern entscheiden sich vor allem jene mit längeren Fußwegen bei Regen oder im Winter für die Straßenbahn, S-Bahn oder U-Bahn, um die wichtigsten Träger des Hamburger Nahverkehrs zu nennen.

Durch die beträchtliche Zahl der Verkehrsmittelkombinationen auf dem Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte — die Vorwegaufbereitung hat gezeigt, daß zahlreiche Berufstätige mehrere Verkehrsmittel benutzen müssen — liegt die Zahl der Beförderungsfälle auf den öffentlichen Verkehrsmitteln erheblich höher als die Zahl der am Berufsverkehr beteiligten Personen. Ein Beispiel: wenn ein Fahrgast drei Verkehrsmittel benutzt, um an seinen Arbeitsplatz zu gelangen, so gelten die drei Fahrten auf den drei Verkehrsmitteln als drei Beförderungsfälle, obwohl immer die gleiche Person befördert wurde. Es ist also zu erwarten, daß die Summe der Beförderungsfälle auf den einzelnen Verkehrsmitteln erheblich über der Zahl der Verkehrsteilnehmer liegt. Im September 1956 dürften durch den Berufsverkehr in Hamburg täglich mehr als 1,1 Millionen Beförderungsfälle durch die öffentlichen Verkehrsmittel bewältigt worden sein. Von besonderer Bedeutung ist die Frage, welche Verkehrsmittel die Hauptlast des Berufsverkehrs tragen, ferner die natürliche Ergänzung der großen Verkehrsadern durch kleinere Zubringerlinien.

Die bisherigen Überlegungen, bei denen unter den Pendlern jene Personen verstanden wurden, die nicht auf ihrem Wohngrundstück beschäftigt

sind, vermochten nur einen ersten Eindruck von den aus der Trennung von Wohnung und Arbeitsstätte erwachsenden Problemen zu vermitteln. Die sich für die Berufstätigen ergebende Belastung kann man am ehesten abschätzen, wenn man den Zeitaufwand für den Hin- und Rückweg einmal näher untersucht.

Unterschiede¹⁾ im Zeitbedarf für den Hin- und Rückweg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte



¹⁾ Ergebnisse der 1 vH-Vorwegaufbereitung.

Je nach benutztem Verkehrsmittel bedeuten gleiche Zeitspannen verschiedene Entfernungen. In der weit überwiegenden Mehrzahl ist der Zeitaufwand für den Rückweg der gleiche wie für den Hinweg. In bestimmten Fällen ergeben sich jedoch wegen ungünstiger Verkehrsverbindungen oder wegen der Überfüllung der Verkehrsmittel am Nachmittag längere Rückfahrtzeiten. Das beigegefügte Schaubild vermittelt einen Eindruck von der Streuung des Zeitaufwandes für den Hin- und Rückweg. Es läßt erkennen, daß man ohne Bedenken die Zeit für den Hinweg verdoppeln kann, um den gesamten täglichen Zeitaufwand zu ermitteln, den der Berufstätige für den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte benötigt. Für das Schaubild wurde ein logarithmischer Maßstab gewählt. Durch ihn werden

die niedrigen Werte — in unserem Beispiel sind es diejenigen Fälle, in denen Hin- und Rückweg verschieden lange dauern — ganz besonders hervorgehoben. Nach Schätzungen auf Grund der 1 vH-Vorwegaufbereitung benötigten von 100 Berufstätigen nur 14 mehr oder weniger Zeit für den Rückweg, während 86 für beide Wege die gleiche Dauer eingetragen hatten.

Es liegt auf der Hand, daß sich bei schlechtem Wetter ein erheblicher Teil der Fußgänger zur Benutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels entschließt. Zieht man die Grenze bei einem Fußweg von fünfzehn Minuten, so ist je nach Witterung ein plötzlicher Zugang von etwa 72 000 Personen im Berufsverkehr der öffentlichen Verkehrsmittel denkbar. Zu der ohnehin durch die Zusammenballung der Arbeitsbeginn- und -endzeiten auftretenden Spitzenbelastung kommt besonders im Herbst und im Winter noch eine weitere Belastung durch die Beförderung von Personen, die im allgemeinen kein öffentliches Verkehrsmittel benutzen. Schwankungen, die durch Änderungen der Fahrgeohnheiten bei Kraftfahrzeugbenutzern und Radfahrern eintreten, werden auf diese Weise noch durch einen Teil der Fußgänger verstärkt und machen den Verkehrsträgern u. U. schwer zu schaffen.

Die Bewältigung eines Verkehrsvolumens von schätzungsweise 1,1 Millionen Beförderungsfällen im Berufsverkehr könnte die öffentlichen Verkehrsmittel nicht allzusehr belasten, wenn die Arbeitsbeginn- und -endzeiten verhältnismäßig weit streuen würden und zahlenmäßig einigermaßen gleichmäßig besetzt wären. Aber gerade dies ist in Hamburg nicht der Fall. Die Vorwegaufbereitung der Verkehrszählung vermittelt ein eindrucksvolles Bild der Schwierigkeiten, die sich für die Verkehrsträger durch die Konzentration der Arbeitsbeginnzeiten auf die vollen Stunden am Morgen — vornehmlich 7 und 8 Uhr — und am Nachmittag (in erster Linie 17 Uhr) ergeben. Die für den 25. September 1956 ermittelten Zahlen dürften damals für alle Wochentage mit Ausnahme des Sonnabends gegolten haben. Gewiß sind seitdem durch den Übergang zur 45-Stunden-Woche in einer ganzen Reihe von Betrieben einige Änderungen eingetreten, auch im öffentlichen Dienst hat man — beeinflusst durch die Ergebnisse der Verkehrszählung — eine andere Regelung getroffen und beginnt statt um 8 Uhr um 7.30 Uhr. Im allgemeinen haben sich jedoch die Arbeitsbeginnzeiten seit dem September 1956 kaum verschoben, eher sind die Arbeitsendzeiten verlegt worden. Auf jeden Fall läßt auch heute noch die Momentaufnahme vom 25. September 1956 die Probleme erkennen.

In der Industrie ist ein Teil der Betriebe schon seit langem zur Schichtarbeit übergegangen, weil entweder die Auftragslage dazu zwingt oder die technischen Produktionsbedingungen einen kontinuierlichen Produktionsprozeß erfordern. Auch die Versorgungsbetriebe und die Verkehrsträger müssen ihren Betrieb über 24 Stunden aufrechterhalten. Das Vergnügungsgewerbe sei nicht vergessen, das erst in den Abendstunden den Gästestrom erwartet. Andererseits beginnt das Bäckerhandwerk sehr früh mit der Arbeit, die Zeitungen arbeiten meist die Nacht durch, und die Reinmachefrauen müssen

ihre Tätigkeit beendet haben, bevor die Bürostunden beginnen. Die besondere Struktur der Großstadt führt auf diese Weise zwar eine weite Streuung der Arbeitsbeginnzeiten herbei, verwischt jedoch nicht die entscheidenden Schwerpunkte.

Da es für bestimmte Gewerbebezüge auch innerhalb Hamburgs bevorzugte Standorte gibt, ja ein beträchtlicher Teil der Betriebe standortgebunden ist wie die Werften und die Mineralölindustrie, ergeben sich erhebliche regionale Unterschiede hinsichtlich des Arbeitsbeginns und des Arbeitsendes je nach dem vorwaltenden Wirtschaftszweig. In der City machen sich Handel und Verwaltung bemerkbar, im Hafen in erster Linie die Werften und auf der Reeperbahn last not least das Vergnügungsgewerbe. Für die Lösung der Verkehrsfragen genügt es daher nicht, lediglich einen Gesamtüberblick für ganz Hamburg zu geben, sondern es müssen die Ballungsgebiete der Beschäftigung herausgearbeitet und jeweils in ihrer wirtschaftlichen Struktur und den sich daraus ergebenden Arbeitsbeginn- und -endzeiten untersucht werden.

Die Beschäftigungszentren sind in Hamburg derart ausgeprägt, daß sie selbst mit Hilfe des Stichprobenverfahrens ohne weiteres festgestellt werden können, freilich nur in der verhältnismäßig groben Gliederung nach Ortsteilen und weiträumigen Zusammenfassungen. Die genaue Abgrenzung mit Hilfe der Einteilung in Oberzählbezirke und den Beschäftigtendichten soll in der folgenden Studie: „Die Wohngebiete der Hamburger Berufstätigen und die Schwerpunkte der Erwerbstätigkeit“ dargestellt werden.

Jedes dieser Ballungsgebiete weist eine besondere wirtschaftliche Struktur auf, die vom Gesamtdurchschnitt der Hansestadt erheblich abweicht. So wird das Bild der Innenstadt geprägt durch den Handel, das Geld- und Versicherungswesen sowie die verschiedenen Zweige der öffentlichen Verwaltung. Die Struktur des Hafens ist durch das Verkehrsgewerbe mit seinen Hilfsbetrieben, den Schiffbau und die Freihafenindustrie bestimmt, die sich über mehrere Branchen des verarbeitenden Gewerbes erstreckt. Harburg ist weitgehend industriell durchsetzt, und in Wilhelmsburg macht sich die Mineralölindustrie bemerkbar.

Infolge dieser unterschiedlichen Struktur ergeben sich von Ballungsgebiet zu Ballungsgebiet verschiedene Arbeitsbeginn- und -endzeiten. Die Harburger Arbeitsstätten sind wegen des Schichtbetriebes einiger großer Firmen sehr früh besetzt, wogegen in der Innenstadt die meisten Berufstätigen um 8 Uhr, um 8.30 Uhr und um 9 Uhr ihre Arbeit aufnehmen. Der Hafen fängt bereits um 7 Uhr an zu arbeiten.

In St. Georg sind die vorwiegenden Arbeitsbeginnzeiten 7 Uhr und 8 Uhr, wogegen am Rotherbaum das Schwergewicht eindeutig um 8 Uhr liegt. Dieses Gesamtbild wird nach der einen oder anderen Richtung in den jeweiligen Ballungsgebieten in charakteristischer Weise abgewandelt. Zum Teil sind es Besonderheiten einiger Großbetriebe, die sich hierbei bemerkbar machen.

Bereits dieser kurze Überblick läßt erkennen, wie differenziert Untersuchungen vorgehen müssen, die der Verkehrsplanung die benötigten Unterlagen zur

Verfügung stellen wollen. Die Arbeit muß sich an einem bestimmten Punkt in monographische Darstellungen der einzelnen Ballungsgebiete aufspalten. Sofern hierbei das Problem der Arbeitszeitstaffelung angesprochen wird, bleibt allerdings ein gewisser Zusammenhang zwischen den beiden bedeutendsten Beschäftigungszentren Hamburgs, der Innenstadt und dem Hafen, gewahrt. Es wurde bereits betont, daß die durch die Innenstadt führenden Strecken der öffentlichen Verkehrsmittel zu einem erheblichen Teil auch von Durchreisenden belastet sind. Eine Arbeitszeitstaffelung in der Innenstadt — sie muß u. U. Sonderregelungen für einzelne große Büroblocks treffen — kann daher nur bei bestimmten Spitzenzeiten zu einer echten Entlastung führen. Beginnt man in der Innenstadt zu früh, stößt man noch auf den Verkehr, der den Hafen mit Arbeitskräften versorgt; beginnt man zu spät, so macht sich zusätzlich zum Berufsverkehr bereits der Besucher- und Einkaufsstrom der Hausfrauen und der Auswärtigen bemerkbar, die einmal einen Eindruck der großstädtischen Geschäftsstraßen gewinnen wollen.

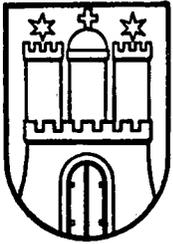
Es erscheint auf den ersten Blick verhältnismäßig einfach, auf Grund des Materials der Verkehrszählung von 1956 Aussagen über die Arbeitszeiten in der Hamburger Wirtschaft zu machen. Die Bevölkerung war gebeten worden, Beginn und Ende der Arbeitszeit einzutragen und hierbei Überstunden — gleichgültig ob bezahlt oder nicht — mit einzubeziehen. Nachprüfungen ergaben, daß dies im allgemeinen auch zuverlässig geschehen ist. Es wurde ferner gefragt, ob sich diese Angaben auf eine regelmäßige Arbeitszeit bezogen oder ob es sich um Schichtarbeit handelte.

Die Schwierigkeiten, die zwischen dem Betreten der Arbeitsstätte und ihrem endgültigen Verlassen liegende Zeitspanne näher zu beschreiben, sind jedoch erheblich. Die Arbeitszeitregelungen sind weitaus differenzierter, als man gemeinhin annimmt. Bei den meisten Berufstätigen handelt es sich um eine durchgehende Arbeitszeit. Die Zahl der Fälle, in denen die Tätigkeit unterbrochen wird, war jedoch beträchtlich. Häufig fanden sich Hinweise auf 2stündige Arbeitspausen, so daß ein Teil der vertraglich ausbedungenen Arbeitszeit am Vormittag, ein Teil am Nachmittag abgeleistet wurde, und teilweise bezieht die an der Arbeitsstätte verbrachte Zeit die sogen. „Arbeitsbereitschaft“ mit ein. Trifft dies in erster Linie für die Arbeitnehmer zu, so scheinen bei einem Teil der Selbständigen Beruf und Freizeit ineinander überzugehen. Dies gilt besonders dann, wenn sich die Tätigkeit auf dem Wohngrundstück vollzieht. Vielfach werden hierbei Dinge miteinbezogen, die für die Arbeitnehmer völlig außerhalb der eigentlichen Arbeitszeiten liegen, wie etwa die Bereitung des Mittagessens und dergleichen. Derartige Angaben, die zu ungewöhnlich langen Arbeitszeiten führen, fanden sich besonders bei der Gruppe der mithelfenden Familienangehörigen. Trotz dieser Vorbehalte sind die gewonnenen Angaben aufschlußreich genug. Die weitere Aufbereitung wird auch hierüber Einzelheiten bringen.

Soweit ein erster Überblick über das Material der Verkehrszählung, der lediglich zur Einführung in die weiteren Veröffentlichungen — sowohl in „Hamburg in Zahlen“ als auch in Form der Quellenwerke in der „Statistik des Hamburgischen Staates“ — gedacht ist.

Sobotschinski, Dipl.-Volkswirt

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet



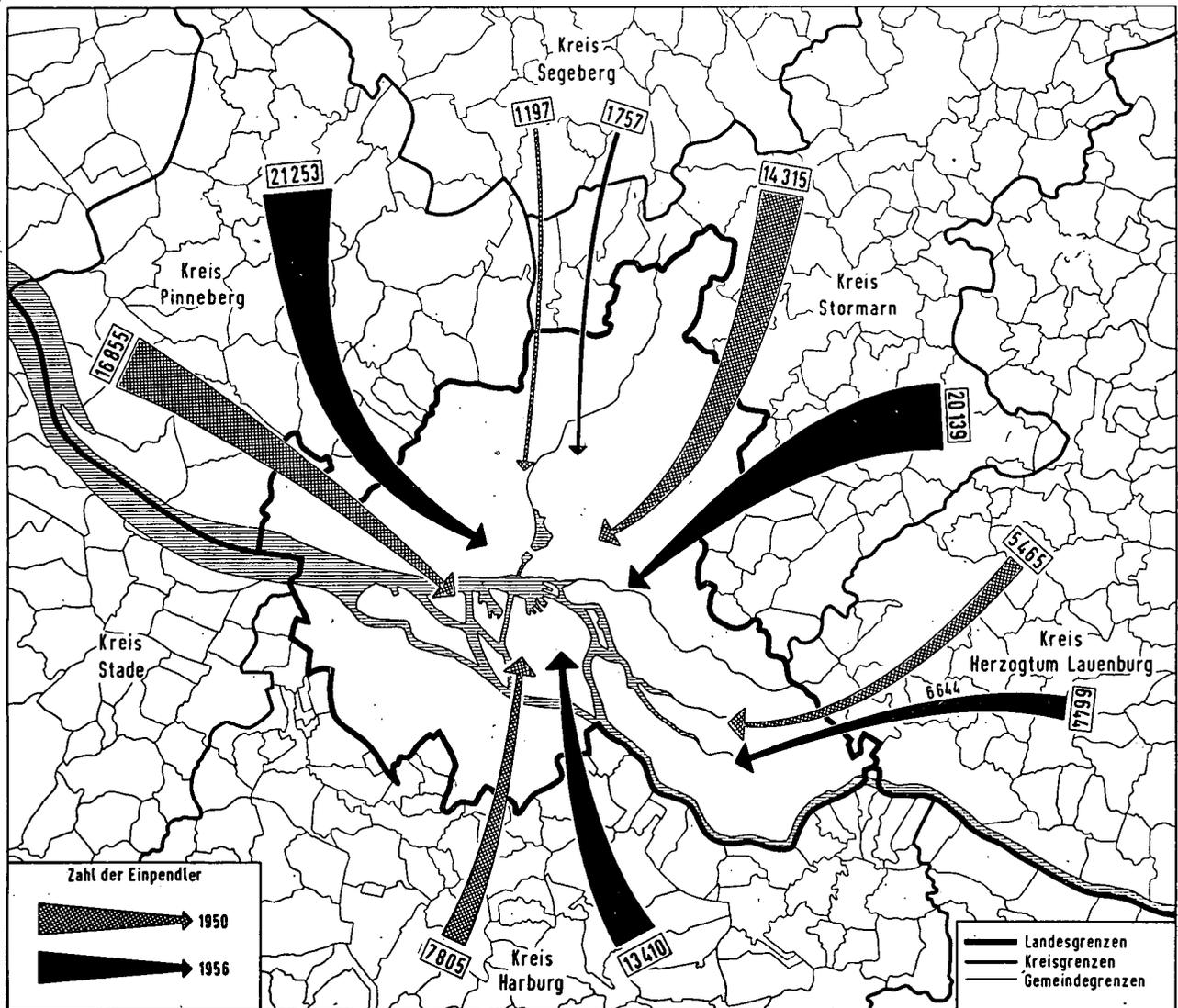
Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Jahrgang 1958

Hamburg, den 5. Juni 1958

Heft Nr. 9

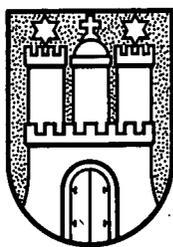


Der Berufsverkehr aus der Umgebung

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 5. Juni 1958



Jahrgang 1958 – Heft Nr. 9

Die Pendelwanderung zwischen Hamburg und seiner Umgebung (Verkehrszählung 1956)

I N H A L T

- I. Methodische Vorbemerkungen zu den Pendelwanderungsstatistiken
- II. Umfang und Bedeutung der Pendelwanderung
- III. Pendelwanderung und Arbeitsmarkt
- IV. Die Einpendler
 - A. Wo wohnen die Pendler?
 - B. Der Vergleich der Pendlerzahlen von 1950 und 1956
 - C. Wo arbeiten die Pendler?
- V. Die Verkehrsströme der Pendelwanderung
 - A. Die Pendler aus dem Einzugsgebiet Wedel - Holm
 - B. Die Besonderheiten des Pendlerstromes aus dem Einzugsbereich Elmshorn - Pinneberg
 - C. Die Pendler aus der nördlichen Umgebung
 - D. Das Einzugsgebiet Ahrensburg - Bad Oldesloe
 - E. Die Pendelwanderung zwischen Hamburg und dem östlichen Einzugsgebiet
 - F. Der Pendlerstrom aus dem Einzugsgebiet Reinbek - Büchen
 - G. Die Pendler aus Wentorf, Börnsen, Escheburg und Geesthacht
- VI. Das Verkehrsaufkommen der Pendelwanderung

Die Pendelwanderung zwischen Hamburg und seiner Umgebung ist ein markanter Ausdruck für die wirtschaftliche und verkehrsmäßige Verflechtung Hamburgs mit seinen Nachbarländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Sie zeigt an, wie weit die Ausstrahlungskraft des großstädtischen Ballungsgebietes reicht. Wohl ist die Trennung von Wohn- und Arbeitsstätte geradezu eine allgemeine Erscheinung des modernen Wirtschaftslebens, aber besonders bedeutsam zeigt sie sich, wo die Berufstätigen größere Entfernungen zurückzulegen haben und dabei die Hamburger Landesgrenze passieren. Es entstehen dadurch nicht nur arbeitsmarktpolitische Probleme, sondern auch Fragen der Verkehrswirtschaft, der Wohnungsbaupolitik sowie des kommunalen Lastenausgleichs.

In Hamburg heben sich verschiedene Ballungsgebiete als Zielorte der Pendelwanderung ab. Der Einzugsbereich dieser Ballungsgebiete umfaßt sowohl die Wohngebiete in Hamburg als auch in zunehmendem Maße die Wohngemeinden der Nachbarkreise Schleswig-Holsteins und Niedersachsens.

Der Bedarf an Arbeitskräften, der sich in der heutigen Situation in vielen Branchen empfindlich bemerkbar macht, wird durch das Hamburger Arbeitnehmerpotential allein nicht gedeckt. Andererseits bilden die mannigfaltigen Erwerbsmöglichkeiten, das höhere Lohn- und Gehaltsniveau sowie zahlreiche andere großstädtische Vorzüge einen beträchtlichen Anreiz für die auswärts Wohnenden,

I. Methodische Vorbemerkungen zu den Pendelwanderungsstatistiken

Die vorliegende Arbeit, die die Untersuchung der außerhamburgischen Pendelwanderung zur Aufgabe hat, stützt sich vorrangig auf die ersten Ergebnisse der Verkehrszählung von 1956.

Die Hamburger Verkehrszählung wurde als Stichzählerhebung am 25. September 1956 in Hamburg und den Hamburg benachbarten Kreisen Schleswig-Holsteins durchgeführt. Die Zählung erfolgte in beiden Ländern durch Fragebogen, die die Befragten selbst ausfüllten. Im Zuge der Aufbereitung des Urmaterials wurden die Angaben auf Wahrscheinlichkeit überprüft, im Einzelfall bereinigt oder bei fehlenden Angaben soweit wie möglich ergänzt.

Die Einpendlererhebung in Schleswig-Holstein stellte eine der Vollständigkeit des Verkehrsbildes wegen erforderliche Erweiterung des Hamburger Verkehrszählungsprogramms dar — denn eine detaillierte Untersuchung der Verkehrssituation in Hamburg setzt nicht nur eine Befragung der in Hamburg Wohnenden, sondern auch die Kenntnis der außerhamburgischen Pendelwanderung voraus. So wurde auch im Gebiet der hamburgischen Nachbarkreise Pinneberg, Steinburg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg die Verkehrszählung durchgeführt, um zum erstenmal Aussagen über die arbeitsmarkt- und verkehrsmäßige Verflechtung Hamburgs mit Schleswig-Holstein möglich zu machen.

Während bei der Verkehrszählung in Hamburg alle Erwerbspersonen und die in Ausbildung Stehenden erfaßt wurden, erstreckte sich die Befragung in Schleswig-Holstein allein auf die Erwerbspersonen

ihre Arbeit in Hamburg zu suchen. Selbst in der Zeit der Arbeitslosigkeit war Hamburg der Arbeitsplatz für eine große Zahl von außerhalb des Stadtgebietes wohnenden Erwerbspersonen.

Der Einpendlerstrom schwoll — bedingt durch die Entwicklung zur Vollbeschäftigung und der stärker werdenden Nachfrage nach Arbeitskräften — gerade in den letzten Jahren stark an, was diesem Problem eine gewisse Aktualität verleiht. Rund 83 000 Erwerbstätige pendeln zumeist täglich zweimal zwischen ihren auswärtigen Wohngemeinden und den in Hamburg liegenden Arbeitsstätten. In diesem Umfange wirkt sich der Einpendlerstrom sowohl auf die Struktur der Wohngemeinden der umliegenden Landgebiete als auch auf den Arbeitsmarkt und den Beschäftigungsgrad in Hamburg aus. Bei der Gesamtzahl der in Hamburg Beschäftigten von rund 800 000 bedeutet es, daß durchschnittlich jeder zehnte Arbeitnehmer ein Einpendler ist.

In verkehrsmäßiger Hinsicht treten bei der Pendelwanderung zwischen den Randzonen des Einzugsgebietes und den Hamburger Beschäftigungszentren spezifische Probleme auf. Die zum Teil sehr großen Entfernungen erfordern die Benutzung der verschiedensten Verkehrsmittel. Es entstehen quantitativ meßbare Verkehrsströme des Berufsverkehrs, die sich als Mehrbelastung sowohl auf dem Hamburger Nahverkehr als auch auf den Vorortlinien stark bemerkbar machen.

— also Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte, Arbeiter und Lehrlinge. Von diesen Erwerbstätigen erhielten wieder nur diejenigen einen Fragebogen, die in Hamburg arbeiteten und damit als Einpendler zählten.

Die Einpendlererhebung wurde nicht auf alle Gemeinden Schleswig-Holsteins ausgedehnt; sie betrafte nur die Gemeinden, die in der näheren Umgebung Hamburgs liegen und im Höchstfalle 50 km von der Hamburger Innenstadt entfernt sind.

Bei dieser Abgrenzung des Einzugsgebietes der hamburgischen Pendelwanderung bleiben lediglich 3,5 vH der Einpendler außerhalb der Betrachtung, zudem nehmen die Auspendleranteile in den weitergelegenen Gemeinden mit zunehmender Entfernung nach Hamburg sehr stark ab und haben hier nur noch eine untergeordnete Bedeutung.

Außerdem läßt vieles darauf schließen, daß die Pendler, die mehr als 50 km zurücklegen müssen, um zur Arbeitsstätte in Hamburg zu kommen, nicht täglich zwischen Wohn- und Arbeitsort pendeln, sondern nur wöchentlich oder in unregelmäßigen Zeitabständen. Die Untersuchung der Einpendlerströme zielte aber auf die sog. „Tagespendler“, die während der Arbeitswoche täglich zweimal die Strecke zwischen Wohn- und Arbeitsort zurücklegen müssen und dabei täglich die Hamburger Grenze passieren.

Die für die Einpendlererhebung besonders abgefaßten Fragebogen sahen eine Reihe von Angaben vor, die für die Untersuchung der Pendelwanderung unentbehrlich sind: die Herkunftsgemeinde, die Lage der Arbeitsstätte in Hamburg, die Zahl und

die Bezeichnung der benutzten Verkehrsmittel, der Zeitaufwand sowie einige erwerbsstatistische Angaben.

Rund 90 vH der befragten Einpendler beantworteten die Fragen im Erhebungsbogen zuverlässig, während 10 vH nur unvollständig oder gar nicht ausgefüllte Fragebogen abliefern. Soweit die Unterlagen nicht ergänzt werden konnten, spiegeln sie sich in der Besetzung der Spalten „ohne Angabe“ bei den Tabellen wider.

Fünf umfangreiche Tabellen liegen zur Zeit als erste Ergebnisse der Einpendlererhebung vor. Es sind dies im einzelnen:

1. Die Pendelwanderung der Erwerbstätigen gliedert nach 220 schleswig-holsteinischen Gemeinden und 179 Ortsteilen in Hamburg, d. h. die Einpendler aus Schleswig-Holstein nach Wohngemeinden und Hamburger Arbeitsstättenortsteilen;
2. die Einpendler aus Schleswig-Holstein nach Wohngemeinden und Wirtschaftsabteilungen bzw. -gruppen;
3. die Einpendler aus Schleswig-Holstein nach Wohngemeinden und der Zahl der benutzten Verkehrsmittel;
4. die Einpendler aus Schleswig-Holstein nach Wohngemeinden und der Art der benutzten Verkehrsmittel;
5. die Einpendler aus Schleswig-Holstein nach Wohngemeinden und individuellen Zubringer-Verkehrsmitteln.

Diese Tabellen¹⁾ sollen im folgenden interpretiert werden und soweit wie möglich als übersichtliche graphische Darstellungen erscheinen.

Zuvor noch die Bemerkung, daß die Verkehrszählung in Schleswig-Holstein, nicht aber in Niedersachsen durchgeführt wurde. Allerdings hat die südliche Umgebung auch nicht die große Bedeutung wie das weitreichende Einzugsgebiet in Schleswig-Holstein. Das spiegelt sich schon in den Einpendlerzahlen wider. Im Jahre 1957 wurden rd. 21 000 Einpendler aus Niedersachsen gezählt — fast dreimal soviel kamen im selben Jahr aus Schleswig-Holstein. Die „Verstädterungszone“ hat nach Niedersachsen nicht die große flächenmäßige Ausdehnung wie nach Schleswig-Holstein. In der Literatur wird deshalb oft nur die nördliche Umgebung Hamburgs als das eigentliche Umland des großstädtischen Kerns bezeichnet²⁾.

Ebenso wie die beiden Einzugsgebiete Schleswig-Holstein und Niedersachsen räumlich durch die Elbe als Landesgrenze getrennt werden, schneidet die Elbe auch den hamburgischen Kern in zwei Teile. Oberhalb der Elbe liegt das Stadtzentrum Hamburgs; unterhalb der Elbe Harburg und Wilhelmsburg. Die Erfahrung, daß die Einpendler des südlichen Einzugsgebietes in den südlichen, unterhalb der Elbe liegenden Arbeitsstätten und die Einpendler aus dem nördlichen Einzugsgebiet in den nördlichen, oberhalb der Elbe gelegenen Stadtteilen arbeiten, läßt den Schluß zu, daß es sich hier um zwei verschiedene Pendelwanderungen handelt: einmal die „nördliche“ Pendelwanderung zwischen den Wohngemeinden Schleswig-Holsteins und den Hamburger Ortsteilen der Bezirke Hamburg-Mitte, Altona, Eimsbüttel, Hamburg-Nord, Wandsbek und

Bergedorf und zum anderen die „südliche“, weit weniger intensive Pendelwanderung zwischen den Wohngemeinden des an Hamburg angrenzenden Niedersachsens und den Ortsteilen des Bezirks Harburg.

Genauere Aussagen über die Einpendlerströme aus Niedersachsen und ihre Verteilung in Hamburg sind erst dann möglich, wenn umfangreiches Zahlenmaterial aus einer Großzählung vorliegt. Vorerst kann die **Arbeitsmarktstatistik** nur mit Globalzahlen über die Einpendler aus Niedersachsen diese Lücke schließen.

Die Arbeitsmarktstatistik stützt sich auf Auszählungen der Landesarbeitsämter Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, die jährlich im September vorgenommen werden. Die Auszählungen erfolgen an Hand der Beschäftigtenkarteien, die bei den Arbeitsämtern bzw. Arbeitsamtsstellen für die dort wohnenden Arbeitnehmer geführt werden. Sie zeigen auf, wie viele Arbeitnehmer zwar im eigenen Bezirk wohnen, jedoch in Betrieben beschäftigt sind, die im Gebiet eines anderen Landesarbeitsamts liegen. So vermag die Arbeitsmarktstatistik ein Bild darüber zu vermitteln, in welchem Umfange Arbeitnehmer aus den verschiedenen Bezirken der Arbeitsämter und Arbeitsamtsstellen nach Hamburg und umgekehrt pendeln und wie hoch die Pendleranteile — gemessen an der Gesamtzahl der erwerbstätigen Einwohner — liegen. Die Arbeitsamtsbereiche umfassen mehrere Gemeinden, so daß größere regionale Einheiten entstehen, die die eigentlichen Pendlergemeinden und Schwerpunkte kaum erkennen lassen. Insofern kann die Arbeitsmarktstatistik nur begrenzt die Aussagen über die Pendelwanderung ergänzen. Andererseits ermöglicht diese Statistik eine ausführliche Darstellung der Ein- und Auspendlerentwicklung, auf die im folgenden noch besonders eingegangen werden soll.

Das Spiegelbild der Pendelwanderung stellen die Geldströme dar, die als erarbeitete Einkommen der Einpendler in die Wohngemeinden zurückfließen. Darüber vermittelt die **Lohnsteuerstatistik** einen interessanten Einblick.

Es läßt sich leicht vorstellen, daß die von Hamburg abfließenden Einkommen die Wirtschaftslage in den Randgebieten befruchten und damit wiederum die Beschäftigung in den Wohngemeinden der Einpendler ausweiten. Diese Fragen, zu denen mit einem entgegengesetzten Vorzeichen die sozialen Aufgaben der Wohngemeinden treten, sind im engen Zusammenhang mit den vielfältigen finanziellen Verflechtungen der Länder und Gemeinden mit Hamburg zu sehen. Doch es ist nicht hier der Ort, auf jene schon weiterführende Probleme einzugehen.

Schließlich seien noch die Zahlenunterlagen über die Auspendler von Hamburg nach Schleswig-Holstein und Niedersachsen erwähnt. Diese Unterlagen stützen sich zum Teil auf die Arbeitsmarktstatistik, vorwiegend aber auf die Ergebnisse der Verkehrszählung 1956 über die Auspendler. Hier wurden auch die Gemeinden ausgewiesen, in denen die Hamburger Auspendler beschäftigt sind.

¹⁾ Alle 5 Tabellen erscheinen demnächst vollständig in einem Quellenwerk über die Einpendler. — ²⁾ Vgl. „Die Ballungsgebiete in der Bundesrepublik“, herausgegeben vom Institut für Raumforschung.

II. Umfang und Bedeutung der Pendelwanderung

Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich die Zahl der Einpendler aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen mehr als verfünffacht. Seit 1949 ist ein ununterbrochener Anstieg der Pendlerzahlen zu verzeichnen. Schon im Jahre 1950 wurden dreimal soviel Einpendler gezählt als 1938. Die unterschiedlich gespannte Arbeitsmarktsituation in Hamburg mag den Ausschlag gegeben haben, daß die Pendlerzahlen nicht gleichmäßig anschwellen. Die höchste absolute Zunahme ergab sich von September 1955 bis zum September 1956. Aber auch von 1954 zu 1955 und von 1949 zu 1950 waren starke Zugänge zu verzeichnen.

Schon von 1949 zu 1950 stieg die Zahl der Einpendler um rd. 7 600 stark an. Der Zuwachs von 7 600 Pendlern bedeutete eine Zunahme um 18,8 vH. Von 1950 zu 1951 erhöhten sich die Pendlerzahlen nochmals beträchtlich um 7,6 vH, um dann aber in den Jahren 1951, 1952 und 1953 auf einem Niveau von rd. 53 000 zu verharren. Seit September 1953 macht sich wieder ein kräftiger Anstieg bemerkbar. Die Zunahmen erhöhten sich bis zum Jahre 1956 nicht nur absolut, sondern auch relativ. Allein im Jahre 1956 wurden rd. 9 000 oder 13,2 vH Einpendler mehr gezählt als im Vorjahre. Von September 1956 bis zum September des vergangenen Jahres stiegen die Pendlerzahlen abermals um rd. 5 400, so daß die Zahl der Einpendler bis zum Herbst 1957 auf fast 83 000 angeschwollen ist.

Gegenüber diesen Zahlen spielt die Beschäftigung Hamburger Arbeitnehmer in den auswärtigen Gemeinden nur eine geringe Rolle. Die Zahl der Auspendler hat sich vergleichsweise zur Vorkriegszeit stark vermindert. Während im Jahre 1938 noch 7 000 Auspendler gezählt wurden, lagen die entsprechenden Zahlen in den Jahren 1949 bis 1954 bei etwa 1 280. Seit 1954 hat sich die Zahl der Auspendler nur gering erhöht. Die Unterlagen des Landesarbeitsamtes Hamburg weisen für das vergangene Jahr 1 772 Auspendler aus — das ist nur der vierte Teil der Auspendlerzahl von 1938.

Sept. 1951 bis Sept. 1952 + 213 oder 0,4 vH
 Sept. 1952 bis Sept. 1953 + 3 393 oder 6,5 vH
 Sept. 1953 bis Sept. 1954 + 4 737 oder 8,5 vH
 Sept. 1954 bis Sept. 1955 + 7 943 oder 13,1 vH
 Sept. 1955 bis Sept. 1956 + 9 052 oder 13,2 vH
 Sept. 1956 bis Sept. 1957 + 5 443 oder 7,0 vH.

Damit haben sich in Umfang und Richtung der Pendlerströme entscheidende Veränderungen im Vergleich zur Vorkriegszeit vollzogen. Der Pendler-saldo zugunsten Hamburgs hat sich seit 1938 von rd. 9 000 auf mehr als 81 000 im September 1957 erhöht. Allein aus dieser Quelle hat der Hamburger Arbeitsmarkt rd. 72 000 Personen mehr aufgenommen als in der Vorkriegszeit¹⁾.

Wie ist die sprunghafte Zunahme der Beschäftigung auswärtiger Arbeitnehmer in der hamburgischen Wirtschaft nach dem Kriege zu erklären? Die Entwicklung der Hamburger Wirtschaft nach dem Kriege machte es zwar erst möglich, daß Jahr für Jahr mehr auswärtige Arbeitnehmer eine Erwerbsmöglichkeit in Hamburg fanden, doch in dieser Tatsache allein kann nicht der eigentliche Grund des zunehmenden Einpendlerstromes gesehen werden. Vielmehr sind die Ursachen darin zu sehen, daß das Angebot an Arbeitskräften in der näheren und weiteren Umgebung beträchtlich gestiegen ist; dies hängt wiederum damit zusammen, daß sich die Wohndichte in den Landgemeinden gegenüber der Vorkriegszeit außerordentlich stark erhöht hat.

In den ersten Nachkriegsjahren machten sich selbstverständlich immer noch die Auswirkungen der Kriegseignisse bemerkbar. Die Großstädte hatten allgemein unter den Zerstörungen der Luftangriffe oder anderen Kriegseinwirkungen mehr zu leiden als die ihnen benachbarten Randgemeinden oder Kleinstädte. Das hatte zur Folge, daß ein großer Teil der Großstädter freiwillig oder zwangsläufig in die umliegenden ländlichen Gebiete aus-siedelte. Die Wohndichte in den Landgebieten hat sich durch die Evakuierung gerade in der Hamburger Umgebung stark erhöht. Doch die vorhandene wirtschaftliche Kapazität reichte in diesen Gebieten nicht aus, um alle Zugewanderten zu beschäftigen. So blieben viele ehemalige Hamburger mit Hamburg weiter verbunden, indem sie trotz des Wohnungswechsels ihre alten Arbeitsstätten in Hamburg beibehielten.

Zwar ist diese Entwicklung nicht zuletzt infolge der organisierten Umsiedlung rückläufig; doch ein großer Teil Hamburger wohnt heute noch auswärts. Vielfach fanden die ausgesiedelten Hamburger noch keinen geeigneten Wohnraum in Hamburg, andererseits mögen sie sich an die neue Umgebung gewöhnt haben und ziehen es vor, dort wohnen zu bleiben, ohne die bisherige Arbeit in Hamburg aufzugeben.

Ein paar Zahlen, die einer Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein²⁾ entnommen sind, mögen die Situation der Evakuierten verdeutlichen.

Übersicht 1

Die Entwicklung der Pendelwanderung nach der Arbeitsmarktstatistik

Monate Jahre	Einpendler	Auspendler	Pendler-saldo
Juni 1938 ¹⁾	16 000	7 000	9 000
Juni 1949	40 767	1 195	39 572
Sept. 1950	48 420	1 287	47 133
Sept. 1951	52 123	1 513	50 610
Sept. 1952	52 336	1 253	51 083
Sept. 1953	55 729	1 246	54 483
Sept. 1954	60 466	1 256	59 210
Sept. 1955	68 409	1 475	66 934
Sept. 1956	77 461	1 408	76 053
Sept. 1957	82 904	1 772	81 132

¹⁾ Unterlagen der Arbeitsbuch-Erhebung 1938, zum Teil ergänzt durch Ergebnisse der Berufszählung vom 17. 5. 1939.

Die Zunahme der Einpendler betrug in der Zeit von

Juni 1949 bis Sept. 1950 + 7 653 oder 18,8 vH
 Sept. 1950 bis Sept. 1951 + 3 703 oder 7,6 vH

¹⁾ Vgl. „Pendelwanderung und Arbeitsmarkt in Hamburg und seiner Umgebung“ in „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1955, Heft 16.

²⁾ „Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein“, 8. Jahrgang, Heft 2, herausgegeben vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein in Kiel.

Im April 1946 wurden in Schleswig-Holstein rd. 158 000 landeseigene und aus Hamburg stammende Evakuierte gezählt. Eine besondere Umfrage aus dem Jahre 1948 ergab, daß zu diesem Zeitpunkt noch 93 000 Evakuierte aus Hamburg — vorwiegend in den der Großstadt vorgelagerten Gemeinden wohnten. In der Zeit von 1951 bis Ende 1955 wurden im Rahmen der allgemeinen Umsiedlungsmaßnahmen 11 675 Evakuierte nach Hamburg zurückgeführt. Es verbleibt jedoch ein beträchtlicher Rest von etwa 50 000 Hamburgern¹⁾, die entweder zwangsläufig — weil sie bisher noch nicht nach Hamburg rücksiedeln konnten²⁾ oder freiwillig in der Hamburger Umgebung sesshaft geworden sind.

Die immer noch nicht behobene Wohnungsnot hat auch heute noch eine gewisse Bedeutung für die Aussiedlung der Hamburger. Andererseits mögen die niedrigeren Mieten wie überhaupt die niedrigeren Lebenshaltungskosten auf dem Lande mit in die Überlegungen der Wohnungssuchenden eingegriffen sein, so daß sich heute viele Hamburger entschließen, ihre Wohnung außerhalb Hamburgs zu suchen, ohne dabei auf die Weiterbeschäftigung in Hamburg zu verzichten. Obgleich dadurch gewisse Nachteile für sie entstehen — so etwa die größere Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsstätte —, können sie den allgemein höheren Verdienst in der Stadt mit der billigeren Lebenshaltung auf dem Lande verbinden.

Mehr noch als die freiwillige oder zwangsläufige Aussiedlung der Butenhamburger verursachte der Strom der Flüchtlinge und Aussiedler aus den Ostgebieten eine starke Zunahme der Wohndichte gegenüber der Vorkriegszeit. Auch sie konnten nur zum Teil in ihrer neuen Umgebung eine Erwerbsmöglichkeit finden, so daß sie gezwungen waren, ihre Arbeit außerhalb des Wohnorts zu suchen. Es ist leicht zu erklären, daß gerade die hamburgische Wirtschaft mit ihren zahlreichen Erwerbsmöglichkeiten jene Arbeitssuchenden anzog.

Wenn auch die Wohndichte der Randgebiete heute noch weit über dem Niveau von 1938 liegt, so ist sie doch in den letzten Jahren in einer rückläufigen Entwicklung begriffen. Die „Übervölkerung“ war eine unmittelbare Erscheinung der Kriegs- und Nachkriegsereignisse. Inzwischen sind die meisten Evakuierten in die Heimatstädte zurückgeführt worden und ein großer Teil der zunächst in Schleswig-Holstein und Niedersachsen untergekommenen Flüchtlinge und Vertriebenen hat in anderen Bundesländern Aufnahme gefunden.

Allein in den Kreisen, die im weitläufigsten Sinne zur Hamburger Umgebung gerechnet werden können (Neumünster, Herzogtum Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Steinburg, Stormarn, Harburg, Lüneburg und Stade), wurden 1956 rund 130 000 Einwohner weniger gezählt als bei der Volkszählung 1950. Hamburg hat einen großen Teil der Abgewanderten aufgenommen — man könnte sich zunächst vorstellen, daß diese Entwicklung den Umfang der Pendelwanderung beeinträchtigt hat — **im selben Zeitraum hat sich aber die Zahl der Einpendler nahezu verdoppelt.**

Das läßt darauf schließen, daß die Abwanderung keinen Einfluß auf die Pendelwanderung gehabt

hat. Tatsächlich hatten auch nicht alle Gemeinden der aufgeführten neun Kreise Einwohnerrückgänge zu verzeichnen. Einige wenige Gemeinden nahmen von 1950 bis 1956 sogar einwohnermäßig zu. Diese Gemeinden liegen fast ausnahmslos an der Peripherie Hamburgs und dürften als die typischen Einpendlergemeinden gelten, in denen 50 vH und mehr der Erwerbstätigen in Hamburg arbeiten. Ein weiteres Kennzeichen dieser Gemeinden ist die verhältnismäßig gute verkehrsmäßige Erschließung, die es den dort Wohnenden möglich macht, in 60, 45 oder weniger Minuten die Hamburger Innenstadt zu erreichen³⁾.

Hier macht sich zweifellos die Ausstrahlung Hamburgs bemerkbar. Gemeinden wie Wedel, Pinneberg, Harksheide, Glashütte oder Ahrensburg entwickeln sich immer mehr zu Wohngebieten von Erwerbstätigen, die in Hamburg einer Beschäftigung nachgehen. Diese Erscheinung entspricht der natürlichen Expansionstendenz der Großstadt.

Mit dem Landleben sind für die Einpendler eine ganze Reihe von Vor- und Nachteilen verbunden, die sich entweder begünstigend oder hemmend auf die Pendelwanderung auswirken. Die wesentlichen Nachteile des Pendelns sind: höhere Fahrtkosten, größerer Zeitverlust für den täglichen Weg nach Hamburg und zurück, leichtere Ermüdbarkeit und erhöhte Unfallgefahren. Der größere Zeitverlust, der durch die langen Anmarschwege entsteht, verlängert den Arbeitstag oft um mehrere Stunden und beansprucht damit naturgemäß die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit. Hinzu kommt, daß die Pendler derart an die An- und Abfahrtszeiten der Verkehrsmittel gebunden sind, daß sie sich schlecht mit unregelmäßigen Arbeitszeiten abfinden können.

Zu den Vorteilen der Pendelwanderung zählt die günstigere Lösung der Wohnungsfrage, die Möglichkeit des Nebenerwerbs durch Gartenbau und Kleintierzucht, die Verbindung mit der Landwirtschaft. Es hat den Anschein, als ob diese Vorteile der Pendelwanderung die Nachteile überwiegen. Vielfach bewohnen die Pendler auf dem Lande ein eigenes Haus. Sie besitzen nicht selten eine kleine Landwirtschaft oder Kleintierzucht als Nebenerwerbsquelle. Die zeitraubende Fahrt zur Arbeitsstätte wird als das geringere Übel betrachtet, das die Vorteile der Landwohnung nicht aufzuheben vermag. Im übrigen fallen auch die kulturellen Vorteile der Stadt heute weniger ins Gewicht, denn Kino, Rundfunk und Fernsehen sind auch in den Landgemeinden zu festen Einrichtungen geworden.

Besonders günstig wirkte sich die zunehmende Motorisierung sowie die Verstärkung des Vorort-

¹⁾ Diese Zahl wird vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Unterlagen als überhöht bezeichnet.

²⁾ Besonders interessant erscheint eine von 1953 bis 1955 durchgeführte Registrierung aller Evakuierten, die noch eine Rückführung in ihre Heimatorte wünschten. Die hiermit verbundene statistische Erfassung erstreckte sich nur auf diejenigen in Schleswig-Holstein lebenden Evakuierten, die sich auch 1955 noch als Evakuierte fühlten und ernstlich bestrebt waren, in ihre Heimatorte zurückgeführt zu werden. Insgesamt wurden von 34 600 Personen Anträge auf Rückführung gestellt — darunter waren 21 400 ehemalige Hamburger, die eine Rückführung nach Hamburg wünschten.

³⁾ Vgl. hierzu „Die öffentlichen Verkehrsmittel Hamburgs und Schleswig-Holsteins als Verkehrsträger der Pendelwanderung“ in „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1957, Heft 11.

verkehrs auf die Pendelwanderung aus. Der Bau neuer Eisenbahnlinien sowie der ausgedehnte Flächenverkehr der Omnibusse verdichtete das Verkehrsnetz in der Hamburger Umgebung und erleichterte damit zusehends den täglich anfallenden Berufsverkehr. Der Zeitaufwand hält sich bei den meisten Pendlern in durchaus erträglichen Grenzen und liegt nur in Ausnahmefällen über 90 Minuten¹⁾. Auch die Fahrgelder, die aufgewendet werden müssen, sind häufig nicht höher als die Fahrkosten der Hamburger für den täglichen Weg zur Arbeitsstätte.

III. Pendelwanderung und Arbeitsmarkt

Der Umfang der Pendelwanderung wirkt sich sowohl auf dem Hamburger Arbeitsmarkt als auch in der Beschäftigungsstruktur der Hamburger Umgebung aus. Hamburg beschäftigt zur Zeit rd. 83 000 Einpendler. Gemessen an der Gesamtzahl der in Hamburg Beschäftigten, bedeutet es, daß rd. 10 vH der Arbeitsplätze von Auswärtigen eingenommen werden. Der Bedarf an Arbeitskräften, der in vielen Branchen die heutige Hamburger Arbeitsmarktsituation kennzeichnet, kann durch das Hamburger Arbeitnehmerpotential von rd. 756 000 allein nicht gedeckt werden. Dieser Nachfrageüberhang wird zum großen Teil durch das Angebot an auswärtigen Arbeitskräften kompensiert.

Eine andere Seite der durch die Nachfrage bestimmten Arbeitsmarktsituation in Hamburg zeigt sich in dem höheren Lohn- und Gehaltsniveau, den zahlreichen Gegebenheiten einer Erwerbsmöglichkeit, den günstigeren Aufstiegschancen im Beruf und vielen anderen Vorzügen für die Arbeitnehmer. Diese Vorteile, die sich dem Arbeitssuchenden in der Großstadt anbieten, dürften ausschlaggebend sein, daß Hamburg in zunehmendem Maße Arbeitskräfte aus der Umgebung anzieht und dadurch auch entscheidend die Beschäftigungslage in den Nachbarkreisen beeinflußt.

Ein Ausdruck dafür ist der **Auspendleranteil** der Arbeitnehmer, der je nach der Wahl der regionalen Einheit die Pendlerintensität einer Gemeinde, eines Kreises oder Arbeitsamtsbezirkes aufzeigt. Das Schaubild 1 gibt darüber einen interessanten Aufschluß. Hier sind die Unterlagen der Arbeitsmarktstatistik verwandt worden, die die Zahlen der Arbeitnehmer, der Beschäftigten und der Auspendler nach Arbeitsamtsbezirken ausweisen¹⁾. Die größte Pendlerintensität ist demnach in der östlichen und nordöstlichen Umgebung Hamburgs anzutreffen. In den Arbeitsamtsbezirken Garstedt, Harksheide, Ahrensburg und Reinbek wohnten im September 1956 41 375 beschäftigte Arbeitnehmer, davon hatte der überwiegende Teil — nämlich 24 211 — einen Arbeitsplatz in Hamburg. Durchschnittlich sind nur 41,5 vH der hier wohnenden beschäftigten Arbeitnehmer im eigenen Arbeitsamtsbezirk beschäftigt. Der Auspendleranteil liegt in den beiden benachbarten Arbeitsamtsbezirken Harksheide und Garstedt mit rd. 65 vH und 64 vH am höchsten. Aber auch im Arbeitsamtsbezirk Quickborn ist der Auspendleranteil mit 43 vH verhältnismäßig hoch. Anders in der

Im Grunde genommen unterscheiden sich die Verhältnisse der Einpendler gar nicht so sehr von denen der „Binnenpendler“. Auch bei der innerstädtischen Pendelwanderung treten zum Teil sehr große Entfernungen zwischen Wohnung und Arbeitsstätte auf, die sich in beträchtlichen Fahrzeiten und höheren Fahrkosten niederschlagen, so daß die Pendelwanderung, die über die Grenzen Hamburgs hinausgreift, durchaus keine außergewöhnliche Erscheinung darstellt.

¹⁾ Vgl. hierzu „Die öffentlichen Verkehrsmittel Hamburgs und Schleswig-Holsteins als Verkehrsträger der Pendelwanderung“ in „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1957, Heft 11.

südlichen Umgebung; in den hier angrenzenden Arbeitsamtsbezirken Niedersachsens — Buxtehude, Buchholz und Winsen — pendeln nur 26 bis 35 vH der beschäftigten Arbeitnehmer nach Hamburg.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß auch die Gemeinden innerhalb eines jeden Arbeitsamtsbezirks verschieden intensiv an der Hamburger Pendelwanderung beteiligt sind. In einigen Gemeinden der Arbeitsamtsbezirke Ahrensburg und Reinbek liegt der Auspendleranteil bei 70 vH — wiederum weisen andere Gemeinden verhältnismäßig niedrige Pendlerzahlen aus.

Die Bedeutung der Pendelwanderung kommt demnach viel deutlicher in den Wohngemeinden der Pendler als auf dem Hamburger Arbeitsmarkt zum Ausdruck. Bei der großen Zahl der in Hamburg Beschäftigten ist, wie gesagt, jeder zehnte Arbeitnehmer ein Einpendler — **in den Gemeinden um Hamburg ist jeder zweite, mindestens aber jeder dritte dort wohnende Arbeitnehmer ein Auspendler nach Hamburg!**

Ogleich der außerhamburgischen Wirtschaft ein großer Teil der Arbeitskräfte entzogen wird, bewirkt die Pendelwanderung doch einen gewissen Ausgleich der Disproportionen von Angebot und Nachfrage auf den verschiedenen Arbeitsmärkten. Während der Hamburger Arbeitsmarkt ausreichend freie Arbeitsplätze bietet — es besteht insofern ein echter Bedarf an Arbeitskräften — reicht die wirtschaftliche Kapazität in den Landgebieten nicht aus, um alle dort wohnenden Arbeitnehmer zu beschäftigen.

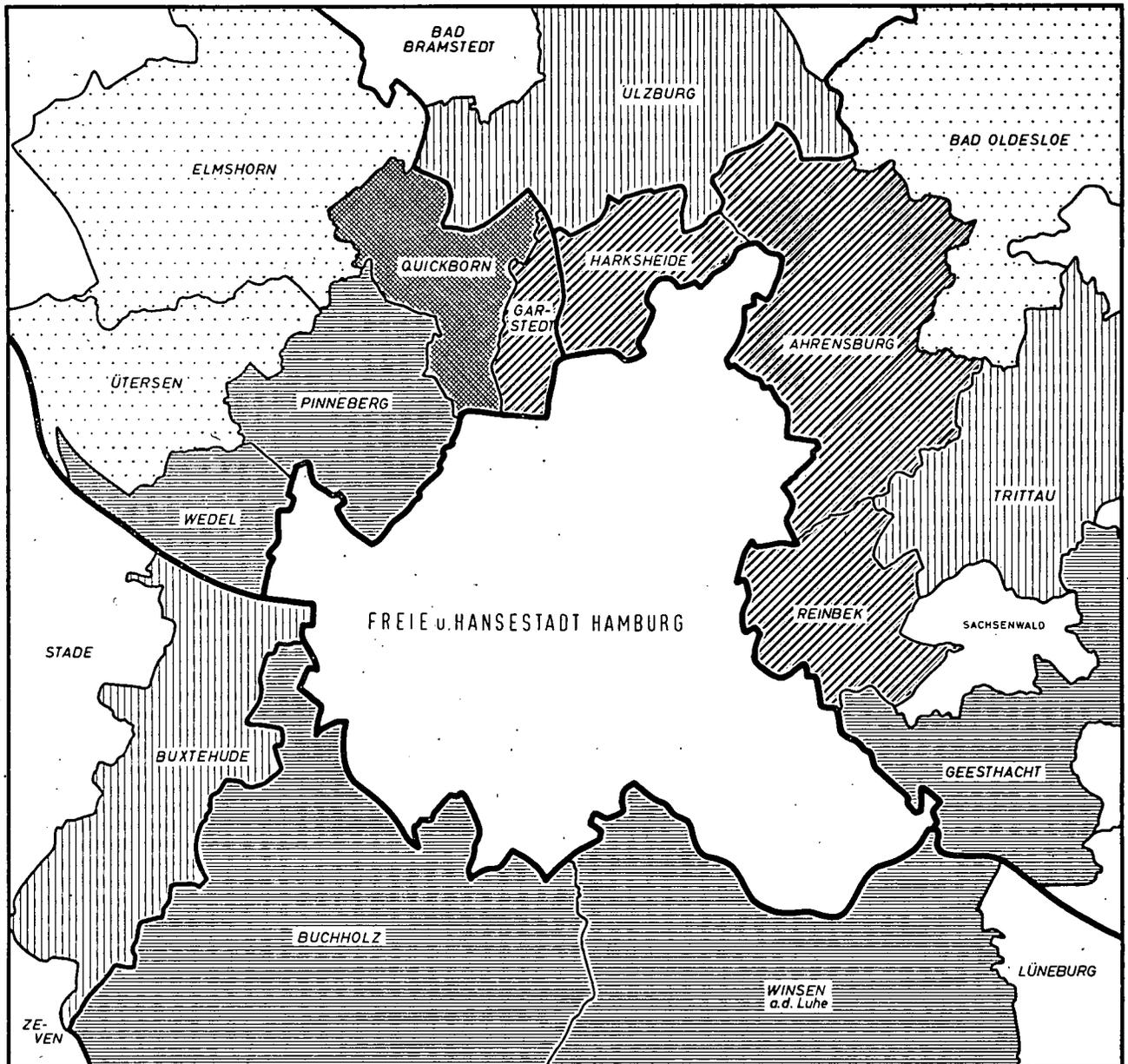
Eine besondere Stellung nehmen Gemeinden wie Wedel, Ahrensburg, Pinneberg, Geesthacht oder Reinbek ein, die selbst Beschäftigungszentren bilden. Je größer die Gemeinden sind, um so größer und eigenständiger pflegt die eigene Arbeitskapazität zu sein — sie bilden dann vielfach selbst wirtschaftliche Schwerpunkte für die umliegenden Gemeinden, aus denen sie Arbeitskräfte heranziehen.

Die Einzugsgebiete dieser kleineren Ballungen reichen sogar bis nach Hamburg. In Wedel sind z. B. über 400 Hamburger beschäftigt, in Ahrensburg fast 200. Aber auch in Geesthacht, Elmshorn, Garstedt, Pinneberg und Reinbek arbeiten mehr als 100 Hamburger. Erstaunlicherweise haben aber gerade diese Gemeinden die höchsten Auspendlerzahlen. Die Einzugsgebiete überlagern sich derart,

¹⁾ Vgl. „Statistisches Jahrbuch 1957 Freie und Hansestadt Hamburg“, Seite 88.

Schaubild 1

Der Anteil der Pendelwanderer nach Hamburg an den Arbeitnehmern der Hamburg benachbarten Arbeitsamts-Haupt- und Nebenstellen
September 1957



ANTEIL DER PENDLER NACH HAMBURG AN DEN ARBEITNEHMERN

STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG



— Grenzen der Landesarbeitsämter, — der Arbeitsamtsbezirke, — der Arbeitsamts-Haupt- u. Nebenstellen

daß die verschiedensten Pendlerströme entstehen. Sie sind ein Ausdruck für die vielfältige Verflechtung der Arbeitsmärkte untereinander.

Vielfach sind es auch nur einzelne größere Betriebe, die die außerhamburgischen Beschäftigungsschwerpunkte bilden. Sie bieten dann zwar in bestimmten Branchen ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten, ändern aber nichts daran, daß die Berufstätigen anderer Branchen geringe oder gar keine Arbeitsplätze finden und so gezwungen sind, außerhalb ihres Wohnortes eine Beschäftigung zu suchen. So ist es auch zu erklären, daß Gemeinden, die selbst eine größere Zahl von Arbeitskräften

anziehen, intensiv an der Hamburger Pendelwanderung beteiligt sind.

Untersucht man die Zusammensetzung der Pendlerströme nach Wirtschaftszweigen, -gruppen und -abteilungen, so bestätigt sich die Vermutung, daß je nach der Art und Anzahl der Arbeitsplätze in den Landgemeinden bestimmte Berufe für die Auspendler kennzeichnend sind. Um die feinen regionalen Unterschiede besser zu erkennen, geht man am besten von der Gruppierung aller Einpendler nach Wirtschaftsabteilungen aus. Von den rd. 50 500 Einpendlern aus Schleswig-Holstein arbeiten z. B. fast 19 vH in der eisenverarbeitenden In-

dustrie, fast 14 vH in den nicht-eisenverarbeitenden Gewerben und mehr als 17 vH im Baugewerbe. Die relative Mehrzahl der Pendler — nämlich 21,8 vH — sind im Handel bzw. im Geld- und Versicherungswesen beschäftigt. Daneben spielen auch die Hamburger Verkehrsbetriebe sowie der Hamburger Hafen als Arbeitsplatz eine gewisse Rolle. Im Verkehrswesen sind rd. 13 vH der Pendler aus Schleswig-Holstein tätig. Die anderen Wirtschaftsabtei-

Übersicht 2

Die Einpendler aus Schleswig-Holstein nach der prozentualen Verteilung auf die Wirtschaftsabteilungen und nach Kreisen.

(Ergebnisse aus der Verkehrszählung)

Wirtschafts- abteilungen	Kreis Stor- marn	Kreis Stein- burg	Kreis Lauen- burg	Kreis Sege- berg	Kreis Pinne- berg	Schles- wig- Holstein insges.
Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei und Fischerei	0,6	—	0,4	0,4	0,6	0,6
Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirt- schaft	2,3	0,5	2,6	2,6	1,8	2,1
Eisen- und Metall- zeugung und -ver- arbeitung	15,7	20,5	22,1	17,5	21,1	18,9
Verarbeitende Gewerbe	14,3	11,3	13,4	10,9	13,8	13,8
Bau-, Ausbau-, Bau- hilfsgewerbe	18,0	15,5	18,0	34,7	15,6	17,4
Handel, Geld- und Versicherungswesen	23,0	22,1	22,2	16,9	20,8	21,8
Dienstleistungen . . .	4,3	2,2	2,5	1,6	3,0	3,4
Verkehrswesen	12,4	18,8	10,2	8,2	14,0	12,8
Öffentlicher Dienst u. Dienstleistungen im öffentl. Interesse	9,4	9,1	8,6	7,2	9,3	9,2
Zusammen	100	100	100	100	100	100

lungen wie Landwirtschaft, Bergbau, Energiewirtschaft und Dienstleistungen haben nur untergeordnete Bedeutung. Bestensfalls ist der öffentliche Dienst zu erwähnen, dem nur wenig mehr als 9 vH der Pendler zuzurechnen sind.

Schon zwischen den einzelnen Kreisen, die ja noch verhältnismäßig große regionale Einheiten darstellen, zeigen sich zum Teil beträchtliche Abweichungen von den Durchschnittswerten. So sind z. B. 15,7 vH der Auspendler aus dem Kreis Stormarn in der eisenverarbeitenden Industrie beschäftigt — der entsprechende Anteil bei den Auspendlern aus dem Kreis Lauenburg liegt mit 22 vH erheblich höher. Die größten Abweichungen zwischen den Kreisen treten offenbar im Baugewerbe auf. Während in den Kreisen Pinneberg und Steinburg nur rd. 15,5 vH der Auspendler im Baugewerbe beschäftigt sind, arbeiten fast 35 vH der Pendler aus dem Kreis Segeberg in derselben Branche.

Man kann noch weitergehen und mit Hilfe der Verkehrszählung die Zusammensetzung der Aus-

pendler in den einzelnen Gemeinden untersuchen. Hier zeigen sich freilich große Unterschiede. Die Pendler, die in den Gemeinden nordwestlich von Hamburg — im Pinneberger Raum — wohnen, arbeiten hauptsächlich in der eisenverarbeitenden Industrie. In den Gemeinden Wedel, Pinneberg, Halstenbek, Schenefeld und Quickborn ist der Anteil der in der eisenverarbeitenden Industrie Beschäftigten besonders groß. Nördlich von Hamburg, in den Gemeinden Bönningstedt, Glashütte sowie in den Gemeinden des Kreises Segeberg wohnen vor allem in Hamburg beschäftigte Bauarbeiter und Angestellte des Baugewerbes. Viele der hier wohnenden Pendler sind aber auch im Handel, im öffentlichen Dienst und im Verkehrswesen tätig.

Ein ganz anderes Bild zeigt sich im Osten Hamburgs. Die Pendler aus den Gemeinden um Ahrensburg arbeiten überwiegend im Handel bzw. im Geld- und Versicherungswesen. Das verarbeitende Gewerbe hat für die Pendler aus Barsbüttel, Ost-Steinbek, Glinde und Schönningstedt eine besondere Bedeutung. Weiter südlich ist es wieder der Handel, der die Pendlerströme berufsmäßig kennzeichnet. Aus den Gemeinden Börnsen und Geesthacht kommen überwiegend Pendler, die — ähnlich wie die Pendler aus dem Pinneberger Gebiet — in der eisenverarbeitenden Industrie beschäftigt sind.

Es muß jedoch hierzu bemerkt werden, daß sich die Pendler jeweilig auch auf die anderen, nicht aufgeführten Wirtschaftsabteilungen verteilen, so daß die Besetzung einer Wirtschaftsabteilung mit 30 vH — wie es z. B. bei den Pendlern aus Henstedt der Fall ist, wo rund ein Drittel im Baugewerbe tätig ist — eine Ausnahme bildet.

Andererseits ist die Feststellung interessant, daß die Pendlerströme — soweit man sie nach den Herkunftsgemeinden unterscheiden kann — durchaus nicht immer gleichmäßig nach Wirtschaftsabteilungen untergliedert sind und daß in dem einen Fall das Baugewerbe und im andern Fall der Handel oder das verarbeitende Gewerbe die dominierende Branche ist.

Eine besondere Stellung nehmen die Gemeinden ein, die einen hohen Anteil an Pendlern aufweisen, die im Baugewerbe tätig sind. Das wesentliche Kennzeichen dieses Wirtschaftszweiges ist der saisonale Charakter der Beschäftigung, da in den Wintermonaten zumeist ein großer Teil der Arbeitskräfte freigesetzt wird. Das führt dann dazu, daß sich für einzelne Gemeinden eine relative Arbeitslosigkeit beträchtlichen Ausmaßes ergibt, ohne daß die Ursachen in den Betrieben und Unternehmungen der Pendlergemeinden liegen. So verlagern sich die Schwankungen der Beschäftigungslage vom Arbeitsort auf die Wohngemeinden. Man muß ja noch berücksichtigen, daß diese Gemeinden selbst eine große Zahl Bauarbeiter beschäftigen, was dann in den Wintermonaten zu einer Kumulierung der Arbeitslosigkeit führt.

Wenden wir uns nun dem Hamburger Arbeitsmarkt zu. Hier bilden die Einpendler angesichts der vielen Hamburger Erwerbstätigen nur einen verhältnismäßig kleinen — wenn auch nicht unbedeutenden — Teil des Arbeitnehmerpotentials.

Übersicht 3

Die Beschäftigung im Hamburger Gebiet vor und nach dem Kriege

Monate Jahre	Beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt	d a v o n			
		Einheimische		Auswärtige	
		überhaupt	vH	überhaupt	vH
Juni 1938	666 000	650 000	97,6	16 000	2,4
Juni 1949	620 122	579 355	93,4	40 767	6,6
Sept. 1950	640 174	591 754	92,4	48 420	7,6
Sept. 1951	657 579	605 456	92,1	52 123	7,9
Sept. 1952	668 873	616 537	92,2	52 336	7,8
Sept. 1953	693 628	637 899	92,0	55 729	8,0
Sept. 1954	719 105	658 639	91,6	60 466	8,4
Sept. 1955	773 981	705 572	91,2	68 409	8,8
Sept. 1956	820 664	743 203	90,6	77 461	9,4
Sept. 1957	838 846	755 942	90,1	82 904	9,9

Vor dem Kriege im Jahre 1938 kamen auf 650 000 Einheimische 16 000 Auswärtige, d. h. nur 2,4 vH der in Hamburg Beschäftigten wohnten außerhalb Hamburgs. Nach dem Zusammenbruch bestimmten die Folgen der Kriegereignisse noch jahrelang die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitsstätten waren zum großen Teil zerstört und viele Hamburger fanden vorerst keine Möglichkeit, aus ihren Zufluchtsorten — wohin sie zwangsläufig evakuiert waren — nach Hamburg zurückzukehren. Selbst vier Jahre nach dem Kriegsende beschäftigte die Hamburger Wirtschaft rd. 70 000 Hamburger weniger als 1938. Dafür nahm die Pendelwanderung einen sehr starken Umfang an. Hamburg zählte im Jahre 1949 rd. 25 000 Einpendler mehr als vor dem Kriege. Erst allmählich hatte die arbeitsmäßige Kapazität in Hamburg das Ausmaß von 1938 angenommen. Von Juni 1949 bis September 1950 nahm die Beschäftigung im Hamburger Gebiet um rd. 20 000 Personen zu. Es waren rd. 12 400 Hamburger und rd. 7600 Auswärtige, die die neugeschaffenen Arbeitsplätze einnahmen. Die große Zahl der Auswärtswohnenden ließ den Einpendleranteil auf 7,6 vH ansteigen.

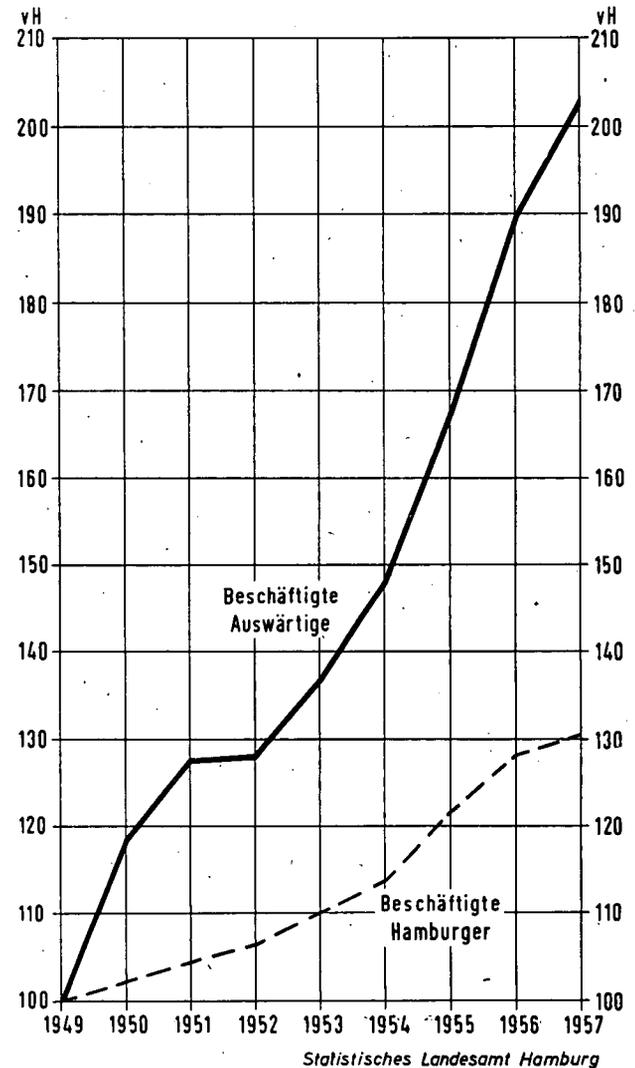
Der zunehmende Pendlerstrom schaffte zunächst eine gewisse Konkurrenzsituation auf dem Hamburger Arbeitsmarkt, denn es gab zu diesem Zeitpunkt — wie auch noch einige Jahre darauf — eine große Zahl von Hamburgern, die sich vergeblich um eine Anstellung bemühten. Andererseits befanden sich unter den Pendlern auch viele ehemalige Hamburger, die schon vor ihrer Evakuierung in Hamburg tätig waren und in den Landgemeinden erst recht keine Erwerbsmöglichkeit finden konnten. Besonders schwierig war die Situation im Jahre 1952. Gegenüber 1951 war die Beschäftigung um nur 11 300 Personen gestiegen. Es ist leicht zu erklären, daß die wenigen freien Arbeitsplätze zu 98 vH — also fast ausschließlich — von den arbeitssuchenden Hamburgern eingenommen wurden. Verständlicherweise waren es auch in den folgenden Jahren überwiegend Hamburger, die den Bedarf an Arbeitskräften deckten. Erst als die Nachfrage das Angebot überwog und die eigenen Reserven des Hamburger Arbeitsmarktes — selbst bei der zunehmenden Frauenarbeit — erschöpft waren, beschäftigte Hamburg mehr und mehr auswärtige Arbeitnehmer. Im Jahre 1957 wurden in Hamburg 18 182 Beschäftigte mehr gezählt als 1956. Das ist im Vergleich zu den anderen Jahren ein verhältnismäßig geringer Beschäftigungszuwachs. Jedoch ist dabei

beachtlich, daß sich unter diesen neu hinzugekommenen Arbeitnehmern fast ein Drittel Einpendler befanden.

Das nachstehende Schaubild vermittelt einen genauen Überblick über die prozentuale Entwicklung der Beschäftigung in Hamburg. Die Beschäftigtenzahlen von 1949 sollen hier als Basis dienen. Wie daraus hervorgeht, beschäftigten die Hamburger Betriebe im Jahre 1957 30,5 vH mehr Hamburger als 1949, während sich die Zahl der Einpendler aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen seit 1949 mehr als verdoppelt hat. Demzufolge ist der Einpendleranteil von 1949 bis 1957 von 6,6 vH auf 9,9 vH angestiegen.

Schaubild 2

Die Beschäftigung in Hamburg
1949 = 100



In einzelnen Wirtschaftsabteilungen geht der Einpendleranteil sogar beträchtlich über diesen Satz hinaus und erreicht beispielsweise im Baugewerbe 17,9 vH. In den anderen Wirtschaftsabteilungen — so etwa in der eisenverarbeitenden Industrie oder im Handel, im Geld- und Versicherungswesen — arbeiten zwar mehr Auswärtige, doch die Einpendleranteile liegen hier viel niedriger.

Von den rd. 83 000 Einpendlern, die im September 1957 gezählt wurden, sind mehr als 17 000 im Han-

del, Geld- und Versicherungswesen tätig. Zählt man hierzu noch die im Bereich der Dienstleistungen sowie der Wirtschaftsabteilung öffentlicher Dienst und Dienstleistung im öffentlichen Interesse beschäftigten Arbeitnehmer hinzu, so kommt man auf rd. 27 000 Personen, die im Dienstleistungs- und Handelssektor tätig sind und von denen anzunehmen ist, daß sie überwiegend den Angestelltenberufen zuzurechnen sind.

Auch in der Produktionswirtschaft ist die Zahl der in der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung beschäftigten Einpendler mit mehr als 17 400 verhältnismäßig groß. Das Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe folgt mit rd. 13 300 Einpendlern an dritter Stelle. Fast ebensoviel Auswärtige arbeiten im verarbeitenden Gewerbe und rd. 10 200 im Verkehrswesen.

Offenbar ist das Pendeln mehr eine Angelegenheit der erwerbstätigen Männer, denn nur 6,5 vH der in Hamburg beschäftigten Frauen wohnen außerhalb Hamburgs. Das Verhältnis von weiblichen zu männlichen Pendlern stellt sich auf etwa 1 zu 3. Dagegen beläuft sich das entsprechende Verhältnis in Hamburg zwischen weiblichen und männlichen Arbeitnehmern auf 1 zu 1,6. Die weiblichen Pendler sind vor allem im Handel, Geld- und Versicherungswesen tätig. Gemessen an der Gesamtzahl der in dieser Wirtschaftsabteilung beschäftigten Frauen, liegt der Einpendleranteil bei 8,3 vH.

Die männlichen Pendler bevorzugen die Berufe in der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung. In dieser Wirtschaftsgruppe sind mehr als 16 000 männliche auswärtswohnende Arbeitnehmer beschäftigt — dagegen nur 1200 weibliche.

Übersicht 4 In Hamburg Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen
(Stand 30. 9. 1957)

Wirtschaftsabteilungen	In Hamburg Beschäftigte			Darunter auswärts Wohnende					
	insgesamt	männlich	weiblich	überhaupt			vH		
				insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Landwirtschaft u. Tierzucht, Forst- u. Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei . . .	10 397	8 457	1 940	522	445	77	5,0	5,3	4,0
Bergbau, Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen u. Erden, Energiewirtschaft	13 353	11 795	1 558	1 451	1 373	78	10,9	11,6	5,0
Eisen- u. Metallerzeugung und -verarbeitung	138 691	116 778	21 913	17 440	16 222	1 218	12,6	13,9	5,6
Verarbeitende Gewerbe . .	144 416	76 467	67 949	13 019	8 053	4 966	9,0	10,5	7,3
Bau-, Ausbau- u. Bauhilfsgewerbe	74 296	71 125	3 171	13 279	13 066	213	17,9	18,4	6,7
Handel, Geld- u. Versicherungswesen	188 584	91 842	96 742	17 216	9 188	8 028	9,1	10,0	8,3
Dienstleistungen	70 725	16 637	54 088	3 422	1 110	2 312	4,8	6,7	4,3
Verkehrswesen	95 525	83 191	12 334	10 209	9 369	840	10,7	11,3	6,8
Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Dienst . . .	102 859	56 643	46 216	6 346	4 261	2 085	6,2	7,5	4,5
Insgesamt	838 846	532 935	305 911	82 904	63 087	19 817	9,9	11,8	6,5

Wie aus der Übersicht 4 hervorgeht, ist der Einpendleranteil bei den Männern im Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe besonders hoch. Mehr als 18 vH der im Baugewerbe beschäftigten männlichen Arbeitnehmer pendeln nach Hamburg. Die Berufe des Baugewerbes gehören heute zu den ausgesprochenen Mangelberufen, so daß der Hamburger Arbeitsmarkt mehr und mehr auf das auswärtige Arbeitnehmerpotential angewiesen ist.

Um so empfindlicher machte sich der Rückgang¹⁾ der pendelnden Bauarbeiter von 1956 zu 1957 bemerkbar. Im September 1957 wurden 1233 oder 8,6 vH weniger Bauarbeiter und Angestellte des Baugewerbes gezählt als im September 1956. Das lag einfach daran, daß im Raum Neumünster — namentlich in Bostedt — und Stade größere Bauvorhaben in Angriff genommen wurden, an denen selbst Hamburger Baufirmen beteiligt sind. Ein größeres Projekt stellt auch der Bau der Autobahn Oldesloe—Kiel dar. Unter den Bauarbeitern, die in diesen Arbeitsstätten beschäftigt sind, arbeitet eine

ganze Reihe von ehemaligen Pendlern, die nun nicht mehr die langen Anmarschwege nach Hamburg in Kauf zu nehmen brauchen.

Überhaupt stellen die Bauarbeiter ganz anders geartete Pendelströme dar, da die Fluktuation eine charakteristische Erscheinung des Baugewerbes ist. Es zeichnen sich keine einheitlichen Ströme ab wie bei denjenigen auswärtigen Arbeitnehmern, die ständig in einem und demselben Hamburger Betrieb beschäftigt sind. Da die Baustellen mal hier und mal dort liegen und sich für die Pendler dadurch kürzere oder längere Pendlerwege ergeben, entschließen sich im ungünstigen Falle viele auswärtige Bauarbeiter, eine Beschäftigung in anderen Orten ihrer Umgebung zu suchen. Die Fluktuation wird noch weitgehend durch die saisonale Arbeitslosigkeit unterstützt, so daß die Bauarbeiter ohnehin in der Regel gezwungen sind, sich Jahr für Jahr einen neuen Arbeitsplatz zu suchen.

¹⁾ Vgl. hierzu die umfassenden Übersichten 5 und 6 über die Ein- und Auspendler.

Übersicht 5 Die im Arbeitsamtsbezirk Hamburg beschäftigten, aber in einem benachbarten Arbeitsamtsbezirk wohnenden Arbeiter, Angestellten und Beamten nach Wirtschaftsabteilungen am 30. September 1956 und 30. September 1957

Wirtschaftsabteilungen	Einpendlert insgesamt				davon aus								
	1956		1957		Schleswig-Holstein				Niedersachsen				
					Zu- (+) oder Abnahme (-)								
Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH		
männlich													
Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	456	445	- 11	- 2,4	402	378	- 24	- 6,0	54	67	+ 13	+ 24,	
Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft	1 335	1 373	+ 38	+ 2,8	1 078	1 079	+ 1	+ 0,1	257	294	+ 37	+ 14,	
Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	13 731	16 222	+ 2 491	+ 18,1	9 968	10 922	+ 954	+ 9,6	3 763	5 300	+ 1 537	+ 40,	
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	7 377	8 053	+ 676	+ 9,2	5 028	5 309	+ 281	+ 5,6	2 349	2 744	+ 395	+ 16,	
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	14 299	13 066	- 1 233	- 8,6	10 697	9 699	- 998	- 9,3	3 602	3 367	- 235	- 6,	
Handel, Geld- und Versicherungswesen	8 418	9 188	+ 770	+ 9,1	6 756	7 385	+ 629	+ 9,3	1 662	1 803	+ 141	+ 8,	
Dienstleistungen	1 024	1 110	+ 86	+ 8,4	829	871	+ 42	+ 5,1	195	239	+ 44	+ 22,	
Verkehrswesen	9 325	9 369	+ 44	+ 0,5	6 936	6 956	+ 20	+ 0,3	2 389	2 413	+ 24	+ 1,	
Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	4 335	4 261	- 74	- 1,7	3 564	3 437	- 127	- 3,6	771	824	+ 53	+ 6,	
Zusammen	60 300	63 087	+ 2 787	+ 4,6	45 258	46 036	+ 778	+ 1,7	15 042	17 051	+ 2 009	+ 13,	
weiblich													
Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	78	77	- 1	- 1,3	71	62	- 9	- 12,7	7	15	+ 8	+ 114,	
Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft	83	78	- 5	- 6,0	62	52	- 10	- 16,1	21	26	+ 5	+ 23,	
Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	1 034	1 218	+ 184	+ 17,8	934	1 065	+ 131	+ 14,0	100	153	+ 53	+ 53,	
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	4 295	4 966	+ 671	+ 15,6	3 295	3 688	+ 393	+ 11,9	1 000	1 278	+ 278	+ 27,	
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	207	213	+ 6	+ 2,9	170	172	+ 2	+ 1,2	37	41	+ 4	+ 10,	
Handel, Geld- und Versicherungswesen	6 953	8 028	+ 1 075	+ 15,5	5 571	6 294	+ 723	+ 13,0	1 382	1 734	+ 352	+ 25,	
Dienstleistungen	1 864	2 312	+ 448	+ 24,0	1 481	1 838	+ 357	+ 24,1	383	474	+ 91	+ 23,	
Verkehrswesen	759	840	+ 81	+ 10,7	657	710	+ 53	+ 8,1	102	130	+ 28	+ 27,	
Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	1 888	2 085	+ 197	+ 10,4	1 556	1 674	+ 118	+ 7,6	332	411	+ 79	+ 23,	
Zusammen	17 161	19 817	+ 2 656	+ 15,5	13 797	15 555	+ 1 758	+ 12,7	3 364	4 262	+ 898	+ 26,	
z u s a m m e n													
Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	534	522	- 12	- 2,2	473	440	- 33	- 7,0	61	82	+ 21	+ 34,	
Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft	1 418	1 451	+ 33	+ 2,3	1 140	1 131	- 9	- 0,8	278	320	+ 42	+ 15,	
Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	14 765	17 440	+ 2 675	+ 18,1	10 902	11 987	+ 1 085	+ 10,0	3 863	5 453	+ 1 590	+ 41,	
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	11 672	13 019	+ 1 347	+ 11,5	8 323	8 997	+ 674	+ 8,1	3 349	4 022	+ 673	+ 20,	
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	14 506	13 279	- 1 227	- 8,5	10 867	9 871	- 996	- 9,2	3 639	3 408	- 231	- 6,	
Handel, Geld- und Versicherungswesen	15 371	17 216	+ 1 845	+ 12,0	12 327	13 679	+ 1 352	+ 11,0	3 044	3 537	+ 493	+ 16,	
Dienstleistungen	2 888	3 422	+ 534	+ 18,5	2 310	2 709	+ 399	+ 17,3	578	713	+ 135	+ 23,	
Verkehrswesen	10 084	10 209	+ 125	+ 1,2	7 593	7 666	+ 73	+ 1,0	2 491	2 543	+ 52	+ 2,	
Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	6 223	6 346	+ 123	+ 2,0	5 120	5 111	- 9	- 0,2	1 103	1 235	+ 132	+ 12,	
Zusammen	77 461	82 904	+ 5 443	+ 7,0	59 055	61 591	+ 2 536	+ 4,3	18 406	21 313	+ 2 907	+ 15,	

Quelle: Landesarbeitsämter Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

In Hamburg wohnende, aber außerhalb Hamburgs beschäftigte Arbeiter,
Angestellte und Beamte nach Wirtschaftsabteilungen am 30. September 1956 und 30. September 1957

Wirtschaftsabteilungen	Auspender insgesamt				davon nach							
	1956		1957		Schleswig-Holstein				Niedersachsen			
					Zu (+) oder Abnahme (-)		Zu (+) oder Abnahme (-)		Zu (+) oder Abnahme (-)		Zu (+) oder Abnahme (-)	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH		
männlich												
Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	42	36	- 6	- 14,3	37	33	- 4	- 10,8	5	3	- 2	- 40,0
Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft	17	16	- 11	- 40,7	23	13	- 10	- 43,5	4	3	- 1	- 25,0
Textil- und Metallherstellung und -verarbeitung	203	313	+ 110	+ 54,2	194	298	+ 104	+ 53,6	9	15	+ 6	+ 66,7
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	217	272	+ 55	+ 25,3	204	257	+ 53	+ 26,0	13	15	+ 2	+ 15,4
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	103	180	+ 77	+ 74,8	92	162	+ 70	+ 76,1	11	18	+ 7	+ 63,6
Handel, Geld- und Versicherungswesen	76	99	+ 23	+ 30,3	68	87	+ 19	+ 27,9	8	12	+ 4	+ 50,0
Dienstleistungen	51	44	- 7	- 13,7	30	36	+ 6	+ 20,0	21	8	- 13	- 61,9
Verkehrswesen	40	34	- 6	- 15,0	26	26	± 0	-	14	8	- 6	- 42,9
Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	99	155	+ 56	+ 56,6	85	132	+ 47	+ 55,3	14	23	+ 9	+ 64,3
Zusammen	858	1 149	+ 291	+ 33,9	759	1 044	+ 285	+ 37,5	99	105	+ 6	+ 6,1
weiblich												
Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	63	69	+ 6	+ 9,5	63	67	+ 4	+ 6,3	-	2	+ 2	+ 200,0
Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft	15	12	- 3	- 20,0	15	12	- 3	- 20,0	-	-	-	-
Textil- und Metallherstellung und -verarbeitung	75	55	- 20	- 26,7	73	54	- 19	- 26,0	2	1	- 1	- 50,0
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	203	240	+ 37	+ 18,2	189	221	+ 32	+ 16,9	14	19	+ 5	+ 35,7
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	3	3	± 0	-	3	3	± 0	-	-	-	-	-
Handel, Geld- und Versicherungswesen	43	74	+ 31	+ 72,1	39	64	+ 25	+ 64,1	4	10	+ 6	+ 150,0
Dienstleistungen	28	39	+ 11	+ 39,3	21	28	+ 7	+ 33,3	7	11	+ 4	+ 57,1
Verkehrswesen	2	3	+ 1	+ 50,0	2	2	± 0	-	-	1	+ 1	+ 100,0
Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	118	128	+ 10	+ 8,5	100	102	+ 2	+ 2,0	18	26	+ 8	+ 44,4
Zusammen	550	623	+ 73	+ 13,3	505	553	+ 48	+ 9,5	45	70	+ 25	+ 55,6
z u s a m m e n												
Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	105	105	± 0	-	100	100	± 0	-	5	5	± 0	-
Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft	42	28	- 14	- 33,3	38	25	- 13	- 34,2	4	3	- 1	- 25,0
Textil- und Metallherstellung und -verarbeitung	278	368	+ 90	+ 32,4	267	352	+ 85	+ 31,8	11	16	+ 5	+ 45,5
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	420	512	+ 92	+ 21,9	393	478	+ 85	+ 21,6	27	34	+ 7	+ 25,9
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	106	183	+ 77	+ 72,6	95	165	+ 70	+ 73,7	11	18	+ 7	+ 63,6
Handel, Geld- und Versicherungswesen	119	173	+ 54	+ 45,4	107	151	+ 44	+ 41,1	12	22	+ 10	+ 83,3
Dienstleistungen	79	83	+ 4	+ 5,1	51	64	+ 13	+ 25,5	28	19	- 9	- 32,1
Verkehrswesen	42	37	- 5	- 11,9	28	28	± 0	-	14	9	- 5	- 35,7
Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	217	283	+ 66	+ 30,4	185	234	+ 49	+ 26,5	32	49	+ 17	+ 53,1
Zusammen	1 408	1 772	+ 364	+ 25,9	1 264	1 597	+ 333	+ 26,3	144	175	+ 31	+ 21,5

Zusammengestellt aus Unterlagen des Landesamts für Arbeit Hamburg.

Abgesehen von dem Sonderfall des Baugewerbes sind in fast allen Wirtschaftsabteilungen die Pendlerzahlen beträchtlich gestiegen. Wollte man die Entwicklung der Pendelwanderung und ihre Auswirkung auf die verschiedenen Arbeitsmärkte kurz skizzieren, so wären zwei wesentliche Erscheinungen besonders hervorzuheben:

1. Der Einpendleranteil an der Gesamtzahl der in Hamburg Beschäftigten lag 1949 bei 6,6 vH,

IV. Die Einpendler

Die große Zunahme des Einpendlerstromes nach Hamburg ist, wie in den Abschnitten II und III näher ausgeführt und begründet wurde, im wesentlichen zwar eine Folge der Verlagerung der Wohngebiete, sie war aber nur möglich, weil die zahlreichen guten Verkehrsverbindungen zwischen Hamburg und den neuen Wohngebieten vorhanden waren oder nach dem Kriege geschaffen worden sind. Die Lage der Pendlergemeinden erklärt oft den mehr oder weniger starken Umfang der Pendelwanderung. Es kommt dabei nicht so sehr darauf an, wie weit die Pendlergemeinden kilometermäßig von Hamburg (etwa vom Hamburger Hauptbahnhof) entfernt liegen, sondern vielmehr auf die Möglichkeiten, die sich bieten, diese Entfernungen so rasch und so bequem wie möglich zu überbrücken. Ein Maßstab dafür ist der gesamte Zeitaufwand, den die Pendler für den täglichen Weg nach Hamburg und zurück benötigen.

Wie man um einen zentralen Ort Entfernungszonen bilden kann, wobei sich die Entfernungszonen als Kreise um den zentralen Ort abzeichnen, ist es auch möglich, Zeitzonen zu schaffen. Die Isochronen sind ein wichtiges Hilfsmittel, um die Lage der Pendlergemeinden wie auch die Verkehrsverbindungen zwischen den Wohngemeinden und den Hamburger Arbeitsstätten zu beurteilen.

In der vorangegangenen Veröffentlichung „Die Verkehrsmittel Hamburgs und Schleswig-Holsteins als Verkehrsträger der Pendelwanderung“¹⁾ wurde der Versuch gemacht, die Hamburger Umgebung in Schleswig-Holstein in Zeitzonen darzustellen. Es zeigte sich, daß die gewählten Isochronen — sie entsprachen einem Zeitaufwand von 45, 60, 90, 120 und 150 Minuten — ganz unterschiedlich weit vom Hamburger Hauptbahnhof reichen. Bad Oldesloe ist z. B. in rund einer Stunde zu erreichen. Andere Orte, so etwa die Gemeinden nördlich von Ulzburg, die viel näher als Bad Oldesloe liegen, sind schon nicht mehr in 90 Minuten erreichbar. Es sind vor allem die verhältnismäßig schnell fahrenden Eisenbahnen, die die Isochronen entlang den Schienenwegen auseinanderziehen.

Ein wichtiges Ergebnis dieser Arbeit war die Feststellung, daß die 90-Minuten-Isochrone, die ein Gebiet umschließt, in dem theoretisch alle Orte im Höchstfalle 90 Minuten vom Hamburger Hauptbahnhof entfernt sind, mit der Abgrenzung des Einzugsgebietes im schleswig-holsteinischen Raum gleichzusetzen ist. Innerhalb des gesamten Einzugsgebietes nimmt dort die Pendelwanderung an Umfang zu, wo sich der Zeitaufwand auf eine Stunde oder weniger vermindert.

Insofern besteht ein gewisser Zusammenhang zwischen dem Zeitaufwand für den Weg zu und von

1957 bei rd. 10 vH und er dürfte in den folgenden Jahren noch weiter steigen;

2. die an Hamburg angrenzenden Kreise Schleswig-Holsteins und Niedersachsens prägen sich immer mehr zu dem Einzugsgebiet des hamburgischen Beschäftigungskerns aus, was zur Folge hat, daß der Auspendleranteil in den Landgemeinden ständig steigt.

der Arbeitsstätte und der Intensität der Pendelwanderung, wobei man auf Grund der Übereinstimmung der 90-Minuten-Zeitzone und dem Einzugsbereich rückschließen kann, daß im allgemeinen ein Zeitaufwand von 1½ Stunden für den Anmarsch- und Rückweg bei durchschnittlich acht- bis neunstündiger Arbeitszeit gerade noch in Kauf genommen wird.

Es konnte ferner festgestellt werden, daß die Umgestaltung des Hamburger Vorortverkehrs nach dem Kriege den Bau neuer Eisenbahnlinien, die Elektrifizierung von Stadt-Bahnen, der eingebaute Flächenverkehr der Omnibusse usw. bewirkt haben, daß die Vororte heute „nähergerückt“ sind. Es wurden neue Gemeinden verkehrsmäßig erschlossen; die Zeitzonen bekamen im Laufe der letzten zwanzig Jahre eine ganz andere Gestalt, und die markante 90-Minuten-Isochrone reicht heute schon teilweise über die 40-km-Entfernungszone hinaus. Demzufolge hat sich das Einzugsgebiet räumlich viel weiter ausgedehnt.

Dennoch können die augenblicklichen Verkehrsverhältnisse noch nicht befriedigen. Die Zug- und Wagenfolge der öffentlichen Verkehrsmittel reicht mitunter nicht aus, um den Verkehrsbedürfnissen in den „Spitzenzeiten“ zu genügen. Zum Teil sind die Anschlüsse auf den Umstiegstationen nicht synchronisiert. Oft liegen die Verkehrszeiten der Bahnen und Omnibusse so ungünstig für die Pendler, daß sie entweder zu früh oder nicht rechtzeitig an der Arbeitsstätte in Hamburg sind. In anderen Fällen wohnen die Pendler in Gemeinden, die schlecht oder gar nicht verkehrsmäßig erschlossen sind. Die Pendler müssen dann längere Fußwege in Kauf nehmen, oder sie benutzen ein Fahrrad, um zur nächsten Bahnstation zu gelangen.

So wie in den letzten Jahren die Umgestaltung des Hamburger Vorortverkehrs sehr dazu beigetragen hat, daß die Pendelwanderung den heutigen Umfang angenommen hat, wird auch die zukünftige Entwicklung der Pendelwanderung weitgehendst von der Verkehrsplanung und -gestaltung in der Hamburger Umgebung abhängig sein.

A. Wo wohnen die Pendler?

Die Arbeitsmarktstatistik weist für das Jahr 1957 insgesamt 82 904 Einpendler aus, davon kommen

61 591 aus Schleswig-Holstein und
21 313 aus Niedersachsen.

Wie eingangs schon erwähnt wurde, liegt die verhältnismäßig niedrige Pendlerintensität in Niedersachsen darin begründet, daß die niedersächsischen

¹⁾ „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1957, Heft 11.

Gemeinden nicht in demselben Ausmaß „verstädtert“ wurden wie die schleswig-holsteinischen Nachbargemeinden. Nur einzelne wenige Gemeinden in Niedersachsen haben den Charakter von typischen Wohngegenden. Die Ursachen dazu dürften hauptsächlich in den ungünstigen Verkehrsverbindungen nach Hamburg zu sehen sein.

Untergliedert man die bei der Verkehrszählung 1956 ermittelten Pendler nach Kreisen¹⁾, so kommt man zu folgenden Zahlen:

Länder Kreise	Pendler nach Hamburg
Schleswig-Holstein	50 533
davon	
Pinneberg	21 253
Stormarn	20 139
Herzogtum Lauenburg	6 644
Segeberg	1 757
Steinburg	740
Niedersachsen	18 406
davon	
Harburg	13 410
Übrige Kreise	4 996
Insgesamt	68 939

Wie daraus hervorgeht, wohnt die Hauptmasse der Einpendler — nämlich 89 vH — in den vier Nachbarkreisen Pinneberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg und Harburg. Pinneberg und Stormarn sind dabei am stärksten an der Hamburger Pendelwanderung beteiligt. Aus diesen Kreisen kommen rd. 21 400 Pendler — das ist mehr als ein Drittel des gesamten Einpendlerstromes.

Die Gliederung nach Kreisen bietet aber nur einen groben Anhalt für die Herkunft der Pendler, da am Pendlerstrom nicht alle Gemeinden gleichmäßig beteiligt sind. Die meisten Gemeinden der Hamburger Umgebung weisen weniger als 300 Pendler auf. Nur in 44 von etwa 600 Pendlergemeinden wurden mehr als 300 Pendler gezählt, darunter allerdings 17 Gemeinden mit über 1000 Pendlern.

Wie verteilen sich die Pendler auf die einzelnen Wohngegenden? Darüber vermittelt das **Schaubild 3** einen umfassenden Überblick. Angefangen im Kreis Pinneberg sind es vor allem acht Gemeinden, die besonders stark an der Pendelwanderung beteiligt sind: **Wedel, Pinneberg, Schenefeld, Halstenbek, Rellingen, Garstedt** und die weiter entfernt liegenden Gemeinden **Quickborn** und **Elmsborn**. Allein aus Pinneberg kommen 3 013 Pendler. Aber auch Wedel, Garstedt und Elmsborn weisen mehr als 2 000 Pendler auf. Größere Pendlergemeinden sind außerdem Uetersen, Tornesch und Friedrichsgabe.

Im Kreis Stormarn sind es die fünf Gemeinden **Harksheide, Ahrensburg, Groß Hansdorf-Schmalenbek, Glinde** und **Reinbek**, die mehr als 1 000 Pendler beherbergen. Besonders viele Pendler wohnen in Ahrensburg. Bei der Verkehrszählung 1956 wurden hier 3 972 Pendler gezählt. Damit steht Ahrensburg an der Spitze der Einpendlergemeinden.

Im Kreis Herzogtum Lauenburg haben nur die Gemeinden **Wentorf bei Reinbek** und **Geesthacht**

eine Bedeutung als Herkunftsgebiete. Mit zunehmender Entfernung von Hamburg nimmt hier die Pendlerintensität rasch ab. Auf der niedersächsischen Seite im Süden Hamburgs weisen nur **Meckelfeld** und **Buxtehude** über 1 000 Pendler auf.

In den schwerpunktmäßig aufgeführten 17 Gemeinden wohnen etwa 40 vH aller Pendler. Es handelt sich dabei meist um Gemeinden, die unmittelbar an Hamburg angrenzen. Die günstigen Verkehrsverhältnisse in den Randgebieten machen es den dort wohnenden Pendlern möglich, in 45 bis 60 Minuten die Hamburger Innenstadt zu erreichen. Fast ausnahmslos liegen diese typischen Pendlergemeinden an einer nach Hamburg führenden Eisenbahnstrecke. Besonders vorteilhaft werden die Gemeinden Ahrensburg und Groß Hansdorf-Schmalenbek durch die Walddörfer-Bahn der HHA erschlossen.

In den weiterabgelegenen Gemeinden nimmt der Umfang der Pendelwanderung allmählich ab. Nur dort, wo die Verkehrsmittel die Zeitzone weit hinausziehen, zeichnen sich weitere Schwerpunkte des Einzugsgebietes ab. So weisen trotz der verhältnismäßig großen Entfernung die Gemeinden Uetersen, Tornesch, Quickborn, Bad Oldesloe, Trittau, Schwarzenbek, Buchholz und Buxtehude noch beträchtliche Pendlerzahlen auf.

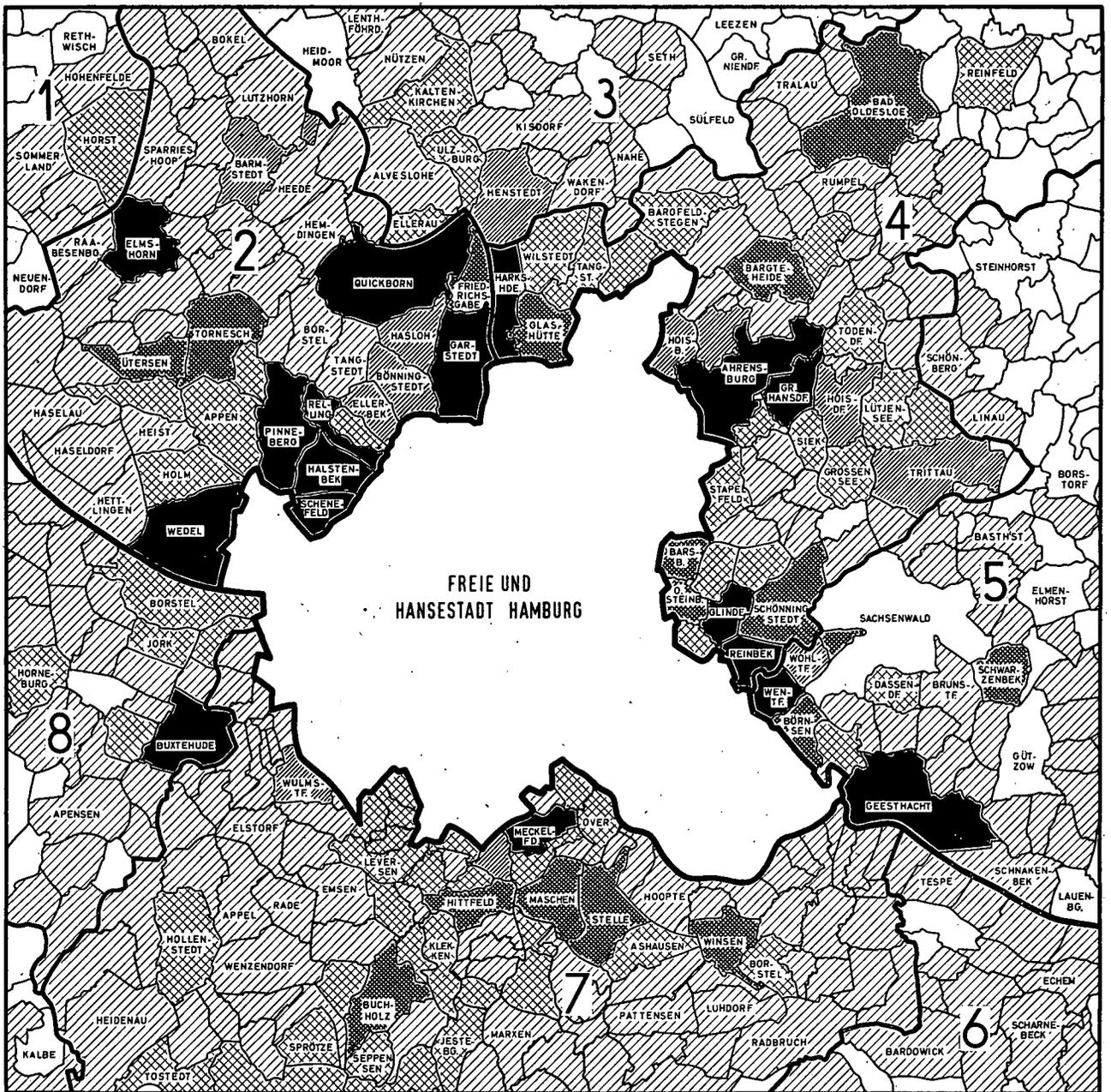
Gliedert man die 1956 ermittelten Einpendler nach Entfernungszonen, so erhält man folgendes Bild:

- Im Umkreis bis zu 20 km
wohnen rd. 27 000 oder 39 vH aller Pendler
- Im Umkreis von 20 bis 30 km
wohnen rd. 33 000 oder 48 vH aller Pendler
- Im Umkreis von 30 bis 40 km
wohnen rd. 8 000 oder 12 vH aller Pendler
- Im Umkreis von mehr als 40 km
wohnen rd. 1000 oder 1 vH aller Pendler.

Der überwiegende Teil der Einpendler, nämlich 60 000 oder 87 vH, kommt demnach aus dem 30-km-Umkreis, davon 27 000 oder 39 vH aus der aller-nächsten Umgebung bis zu 20 Kilometern. In den weiter entfernten Gemeinden wohnen rd. 9000 Pendler. Zählt man jedoch noch alle die Pendler hinzu, die bei der Verkehrszählung nicht erfaßt wurden und von denen man annehmen kann, daß sie nicht täglich nach Hamburg pendeln, dann erhöht sich die Zahl der Pendler, die in einem Umkreis von 30 bis 40 km wohnen auf etwa 10 000 und die Zahl derer, die noch weiter entfernt wohnen, auf rund 7000. Zusammengenommen sind es 17 000 von 77 500 Pendlern oder 22 vH, die mehr als 30 km zurücklegen müssen, um die Hamburger Innenstadt zu erreichen. Bei dem überwiegenden Teil dieser Personen dürfte es sich jedoch um Wochenpendler handeln, denn die Entfernungen von 40, 50 und mehr Kilometer machen es teilweise den Pendlern unmöglich, selbst mit den frühesten Morgenzügen rechtzeitig zum Arbeitsbeginn in Hamburg zu sein. Auch daran ist zu denken, daß viele freiberuflich Tätige nicht an feste Arbeitszeiten gebunden sind und so nur an manchen Tagen nach Hamburg fahren.

¹⁾ Für Niedersachsen wurden die entsprechenden Zahlen aus anderen Unterlagen entnommen.

Zahl der Einpendler nach Hamburg aus den Gemeinden der Nachbarkreise
(im Jahre 1956)



- 1 Kreis Steinburg
- 2 Kreis Pinneberg
- 3 Kreis Segeberg
- 4 Kreis Stormarn
- 5 Kreis Lauenburg
- 6 Kreis Lüneburg
- 7 Kreis Harburg
- 8 Kreis Stade



Statistisches Landesamt Hamburg

Niedersachsen: Geschätzte Zahlen.

Gegen die Bildung schematischer Entfernungs-zonen ist allerdings einzuwenden, daß sie keine Rücksicht darauf nimmt, ob gute Verkehrsverbindungen nach Hamburg bestehen oder nicht. Bei der Lage des Wohnorts an einer nach Hamburg führenden Eisenbahnstrecke mit dichter Zugfolge sind unter Umständen 40 Kilometer leichter in Kauf zu nehmen als an anderer Stelle nur 25 km, wenn diese in einem ausgesprochenen verkehrarmen Winkel zurückgelegt werden müssen. Aus diesem Grunde empfiehlt sich die Gliederung der Einpendler nach Zeitonen.

Betrachten wir zunächst die 45-Minuten-Isochrone in der schleswig-holsteinischen Umgebung. Sie bildet keinen einheitlichen Linienzug und reicht nur in Richtung Pinneberg, Bargeheide, Stapelfeld, Glinde und Reinbek über die Hamburger Grenze hinaus. In diesen „Isochroneninseln“, die noch in 45 Minuten vom Hamburger Hauptbahnhof zu erreichen sind, wohnen rd. 11 500 Pendler (26 vH).

Die 60-Minuten-Isochrone zeichnen sich als ein sternförmiges Gebilde ab, dessen Ausläufer in nord-westlicher Richtung bis nach Elmshorn und in östlicher Richtung bis nach Bargeheide und Aumühle

reichen: An manchen Stellen tritt die 1-Stunden-Isochrone wieder bis nahe an die Hamburger Grenze zurück. Zwischen der 45- und 60-Minuten-Isochrone entsteht ein schmaler Streifen, der ebenso wie die 45-Minuten-Zone zahlreiche Pendlergemeinden einschließt. Hier wohnen etwa 13 000 Pendler. Fast die Hälfte aller Tagespendler aus Schleswig-Holstein benötigt somit für Fußweg und Bahnfahrt im Höchsthalle eine Stunde, um in das Hamburger Stadtzentrum zu gelangen.

Die 90-Minuten-Isochrone schließlich umfaßt beinahe alle Orte, die als Quellgebiete der täglichen Pendelwanderung in Frage kommen. Sie zieht sich in der schleswig-holsteinischen Umgebung bis über den 30-km-Ring hinaus und erreicht in Richtung Glückstadt, Lübeck, Büchen und Lauenburg sogar einen Abstand von 50 km zum Hamburger Hauptbahnhof. Innerhalb dieses fast rechtwinklig verlaufenden Linienzuges wohnen rd. 96 vH aller Tagespendler. Nur etwa 500 Pendler benötigen für die Fahrt von den schleswig-holsteinischen Wohnorten nach Hamburg mehr als 1½ Stunden.

Es wäre problematisch, wollte man auch für die niedersächsischen Pendler den Zeitaufwand in Isochronen darstellen. Die Pendler aus den Kreisen Harburg, Stade und Lüneburg benötigen im allgemeinen mehr Zeit für die Fahrt zum Hamburger Hauptbahnhof als die schleswig-holsteinischen Pendler. Demzufolge würden die Zeitzonen im Süden Hamburgs nicht die verhältnismäßig große räumliche Ausdehnung wie im Raum Schleswig-Holsteins aufweisen. Die Masse der niedersächsischen Pendler arbeitet jedoch in den ihnen viel näher gelegenen Betrieben Harburgs und Wilhelmsburgs, so daß die vom Hamburger Hauptbahnhof aus berechneten Zeitzonen nicht den tatsächlichen Fahrzeiten der Pendler zur Arbeitsstätte entsprechen würden. Es ist anzunehmen, daß die Pendler aus Niedersachsen ebenso wie die Pendler aus Schleswig-Holstein durchschnittlich eine Stunde benötigen, um von ihren Wohnorten zu den Arbeitsstätten in Hamburg zu kommen.

B. Der Vergleich der Pendlerzahlen von 1950 und 1956

Es erscheint besonders interessant, die bei der Verkehrszählung 1956 ermittelten Pendlerzahlen nach Wohngemeinden mit den Unterlagen der Volkszählung 1950 zu vergleichen, da viele Gemeinden erst im Laufe der letzten Jahre zu Schwerpunkten innerhalb des Einzugsbereichs wurden. Vielfach hat sich die Bedeutung der Herkunftsgebiete durch das regional verschieden starke Wachstum der Pendlergemeinden gewandelt.

Im Jahre 1950 zählten nur wenige Gemeinden in der engeren Umgebungzone in Schleswig-Holstein mehr als 1000 Pendler. Im Umkreis von mehr als 25 bis 30 km überwogen zahlenmäßig die Gemeinden, die weniger als 50 Pendler aufwiesen. Demzufolge verteilten sich die Pendler auf ein verhältnismäßig großes Einzugsgebiet, so daß Gemeinden mit mehr als 300 Pendlern in der weiteren Um-

gebung Hamburgs Ausnahmen bildeten. Dies zeigte sich besonders deutlich in den südlich angrenzenden Kreisen Niedersachsens, wo lediglich aus sieben Gemeinden — darunter Buxtehude, Hollenstedt und Buchholz — mehr als 300 Pendler nach Hamburg kamen. Einen genauen Überblick über die Herkunftsgemeinden der Einpendler im Jahre 1950 vermittelt das nachstehende Schaubild 4.

Welche Wandlungen haben sich in den Wohngebieten der Hamburger Umgebung vollzogen? Nach der Arbeitsmarktstatistik stieg die Zahl der Einpendler von 1950 bis 1956 von rd. 48 000 auf rd. 77 000; so hatten die meisten Pendlergemeinden mehr oder weniger starke Zunahmen zu verzeichnen. Nur wenige Gemeinden weisen beträchtliche Abnahmen gegenüber 1950 auf. Diese Gemeinden sind vor allem in der weiteren Umgebung Hamburgs zu finden.

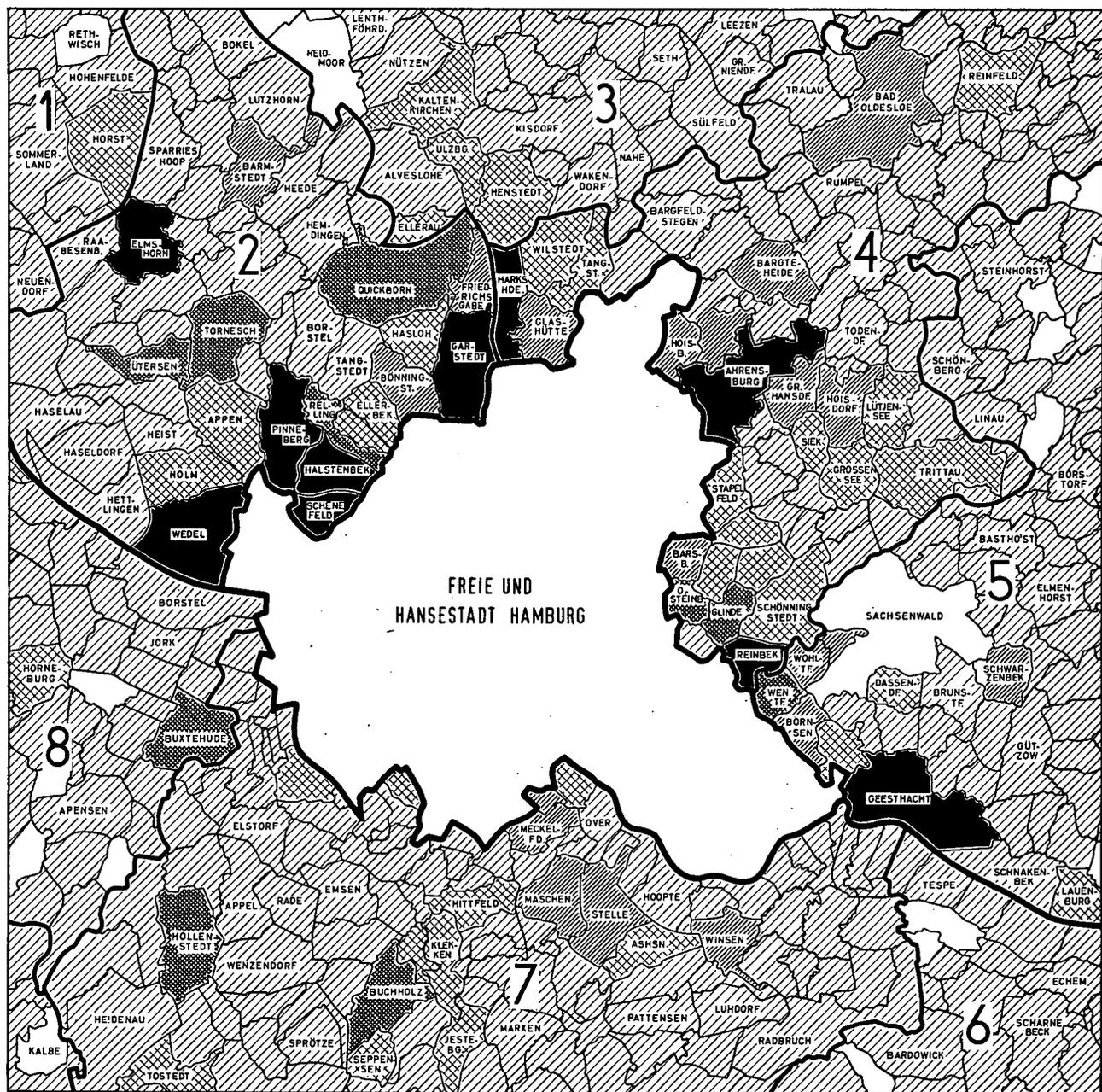
Es ist überhaupt bemerkenswert, daß die Pendelwanderung in den weitergelegenen Gemeinden — besonders in Schleswig-Holstein — kaum an Umfang gewonnen hat. Teilweise sind die Pendlerströme aus großen Gebietsteilen sogar ganz versiegt. In anderen Gebieten, namentlich in den niedersächsischen Kreisen wie auch in vielen Gemeinden des Kreises Stormarn in Schleswig-Holstein, stieg die Zahl der Pendler dagegen auf das Zweifache.

Diese Feststellung mag zunächst im Widerspruch zu den Erfahrungen anderer Großstädte stehen, daß sich die Einzugsgebiete räumlich ausweiten und die Entfernungen zwischen Wohnort und Arbeitsort allgemein zunehmen. Die Abnahme der Pendelwanderung in den Randzonen des Hamburger Einzugsgebietes ist jedoch im Zusammenhang mit der abnehmenden Wohndichte der Landgemeinden zu sehen und deshalb nicht weiter erstaunlich. Die Hamburger Evakuierten, die in den entfernteren Gemeinden und Kleinstädten Zuflucht fanden und aus Mangel an Erwerbsmöglichkeiten in den neuen Wohngemeinden oder aus sonstigen Gründen in Hamburg ihrer Beschäftigung nachgingen, konnten entweder nach Hamburg zurückkehren, oder sie fanden im Laufe der Zeit einen geeigneten Arbeitsplatz in ihren Wohnorten.

Auch die „Landflucht“ — das Abwandern der Landbevölkerung in die Stadt — wirkt hier in negativer Richtung. Es läßt vieles darauf schließen, daß sich die Pendlerströme aus weitentlegenen Gemeinden noch weiter vermindern werden, da die langen zeitraubenden Anmarschwege nach Hamburg nur in Ausnahmefällen zur ständigen Gewohnheit werden können. Entweder versuchen diese Pendler ganz nach Hamburg überzusiedeln oder sie finden eine andere Erwerbsmöglichkeit in der näheren Umgebung. In jedem Falle würden sie aus der Masse der Einpendler nach Hamburg ausscheiden.

Erwartungsgemäß weisen die Gemeinden die höchsten absoluten Zunahmen an Pendlern auf, die nicht so stark von der Abwanderung der Bevölkerung betroffen sind oder die wie viele Gemeinden der außerhamburgischen Randzone seit 1950 sogar einwohnermäßig gewachsen sind.

Zahl der Einpendler nach Hamburg aus den Gemeinden der Nachbarkreise
(im Jahre 1950)



- 1 Kreis Steinburg
- 2 Kreis Pinneberg
- 3 Kreis Segeberg
- 4 Kreis Stormarn
- 5 Kreis Lauenburg
- 6 Kreis Lüneburg
- 7 Kreis Harburg
- 8 Kreis Stade



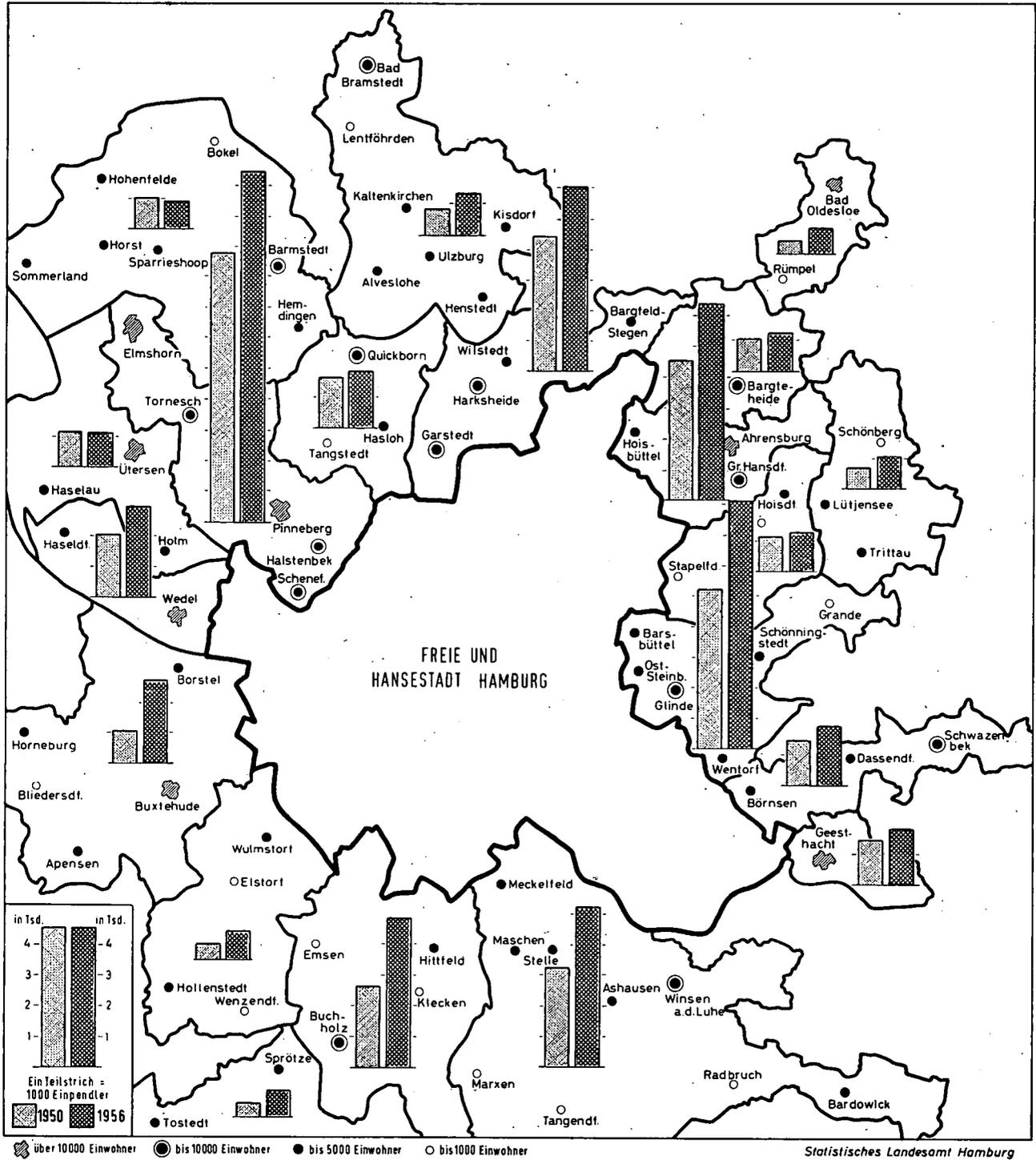
Statistisches Landesamt Hamburg

Das Schaubild 5 zeigt die absoluten Zunahmen der Pendlerzahlen von 1956 gegenüber 1950 in willkürlich gewählten Gebietsteilen des Hamburger Einzugsbereichs. Die einzelnen Gebietsteile setzen sich jeweils aus mehreren Gemeinden zusammen. Schon ein grober Vergleich der Veränderungen in den gebildeten größeren regionalen Einheiten zeigt, daß die absolut höchsten Zunahmen in den Herkunftsgebieten auftraten, die bereits im Jahre 1950 zu den Schwerpunkten der Pendlerwohngebiete gerechnet werden konnten. Besonders stark schwoll der Pendlerstrom aus der Umgebung

von Glinde und Reinbek an, ebenso im Raum Elms-horn—Pinneberg. Bei der Verkehrszählung 1956 wurden hier fast 3000 Pendler mehr gezählt als bei der Volkszählung im Jahre 1950.

Aber auch in der Umgebung von Wedel und im Norden Hamburgs zwischen Harksheide und Wulks-felde stiegen die Pendlerzahlen beträchtlich. In diesen Gebieten hat die Eröffnung der Alsternord-bahn im Jahre 1953 und ein Jahr später die Inbetrieb-nahme der elektrifizierten S-Bahn-Linie nach Wedel das Anschwellen des Pendlerstromes be-günstigt.

Die Einfeldler 1950 und 1956 nach besonderen Gebietsteilen



Besonders vorteilhaft wirkte sich die Umstellung des Vorortverkehrs im Osten Hamburgs auf die Pendelwanderung aus. Nachdem die Personenbeförderung auf den Kleinbahnstrecken der Bergedorf-Gesthachter Eisenbahn und der Südstormarnschen Kreisbahn ständig zurückging, schlossen sich beide Gesellschaften zu den Verkehrsbetrieben Hamburg-Holstein AG. (VHH) zusammen und ersetzten von 1950 bis 1953 allmählich die unrentablen Kleinbahnen durch einen lebhaften Omnibusverkehr. Mit dieser Umstellung verbesserten sich die Verkehrsverbindungen nach Hamburg. Schon die Leistungszahlen der 1953 gegründeten VHH — die VHH bewältigte heute einen wesentlichen Teil des im Osten

und Nordosten aufkommenden Personenverkehrs — spiegeln die Belebung des Vorortverkehrs und der Pendelwanderung wider. Von 1953 bis 1956 stieg die Zahl der jährlich beförderten Personen um mehr als 10 Millionen.

Aber auch die Gebietsteile der südlichen Umgebung in Niedersachsen prägen sich immer mehr zu bedeutsamen Quellgebieten des Berufsverkehrs aus. In den Gemeinden der niedersächsischen Kreise Harburg und Stade sind die höchsten relativen Zunahmen der Pendlerzahlen zu finden. In diesen Gebieten hat sich die Zahl der Pendler seit 1950 nahezu verdoppelt.

Übersicht 7 Vergleich der Einpendler nach Hamburg in wichtigen Wohngemeinden
1950 und 1956

Kreise Gemeinden	Zahl der Einpendler		Zu- (+) oder Abnahme (-) der Einpendler 1956 gegenüber 1950	
	1950	1956	absolut	vH
Kreis Herzogtum Lauenburg	5 465	6 644	+ 1 179	+ 21,6
darunter				
Aumühle-Billen- kamp	512	675	+ 163	+ 31,8
Börnsen	411	558	+ 147	+ 35,8
Büchen	95	163	+ 68	+ 71,6
Dassendorf	216	260	+ 44	+ 20,4
Escheburg	129	186	+ 57	+ 44,2
Geesthacht	1 492	1 830	+ 338	+ 22,7
Schwarzenbek	470	702	+ 232	+ 49,4
Wentorf bei Reinbek	716	1 054	+ 338	+ 47,2
Wohltorf	338	466	+ 128	+ 37,9
Kreis Pinneberg	16 855	21 253	+ 4 398	+ 26,1
darunter				
Appen	108	136	+ 28	+ 25,9
Barmstedt	305	312	+ 7	+ 2,3
Bönningstedt	302	346	+ 44	+ 14,6
Egenbüttel	178	269	+ 91	+ 51,1
Ellerbek	214	336	+ 122	+ 57,0
Elmshorn	1 984	2 533	+ 549	+ 27,7
Friedrichsgabe	370	633	+ 263	+ 71,1
Garstedt	1 925	2 346	+ 421	+ 21,9
Halstenbek	1 048	1 300	+ 252	+ 24,0
Hasloh	236	320	+ 84	+ 35,6
Holm	119	128	+ 9	+ 7,6
Moorreege	95	102	+ 7	+ 7,4
Pinneberg	2 422	3 013	+ 591	+ 24,4
Prisdorf	155	190	+ 35	+ 22,6
Quickborn	991	1 025	+ 34	+ 3,4
Rellingen	795	1 004	+ 209	+ 26,3
Schenefeld	1 094	1 725	+ 631	+ 57,7
Tornesch	574	692	+ 118	+ 20,6
Uetersen	799	787	- 12	- 1,5
Wedel	1 931	2 863	+ 932	+ 48,3
Kreis Stormarn	14 315	20 139	+ 5 824	+ 40,7
darunter				
Ahrensburg	2 778	3 972	+ 1 194	+ 43,0
Ahrensfelde	110	107	- 3	- 2,7
Bad Oldesloe	411	809	+ 398	+ 96,8
Bargfeld-Stegen	68	113	+ 45	+ 66,2
Bargtheide	618	854	+ 236	+ 38,2
Barsbüttel	475	785	+ 310	+ 65,3
Bünningstedt	333	435	+ 102	+ 30,6
Glashütte	474	649	+ 175	+ 36,9
Glinde	688	1 306	+ 618	+ 89,8
Grönwohld	96	127	+ 31	+ 32,3
Großensee	132	174	+ 42	+ 31,8
Groß-Hansdorf- Schmalenbek	1 009	1 372	+ 363	+ 36,0
Harksheide	1 291	1 831	+ 540	+ 41,8
Havighorst bei Reinbek	99	122	+ 23	+ 23,2
Hoisdüppel	248	401	+ 153	+ 61,7
Hoisdorf	352	421	+ 69	+ 19,6
Lütjensee	149	285	+ 136	+ 91,3
Ost-Steinbek	556	818	+ 262	+ 47,1
Reinbek	1 244	1 776	+ 532	+ 42,8
Reinfeld	274	177	- 97	- 35,4
Schönningstedt	299	570	+ 271	+ 90,6
Siek	135	137	+ 2	+ 1,5
Stapelfeld	193	216	+ 23	+ 11,9
Stemwarde	112	163	+ 51	+ 45,5
Tangstedt	111	194	+ 83	+ 74,7
Todendorf	91	115	+ 24	+ 26,4
Tremsbüttel	98	111	+ 13	+ 13,3
Trittau	277	453	+ 176	+ 63,5
Willinghusen	124	211	+ 87	+ 70,2
Wilstedt	114	131	+ 17	+ 14,9
Wulfsfelde	99	128	+ 29	+ 29,3

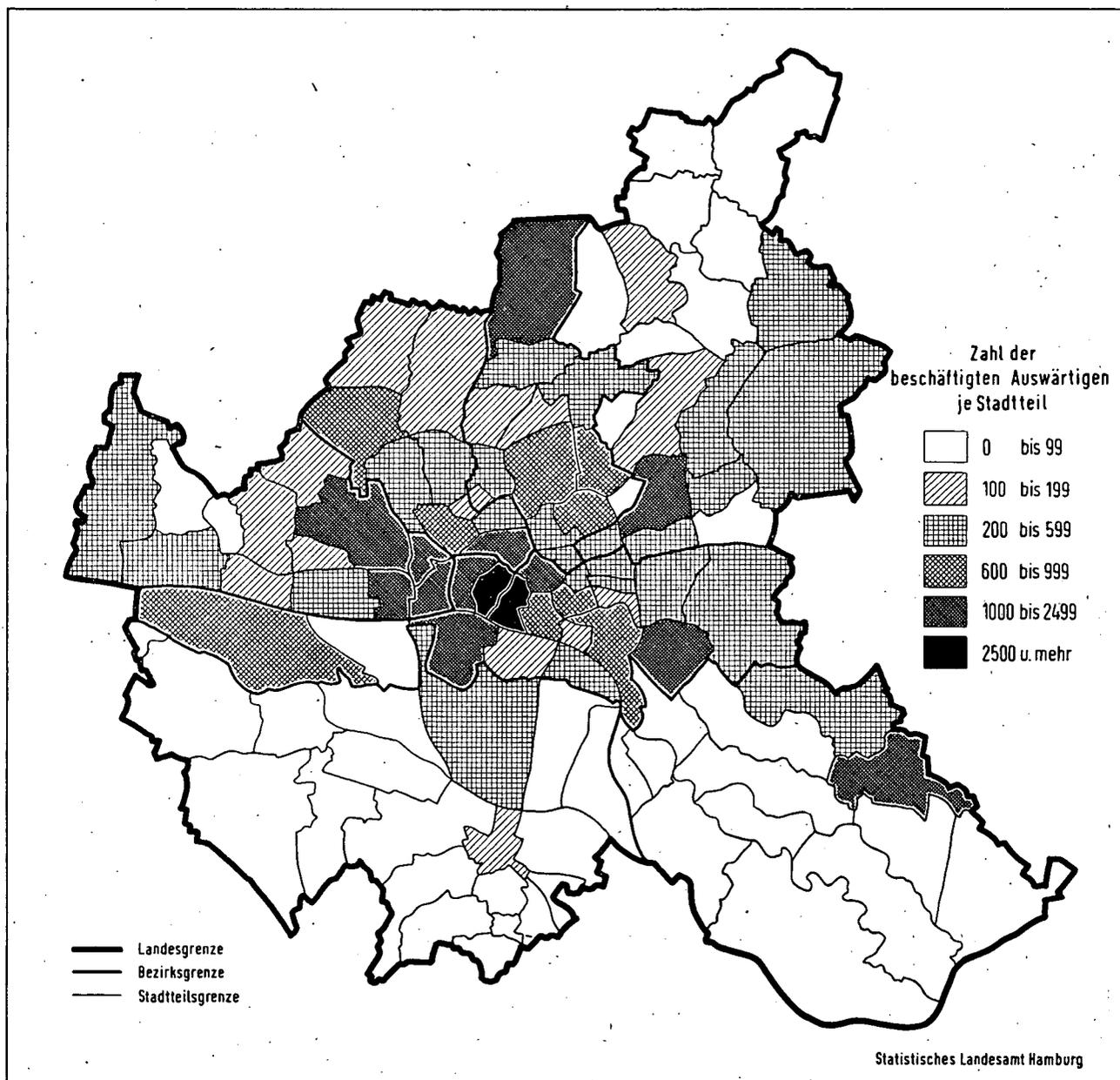
Kreise Gemeinden	Zahl der Einpendler		Zu- (+) oder Abnahme (-) der Einpendler 1956 gegenüber 1950	
	1950	1956	absolut	vH
Kreis Segeberg	1 197	1 757	+ 560	+ 46,8
darunter				
Bad Bramstedt	93	140	+ 47	+ 50,5
Ellerau	103	132	+ 29	+ 28,2
Henstedt	203	362	+ 159	+ 78,3
Kaltenkirchen	120	182	+ 62	+ 51,7
Ulzburg	153	230	+ 77	+ 50,3
Kreis Steinburg	930	740	- 190	- 20,4
darunter				
Glückstadt	147	370	+ 223	+ 151,7
Horst	153	169	+ 16	+ 10,5
Kreis Harburg	7 805	13 410	+ 5 605	+ 71,8
darunter				
Ashausen	149	235	+ 86	+ 57,7
Beckedorf	70	149	+ 79	+ 112,9
Bendestorf	111	202	+ 91	+ 82,0
Borstel	55	149	+ 94	+ 170,9
Buchholz	545	993	+ 448	+ 82,2
Bullenhausen	158	249	+ 91	+ 57,6
Eckel	114	208	+ 94	+ 82,5
Ehestorf	110	200	+ 90	+ 81,8
Emmendorf	145	264	+ 119	+ 82,0
Fleestedt	267	487	+ 220	+ 82,4
Glüsingen	78	121	+ 43	+ 55,1
Handeloh	60	109	+ 49	+ 81,7
Hittfeld	292	532	+ 240	+ 82,2
Hollenstedt	57	104	+ 47	+ 82,5
Horst	85	134	+ 49	+ 57,6
Jesteburg	105	191	+ 86	+ 81,9
Klecken	111	202	+ 91	+ 82,0
Leversen	56	102	+ 46	+ 82,1
Lüllau	73	133	+ 60	+ 82,2
Maschen	366	577	+ 211	+ 57,7
Meckelfeld	715	1 127	+ 412	+ 57,6
Nenndorf	80	146	+ 66	+ 82,5
Over	155	244	+ 89	+ 57,4
Ramelsloh	69	109	+ 40	+ 57,9
Seppensen	115	210	+ 95	+ 82,6
Sprötze	81	148	+ 67	+ 82,7
Stelle	414	652	+ 238	+ 57,5
Todtglüsingen	81	148	+ 67	+ 82,7
Tötensen	124	226	+ 102	+ 82,3
Tostedt	156	284	+ 128	+ 82,0
Vahrendorf	90	164	+ 74	+ 82,2
Winsen/Luhe	426	671	+ 245	+ 57,5
Wulmstorf	177	323	+ 146	+ 82,5
Kreis Stade	1 523	.	.	.
darunter				
Buxtehude	554	1 393	+ 839	+ 151,4
Hornburg, Fleck Königreich	104	283	+ 179	+ 172,1
Neukloster	92	231	+ 139	+ 151,0
Stade (Stadt)	53	134	+ 81	+ 152,8
Kreis Lüneburg- Land	281	.	.	.
Kreis Soltau	90	.	.	.
Kreis Uelzen	88	.	.	.
Kreis Rotenburg	148	.	.	.

Das mag zunächst als grober Überblick genügen. Einen genaueren Vergleich der Pendlerzahlen von 1950 und 1956 gestattet die Übersicht 7, wo alle Gemeinden aufgeführt wurden, die im Jahre 1956 mehr als 100 Pendler nach Hamburg zählten. Demnach treten die höchsten relativen Zunahmen in den Gemeinden auf, die 1950 noch unbedeutend an der Hamburger Pendelwanderung beteiligt waren. Beträchtliche prozentuale Zunahme verzeichneten aber auch Schönningstedt, Kreis Stormarn (+ 90,6 vH), Buchholz, Kreis Harburg (+ 82,2 vH), Buxtehude (+ 151,4 vH) und Stade (+ 171,8 vH).

An der Spitze der Gemeinden mit absoluten Zunahmen steht Ahrensburg. Von 1950 bis 1956 stieg die Zahl der Pendler in der Gemeinde Ahrensburg von 2 778 auf 3 972. Zunahmen von über 500 Pendlern hatten auch die Gemeinden Pinneberg, Schenefeld, Wedel (Kreis Pinneberg), Glinde, Harksheide, Reinbek (Kreis Stormarn) und Buxtehude (Kreis Stade) zu verzeichnen.

Schaubild 6

Die Hamburger Stadtteile als Zielorte der Pendler aus Schleswig-Holstein



C. Wo arbeiten die Pendler?

Bisher waren die Aussagen über die Pendlerarbeitsstätten nur auf Vermutungen gestützt, da bis zur Verkehrszählung 1956 noch keine Erhebung in dieser Art durchgeführt wurde. Es ist auch heute noch nicht möglich — vor allem wegen der fehlenden Zahlenunterlagen aus Niedersachsen —, ein vollständiges Bild der Beschäftigungsverteilung der Einpendler in Hamburg zu geben. Dennoch bietet die Auszählung der großen Masse der schleswig-holsteinischen Pendler nach Arbeitsstättenortsteilen in Hamburg ausreichend Material für eine Untersuchung der Pendlerbeschäftigung in Hamburg.

Das Schaubild 6 zeigt die Verteilung der Pendler aus Schleswig-Holstein im Hamburger Gebiet nach Stadtteilen. Wie daraus zu entnehmen ist, liegen die Beschäftigungsschwerpunkte der Pendler im Hamburger Kerngebiet und zum Teil dezentralisiert in den nördlichen und östlichen Randbezirken. Auffallend ist in diesem Schaubild die geringe Be-

schäftigung von Einpendlern in den Stadtteilen des Bezirkes Harburg. Mit den Pendlern aus Niedersachsen würde sich hier im Süden Hamburgs vermutlich ein völlig anderes Bild zeigen, da der überwiegende Teil der niedersächsischen Pendler in den Betrieben Harburgs beschäftigt ist — dagegen würden sich in der Innenstadt und in den nördlichen Bezirken wohl kaum große Änderungen ergeben.

Betrachten wir zunächst die Stadtteile mit den höchsten Pendlerzahlen: es sind die Stadtteile Hamburg-Altstadt und Neustadt. Hier arbeiten rd. 12 200 oder fast ein Viertel der Pendler aus Schleswig-Holstein. Rechnet man die niedersächsischen Pendler noch hinzu, so kommt man schätzungsweise auf 20 000 Auswärtige, die im Hamburger Geschäfts- und Verwaltungszentrum beschäftigt sind.

Daneben zeichnen sich noch andere Stadtteile ab, die auch verhältnismäßig hohe Pendlerzahlen aufweisen. Sie wurden in **Schaubild 6** mit dem Raster „1 000 bis 2 499 Pendler je Stadtteil“ gekennzeichnet. Es sind dies im einzelnen:

Steinwerder	mit 2 305 Pendlern
St. Pauli	mit 1 177 Pendlern
Rotherbaum	mit 1 500 Pendlern
St. Georg	mit 1 726 Pendlern
Altona-Altstadt	mit 1 024 Pendlern
Altona-Nord	mit 1 459 Pendlern
Ottensen	mit 1 924 Pendlern
Bahrenfeld	mit 1 495 Pendlern.

Diese Stadtteile bilden ein zusammenhängendes Gebiet, dessen Ausläufer — der Stadtteil Bahrenfeld — in die Pinneberger Richtung weist, wo tatsächlich die meisten der hier beschäftigten Pendler wohnen. Abgesehen von der innerstädtischen Ballung haben noch die Stadtteile eine Bedeutung, die von den Pendlergemeinden aus gesehen „auf dem halben Wege zur Hamburger Innenstadt“ liegen. So arbeiten viele Pendler in Langenhorn (1 403), Wandsbek (1 392), Billbrook (1 153) und in Bergedorf (1 904). Allerdings befinden sich in den Hamburger Randgebieten nur wenige Betriebe, die den Pendlern Arbeitsplätze bieten könnten. Bildet man aus allen an der Peripherie gelegenen Stadtteilen eine Randzone, so zeigt sich, daß hier nur 8 041 oder 16 vH der Pendler beschäftigt sind. Andererseits sind in dieser Randzone die Anteile der

Pendler an den hier beschäftigten Arbeitnehmern besonders hoch, wie aus der nachstehenden Gegenüberstellung von beschäftigten Einheimischen und Auswärtigen nach Stadtteilen hervorgeht.

Die **Übersicht 8** zeigt die Beschäftigungsintensität in den 106 Hamburger Stadtteilen. Bei dieser Darstellung, — es ist eine Auszählung der Berufstätigen nach regionalen Einheiten der Arbeitsstätte — heben sich die Gebiete heraus, in denen sich zahlreiche Arbeitsplätze zu Beschäftigungsschwerpunkten zusammenballen, gleichzeitig erhalten wir ein Bild von dem zahlenmäßigen Umfang und der Verteilung der Hamburger „Tagbevölkerung“.

Besonders auffallend ist die hohe Beschäftigungsdichte in der Hamburger Innenstadt. In den zentralen, benachbarten Stadtteilen Hamburg-Altstadt, Neustadt, St. Georg, Steinwerder und Rotherbaum nehmen täglich rd. 250 000 Hamburger ihre Arbeitsplätze ein. In dem verhältnismäßig kleinen Stadtkern von rd. 16 qkm arbeiten demnach ein Drittel aller erwerbstätigen Hamburger — aber auch rund ein Drittel der Pendler sind hier beschäftigt.

Dieses Beispiel zeigt vielleicht am deutlichsten, daß sich durch die Masse der Einpendler in Hamburg keine weiteren Schwerpunkte der Beschäftigung abzeichnen als die, die auch ohne die Einpendler bedeutende Ballungsgebiete darstellen. Die 50 533 Pendler aus Schleswig-Holstein verteilen sich so auf die Hamburger Betriebe, daß der Anteil der Einpendler an der Gesamtzahl der Berufstätigen in keinem Stadtteil über 20 vH hinausgeht und auch nur in den Stadtteilen der Randzone mehr als 10 vH beträgt. Durchschnittlich werden in Hamburg 6 vH der Arbeitsplätze von Pendlern aus Schleswig-Holstein eingenommen. Auffallend hoch ist dieser Anteil in Eidelstedt (19,0 vH), Langenhorn (17,1 vH), Bergedorf (14,6 vH), Lohbrügge (11,2 vH) und Billbrook (11,2 vH). Das erklärt sich aber weitgehend durch die Randlage dieser Gebiete.

Standorttheoretisch wird dieses Verteilungsbild durch zwei Faktoren erklärt:

1. durch die Lage der Hamburger Betriebe und Arbeitsstätten und
2. durch den Umfang und der Richtung der Pendlerströme in das Hamburger Gebiet.

V. Die Verkehrsströme der Pendelwanderung

In dem vorangegangenen Abschnitt wurden die wichtigsten Herkunftsgemeinden der Pendler und die Beschäftigungsschwerpunkte in Hamburg aufgezeigt. Zwischen diesen Orten — den Quell- und Senkgebieten des über die Grenze gehenden Berufsverkehrs — spielt sich täglich, der Rhythmus der außenhamburgischen Pendelwanderung ab. In den Morgenstunden zwischen 6 und 8 Uhr bewegt sich der Strom der Berufstätigen auf den Schienen- oder Straßenwegen teils auf öffentlichen Verkehrsmitteln, teils auf individuellen Verkehrsarten nach Hamburg, wobei sich der Verkehr mit abnehmender Entfernung nach Hamburg immer mehr verdichtet und schließlich in dem Verkehrsfluß des Hamburger Berufsverkehrs mündet. In den Nachmittagsstunden zwischen 16 und 19 Uhr fließt der Verkehr dann in

umgekehrter Richtung — man kann in beiden Fällen von Verschiebungen zwischen „Tag- und Nachtbevölkerung“ sprechen.

Es ist bezeichnend, daß sich die Pendler einer bestimmten Wohngemeinde nicht gleichmäßig auf alle Arbeitsstätten in Hamburg verteilen, sondern besonders verkehrsgünstig gelegene Arbeitsplätze bevorzugen. Die Pendler aus Geesthacht z. B. arbeiten vor allem in den Betrieben Bergedorfs und im Hamburger Stadtzentrum — dagegen werden die Pendler aus Harksheide vorwiegend in den Stadtteilen Langenhorn und Fuhlsbüttel beschäftigt. Ähnliche Beobachtungen lassen sich für alle Pendlergemeinden machen. Es bleibt noch zu erwähnen, daß das Hamburger Ballungsgebiet in der Innenstadt hohe Pendlerzahlen aus allen Richtungen

der Umgebung aufweist, da hier sämtliche Vorortlinien zusammenführen. Man kann somit für jede Herkunftsgemeinde die entsprechenden typischen Zielorte der Pendelwanderung aufzeigen. Diese Darstellung hat den Vorteil, daß man den außerhalb Hamburgs aufkommenden Berufsverkehr bis in die kleinsten regionalen Einheiten in Hamburg verfolgen kann.

Zweckmäßigerweise empfiehlt sich eine Gruppierung der Pendlergemeinden nach verschiedenen Einzugsbereichen, wobei die Gemeinden zusammengefaßt werden sollen, die bestimmte gemeinsame Merkmale in verkehrsmäßiger Hinsicht aufweisen und damit größere Quellgebiete spezifischer Verkehrsströme darstellen.

Ein solches geschlossenes Einzugsgebiet zeichnet sich z. B. entlang der Eisenbahnlinie Hamburg—Altona—Pinneberg—Elmshorn ab, die für dieses Gebiet die wichtigste Verkehrsverbindung nach Hamburg bildet; für die Pendler aus Wedel ist dagegen die elektrisch betriebene S-Bahnlinie Wedel—Poppenbüttel von besonderer Bedeutung.

Je nach der Lage der Pendlergemeinden sind somit bestimmte Verkehrsarten und -gewohnheiten für die Pendler typisch. Die folgende Gruppierung der Pendlergemeinden nach sieben verschiedenen Verkehrsräumen der Hamburger Umgebung läßt diese Merkmale noch deutlicher hervortreten.

A. Die Pendler aus dem Einzugsgebiet Wedel-Holm

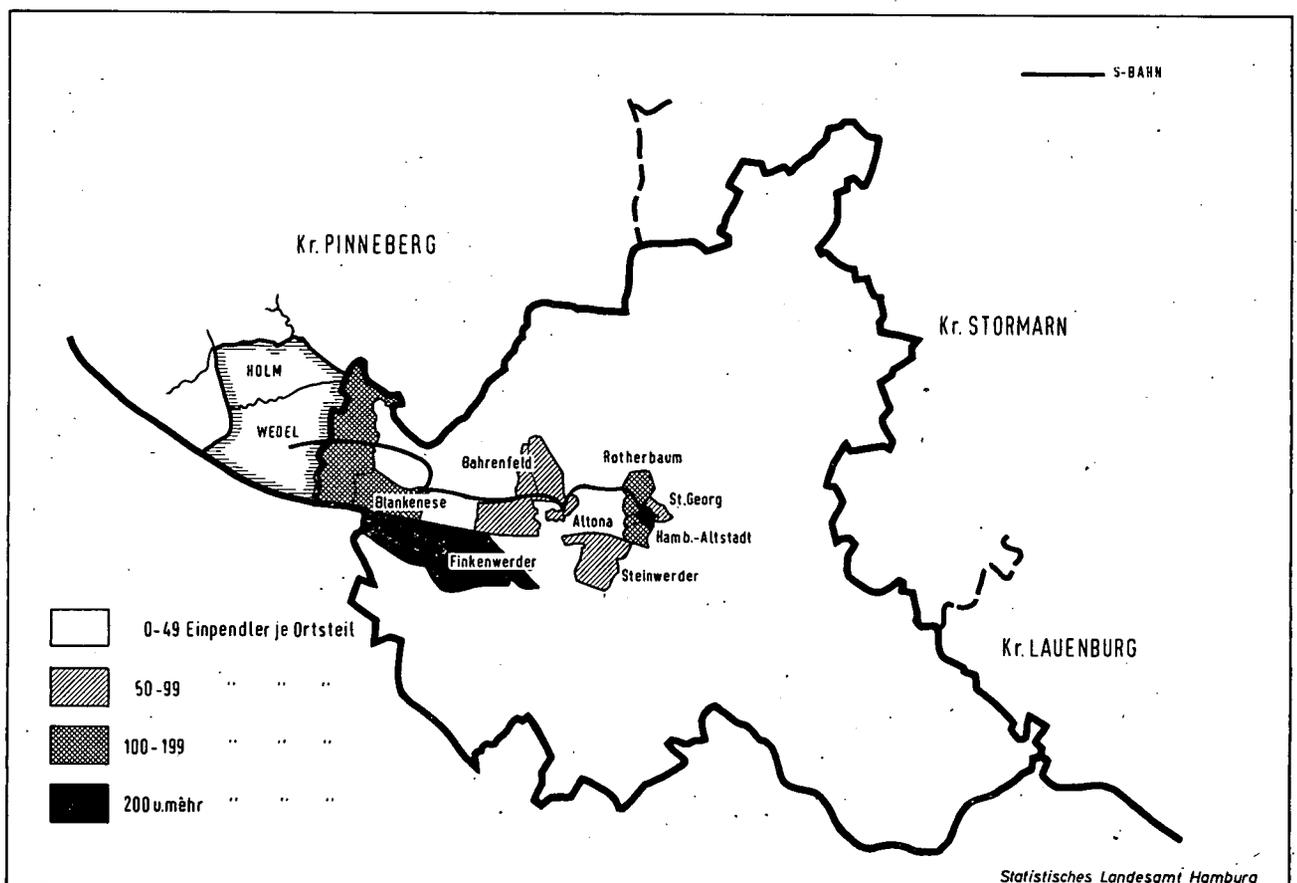
Durch die S-Bahnlinie Wedel—Poppenbüttel haben die Pendler aus den Gemeinden Wedel und Holm eine besonders schnelle und bequeme Verkehrsverbindung nach Blankenese, nach Altona und zur Hamburger Innenstadt. Aus dieser Richtung kommen täglich 2 991 Pendler¹⁾. Davon haben etwa ein Fünftel ihren Arbeitsplatz in den vorgelagerten Stadtteilen Rissen, Blankenese, Sülldorf, Finkenwerder und Waltershof. Rund 700 fahren nach Bahrenfeld, Ottensen, Altona und Eimsbüttel weiter und etwa ein Drittel der Pendler aus Wedel und Holm arbeiten in den Ballungsgebieten „Innenstadt“ und „Hafen“. Das Schaubild 7 zeigt die Richtung dieses Pendlerstromes in Hamburg; die Ortsteile mit den höchsten Pendlerzahlen wurden als die wichtigsten Zielorte hervorgehoben. Die Richtung und die Verteilung dieses Pendlerstromes wird durch die von Wedel zum Hamburger Hauptbahnhof führende S-Bahnlinie gekennzeichnet. Die Ortsteile mit den meisten Pendlern liegen entweder in der Nähe dieses Verkehrsweges oder werden von der S-Bahn direkt berührt.

Tatsächlich fahren auch die meisten Pendler aus Wedel und Holm — nämlich 2 108 oder rund zwei

¹⁾ Diese Zahlen werden, wenn nicht anders vermerkt, immer so gebracht, wie sie bei der Verkehrszählung angefallen sind: also ohne Berücksichtigung der Fälle, in denen die Angaben fehlten. Die Ohne-Angabe-Fälle betreffen sich aber bei kaum einem Merkmal auf mehr als 10 vH.

Schaubild 7

Herkunfts- und Zielgebiete der Pendelwanderung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein
(Das Einzugsgebiet Wedel-Holm)



Drittel — mit der S-Bahn; 401 benutzen ein individuelles Fahrzeug und der Rest kommt mit dem Omnibus nach Hamburg.

In den meisten Fällen benutzen die Pendler nur ein Verkehrsmittel: die S-Bahn, den Omnibus oder ein individuelles Verkehrsmittel. In 748 Fällen werden zwei, in 172 Fällen 3 und in 22 Fällen sogar 4 Verkehrsmittel benötigt, um vom Wohnort die Hamburger Arbeitsstätte zu erreichen. Vielfach steigen die Pendler an den S-Bahnstationen Altona, Dammtor und Hamburg-Hauptbahnhof, um und fahren dann mit den Verkehrsmitteln der HHA oder mit den Hafenfähren zur Arbeitsstätte weiter. So benutzen die Pendler außer S-Bahn oder Omnibus, mit denen sie den größten Weg zurücklegen,

in 255 Fällen die Straßenbahn (HHA),
in 234 Fällen die Hafenfähren (Hadag)
und in 181 Fällen die U-Bahn (HHA).

Die Notwendigkeit, zwei und mehr Verkehrsmittel benutzen zu müssen, hängt aber nicht allein von den Hamburger Verkehrsverhältnissen ab. Oft wohnen die Pendler verkehrsmäßig so ungünstig, daß sie schon außerhalb Hamburgs einmal und öfter umsteigen. Das zeigt sich besonders deutlich bei den Pendlern aus der weiter gelegenen Gemeinde Holm, von denen mehr als die Hälfte mit dem Omnibus zur S-Bahnstation Wedel fahren und von dort erst die eigentliche Fahrt nach Hamburg mit der S-Bahn antreten.

404 Pendler machen von den öffentlichen Verkehrsmitteln keinen Gebrauch. Der größte Teil von ihnen ist motorisiert, während 113 mit dem Fahrrad und 3 zu Fuß nach Hamburg kommen. Aber nicht alle Pendler, die über ein eigenes Fahrzeug verfügen, benutzen es, um den ganzen Weg nach Hamburg zurückzulegen. Vielfach fahren die Pendler damit nur zur nächsten Bahnstation, um dann das Fahrzeug abzustellen und mit einem öffentlichen Verkehrsmittel weiterzufahren. Diese Kombination von öffentlichen und individuellen Verkehrsmitteln ist für den außerhamburgischen Berufsverkehr besonders typisch — sie ist anderseits auch ein Symptom ungünstiger Verkehrsverhältnisse.

Individuelle Verkehrsmittel als „Zubringerfahrzeuge“ sind jedoch für die Pendler aus Wedel und Holm nicht so sehr von Bedeutung wie in anderen Verkehrsräumen. Nur etwa ein Fünftel der individuellen Verkehrsteilnehmer benutzen ihr Fahrzeug ausschließlich dazu, den nächsten Bahnhof — in diesem Falle Wedel — zu erreichen.

B. Die Besonderheiten des Pendlerstromes aus dem Einzugsbereich Elmshorn-Pinneberg

An das Einzugsgebiet Wedel-Holm schließt sich in nördlicher Richtung ein zweiter Verkehrsraum an, der durch die Verkehrsachse Elmshorn—Hamburg—Altona gekennzeichnet wird. Es ist auch hier wieder eine Vorortlinie der S-Bahn, die den Hauptteil des hier aufkommenden Berufsverkehrs trägt. Daneben sind einige Omnibuslinien von Bedeutung, die den Schienenweg entlasten. Von diesen Verkehrslinien werden 17 Gemeinden berührt. Die großen Pendlergemeinden Halstenbek, Pinne-

berg, Tornesch und Elmshorn liegen unmittelbar an der von Elmshorn nach Hamburg-Altona führenden S-Bahnstrecke.

Innerhalb dieses Einzugsgebietes wohnen 11 393 Pendler, die aus nordwestlicher Richtung kommend den umfangreichsten Verkehrsfluß nach Hamburg bilden. Die meisten Pendler, die mit der S-Bahn nach Hamburg kommen, fahren bis zu den Stationen Hamburg-Altona, Bahrenfeld, Sternschanze, Hamburg-Dammtor und Hamburg-Hauptbahnhof. Von hier aus verzweigt sich der Pendlerstrom in verschiedene Richtungen: mehr als die Hälfte der Pendler arbeitet in der City, im Hafen und in noch weiter gelegenen Stadtteilen (Wilhelmsburg); rund ein Drittel des Pendlerstromes mündet im Bezirk Altona, während der Rest in den besonders nah gelegenen Stadtteilen des Bezirks Eimsbüttel beschäftigt ist.

Mehr als die Hälfte der Pendler (6 884) aus dem Einzugsgebiet Elmshorn-Pinneberg erreichen mit einem Verkehrsmittel — gewöhnlich mit der S-Bahn oder mit einem eigenen Fahrzeug — den Arbeitsort. Nur die Pendler aus Uetersen benutzen überwiegend zwei und mehr Verkehrsmittel, da sie fast alle — soweit sie auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind — neben der S-Bahn auch von der Kleinbahn Uetersen-Tornesch Gebrauch machen.

Ähnlich wie die Pendler aus Uetersen müssen auch die Pendler aus anderen Gemeinden schon in Elmshorn, Tornesch oder Pinneberg umsteigen. So etwa die 274 Pendler, die aus der Umgebung von Barmstedt mit der Elmshorn—Bad Oldesloer Eisenbahn (EBOE) nach Elmshorn und von dort mit der S-Bahn weiter nach Hamburg fahren. Ebenso verkehren die Omnibusse oft nur als „Zubringerlinien“.

Demnach sind eine Reihe von öffentlichen Verkehrsmitteln maßgeblich an dem Verkehrsaufkommen der Pendelwanderung beteiligt. Im Einzugsgebiet Elmshorn—Pinneberg — also noch „außerhalb“ — zeigt sich folgendes Bild über die Beförderungsfälle auf den einzelnen Verkehrsmitteln:

Bundesbahn	86 Personen,
Omnibusse	1 430 Personen,
S-Bahn	7 282 Personen.

Neben der S-Bahn benutzen außerdem
274 Pendler die EBOE,
561 Pendler die Uetersener Eisenbahn
und 613 Pendler ein individuelles Fahrzeug als „Zubringer“.

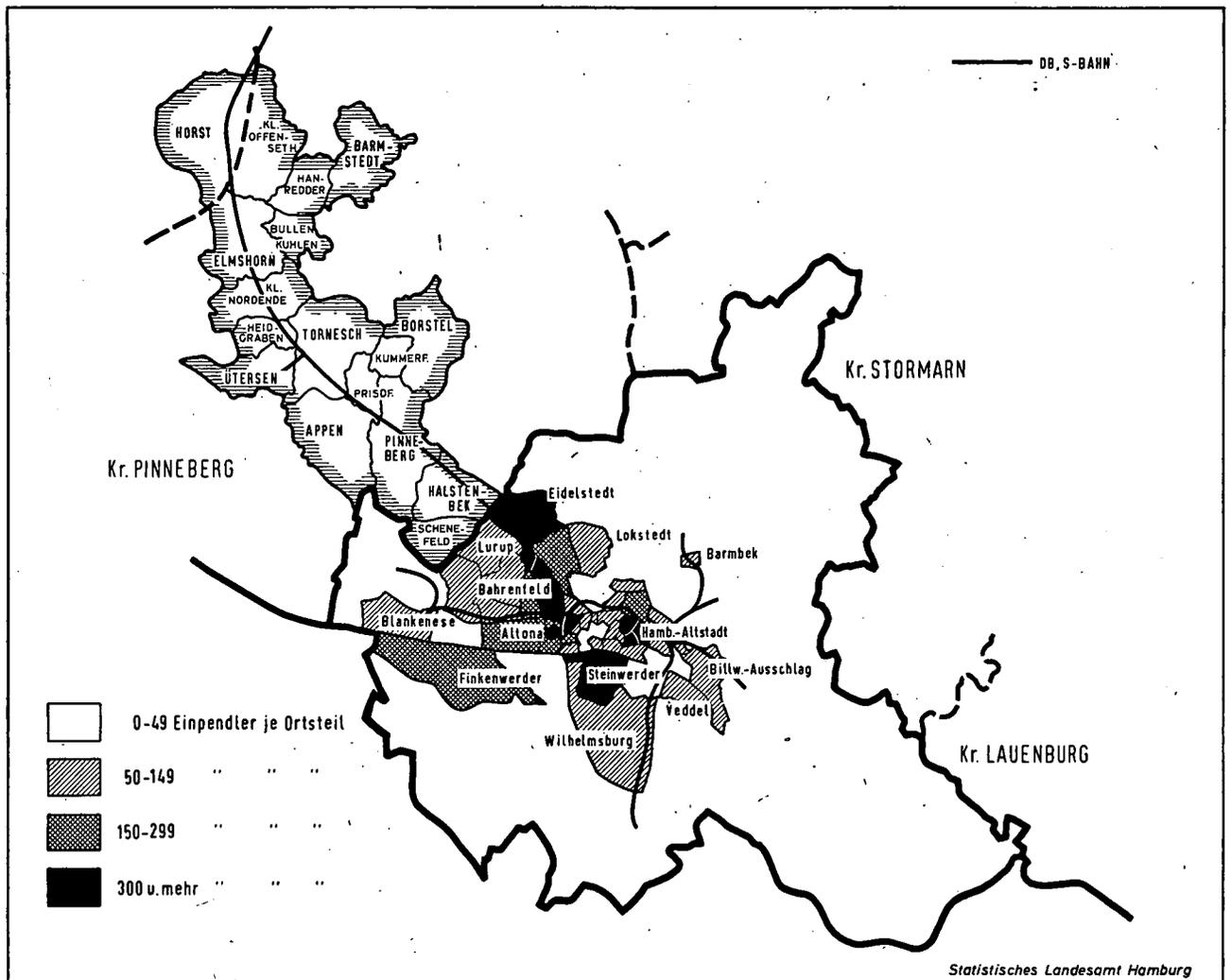
Wenn auch die meisten Pendler mit der S-Bahn oder mit dem Omnibus ihren Betrieb erreichen können, benutzen doch noch viele für die letzte Pendelstrecke ein Hamburger Verkehrsmittel, und zwar:

2 656 Personen die Straßenbahn,
565 Personen die Hafenfähren oder sonstige Schiffslinien,
318 Personen die U-Bahn
und 4 Personen den O-Bus.

Kurioserweise benutzt ein Pendler aus Uetersen neben 4 anderen Verkehrsmitteln sogar den Alsterdampfer.

Schaubild 8

Herkunfts- und Zielgebiete der Pendelwanderung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein
(Das Einzugsgebiet Elmshorn-Pinneberg)



Wie im Wedeler Einzugsgebiet spielt auch im Elmshorner-Pinneberger Raum der individuelle Verkehr eine große Rolle. Nach den Angaben der Pendler sind 2249 oder 21 vH mit einem Fahrzeug ausgerüstet, von denen rund jeder 4. das Fahrzeug als Zubringer benutzt.

Übersicht 9

Die von Pendlern aus dem Einzugsgebiet Elmshorn-Pinneberg benutzten individuellen Verkehrsmittel

Verkehrsmittel	Insgesamt	davon werden	
		allein benutzt	als Zubringer benutzt
PKW	466	441	25
LKW	35	32	3
Krad	416	380	36
Moped	349	222	127
Fahrrad	983	561	422
Zusammen . .	2 249	1 636	613

Naturgemäß ist die Zahl der Fußgänger gering. So kommen nur 15 Pendler aus Schenefeld und Halstenbek — sie arbeiten in Eidelstedt — zu Fuß nach Hamburg.

C. Die Pendler aus der nördlichen Umgebung

Mehr als 10 000 Pendler kommen aus 20 Gemeinden der nördlichen Umgebung Hamburgs, darunter allein 2 346 aus Garstedt und 1 831 aus Harksheide. Diese Gemeinden — sie sind im Schaubild 9 namentlich ausgeführt — gehören zum Verkehrsgebiet der Altona-Kaltenkirchen-Neumünster-Eisenbahn (AKN), der Alsternordbahn und verschiedener nach Kaltenkirchen und Neumünster führenden Omnibuslinien.

Die Strecke der AKN verläuft von Neumünster über Bad Bramstedt, Lentförden, Nützen, Kaltenkirchen, Ulzburg und Elbenau nach Hamburg, wo sie am Kaltenkirchener Bahnhof in Altona endet. Die Alsternordbahn dagegen bildet die Verlängerung der U-Bahnlinie Jungfernstieg-Ochsensoll nach Garstedt, Friedrichsgabe und Ulzburg. In Ulzburg treffen beide Linien mit der EBOE zusammen, die zwischen Elmshorn und Bad Oldesloe eine richtige Querverbindung darstellt.

Wie das Schaubild 9 zeigt, verteilen sich die Pendler aus dem nördlichen Einzugsgebiet hauptsächlich auf die Stadtteile Langenhorn, Fuhsbüttel sowie auf die Ballungsgebiete „Innenstadt“ und „Hafen“. Rund 2600 Pendler sind im Kerngebiet des

Bezirks Hamburg-Mitte, etwa 1000 im Kerngebiet des Bezirks Altona und weitere 1400 im Ortsamtsgebiet Fuhlsbüttel beschäftigt¹⁾). Demnach bevorzugen die Pendler auch hier wieder die für sie günstig gelegenen Arbeitsstätten in Hamburg.

Oggleich zwei parallelaufende Eisenbahnlinien die nördlichen Vororte mit Hamburg verbinden, sind die Verkehrsverhältnisse doch nicht so vorteilhaft wie in anderen Teilen der Umgebung. Nur ein kleiner Teil der AKN- und Alsternordbahnbenutzer kann allein mit diesen Verkehrsmitteln die Arbeitsstätte erreichen. So steigen am U-Bahnhof Ochsenzoll die Benutzer der Alsternordbahn auf die U-Bahnlinie Ochsenzoll—Jungfernstieg um. Gegenüber den anderen Hamburger Umsteigebahnhöfen liegt Ochsenzoll an der Peripherie Hamburgs. Da die meisten Pendler in den weiter gelegenen Stadtteilen der Innenstadt beschäftigt sind, müssen sie vielfach die U-Bahn als zweites oder drittes Ver-

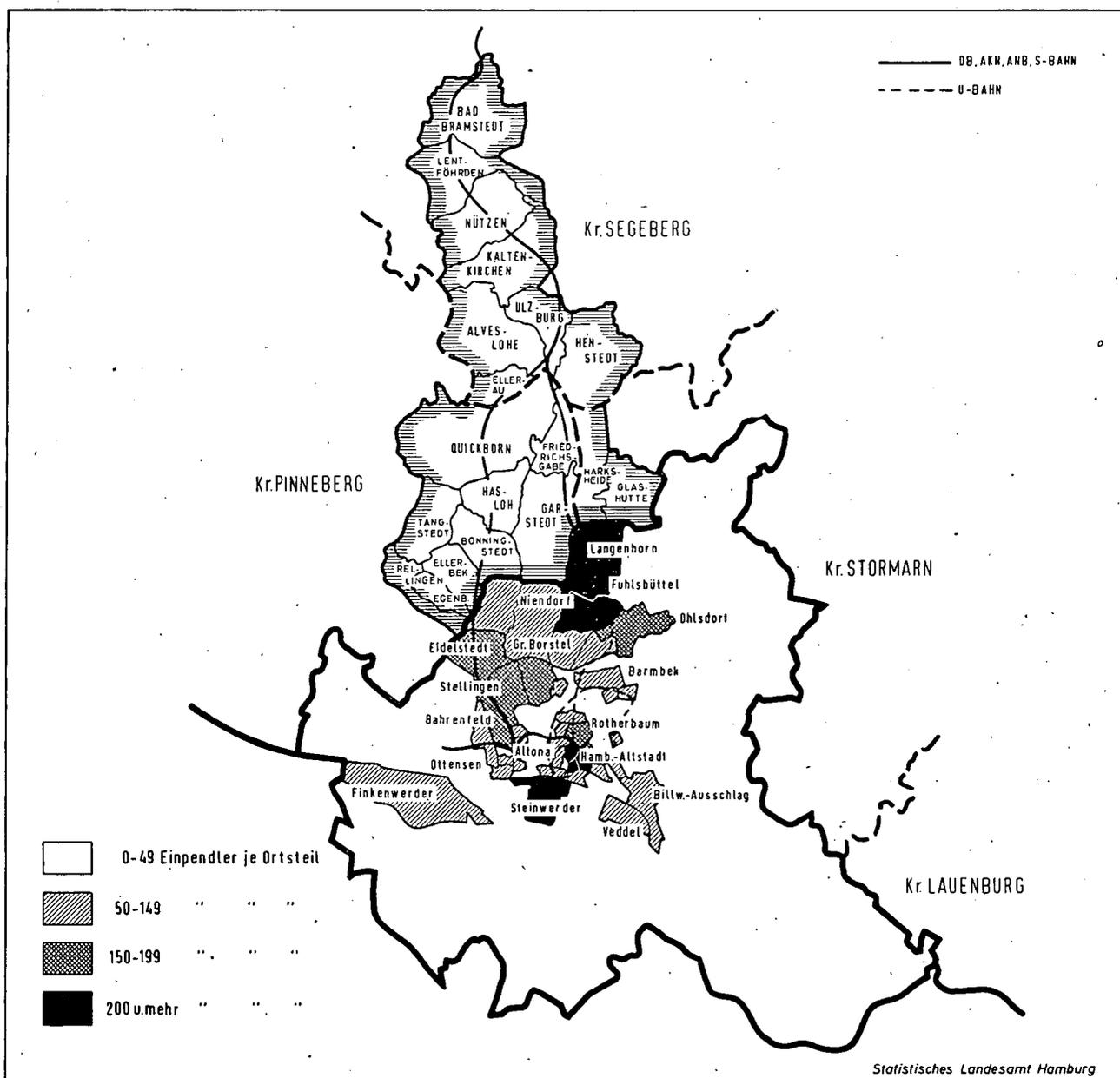
kehrsmittel benutzen. Noch ungünstiger ist der Übergang von der AKN auf den Stadtverkehr, da am Kaltenkirchner Bahnhof nur Straßenbahnen verkehren. Ein Anschluß der S-Bahn an den Kaltenkirchner Bahnhof ist zunächst nur geplant.

Das mag vielleicht auch ein Grund dafür sein, daß sich 4448 Pendler aus dem nördlichen Einzugsgebiet — also fast die Hälfte — individueller Verkehrsarten bedienen. Allein 2284 benutzen ein Fahrrad — davon fahren allerdings mehr als die Hälfte nur zur nächsten oder tarifgünstigsten Bahnstation. Aber auch Mopeds, Kräder, Pkw und sogar Lkw werden in vielen Fällen nur als Zubringer zu öffentlichen Verkehrsmitteln benutzt. Bei den Kraftwagen handelt es sich offenbar

¹⁾ 1128 Pendler gaben keinen Arbeitsort an. Es handelt sich dabei meist um Bauarbeiter und Vertreter sowie um Angestellte des Verkehrswesens, die keinen festen Arbeitsplatz haben.

Schaubild 9

**Herkunfts- und Zielgebiete der Pendelwanderung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein
(Das nördliche Einzugsgebiet)**



nicht um eigene Fahrzeuge, denn es ist kaum vorstellbar, daß ein Pendler einen Lkw lediglich dazu gebraucht, um von seiner Wohnung zu einer Eisenbahnstation und umgekehrt zu gelangen. Vielfach werden diese Pendler von Bekannten regelmäßig „mitgenommen“ werden. Echte Zubringerfahrzeuge sind dagegen leichte Motorräder, Mopeds und Fahrräder.

Nicht immer erscheinen die Angaben der befragten Pendler glaubhaft, so etwa, wenn ein Pendler aus Quickborn auf dem Fragebogen vermerkte, daß er täglich mit einer Taxe nach Hamburg fahre. Ebenso kann man sich schlecht vorstellen, daß zwei Pendler aus Harksheide nach Bahrenfeld zu Fuß gehen. In der Regel konnten diese Fehlangaben bei der Plausibilitätskontrolle bereinigt werden.

Die nachstehende Übersicht vermittelt noch einmal ein Bild über die individuellen Verkehrsarten der Pendler aus dem nördlichen Einzugsgebiet.

Übersicht 10

Die individuellen Verkehrsarten der Pendler aus der nördlichen Umgebung

Verkehrsarten	Insgesamt	davon werden	
		allein benutzt	als Zubringer benutzt
PKW	600	435	165
LKW	34	21	13
Krad	795	597	198
Moped	680	478	202
Fahrrad	2 284	1 159	1 125
Taxe	1	1	—
Zusammen . . .	4 394	2 691	1 703

Zu Fuß erreichen 54 Pendler ihre Arbeitsstätte in Hamburg.

Der überwiegende Teil der Pendler ist jedoch auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen. Die Vorortlinien werden dabei wie folgt belastet:

- Alsternordbahn mit 802 Personen,
- AKN mit 1 132 Personen,
- EBOE mit 30 Personen
- und Omnibusse mit 1 078 Personen.

In Hamburg benutzen darüber hinaus:

- 3 360 Pendler die U-Bahn,
- 1 424 Pendler die Straßenbahn,
- 831 Pendler die S-Bahn,
- 361 Pendler Hafenfähren oder sonstige Schifflinien
- und 2 Pendler den Alsterdampfer.

Mehr als die Hälfte benutzen demnach mehr als ein öffentliches Verkehrsmittel, und zwar

- 42,3 vH der Pendler 2 Verkehrsmittel,
- 12,4 vH der Pendler 3 Verkehrsmittel,
- 1,2 vH der Pendler 4 Verkehrsmittel,

während 44,1 vH mit einem öffentlichen Verkehrsmittel die Arbeitsstätte erreichen können.

D. Das Einzugsgebiet Ahrensburg—Bad Oldesloe

Eine der ältesten und zugleich wichtigsten Verkehrswege ist die Bundesbahnstrecke von Hamburg—

Hauptbahnhof nach Bad Oldesloe. Auf dieser Strecke ist die Zugfolge besonders häufig, zumal die Teilstrecke Hamburg-Hauptbahnhof—Ahrensburg als Vorortlinie der S-Bahn ausgebaut wurde. Von der Bundesbahnlinie Hamburg—Bad Oldesloe werden die Gemeinden Ahrensburg, Bargtheide, Rümpel und schließlich Bad Oldesloe selbst berührt.

Bad Oldesloe ist zugleich der wichtigste Verkehrsknotenpunkt in der nordöstlichen Umgebung Hamburgs. Über Bad Oldesloe fahren die Bundesbahnzüge weiter in Richtung Lübeck und Neumünster. Ferner bestehen von hier Zugverbindungen über Ratzeburg nach Büchen und über Trittau nach Schwarzenbek. In westlicher Richtung verbindet die EBOE Bad Oldesloe mit Ulzburg und Elmshorn.

Besonders günstig werden die drei Gemeinden Ahrensburg, Ahrensfelde und Groß Hansdorf-Schmalenbek verkehrsmäßig erschlossen, da sie durch die in Groß Hansdorf endende Walddörfer-Bahn der HHA unmittelbar an das Hamburger Nahverkehrsnetz angeschlossen sind. Daneben beteiligen sich einige Omnibuslinien der HHA maßgeblich an dem Verkehrsaufkommen. Sie verdichten das Verkehrsnetz im nordöstlichen Verkehrsraum und entlasten zum Teil die Schienenwege.

Innerhalb des im Schaubild 10 abgegrenzten Einzugsgebietes Ahrensburg—Bad Oldesloe wohnen 7366 Pendler, die zum größten Teil mit der U-Bahn, S-Bahn oder Bundesbahn zur Hamburger Innenstadt durchfahren, wo fast die Hälfte in den Geschäfts- und Verwaltungszentren der City und im Hafen beschäftigt ist. 1210 Pendler arbeiten im Bezirk Wandsbek, darunter etwa 800 im Kerngebiet Wandsbeks. Gegenüber den anderen Pendlerströmen mündet nur ein unbedeutend kleiner Teil des Verkehrsstromes in den für die Pendler aus Ahrensburg besonders nah gelegenen Stadtteilen Volksdorf und Rahlstedt. Hier sind nur rd. 300 Pendler beschäftigt.

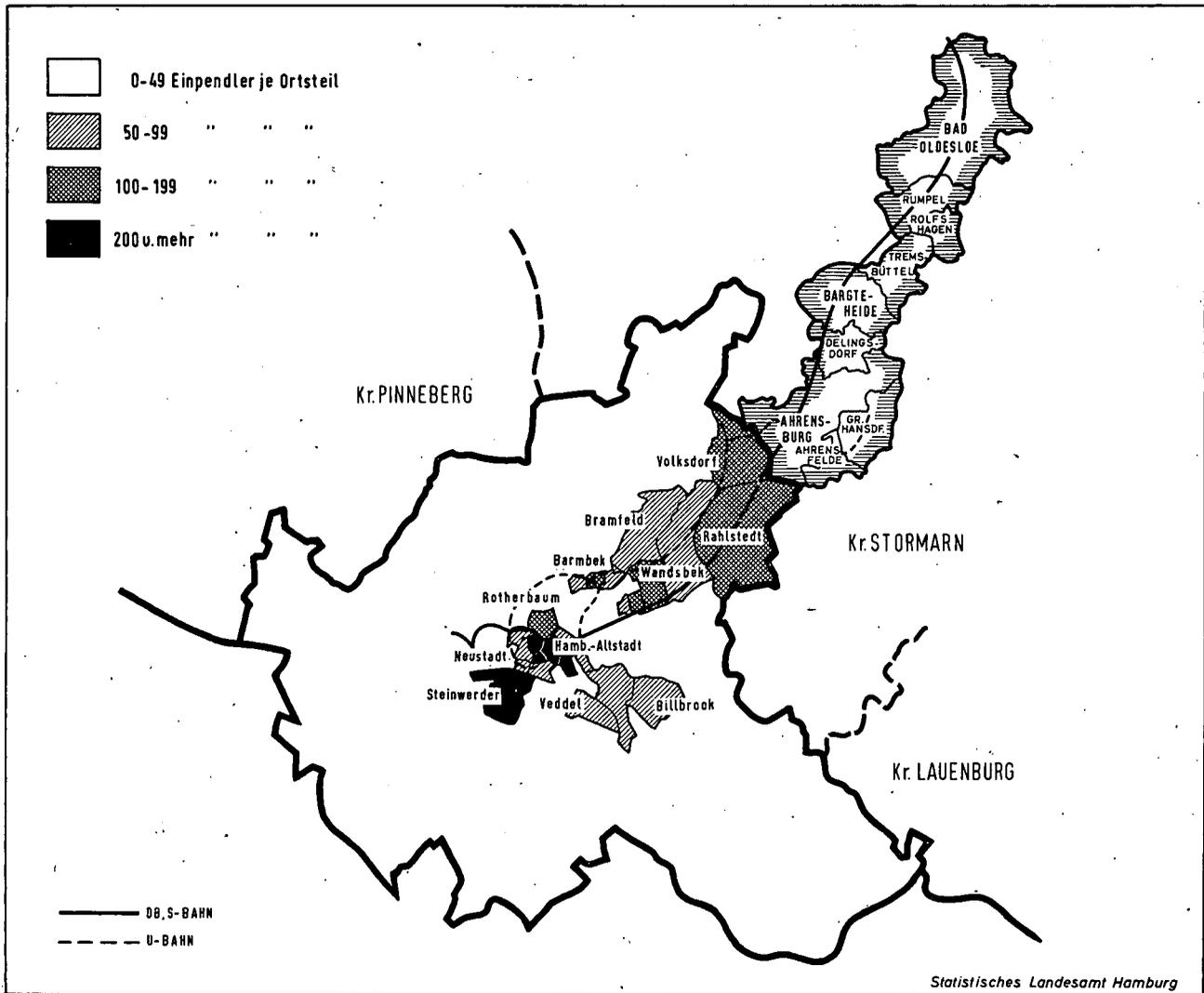
Dank der günstigen Verkehrsverbindungen benötigen die Pendler aus dem Einzugsgebiet Ahrensburg—Bad Oldesloe für die Fahrt zur Arbeitsstätte gewöhnlich nur ein Verkehrsmittel. Rund 4380 benutzen nur ein, 1391 zwei, während 291 drei und vier öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Dementsprechend ist auch die Zahl der individuellen Verkehrsteilnehmer gering. 425 Pendler kommen mit einem Pkw, 5 mit einem Lkw, 134 mit einem Krad, 103 mit einem Moped und 125 mit einem Fahrrad nach Hamburg. 257 Pendler benutzen vorwiegend ein Fahrrad als individuellen Zubringer.

Demnach kommen nur 11,5 vH der Pendler mit einem individuellen Verkehrsmittel nach Hamburg, während 3,7 vH neben individuellen auch öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Somit pendeln rd. 1050 oder 15,2 vH zum Teil neben öffentlichen mit individuellen Verkehrsmitteln. Der entsprechende Anteil der „individuellen“ Pendler lag im nördlichen Einzugsgebiet erheblich höher — nämlich bei 48,6 vH.

In welchem Ausmaß die einzelnen Verkehrsträger in und außerhalb Hamburgs von den Pendlern aus dem Einzugsgebiet Ahrensburg—Bad Oldesloe in Anspruch genommen werden, zeigt die nachstehende Übersicht.

Schaubild 10

Herkunfts- und Zielgebiete der Pendelwanderung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein
(Das Einzugsgebiet Ahrensburg-Bad Oldesloe)



Verkehrsmittel	Zahl der Beförderungsfälle
Bundesbahn	1 548
Hafenfähren	179
Omnibusse	332
S-Bahn	2 203
Sonstige Schifflinien	44
Straßenbahn	724
U-Bahn	3 017
Öffentliche Verkehrsmittel zusammen	8 047

den Einpendlern aus dem östlichen Einzugsgebiet besonders häufig benutzt:

1. Hamburg (ZOB) — Stapelfeld — Großensee — Lütjensee — Trittau,
2. Hamburg (ZOB) — Billstedt — Oststeinbek — Glinde — Witzhave — Trittau,
3. Basthorst — Hamfelde — Trittau — Lütjensee — Hoisdorf — Gr. Hansdorf — Ahrensburg und
4. Bergedorf — Lohbrügge — Reinbek — Schönningstedt — Ohe — Glinde.

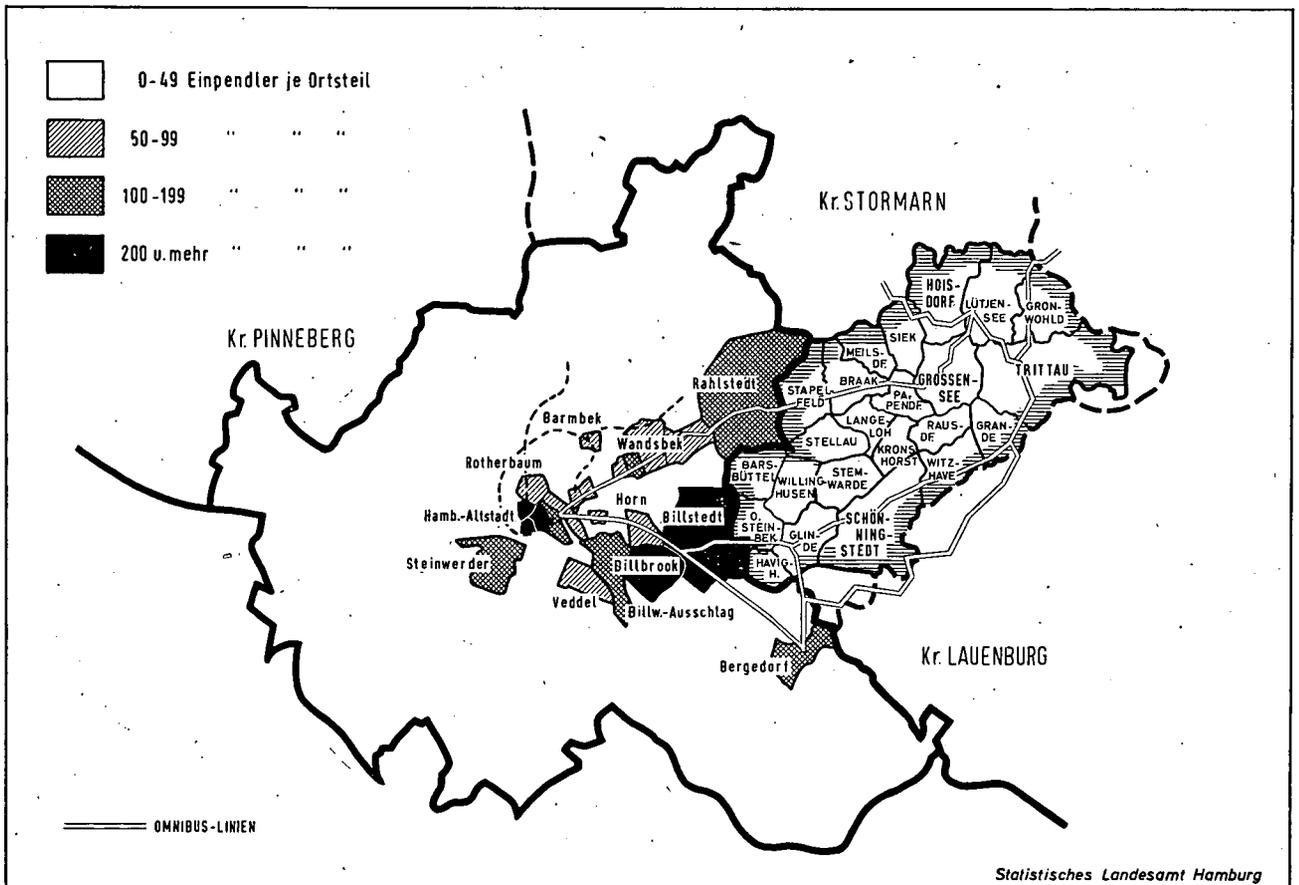
Dem Streckenverlauf dieser Omnibuslinien in Hamburg entsprechend, bewegt sich der Pendlerstrom — es sind insgesamt 6210 Pendler — entweder über Rahlstedt und Wandsbek oder über Billstedt und Billbrook auf die Hamburger Innenstadt zu. Ein großer Teil der Pendler steigt aber schon in Billstedt, Billbrook und Rahlstedt aus, denn rund ein Drittel ist in den östlich vorgelagerten Stadtteilen beschäftigt, während der Rest vorwiegend im Stadtzentrum arbeitet. Wie das Schaubild 11 zeigt, hat auch Bergedorf eine gewisse Bedeutung als Arbeitsplatz für die aus dem östlichen Einzugsgebiet kommenden Pendler.

E. Die Pendelwanderung zwischen Hamburg und dem östlichen Einzugsgebiet

23 Gemeinden des Kreises Stormarn — darunter Stapelfeld, Barsbüttel, Oststeinbek, Havighorst, Glinde, Schönningstedt, Großensee und Trittau — bilden das östliche Einzugsgebiet der Hamburger Pendelwanderung. Diese Gemeinden gehören zum Verkehrsgebiet der VHH-Omnibuslinien, die zum Teil von Bergedorf, zum Teil vom Zentral-Omnibusbahnhof (ZOB) am Hamburger Hauptbahnhof ausgehen. Folgende Omnibuslinien werden dabei von

Schaubild 11

**Herkunfts- und Zielgebiete der Pendelwanderung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein
(Das östliche Einzugsgebiet)**



Ähnlich wie im nördlichen Einzugsgebiet spielt auch hier wieder der individuelle Verkehr eine große Rolle, denn 1670 Pendler — das ist fast jeder Dritte¹⁾ — legen die Strecke zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ausschließlich in individuellen Verkehrsarten zurück.

Davon benutzen:

- 352 Pendler einen Pkw,
- 28 Pendler einen Lkw,
- 474 Pendler ein Krad,
- 414 Pendler ein Moped,
- 395 Pendler ein Fahrrad,
- 3 Pendler eine Taxe,

während nur 4 Pendler zu Fuß nach Hamburg kommen. Weitere 355 Pendler benutzen außer Pkw, Krad, Moped oder Fahrrad noch öffentliche Verkehrsmittel.

Der weitaus größte Teil — nämlich 4042 Pendler — nimmt jedoch öffentliche Verkehrsmittel in Anspruch. Allein 3197 Personen fahren mit den oben aufgeführten Omnibuslinien nach Hamburg.

Wie aus der nebenstehenden Übersicht hervorgeht, belasten die 3197 Pendler in insgesamt 5959 Fällen ein öffentliches Verkehrsmittel. Die große Zahl der Beförderungsfälle erklärt sich aus der Tatsache, daß die Pendler zum Teil mehrere Verkehrsmittel benutzen. Allerdings ist die Zahl derer, die ein-

¹⁾ 498 Pendler machten über die Art und Zahl der benutzten Verkehrsmittel keine Angaben.

zwei- und dreimal umsteigen müssen, mit 1952 vergleichsweise sehr gering.

Übersicht 11

Die von den Pendlern des östlichen Einzugsgebietes benutzten öffentlichen Verkehrsmittel

Verkehrsmittel	Zahl der Beförderungsfälle
Bundesbahn	16
Hafenfähren	121
O-Bus	1
Omnibus	3 197
S-Bahn	518
Sonstige Schiffslinien	11
Straßenbahn	1 173
U-Bahn	922
Öffentliche Verkehrsmittel zusammen	5 959

F. Der Pendlerstrom aus dem Einzugsgebiet Reinbek — Büchen

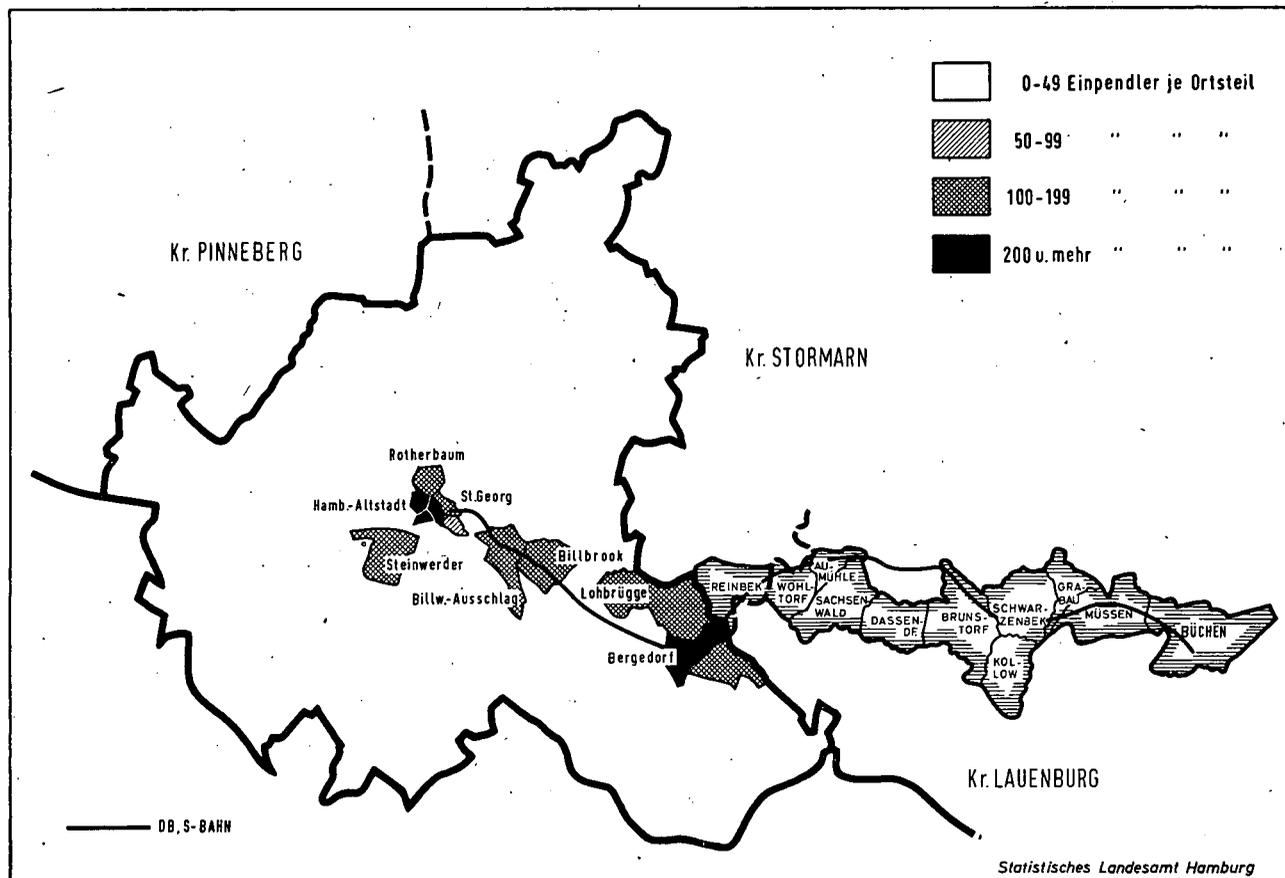
An das östliche Einzugsgebiet schließt sich in südlicher Richtung ein Verkehrsraum an, der von der Eisenbahnstrecke Hamburg-Hauptbahnhof — Bergedorf — Reinbek — Aumühle — Friedrichsruh — Schwarzenbek — Büchen verkehrsmäßig erschlossen wird. Zwischen Hamburg-Hauptbahnhof und Friedrichsruh verkehrt eine Vorortlinie der S-Bahn; dadurch ist der Zugverkehr auf der „Büchener Strecke“ bis Friedrichsruh besonders häufig.

Von diesem Verkehrsweg machen 3355 Pendler Gebrauch. Sie wohnen in den neun Gemeinden Reinbek, Wohldorf, Aumühle-Billenkamp, Dassen-
dorf, Brunstorf, Schwarzenbek, Kollow, Müssen
und Büchen, die zwischen Bergedorf und Büchen

eine schmale Verkehrszone in südlicher Richtung bilden. Insgesamt kommen aus diesem Gebiet 4196 Pendler nach Hamburg, darunter die meisten aus Reinbek (1776) und Schwarzenbek (702).

Schaubild 12

**Herkunfts- und Zielgebiete der Pendelwanderung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein
(Das Einzugsgebiet Reinbek-Büchen)**



Neben S-Bahn und Bundesbahn werden auch Omnibusse und individuelle Verkehrsmittel für die Fahrt nach Hamburg benutzt. Allerdings ist die Zahl der individuellen Verkehrsteilnehmer sehr gering. Nur 622 Pendler benutzen für die Pendelwanderung ein eigenes Fahrzeug, darunter 100, die den ersten Teil der Pendelstrecke mit einem individuellen und den restlichen Weg mit einem öffentlichen Verkehrsmittel zurücklegen. Erstaunlich hoch ist der Anteil der Pkw-Benutzer an den individuellen Verkehrsteilnehmern. Während erfahrungsgemäß die Radfahrer die größte Gruppe bilden, liegt hier die Zahl der Pkw-Benutzer mit 300 doppelt so hoch wie die der Radfahrer.

Nur wenige Pendler — nämlich 842 — benutzen nach S-Bahn, Bundesbahn oder Omnibus noch ein weiteres Verkehrsmittel. So werden von den Hamburger Nahverkehrsmitteln

- die U-Bahn in 273 Fällen,
- die Straßenbahn in 210 Fällen,
- und die Hafenfahrzeuge nur in 110 Fällen als

zweites, drittes oder gar viertes Verkehrsmittel in Anspruch genommen. Wie sehr die Wahl des Arbeitsortes auch von der Lage des Wohnortes und

den Verkehrsverbindungen beeinflusst wird, zeigt das Schaubild 12. Demnach weisen die Ortsteile die höchsten Pendlerzahlen auf, die in kurzen Fußwegen von den S-Bahnstationen der Strecke Friedrichsruh — Hamburg-Hauptbahnhof zu erreichen sind.

G. Die Pendler aus Wentorf, Börnsen, Escheburg und Geesthacht

Die meisten Pendler, die in den Stadtteilen Bergedorf und Lohbrügge beschäftigt werden, kommen aus dem südöstlichsten Teil der schleswig-holsteinischen Umgebung. Bergedorf ist ein vergleichsweise kleines Ballungsgebiet an der Peripherie Hamburgs, das seine Arbeitskräfte vorwiegend aus den umliegenden Wohngebieten in Hamburg und außerhalb Hamburgs bezieht. Rund 1200 der in den Stadtteilen Bergedorf und Lohbrügge Beschäftigten wohnen in den vier Gemeinden Wentorf, Börnsen, Escheburg und Geesthacht, die das letzte zu untersuchende Einzugsgebiet bilden.

Insgesamt kommen aus dieser Richtung 3 628 Pendler nach Hamburg, von denen, wie schon erwähnt, die Mehrzahl in Bergedorf und in den inner-

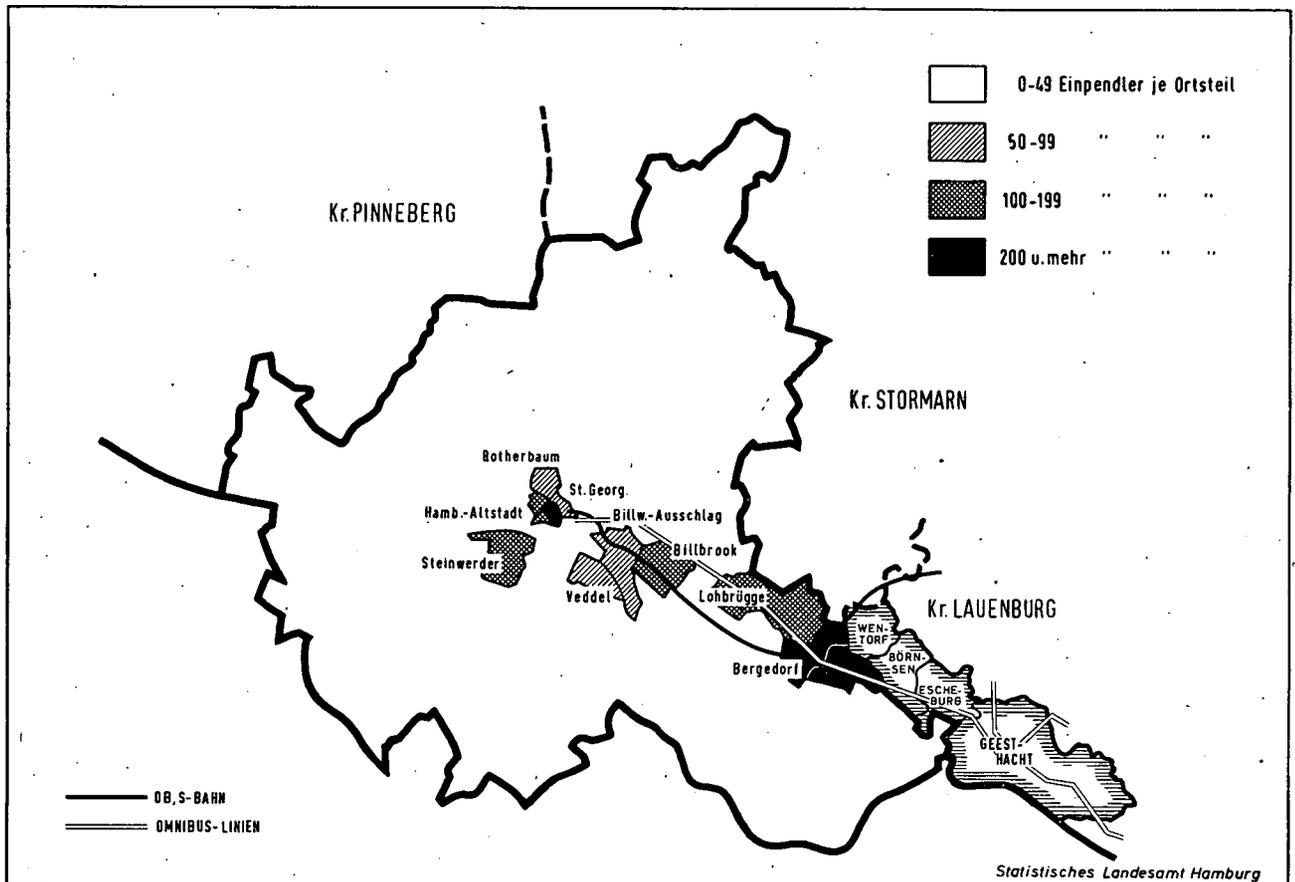
städtischen Ballungsgebieten beschäftigt ist. Ein Schienenweg von Hamburg nach Geesthacht besteht seit 1953 nicht mehr. Auf dieser Strecke verkehren heute Omnibusse der VHH, deren Ausgangspunkt der Zentralomnibusbahnhof oder Bergedorf ist.

Abgesehen von den 624 Pendlern, die sich eines individuellen Verkehrsmittels bedienen oder die so

nah an der Hamburger Grenze wohnen, daß sie zu Fuß die Bergedorf berührenden Hamburger Nahverkehrsmittel erreichen können, benutzen alle Pendler den Omnibus. 942 Pendler — das ist etwa der vierte Teil — steigen in Hamburg auf ein zweites Verkehrsmittel um. Darüber hinaus benutzen 161 ein drittes, 18 ein viertes und 2 Pendler sogar ein fünftes Verkehrsmittel.

Schaubild 13

**Herkunfts- und Zielgebiete der Pendelwanderung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein
(Das Einzugsgebiet Geesthacht)**



Wie sich die Beförderungsfälle auf die Hamburger Nahverkehrsmittel verteilen, zeigt die nebenstehende Übersicht. Von den 952 Pendlern, die außer Omnibus oder einem individuellen Verkehrsmittel noch mindestens ein weiteres Verkehrsmittel benutzen, fahren:

- 61 Pendler mit der Hafenfähre,
- 1 090 Pendler mit der S-Bahn,
- 6 Pendler mit sonstigen Schiffslinien,
- 198 Pendler mit der Straßenbahn
- und 224 Pendler mit der U-Bahn.

VI. Das Verkehrsaufkommen der Pendelwanderung

Fassen wir noch einmal die Ergebnisse des letzten Abschnittes über die Fahrgewohnheiten der Pendler zusammen. Schon aus der Lage des Wohnortes kann man in den meisten Fällen ersehen, auf welchen Verkehrsstrecken die Pendler nach Hamburg kommen. Obgleich eine große Zahl von Verkehrslinien Hamburg mit seiner näheren und weiteren Umgebung verbindet und die Pendler oft zwischen mehreren Verkehrsverbindungen die günstigste wählen können, verdichtet sich der Berufsverkehr doch auf den Strecken, die von Hamburg weit in die umliegenden Kreise als **Vorortlinien** mit besonders häufiger Zug- und Wagenfolge ausgebaut

wurden. So bilden die sieben Hauptverkehrsstrecken nach Wedel, Elmshorn, Neumünster, Bad Oldesloe, Trittau, Büchen und Geesthacht das „Gerüst“ der Pendelwanderung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Die großen Pendlergemeinden liegen in unmittelbarer Nähe dieser Verkehrsweg und bilden jene Verkehrsräume, die in den vorangegangenen Ausführungen als geschlossene Einzugsgebiete behandelt wurden.

Nicht immer sind die Verkehrsverbindungen so günstig, daß die Pendler allein mit einem Verkehrsmittel die Arbeitsstätte in Hamburg erreichen können. Die Zahl der benutzten Verkehrsmittel-

kombinationen ist sogar verhältnismäßig groß; denn in vielen Fällen steigen die Pendler schon außerhalb Hamburgs von einer Zubringerlinie auf die S-Bahn oder Bundesbahn um. Hierzu kommt, daß die Arbeitsstätten nicht immer in einem kurzen Fußweg von der Endhaltestelle der Vorortlinie zu erreichen sind, so daß auch in Hamburg noch weitere Verkehrsmittel benutzt werden.

Von den 46 158 Pendlern, die bei der Verkehrszählung 1956 in Schleswig-Holstein Angaben über die Zahl und Art der benutzten Verkehrsmittel machten, benötigten:

30 022 oder 65,0 vH ein Verkehrsmittel,
 12 836 oder 27,9 vH zwei Verkehrsmittel,
 2 970 oder 6,4 vH drei Verkehrsmittel,
 323 oder 0,7 vH vier Verkehrsmittel
 und 7 oder 0,0 vH fünf Verkehrsmittel.

Demnach benutzten 16 136 Pendler oder 35,0 vH mindestens zwei Verkehrsmittel.

Allerdings enthalten diese Zahlen auch die individuellen Verkehrsteilnehmer — insofern erscheint vor allem die Gruppe der Pendler, die nur ein Verkehrsmittel benötigen, überhöht, da man in erster Linie an die benutzten öffentlichen Verkehrsmittel denkt.

9 281 Pendler — das sind rund 20 vH — legen den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ausschließlich in einer individuellen Verkehrsart zurück. Diese Gruppe der individuellen Verkehrsteilnehmer setzt sich aus den Kraftwagenbenutzern, den Krad-, Moped- und Radfahrern, sowie aus den Fußgängern und Taxibenutzern zusammen.

Übersicht 12

Die individuellen Verkehrsarten der Pendler

Individuelle Verkehrsarten	Überhaupt	In vH der Pendler ¹⁾	In vH der Pendler, die ausschließlich ein individuelles Verkehrsmittel benutzen
Pkw	2 430	5,3	26,2
Lkw	126	0,3	1,4
Krad	2 258	4,9	24,3
Moped	1 647	3,5	17,7
Fahrrad	2 726	5,9	29,4
Taxe	5	0,0	0,0
zu Fuß	89	0,2	1,0
Zusammen . .	9 281	20,1	100

¹⁾ 46 158 = 100

Erwartungsgemäß ist die Zahl der Radfahrer und Fußgänger verhältnismäßig gering, denn es ist ohnehin kaum vorstellbar, daß die Pendler einen Weg von durchschnittlich 20 bis 30 km täglich zweimal mit dem Fahrrad oder gar zu Fuß zurücklegen. Die vorstehende Übersicht zeigt, daß mehr als zwei Drittel der „Individualisten“ motorisiert sind.

Rechnet man jedoch noch die Pendler hinzu, die ein individuelles Verkehrsmittel nur für den Weg von der Wohnung zur nächsten oder verkehrsgünstigsten Eisenbahnstation benutzen, so erhöht sich die Zahl der Radfahrer um 2 654 und die Zahl der motorisierten Pendler um 1 507.

Übersicht 13

Die von den Pendlern benutzten individuellen Zubringerfahrzeuge

Verkehrsmittel	Überhaupt	In vH der Pendler ¹⁾	In vH der Benutzer vorstehender Verkehrsmittel
Pkw	307	0,7	11,2
Lkw	34	0,0	21,2
Krad	499	1,1	18,0
Moped	667	1,4	28,8
Fahrrad	2 654	5,8	49,3
Zusammen . .	4 161	9,0	31,2

¹⁾ 46 158 = 100

Der individuelle Zubringerverkehr, d. h. die Kombination von individuellen und öffentlichen Verkehrsmitteln, stellt eine besondere Art des Berufsverkehrs dar. Man muß sich dazu vorstellen, daß ein Teil der Pendler in ausgesprochenen verkehrsarmen Teilen der Umgebung wohnt. Die nächste Eisenbahnstation liegt dann oft mehrere Kilometer von der Wohnung entfernt. In diesen Fällen benutzen die Pendler Fahrräder, Mopeds, Kräder, ja sogar Kraftwagen, um die zeitraubenden Fußwege zwischen Wohnung und Bahnstation zu vermeiden. Bis zu ihrer Rückkehr stellen sie die Fahrzeuge — so weit es sich um eigene handelt — am Bahnhof ab und treten dann erst die eigentliche Fahrt nach Hamburg an.

Es können auch andere Überlegungen sein, die die Pendler veranlassen, individuelle Verkehrsmittel mit öffentlichen zu kombinieren, denn eine genaue Untersuchung des individuellen Zubringerverkehrs ergab, daß die Pendler in manchen Fällen statt eines Fahrrades ebenso gut einen Omnibus als „Zubringer“ hätten benutzen können. Hier dürfte wohl die Kostenfrage des zweifachen Fahrpreises ausschlaggebend gewesen sein.

Mitunter legen die Pendler mit ihren Fahrzeugen auch größere Strecken zurück; sie fahren sogar bis nach Hamburg und steigen dort erst auf die U-Bahn, S-Bahn oder Straßenbahn um. Von einem praktizierten „park-and-ride-system“ kann jedoch hier nicht die Rede sein.

Welche Fahrzeuge werden als Zubringer benutzt? Es sind vor allem Fahrräder, aber auch leichte Kraftfahrzeuge wie Mopeds und Motorräder. Die Fälle, in denen Kraftwagen mit öffentlichen Verkehrsmitteln kombiniert werden, stellen Ausnahmen dar, die an anderer Stelle schon kommentiert wurden.

Gruppiert man die Verkehrsteilnehmer nach den Kriterien individuelle, kombinierte und öffentliche Verkehrsarten, so zeigt sich deutlich, in welchen Relationen die einzelnen Gruppen zueinander stehen:

- 9 281 Pendler oder 20,1 vH benutzen ausschließlich individuelle Verkehrsmittel,
- 4 716 Pendler oder 9,0 vH benutzen neben einem individuellen mindestens ein öffentliches Verkehrsmittel,
- 32 716 Pendler oder 70,9 vH benutzen ausschließlich öffentliche Verkehrsmittel,

davon benötigen 20 741 Pendler oder 44,9 vH ein öffentliches Verkehrsmittel und 11 975 Pendler oder 26,0 vH zwei, drei, vier und fünf öffentliche Verkehrsmittel.

Demnach pendeln 32 716 Berufstätige, die ihren Wohnsitz in Schleswig-Holstein haben, mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Rechnet man noch die Pendler hinzu, die neben Fahrrad, Moped oder Krad auch S-Bahn, U-Bahn usw. benutzen, so erhöht sich die Zahl der Personen, die von den öffentlichen Verkehrsmitteln täglich nach Hamburg und zurück befördert werden, auf 37 532. Das bedeutet, daß etwa 80 vH des in Schleswig-Holstein aufkommenden Berufsverkehrs auf die öffentlichen Verkehrsträger entfällt.

Untersuchen wir nun die Belastung der öffentlichen Verkehrsmittel durch die Pendelwanderung. In der Übersicht 14 sind alle Verkehrsmittel der Vorortlinien und des Hamburger Nahverkehrsnetzes aufgeführt, die von den Pendlern aus Schleswig-Holstein auf der Reise nach Hamburg in Anspruch genommen werden. Aus der ersten Spalte ist die Zahl der Beförderungsfälle zu entnehmen.

Übersicht 14

Die Belastung der öffentlichen Verkehrsmittel durch die Pendelwanderung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein

Verkehrsmittel	Beförderungsfälle	In vH der Pendler, die öffentliche Verkehrsmittel benutzen ¹⁾	In vH aller Beförderungsfälle
Verkehrsmittel, die nur oder vorwiegend in der schleswig-holsteinischen Umgebung verkehren	6 711	14,5	12,8
davon			
Alsternordbahn	860	2,0	1,6
A K N	1 192	2,6	2,3
Bundesbahn (ohne S-Bahn)	3 780	8,3	7,2
E B O E	318	0,6	0,6
Uetersener Eisenbahn	561	1,4	1,1
Verkehrsmittel, die sowohl in Hamburg als auch in Schleswig - Holstein verkehren	27 277	59,1	52,0
davon			
Omnibus	9 649	20,9	18,4
S-Bahn	17 628	38,2	33,6
Verkehrsmittel, die nur oder vorwiegend in Hamburg verkehren	18 501	40,0	35,2
davon			
Alsterschiff	3	0,0	0,0
Hafenfähren	1 668	3,6	3,2
O-Bus	8	0,0	0,0
Sonstige Schiffslinien	213	0,5	0,4
Straßenbahn	7 131	15,4	13,6
U-Bahn	9 478	20,5	18,0
Zusammen	52 489	—	100

¹⁾ 37 432 = 100

Die Beförderungsfälle sind mit den Fahrten der Pendler gleichzusetzen. Da die Pendler vielfach mehrere Verkehrsmittel benutzen, wobei jede Fahrt

auf einem Verkehrsmittel als ein Beförderungsfall zählt, liegt die Zahl der Beförderungsfälle naturgemäß höher als die Zahl der Pendler, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Hamburg kommen. Ein Pendler, der z. B. die S-Bahn und die U-Bahn benutzt, legt damit zwei Fahrten zurück und erscheint so in zwei Beförderungsfällen.

6 711 Beförderungsfälle oder 12,8 vH entfallen auf die Verkehrsmittel, die nur oder vorwiegend in der schleswig-holsteinischen Umgebung verkehren. Dazu gehören:

1. die in Ochsenzoll endende Alsternordbahn,
 2. die zwischen Neumünster und dem Kaltenkirchner Bahnhof verkehrende A K N,
 3. die Bundesbahn (ohne S-Bahn),
 4. die E B O E, deren Strecke von Elmshorn nach Bad Oldesloe verläuft
- und 5. die Uetersener Eisenbahn: eine Abzweigung der S-Bahnstrecke Hamburg - Altona - Elmshorn.

Von diesen Verkehrsmitteln machen 14,5 vH der Pendler Gebrauch, wobei die Bundesbahn schon wegen des längeren Streckennetzes am häufigsten benutzt wird.

Eine weit größere Bedeutung haben die Verkehrsmittel, die sowohl in der schleswig-holsteinischen Umgebung als auch im Hamburger Stadtgebiet verkehren. Fast 60 vH der Pendler benutzen die S-Bahn oder einen Omnibus. Allein mit der S-Bahn fahren — z. T. neben anderen Verkehrsmitteln — täglich 17 628 Berufstätige nach Hamburg. Das ist rund ein Drittel der gesamten Beförderungsfälle.

Sehr häufig ist die Kombination Omnibus — S-Bahn, da die Omnibusse vielfach wichtige Zubringerlinien für die vorhandenen Bahnverbindungen — besonders für die Vorortstrecken — bilden.

18 501 Beförderungsfälle — das ist etwas mehr als ein Drittel der Beförderungsfälle überhaupt — entfallen auf das Hamburger Verkehrsnetz¹⁾. Rund 40 vH der Pendler benutzen — in den meisten Fällen neben Zubringerlinien, S-Bahn, A K N, Alsternordbahn und Omnibussen — die **Verkehrsmittel der HHA**, die **Hafenfähren** sowie verschiedene Schiffslinien.

Schließlich seien noch die „Ohne-Angabe-Fälle“ erwähnt. Von den 50 533 bei der Verkehrszählung 1956 in Schleswig-Holstein erfaßten Personen ließen 4 375 oder 8,7 vH die Fragen nach der Zahl und der Art der benutzten Verkehrsmittel unbeantwortet. Es läßt vieles darauf schließen, daß es sich hierbei um Bauarbeiter, Handelsvertreter und Angestellte des Verkehrswesens handelt, die **keinen festen Arbeitsplatz** haben.

Obwohl der Einpendlerverkehr zahlenmäßig nicht mit dem eigentlichen Hamburger Berufsverkehr zu vergleichen ist, wirkt sich der Pendlerstrom von auswärts doch zum Teil als spürbare Mehrbelastung bei den Hamburger Verkehrsträgern aus. Die S-Bahn ist dabei am stärksten betroffen, da ihr Streckennetz weit über die Hamburger Grenzen hinausreicht. Zu den rund 120 000 Hamburgern, die täglich mit der S-Bahn zur Arbeit fahren,

¹⁾ ohne S-Bahn

kommen noch 17 600 Personen, die außerhalb Hamburgs wohnen und ebenfalls die S-Bahn für den Weg zur Arbeitsstätte benutzen. Auch bei den U-Bahnbenutzern liegt der Anteil der Auswärtigen mit rund 7 vH noch verhältnismäßig hoch. Auf den übrigen Verkehrsmitteln schwilt der Berufsverkehr durch die Einpendler nur unbedeutend an (Straßenbahn: rund 3,5 vH, Hafenfähren: rund 5,5 vH).

Vergleicht man die Fahrgewohnheiten der Pendler, die von außerhalb nach Hamburg kommen, mit denen der „Binnenpendler“, so zeigt sich, daß die auswärts wohnenden Berufstätigen weitaus beschwerlichere Anmarschwege haben als ihre Hamburger Kollegen. Durchschnittlich benötigen die Hamburger 30 bis 40 Minuten, um von der Wohnung die Arbeitsstätte zu erreichen — die Pendler aus Schleswig-Holstein brauchen für den gleichen Weg rund 30 Minuten mehr.

Viele Hamburger wohnen so nah am Arbeitsort, daß sie — wenigstens bei schönem Wetter — zu Fuß gehen. Immerhin macht die Gruppe der Fußgänger fast 20 vH aus. Dagegen stellen die Fußgänger bei den Einpendlern Ausnahmen dar. Rund 24,6 vH der Hamburger benutzen ein Fahrrad oder ein Kraftfahrzeug — bei den Einpendlern liegt der entsprechende Anteil der individuellen Verkehrsteilnehmer annähernd gleich hoch, nämlich bei 20,1 vH.

Andererseits überwiegt bei den Einpendlern der individuelle Zubringerverkehr. Während nur 0,7 vH der Binnenpendler eine Kombination von individuellen und öffentlichen Verkehrsmitteln vornehmen, machen 9,0 vH der Einpendler neben individuellen auch von öffentlichen Verkehrsmitteln Gebrauch. Demnach liegt der Anteil der Benutzer von öffentlichen Verkehrsmitteln bei den Einpendlern mit 79,9 vH erheblich höher als bei den Hamburgern, wo er nur 55,6 vH beträgt. Die Einpendler legen dabei nicht nur die längeren Fahrstrecken zurück; sie müssen auch viel häufiger das Verkehrsmittel wechseln. Während nur 12,5 vH der Hamburger mehrere öffentliche Verkehrsmittel benutzen, benötigen die Einpendler für den Weg zur Arbeitsstätte nach Hamburg zu 26,0 vH zwei, drei, vier und sogar fünf Verkehrsmittel.

Die Verkehrszählung 1956 war eine Stichtags-erhebung: so enthalten gerade die Angaben über den individuellen Verkehr gewisse Zufälligkeiten, die mit der Wahl des Stichtages — es war der 25. September 1956 — eng zusammenhängen. Die Fahrgewohnheiten der Kraftfahrzeugbenutzer, vor allem der Moped- und Motorradfahrer, sind im Winter häufig von denen der Sommermonate und im Herbst verschieden. Im weitaus stärkeren Maße gilt dies für die Radfahrer. Bei schlechtem Wetter wechselt ein erheblicher Teil zu den öffentlichen Verkehrsmitteln hinüber. Unter den Fußgängern entscheiden sich bei Regen oder im Winter selbst diejenigen für eine Fahrt mit der S-Bahn, Straßenbahn oder U-Bahn, die in kürzeren Fußwegen ihre Arbeitsstätte erreichen können. So führt das recht launische Hamburger Wetter mitunter zu erheblichen Schwankungen im Verkehrsaufkommen.

¹⁾ Entnommen einer Veröffentlichung des Statistischen Amtes Frankfurt am Main: „Die Einpendler in Frankfurt am Main“, Sonderheft 9 der „Statistischen Monatsberichte“, 19. Jahrgang 1957.

Wenn man auch in Rechnung stellen kann, daß ein Teil der „Individualisten“ wegen des guten Wetters am 25. September 1956 nur zufällig an diesem Tage zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Arbeit gelangten, so ist doch diese Gruppe bei den Einpendlern sehr klein. Die wetter- und jahreszeitlich bedingten Verschiebungen zwischen dem individuellen und öffentlichen Verkehr sind eigentlich nur da von Bedeutung, wo die Berufstätigen ohne großen Zeitverlust auch zu Fuß oder mit dem Fahrrad die Arbeitsstätte erreichen können. Anders bei den Einpendlern, die im allgemeinen viel längere Anmarschwege haben und die weitaus weniger von den individuellen Verkehrsarten Gebrauch machen; denn es zeigt sich, daß selbst bei dem noch warmen Herbstwetter im September 1956 der überwiegende Teil öffentliche Verkehrsmittel benutzte. Auch die jahreszeitlichen Schwankungen bewegen sich hier nur in engen Grenzen.

Weit bedeutsamer sind die Schwankungen, die sich aus dem jahreszeitlichen Rhythmus auf dem Hamburger Arbeitsmarkt ergeben. Der September ist der Zeitpunkt der höchsten Beschäftigung; insofern stellen die Zahlen der Einpendler aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen das jährliche Maximum des Pendlerstromes nach Hamburg dar. Auf Grund der Gliederung der auswärts wohnenden Berufstätigen nach Wirtschaftszweigen darf man annehmen, daß sich bei den Pendlerzahlen im Laufe eines Jahres Saisonschwankungen von etwa 10 bis 15 vH ergeben. Hierfür spricht der verhältnismäßig hohe Anteil der im witterungsabhängigen Baugewerbe beschäftigten Arbeitnehmer.

Hamburg zählte im Jahre 1956 77 164 Einpendler. Steht damit die Hansestadt im Hinblick auf die Pendlerzahlen an der Spitze der Großstädte in der Bundesrepublik? Durchaus nicht, denn sowohl Frankfurt a. M. als auch München beschäftigten mit 96 088 und 85 840 im Jahre 1956 erheblich mehr Einpendler als Hamburg.

Allerdings ist ein solcher Vergleich sehr problematisch. „Wenn man von der Größe der genannten Städte — an ihrer Einwohnerzahl gemessen — absieht, so verbleibt u. a. als wichtiger vergleichsstörender Faktor die höchst unterschiedliche Gemarkungsfläche. Je weiter die Verwaltungsgrenzen einer Stadt über das engere Stadtgebiet hinausgehen und je mehr Vororte sie umschließen, um so geringer wird im allgemeinen die Zahl der Einpendler nach der hier gebrauchten üblichen Definition, die als Kriterium u. a. das Überschreiten der politischen Grenze einer Gemeinde enthält. Dieser administrative Faktor, d. h. die Tatsache, ob die politischen Grenzen einer Stadt näher zu ihrem wirtschaftlichen Zentrum liegen oder weiter davon entfernt sind, muß die Höhe der Einpendlerzahlen zwangsläufig beeinflussen¹⁾.“ Dies gilt im besonderen Maße für Hamburg, dessen Landesgrenzen ein Gebiet von fast 750 qkm umschließen.

Um so mehr gewinnt die Tatsache an Bedeutung, daß sich der Einpendlerstrom bis zum September 1957 auf fast 83 000 Berufstätige erhöht hat.

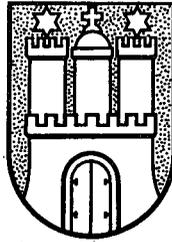
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 12. Juni 1958

Jahrgang 1958 — Heft Nr. 10



Die Wohngebiete der Hamburger Berufstätigen und die Schwerpunkte der Erwerbstätigkeit

(Verkehrszählung 1956)

I N H A L T

Vorbemerkung

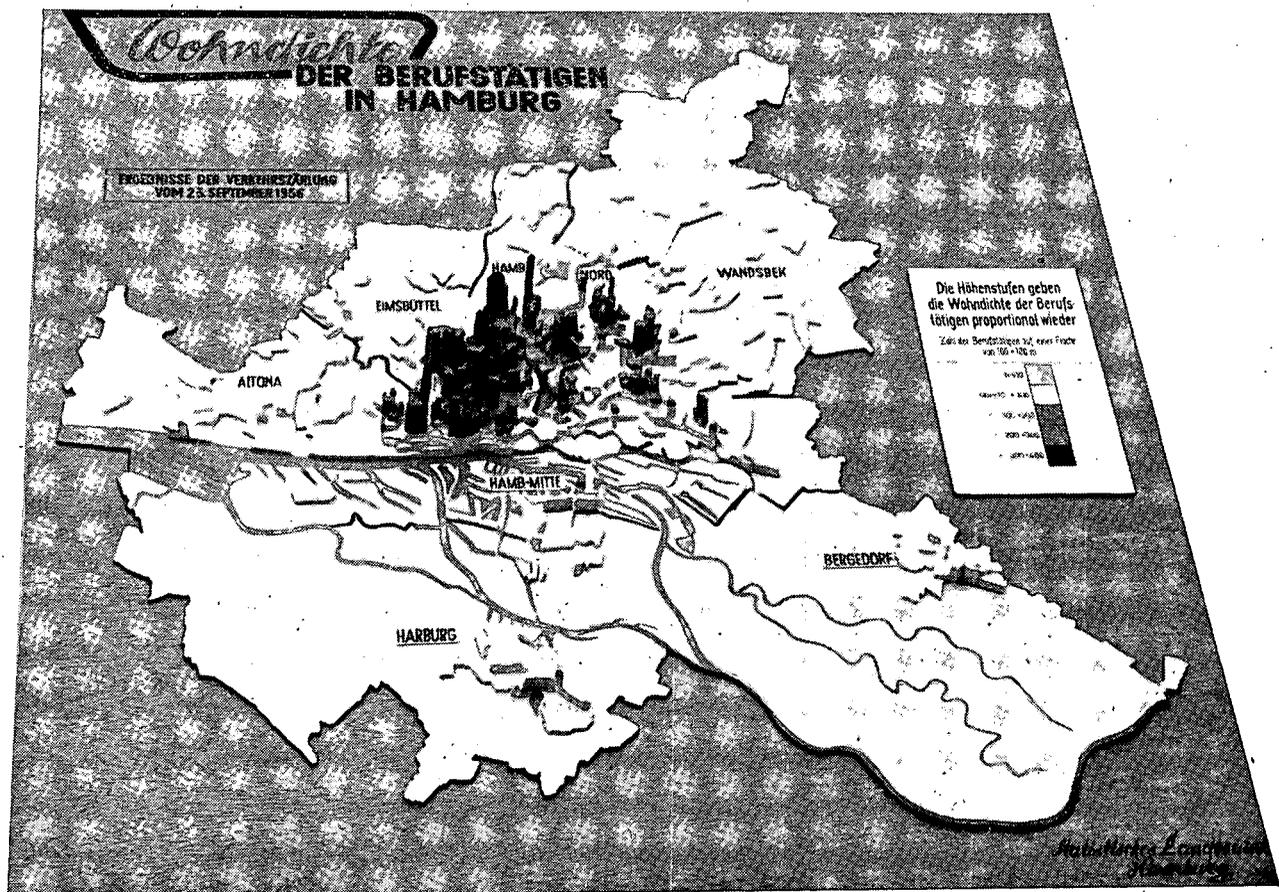
A. Bedeutende Wohngebiete in Hamburg

1. Bevölkerungsverschiebungen durch die Kriegereignisse, ein Vergleich zwischen 1939 und 1950 und die Entwicklung bis 1956
2. Die Siedlungsstruktur Hamburgs 1956

B. Schwerpunkte der Erwerbstätigkeit in Hamburg

1. Kriegsbedingte Verschiebungen der Arbeitsplatzschwerpunkte, ein Vergleich zwischen 1939 und 1950 sowie die Entwicklung bis 1956
2. Wo lagen die Schwerpunkte der Beschäftigung 1956?

C. Zusammenfassung



Vorbemerkung

Diese Arbeit schließt sich an die Ausführungen in Heft Nr. 8/58 an. Die Fragestellung lautet jetzt: **Wo wohnen und arbeiten die rd. 830 000 berufstätigen Hamburger?** Eine solche Untersuchung muß der Analyse der innerstädtischen Pendlerströme vorausgehen, da die Lage der Wohngebiete zu den Arbeitszentren über Richtung und Ausmaß des Berufsverkehrs entscheidet.

Daß die Schwierigkeiten des Berufsverkehrs durch Zusammenballung zahlreicher Arbeitsplätze auf engstem Raume entstehen und daß die Probleme des Berufsverkehrs von den „Ballungsgebieten“ her gesehen werden müssen, zeigt die nachstehende Übersicht:

Berufstätige in den Ballungsgebieten

Ballungsgebiete	Anteil an den Berufstätigen überhaupt in vH	Anteil an der Gesamtfläche Hamburgs in vH
Innenstadt	24,3	0,593
Hafen	8,4	3,427
Altona	3,1	0,243
Bahrenfeld	2,4	0,339
Harburg	4,0	0,807
Ballungsgebiete zusammen	42,2	5,409

Die wichtigsten Ballungsgebiete zusammen, die Innenstadt, der Hafen, die Schwerpunkte in Altona, Bahrenfeld und in Harburg, nehmen nur 5,4 vH der Fläche des hamburgischen Staates ein — die Wasserflächen abgerechnet. Ohne den verhältnismäßig weiträumigen Hafen würden gar nur rd. 2 vH des Gebietes übrigbleiben. Der Anteil der in diesen Zentren berufstätigen Hamburger steht in keinem Verhältnis zur Ausdehnung dieser Gebiete. **42 vH aller Erwerbstätigen arbeiten in den genannten Schwerpunkten der Beschäftigung, im folgenden kurz Ballungsgebiete genannt.** Greifen wir das zentrale Ballungsgebiet Innenstadt allein heraus, so klaffen der Anteil der Berufstätigen und der Flächenanteil noch weiter auseinander, sie stehen im Verhältnis 24,3:0,6; **das Gewicht der Innenstadt als Beschäftigungsschwerpunkt ist also rund vierzigmal größer als ihr Anteil an der Fläche des hamburgischen Staatsgebietes.**

Obwohl heute die Trennung von Wohn- und Arbeitsstätte die Regel ist, gibt es wohl kein Wohngebiet, in dem überhaupt keine Erwerbstätigkeit stattfindet und kaum ein Beschäftigungsgebiet, in dem nicht auch gleichzeitig Wohnungen liegen. Man verwendet häufig die Beziehungszahl

im Ortsteil wohnende Berufstätige
im Ortsteil beschäftigte Berufstätige,

um die Mischung von Wohn- und Arbeitsstätten und das Überwiegen des einen oder anderen auszudrücken. Es ist hier nicht der Ort, um auf die Vorteile und vor allem auf die Schwächen einer solchen Beziehungszahl einzugehen, wir wollen sie nur in Einzelfällen verwenden. Sie leistet immer dann gute Dienste, wenn gezeigt werden soll, wie weit

ein typisches Ballungsgebiet der Beschäftigung mit Wohnungen durchsetzt ist oder umgekehrt. Um die Wohngebiete von den Zentren der Erwerbstätigkeit abzugrenzen, wollen wir von zwei anderen Maßstäben ausgehen:

1. im Ortsteil wohnende Berufstätige

Fläche des Ortsteils in ha

und 2. im Ortsteil beschäftigte Berufstätige

Fläche des Ortsteils in ha

Mit ihrer Hilfe wollen wir die Untersuchungseinheiten für die Pendelwanderung der Berufstätigen abgrenzen, die großen Wohngebiete und Quellen des Berufsverkehrs am Morgen und im zweiten Abschnitt die Beschäftigungsschwerpunkte als Ziel zahlreicher Arbeitswege.

Erwerbstätigkeit und Sozialstruktur in Hamburg 1956

Ein kurzer Überblick über die Erwerbstätigkeit und Sozialstruktur aus den Ergebnissen der Verkehrszählung soll uns den Zugang zu unserem Thema erleichtern. Am Stichtag der Erhebung waren etwa 830 000 Hamburger erwerbstätig. Grob geschätzt sind das fast 25 vH mehr als 1950. Gemeint sind hier nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch Selbständige und mithelfende Familienangehörige. **Rechnet man 83 000 Berufstätige hinzu, die täglich aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen nach Hamburg strömen, so bot die Wirtschaft der Freien und Hansestadt im Herbst 1956 mehr als 900 000 Menschen Arbeit und Brot.** Die genannten Zahlen sind Aussagen auf Grund der Verkehrszählung 1956 aber auch der Arbeitsmarktstatistik; denn nicht alle berufstätigen Hamburger — aber immerhin 780 000 — haben Eintragungen in den Erhebungsbogen der Verkehrszählung gemacht. Von ihnen waren:

Soziale Stellung	Berufstätige überhaupt	
	Zahl	in vH
Selbständige	88 541	11,3
Mithelfende Familienangehörige	24 201	3,1
Beamte	48 492	6,2
Angestellte	255 259	32,8
Kfm., techn., Verwaltungslehrlinge	23 891	3,1
Facharbeiter	156 111	20,0
Angelernte Arbeiter	63 409	8,1
Ungelernte Arbeiter	87 519	11,2
Gewerbliche Lehrlinge	27 253	3,5
Ohne Angabe der sozialen Stellung	5 628	0,7
Insgesamt	780 304	100

In den einzelnen Bezirken wohnen je nach Fläche und Siedlungsdichte unterschiedlich viele Berufstätige, am wenigsten im Bezirk Bergedorf, am meisten im Bezirk Hamburg-Nord. Im einzelnen waren es:

Bezirk der Wohnung	Berufstätige überhaupt	
	Zahl	in vH
Hamburg-Mitte	125 724	16,1
Altona	118 840	15,2
Eimsbüttel	121 791	15,6
Hamburg-Nord	188 674	24,3
Wandsbek	108 754	13,9
Bergedorf	34 683	4,4
Harburg	81 838	10,5
Hamburg insgesamt	780 304	100
darunter auf dem Wohnungsgrundstück beschäftigt	91 567	11,7

Die auf dem Wohngrundstück Beschäftigten gehören zumeist den freien Berufen an; vielfach sind sie Kleingewerbetreibende und Hausmeister, bei denen Wohnung und Arbeitsstätte auf dem gleichen Grundstück liegen. Im Hinblick auf die Pendelwanderung interessiert uns dieser Personenkreis nicht. Berufspendler im weitesten Sinne ist jeder, der einen Weg zur Arbeitsstätte zurücklegt. Wir erhalten also die Zahl der durch die Verkehrszählung erfaßten Pendler, indem wir von der Gesamtzahl der Berufstätigen die auf dem Wohngrundstück Beschäftigten abziehen. Sie beträgt rd. 690 000 (einschl. 48 000 Berufstätige, die keinen festen Arbeitsplatz angegeben haben).

Da nicht jeder Berufstätige seinen Erhebungsbogen ausgefüllt hat, liegt die wirkliche Zahl der Pendler um etwa 6 vH höher; ebenso wie die oben angeführten Zahlen der Angestellten, Arbeiter und

Beamten, aber auch der in den Bezirken wohnenden Berufstätigen. Dieser Zuschlag, mit dessen Hilfe wir die wirklichen Werte leicht schätzen können, ist von Merkmal zu Merkmal verschieden hoch. Beispielsweise fehlt von rd. 48 000 der erfaßten Berufstätigen die Angabe des Ortsteils der Arbeitsstätte. Dementsprechend liegen die Zahlen nach der Lage der Arbeitsstätte nicht nur um 6,5 vH, sondern hier um 13,2 vH höher. Man muß allerdings bedenken, daß eine große Zahl von Berufstätigen keinen festen Arbeitsplatz angeben kann, vor allem die Handelsvertreter und die Angehörigen der Bau-berufe. In den einzelnen Bezirken arbeiten:

Bezirk der Arbeitsstätte	Berufstätige überhaupt	
	Zahl	in vH
Hamburg-Mitte	319 984	41,0
Altona	88 438	11,3
Eimsbüttel	79 430	10,2
Hamburg-Nord	104 330	13,4
Wandsbek	55 592	7,1
Bergedorf	22 583	2,9
Harburg	62 200	8,0
Ohne Angabe einer Arbeitsstätte	47 747	6,1
Hamburg insgesamt	780 304	100

Schon ein grober Vergleich zwischen den beiden vorstehenden Übersichten zeigt, welchen Umfang die täglichen Bevölkerungsverschiebungen haben. Nur im Bezirk Hamburg-Mitte arbeiten mehr Berufstätige als dort wohnen, alle anderen Bezirke geben mehr Arbeitskräfte ab als sie erhalten.

A. Bedeutende Wohngebiete in Hamburg

Hamburgs Wohngebiete lassen sich von den verschiedensten Gesichtspunkten beschreiben. Man könnte die Geschichte der einzelnen Siedlungen untersuchen, aus deren Zusammenwachsen die heutige Freie und Hansestadt Hamburg entstanden ist. Es wäre auch nicht abwegig, das Wachstum der Wohngebiete im Zusammenhang mit der Ländflucht und der Industrialisierung zu sehen. Wir könnten aber auch in der Gegenwart bleiben und die einzelnen Wohngebiete nach ihrem Charakter unterscheiden: ob die Menschen in aneinandergedrängten Mietskasernen oder in weitläufigen mit Grünflächen durchsetzten Wohnsiedlungen leben. Auf alle diese bedeutsamen Fragen können wir hier nur am Rande eingehen. Uns interessiert in dieser Arbeit — immer im Hinblick auf die zu untersuchenden Verkehrsströme — die Verteilung der Wohnbevölkerung auf die Fläche Hamburgs. Anschaulicher ausgedrückt: wir wollen wissen, von welchen Punkten der Stadt aus sich morgens sehr viele oder nur sehr wenige Berufstätige auf den Weg zu ihrer Arbeitsstätte machen. Uns steht eine statistische Meßzahl zur Verfügung, mit deren Hilfe wir die Hauptquellen des Berufsverkehrs mit hinreichender Genauigkeit messen können: wir berechnen für die Wohnorte die Zahl der Berufstätigen je ha. Je dichter die Bebauung, desto höher liegt auch die Zahl der Berufstätigen je ha, desto höher im Regelfall auch das Verkehrsaufkommen für den Berufsverkehr (vgl. hierzu S c h a u b i l d 1 auf der Titelseite).

Es empfiehlt sich, die Untersuchung der Lage der Wohngebiete nicht nur auf die Ergebnisse der Verkehrszählung 1956 zu stützen, sondern sie in zeitlichem Zusammenhang zu sehen. Wichtige Gesichtspunkte ergeben sich aus den Kriegszerstörungen. Ein Vergleich der Pendelwanderung von 1939 mit der von 1950 zeigt bedeutende Bevölkerungsverschiebungen. Das starke Wiederaufbautempo zieht eine rasche Neuverteilung der Wohnbevölkerung nach sich, so daß wir erwarten können, daß die Statistik der Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte (Pendelwanderung) von 1956 ein anderes Bild als 1950 zeigen wird. Hatten die Kriegereignisse die Wohnbevölkerung mancher früher dicht besiedelten Gebietsteile fast völlig verdrängt, so konnten sich diese ehemaligen Wohngebiete im Laufe des Wiederaufbaus allmählich wieder auffüllen. Wir wollen diese Verschiebungen zuerst untersuchen. Sie sind wichtig, weil sie selbst heute noch anhalten und sich in Zukunft fortsetzen werden. Dabei stützen wir uns auf die Einteilung in 22 Ortsämter bzw. Kerngebiete.

1. Bevölkerungsverschiebungen durch die Kriegereignisse, ein Vergleich zwischen 1939 und 1950 und die Entwicklung bis 1956

Das Hamburger Staatsgebiet nördlich der Elbe kann man nach der Besiedlungsdichte leicht in eine dicht-bebaute Kernzone und eine aufgelockerte

Übersicht 1

Durch Kriegsereignisse und Wiederaufbau bedingte Bevölkerungs-Verschiebungen in Hamburg

(Ein Vergleich zwischen 1939, 1950 und 1956)

Bezirke Kerngebiete / Ortsämter	Jahr der Zählung	Wohnungen insgesamt ¹⁾	Wohnbevölkerung am Stichtag der Zählung	Wohnungen je ha	Einwohner je ha	Einwohner je Wohnung
		1	2	3	4	5
Bezirk Hamburg-Mitte	1939	147 064	435 807	20	61	2,96
	1950	63 338	242 181	9	34	3,82
	1956	84 861	273 065	12	38	3,22
davon im						
Kerngebiet	1939	113 102	333 411	74	218	2,95
	1950	34 996	138 042	23	90	3,94
	1956	47 294	150 921	31	99	3,19
OA. Billstedt	1939	12 418	38 589	4	14	3,11
	1950	17 449	63 586	6	22	3,64
	1956	24 921	80 811	9	28	3,24
OA. Veddel-Rothenburgsort	1939	19 420	57 176	14	42	2,94
	1950	6 048	21 460	4	16	3,55
	1956	7 073	21 771	5	16	3,08
OA. Finkenwerder	1939	2 124	6 631	1	5	3,12
	1950	4 845	19 093	3	13	3,94
	1956	5 573	19 562	4	13	3,51
Bezirk Altona	1939	73 080	220 298	10	31	3,01
	1950	62 691	272 652	9	38	4,35
	1956	77 177	269 909	11	38	3,50
davon im						
Kerngebiet	1939	60 771	180 048	24	71	2,96
	1950	46 147	194 312	18	76	4,21
	1956	54 540	188 886	21	74	3,46
OA. Blankenese	1939	12 309	40 250	3	9	3,27
	1950	16 544	78 340	4	17	4,74
	1956	22 637	81 023	5	18	3,58
Bezirk Eimsbüttel	1939	80 287	244 535	16	49	3,05
	1950	59 445	251 993	12	51	4,24
	1956	78 830	261 574	16	53	3,32
davon im						
Kerngebiet	1939	66 403	205 362	81	252	3,09
	1950	40 357	178 172	50	219	4,41
	1956	52 869	178 641	65	219	3,38
OA. Lokstedt	1939	7 350	22 829	3	8	3,11
	1950	11 213	44 426	4	16	3,96
	1956	15 492	49 293	6	18	3,18
OA. Stellingen	1939	6 534	16 344	4	11	2,50
	1950	7 875	29 395	5	20	3,73
	1956	10 469	33 640	7	23	3,21
Bezirk Hamburg-Nord	1939	143 550	424 114	25	75	2,95
	1950	87 215	358 941	15	64	4,12
	1956	132 266	421 485	23	75	3,19
davon im						
Kerngebiet	1939	47 613	133 225	26	72	2,80
	1950	45 359	189 625	24	102	4,18
	1956	54 360	179 793	29	97	3,31
OA. Barmbek-Uhlenhorst	1939	85 634	253 271	79	233	2,96
	1950	26 552	100 901	24	93	3,80
	1956	57 500	170 290	53	157	2,96
OA. Fuhlsbüttel	1939	10 303	37 618	4	14	3,65
	1950	15 304	68 415	6	25	4,47
	1956	20 406	71 402	8	27	3,50
Bezirk Wandsbek	1939	53 599	166 676	4	11	3,11
	1950	52 898	221 942	4	15	4,20
	1956	75 505	257 237	5	17	3,41
davon im						
Kerngebiet	1939	35 862	110 114	13	39	3,07
	1950	21 328	88 229	8	32	4,14
	1956	33 806	115 665	12	41	3,42

1) Normalwohnungen, Behelfsheime und Notwohnungen.

Noch: Übersicht 1

Bezirke Kerngebiete / Ortsämter	Jahr der Zählung	Wohnungen insgesamt ¹⁾	Wohnbevölkerung am Stichtag der Zählung	Wohnungen je ha	Einwohner je ha	Einwohner je Wohnung
		1	2	3	4	5
OA. Bramfeld	1939	3 130	9 693	2	8	3,10
	1950	8 551	30 999	7	25	3,63
	1956	12 649	39 535	10	31	3,13
OA. Alstertal	1939	5 583	17 116	2	6	3,07
	1950	9 969	41 379	3	14	4,15
	1956	12 149	41 300	4	14	3,40
OA. Walddörfer	1939	3 415	12 193	1	2	3,57
	1950	5 846	27 724	1	5	4,74
	1956	7 577	27 439	1	5	3,62
OA. Rahlstedt	1939	5 609	17 560	2	7	3,13
	1950	7 204	33 611	3	13	4,67
	1956	9 324	33 298	3	12	3,57
Bezirk Bergedorf	1939	15 359	52 587	1	4	3,42
	1950	17 949	82 380	1	6	4,59
	1956	21 387	78 858	1	5	3,69
davon im						
Kerngebiet	1939	10 608	33 042	5	15	3,11
	1950	11 759	52 072	5	24	4,43
	1956	14 253	50 277	7	23	3,53
OA. Vier- und Marschlande	1939	4 751	19 545	0	2	4,11
	1950	6 190	30 308	0	2	4,90
	1956	7 134	28 581	1	2	4,01
Bezirk Harburg	1939	43 129	135 689	3	9	3,15
	1950	42 846	172 439	3	11	4,02
	1956	55 315	189 161	4	12	3,42
davon im						
Kerngebiet	1939	28 385	85 928	6	18	3,03
	1950	23 609	93 432	5	19	3,96
	1956	32 420	107 586	7	22	3,32
OA. Wilhelmsburg	1939	10 955	35 630	3	11	3,25
	1950	13 339	51 432	4	16	3,86
	1956	16 124	53 961	5	17	3,35
OA. Süderelbe	1939	3 789	14 131	1	2	3,73
	1950	5 898	27 575	1	4	4,68
	1956	6 771	27 614	1	4	4,08
Hamburg insgesamt	1939	556 068	1 679 706	8	24	3,02
	1950	386 382	1 602 528	6	23	4,15
	1956	525 341	1 751 289	8	25	3,33

¹⁾ Normalwohnungen, Behelfsheime und Notwohnungen.

Randzone einteilen. Diese grobe Gebieteinteilung — der Einfachheit halber wollen wir an dieser Stelle die Bezirke Harburg und Bergedorf in die Randzone¹⁾ einbeziehen — gibt uns die Möglichkeit, die Bevölkerungsverchiebungen zu schematisieren. Zu- oder Abnahme der Wohnbevölkerung für jeden Ortsamtsbereich bzw. jedes Kerngebiet gesondert zu untersuchen, würde an dieser Stelle zu weit führen. Der interessierte Leser kann sie aus Übersicht 1 entnehmen. Es genügt, wenn wir die Verchiebungen zwischen Kern- und Randzone sowie innerhalb der Kernzone beschreiben.

Die Kerngebiete der Bezirke Hamburg-Mitte, Altona, Eimsbüttel, Hamburg-Nord und Wandsbek sowie das Gebiet des Ortsamtes Barmbek-Uhlenhorst bilden in erster Annäherung den großstädtischen Kern Hamburgs. Hier lag und liegt die Zahl der Berufstätigen je ha um ein Vielfaches über den Vergleichszahlen des Randgebietes²⁾.

¹⁾ Im Hinblick auf die tägliche Pendelwanderung der Berufstätigen werden wir in den folgenden Abschnitten die Bezirke Harburg und Bergedorf nicht in die Randzone einbeziehen.

²⁾ Siehe auch Schaubild 2.

Wenn wir die kriegsbedingten Bevölkerungsverchiebungen durch einen Vergleich der Volkszählungsergebnisse von 1939 und 1950 abschätzen

Gebiete	Jahr der Zählung	Wohnun- gen ins- gesamt ¹⁾	Wohnbevöl- kerung am Stichtag der Zählung	Woh- nun- gen je ha	Ein- woh- ner je ha	Ein- woh- ner je Wohnung
		1	2	3	4	5
Gebiet mit hoher Ein- wohnerdichte ¹⁾	1939	409 385	1 215 431	39	114	2,97
	1950	214 739	889 281	20	84	4,14
	1956	300 369	984 196	28	93	3,28
Übriges ham- burgisches Gebiet	1939	146 683	464 275	2	8	3,17
	1950	171 643	713 247	3	12	4,16
	1956	224 972	767 093	4	13	3,41

¹⁾ Hierzu gehören die Kerngebiete der Bezirke Hamburg-Mitte, Altona, Eimsbüttel, Wandsbek und das Gebiet des Ortsamtes Barmbek-Uhlenhorst. — ²⁾ einschließlich Notwohnungen und Behelfsheime mit 30 qm und mehr.

wollen, so müssen wir dabei berücksichtigen, daß in der Zeitspanne zwischen 1945 und 1950 ein Teil der Kriegsschäden wieder beseitigt worden ist. Ein

Vergleich zwischen 1939 und 1945 würde die Umwälzungen noch klarer hervortreten lassen, leider liegen diese Vergleichszahlen nicht vor.

Die Zahlen der vorstehenden Übersicht zeigen, daß vor allem das großstädtisch bebaute Gebiet hohe Wohnungsverluste erlitten hatte. 1950 wohnten dort rund zwei Drittel der Bevölkerung von 1939 in der Hälfte der Wohnungen von 1939. Die Anzahl der Wohnungen je ha lag 1950 immer noch erst bei 20 gegenüber 39 vor dem Kriege. Dieser Entleerung der Kernzone entsprach eine Auffüllung der übrigen dünner besiedelten Gebiete. Sie konnten 1950 einen Zuwachs von beinahe 250 000 Einwohnern verzeichnen. Sogar der Wohnungsbestand hatte sich dort gegenüber 1939 um rd. 25 000 vermehrt. Ein Teil der ausgebombten Familien ist in den unzerstörten Wohnungen der Kernzone untergekommen. Wir finden in Spalte 5 der erwähnten Übersicht die Zahlen für die höhere Belegung der Wohnungen: sowohl in der Kernzone als auch in den Randgebieten wohnte 1950 in jeder Wohnung

durchschnittlich eine Person mehr als 1939. Ohne die Zusammendrängung der ausgebombten Familien in den verbliebenen Wohnungen wäre die Abwanderung in die Randgebiete noch stärker gewesen.

Was bedeuten diese Verschiebungen der Wohnbevölkerung für die Arbeitswanderung? Viele Berufstätige verloren durch die Bombenangriffe ihre günstig gelegenen Wohnungen im großstädtischen Kern und mußten längere Arbeitswege¹⁾ in Kauf nehmen, wenn sie nicht in einer anderen, ebenfalls günstig gelegenen Wohnung aufgenommen werden konnten.

Das Bild der Bevölkerungsverschiebungen wäre unvollständig, wollten wir nicht auch auf die Verschiebungen in der Kernzone selbst zu sprechen kommen. Bei kartographischer Darstellung der Einwohnerdichten (Einwohner je ha) zeichnen sich für 1939 innerhalb des großstädtisch bebauten Gebietes deutlich zwei Teile ab: rechts der Alster von der

¹⁾ Vgl. hierzu: „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1952, Nr. 37, Seite 432.

Übersicht 2 Die in der Kernzone wohnhaften Berufstätigen nach Ortsteilen

Orts- teile	Stadtteile	Fläche	Zahl der	Wohn-	Anteil
		in ha ¹⁾	wohn- haften Berufs- tätigen	hafte Berufs- tätige je ha	an den Berufs- tätigen überh.
		1	2	3	4
104	Neustadt	35,2	2 961	84	0,38
105	„	62,2	2 535	41	0,32
106	„	26,2	3 131	120	0,40
107	„	71,9	3 477	48	0,44
108	St. Pauli	97,0	6 042	62	0,77
109	„	14,7	2 894	197	0,37
110	„	32,3	4 387	136	0,56
111	„	58,9	5 200	88	0,66
112	„	46,0	4 290	93	0,55
201	Altona-Altstadt	28,2	2 885	102	0,37
202	„	41,0	3 074	75	0,39
203	„	37,5	2 359	63	0,30
204	„	32,8	3 786	115	0,48
205	„	31,9	1 966	62	0,25
206	„	49,5	4 312	87	0,55
207	Altona-Nord	86,6	4 526	52	0,58
208	„	30,8	3 212	104	0,41
209	„	102,0	5 356	53	0,68
210	Ottensen	45,1	4 300	95	0,55
211	„	100,5	8 967	89	1,14
212	„	37,6	5 729	152	0,73
213	„	79,5	6 800	86	0,87
301	Eimsbüttel	24,1	5 058	210	0,65
302	„	23,1	4 572	198	0,59
303	„	29,1	4 223	145	0,54
304	„	37,5	4 595	123	0,59
305	„	31,9	4 784	150	0,61
306	„	30,0	2 590	86	0,33
307	„	30,1	2 232	74	0,28
308	„	44,0	4 025	91	0,51
309	„	45,5	6 515	143	0,83
310	„	28,9	4 338	150	0,55
311	Rotherbaum	76,6	7 397	97	0,94
312	„	152,5	9 370	61	1,20
313	Harvestehude	104,7	7 405	71	0,94
314	„	91,1	8 441	93	1,08
315	Hoheluft-West	26,0	4 919	189	0,63
316	„	40,1	5 093	127	0,65
401	Hoheluft-Ost	35,3	5 022	142	0,64
402	„	22,8	3 366	148	0,43
403	Eppendorf	97,3	6 631	68	0,85
404	„	67,7	6 989	103	0,89
405	„	97,8	6 074	62	0,78
Ortsteile der Kernzone rechts der Alster zus.		2 283,5	205 828	- 90	26,26

Orts- teile	Stadtteile	Fläche	Zahl der	Wohn-	Anteil
		in ha ¹⁾	wohn- haften Berufs- tätigen	hafte Berufs- tätige je ha	an den Berufs- tätigen überh.
		1	2	3	4
101	Hamburg-Altstadt	63,0	2 109	33	0,27
102	„	54,6	1 395	26	0,18
113	St. Georg	70,5	3 528	50	0,45
114	„	74,7	5 533	74	0,70
120	Borgfelde	38,2	689	18	0,08
121	„	47,8	2 010	42	0,26
122	Hamm-Nord	49,5	2 499	50	0,32
123	„	48,6	3 654	75	0,47
124	„	85,7	7 498	87	0,96
125	Hamm-Mitte	44,9	1 600	36	0,20
126	„	43,1	2 553	59	0,33
127	Hamm-Süd	83,5	1 417	17	0,18
128	„	20,9	293	14	0,04
410	Winterhude	66,7	5 572	84	0,71
411	„	67,6	7 511	111	0,96
412	„	26,9	4 660	173	0,59
413	„	88,9	7 110	80	0,91
414	Uhlenhorst	73,7	5 615	76	0,72
415	„	93,6	5 708	61	0,73
416	Hohenfelde	43,0	2 498	58	0,32
417	„	57,4	3 183	55	0,41
418	Barmbek-Süd	33,6	3 478	104	0,44
419	„	51,3	3 629	71	0,46
420	„	29,1	1 495	51	0,19
421	„	54,9	2 536	46	0,32
422	„	58,8	2 575	44	0,33
423	„	79,3	3 934	50	0,50
424	Dulsberg	42,0	5 587	133	0,71
425	„	80,3	8 936	111	1,14
426	Barmbek-Nord	103,0	4 638	45	0,59
427	„	90,3	6 318	70	0,81
428	„	91,6	11 015	120	1,41
429	„	102,9	8 023	78	1,02
501	Eilbek	65,3	3 432	53	0,44
502	„	31,6	1 966	62	0,25
503	„	34,4	2 305	67	0,29
504	„	37,5	2 268	60	0,29
505	Wandsbek	52,3	1 732	33	0,22
506	„	42,6	2 297	54	0,29
507	„	86,9	2 252	26	0,29
Ortsteile der Kernzone links der Alster zus.		2 410,5	155 051	64	19,78
Kernzone links u. rechts der Alster gesamt		4 694,0	360 879	77	46,05

¹⁾ ohne Wasserflächen.

Elbe bis zu den Stadtteilen Hoheluft-West und -Ost und links der Alster von der Elbe bis zum Stadtteil Barmbek-Nord. 1950 ergibt sich ein anderes Bild. Die rechts der Alster gelegene Hälfte erscheint aufgelockert, vor allem in Eimsbüttel zeigen sich auf diese Weise hohe Wohnungsverluste an. Der links der Alster gelegene Wohnürtel ist bei entsprechender graphischer Darstellung fast verschwunden. Aus Übersicht 1 geht hervor, daß die Wohnungsverluste der Kerngebiete Hamburg-Mitte, Eimsbüttel und Wandsbek sowie des Ortsamtsbereiches Barmbek-Uhlenhorst und Veddel-Rothenburgsort besonders hoch gewesen sind. In ihnen sind zum größten Teil die Verluste des Wohnürtels links der Alster enthalten. Für zahlreiche 1939 dicht besiedelte Wohngebiete errechnen sich 1950 Dichtezahlen (Berufstätige je ha), die den für die Randzone typischen Werten nahekommen.

Seit 1950 ist zweierlei zu beobachten: die Begleitung der Wohnzentren hat sowohl im großstädtisch bebauten Kern als auch im Randgebiet deutlich abgenommen. Der Vorkriegsstand ist jedoch nicht ganz wieder erreicht. Ferner sehen wir, daß der Zuwachs an Neubauwohnungen seit 1950 im Kern Hamburgs mit 86 000 größer als im Randgebiet mit nur 53 000 Einheiten gewesen ist.

Wer hat diese Neubauten bezogen? Der Wiederaufbau der zerstörten Wohnzentren bot gewiß vielen Familien die Gelegenheit, aus dem Randgebiet wieder in größere Stadtnähe zu ziehen. Daneben mögen aber auch viele in Stadtnähe schlecht untergebrachte Familien eine neue Wohnung in der gleichen Gegend gefunden haben. Schließlich darf man nicht vergessen, daß Hamburg 1956 reichlich 150 000 Einwohner mehr zählt als 1950. Der selbst heute noch akute Wohnungsmangel läßt vermuten, daß viele Wohnungssuchende froh waren, überhaupt ein neues Heim zu finden, ohne darauf zu sehen, ob es auch günstig zu ihrem Arbeitsplatz liegt.

Die Bevölkerungsverschiebungen seit 1950 lassen sich nicht einfach so beschreiben, daß inzwischen ein Großteil der durch Kriegsereignisse in die Außengebiete abgedrängten Familien nun in die alten Wohngebiete zurückgeströmt sei. Die Kerngebiete haben ihre alten Wohnungs- und Einwohnerdichten noch nicht wieder erreicht und werden sie vermutlich auch gar nicht wieder erreichen. Man bevorzugt heute eine lockerere Bebauung als vor dem Kriege. Außerdem wachsen heute auch Wohnungs- und Einwohnerdichten der Randgebiete. Sie haben nur ausnahmsweise Einwohner verloren und im Regelfall den Stand von 1950 gehalten oder sogar noch erhöht. In den Gebieten folgender Ortsämter ist die Einwohnerzahl seit 1950 merklich gestiegen:

Ortsämter	Wohnbevölkerung am Stichtag der Zahlung		
	1950	1956	Zunahme gegenüber 1950
Billstedt	63 586	80 811	17 225
Blankenese	78 340	81 023	2 683
Lokstedt	44 426	49 293	4 867
Stellingen	29 395	33 640	4 245
Fuhlsbüttel	68 415	71 402	2 987
Bramfeld	30 999	39 535	8 536

Gerade dieses fortgesetzte Wachstum einiger Randgebiete scheint sich unabhängig vom Wiederaufbau der zerstörten Wohngebiete Hamburgs zu vollziehen. Es wird sich von dem Augenblick an verstärken, in dem die heute schon knappen Trümmergrundstücke für den Wohnungsbau nicht mehr zur Verfügung stehen. Auf lange Sicht werden sich gerade hier neue Wohngebiete herauschälen und zu neuen wichtigen Ausgangspunkten der Pendelwanderung anwachsen.

Die oben skizzierte Entwicklung der Randgebiete, die sich parallel zu dem Wiederaufbau der alten Wohngebiete vollzogen hat, führt dazu, daß die langen Arbeitswege nicht seltener werden, es sei denn, auch die Arbeitsstätten würden in die Außengebiete wandern.

2. Die Siedlungsstruktur Hamburgs 1956

Das Ergebnis der Kriegs- und wiederaufbaubedingten Bevölkerungsverschiebungen in Hamburg lautete: die Lücken in der Kernzone füllen sich auf, daneben gewinnen aber die Randgebiete als Wohnzentren ständig an Boden. Wenn wir nun Hamburgs Siedlungsstruktur 1956 — soweit sie für Ausmaß und Richtung des Berufsverkehrs von Bedeutung ist — untersuchen wollen, müssen wir unsere Untersuchungsmethoden verfeinern. Die Einteilung in 15 Ortsämter und 7 Kerngebiete reicht nicht aus; wir wollen hier von der Einteilung in 179 Ortsteile ausgehen. Auch sie bietet keine idealen Voraussetzungen, da einige Ortsteile eine Fläche über 1000, ja sogar 2000 und mehr ha aufweisen. Bei der Abgrenzung des großstädtisch bebauten Gebiets kann dabei leicht folgende Schwierigkeit auftreten: ein Zipfel eines Ortsteils ist mit großen Wohnblöcken dicht bebaut, der Großteil der Fläche aber von einem Park ausgefüllt, dann liegt die Zahl der Einwohner je ha niedrig, weil die Fläche des Parks mitzählt. Die Grenze der Kernzone scheint mit der Ortsteilgrenze zusammen zu fallen. In Wirklichkeit läuft sie mitten durch den Ortsteil hindurch. Zum Glück ist die Ortsteileinteilung in der Kernzone Hamburgs sehr eng und die Grenze der Kernzone ist zumeist mit den Ortsteilsgrenzen wirklich identisch. Die feinere Gebietseinteilung gestattet uns einmal, Unterschiede innerhalb der Kern- und Randzone selbst festzustellen, zum andern werden die Übergänge zwischen Kern- und Randzone sichtbar.

Harburg und Bergedorf sind erfahrungsgemäß nicht so stark an dem gebietlichen Austausch der Arbeitskräfte beteiligt wie die anderen Bezirke, sie sind vorwiegend „selbstversorgerisch orientiert“. In unserer Betrachtung wollen wir sie aus der Randzone ausklammern und jedes für sich betrachten.

Die im folgenden genannten Zahlen der Berufstätigen stammen aus der Verkehrszählung vom 25. September 1956. Sie sind — wie bereits erwähnt — nicht so vollständig wie Volkszählungsergebnisse. Wir müssen davon ausgehen, daß die Zahlen der Berufstätigen in den einzelnen Wohngebieten tatsächlich um 5 bis 10 vH höher liegen. Da die Auskunftsverweigerungen mit hoher Wahrscheinlichkeit über ganz Hamburg streuen, könnte man alle Zahlen auf 100 vH hochrechnen. Auf diese Methode wurde verzichtet, weil sie besonders bei

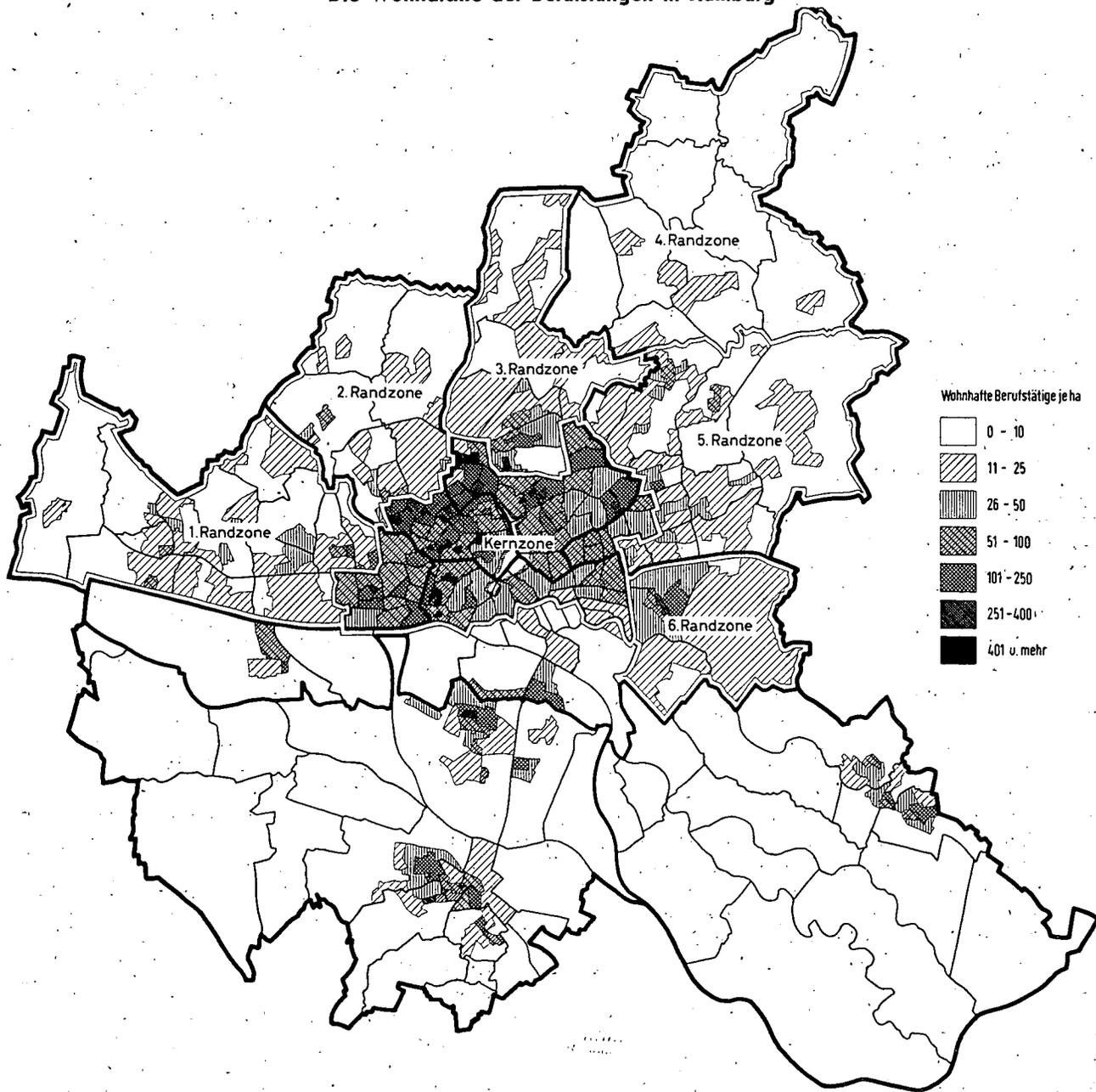
weit aufgegliederten Tabellen, wie z. B. der Pendelwanderung, mit sehr viel Arbeit verbunden ist, ohne daß sie neue Erkenntnisse vermittelt.

Zum Begriff „Berufstätige“ ist zu bemerken, daß er sowohl Arbeitnehmer, Selbständige aber auch mithelfende Familienangehörige, Schüler, Studenten, Hausfrauen und Rentner, soweit sie

einer Nebenbeschäftigung nachgehen, umfaßt. Allerdings spielt die Gruppe der Schüler, Studenten, Hausfrauen und Rentner mit Nebenerwerb nur eine verschwindend geringe Rolle. Arbeitslose und in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen beschäftigte Hamburger fehlen ebenfalls.

Schaubild 2

Die Wohndichte der Berufstätigen in Hamburg



Ein Blick auf Schaubild 2 zeigt eine Eigentümlichkeit der Hamburger Gebietseinteilung. Mit Ausnahme von Harburg und Bergedorf ragt jeder Bezirk mit einem Zipfel in die großstädtisch bebauten Zone hinein, seine Bevölkerungsdichte verringert sich von da ab bis zur hamburgischen Grenze. Im Ortsteil 201 (im Stadtteil Altona-Alttstadt) des Bezirks Altona entfallen beispielsweise 102 Berufstätige auf jeden Hektar seiner Fläche, in Othmarschen nur noch 11, in Rissen lediglich 2. Die Abgrenzung der Kernzone macht auch an Hand der

Ortsteilsgrenzen keine Schwierigkeit; das Gefälle der Dichteziffern ist allzu deutlich. Zur Kernzone gehören die in Übersicht 2 aufgeführten Ortsteile.

Nach der Verkehrszählung vom 25. September 1956 wohnten rd. 361 000 Berufstätige in der Kernzone (die Zahl liegt schätzungsweise um 5 bis 10 vH höher). Das entspricht einem Anteil von rd. 46 vH an den berufstätigen Hamburgern überhaupt. Beinahe 15 vH entfallen auf die beiden Bezirke Harburg und Bergedorf. Die Randgebiete nördlich der

Elbe beherbergten 36 vH der Berufstätigen. Auf den Hektar kamen in der ganzen Kernzone 77 Berufstätige. Zwischen westlicher und östlicher Hälfte bestand immerhin ein spürbarer Unterschied; in der westlichen Hälfte wohnten — immer im Durchschnitt — 90 Berufstätige je ha, in der östlichen Hälfte dagegen nur 64. In diesem Unterschied drücken sich wieder die besonders hohen kriegsbedingten Wohnungsverluste des Wöhgürtels zwischen Billwerder Ausschlag und Barmbek-Nord aus.

Die Kernzone hat ungefähr die Gestalt eines auf der Elbe und ihren Nebenarmen liegenden Halbkreises. Sein Durchmesser erreicht beinahe die Länge von 10 km. Ziemlich genau in der Mitte befindet sich die Alster. Auch innerhalb der Kernzone gibt es Unterschiede in der Dichte der Bevölkerungsagglomeration. Für unsere Untersuchung können wir sie vernachlässigen. Wichtiger ist die Frage, ob wir das großstädtisch bebaute Gebiet im Hinblick auf die Pendelwanderung weiter unterteilen sollen. In der folgenden Arbeit über die Pendelwanderung der Berufstätigen zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ist der Arbeitskräfteaustausch zwischen Kern- und Randzone und innerhalb der Kernzone selbst zu behandeln. Vermutlich wirkt die Anziehungskraft des überragenden Wirtschaftszentrums Innenstadt — Hafen auf die ganze Kernzone. Für den Arbeitskräfteaustausch zwischen Kern- und Randzone lassen sich in diesem Stadium der Untersuchung noch keine Regeln aufstellen. Es wäre nicht überraschend, wenn gerade hier die Entfernung eine Rolle spielte. Für den Arbeitskräfteaustausch innerhalb des großstädtisch bebauten Gebiets bietet sich eine natürliche Grenze an: die Alster. Sie zerteilt die Kernzone in einen östlichen und einen westlichen Teil und erschwert den Verkehr zwischen den beiden Teilen, den sogenannten Querverkehr.

Während eine mehrfache Unterteilung des großstädtisch bebauten Gebiets nicht nötig ist, müssen wir für die Untersuchung der Randzone Gesichtspunkte einbeziehen, die eine Zerlegung erfordern. Die Randgebiete lagern sich in einem breiten Gürtel um die Kernzone herum. Die Ausdehnung der Randzone zur Kernzone steht, etwa im Verhältnis von 6:1. Das großstädtisch bebaute Gebiet ist nicht nur nach der Besiedlungsdichte als annähernd homogen zu bezeichnen, außerdem ist es in seiner ganzen Ausdehnung durch Verkehrsmittel annähernd gleich gut erschlossen. Ein dichtes Netz von Straßenbahn- und Omnibuslinien, dazu die Verkehrsstränge von U- und S-Bahn durchschneiden es in vielfacher Richtung. Deswegen liegt es nahe, den Arbeitskräfteaustausch der Kernzone als Ganzes zu untersuchen.

Wie können wir die Randzone im Gegensatz zur Kernzone charakterisieren? Sie ist nicht so dicht bebaut, jedenfalls nicht mit Wohnhäusern. Im Hafen zum Beispiel wohnen — wie in anderen Industriegebieten — verhältnismäßig wenige Menschen (siehe Schaubild 2), die verfügbare Fläche ist vornehmlich mit Kaianlagen und Schuppen bebaut oder als Fabrikgelände genutzt. An der Grenze der Kernzone kommt es vor, daß ein Ortsteil teilweise sehr dicht bebaut ist, auf der restlichen Fläche wohnt dagegen kaum jemand. Als dritter Fall wären die Stadtteile des Randgebietes zu nennen,

Übersicht 3

Die in den Randgebieten wohnhaften Berufstätigen nach Ortsteilen

Ortsteile	Stadtteile	Fläche	Zahl der	Wohn-	Anteil
		in ha ¹⁾	wohnhaften Berufstätigen	hafte Berufstätige je ha	an den Berufstätigen überh.
		1	2	3	4
1. Randzone		6 428,8	61 997	10	7,91
davon					
214	Bahrenfeld	332,9	6 300	19	0,81
215	"	296,4	6 014	20	0,77
216	"	446,9	4 808	11	0,61
217	Gr. Flottbek	262,0	5 791	22	0,74
218	Othmarschen	505,2	5 796	11	0,74
219	Lurup	640,0	6 975	11	0,89
220	Osdorf	726,9	5 332	7	0,68
221	Nienstedten	348,3	3 706	11	0,47
222	Blankenese	417,3	5 559	13	0,71
223	"	165,5	2 485	15	0,32
224	Iserbrook	239,4	3 370	14	0,43
225	Sülldorf	566,7	2 390	4	0,30
226	Rissen	1 481,3	3 471	2	0,44
2. Randzone		4 147,6	36 889	9	4,71
davon					
317	Lokstedt	495,4	8 246	17	1,05
318	Niendorf	1 293,7	8 496	7	1,09
319	Schnelsen	905,2	5 479	6	0,70
320	Eidelstedt	882,8	6 812	8	0,87
321	Stellingen	570,5	7 856	14	1,00
3. Randzone		3 977,2	57 523	14	7,34
davon					
406	Gr. Borstel	486,8	6 431	13	0,82
407	Alsterdorf	306,1	6 162	20	0,79
408	Winterhude	208,4	8 006	38	1,02
409	"	284,6	7 249	25	0,92
430	Ohlsdorf	718,5	8 052	11	1,03
431	Fuhlsbüttel	573,1	7 698	13	0,98
432	Langenhorn	1 399,7	13 925	10	1,78
4. Randzone		8 043,5	28 199	4	3,60
davon					
517	Wellingsbüttel	402,0	4 089	10	0,52
518	Sasel	837,4	5 932	7	0,76
519	Poppenbüttel	819,8	4 895	6	0,63
520	Hummelsbüttel	912,8	2 062	2	0,26
521	Lemsahl-Mellingstedt	793,6	1 237	2	0,16
522	Duvenstedt	682,4	1 106	2	0,14
523	Wohldf.-Ohlst.	1 732,3	1 595	1	0,20
524	Bergstedt	705,4	1 622	2	0,21
525	Volkssdorf	1 157,8	5 661	5	0,72
5. Randzone		6 378,2	64 564	10	8,24
davon					
508	Wandsbek	191,4	4 141	22	0,53
509	"	222,0	4 245	19	0,54
510	Marienthal	136,4	2 489	18	0,32
511	"	192,3	3 230	17	0,41
512	Jenfeld	481,0	4 900	10	0,62
513	Tonndorf	391,8	6 334	16	0,81
514	Farmsen	827,5	8 218	10	1,05
515	Bramfeld	1 004,7	13 995	14	1,79
516	Steilshoop	251,4	3 089	12	0,39
526	Rahlstedt	2 679,7	13 923	5	1,78
6. Randzone		2 839,1	36 093	13	4,61
davon					
129	Horn	282,3	9 630	34	1,23
130	"	343,0	9 264	27	1,18
131	Billstedt	1 674,8	12 538	7	1,60
132	Billbrook	539,0	4 661	9	0,60
1.—6. Randzone insges.		31 814,4	285 265	9	36,40

1) ohne Wasserflächen.

deren Fläche ganz und gar zum Wohnen benutzt wird. Die einzelnen Wohngebäude sind von großen Gärten umgeben, folglich weist unsere Meßziffer — Einwohner je ha — einen niedrigen Wert aus, wie übrigens auch in den beiden erstgenannten Fällen. Aus unseren Beispielen geht hervor, daß die Randzone kein gleichmäßig, aber ein dünn besiedeltes Gebiet ist, sie enthält jedoch eine Reihe von eigenen Siedlungskernen, etwa Blankenese, die Walddörfer, Rahlstedt, Billstedt usw., die keineswegs, wie die alten Kerne des großstädtisch bebauten Gebiets, mit Nachbargebieten zusammengewachsen sind. Demzufolge ist die Randzone auch nicht von einem so dichten Verkehrsnetz überzogen wie die Kernzone — aus Gründen der Wirtschaftlichkeit könnte sie es auch kaum sein. Vornehmlich die Vorortstrecken der S- und U-Bahn verbinden die Innenstadt mit den Randgebieten. Zum Beispiel verbindet die S-Bahn Innenstadt und Elbvororte.

Mit Hilfe der Verkehrszählung 1956 können wir nicht nur die Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ermitteln, sondern darüber hinaus die Frage beantworten, auf welchen Verkehrsmitteln die Berufstätigen diese Wege zurücklegen. Gerade dieser letzte Gesichtspunkt spricht für eine Zerlegung der Randgebiete in mehrere Teile, deren Wechselbeziehungen mit den Beschäftigungszentren für jeden Teil zu prüfen wären.

Das Ergebnis der Zerlegung der Randzone in mehrere große Wohngebiete ist in **Schaubild 2** vorweggenommen. Es sind die in der **Übersicht 3** genannten sechs Teile entstanden:

Die sechs Randzonen sind jeweils aus Ortsteilen eines einzigen Bezirkes zusammengefügt worden. Mit einer Ausnahme reicht jede Randzone von der hamburgischen Grenze bis an die Kernzone heran. Diese Ausnahme bilden die beiden Ortsämter Alsterthal und Walddörfer. Die Ausstrahlung dieses Wohngebietes soll gesondert untersucht werden. Die

B. Schwerpunkte der Erwerbstätigkeit in Hamburg

Die Abgrenzung der Beschäftigungsschwerpunkte fußt auf der gleichen Grundlage wie die Abgrenzung der wichtigen Wohngebiete. Wieder gehen wir davon aus, wieviel Menschen auf einer Flächeneinheit anzutreffen sind; diesmal aber nicht in ihrer Wohnung, sondern am Arbeitsplatz. Bei einer solchen Darstellung heben sich sogleich die Gebiete heraus, in denen sich zahlreiche Arbeitsplätze zusammenballen. Eines sei gleich vorweg bemerkt: die Unterschiede innerhalb der Arbeitsplatzdichten sind erheblich größer als innerhalb der Wohndichten der Berufstätigen, die wir zur Abgrenzung der Wohngebiete verwendet haben. Wir müssen auf diese Fragen zurückkommen, wenn wir den Inhalt von **Schaubild 6** diskutieren.

Verteilung und Häufung von Arbeitsplätzen hängen von den verschiedensten Dingen ab. Die kleineren Einzelhandelsgeschäfte und Gewerbebetriebe verteilen sich über das ganze Stadtgebiet, große Fabriken und Verwaltungen bilden Schwerpunkte. Ein **Ballungsgebiet** bildet sich, wenn mehrere solcher Schwerpunkte in enger Nachbarschaft entstehen, wie z. B. im Hafen oder in der Innenstadt.

Zahlen der in den Randzonen wohnhaften Berufstätigen gehen aus den Zwischensummen der **Übersicht 3** hervor. Die kleinste der 6 Randzonen weist noch rd. 30 000 Berufstätige aus, die größte fast 65 000. Die Besiedlungsdichte liegt in den einzelnen Randzonen verschieden hoch, kommt aber nur bei der 3. und der 6. Randzone über 10 Berufstätige je ha hinaus. Gerade hier fällt der Übergang zwischen Kern- und Randzone ins Gewicht, beispielsweise in den beiden zum Stadtteil Winterhude gehörenden Ortsteilen 408 und 409.

Als Charakteristikum der beiden Bezirke Harburg und Bergedorf hatten wir schon hervorgehoben, daß sie sich nicht so lebhaft am Arbeitskräfteaustausch beteiligen wie die übrigen Bezirke. Beide sind selbständige Wirtschaftsgebiete, die einen Teil ihres Arbeitskräftebedarfs aus den angrenzenden Gemeinden Niedersachsens und Schleswig-Holsteins decken. Ein anderes wichtiges Kennzeichen fällt beim Betrachten des **Schaubildes 2** ins Auge: viele Berufstätige wohnen in geringer Entfernung von den Beschäftigungszentren. Es liegt auf der Hand, daß eine gute Durchmischung von Wohn- und Arbeitsplätzen günstige Voraussetzungen für die Arbeitswege schafft: Sie sind zumeist kurz und können zu Fuß zurückgelegt werden. Wenn wir bei der Abgrenzung der Wohngebiete in Harburg die Maßstäbe der Kernzone zugrunde legen würden, könnten wir nur die Ortsteile 701 und 702 als herausragende Wohngebiete bezeichnen. In zweiter Linie wären die Ortsteile 705, 710, 711 und 712 hinzuzunehmen. In Bergedorf kommen allein die Ortsteile 602 und 603 in Frage. Die Lage der angeführten Ortsteile ergibt sich aus der beiliegenden Ortsteilkarte. Alle genannten Ortsteile sind zum Teil großstädtisch bebaut, allerdings fallen anders genutzte und Leerflächen ins Gewicht, so daß sie insgesamt gesehen nicht den Charakter eines typischen Wohnortsteils in Eimsbüttel, Altona oder Hamburg-Nord erreichen.

Industrielle Ballungen pflegen nicht die Arbeitsplatzdichten etwa eines Verwaltungszentrums zu erreichen. Das hat einen einfachen Grund: in einem vielstöckigen Verwaltungsbau können mehr Angestellte bzw. Beamte tätig sein als Arbeiter in einer gleich großen, aber einstöckigen Fabrikhalle.

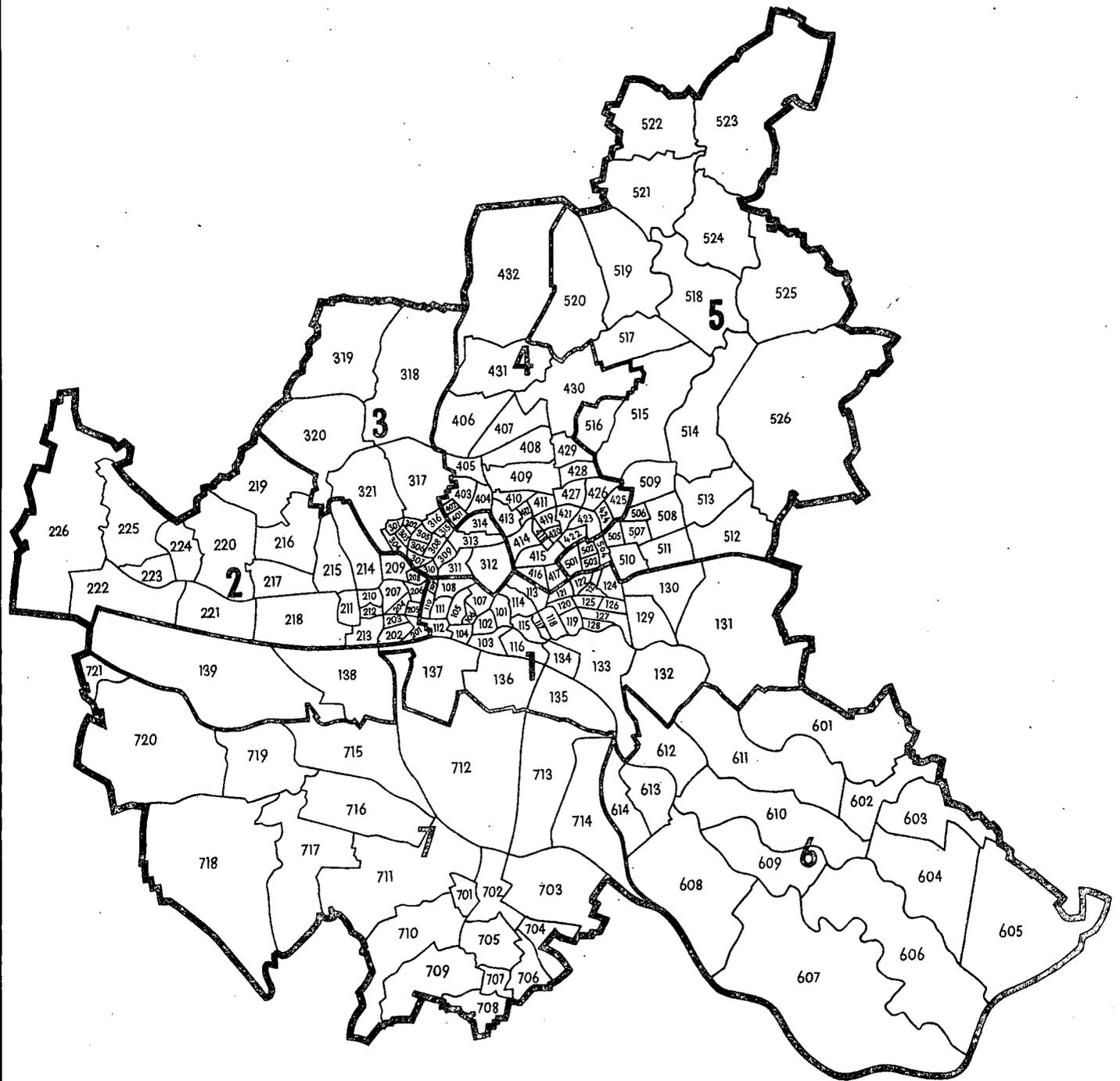
Bevor wir jedoch im einzelnen auf diese Fragen zu sprechen kommen, wollen wir untersuchen, ob durch den Krieg die Arbeitsplatzschwerpunkte ähnlich stark wie die Wohngebiete verschoben worden sind.

1. Kriegsbedingte Verschiebungen der Arbeitsplatzschwerpunkte, ein Vergleich zwischen 1939 und 1950 sowie die Entwicklung bis 1956

Die Auswertung der Volkszählungsergebnisse¹⁾ von 1950 hat gezeigt, daß die Kriegereignisse auch die Verteilung der Arbeitsplätze in Hamburg stark beeinflußt haben. Einige Zentren der Erwerbstätigkeit sind ebenso wie die Wohngebiete schwer ge-

¹⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jahrg. 1952, Nr. 15, Seite 210, und Nr. 37, Seite 432.

BEILAGE ZU „HAMBURG IN ZAHLEN“, HEFT NR. 10/58



Stand: 1956

- 1 - Bezirk Hamburg-Mitte
- 2 - " Altona
- 3 - " Eimsbüttel
- 4 - " Hamburg-Nord
- 5 - " Wandsbek
- 6 - " Bergedorf
- 7 - " Harburg

troffen worden. Im Stadtteil Steinwerder lag beispielsweise 1939 die Arbeitsstätte von fast 40 000, 1950 nur noch von rd. 10 000 Erwerbspersonen. Freilich ergab sich für 1956 schon ein anderes Bild. Eine derart starke Abnahme war aber eher eine Ausnahme als die Regel. Im großen und ganzen können wir sogar feststellen, daß die Arbeitsplätze nicht so stark durcheinandergewirbelt worden sind wie die Wohnplätze, oder sie sind rascher am alten Ort wieder aufgebaut. Diese Einschränkung müssen wir machen, da wir wieder 1939 nur mit 1950 und nicht mit 1946 vergleichen können.

Die Lage der Beschäftigungszentren ist in großen Zügen die gleiche geblieben. Das Übergewicht der **Innenstadt** bestand 1950 unverändert fort. In den beiden Stadtteilen Hamburg-Altstadt und Hamburg-Neustadt hatten 1939 annähernd 197 000 Erwerbspersonen ihren Arbeitsplatz. 1950 waren es zwar rd. 30 000 weniger, aber der Anteil an den Erwerbspersonen überhaupt sank nur von 25,07 vH auf 22,49 vH. Dafür ist zum Teil die 1950 niedrigere Zahl der Erwerbspersonen überhaupt verantwortlich. Für den **Hafen** können wir wegen der täglich an verschiedenen Orten eingesetzten Hafentarbeiter keine genaueren Zahlen nennen, aber aus den Unterlagen läßt sich für den Vergleich zwischen 1939 und 1950 mit Sicherheit ein bedeutender Beschäftigungsverlust ablesen. Er findet seine Erklärung in dem nur langsamen Wiederaufbau des deutschen Außenhandels und Schiffbaus nach dem Kriege.

Ein weiteres Ergebnis liefert ein Vergleich der Verteilung der Erwerbspersonen 1939 und 1950: die **Randgebiete** konnten einen zum Teil erheblichen Gewinn an Arbeitsplätzen verzeichnen, z. B. die Stadtteile Osdorf, Lurup, Rissen, Lokstedt, Nien-dorf, Schnelsen und zahlreiche andere, obgleich die Gesamtzahl der Erwerbspersonen um fast 56 000 niedriger lag.

Diese Arbeitsplatzwanderung in die Randgebiete ist bedeutsam für die Länge der Pendlerfrage. Sie bedeutet, daß mehr günstig gelegene Arbeitsplätze in den an sich arbeitsplatzarmen Wohngebieten verfügbar werden. Die Auswertung¹⁾ der Pendelwanderung 1950 zeigte eine Zunahme der kurzen Arbeitswege an, darin können wir eine Folge der Zunahme an Arbeitsplätzen in den Randgebieten erblicken.

Das bestätigen die Ergebnisse der Arbeitsstätten-zählungen von 1939 und 1950. Z. B. wurden 1939 im Bereich des Ortsamtes Lokstedt 1216 nichtlandwirt-schaftliche Betriebe mit 8105 Arbeitsplätzen ge-zählt. 1950 war die Zahl der Betriebe auf 2067 und die Zahl der Arbeitsplätze auf 10 831 gestiegen. Daß der Zuwachs überwiegend aus kleinen Betrieben bestanden hat, geht aus der Durchschnittszahl „Be-schäftigte je Betrieb“ hervor. 1939 betrug sie 7 — 1950 nur noch 5 Beschäftigte. Die Zahlen für die übrigen Kerngebiete bzw. Ortsamtsbereiche sind in Übersicht 4 zusammengestellt. Bei den Ergeb-nissen der Arbeitsstättenzählung 1939 handelt es sich um Zahlen, die damals wegen des Kriegssaus-bruchs nicht mehr veröffentlicht werden konnten.

Wir haben eine knappe Skizze des zeitlichen Zu-sammenhangs gegeben. Wie ist die Entwicklung seit 1950 verlaufen, wo liegen die Schwerpunkte der

Übersicht 4

Betriebe und Beschäftigte 1939 und 1950

Bezirke Kerngebiete / Ortsämter	Jahr der Zäh- lung ¹⁾	Betriebe	Beschäf- tigte ²⁾	Beschäf- tigte ²⁾ je Betrieb
Bezirk Hamburg-Mitte	1939	41 502	405 725	10
	1950	29 986	298 055	10
davon im Kerngebiet	1939	36 085	317 883	9
	1950	26 270	245 104	9
OA. Billstedt	1939	1 338	14 753	11
	1950	1 907	15 261	8
OA. Veddel- Rothenburgsort	1939	2 799	63 983	23
	1950	1 265	29 938	24
OA. Finkenwerder .	1939	445	7 095	16
	1950	544	7 752	14
Bezirk Altona	1939	12 003	84 532	7
	1950	13 174	84 641	6
davon im Kerngebiet	1939	10 239	77 848	8
	1950	9 938	72 690	7
OA. Blankenese . . .	1939	1 764	6 684	4
	1950	3 263	11 951	4
Bezirk Eimsbüttel . . .	1939	14 907	66 416	4
	1950	15 135	73 279	5
davon im Kerngebiet	1939	12 642	50 785	4
	1950	11 616	52 402	5
OA. Lokstedt	1939	1 216	8 105	7
	1950	2 067	10 831	5
OA. Stellingen	1939	1 049	7 526	7
	1950	1 452	10 046	7
Bezirk Hamburg-Nord .	1939	21 487	106 510	5
	1950	18 019	98 730	5
davon im Kerngebiet	1939	7 141	37 046	5
	1950	9 553	44 958	5
OA. Barmbek- Uhlenhorst	1939	13 074	57 700	4
	1950	5 941	39 134	7
OA. Fuhlsbüttel . . .	1939	1 272	11 764	9
	1950	2 525	14 638	6
Bezirk Wandsbek	1939	9 280	44 106	5
	1950	9 993	48 770	5
davon im Kerngebiet	1939	6 672	35 571	5
	1950	4 254	29 787	7
OA. Bramfeld	1939	468	1 893	4
	1950	1 154	4 174	4
OA. Alstertal	1939	711	2 114	3
	1950	1 717	5 192	3
OA. Walddörfer . . .	1939	542	1 794	3
	1950	1 244	4 323	3
OA. Rahlstedt	1939	887	2 734	3
	1950	1 624	5 294	3
Bezirk Bergedorf	1939	2 503	13 519	5
	1950	3 391	19 105	6
davon im Kerngebiet	1939	1 574	10 543	7
	1950	2 291	15 213	7
OA. Vier- und Marschlande	1939	929	2 976	3
	1950	1 100	3 892	4
Bezirk Harburg	1939	5 777	56 380	10
	1950	6 067	59 399	10
davon im Kerngebiet	1939	3 707	37 987	10
	1950	3 581	40 621	11
OA. Wilhelmsburg . .	1939	1 245	14 901	12
	1950	1 487	14 528	10
OA. Süderelbe	1939	825	3 492	4
	1950	999	4 250	4
Hamburg insgesamt . . .	1939	107 459	777 188	7
	1950	95 765	681 979	7

1) Für 1939 bisher unveröffentlichte Zahlen der damaligen Arbeitsstättenzählung. — 2) Beschäftigte in der Arbeitsstättenzählung bedeuten besetzte Arbeitsplätze, aber nicht nur von Hamburgern, sondern auch von Einpendlern.

1) Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jahrg. 1952, Nr. 37, Seite 432.

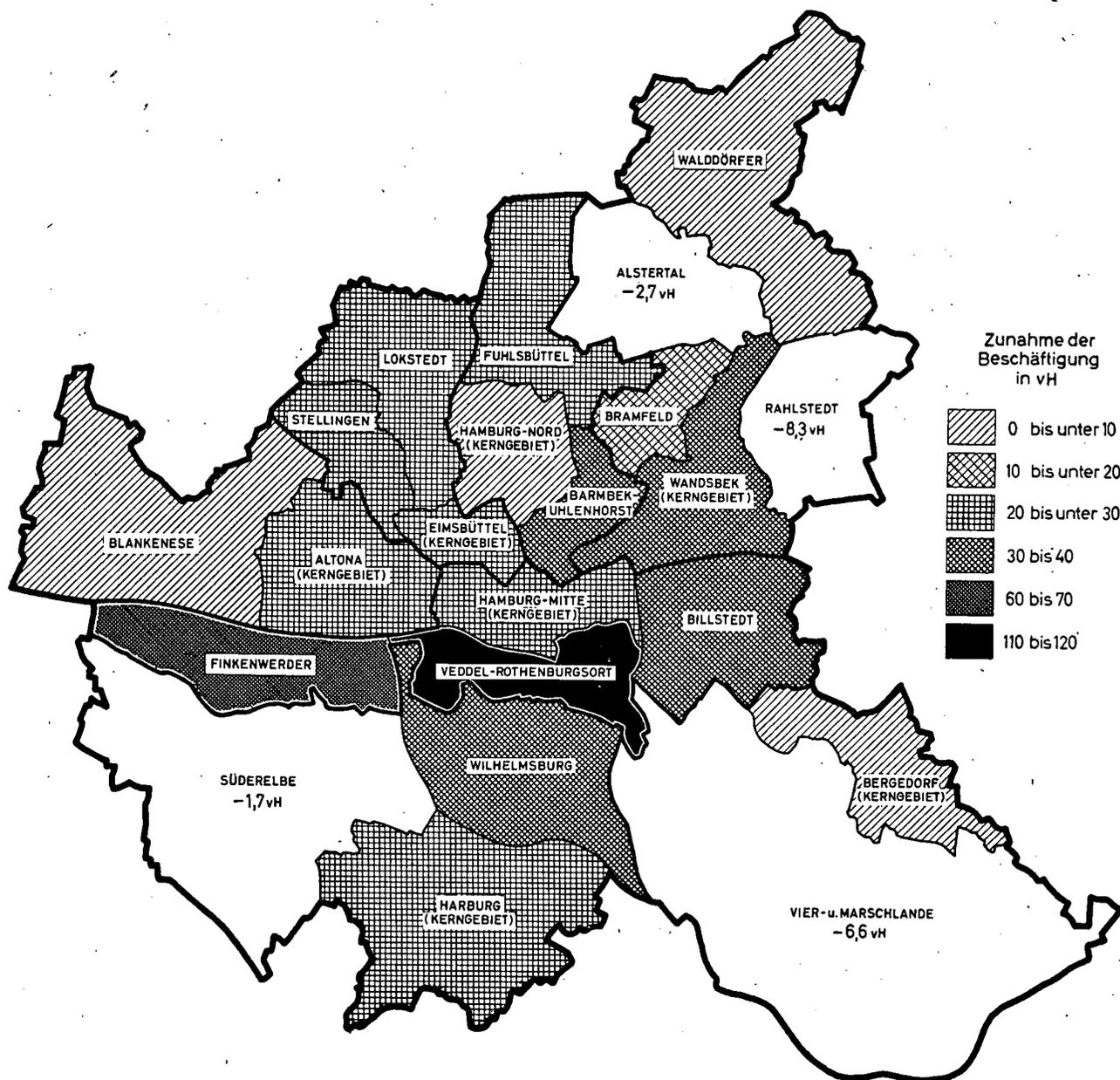
Pendelwanderung 1956? Leider können wir die Volkszählungsergebnisse von 1950 nicht uneingeschränkt mit den Zahlen der Verkehrszählung 1956 vergleichen. Wie schon erwähnt, hat ein kleinerer Prozentsatz der Berufstätigen seinen Erhebungsbogen nicht oder nur unvollständig ausgefüllt. Zudem enthalten die Vergleichszahlen von 1950 einige Personengruppen, die bei einer auf Verkehrsfragen zielenden Erhebung stören würden. Gemeint sind einmal die **Erwerbslosen**, die **Auspendler** und die **Erwerbspersonen der Schiffsbevölkerung**. Es fehlen ferner Seeleute auf See und Berufstätige, die zum Zeitpunkt der Erhebung im Ausland oder weit entfernten Gemeinden tätig waren. Eine andere bedeutende Gruppe, die freilich schon 1950 nicht mit der innerstädtischen Pendelwanderung verschmolzen werden konnte, muß auch heute gesondert dargestellt werden: die **Einpendler**¹⁾ aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Trotz aller

Einschränkungen läßt sich für eine ganze Reihe von Ortsteilen mit Sicherheit eine Zunahme der Beschäftigung feststellen. Weniger sicher können wir auf eine Abnahme schließen, wenn die Zahl für 1956 unter der von 1950 liegt. Wir müssen dann die fehlenden Angaben und Personengruppen berücksichtigen und uns mit einer Schätzung helfen. **Schaubild 3** zeigt die geschätzten Zu- oder Abnahmen der Berufstätigen in den 7 Kerngebieten und 15 Ortsamtsbereichen. In den am Rande gelegenen Ortsämtern Vier- und Marschlande, Süderelbe, Blankenese, Walddörfer, Alstertal und Rahlstedt ist die Beschäftigung gegenüber 1950 nur unwesentlich gestiegen oder sogar zurückgegangen. Wenn wir die Zunahme der Arbeitnehmer nach der Arbeitsmarktstatistik mit rd. 25 vH als Durchschnitt zugrunde legen wollen, dann bewegt sich die geschätzte

¹⁾ Vgl. „Die Pendelwanderung zwischen Hamburg und seiner Umgebung“, „Hamburg in Zahlen“, Jahrg. 1958, Nr. 9.

Schaubild 3

Die Zu- oder Abnahme der Beschäftigung von 1950 bis 1956 nach Ortsamtsbereichen bzw. Kerngebieten der Bezirke [geschätzt]



Beschäftigungszunahme in den Kerngebieten der Bezirke Hamburg-Mitte, Harburg, Eimsbüttel und Altona sowie in den Ortsämtern Stellingen, Lokstedt und Fuhlsbüttel im Rahmen des Durchschnitts. Unter dem Durchschnitt liegende Zunahmen sind für das Kerngebiet des Bezirks Wandsbek und die Ortsämter Wilhelmsburg, Billstedt und Barmbek-Uhlenhorst abzulesen. Außergewöhnlich hoch liegt der Zuwachs in den beiden Ortsämtern Finkenwerder und vor allem **Veddel-Rothenburgsort**. Das weist darauf hin, daß die Schifffahrt, der Hafenverkehr und die damit verbundenen Industrien zwischen 1950 und 1956 den stärksten Aufschwung erlebt haben. Allerdings war die Lage gerade in diesen Wirtschaftszweigen 1950 noch weiter von dem Vorkriegsstand entfernt als in anderen.

2. Wo lagen die

Schwerpunkte der Beschäftigung 1956?

Die in der Überschrift gestellte Frage läßt sich recht gut am Beispiel des *Schaubildes 4* erläutern. *Schaubild 4* ist das Foto eines Modells, welches die Zusammenballung der Berufstätigen am Arbeitsplatz darstellt. Auf die Fläche der Hansestadt wurden Schichten aufgetragen, je nach der Anzahl der Beschäftigten je ha. Dabei liegt ein einfacher Maßstab zugrunde: 5 Berufstätige je ha entsprechen 1 mm Höhe. Die Zahlen der Berufstätigen wurden bei der Aufbereitung der Verkehrszählung 1956 in feinsten regionaler Gliederung in 1258 Stimmbezirken gewonnen. Nur beim Hafen ist die Stimmbezirkseinteilung noch so groß, daß sich keine kleineren Schwerpunkte abheben. Sie gehen im Flächendurchschnitt unter. Ganz anders im Stadtkern; hier gibt dieses Modell Beschäftigungszentren von der Größe des Fernmeldeamtes in der Schlüterstraße oder der Grindelhochhäuser wieder. Wir erkennen sie als schmale dunkle Türmchen neben dem überragenden „Massiv“ der Innenstadt.

Das Auftragen der Höhenschichten je nach der Beschäftigtendichte hat ein „Dichtegebirge“ entstehen lassen, das nicht einfach zu beschreiben ist. Es gibt keine großen „Höhenzüge“, sondern vielfach von „Tälern“ durchbrochene Terrassen, aus denen einzelne Türmchen herausragen. Abgesehen von vielen Einzelheiten, die sich nicht durch eine Fotografie wiedergeben lassen, fällt sofort zweierlei ins Auge:

(1) Auch die Arbeitsplätze drängen sich in einer „Kernzone“ zusammen. Hier dürfen wir jedoch nicht wie bei den Wohngebieten an der Elbe haltmachen, sondern müssen den Hafen einbeziehen. Um die Kernzone herum liegt der breite Gürtel der Randgebiete mit unvergleichlich niedrigeren Beschäftigtendichten. In ihnen haben sich noch keine bedeutungsvollen Schwerpunkte herausgebildet, wie wir sie in den Bezirken Harburg und Bergedorf finden. Andererseits ragen die Ausläufer der Kernzone in die Randgebiete hinein. Sehr gut erkennbar sind die Ausstrahlungen vom Kerngebiet Altonas in die westlichen an der Elbe gelegenen Stadtteile, vom Kerngebiet Eimsbüttels nach Stellingen, im Bezirk Wandsbek und vom Bezirk Hamburg-Mitte nach Billstedt.

(2) Das Größenverhältnis der einzelnen Beschäftigungsschwerpunkte zueinander kommt in *Schaubild 4* in ausgezeichneter Schärfe zum Ausdruck und ist vielleicht das wichtigste Ergebnis des Modellbaus. Das erdrückende Übergewicht der Innenstadt als Zentrum der Erwerbstätigkeit kann nicht deutlicher werden als durch einen Vergleich mit dem immerhin recht bedeutenden Wirtschaftszentrum Harburg. Es ist nicht verwunderlich, wenn eine derart ausgeprägte Ballung zu Verkehrsschwierigkeiten führt, nicht zuletzt deswegen, weil die in diesem Ballungsgebiet Berufstätigen morgens innerhalb einer kurzen Zeitspanne ihre Arbeit aufnehmen müssen. Die meisten benutzen vermutlich eines der öffentlichen Verkehrsmittel. Nähere Aufschlüsse hierüber und über die Streuung der Arbeitsbeginn- und -endzeiten wird die Auswertung des Ballungsgebietes Innenstadt liefern.

Schaubild 6 zeigt uns die Dichten der Berufstätigen je ha. Eine ähnliche nach Stimmbezirken eingeteilte Karte hat bei der Auswahl der Ballungsgebiete als Arbeitsunterlage gedient. Auch hier wurde, um die Übergangszonen herauszuarbeiten, bei den flächenmäßig großen Ortsteilen der Randgebiete in Einzelfällen die feinere Unterteilung in Stimmbezirke gewählt. Die Grenzen der einzelnen Beschäftigungszentren — sie sind weiß ausgewiesen — erkennen wir besser als im Modell (*Schaubild 4*), aber die Niveauunterschiede treten bei weitem nicht so klar hervor.

Bevor wir die einzelnen Ballungsgebiete abgrenzen, wollen wir am *Schaubild 5* untersuchen, welche **Wirtschaftsabteilungen** in den einzelnen Gebietsteilen überwiegen bzw. wo die Schwerpunkte der wichtigsten Wirtschaftsabteilungen liegen. Die Ausgangszahlen des *Schaubildes* entstammen der Arbeitsstättenzählung 1950. Zum heutigen Zeitpunkt würden alle dargestellten Kreise größer sein, vielleicht wäre auch manch ein Kreis überdurchschnittlich gewachsen, z. B. in den Ortsämtern Veddel-Rothenburgsort und Finkenwerder. Das Kerngebiet des Bezirks Hamburg-Mitte weist in jeder der hier betrachteten 5 Wirtschaftsabteilungen mehr Beschäftigte auf als irgendein anderes Kerngebiet bzw. Ortsamt. Im übrigen kann man die einzelnen Gebietsteile recht charakterisieren, je nachdem, ob die Eisen- und Metallzeugung und -verarbeitung und die anderen verarbeitenden Gewerbe oder aber öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse sowie Handel, Geld- und Versicherungswesen an Bedeutung überwiegen. In den Kerngebieten der Bezirke Harburg, Altona und Wandsbek sowie in den Ortsämtern Wilhelmsburg, Veddel-Rothenburgsort, Finkenwerder, Barmbek-Uhlenhorst und Billstedt wiegen die gewerblich Beschäftigten schwerer. In den Kerngebieten der Bezirke Hamburg-Mitte, Eimsbüttel und Hamburg-Nord spielen Verwaltung und Handel eine größere Rolle. Das *Gesamtbild* zeigt:

- (1) Die Zahl der Arbeitsplätze nimmt ganz deutlich mit der Entfernung vom Stadtkern rasch ab.
- (2) In jedem der 15 Ortsamtsbereiche und 7 Kerngebiete sind die Arbeitsplätze der hier betrachteten 5 Wirtschaftsabteilungen ziemlich gut durchmischt.

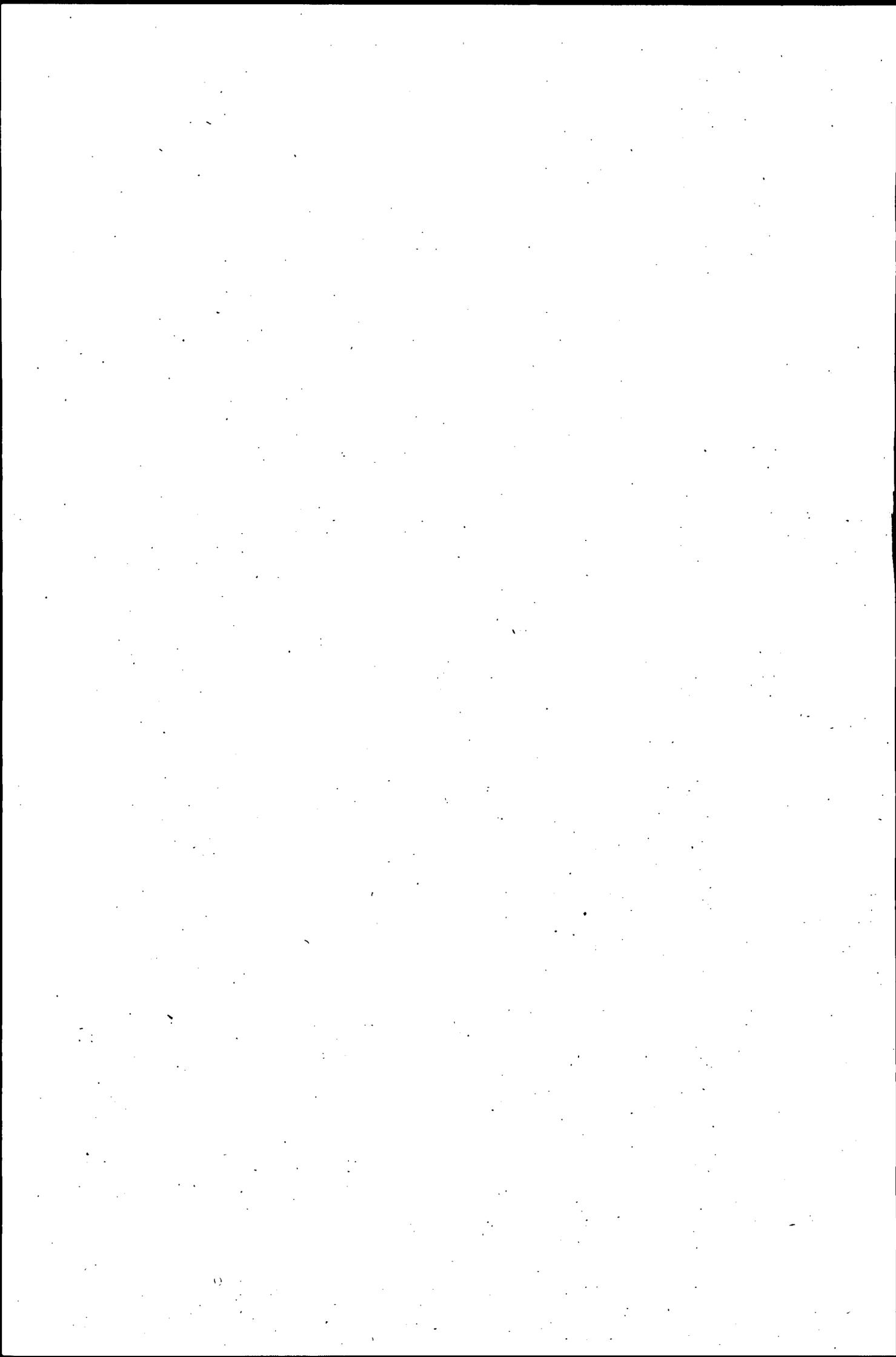
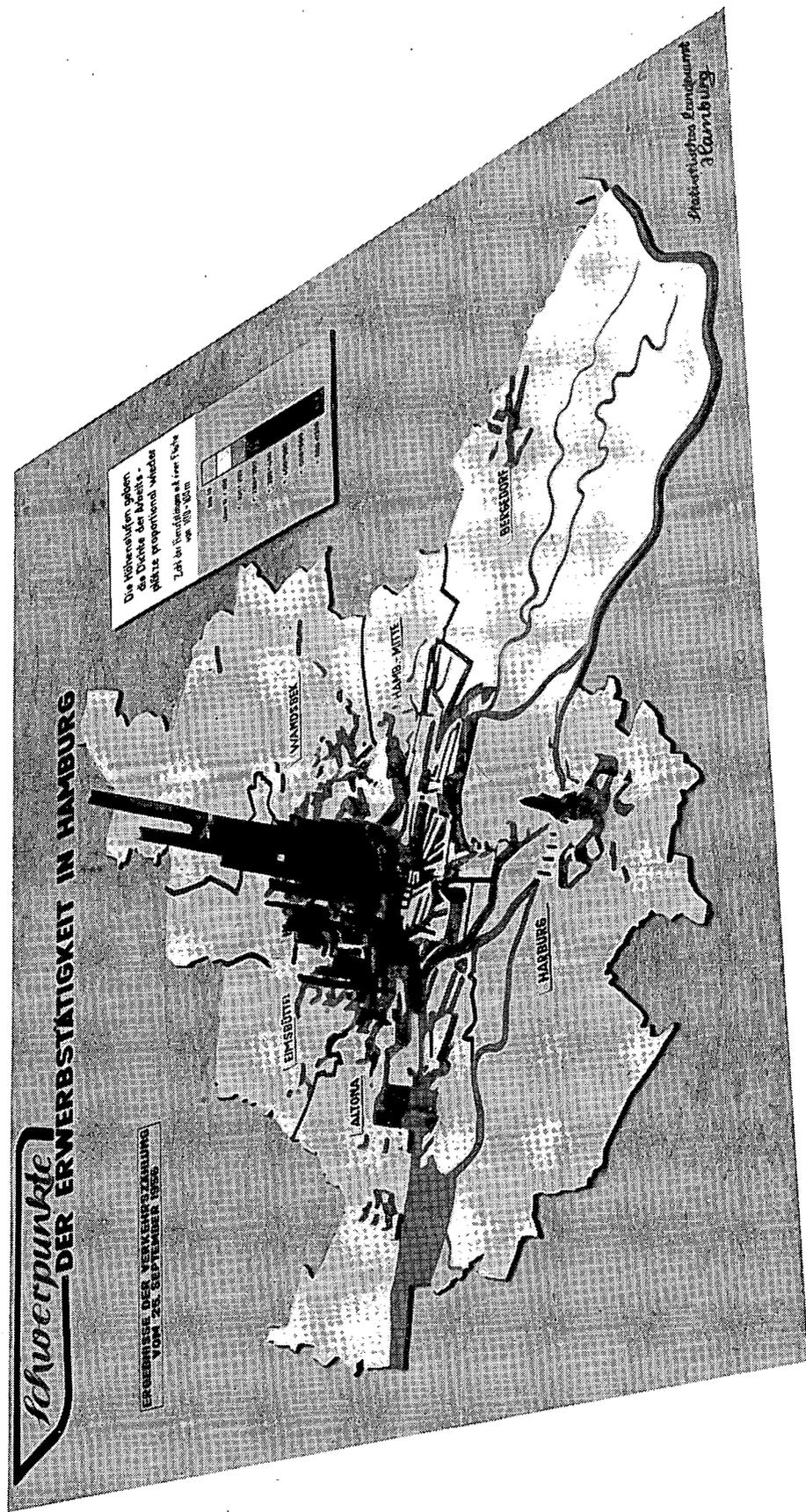
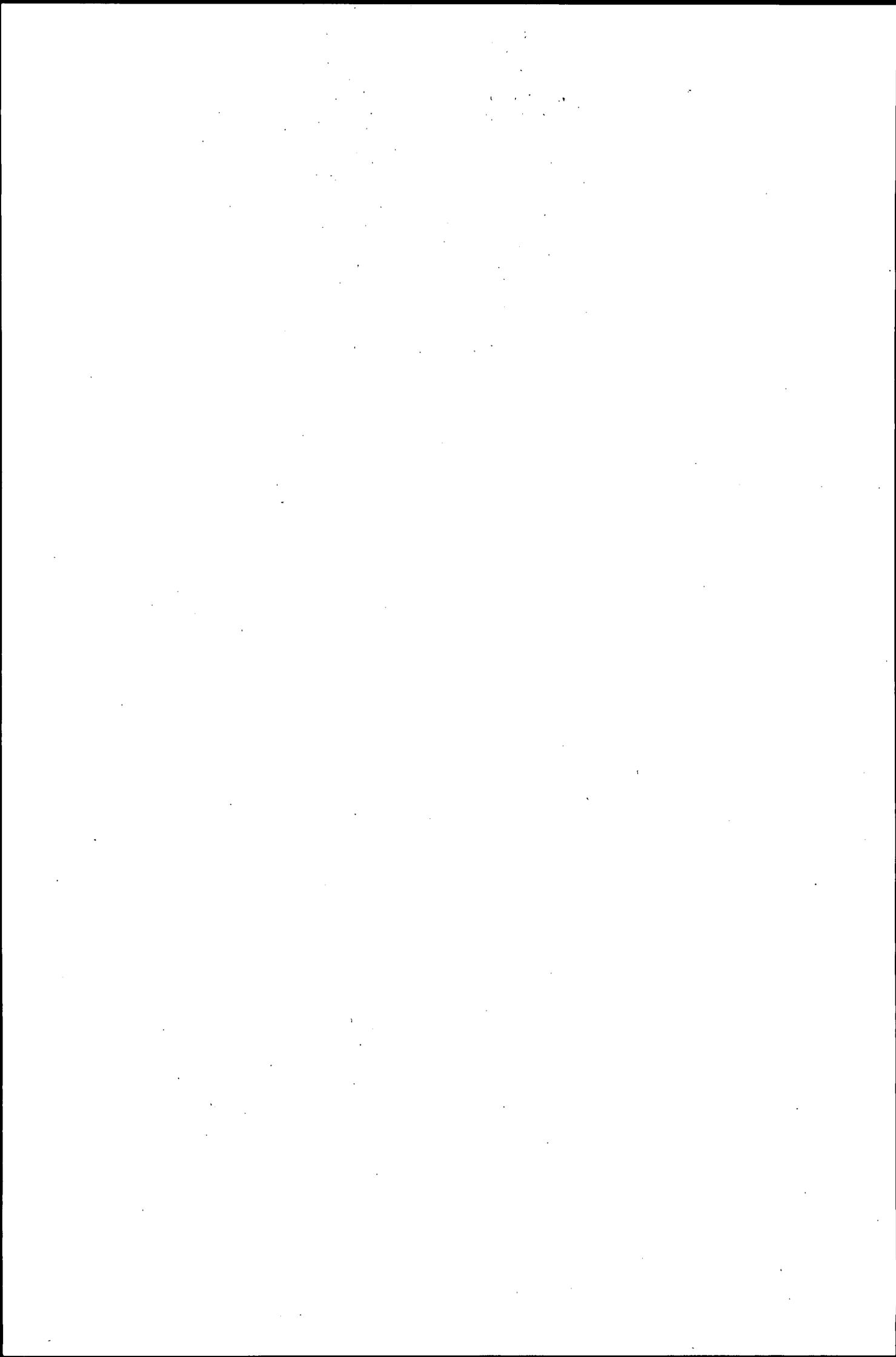
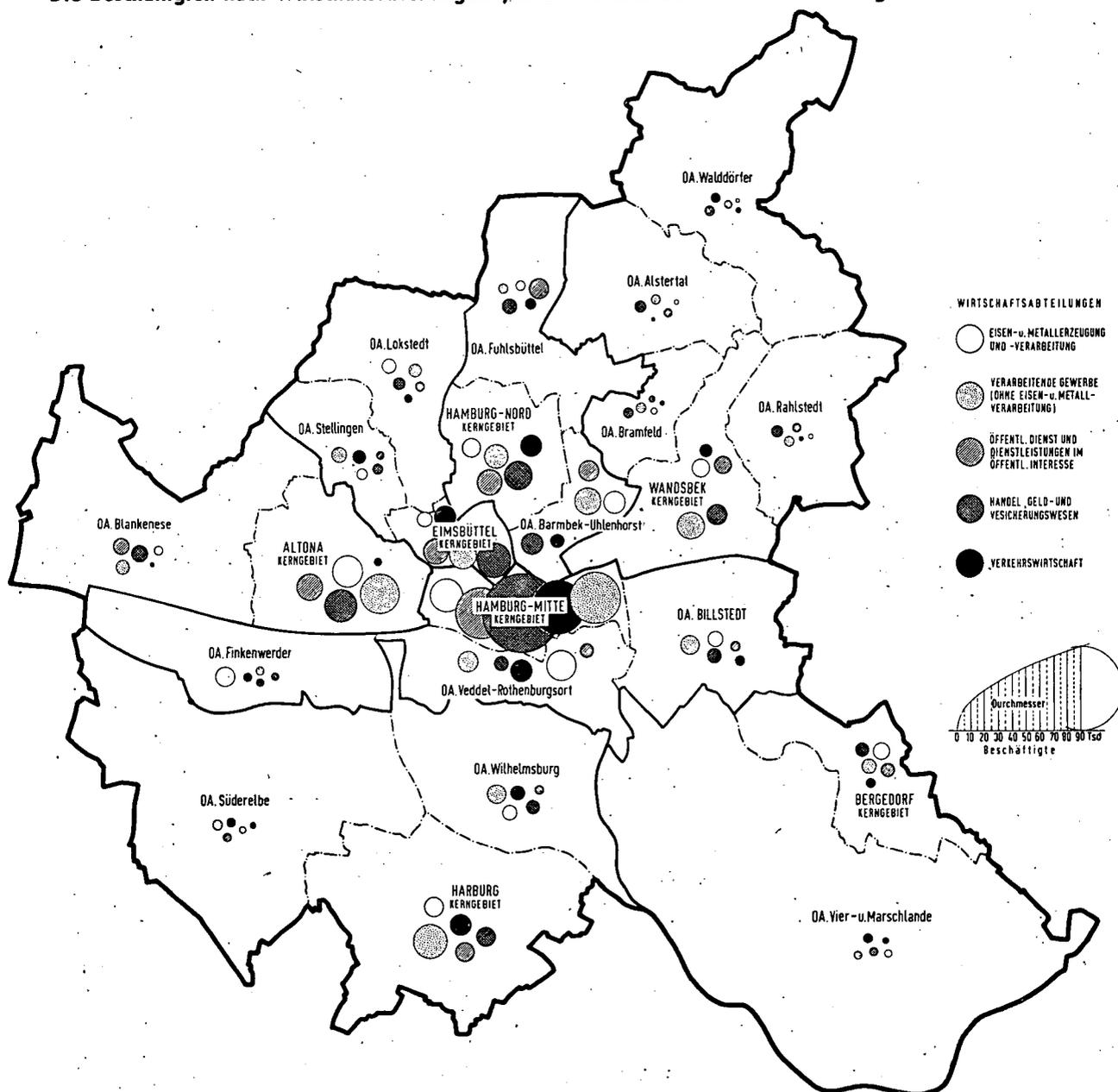


Schaubild 4





Die Beschäftigten nach Wirtschaftsabteilungen ¹⁾ in den Ortschaftsbereichen bzw. Kerngebieten der Bezirke



¹⁾ Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1950.

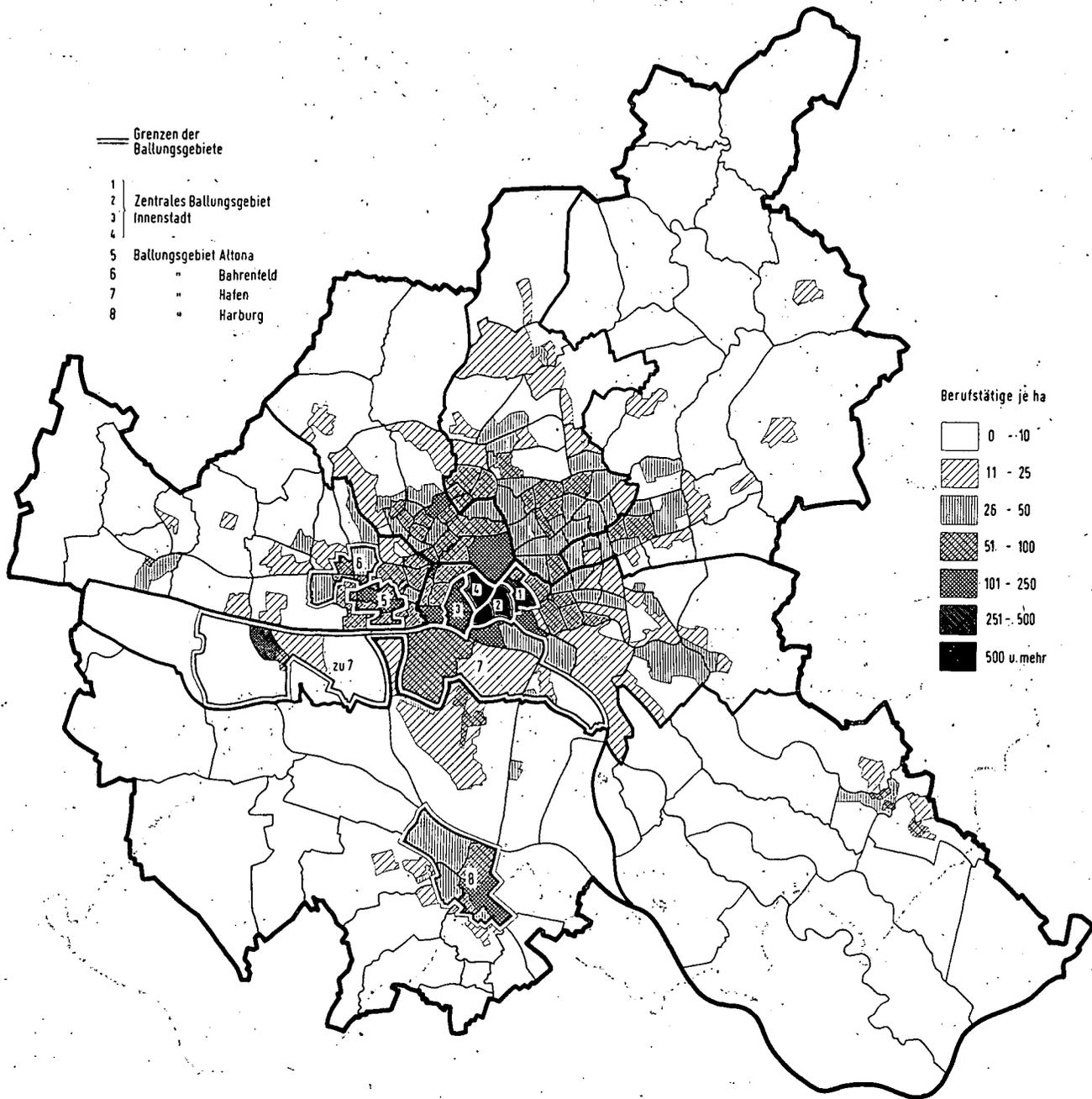
Die Auswahl der **Ballungsgebiete** muß nach den Gesichtspunkten des Verkehrs entschieden werden. Im Anschluß an diese Arbeit sollen die in sie mündenden und die von ihnen ausgehenden Verkehrsströme näher untersucht werden. 3 Beschäftigungszentren standen von vornherein fest: die Innenstadt, der Hafen und das eigenständige Zentrum Harburg. Schwieriger war es, aus den Randzentren nördlich der Elbe eine Auswahl zu treffen. Verschiedene kleinere Schwerpunkte, z. B. im Stadtteil Rotherbaum, um den Bahnhof Altona herum, in den Stadtteilen Bahrenfeld, St. Pauli und Hoheluft-West und -Ost, die Grindelhochhäuser und am Goldbeckplatz usw. bieten sich an. Von ihnen kommt Altona und Bahrenfeld am meisten Bedeutung zu; sie wurden in die engere Auswahl der zunächst zu untersuchenden Beschäftigungs-

schwerpunkte aufgenommen. Die Abgrenzung der Ballungsgebiete sollte sich möglichst eng an die natürlichen Grenzen der Beschäftigungsschwerpunkte anlehnen. Deswegen wurden nicht einfach mehrere Ortsteile zusammengefaßt, sondern in der Regel nur ihre wirklich dicht bebauten Oberzählbezirke einbezogen.

In das **Ballungsgebiet Altona**¹⁾ fallen lediglich die beiden Ortsteile 203 und 212 vollständig, 6 andere Ortsteile nur teilweise mit mehreren Oberzählbezirken. Welche Ortsteile berührt werden, und ob sie ganz oder nur zum Teil zu einem Ballungsgebiet gehören, ist der Übersicht zu entnehmen, die wir für jedes Ballungsgebiet anführen.

¹⁾ Die Bezeichnungen der Ballungsgebiete sollen nur eine ungefähre Vorstellung von ihrer Lage geben; sie sind nicht zu verwechseln mit den amtlichen Gebietsbezeichnungen.

Beschäftigungsschwerpunkte in Hamburg



Berufstätige im Ballungsgebiet Altona

Ortsteile, die ganz oder teilweise in ein Ballungsgebiet fallen	Stadtteile	Berufstätige in den genannten Ortsteilen überhaupt	Berufstätige in den genannten Ortsteilen, soweit sie in ein Ballungsgebiet fallen	darunter ¹⁾		Berufstätige (Sp. 2) im Ballungsgebiet je ha
				Selbständige, mith. Fam.-Angeh., Beamte, Angestellte, Kfm., techn. Verw.-Lehrl.	Arbeiter; gewerbl. Lehrlinge	
		1	2	3	4	5
202	Altona-Altstadt	3 259	2 477	1 664	806	128
203	Altona-Altstadt	4 468	4 468	3 294	1 162	119
204	Altona-Altstadt	2 543	1 116	746	364	77
207	Altona-Nord	6 951	2 957	1 841	1 115	211
210	Ottensen	3 429	543	291	251	69
211	Ottensen	5 205	1 103	419	680	121
212	Ottensen	7 430	7 430	4 248	3 160	198
213	Ottensen	4 316	2 729	1 565	1 154	92
Ballungsgebiet Altona zusammen			22 823	14 068	8 692	134

¹⁾ Es fehlen Schüler, Studenten, Hausfrauen und Rentner mit Nebenerwerbstätigkeit.

Das ganze Gebiet reicht vom Fischereihafen bis zum Bahnhof Altona, umschließt Altonas ehemalige Altstadt bis etwa zur Blücherstraße und ragt nach Ottensen bis zum Höhenzollernring hinein. Hier waren Ende 1956 nach der Verkehrszählung beinahe 23 000 Einwohner beschäftigt. Wenn man die fehlenden Angaben hinzurechnet, mögen es rd. 25 000 gewesen sein. Was läßt sich über den Charakter dieses Ballungsgebietes sagen? Einmal sind hier eine Reihe von Gewerbebetrieben ansässig, zum anderen aber auch zahlreiche Verwaltungen. Daneben ist Altona-Ottensen auch ein bedeutendes Wohngebiet. Der Anteil der auf dem Wohngrundstück Beschäftigten liegt hier bei 8,5 vH und damit höher als in allen anderen Ballungsgebieten. Von ihnen arbeitet die überwiegende Mehrzahl als Selbständige oder mithelfende Familienangehörige. Unter den dort Berufstätigen insgesamt überwiegen die Angestellten; den rd. 8700 Arbeitern stehen 14 000 Angestellte, Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige gegenüber.

In engster Nachbarschaft zum Beschäftigungsschwerpunkt „Altona“ liegt das **Ballungsgebiet Bahrenfeld**. Es erstreckt sich zu beiden Seiten der S-Bahn-Linie nach Blankenese. Sein flächenmäßig größter Teil liegt nördlich davon. Seine Bedeutung als Beschäftigungsschwerpunkt verdankt dieses Gebiet einigen großen Industriebetrieben. Mit über 17 000 Berufstätigen ist es das kleinste aller zu nächst ausgewählten Ballungsgebiete. Von dieser Gesamtzahl entfallen 64 vH auf Arbeiter und nur 36 vH auf Angestellte, Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige. Dieser hohe für ein industrielles Ballungsgebiet typische Anteil der Arbeiter wird nur noch im Hafen überboten. Je höher der Anteil der Arbeiter unter den Berufstätigen, desto wichtiger sind die frühliegenden Arbeitsbeginnzeiten. Angestellte pflegen ihren Dienst später als Arbeiter anzufangen. Diese Unterschiede in der Zusammensetzung der Berufstätigen wirken sich unmittelbar auf die Nachfrage nach Verkehrsleistungen aus.

Berufstätige im Ballungsgebiet Bahrenfeld

Ortsteile, die ganz oder teilweise in ein Ballungsgebiet fallen	Stadtteile	Berufstätige in den genannten Ortsteilen überhaupt	Berufstätige in den genannten Ortsteilen, soweit sie in ein Ballungsgebiet fallen	darunter ¹⁾		Berufstätige (Sp. 2) im Ballungsgebiet je ha
				Selbständige, mith. Fam.-Angeh., Beamte, Angestellte, kfm., techn. Verw.-Lehrl.	Arbeiter, gewerbl. Lehrlinge	
		1	2	3	4	5
210	Ottensen	3 429	2 586	894	1 687	98
211	Ottensen	5 205	2 379	1 054	1 321	93
214	Bahrenfeld	8 692	6 419	2 170	4 228	57
215	Bahrenfeld	5 909	3 087	1 095	1 988	78
218	Othmarschen	5 823	2 954	995	1 950	92
Ballungsgebiet Bahrenfeld zusammen			17 425	6 208	11 174	74

¹⁾ Es fehlen Schüler, Studenten, Hausfrauen und Rentner mit Nebenerwerbstätigkeit.

Der wirtschaftliche Schwerpunkt Harburgs besteht in unserer Abgrenzung aus dem Ortsteil 701 und mehreren Oberzählbezirken der Ortsteile 702, 705 und 711. Er umfaßt damit Hafen- und Industrie-flächen, aber auch die Verwaltungs- und Bürohäuser des Harburger Zentrums. Die Beschäftigten dichten Harburgs sind mit denen des Ballungsgebietes Bahrenfeld am ehesten vergleichbar. Auch die Zusammensetzung der rd. 30 000 Berufstätigen ähnelt sich: die Anteile der Selbständigen, der Angestellten, der Facharbeiter sowie der mithelfen-

den Familienangehörigen stimmen annähernd überein. Ein deutlicher Unterschied ergibt sich bei Beamten, angelernten und ungelerten Arbeitern. Im Ballungsgebiet Harburg wiegt der Anteil der Beamten mit 6,8 vH schwerer als im Ballungsgebiet Bahrenfeld mit nur 1,4 vH. Auf der anderen Seite werden in Harburg verhältnismäßig weniger angelernte und ungelerte Arbeiter beschäftigt. Von 100 Arbeitern waren im Ballungsgebiet Harburg 47 an- oder ungelert, im Ballungsgebiet Bahrenfeld dagegen 54.

Berufstätige im Ballungsgebiet Harburg

Ortsteile, die ganz oder teilweise in ein Ballungsgebiet fallen	Stadtteile	Berufstätige in den genannten Ortsteilen überhaupt	Berufstätige in den genannten Ortsteilen, soweit sie in ein Ballungsgebiet fallen	darunter ¹⁾		Berufstätige (Sp. 2) im Ballungsgebiet je ha
				Selbständige, mith. Fam.-Angeh., Beamte, Angestellte, kfm., techn. Verw.-Lehrl.	Arbeiter, gewerbl. Lehrlinge	
		1	2	3	4	5
701	Harburg	4 639	4 639	3 028	1 590	49
702	Harburg	18 237	17 977	7 472	10 484	82
705	Wilstorf	2 976	911	329	582	36
711	Heimfeld	11 043	6 245	1 823	4 419	28
Ballungsgebiet Harburg zusammen			29 772	12 652	17 075	53

¹⁾ Es fehlen Schüler, Studenten, Hausfrauen und Rentner mit Nebenerwerbstätigkeit.

Ein Wirtschaftszentrum mit besonderer Bedeutung für Hamburg ist der **Hafen**. Er kann uns hier nur verkehrsmäßig interessieren. Die Weitläufigkeit der Hafenanlagen einerseits und die grobe Einteilung selbst der Oberzählbezirke andererseits bringen es mit sich, daß im Hafen keine besonders hohen rechnerischen Beschäftigungsdichten erreicht werden. Trotzdem wurde das gesamte Hafengebiet von dem Stadtteil Finkenwerder bis zum Stadtteil Klostertor zu einem Ballungsgebiet zusammengefaßt. Der An- und Abtransport der Arbeitskräfte ist für den Hafen ganz besonders untersuchungswürdig, da er als Wohngebiet keinerlei Bedeutung mehr besitzt: fast jeder dort Berufstätige muß

einen mehr oder weniger weiten Weg zurücklegen. Die Verkehrszählung 1956 ergab knapp 62 000 Berufstätige in dem von uns als „Hafen“ bezeichneten Gebiet. Zusammen mit den Einpendlern aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen liegt die Gesamtzahl schätzungsweise zwischen 75 000 und 80 000. Charakteristisch für das Ballungsgebiet Hafen ist der hohe Anteil der Arbeiter (74 vH) und besonders der Facharbeiter (41 vH). Angestellte, Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige kommen zusammen auf rd. 26 vH. Der Anteil der auf dem Wohngrundstück Beschäftigten liegt im Hafen mit 2,5 vH außerordentlich niedrig.

Berufstätige im Ballungsgebiet Hafen

Ortsteile, die ganz oder teilweise in ein Ballungsgebiet fallen	Stadtteile	Berufstätige in den genannten Ortsteilen überhaupt	Berufstätige in den genannten Ortsteilen, soweit sie in ein Ballungsgebiet fallen	darunter 1)		Berufstätige (Sp. 2) im Ballungsgebiet je ha
				Selbständige, mith. Fam.-Angeh., Beamte, Angestellte, kfm.-techn. Verw.-Lehrl.	Arbeiter, gewerbl. Lehrlinge	
		1	2	3	4	5
103	Hamburg-Altstadt	7 807	7 807	4 117	3 678	140
116	Klostertor	1 941	1 941	657	1 283	31
135	Veddel	9 614	9 614	2 599	6 929	38
136	Kleiner Grasbrook	3 417	3 417	1 045	2 360	16
137	Steinwerder	24 548	24 548	4 569	19 940	70
138	Waltershof	2 379	2 379	689	1 687	6
139	Finkenwerder	12 010	12 010	2 436	9 544	11
Ballungsgebiet Hafen zusammen			61 716	16 112	45 421	26

1) Es fehlen Schüler, Studenten, Hausfrauen und Rentner mit Nebenerwerbstätigkeit.

Als letztes und größtes bleibt das **zentrale Ballungsgebiet Innenstadt** kurz zu beschreiben. Heute ist Hamburgs City ein reines Geschäftsviertel. Noch vor wenigen Jahrzehnten war sie mit zahlreichen Wohnungen durchsetzt. Im Laufe der Zeit wurden

die Wohnungen nach und nach durch Arbeitsstätten verdrängt. Diese Entwicklung ist selbst heute noch zu beobachten, z. B. bei der Neuplanung des Gebiets zwischen Dammtorwall, Caffamacherreihe und Valentinskamp.

Berufstätige im zentralen Ballungsgebiet Innenstadt

Ortsteile, die ganz oder teilweise in ein Ballungsgebiet fallen	Stadtteile	Berufstätige in den genannten Ortsteilen überhaupt	Berufstätige in den genannten Ortsteilen, soweit sie in ein Ballungsgebiet fallen	darunter 1)		Berufstätige (Sp. 2) im Ballungsgebiet je ha
				Selbständige, mith. Fam.-Angeh., Beamte, Angestellte, kfm.-techn. Verw.-Lehrl.	Arbeiter, gewerbl. Lehrlinge	
		1	2	3	4	5
113	St. Georg	6 604	2 494	1 716	771	172
114	St. Georg	19 199	19 199	13 942	5 174	257
115	Klostertor	9 689	4 534	2 773	1 757	391
Teil A zusammen		35 492	26 227	18 431	7 702	260
101	Hmb.-Altstadt	59 157	59 157	47 555	11 534	939
102	Hmb.-Altstadt	31 987	31 987	24 937	6 979	586
Teil B zusammen		91 144	91 144	72 492	18 513	775
104	Neustadt	6 559	6 559	3 888	2 651	186
105	Neustadt	8 160	8 160	6 875	1 265	131
106	Neustadt	4 128	4 128	2 719	1 392	158
Teil C zusammen		18 847	18 847	13 482	5 308	152
107	Neustadt	42 365	42 365	31 773	10 516	589
Teil D zusammen		42 365	42 365	31 773	10 516	589
Zentrales Ballungsgebiet Innenstadt zusammen			178 583	136 178	42 039	431

1) Es fehlen Schüler, Studenten, Hausfrauen und Rentner mit Nebenerwerbstätigkeit.

Das zentrale Ballungsgebiet umfaßt ungefähr die alte Stadt Hamburg, die einst von einem Festungsgürtel umgeben war und noch heute an den Straßenbezeichnungen erkennbar ist: Gorch-Fock-Wall, Glockengießerwall, Klosterwall usw. Darüber hinaus wurde fast der ganze Stadtteil St. Georg und eine kleine Fläche des Stadtteils Klostertor einbezogen. Eine Zahl zeigt sogleich die Sonderstellung der Innenstadt unter den Schwerpunkten der Erwerbstätigkeit: nach der Verkehrszählung hatten dort 1956 rd. 180 000 Berufstätige ihren Arbeitsplatz. Unter Einrechnung der Fälle ohne Angabe dürfte diese Zahl über 200 000 liegen. Wenn man außerdem noch die Einpendler berücksichtigt, kann man annehmen, daß die Innenstadt Ende 1956 täglich zwischen 220 000 und 230 000 Berufstätige auf-

genommen hat. Der größte Teil von ihnen wird mit U-, S-, Straßenbahn oder Bus an den Arbeitsplatz fahren. Aus der Größenordnung dieser Zahlen wird klar, welche Verkehrsleistungen zweimal am Tag zu bewältigen sind, um allein die Berufstätigen des zentralen Ballungsgebietes zu befördern. Es ist nicht verwunderlich, wenn es den öffentlichen Verkehrsmitteln Schwierigkeiten macht, den Ansturm der 200 000 reibungslos abzuwickeln. Das zentrale Ballungsgebiet wurde, um sehr genaue Untersuchungen anstellen zu können, in die vier Teile A bis D zerlegt (vgl. Übersicht 5). Die benutzten Verkehrsmittel, die Fußwege von der Aussteigehaltestelle zum Arbeitsplatz, Beginn und Ende der Arbeitszeit werden für jedes Teilgebiet gesondert ausgezählt werden.

Übersicht 5

Die Berufstätigen in den Ballungsgebieten nach der sozialen Stellung

Soziale Stellung	Ballungsgebiete								
	Zentrales Ballungsgebiet Innenstadt zus.	davon Teil				Hafen	Altona	Bahrenfeld	Harburg
		A	B	C	D				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Selbständige	13 270	2 346	6 173	1 608	3 143	1 413	2 321	936	1 715
Mithelfende									
Familien-Angehörige	2 792	647	1 110	410	625	477	623	317	647
Beamte	14 009	3 280	3 589	3 059	4 081	2 721	2 952	242	2 028
Angestellte	96 980	11 338	55 760	7 806	22 076	10 566	7 452	4 246	7 394
Kfm., techn.									
Verw.-Lehrlinge	9 127	820	5 860	599	1 848	935	720	467	868
Facharbeiter	20 124	3 747	8 456	2 660	5 261	25 259	4 462	4 377	7 855
Angelernte Arbeiter	6 732	1 196	2 996	879	1 661	8 663	1 554	2 994	3 924
Ungelernte Arbeiter	11 046	2 047	5 213	1 256	2 530	9 658	1 777	3 070	4 074
Gewerbliche Lehrlinge	4 137	712	1 848	513	1 064	1 841	899	733	1 222
Rentner, Hausfr., Schüler, Studenten mit Erwerbstätigkeit	249	68	79	45	57	79	48	26	35
Ohne Angabe	117	26	60	12	19	104	15	17	10
Insgesamt	178 583	26 227	91 144	18 847	42 365	61 716	22 823	17 425	29 772
darunter									
auf dem Wohngrundstück beschäftigt	4 134	1 485	819	930	900	1 529	1 934	929	1 792

C. Zusammenfassung

Die Statistik der Pendelwanderung bringt Licht in eine Seite des Alltags der Arbeit: in die Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, die täglich zweimal von Hunderttausenden zurückgelegt werden. Um aber nicht in einem uferlosen Gewirr von Verkehrsbeziehungen hängen zu bleiben, ist es notwendig, Untersuchungseinheiten für zwei Fragestellungen abzugrenzen:

1. Wo arbeiten die in einem bestimmten Gebiet wohnhaften Berufstätigen?
2. Woher kommen die in einem bestimmten Gebiet erwerbstätigen Arbeitskräfte?

Sie sind ebenso wichtig wie viele verwandte Fragen der Wirtschaftsgeographie; man könnte vielleicht in diesem Zusammenhang von Arbeitsgeographie sprechen. Für die Wohngebiete haben wir die folgenden Untersuchungseinheiten herausgearbeitet, jeweils in Klammern beigefügt ist die Zahl der wohnhaften Berufstätigen, wie sie durch die Verkehrszählung 1956 ermittelt wurden.

1. **Die Kernzone** (361 000), sie umfaßt das großstädtisch bebaute Gebiet nördlich der Elbe. Für besondere Untersuchungen kann man sie durch die Alster in zwei Teile zerlegt denken.
2. **Die 6 Randzonen** (285 000), in die wir den Gürtel der dünner besiedelten Randgebiete nördlich der Elbe eingeteilt haben. Jede Randzone fällt in nur einen Bezirk, so die sogenannte 1. Randzone in den Bezirk Altona, die 2. in den Bezirk Eimsbüttel usw.
3. **Die Bezirke Harburg** (82 000) und **Bergedorf** (35 000) müssen als eigene Zentren angesehen werden, die am Austausch der Arbeitskräfte mit den übrigen Gebietsteilen bisher verhältnismäßig schwach beteiligt waren. Es bleibt zu prüfen, ob die Verflechtung enger geworden ist.

Die Untersuchungseinheiten für die zweite Fragestellung sind nach anderen Gesichtspunkten ausgewählt. Hier ist es nicht zweckmäßig, das ganze hamburgische Staatsgebiet zu zerlegen, wie es bei

den Wohngebieten geschehen ist. Wir müssen uns darauf beschränken, eine kleine Zahl von Ballungsgebieten der Beschäftigung abzugrenzen. Daraus kann kein Gesamtbild entstehen; aber die verschiedenen Engpässe des Berufsverkehrs lassen sich um so deutlicher beschreiben. Die folgenden Ballungsgebiete sollen zuerst ausgewertet werden, ihre Bedeutung ergibt sich aus den in Klammern beigefügten Zahlen der Berufstätigen.

I. **Das zentrale Ballungsgebiet Innenstadt (180 000) zusammengenommen** liegt innerhalb des alten Festungsgürtels, überschreitet ihn aber im Nordosten und schließt den Stadtteil St. Georg und einige andere wichtige Beschäftigungsgebiete ein. Der ganze Komplex des zentralen Ballungsgebietes wurde darüber hinaus in vier Teile zerlegt, um genauere Aussagen zu ermöglichen.

II. **Das Ballungsgebiet Hafen (62 000)** besitzt die größte Ausdehnung und ist gar kein typisches „Ballungsgebiet“ mit hohen Beschäftigungskonzentrationen auf engem Raum. Andere gewichtige Gründe sprachen jedoch dafür, alle in

den Hafen fallenden Gebietsteile als eine Untersuchungseinheit zu betrachten.

III. Im **Ballungsgebiet Harburg (30 000)** treffen Hafen, Industrie, Handel und Verwaltung zusammen. Vermutlich ist es der bevorzugte Arbeitsplatz der im Bezirk Harburg wohnenden Berufstätigen. Es ist ferner bekannt, daß Harburg als Arbeitsplatz der 15 000 bis 20 000 Einpendler aus Niedersachsen eine bedeutende Rolle spielt.

IV. Aus einer Gruppe von mehreren Randzentren wurden die beiden **Ballungsgebiete Altona (23 000)** und **Bahrenfeld (17 000)** in den Kreis der Ballungsgebiete einbezogen. Es ist von Interesse zu erfahren, in welchen Gebietsteilen die hier beschäftigten Berufstätigen wohnen. Ob die Anziehungskraft der kleineren Randzentren auf die weit entfernt wohnenden Erwerbstätigen ebenso stark ist wie die des zentralen Ballungsgebietes, werden weitere Untersuchungen ergeben.

Reichling, Dipl.-Volkswirt

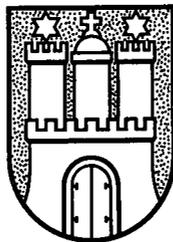
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 28. Juli 1958

Jahrgang 1958 — Heft Nr. 11



Die Behelfsheime von 30 und mehr qm in Hamburg nach der Wohnungszählung 1956

I N H A L T

- I. Vorbemerkungen
- II. Die Behelfsheime nach Zahl, Art und Größe
- III. Die Bewohner der Behelfsheime
- IV. Die regionale Verteilung der Behelfsheime
- V. Zusammenfassung und Schluß

I. Vorbemerkungen

Nachdem eine Reihe von Ergebnissen der Wohnungszählung von 1956 bereits in dieser Zeitschrift veröffentlicht wurden¹⁾, soll in diesem Beitrag ein besonderes Hamburger Problem beleuchtet werden, das der Wohnungen in Behelfsheimen mit einer Fläche von 30 und mehr qm. Der verhältnismäßig hohe Anteil dieser Wohnungen am Wohnungsbestand ließ es zweckmäßig erscheinen, für Hamburg eine gesonderte Untersuchung dieser Gruppe von Wohnungen durchzuführen.

Für die richtige Beurteilung der folgenden Ausführungen ist es jedoch wichtig, zunächst kurz die Erhebungsmethode und die speziell mit dem Problem der Behelfsheime zusammenhängenden Schwierigkeiten zu umreißen.

Bei der Wohnungszählung im September 1956 wurde in der Gebäudeliste u. a. die Frage nach der Art des Gebäudes gestellt. Für die Beantwortung waren 8 Gebäudearten aufgeführt, und zwar:

1. Notwohngebäude
2. Massive Nichtwohngebäude
3. Behelfsheime von 30 und mehr qm
4. Kleinsiedlerstellen
5. Nebenerwerbsstellen
6. Bauernhäuser
7. Ein- und Zweifamilienhäuser
8. Mehrfamilienhäuser

Für diese Begriffe waren ebenfalls in der Gebäudeliste Definitionen angegeben, um dem Ausfüllungspflichtigen (in der Regel der Gebäudeeigentümer oder Verwalter) die richtige Entscheidung zu erleichtern. Für die Gruppe der Behelfsheime von 30 und mehr qm lautete diese Definition wie folgt: „Behelfsheime sind nur behelfsmäßig errichtete Gebäude mit beschränkter Nutzungsdauer, selbst

wenn sie durch Ummauerung oder ähnliche Maßnahmen winterfest gemacht wurden“.

Diese weitgefaßte Formulierung des Begriffs „Behelfsheim“ — die gewählt wurde, um die Ausfüllenden nicht durch allzuviel abgrenzende Einzelheiten zu verwirren — mußte zur Folge haben, daß Grenzfälle, sowohl zur Gruppe der Einfamilienhäuser als auch zu den Notwohngebäuden, nicht immer richtig erfaßt wurden. An dieser Schwierigkeit änderte auch nichts die ausführlichere Definition im Schlagwortverzeichnis für die Zähler, wo das Attribut „behelfsmäßig“ noch näher erläutert wurde: „in der Regel aus fabrikmäßig hergestellten Einzelbauteilen, also nicht in massiver Bauweise errichtete Gebäude“. Behelfsheime unter 30 qm galten als Notwohngebäude.

Es ist auf Grund dieser Abgrenzungsschwierigkeiten sehr wahrscheinlich, daß einerseits kleinere Einfamilienhäuser und auf der anderen Seite sehr notdürftige Unterkünfte von den Bewohnern teilweise als „Behelfsheim“ angegeben wurden, obwohl sie bei strenger Auslegung des Begriffs nicht darunter fallen würden. Inwieweit dadurch die Zahl der erfaßten Behelfsheime von 30 und mehr qm beeinflußt wurde, läßt sich nicht genau sagen. Hinzu kommt, daß auf Grund einer Senatsverordnung von 1955 für Behelfsheime unter bestimmten Voraussetzungen eine Grundsteuerbefreiung gewährt wird. Auch diese Tatsache mag manche Bewohner dazu bewogen haben, ihr Haus bei der Wohnungszählung als „Behelfsheim“ zu deklarieren, obgleich es der Begriffsbestimmung nicht ganz entsprach.

Diese Probleme bei der Abgrenzung des Begriffs „Behelfsheim“ müssen bei der Interpretation der folgenden Zahlen berücksichtigt werden, da sie sich naturgemäß in den Grenz- und Extremfällen aus-

¹⁾ Hamburg in Zahlen, Jg. 1957, Heft 12 und Jg. 1958, Heft 6.

wirken und hier evtl. zu falschen Schlußfolgerungen führen könnten. In erster Linie dürften sich diese methodischen Fragen in der Gesamtzahl der bei der Wohnungszählung 1956 erfaßten Behelfsheime von 30 und mehr qm bemerkbar machen. Für das Gebiet des Bundeslandes Hamburg ergab sich bei der Zählung ein Bestand von insgesamt 36 405 Behelfsheimen von 30 und mehr qm mit 37 552 Wohnungen, das sind 7,6 vH aller Normalwohnungen. Das bedeutet, wie Übersicht 1 zeigt, eine Zunahme der Behelfsheimwohnungen seit 1950 um 10 863 Wohnungen oder 40,7 vH, während ihr Anteil an den Normalwohnungen nur geringfügig um 0,3 vH zurückgegangen ist. Dieser relativ hohe Bestand an Behelfsheimwohnungen und ihr Zuwachs seit 1950 läßt sich aus den rein zahlenmäßigen Unterlagen nicht begründen. Es sollen hier jedoch einige Bemerkungen über die Faktoren gemacht werden, welche diese Zahlen beeinflußt haben könnten, damit die Ergebnisse in richtigem Licht gesehen werden.

Übersicht 1 Normal- und Behelfsheimwohnungen 1950 und 1956

Jahre	Normal- wohnungen ¹⁾	darunter Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm
1950		
absolut	336 413	26 689
vH	100	7,9
1956		
absolut	494 787	37 552
vH	100	7,6
Ver- änderungen 1956 gegenüber 1950		
absolut	+ 158 374	+ 10 863
vH	+ 47,1	+ 40,7

¹⁾ einschl. Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm.

Neben den bereits ausgeführten Schwierigkeiten innerhalb der Zählung von 1956 muß hier bezüglich der Vergleichbarkeit der Zählungsergebnisse von 1950 und 1956 noch folgendes berücksichtigt werden. Die Wohnungszählung 1950 war gekoppelt mit einer allgemeinen Volks- und Berufszählung, wodurch sich eine außerordentliche Belastung der Bevölkerung durch diese umfangreiche Erhebung ergab. Aus diesem Grunde waren die Fragen der Wohnungszählung so einfach wie möglich gehalten worden. 13 Gebäudearten waren vorgeschrieben, denen jedes Gebäude zuzuordnen war, jedoch fehlte jede nähere Definition dieser Begriffe. Man hatte davon abgesehen, um der Bevölkerung verwirrende Einzelheiten zu ersparen, und in der Annahme, daß die angegebenen Gebäudearten einigermaßen klar zu unterscheiden seien. Bei der Auswertung der Zählung von 1950 stellte sich jedoch heraus, daß infolge der fehlenden Begriffsbestimmungen nicht immer genaue Zuordnungen erfolgen konnten. So heißt es z. B. in einem Bericht des Verbandes Deutscher Städtestatistiker zur Wohnungszählung¹⁾: „Vielfach sind ... einfach gebaute Einfamilien-

¹⁾ Der deutsche Zensus 1950 vom Standpunkt der Städte, Erfahrungen — Erkenntnisse — Reformvorschläge. Herausgegeben im Auftrage des Deutschen Städtetages vom Verband Deutscher Städtestatistiker, Essen 1954, S. 90.

häuser als Behelfsheime, andere dagegen als Einfamilienhäuser bezeichnet worden“.

Es ist also so, daß die Zählungsergebnisse sowohl von 1950 als auch von 1956 unter diesen methodischen Schwierigkeiten stehen, die sich jeweils in verstärktem Maße bei dem problematischen Begriff „Behelfsheim“ auswirken. In welchem Ausmaß und in welcher Richtung Abweichungen vorgekommen sind, läßt sich nachträglich nicht mehr feststellen, so daß gerade bei einer vergleichenden Betrachtung der Ergebnisse beider Zählungen Vorsicht geboten erscheint. Die Zunahme der Behelfsheimwohnungen um mehr als 10 000 seit 1950 darf also angesichts der dargestellten methodischen Probleme nicht überschätzt werden. Trotzdem kann diese erhebliche Steigerung nicht allein auf Methodenfragen zurückgeführt werden, sondern es ist immerhin anzunehmen, daß sich die tatsächliche Entwicklung in der angegebenen Richtung bewegte, wenn auch ihr Ausmaß nicht mehr genau anzugeben ist. Die Gründe für die wahrscheinliche Entwicklung des Bestandes an Behelfsheimwohnungen sollen im folgenden noch kurz untersucht werden.

Die eigentliche Entstehungszeit der Behelfsheime liegt in den Jahren nach den großen Luftangriffen auf Hamburg und in den ersten Nachkriegsjahren. 1950 war der Höhepunkt dieser Entwicklung bereits überschritten. Genehmigungen für Neubauten von Behelfsheimen wurden in den letzten Jahren durch die Baubehörde der Freien und Hansestadt Hamburg nur noch in ganz geringem Umfang erteilt. In welchem Ausmaß daneben noch Behelfsheimbauten ohne ausdrückliche Genehmigung entstanden sind, läßt sich zahlenmäßig nicht erfassen. Daß derartige Bauten jedoch neben den offiziell genehmigten neuen Behelfsheimen auch eine gewisse Rolle spielen, geht aus den Angaben über das Baujahr der Gebäude in der Zählung von 1956 hervor. Nach diesen Unterlagen sind

1951	noch	1 063
1952	„	749
1953	„	501
1954	„	299
1955	„	257
1956	„	97

Behelfsheime von 30 und mehr qm entstanden. Es ist jedoch auch hier zu berücksichtigen, daß die Angaben subjektiv erfolgten.

Diesem nicht unbeträchtlichen Neuzugang steht jedoch auch ein gewisser Abgang an Behelfsheimen gegenüber. Aus den Unterlagen der bei der Baubehörde geführten Wohnraumkartei geht hervor, daß aus landesplanerischen Gründen sowie wegen Unbewohnbarkeit oder Einsturzgefahr eine Reihe von Behelfsheimwohnungen abgebrochen oder ihre ständige Bewohnung untersagt wurde. In den Jahren 1953 bis 1956 sind danach rd. 700 Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm als Wohnunterkünfte aufgelöst worden.

Selbst wenn man unterstellt, daß die Neubauten und die Abgänge nicht ganz vollständig erfaßt werden konnten, läßt sich doch eine Zunahme des Bestandes an Behelfsheimwohnungen seit 1950 verzeichnen.

Eine größere Rolle als der tatsächliche Neuzugang an Behelfsheimen spielen jedoch die zahllosen privaten Baumaßnahmen, die im wesentlichen Um-

und Anbauten umfassen. Als sich im Laufe der Jahre das wirtschaftliche und private Leben wieder weitgehend normalisierte, ohne daß die Wohnungs-lage entsprechend verbessert werden konnte, be-gannen viele Bewohner kleiner und sehr not-dürftiger Unterkünfte diese auszubauen und wenn möglich zu vergrößern. Dadurch konnte eine große Zahl von Behelfsheimen, die 1950 noch unter der 30-qm-Grenze lagen, 1956 in die Gruppe der Behelfs-heime von 30 und mehr qm und damit nach den Richtlinien des Statistischen Bundesamtes von Not-wohnungen zu beschränkt bewohnbaren Normalwoh-nungen aufrücken, obgleich sie sich in ihrer Qualität kaum verändert haben dürften. Auch hierfür liegen naturgemäß keine genauen Zahlen vor. Die Erfah-rung läßt jedoch den Schluß zu, daß in diesen Um-bauten der Grund für mehrere tausend der bei der Zählung 1956 zusätzlich erfaßten Behelfsheimwoh-nungen liegt.

Bei Berücksichtigung aller angeführten Tatsachen, die zum Teil in der gleichen, zum Teil jedoch in entgegengesetzter Richtung wirksam wurden, er-gibt sich zusammenfassend folgendes Bild: Die durch die beiden Wohnungszählungen 1950 und 1956 ausgewiesene Erhöhung des Bestandes an Woh-nungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm um rd. 10 800 seit 1950 ist hauptsächlich zu erklären

1. durch die Vergrößerung bereits bestehender Behelfsheime infolge privater Um- und An-bauten und

2. durch die subjektive Einstufung der Gebäude bei den Zählungen.

Daneben fällt der Zugang durch reine Neubauten weniger ins Gewicht, zumal er durch die Abgänge zum Teil kompensiert wird.

Es handelt sich also nicht um eine absolute Zu-nahme von rd. 10 800 Behelfsheimwohnungen seit 1950, sondern es sind entsprechend den genannten Gründen zum Teil frühere Notwohnungen, zum Teil auch kleinere Einfamilienhäuser 1956 als Be-helfsheime erfaßt worden.

Das Hauptgewicht liegt jedoch sehr wahrschein-lich auf den Notwohnungen, die trotz bestimmter Baumaßnahmen ihren Notwohncharakter in der Regel nicht verändern konnten, so daß die Behelfs-heimwohnungen den Anforderungen auch an eine beschränkt bewohnbare Normalwohnung zum großen Teil nicht oder nur sehr mangelhaft ent-sprechen. Inwieweit diese Wohnungen in Behelfs-heimen von 30 und mehr qm, die nach den bundes-einheitlich festgelegten Begriffsbestimmungen zu den echten Normalwohnungen zählen, als „zum dauernden Wohngebrauch geeignet“ anzusehen sind, soll die folgende Untersuchung ergeben.

Da sich diese Arbeit speziell mit dem Problem der Behelfsheime von 30 und mehr qm auseinander-setzt, soll in den weiteren Ausführungen unter „Behelfsheimen“ grundsätzlich solche von 30 und mehr qm verstanden werden, wenn nicht ausdrück-lich „Behelfsheime unter 30 qm“ erwähnt werden.

II. Die Behelfsheime nach Zahl, Art und Größe

In Hamburg wurden 1956 insgesamt 36 405 Be-helfsheime mit 37 552 Wohnungen gezählt. Mehr als 1000 Behelfsheime enthalten also mindestens zwei Wohnungen. Viele von diesen kommen dem Ba-rackentyp schon sehr nahe.

Die Behelfsheimwohnungen bestehen aus insge-samt 111 179 Räumen, wobei zu beachten ist, daß es sich hier nur um Zimmer über 6 qm und Küchen handelt. Es ergibt sich also eine durchschnittliche Wohnungsgröße von 3,0 Räumen. Für jede zweite Behelfsheimwohnung trifft diese Größe zu. Laut Übersicht 2 folgen die Zweiraumwohnungen mit 26,7 vH und die Vierraumwohnungen mit 17,8 vH. Man könnte nach diesen Zahlen vielleicht die Dreiraumwohnung (2 Zimmer und Küche) als

„typische Wohnungsgröße“ für Behelfsheime be-zeichnen.

Ein Vergleich mit der durchschnittlichen Woh-nungsgröße aller Normalwohnungen (einschl. Be-helfsheimen von 30 und mehr qm) zeigt, daß die Behelfsheimwohnungen im Schnitt nur etwa um einen halben Raum kleiner sind als die Normal-wohnungen (3,6 Räume je Wohnung). Wie die nach-stehenden Zahlen zeigen, verteilt sich das Schwer-gewicht, das bei den Behelfsheimen eindeutig bei der Dreiraumwohnung liegt, hier jedoch ziemlich gleichmäßig auf die Drei- und Vierraumwohnung.

Übersicht 2

Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm nach ihrer Größe 1956

Art der Angaben	Anzahl	vH der Wohnungen
Behelfsheime insgesamt	36 405	. . .
Wohnungen insgesamt	37 552	100
Räume¹⁾ insgesamt	111 179	. . .
Von den Wohnungen hatten		
1 Raum	814	2,2
2 Räume	10 018	26,7
3 Räume	18 471	49,2
4 Räume	6 696	17,8
5 und mehr Räume	1 553	4,1
Durchschnittliche Raumzahl je Wohnung	3,0	. . .

¹⁾ Nur Zimmer über 6 qm und Küchen ohne Rücksicht auf die Größe.

Art der Angaben	Normalwohnungen ¹⁾	
	absolut	vH
Normalwohnungen¹⁾ insgesamt	494 787	100
Räume²⁾ insgesamt	1 766 746	. . .
Von den Wohnungen hatten		
1 Raum	14 006	2,8
2 Räume	57 757	11,7
3 Räume	192 113	38,8
4 Räume	150 184	30,4
5 und mehr Räume	80 727	16,3
Durchschnittliche Raumzahl je Wohnung	3,6	. . .

¹⁾ einschl. Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm.
²⁾ Nur Zimmer über 6 qm und Küchen ohne Rücksicht auf die Größe.

Bei der Beurteilung dieser Zahlen müssen jedoch die Raumgrößen der Behelfsheimwohnungen be-rücksichtigt werden.

Wie aus Übersicht 3 zu ersehen ist, liegt die Hälfte aller Zimmer in Behelfsheimen in der Größenklasse zwischen 10 bis 15 qm (49,7 vH). Es

Übersicht 3

Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm nach der Größe der Räume 1956

Art der Angaben	Anzahl	vH der Zimmer
Wohnungen insgesamt	37 552	. .
Räume ¹⁾ insgesamt	111 179	. .
davon		
Küchen	34 234	. .
Zimmer	76 945	100
Von den Zimmern hatten		
6 bis unter 10 qm	27 326	35,5
10 bis unter 15 qm	38 254	49,7
15 bis unter 20 qm	9 793	12,7
20 qm und mehr	1 572	2,1
Außerdem Zimmer unter 6 qm	5 871	. .

¹⁾ Nur Zimmer über 6 qm und Küchen ohne Rücksicht auf die Größe.

folgen die Zimmer von 6 bis 10 qm (35,5 vH) und die von 15 bis 20 qm (12,7 vH); Zimmer mit einer Größe von mehr als 20 qm sind nur noch in sehr geringer Anzahl vorhanden.

Hier, bei der Größe der Wohnräume, dürfte auch der wesentliche Unterschied zu den Normalwohnungen liegen, die ja durchschnittlich nur um einen halben Raum größer sind als die Behelfsheime. Bei Wohnungen, deren Zimmer zu 85 vH nicht größer als 15 qm sind, erscheint eine vorsichtige Beurteilung

im Hinblick auf die Wohnwürdigkeit erforderlich. Vergleicht man die Anteile der verschiedenen Zimmergrößen mit denen der normalen Mietwohnungen, so ist der Unterschied deutlich zu erkennen. Das Schwergewicht liegt zwar mit 44,7 vH auch hier bei den Zimmern von 10 bis 15 qm, dagegen ist der Prozentsatz der Zimmer über 15 qm mit 31,8 vH wesentlich höher als bei den Behelfsheimwohnungen. Der Anteil der Zimmer von 6 bis 10 qm beträgt andererseits nur die Hälfte. Für normale Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen liegen diese Daten leider nicht vor. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Unterschiede zu den Behelfsheimwohnungen in diesen Fällen noch größer sind.

Ein wichtiges Merkmal für die Qualität einer Wohnung ist ferner die Frage nach dem Anschluß an das städtische Versorgungsnetz. Wie sich aus Übersicht 4 ergibt, sind von den Behelfsheimwohnungen insgesamt 94 vH ohne Siel- und 39,4 vH ohne direkten Wasseranschluß. Ein Vergleich mit den entsprechenden Zahlen für die reinen Normalwohnungen (13,5 vH und 3,1 vH) zeigt, daß gerade in diesem, sowohl vom sozialhygienischen als auch vom Standpunkt eines gewissen minimalen Wohnkomforts besonders wichtigen Bereich die Behelfsheimwohnungen keineswegs den heutigen Ansprüchen genügen. Es ist bemerkenswert, daß sogar die Notwohnungen in Hamburg im Durchschnitt über bessere sanitäre Verhältnisse verfügen als die Behelfsheimwohnungen.

Übersicht 4

Wohnungen in Gebäuden ohne Siel- und Wasseranschluß 1956

Art der Wohnungen	Wohnungen insgesamt		darunter in Gebäuden					
			ohne Sielanschluß		ohne Wasseranschluß		ohne Siel- und Wasseranschluß	
	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH
Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm	37 552	100	20 563	54,8	77	0,2	14 719	39,2
Wohnungen in Normalwohngebäuden (ohne Behelfsheime von 30 und mehr qm)	457 235	100	49 189	10,8	1 612	0,4	12 376	2,7
Wohnungen in Notwohngebäuden	30 554	100	6 056	19,8	122	0,4	9 495	31,1
Wohnungen insgesamt	525 341	100	75 808	14,4	1 811	0,3	36 590	7,0

III. Die Bewohner der Behelfsheime

In der vorangegangenen Darstellung wurden die objektiven Merkmale der Behelfsheimwohnungen — Zahl, Art und Größe — behandelt. Was läßt sich nun über die Bewohner der Behelfsheime sagen?

Übersicht 5 zeigt zunächst, daß sich von den insgesamt 37 552 Behelfsheimwohnungen 29 828 (79,4 vH) im Eigentum der Bewohner befinden, während 7663 (20,4 vH) Wohnungen gemietet sind und 61 Wohnungen (0,2 vH) am Stichtag der Zählung (25. 9. 1956) leerstanden. Diese Zahlen zeigen den außerordentlich hohen Anteil an Eigentümerwohnungen bei den Behelfsheimen. Rund 12 vH aller Behelfsheimwohnungen sind noch mit zwei und mehr Parteien belegt. Der Raumanteil dieser Wohnungen beträgt rd. 15 vH. Im Schnitt sind diese mehrfach belegten Wohnungen also auch kaum größer als drei Räume (Durchschnittsgröße aller Behelfsheimwohnungen, vgl. S. 157). In diesen Fällen

wird also eine sehr hohe Belegungsichte erreicht. Die Eigentümerwohnungen haben einen etwas höheren Anteil an Wohnungen, die von zwei und mehr Parteien bewohnt werden (rd. 13 vH) als die Mietwohnungen (rd. 9 vH).

Aus der Übersicht 6 ergibt sich die Größe der Wohnparteien in Behelfsheimwohnungen.

Im Durchschnitt besteht eine Wohnpartei aus 2,6 Personen. Das zahlenmäßige Schwergewicht liegt jedoch bei der Zweipersonen-Wohnpartei (36,4 vH), gefolgt von den Wohnparteien mit drei Personen (23,5 vH). Bemerkenswert ist, daß 9 vH aller Wohnparteien 5 oder mehr Personen umfassen, während nur 4,1 vH aller Wohnungen mehr als 5 Räume enthalten. Es gibt also wesentlich mehr große Wohnparteien als entsprechend große Wohnungen in den Behelfsheimen, so daß eine erhebliche Anzahl von Familien auf zu kleinem Raum zusammenleben müssen.

Übersicht 5

Besitzverhältnisse und Wohnparteien
in Behelfsheimwohnungen 1956

Besitzverhältnisse Parteien je Wohnung	Wohnungen		Räume	
	absolut	vH	absolut	vH
Eigentumswohnungen zusammen	29 828	100	90 314	100
davon mit einer Wohnpartei	25 995	87,1	76 357	84,5
zwei und mehr Wohnparteien	3 833	12,9	13 957	15,5
Mietwohnungen zusammen	7 663	100	20 700	100
davon mit einer Wohnpartei	6 965	90,9	18 361	88,7
zwei und mehr Wohnparteien	698	9,1	2 339	11,3
Wohnungen insgesamt	37 491	100	111 014	100
davon mit einer Wohnpartei	32 960	87,9	94 718	85,3
zwei und mehr Wohnparteien	4 531	12,1	16 296	14,7
Außerdem leerstehende Wohnungen	61	..	165	..

Insgesamt wohnen in Hamburg 113 141 Menschen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm. Das entspricht ungefähr der Einwohnerzahl einer Großstadt wie Mainz. Diese Größenordnung (fast jeder 15. Hamburger lebt demnach in einer Behelfsheimwohnung) gibt ein Bild von dem Ausmaß des Behelfsheimproblems in Hamburg.

Übersicht 7 gibt die Größe der Behelfsheimwohnungen und deren Belegung mit Personen an. Zunächst ist zu erkennen, daß in einer Behelfsheimwohnung durchschnittlich drei Personen leben. Da die mittlere Wohnungsgröße drei Räume beträgt, würde im Durchschnitt jeder Behelfsheimbewohner einen Raum zur Verfügung haben. Dieses Verhältnis liegt nicht wesentlich ungünstiger als bei den Normalwohnungen (einschl. Wohnungen in Behelfsheimen), wo die durchschnittliche Personenzahl je Wohnung 3,3 und die durchschnittliche Raumzahl je Wohnung 3,6 beträgt.

Aus zwei Gründen gibt ein solcher Vergleich der Durchschnittszahlen jedoch kein richtiges Bild: erstens hatten wir im Abschnitt II festgestellt, daß die Zimmer in Behelfsheimen zu 85 vH unter 15 qm

Übersicht 7

Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm nach der Größe und der Belegung mit Personen 1956

Personen je Wohnung	Wohnungen insgesamt		davon Wohnungen mit Räumen				
	Anzahl	mit Räumen	1	2	3	4	5 und mehr
0 Personen (leer)	61	165	4	20	29	6	2
1 Person	3 539	8 743	230	1 699	1 363	214	33
2 Personen	13 212	35 462	323	4 730	7 097	933	129
3 Personen	9 062	26 924	154	2 123	4 806	1 807	172
4 Personen	6 349	20 468	67	989	3 152	1 782	359
5 Personen	3 111	10 816	24	315	1 334	1 096	342
6 Personen	1 277	4 736	9	104	435	496	233
7 und mehr Personen	941	3 865	3	38	255	362	283
Wohnungen insgesamt	37 552	111 179	814	10 018	18 471	6 696	1 553
Personen insgesamt	113 141

Übersicht 6

Wohnparteien und Personen
in Behelfsheimwohnungen 1956

Art der Angaben	Anzahl	vH der Wohnparteien
Wohnparteien insgesamt	42 895	100
Personen insgesamt	113 141	..
Von den Wohnparteien umfaßt		
1 Person	7 148	16,7
2 Personen	15 644	36,4
3 Personen	10 069	23,5
4 Personen	6 168	14,4
5 und mehr Personen	3 866	9,0
Durchschnittliche Personenzahl je Wohnpartei	2,6	..

groß sind. Schon diese Tatsache läßt einen Vergleich zwischen Behelfsheimwohnungen und Normalwohnungen, bei dem Raum gleich Raum gesetzt wird, nicht ohne weiteres zu. Zum anderen läßt sich aus den Ergebnissen der Wohnungszählung nicht die Personenzahl je Wohnungsgröße (Einraum-, Zweiraum-, Dreiraumwohnungen usw.) errechnen. Der Durchschnitt darf aber nicht darüber hinweg täuschen, daß einerseits eine Anzahl von Vier- und Fünfraumwohnungen von nur einer Person bewohnt sind, während auf der anderen Seite einige große Familien noch in ein oder zwei Räumen zusammenleben müssen. Es ist jedoch anzunehmen, daß gerade in den letztgenannten Fällen die nicht als „Raum“ gewerteten Zimmer unter 6 qm eine erhebliche Rolle spielen, während sich bei den niedrig belegten größeren Wohnungen auch die Zufälligkeit des Stichtages (vorbereitete Um- und Zuzüge) bemerkbar machen wird. Im übrigen sind hier auch die am Anfang erwähnten methodischen Vorbehalte zu berücksichtigen.

Einen interessanten Überblick gewährt auch die aus der 10-vH-Repräsentativerhebung gewonnene Übersicht 8, welche die Gliederung der Wohnparteien in Behelfsheimwohnungen nach der Bevölkerungsgruppe (Vertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge, Zugewanderte und Wohnungsgeschädigte) zeigt. Obwohl hierbei noch eine allgemeine Fehler-toleranz berücksichtigt werden muß, lassen sich doch bestimmte Zusammenhänge erkennen. Mehr

Wohnverhältnisse Parteien je Wohnung	Wohnparteien		darunter							
			Vertriebene		Sowjetzonen- flüchtlinge		Zugewanderte ¹⁾		Wohnungs- geschädigte	
	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH
Eigentümerparteien zusammen	2 950	100	339	11,5	23	0,8	60	2,0	1 801	61,0
davon mit										
einer Wohnpartei	2 566	100	292	11,4	16	0,6	54	2,1	1 583	61,7
zwei und mehr Wohnparteien .	384	100	47	12,2	7	1,8	6	1,6	218	56,8
Hauptmieterparteien zusammen	820	100	98	12,0	7	0,9	32	3,9	480	58,5
davon mit										
einer Wohnpartei	734	100	90	12,3	6	0,8	28	3,8	424	57,8
zwei und mehr Wohnparteien .	86	100	8	9,3	1	1,2	4	4,7	56	65,1
Untermieterparteien zusammen	519	100	75	14,5	8	1,5	38	7,3	191	36,8
Insgesamt	4 289	100	512	11,9	38	0,9	130	3,0	2 472	57,6

¹⁾ ohne Sowjetzonenflüchtlinge.

als die Hälfte aller Behelfsheimwohnparteien gehören demnach der Gruppe der Wohnungsgeschädigten an, rd. 12 vH sind Vertriebene und etwa 4 vH Sowjetzonenflüchtlinge und Zugewanderte. Insgesamt handelt es sich also bei fast drei Viertel aller Wohnparteien in Behelfsheimen um Personengruppen, die ihre Wohnung als Folge des Krieges verloren haben. Das restliche Viertel dürfte sich aus jungverheirateten Ehepaaren und anderen Wohnungslosen zusammensetzen, wobei auch Zugewanderte, die durch den günstigen Arbeitsplatz Hamburg angezogen wurden, eine Rolle spielen.

Über die Altersgliederung der Behelfsheimbewohner können aus der Wohnungszählung 1956 leider keine Angaben gemacht werden, aber aus einem Beitrag in „Hamburg in Zahlen“, der sich mit den Kleingartenbewohnern befaßt¹⁾ — die zum größten Teil mit den Personen in Behelfsheimen identisch sind —, ergibt sich für die Personen im Alter von 65 und mehr Jahren ein Anteil an den Haushaltungsvorständen in Höhe von 22,8 vH (8371 Personen).

Wenn man annimmt, daß die älteren Haushaltungsvorstände in Behelfsheimen in der Regel verheiratet sind und daß wohl ihre Ehepartner etwa in die gleiche Altersgruppe fallen werden, kommt man bei vorsichtiger Schätzung auf rd. 15 000 Personen dieser Altersstufe. Von den insgesamt rd. 90 000 Kleingartenbewohnern bilden die Personen von 65 Jahren und darüber also eine Gruppe von etwa 16 vH. Betrachtet man zum Vergleich damit die gesamte Bevölkerung Hamburgs, so erscheint diese Altersgruppe mit einem Anteil von 12,6 vH an rd. 1,8 Millionen Menschen.

Obwohl ein Vergleich der Behelfsheimbewohner mit den angeführten Dauerbewohnern in Kleingartengebieten nicht vollständig möglich ist, läßt sich doch tendenzmäßig sagen, daß der Anteil der „alten Leute“ in den Behelfsheimen nicht, wie verschiedentlich angenommen, wesentlich über dem Gesamtdurchschnitt liegt.

¹⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1957, Heft 5: „Die Kleingartenkolonien und ihre Dauerbewohner in Hamburg 1950 bis 1956“.

IV. Die regionale Verteilung der Behelfsheime

Die Übersicht 9 und das dazugehörige Schaubild vermitteln einen Überblick über die gebietsmäßige Verteilung der Behelfsheime in Hamburg. Das Schaubild läßt auf den ersten Blick erkennen, daß sich die Behelfsheimgebiete in einem nur nach Südwesten hin unterbrochenen Gürtel um den großstädtisch bebauten Kern Hamburgs hinziehen. Insgesamt liegen in 33 von 106 Hamburger Stadtteilen mehr als 10 vH der Normalwohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm. Die Schwerpunkte mit über 50 vH Behelfsheimwohnungen liegen in den fünf Stadtteilen Waltershof, Billbrook, Steilshoop, Neuland und Billwerder, von denen wiederum die ersten drei (Waltershof, Billbrook, Steilshoop) mit fast 90 bzw. 80 vH Behelfsheimwohnungen herausragen. Es muß dabei allerdings berücksichtigt werden, daß in diesen Stadtteilen die absolute Zahl der Normalwohnungen verhältnismäßig gering ist. Diese Einschränkung trifft im wesentlichen auch noch auf die fünf Stadtteile mit 30 bis 50 vH Behelfsheimwohnungen zu (Gut Moor,

Billwerder-Ausschlag, Neugraben-Fischbek, Hamm-Süd und Lurup).

Die höchste absolute Zahl an Behelfsheimwohnungen befindet sich im Stadtteil Horn (rd. 2700), die bei der Größe und der dichten Besiedlung dieses Gebietes jedoch nur einen Anteil von 22 vH ausmachen. Ebenso ragt die Behelfsheim-Großsiedlung Bramfeld-Steilshoop mit rd. 3400 Wohnungen hervor. Durch die Verteilung über zwei Stadtteile ist auch dieser Schwerpunkt in den Verhältniszahlen nicht eindeutig zu erkennen.

Im nördlichen Teil Hamburgs, in den Bezirken Eimsbüttel, Hamburg-Nord und Wandsbek, befinden sich die räumlich ausgedehntesten Behelfsheimgebiete, welche jedoch, bis auf Steilshoop, nicht mehr als 30 vH Behelfsheimwohnungen je Stadtteil aufweisen.

Bei einem Vergleich der Hamburger Behelfsheimgebiete mit dem Bereich der Kleingartenstruktur in Hamburg¹⁾ zeigt sich in beiden Fällen

¹⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1957, Heft 5: „Die Kleingartenkolonien und ihre Dauerbewohner in Hamburg 1950 bis 1956“.

Übersicht 9

Stadtteile mit einem Anteil von mehr als 10 vH Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm am Normalwohnungsbestand (einschließl. Wohnungen in Behelfsheimen) 1956

Bezirke — Stadtteile	Normal- wohnungen (einschl. Wohnungen in Behelfs- heimen von 30 und mehr qm)	darunter Wohnungen in Behelfs- heimen von 30 und mehr qm	Anteil der Wohnungen in Behelfs- heimen von 30 und mehr qm an den Normal- wohnungen
Hamburg-Mitte			
Hammerbrook	264	78	29,5
Hamm-Süd	1 072	339	31,6
Horn	12 471	2 729	21,9
Billstedt	7 885	1 168	14,8
Billbrook	2 381	1 852	77,8
Billwerder Ausschlag	1 973	857	43,4
Waltershof	948	848	89,5
Altona			
Bahrenfeld	10 602	1 298	12,2
Lurup	4 326	1 329	30,7
Sülldorf	1 681	200	11,9
Eimsbüttel			
Lokstedt	5 210	749	14,4
Niendorf	5 070	1 185	23,4
Eidelstedt	4 202	599	14,3
Stellingen	5 277	1 198	22,7
Hamburg-Nord			
Groß Borstel	3 523	994	28,2
Langenhorn	8 542	984	11,5
Wandsbek			
Wandsbek	9 610	1 732	18,0
Jenfeld	2 335	685	29,3
Tonndorf	3 951	854	21,6
Bramfeld	9 302	1 751	18,8
Steilshoop	2 124	1 645	77,4
Sasel	3 923	577	14,7
Poppenbüttel	3 347	762	22,8
Hummelsbüttel	1 346	346	25,7
Lemsahl-Mellingstedt	750	146	19,5
Duvenstedt	704	91	12,9
Bergstedt	1 084	232	21,4
Bergedorf			
Billwerder	1 000	505	50,5
Harburg			
Neuland	693	378	54,5
Gut Moor	77	36	46,8
Eißendorf	5 456	776	14,2
Georgswerder	3 832	818	21,3
Neugraben-Fischbek	2 560	810	31,6

fast das gleiche Bild. Mit einigen Abweichungen handelt es sich bei der regionalen Verteilung der Behelfsheime und der Kleingartenkolonien in etwa um die gleichen Gebiete, den Ring um den Hamburger Stadtkern, während die ausgesprochenen Randgebiete sowohl nach dem einen als auch nach

dem anderen Gesichtspunkt weniger ins Gewicht fallen. Die Tatsache, daß sich die Hamburger Behelfsheime vorwiegend in Kleingartengebieten befinden, weist auf den engen Zusammenhang dieser beiden Problemkreise hin. Landesplanerische und wohnungspolitische Aspekte liegen hier so eng beieinander, daß Lösungsversuche für das Behelfsheimproblem immer gleichzeitig die Frage der Kleingärten berücksichtigen müssen und umgekehrt. Das kommt vor allen Dingen für die in der Diskussion stehenden Sanierungspläne in Betracht.

Übersicht 10

Die Verteilung der Behelfsheime von 30 und mehr qm nach Bezirken 1956

Bezirke	Behelfs- heime von 30 und mehr qm	darin Woh- nungen	darunter Wohnungen		
			ohne Siel- anschluß	ohne Wasser- anschluß	ohne Siel- und Wasser- anschluß
Hamburg-Mitte	8 570	8 874	5 444	16	2 906
vH	23,5	23,6	26,5	20,8	19,7
Altona	3 693	3 701	2 469	9	1 018
vH	10,1	9,9	12,0	11,7	6,9
Eimsbüttel	4 107	4 108	1 854	5	2 165
vH	11,3	10,9	9,0	6,5	14,7
Hamburg-Nord	4 809	5 012	2 531	15	1 413
vH	13,2	13,3	12,3	19,5	9,6
Wandsbek	10 545	10 652	4 567	23	5 711
vH	29,0	28,4	22,2	29,8	38,8
Bergedorf	867	980	624	—	361
vH	2,4	2,6	3,0	—	2,5
Harburg	3 814	4 225	3 074	9	1 145
vH	10,5	11,3	15,0	11,7	7,8
Hamburg insgesamt	36 405	37 552	20 563	77	14 719
vH	100	100	100	100	100

Wie die Übersicht 10 erkennen läßt, befinden sich die meisten Behelfsheime im Bezirk Wandsbek (fast 30 vH aller Behelfsheime in Hamburg), gefolgt von Hamburg-Mitte mit 23 vH. Hamburg-Nord, Eimsbüttel, Harburg und Altona liegen alle um 10 vH, während in Bergedorf nur rd. 2 vH der Behelfsheime zu finden sind. Es zeigt sich also, daß die mit den Behelfsheimen zusammenhängenden Probleme in jedem Bezirk Hamburgs, wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht, auftreten.

Bei den Anschlüssen der Behelfsheime an das Siel- und Wassernetz ergeben sich keine bedeutenden regionalen Unterschiede, bis auf Wandsbek, das mit fast 40 vH aller Behelfsheimwohnungen ohne Siel- und Wasseranschluß besonders schlechte Verhältnisse in dieser Beziehung aufzuweisen hat.

V. Zusammenfassung und Schluß

Die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung sollen hier noch einmal kurz zusammengestellt werden:

1. In Hamburg gab es 1956 insgesamt 36 405 Behelfsheime von 30 und mehr qm mit 37 552 Wohnungen.
2. Die Behelfsheimwohnungen haben eine Durchschnittsgröße von 3 Räumen, die jedoch zu 85 vH kleiner als 15 qm sind.
3. Rund 94 vH aller Behelfsheimwohnungen sind ohne Siel- und rd. 40 vH ohne direkten Wasseranschluß.

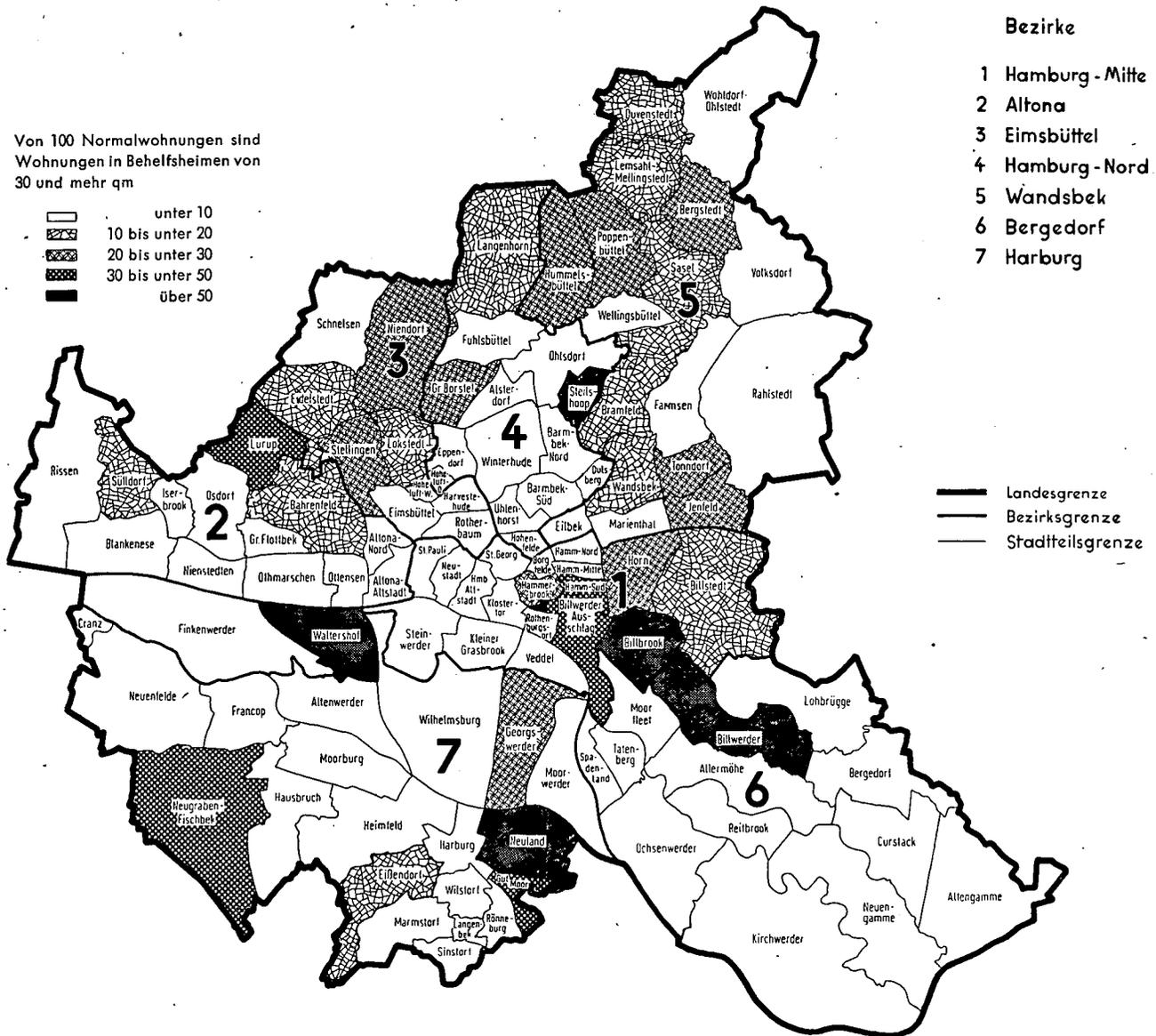
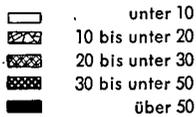
4. Die Wohnungen in Behelfsheimen sind zu rd. 12 vH mit zwei und mehr Parteien belegt.
5. Rund 113 000 Hamburger wohnen in Behelfsheimen.
6. In einer Behelfsheimwohnung leben durchschnittlich drei Personen. Es gibt jedoch auch eine Reihe von Fällen, in denen mehrere Personen in einer Einraumwohnung zusammenleben.
7. Rund 70 vH aller Wohnparteien in Behelfsheimwohnungen sind Wohnungsgeschädigte oder Vertriebene.

Anteile der Behelfsheimwohnungen an den Normalwohnungen 1956

Bezirke

- 1 Hamburg - Mitte
- 2 Altona
- 3 Eimsbüttel
- 4 Hamburg - Nord
- 5 Wandsbek
- 6 Bergedorf
- 7 Harburg

Von 100 Normalwohnungen sind Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm



8. Die Schwerpunkte in der regionalen Verteilung der Behelfsheimwohnungen (mehr als 50 vH aller Normalwohnungen) liegen in den Stadtteilen Waltershof, Billbrook, Steilshoop, Neuland und Billwerder.
9. Die Hamburger Behelfsheime liegen überwiegend in Kleingartengebieten.
10. Die Behelfsheimgebiete verteilen sich auf alle sieben Hamburger Bezirke, die, bis auf Bergedorf mit einem geringen Anteil von 2 vH der Behelfsheime, alle mehr oder weniger von diesem Problem betroffen werden.

In diesem Aufsatz konnten nur einige der mit den Behelfsheimen in Hamburg zusammenhängenden Probleme angeschnitten werden. Z. B. liegen aus den Ergebnissen der Wohnungszählung über die Frage der Mieten bzw. der laufenden Kosten bei den Eigentümerbehelfsheimen keine ausreichenden Unterlagen vor. Ebenso verhält es sich mit der Gliederung der Behelfsheimbewohner nach der sozialen Stellung (Selbständige, Beamte, Angestellte,

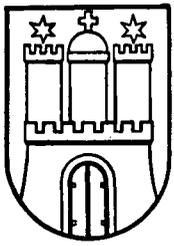
Arbeiter, Rentner usw.) und der Einkommensstufung der Behelfsheimhaushalte. Derartige Angaben wurden bei der Wohnungszählung nur durch eine 1-vH-Zusatzerhebung erfaßt, deren Ergebnisse jedoch wegen der verhältnismäßig geringen Zahl an Behelfsheimwohnungen für diese nicht mehr als repräsentativ angesehen werden können.

Diese interessanten Daten hätten sicher noch wesentlich zu einer Abrundung des Bildes über die Hamburger Behelfsheime und deren Bewohner beigetragen. Aus dem vorliegenden Material ist jedoch eine Tatsache bereits eindeutig zu erkennen: Die Wohnungen in Behelfsheimen unterscheiden sich in ihrer Qualität grundsätzlich von den Normalwohnungen in großstädtischen Gemeinden. Sie mögen mit solchen in ländlichen Gebieten vielleicht vergleichbar sein, für eine Großstadt wie Hamburg liegen sie bei weitem unter dem Durchschnitt des normalen Wohnungstyps.

Lieselotte Tilsner, Dipl.-Volkswirt

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Druck: Girardet & Co., Hamburg 36



Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Jahrgang 1958

Hamburg, den 10. September 1958

Heft Nr. 12

Hamburg



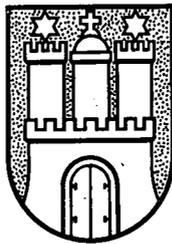
Die Universität Hamburg

1919 - 1958

im Spiegel ihrer Höerzzahlen

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 10. September 1958

Jahrgang 1958 — Heft Nr. 12

Die Universität Hamburg im Spiegel ihrer Hörerzahlen

INHALT

Allgemeiner Überblick

Zunehmende Beteiligung vor allem der Frauen am Hochschulstudium

Die Altersgliederung der Studierenden

Die soziale Schichtung der Studierenden

Personalschwierigkeiten und Raumnot

Der Wandel in den Fachrichtungen

Das Studium in Hamburg und außerhalb Hamburgs

Die Finanzierung des Studiums

Die Promotionen

Der gegenwärtige Stand

Allgemeiner Überblick

Als die Universität Hamburg im Sommersemester 1919 ihren Lehr- und Forschungsbetrieb mit 1729 Studierenden aufnahm, dürfte wohl kaum jemand erwartet haben, daß sich im Laufe von fast 4 Jahrzehnten die Zahl der Studenten mehr als versechsfachen würde. **Im Sommersemester 1958 wurden 10 310 Studenten¹⁾ gezählt, darunter 2864 Studentinnen. Damit hat die Zahl der weiblichen Hörer der Universität seit ihrer Gründung um fast das Vierzehnfache zugenommen, die der männlichen Studierenden beträgt dagegen fast das Fünffache des Jahres 1919.**

In den Jahren nach dem ersten Weltkrieg zeigte sich zunächst ein schneller Anstieg der Zahl der Immatrikulierten. Schon im Wintersemester 1920/21 hatte sich ihre Zahl verdoppelt. Man wird das Anschwellen der Hörerzahlen in erster Linie auf den Ansturm der Kriegsgeneration auf die Hörsäle zurückzuführen haben; bald jedoch hatten diese Jahrgänge den Weg in das Berufsleben gefunden, und die Stabilisierung der Mark im Jahre 1923 machte für viele schon aus finanziellen Gründen ein Studium vorerst unmöglich. Allerdings wurde der Rückgang der Studentenzahlen zum Teil dadurch aufgefangen, daß sich ab 1927 die Ausbildung der Volksschullehrer an der Universität vollzog und somit neue Hörerkreise gewonnen wurden. Dennoch wurde erst 1931 wieder die Zahl von 4000 Immatrikulierten erreicht. Aber die hereinbrechende Weltkrise, die Hamburg besonders schwer traf, und vor allem die Hochschulpolitik seit 1935 (Einführung eines Numerus clausus) führten schließlich dazu, daß die Hörerzahlen fortlaufend zurückgingen. Im Wintersemester 1936/37 wurde der Stand des Gründungsjahres 1919 unterschritten, und im Sommersemester 1939, dem letzten vollen Friedenssemester, gab es nur noch 1385 Studenten in Hamburg.

Bis in den zweiten Weltkrieg hinein blieb die Zahl der Immatrikulierten unterhalb der 1500-Personen-Grenze. Zwar muß man berücksichtigen, daß seit 1936 die Volksschullehrer ihr berufliches Rüstzeug wieder außerhalb der Universität an besonderen Lehrerakademien erhielten, dennoch gibt der damalige Verlauf der Studierendenzahlen zu denken.

Der zweite Weltkrieg bildete einen entscheidenden Einschnitt. Der gesamte Studienbetrieb wurde zunehmend auf eine zweckbetonte Fachausbildung zugeschnitten. Um einen möglichst schnellen Abschluß des Studiums herbeizuführen, ging man zu Trimestern über; aber bald zeigte sich, daß die Universitäten nicht wie Fachschulen behandelt werden konnten, und so kehrte man mit dem Sommersemester 1941 wieder zum überkommenen und bewährten Rhythmus Sommersemester / Wintersemester mit dazwischenliegenden Semesterferien zurück.

Auch die Struktur der Studentenschaft wandelte sich im Kriege; Studienurlauber und Kriegsverwehrt füllten die Hörsäle, oftmals nur für ein Semester dem Kriegsgeschehen entronnen; Einberufungen zum Wehrdienst machten sich auch

unter der Dozentschaft immer stärker bemerkbar. An Stelle der zum Kriegsdienst eingezogenen Männer rückten die Frauen nach. Zwar gelang es, die Lehr- und Forschungsarbeit der Universität bis zum Wintersemester 1944/45 aufrechtzuerhalten; inwieweit in dieser Zeit die Hörerzahlen noch ein echtes Studium andeuten, wieweit die akademische Arbeit ruhte und nur noch eine formale Immatrikulation vorlag, vermag man mit Sicherheit heute nicht mehr zu sagen.

Nachdem die Universität ein Sommersemester hindurch geschlossen geblieben war, öffnete sie im Winter 1945 wieder ihre Pforten. Das Universitätsgebäude hatte schwere Schäden erlitten, ein Teil der Seminare war zerstört, die Bücherbestände — unentbehrliches Handwerkszeug der Lehrkräfte und Studenten — hatte man in erheblichem Umfange verlagern müssen. Der Anschluß an die ausländische Entwicklung war weitgehend verlorengegangen, so daß der Lehr- und Forschungsbetrieb zunächst im Zeichen des Notbehelfs stand. Dennoch immatrikulierten über 3000 Studenten, etwa doppelt so viel wie im Wintersemester 1937/38. Überwiegend handelte es sich um Kriegsteilnehmer, die, soweit sie vor oder während des Krieges ihr Studium aufgenommen hatten, nun zu einem Abschluß drängten. Daneben trat die große Gruppe derjenigen, die durch Wehr- und Kriegsdienst bisher ihre Ausbildung nicht hatten beginnen können. Trotz Numerus clausus und Sichtung über den politischen Fragebogen überstieg bereits im Sommersemester 1947 die Zahl der Studenten 5000. Dazu traten noch rd. 250 außerhalb des Numerus clausus immatrikulierte „displaced persons“.

Auch die Ausbildung der Volksschullehrer vollzog sich seit dem Herbst des Jahres 1947 wieder an der Universität, so daß vor der Währungsreform die Zahl der Studenten auf etwa 5500 answoll. Ähnlich wie zu Beginn der 20er Jahre verursachte die Währungsumstellung einen vorübergehenden Rück-

Übersicht 1

Die westdeutschen Universitätsstädte im Wintersemester 1957/58

Universitäten	Studierende ¹⁾	Einwohnerzahl am 31. 12. 1957	Studenten auf 10 000 Einwohner
München	14 882	1 001 825	148,5
Köln	10 606	739 660	143,4
H a m b u r g . . .	9 124	1 786 775	51,1
Münster	7 469	164 228	454,8
Bonn	7 021	140 861	498,4
Frankfurt . . .	6 988	639 288	109,3
Freiburg	6 415	132 918	482,6
Heidelberg . . .	6 054	125 361	482,9
Tübingen	6 000	46 288	1 296,2
Göttingen	5 869	78 799	744,8
Marburg	4 774	42 596	1 120,8
Mainz	4 302	123 048	349,6
Würzburg	3 235	107 811	300,1
Kiel	3 136	260 868	120,2
Erlangen	3 060	63 063	485,2
Saarbrücken . . .	2 175	126 615	171,8
Gießen	944	61 376	153,8
Düsseldorf	374	675 893	5,5

¹⁾ ohne Beurlaubte und Gasthörer; in München einschl. Beurlaubte.

¹⁾ Beurlaubte und Gasthörer sind, soweit im Text nicht anders vermerkt, nicht mit einbezogen.

gang, auch die verspätet zum Studium Gelangten schieden mehr und mehr aus, aber seit dem Wintersemester 1952/53 dauert der Ansturm auf die Universität unvermindert an. Mit mehr als 9100 Studierenden (ohne Gasthörer und Beurlaubte) ist die Hamburger Universität in die Spitzengruppe der westdeutschen Hochschulen aufgerückt. Gemessen an der Hörerzahl, liegt Hamburg heute (WS 1957/58)

hinter München (fast 15 000 Studenten) und Köln (10 600) an 3. Stelle. Allerdings verliert sich in der 1,8-Millionen-Stadt das studentische Element sehr stark, kommen doch auf 10 000 Einwohner in Hamburg nur etwa 51 Studenten. Anders dagegen in den kleineren Universitätsstädten; so stehen in Tübingen 10 000 Einwohnern 1296 Studenten gegenüber, in Marburg 1121 und in Göttingen 745.

Zunehmende Beteiligung vor allem der Frauen am Hochschulstudium

Im Laufe der Jahre sind die Frauen an den Hochschulen immer mehr in den Vordergrund getreten. Die Hamburger Universität wurde zwar in einer Zeit gegründet, in der das Frauenstudium nicht mehr als ungewöhnlich empfunden wurde; unter 100 Studenten befanden sich 1919 in Hamburg jedoch nur 12 Frauen. Bereits 7 Jahre später war ihr Anteil auf ein Fünftel gestiegen, und im Jahre 1930 machte schließlich der Anteil der weiblichen Studierenden rd. 26 vH aus. Prozentsätze zwischen 20 und 30 vH wird man für die Vorkriegsjahre als charakteristisch ansehen müssen.

Auch hier wandelte der Krieg die Verhältnisse völlig. Die Zahl der weiblichen Studierenden stieg kräftig an und überschritt im Sommersemester 1944 mit rd. 1000 Personen die Vorkriegszahl bei weitem, ja machte mehr als das Vierfache des letzten Friedenssemesters aus. Wenn auch die Zahl der männlichen Studierenden durch den ab 1942 einsetzenden Zustrom von Kriegsversehrten und Studienurlaubern etwa auf dem Stand von 1938 verharrte, so verschob sich doch das Gewicht immer mehr zu den Studentinnen hin, so daß im Sommersemester 1944 ihr Anteil rd. 46 vH betrug. Hierzu mag allerdings vielfach das Ausweichen vor der Kriegsdienstverpflichtung beigetragen haben.

In dieser seit Jahrzehnten nur durch den Nationalsozialismus unterbrochenen Entwicklung prägt sich das Vordringen der Frauen auch im Berufsleben aus, denn für viele ist die Universität immer mehr zu einer Stätte der beruflichen Vor- und Ausbildung geworden. Auf diese Frage wird bei der Besprechung der einzelnen Fachrichtungen zurückzukommen sein.

Mit der Zunahme der Zahl der Studierenden folgt Hamburg im übrigen einer Entwicklung, die sich aus den Hochschulstatistiken bis kurz nach der Jahrhundertwende zurück nachweisen läßt. Die Teilnahme der Bevölkerung am Hochschulstudium ist ab 1907 mit geringfügigen Schwankungen über den ersten Weltkrieg hinweg bis 1933 stetig angestiegen. Zwar brachten die nationalsozialistische Hochschulpolitik und der zweite Weltkrieg eine gewisse Unterbrechung, aber nach der Währungsreform hat sich die Entwicklung nur noch verstärkt und beschleunigt. Auf 10 000 Personen der Gesamtbevölkerung entfielen im Deutschen Reich im Jahre 1907 etwa 9,7 Studenten, 1933 dagegen 18,4; 1937, nach vier Jahren NS-Herrschaft, waren es nur noch 8,4. Damit war die Teilnahme der Bevölkerung am Hochschulstudium unter das Maß des Jahres 1907 gesunken. Im Wintersemester 1957/58 kamen dagegen auf 10 000 Einwohner des Bundesgebietes 26,4 Studierende an den Wissenschaftlichen Hoch-

schulen, wobei in diese Rechnung die Technischen Hochschulen mit einbezogen sind. Gewiß ist die Besetzung der für das Studium in Frage kommenden Jahrgänge der Bevölkerung von Jahr zu Jahr verschieden gewesen; die Umrechnung der Studierendenzahlen auf die betreffenden Altersklassen bestätigt jedoch nur die allgemeine Tendenz. Hierbei wird besonders die zunehmende Beteiligung der Frauen am Hochschulstudium deutlich. So kamen im Jahre 1907 auf 10 000 weibliche Personen der Bevölkerung in der Altersgruppe 20 bis unter 27 Jahre nur 0,8 Studentinnen, 1933 waren es 44,1 und im Wintersemester 1957/58 schließlich 105.

Übersicht 2

Der Anteil der Studierenden an der Gesamtbevölkerung

Jahre ¹⁾	Deutsche Studierende ²⁾		Es entfielen Studierende auf 10 000 Personen				
	insgesamt	darunter weiblich	der Gesamtbevölkerung		der Bevölkerung in der Altersgruppe 20 bis unter 27 Jahre		
			insges.	weibl.	insges.	weibl.	
	Anzahl	vH					
Deutsches Reich							
1907	60 514	306	0,5	9,7	0,1	83,5	0,8
1913	79 182	3 938	5,0	11,8	1,0	97,3	9,6
1925	92 570	7 716	8,3	14,8	2,4	90,7	15,2
1933	119 769	19 112	16,0	18,4	5,7	138,1	44,1
1937	56 322	6 643	11,8	8,4	1,9	79,5	18,9
Bundesrepublik Deutschland							
1949/50	102 520	17 198	16,8	21,7	6,9	137,7	46,9
1953/54	107 370	17 407	16,2	21,7	6,7	217,3	70,9
1955/56	115 468	21 331	18,5	23,2	8,1	230,1	87,1
1956/57	125 994	24 210	19,2	25,0	9,1	244,8	96,6
1957/58	136 700 ³⁾	28 100 ³⁾	20,5	26,4	10,3	253,1	105,0

¹⁾ Jeweils Wintersemester; 1933 Sommersemester. — ²⁾ an den wissenschaftlichen und „sonstigen“ Hochschulen für Musik, bildende Künste, Sport. — ³⁾ vorläufige Zahl.

Läßt sich die Entwicklung für das Reichs- bzw. Bundesgebiet eindeutig verfolgen, so ergeben sich gewisse Schwierigkeiten, wenn man einmal feststellen will, wie weit die Hamburger ihre Söhne und Töchter auf die Universität schicken. Ein Teil der Hamburger studiert an auswärtigen wissenschaftlichen Hochschulen¹⁾, andererseits sind in Hamburg einige tausend Studenten immatrikuliert, die außerhalb der Hansestadt beheimatet sind. Sie zählen zwar zur Hamburger Wohnbevölkerung, da sie hier ihren zweiten Wohnsitz haben, verschieben aber das Bild insofern etwas, als sich Untersuchungen über

¹⁾ Vgl. hierzu auch Übersicht 8.

die Häufigkeit des Studiums immer nur auf die „ansässige Bevölkerung“ beziehen dürfen. Für Hamburg läßt sich daher lediglich der Anteil der Studenten an der Wohnbevölkerung berechnen.

Bei den Männern geht der Prozentsatz der Studierenden zwischen dem 20. und 27. Jahre nicht über 7 vH hinaus. Greift man einmal die 21- bis 22jährigen heraus — der heute an der Universität zahlenmäßig am stärksten vertretene Jahrgang —, so befanden sich unter den 15 800 Angehörigen dieser

Altersgruppe nur 1040 Studenten; 13 400 standen dagegen bereits im Berufsleben.

Wesentlich geringer ist der Anteil der weiblichen Studierenden, denn die Studentinnen erreichen höchstens 3 vH der Angehörigen bestimmter Altersjahre. Die Übersicht 3 vermittelt ein eindrucksvolles Bild von der schulischen und akademischen Ausbildung der Großstadtjugend und läßt das Gewicht erkennen, das den einzelnen Zweigen zukommt.

Die Altersgliederung der Studierenden

Es liegt auf der Hand, daß die beiden Weltkriege tiefgreifende Veränderungen in der Altersstruktur der Studierenden zur Folge hatten. Durch die kriegsbedingte Ausbildungsverzögerung kamen die Studenten jeweils in einem Alter an die Universität, in dem man unter normalen Verhältnissen bereits seine Examina abgelegt hatte und die ersten Schritte in das Berufsleben unternahm. Zwar ist das Material für die Vergangenheit nicht mehr vollständig, immerhin kann man etwa das Wintersemester 1930/31 den Nachkriegsverhältnissen gegenüberstellen.

Der typische Studienanfänger der Vorkriegszeit bezog im allgemeinen mit 19 oder 20 Jahren die Universität. Zwischen Reifeprüfung und Studienanfang lagen nur einige Monate. Daneben gab es eine sehr kleine Gruppe, die, aus dem Beruf kommend, weitere Qualifikationen erwerben wollte und erst zwischen dem 27. und 30. Jahr das Studium aufnahm.

Infolge des frühen Studienbeginns lag damals das Schwergewicht bei den unter 21jährigen, die über ein Drittel der deutschen Studierenden ausmachten. Im Wintersemester 1948/49 war ihr Anteil auf fast 5 vH gesunken; 11 vH der Studierenden hatten das 30. Lebensjahr bereits überschritten gegenüber nur 6 vH im Winter 1930/31. Mit dem Abgang der Kriegsgeneration von der Universität ist seitdem jedoch eine gewisse Normalisierung der Verhältnisse eingetreten. Heute macht der Anteil der unter 21jährigen wieder 18 vH aus, und die 21- bis unter 22jährigen stellen 17 vH. Zwar ist jeder 10. Student 30 Jahre und älter, aber man muß hierbei die verlängerte Studiendauer berücksichtigen. Außerdem dürfte heute das Studium durch Berufstätigkeit, die für viele zugleich Ausbildung ist, häufiger unterbrochen werden als in der Vorkriegszeit.

Die soziale Schichtung der Studierenden

Die tiefgreifenden sozialen Umschichtungen, die sich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten vollzogen haben, sind nicht ohne Einfluß auf die Universitäten geblieben. Die Hochschulstatistik vermag hier insofern einige Hinweise zu geben, als die Studierenden auch nach dem Beruf des Vaters ausgerechnet werden. Zu den Angaben über den Beruf tritt die Frage nach der akademischen Vorbildung.

Im Wintersemester 1930/31, als in Hamburg rd. 3600 Studenten gezählt wurden und die Auswirkungen der Weltkrise auf die Universität noch nicht spürbar waren, machten die Söhne und Töchter der Beamten etwa 43 vH der Hörer aus. Im Wintersemester 1957/58 war ihr Anteil auf 36 vH zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Studierenden, deren Vater Angestellter war, von 14 vH auf 28 vH. Unter den Angestellten sind vor allem die Söhne und Töchter leitender Angestellter in stärkerem Maß an die Universität gekommen als die der übrigen Angestellten. Der Prozentsatz der Kinder von Selbständigen ist dagegen zurückgegangen. Auch der Anteil der Arbeiterkinder hat sich verringert. Vor dem Einsetzen der Weltkrise machte er etwa 7 vH aus, sank dann im Wintersemester 1934/35 auf 4 vH, um schließlich im Wintersemester 1950/51 mit 2,7 vH seinen niedrigsten Stand zu erreichen. Heute liegt der Anteil der Arbeiterkinder wieder bei etwa 4 vH.

Es ist nicht ganz einfach, den Ursachen dieser Entwicklung nachzuspüren. Die Aufnahme eines Stu-

diums erfordert nicht nur erhebliche Opfer der Eltern, sondern vielfach vom Studenten auch den Verzicht auf frühes Geldverdienen und finanzielle Selbständigkeit. Gegenüber diesem Verzicht verliert die Frage der sozialen Ausgangslage des Elternhauses, soweit sie überhaupt durch eine berufliche Stellung wie „Arbeiter“ oder „Beamter“ bezeichnet werden kann, in gewissem Maße an Bedeutung. Die Voraussetzungen zum Universitätsbesuch wiederum sind heute im Zeitalter der Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit leichter zu erwerben als zwischen den beiden Weltkriegen. Der Besuch der höheren Schule ist keineswegs mehr ein Privileg finanziell besser gestellter Schichten, abgesehen davon, daß Einkommenshöhe und berufliche Stellung heute nicht mehr in dem engen Zusammenhang stehen wie noch vor einigen Jahrzehnten.

Die Entscheidung für den Hochschulbesuch wird vielfach von den Eltern und nicht von dem Studenten gefällt. Die Anschauungen der Eltern, ihre Auffassungen über den Wert oder Unwert einer akademischen Bildung, sind oftmals wichtiger als die Frage nach der finanziellen Grundlage für ein Studium.

Sofern der Vater selbst eine Universität besucht hat, wird er — vielfach aus Gründen des sozialen Prestiges — sich für das Studium seines Sohnes oder seiner Tochter entscheiden. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Wirtschaft heute einen sehr hohen Bedarf an akademisch vorgebildeten Kräften

Übersicht 3

In Ausbildung stehende Personen nach Geburtsjahrgängen, bezogen auf die Hamburger Bevölkerung des jeweiligen Geburtsjahres

Geburtsjahre	Hamburger Bevölkerung am 31. 12. 1957	darunter																			
		Schüler der allgemeinbildenden Schulen und Sonderschulen am 15. 5. 1957										Berufsschüler ¹⁾ am 15. 11. 1957		Berufsfachschüler am 15. 11. 1957		Studenten					
		Volksschulen		Mittelschulen		Gymnasien		Sonderschulen		Priv. Vorber. Anst.		absolut	vH	absolut	vH	Fachschulen am 15. 11. 1957		Universität WS 1957/58		Sonstige Hochschulen WS 1957/58	
		absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH					absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH
a) männlich																					
1951	9 268	1 429	15,4	—	—	—	—	11	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1950	9 206	8 629	93,7	—	—	—	—	96	1,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1949	9 743	9 804	100,6	—	—	—	—	207	2,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1948	10 343	10 147	98,1	—	—	—	—	323	3,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1947	10 145	9 563	94,3	—	—	376	3,7	487	4,8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1946	10 215	8 096	79,3	—	—	1 710	16,7	674	6,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1945	9-103	6 849	75,2	314	3,5	1 592	17,5	658	7,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1944	12 129	7 930	65,4	1 924	15,9	2 122	17,5	706	5,8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1943	12 778	7 978	62,4	2 029	15,9	2 239	17,5	691	5,4	4	0,0	100	0,8	23	0,2	—	—	—	—	—	—
1942	12 246	5 961	48,7	2 066	16,9	1 724	14,1	559	4,6	34	0,3	1 900	15,5	166	1,3	—	—	—	—	3	0,0
1941	14 339	546	3,8	1 858	13,0	1 842	12,8	58	0,4	123	0,9	9 600	66,9	495	3,5	—	—	—	—	4	0,0
1940	15 019	7	0,0	386	2,6	1 561	10,4	17	0,1	135	0,9	12 200	81,2	450	3,0	4	0,0	—	—	9	0,1
1939	14 605	—	—	24	0,2	1 133	7,7	—	—	72	0,5	8 150	55,8	252	1,7	40	0,3	19	0,1	10	0,1
1938	14 657	—	—	1	0,0	606	4,1	—	—	49	0,3	4 500	30,7	159	1,1	147	1,0	244	1,7	36	0,3
1937	14 985	—	—	—	—	174	1,2	—	—	31	0,2	1 750	11,7	105	0,7	323	2,2	606	4,0	65	0,4
1936	15 275	—	—	—	—	19	0,1	—	—	24	0,2	750	4,9	46	0,3	594	3,9	886	5,8	55	0,4
1935	15 762	—	—	—	—	9	0,0	—	—	11	0,1	550	3,5	51	0,3	645	4,1	1 040	6,6	78	0,5
1934	13 960	—	—	—	—	1	0,0	—	—	12	0,1	—	—	86	0,6	544	3,9	880	6,3	66	0,5
1933	10 739	—	—	—	—	—	—	—	—	9	0,1	—	—	—	—	300	2,8	549	5,1	28	0,3
1932	10 572	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	229	2,2	450	4,3	27	0,2
1931	10 866	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	155	1,4	369	3,4	29	0,3
1930	11 806	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	367	3,1	272	2,3	23	0,2
1929	12 100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47	0,4	185	1,5	10	0,1
1928	12 308	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	38	0,3	143	1,1	8	0,1
1927	11 068	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	38	0,3	104	0,9	16	0,2
1926 u. fr.	10 465	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	294	2,8	98	0,9	7	0,1
1925	10 958	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	82	0,7	8	0,1
1924	9 592	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	62	0,6	8	0,1
1923 u. fr.	9 761	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	223	2,3	8	0,1

b) weiblich																					
1951	8 825	1 506	17,1	—	—	—	—	8	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
1950	8 975	8 425	93,9	—	—	—	—	64	0,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
1949	9 382	9 283	99,0	—	—	—	—	104	1,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
1948	10 030	9 821	97,9	—	—	—	—	185	1,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
1947	9 818	9 284	94,6	—	—	344	3,5	278	2,8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
1946	9 996	8 275	82,8	—	—	1 453	14,5	376	3,8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
1945	9 098	6 849	75,3	412	4,5	1 434	15,8	403	4,4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
1944	11 912	7 865	66,0	2 013	16,9	1 870	15,7	454	3,8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
1943	12 393	7 807	63,0	2 361	19,1	1 851	14,9	415	3,4	1	0,0	80	0,6	78	0,6	—	—	—	—		
1942	12 075	5 740	47,6	2 247	18,6	1 465	12,1	352	2,9	13	0,1	1 700	14,1	603	5,0	—	—	—	—		
1941	14 094	479	3,4	1 983	14,1	1 453	10,3	31	0,2	52	0,4	8 100	57,5	2 099	14,9	—	—	—	4	0,0	
1940	15 314	8	0,1	276	1,8	1 005	6,6	21	0,1	47	0,3	11 600	75,8	2 242	14,6	19	0,1	—	—	3	0,0
1939	15 602	—	—	12	0,1	778	5,0	—	—	21	0,1	5 600	35,9	883	5,7	101	0,6	9	0,1	8	0,1
1938	15 453	—	—	—	—	313	2,0	—	—	6	0,0	1 600	10,4	398	2,6	141	0,9	200	1,3	59	0,4
1937	14 746	—	—	—	—	66	0,4	—	—	11	0,1	450	3,1	222	1,5	134	0,9	397	2,7	64	0,4
1936	15 262	—	—	—	—	8	0,1	—	—	3	0,0	120	0,8	123	0,8	93	0,6	446	2,9	83	0,5
1935	15 461	—	—	—	—	3	0,0	—	—	4	0,0	100	0,6	43	0,3	84	0,5	370	2,4	69	0,5
1934	13 886	—	—	—	—	—	—	—	—	3	0,0	—	—	79	0,6	49	0,4	297	2,1	51	0,4
1933	10 577	—	—	—	—	—	—	—	—	4	0,0	—	—	—	—	20	0,2	157	1,5	24	0,2
1932	10 668	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19	0,2	92	0,9	14	0,1
1931	11 198	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	0,1	70	0,6	13	0,1
1930	12 236	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23	0,2	57	0,5	11	0,1
1929	12 036	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	0,1	45	0,4	6	0,0
1928	12 720	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	0,1	28	0,2	4	0,0
1927	12 050	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	0,1	25	0,2	4	0,0
1926 u. fr.	12 753	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50	0,4	20	0,2	5	0,0
1925	13 900	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31	0,2	4	0,0
1924	13 433	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28	0,2	8	0,1
1923 u. fr.	13 232	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	75	0,6	7	0,0

1) geschätzt.
Anmerkung: Abweichungen in den Quersummen sind durch die unterschiedlichen Erhebungsstichtage bedingt.

Übersicht 4

Die deutschen Studierenden an der Universität Hamburg in den Wintersemestern 1930/31, 1934/35, 1948/49, 1953/54 und 1957/58 nach dem Beruf des Vaters

Beruf des Vaters	Wintersemester 1930/31				Wintersemester 1934/35				Wintersemester 1948/49				Wintersemester 1953/54				Wintersemester 1957/58			
				vH				vH				vH				vH				vH
	m	w	zus.		m	w	zus.		m	w	zus.		m	w	zus.		m	w	zus.	
Akademiker	421	191	612	17,2	315	132	447	20,5	829	382	1211	24,7	1069	476	1545	28,9	1779	927	2706	31,6
davon																				
Beamte mit abgeschlossener Hochschulbildung	221	104	325	9,1	168	86	254	11,7	364	203	567	11,6	481	237	718	13,4	893	461	1354	15,8
Angestellte mit abgeschlossener Hochschulbildung	16	11	27	0,8	17	5	22	1,0	85	24	109	2,2	175	74	249	4,7	290	152	442	5,2
Angehörige freier Berufe mit abgeschloss. Hochschulbildung .	164	68	232	6,5	117	37	154	7,1	320	136	456	9,3	353	144	497	9,3	514	277	791	9,2
Selbständige Landwirte mit abgeschloss. Hochschulbildung .	1	—	1	0,0	—	1	1	0,0	13	6	19	0,4	15	4	19	0,4	18	7	25	0,3
Handel- und Gewerbetreibende mit abgeschloss. Hochschulbildung .	19	8	27	0,8	13	3	16	0,7	47	13	60	1,2	44	17	61	1,1	62	29	91	1,1
Akademiker ohne genaue Berufsangehörigkeit	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	0,0	2	1	3	0,0
Nichtakademiker	2313	632	2945	82,6	1314	412	1726	79,2	2816	862	3678	75,1	2913	882	3795	71,0	4414	1418	5832	68,1
davon																				
Beamte ohne abgeschlossene Hochschulbildung	926	266	1192	33,4	534	161	695	31,9	972	276	1248	25,5	934	257	1191	22,3	1335	402	1737	20,3
Angestellte ohne abgeschlossene Hochschulbildung	362	105	467	13,1	239	80	319	14,6	769	235	1004	20,5	895	267	1162	21,7	1456	491	1947	22,7
Arbeiter	212	30	242	6,8	69	19	88	4,0	139	18	157	3,2	168	40	208	3,9	311	55	366	4,3
Angehörige freier Berufe	53	10	63	1,8	34	9	43	2,0	86	30	116	2,4	97	34	131	2,5	136	55	191	2,2
Selbständige Landwirte, Bauern .	98	11	109	3,1	55	12	67	3,1	90	27	117	2,4	100	23	123	2,3	147	46	193	2,3
Handel- und Gewerbetreibende .	659	209	868	24,3	383	131	514	23,6	760	274	1034	21,1	718	261	979	18,3	1024	366	1390	16,2
Nichtakademiker ohne genaue Berufsangabe	3	1	4	0,1	—	—	—	—	—	2	2	0,0	1	—	1	0,0	5	3	8	0,1
Ohne Beruf und Berufsangabe	8	1	9	0,2	5	1	6	0,3	6	2	8	0,2	4	1	5	0,1	19	2	21	0,3
Insgesamt	2742	824	3566	100	1634	545	2179	100	3651	1246	4897	100	3986	1359	5345	100	6212	2347	8559	100

hat und daß, wer einem bestimmten Beruf zuneigt, damit schon häufig zugleich das Studium wählt.

Langfristig gesehen, ist der Anteil der Studenten, die aus Akademikerfamilien kommen, stark gestiegen. Hatte man im Wintersemester 1930/31 nur 17 vH Studenten gezählt, deren Väter die Universität besucht haben, so betrug der Anteil der Söhne oder Töchter von Akademikern im Wintersemester 1957/58 schon über 30 vH. In der sozialen Gliederung tauchen unter den Vätern neben den akademisch vorgebildeten Beamten diejenigen in freien Berufen mit abgeschlossener Hochschulbildung am stärksten auf. Die Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen Studium und väterlichem Beruf gehen bis in die Anfänge der Hochschulstatistik zurück. Vielfach ergreifen Söhne oder Töchter von

Akademikern den Beruf des Vaters, einmal, um eine gewisse Familientradition zu wahren, zum andern, weil eben das Elternhaus in diesen Dingen häufig einen prägenden Einfluß ausübt. Manchmal stehen auch recht nüchterne Erwägungen dahinter, so in den Fällen, in denen beispielsweise das medizinische Studium gewählt wird, um später einmal die Praxis des Vaters zu übernehmen. Selbst dort, wo keine praktischen Erwägungen für die Fortsetzung der Familientradition sprechen, sind die Zusammenhänge zwischen Beruf des Vaters und Berufsziel der Kinder deutlich nachweisbar.

Damit rekrutiert sich ein erheblicher Teil der Studentenschaft aus Kreisen, die eine gewisse Tradition wahren.

Personalschwierigkeiten und Raumnot

Man wird die Hörerzahlen der Universität nicht hinreichend deuten können, wenn man nicht gleichzeitig die Entwicklung des Lehrkörpers mit in die Überlegungen einbezieht.

1921, zu einem Zeitpunkt also, als an der Universität rd. 3700 Studierende immatrikuliert waren, umfaßte der gesamte Lehrkörper 230 Personen, darunter 85 Professoren, 73 Privatdozenten und 59 mit Vorlesungen Beauftragte. Für die insgesamt 9124 immatrikulierten Studierenden des Wintersemesters 1957/58 standen dagegen 605 Lehrkräfte zur Verfügung. Die Aufgliederung des Lehrkörpers ist der von 1921 nicht voll vergleichbar; es waren im Wintersemester 1957/58 138 Lehrstuhlinhaber, 36 Honorarprofessoren, 270 habilitierte Nichtordinarien, 17 Emeriti und 161 „sonstige“ Lehrpersonen vorhanden. Diese Gegenüberstellung täuscht insofern, als die heutige Weite des Vorlesungsbetriebes in keinem Verhältnis zu der des Jahres 1921 steht. Der Lehr- und Forschungsbetrieb ist differenzierter geworden, neue Wissensgebiete wurden erschlossen.

Bereits eine Aufteilung der Studierenden und des Lehrpersonals nach Fakultäten vermittelt ein eindrucksvolles Bild von den Schwierigkeiten, mit

denen die Arbeit an der Universität z. T. aus personellen Gründen zu kämpfen hat. So gab es in der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät bei 2084 Hörern nur 29 Lehrkräfte, in der philosophischen Fakultät bei 2783 Hörern dagegen 183; in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät standen 1238 Hörern 173 Lehrkräfte gegenüber. Gewiß sind derartige Vergleiche problematisch, da schon vom Umfang der Lehrtätigkeit her Lehrperson nicht gleich Lehrperson ist und die Spannweite des Begriffs von den Ordinarien bis zu den Lehrbeauftragten reicht. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die fachliche Spezialisierung auf Einzelgebieten ein Mindestmaß an Lehrkräften auch dann erfordert, wenn nur geringe Hörerzahlen vorhanden oder zu erwarten sind. Aber wenn man bedenkt, daß im Wintersemester 1957/58 in der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät auf eine Lehrperson 72 Hörer kamen, in der rechtswissenschaftlichen 52 und in der philosophischen, die in sich wieder sehr stark differenziert ist, im Durchschnitt 16, so werden die Unterschiede von Fakultät zu Fakultät deutlich, und die Überfüllung der Hörsäle bei bestimmten Vorlesungen erscheint ohne weiteres verständlich.

Übersicht 5

Der Lehrkörper der Universität Hamburg im Wintersemester 1957/58

Fakultäten	Lehrstuhlinhaber		Emeriti, die noch Vorlesungen halten	Honorar- prof.	Habilit. Nichtordinarien				Sonstige Lehrpersonen				Lehrkräfte insgesamt	Außer- dem Assi- stenten ohne Habi- litation
	ordent- liche Prof.	plan- mäßig a. o. Prof.			a. p. Prof.	Do- zenten	Lehr- beauf- tragte Lekt.	son- stige	Gastprof. u. Dozenten		nicht habilit. Lehr- beauf- tragte Lekt.	übrige Lehr- per- sonen		
									ins- gesamt	davon aus dem Ausland				
Evangel. Theologie	7	—	—	3	—	1	—	—	2	1	6	—	19	3
Rechtswissenschaft	13	—	4	5	5	4	—	—	—	—	1	—	32	11
Wirtschafts- und Sozialwissensch.	11	1	1	—	2	5	1	—	—	—	8	—	29	15
Medizin	21	4	1	2	73	68	—	—	—	—	—	—	169	168
Philosophie ¹⁾	34	9	7	12	18	18	1	—	3	3	43	38	183	34
Mathematik, Naturwissensch.	33	5	4	14	48	26	—	—	1	1	37	5	173	36
Insgesamt	119	19	17	36	146	122	2	—	6	5	95	43	605	267

¹⁾ einschl. Pädagogisches Institut.

Zu den Personalschwierigkeiten, die sich sowohl im Lehr- als auch im Forschungsbetrieb auswirken, tritt die Raumnot. Berücksichtigt man zusätzlich zur Zahl der vollmatrikulierten Studenten auch noch die Zahl der Gasthörer, so haben im Ablauf des Wintersemesters 9530 Personen die Universität besucht.

Im Vorlesungsgebäude Edmund-Siemers-Allee sind 7 Hörsäle vorhanden, und zwar haben

Hörsaal A	675,
Hörsaal B	500,
Hörsaal C, J und M je	200 und die
Hörsäle H und K je	150 Plätze.

Insgesamt können also gleichzeitig im Vorlesungsgebäude 2075 Studenten untergebracht werden. Dazu kommen 3 Hörsäle im Seminargebäude Bornplatz mit 190, 200 und 270 Plätzen sowie der neue Hörsaal im Hause Neue Rabenstraße 13 mit 262 Plätzen. Das Anwachsen der Studentenzahl — die letzten vier Jahre brachten jeweils Zugänge von rd. 1000 Hörern — hat eine ungewöhnliche Überlastung der Hörsäle zur Folge gehabt. Die Kapazität der Hörsäle reicht in zahlreichen Fällen nicht aus, um allen Hörern bestimmter Vorlesungen einen Sitzplatz oder auch nur eine erträgliche Unterbringung zu sichern.

Zuwachs der Studierenden in Hamburg

Sommersemester 1958 gegenüber	
Sommersemester 1957	+ 1 229 Personen od. 13,5 vH
Sommersemester 1957 gegenüber	
Sommersemester 1956	+ 917 Personen od. 11,2 vH
Sommersemester 1956 gegenüber	
Sommersemester 1955	+ 1 006 Personen od. 14,1 vH
Sommersemester 1955 gegenüber	
Sommersemester 1954	+ 987 Personen od. 16,0 vH
Sommersemester 1954 gegenüber	
Sommersemester 1953	+ 742 Personen od. 13,7 vH
Sommersemester 1953 gegenüber	
Sommersemester 1952	+ 338 Personen od. 6,6 vH
Sommersemester 1952 gegenüber	
Sommersemester 1951	+ 560 Personen od. 12,4 vH

In der rechtswissenschaftlichen Fakultät standen beispielsweise im Wintersemester 1956/57 für 9 Vorlesungen mit Belegzahlen von 245 bis 426 Studenten ausschließlich Hörsäle mit 200 Plätzen zur Verfügung. Diese Hörsäle waren — ebenso wie auch die kleineren mit 150 Plätzen — durchschnittlich mit 50 bis 53 Wochenstunden belegt. Vorlesungen mit mehr als 270 Hörern — z. T. handelt es sich um Belegzahlen bis über 700 Personen — sind auf die Hörsäle A und B angewiesen. Auch in diesen beiden Räumen mußten zwischen 40 und 50 Wochenstunden abgehalten werden.

Nun können die Vorlesungen nicht beliebig über den ganzen Tag streuen, sondern müssen zeitlich so aufeinander abgestimmt werden, daß sowohl für die Dozenten als auch für die Studenten ein geregelter Studienbetrieb möglich ist. Ferner dürfen sich die Hauptvorlesungen nicht gegenseitig beeinträchtigen. So kommen für eine Vorlesung mit mehr als 400 Hörern sowohl in der philosophischen als auch in der rechtswissenschaftlichen Fakultät nur ganz bestimmte Tageszeiten in Frage¹⁾.

Die Ausweitung der Hörsaalkapazität ist daher eine der dringlichsten Aufgaben der Universität. Die ersten großen, entscheidenden Schritte sind bereits getan worden. Das neue Pädagogische Institut am Bornplatz geht seiner Vollendung entgegen, und auch der Neubau des Auditorium maximum schreitet weiter voran. Als nächster Bauabschnitt am Bornplatz sind die Hochhausneubauten für die Philosophische und die Evangelisch-Theologische Fakultät vorgesehen. Es ist ein gewaltiges Vorhaben, das im Laufe der kommenden Jahre durchgeführt werden soll. Die Universitätsbauten am Bornplatz werden nach den Voranschlägen²⁾ insgesamt einen Betrag von rd. 54 Millionen DM verschlingen. Die Neugestaltungspläne für das Universitätskrankenhaus Eppendorf sehen an Gesamtbaukosten 78 Millionen DM vor. Für die an anderen Stellen geplanten Universitätsneubauten werden weitere 26 Millionen DM benötigt.

¹⁾ Vgl. hierzu Mitteilungen des Senats an die Bürgerschaft Nr. 144 vom 9. 4. 57, Seite 379—380.

²⁾ Vgl. Denkschrift des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg: Bauplanung für die Universität Hamburg 1955.

Der Wandel in den Fachrichtungen

Welche Fachrichtungen herrschen nun vor, und in welchem Maße hat sich hier gegenüber der Vorkriegszeit ein Wandel vollzogen? Es wäre müßig, etwa durch eine Gegenüberstellung der auf die einzelnen Fakultäten entfallenden Studierenden dieser Frage nachzugehen. Derartige Zusammenfassungen überdecken oftmals im Laufe der Jahrzehnte wechselnde Inhalte und sind nicht differenziert genug, die Verschiebungen erkennen zu lassen. Man muß daher von den Studienfächern ausgehen, die die Studierenden angegeben haben. Sie vermitteln zudem einen gewissen Überblick über die Berufsabsichten der Hörer.

Ganz allgemein läßt sich feststellen, daß der Anteil der Kulturwissenschaften an der Hörerzahl zurückgegangen ist und sich das Gewicht im Laufe der Jahre immer mehr zu den Rechtswissenschaften, den Wirtschaftswissenschaften und der Medizin hin ver-

lagert hat. Die Hamburger Entwicklung bestätigt hier nur das, was sich für das gesamte Bundesgebiet ebenfalls zeigt.

Das starke Wachstum der Studierendenzahlen in technischen Fachrichtungen, das sich aus den Hochschulstatistiken der letzten Jahrzehnte generell verfolgen läßt, kommt in Hamburg insofern nicht zum Ausdruck, als sich die Universität hier nur auf einige Randgebiete dieses Wissensbereichs (z. B. angewandte Mathematik, angewandte Physik, Schiffbau) beschränkt und Hamburg keine Technischen Hochschulen aufweist.

Interessanter ist jedoch eine Gegenüberstellung der einzelnen Fachgebiete. Hierbei überrascht zunächst, in welchem Maße die Universität seit Jahrzehnten Lehrerausbildungsstätte ist. Im Wintersemester 1930/31 stellten die künftigen Volksschul-

Die deutschen Studenten an der Universität Hamburg in den Wintersemestern 1930/31, 1933/34, 1934/35, 1938/39, 1947/48, 1952/53, 1955/56 und 1957/58 nach Studienfächern

Studienfächer	Deutsche Studierende in den Wintersemestern																											
	1930/31			1933/34			1934/35			1938/39			1947/48			1952/53			1955/56			1957/58						
	m	w	zus.	m	w	zus.	m	w	zus.	m	w	zus.	m	w	zus.	m	w	zus.	m	w	zus.	m	w	zus.				
Evang. Theologie ¹⁾	139	13	152	176	16	192				
Rechtswissenschaft	570	43	613	379	16	395	244	8	252	210	4	214	772	17	789	736	86	822	988	156	1 144	1 434	191	1 625				
Volkswirtschaft	157	16	173	143	18	161	100	10	110	165	12	177	} 367	28	395	290	49	339	379	68	447	384	70	454				
Betriebswirtschaft	4	—	4	3	—	3	4	—	4	—	—	—				547	51	598	984	115	1 099	969	64	1 033				
Handelsschullehramt	5	1	6	2	1	3	—	—	—	—	—	—				59	27	86	175	87	262	324	132	456				
Politik und Soziologie	9	2	11	31	9	40	39	9	48				
Allgemeine Medizin	361	105	466	543	164	707	559	172	731	428	116	544	903	374	1277	457	185	642	434	216	650	536	294	830				
Zahnmedizin	137	34	171	143	32	175	147	26	173	36	6	42	141	27	168	137	34	171	86	47	133	92	51	143				
Kulturwissenschaften	140	72	212	138	57	195	93	46	139	57	29	86	802	405	1207	219	126	345	232	106	338	307	150	457				
Sprachwissenschaften	264	143	407	178	108	286	102	72	174	47	24	71	in Kulturwissensch. enthalten			304	174	478	482	334	816	683	505	1 188				
Volksschullehramt ²⁾	627	263	890	187	218	405	92	143	235	—	—	—	256	178	434	146	255	401	169	375	544	224	570	794				
Gewerbelehramt ³⁾	42	39	81	41	17	58	23	12	35	22	12	34	33	57	90	140	95	235	144	84	228	109	73	182				
Mathematik	142	25	167	107	26	133	59	18	77	23	5	28	} In sonstige Naturw. enth.	589	167	756	101	24	125	97	22	119	119	36	155			
Physik	69	3	72	73	4	77	58	3	61	29	—	29					175	4	179	217	12	229	285	18	303			
Mathematik und Physik	In Mathematik bzw. Physik enthalten																12	2	14	26	10	36	46	7	53			
Chemie	89	18	107	86	16	102	79	11	90	74	6	80	} In sonstige Naturw. enth.	589	167	756	120	9	129	141	13	154	153	20	173			
Pharmazie	11	8	19	11	6	17	17	3	20	20	—	—					25	43	68	25	54	79	23	74	97			
Biologie, Botanik, Zoologie	70	35	105	42	26	68	26	11	37	37	—	—					76	51	127	78	47	125	114	52	166			
Geographie/Geologie/Mineralogie	51	18	69	30	9	39	29	10	39	3	3	6	} In sonstige Naturw. enth.	589	167	756	43	9	52	68	11	79	66	15	81			
Forst- und Holzwirtschaft					74	—	74	79	1	80	86	—	86			
Schiffbau					4	—	4	18	—	18	43	—	43			
Sonstige Naturwissenschaften	3	1	4	3	—	3	2	—	2	27	9	36	} In sonstige Naturw. enth.	589	167	756	1	2	3	5	1	6	—	—	—			
Insgesamt	2 742	824	3 566	2 109	718	2 827	1 634	545	2 179	1 121	226	1 347					3 863	1 253	5 116	3 675	1 228	4 903	4 997	1 781	6 778	6 212	2 347	8 559

1) Mit Beginn des Wintersemesters 1954/55 wurde der Lehrbetrieb an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität aufgenommen. — 2) Ausbildung der Volksschullehrer von 1927 bis 1936 und ab 1947 in der Philosophischen Fakultät der Universität. — 3) Ausbildung der Gewerbelehrer seit 1919 in der Philosophischen Fakultät der Universität.

lehrer die größte geschlossene Gruppe. Zählt man hierzu noch die Gewerbelehrer und die Handelschullehrer, so handelte es sich damals um fast 1000 Personen, die sich auf den Lehrerberuf vorbereiteten. Dies waren etwa 25 vH der damaligen Studierenden. An zweiter Stelle lag das Medizinstudium, an dritter das Studium der Rechtswissenschaft. Die wirtschaftswissenschaftlichen Fächer fielen demgegenüber weit ab. So war die Volkswirtschaft mit 173, die Betriebswirtschaft sogar nur mit 24 Studenten vertreten.

27 Jahre später hatten sich die Verhältnisse völlig gewandelt. Die Rechtswissenschaft liegt mit 1656 Studierenden an der Spitze, die Lehrer sind auf den zweiten Platz verwiesen. Sie stellten im Wintersemester 1957/58 über 1400 Personen, etwa 16 vH der Studierenden.

Demgegenüber hat die Betriebswirtschaft in ungewöhnlicher Weise aufgeholt. Hier ist die Zahl der Studierenden auf über 1000 emporgeschneit und hat die Volkswirtschaft völlig überrundet. An dritter Stelle folgt die Medizin, an vierter sind die sprachwissenschaftlichen Fächer zu nennen.

Das Aufkommen der wirtschaftswissenschaftlichen Fächer, bei den Betriebswirten sehr stark auf die

Bedürfnisse der Praxis abgestellt, ist ein deutliches Zeichen für den hohen Bedarf moderner Volkswirtschaften an Kräften mit spezieller Ausbildung.

Im Zuge dieser Entwicklung hat sich auf einzelnen Gebieten ein tiefgreifender Strukturwandel vollzogen. Dies gilt neben dem wirtschaftswissenschaftlichen Studium besonders für die Lehrer. Während im Wintersemester 1957/58 die Zahl der künftigen Volksschullehrer um 11 vH unter dem Stand des Wintersemesters 1930/31 lag, hat sich das Handelsschullehramt aus unbedeutenden Anfängen mit weniger als zehn Hörern heute zu der beträchtlichen Zahl von 456 Studierenden entwickelt und überschattet damit sogar die Zahl der künftigen Gewerbelehrer, die sich allerdings gegenüber den 30er Jahren auch verdoppelt hat.

Gleichzeitig zeigt sich hierbei ein ungewöhnliches Vordringen der Frauen im Volksschullehrerberuf. Gab es unter den künftigen Volksschullehrern 1930/31 etwa 70 vH Männer, so befinden sich heute unter 100 Studenten dieser Fachrichtung 72 Frauen. Die künftigen Schülergenerationen werden daher wohl in weit größerem Maße von Lehrerinnen erzogen.

Das Studium in Hamburg und außerhalb Hamburgs

Eine große Zahl der Studenten hat das Bestreben, während der Studienzzeit auch andere Hochschulen und andere Lehrmeinungen kennenzulernen, um den eigenen Horizont zu weiten. So gibt schon eine Analyse der Herkunft der an der Hamburger Universität Studierenden einen Querschnitt durch alle deutschen Bundesländer und ausländischen Staaten.

Übersicht 7

Die deutschen Studenten nach dem Heimatland

Heimatland	Studenten im Wintersemester 1957/58		
	männlich	weiblich	zusammen
Schleswig-Holstein	1 024	402	1 426
H a m b u r g	3 010	1 252	4 262
Niedersachsen	1 118	359	1 477
Bremen	233	60	293
Nordrhein-Westfalen	414	149	563
Hessen	63	20	83
Rheinland-Pfalz	38	13	51
Baden-Württemberg	164	46	210
Bayern	68	13	81
Saarland	10	8	18
Berlin (West)	38	20	58
Sowjetische Besatzungszone u. Sowjetsektor von Berlin	25	5	30
Ausland	7	—	7
Insgesamt	6 212	2 347	8 559

Die der Hansestadt entstammenden Studenten überwiegen zwar mit rund der Hälfte, doch sind die an Hamburg angrenzenden Nachbarländer ebenfalls stark vertreten. Aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen kommen jeweils gut ein Sechstel der in Hamburg immatrikulierten deutschen Studenten. Auch Nordrhein-Westfalen stellt noch den beträchtlichen

Anteil von nahezu 600 Studenten. Aus Bremen kamen fast 300 Studenten, eine Zahl, die wohl in erster Linie durch das Fehlen einer eigenen Universität und durch die Verwandtschaft der beiden Großstädte bedingt sein dürfte.

Neben den deutschen Studenten waren im Wintersemester 1957/58 565 Ausländer immatrikuliert, von denen 266 aus Europa, 160 aus Asien, 46 aus Afrika und 81 aus Amerika stammten. Die stärkste geschlossene Gruppe unter den Ausländern bilden die Iraner (71), die vorwiegend Medizin studieren. Dicht auf folgen die Griechen (60). An nächster Stelle stehen die US-Amerikaner (44), dicht gefolgt von den Norwegern und Ungarn mit je 37 Studenten und den Türken (36).

Aber auch der Hamburger strebt zu auswärtigen Hochschulen. Zwar lassen sich solche Feststellungen zuletzt nur für das Wintersemester 1955/56 treffen, doch dürften sich die Verhältnisse in der Folgezeit nur wenig verschoben haben. An den wissenschaftlichen Hochschulen des Bundesgebiets waren zu diesem Zeitpunkt fast 111 000 Studenten gezählt, 4858 davon waren Hamburger. Hiervon wiederum studierten 3553 oder 73 vH an der hiesigen Universität, die übrigen 1305 Studenten (27 vH) verteilten sich auf fast alle übrigen westdeutschen Hochschulen. Einen besonderen Vorzug genossen die Technischen Hochschulen in Braunschweig und Hannover mit jeweils über 200 hamburgischen Studenten, eine Erscheinung, deren Ursache hauptsächlich darin zu suchen ist, daß eine Studienmöglichkeit für die technischen Fachrichtungen in Hamburg nicht besteht. Mehr als 600 Studenten aus Hamburg nahmen die Technischen Hochschulen des Bundesgebiets in Anspruch.

Übersicht 8

Der Anteil der Hamburger Studenten an den wissenschaftlichen Hochschulen des Bundesgebiets

Länder/Hochschulen	W. S. 1955 / 56			W. S. 1954 / 55			W. S. 1929 / 30		
	Deutsche Studenten		vH der Hamb. Stud.	Deutsche Studenten		vH der Hamb. Stud.	Deutsche Studenten		vH der Hamb. Stud.
	überhaupt	darunter Hamb. Stud.		überhaupt	darunter Hamb. Stud.		überhaupt	darunter Hamb. Stud.	
Schleswig-Holstein									
Universität Kiel	1888	56	3,0	1777	54	3,0	2034	29	1,4
Hamburg									
Universität Hamburg	6778	3553	52,4	6065	3246	53,5	3184	1550	48,7
Niedersachsen									
Universität Göttingen	4196	51	1,2	3611	56	1,4	3602	38	1,1
T. H. Braunschweig	2914	227	7,8	2693	199	7,4	.	.	.
T. H. Hannover	3258	215	6,6	3139	197	6,3	.	.	.
Tierärztliche Hochschule Hannover	450	9	2,0	483	8	1,7	.	.	.
Bergakademie Clausthal	876	9	1,0	860	13	1,5	.	.	.
Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft, Wilhelmshaven-Rüstersiel	109	1	0,9	2) 88	2	2,3	.	.	.
Nordrhein-Westfalen									
Universität Bonn	5824	41	0,7	5864	30	0,5	5129	11	0,2
Universität Köln	9118	14	0,2	8614	15	0,2	5398	11	0,2
Universität Münster	5593	28	0,5	5033	16	0,3	3960	8	0,2
Med. Akademie Düsseldorf	311	1	0,3	285	1	0,4	.	.	.
T. H. Aachen	5519	21	0,4	5523	20	0,4	.	.	.
Kirchl. Hochschule Bethel	136	2	1,5	113	3	2,7	.	.	.
Kirchl. Hochschule Wuppertal	109	—	—	111	—	—	.	.	.
Phil.-Theolog. Akademie Paderborn	187	1	0,5	206	—	—	.	.	.
Hessen									
Universität Frankfurt	6898	13	0,2	6410	11	0,2	3499	10	0,3
Universität Marburg	4013	34	0,9	3645	32	1,2	3205	45	1,4
Universität Gießen	753	3	0,4	777	2	0,3	1637	7	0,4
T. H. Darmstadt	3240	29	0,9	3101	37	1,2	.	.	.
Phil.-Theol. Hochschule Frankfurt	231	—	—	203	—	—	.	.	.
Phil.-Theol. Hochschule Fulda	63	—	—	75	—	—	.	.	.
Phil.-Theol. Hochschule Königstein	68	—	—	76	—	—	.	.	.
Ev. freikirchl. Hochschule Oberursel	11	—	—	9	—	—	.	.	.
Rheinland-Pfalz									
Universität Mainz		6			6		.	.	.
Auslands- und Dolmetscherinstitut der Universität Mainz in Gernersheim	3028		0,9	2963		0,7	.	.	.
Theologische Fakultät Trier	194	—	—	200	—	—	.	.	.
Baden-Württemberg									
Universität Heidelberg	4573	70	1,5	4332	66	1,5	2859	30	1,1
Universität Freiburg	1) 4715	105	2,2	4531	91	2,0	3341	78	2,3
Universität Tübingen	4971	91	1,8	4462	78	1,8	3008	27	0,9
T. H. Stuttgart	3949	28	0,7	4003	45	1,1	.	.	.
T. H. Karlsruhe	3679	43	1,2	3516	48	1,4	.	.	.
Landwirtsch. Hochsch. Hohenheim	246	4	1,6	313	4	1,3	.	.	.
Wirtschaftshochschule Mannheim	964	1	0,1	883	1	0,1	.	.	.
Bayern									
Universität München	11 056	93	0,8	11 340	73	0,6	8013	100	1,3
Universität Würzburg	2129	20	0,9	2238	13	0,6	2602	13	0,5
Universität Erlangen	2489	19	0,8	2753	15	0,5	1654	10	0,6
T. H. München	4368	43	1,0	4423	29	0,7	.	.	.
Philosoph. Hochschule Augsburg	8	—	—	15	—	—	.	.	.
Phil.-Theol. Hochsch. Regensburg	277	—	—	374	1	0,3	.	.	.
Phil.-Theol. Hochsch. Bamberg	134	—	—	278	1	0,4	.	.	.
Phil.-Theol. Hochsch. Dillingen	89	—	—	115	—	—	.	.	.
Phil.-Theol. Hochsch. Eichstätt	143	—	—	145	—	—	.	.	.
Phil.-Theol. Hochsch. Freising	137	—	—	160	—	—	.	.	.
Phil.-Theol. Hochsch. Passau	100	—	—	105	—	—	.	.	.
Kirchl. Hochsch. Neuendettelsau	62	—	—	97	—	—	.	.	.
Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft, Nürnberg	1056	5	0,5	1026	1	0,1	.	.	.
Insgesamt	110 910	4858	4,4	107 033	4428	4,1	2) 53 125	2) 1967	2) 3,7

1) Außerdem 106 beurlaubte deutsche Studierende, die sich während des Semesters zurückgemeldet haben. — 2) Außerdem 75 Studenten mit kleiner Matrikel. — 3) Nur Universitäten.

Die übrigen wissenschaftlichen Hochschulen wurden von 700 Hamburgern besucht, darunter hatten sich

- 105 für Freiburg,
- 93 für München,
- 91 für Tübingen,
- 70 für Heidelberg und
- 56 für Kiel

entschieden.

Wenn man Aussagen über die „Seßhaftigkeit“ oder andererseits über die „Mobilität“ der Studenten machen will, wird man die Technischen Hochschulen ausschalten müssen; die in Hamburg nicht gebotene Ausbildungsmöglichkeit der TH würde vergleichstörend wirken.

Im Wintersemester 1929/30 gab es 1967 Hamburger Studenten, von denen 1550 in Hamburg, 417 dagegen an Universitäten außerhalb der Hansestadt studierten. 21 vH orientierten sich also in der

Fremde. Das Wintersemester 1955/56 gibt uns ein anderes Bild:

- 4232 Hamburger studierten an westdeutschen Universitäten,
- davon 3553 in Hamburg
- 679 oder 16 vH außerhalb Hamburgs.

Von den nahezu 700 auswärts an Universitäten Studierenden wurde in erster Linie die Rechtswissenschaft als Studienfach gewählt. Freiburg ist hierbei der bevorzugte Studienort.

Selbstverständlich muß bei einem Vergleich der Mobilität in früheren Zeiten und den letzten Jahren berücksichtigt werden, daß es heute weitaus schwerer ist, die Universität zu wechseln. Allein die Wohnverhältnisse zwingen heute vielfach schon zur Seßhaftigkeit, denn möblierte Zimmer sind knapp und teuer. Damit werden auch gleichzeitig die Finanzierungsschwierigkeiten angedeutet, die mit ausschlaggebend sind für die Entscheidung über das Studium an einem fremden Ort.

Die Finanzierung des Studiums

Es ist nicht leicht, über die tatsächlichen Finanzierungsquellen einen genaueren Überblick zu erhalten. Das hierüber zur Verfügung stehende Material entstammt den eigenen Angaben der Studenten, die zum Semesterbeginn einen lediglich statistischen Zwecken dienenden Fragebogen ausfüllen. Gewisse Ungenauigkeiten werden hier in Kauf genommen werden müssen, weil gerade das Gebiet der Studienfinanzierung sich nur schwer in einem Fragebogen einfangen läßt. Dazu kommt die Scheu des Befragten, über seine persönlichen Verhältnisse etwas auszusagen zu sollen. Meistens begnügte man sich mit einer Angabe über die überwiegende Finanzierungsart, versuchte aber einmalig im Wintersemester 1956/57 einen tieferen Einblick durch die Frage nach einer weiteren Finanzierungsart zu gewinnen.

47 vH schöpften, um ihr Studium und ihren Lebensunterhalt bezahlen zu können, aus nur einer Finanzierungsquelle. Mehr als die Hälfte dieser Studenten wurden allein durch ihre Eltern unterhalten. Fast ein Viertel war ausschließlich auf die eigene Erwerbstätigkeit angewiesen, um das Geld für Studium und Lebensunterhalt zu verdienen.

Für einen Gesamtüberblick über die Zahl derjenigen Studenten, die überhaupt einer Erwerbstätigkeit nachgehen, um die Mittel für das Studium zu beschaffen — sei es nun hauptsächlich durch eine Erwerbstätigkeit oder nur durch einen Zusatzverdienst —, errechnet sich bei der im Wintersemester 1956/57 durchgeführten Erhebung eine Zahl von 4257 Studenten. Das sind nahezu 57 vH aller deutschen Studierenden der Universität. Diese ungewöhnlich hohe Zahl wird noch instruktiver, wenn man einmal die Vergleiche zur Vorkriegszeit heranzieht. In den Jahren von 1926 bis 1932 schwankte der Anteil der erwerbstätigen Studenten zwischen 10 und 20 vH. Selbstverständlich sind die Ursachen für diese starken Verschiebungen auch in der jeweiligen allgemeinen Wirtschaftslage begründet, denn in Zeiten der Depression ist es weit schwieriger, eine Beschäftigungsstelle zu finden, als während einer Konjunktur. Aber auch unter Be-

rücksichtigung dieser Tatsache darf gesagt werden, daß noch in jüngster Zeit das Werkstudententum viel ausgeprägter war als in den Vorkriegsjahren.

Zwischen der ausschließlichen Finanzierung des Studiums durch die Eltern auf der einen und durch eigene Erwerbstätigkeit auf der anderen Seite gibt es mannigfache Übergänge und Abstufungen. Darlehen aus öffentlichen oder privaten Mitteln, Zuwendungen von dritter Seite oder Ausbildungsbeihilfen verschiedenster Art bilden für eine ganze Reihe Studenten die Quelle für die Finanzierung ihrer Ausbildung.

Viele Einzelheiten ergeben sich aus der Übersicht 9, so auch, daß rd. 300 Studenten bereits in einem Beruf stehen und zur Vervollkommnung ihres Wissens und ihrer beruflichen Position ein Studium aufgenommen haben.

Um eine ergänzende Aussage über die Finanzierungsschwierigkeiten zu erhalten, versuchte man im letzten Wintersemester im Zuge der individuellen Befragung der Universitätsstudenten, auch etwas über einen wesentlichen Faktor auf der Ausgabenseite der Studenten zu erfahren: den Mietaufwand. Die Fragestellung im Erhebungsbogen konnte nicht auf die einfache Aussage hinzielen: Was kostet heute eine „Studentenbude“, sondern der Rahmen mußte hier etwas weiter gefaßt werden. Nicht nur die unterschiedliche Größe und Ausstattung der Räume ist für die Höhe der Miete ausschlaggebend, sondern auch Heizung, Licht, Badbenutzung, Frühstück, Besorgung der Wäsche oder auch einzelner Mahlzeiten o. ä. beeinflussen den Mietaufwand. Es muß, wenn man den Aufwand für die Unterkunft näher beleuchten will, immer daran gedacht werden, daß die Mietangaben unterschiedliche Vermieterleistungen zum Inhalt haben können, die sich aus den Eintragungen in das Erhebungspapier nicht ausreichend ermitteln ließen. Die Unsicherheit tritt natürlich vor allem bei den höheren Monatsmieten ein.

Von den 8859 deutschen Studenten des Wintersemesters 1957/58 mußten 3300 Studenten oder fast 39 vH einen Betrag zwischen 30 und 60 DM für ihre Unterkunft aufwenden. Mehr als 60 DM bis

Die deutschen Studierenden an der Universität Hamburg nach der Finanzierung des Studiums im Wintersemester 1956/57

Überwiegende Finanzierung des Studiums und des Lebensunterhalts (Erste Finanzierungsquelle)	Nur eine Finanzierungsquelle		Zweite Finanzierungsquelle																		Insgesamt (überwiegende Finanzierungsart)			vH		
			Unterstützung durch die Eltern		Unterstützung durch den Ehemann/die Ehefrau		Zuwendungen 3. Pers. oder Vereinigungen		Darlehen aus öfftl. oder priv. Mitteln		Ausbildungsbeihilfen ¹⁾		sonst. öfftl. Mittel in Form von verl. Zusch.		Versch. Renten, sonst. Renten (z. B. Hinterbliebenenrenten)		eigene Erwerbstätigkeit		hauptberufl. Erwerbstätigkeit						sonstige eigene Mittel	
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	zus.			
Unterstützung durch die Eltern	1 109	857	—	—	25	10	60	28	27	4	25	21	11	14	19	9	1 625	461	10	2	8	5	2 920	1 411	4 331	57,2
Unterstützung durch d. Ehem./d. Ehefr.	45	54	14	2	—	—	4	3	3	—	8	—	3	—	3	—	80	12	3	—	2	1	165	72	237	3,1
Zuwendung, 3. Pers. o. Vereinigungen	32	11	19	8	—	—	—	—	5	3	—	1	1	1	2	2	50	9	1	—	1	—	111	35	146	1,9
Darlehen aus öffentl. oder priv. Mitteln	22	3	11	2	2	1	—	—	—	—	2	—	1	2	—	1	39	10	1	—	—	—	78	19	97	1,3
Ausbildungsbeihilf. ¹⁾	188	61	29	6	2	—	4	2	2	—	4	2	3	1	36	8	172	36	1	—	1	—	442	116	558	7,4
Sonst. öfftl. Mittel in Form v. verl. Zuschüssen (u. a. Stipendien)	16	3	13	1	3	—	1	—	1	—	1	—	—	—	4	1	43	16	—	—	—	—	82	21	103	1,4
Versichertenrenten, sonst. Renten (z. B. Hinterbliebenenrenten)	19	11	5	4	1	—	—	—	1	1	8	2	—	1	—	—	28	2	—	—	1	—	63	21	84	1,1
Eigene Erwerbstätigkeit vor, während oder zwischen den Semest. als Werkstudent	645	148	566	82	26	1	38	9	24	1	36	2	29	3	11	1	—	—	3	—	22	6	1 400	253	1 653	21,8
Hauptberufliche Erwerbstätigkeit	224	34	9	5	2	—	—	1	1	—	1	—	—	—	—	—	2	1	—	—	3	—	242	41	283	3,7
Sonst. eigene Mittel (z. B. Erbschaft, Vermögen)	44	12	6	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	14	4	—	—	—	—	66	17	83	1,1
Insgesamt	2 344	1 194	672	111	62	12	107	43	64	9	85	28	49	22	75	22	2 053	551	19	2	39	12	5 569	2 006	7 575²⁾	100
vH	42,0	59,5	12,6	5,5	1,0	0,6	1,9	2,1	1,1	0,5	1,5	1,4	0,8	1,1	1,3	1,1	36,8	27,5	0,3	0,1	0,7	0,6	100 ²⁾			
	46,7		10,3		1,0		2,0		1,0		1,5		1,0		1,3		34,4		0,3		0,5					

¹⁾ Ausbildungsbeihilfen aus dem Ausgleichsfonds des LAG, nach dem Heimkehrergesetz oder nach dem Bundesversorgungsgesetz. — ²⁾ Außerdem 58 Studenten (darunter 18 weibl.), die keine Angaben über die Finanzierung des Studiums gemacht haben.

Übersicht 10

Die deutschen Studierenden an der Universität Hamburg nach der Art der Unterkunft und den gezahlten Mieten im Wintersemester 1957/58

Miete in DM	Studenten			Wohnverhältnis der Studenten													
				kostenlos bei den Eltern, Verwandten oder Bekannten		gegen Vergütung bei den Eltern oder Verwandten		in Untermiete bei Privatleuten		in einem Studentenwohnheim		in einem sonstigen Gemeinschaftswohnheim		in eigener Wohnung (als Hauptmieter)		in einer sonstigen Unterkunft	
	m	w	zus.	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
von 0 bis 10	20	6	26			15	4	2	2	—	—	3	—	—	—	—	—
von 11 bis 15	23	6	29			16	4	3	2	1	—	3	—	—	—	—	—
von 16 bis 20	84	23	107			54	14	25	8	1	—	3	—	—	1	1	—
von 21 bis 25	111	28	139			30	9	74	18	3	—	2	1	—	—	—	—
von 26 bis 30	294	87	381			88	15	171	61	18	5	10	2	7	4	—	—
von 31 bis 35	221	64	285			23	6	178	56	9	2	8	—	3	—	—	—
von 36 bis 40	435	151	586			55	18	331	115	31	11	9	5	9	2	—	—
von 41 bis 45	261	90	351			9	5	192	65	43	17	5	—	11	3	1	—
von 46 bis 50	667	202	869			69	28	523	145	35	18	6	3	34	8	—	—
von 51 bis 55	143	42	185			2	—	130	36	2	2	—	2	9	2	—	—
von 56 bis 60	422	115	537			32	12	350	100	8	—	2	2	30	1	—	—
von 61 bis 65	121	45	166			3	—	98	40	—	—	1	—	19	5	—	—
von 66 bis 70	172	60	232			9	1	143	54	—	—	1	—	18	4	1	1
von 71 bis 75	91	22	113			7	—	65	17	1	—	—	—	18	5	—	—
von 76 bis 80	130	45	175			14	1	92	40	2	—	2	—	20	4	—	—
von 81 bis 85	30	8	38			1	—	17	5	—	—	—	—	12	3	—	—
von 86 bis 90	59	23	82			1	—	34	14	—	—	1	—	23	9	—	—
von 91 bis 95	11	4	15			—	—	4	2	—	—	—	—	7	2	—	—
von 96 bis 100	93	28	121			13	1	57	19	—	—	—	1	22	6	1	1
101 u. höher	124	25	149			1	1	33	7	—	—	3	1	83	16	4	—
Kostenlos bei den Eltern	2 391	1 166	3 557	2 391	1 166												
Ohne Angabe	309	107	416			188	45	63	28	6	—	2	4	26	22	24	8
Insgesamt	6 212	2 347	8 559	2 391	1 166	630	164	2 585	834	160	55	61	21	353	97	32	10

100 DM gaben 940 Studenten (11 vH) aus. Die Möglichkeit, mit einem geringeren Betrag von unter 30 DM auszukommen, hatten nur 320 Studenten (4 vH). Der weitaus überwiegende Teil aller Studierenden der Universität wohnte jedoch **kostenlos** bei den Eltern oder Verwandten (3557 oder 42 vH). Rechnet man hier noch die gegen eine „Abgabe“ bei den Eltern oder Verwandten lebenden Studenten hinzu, so ergibt sich doch, daß über die Hälfte aller an der Universität immatrikulierten deutschen Studenten keine fremde Unterkunft in Anspruch zu nehmen braucht. Doch **40 vH** aller deutschen Universitätsstudenten **wohnten zur Untermiete bei Privatleuten.**

Für die **a u s l ä n d i s c h e n** Studenten ergibt sich naturgemäß ein anderes Bild. Lag die Höhe des Mietaufwandes der deutschen Studierenden hauptsächlich zwischen 30 und 60 DM, verschieben sich die Grenzen bei den Ausländern zur Hauptsache von 40 bis 100 DM. Die Wohnmöglichkeit bei den Eltern ist für die Ausländer nur in Ausnahmefällen gegeben, somit verlagert sich bei diesen der Schwerpunkt auf die Untermiete: 70 vH der ausländischen Studenten wohnten „auf Zimmer“.

Es dürfte den Rahmen dieses Abschnittes nicht sprengen, wenn hier auf die Grundgedanken des „**Honnefer Modells**“ eingegangen wird, nach dem die individuelle Finanzierungshilfe einer neuen, gesunden Regelung zugeführt werden soll.

Das „Honnefer Modell einer hochschulgerechten Studienförderung“ war bereits im Herbst 1955 Thema einer gemeinsamen Tagung der Ständigen Konferenz der Kultusminister, der Westdeutschen Rektorenkonferenz und des Hochschulverbandes.

Das Fehlen eines gemeinsamen leitenden Gedankens in dem bisherigen Unterstützungswesen für Studierende veranlaßte dieses Gremium, eine Richtschnur auszuarbeiten, die auf eine möglichst gerechte individuelle Förderung hinzielen und eine Einheitlichkeit an allen westdeutschen Hochschulen gewährleisten soll. So wenden sich z. B. die bekanntesten Ausbildungsbeihilfen nach dem Lastenausgleichsgesetz, dem Heimkehrergesetz und dem Bundesversorgungsgesetz nur an bestimmte Personengruppen, während den übrigen Studenten ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Lage diese Unterstützungsmöglichkeiten versagt bleiben. Auch die Inanspruchnahme von Stipendien oder anderen öffentlichen Mitteln bot vielfach kaum die erforderliche finanzielle Grundlage für ein Studium. Die im Herbst 1955 zusammengetretene Versammlung stellte nun folgende **G r u n d s ä t z e** für die Durchführung der Idee einer individuellen Förderung auf:

1. Die Förderung richtet sich nach Eignung und nach Bedürftigkeit des Studenten. Die Eignung bedeutet, daß der Student gute Leistung zeigt oder erwarten läßt. Bedürftig ist derjenige, der in zumutbaren Grenzen weder allein noch mit Hilfe seiner Familie die Kosten seines Studiums aufzubringen vermag.
2. In der Förderung ist die persönliche Lage des Studenten zu berücksichtigen, schematische Verfahren müssen vermieden werden.
3. Die Förderungsmaßnahmen müssen dem Bildungsgang angepaßt sein. Sie erschöpfen sich nicht in der Sicherung des Lebensunterhaltes.
4. Die Entscheidung über die Gewährung einer Förderung im Einzelfall liegt bei der Hochschule.

5. Zwischen den akademischen Lehrern und den in der Förderung stehenden Studenten ist eine enge Verbindung anzustreben.
6. Der Student soll nach Möglichkeit durch eigene Initiative zu den Kosten seines Studiums beitragen. Die Bereitstellung langfristiger Darlehen soll ihn darin unterstützen.

Formen der Beihilfen

a) Die Anfangsförderung

Studienanfänger, die nach einer Überprüfung förderungswürdig erscheinen, werden in die Anfangsförderung aufgenommen. Sie erstreckt sich grundsätzlich auf die ersten drei Semester und soll den Studenten während der Vorlesungsmonate bei bescheidener Lebensführung von einem Zwang zum Nebenerwerb befreien. Soweit während der vorlesungsfreien Zeit die Familie den Studenten nicht aufnehmen kann, soll ihm eine Werkarbeit vermittelt werden, die mit seinem Bildungsgange in sinnvollem Zusammenhange steht.

b) Die Hauptförderung

Die Hauptförderung beginnt frühestens mit dem 4. Semester und endet mit Abschluß des Studiums. Durch die Hauptförderung sollen die gesamten Studiekosten in dieser Zeit sichergestellt werden; das Stipendium wird deshalb auch in der vorlesungsfreien Zeit weiter gezahlt. Gegen eine gelegentliche Werkarbeit während der Ferien für Sonderausgaben, die im Interesse der Ausweitung der Bildung liegen, ist nichts einzuwenden, jedoch soll der zuständige Förderungsausschuß hiervon benachrichtigt werden. Die Hauptförderung besteht aus Stipendien. Der Student hat außerdem die Möglichkeit, Darlehen aufzunehmen. (Für die Zeit bis zur vollständigen Verwirklichung dieses Modells besteht die Förderung in jedem Fall zu einem angemessenen Prozentteil aus Darlehen. Höhe und Laufzeit der Darlehen sind so festzusetzen, daß durch sie weder eine spätere Familiengründung noch der Aufbau einer beruflichen Existenz unangemessen beeinträchtigt werden.) Für die Vergabe von Darlehen sind Länderdarlehenskassen zu gründen bzw. die vorhandenen Kassen zu erweitern. In Ausnahmefällen kann ein Student bis zur Promotion gefördert werden, falls diese nicht schon den üblichen Studienschluß darstellt.

Auf Grund dieser Konzeption, die wörtlich dem Text des Beratungsergebnisses entnommen ist, wurden in den Bundeshaushalt 1957 insgesamt 33 Millionen DM für die Studentenförderung eingesetzt. Daraufhin erarbeitete die Westdeutsche Rektorenkonferenz auf einer Hochschultagung Empfehlungen, nach denen das Bundesministerium des Innern „Richtlinien für die Vergabe von Stipendien an die Studenten wissenschaftlicher Hochschulen der Bundesrepublik und West-Berlins“ herausgab. Hierin ist auch die Bemessungsgrundlage dargestellt, aus der u. a. hervorgeht, daß dem geförderten Studenten während der Hauptförderung ein monatliches Stipendium von 200,— DM zur Verfügung stehen soll. Während der Anfangsförderung wird ein Betrag von monatlich 150,— DM in der Vorlesungszeit für ausreichend gehalten.

Diese Zeilen über das „Honnefer Modell“ mögen für den Gesamtüberblick ausreichen. Es kann nicht Aufgabe des Aufsatzes sein, Einzelheiten darzustellen, aus denen beispielsweise der Student die Höhe eines zu erwartenden Stipendiums errechnen könnte.

So sehr es statistisch interessieren könnte, schon einiges über die Auswirkungen des „Honnefer-Modells“ zu erfahren, sind z. Z. doch nur wenige Gesamtzahlen greifbar: Im Studienjahr 1957/58

Die Studierenden der Universität Hamburg von 1919 bis 1958 nach Fakultäten

Semester SS=Sommersemester WS=Wintersemester	Studierende an Fakultäten																		darunter Aus- länder	Außer- dem Gast- hörer			
	Ev. Theologie			1) Rechts- und Staatswissenschaft			1) Wirtschafts- und Sozialwissenschaften			Medizin			Philosophie 2)			Mathematik und Naturwissenschaften					Studierende insgesamt		
	m	w	zus.	m	w	zus.	m	w	zus.	m	w	zus.	m	w	zus.	m	w	zus.			m	w	zus.
SS 1919				497	23	520				278	45	323	419	99	518	323	45	368	1 517	212	1 729		567
WS 1919/20				659	52	711				350	84	434	545	121	666	335	42	377	1 889	299	2 188	32 ³⁾	887
SS 1920				959	51	1 010				499	91	590	587	164	751	491	55	546	2 536	361	2 897		478
WS 1920/21				1 342	73	1 415				642	114	756	642	228	870	555	61	616	3 181	476	3 657	81	796
SS 1921				1 378	87	1 465				593	83	676	603	201	804	500	60	560	3 074	431	3 505	72	545
WS 1921/22				1 619	83	1 702				583	87	670	598	210	808	511	63	574	3 311	443	3 754	94	784
SS 1922				1 881	93	1 974				429	71	500	533	208	741	489	61	550	3 332	433	3 765	138 ³⁾	743
WS 1922/23				2 211	88	2 299				401	81	482	611	219	830	508	67	575	3 731	455	4 186	181 ³⁾	984
SS 1923				2 579	97	2 676				384	72	456	633	240	873	492	74	566	4 088	483	4 571	221	866
WS 1923/24				2 013	125	2 138				262	44	306	511	235	746	423	74	497	3 209	478	3 687	161	777
SS 1924				1 239	91	1 330				189	46	235	310	149	459	343	55	398	2 081	341	2 422	119	387
WS 1924/25				1 039	73	1 112				172	36	208	273	137	410	330	54	384	1 814	300	2 114	88	518
SS 1925				938	76	1 014				150	36	186	322	145	467	354	54	408	1 764	311	2 075	93	475
WS 1925/26				834	68	902				179	44	223	316	134	450	350	53	403	1 679	299	1 978	103	628
SS 1926				768	68	836				192	51	243	350	146	496	343	74	417	1 653	339	1 992	115	442
WS 1926/27				766	70	836				222	65	287	385	168	553	365	90	455	1 738	393	2 131	115	627
SS 1927				754	55	809				245	76	321	439	213	652	380	93	473	1 818	437	2 255	117	424
WS 1927/28				776	52	828				254	82	336	477	250	727	418	96	514	1 925	480	2 405	124	576
SS 1928				778	54	832				315	89	404	604	289	893	397	79	476	2 094	511	2 605	133	477
WS 1928/29				800	55	855				349	108	457	663	330	993	381	78	459	2 193	571	2 764	163	579
SS 1929				858	73	931				404	91	495	851	420	1 271	406	98	504	2 519	682	3 201	181	438
WS 1929/30				848	80	928				457	96	553	925	454	1 379	404	110	514	2 634	740	3 374	180	631
SS 1930				842	71	913				497	121	618	1 089	513	1 602	440	123	563	2 868	828	3 696	180	471
WS 1930/31				772	64	836				567	146	713	1 093	537	1 630	459	108	567	2 891	855	3 746	180	584
SS 1931				800	70	870				637	171	808	1 148	652	1 800	433	99	532	3 018	992	4 010	189	436
WS 1931/32				691	66	757				667	206	873	1 022	597	1 619	409	88	497	2 789	957	3 746	163	535
SS 1932				743	65	808				722	235	957	891	552	1 443	450	119	569	2 806	971	3 777	155	248
WS 1932/33				694	54	748				726	220	946	832	521	1 353	431	116	547	2 683	911	3 594	147	261
SS 1933				622	42	664				711	207	918	677	437	1 114	399	104	503	2 409	790	3 199	145	134
WS 1933/34				560	35	595				733	203	936	557	409	966	369	88	457	2 219	735	2 954	127	148
SS 1934				443	24	467				745	197	942	357	254	611	314	59	373	1 859	534	2 393	119	122
WS 1934/35				374	19	393				759	203	962	326	277	603	289	58	347	1 748	557	2 305	126	151
SS 1935				303	16	319				758	203	961	291	286	577	223	55	278	1 575	560	2 135	130	128
WS 1935/36				400	16	416				780	202	982	352	346	698	239	51	290	1 771	615	2 386	124	132
SS 1936				320	14	334				712	180	892	310	282	592	214	33	247	1 556	509	2 065		98
WS 1936/37				316	18	334				644	154	798	209	121	330	214	28	242	1 383	321	1 704	124	141
SS 1937				308	12	320				655	143	798	186	107	293	215	21	236	1 364	283	1 647	134	96

WS	1937/38			366	15	381				531	133	664	182	79	261	205	26	231	1 284	253	1 537	114	149	
SS	1938			348	14	362				573	117	690	177	80	257	183	28	211	1 281	239	1 520	104	98	
WS	1938/39			400	17	417				495	125	620	140	71	211	176	23	199	1 211	236	1 447	100	125	
SS	1939			351	15	366				534	149	683	98	50	148	167	21	188	1 150	235	1 385	87	121	
1. Trim.	1940			210	10	220				664	129	793	90	68	158	123	25	148	1 087	232	1 319	26	72	
2. Trim.	1940			183	14	197				301	113	414	89	96	185	171	32	203	744	255	999	30	64	
3. Trim.	1940			224	29	253				530	153	683	103	149	252	193	74	267	1 050	405	1 455	30	78	
Trim.	1941			169	33	202				483	184	667	68	133	201	106	58	164	826	408	1 234	22	83	
SS	1941			101	33	134				400	163	563	32	90	122	59	48	107	592	334	926	24	91	
WS	1941/42			276	35	311				503	186	689	82	109	191	110	50	160	971	380	1 351	29	144	
SS	1942			156	58	214				497	237	734	33	145	178	44	70	114	730	510	1 240	35	.	
WS	1942/43			333	89	422				646	308	954	77	181	258	99	86	185	1 155	664	1 819	.	.	
SS	1943			203	100	303				824	401	1 225	47	207	254	56	122	178	1 130	830	1 960	.	.	
WS	1943/44			175	103	278				855	378	1 233	36	165	201	59	95	154	1 125	741	1 866	.	.	
SS	1944			231	118	349				775	504	1 279	56	247	303	85	140	225	1 147	1 009	2 156	.	.	
WS	1944/45			154	31	185				490	117	607	22	56	78	38	51	89	704	255	959	.	.	
SS	1945			—	—	—				—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
WS	1945/46			790	48	838				956	97	1 053	395	214	609	452	99	551	2 593	458	3 051	.	.	
SS	1946			750	46	796				1 116	532	1 648	631	413	1 044	437	153	590	2 934	1 144	4 078	221	.	
WS	1946/47			1 069	83	1 152				1 062	412	1 474	783	496	1 279	515	162	677	3 429	1 153	4 582	.	.	
SS	1947			1 143	57	1 200				1 084	386	1 470	1 068	555	1 623	599	161	760	3 894	1 159	5 053	39	.	
WS	1947/48			1 149	46	1 195				1 054	407	1 461	1 094	641	1 735	592	168	760	3 889	1 262	5 151	35	127	
SS	1948			1 187	62	1 249				1 101	451	1 552	1 120	733	1 853	629	175	804	4 037	1 421	5 458	266	173	
WS	1948/49			1 169	65	1 234				997	394	1 391	1 044	693	1 737	613	152	765	3 823	1 304	5 127	230	208	
SS	1949			1 039	64	1 103				867	295	1 162	956	578	1 534	633	134	767	3 495	1 071	4 566	157	250	
WS	1949/50			1 028	73	1 101				766	251	1 017	854	573	1 427	638	153	791	3 286	1 050	4 336	77	518	
SS	1950			1 277	92	1 369				757	221	978	817	550	1 367	650	142	792	3 501	1 005	4 506	48	187	
WS	1950/51			1 283	107	1 390				694	208	902	820	555	1 375	663	150	813	3 460	1 020	4 480	70	309	
SS	1951			1 334	128	1 462				631	196	827	820	577	1 397	689	156	845	3 474	1 057	4 531	66	254	
WS	1951/52			1 460	160	1 620				586	210	796	847	589	1 436	645	156	801	3 538	1 115	4 653	85	327	
SS	1952			1 691	179	1 870				637	221	858	865	660	1 525	682	156	838	3 875	1 216	5 091	102	395	
WS	1952/53			1 678	224	1 902				642	229	871	828	657	1 485	642	145	787	3 790	1 255	5 045	142	425	
SS	1953			1 817	249	2 066				678	238	916	860	728	1 588	709	150	859	4 064	1 365	5 429	145	334	
WS	1953/54			1 973	284	2 257				632	224	856	862	729	1 591	686	153	839	4 153	1 390	5 543	198	412	
SS	1954			2 266	330	2 596				684	274	958	953	792	1 745	711	161	872	4 614	1 557	6 171	250	364	
WS	1954/55	84	5	89	820	126	946	1 475	250	1 725	643	269	912	960	792	1 752	739	165	904	4 721	1 607	6 328	263	468
SS	1955	128	13	141	1 055	158	1 213	1 573	281	1 854	699	269	968	1 068	921	1 989	817	176	993	5 340	1 818	7 158	288	368
WS	1955/56	147	13	160	1 006	157	1 163	1 630	282	1 912	660	283	943	1 056	920	1 976	778	176	954	5 277	1 831	7 108	330	433
SS	1956	178	16	194	1 223	168	1 391	1 740	284	2 024	718	332	1 050	1 254	1 140	2 394	900	211	1 111	6 013	2 151	8 164	344	364
WS	1956/57	155	15	170	1 229	154	1 383	1 694	259	1 953	755	330	1 085	1 241	1 112	2 353	879	206	1 085	5 953	2 076	8 029	396	412
SS	1957	172	17	189	1 484	185	1 669	1 803	293	2 096	852	383	1 235	1 383	1 295	2 678	971	243	1 214	6 665	2 416	9 081	430	358
WS	1957/58	184	16	200	1 463	193	1 656	1 802	282	2 084	848	375	1 223	1 393	1 330	2 723	1 008	230	1 238	6 698	2 426	9 124	565	406
SS	1958	210	27	237	1 620	220	1 840	1 920	312	2 232	913	425	1 338	1 582	1 615	3 197	1 201	265	1 466	7 446	2 864	10 310	621	337

1) Die Rechts- und Staatswissenschaftl. Fakultät wurde ab WS 1954/55 in die Rechtswissenschaftl. und die Wirtschafts- u. Sozialwissenschaftliche Fakultät aufgegliedert. — 2) Wegen der Ausbildung der Volksschullehrer vgl. den Abschnitt „Allgemeiner Überblick“. — 3) In den Vospalten nicht enthalten.

(1. 4. 57 bis 31. 3. 58) wurden in Hamburg 1 786 Stipendienanträge gestellt und 1 189 660 DM an Stipendien bewilligt. Im Sommersemester 1958 waren es 2 279 Anträge und eine bewilligte Gesamtsumme von 1 366 114 DM.

Um näheres über den Personenkreis der Stipendiaten zu erfahren, ist beabsichtigt, im Rahmen der „Großen Hochschulstatistik 1958/59“ Erhebungen anzustellen. Zu gegebener Zeit wird für Hamburg auch hierüber berichtet werden.

Die Promotionen

Für viele Studenten bildet die Promotion den erstrebten Abschluß des Studiums. Wenn auch im Laufe der an der Universität verbrachten Zeit häufig die beruflichen Ziele wechseln und sich dadurch u. U. ein vorzeitiges Abbrechen des Studiums ergibt, so ist doch die Zahl derjenigen, die nach Abschluß ihrer Ausbildung den Nachweis wissenschaftlicher Befähigung durch eine Dissertation erbringen, nach wie vor beträchtlich. Jahr für Jahr verlassen etwa 300 bis 400 Doktoren die Hamburger Universität. Verfolgt man die Zahl der abgelegten Promotionen zurück bis zur Gründung der Hamburger Universität, d. h. also bis zum Studienjahr 1919/20, so gewinnt man allerdings den Eindruck, daß der Anteil der Studenten, die ihre Promotion ablegten, in früheren Jahren höher als heute war. Allerdings haben sich auch die Prüfungsordnungen im Laufe der Jahre gewandelt. So ist beispielsweise erst ab 1924 der Abschluß des volkswirtschaftlichen Studiums durch ein Diplomexamen möglich. Wer als Wirtschaftswissenschaftler vor dieser Zeit in Hamburg sein Studium mit einem Examen beenden wollte, mußte promovieren.

Seit der Gründung der Hamburger Universität dürften etwa 11 400 Studierende in Hamburg promoviert haben. Zwar sind die Unterlagen für die Kriegsjahre nicht mehr ganz vollständig, sie lassen sich jedoch einigermaßen zuverlässig durch eine Schätzung ergänzen. Die Zahl der Ausländer, die in Hamburg ihre Doktorprüfung ablegten, dürfte etwa 400 betragen haben.

Interessant ist ein Blick auf die Verteilung der Promotionen in den einzelnen Fakultäten. An erster Stelle liegt die medizinische Fakultät mit rd. 6350 Promotionen; der Dr. med. wurde etwa 5070mal verliehen, der Dr. med. dent. dagegen 1300mal.

An zweiter Stelle erscheint die Rechtswissenschaft mit dem Dr. jur. mit rd. 1480 Promotionen. Der Dr. rer. pol. war 1060mal vertreten, der Dr. phil. sogar 1360mal, auch die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät brachte es auf fast 1100 Promotionen.

Im Zeitverlauf zeigen sich gewisse Schwankungen. So waren die Promotionen in der Medizin besonders hoch 1935 bis 1938 und 1947 bis 1949. In der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät gab es die meisten Doktorgrade 1953/54 und 1955/56, wogegen die Philosophen die höchste Zahl der Promotionen 1934, 1937 und 1954 erreichten. Auch in der rechtswissenschaftlichen Fakultät liegt der Gipfelpunkt in den Nachkriegsjahren.

Interessant ist, daß die Frauen im allgemeinen weniger promovieren als die Männer. Unter den 11 000 Promotionen finden sich nur rd. 1700, die von Frauen abgelegt wurden. Hierunter befanden sich fast 1300 Promotionen in der medizinischen Fakultät. Man wird dies in erster Linie wohl darauf zurückzuführen haben, daß Frauen besonders in jenen Fachrichtungen stark vertreten sind, in denen eine Promotion im allgemeinen nicht erfolgt. Die hohen Zahlen der weiblichen Studierenden, die sich für den Volksschullehrerberuf entschieden haben, bei denen der Abschluß im allgemeinen nicht die Dissertation, sondern die Staatsprüfung für das Lehramt ist, dürften mit eine der Ursachen sein, weshalb der Anteil der weiblichen Doktoren weit aus geringer ist, als es dem Anteil der Frauen an der Studentenschaft überhaupt entspricht. In Zahlen ausgedrückt, stellt sich der Anteil der weiblichen Doktoren wie folgt dar: Auf 100 Promotionen der Männer entfielen in der Nachkriegszeit 22 von Frauen erworbene Doktorate; auf 100 männliche Studenten kamen jedoch 33 Studentinnen.

Der gegenwärtige Stand

Die in den vorhergehenden Abschnitten dargestellten Untersuchungen mit ihren Zahlenvergleichen mußten im allgemeinen mit dem Wintersemester 1957/58 abbrechen, da derart stark detaillierte Statistiken über die wissenschaftlichen Hochschulen nur in den Wintersemestern betrieben werden. Um dem Leser jedoch ein abgerundetes Bild zu verschaffen, sei hier als Abschluß noch ein kurzer Einblick in die Hörerzahlen des Sommersemesters 1958 gegeben.

Mit 10 310 Studenten ist der bisher höchste Stand an der Universität erreicht worden. Gegenüber dem letzten Wintersemester ist damit eine weitere Steigerung um 13 vH eingetreten. Zählt man noch die

Gasthörer hinzu, ergeben sich 10 647 Studenten für das Sommersemester 1958. Überraschend ist die wiederum starke Zunahme der Hörerzahl der Studentinnen, bei denen 18 vH mehr gezählt wurden als im vorhergehenden Wintersemester. Bei den männlichen Studenten beträgt dagegen die prozentuale Zunahme rd. 11 vH. Auch bei den Ausländern ist eine hohe Zuwachsrate zu verzeichnen. Die Gruppe der jetzt immatrikulierten 621 ausländischen Studenten ist um 10 vH stärker als die des Wintersemesters 1957/58.

Mit den vorstehenden Ausführungen ist versucht worden, einen Querschnitt durch die Zahlenreihen

Die Promotionen an der Universität Hamburg von 1919/20 bis 1957/58

Studien- jahre (1. April bis 31. März)	Zahl der ordentlichen Promotionen in den einzelnen Fakultäten																				Promotionen insgesamt ²⁾											
	Rechtswissenschaft				Wirtschafts- und Sozialwissenschaft				Medizin ¹⁾								Philosophie				Math. Naturwissenschaft				Deutsche und Ausländer			darunter Ausländer				
	Dr. jur.				Dr. rer. pol.				Dr. med.				Dr. med. dent.				Dr. phil.				Dr. rer. nat.											
	Deutsche		Ausländer		Deutsche		Ausländer		Deutsche		Ausländer		Deutsche		Ausländer		Deutsche		Ausländer		Deutsche		Ausländer									
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	zus.		m	w	zus.			
	1919/20	4	—	—	—	6	—	—	—	—	30	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40	2	42	—	—	—
1920/21	18	—	—	—	55	6	—	—	—	74	3	1	—	41	2	—	—	—	—	7	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	
1921/22	28	—	—	—	63	3	—	—	—	60	—	1	—	106	—	—	—	—	—	13	1	—	—	34	1	—	—	—	—	—	—	
1922/23	30	—	2	—	54	7	—	—	—	56	12	3	1	78	4	1	—	—	—	34	5	—	—	25	1	1	—	—	—	—	—	
1923/24	42	—	2	1	70	4	4	—	—	77	18	6	1	26	4	—	—	—	—	34	8	—	—	34	—	—	—	—	—	—	—	
1924/25	50	6	—	—	80	1	—	—	—	64	10	5	2	15	5	—	—	—	—	26	2	6	—	33	1	—	—	—	—	—	—	
1925/26	37	2	—	—	54	3	2	—	—	70	13	9	1	20	4	—	—	—	—	17	4	—	—	28	6	1	—	—	—	—	—	
1926/27	24	2	1	—	50	2	3	—	—	42	5	4	—	3	—	2	—	—	—	12	5	—	1	21	2	—	—	—	—	—	—	
1927/28	20	3	3	—	30	2	—	—	—	40	9	4	—	10	—	—	—	—	—	11	4	2	—	24	3	—	—	—	—	—	—	
1928/29	27	2	—	—	29	2	1	—	—	34	6	5	—	7	1	—	—	—	—	15	8	1	—	20	4	—	—	—	—	—	—	
1929/30	33	3	—	—	26	2	—	—	—	27	7	1	—	6	1	—	—	—	—	27	7	2	—	19	3	—	—	—	—	—	—	
1930/31	43	1	4	—	23	1	8	—	—	40	8	5	—	17	4	—	—	—	—	24	8	4	2	25	1	3	1	—	—	—	—	
1931/32	27	—	—	—	19	—	3	2	—	37	10	1	—	11	2	—	—	—	—	24	10	3	—	29	6	2	1	—	—	—	—	
1932/33	42	8	1	—	17	3	3	—	—	33	8	4	2	18	4	—	—	—	—	28	7	3	—	34	2	—	—	—	—	—	—	
1933/34	62	3	2	—	21	1	2	—	—	53	12	8	—	26	4	—	—	—	—	45	16	4	1	25	5	—	—	—	—	—	—	
1934/35	53	2	—	—	18	2	2	—	—	82	10	10	—	23	2	—	—	—	—	43	6	6	—	37	3	1	—	—	—	—	—	
1935/36	30	3	3	—	16	2	3	—	—	112	27	23	2	36	12	—	—	—	—	33	16	3	—	39	6	2	—	—	—	—	—	
1936/37	41	2	—	—	18	1	—	—	—	141	18	22	2	39	8	—	—	—	—	41	12	—	—	31	1	—	—	—	—	—	—	
1937/38	31	1	4	—	8	4	1	—	—	137	32	24	2	25	6	—	—	—	—	50	9	4	2	37	3	3	—	—	—	—	—	
1938/39	32	1	1	—	18	—	3	1	—	47	11	3	2	35	4	—	—	—	—	—	—	—
1939/40	47	—	—	—	15	1	1	—	—	29	5	2	—	38	3	2	1	—	—	—	—	—
1940/41	29	1	3	—	18	6	3	—	—	31	5	—	—	27	1	1	—	—	—	—	—	—
1941/42	19	3	—	—	23	1	—	—	—	24	7	2	—	21	2	1	—	—	—	—	—	—
1942/43	14	—	1	—	12	1	1	—	—	17	5	1	—	12	4	—	—	—	—	—	—	—
1943/44	14	—	—	—	11	1	2	—	—	41	15	1	—	3	4	—	—	—	—	14	6	3	—	10	3	—	—	—	—	—	—	—
1944/45	12	—	—	—	8	10	3	—	—	165	34	—	—	4	4	—	—	—	—	13	6	—	—	4	3	—	—	—	—	—	—	—
1945/46	4	—	1	—	3	—	—	—	—	106	28	—	—	2	4	—	—	—	—	4	6	2	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—
1946/47	8	—	—	—	4	1	—	—	—	144	24	2	—	3	—	—	—	—	—	1	6	1	—	4	1	—	—	—	—	—	—	—
1947/48	14	2	1	—	4	2	—	—	—	132	29	1	—	9	10	—	—	—	—	9	5	1	1	3	1	1	—	—	—	—	—	—
1948/49	25	2	—	—	9	1	1	—	—	214	57	1	3	13	13	—	—	—	—	11	12	1	—	18	8	—	—	—	—	—	—	—
1949/50	43	1	1	—	16	5	—	—	—	190	64	2	—	57	8	2	3	—	—	17	10	—	—	23	2	1	—	—	—	—	—	—
1950/51	61	1	1	1	8	3	—	—	—	152	82	10	2	49	8	1	1	—	—	22	13	—	—	16	3	1	—	—	—	—	—	—
1951/52	62	—	—	—	10	—	—	—	—	185	46	4	—	34	6	—	—	—	—	24	13	—	—	26	4	2	—	—	—	—	—	—
1952/53	71	1	—	—	13	—	—	—	—	125	46	—	1	33	9	—	—	—	—	42	13	—	—	34	3	—	—	—	—	—	—	—
1953/54	74	—	—	—	12	—	2	—	—	128	48	1	—	40	10	—	—	—	—	38	16	2	—	41	2	1	—	—	—	—	—	—
1954/55	60	—	—	—	23	2	1	—	—	125	39	—	—	46	14	1	—	—	—	53	12	1	—	33	2	—	—	—	—	—	—	—
1955/56	50	2	—	—	14	3	—	—	—	111	35	2	1	43	12	3	—	—	—	30	13	—	—	43	2	—	—	—	—	—	—	—
1956/57	50	—	1	—	26	—	1	—	—	110	39	5	1	34	9	3	—	—	—	35	10	1	—	42	3	4	—	—	—	—	—	—
1957/58	66	2	3	—	19	3	—	—	—	100	29	5	—	14	14	1	—	—	—	39	8	2	—	33	4	—	—	—	—	—	—	—

¹⁾ In der med. Fakultät sind sämtliche Unterlagen über Promotionen von 1938/39 bis 1943 durch Kriegseinwirkung vernichtet. Für das Studienjahr 1943/44 sind Unterlagen über Promotionen erst ab 10. 8. 1943 vorhanden. — ²⁾ Mit Beginn des WS 1954/55 wurde eine Evang.-Theologische Fakultät eingerichtet. Hier promovierten im Studienjahr 1955/56 = 1 Student, 1956/57 = 3 Studenten und 1957/58 = 3 Studenten (dar 1 Ausländer). Sie sind in der Summe enthalten. — ³⁾ Ohne med. Fakultät. Schätzungsweise promovierten in dieser Zeit in der med. Fakultät rd. 1 000 Studenten.

**Die Studenten der Universität Hamburg im Sommersemester 1958
nach Fakultäten und ausgewählten Studienfächern**

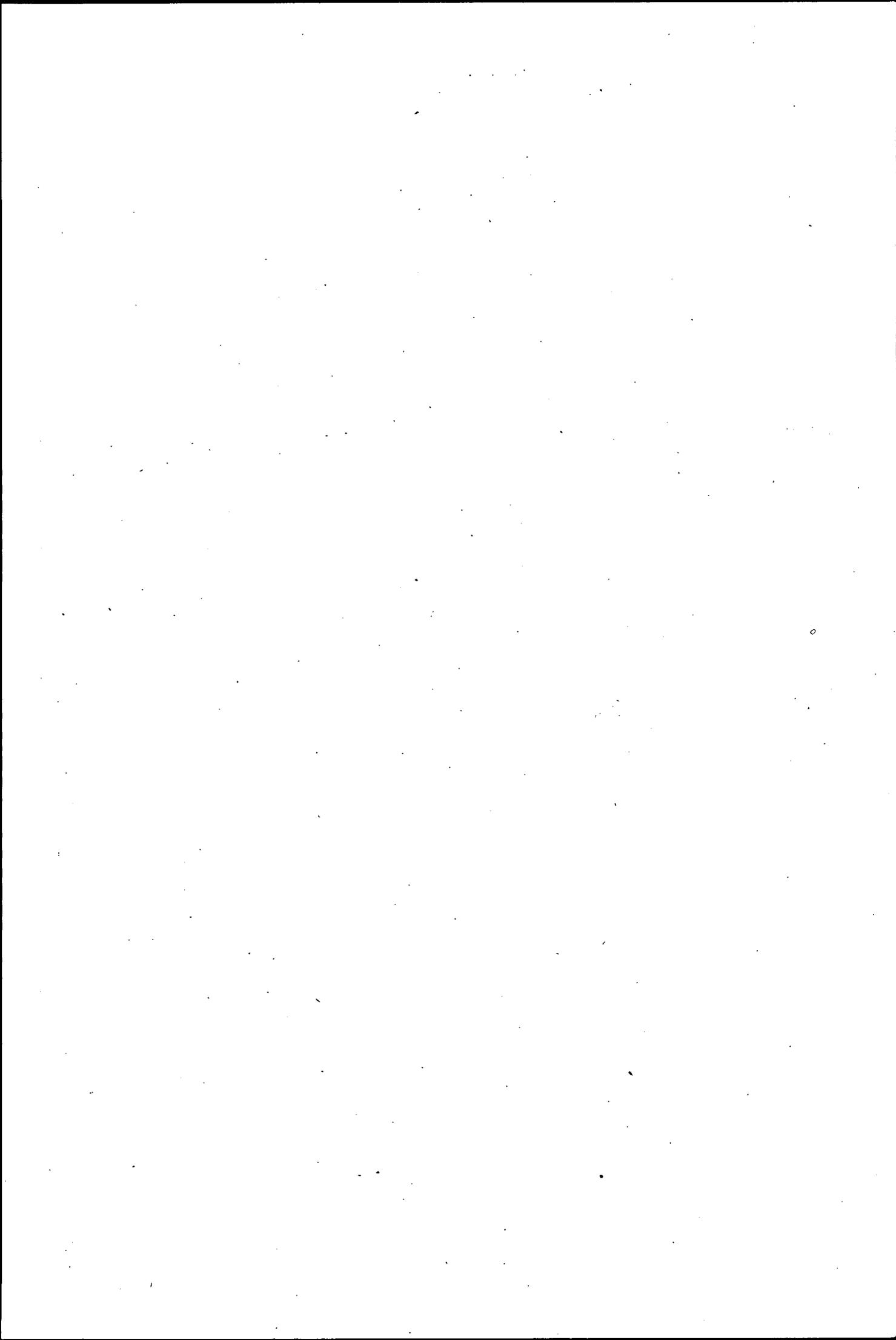
Fakultäten Studienfächer	Deutsche Studenten		Ausländische Studenten		Studenten insgesamt		
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	zus.
Evangelisch-Theologische Fakultät	201	26	9	1	210	27	237
Rechtswiss. Fakultät	1 585	218	35	2	1 620	220	1 840
Wirtschafts- u. Sozialwiss. Fakultät	1 827	304	93	8	1 920	312	2 232
darunter							
Volkswirtschaft	410	73	58	5	468	78	546
Betriebswirtschaft	1 033	87	30	2	1 063	89	1 152
Medizinische Fakultät	695	388	218	37	913	425	1 338
davon							
Allgem. Medizin	602	341	174	29	776	370	1 146
Zahnmedizin	93	47	44	8	137	55	192
Philosophische Fakultät	1 508	1 571	74	44	1 582	1 615	3 197
davon							
Kulturwissenschaft	427	278	51	20	478	298	776
Volksschullehramt	214	678	1	3	215	681	896
Gewerbeschullehramt	108	79	—	—	108	79	187
Sprachwissenschaft	759	536	22	21	781	557	1 338
Mathem.-Naturwissenschaftl. Fakultät	1 111	255	90	10	1 201	265	1 466
darunter							
Mathematik	202	60	9	4	211	64	275
Physik	361	22	21	1	382	23	405
Chemie	172	17	11	3	183	20	203
Biologie, Botanik, Zoologie	107	61	10	1	117	62	179
Forst- und Holzwirtschaft	86	—	9	—	95	—	95
Schiffbau	37	1	16	—	53	1	54
Insgesamt	6 927	2 762	519	102	7 446	2 864	10 310

zu geben und die verzweigte Hochschulstatistik in einer gedrängten Darstellung aus den Anfangszeiten der Hamburger Universität bis in die Gegenwart so anschaulich wie möglich zu machen.

Wenn auch nicht auf alle Einzelheiten eingegangen worden ist, so dürften doch einige Probleme,

die sich aus dem starken Anschwellen der Hörerzahlen in den letzten Jahren ergeben haben und die Universität vor neue Aufgaben stellen, in ihrem Ausmaß deutlich geworden sein.

Dipl.-Volkswirt Sobotschinski/Schmude



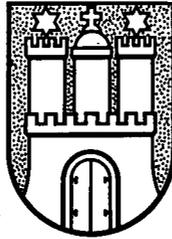
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 12. September 1958

Jahrgang 1958 — Heft Nr. 13

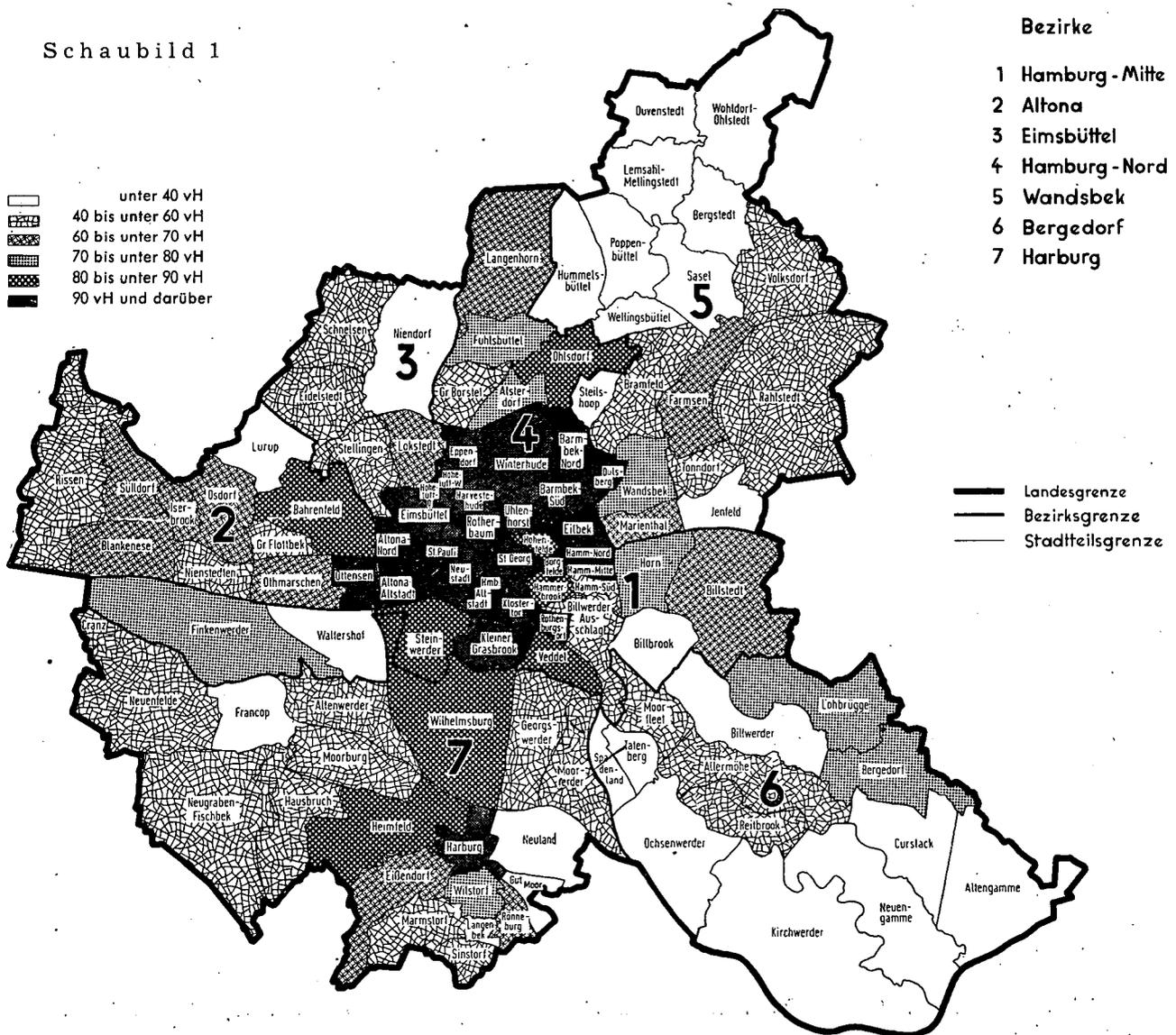


Handwritten signature

Regionale Mietunterschiede in Hamburg

(Weitere Ergebnisse der Wohnungszählung 1956/57)

Schaubild 1



Anteil der Mietwohnungen mit Mietangaben an den Normalwohnungen
(einschließlich Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm) 1956

A. Die gebietsmäßige Verteilung des Mietwohnungsbestandes

In einer der letzten Veröffentlichungen dieser Schriftenreihe¹⁾ wurde bei einem Vergleich der Durchschnittsmieten verschiedener Großstädte festgestellt, daß Hamburg ein verhältnismäßig günstiges Mietniveau aufweist. Die Gründe hierfür dürften zum Teil in der besonderen Bebauungsstruktur des Hamburger Gebietes zu suchen sein. Wie schon in einer anderen Veröffentlichung erwähnt wurde²⁾, gehören zur Hansestadt flächenmäßig sehr ausgedehnte, teilweise kleinstädtisch oder ländlich besiedelte Randgebiete.

Gebietliche Gliederung ¹⁾	Veränderung	
	des Normalwohnungs- bestandes 1956 gegenüber 1950 (einschl. Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm) in vH	des Bestandes normaler Mietwoh- nungen 1956 gegenüber 1950 in vH
Kerngebiete der Bezirke 1—5 und Ortsamtsbereich Barmbek-Uhlen- horst	+ 48,8	+ 50,4
Kerngebiete der Bezirke Harburg und Bergedorf	+ 39,6	+ 42,3
Randgebiete	+ 46,2	+ 59,5
Hamburg insgesamt	+ 47,1	+ 51,8

¹⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1957, Heft 12, S. 214.

Aus Übersicht 1 geht die unterschiedliche Verteilung des Bestandes an Normalwohnungen einerseits und der Mietwohnungen andererseits in den drei nach statistischen Gesichtspunkten ge-

¹⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1958, Heft 6.
²⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1957, Heft 12, S. 213.

bildeten Gebietsteilen hervor. An den Zählungstagen von 1950 wie auch 1956 lagen etwa **zwei Drittel aller Mietwohnungen im Stadtkern, in dem sich dagegen nur etwa 58 vH aller Normalwohnungen befanden**. Die prozentuale Veränderung des Wohnungsbestandes gegenüber 1950 weist ein etwas anderes Bild auf.

Aus diesen Zuwachsqoten könnte man schließen, daß die großstädtische Bebauung — die ja in erster Linie durch den Miethausbau gekennzeichnet ist — über den Raum des Stadtkerns hinaus auf die Randgebiete übergreift.

Diese Aussage wäre jedoch zu global. **Von der Zunahme des Normalwohnungsbestandes entfielen nämlich im Stadtkern 93,2 vH auf Mietwohnungen, in den Kerngebieten der Bezirke Harburg und Bergedorf 81,4 vH und in den Randgebieten nur 71,8 vH**. Darüber hinaus sind in diesen Mietwohnungen in den Randgebieten wahrscheinlich eine beträchtliche Anzahl sogenannter Einliegerwohnungen in Zweifamilienhäusern enthalten — ein Gebäudetyp, der durchaus nicht typisch für großstädtische Wohnverhältnisse ist.

Für die folgenden Untersuchungen wurden die Mietwohnungen mit Mietangaben zugrunde gelegt.

Eine etwas genauere Untersuchung der einzelnen Stadtteile gibt sowohl für die Zusammensetzung des Wohnungsbestandes nach dem Besitzverhältnis als auch für die Veränderung des Mietwohnungsbestandes ein recht verschiedenartiges Bild. So zeigen z. B. Schaubild 1 und die Übersicht 3 die hohen Anteile der Mietwohnungen im sogenannten Stadtkern. Man kann dem Schaubild 1 jedoch ebenfalls entnehmen, daß in den Stadtteilen Harburg, Wilhelmsburg sowie Heimfeld der Anteil dieser Mietwohnungen noch über 80 vH liegt. In den sehr dicht bewohnten Stadtteilen

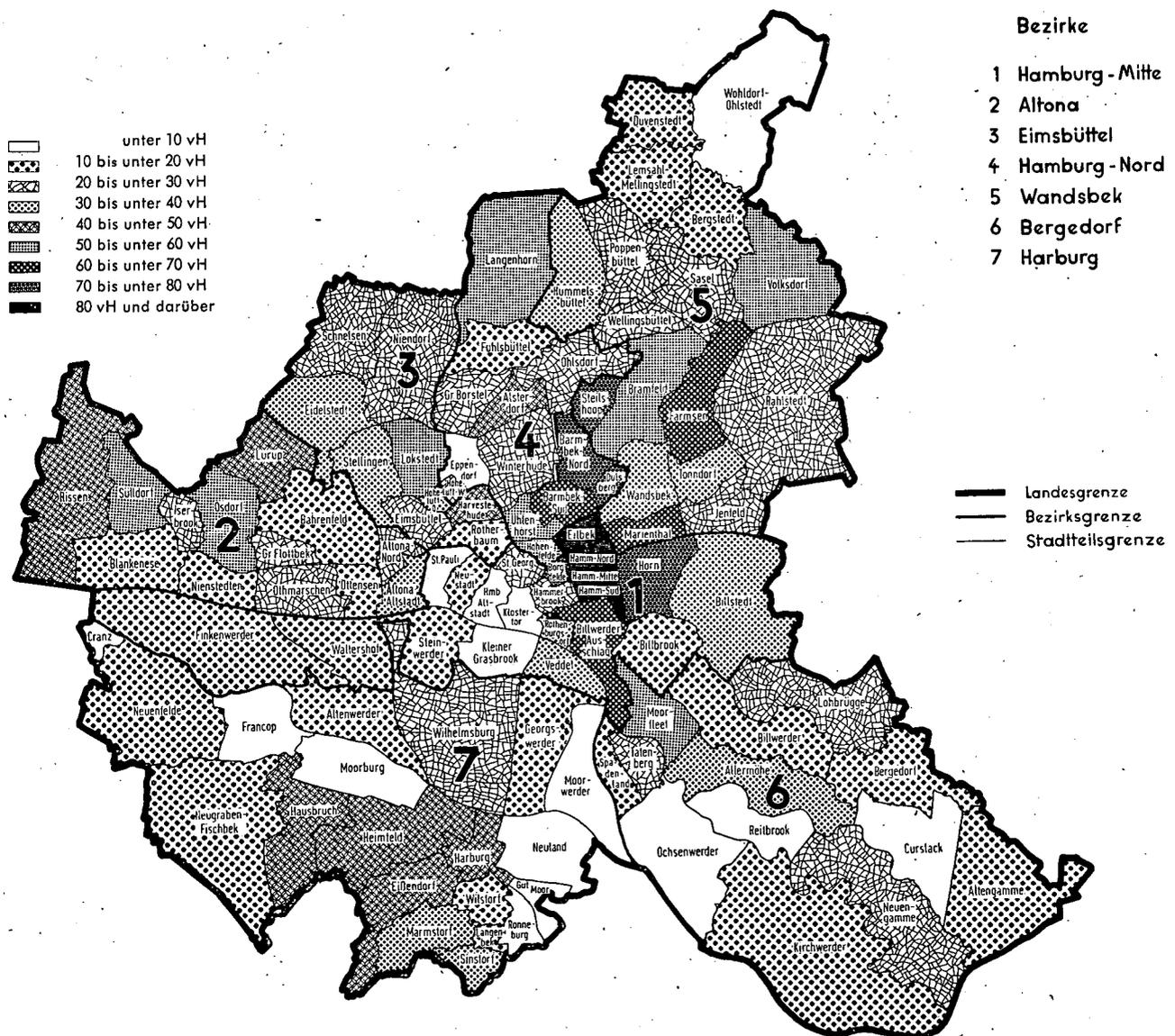
Übersicht 1

Mietwohnungen 1950 und 1956 in regionaler Gliederung

Gebietliche Gliederung ¹⁾	Normalwohnungen einschl. Wohnungen in Behelfsheimen ²⁾					Darunter Mietwohnungen									
	1950		1956		Veränderung 1956 gegenüber 1950	1950			1956 ³⁾			Veränderungen 1956 gegenüber 1950			
	Anzahl	in vH v. Hbg. insges.	Anzahl	in vH v. Hbg. insges.		über- haupt	in vH	Anzahl	in vH von Sp. 1	in vH v. Hbg. insges.	Anzahl	in vH von Sp. 3	in vH v. Hbg. insges.	über- haupt	in vH
					5										
Kerngebiete der Bez. 1—5 u. Ortsamts- bereich Barmbek- Uhlenhorst	192 666	57,3	286 756	58,0	+ 94 090	48,8	174 027	90,3	66,7	261 750	91,3	66,1	87 723	50,4	93,2
Kerngebiete der Bezirke Harburg und Bergedorf	31 740	9,4	44 299	8,9	+ 12 559	39,6	24 195	76,2	9,3	34 420	77,7	8,7	10 225	42,3	81,4
Randgebiete	112 007	33,3	163 732	33,1	+ 51 725	46,2	62 477	55,8	24,0	99 620	60,8	25,2	37 143	59,5	71,8
Hamburg insgesamt	336 413	100	494 787	100	158 374	47,1	260 699	77,5	100	395 790	80,0	100	135 091	51,8	85,3

¹⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jahrg. 1957, Heft 12, S. 214. — ²⁾ von 30 und mehr qm. — ³⁾ Zahl der Hauptmieter.

Schaubild 2 Anteil der Neustbaumietwohnungen an den Mietwohnungen nach Stadtteilen 1956



Eimsbüttel, Rotherbaum, Winterhude und Barmbek-Süd und -Nord machen die Mietwohnungen sogar über 90 vH des gesamten Wohnungsbestandes aus, während Poppenbüttel, Sasel und andere Stadtteile in den Randgebieten nicht einmal 40 vH erreichen.

Aus Schaubild 2 ist der Anteil der Neustbaumietwohnungen, das sind Mietwohnungen in Gebäuden, die nach dem 20. 6. 1948 erstellt wurden, am gesamten Mietwohnungsbestand zu erkennen. Bei der Betrachtung dieses Verteilungsbildes muß man jedoch beachten, daß die Neustbaumietwohnungen in teilzerstörten Gebäuden in dieser Gruppe nicht enthalten sind. Aus diesen Gründen dürften also Stadtteile, wie z. B. Barmbek-Süd oder Hamm-Nord mit recht hohem Zerstörungsgrad und damit auch verhältnismäßig vielen teilzerstörten Gebäuden, vielleicht einen noch etwas höheren Anteil an Neustbaumietwohnungen besitzen, als aus dieser Karte hervorgeht.

Wie man weiter sieht, sind die Anteile der Neustbaumietwohnungen in den von starken Zerstörungen betroffenen Wohngebieten, die nach der

Währungsreform wieder großstädtisch bebaut wurden, sehr hoch (z. B. Barmbek-Nord und -Süd, Hamm-Nord, Hamm-Mitte und Hamm-Süd).

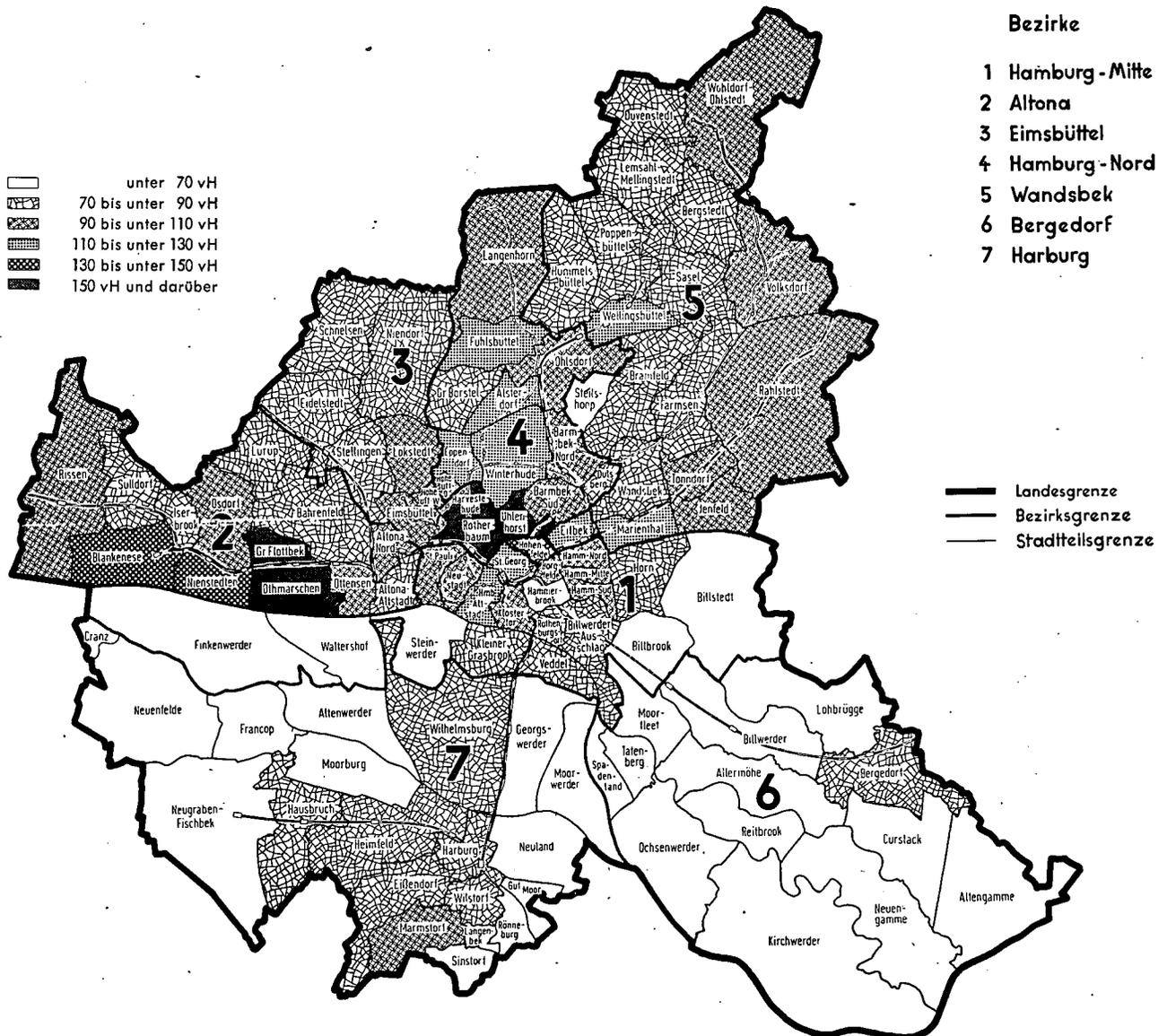
Interessant ist jedoch die Tatsache, daß in folgenden, an der Peripherie des Hamburger Gebietes gelegenen Stadtteilen der Anteil der Neustbaumietwohnungen ebenfalls recht hoch ist, wie die folgenden Zahlen zeigen:

Stadtteile	in vH
Farmsen	61,2
Volksdorf	54,4
Langenhorn	51,9
Lürup	42,7
Osdorf	58,8
Sülldorf	59,6
Rissen	48,5
Hausbruch	40,4
Heimfeld	49,5
Eißendorf	41,8

Aus der Übersicht 3 geht hervor, daß auch die absolute Zahl der Neustbaumietwohnungen bei den meisten dieser Stadtteile von Bedeutung ist.

Schaubild 3

Durchschnittsmiete je Wohnung nach Stadtteilen in vH der Gesamthamburger Durchschnittsmiete



B. Die Durchschnittsmieten in den einzelnen Stadtteilen

1. Die Mieten je Wohnung

Es soll an dieser Stelle nicht der Versuch unternommen werden, eine Erklärung für die Ursachen regionaler Mietunterschiede zu finden. Dazu sind die Faktoren, die zu derartigen Unterschieden führen, zu kompliziert. Lediglich einige kleine Hinweise, die die Schwierigkeiten dieser Probleme andeuten, seien hier kurz erwähnt. So sind als Gründe für die regional sehr unterschiedlichen Durchschnittsmieten folgende Tatsachen von Bedeutung:

a) die Höhe der Miete — des Preises für die Nutzung von Wohnraum — wurde ursprünglich durch Angebot und Nachfrage nach Wohnraum bestimmt, wobei der „Wohnwert“ einer Wohnung neben Größe, Ausstattung usw. besonders von einigen regionalen Faktoren, wie z. B. Beurteilung der Wohngegend, Anschluß an Gas, Wasser, Elektrizität und Kanalisationsnetz, verkehrsgünstige Lage der Wohnung u. a. abhängt. Auf

diese Art entstanden beträchtliche regionale Mietunterschiede, die

- b) durch die Preisbindung der Altbauwohnungen in ihren Relationen stabil gehalten, sozusagen „eingefroren“ wurden;
- c) der gebietlich sehr unterschiedliche Anteil von Neubauwohnungen beeinflußt nun dieses „eingefrorene“ Mietniveau in unterschiedlichem Maße. Der größte Teil dieser Wohnungen wurde im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus durch öffentliche, zinsverbilligte Mittel finanziert und die Mieten auf der Grundlage von Richtsätzen festgelegt. Diese Mieten unterscheiden sich im Gegensatz zu den Altbauwohnungen nur noch durch die verschiedene Ausstattung und Größe der Wohnung. Regional bedingte Mietunterschiede treten bei den Neubaumieten in Hamburg nicht auf.

Übersicht 2 bietet einen Überblick über die Durchschnittsmieten in den drei nach statistischen

Durchschnittsmieten 1950 und 1956 in regionaler Gliederung

Gebietliche Gliederung ¹⁾	Miete je Wohnung						Miete je Wohnraum					
	1950		1956		Veränderungen 1956 gegenüber 1950		1950		1956		Veränderungen 1956 gegenüber 1950	
	DM	in vH d. Hbg. Ø- miete	DM	in vH d. Hbg. Ø- miete	DM	in vH	DM	in vH d. Hbg. Ø- miete	DM	in vH d. Hbg. Ø- miete	DM	in vH
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Kerngebiete der Bezirke 1—5 und Ortsamtbereich Barmbek- Uhlenhorst	54,72	107,0	68,38	107,7	13,66	25,0	14,70	105,3	19,65	106,3	4,95	33,7
Kerngebiete der Bezirke Harburg und Bergedorf	38,23	75,0	50,15	79,0	11,92	31,2	10,79	77,3	14,66	79,3	3,87	35,9
Randgebiete	45,40	89,0	54,97	86,6	9,57	21,1	12,96	92,8	16,56	89,6	3,60	27,8
Hamburg insgesamt	51,01	100	63,50	100	12,49	24,5	13,96	100	18,48	100	4,52	32,4

¹⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1957, Heft 12, S. 214.

Gesichtspunkten gebildeten Gebietsteilen. Gleichzeitig läßt sie einen Einblick in die Unterschiede dieser drei verschiedenen Mietniveaus zu. Es zeigt sich, daß erwartungsgemäß der Stadtkern 1950 wie auch 1956 sowohl die höchste Miete je Wohnung (54,72 DM bzw. 68,38 DM) als auch die höchste durchschnittliche Raummiete (14,70 DM bzw. 19,65 DM) aufweist. Dagegen überrascht es vielleicht etwas, wenn man für die Randgebiete höhere Durchschnittsmieten je Wohnung und Wohnraum feststellt als für die Kerngebiete Harburgs und Bergedorfs. Die folgenden Zahlen bringen diese Verhältnisse noch besser zum Ausdruck:

Gebietliche Gliederung	Durchschnittsmiete in vH der Hamburger Gesamtdurchschnittsmiete			
	Miete je Wohnung		Miete je Wohnraum	
	1950	1956	1950	1956
Stadtkern	107,0	107,7	105,3	106,3
Kerngebiete der Bezirke Harburg und Bergedorf	75,0	79,0	77,3	79,3
Randgebiete	89,0	86,6	92,8	89,6
Hamburg insgesamt	100	100	100	100

Die Durchschnittsmieten für die Randgebiete weichen 1956 etwas mehr als 1950 vom Hamburger Gesamtdurchschnitt nach unten ab. Sie sind also verhältnismäßig „billiger“ geworden. Das verdeutlichen auch die unterschiedlichen Veränderungssätze.

Gebietliche Gliederung ¹⁾	Veränderung der Miete in vH 1956 gegenüber 1950	
	je Wohnung	je Wohnraum
Kerngebiete der Bezirke 1—5 und Ortsamtbereich Barmbek-Uhlenhorst	+ 25,0	+ 33,7
Kerngebiete der Bezirke Harburg und Bergedorf	+ 31,2	+ 35,9
Randgebiete	+ 21,1	+ 27,8
Hamburg insgesamt	+ 24,5	+ 32,4

¹⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1957, Heft 12, S. 214.

Das Mietniveau ist also in den drei Gebietsteilen sehr unterschiedlich gestiegen, wobei die Randgebiete die geringste Zunahme aufweisen. Das widerspricht eigentlich der durch die Zählung für das Bundesgebiet festgestellten Tatsache, daß die Erhöhung des Mietniveaus in den ländlichen Gebieten stärker war als in den Großstädten¹⁾. Nun sind die unter der Bezeichnung Randgebiete zusammengefaßten Gebietsteile jedoch in ihrer Besiedlungs- und Bauart von so unterschiedlicher Struktur, daß erst eine tiefer gehende regionale Untergliederung des Zählungsergebnisses hier nähere Einblicke verschafft. Aus Schaubild 3 lassen sich die verschiedenen Mietniveaus der einzelnen Hamburger Stadtteile erkennen. Die einzelnen Durchschnittsmieten sind in dieser Darstellung auf den gesamten Hamburger Durchschnitt bezogen und verdeutlichen dadurch besonders klar die Abweichungen. Dabei fallen folgende Tatsachen ins Auge:

1. Die folgenden acht Stadtteile kann man als die teuersten in Hamburg bezeichnen. Ihre Durchschnittsmiete beträgt 142 und mehr Prozent des Hamburger Gesamtdurchschnitts.

Stadtteile	Miete je Wohnung	
	in DM	in vH des Hamburger Gesamtdurchschnitts
Harvestehude	112,81	177,7
Othmarschen	111,06	174,9
Groß Flottbek	105,61	166,3
Rotherbaum	100,37	158,1
Uhlenhorst	98,41	155,0
Nienstedten	94,16	148,3
Blankenese	92,78	146,1
Hohenfelde	90,44	142,4

Diese acht teuersten Stadtteile umfassen etwa 10 vH aller Hamburger Mietwohnungen.

2. Rund 40 vH aller Mietwohnungen in Hamburg haben eine Miete zwischen 90 und 110 Prozent der Hamburger Gesamtdurchschnittsmiete. Das bedeutet, daß die Durchschnittsmiete für ganz Hamburg von 63,50 DM doch einen erheblichen Aussagewert besitzt.

3. Von den Stadtteilen mit einer Durchschnittsmiete von über 90 vH des Hamburger Gesamtdurchschnitts gehören eine ganze Reihe zu den

¹⁾ Vgl. „Wirtschaft und Statistik“, Jg. 1957, Heft 8, S. 411.

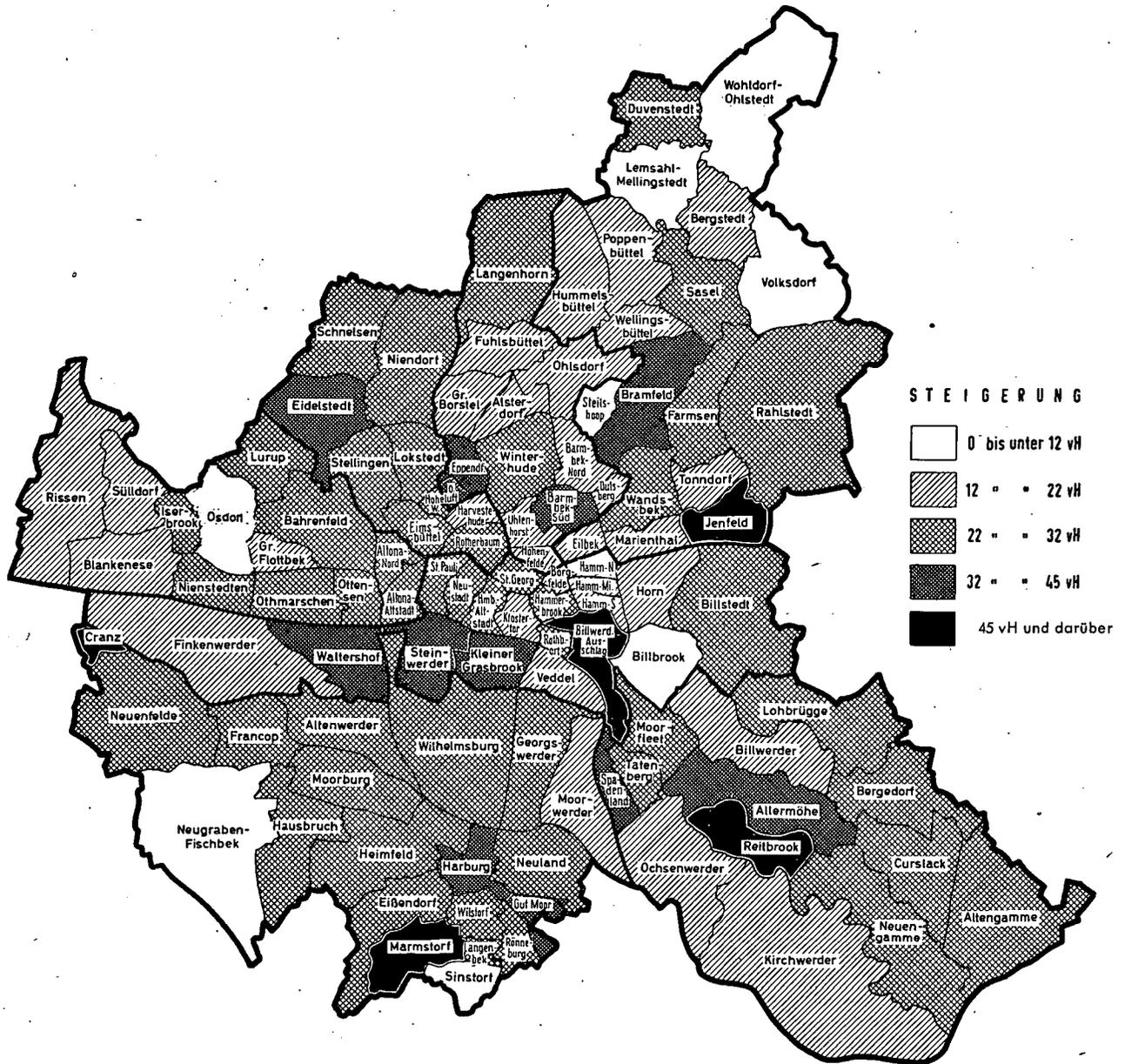
Übersicht 3

Mietwohnungen mit Mietangaben und Durchschnittsmieten in Hamburg 1950 und 1956

Stadtteile Bezirke	Mietwohnungen mit Mietangaben		darunter Neubau- mietwohnungen 1)		Miete aller Wohnungen mit Mietangaben							
	insgesamt	in vH des Normal- wohnungs- bestandes ²⁾	überhaupt	in vH des Miet- wohnungs- bestandes	je Wohnung			je Raum				
					in DM		in vH der Gesamtdurch- schnittsmiete 1956	Veränderung der Durch- schnittsmiete 1956 gegenüber 1950 in vH	in DM		in vH der Gesamtdurch- schnittsmiete 1956	Veränderung der Durch- schnittsmiete 1956 gegenüber 1950 in vH
					1950	1956			1950	1956		
Hamburg-Altstadt	1 977	93,0	87	4,4	56,25	70,31	110,7	+ 25,0	17,55	21,94	118,7	+ 25,0
Neustadt	7 010	95,9	863	12,3	48,01	62,49	98,4	+ 30,2	13,75	18,04	97,6	+ 31,2
St. Pauli	12 038	96,2	1 200	9,9	47,15	60,44	95,2	+ 28,2	12,47	16,38	88,6	+ 31,4
St. Georg	5 055	94,4	1 052	20,8	57,19	70,40	110,9	+ 23,1	14,38	20,26	109,6	+ 40,9
Klosterort	724	93,9	24	3,3	53,30	62,42	98,3	+ 17,1	13,33	16,02	86,7	+ 20,2
Hammerbrook	219	83,0	64	29,2	32,85	40,53	63,8	+ 23,4	11,17	12,99	70,3	+ 16,3
Borgfelde	1 985	95,3	1 446	72,8	47,37	57,29	90,2	+ 20,9	15,45	19,17	103,7	+ 24,1
Hamm-Nord	10 327	97,3	9 810	59,9	59,91	66,96	105,5	+ 11,8	18,41	20,94	113,3	+ 13,7
Hamm-Mitte	2 317	96,1	2 743	97,4	55,51	63,55	100,1	+ 14,5	17,84	20,28	109,7	+ 13,7
Hamm-Süd	640	59,7	539	84,2	51,92	59,36	93,5	+ 14,3	16,67	19,32	104,6	+ 15,9
Horn	9 291	74,5	6 740	72,5	44,40	54,06	85,1	+ 21,8	13,73	17,59	95,2	+ 28,1
Billstedt	4 877	61,9	1 912	39,2	30,27	39,32	61,9	+ 29,9	9,42	12,46	67,4	+ 32,3
Billbrook	498	20,9	66	13,3	33,33	36,91	58,1	+ 10,7	9,40	10,82	58,6	+ 15,1
Billwerder Ausschlag	1 046	53,0	726	69,4	29,75	49,67	78,2	+ 67,0	10,19	16,58	89,7	+ 62,7
Rothenburgsort	553	92,6	196	35,4	38,35	48,24	76,0	+ 25,8	12,47	15,77	85,3	+ 26,5
Veddel	2 271	89,6	719	31,7	42,29	51,36	80,9	+ 21,4	12,87	15,86	85,8	+ 23,2
Kleiner Grasbrook	798	94,9	63	7,9	36,22	47,92	75,5	+ 32,3	11,62	15,47	83,7	+ 33,1
Steinwerder	127	82,5	15	11,8	31,64	42,16	66,4	+ 33,2	9,85	12,36	66,9	+ 25,5
Waltershof	99	10,4	11	11,1	30,21	42,87	67,5	+ 41,9	9,13	12,20	66,0	+ 33,6
Finkenwerder	3 196	77,0	488	15,3	34,75	40,13	63,2	+ 15,5	10,29	12,20	66,0	+ 18,6
Hamburg-Mitte	65 548	83,0	28 764	43,9	46,70	58,29	91,8	+ 24,8	13,32	17,57	95,1	+ 31,9
Altona-Altstadt	10 477	94,6	3 155	30,1	42,75	55,50	87,4	+ 29,8	12,04	16,20	87,7	+ 34,6
Altona-Nord	7 945	95,8	2 319	29,2	47,76	59,23	93,3	+ 24,1	12,79	16,63	90,0	+ 30,0
Ottensen	14 314	95,9	1 902	13,3	49,17	62,75	98,8	+ 27,6	13,21	17,03	92,2	+ 28,9
Bahrenfeld	8 523	80,4	1 126	13,2	46,09	56,87	89,6	+ 23,4	12,83	16,20	87,7	+ 26,3
Groß Flottbek	1 987	59,2	433	21,8	87,62	105,61	166,3	+ 20,5	19,04	23,42	126,7	+ 23,0
Othmarschen	2 080	60,7	602	28,9	90,82	111,06	174,9	+ 22,3	21,27	27,69	149,8	+ 30,2
Lurup	1 617	37,4	691	42,7	36,95	46,29	72,9	+ 25,3	11,31	14,08	76,2	+ 24,5
Osdorf	2 063	63,7	1 213	58,8	79,84	68,22	107,4	+ 14,6	18,71	20,03	108,4	+ 7,1
Nienstedten	1 320	59,6	179	13,6	71,49	94,16	148,3	+ 31,7	17,03	23,84	129,0	+ 40,0
Blankenese	3 070	60,1	354	11,5	78,07	92,78	146,1	+ 18,8	18,17	23,01	124,5	+ 26,6
Iserbrook	1 276	62,4	292	22,9	44,49	55,65	87,6	+ 25,1	12,16	16,09	87,1	+ 32,3
Sülldorf	1 132	67,3	675	59,6	44,32	50,38	79,3	+ 13,7	12,83	15,79	85,4	+ 23,1
Rissen	1 292	51,3	626	48,5	49,28	59,79	94,2	+ 21,3	14,26	18,35	99,3	+ 28,7
Altona	57 096	78,4	13 567	23,8	52,30	64,91	102,2	+ 24,1	13,92	17,96	97,2	+ 29,0
Eimsbüttel	26 053	96,2	5 852	22,5	48,44	62,48	98,4	+ 29,0	13,05	17,43	94,3	+ 33,6
Rotherbaum	7 638	92,1	1 207	15,8	80,82	100,37	158,1	+ 24,2	17,94	24,88	134,6	+ 38,7
Harvestehude	8 341	91,3	3 547	42,5	96,15	112,81	177,7	+ 17,3	21,19	29,16	157,8	+ 37,6
Hoheluft-West	6 095	96,1	2 055	33,7	51,82	67,97	107,0	+ 31,2	13,16	18,60	100,7	+ 41,3
Lokstedt	3 159	60,6	1 736	55,0	53,43	65,27	102,8	+ 22,2	14,75	20,23	109,5	+ 37,2
Nienendorf	1 829	36,1	538	29,4	44,35	55,99	88,2	+ 26,2	12,76	17,37	94,0	+ 36,1
Schnelsen	1 539	43,6	344	22,4	40,87	50,13	78,9	+ 22,7	12,13	15,17	82,1	+ 25,1
Eidelstedt	2 500	59,9	927	36,8	37,62	49,77	78,4	+ 32,3	11,29	14,60	79,0	+ 29,3
Stellingen	3 101	58,8	1 166	37,6	44,63	55,44	87,3	+ 24,2	13,23	17,37	94,0	+ 31,3
Eimsbüttel	60 275	81,3	17 372	28,8	58,04	73,54	115,8	+ 26,7	14,91	20,29	109,8	+ 36,1
Hoheluft-Ost	5 023	96,6	1 138	22,7	52,43	68,84	108,4	+ 31,3	13,17	18,44	99,8	+ 40,0
Eppendorf	11 221	93,0	627	5,6	61,46	80,16	126,2	+ 32,0	15,38	20,87	112,9	+ 35,7
Groß Borstel	1 869	53,1	443	23,7	46,41	54,83	86,4	+ 18,1	14,56	17,56	95,0	+ 20,6
Alsterdorf	2 980	74,6	1 271	42,7	63,79	73,35	115,5	+ 15,0	16,87	21,41	115,9	+ 26,9
Winterhude	24 859	92,0	7 060	28,4	57,60	73,34	115,5	+ 27,3	15,95	21,14	114,4	+ 32,5

Uhlenhorst	6 554	90,2	3 890	59,4	82,23	98,41	155,0	+ 19,7	18,80	27,15	146,9	+ 44,4
Hohenfelde	2 792	83,9	1 523	54,6	74,23	90,44	142,4	+ 21,8	17,95	25,46	137,8	+ 41,8
Barmbek-Süd	11 600	94,3	8 110	69,9	42,61	58,17	91,6	+ 36,5	12,93	18,37	99,4	+ 42,1
Dulsberg	10 201	97,7	8 110	79,5	45,35	53,39	84,1	+ 17,7	14,48	17,85	96,6	+ 23,3
Barmbek-Nord	21 886	96,3	15 744	71,9	51,29	58,50	92,1	+ 14,1	15,93	19,29	104,4	+ 21,1
Ohlsdorf	4 637	83,8	1 275	27,5	55,31	62,94	99,1	+ 13,8	15,11	18,15	98,2	+ 20,1
Fuhlsbüttel	3 555	71,5	452	12,7	59,55	71,64	112,8	+ 20,3	15,59	19,49	105,5	+ 25,0
Langenhorn	5 922	69,3	3 076	51,9	45,89	58,34	91,9	+ 27,1	12,01	16,78	90,8	+ 39,7
Hamburg-Nord	113 099	89,1	52 719	46,6	56,19	67,89	106,9	+ 20,8	15,40	20,15	109,0	+ 30,8
Eilbek	6 391	92,6	5 715	89,4	65,51	79,23	124,8	+ 20,9	17,51	23,66	128,0	+ 35,1
Wandsbek	6 794	70,7	2 607	38,4	44,51	55,22	87,0	+ 24,1	12,84	16,51	89,3	+ 28,6
Marienthal	2 130	61,7	1 386	65,1	68,19	78,96	124,4	+ 15,8	18,05	22,16	119,9	+ 22,8
Jenfeld	713	30,5	193	27,1	38,38	59,30	93,4	+ 54,5	11,75	17,84	96,5	+ 51,8
Tonndorf	2 059	52,1	727	35,3	48,04	57,33	90,3	+ 19,3	13,53	17,19	93,0	+ 27,1
Farmsen	3 192	62,8	1 953	61,2	43,51	57,00	89,8	+ 31,0	10,86	15,72	85,1	+ 44,8
Bramfeld	5 536	59,5	3 096	55,9	40,34	54,80	86,3	+ 35,8	12,05	17,54	94,9	+ 45,6
Steilshoop	403	19,0	293	72,7	37,63	40,93	64,5	+ 8,8	12,26	15,45	83,6	+ 26,0
Wellingsbüttel	954	36,2	194	20,3	69,11	77,98	122,8	+ 12,8	17,94	21,96	118,8	+ 22,4
Sasel	1 095	27,9	253	23,1	45,45	56,10	88,4	+ 23,4	13,78	17,73	95,9	+ 28,7
Poppenbüttel	1 199	35,8	303	25,3	42,53	49,11	77,3	+ 15,5	12,50	16,06	86,9	+ 28,5
Hummelsbüttel	411	30,5	131	31,9	42,20	49,21	77,5	+ 16,6	12,62	14,44	78,1	+ 14,4
Lemsahl-Mellingstedt	250	33,3	42	16,8	51,94	48,52	76,4	- 6,6	14,20	15,22	82,4	+ 7,2
Duvenstedt	264	37,5	41	15,5	43,65	56,67	89,2	+ 29,8	12,12	16,98	91,9	+ 40,1
Wohldorf-Ohlstedt	322	34,3	20	6,2	58,49	64,88	102,2	+ 10,9	15,77	18,82	101,8	+ 19,3
Bergstedt	278	25,7	46	16,6	43,19	49,18	77,5	+ 13,9	12,09	15,57	84,3	+ 28,8
Volksdorf	1 560	43,2	849	54,4	61,42	67,33	106,0	+ 9,6	16,09	18,69	101,1	+ 16,2
Rahlstedt	4 000	45,8	1 034	25,9	50,53	61,71	97,2	+ 22,1	13,84	17,83	96,5	+ 28,8
Wandsbek	37 551	53,8	18 883	50,3	48,97	62,32	98,1	+ 27,3	13,73	18,58	100,5	+ 35,3
Lohbrügge	3 363	73,4	1 002	29,8	32,84	42,64	67,2	+ 29,8	9,99	13,09	70,8	+ 31,0
Bergeedorf	6 858	75,7	820	12,0	41,92	52,94	83,4	+ 26,3	10,89	14,14	76,5	+ 29,8
Curslack	185	32,6	7	3,8	35,20	43,21	68,0	+ 22,8	9,77	12,55	67,9	+ 28,5
Altengamme	169	33,9	18	10,7	27,89	34,30	54,0	+ 23,0	8,26	10,20	55,2	+ 23,5
Neuengamme	329	39,5	85	25,8	31,25	38,35	60,4	+ 22,7	9,12	10,89	58,9	+ 19,4
Kirchwerder	434	24,7	47	10,8	32,36	39,07	61,5	+ 20,7	9,42	11,36	61,5	+ 20,6
Ochsenwerder	212	37,5	5	2,4	34,39	41,19	64,9	+ 19,8	8,96	11,43	61,9	+ 27,6
Reitbrook	49	40,5	1	2,0	22,61	40,31	63,5	+ 78,3	6,05	11,42	61,8	+ 88,8
Allermöhe	251	59,5	91	36,3	28,14	38,49	60,6	+ 36,8	7,96	10,60	57,4	+ 33,2
Billwerder	333	33,3	61	18,3	31,97	36,77	57,9	+ 15,0	8,35	10,24	55,4	+ 22,6
Moorfleet	266	50,1	136	51,1	31,12	39,38	62,0	+ 26,5	8,17	11,37	61,5	+ 39,2
Tatenberg	40	39,6	10	25,0	27,67	35,48	55,9	+ 28,2	7,75	10,83	58,6	+ 39,7
Spadenland	43	39,5	5	11,6	29,07	40,56	63,9	+ 39,5	7,77	11,63	62,9	+ 49,7
Bergeedorf	12 532	62,2	2 288	18,3	37,92	47,56	74,9	+ 25,4	10,34	13,32	72,1	+ 28,8
Harburg	8 766	90,0	3 578	40,8	34,94	49,82	78,5	+ 42,6	10,04	14,93	80,8	+ 48,7
Neuland	122	17,6	7	5,7	24,35	31,88	50,2	+ 30,9	8,17	10,10	54,7	+ 23,6
Gut Moor	20	26,0	1	5,0	24,26	34,35	54,1	+ 41,6	7,44	10,25	55,5	+ 37,8
Wilstorf	3 391	74,6	584	17,2	35,74	46,10	72,6	+ 29,0	10,56	13,57	73,4	+ 28,5
Rönneburg	319	60,8	25	7,8	29,44	37,24	58,7	+ 26,5	8,34	10,85	58,7	+ 30,1
Langenbek	130	33,6	23	17,7	27,52	34,78	54,8	+ 26,4	8,09	10,95	59,3	+ 35,4
Sinstorf	284	49,1	104	36,6	39,10	43,99	69,3	+ 12,5	11,10	13,29	71,9	+ 19,7
Marmstorf	553	49,2	181	32,7	34,62	59,37	93,5	+ 71,5	10,58	16,77	90,8	+ 58,5
Eißendorf	3 434	62,9	1 435	41,8	39,27	48,61	76,6	+ 23,8	11,43	14,69	79,5	+ 28,5
Heimfeld	6 193	83,2	3 063	49,5	44,46	55,51	87,4	+ 24,9	12,52	16,59	89,8	+ 32,5
Wilhelmsburg	9 645	89,4	2 385	24,7	37,52	46,34	73,0	+ 23,5	11,42	14,28	77,3	+ 25,0
Georgswerder	1 970	51,4	333	16,9	33,00	40,62	64,0	+ 23,1	10,14	12,64	68,4	+ 24,7
Moorwerder	130	45,3	12	9,2	30,83	35,65	56,1	+ 15,6	9,30	10,53	57,0	+ 13,2
Altenwerder	318	52,4	32	10,1	28,57	35,42	55,8	+ 24,0	8,33	10,41	56,3	+ 25,0
Moorburg	283	52,2	22	7,8	28,43	35,43	55,8	+ 24,6	8,81	10,51	56,9	+ 19,3
Hausbruch	738	52,8	298	40,4	40,34	50,81	80,0	+ 26,0	10,94	14,13	76,5	+ 29,2
Neugraben-Fischbek	1 327	51,8	185	13,9	32,18	35,38	55,7	+ 9,9	9,94	11,94	64,6	+ 20,1
Francop	51	30,2	3	5,9	27,82	34,71	54,7	+ 24,8	7,75	10,93	59,1	+ 41,0
Neuenfelde	395	43,3	56	14,2	29,90	39,07	61,5	+ 30,7	8,90	11,92	64,5	+ 33,9
Cranz	117	52,9	1	0,9	24,40	38,17	60,1	+ 56,4	7,53	11,36	61,5	+ 50,9
Harburg	38 186	73,5	12 328	32,3	36,92	47,90	75,4	+ 29,7	10,87	14,49	78,4	+ 33,3
Hamburg insgesamt	384 287	77,7	145 921	38,0	51,01	63,50	100	+ 24,5	13,96	18,48	100	+ 32,4

¹⁾ Mietwohnungen in Gebäuden, die nach dem 20. 6. 1948 erstellt wurden. — ²⁾ einschl. in Behelfsheimen von 30 und mehr qm.



Randgebieten. Außer den Elbgemeinden, die schon oben genannt wurden, gehören hierzu auch Rissen, Osdorf, Fuhlsbüttel, Wellingsbüttel, Langenhorn und Wohldorf-Ohlstedt.

4. Bis auf Marmstorf liegt das ganze Gebiet südlich der Elbe, aber auch die auf dem nördlichen Elbufer befindlichen Stadtteile des Bezirks Bergedorf sowie einige Stadtteile des Bezirks Hamburg-Mitte teilweise beträchtlich unter dem Gesamthamburger Mietniveau. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß bei 13 Stadtteilen die absolute Zahl der Mietwohnungen unter 200 liegt und ein Vergleich dieser Stadtteile mit dichter besiedelten Gebietsteilen aus diesen Gründen wenig aufschlußreich ist. In den Kerngebieten von Harburg und Bergedorf befindet sich außer Marmstorf kein Stadtteil, dessen Durchschnittsmiete an das Mietniveau von Rahlstedt, Langenhorn und anderer nördlich der Elbe gelegenen Stadtteile in den Randgebieten heranreicht.

Schaubild 3 wird ergänzt durch die Übersicht 3, aus der die absolute Höhe der einzelnen Durchschnittsmieten sowie auch die feineren Unterschiede im Mietniveau hervorgehen, die bei der graphischen Darstellung in den einzelnen Gruppenzusammengefaßt wurden. — Diese Ergebnisse zeigen, daß das Mietniveau der Gebiete nördlich der Elbe, wo zudem die Hauptmasse der Mietwohnungen liegt, entscheidend für die Höhe der Durchschnittsmiete Gesamthamburgs ist. Die recht hohen Durchschnittsmieten mehrerer Stadtteile der Rand- und Außengebiete (wie z. B. Blankenese, Rissen, Osdorf u. a.) erklären nun auch, daß der Gebietsteil „Randgebiet“ ein höheres Mietniveau aufweist als der Gebietsteil „Kerngebiet von Harburg und Bergedorf“.

Bei der Betrachtung des recht unterschiedlichen Mietniveaus darf man nicht vergessen, daß in der Zahl der Mietwohnungen auch einige vermietete Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm enthalten sind. Insgesamt sind etwa 20 vH der Behelfsheimwohnungen vermietet, — das wären

etwa 8000 Wohnungen. Da diese von der Gesamtmasse der Wohnungen mit Mietangaben nur etwa 2 vH ausmachen, haben ihre Mieten auf den Gesamthamburger Durchschnitt so gut wie gar keinen Einfluß. In den Stadtteilen, die über hohe Anteile von Behelfsheimen verfügen, dürfte sich das jedoch auf das Mietniveau auswirken.

Aus dem Schaubild 3 läßt sich neben der Lage der einzelnen Stadtteile mit unterschiedlichem Mietniveau noch eine weitere interessante Tatsache feststellen. Es fällt nämlich auf, daß alle Stadtteile der nördlich der Elbe gelegenen Randgebiete der Bezirke Hamburg-Altona, Eimsbüttel, Hamburg-Nord und Wandsbek, soweit ihr Mietniveau nicht wesentlich unter dem Hamburger Gesamtdurchschnitt liegt, über verhältnismäßige günstige Verkehrsverbindungen durch U- oder S-Bahnen verfügen. Man kann nicht ohne weiteres feststellen, ob und wie diese verkehrsgünstige Lage auf die Mietpreisbildung und damit auf das Mietniveau einwirkt. Ebensogut könnte man nämlich auch annehmen, daß Stadtteile, wie z. B. Nienstedten und Blankenese, verkehrsmäßig so günstig erschlossen sind, weil sie als Wohngebieten besonders geschätzt werden. Diese beiden Faktoren — die verkehrsgünstige Lage und die „Wertschätzung“ der Wohngegend — bedingen sich also teilweise gegenseitig und dürften zusammen mit anderen Faktoren zu dem recht hohen Mietniveau dieser Stadtteile beitragen.

2. Die Mieten je Wohnraum

Für die Höhe der Miete spielen verschiedene Qualitätsmerkmale der Wohnung, wie z. B. Größe, Ausstattung mit Bad und Warmwasserversorgung sowie Heizungsart, eine große Rolle. Die Totalzählung wie auch die 10-vH-Repräsentativ-Erhebung haben nur die Größe der Wohnungen berücksichtigt, nicht dagegen die Ausstattungsmerkmale wie Bad, Heizung, Warmwasser usw. Aus den vorliegenden Ergebnissen der Totalerhebung geht lediglich die durchschnittliche Raumzahl je Wohnung hervor. Dadurch läßt sich immerhin die Durchschnittsmiete je Wohnraum berechnen, und die auf diese Weise erhaltenen Werte sind miteinander besser vergleichbar als die Mieten je Wohnung. Betrachtet man die Übersicht 3, wo die Miete je Raum stadtteilweise in vH der Hamburger Durchschnittsmiete aufgeführt wird, so läßt sich dabei feststellen, daß die sehr teuren Wohngebieten nicht ganz so stark vom Hamburger Durchschnitt abweichen wie bei den durchschnittlichen Wohnungsmieten.

Die folgende Aufstellung zeigt die 8 Stadtteile mit der höchsten Durchschnittsmiete je Wohnung, jetzt aber gegliedert nach der Reihenfolge der höchsten durchschnittlichen Wohnraummieter.

Stadtteile	Miete je Wohnraum	
	in DM	in vH des Hamburger Gesamtdurchschnitts
Harvestehude	29,16	157,8
Othmarschen	27,69	149,8
Uhlenhorst	27,15	146,9
Hohenfelde	25,46	137,8
Rotherbaum	24,88	134,6
Nienstedten	23,84	129,0
Groß Flottbek	23,42	126,7
Blankenese	23,01	124,5

Diese 8 Stadtteile hatten zwar die höchsten Mieten je Wohnung, aus der Übersicht 3 geht aber hervor, daß noch einige andere Stadtteile mit gleich hoher Miete je Wohnraum in dieselbe Gruppe fallen würden (z. B. Eilbek und Eppendorf). Mit anderen Worten: in diesen Stadtteilen sind die Wohnungen nur wegen ihrer geringeren Raumzahlen durchschnittlich billiger als etwa in Blankenese oder Nienstedten. Es läßt sich auch ersehen, daß die Randgebiete der Bezirke Altona, Hamburg-Nord und Wandsbek im Mietniveau verschieden sind von den Randgebieten der anderen Bezirke. Die Gruppierung der Stadtteile mit relativ hohen Durchschnittsmieten um die U- und S-Bahnlinien ist jedoch nicht mehr ganz so scharf erkennbar.

Sehr interessant und aufschlußreich ist ein Vergleich der an der Peripherie Hamburgs gelegenen Stadtteile mit den anschließenden schleswig-holsteinischen Landkreisen. So ergibt sich z. B. folgendes:

1. Die in der nachstehenden Übersicht aufgeführten Stadtteile weisen ein höheres, teilweise wesentlich höheres Mietniveau auf als die beiden angrenzenden Landkreise Pinneberg (Durchschnittsmiete je Wohnung 43,39 DM, Durchschnittsmiete je Raum 13,37 DM) und Stormarn (Durchschnittsmiete je Wohnung 42,60 DM, Durchschnittsmiete je Raum 13,— DM).

Stadtteile	Durchschnittsmiete in DM	
	je Wohnung	je Wohnraum
Rissen	59,79	18,35
Sülldorf	50,38	15,79
Iserbrook	55,65	16,09
Osdorf	68,22	20,03
Lurup	46,29	14,08
Eidelstedt	49,77	14,60
Schnelsen	50,13	15,17
Niendorf	55,99	17,37
Langenhorn	58,34	16,78
Hummelsbüttel	49,21	14,44
Poppenbüttel	49,11	16,06
Lemsahl-Mellingstedt	48,52	15,22
Duvenstedt	56,67	16,98
Wohldorf-Ohlstedt	64,88	18,82
Volksdorf	67,33	18,69
Rahlstedt	61,71	17,83

2. Curslack, Altengamme und andere Stadtteile des Bezirkes Bergedorf unterscheiden sich beinahe gar nicht vom Mietniveau des benachbarten Kreises Herzogtum Lauenburg (Durchschnittsmiete je Wohnung 37,15, Durchschnittsmiete je Raum 11,22 DM) und weisen eine niedrigere Durchschnittsmiete auf als die Kreise Stormarn und Pinneberg.

Stadtteile	Durchschnittsmiete in DM	
	je Wohnung	je Wohnraum
Curslack	43,21	12,55
Altengamme	34,30	10,20

3. Die Veränderung der Durchschnittsmieten gegenüber 1950

In einer kürzlich erschienenen Abhandlung¹⁾ wurde bereits erläutert, wie das Ausmaß der Erhöhung der Durchschnittsmieten auf

¹⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Heft 6, Jg. 1958.

- a) Steigerung der einzelnen Mieten bei Alt- und Neubauwohnungen und
 b) einen zunehmenden Anteil der Neubauwohnungen

zurückzuführen ist. Es wurde auch schon erwähnt, daß für die unter „Randgebiete“ zusammengefaßten Stadtteile die für das gesamte Bundesgebiet festgestellte Tatsache — höhere prozentuale Steigerung der Durchschnittsmieten in den ländlichen und kleinstädtischen Gebieten als in großstädtischen Gemeinden — nicht gilt. Schaubild 4 zeigt nun die Erhöhung der Durchschnittsmieten für die einzelnen Stadtteile Hamburgs. Zusammen mit der Übersicht 3 und Schaubild 2, welche die Anteile der Neubauwohnungen ausweisen, läßt sich nun der auf den ersten Blick recht unterschiedliche Eindruck, den das Schaubild 4 bietet, etwas klarer zusammenfassen.

Die Neustbaumieten beeinflussen danach die Steigerung des Mietniveaus in den einzelnen Stadtteilen folgenderweise:

1. durch ihren regional unterschiedlichen Anteil und
2. durch die regional unterschiedliche Höhe, bedingt durch verschiedene Wohnungsgrößen und -ausstattung.

Diese beiden Komponenten wirken nun in folgender Art und Weise auf die Veränderung des Mietniveaus ein:

1. Bei starker Steigerung der Durchschnittsmieten — wie z. B. in Marmstorf, Billwerder-Ausschlag u. a. — läßt sich eindeutig nachweisen, daß die Veränderung des ursprünglichen Mietniveaus von beiden Komponenten stark unterstützt worden ist. So betrug der Anteil der Neustbaumietwohnungen an allen Mietwohnungen in Marmstorf 32,7 vH und in Billwerder-Ausschlag 69,4 vH (von insgesamt 553 bzw. 1046 Mietwohnungen). Außerdem war die Neustbaumiete 1956 wesentlich höher als die Gesamtdurchschnittsmiete 1950. Für diese Stadtteile ist also die Entwicklung etwa so verlaufen, wie in den ländlichen Gebieten der gesamten Bundesrepublik¹⁾.
2. Bei Stadtteilen, die schon 1950 ein verhältnismäßig hohes Mietniveau aufwiesen — wie Othmarschen, Hohenfelde u. a. —, haben die Neustbaumieten nicht in dem Ausmaß zur Erhöhung des Mietniveaus beigetragen, sondern die Steigerung teilweise gedämpft (Hohenfelde) und in Osdorf sogar eine Senkung der durchschnittlichen Wohnungsmiete gegenüber 1950 bewirkt. Die Miete je Neustbauwohnung beträgt 1956 in diesem Stadtteil 49,74 DM und liegt damit unter der Gesamtdurchschnittsmiete, die für Osdorf 79,84 DM im Jahre 1950 und 68,22 DM im Jahre 1956 betrug. Hier macht sich der Unterschied zwischen den modernen, kleineren Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus und den früheren „herrschaftlichen“ Wohnungen deutlich bemerkbar.

¹⁾ Vgl. „Wirtschaft und Statistik“, Jg. 1957, Heft 8, S. 411.

3. Bei folgenden Stadtteilen liegt die Durchschnittsmiete der Neubauwohnungen auch unter der Durchschnittsmiete der Altbauwohnungen¹⁾:

Stadtteile	Miete je Altbauwohnung in DM	Miete je Neubauwohnung in DM.
Neustadt	63,22	59,97
Klostertor	61,90	49,46
Steinwerder	41,36	36,40
Groß Flottbek	100,82	99,91
Harvestehude	147,44	78,30
Groß Borstel	60,98	47,50
Uhlenhorst	105,84	93,39
Hohenfelde	93,70	88,68
Fuhlsbüttel	66,49	61,50
Marienthal	88,03	76,08
Hamm-Nord	80,70	66,87

In diesen Stadtteilen haben die Neustbaumieten die Aufwärtsbewegung des Mietniveaus verringert. Bis auf Steinwerder, Osdorf und Harvestehude liegen die durchschnittlichen Wohnraummieten der Neubauwohnungen jedoch alle über denen der Altbauten.

Zwischen diesen Extremen (der starken Steigerung und der Dämpfung der Durchschnittsmieten durch die Neustbaumieten) liegen die meisten Stadtteile, bei denen die Neustbaumieten einen mehr oder weniger großen Einfluß auf die Anhebung des Mietniveaus ausgeübt haben.

Da die Neubauwohnungen durchschnittlich kleiner sind und aus diesem Grund eine höhere Miete je Wohnraum aufweisen, haben sie die Zunahme der durchschnittlichen Raummiete stärker beeinflußt als die durchschnittliche Wohnungsmiete.

Aus Übersicht 2 kann man entnehmen, daß in den Randgebieten das Mietniveau — und zwar die Durchschnittsmiete je Wohnung und je Wohnraum — verhältnismäßig weniger gestiegen ist als im Stadtkern und in den Kerngebieten Harburgs und Bergedorfs. Die wenigen Stadtteile in den

Jahre	„Billigster“ Stadtteil ¹⁾	„Teuerster“ Stadtteil ¹⁾	Spanne überhaupt	Spanne in vH des billigsten Stadtteils
	in DM			
a) Durchschnittsmiete je Wohnung				
1950	24,35 ²⁾	96,15 ³⁾	71,80	295
1956	31,88 ²⁾	112,81 ³⁾	80,93	253
b) Durchschnittsmiete je Wohnraum				
1950	7,53 ⁴⁾	21,27 ⁵⁾	13,74	182
1956	10,10 ⁴⁾	29,16 ⁵⁾	19,06	188

¹⁾ Ohne Stadtteile, die 1950 und 1956 weniger als 100 Mietwohnungen aufwiesen. — ²⁾ 1950: Neuland; 1956: Neuland. — ³⁾ 1950: Harvestehude; 1956: Harvestehude. — ⁴⁾ 1950: Cranz; 1956: Neuland. — ⁵⁾ 1950: Othmarschen; 1956: Harvestehude.

Randgebieten mit überproportionaler Mietsteigerung fallen gegenüber denen im Stadtkern weniger ins Gewicht, weil sie aufgelockerter besiedelt sind und dementsprechend nur über einen zahlen- und anteilmäßig weniger bedeutenden Bestand an Mietwohnungen verfügen.

¹⁾ Ohne Reitbrook und Neuland, da dort die absoluten Zahlen für einen sinnvollen Vergleich zu gering sind.

Die vorstehende Gegenüberstellung zeigt die Auswirkung der gesteigerten durchschnittlichen Wohnungsmieten auf die regionalen Mietunterschiede.

Es läßt sich erkennen, daß sich die absolute Spanne zwischen teuerstem und billigstem Hamburger Stadtteil seit 1950 noch vergrößert hat. Betrachtet man jedoch die Relativzahlen, so zeigt sich deutlich ein Rückgang der Spanne bei den durchschnittlichen Wohnungsmieten. Bei den Mieten je Wohnraum hat sich dagegen die Differenz sowohl absolut als auch prozentual etwas erhöht.

Eine eindeutige Tendenz ist aus diesen Zahlen nicht zu entnehmen, weder zur Nivellierung noch zur Differenzierung der Miete in den verschiedenen Stadtteilen. Für eine solche Aussage müßte ein längerer Zeitraum betrachtet werden können.

Der Aussagewert dieser Spannen ist jedoch im allgemeinen beschränkt, da durch diese Eckwerte keinesfalls auf die Streuung der einzelnen Stadtteile um den Hamburger Mittelwert geschlossen werden kann. Diese läßt sich besser aus dem Schaubild 3 und der Übersicht 3 erkennen, wobei letztere auf die unterschiedliche Bedeutung der einzelnen Stadtteile für den Wohnungsmarkt hinweist, da die absolute Zahl der Mietwohnungen je Stadtteil zwischen 99 (Waltershof) und 26 653 (Eimsbüttel) liegt.

In diesem Zusammenhang darf nicht übersehen werden, daß zur Berechnung der Durchschnitts-

mieten alle Mietwohnungen mit Mietangaben herangezogen wurden. Es sind also in ihnen u. a. die wegen der Nutzung gewerblicher Räume meist teureren Berufs- und Geschäftsmietwohnungen wie auch z. B. die an Landarbeiter verbilligt abgegebenen Landarbeiterwohnungen enthalten. Auf die Gesamthamburger-Durchschnittsmiete dürften diese Wohnungsarten kaum einen Einfluß haben. Da die erste Gruppe jedoch im Geschäftszentrum und die zweite in ländlich besiedelten Gebietsteilen verhältnismäßig stärker vertreten ist, tragen sie dazu bei, den Unterschied zwischen der hohen Durchschnittsmiete in großstädtisch besiedelten und der niedrigeren Durchschnittsmiete in den ländlichen Gebieten zu verstärken.

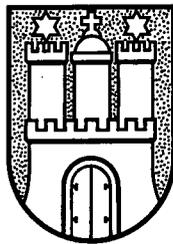
Wie schon erwähnt, erlaubt das vorliegende Material vorerst nur sehr allgemeine Schlüsse auf die Mietsituation, da die aus der 1-vH-Zusatzerhebung gewonnenen Angaben über die Mietbelastung noch ausstehen. Diese Zahlen, die das Verhältnis der gezahlten Miete zum Einkommen der Haushaltung angeben, ermöglichen eigentlich erst die tieferen Schlüsse auf die Mietsituation und sind für die weitere Wohnungsbaupolitik von Bedeutung. Leider lassen sie sich nicht sehr weit regional aufgliedern, da derartige Angaben nur durch sehr intensive Befragungen von geringem Umfang festgestellt werden können.

Mühlenberg/Tilsner

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 17. September 1958

Jahrgang 1958 — Heft Nr. 14

Die Bevölkerungsentwicklung in den Hamburger Gebietsteilen 1950 bis 1957

INHALT

- I. Die Bevölkerungszunahme Hamburgs und die Quellen seines Wachstums
- II. Die Bevölkerungsentwicklung in den Bezirken und den Gebieten der Ortsämter
- III. Die Bevölkerungsveränderungen in den Stadtteilen
- IV. Zusammenfassung

I. Die Bevölkerungszunahme Hamburgs und die Quellen seines Wachstums

Die Wohnbevölkerung Hamburgs, die seit der Volkszählung am 13. September 1950 unter Berücksichtigung der Geburten, Sterbefälle und Wanderungen laufend fortgeschrieben wird, hat am 31. Dezember 1957 einen Stand von 1 786 775 Personen erreicht, und zwar 822 868 männliche und 963 907 weibliche Personen. Gegenüber dem 13. September 1950 bedeutet das eine **Bevölkerungszunahme um 184 247 Personen oder 11,5 vH**, denn zu diesem Zeitpunkt sind in Hamburg 1 602 528 Einwohner gezählt worden.

Gliedert man die Wohnbevölkerung in beiden Jahren sowie für die Jahre 1939 und 1946 nach dem Geschlecht, so erhält man folgende Zahlen:

Wohnbevölkerung¹⁾

am 17. 5. 1939	am 29. 10. 1946	am 13. 9. 1950	am 31. 12. 1957
	männlich		
820 134	641 270	750 273	822 868
	weiblich		
891 743	762 030	852 255	963 907
	insgesamt		
1 711 877	1 403 300	1 602 528 ²⁾	1 786 775 ²⁾

¹⁾ nach dem Gebietsstand vom 13. 9. 1950. — ²⁾ ohne Schiffsbevölkerung.

Hiernach hat in den sieben Jahren von 1950 bis 1957 die **weibliche Bevölkerung** absolut und relativ **stärker zugenommen** als die männliche, so daß Ende 1957 auf 100 Männer 117 Frauen kamen, gegenüber nur 113 im Jahre 1950 und sogar nur 111 im Jahre 1939.

Wie aus der vorstehenden Übersicht weiter hervorgeht, liegt die Einwohnerzahl am Jahresende 1957 mit rd. **75 000 Personen über der Vorkriegszahl** vom 17. Mai 1939. Das entspricht einer Zunahme von 4,4 vH. Die bemerkenswerte Tatsache, daß an diesem Bevölkerungszuwachs fast ausschließlich die weibliche Bevölkerung beteiligt ist, nämlich mit 96,3 vH, erklärt sich durch den größeren Anteil der Frauen am Wanderungsgewinn.

Der Wanderungsgewinn, der dadurch entsteht, daß mehr Personen von außerhalb in die Stadt zuziehen als von ihr fortziehen, ist — wie schon in früheren Jahren festgestellt werden konnte — der maßgebliche Faktor für das Anwachsen der Großstadtbevölkerung. Für den Berichtszeitraum ergibt sich für Hamburg ein **Wanderungsgewinn von 194 541 Personen**. Da die Zahl der im gleichen Zeitraum Gestorbenen (143 730) die der Lebendgeborenen (133 436) um 10 294 (Sterbeüberschuß) übersteigt, bedeutet dies, daß die **Bevölkerungszunahme der Hansestadt ausschließlich auf die Zuwanderung von außerhalb zurückzuführen ist**. Ohne diese Zuwanderung hätte Hamburg — auf Grund des Sterbeüberschusses — in den letzten sieben Jahren einen Bevölkerungsverlust von der Größe einer Kleinstadt erlitten.

Bei der überragenden Rolle, die der Wanderungsgewinn für das Wachstum Hamburgs spielt, ist es von Bedeutung, zu erfahren, woher die Zuwanderer kommen. Dabei kann für den **gesamten Zeitraum** von 1950 bis 1957 festgestellt werden, daß ein beachtlicher Teil des Wanderungsgewinns, nämlich **40 vH, der Zuwanderung aus Berlin und der sowje-**

tischen Besatzungszone zuzurechnen ist. Die restlichen 60 vH verteilen sich etwa je zur Hälfte auf die Nachbarländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Für die übrigen Länder ergibt sich insgesamt gesehen in diesen sieben Jahren kein Wanderungsgewinn, weil der Wanderungsüberschuß aus Bayern, Bremen, dem Saarland, den deutschen Ostgebieten unter fremder Verwaltung und dem Ausland insbesondere durch die große Zahl von Fortzügen aus Hamburg nach Nordrhein-Westfalen ausgeglichen wird.

Während sich die Zuzüge aus Berlin und der sowjetischen Besatzungszone aus dem anhaltenden Flüchtlingsstrom erklären, muß die Zuwanderung

**Der Wanderungsgewinn Hamburgs
in den Jahren 1950 und 1957**

Herkunftsgebiete	Wanderungsgewinn			
	1950		1957	
	absolut	vH	absolut	vH
Schleswig-Holstein	23 406	35,6	3 836	13,9
Niedersachsen	16 860	25,6	6 455	23,4
Berlin ¹⁾ und sowjetische Besatzungszone	13 842	21,0	14 616	53,1
Übrige Gebiete	11 740	17,8	2 634	9,6
Insgesamt	65 848	100	27 541	100

¹⁾ Berlin (West) und Sowjetsektor von Berlin.

II. Die Bevölkerungsentwicklung in den Bezirken und den Gebieten der Ortsämter

Die für das Gebiet der Hansestadt zu verzeichnende Bevölkerungszunahme verteilt sich nicht gleichmäßig auf die einzelnen Verwaltungsbezirke. Das ist verständlich, wenn man die strukturelle Verschiedenheit der einzelnen Gebietsteile, insbesondere ihre Siedlungsstruktur, kennt. Ebenso müssen die Bevölkerungsveränderungen im Zusammenhang mit den Kriegseinwirkungen und dem Wiederaufbau gesehen werden.

Von den sieben Bezirken der Hansestadt konnten seit 1950 fünf ihre Einwohnerzahlen erhöhen. Die **Bezirke Hamburg-Mitte, Hamburg-Nord und Wandsbek** hatten mit einer Zunahme um je rund ein Fünftel (+ 17 vH, + 20 vH, + 22 vH) **den stärksten Zuwachs zu verzeichnen**. Hinter dieser überdurchschnittlichen Zuwachsrate blieben Harburg (+ 11 vH) etwas und Eimsbüttel (+ 4 vH) beträchtlich zurück. In den Bezirken Altona und Bergedorf dagegen war die Entwicklung rückläufig (— 1 vH bzw. — 5 vH).

Die Bevölkerungsabnahme in den beiden letztgenannten Bezirken ist nicht außergewöhnlich, sondern im Gegenteil ganz natürlich. In **Bergedorf** drückt der Bevölkerungsverlust, der hier übrigens voll zu Lasten der Wanderungen geht, die zunehmende Normalisierung der Wohnverhältnisse während der letzten Jahre aus. Wie fast alle Randgebiete Hamburgs hatte auch der Bezirk Bergedorf während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren zahlreiche Menschen zusätzlich aufgenommen, die ihre Wohnungen infolge der Kriegereignisse verloren hatten. 1950 lag die Einwohnerzahl im Bezirk Bergedorf um fast 60 vH über dem Stand von 1939, und zusammen mit dem Bezirk Altona

aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen z. T. der Rückkehr von Butenhamburgern in ihre Heimatstadt, zum weitaus größeren Teil aber der Abwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen aus diesen „Flüchtlingsländern“ zugeschrieben werden. Daß dabei eine Weltstadt wie Hamburg mit ihren mannigfaltigen Verdienstmöglichkeiten auf diese Bevölkerungskreise eine besondere Anziehungskraft ausübt, ist nicht weiter verwunderlich.

Die vorstehende Gegenüberstellung des Wanderungsgewinns aus den Jahren 1950 und 1957 zeigt, daß die Quellen, aus denen Hamburg seine Bevölkerungszunahme speist, sich in ihrer Bedeutung grundlegend gewandelt haben.

Die Anteile der Abgabeländer am Wanderungsgewinn haben sich gegenüber 1950 erheblich verschoben. Schleswig-Holsteins Beitrag ist von über einem Drittel im Jahre 1950 (23 400 Personen) auf 14 vH im Jahre 1957 (3800 Personen) zurückgegangen, während Berlin und die sowjetische Besatzungszone mit 14 600 Personen mit mehr als der Hälfte am Wanderungsgewinn des Jahres 1957 beteiligt waren.

In Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Zone dürfte auch in Zukunft der Flüchtlingsstrom aus Mitteldeutschland der entscheidende Faktor für Hamburgs Bevölkerungswachstum sein.

hatte Bergedorf von allen Bezirken die höchste durchschnittliche Einwohnerzahl je Wohnung¹⁾. Die rege Wohnbautätigkeit in der Hansestadt, besonders in den Wiederaufbaugebieten der Bezirke Hamburg-Mitte und Hamburg-Nord, hat Bergedorf inzwischen etwas entlastet. Hierbei ist zu beachten, daß der größte Teil des Wanderungsverlustes auf den Teil des Bezirks entfällt, der ausschließlich ländlichen Charakter trägt, nämlich das Gebiet des Ortsamtes Vier- und Marschlande.

Ähnlich wie in Bergedorf liegen die Verhältnisse in **Altona**, dem anderen Bezirk mit einer Bevölkerungsabnahme. Im Jahre 1950 wurden hier 24 vH mehr Einwohner als im Jahre 1939 gezählt, während der Wohnungsbestand infolge der Kriegszerstörungen erheblich unter dem der Vorkriegszeit lag. Allerdings ist die Bevölkerungsabnahme in Altona mit 1 vH nur gering. Das gilt jedoch nur für den Durchschnitt im gesamten Bezirk, denn die Abnahme im Kerngebiet des Bezirks — sie beträgt rd. 4 vH und verteilt sich fast gleichmäßig auf Sterbeüberschuß und Wanderungsverlust — wird durch die Bevölkerungszunahme im Gebiet des Ortsamtes Blankenese (+ 6 vH) größtenteils kompensiert. In dem Gebiet dieses Ortsamtes — wie auch in dem der Ortsämter Billstedt, Finkenwerder, Wilhelmsburg und des schon genannten Ortsamtes Vier- und Marschlande — finden sich die einzigen nennenswerten Geburtenüberschüsse ganz Hamburgs.

Den Übergang von den Bezirken mit Bevölkerungsabnahme zu denen mit einem Bevölkerungs-

¹⁾ Vgl. hierzu: „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1958, Nr. 10, Seiten 136 und 137.

Übersicht 1

Die Wohnbevölkerung in den Bezirken und Ortsämtern nach den Volkszählungen 1939 und 1950 sowie nach der Fortschreibung am 31. Dezember 1957

Bezirke Kerngebiete / Ortsämter (OA.)	Wohnbevölkerung nach der Volkszählung		Fortgeschriebene Bevölkerung am 31. 12. 1957	Veränderungen 1957 gegenüber 1939 (1939 = 100)
	am 17. 5. 1939	am 13. 9. 1950		
Bezirk Hamburg-Mitte	435 807	242 181	284 302	65,2
davon im Kerngebiet	333 411	138 042	157 638	47,3
OA. Billstedt	38 589	63 586	84 241	218,3
OA. Veddel-Rothenburgsort	57 176	21 460	21 975	38,4
OA. Finkenwerder	6 631	19 093	20 448	308,4
Bezirk Altona	220 298	272 652	270 254	122,7
davon im Kerngebiet	180 048	194 312	187 288	104,0
OA. Blankenese	40 250	78 340	82 966	206,1
Bezirk Eimsbüttel	244 535	251 993	261 941	107,1
davon im Kerngebiet	205 362	178 172	178 050	86,7
OA. Lokstedt	22 829	44 426	49 444	216,6
OA. Stellingen	16 344	29 395	34 447	210,8
Bezirk Hamburg-Nord	424 114	358 941	431 794	101,8
davon im Kerngebiet	133 225	189 625	178 661	134,1
OA. Barmbek-Uhlenhorst	253 271	100 901	182 324	72,0
OA. Fuhsbüttel	37 618	68 415	70 809	188,2
Bezirk Wandsbek	166 676	221 942	269 594	161,7
davon im Kerngebiet	110 114	88 229	124 243	112,8
OA. Bramfeld	9 693	30 999	40 692	419,8
OA. Alstertal	17 116	41 379	41 947	245,1
OA. Walddörfer	12 193	27 724	27 674	227,0
OA. Rahlstedt	17 560	33 611	35 038	199,5
Bezirk Bergedorf	52 587	82 380	78 296	148,9
davon im Kerngebiet	33 042	52 072	49 943	151,2
OA. Vier- und Marschlande	19 545	30 308	28 353	145,1
Bezirk Harburg	135 689	172 439	190 594	140,5
davon im Kerngebiet	85 928	93 432	108 927	126,8
OA. Wilhelmsburg	35 630	51 432	53 679	150,7
OA. Süderelbe	14 131	27 575	27 988	198,1
Bezirke zusammen	1 679 706	1 602 528	1 786 775	106,4
Schiffsbevölkerung	18 682	3 078		
Militär und Arbeitsdienst	13 489	—	—	—
Freie und Hansestadt Hamburg insgesamt	1 711 877	1 605 606	1 786 775	104,4

zugang bildet der Bezirk **Eimsbüttel**. Die durchschnittliche Bevölkerungszunahme ist während des Berichtszeitraumes zwar gering gewesen (+ 4 vH), jedoch ergeben sich innerhalb der Bezirksgrenzen beträchtliche Unterschiede. Während die Einwohnerzahl im Kerngebiet so gut wie unverändert geblieben ist, weil der dortige Sterbeüberschuß durch

den Wanderungsgewinn nahezu ausgeglichen wird, errechnet sich für das Gebiet des Ortsamts **Lokstedt** eine Zunahme, die mit + 11,3 vH fast dem durchschnittlichen Wachstum der Stadt (+ 11,5 vH) entspricht. Im Ortsamtsgebiet **Stellingen** dagegen liegt die Wachstumsquote mit 17,2 vH über dem Durchschnitt.

Im Bezirk **Harburg** entfällt der weitaus größte Teil der Bevölkerungszunahme auf das Kerngebiet. Dieses hat die Zahl seiner Einwohner um rd. 17 vH erhöhen können, und sein Anteil an der Bevölkerungszunahme im gesamten Bezirk (+ 10,5 vH) beträgt gut 85 vH. In den Gebieten der Ortsämter **Wilhelmsburg** und **Süderelbe** hat sich die Einwohnerzahl nur geringfügig erhöht (+ 4,4 vH bzw. + 1,5 vH).

Weit über dem Durchschnitt ist dagegen die Entwicklung in einigen Gebietsteilen der drei am schnellsten gewachsenen Bezirke: **Hamburg-Mitte**, **Hamburg-Nord** und **Wandsbek** verlaufen. Es handelt sich dabei um die Kerngebiete und Ortsämter, die während des Krieges unter den Luftangriffen am meisten zu leiden hatten und deren Wiederaufbau besonders energisch vorangetrieben wird. So ist der hohe Bevölkerungszugang im Gebiet des Ortsamts **Barmbek-Uhlenhorst** (+ 81 vH) innerhalb des Bezirks **Hamburg-Nord** und im Kerngebiet des Bezirks **Wandsbek** (+ 41 vH) ein Zeichen dafür, daß sich die durch den Krieg entstandenen Lücken wieder füllen. Das Ansteigen der Bevölkerungszahlen in den Gebieten der Ortsämter **Billstedt** (+33 vH) und **Bramfeld** (+ 31 vH) ist dagegen der Entstehung neuer Wohnviertel in diesen Gebietsteilen zuzuschreiben.

Auch die Einwohnerzahl im Kerngebiet des Bezirks **Hamburg-Mitte** ist gestiegen, und zwar um gut 14 vH. Allerdings verwischt diese Wachstumsrate die ganz erheblichen Unterschiede innerhalb der Gebietsgrenzen, denn gerade dieses Kerngebiet hat neben einer ganzen Reihe von Stadtteilen mit einer negativen Bevölkerungsentwicklung auch solche, deren Zuwachsraten zu den höchsten der Stadt zählen. Darauf wird im nächsten Abschnitt noch eingegangen werden.

Ebenfalls im nächsten Abschnitt soll auch die Frage beantwortet werden, warum der Bezirk **Hamburg-Mitte** als einziger aller Hamburger Bezirke seine Vorkriegsbevölkerung noch nicht wieder erreichen konnte. Hier soll die Feststellung genügen, daß er erst wieder zwei Drittel der Einwohner des Jahres 1939 beherbergt.

Wie Übersicht 1 zeigt, liegen die Bevölkerungszahlen aller anderen Bezirke über dem Stand der Vorkriegszeit, vornehmlich in **Wandsbek**, **Bergedorf** und **Harburg**. Innerhalb der Bezirke haben vor allem folgende Ortsamtsbereiche den Stand von 1939 überschritten: **Bramfeld** (+ 320 vH), **Alstertal** (+ 145 vH) und **Walddörfer** (+ 127 vH) im Bezirk **Wandsbek** sowie **Billstedt** (+ 118 vH) und **Finkenwerder** (+ 208 vH) im Bezirk **Hamburg-Mitte**. Den Vorkriegsstand noch nicht wieder erreicht haben die während des Krieges stark zerstörten Gebiete der Ortsämter **Veddel-Rothenburgsort**, **Barmbek-Uhlenhorst** und die Kerngebiete der Bezirke **Hamburg-Mitte** und **Eimsbüttel**.

III. Die Bevölkerungsveränderungen in den Stadtteilen

a) Die Entwicklung von 1950 bis 1957

Wie in den Bezirken und den Gebieten der Ortsämter so ist auch in den Hamburger Stadtteilen die Bevölkerungsentwicklung während des Berichtszeitraumes sehr unterschiedlich verlaufen. In nur einem

knappen Drittel der insgesamt 106 Stadtteile lag die Bevölkerungszunahme über dem Durchschnitt von 11,5 vH für das gesamte Stadtgebiet; allerdings liegen die meisten der zu diesem Drittel zählenden Stadtteile erheblich über der Wachstumsrate von

Übersicht 2

Die Bevölkerungsentwicklung in den Stadtteilen seit der Volkszählung 1950 bis zum 31. Dezember 1957

Stadtteile Bezirke, Kerngebiete / Ortsämter	Ortsteil Nr.	Wohn- bevölkerung am 13. 9. 1950	Veränderungen in der Zeit vom 13. 9. 1950 bis 31. 12. 1957						Wohn- bevölkerung am 31. 12. 1957		
			Lebend- geborene	Gestorbene	Geburten- (+) bzw. Sterbeüber- schuß (-)	Wande- rungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Bevölkerungs- zunahme (+) bzw. abnahme (-)				
							absolut	vH			
Hamburg-Altstadt	101—103	9 019	525	787	— 262	— 2 697	— 2 959	— 32,8	6 060		
Neustadt	104—107	28 405	1 877	2 887	— 1 010	— 2 319	— 3 329	— 11,7	25 076		
St. Pauli	108—112	53 490	4 194	4 904	— 710	— 6 017	— 6 727	— 12,8	46 763		
St. Georg	113—114	21 684	1 254	2 130	— 876	— 2 918	— 3 794	— 17,5	17 890		
Klostertor	115—116	4 089	269	398	— 129	— 1 003	— 1 132	— 27,7	2 957		
Hammerbrook	117—119	1 706	113	108	+	5	— 827	— 48,2	884		
Borgfelde	120—121	3 053	474	433	+	41	+ 4 123	+ 136,4	7 217		
Hamm-Nord	122—124	10 925	1 887	1 473	+	414	+ 22 572	+ 210,4	33 911		
Hamm-Mitte	125—126	2 702	616	360	+	256	+ 8 931	+ 340,0	11 889		
Hamm-Süd	127—128	2 969	322	220	+	102	+ 1 920	+ 68,1	4 991		
Horn	129—130	28 277	3 214	2 357	+	857	+ 14 620	+ 54,7	43 754		
Billstedt	131	23 911	2 579	1 901	+	678	+ 5 590	+ 26,2	30 179		
Billbrook	132	11 398	1 205	755	+	450	— 1 090	— 9,6	10 308		
Billwerder-Ausschlag	133	6 180	625	469	+	156	+ 1 882	+ 33,0	8 218		
Rothenburgsort	134	2 473	150	165	—	15	— 516	— 21,5	1 942		
Veddel	135	8 908	693	639	+	54	— 325	— 3,0	8 637		
Kl. Grasbrook	136	3 060	165	200	—	35	— 534	— 18,6	2 491		
Steinwerder	137	839	40	51	—	11	— 141	— 18,1	687		
Waltershof	138	3 800	464	294	+	170	+ 61	+ 231	6,1	4 031	
Finkenwerder	139	15 293	1 415	924	+	491	+ 633	+ 7,3	16 417		
Bezirk Hamburg-Mitte	101—139	242 181	22 081	21 455	+	626	+ 41 495	+ 42 121	+ 17,4	284 302	
davon im											
Kerngebiet	101—128	138 042	11 531	13 700	—	2 169	+ 21 765	+ 19 596	+ 14,2	157 638	
Ortsamt Billstedt	129—132	63 586	6 998	5 013	+	1 985	+ 18 670	+ 20 655	+ 32,5	84 241	
Ortsamt Veddel-Rothenburgsort	133—137	21 460	1 673	1 524	+	149	+ 366	+ 515	+ 2,4	21 975	
Ortsamt Finkenwerder	138—139	19 093	1 879	1 218	+	661	+ 694	+ 1 355	+ 7,1	20 448	
Altona-Altstadt	201—206	38 545	3 332	3 674	—	342	+ 1 675	+ 1 333	+ 3,5	39 878	
Altona-Nord	207—209	28 352	1 857	2 524	—	667	+ 2 410	+ 1 743	+ 6,1	30 095	
Ottensen	210—213	56 744	3 632	4 555	—	923	— 4 350	— 5 273	— 9,3	51 471	
Bahrenfeld	214—216	42 015	3 092	4 066	—	974	— 920	— 1 894	— 4,5	40 121	
Gr. Flottbek	217	15 260	961	1 165	—	204	— 2 359	— 2 563	— 16,8	12 697	
Othmarschen	218	13 396	953	1 017	—	64	— 306	— 370	— 2,8	13 026	
Lurup	219	14 260	1 738	1 118	+	620	+ 3 270	+ 3 890	+ 27,3	18 150	
Osdorf	220	10 168	1 151	682	+	469	+ 2 442	+ 2 911	+ 28,6	13 079	
Nienstedten	221	9 338	554	663	—	109	— 542	— 651	— 7,0	8 687	
Blankenese	222—223	23 689	1 467	1 749	—	282	— 3 772	— 4 054	— 17,1	19 635	
Iserbrook	224	8 402	621	522	+	99	— 855	— 756	— 9,0	7 646	
Sülldorf	225	3 958	488	313	+	175	+ 1 995	+ 2 170	+ 54,8	6 128	
Rissen	226	8 525	820	589	+	231	+ 885	+ 1 116	+ 13,1	9 641	
Bezirk Altona	201—226	272 652	20 666	22 637	—	1 971	— 427	— 2 398	— 0,9	270 254	
davon im											
Kerngebiet	201—218	194 312	13 827	17 001	—	3 174	— 3 850	— 7 024	— 3,6	187 288	
Ortsamt Blankenese	219—226	78 340	6 839	5 636	+	1 203	+ 3 423	+ 4 626	+ 5,9	82 966	
Eimsbüttel	301—310	90 145	5 679	8 342	—	2 663	+ 4 398	+ 1 735	+ 1,9	91 880	
Rotherbaum	311—312	37 774	2 574	3 082	—	508	+ 4 324	+ 4 832	+ 12,8	32 942	
Harvestehude	313—314	31 204	2 198	2 416	—	218	+	8	— 210	— 0,7	30 994
Hoheluft-West	315—316	19 049	1 331	1 739	—	408	+ 3 593	+ 3 185	+ 16,7	22 234	
Lokstedt	317	14 730	1 423	1 362	+	61	+ 2 903	+ 2 964	+ 20,1	17 694	
Niendorf	318	17 429	1 681	1 442	+	239	+ 1 213	+ 1 452	+ 8,3	18 881	
Schnelsen	319	12 267	1 118	1 012	+	106	+ 496	+ 602	+ 4,9	12 869	
Eidelstedt	320	13 603	1 259	1 110	+	149	+ 3 310	+ 3 459	+ 25,4	17 062	
Stellingen	321	15 792	1 399	1 527	—	128	+ 1 721	+ 1 593	+ 10,1	17 385	
Bezirk Eimsbüttel	301—321	251 993	18 662	22 032	—	3 370	+ 13 318	+ 9 948	+ 4,0	261 941	
davon im											
Kerngebiet	301—316	178 172	11 782	15 579	—	3 797	+ 3 675	— 122	— 0,1	178 050	
Ortsamt Lokstedt	317—319	44 426	4 222	3 816	+	406	+ 4 612	+ 5 018	+ 11,3	49 444	
Ortsamt Stellingen	320—321	29 395	2 658	2 637	+	21	+ 5 031	+ 5 052	+ 17,2	34 447	

Noch: Übersicht 2

Stadtteile Bezirke, Kerngebiete / Ortsämter	Ortsteil Nr	Wohn- bevölkerung am 13. 9. 1950	Veränderungen in der Zeit vom 13. 9. 1950 bis 31. 12. 1957					Wohn- bevölkerung am 31. 12. 1957	
			Lebend- geborene	Gestorbene	Geburten- (+) bzw. Sterbeüber- schuß (-)	Wande- rungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Bevölkerungs- zunahme (+) bzw. -abnahme (-)		
							absolut		vH
Hoheluft-Ost	401—402	18 131	1 172	1 732	— 560	— 288	— 848	— 4,7	17 283
Eppendorf	403—405	50 376	2 687	4 495	— 1 808	— 6 964	— 8 772	— 17,4	41 604
Gr. Borstel	406	15 401	1 923	1 324	+ 599	+ 2 862	+ 3 461	+ 22,5	18 862
Alsterdorf	407	15 094	1 071	1 266	— 195	+ 648	+ 453	+ 3,0	15 547
Winterhude	408—413	90 623	5 599	7 002	— 1 403	— 3 855	— 5 258	— 5,8	85 365
Uhlenhorst	414—415	18 694	1 764	2 670	— 906	+ 7 261	+ 6 355	+ 34,0	25 049
Hohenfelde	416—417	9 586	811	915	— 104	+ 3 903	+ 3 799	+ 39,6	13 385
Barmbek-Süd	418—423	21 795	2 633	2 157	+ 476	+ 23 221	+ 23 697	+ 108,7	45 492
Dulsberg	424—425	13 422	2 081	1 557	+ 524	+ 17 637	+ 18 161	+ 135,3	31 583
Barmbek-Nord	426—429	37 404	4 089	3 716	+ 373	+ 29 038	+ 29 411	+ 78,6	66 815
Ohlsdorf	430	19 277	1 056	1 426	— 370	— 224	— 594	— 3,1	18 683
Fuhlsbüttel	431	20 860	1 296	1 609	— 313	— 3 917	— 4 230	— 20,3	16 630
Langenhorn	432	28 278	3 125	2 023	+ 1 102	+ 6 116	+ 7 218	+ 25,5	35 496
Bezirk Hamburg-Nord	401—432	358 941	29 307	31 892	— 2 585	+ 75 438	+ 72 853	+ 20,3	431 794
davon im									
<i>Kerngebiet</i>	401—413	189 625	12 452	15 819	— 3 367	— 7 597	— 10 964	— 5,8	178 661
<i>Ortsamt Barmbek-Uhlenhorst</i>	414—429	100 901	11 378	11 015	+ 363	+ 81 060	+ 81 423	+ 80,7	182 324
<i>Ortsamt Fuhlsbüttel</i>	430—432	68 415	5 477	5 058	+ 419	+ 1 975	+ 2 394	+ 3,5	70 809
Eilbek	501—504	6 689	1 311	820	+ 491	+ 19 231	+ 19 722	+ 294,8	26 411
Wandsbek	505—509	30 580	2 319	2 577	— 258	+ 2 859	+ 2 601	+ 8,5	33 181
Marienthal	510—511	11 923	946	1 625	— 679	+ 1 540	+ 861	+ 7,2	12 784
Jenfeld	512	10 171	1 272	1 089	+ 183	+ 4 185	+ 4 368	+ 43,0	14 539
Tonndorf	513	13 465	1 067	1 061	+ 6	+ 938	+ 944	+ 7,0	14 409
Farmsen	514	15 401	1 528	2 551	— 1 023	+ 8 541	+ 7 518	+ 48,8	22 919
Bramfeld	515	24 418	2 740	2 152	+ 588	+ 7 994	+ 8 582	+ 35,1	33 000
Steilshoop	516	6 581	519	548	— 29	+ 1 140	+ 1 111	+ 16,9	7 692
Wellingsbüttel	517	10 403	625	731	— 106	— 980	— 1 086	— 10,4	9 317
Sasel	518	13 626	1 159	1 140	+ 19	+ 1 359	+ 1 378	+ 10,1	15 004
Poppenbüttel	519	12 492	889	1 244	— 355	+ 582	+ 227	+ 1,8	12 719
Hummelsbüttel	520	4 858	393	392	+ 1	+ 48	+ 49	+ 1,0	4 907
Lemsahl-Mellingstedt	521	3 069	186	214	— 28	— 232	— 260	— 8,5	2 809
Duvenstedt	522	2 771	248	217	+ 31	+ 41	+ 72	+ 2,6	2 843
Wohldorf-Ohlstadt	523	4 280	323	249	+ 74	— 418	— 344	— 8,0	3 936
Bergstedt	524	4 053	307	366	— 59	+ 136	+ 77	+ 1,9	4 130
Volksdorf	525	13 551	1 027	966	+ 61	+ 344	+ 405	+ 3,0	13 956
Rahlstedt	526	33 611	2 869	2 686	+ 183	+ 1 244	+ 1 427	+ 4,2	35 038
Bezirk Wandsbek	501—526	221 942	19 728	20 628	— 900	+ 48 552	+ 47 652	+ 21,5	269 594
davon im									
<i>Kerngebiet</i>	501—514	88 229	8 443	9 723	— 1 280	+ 37 294	+ 36 014	+ 40,8	124 243
<i>Ortsamt Bramfeld</i>	515—516	30 999	3 259	2 700	+ 559	+ 9 134	+ 9 693	+ 31,3	40 692
<i>Ortsamt Alstertal</i>	517—520	41 379	3 066	3 507	— 441	+ 1 009	+ 568	+ 1,4	41 947
<i>Ortsamt Walddörfer</i>	521—525	27 724	2 091	2 012	+ 79	— 129	— 50	— 0,2	27 674
<i>Ortsamt Rahlstedt</i>	526	33 611	2 869	2 686	+ 183	+ 1 244	+ 1 427	+ 4,2	35 038
Lohbrügge	601	15 081	1 428	1 221	+ 207	+ 1 114	+ 1 321	+ 8,8	16 402
Bergedorf	602—603	36 991	2 610	2 756	— 146	— 3 304	— 3 450	— 9,3	33 541
Curslack	604	2 736	252	167	+ 85	— 419	— 334	— 12,2	2 402
Altengamme	605	2 376	270	156	+ 114	— 376	— 262	— 11,0	2 114
Neuengamme	606	4 155	380	241	+ 139	— 472	— 333	— 8,0	3 822
Kirchwerder	607	8 556	884	606	+ 278	— 1 041	— 763	— 8,9	7 793
Ochsenwerder	608	3 227	269	215	+ 54	— 721	— 667	— 20,7	2 560
Reitbrook	609	700	60	44	+ 16	— 131	— 115	— 16,4	585
Allermöhe	610	1 545	190	120	+ 70	+ 114	+ 184	+ 11,9	1 729
Billwerder	611	4 429	401	338	+ 63	— 231	— 168	— 3,8	4 261
Moorfleet	612	1 590	187	157	+ 30	+ 544	+ 574	+ 36,1	2 164
Tatenberg	613	408	35	26	+ 9	+ 32	+ 41	+ 10,1	449
Spadenland	614	586	38	41	— 3	— 109	— 112	— 19,1	474
Bezirk Bergedorf	601—614	82 380	7 004	6 088	+ 916	— 5 000	— 4 084	— 5,0	78 296
davon im									
<i>Kerngebiet</i>	601—603	52 072	4 038	3 977	+ 61	— 2 190	— 2 129	— 4,1	49 943
<i>Ortsamt Vier- und Marschlande</i>	604—614	30 308	2 966	2 111	+ 855	— 2 810	— 1 955	— 6,5	28 353

Noch: Übersicht 2

Stadtteile Bezirke, Kerngebiete / Ortsämter	Ortsteil Nr.	Wohn- bevölkerung am 13. 9. 1950	Veränderungen in der Zeit vom 13. 9. 1950 bis 31. 12. 1957 ¹⁾						Wohn- bevölkerung am 31. 12. 1957
			Lebend- geborene ²⁾	Gestorbene	Geburten- (+) bzw. Sterbeüber- schuß (-)	Wande- rungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Bevölkerungs- zunahme (+) bzw. abnahme (-)		
							absolut	vH	
Harburg	701—702	27 738	2 425	2 470	— 45	+ 5 320	+ 5 275	+ 19,0	33 013
Neuland	703	2 644	367	225	+ 142	+ 330	+ 472	+ 17,9	3 116
Gut Moor	704	299	50	20	+ 30	+ 62	+ 92	+ 30,8	391
Wilstorf	705	16 067	1 074	1 305	— 231	— 456	— 687	— 4,3	15 380
Rönneburg	706	2 030	156	122	+ 34	— 319	— 285	— 14,0	1 745
Langenbek	707	664	105	74	+ 31	+ 1 685	+ 1 716	+ 258,4	2 380
Sinstorf	708	2 649	287	166	+ 121	+ 25	+ 146	+ 5,5	2 795
Marmstorf	709	3 543	272	239	+ 33	+ 318	+ 351	+ 9,9	3 894
Eißendorf	710	15 897	1 583	1 174	+ 409	+ 2 624	+ 3 033	+ 19,1	18 930
Heimfeld	711	21 901	1 949	4 040	— 2 091	+ 7 473	+ 5 382	+ 24,6	27 283
Wilhelmsburg	712	34 873	3 317	2 658	+ 659	+ 2 337	+ 2 996	+ 8,6	37 869
Georgswerder	713	15 341	1 371	1 024	+ 347	— 1 031	— 684	— 4,5	14 657
Moorwerder	714	1 218	106	77	+ 29	— 94	— 65	— 5,3	1 153
Altenwerder	715	2 553	284	175	+ 109	— 218	— 109	— 4,3	2 444
Moorburg	716	2 226	249	176	+ 73	— 125	— 52	— 2,3	2 174
Hausbruch	717	5 176	552	380	+ 172	+ 306	+ 478	+ 9,2	5 654
Neugraben-Fischbek	718	11 905	1 115	4 296	— 3 181	+ 3 699	+ 518	+ 4,4	12 423
Francop	719	816	121	64	+ 57	— 139	— 82	— 10,0	734
Neuenfelde	720	3 960	509	260	+ 249	— 459	— 210	— 5,3	3 750
Cranz	721	939	96	53	+ 43	— 173	— 130	— 13,8	809
Bezirk Harburg	701—721	172 439	15 988	18 998	— 3 010	+ 21 165	+ 18 155	+ 10,5	190 594
davon im									
Kerngebiet	701—711	93 432	8 268	9 835	— 1 567	+ 17 062	+ 15 495	+ 16,6	108 927
Ortsamt Wilhelmsburg	712—714	51 432	4 794	3 759	+ 1 035	+ 1 212	+ 2 247	+ 4,4	53 679
Ortsamt Süderebe	715—721	27 575	2 926	5 404	— 2 478	+ 2 891	+ 413	+ 1,5	27 988
Hamburg insgesamt	—	1 602 528¹⁾	133 436	143 730	— 10 294	+ 194 541	+ 184 247	+ 11,5	1 786 775¹⁾

¹⁾ ohne Schiffsbevölkerung.

11,5 vH. Der überdurchschnittlichen Zunahme einiger Stadtteile ist es denn auch zuzuschreiben, daß beispielsweise der Bezirk Hamburg-Mitte einen Bevölkerungszuwachs von 17 vH zu verzeichnen hat, obwohl in elf seiner zwanzig Stadtteile die Entwicklung rückläufig gewesen ist. Von dem Bevölkerungsverlust sind vor allem die zur Hamburger Innenstadt gehörenden Stadtteile Hamburg-Altstadt, Neustadt, St. Georg und Klostertor betroffen, wobei die Abnahme sowohl durch Wanderungsverlust als auch durch Sterbeüberschuß verursacht worden ist. Hamburg-Altstadt und Klostertor haben je rd. ein Drittel ihrer Bevölkerung von 1950 verloren, und in St. Georg leben mit etwa 18 000 Personen nur noch gut vier Fünftel der Einwohner von 1950. Auch in St. Pauli, dem größten Stadtteil des Bezirks Hamburg-Mitte, ist die Einwohnerzahl in den letzten Jahren zurückgegangen (— 13 vH), und in Hammerbrook hat sich die im Vergleich zur Vorkriegszeit ohnehin schon geringe Bevölkerungszahl auf fast die Hälfte (von 1706 auf 884) verringert. Die Bevölkerungsverminderung in den genannten Stadtteilen, insbesondere die Entvölkerung der Innenstadt, kann auf mancherlei Ursachen zurückgeführt werden, z. B. auf die Räumung von Behelfsunterkünften, die Verdrängung von Wohnungen durch gewerbliche Räume, den Abbruch alter Häuser im Zuge der Stadtplanung, geringen Wohnungsbau usw.

²⁾ Als weitere Stadtteile mit einer Bevölkerungsabnahme seit 1950 sind zu nennen: Fuhlsbüttel, Rotherbaum und Ottensen (Abnahmen seit 1950 um 20 vH, 13 vH, 9 vH). Diese drei Stadtteile gehören, ebenso wie Blankenese und Groß Flottbek (Abnahme seit 1950 je 17 vH), zu den von Luftangriffen überwiegend verschont gebliebenen und

daher während des Krieges überdurchschnittlich belegten Teilen der Stadt. Folglich bedeutet die Bevölkerungsabnahme in diesen Stadtteilen die Rückkehr zu einer für sie normaleren Wohndichte.

Eine ganze Reihe von Stadtteilen mit einer Bevölkerungsabnahme befindet sich in den Bezirken Bergedorf und Harburg. Im Bezirk Bergedorf ist ihre Zahl so groß, daß hier die Stadtteile mit einem Bevölkerungszugang die Ausnahme bilden. Die Abnahme der im allgemeinen kleinen Stadtteile liegt zwischen 4 und 21 vH; auf die Gründe wurde bereits im vorigen Abschnitt eingegangen. Der größte Stadtteil dieses Bezirks, die ehemalige Stadt Bergedorf, hat gut 9 vH seiner Bevölkerung von 1950 verloren.

Bevölkerungsrückgänge, die zwischen 2 und 14 vH liegen, haben auch die überwiegend ländlichen Stadtteile des Bezirks Harburg erlitten. Die Entwicklung in diesen Gebietsteilen ähnelt der im Bezirk Bergedorf.

Etwas kleiner als bei den meisten der bisher genannten Stadtteile ist die relative Abnahme in Winterhude. Sie beträgt rd. 6 vH der nahezu 91 000 Einwohner, die bei der Volkszählung 1950 ermittelt worden sind, und ist z. T. der Auflösung des Stadtparklagers zuzuschreiben. Dadurch ist Winterhude 1950 noch der größte Hamburger Stadtteil, auf den zweiten Platz zurückgefallen; während Eimsbüttel, das seine Wohnbevölkerung seit 1950 geringfügig vergrößern konnte (Zunahme 2 vH), mit knapp 92 000 Einwohnern an die erste Stelle gerückt ist.

Einen ähnlich geringen Zuwachs wie Eimsbüttel haben neben Altona-Altstadt und Alsterdorf mehrere Gebietsteile an der Peripherie der Stadt, hauptsächlich im Bezirk Wandsbek, zu verzeichnen, u. a. Poppenbüttel, Volksdorf und Hummelsbüttel.

In diesem Zusammenhang ist auch Jenfeld zu nennen. Zwar hat sich seine Einwohnerzahl um rd. 4400 Personen oder 43 vH recht beachtlich erhöht. Da dieser Zuwachs jedoch fast ausschließlich dem 1953 errichteten Flüchtlingsdurchgangslager in der Kelloggstraße zuzurechnen ist, muß man Jenfeld ebenfalls zu den Stadtteilen zählen, die in der Entwicklung stehengeblieben sind.

Diesen Stadtteilen mit negativer bzw. stagnierender Bevölkerungsentwicklung stehen nun solche mit einer um so stärkeren Zunahme gegenüber. Daß zu diesen überdurchschnittlich gewachsenen Stadtteilen in erster Linie diejenigen zählen, in denen die Schwerpunkte des Wohnungsbaus zu finden sind, liegt auf der Hand. Während sich die Einwohnerzahl Borgfeldes seit 1950 mehr als verdoppelt hat (Zunahme 136 vH), konnte der bedeutend größere Stadtteil Hamm-Nord seine Bevölkerung verdreifachen (+ 210 vH) und Hamm-Mitte sogar vervierfachen (+ 340 vH). Ein ähnlich hoher Zuwachs findet sich nur noch in den Wiederaufbaugebieten Barmbek-Süd (+ 109 vH), Dulsberg (+ 135 vH) und Barmbek-Nord (+ 79 vH) des Bezirks Hamburg-Nord sowie in Eilbek (+ 295 vH). Ebenfalls beträchtlich ist die Bevölkerungszunahme in dem — allerdings sehr kleinen — Stadtteil Langenbek (+ 258 vH) im Bezirk Harburg.

Der Stadtteil mit dem größten absoluten Zuwachs ist Barmbek-Nord. Er hat im Berichtszeitraum um 29 411 Einwohner zugenommen. Davon entfallen 29 038 auf den Wanderungsgewinn und nur 373 auf Geburtenüberschuß.

Die Reihe der absolut am schnellsten gewachsenen Stadtteile wird fortgesetzt mit Barmbek-Süd (+ 23 697 Personen), Hamm-Nord (+ 22 986), Eilbek (+ 19 722), Dulsberg (+ 18 161) und Horn (+ 15 477). Bei jedem dieser Stadtteile wirken natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung in gleicher Richtung, d. h. Geburtenüberschuß und Wanderungsgewinn tragen gemeinsam zur Bevölkerungsvermehrung bei. Der Geburtenüberschuß erreicht jedoch nur einen Anteil, der zwischen 1,8 und 5,5 vH der Bevölkerungszunahme in diesen Stadtteilen liegt.

Etwas langsamer, aber immer noch überdurchschnittlich, ist das Wachstumstempo in Billstedt, Eidelstedt und Harburg gewesen. Sie gehören zu den Stadtteilen, die ihre Bevölkerung seit 1950 um ein Fünftel bis ein Drittel vergrößert haben.

Überdurchschnittlich haben auch Lurup (+ 27 vH), Osdorf (+ 29 vH), Sülldorf (+ 55 vH) und das kleine Moorfleet (+ 36 vH) zugenommen, alles Stadtteile mit reger Wohnbautätigkeit. Ihre Bevölkerungszunahme hat jedoch — wie bereits festgestellt wurde — nicht ausgereicht, die negative Bevölkerungsentwicklung in den zugehörigen Bezirken (Altona und Bergedorf) zu verhindern.

Der auffallend hohe Sterbeüberschuß in Bahrenfeld, Uhlenhorst, Marienthal, Farmsen, Heimfeld und Neugraben-Fischbek ist auf die Insassen der in diesen Stadtteilen gelegenen Alters- und Pflegeheime zurückzuführen. Daß einige von ihnen, wie Uhlenhorst, Farmsen und Heimfeld, dennoch ihre Einwohnerzahlen beachtlich erhöhen konnten, liegt an dem hohen Wanderungsgewinn in diesen Stadtteilen.

b) Vergleich zwischen 1939 und 1957

Wie eingangs erwähnt, hatte Hamburg seine Einwohnerzahl von 1939 Ende 1957 um 4,4 vH überschritten. Im folgenden soll kurz dargestellt werden, wie die Bevölkerungsentwicklung gegenüber dem Vorkriegsstand in den einzelnen Stadtteilen verlaufen ist.

In etwa einem Fünftel aller Stadtteile liegt die Einwohnerzahl noch unter dem Bevölkerungsstand von 1939. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Stadtteile des großstädtisch bebauten Gebiets, zu dem man die Kerngebiete der vier nördlich der Elbe gelegenen Bezirke Hamburg-Mitte, Altona, Eimsbüttel, Hamburg-Nord sowie den Bereich des Ortsamtes Barmbek-Uhlenhorst zählen muß. Dieses Gebiet hatte durch die Luftangriffe einen Großteil seines Wohnungsbestandes und seiner Bevölkerung verloren, und es ist verständlich, wenn in einer relativ kurzen Wiederaufbauzeit von gut 10 Jahren die Kriegsschäden noch nicht restlos beseitigt werden konnten. Das ist jedoch nur einer der Gründe für das Zurückbleiben der Bevölkerungszahlen in diesen Stadtteilen hinter dem Vorkriegsstand. Ein weiterer Grund ergibt sich aus der Tatsache, daß ein Teil der während des Krieges aus dem Kerngebiet in die Randzonen verdrängten Hamburger dort endgültig sesshaft geworden ist und nicht mehr in seine alten Wohngebiete zurückkehren wird. Außerdem nimmt die Bedeutung gewisser Gebiete in den Randgebieten als Wohngegenden ständig zu, wie die anhaltende Bevölkerungszunahme in einer ganzen Reihe von Stadtteilen zeigt.

Aus den angeführten Gründen, vor allem aber wegen der im Vergleich zur Vorkriegszeit aufgelockerten Bebauung in den Wiederaufbaugebieten und der bereits erwähnten Entvölkerung der Innenstadt, darf man annehmen, daß ein Teil der zu dem genannten Fünftel zählenden Stadtteile den Vorkriegsstand nicht wieder erreichen wird. Die übrigen vier Fünftel — wobei von den wenigen Stadtteilen abgesehen werden soll, die ihre Einwohnerzahl von 1939 gerade oder nahezu wieder erreicht haben (z. B. Altona-Nord und Wandsbek) — haben den Stand der Vorkriegszeit überschritten; der größte Teil sogar recht beträchtlich.

Absolut und relativ am stärksten ist die Einwohnerzahl in Hammerbrook zurückgegangen. Während dort am 17. Mai 1939 auf engstem Raum — Hammerbrook gehörte damals zu den Stadtteilen mit der größten Einwohnerzahl je ha — fast 45 000 Personen wohnten, waren es am 31. Dezember 1957 nur 884, das sind 2 vH der Bevölkerung von 1939. Nicht viel anders sieht es in Rothenburgsort aus, wo heute mit knapp 2000 Personen rd. 8 vH der Vorkriegsbevölkerung leben. Hammerbrook und Rothenburgsort gehören neben Barmbek (Barmbek-Süd, Dulsberg, Barmbek-Nord) und Hamm (Hamm-Nord, Hamm-Mitte, Hamm-Süd) zu den Hamburger Stadtteilen mit den schwersten Kriegszerstörungen. Wenn in Barmbek und Hamm die Einwohnerzahlen Ende 1957 denen von 1939 bedeutend näher kommen als in Hammerbrook und Rothenburgsort, so liegt das an der besonders starken Wohnbautätigkeit in diesen Gebieten während der letzten Jahre.

Hinzu kommt, daß in Hammerbrook so gut wie überhaupt keine Wohnungen gebaut werden, da dieser Stadtteil fast ausschließlich Geschäfts- und Gewerbebetriebe aufnehmen soll. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Hamm-Süd, wo man in großem Umfange Industrie ansiedeln will. Hierauf ist es zurückzuführen, daß in diesem Stadtteil Ende 1957 nur 26 vH der Einwohner von 1939 lebten, während in Hamm-Mitte immerhin schon wieder 40 vH und in Hamm-Nord, dem größten der drei Hammer Stadtteile, sogar 82 vH der Vorkriegsbevölkerung wohnten.

Günstiger als in Hamm ist die Entwicklung in Barmbek verlaufen. Hier hat Barmbek-Süd fast die Hälfte, Barmbek-Nord 93 vH und Dulsberg, das zwar erheblich kleiner als die beiden anderen ist, sogar 118 vH des Bevölkerungsstandes von 1939 erreicht.

Auf 75 bis 90 vH ihrer Vorkriegsbevölkerung haben es Eimsbüttel, Hoheluft-West, Uhlenhorst

und Harburg gebracht, während in den schon mehrfach genannten Stadtteilen der Innenstadt, deren Einwohnerzahlen seit 1950 weiter zurückgegangen sind, nur noch die Hälfte oder nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung von 1939 wohnt.

Abgesehen von einigen weiteren Stadtteilen, deren Bevölkerungshöhe noch unter der der Vorkriegszeit geblieben ist, wie etwa in Altona-Altstadt, Hohenfelde und Eilbek, haben alle übrigen den Stand des Jahres 1939 überschritten.

Wie *Schaubild 1* (siehe Beilage) zeigt, liegen die Stadtteile, die den Vorkriegsstand am weitesten hinter sich gelassen haben, vor allem in den Randgebieten der Hansestadt. Dabei handelt es sich in erster Linie um Gebietsteile, deren Einwohnerzahlen vor dem Kriege relativ klein waren und in denen viele Hamburger ihre Schrebergärten und Wochenendhäuschen hatten. Zu ausgesprochenen Wohngegenden ist ein Teil dieser Stadtteile erst infolge der Kriegsergebnisse geworden.

IV. Zusammenfassung

Die Bevölkerungsentwicklung in dem Zeitraum von 1950 bis 1957 ist in den einzelnen Gebietsteilen aus verschiedenen Gründen sehr unterschiedlich verlaufen. Als Ergebnis der kriegs- und wieder-
aufbaubedingten Bevölkerungsveränderungen ergibt sich folgendes:

1. Die durch den Krieg entstandenen Lücken im großstädtisch bebauten Kern der Hansestadt füllen sich wieder auf. Allerdings werden einige Stadtteile die Einwohnerzahlen der Vorkriegszeit kaum wieder erreichen. Das gilt in erster Linie für die Innenstadt, deren zunehmender geschäftlicher Charakter zu einer weiteren Bevölkerungsabnahme geführt hat. Hinter ihrer einstigen Bevölkerungshöhe zurückbleiben dürfte auch eine Reihe von Stadtteilen in den Wiederaufbaugebieten, weil man sie nicht wieder so dicht bebauen wird wie vor dem Kriege.
2. Von der gesamten Bevölkerungszunahme Hamburgs seit der Volkszählung 1950 bis zum 31. 12. 1957 (+ 184 247 Personen) entfallen gut 70 vH (129 454) auf folgende Stadtteile: Barmbek-Nord, Barmbek-Süd, Hamm-Nord, Eilbek, Dulsberg, und Horn. Der weitaus größte Teil des Bevölkerungszuwachses in Hamburg konzentriert sich also auf nur sechs Stadtteile. Von diesen sind die ersten fünf von den Luftangriffen des letzten Krieges besonders hart getroffen worden, und daher konnte — trotz der erheblichen Bevölkerungszunahmen — bisher nur der Stadtteil Dulsberg seinen Bevölkerungsstand von 1939 wieder erreichen.
3. Durchweg über dem Vorkriegsstand liegen dagegen die Einwohnerzahlen in den Stadtteilen der Randgebiete (*Schaubild 1* der Beilage). Hier sind in einigen Gebietsteilen ganz neue

Wohnzentren entstanden, und neben landwirtschaftlicher Nutzfläche wurde auch manche Kleingarten- und Laubenkolonie dem Wohnungsbau geopfert, z. B. in Steilshoop, Bramfeld, Othmarschen und anderen Stadtteilen.

4. Wenn man die Stadtteile nach ihrer Einwohnerzahl je ha in drei große Gruppen einteilt, nämlich in solche mit niedriger (bis unter 50 Einwohner je ha), mit mittlerer (50 bis unter 200 Einwohner je ha) und mit hoher (200 Einwohner je ha und mehr) Wohndichte, dann ergibt sich hinsichtlich der Bevölkerungsverteilung folgende Entwicklung seit 1939:

Wohndichte (Einwohner je ha)	Bevölkerungsverteilung in vH		
	am 17. 5. 1939	am 13. 9. 1950	am 31. 12. 1957
bis unter 50	28,9	53,2	48,5
50 bis unter 200	29,0	35,5	42,4
200 und mehr	42,1	11,3	9,1

Diese Übersicht zeigt ganz deutlich eine Auflockerung in der Verteilung der Bevölkerung gegenüber der Vorkriegszeit. Während im Jahre 1939 von 100 Einwohnern der Hansestadt 42 in Stadtteilen mit einer Wohndichte von mehr als 200 Einwohnern je ha lebten — es seien hier nur Hamm-Mitte (336), Eimsbüttel (382) und Hoheluft-West (408) hervorgehoben —, waren es 1957 nur noch 9. Dagegen wohnte in den Stadtteilen mit niedriger Wohndichte (bis 50 Einwohner je ha) Ende 1957 nahezu die Hälfte der hamburgischen Bevölkerung, 1939 jedoch nur ein knappes Drittel (29 vH).

L a n g e, Dipl.-Volkswirt

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

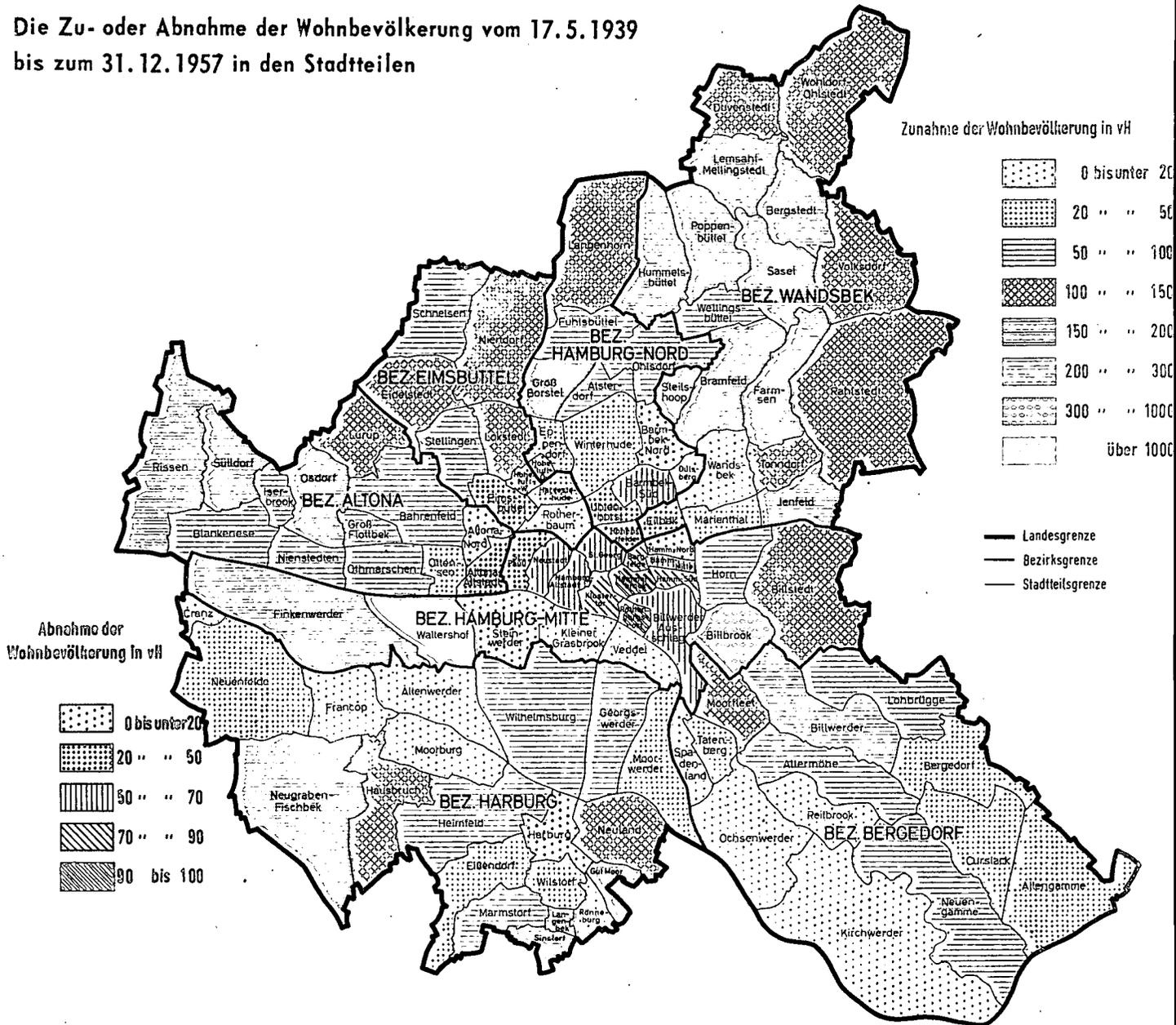
Druck: Girardet & Co., Hamburg 36

BEILAGE ZU „HAMBURG IN ZAHLEN“

Heft Nr. 14/58

Schaubild 1

Die Zu- oder Abnahme der Wohnbevölkerung vom 17. 5. 1939 bis zum 31. 12. 1957 in den Stadtteilen



chaubild 2

Die Zu- oder Abnahme der Wohnbevölkerung vom 13.9.1950 bis zum 31.12.1957 in den Stadtteilen

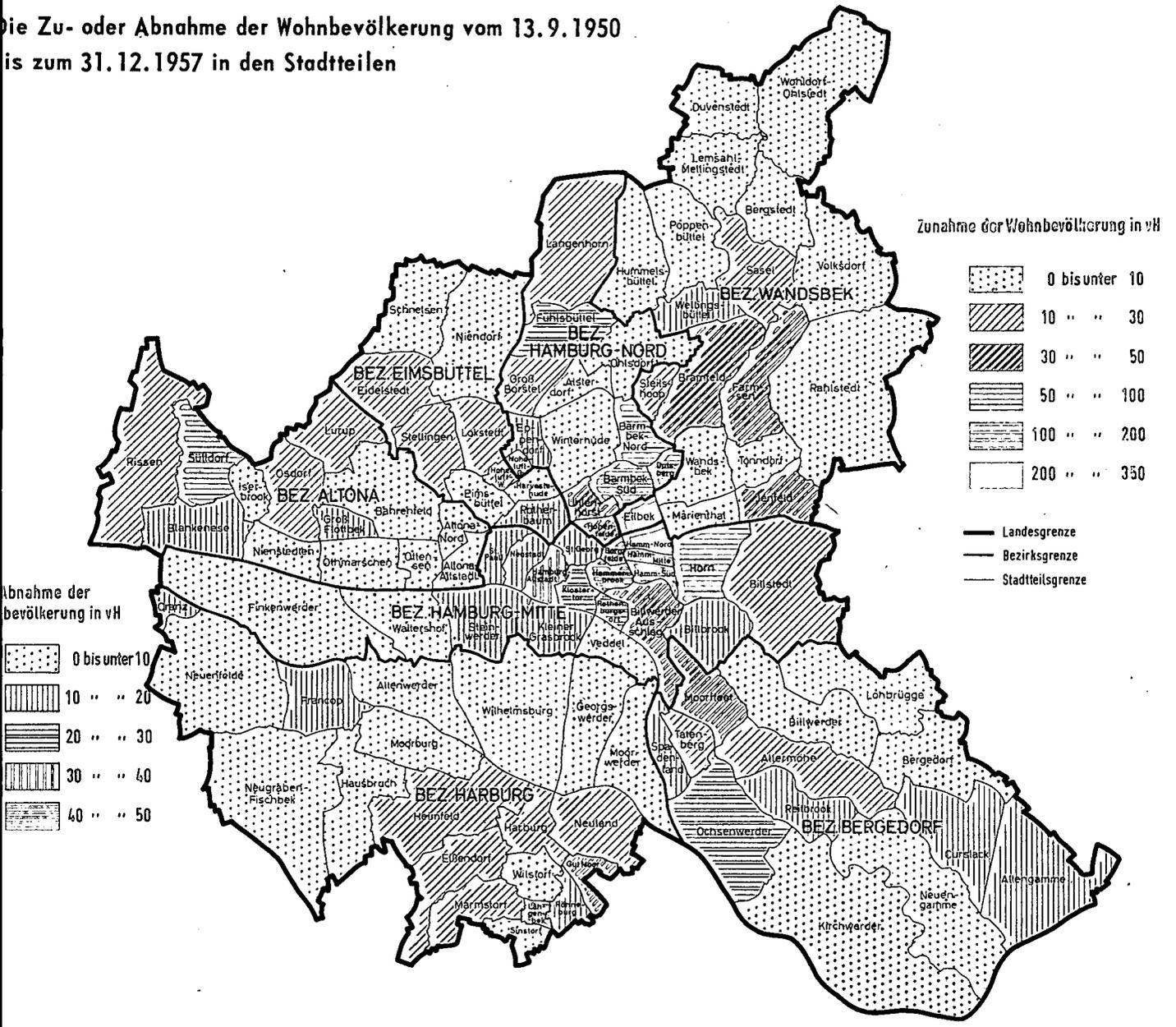
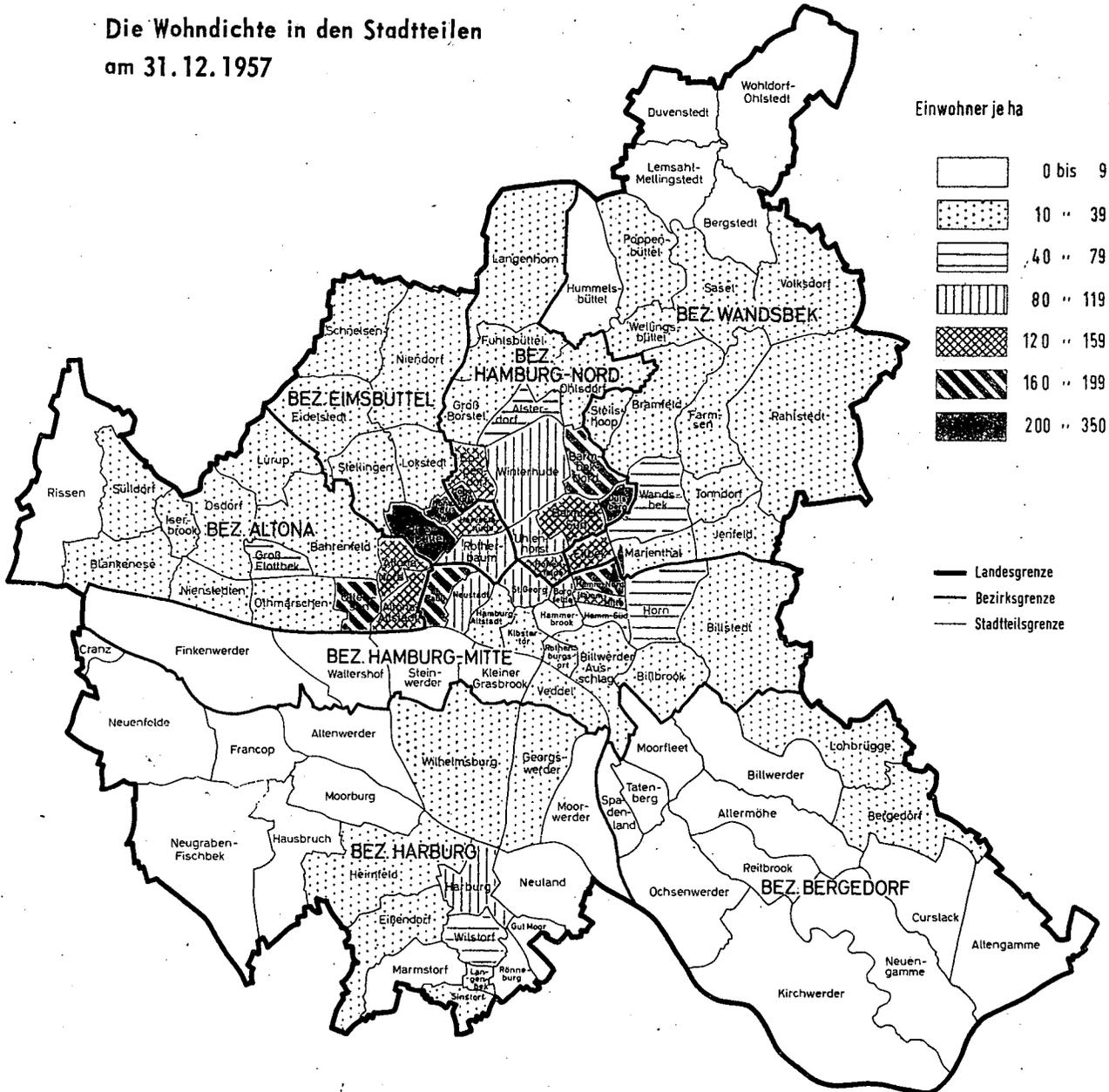
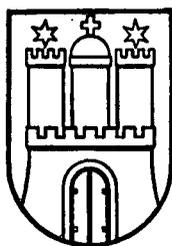


Schaubild 3

Die Wohndichte in den Stadtteilen
am 31.12.1957





Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Jahrgang 1958

Hamburg, den 23. September 1958

Heft Nr. 15

Rembrandt



Foto: E. Schmude, Hamburg

Der Hafen als Arbeitsplatz

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 23. September 1958



Jahrgang 1958 – Heft Nr. 15

Der Hafen als Arbeitsplatz (Verkehrszählung 1956)

- I. Die Erwerbstätigkeit im Hamburger Hafen
 - A. Die soziale Struktur der Berufstätigen
 - B. Die Wirtschaftszweige
 - C. Die Arbeitszeiten
- II. Das Einzugsgebiet des Hafens
- III. Der Zeitaufwand
- IV. Der Berufsverkehr zum Hafen
 - A. Welche Verkehrsmittel werden benutzt?
 - B. Die Ströme des individuellen Verkehrs
 - C. Arbeitszeitstaffelung im Hafen?

Der Hafen stellt neben dem Geschäfts- und Verwaltungszentrum der Innenstadt Hamburgs bedeutendsten Arbeitsplatz dar. Die Betriebe im Hafen beschäftigen heute rd. 75 000 Menschen; gemessen an der Gesamtzahl der in Hamburg Beschäftigten bedeutet es, daß rd. jeder 12. Berufstätige im Hafen oder in den hafennahen Industrien arbeitet¹⁾.

Das Hafengebiet — sein Durchmesser in Ost-West-Richtung beträgt 15 km — hat eine flächenmäßige Ausdehnung von annähernd 45 qkm. Davon nimmt die Wasserfläche allerdings fast die Hälfte ein. Die Landfläche des Hafens stellt somit nur einen kleinen Teil, nämlich 3,4 vH des Hamburger Gebietes dar.

Schon das Verhältnis von Fläche zur Zahl der Beschäftigten, das in der sogenannten Beschäftigungsdichte je ha zum Ausdruck kommt, kennzeichnet den Hafen als Ballungsgebiet der Erwerbstätigkeit. Stellenweise geht die Beschäftigung über 500 Berufstätige je ha hinaus. Hinzu kommt, daß der Hafen als Arbeitsplatz in den letzten Jahren eine stürmische Entwicklung erfahren hat. Von 1950 bis 1956 hat sich die Zahl der Beschäftigten annähernd verdoppelt, während die Beschäftigung in den anderen Hamburger Gebietsteilen durchschnittlich nur um 25 vH gestiegen ist.

Dennoch ist der Hafen kein typisches Ballungsgebiet. Es fehlen die hohen Beschäftigungskonzentrationen auf engem Raum wie etwa in der Innenstadt, wo die Beschäftigungsdichte bis auf 1 500 Berufstätige je ha ansteigt. Zwar bilden die großen Hafenbetriebe vergleichbare Schwerpunkte, doch nehmen im weiten Umkreis Kaischuppen, geräumige Industrieflächen und zum Teil unbebaute Gebiete einen großen Teil der Fläche ein, wo sich nur wenige Arbeitsplätze befinden. Es fehlt auch der Gelegenheitsverkehr, der neben dem Berufs-

¹⁾ Dieser Zusammenhang ist nur regional zu verstehen und sagt nichts über die große Bedeutung des Hafens für die Hamburger Wirtschaft aus.

verkehr in den Geschäftsvierteln Hamburgs eine große Rolle spielt. So unterscheidet sich der Hafen als Ballungsgebiet durch seine besondere Struktur in regionaler und verkehrsmäßiger Hinsicht von den anderen Schwerpunkten der Erwerbstätigkeit.

Die Ballungsgebiete kennzeichnen sich durch ihren Charakter als Arbeitsort — im Gegensatz zum Wohngebiet — und durch eine hohe Konzentration von Arbeitsplätzen. Diese Kriterien waren für die Untersuchung und Abgrenzung der Hamburger Ballungsgebiete maßgebend. Die Untersuchung der großen Arbeitsplätze in Hamburg sollte vor allem die Verkehrsprobleme hervorheben, da fast die Hälfte des Berufsverkehrs in die vier Ballungsgebiete City, Hafen, Harburg und Altona-Bahnhof mündet. Allein in das Ballungsgebiet Hafen strömen täglich rd. 65 000 Hamburger und rd. 10 500 auswärtige Berufstätige aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Der Hafen hat wie die Innenstadt eine magnetische Anziehungskraft für den Berufsverkehr in den Morgenstunden. Aus allen Teilen der Stadt bewegt sich ein breiter Verkehrsstrom zum Hafen und verdichtet sich örtlich und zeitlich zu jenen „Spitzenerscheinungen“ im Verkehr, die die heutige Verkehrssituation in Hamburg kennzeichnen.

Die Ursachen dafür liegen hauptsächlich in der regionalen Zusammendrängung von Arbeitsplätzen auf der einen Seite und Wohngebieten auf der anderen Seite. Hinzukommt noch die Häufigkeit bestimmter Arbeitsbeginn- und -endzeiten, die die Verkehrsströme auch in zeitlicher Hinsicht verdichten.

Eine genaue Durchleuchtung dieser Zusammenhänge ermöglichte jedoch erst die Verkehrszählung von 1956. Die jüngsten Ergebnisse der Verkehrszählung haben die Verkehrsbeziehungen zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zum Inhalt. Dieses Problem soll in dem vorliegenden Aufsatz am Beispiel des Hafens als Arbeitsplatz demonstriert werden.

I. Die Erwerbstätigkeit im Hamburger Hafen

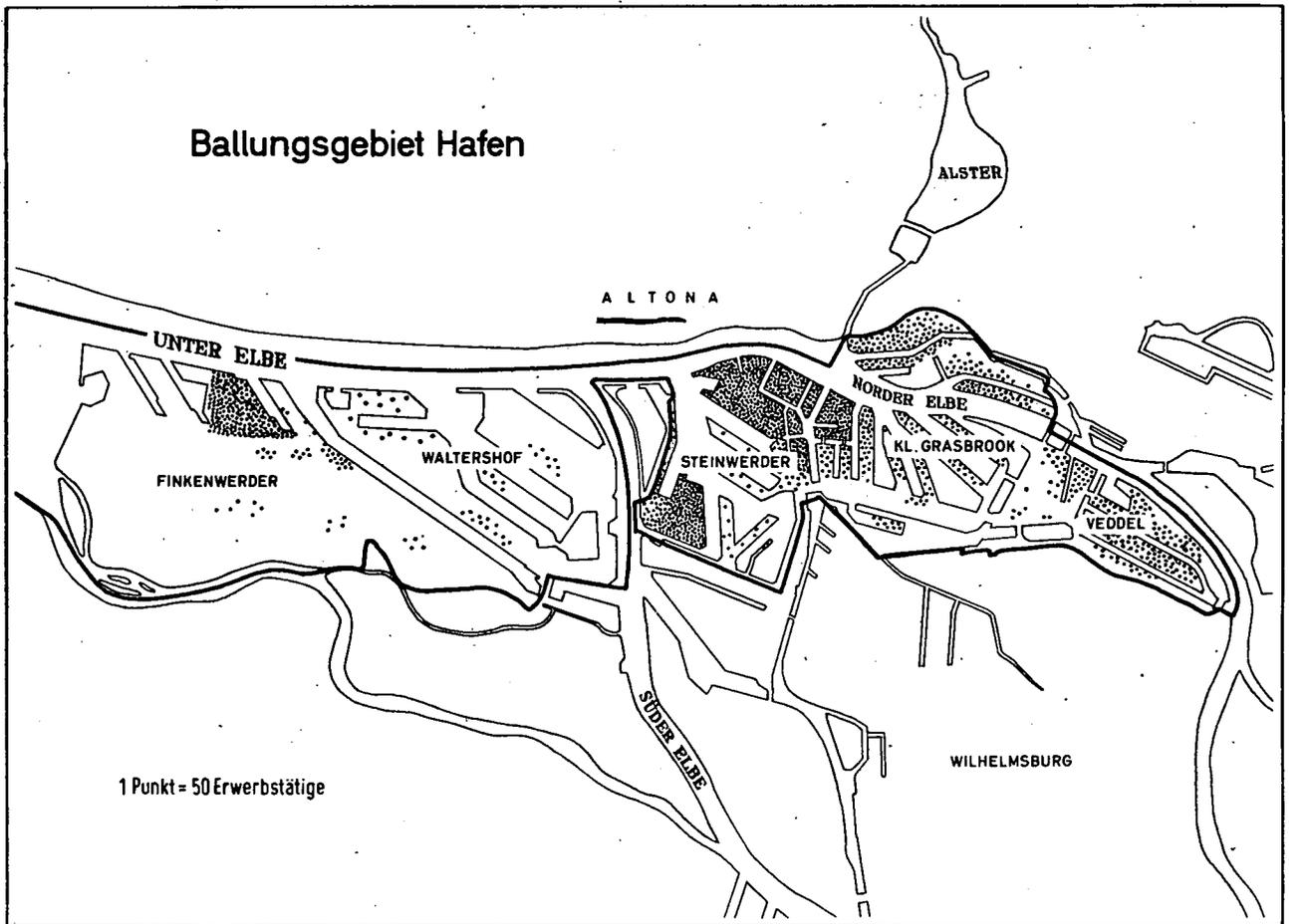
Das Ballungsgebiet Hafen umfaßt die fünf Stadtteile Finkenwerder, Waltershof, Steinwerder, Kleiner Grasbrook und Veddel sowie jeweils den südlichen, zum Wasser gekehrten Teil der Stadtteile Altstadt und Klostertor. Die hauptsächlichlichen Schwerpunkte der Erwerbstätigkeit liegen auf der südlichen Seite der Elbe in Steinwerder und Finkenwerder. Die Punktverteilung (1 Punkt = 50 Berufstätige) in *Schaubild 1* vermittelt uns ein anschauliches Bild über die Zusammendrängung der Arbeitsplätze im Hafen.

In Finkenwerder arbeiten mehr als 12 000 Berufstätige. Allein die Deutsche Werft beschäftigt hier rd. 10 000 Menschen. Ein völlig anderes Bild zeigt sich im benachbarten Stadtteil Waltershof. Nur 1 500 Berufstätige verteilen sich hier auf eine Landfläche von 4 qkm. Lediglich am Petroleumhafen (BP-Raffinerie) hebt sich ein deutlicher Schwerpunkt ab. Zwischen dem Maakenwerder Hafen und dem Waltershofer Hafen befindet sich sogar ein ausgedehntes Gelände, das als „Reservegebiet“ noch nicht industriell genutzt wird. Hier bestimmen vorläufig noch Kleingärten das Bild.

Vom Altenwerder Damm zum Rugenberger Hafen gelangt man mit der Fähre zum Köhlbranddeich. Hier beginnt Steinwerder und zugleich der größte Teil des Hamburger Freihafens. Steinwerder hat eine besonders hohe Beschäftigungsintensität. Zwischen dem Köhlbrand und dem Reiherstieg arbeiten mehr als 30 000 Berufstätige. Die bekannten Firmen Stülken, Deutsche Werft, Blohm & Voss, MAN, Deutsche Shell A. G., DEA — um nur einige zu nennen — geben diesem Gebiet ein ganz besonderes Gepräge. Daneben spielt natürlich auch der Güterumschlag am Kaiser-Wilhelm-Hafen und am Roßhafen eine Rolle.

In dem Stadtteil Kleiner Grasbrook und in den nördlich der Elbe gelegenen Ortsteilen 116 und 103 wird die Erwerbstätigkeit fast ausschließlich durch den Umschlagbetrieb gekennzeichnet. Hier befinden sich die großen Kaischuppen, die vielfach erst in den letzten Jahren wiederhergestellt werden konnten. Außerhalb der Freihafenzone am östlichen Zipfel des Ballungsgebiets liegt der Stadtteil Veddel, wo rd. 11 000 Menschen beschäftigt sind.

Schaubild 1



A. Die soziale Struktur der Berufstätigen

Das Merkmal „soziale Stellung“ oder „Stellung im Beruf“ soll in diesem Zusammenhange nur am Rande interessieren. Die Aufteilung der Erwerbstätigen nach den Begriffen Arbeiter, Angestellter, Selbständiger usw. zeigt die nachstehende Übersicht. Die Gegenüberstellung der sozialen Schichtungen in Hamburg überhaupt und im Hafen weist auch aus diesem Blickwinkel auf eine Besonderheit des Hafens als Arbeitsplatz.

Die soziale Stellung der Berufstätigen in Hamburg und im Ballungsgebiet Hafen

Soziale Stellung	Berufstätige in Hamburg		darunter im Hafen ¹⁾	
	überhaupt	vH	überhaupt	vH
Selbständige	88 541	11,4	1 413	2,3
Mithelfende Familienangehörige	24 201	3,1	477	0,8
Beamte	48 492	6,3	2 721	4,4
Angestellte	255 259	32,9	10 566	17,2
Kfm.-techn. Verwaltungslehrlinge	23 891	3,1	935	1,5
Facharbeiter	156 111	20,2	25 259	41,0
Angel. Arbeiter	63 409	8,2	8 663	14,1
Ungel. Arbeiter	87 519	11,3	9 658	15,7
Gewerbl. Lehrlinge	27 253	3,5	1 841	3,0
Insgesamt	774 676	100	61 533	100

¹⁾ Die Fälle ohne Angaben wurden hier nicht berücksichtigt. In dieser Masse befinden sich auch nicht die Einpendler, die das Bild jedoch nicht ändern würden.

Rund 70 vH aller im Hafen Beschäftigten sind Arbeiter, dies ist um so bemerkenswerter, da der entsprechende Anteil an Arbeitern für Hamburg insgesamt nur bei 40 vH liegt. Eine größere Gruppe stellen daneben die Angestellten (17,2 vH) dar, während die Selbständigen und die Beamten zahlenmäßig hier kaum ins Gewicht fallen.

Besonders hoch ist der Anteil der Facharbeiter im Hafen (41,0 vH). Gemessen an der Gesamtzahl der Facharbeiter in Hamburg bedeutet es, daß rund jeder 6. Facharbeiter im Ballungsgebiet Hafen arbeitet. Aber auch die Anteile der angelernten und der ungelerten Arbeiter sind im Hafen vergleichsweise viel höher als die entsprechenden Durchschnittszahlen für ganz Hamburg. Dagegen hat die Gruppe der Angestellten im Hafen nur eine untergeordnete Bedeutung, während sie für ganz Hamburg gesehen mit 32,9 vH am stärksten besetzt ist.

Eine besondere Gruppe der Berufstätigen im Hafen stellen die **Hafenarbeiter**¹⁾ dar. Das Statistische Landesamt hat einmal versucht, aus den Unterlagen der Gesamthafenbetriebs G. m. b. H. und der Hafen- und Lagerhaus A. G. einen Einblick in die sozialen Verhältnisse der Hafenarbeiterschaft zu gewinnen.

Nur ein Teil der beim Be- und Entladen der See-, Küsten- und Binnenschiffe im Hamburger Hafen tätigen Personen steht in einem festen Arbeitsverhältnis. Da sind einmal die Stammkräfte des Gesamthafenbetriebsvereins: ein Personenkreis von

¹⁾ Die folgenden Darlegungen über die Hafenarbeiter sind einem unveröffentlichten Manuskript von A. Sobotschinski entnommen.

rd. 6 000 Personen. Sie erhalten eine Garantie auf einen gewissen Mindestlohn je Woche und auf eine bestimmte Zahl von Schichten. Sie werden je nach Arbeitsanfall zentral auf die einzelnen Arbeitsplätze verteilt und müssen sich bereits eine Stunde vor Arbeitsbeginn bei den Vermittlungsstellen einfinden. Darüber hinaus ist noch eine ganze Reihe von Einzelbetrieben vertreten. Die Anzahl der bei ihnen beschäftigten Arbeiter ist so bemessen, daß sie den Arbeitsanfall dieser Betriebe im allgemeinen bewältigen können. Es handelt sich um weitere rd. 7 000 bis 8 000 Arbeiter.

Übersteigt der Arbeitsanfall das Potential dieser Betriebe, so fordern sie über den Gesamthafenbetriebsverein aus einem Stamm fester Einsatzkräfte zusätzlich Arbeiter an, die ihnen dann zugeteilt werden: Damit ergibt sich insgesamt etwa eine Stamarbeiterschaft von 15 000 Kräften im Hafen.

Sie reichen jedoch nicht aus, in allen Fällen den Kräftebedarf zu decken. Je nach Zahl und Größe der einkommenden und ausgehenden Schiffe ist der



Foto: E. Schmude, Hamburg

Spitzenbedarf an Arbeitskräften größer oder kleiner als die Zahl der ständigen Hafentarbeiter. Können die Betriebe den Anforderungen, die an sie gestellt werden, nicht mehr mit den eigenen bzw. den Kräften des Gesamthafenbetriebsverbandes nachkommen, so werden über das Arbeitsamt wei-

tere Arbeitskräfte angefordert. Hierfür besteht eine besondere Vermittlungsstelle, die aus dem Kreis der für die Hafentarbeit tauglichen Arbeitslosen kurzfristig bis zu 2 500 zusätzliche Arbeitskräfte stellt. Maximal sind also im Hafen 18 000 bis 19 000 Hafentarbeiter beschäftigt.

Dem Statistischen Landesamt standen für diese Untersuchung der Hafentarbeiter im Jahre 1956 nur die Karteien des Gesamthafenbetriebsverbandes und der Lagerhaus A. G. zur Verfügung. Die nachstehenden Angaben beschränken sich daher auf die Hälfte der ständigen Arbeitskräfte; dennoch dürften die Zusammenhänge wohl charakteristisch für die gesamte Hafentarbeiterschaft sein.

Von den rd. 8 300 erfaßten Hafentarbeitern waren mehr als 7 900 in Hamburg wohnhaft, fast 350 außerhalb der Hansestadt. Rund 1 200 Hafentarbeiter (etwa 15 vH) waren vor 1900 geboren, hatten also zum Berichtszeitpunkt das 56. Lebensjahr bereits überschritten. Die von 1900 bis 1909 Geborenen stellten mit mehr als 2 400 Personen fast 30 vH; 4 400 oder 55 vH waren nach 1910 geboren, hatten also das 46. Lebensjahr noch nicht überschritten. Die Altersgliederung der Hafentarbeiter bietet damit — im Vergleich zu anderen Gruppen der Arbeitnehmerschaft — ein verhältnismäßig günstiges Bild. Auch Nachwuchskräfte sind recht stark vertreten, sofern man hierunter die 1930 und später Geborenen verstehen will. Es waren im Juni 1956 immerhin mehr als 1 100 Personen oder fast 14 vH.

Allerdings wird man den Hafentarbeitern eine vermehrte Kräftefluktuation unterstellen können. Schließlich sind es ungelernete Kräfte, Hilfsarbeiter also, von denen ein Teil heute diese, morgen jene Tätigkeit ausüben wird. Für viele ist daher der Beruf des Hafentarbeiters lediglich ein Durchgangsstadium. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß der Garantielohn einen gewissen Anreiz schafft, auch längere Zeit im Beruf des Hafentarbeiters zu verbleiben.

Der relativ hohe Anteil junger Kräfte spiegelt sich auch in dem verhältnismäßig hohen Prozentsatz der Ledigen wider. 1 181 Hafentarbeiter oder rund 14,3 vH waren ledig, fast 80 vH dagegen verheiratet. Der Anteil der Verwitweten und Geschiedenen blieb dagegen mit insgesamt 6 vH weit unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung.

Die Ausstellung der Karteien bot Gelegenheit, auch Feststellungen über die Kinder zu treffen. Es muß allerdings erwähnt werden, daß hierbei von steuerlichen Merkmalen ausgegangen werden mußte. Es wurden also alle Kinder berücksichtigt, denen Unterhalt gewährt wird bzw. die in Ausbildung stehen.

4 285 Hafentarbeiter (rd. 52 vH) hatten für keine Kinder zu sorgen. Hierunter waren

1 181 ledig,
2 808 verheiratet,
99 verwitwet und
197 geschieden.

3 978 Hafentarbeiter hatten dagegen Kinder zu unterhalten. Hierunter befanden sich

11 Ledige,
3 776 Verheiratete,
28 Verwitwete und
163 Geschiedene.

Eine Sonderfrage bildet das Problem der hafennahen Unterbringung. Wir wollen darauf an späterer Stelle eingehen.

B. Die Wirtschaftszweige

Wollte man alle im Hafen vertretenen Wirtschaftszweige aufzählen, so müßte man hier eine Liste von rd. 150 Bezeichnungen aus der Berufszählungssystematik folgen lassen. Das Erwerbsleben ist im Hafen außerordentlich vielschichtig. Doch finden wir in Hamburg nirgendwo ein Gebiet, das sich so deutlich wie der Hafen durch bestimmte Wirtschaftszweige kennzeichnet. Weit mehr als die Hälfte (61,0 vH) aller Berufstätigen entfallen auf den Schiffbau und den Güterumschlag.

Allein in der Wirtschaftsabteilung Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung werden rd. 35 450 Menschen beschäftigt, davon arbeiten 30 200 im Schiffbau und 2 500 im Maschinen- und Apparatebau. Eine größere Gruppe bilden auch die 2 400 Berufstätigen in der Mineralölverarbeitung und Kohlewertstoffindustrie. Das Baugewerbe fällt kaum ins Gewicht. Diese Wirtschaftsabteilung umfaßt im Hafen nur 2 400 oder 3,2 vH Berufstätige.

Erwartungsgemäß spielt der Handels- und Dienstleistungssektor im Hafen nicht die große Rolle wie in den anderen Ballungsgebieten. In der Innenstadt zum Beispiel ist der Handel mit fast 100 000 Erwerbstätigen die dominierende Branche. Im Hafen entfallen lediglich 5 700 Berufstätige (7,7 vH) auf den Handel und nur 600 auf die Wirtschaftsabteilung „Dienstleistungen“. Auch der Öffentliche Dienst ist hier zahlenmäßig nicht stark vertreten. Dagegen nimmt das Verkehrswesen nach der Me-

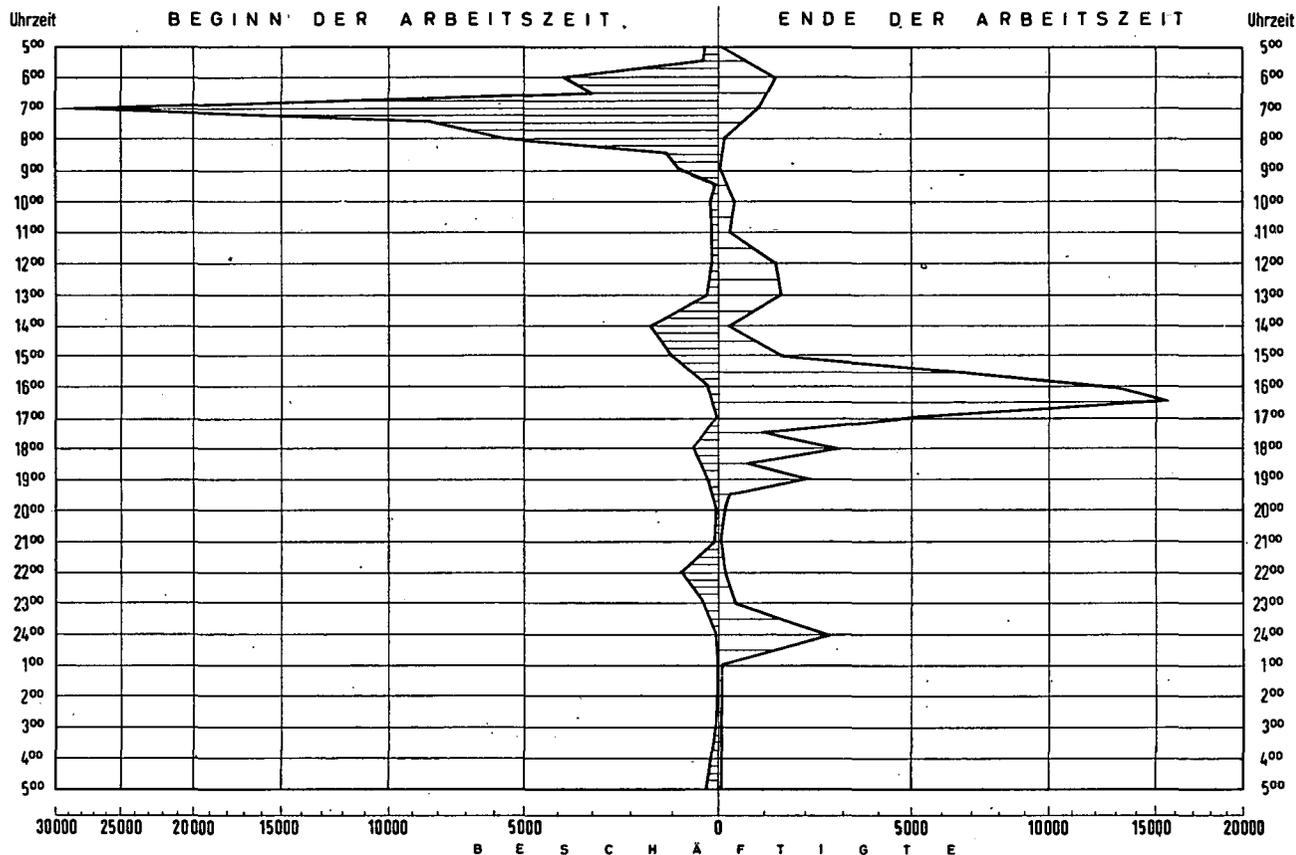
tallerzeugung und -verarbeitung eine besondere Stellung ein: Hierzu gehören der feste Stamm der Hafendarbeiter und alle Aushilfskräfte, die am 25. September 1956 — am Stichtag der Verkehrszählung — in den Hafenumschlagbetrieben gearbeitet haben sowie rd. 3 000 Berufstätige, die im Speditions- und Lagereibetrieb beschäftigt sind. Einen genaueren Überblick bietet die nachstehende Übersicht.

C. Die Arbeitszeiten

Die folgenden Darlegungen über die Arbeitsbeginn- und -endzeiten im Ballungsgebiet Hafen gehen, wie alle hier interpretierten Daten, auf die Ergebnisse der Verkehrszählung 1956 zurück. In den zwei Jahren, die zwischen der Erhebung und dem Berichtszeitpunkt liegen, hat sich das Bild jedoch gerade im Hinblick auf die Arbeitszeiten gewandelt. Viele Betriebe entsprachen den sozialpolitischen Bestrebungen und verkürzten die wöchentliche Arbeitszeit auf 45, 42^{1/2} und 40 Stunden, wobei zuweilen auch die Arbeitsbeginn- und -endzeiten umgestaltet wurden.

Die großen Industriebetriebe im Hafen z. B. gingen inzwischen alle zur „abwechselnden 5-Tage-Woche“ über. Die 30 000 Werftarbeiter arbeiten dadurch nur jeden zweiten Sonnabend. Spätestens am 1. Januar 1959 soll der Sonnabend in den Werften sogar ganz freigemacht werden. Teilweise arbeiten die Beschäftigten im Hafen schon heute nur 5 Tage in der Woche. Bei der Verkürzung und Umgestaltung der Arbeitszeiten hielt man jedoch im Hafen an den alten Arbeitsbeginnzeiten fest, so daß die folgenden Angaben auch heute noch für den Hafen charakteristisch sind.

Schaubild 2 Die Beschäftigten im Ballungsgebiet Hafen nach Arbeitsbeginn- und -endzeiten



Die Erwerbstätigen im Ballungsgebiet Hafen nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten -gruppen und -zweigen

Wirtschaftsabteilungen Wirtschaftsgruppen Wirtschaftszweige	Zahl der Berufstätigen 1)	
	überhaupt	vH
Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei und Fischerei	50	0,1
Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft	1 500	2,0
darunter		
Erdölgewinnung	500	0,7
Energiewirtschaft	600	0,8
Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	35 450	47,3
darunter		
NE-Metallerzeugung und -verarbeitung	1 850	2,5
Maschinen- und Apparatebau	2 500	3,3
Schiffbau	30 200	40,3
Elektrotechnik	400	0,5
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	5 200	6,9
darunter		
Mineralölverarbeitung und Kohlewertstoffindustrie	2 400	3,2
Chemische Grundindustrie	1 200	1,6
Papierherzeugung u. -verarbeitung	500	0,7
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	2 400	3,2
Handel, Geld- und Versicherungswesen	5 800	7,7
darunter		
Warenhandel	5 700	7,6
Dienstleistungen	600	0,8
Verkehrswesen	20 500	27,3
darunter		
Deutsche Bundespost	200	0,3
Deutsche Bundesbahn	1 200	1,6
Schiffahrt, Wasserstraßen- und Hafengewesen	15 500	20,7
Spedition und Lagerei	3 000	4,0
Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	3 500	4,7
Insgesamt	75 000	100

1) Einschließlich der Einpendler aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Betrachten wir zunächst die Gruppierung der Arbeitsbeginnzeiten. Für die Hälfte der Beschäftigten im Hafen beginnt die Arbeitszeit um 7 Uhr, 11 vH fangen eine halbe Stunde später um 7.30 Uhr an und nur noch 8,4 vH nehmen um 8 Uhr die Arbeit auf. Damit sind schon die wichtigsten Arbeitsbeginnzeiten genannt. Lediglich 30 vH entfallen auf die übrigen Arbeitsbeginnzeiten, davon 6,2 vH auf 6 Uhr und 4,3 vH auf 6.30 Uhr.

Für den Hafen ist der Arbeitszeitbeginn um 7.00 Uhr geradezu typisch. Das bestätigt auch ein Vergleich der häufigsten Arbeitsbeginnzeiten in den drei größten Ballungsgebieten Innenstadt, Hafen und Harburg.

In Harburg zeichnen sich auffallend drei Arbeitsbeginnzeiten ab: 6.00 Uhr, 7.00 Uhr und 8.00 Uhr. Demgegenüber fangen die meisten Beschäftigten in der Innenstadt zwischen 8.00 Uhr und 9.00 Uhr mit der Arbeit an. Allerdings führte die Verlegung der Arbeitszeit im Öffentlichen Dienst besonders in der Innenstadt zu einem späteren Abbau der „8-Uhr-Spitze“, so daß sich heute für die Hamburger City

ein etwas günstigeres Bild im Hinblick auf die Stafflung der Arbeitsbeginnzeiten ergibt.

Die Arbeitsendzeiten verteilen sich dagegen auch im Hafen auf eine größere Zeitspanne. Bereits um 15.30 Uhr verlassen rund 10 vH der Berufstätigen ihre Arbeitsplätze; 32 vH beenden zwischen 16.00 Uhr und 16.15 Uhr die Arbeit, während 15 vH um 16.30 Uhr und weitere 7 vH um 17.00 Uhr Feierabend haben. Für das Ende der Arbeitszeit im Hafen lassen sich auch nicht solche exakten Angaben wie über den Beginn der Arbeitszeit machen; die große Zahl der Überstunden, die je nach dem Arbeitsanfall in der Industrie geleistet werden, verändert praktisch das Bild von Tag zu Tag.

Die mehr oder weniger typischen Arbeitsbeginn- und -endzeiten in den Ballungsgebieten sind genau genommen keine regionalen Besonderheiten, sondern markante Merkmale der verschiedenen hier vertretenen Wirtschaftszweige. Der Handel hat zum Beispiel andere Arbeitszeiten als die Industrie. Während die Industriebetriebe z. T. bereits um 6.00 Uhr (besonders in Harburg) mit der Arbeit beginnen, fangen die Büros der Handelsbranche im allgemeinen bedeutend später, nämlich um 8.00 Uhr und 9.00 Uhr an. Das Überwiegen der einen oder der anderen Branche in einem Ballungsgebiet führt dann zu den Kumulationswerten. Da im Hafen die Industrie — vornehmlich der Schiffbau — so stark dominiert, ist es nicht zu verwundern, daß die

Schaubild 3
Die häufigsten Arbeitsbeginnzeiten in den drei Ballungsgebieten
Innenstadt, Hafen und Harburg

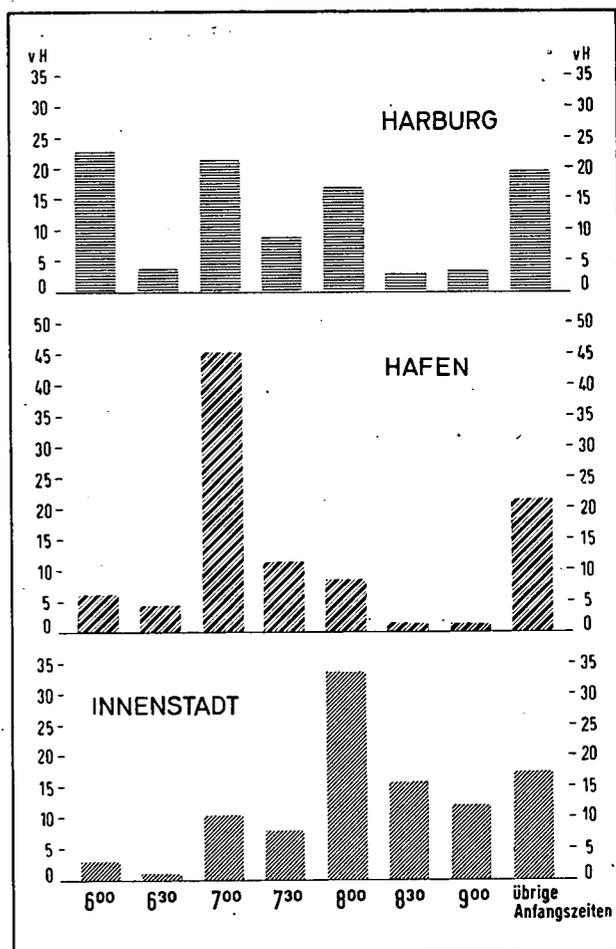
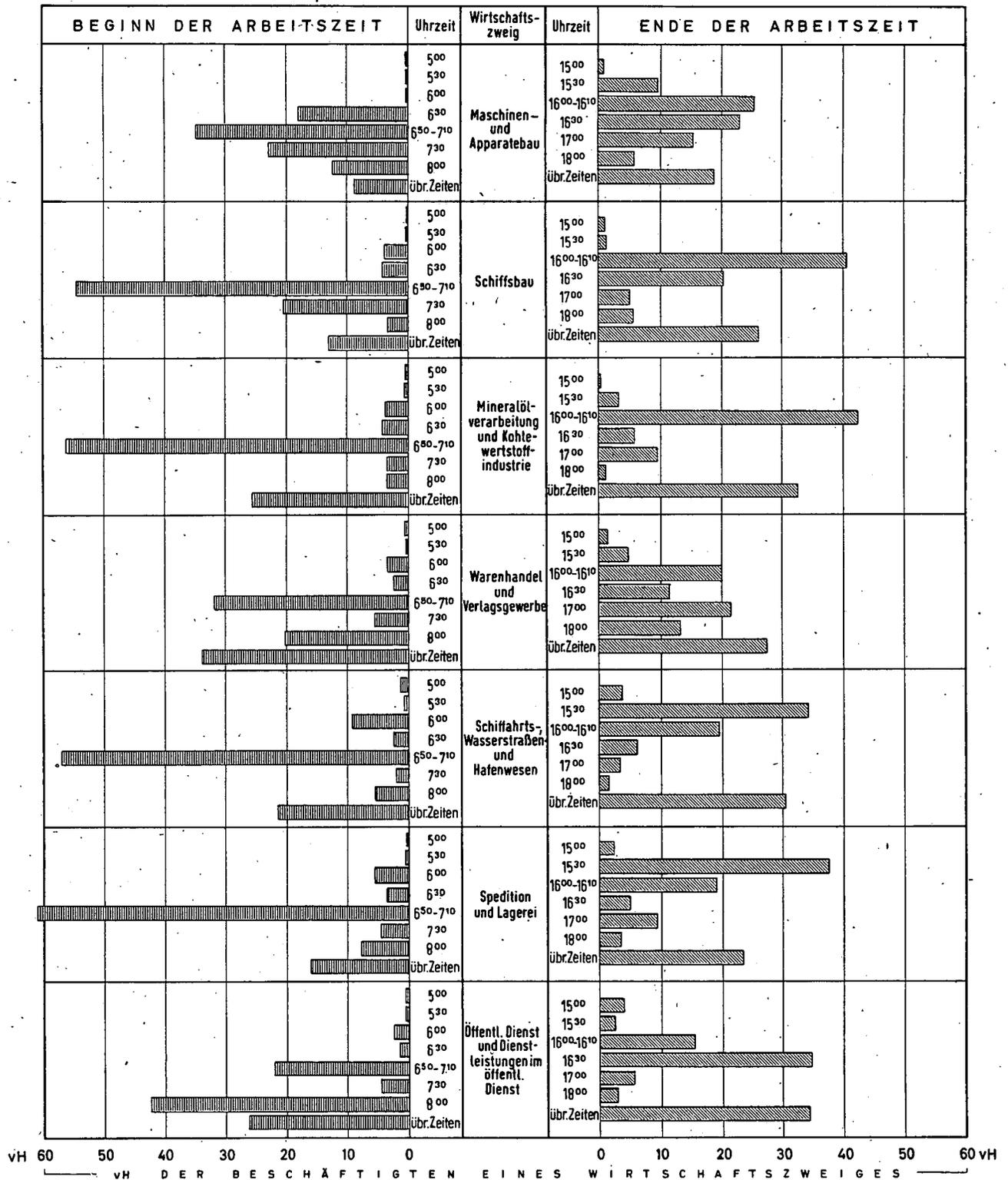


Schaubild 4 Die Arbeitsbeginn- und endzeiten der im Hafen Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen



Arbeitszeiten der Industrie für das ganze Ballungsgebiet Hafen charakteristisch sind. Etwa 70 bis 80 vH der Arbeiter und Angestellten in den Wertbetrieben beginnen um 7.00 Uhr. Hinzu kommt, daß auch die Hafendarbeiter um 7.00 Uhr ihre Schicht antreten, wobei sich die „7-Uhr-Spitze“ im Hafen zwangsläufig weiter verstärkt.

Die vorstehende graphische Darstellung zeigt die Streuung der Arbeitsbeginn- und -endzeiten für einige ausgewählte Wirtschaftsgruppen im Ballungsgebiet Hafen. Wie daraus hervorgeht, liegen in allen aufgeführten Branchen die dichtesten Werte

beim Arbeitszeitbeginn zwischen 6.50 Uhr und 7.10 Uhr und beim Arbeitsende zwischen 16.00 Uhr und 16.10 Uhr. Selbst der Handel, dessen Arbeitszeiten im allgemeinen bedeutend später liegen, macht hier keine Ausnahme. Lediglich der Öffentliche Dienst nimmt — auch jetzt noch nach der Vorverlegung der Arbeitsbeginnzeit — eine besondere Stellung ein. Allerdings hat die Wirtschaftsabteilung „Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse“ gemessen an der Zahl der Bediensteten nur eine untergeordnete Bedeutung im Hafen.

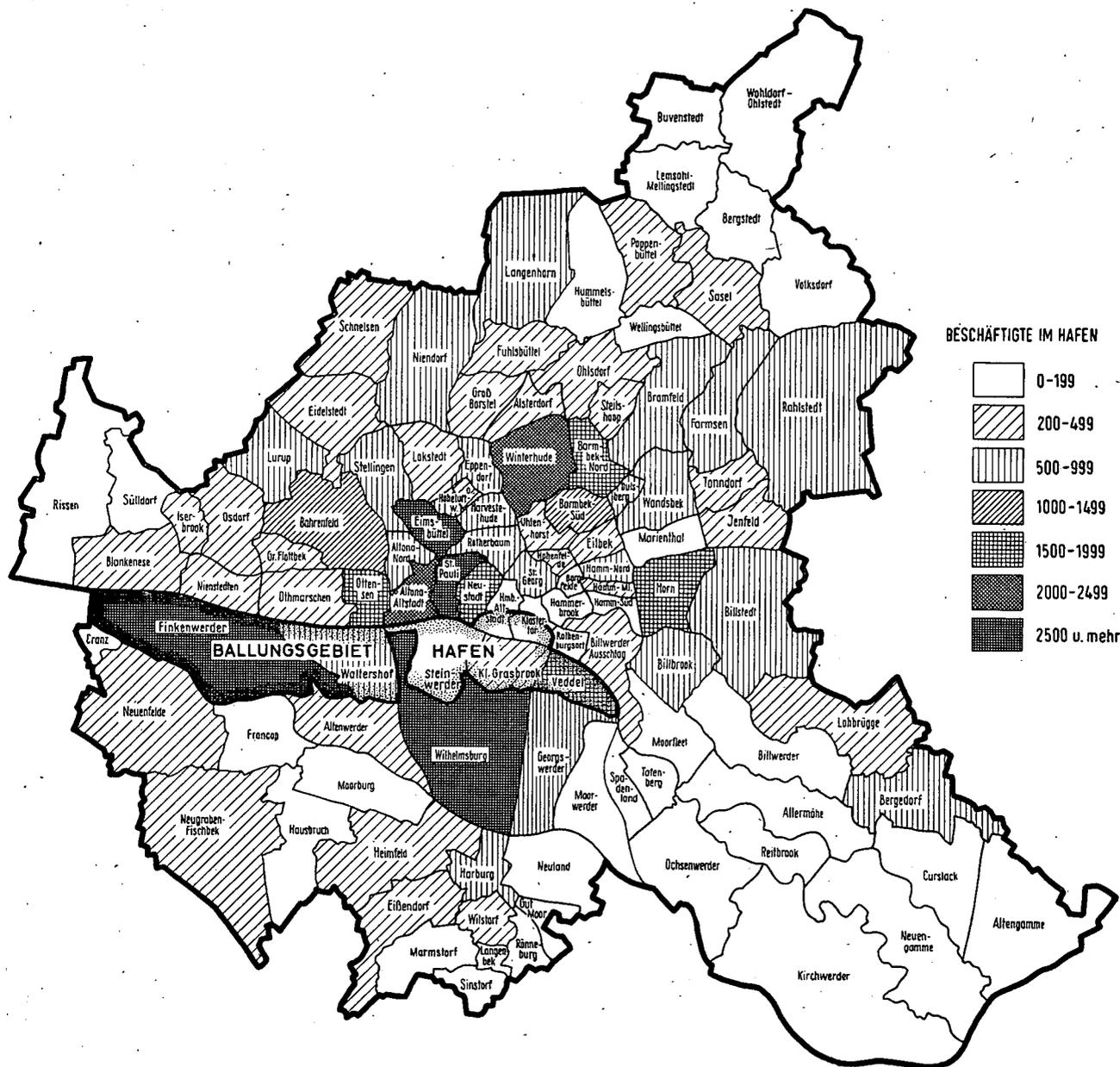
II. Das Einzugsgebiet des Hafens

Obwohl der Hafen rund 75 000 Menschen beschäftigt, hat er als Wohngebiet kaum eine Bedeutung. Die Stadtteile Finkenwerder, Waltershof, Steinwerder, Kleiner Grasbrook und Veddel sowie die Ortsteile 103 und 116, die das Ballungsgebiet Hafen bilden, zählten am 1. 1. 1957 rund 32 000 Einwohner. Das ist sehr wenig, wenn man an die räumliche Ausdehnung dieser Stadtteile denkt. Von den 32 000 Einwohnern waren weniger als die Hälfte — nämlich 14 000 — am Stichtag der Ver-

kehrszählung 1956 berufstätig. Die meisten der im Hafen wohnhaften Berufstätigen (8 500) arbeiteten in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnung, darunter 1500 Personen auf dem Wohngrundstück.

Aus dieser Zahl geht schon hervor, daß der überwiegende Teil der Berufstätigen außerhalb des Ballungsgebietes wohnhaft ist, denn nur 11,3 vH der im Hafen Beschäftigten wohnen auch gleichzeitig im Hafen. Besonders niedrig liegt hier der Anteil der auf dem Wohngrundstück Beschäftigten

Schaubild 5 Die Wohngebiete der Beschäftigten im Ballungsgebiet Hafen



mit 2 vH — der entsprechende Anteil liegt für ganz Hamburg gesehen immerhin bei 11,7 vH.

In den übrigen — außerhalb des Ballungsgebietes gelegenen — Hamburger Stadtteilen wohnen rund 56 000 oder 74,7 vH der Beschäftigten. Der beträchtliche Rest von 10 500 kommt von außerhalb: rund 5 000 aus Schleswig-Holstein und ungefähr 5 500 aus Niedersachsen¹⁾.

1) Für Niedersachsen geschätzt.

Viele der im Hafen beschäftigten Berufstätigen wohnen in den Stadtteilen, die unmittelbar an das Ballungsgebiet grenzen, darunter

- 3 744 in Wilhelmsburg,
- 3 390 in St. Pauli,
- 2 485 in Altona Altstadt,
- 1 584 in Ottensen,
- 1 508 in Neustadt und
- 1 479 in Georgswerder.

Übersicht 1

Die Beschäftigten im Hafen nach dem Stadtteil der Wohnung

Bezirke Stadtteile	Ortsteile	Zahl der im Hafen beschäftigten Berufstätigen		Bezirke Stadtteile	Ortsteile	Zahl der im Hafen beschäftigten Berufstätigen	
		überhaupt	vH			überhaupt	vH
Bezirk Hamburg-Mitte	101—139	17 666	27,4	Bezirk Wandsbek	501—526	5 715	8,9
davon				davon			
Hamburg-Altstadt ¹⁾	101—103	143	0,2	Eilbek	501—504	485	0,8
Neustadt	104—107	1 508	2,3	Wandsbek	505—509	686	1,1
St. Pauli	108—112	3 390	5,3	Marienthal	510—511	185	0,3
St. Georg	113—114	520	0,8	Jenfeld	512	310	0,5
Klostertor ¹⁾	115—116	141	0,2	Tonndorf	513	379	0,6
Hammerbrook	117—119	22	0,0	Farmsen	514	608	0,9
Borgfelde	120—121	180	0,3	Bramfeld	515	830	1,3
Hamm-Nord	122—124	842	1,3	Steilshoop	516	284	0,4
Hamm-Mitte	125—126	393	0,6	Wellingsbüttel	517	147	0,2
Hamm-Süd	127—128	165	0,3	Sasel	518	313	0,5
Horn	129—130	1 828	2,8	Poppenbüttel	519	265	0,4
Billstedt	131	944	1,5	Hummelsbüttel	520	138	0,2
Billbrook	132	606	0,9	Leimsahl-Mellingstedt	521	60	0,1
Billwerder Ausschl.	133	484	0,8	Duvenstedt	522	37	0,1
Rothenburgsort	134	134	0,2	Wohldorf-Ohlstadt	523	71	0,1
Veddel ¹⁾	135	1 643	2,5	Bergstedt	524	86	0,1
Kl. Grasbrook ¹⁾	136	450	0,7	Volksdorf	525	192	0,3
Steinwerder ¹⁾	137	116	0,2	Rahlstedt	526	639	1,0
Waltershof ¹⁾	138	633	1,0				
Finkenwerder ¹⁾	139	3 524	5,5				
Bezirk Altona	201—226	9 313	14,4	Bezirk Bergedorf	601—614	1 166	1,8
davon				davon			
Altona-Altstadt	201—206	2 485	3,8	Lohbrügge	601	268	0,4
Altona-Nord	207—209	939	1,5	Bergedorf	602—603	416	0,7
Ottensen	210—213	1 584	2,4	Curslack	604	18	0,0
Bahrenfeld	214—216	1 231	1,9	Altengamme	605	17	0,0
Gr. Flottbek	217	352	0,5	Neuengamme	606	32	0,1
Othmarschen	218	312	0,5	Kirchwerder	607	63	0,1
Lurup	219	643	1,0	Ochsenwerder	608	45	0,1
Osdorf	220	389	0,6	Reitbrook	609	7	0,0
Nienstedten	221	240	0,4	Allermöhe	610	26	0,0
Blankenese	222—223	330	0,5	Billwerder	611	195	0,3
Iserbrook	224	420	0,7	Moorfleet	612	65	0,1
Sülldorf	225	197	0,3	Tatenberg	613	9	0,0
Rissen	226	191	0,3	Spadenland	614	5	0,0
Bezirk Eimsbüttel	301—321	7 314	11,3	Bezirk Harburg	701—721	8 368	13,0
davon				davon			
Eimsbüttel	301—310	3 139	4,9	Harburg	701—702	562	0,9
Rotherbaum	311—312	751	1,2	Neuland	703	82	0,1
Harvestehude	313—314	531	0,8	Gut Moor	704	9	0,0
Hoheluft-West	315—316	634	1,0	Wilstorf	705	232	0,4
Lokstedt	317	396	0,6	Rönneburg	706	28	0,0
Niendorf	318	573	0,9	Langenbek	707	26	0,0
Schnelsen	319	327	0,5	Sinstorf	708	48	0,1
Eidelstedt	320	415	0,6	Marmstorf	709	59	0,1
Stellingen	321	548	0,8	Eißendorf	710	325	0,5
				Heimfeld	711	443	0,7
				Wilhelmsburg	712	3 744	5,8
				Georgswerder	713	1 479	2,3
				Moorwerder	714	62	0,1
				Altenwerder	715	278	0,4
				Moorburg	716	102	0,2
				Hausbruch	717	141	0,2
				Neugraben-Fischbek	718	473	0,8
				Francoep	719	58	0,1
				Neuenfelde	720	208	0,3
				Cranz	721	9	0,0
Bezirk Hamburg-Nord	401—432	10 645	16,5	Ohne nähere Angabe des			
davon				Stadtteils		2 813	4,3
Hoheluft-Ost	401—402	481	0,8				
Eppendorf	403—405	921	1,4	Auf dem Wohngrundstück			
Gr. Borstel	406	470	0,8	Beschäftigte		1 529	2,4
Alsterdorf	407	301	0,5				
Winterhude	408—413	2 136	3,3	Hamburg insgesamt		64 529	100
Uhlenhorst	414—415	452	0,7				
Hohenfelde	416—417	266	0,4				
Barmbek-Süd	418—423	1 123	1,7				
Dulsberg	424—425	973	1,5				
Barmbek-Nord	426—429	1 824	2,8				
Ohlsdorf	430	402	0,6				
Fuhlsbüttel	431	347	0,5				
Langenhorn	432	949	1,5				

1) Stadtteile, die ganz oder teilweise zum Ballungsgebiet Hafen gehören.

Wollte man alle an das Ballungsgebiet grenzenden Stadteile, wie auch die innerhalb des Hafengebiets liegenden Stadteile, als „hafennahe“ Wohngebiete bezeichnen, so würde sich die Zahl der hier wohnenden — aber im Hafen Beschäftigten — Berufstätigen auf 25 000 belaufen. Das ist der dritte Teil der im Hafen Beschäftigten überhaupt.

Diese Abgrenzung ist jedoch eng. Unter hafennahen Wohngebieten könnte man in einem erweiterten Sinne auch die Stadteile verstehen, die in einem angemessenen Zeitaufwand vom Hafen aus zu erreichen sind. Dazu gehören

Eimsbüttel	= 3 139,
Bahrenfeld	= 1 231 und
Altona-Nord	= 939.

Man könnte noch einen Schritt weitergehen und einige Stadteile aufzählen, die vom U-Bahnring berührt werden:

Hoheluft-Ost	= 481,
Hoheluft-West	= 634,
Eppendorf	= 921,
Winterhude	= 2 136,
Barmbek-Nord	= 1 824,
Barmbek-Süd	= 1 123 und
St. Georg	= 520.

In den genannten zehn Stadteilen wohnen rund weitere 13 000 im Hafen Beschäftigte, so daß sich

der Anteil der günstig zum Hafen Wohnenden mit der beschriebenen Begriffserweiterung auf etwa 50 vH erhöht. Rund 27 000 Berufstätige verteilen sich auf die übrigen nicht aufgeführten Stadteile, von denen ein großer Teil günstige Verkehrsverbindungen — allerdings bei größeren Entfernungen — zum Hafen aufweist.

Besonders interessant erscheint die Feststellung, daß die Hafendarbeiter im allgemeinen kürzere Anmarschwege haben als alle übrigen Arbeitnehmergruppen im Hafen, z. B. die Werftarbeiter. Das ist um so erstaunlicher, da gerade die Werftbetriebe teilweise für die Unterbringung ihrer Belegschaft am Arbeitsort gesorgt haben. Etwa zwei Drittel der Hafendarbeiter wohnen so nahe am Hafen, daß sie bequem innerhalb einer halben Stunde die Verteilerstelle am Baumwall erreichen können.

Bemerkenswert ist andererseits, daß das Einzugsgebiet des Hafens weiter reicht, als man im allgemeinen annimmt. Im Hafen sind rund 10 500 Einpendler beschäftigt, also Berufstätige, die täglich aus der näheren und weiteren Umgebung nach Hamburg pendeln. Die meisten im Hafen beschäftigten Einpendler wohnen im Umkreis von 30 bis 40 Kilometern. Wenn auch die Intensität der Pendelwanderung mit zunehmender Kilometer- und Zeitentfernung allmählich abnimmt, so sind nach den Unterlagen der Verkehrszählung, Anmarschwege von 40, 45 und sogar 50 km keine Seltenheit.

III. Der Zeitaufwand

Ein zuverlässiger Maßstab für die Beurteilung der Lage von Wohnort und Arbeitsort ist der gesamte Zeitaufwand, den die Berufstätigen für den Weg zur Arbeit benötigen. Der gesamte Zeitaufwand — errechnet aus der Zeitdifferenz: Fortgang vom Hause und Ankunft im Betrieb — berücksichtigt neben der reinen Fahrzeit auf öffentlichen oder individuellen Verkehrsmitteln auch die Dauer der Fußwege zur Einsteighaltestelle und von der Aussteighaltestelle sowie den Aufenthalt an Umsteigestationen, wenn es sich um Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel handelt. Dadurch lassen sich die räumlichen Beziehungen zwischen den Wohngebieten und den Arbeitsstätten im Hafen auch aus einem anderen Blickwinkel beschreiben. Wir wollen für diese Überlegungen zunächst die Einpendler aus der Umgebung ausklammern.

Von den rund 64 000 Hamburgern, die im Hafen beschäftigt sind, hat das Statistische Landesamt in rund 60 000 Fällen Angaben über den gesamten Zeitaufwand erhalten. Danach benötigen für den Hinweg zur Arbeitsstätte:

3 100 oder 5,2 vH der Berufstätigen	0 bis 9 Min.
5 215 oder 8,7 vH „	10 bis 19 Min.
6 270 oder 10,4 vH „	20 bis 29 Min.
10 077 oder 16,8 vH „	30 bis 39 Min.
9 645 oder 16,1 vH „	40 bis 49 Min.
6 067 oder 10,1 vH „	50 bis 59 Min.
9 508 oder 15,8 vH „	60 bis 69 Min.
4 505 oder 7,5 vH „	70 bis 79 Min.
2 373 oder 4,0 vH „	80 bis 89 Min.
3 244 oder 5,4 vH „	90 u. m. Min.

Demnach liegt das arithmetische Mittel des Zeitbedarfs für den Hinweg zwischen 40 und 49 Minuten. In der ersten Gruppe „0 bis 9 Minuten“ sind auch

die auf dem Wohngrundstück Beschäftigten mit enthalten, die ex definitione keinen Zeitaufwand haben. Sie fallen hier jedoch nur unerheblich ins Gewicht. Für die 10 500 Einpendler liegt der durchschnittliche Zeitaufwand bei 70 bis 75 Minuten.

Noch deutlicher wird das Bild, wenn man die einzelnen Merkmalsgruppen nach Art der Kumulationsdarstellungen zu größeren Zeitintervallen zusammenfaßt:

3 100 Berufstätige oder 5,2 vH erreichen innerhalb von 9 Minuten ihren Arbeitsplatz
8 311 Berufstätige oder 13,9 vH erreichen innerhalb von 19 Minuten ihren Arbeitsplatz
14 581 Berufstätige oder 24,3 vH erreichen innerhalb von 29 Minuten ihren Arbeitsplatz
24 658 Berufstätige oder 41,1 vH erreichen innerhalb von 39 Minuten ihren Arbeitsplatz
34 303 Berufstätige oder 57,2 vH erreichen innerhalb von 49 Minuten ihren Arbeitsplatz
40 370 Berufstätige oder 67,3 vH erreichen innerhalb von 59 Minuten ihren Arbeitsplatz
49 878 Berufstätige oder 83,1 vH erreichen innerhalb von 69 Minuten ihren Arbeitsplatz
54 383 Berufstätige oder 90,6 vH erreichen innerhalb von 79 Minuten ihren Arbeitsplatz
56 756 Berufstätige oder 94,6 vH erreichen innerhalb von 89 Minuten ihren Arbeitsplatz.

Schließlich können innerhalb von 99 Minuten alle Hamburger Berufstätigen ihre Arbeitsstätten im Hafen erreichen.

Das bedeutet, daß immerhin jeder Vierte schon innerhalb einer halben Stunde und mehr als die Hälfte innerhalb von 49 Minuten zur Arbeitsstätte gelangen können. Bei der Gruppe 0 bis 60 Minuten ist der Anteil bereits auf 67,3 vH angewachsen.

Sind damit die durchschnittlichen Anmarschwege zum Hafen besonders lang? Ein Vergleich dieser Zahlen mit der entsprechenden Staffellung des Zeitbedarfs für die in der Hamburger Innenstadt Beschäftigten zeigt, daß der durchschnittliche Zeitaufwand für den Anmarschweg zum Hafen rund 10 Minuten länger ist als die durchschnittliche Wegzeit zur Innenstadt. Innerhalb von einer Stunde erreichen schon 90 vH der Berufstätigen ihre Arbeitsstätten in der Innenstadt, während in der gleichen Zeitspanne erst 67,3 vH im Hafen am Ziel sind. Das überrascht aber nicht, wenn man an die unvergleichlich bessere Verkehrslage der Innenstadt denkt.

Man muß natürlich den Zeitaufwand im Zusammenhang mit den benutzten Verkehrsmitteln sehen, denn je nachdem, welche Verkehrsmittel die Be-

rufstätigen für den Weg zur Arbeitsstätte benutzen, kann die Dauer des Anmarschweges entsprechend lang oder kurz ausfallen. Umgekehrt legt zum Beispiel ein U-Bahnfahrer in einer halben Stunde eine weitere Entfernung zurück als ein Radfahrer oder gar ein Fußgänger.

Zwei Fragen erscheinen in diesem Zusammenhang besonders interessant:

1. Welche Verkehrsteilnehmer sind es, die kurze, mittlere oder längere Zeit für den Weg zur Arbeitsstätte brauchen, und
2. wie lange sind die verschiedenen Verkehrsteilnehmergruppen unterwegs?

Die nachstehende Tabelle vermittelt darüber einen genauen Überblick.

Mehr als $\frac{2}{3}$ der kurzen Wege bis unter einer halben Stunde werden zu Fuß oder mit einem indi-

Übersicht 2

Die Berufstätigen im Hafen nach den benutzten Verkehrsmitteln und dem gesamten Zeitaufwand für den Hinweg zur Arbeitsstätte

Gesamter Zeitaufwand für den Hinweg in Minuten	Im Hafen beschäftigte Hamburger insgesamt ¹⁾	davon erreichten die Arbeitsstätte												
		zu Fuß	mit einem Verkehrsmittel										mit 2 Verkehrsmitteln	mit 3 und mehr Verkehrsmitteln
			Fahrrad	Moped	Krad	Kraftwagen ²⁾	individuelles Verkehrsmittel oder zu Fuß	Hadag-Dampfer	Omni-bus	S-Bahn	Straßenbahn	U-Bahn		
Grundzahlen														
00—09	1 576	461	134	38	22	32	687	24	7	28	101	23	358	348
10—19	5 215	2 197	1 321	391	308	331	4 548	50	23	26	134	48	169	217
20—29	6 270	1 410	1 582	566	488	500	4 546	169	61	128	434	300	345	287
30—39	10 077	1 321	2 285	893	726	763	5 988	508	129	390	1 295	686	810	271
40—49	9 645	554	1 486	545	387	336	3 308	727	191	569	1 672	832	1 826	520
50—59	6 067	113	389	137	87	78	804	438	101	433	1 208	498	1 849	736
60—69	9 508	154	760	278	148	133	1 473	524	166	537	1 641	612	3 095	1 460
70—79	4 505	25	143	57	34	40	299	190	45	254	634	215	1 715	1 153
80—89	2 373	21	34	19	11	25	110	73	19	105	280	89	942	755
90—99	3 244	41	71	51	23	39	225	80	32	112	342	117	1 241	1 095
insgesamt	58 480	6 297	8 205	2 975	2 234	2 277	21 988	2 783	774	2 582	7 741	3 420	12 350	6 842
Verhältniszahlen														
00—09	100	29,3	8,5	2,4	1,4	2,0	43,6	1,5	0,4	1,8	6,4	1,5	22,7	22,1
10—19	100	42,1	25,3	7,5	5,9	6,4	87,2	1,0	0,4	0,5	2,6	0,9	3,2	4,2
20—29	100	22,5	25,2	9,0	7,8	8,0	72,5	2,7	1,0	2,0	6,9	4,8	5,5	4,6
30—39	100	13,1	22,7	8,9	7,2	7,6	59,5	5,0	1,3	3,9	12,8	6,8	8,0	2,7
40—49	100	5,8	15,4	5,7	4,0	3,5	34,4	7,5	2,0	5,9	17,3	8,6	18,9	5,4
50—59	100	1,9	6,4	2,3	1,4	1,3	13,3	7,2	1,7	7,1	19,9	8,2	30,5	12,1
60—69	100	1,6	8,0	2,9	1,6	1,4	15,5	5,5	1,7	5,6	17,3	6,4	32,6	15,4
70—79	100	0,6	3,2	1,3	0,8	0,9	6,8	4,2	1,0	5,6	14,0	4,8	38,1	25,5
80—89	100	0,9	1,4	0,8	0,5	1,1	4,7	3,0	0,8	4,4	11,8	3,8	39,7	31,8
90—99	100	1,3	2,2	1,6	0,7	1,2	7,0	2,5	0,9	3,5	10,5	3,6	38,2	33,8
insgesamt	100	10,8	14,0	5,1	3,8	3,9	37,6	4,8	1,3	4,4	13,2	5,8	21,2	11,7
Verhältniszahlen														
bis 9	2,7	7,3	1,6	1,3	1,0	1,4	3,1	0,9	0,9	1,1	1,3	0,7	2,9	5,1
bis 19	11,6	42,2	17,7	14,4	14,8	15,9	23,8	2,7	3,9	2,1	3,0	2,1	4,3	8,3
bis 29	22,3	64,6	37,0	33,4	36,6	37,9	44,5	8,7	11,8	7,0	8,6	10,8	7,1	12,5
bis 39	39,6	85,6	64,9	63,5	69,1	71,4	71,7	27,0	28,4	22,2	25,4	30,9	13,6	16,4
bis 49	56,1	94,4	83,0	81,8	86,4	86,2	86,8	53,1	53,1	44,2	47,0	55,2	28,4	24,0
bis 59	66,4	96,2	87,8	86,4	90,3	89,6	90,4	68,8	66,1	61,0	62,6	69,8	43,4	34,8
bis 69	82,7	98,6	97,0	95,7	97,0	95,4	97,1	87,7	87,6	81,8	83,8	87,7	68,4	56,1
bis 79	90,4	99,0	98,7	97,6	98,5	97,2	98,5	94,5	93,4	91,6	92,0	94,0	82,3	73,0
bis 89	94,5	99,3	99,1	98,3	99,0	98,3	99,0	97,1	95,9	95,7	95,6	96,6	90,0	84,0
bis 99	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Ohne Einpendler, ohne auf dem Wohngrundstück Beschäftigte; berücksichtigt wurden nur Fälle mit Angaben des gesamten Zeitaufwandes. — ²⁾ Hierzu zählen Personenkraftwagen, Lastkraftwagen und Taxen.

viduellen Verkehrsmittel — Fahrrad, Moped, Krad oder Kraftwagen — zurückgelegt. Von 100 Berufspendlern, die innerhalb einer halben Stunde die Arbeitsstätte erreichen können, sind:

- 31,3 Fußgänger,
- 19,7 Radfahrer,
- 6,3 Mopedfahrer,
- 5,0 Motorradfahrer,
- 5,5 Kraftwagenbenutzer und
- nur 32,2 Benutzer von öffentlichen Verkehrsmitteln.

Bei diesen verhältnismäßig kurzen Wegezeiten werden öffentliche Verkehrsmittel wenig in Anspruch genommen.

Bei den mittleren Wegezeiten — wir wollen darunter 30 bis 59 Minuten Anmarschzeit verstehen — zeigt sich schon ein anderes Bild. Hier steht das Verhältnis von individuellen Verkehrsteilnehmern zu den Benutzern öffentlicher Verkehrsmittel wie 1:3. In dieser Gruppe befinden sich nur noch

- 6,9 vH Fußgänger,
- 14,8 vH Radfahrer,
- 5,6 vH Mopedfahrer,
- 4,2 vH Motorradfahrer und
- 4,1 vH Kraftwagenbenutzer.

Dagegen überwiegen die Fahrgäste öffentlicher Verkehrsmittel:

- 38,6 vH benutzen **ein** öffentliches Verkehrsmittel,
- 19,1 vH benutzen **zwei** öffentliche Verkehrsmittel und
- 6,7 vH benutzen **drei und mehr** öffentliche Verkehrsmittel.

In den letzten schwach besetzten Verkehrsteilnehmergruppen mit hohem Zeitaufwand sind vor allem jene Berufspendler enthalten, die längere Entfernungen zurückzulegen haben und dabei noch mehrere Verkehrsmittel benutzen müssen. Wir wollen hier ebenso wie in den vorangegangenen Beispielen eine prozentuale Aufgliederung vornehmen. Von 100 Berufspendlern, die länger als eine Stunde unterwegs sind, erreichen die Arbeitsstätte im Hafen:

- 1,1 vH zu Fuß,
- 3,7 vH mit einem Fahrrad,
- 1,6 vH mit einem Moped,
- 0,9 vH mit einem Motorrad,
- 1,2 vH mit einem Kraftwagen,
- 27,7 vH mit **einem** öffentlichen Verkehrsmittel,
- 37,1 vH mit **zwei** öffentlichen Verkehrsmitteln und
- 26,7 vH mit **drei und mehr** öffentlichen Verkehrsmitteln.

Am Anfang dieses Abschnittes wurde gesagt, daß der durchschnittliche Zeitaufwand, den die Berufstätigen im Hafen für den täglichen Anmarschweg zur Arbeitsstätte benötigen, zwischen 40 und 49 Minuten liegt. Daran knüpft sich die Frage, welchen Verkehrsteilnehmern es möglich ist, innerhalb von 49 Minuten den Hafen zu erreichen. Auch diese Angaben können wir aus der obigen Übersicht entnehmen. Innerhalb von 49 Minuten haben demnach ihr Ziel erreicht:

- bereits 94,4 vH der Fußgänger,
- 83,0 vH der Radfahrer,
- 81,8 vH der Mopedfahrer,
- 86,4 vH der Motorradfahrer,
- 86,2 vH der Kraftwagenbenutzer,
- aber erst 53,1 vH der Hadag-Dampfer-Benutzer,
- 53,1 vH der Omnibus-Benutzer,
- 44,2 vH der S-Bahn-Benutzer,
- 47,0 vH der Straßenbahn-Benutzer,
- 55,2 vH der U-Bahn-Benutzer,
- 28,4 vH der Pendler, die 2 Verkehrsmittel in Anspruch nehmen, und
- 24,0 vH der Pendler, die 3 und mehr Verkehrsmittel in Anspruch nehmen.

Aus diesen Zahlen läßt sich schon ungefähr ersehen, wie lange beispielsweise die Fußgänger, die Radfahrer und die Fahrgäste der verschiedenen öffentlichen Verkehrsmittel unterwegs sind. Eine Durchschnittsberechnung ergab für die einzelnen Verkehrsteilnehmergruppen folgendes Bild. Die Fußgänger sind von allen Verkehrsteilnehmern am „schnellsten“ am Ziel. Ihr durchschnittlicher Zeitaufwand beträgt nur 21 Minuten. Verhältnismäßig günstig sieht es auch für die übrigen „Individualisten“ aus. Die Rad- und Motorradfahrer erreichen ihr Ziel durchschnittlich in 34 Minuten, die Kraftwagenbenutzer in 35 Minuten und schließlich die Mopedfahrer in 37 Minuten.

Die Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel haben dagegen weitaus längere Wegezeiten. Durchschnittlich 54 Minuten unterwegs sind die Benutzer von U-Bahn, Omnibus und Hadag-Dampfer. Die Straßenbahnfahrer sind rd. 2 Minuten „langsamer“, und die S-Bahn-Benutzer benötigen sogar 58 Minuten. Naturgemäß sind die Berufspendler am längsten unterwegs, die mehrere Verkehrsmittel in Anspruch nehmen müssen. Für sie liegt der durchschnittliche Zeitaufwand bei 64 Minuten.

Diese Zahlen mögen zunächst den Eindruck erwecken, daß das eine oder andere Verkehrsmittel schneller oder langsamer ist. Doch die Unterschiede im durchschnittlichen Zeitaufwand sagen selbstverständlich nichts über die Geschwindigkeit eines bestimmten Verkehrsmittels aus. Man muß nämlich berücksichtigen, daß zum Beispiel die S-Bahn-Benutzer im allgemeinen längere Strecken zurücklegen als die Straßenbahnfahrer und daß die Fußgänger nur deshalb „schneller“ als die Mopedfahrer am Ziel sind, weil sie in der Regel näher am Betrieb wohnen.

Bei den öffentlichen Verkehrsmitteln kommen noch die mehr oder weniger zeitraubenden Fußwege zur Einsteigehaltestelle und von der Aussteigehaltestelle zur Arbeitsstätte hinzu. Hier bestehen freilich auch wieder Differenzierungen: Die Hadag-Dampfer- und S-Bahn-Benutzer haben längere Fußwege zur Einsteigehaltestelle als die Straßenbahn- und U-Bahn-Fahrer. Der gesamte Zeitaufwand — zunächst bestehend aus der reinen Fahrzeit eines Verkehrsmittels — wird durch die unvermeidlichen Fußwege oft beträchtlich ausgedehnt.

Allein für den Fußweg von der Aussteigehaltestelle zur Arbeitsstätte benötigen die im Hafen

Beschäftigten — soweit sie öffentliche Verkehrsmittel benutzen — rd. 6 bis 10 Minuten. Ungefähr ein Drittel ist allerdings bereits nach einem Fußmarsch von 5 Minuten am Ziel. Man muß jedoch hierbei berücksichtigen, daß ein großer Teil der im Hafen Beschäftigten schon am Baumwall, an den Landungsbrücken und bei Teufelsbrück „am Ziel“ ist. Die großen Industriefirmen — vornehmlich die Werften — unterhalten vielfach einen privaten Barkassendienst und holen ihre Arbeiter und Angestellten zum Arbeitsbeginn von dem nördlichen

Elbeufer ab. Ohne diese „Selbsthilfe“ hätten viele Berufspendler weitaus beschwerlichere Anmarschwege.

Beachtenswert ist jedoch, daß 1280 Berufstätige neben der Fahrtzeit auf einem öffentlichen Verkehrsmittel auch Fußwege zur Arbeitsstätte von 26 und mehr Minuten in Kauf nehmen müssen. Einen genauen Zahlenüberblick über den Zeitbedarf des letzten Fußweges beim Hinweg zur Arbeitsstätte bietet die Übersicht 3, die auch nach regionalen Gesichtspunkten aufgliedert ist.

Übersicht 3

Beschäftigte im Ballungsgebiet Hafen, die öffentliche Verkehrsmittel benutzen, nach der Dauer des Fußwegs von der Aussteigehaltestelle zur Arbeitsstätte und nach der Lage ihrer Arbeitsstätte

Lage der Arbeitsstätte		Dauer des Fußwegs zwischen Aussteigehaltestelle und Arbeitsstätte in Minuten									Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel insgesamt
Ortsteil	Oberzahlbezirk	0 bis 5	6 bis 10	11 bis 15	16 bis 20	21 bis 25	26 bis 30	31 bis 40	41 bis 50	über 50	
103	01	765	1 459	1 507	806	212	155	16	9	4	4 933
116	01	202	242	410	270	71	53	10	3	1	1 262
135	01	742	1 229	1 007	565	155	170	22	8	6	3 904
135	02	26	34	6	1	4	1	—	—	—	72
135	03	70	76	39	22	3	2	1	—	—	213
135	04	53	22	5	1	—	2	—	1	—	84
135	05	144	56	19	6	2	1	1	—	—	229
135	06	25	11	9	1	1	—	—	—	—	47
135	07	21	30	3	1	—	—	—	—	—	55
135	08	188	122	58	38	5	14	3	1	2	431
136	01	581	752	381	128	36	41	9	5	4	1 937
136	02	13	2	2	1	1	—	—	—	—	19
136	03	3	2	1	1	—	—	—	—	—	7
137	01	5 665	4 081	2 604	1 743	465	415	58	47	26	15 109
138	01	98	55	30	18	5	4	—	—	—	210
138	02	130	66	37	29	5	9	2	—	—	278
138	03	319	205	102	48	10	16	1	1	1	703
139	01	144	101	47	31	8	10	1	1	—	343
139	02	2 474	1 496	562	309	51	94	19	9	6	5 020
139	03	137	76	27	18	3	6	1	—	—	268
139	04	1	3	3	—	—	—	—	—	—	7
139	05	7	5	12	3	—	—	—	—	—	27
139	06	9	3	4	—	1	1	1	—	—	19
139	07	21	15	8	1	—	2	—	—	—	47
139	08	9	14	1	2	4	2	1	—	—	33
139	09	13	9	5	3	—	1	—	—	—	31
Insgesamt . . .		11 860	10 166	6 889	4 051	1 042	999	146	85	50	35 288

IV. Der Berufsverkehr zum Hafen

A. Welche Verkehrsmittel werden benutzt?

Nach den Angaben der Befragten — es handelt sich dabei um 60 187 Fälle — benutzen 37 796 Berufstätige (62,8 vH) für den Weg zur Arbeitsstätte öffentliche Verkehrsmittel. 22 391 Personen (37,2 vH) entfallen auf die individuellen Verkehrsarten, davon

gehen 6 454 oder 10,7 vH zu Fuß,

benutzen 8 323 oder 13,8 vH ein Fahrrad,

3 025 oder 5,0 vH ein Moped,

2 264 oder 3,8 vH ein Motorrad und

2 325 oder 3,9 vH einen Kraftwagen.

Bei einem Vergleich dieser Zahlen mit dem individuellen Verkehr zur Innenstadt fällt sogleich auf, daß der Anteil der Individualisten im Hafen mit 37,2 vH erheblich größer ist als in der Innenstadt, wo sich die entsprechende Prozentzahl nur auf 24,3 beläuft. Unter den Berufstätigen, die morgens ihre Arbeitsplätze im Hafen aufsuchen, befinden sich — prozentual gesehen — erheblich mehr Fußgänger,

Radfahrer sowie Moped- und Motorradfahrer als im Verkehrsstrom zur Innenstadt. Lediglich bei den Kraftwagenfahrern zeigt sich ein anderes Bild. Zur Innenstadt fährt rund jeder 10. — zum Hafen dagegen erst jeder 25. — mit einem Kraftwagen zur Arbeitsstätte.

Etwas weniger als $\frac{2}{3}$ der Berufstätigen im Hafen, nämlich 37 796, benutzen öffentliche Verkehrsmittel, und zwar:

7 813 Personen oder 13,0 vH die Straßenbahn,

3 460 „ „ 5,8 vH die U-Bahn,

2 865 „ „ 4,7 vH die Hadag-Dampfer,

2 602 „ „ 4,3 vH die S-Bahn,

782 „ „ 1,3 vH den Omnibus,

95 „ „ 0,2 vH sonstige Schiffslinien u.

20 „ „ 0,0 vH die Alsterdampfer.

Demnach benutzen 17 637 Berufstätige oder 29,3 vH ein öffentliches Verkehrsmittel. Der Rest — etwa ein Drittel der Berufspendler — benötigt

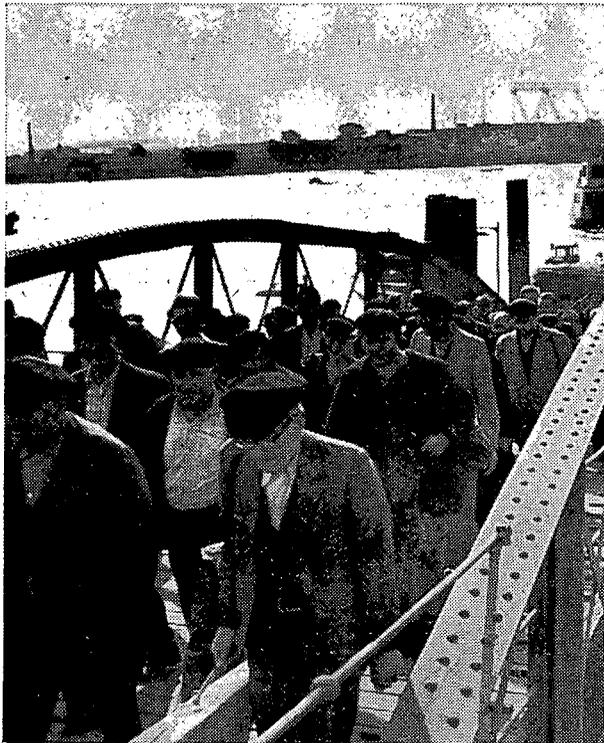


Foto: E. Schmude, Hamburg

mehrere öffentliche Verkehrsmittel. Allerdings braucht der größte Teil davon nur einmal umzusteigen. Hier die häufigsten Zweifachkombinationen¹⁾:

- 605 Berufstätige oder 1,0 vH fahren mit Hadag-Dampfer und Omnibus,
- 2 249 Berufstätige oder 3,7 vH fahren mit Hadag-Dampfer und Straßenbahn,
- 150 Berufstätige oder 0,3 vH fahren mit Hadag-Dampfer und S-Bahn,
- 4 762 Berufstätige oder 7,9 vH fahren mit Hadag-Dampfer und U-Bahn,
- 767 Berufstätige oder 1,3 vH fahren mit Hadag-Dampfer und einem individuellen Verkehrsmittel,
- 115 Berufstätige oder 0,1 vH fahren mit Omnibus und S-Bahn,
- 1 134 Berufstätige oder 1,9 vH fahren mit Omnibus und Straßenbahn,
- 220 Berufstätige oder 0,4 vH fahren mit Omnibus und U-Bahn,
- 298 Berufstätige oder 0,5 vH fahren mit S-Bahn und Straßenbahn,
- 290 Berufstätige oder 0,5 vH fahren mit S-Bahn und U-Bahn,
- 1 857 Berufstätige oder 3,1 vH fahren mit Straßenbahn und U-Bahn,
- 232 Berufstätige oder 0,4 vH fahren mit übrigen Zweifach-Kombinationen.

Insgesamt nehmen 12 679 Personen oder 21,1 vH zwei öffentliche Verkehrsmittel in Anspruch. Die Kombinationen Hadag-Dampfer/U-Bahn und Hadag-Dampfer/Straßenbahn liegen hier mit weitem Abstand an der Spitze.

¹⁾ Die Reihenfolge der gesamten Verkehrsmittel sagt nichts über die Reihenfolge ihrer Benutzung aus.

Auch bei den 6684 Dreifach-Kombinationen¹⁾ überwiegen diejenigen, in denen der Hadag-Dampfer vertreten ist:

- 795 Berufstätige oder 1,3 vH benutzen Hadag-Dampfer, Omnibus und Straßenbahn,
- 353 Berufstätige oder 0,6 vH benutzen Hadag-Dampfer, Omnibus und U-Bahn,
- 126 Berufstätige oder 0,2 vH benutzen Hadag-Dampfer, S-Bahn und Straßenbahn,
- 3 710 Berufstätige oder 6,2 vH benutzen Hadag-Dampfer, Straßenbahn und U-Bahn,
- 173 Berufstätige oder 0,3 vH benutzen Omnibus, Straßenbahn und U-Bahn,
- 1 527 Berufstätige oder 2,5 vH benutzen sonstige Dreifach-Kombinationen.

Sehr selten sind die Fälle, wo die Berufstätigen auf dem Weg zur Arbeit dreimal das Verkehrsmittel wechseln müssen. Lediglich 796 (1,3 vH) Berufspendler benutzen vier Verkehrsmittel. Davon entfallen 304 Personen oder 0,5 vH auf die Kombination Hadag-Dampfer/Omnibus/Straßenbahn/U-Bahn.

Es ist nicht zu verwundern, daß bei den Verkehrsmittelkombinationen immer wieder der Hadag-Dampfer auftaucht; denn im allgemeinen können die Berufstätigen aus den nördlichen Stadtteilen mit den übrigen Verkehrsmitteln nur die Peripherie des Hafens erreichen, so etwa die Landungsbrücken, Baumwall oder Teufelsbrück. Den letzten Rest der Pendlerstrecke müssen sie — soweit sie nicht den Elbtunnel benutzen — mit dem Hadag-Dampfer oder mit einer „Betriebsbarkasse“, die wir nicht zu den öffentlichen Verkehrsmitteln rechnen können, zurücklegen. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß die Hafenfähren in den seltensten Fällen allein benutzt werden. Meistens benötigen die Berufspendler auf dem Weg zum Hafen daneben noch andere Verkehrsmittel, um überhaupt erst die Schiffsanlegestellen zu erreichen.

Die Hadag-Dampfer werden von insgesamt 18 742 Personen benutzt, und zwar:

- in 2 865 Fällen als einziges Verkehrsmittel,
- in 8 973 Fällen als zweites Verkehrsmittel,
- in 6 545 Fällen als drittes Verkehrsmittel und
- in 359 Fällen als viertes Verkehrsmittel.

Auch die Straßenbahn und die U-Bahn werden meistens neben anderen Verkehrsmitteln in Anspruch genommen. Die U-Bahn-Fahrer — insgesamt 17 566 Personen — erreichen nur in 3 460 Fällen

¹⁾ Die Reihenfolge der gesamten Verkehrsmittel sagt nichts über die Reihenfolge ihrer Benutzung aus.

Übersicht 4

Die Beförderungsfälle auf den wichtigsten Verkehrsmitteln für den Verkehr zum Hafen

Verkehrsmittel	Zahl der zum Hafen beförderten Berufstätigen	davon benutzen das vorstehend genannte Verkehrsmittel			
		allein	neben einem anderen Verkehrsmittel	neben zwei anderen Verkehrsmitteln	neben drei anderen Verkehrsmitteln
Straßenbahn	20 834	7 773	6 982	6 056	23
Hadag-Dampfer	18 742	2 865	8 973	6 545	359
U-Bahn	17 566	3 460	8 218	5 601	287
S-Bahn	4 700	2 602	1 223	810	65

mit der U-Bahn allein den Hafen. 8 218 benutzen neben der U-Bahn noch ein zweites und 5 888 sogar zwei und drei weitere Verkehrsmittel. Bei den Straßenbahnfahrern sieht es ähnlich aus. Allein bei den S-Bahn-Benutzern zeigt sich ein anderes Bild, da die S-Bahn überwiegend als einziges Verkehrsmittel in Anspruch genommen wird.

Einen genauen Überblick bietet darüber die Übersicht 4.

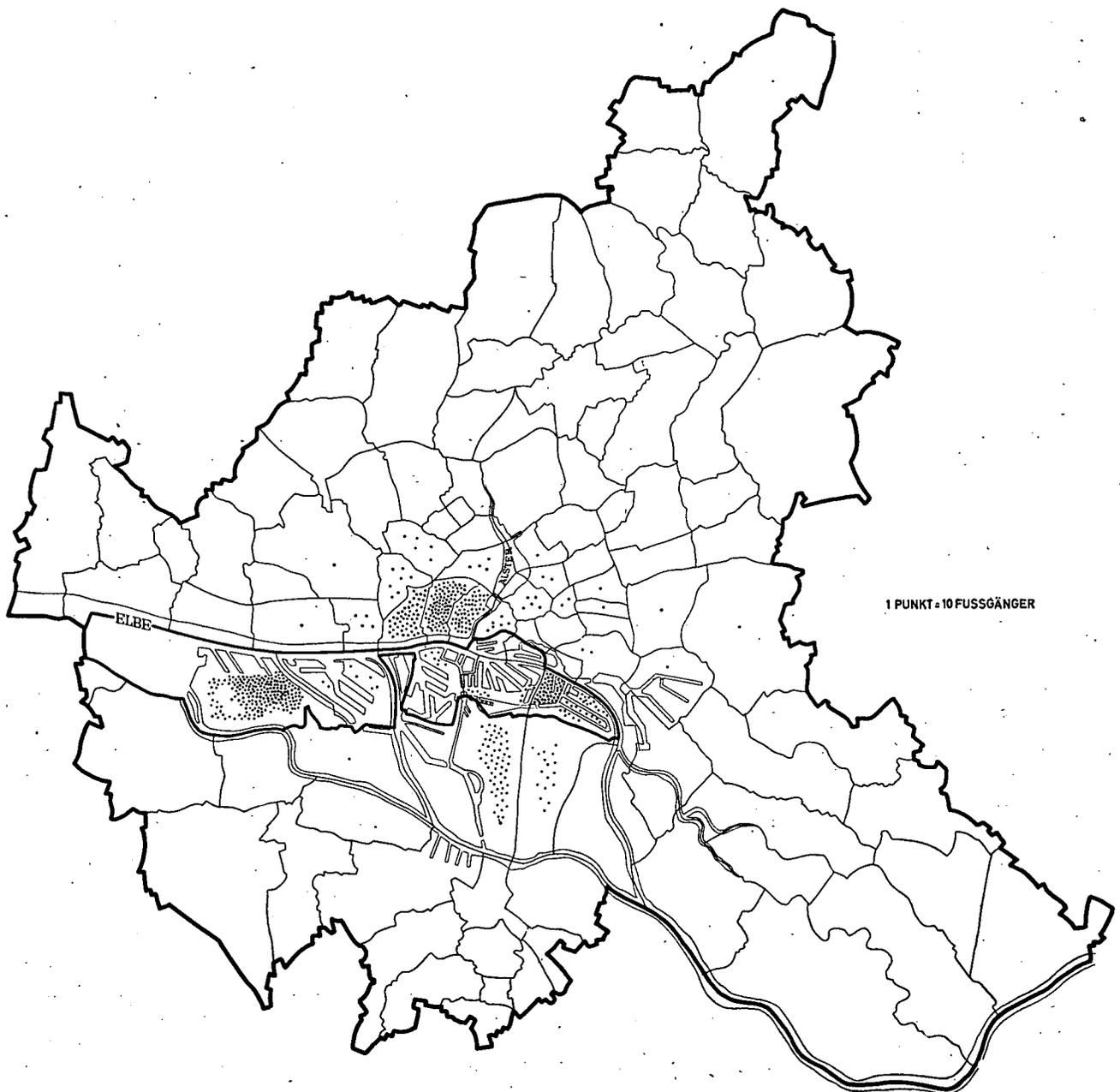
B. Die Ströme des individuellen Verkehrs

Das Bild über die benutzten Verkehrsmittel wäre unvollständig, wollte man auf eine regionale Unterteilung der Verkehrsmittelströme verzichten. Es ist darüber hinaus auch interessant festzustellen, woher die Fußgänger, die Radfahrer sowie die übrigen Verkehrsteilnehmergruppen kommen.

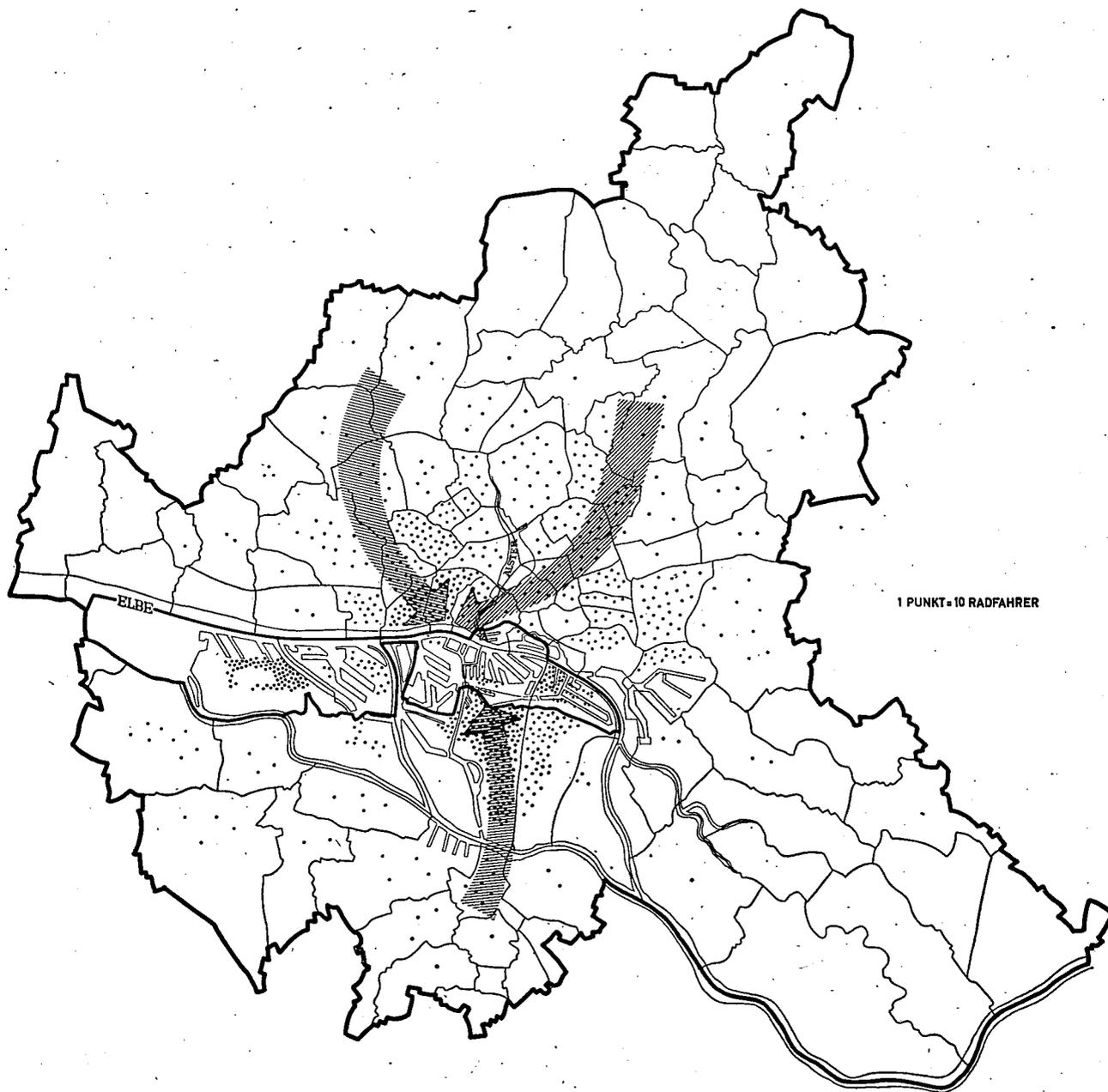
Beginnen wir zunächst mit den Berufstätigen, die auf die einfachste und billigste Art ihre Arbeitsstätten im Hafen erreichen: den Fußgängern. Das Schaubild 6 zeigt eine Punktverteilung der Fußgänger nach den Wohn- bzw. Herkunftsstädteilen. Ein Berufspendler, der den Weg zwischen der Wohnung und der Arbeitsstätte im Hafen zu Fuß zurücklegt, ist — wie aus dem Abschnitt über den Zeitaufwand hervorging — durchschnittlich 21 Minuten unterwegs. Demzufolge kann das Einzugsgebiet der Fußgänger keine große Ausdehnung haben. Diese Annahme bestätigt auch das Schaubild 6. Über die Hälfte der Fußgänger wohnen sogar im Ballungsgebiet Hafen, davon allein 2 065, also fast ein Drittel, in Finkenwerder. Außerhalb des Ballungsgebiets bilden nur wenige Stadtteile mit hohen Fußgängerzahlen ein eng um den Freihafen liegendes Einzugsgebiet. Da-

Schaubild 6

Die Herkunft der Fußgänger



Die Herkunft der Radfahrer



zu gehören: auf dem nördlichen Elbeufer die Stadtteile St. Pauli (897 Fußgänger) und Neustadt (563) sowie auf dem südlichen Elbeufer Wilhelmsburg (588) und Georgswerder (177). Wie ohnehin zu erwarten war, nimmt die Zahl der Fußgänger mit zunehmender Entfernung zum Hafen stark ab.

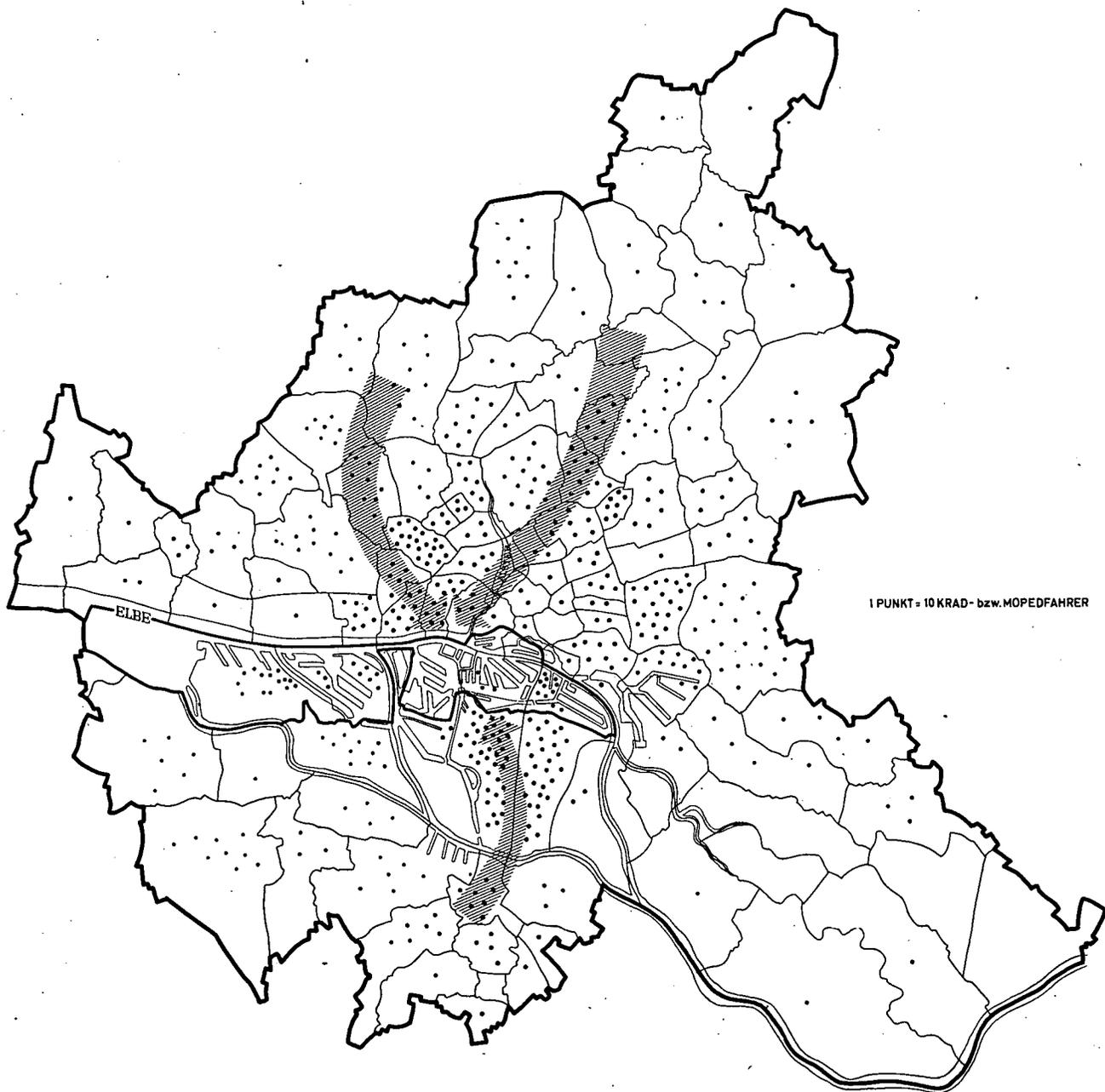
Wie das Schaubild 7 zeigt, scheint auch bei den Radfahrern die zurückzulegende Entfernung eine große Rolle zu spielen, denn auch hier liegen die wichtigsten Herkunftsstadtteile in „Hafen-nähe“. Dennoch hat das Einzugsgebiet der Radfahrer sowohl nach Norden als auch nach Süden eine erheblich größere Ausdehnung als das der Fußgänger. Aus Eimsbüttel kommen zum Beispiel 344 Radfahrer, dagegen aber nur 51 Fußgänger. Selbst von weit entfernten Stadtteilen wie Langenhorn, Rahlstedt und Sinstorf fahren noch einige Pendler mit dem Rad zum Hafen.

Von den 8 323 Berufstätigen, die für den Hin- und Rückweg zur Arbeitsstätte ein Fahrrad benutzen, kommen

- 1 662 aus Wilhelmsburg,
- 797 aus Finkenwerder,
- 528 aus Georgswerder,
- 453 aus Veddel,
- 361 aus St. Pauli,
- 344 aus Eimsbüttel,
- 303 aus Altona-Altstadt,
- 283 aus Horn,
- 204 aus Waltershof,
- 160 aus Ottensen,
- 155 aus Winterhude und
- 3 073 aus allen übrigen Stadtteilen.

Das Schaubild 8 zeigt die Punktverteilung für die Krad- und Mopedfahrer. Insgesamt erreichen 5 289 Berufstätige ihre Arbeitsstätte im

Die Herkunft der Krad- und Mopedfahrer



Hafen mit einem Moped oder Motorrad. Diese Verkehrsteilnehmergruppe zerstreut sich bereits über das gesamte Hamburger Gebiet. Man könnte nicht einen Stadtteil nennen, von dem nicht wenigstens ein Moped- oder Motorradfahrer zum Hafen fährt. Die Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsort hat hier offenbar überhaupt keine Bedeutung mehr.

Verhältnismäßig wenige Moped- oder Motorradfahrer kommen aus den Stadtteilen

- Wilhelmsburg (412),
- Georgswerder (289),
- Eimsbüttel (201) und
- Finkenwerder (144);

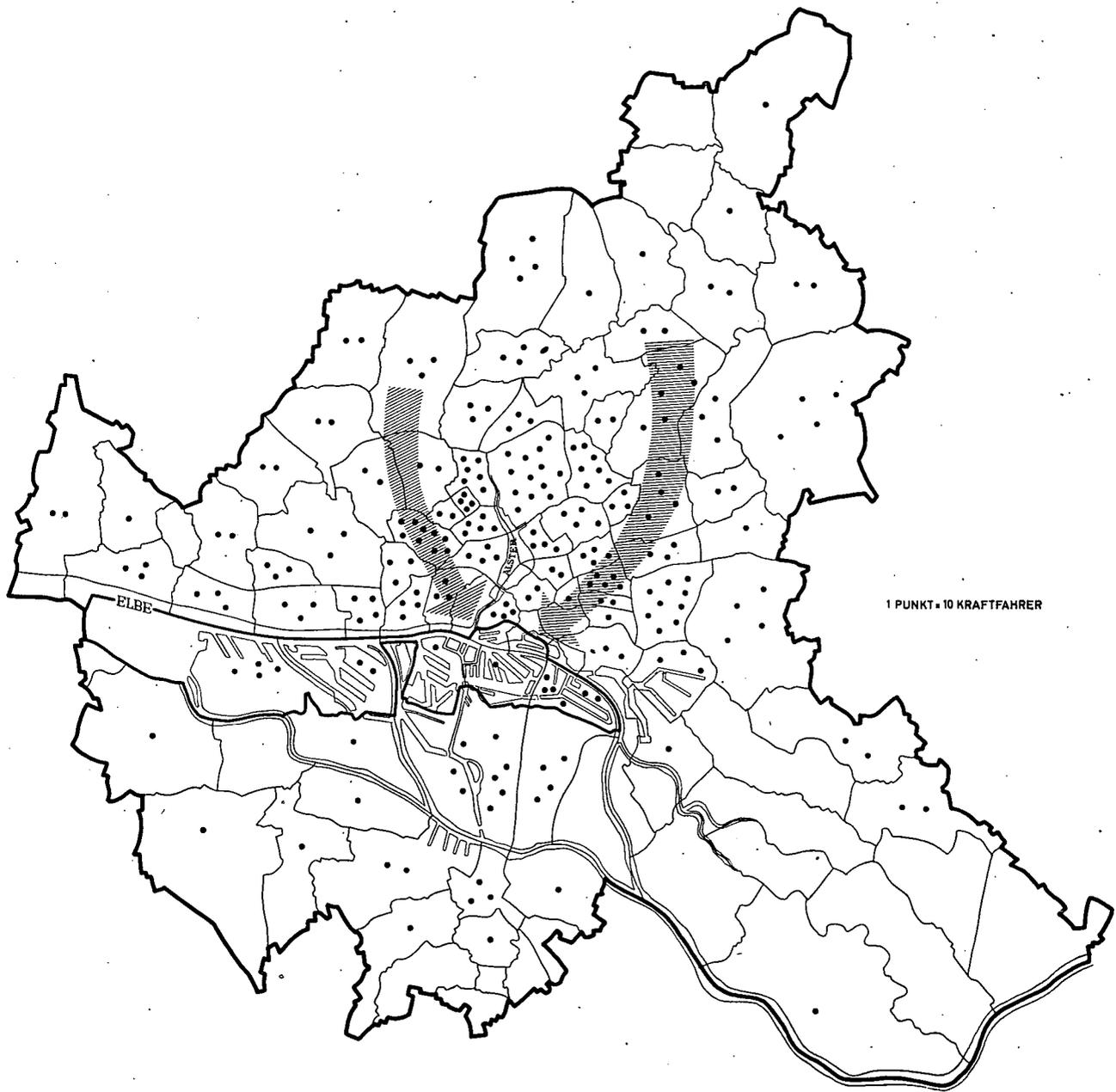
die wir zu der näheren Einzugszone des Hafens rechnen wollen.

Einen ähnlichen Eindruck gewinnt man durch das Schaubild 9, in dem eine Punktverteilung der Kraftwagenbenutzer vorgenommen wurde. Diese Gruppe hat für den Hafen kaum eine

Bedeutung, denn nur 3,9 vH der im Hafen Beschäftigten erreichen ihre Arbeitsstätten mit einem Personen- oder einem Lastkraftwagen. Erstaunlicherweise befinden sich unter den 2325 Kraftwagenfahrern 20 Personen, die für die Hinfahrt zum Hafen eine Taxe benutzt haben. Es handelt sich dabei offenbar um Zufälligkeiten, die bei einer Stichtagerhebung immer eine gewisse Rolle spielen.

Die verhältnismäßig niedrige Zahl von Kraftwagenbenutzern ist vermutlich nicht zufällig, denn die Anfahrtsmöglichkeiten zum Hafen sind erheblich umständlicher als zu den Betrieben in anderen Stadtteilen. Wenn jemand zum Beispiel mit seinem Wagen von Eimsbüttel kommend zur Deutschen Werft nach Finkenwerder gelangen will, so besteht für ihn nur die Möglichkeit, über die Freihafenbrücke das südliche Hafengebiet zu erreichen, da der Elbtunnel in den Spitzenzeiten für den Kraft-

Die Herkunft der Kraftwagenfahrer



wagenverkehr gesperrt ist. Zwischen Steinwerder und Waltershof müßte er sich dann auch noch mit der Kraftfahrzeugfähre — hier allerdings kostenlos — übersetzen lassen. So ist es nicht zu verwundern, daß viele Kraftwagenfahrer ihre Fahrzeuge bei Teufelsbrück und an den Landungsbrücken abstellen, um den restlichen Weg mit einem Hadag-Dampfer oder mit einer Barkasse zurückzulegen. In der Zeit, die der Pkw-Fahrer für den Weg nach Finkenwerder benötigt, könnte man die Deutsche Werft genausogut mit der Kombination U-Bahn/Hadag-Dampfer erreichen.

Wenn auch der Elbtunnel zu bestimmten Zeiten von den Kraftwagenfahrern nicht benutzt werden kann, so hat er für die übrigen Individualisten eine große Bedeutung. Allein in der Morgenspitze zwischen 6 Uhr und 7 Uhr passieren täglich

rund 6 410¹⁾ Verkehrsteilnehmer den Tunnel in Nord-Süd-Richtung, davon sind

- 4 400 Fußgänger,
- 1 340 Radfahrer,
- 620 Mopedfahrer und
- 50 Motorradfahrer.

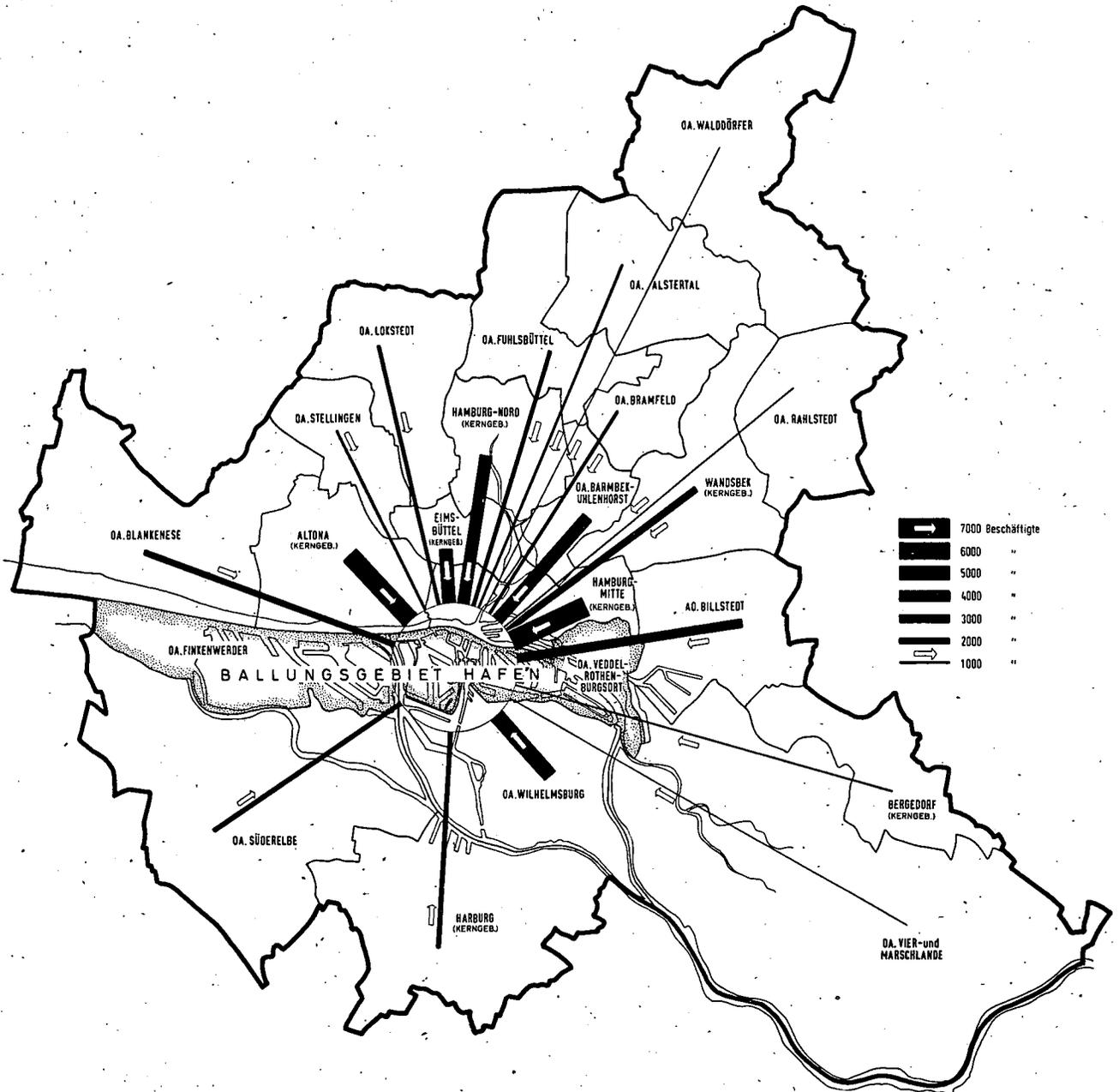
Fast ebensogroß ist der Verkehrsstrom, der sich zwischen 16 Uhr und 17.15 Uhr in umgekehrter Richtung durch den Elbtunnel drängt.

C. Arbeitszeitstaffelung im Hafen?

Wie fast jede Großstadt in der Bundesrepublik hat Hamburg mit den wachsenden Verkehrsschwierigkeiten zu ringen. Die Zusammenballung von mehr als 300 000 Berufstätigen in der City, im

¹⁾ Nach einer Stichtagszählung am 18. 6. 1958.

Die Verkehrsströme zum Hafen aus 20 verschiedenen Ortsamts- bzw. Kerngebieten



Hafen und in Harburg, deren Wohnungen zumeist in anderen Stadtteilen liegen, stellt die Verkehrsträger vor die schwierige Aufgabe, den An- und Abtransport der Menschenmassen zu bewältigen. Selbst bei dem verstärkten Einsatz von Verkehrsmitteln ist es kaum möglich, den Verkehrsbedürfnissen in den Spitzenzeiten zu genügen, da der größte Teil der Berufstätigen auf dem Weg zur Arbeit fast gleichzeitig die vorhandenen Verkehrsmittel in Anspruch nimmt. Unter diesen Gegebenheiten fließt der Menschenstrom zweimal täglich durch die Stadt und bringt jene unangenehmen und viel diskutierten Erscheinungen im Verkehr mit sich, die für die Verkehrssituation der Großstädte schon bezeichnend sind.

Obleich sich die Pendelwanderung der Berufstätigen im gesamten Stadtgebiet bemerkbar macht und die Verkehrsbeziehungen zwischen Wohn- und Arbeitsort so vielschichtig sind, daß praktisch alle

Stadtteile in irgendeiner Form Herkunfts- und Zielgebiete darstellen, ist es doch schwerwiegend, wenn die wenigen regionalen Beschäftigungsschwerpunkte in Hamburg wie Magneten fast die Hälfte des Verkehrsflusses anziehen. Ein solcher Schwerpunkt ist das Hafengebiet, in dem 75 000 Menschen beschäftigt sind.

Etwa ein Zehntel des gesamten morgens von den Wohngebieten in und um Hamburg ausgehenden Berufsverkehrs mündet in das Ballungsgebiet Hafen. Doch diese Aussage ist noch zu global, um die besondere Bedeutung des Zielverkehrs zum Hafen hervortreten zu lassen. Dazu muß man das Strömbild des Hamburger Berufsverkehrs im zeitlichen Zusammenhang sehen.

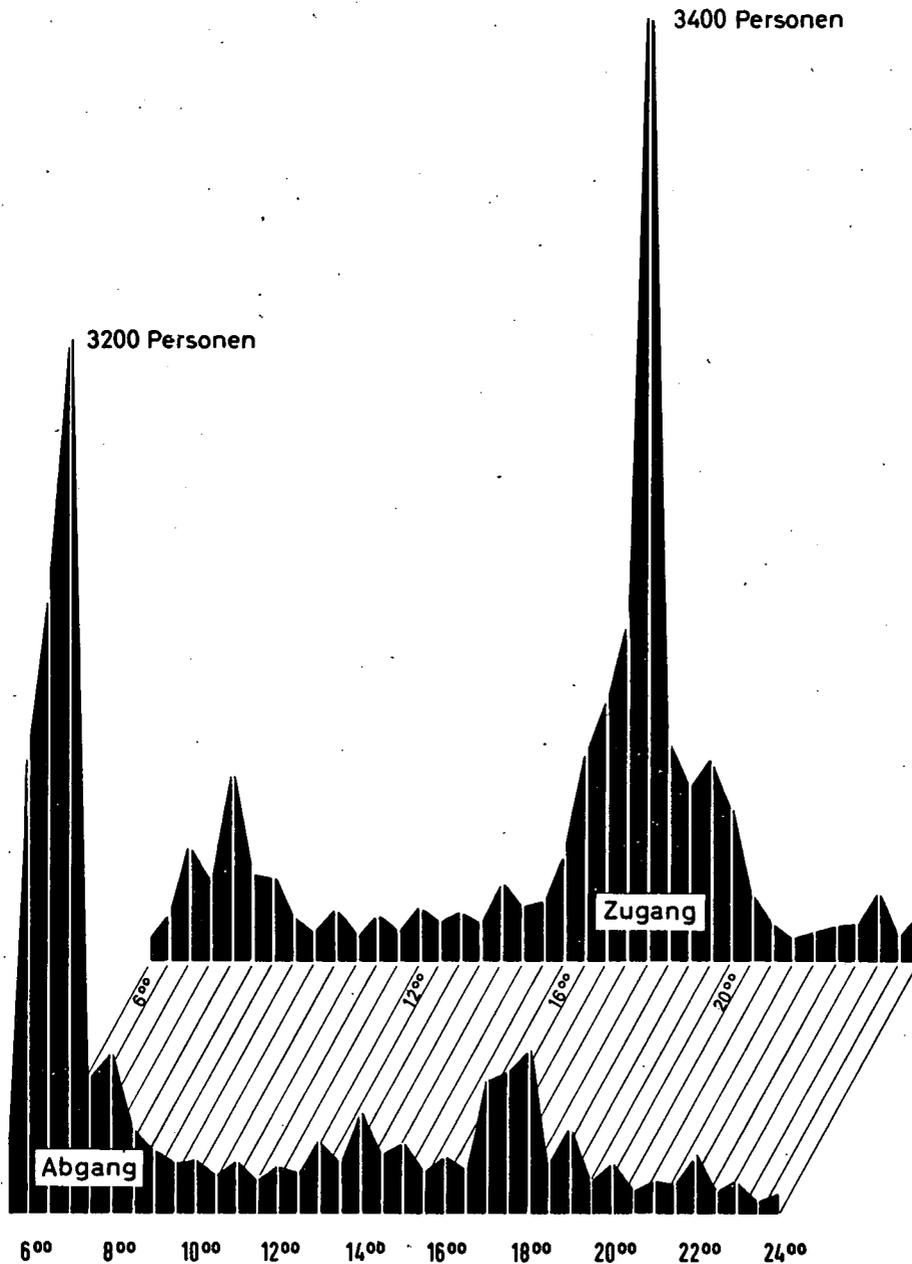
Die Berufstätigen im Hafen beginnen verhältnismäßig früh mit der Arbeit. Das bedeutet, daß die meisten Beschäftigten zwischen 6 Uhr und 7 Uhr ihre Betriebe im Hafen bereits erreicht haben,

während der Hauptverkehr zur Innenstadt zu diesem Zeitpunkt erst allmählich ansteigt. Zwischen 6 Uhr und 7 Uhr sind rd. 266 000 Hamburger auf dem Weg zu ihren Arbeitsstätten. Davon bewegt sich ein Strom von rd. 46 500 Menschen — etwa 17,4 vH — zum Hafen. Nach 7 Uhr macht sich dagegen der Zielverkehr zum Hafen kaum noch bemerkbar, denn zwischen 7 Uhr und 8 Uhr sind nur noch 5,2 vH und zwischen 8 Uhr und 9 Uhr sogar

nur noch 1,9 vH der Berufspendler zum Hafen unterwegs.

Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß die meisten Berufstätigen im Hafen zwischen 6 Uhr und 7 Uhr und in der Innenstadt zwischen 8 Uhr und 9 Uhr mit der Arbeit beginnen. Dadurch fallen auch die Verkehrsströme zum Hafen und zur Innenstadt zeitlich auseinander. Für den Verkehr in den Morgenstunden ergibt sich damit eine glückliche, wenn

Schaubild 11 Zu- und Abgänge an der U-Bahnstation Landungsbrücken



Aus der Broschüre „Unsere Arbeitszeiten müssen gestaffelt werden“

auch notwendige Lösung, denn es käme mit Sicherheit zu einem Verkehrschaos, würden sich die Ströme des Berufsverkehrs auch noch zeitlich überschneiden.

Auf der anderen Seite ist die Konzentration der Arbeitsbeginn- und -endzeiten gerade im Hafen so stark ausgeprägt, daß sich dadurch wiederum spe-

zifische Verkehrsprobleme ergeben. Allein um 7 Uhr beginnen rd. 35 000 Berufstätige im Hafen mit der Arbeit. Bei dieser großen Zahl von Beschäftigten, die um sieben Uhr am Arbeitsplatz sein müssen, ist es nicht zu verwundern, wenn die zum Hafen führenden Verkehrslinien — vor allem die Straßen- und U-Bahnen — zwischen 6.15 Uhr und 6.45 Uhr erheblich überlastet sind.

Es ist eine Besonderheit des Zielverkehrs zum Hafen, daß die Verkehrsschwierigkeiten — abgesehen vom Gebiet Veddel-Peute — nicht im Hafen selbst, sondern außerhalb des Hafens auf dem nördlichen Elbeufer auftreten. Für die rd. 50 500 Berufstätigen, die aus den nördlich der Elbe gelegenen Stadtteilen und aus Schleswig-Holstein täglich in das Ballungsgebiet Hafen pendeln, stellt die Elbe das natürliche Verkehrshindernis dar. Deshalb konzentriert sich der gesamte im Norden aufkommende Berufsverkehr in Richtung auf die wenigen „Tore“ zum Ballungsgebiet Hafen: Landungsbrücken, Baumwall und Teufelsbrück. Von diesen Punkten verteilt sich der hier ankommende Verkehr wieder in Richtung Steinwerder, Kleiner Grasbrook und Finkenwerder, teils auf dem Wasserwege mit Barkassen und Dampfern, teils auf dem Landwege durch den Elbtunnel.

So ist es auch zu erklären, daß gerade der Verkehrsknotenpunkt Landungsbrücken eine besondere Bedeutung für den Hafenverkehr hat, denn hier führen die Straßenbahnlinien 1 und 14 sowie die U-Bahn morgens rd. 21 000 Berufstätige dicht an die Peripherie des Hafens heran. Allein mit der U-Bahn kommen täglich rd. 18 000 Beschäftigte an. Deshalb ist die U-Bahn-Station Landungsbrücken am stärksten von der übermäßigen Belastung der Verkehrsanlagen in den Spitzenzeiten betroffen. Während in der normalen Verkehrszeit je Stunde 300 bis 400 Menschen zu- oder abgehen, schnellt die Zahl der Aussteigenden morgens kurz vor 7 Uhr während einer Viertelstunde auf über 3000 Personen an. Am Nachmittag ist diese Spitze noch ausgeprägter. Zwischen 17 Uhr und 17.30 Uhr sind es über 3500 und nicht selten sogar über 5000 Menschen, die fast gleichzeitig nach Hause fahren wollen¹⁾.

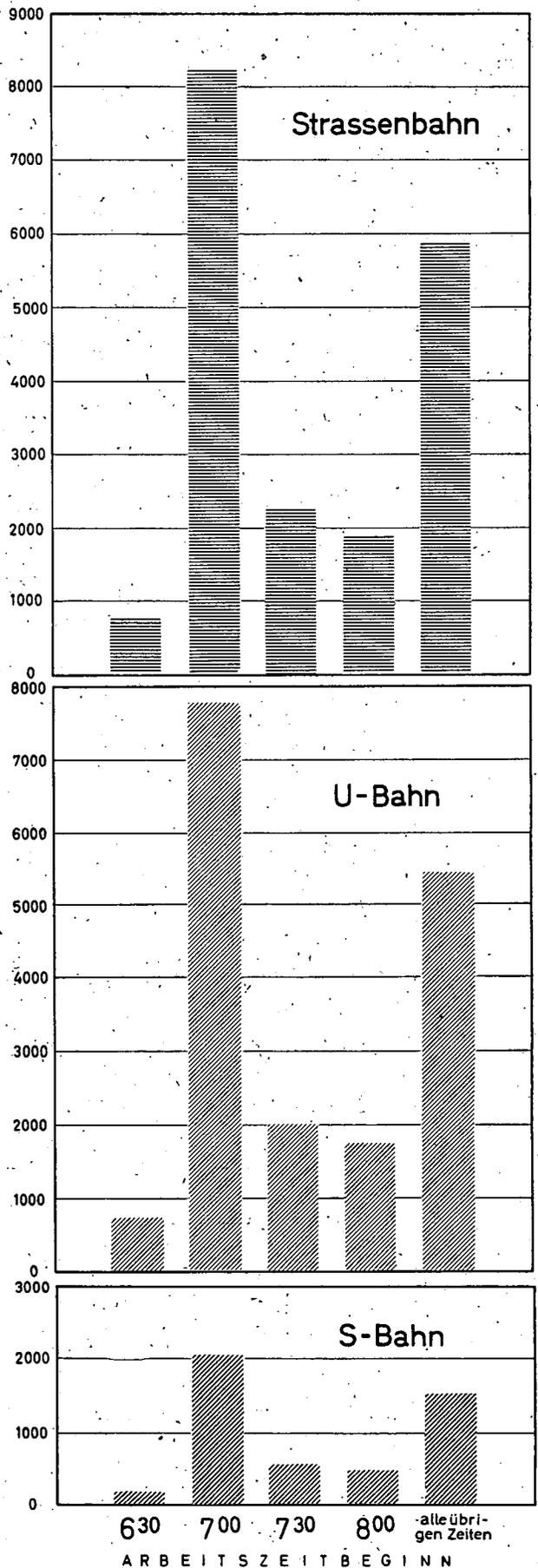
Ähnliche Schwierigkeiten ergeben sich auf der Veddel und der Peute. Dieses Industriegebiet — ein Teil des Ballungsgebietes Hafen — wird durch Omnibusse, S-Bahn und vor allem durch die Straßenbahnlinien 11, 13 und 14 bedient. Die meisten hier beschäftigten Berufstätigen nehmen — soweit sie keine individuellen Verkehrsmittel benutzen — die Straßenbahn in Anspruch. Wie stark die Linien 11, 13 und 14 belastet werden, zeigt sich schon an den Frequenzen des zu- und abgehenden Verkehrs an den Haltestellen Veddel Markt, Hovestieg und Veddeler Bahnhof. Nach den Ermittlungen der Hamburger Hochbahn AG. steigen täglich an diesen Haltestellen insgesamt rd. 13 730 Personen aus. Zu diesem Zielverkehr aus dem Norden und Süden Hamburgs kommt dann noch der Durchgangsverkehr von der Innenstadt nach Harburg und umgekehrt sowie der Gelegenheitsverkehr, der hier eine gewisse Rolle spielt. Auch auf diesen Linien ballt sich der Verkehr in den Spitzenzeiten: morgens kurz vor 7 Uhr und nachmittags kurz nach 16 Uhr.

Diese Spitzenerscheinungen im Verkehr zum Hafen sind zweifellos eine Folge der beinahe einheitlichen Arbeitszeiten im Ballungsgebiet Hafen, denn mehr als 30 000 Berufstätige beginnen zur gleichen Zeit, nämlich um 7 Uhr, mit der Arbeit. Freilich massiert sich dieser gewaltige Menschen-

¹⁾ Vergl. „Unsere Arbeitszeiten müssen gestaffelt werden“, Broschüre der Hamburger Hochbahnaktiengesellschaft vom Oktober 1957.

Schaubild 12 Die Benutzer von Straßenbahn, U-Bahn und S-Bahn nach dem Betriebszeitbeginn

ZAHLE DER BERUFSPENDLER ZUM HAFEN



strom nicht an einer Stelle, und auch nicht alle nehmen öffentliche Verkehrsmittel in Anspruch, und doch sind es noch 17 858 Personen, die kurz vor 7 Uhr die „Zubringerlinien“ zum Hafen — Straßenbahn, U-Bahn und S-Bahn — belasten.

Das Belastungsbild auf den öffentlichen Verkehrsmitteln zu bestimmter Zeit wird noch deutlicher, wenn man die Benutzer der „Zubringerlinien“ nach dem Arbeitszeitbeginn untersucht. Das Schaubild 12 gibt darüber interessante Aufschlüsse. Von den 18 977 Berufspendlern, die morgens auf dem Hinweg zur Arbeitsstätte die Straßenbahn als letztes oder vorletztes Verkehrsmittel benutzen, müssen

778	um	6.30	Uhr,
8 217	„	7.00	„
2 239	„	7.30	„ und
1 878	„	8.00	„

den Betrieb erreicht haben. Nur 5864 Personen nehmen die Straßenbahn zu anderen Zeiten in Anspruch, da sie entweder vor 6.30 Uhr oder nach 8 Uhr mit der Arbeit beginnen. Die gleiche Situation trifft für die Fahrgäste der U- und S-Bahn zu. Daraus ergibt sich für alle Berufstätigen, die mit der Straßenbahn, U-Bahn oder S-Bahn morgens zum Hafen fahren, daß

4,1	vH	um	6.30	Uhr	mit	der	Arbeit	beginnen,
43,3	vH	„	7.00	„	„	„	„	„
11,8	vH	„	7.30	„	„	„	„	„
9,9	vH	„	8.00	„	„	„	„	„ und

nur 30,9 vH zu anderen Zeiten mit der Arbeit beginnen. Demzufolge sind die vom Hafenerverkehr betroffenen Verkehrsmittel vor allem in der Zeit zwischen 6.15 Uhr und 6.45 Uhr übermäßig belastet.

In Anbetracht dieser ausgeprägten Spitzenbelastungen hat die Diskussion um die Staffelung der Arbeitszeiten mehr und mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit gefunden. Die Bestrebungen der Hamburger Verkehrsbetriebe zielen darauf ab, die „Spitzen“ in irgendeiner Form abzuflachen, um damit die Verkehrsmittel zu entlasten und den Berufspendlern den täglichen Hin- und Rückweg zu erleichtern. Bei der augenblicklichen begrenzten Verkehrskapazität bietet sich dafür praktisch nur ein Ausweg an: die Staffelung der Arbeitszeiten in den Ballungsgebieten Hafen und Innenstadt.

Ein Erfolg wurde schon im Herbst 1957 erzielt, als der Öffentliche Dienst die Arbeitsbeginnzeiten für seine Bediensteten um eine halbe Stunde, von 8 Uhr auf 7.30 Uhr, vorverlegte. Während vorher 70 vH aller zwischen 7.30 Uhr und 8 Uhr „pendelnden“ Berufstätigen die Acht-Uhr-Spitze zur Innenstadt belasteten, hat sich nach der Vorver-

legung eine spürbare Entlastung bemerkbar gemacht.

In ähnlicher Form wäre eine sinnvolle Arbeitszeitverschiebung im ganzen Hafengebiet denkbar. Schon vor dem Kriege hat die Firma Blohm & Voss die Arbeitszeit für ihre 15 000 Arbeiter gestaffelt, um das Gedränge im Elbtunnel zu mildern. Es ist zweifellos ein Vorteil, wenn, wie im Ballungsgebiet Hafen, verhältnismäßig wenige Betriebe entscheidend auf die Dezentralisation der Arbeitsbeginn- und -endzeiten einwirken können. Selbst wenn sich nur einige Industriebetriebe zu einer Arbeitszeitverlegung bereitfänden, müßte damit eine Entlastung mit den Verkehrslinien — wenigstens in den Morgenstunden — erreicht werden.

Die Nachmittagsspitze wäre dagegen erheblich schwerer abzuflachen, da sich schon durch die unregelmäßigen Arbeitsendzeiten der Werftarbeiter gewisse Zufälligkeiten ergeben, die das Belastungsbild von Tag zu Tag ändern können.

Bei einer Staffelung der Arbeitszeiten im Ballungsgebiet Hafen müßte man auch den Hauptverkehr zur Innenstadt berücksichtigen. Es wäre z. B. möglich, daß die Spitzen im Zielverkehr zum Hafen zwar abgebaut werden, daß aber an anderen wichtigen Knotenpunkten neue Spitzen entstehen, die sich in den Morgen- und Nachmittagsstunden noch viel ungünstiger auswirken können.

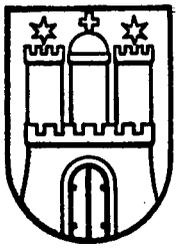
Das wäre der Fall, wenn die Hafenerbetriebe nicht um 7 Uhr, sondern um 8 Uhr anfangen würden. Dann würde sich der Verkehr zum Hafen mit dem Verkehrsstrom zur und durch die Innenstadt überlagern.

Für das Ballungsgebiet Hafen käme deshalb nur eine Vorverlegung der Arbeitszeiten in Betracht. Aber auch hierbei könnten sich Schwierigkeiten ergeben, wenn zum Beispiel alle Betriebe eine oder eine halbe Stunde eher beginnen würden. Eine solche einheitliche Verlegung der Arbeitszeiten würde die „Spitze“ nicht verringern, sondern nur verschieben.

Der Idealfall wäre eine sinnvolle Staffelung der Arbeitszeiten innerhalb eines jeden Betriebes mit mehr als 1000 Angestellten nach dem Vorbild der Firma Blohm & Voss vor dem Kriege. Da viele Betriebe im Ballungsgebiet Hafen ohnehin bald die Arbeitszeit verkürzen wollen, wäre es denkbar, daß mit einer Arbeitszeitverkürzung auch eine Arbeitszeitstaffelung vorgenommen wird, was nach den theoretischen Überlegungen zu einer spürbaren Entlastung der Verkehrsmittel zu bestimmten Zeiten führen müßte.

Wilfried Legat, Dipl.-Volkswirt

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet



Hamburg in Zahlen

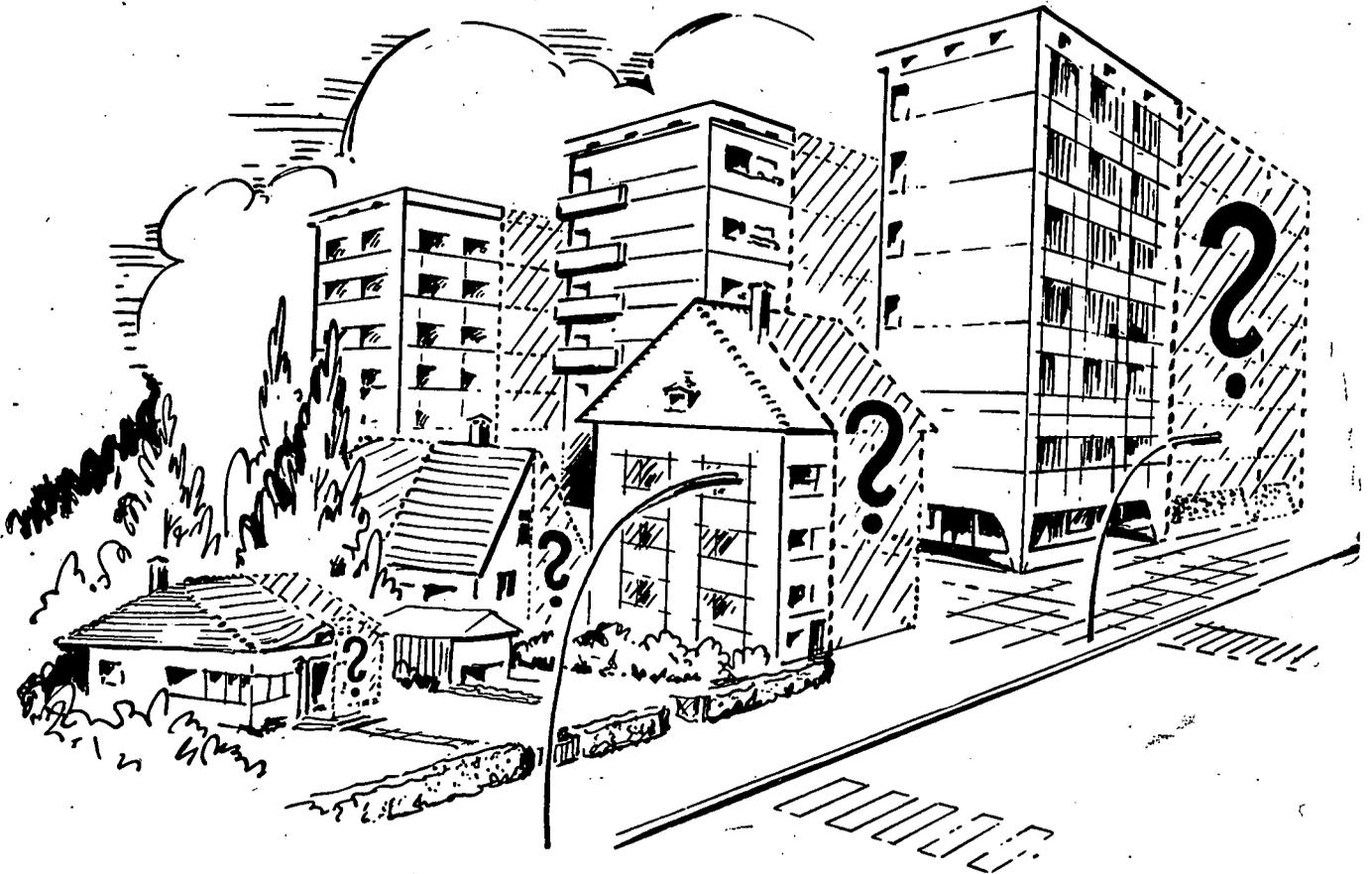
Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Jahrgang 1958

Hamburg, den 30. September 1958

Heft Nr. 16

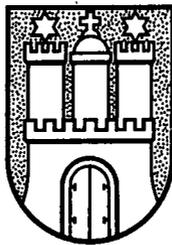
Memorandum



Wieviele Wohnungen fehlen?

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 30. September 1958

Jahrgang 1958 – Heft Nr. 16

Wohnungsfehlbestand und Wohnungsbedarf in Hamburg nach der Wohnungszählung 1956/57

INHALT

I. Methodische Vorbemerkungen

II. Der rechnerische Wohnungsfehlbestand in Hamburg

- A. Die Entwicklung seit dem ersten Weltkrieg
- B. Der Wohnungsfehlbestand im Herbst 1956
nach verschiedenen Berechnungsmethoden
- C. Wie groß müssen die fehlenden Wohnungen sein?

III. Darstellung des subjektiven Wohnungsbedarfs

- A. Die Wohnungswunschbefragung in Hamburg
- B. Was für Wohnungen werden verlangt?
- C. Wünsche und Zahlungsbereitschaft
- D. Wohnungsbedarf und Wohnungsfehlbestand

IV. Die voraussichtliche Entwicklung bis 1961

Drizehn Jahre nach Kriegsende stellt sich überall in der Bundesrepublik die Frage: Wie groß ist heute noch unser Bedarf an Wohnungen? Das gilt für Hamburg ebenso wie für alle anderen Bundesländer. Man ist leicht versucht, diese Frage aus der persönlichen Erfahrung spontan in der einen oder anderen Richtung zu beantworten. Wie weit die privaten Ansichten gerade in der Diskussion um den Wohnungsbau auseinandergehen, ist bekannt. Das ist auch verständlich, wenn man berücksichtigt, daß die Wohnungsfrage jeden einzelnen unmittelbar berührt und dadurch eine leidenschaftslose Unterhaltung über diese Probleme kaum möglich erscheint. Hinzu kommt, daß die mit dem Wohnungs-

bedarf zusammenhängenden Fragen sehr vielschichtig und kompliziert sind, wodurch die Meinungsbildung wesentlich erschwert wird.

Es war eines der wichtigsten Ziele der Wohnungszählung 1956/57, die Frage nach dem noch vorhandenen Wohnungsbedarf klären zu helfen durch Erstellung des Grundlagenmaterials und Erarbeitung geeigneter Berechnungsmethoden. In diesem Sinne ist auch die vorliegende Arbeit über den Hamburger Wohnungsbedarf zu verstehen. Sie will lediglich die Ergebnisse der Wohnungszählung interpretieren; die durchgeführten Berechnungen sind nur als Informationen gedacht.

I. Methodische Vorbemerkungen

Die Untersuchung über den Wohnungsbedarf in Hamburg stützt sich im wesentlichen auf die Ergebnisse der Wohnungszählung von 1956 und 1957. Am 25. September 1956 erfolgte eine Totalerhebung im Bundesgebiet, welche die wichtigsten Zahlen über Gebäude, Wohnungen und Haushaltungen ermittelte. Gleichzeitig wurden für jede zehnte Wohnung speziellere Fragen über Wohnungsbelegung und Wohnungsnutzung gestellt. Die aus diesem Teil der Erhebung ermittelten Zahlen für Hamburg bilden die Grundlage für den Abschnitt II dieses Aufsatzes über den objektiven Wohnungsfehlbestand. Eine ausführliche und regional gegliederte Zusammenstellung dieses Materials wurde im Heft 47 der „Statistik des Hamburgischen Staates“ als Quellenwerk veröffentlicht.

Als zweiter Teil des bundeseinheitlich geregelten Erhebungswerkes „Wohnungszählung“ erfolgte im Mai und Juni 1957 eine 1 vH-Zusatzerhebung im Interview-Verfahren, wodurch kompliziertere Zusammenhänge, wie Art und Umfang des Wohnungsbedarfes, Wohnungsausstattung usw., geklärt werden sollten. Da es nicht als sicher angesehen werden konnte, daß ein Repräsentationssatz von nur 1 vH für Hamburg verallgemeinerungsfähige Ergebnisse bringen kann, wurde hier eine zusätzliche 10 vH-Befragung über die Wohnungswünsche der Bevölkerung durchgeführt, und zwar gleichzeitig mit der Bundeserhebung am 25. 9. 1956. Die Ergebnisse dieser Hamburger Sondererhebung wurden im Abschnitt III über den subjektiven Wohnungsbedarf verwertet.

Die Berechnungen des Abschnittes IV: Schätzung der Entwicklung des Wohnungsbedarfs bis 1961, gehen aus von der Grundlage des objektiven Wohnungsbedarfs (Abschnitt II). Dazu wurden Zahlen aus der Bevölkerungs-, Wanderungs- und Bau-statistik verwendet.

Einige Bemerkungen noch zum Aufbau dieser Untersuchung. Die Dreiteilung der Arbeit in Wohnungsfehlbestand, Wohnungsbedarf und zukünftigen Wohnungsfehlbestand ergab sich insofern, als es sich bei jedem dieser Teile um eine von den anderen völlig unabhängige Betrachtungsweise der Wohnungssituation handelt. Auch in der modernen Literatur werden diese drei verschiedenen Arten des Wohnungsbedarfs im allgemeinen voneinander unterschieden, obwohl die Anwendung der Begriffe nicht immer einheitlich geschieht. Um in dieser Untersuchung keine Unklarheiten entstehen zu

lassen, sollen im folgenden noch einige kurze Erläuterungen der hier hauptsächlich verwendeten Begriffe und der mit ihnen zusammenhängenden Fragen gebracht werden.

1. Mit **Wohnungsfehlbestand** (oder Wohnungsdefizit) ist hier der objektive, unter Zugrundelegung **sozialpolitischer Normen** sich ergebende Fehlbestand an Wohnungen bezeichnet. Im zweiten Wohnungsbaugesetz sind die Prinzipien der Wohnungsbaupolitik folgendermaßen umrissen: „Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände haben den Wohnungsbau unter besonderer Bevorzugung des Baues von Wohnungen, die nach Größe, Ausstattung und Miete oder Belastung für die breiten Schichten des Volkes bestimmt und geeignet sind (sozialer Wohnungsbau), als vordringliche Aufgabe zu fördern. . . . In ausreichendem Maße sind solche Wohnungen zu fördern, die die Entfaltung eines gesunden Familienlebens . . . gewährleisten.“¹⁾

Aus diesen Leitsätzen wird allgemein der Schluß gezogen, daß jede Mehrpersonenhaushaltung Anspruch auf eine ihrer Größe und ihrem Einkommen entsprechende Wohnung hat. Während es sich hierbei um eine allseitig anerkannte Forderung handelt, treten recht unterschiedliche Meinungen bei der Frage auf, wieviel und welche der Einpersonenhaushaltungen²⁾ in den Kreis derjenigen aufgenommen werden sollen, denen ein Anspruch auf eigene Wohnung zusteht. Diese verschiedenen Auffassungen wurden in den einzelnen Berechnungen des Wohnungsfehlbestandes im Abschnitt II dargestellt. Welcher von diesen sich der Leser anschließen will, sei der persönlichen Entscheidung überlassen. Das Statistische Landesamt Hamburg hat die Methode, die es selbst für die geeignetste hält, später zur Grundlage seiner weiteren Ausführungen gemacht.

Ähnlich, wenn auch in geringerem Umfang, gehen die Ansichten bei der Zumessung von Wohnraum für die verschieden großen Familien auseinander. Auch in diesem Fall wurde so vorgegangen, daß die verschiedenen Methoden dargestellt und anschließend eine für die weitere Bearbeitung zugrunde gelegt wurde.

¹⁾ Zweites Wohnungsbaugesetz vom 27. 6. 1956, in: Bundesgesetzblatt Teil I, Nr. 30 vom 28. 6. 1956.

²⁾ Nach den Begriffsbestimmungen der Wohnungszählung 1956/57 gilt als Einpersonenhaushaltung „jede für sich allein wirtschaftende Einzelperson“, so daß hierunter auch Untermieter und Schlafgänger fallen.

Es soll noch einmal darauf hingewiesen werden, daß es sich bei der Berechnung des **objektiven Wohnungsfehlbestandes** um eine rein rechnerische Größe am 25. 9. 1956 handelt. Sie sagt nichts darüber aus, welche Vorstellungen und Wünsche die Bevölkerung selbst im Hinblick auf ihre Wohnung hat und inwieweit sie in der Lage ist, eine eigene Wohnung zu finanzieren. Das zeigt, daß der Wohnungsfehlbestand eine rein theoretische Größe ist. Trotzdem ist seine Berechnung notwendig und von bestimmtem Aussagewert. Wenn man sich seiner Einschränkungen und Voraussetzungen bewußt ist, vermittelt das Wohnungsdefizit einen globalen Überblick über die zum Zeitpunkt der Erhebung bestehende Wohnungssituation. Auch sind mit Hilfe dieser Methode überregionale Vergleiche möglich (wenn man sich auf eine der Berechnungsarten einigen kann). Schließlich ist der Wohnungsfehlbestand wichtig als Voraussetzung und Vergleichsmaßstab für den subjektiven Wohnungsbedarf.

2. Die Ermittlung des **Wohnungsbedarfs** soll nun die Lage auf dem Wohnungssektor mit Hilfe der **subjektiven** Vorstellungen der einzelnen über die von ihnen angestrebten Wohnungen zu klären versuchen. Im Gegensatz zu dem eben beschriebenen sozialpolitischen Aspekt bezeichnet man diese Form auch als die **wirtschaftliche Betrachtungsweise**¹⁾, da es sich hier gewissermaßen um die Durchleuchtung der Nachfrageseite auf dem Wohnungsmarkt handelt. Im Gegensatz zu der Diskussion um den Wohnungsfehlbestand, wo Meinungsverschiedenheiten lediglich um die Berechnungsart, nicht jedoch über seine Berechtigung überhaupt entstanden, gehen bei der Frage der Ermittlung des subjektiven Wohnungsbedarfs von seiten der Statistik die Ansichten weit auseinander²⁾.

Diese Differenzen sollen hier nicht weiter verfolgt werden. Das „Gesetz über eine Statistik der

¹⁾ vgl. Günter Bamberger: „Die Berechnung des örtlichen Wohnungsbedarfs“, Referat hektografiert, o. O. und o. J. (ca. 1957) S. 5.

²⁾ vgl. z. B. Günter Bamberger a. a. O. S. 5 f und Dr. Peter Deneffe: „Zur statistischen Bestimmung des Wohnungsbedarfs“, in: Gemeinnütziges Wohnungswesen, März 1958, Heft 3, S. 69 ff.

II. Der rechnerische Wohnungsfehlbestand in Hamburg

A. Die Entwicklung seit dem ersten Weltkrieg

Ein „Wohnungsproblem“ als sozialpolitisches Faktum gibt es eigentlich erst seit den Jahren nach dem ersten Weltkrieg. Seit dieser Zeit bis heute ist es allerdings nie mehr ganz verschwunden. Wenn man in den statistischen Veröffentlichungen Ende des vorigen oder Anfang dieses Jahrhunderts blättert, so sucht man vergeblich die heute geläufigen Vokabeln wie Wohnungsnot oder Wohnungsbedarf. Das besagt allerdings nicht, daß damals jede Familie ausreichend und zufriedenstellend untergebracht war. Im Gegenteil, die Zustände, besonders in den durch die Industrialisierung schnell gewachsenen Städten mit überbelegten Mietkasernen und Hinterhäusern, waren — an unserem heutigen Maßstab gemessen — keineswegs normal. In vielen Fällen herrschte ein ausgesprochenes Wohnungselend vor. Trotzdem war die Wohnungslage damals nicht Gegenstand öffentlicher Diskussion. Die Einstellung

Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungsstatistik 1956/57)³⁾ vom 17. 5. 1956 geht von der Notwendigkeit einer Erfassung des Wohnungsbedarfs aus und ordnete dafür eine 1 vH-Zusatzerhebung im Bundesgebiet für das Frühjahr 1957 an, die noch dreimal im Abstand von etwa zwei Jahren durchgeführt werden soll. Da die hierfür erforderlichen Tatbestände durch eine mündliche Befragung eingehend erfaßt werden sollten (Interviewverfahren), mußte sich diese Erhebung auf einen Auswahlatz von 1 vH beschränken. Für das Bundesgebiet werden die dabei anfallenden Ergebnisse sicher von Bedeutung sein. Anders ist es bei einem so verhältnismäßig kleinen Land wie Hamburg. Hier können eindeutige Schlußfolgerungen auf der Grundlage eines so geringen Repräsentationssatzes nicht gezogen werden. Um aber auch für Hamburg eine Vorstellung von den Wünschen der Bevölkerung bezüglich der Wohnungsfrage zu erhalten, hat man sich nach eingehenden Überlegungen dazu entschlossen, eine zusätzlich freiwillige Befragung über die Wohnungswünsche in 10 vH aller Hamburger Wohnungen durchzuführen. Mit Hilfe dieser Ergebnisse (die in ihrer Tendenz durch die 1 vH-Erhebung bestätigt wurden) konnte im Abschnitt III auch der subjektive Wohnungsbedarf für Hamburg dargestellt werden.

3. Beide bisher genannten Methoden, die objektive wie auch die subjektive, beziehen sich auf den Stichtag der Wohnungszählung am 25. 9. 1956. Dieses Datum liegt jetzt etwa zwei Jahre zurück. Um eine Vorstellung über die inzwischen erfolgte Änderung der Wohnungssituation zu vermitteln, wurde im Abschnitt IV unter Berücksichtigung dynamischer Faktoren (Bevölkerungsentwicklung, Bautätigkeit u. a.) versucht, den Stand des Wohnungsdefizits im letzten Vierteljahr 1958 zu schätzen. Darüber hinaus wurde mit dem gleichen Verfahren der **zukünftige Wohnungsfehlbestand bis 1961** ermittelt. Selbstverständlich können diese Zahlen lediglich als wahrscheinliche Entwicklungstendenzen angesehen werden.

³⁾ BGBl. Teil I, Nr. 23 vom 23. 5. 1956.

der Menschen zu den sozialen Verhältnissen im allgemeinen und zur Wohnungsfrage im besonderen war damals eine ganz andere als heute. Die Ansprüche, besonders in den minderbemittelten Schichten des Volkes, lagen ja auf allen Gebieten des materiellen Bedarfs wesentlich unter dem Niveau, das für moderne Verhältnisse selbstverständlich ist. Für den Wohnungssektor zeigt sich das deutlich aus einer Veröffentlichung des damaligen „Statistischen Bureaus der Deputation für direkte Steuern“ von 1878, wo folgende Abgrenzung für „übervölkerte Wohnungen“ gegeben wird: „Die Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer, welche 6 und mehr Bewohner, und die Wohnungen mit zwei heizbaren Zimmern, welche 10 und mehr Bewohner enthalten, werden... übervölkerte Wohnungen genannt“⁴⁾. Alles, was unter dieser Grenze lag, galt also für

⁴⁾ Statistik des Hamburgischen Staates, Heft IX, Hamburg 1878, S. 8.

damalige Vorstellungen als normal, während wohl heute 5 Personen in einer Wohnung mit einem heizbaren Zimmer als dringender Notstand zu bezeichnen wären.

Obwohl 1875 immerhin 11,7 vH aller Hamburger Wohnungen mit ein und zwei heizbaren Zimmern nach dieser Definition „übevölkert“ waren (das betraf 12 vH der gesamten Bevölkerung), so finden wir doch in der angeführten Veröffentlichung kein einziges Wort der Unzufriedenheit mit diesem Zustand und schon gar nicht eine Berechnung etwa fehlender Wohnungen. Lediglich eine Wohndichteberechnung zeigt, daß 1875 auf eine Wohnung in Hamburg 4,7 Personen entfallen. Das sagt im Verhältnis zu den heutigen Zahlen (1956 3,3 Personen je Normalwohnung) jedoch nicht viel aus, da einerseits die Wohnungen damals von recht unterschiedlicher Größe waren (den geräumigen bürgerlichen Wohnungen standen sehr beengte oder unzureichend gebaute Unterkünfte gegenüber), andererseits aber auch in den begüterten Schichten zum Teil mehrere Räume pro Person zur Verfügung standen, so daß die Durchschnittszahl für damalige Zeiten wahrscheinlich noch weniger aussagefähig ist als heute.

Die Zäsur des ersten Weltkrieges machte sich auch in der Wohnungsfrage deutlich bemerkbar, obwohl damals eine Verminderung der Wohnungszahl durch Kriegszerstörungen kaum erfolgte. Die Zahl der neugeschaffenen Wohnungen pro Jahr sank in Hamburg während des Krieges faktisch auf Null ab (8 Wohnungen im Jahr 1917¹⁾) und stieg erst 1920 wieder auf über 1000, blieb aber auch in den folgenden Jahren wesentlich unter dem Durchschnitt der Vorkriegszeit. Der Nettozuwachs an Haushaltungen war dagegen noch etwas höher als vor 1914. Er bewegte sich in den Jahren 1919 bis 1926 zwischen 6000 und 10 000 jährlich. Diese objektive Verschlechterung der Wohnungssituation bewirkte, daß um die Mitte der zwanziger Jahre, als die größten politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen der Nachkriegszeit überwunden waren, die Frage der Wohnungsnot überall in Deutschland akut wurde. Darüber hinaus war das soziale Bewußtsein sowohl der Regierungen als auch der öffentlichen Meinung wesentlich stärker geworden, und auch der Wohnungsfrage wurde im Zuge dieser Entwicklung mehr Bedeutung beigemessen.

In Hamburg erschien 1925 eine Schrift „Die Wohnungsnot in der Stadt Hamburg“²⁾. Hier wird versucht, den damaligen Wohnungsfehlbestand zu ermitteln an Hand einer vom Wohnungsamt durchgeführten Zählung der Wohnungsuchenden. Da sich die Eintragungen in die Listen des Wohnungsamtes als nicht genau genug erwiesen hatten, wurde die Hamburger Bevölkerung aufgerufen, sich an bestimmten Tagen bei den Zählstellen des Wohnungsamtes zu melden, falls sie eine Wohnung benötigten. Es ergaben sich dabei **30 284 wohnungsuchende Parteien mit 76 974 Personen**, die noch nicht im Besitz einer eigenen Wohnung waren. Die Untersuchung schließt mit der resignierenden Feststellung, daß man sich unter diesen Umständen bei

¹⁾ vgl. Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft, Jg. 1927, Heft 1, S. 10.

²⁾ Die Wohnungsnot in der Stadt Hamburg auf Grund der amtlichen Zählung der Wohnungsuchenden im Juni/Juli 1925, Hamburg, August 1925.

der gegebenen Baukapazität noch auf eine lange Dauer der Wohnungsnot einstellen muß. Das Wohnungsdefizit von rd. 30 000 im Jahre 1925 ist allerdings nicht mit modernen Zahlen vergleichbar. Erstens handelte es sich damals um ein weit geringeres Gebiet des Hamburgischen Staates³⁾, und zweitens bestehen grundlegende methodische Unterschiede zu den heutigen objektiven Berechnungsweisen⁴⁾.

1927 wird in einer Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes Hamburg schon zwischen theoretischem (= objektivem) und praktischem (= subjektivem) Wohnungsbedarf unterschieden⁵⁾. Es wird jedoch betont, daß nur der theoretische Wohnungsbedarf statistisch erfaßbar ist. Mit Hilfe einer Bilanz zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt⁶⁾ wird das jährliche Defizit oder der Überschuß an Wohnungen errechnet.

Verfolgt man die Entwicklung dieser Zahlen über mehrere Jahre, so zeigt sich deutlich, daß ab 1919 die Nachfrage das Angebot wesentlich übersteigt, nachdem in der Kriegszeit die Bilanz nur durch den erheblichen Leerwohnungsbestand noch positiv war. Bis **Ende 1926** hat sich der theoretische Wohnungsfehlbestand nach dieser Berechnung auf **rd. 40 000 Wohnungen** summiert.

Drei Jahre später haben sich die statistischen Berechnungsmethoden für den theoretischen Wohnungsfehlbestand bereits erheblich vermehrt und kompliziert. Das Statistische Landesamt veröffentlichte 1930 Wohnungsdefizitberechnungen nach 6 verschiedenen Methoden, deren Ergebnisse für verschiedene Stichtage zwischen 1925 und 1929 Schwankungen von 16 000 bis 31 000 Wohnungen ergeben.

In den folgenden Jahren werden regelmäßig Berechnungen des theoretischen Wohnungsbedarfs angestellt. Das Statistische Landesamt bedient sich dabei weiterhin hauptsächlich der Methode einer Bilanz zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt⁷⁾, so daß ein Vergleich für eine Reihe von Jahren möglich wird⁸⁾:

Jahre	Theoretischer Wohnungsbedarf am Ende des Jahres
1929	22 272
1930	19 267
1931	14 268
1932	14 666
1933	19 179
1934	24 484
1935	26 516
1936	24 908

Die letzte Berechnung des Hamburger Wohnungsdefizits vor dem zweiten Weltkrieg wurde im Mai 1939 veröffentlicht⁹⁾. Da das hamburgische Staatsgebiet inzwischen infolge des Groß-Hamburg-Gesetzes von 1937 wesentlich vergrößert wurde, mußte

³⁾ Anschluß preußischer Gebiete durch das Groß-Hamburg-Gesetz 1937.

⁴⁾ Diese Untersuchung von 1925 weist mehr Parallelität zum subjektiven Wohnungsbedarf auf.

⁵⁾ Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft, Jg. 1927, Heft 1, S. 9.

⁶⁾ Angebot = leerstehende + neugeschaffene Wohnungen; Nachfrage = Eheschließungen zwischen Ledigen + Wanderungsgewinn - Haushaltsauflösungen durch Sterbefälle.

⁷⁾ Mit kleinen Abweichungen in den zugrunde liegenden Daten, die sich aber nicht entscheidend auswirken.

⁸⁾ vgl. Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft, 1935 Nr. 6, S. 109 f., und 1937 Nr. 4, S. 60.

⁹⁾ Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft, 1939, Heft 2, S. 27 f.

hier ein anderes Berechnungsverfahren angewandt werden, so daß diese Zahlen weder methodisch noch sachlich mit vorstehenden Ergebnissen zu vergleichen sind. Aus der Gegenüberstellung der Haushalte ohne eigene oder mit unzureichender Wohnung sowie der Neubauten und der Leerwohnungen errechnet sich ein **Wohnungsdefizit für Januar 1939 von 47 447 Wohnungen.**

Das war der Stand bei Ausbruch des Krieges. Vier Jahre später waren alle bisherigen Berechnungsversuche gegenstandslos geworden. Nach den großen Luftangriffen auf Hamburg im Juli/August 1943 hatte sich der Bestand an Wohnungen um rd. 274 000 verringert, und fast 700 000 Bewohner waren ohne Unterkunft¹⁾. Auf Grund der folgenden Massenevakuierungen hat sich die Wohndichte von 2,5 Personen je Wohnung am 24. Juli 1943 jedoch nur auf 3,2 am 10. Oktober 1943 erhöht. Auf eine genaue Berechnung des Wohnungsfehlbestandes wurde in dieser Situation verständlicherweise verzichtet.

Im September 1948 erfolgte die erste grobe Berechnung der Wohndichte nach dem Kriege für Hamburg und die britische Besatzungszone²⁾. Danach war in Hamburg am 31. März 1948 jeder Wohnraum über 6 qm durchschnittlich mit 1,67 Personen belegt. Als erste generelle Bestandsaufnahme für den Wohnungssektor wurde am 13. 9. 1950 zusammen mit der allgemeinen Volks- und Berufszählung eine Wohnungszählung im Bundesgebiet durchgeführt. Dabei ergab sich eine Belegungsdichte von 4,06 Bewohnern je Wohnung und 1,14 Bewohnern je Wohnraum³⁾. Im Anschluß an diese Zählung würde für Hamburg keine Berechnung des Wohnungsfehlbestandes vorgenommen. Um einen ungefähren Vergleich mit den Verhältnissen von 1956 zu ermöglichen, soll das hier nachträglich durchgeführt werden. Da die entsprechende Spezialaufbereitung der Ergebnisse von 1950 fehlt, kann diese Berechnung hier nur nach der globalen Methode von Fey⁴⁾ vorgenommen werden.

Wohnungsdefizitberechnung nach Fey 1950 in Hamburg

a) Im engeren Sinne	
Mehrpersonenwohnparteien	463 049
./ Mehrraumnormalwohnungen ⁵⁾	306 063
Wohnungsdefizit	= 156 986
b) Im weiteren Sinne	
Mehrpersonenwohnparteien	463 049
+ 50 vH Einpersonenzohnparteien	91 098
	554 147
./ Normalwohnungen ⁵⁾	309 724
Wohnungsdefizit	= 244 423

Diese Berechnungsmethode ist nur eine von vielen der heute angewendeten Möglichkeiten. Sie hat Vor- und Nachteile, auf die im folgenden Abschnitt bei der Berechnung für 1956 noch näher eingegangen werden soll. Sie zeigt jedoch in etwa das Ausmaß des Wohnungsproblems, wie es 1950 noch in Hamburg bestand.

¹⁾ Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft, Sondernummer 7, 1944.
²⁾ Hamburg in Zahlen, 1948, Heft 11, S. 1 f.
³⁾ Hamburg in Zahlen, 1951, Heft 29, S. 17.
⁴⁾ vgl. Abschnitt II/B, S. 237.
⁵⁾ ohne beschränkt bewohnbare Wohnungen.

Abschließend läßt sich zu der Entwicklung der Wohnungssituation bis 1950 sagen, daß das Wohnungsproblem seit dem ersten Weltkrieg niemals mehr sozialpolitisch voll befriedigend gelöst werden konnte. Die Katastrophe des zweiten Weltkrieges hatte alle vorangegangenen Berechnungen vollends illusorisch gemacht und wohl die größte Wohnungsnot seit Jahrhunderten hervorgerufen. Seit 10 Jahren wird jetzt an ihrer Beseitigung gearbeitet. Im folgenden Abschnitt soll versucht werden, einen Überblick über die Situation im Jahre 1956 zu geben.

B. Der Wohnungsfehlbestand im Herbst 1956 nach verschiedenen Berechnungsmethoden

Die Wohnungszählung von 1956 hatte als einen Hauptzweck die Berechnung des Wohnungsdefizits für die Bundesrepublik und die Bundesländer zugrunde gelegt. Es ist daher bereits vor Beginn der Zählung in Fachkreisen über die geeignetesten Methoden zur Erfassung des Wohnungsfehlbestandes lebhaft diskutiert worden, damit die entsprechende Aufbereitung der Ergebnisse rechtzeitig bei der Erhebung und im Tabellenprogramm berücksichtigt werden konnte. Die vielen verschiedenen Meinungen, welche Grundsätze für die Berechnung maßgebend sein sollten, konnten jedoch weder in der Fachliteratur noch in den Ausschußsitzungen zu einer endgültigen Übereinstimmung gebracht werden. Das wird verständlich, wenn man berücksichtigt, in welchem Ausmaß politische Entscheidungen bei diesem Problem erforderlich sind. Wie vielen und welchen Einpersonenzohnpartnern soll ein Anspruch auf eine eigene Wohnung zuerkannt werden? Wieviel Wohnraum soll pro Person zugrunde gelegt werden? Diese und ähnliche Fragen können naturgemäß nur dem persönlichen Ermessen zufolge beantwortet werden, solange sich noch kein allgemein anerkanntes Leitbild dafür herausgebildet hat. Darüber hinaus mußten rein methodische Fragen berücksichtigt werden, wie z. B. die Möglichkeit der Fortschreibung des Wohnungsdefizits und eine möglichst einfache Erhebungs- und Aufbereitungstechnik.

Solange keine ausreichende Meinungsforschung über die Wohnungswünsche der Bevölkerung durchgeführt werden konnte (sie wurde schließlich als repräsentative Zusatzerhebung für Mai 1957 beschlossen), mußte man sich mit der objektiven Berechnungsart des Wohnungsfehlbestandes auseinandersetzen. Dazu kam die Auffassung vieler Statistiker, eine Meinungsbefragung gehe über die Aufgaben der amtlichen Statistik hinaus, die lediglich Tatsachen zu erfassen habe.

Die vielen verschiedenen Ansichten über die richtige Berechnung des objektiven Wohnungsdefizits sollen hier nicht im einzelnen verfolgt werden. In den weiteren Ausführungen werden lediglich einige der bekannt gewordenen Berechnungsarten auf die Hamburger Verhältnisse angewandt. Als letzte wird die Methode dargestellt, die das Statistische Landesamt Hamburg auf Grund seiner zum Teil über die Bundesergebnisse hinausgehenden Zahlen ermittelt hat und die als Grundlage für weitere Berechnungen (regionale und Größengliederung des Wohnungsfehlbestandes) in dieser Untersuchung dienen soll.

Welcher der folgenden Berechnungsmethoden (und damit welcher Höhe des Wohnungsfehlbestandes) sich der Leser anschließen will, muß der persönlichen Entscheidung vorbehalten bleiben. Bei allen Berechnungen wurde ausgegangen von der Zahl der reinen Normalwohnungen, d. h. ohne beschränkt bewohnbare Wohnungen (37 552 in Behelfsheimen von 30 und mehr qm und 596 in abbruchreifen Gebäuden), da sich bei einer Untersuchung der Behelfsheime¹⁾ ergeben hatte, daß diese zum dauernden Wohngebrauch überwiegend nicht geeignet sind.

1. Berechnung nach der vom Statistischen Amt der Stadt Düsseldorf bisher angewandten Methode²⁾

Es handelt sich hier um eine Ermittlung des Wohnungsdefizits durch die globale Gegenüberstellung von Einwohnerzahl und Zahl der Wohnräume. Diese Methode bietet zwar nur einen sehr groben Überblick über die Wohnungssituation. Sie hat jedoch den Vorteil, daß sie (außer der Unterstellung 1 Person = 1 Wohnraum) keine subjektiven Annahmen macht, sondern nur objektive Größen zueinander in Beziehung setzt.

Hamburg 1956

Zahl der Bewohner³⁾ 1 740 539

./. Wohnräume in Normalwohnungen 1 655 567

Wohnraumdefizit = 84 972

Bei Zugrundelegung einer durchschnittlichen Normalwohnungsgröße von 3,6 Räumen⁴⁾ ergibt sich:

Wohnungsdefizit = 23 603

Der hier ermittelte Wohnungsfehlbestand ist extrem niedrig. Das liegt im wesentlichen an der einfachen Relation 1 Person = 1 Wohnraum, wobei alle Küchen zur Deckung des Wohnraumbedarfs mit herangezogen werden. Da es in Hamburg wesentlich mehr kleine Wohnparteien gibt als überdurchschnittlich große, macht sich diese Vereinfachung besonders bemerkbar, wenn dagegen der Schlüssel für die Wohnraumzumessung nach Evers⁵⁾ zum Vergleich herangezogen wird.

2. Berechnung nach Fey⁶⁾

Fey entwickelte für die Bestimmung des Wohnungsfehlbestandes eine ebenfalls sehr einfache Methode, bei der er gewissermaßen in zwei Stufen vorgeht:

a) Das Wohnungsdefizit im engeren Sinne

Hier werden gegenübergestellt die Zahl der Mehrpersonenhaushaltungen und die mehrräumigen Normalwohnungen.

Hamburg 1956

Mehrpersonenwohnparteien 511 450

./. Mehrraumnormalwohnungen 443 434

Wohnungsdefizit = 68 016

1) Hamburg in Zahlen 1958, Heft 11.

2) vgl. Dr. Hilde Berenbrok: „Die Wohnungssituation in Düsseldorf“, herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Düsseldorf, Düsseldorf 1958.

3) Nicht Wohnbevölkerung wie Düsseldorf, da diese Zahl dort nur aus Vergleichsgründen zugrunde gelegt wurde, d. h. also hier ohne Personen in Anstalten, Heimen usw.

4) Als Wohnräume zählen alle Zimmer über 6 qm und Küchen ohne Rücksicht auf die Größe.

5) vgl. Abschnitt II/C, S. 243.

6) vgl. Dr. Walter Fey: „Die Fortschritte in der Abdeckung des Wohnungsdefizits“ in: Bundesbaublatt 1955, Heft 5.

Nach Abdeckung dieses Defizits würden erst alle Mehrpersonenhaushaltungen in Hamburg ausreichend mit Wohnung versorgt sein. Das entspräche der dringendsten Forderung der westdeutschen Wohnungspolitik. Fey weist allerdings selbst darauf hin, daß damit noch nicht der gesamte sozial gerechtfertigte Wohnungsbedarf gedeckt sei. Der ergibt sich in etwa durch die zweite Berechnungsstufe:

b) Das Wohnungsdefizit im weiteren Sinne

Zu den Mehrpersonenwohnparteien werden hier auf der Bedarfsseite noch 50 vH der Einpersonenzohnparteien hinzugerechnet, während alle vorhandenen Normalwohnungen davon abgesetzt werden.

Hamburg 1956

Mehrpersonenwohnparteien 511 450

+ 50 vH Einpersonenzohnparteien 94 440

605 890

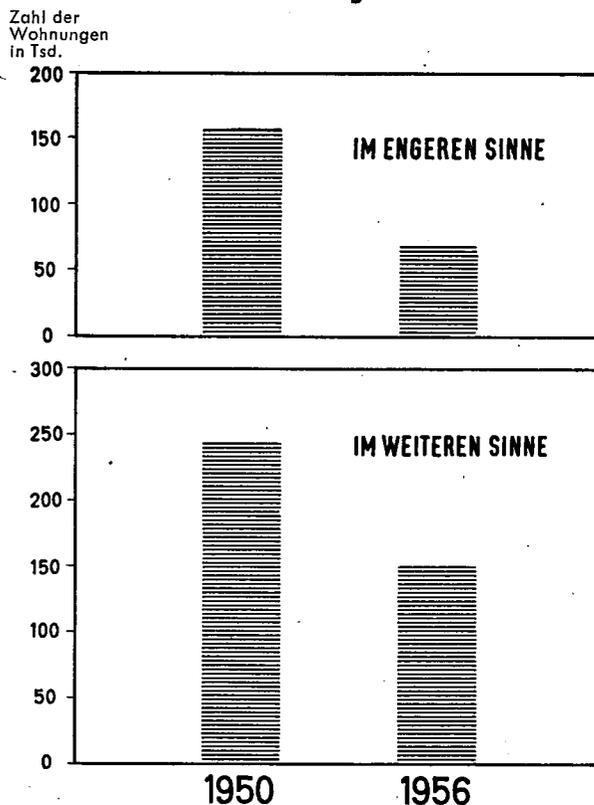
./. Normalwohnungen 456 639

Wohnungsdefizit = 149 251

Der generelle Satz von 50 vH Einpersonenzohnhaltungen ist von verschiedenen Seiten als nicht zutreffend bezeichnet worden. Es wurde dagegen die Annahme erörtert, daß nur 33 vH der **Einpersonenzohnparteien** als wohnungsberechtigt anzusehen seien. Unter dieser Voraussetzung würde sich das Wohnungsdefizit für Hamburg auf 117 142 verringern. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß in Hamburg 1956 fast 50 vH der Einpersonenzohnparteien bereits Inhaber einer eigenen Normalwohnung waren, so daß der Ansatz von 33¹/₃ vH

Schaubild 1

Wohnungsfehlbestand nach Fey 1950 und 1956 in Hamburg



den hiesigen Verhältnissen nicht gerecht werden kann.

Als Vergleich sei hier noch einmal das auf S. 236 nach derselben Methode berechnete Wohnungsdefizit von 1950 herangezogen.

Hamburger Wohnungsdefizit nach Fey	1950	1956	Abnahme 1956 gegenüber 1950
im engeren Sinne . . .	156 986	68 016	88 970
im weiteren Sinne . . .	244 423	149 251	95 172

Diese Zahlen und das **Schaubild 1** vermitteln einen Überblick über die Leistungen in der Wohnungswirtschaft während der 6 Jahre von 1950 bis 1956. Wenn auch die Berechnungsmethode nicht einstimmig akzeptiert wird, so ermöglicht ihre einheitliche Anwendbarkeit doch in etwa einen Vergleich der Größenordnungen. Das Wohnungsdefizit im engeren Sinne hat sich demnach um fast 90 000 und das im weiteren Sinne um rd. 95 000 verringert. Der Reinzugang an Wohnungen betrug in der gleichen Zeit jedoch rd. 145 000. Das zeigt, wie sehr der endgültige Abbau des Wohnungsdefizits durch ständig neu hinzukommenden Bedarf erschwert wird.

3. Berechnung nach Gabriel¹⁾

Ein besonderes Problem der Berechnung des Wohnungsfehlbestandes ist die Möglichkeit einer Fortschreibung, um ständig über den neuesten Stand unterrichtet zu sein. Da die Fortschreibung von Haushaltungen (zumal getrennt nach Ein- und Mehrpersonenhaushaltungen) nicht genau genug erfolgen kann und allgemeine Zählungen als Kontrollmöglichkeiten nur selten durchgeführt werden, hat Gabriel eine neue Methode zur Errechnung des Wohnungsdefizits unter dem Gesichtspunkt der Fortschreibungsmöglichkeit entwickelt. Er setzt alle bestehenden Ehen sowie die Zahl der verwitweten und geschiedenen Frauen als wohnungsberechtigt auf der Bedarfsseite ein und kommt nach Abzug der Normalwohnungen auf die Zahl der fehlenden Wohnungen.

Hamburg 1956	
'Ehen am 25. 9. 1956	437 951
+ verwitwete Frauen	136 260
+ geschiedene Frauen	40 132
	614 343
./. Normalwohnungen	456 639
Wohnungsdefizit	= 157 704

Der hier entstehende Wohnungsfehlbestand ist etwas höher als der nach Fey errechnete, obwohl die Zahl der Ehen naturgemäß niedriger ist als die der Mehrpersonenhaushaltungen. Das wird jedoch durch die Zahl der verwitweten und geschiedenen Frauen überkompensiert, die wesentlich über der Annahme von 50 vH aller Einzelpersonenwohnparteien liegt. Welcher der beiden Ansätze wirklichkeitsnäher ist, läßt sich nicht entscheiden, da sowohl der einen als auch der anderen Methode nur undifferenzierte Gruppen zugrunde liegen.

¹⁾ vgl. Gabriel: „Probleme der Berechnung des Wohnungsfehlbestandes in den Gemeinden“. Referat auf der 8. Tagung des Ausschusses für Bau- und Wohnungsstatistik am 3. und 4. 6. 1954 in Limburg a. d. Lahn (hektografiert).

4. Berechnung nach Kaeser²⁾

Diese Methode errechnet die wohnungsbedürftigen Einzelpersonenhaushaltungen durch den Anteil der Einzelpersonen-Wohnungsinhaberparteien in vH der gesamten Einzelpersonenwohnparteien zuzüglich 10 vH für wohnungsberechtigte Einzelpersonenuntermieter.

Hamburg 1956

Mehrpersonenhaushaltungen	511 450
Wohnungsbedürftige Einzelpersonenhaushaltungen:	
Anteil der Einzelpersonen-Wohnungsinhaberparteien in vH der Einzelpersonenwohnparteien ³⁾ :	46,4 vH
+ 10,0 vH	+ 10,0 vH
= 56,4 vH aller Einzelpersonenwohnparteien	106 529
	617 979
./. Normalwohnungen	456 639
Wohnungsdefizit	= 161 340

Diese Berechnung geht davon aus, daß auf jeden Fall alle Einzelpersonenwohnparteien, die bereits eine eigene Wohnung haben, weiterhin als wohnungsberechtigt anzusehen sind. Der Zuschlag von 10 vH für andere Einzelpersonenhaushaltungen enthält allerdings wieder eine grobe Schätzung.

5. Berechnung nach Bamberger⁴⁾

Auch Bamberger setzt voraus, daß allen Einzelpersonen, die bereits Inhaber einer Normalwohnung sind, bei der Berechnung grundsätzlich ein Anspruch auf eine Wohnung zuerkannt werden muß. Für die restlichen Einzelpersonenhaushaltungen schlägt Bamberger eine soziologisch bestimmte Abgrenzung vor, die sich auf die Merkmale Geschlecht, Alter, Familienstand und Erwerbstätigkeit bezieht. Da diese Faktoren in den Ergebnissen der Wohnungszählung 1956 im einzelnen nicht ausgewiesen sind, legt er für die Berechnung die in der 10 vH-Repräsentativerhebung vorgesehenen Haushaltstypen Eb, Ec und Ef zugrunde, die der von ihm zunächst vorgeschlagenen Abgrenzung zwar nicht entsprechen, aber doch eine in etwa zutreffende Differenzierung der Ansprüche erlauben.

Haushaltungstyp Eb sind männliche, ledige, verwitwete und geschiedene Einzelpersonen über 45 Jahre alt, vorwiegend von Erwerbseinkommen lebend

Haushaltungstyp Ec sind weibliche, ledige, verwitwete und geschiedene Einzelpersonen über 45 Jahre alt, vorwiegend von Erwerbseinkommen lebend

Haushaltungstyp Ef sind verheiratete Einzelpersonen.

²⁾ vgl. Statistische Berichte aus Baden-Württemberg, Reihe VI 542 — 23/1, 22. 12. 1954.

³⁾ berechnet nur auf der Grundlage der Wohnparteien in Normalwohnungen, da andere Angaben nicht vorhanden.

⁴⁾ vgl. Günter Bamberger: „Die Berechnung des örtlichen Wohnungsfehlbedarfs“, Referat hektografiert, o.O., o.J. (ca. 1957).

Es ergibt sich danach folgende Rechnung:

	Hamburg 1956
Mehrpersonenhaushaltungen	511 450
Einpersonenzohnparteien als Wohnungsinhaber in Normalwohnungen ¹⁾	82 337
Von den Einpersonenzohnparteien, die nicht Inhaber einer Normal- wohnung sind, die Haushaltungstypen:	
Eb	11 980
Ec	11 230
Ef	5 390
	622 387
/. Normalwohnungen	456 639
Wohnungsdefizit =	165 748

Hier wird versucht, die globalen vH-Sätze als Grundlage für die wohnungsberechtigten Einzelpersonen durch eine wirklichkeitsnähere Differenzierung der Gesamtmasse zu ersetzen. Die Auffassungen können selbstverständlich auch hierbei auseinandergehen. So hat sich das Statistische Landesamt Hamburg z. B. zu einer etwas anderen Abgrenzung entschlossen ²⁾.

6. Berechnung nach Evers ³⁾

Hier wird die Bedarfsseite auf Grund einer weitgehenden Gliederung der Wohnparteien zusammengestellt. Dabei geht auch Evers davon aus, daß allen Wohnungsinhaberparteien grundsätzlich eine eigene Wohnung zuzubilligen ist, da kaum angenommen werden kann, daß jemand freiwillig seine Wohnung aufgibt, um ein Untermietverhältnis einzugehen. Auch die wohnungslos eingewiesenen Wohnparteien, die bisher überhaupt noch nicht in Wohnungen untergebracht werden konnten, sollen als wohnberechtigt angesehen werden. Anders ist es bei den Untermietern. Hier sollen nur die Mehrpersonenzohnparteien alle für eine eigene Wohnung in Frage kommen, während zwei Drittel der Einpersonenzohnparteien als „echte Untermieter“ angesehen werden und damit aus der Wohnungsfehlbestandsrechnung ausscheiden.

Da eine Trennung nach Wohnungsinhabern und Untermietern für die Notwohnungen nicht ausgezählt wurde, mußte für die Einpersonenzohnparteien in Notwohnungen ein behelfsmäßiges Verfahren gewählt werden. In Anlehnung an einen Vorschlag des Statistischen Amtes Düsseldorf ⁴⁾ wurde der Prozentsatz der Einpersonenzohnparteien in Normalwohnungen (ca. 50 vH aller Einpersonenzohnparteien) auf die Notwohnungen übertragen. Von den restlichen 50 vH wurde wiederum ein Drittel als wohnungsuchende Untermieter angesehen, so daß insgesamt 67 vH aller Einpersonenzohnparteien in Notwohnungen für die Berechnung des Wohnungsdefizits angesetzt wurden.

¹⁾ nicht nach Haushaltungstypen vorhanden.

²⁾ vgl. Berechnungsmethode 9, S. 240.

³⁾ vgl. Dr. Evers: „Der Wohnungsbedarf West-Berlins“ in Berliner Statistik, Jg. 1952, Heft 7/8.

⁴⁾ vgl. „Die Wohnungssituation in Düsseldorf“ a.a.O., S. 35.

Hamburg 1956

Mehrpersonenzohnparteien als Wohnungsinhaber in Normalwohnungen	410 697
Einpersonenzohnparteien als Wohnungsinhaber in Normalwohnungen	82 337
Mehrpersonenzohnparteien in Notwohnungen	24 550
67 vH Einpersonenzohnparteien in Notwohnungen	6 175
Mehrpersonenzohnparteien in Normalwohnungen	71 598
33 vH Einpersonenzohnparteien in Normalwohnungen	31 349
Mehrpersonenzohnparteien in Unter- künften außerhalb von Wohnungen	4 605
Einpersonenzohnparteien in Unter- künften außerhalb von Wohnungen	2 329
	633 640
/. Normalwohnungen	456 639
Wohnungsdefizit =	177 001

Auch bei dieser Berechnungsweise wird ein pauschaler Prozentsatz der Einpersonenzohnparteien als wohnungsberechtigt eingesetzt. Daneben ist zu bemerken, daß die Einpersonenzohnparteien in Unterkünften außerhalb von Wohnungen wohl kaum vollzählig als Anwärter auf eine eigene Wohnung gelten können, da viele von ihnen wahrscheinlich nur ein möbliertes Zimmer suchen. Es erscheint sinnvoller, für diese Personengruppe den gleichen Status wie für die Einpersonenzohnparteien anzusetzen, d. h. nur ein Drittel als wohnungsberechtigt anzusehen.

7. Berechnung nach Kuhn ⁵⁾

Diese Berechnung geht von der Gesamtzahl aller selbständigen Haushaltungen aus und zieht davon ein Drittel aller Alleinstehenden als „Untermieter aus Überzeugung“ ab.

Hamburg 1956

Selbständige Haushaltungen insgesamt	700 331
/. ^{1/3} der Einpersonenzohnparteien als überzeugte Untermieter	62 960
	637 371
/. Normalwohnungen	456 639
Wohnungsdefizit =	180 732

Kuhn rechtfertigt diesen recht hohen Prozentsatz der eingesetzten Einpersonenzohnparteien damit, daß Appartementwohnungen für Alleinstehende in den letzten Jahren nur sehr wenig durch öffentliche Mittel gefördert wurden, so daß diese teuren Kleinwohnungen für viele Einzelpersonen eine „saure Traube“ sind, was sich bei Verbilligung dieser Wohnungen entscheidend ändern würde.

8. Berechnung nach der Methode des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung ⁶⁾

Die Methode der Gegenüberstellung aller wohnungsberechtigten Haushaltungen mit allen Normalwohnungen wird vom RIW abgelehnt, da sie nach seiner Ansicht den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht wird. Es wird bei diesen üblicherweise an-

⁵⁾ vgl. W. Kuhn: „Wohnungsbestand — Wohnungsfehlbestand — Wohnungsbedarf“ in: Gemeinnütziges Wohnungswesen, 1958, Heft 3.

⁶⁾ vgl. Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 1958, Heft 1 und Heft 2.

gewandten Berechnungsarten nicht berücksichtigt, daß viele Mehrraumwohnungen von Einzelpersonen belegt sind, die sich damit einer Aufrechnung entziehen. Das RIW entwickelte daher eine neue Möglichkeit, das Wohnungsdefizit zu erfassen, indem es nur von den Haushaltungen ausgeht, die noch keine Normalwohnung besitzen. Es werden dabei alle Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen, alle Mehrpersonenuntermieter und ein Drittel der Einzelpersonenuntermieter in Normalwohnungen herangezogen.

Obwohl das RIW bei seinen Berechnungen die beschränkt bewohnbaren Normalwohnungen als echte Normalwohnungen behandelt, soll das für Hamburger Verhältnisse nicht unterstellt werden, da hier die Wohnungen in Behlfsheimen von 30 und mehr qm den Anforderungen an eine Normalwohnung zum größten Teil nicht entsprechen. Die Berechnung ergibt dann folgendes Bild:

Hamburg 1956

a) Nur Mehrpersonenhaushaltungen	
Mehrpersonenuntermieter in Normalwohnungen	69 366
+ Mehrpersonenwohnparteien außerhalb von Normalwohnungen:	
1. In Notwohnungen u. Unterkünften außerhalb von Wohnungen .	29 155
2. In Behelfsheimen von 30 und mehr qm	35 747
Wohnungsdefizit =	134 268
b) Ein- und Mehrpersonenhaushaltungen	
Defizit der Mehrpersonenhaushaltungen	134 268
+ $\frac{1}{3}$ der Einzelpersonenuntermieter in Normalwohnungen	30 680
+ Einzelpersonenwohnparteien außerhalb von Normalwohnungen:	
1. In Notwohnungen und Unterkünften außerhalb von Wohnungen	11 546
2. In Behelfsheimen von 30 und mehr qm	7 148
Wohnungsdefizit =	183 642

Auch hier wird notgedrungen mit einem angenommenen Prozentsatz der wohnungsberechtigten Einzeluntermieter gearbeitet. Die Einzelpersonenwohnparteien außerhalb von Wohnungen sowie alle alleinstehenden Untermieter in Notwohnungen und Behelfsheimen werden bei dieser Berechnung voll als anspruchsberechtigt eingesetzt. Das Ergebnis ist dann auch entsprechend hoch.

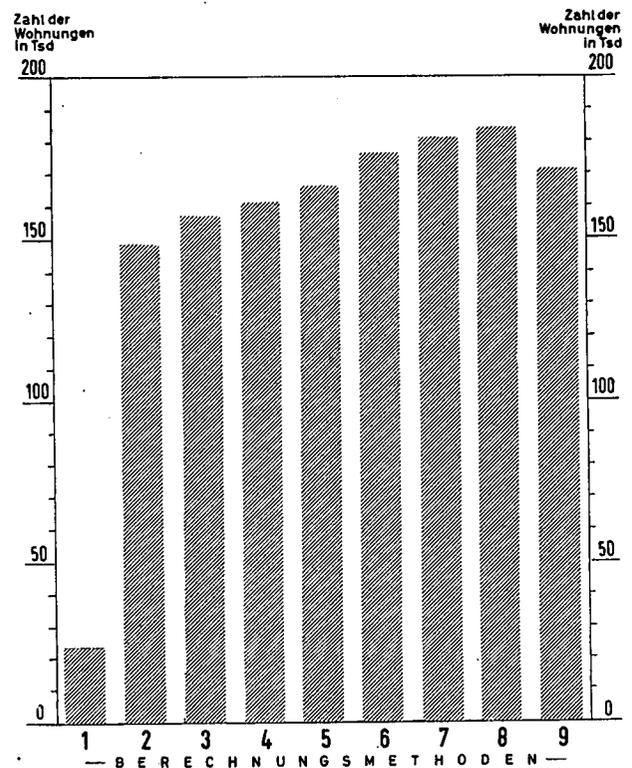
9. Berechnung des Statistischen Landesamtes Hamburg

Bei dieser Berechnung wird zunächst von der sozialpolitischen Forderung ausgegangen, daß alle Mehrpersonenhaushaltungen eine eigene Wohnung erhalten sollen. Von den Einzelpersonenhaushaltungen sind grundsätzlich die als wohnungsberechtigt angesehen worden, die bereits Inhaber einer eigenen Normalwohnung sind. Das Hauptproblem war, wie auch bei den anderen Berechnungsmethoden, die Gruppe der Einzelpersonenuntermieter. Hier liegt ja die eigentliche Schwierigkeit der richtigen Erfassung des objektiven Wohnungsfehlbestandes, weil dafür keinerlei allgemeingültige Maßstäbe bestehen.

Das Statistische Landesamt Hamburg hat aus den Ergebnissen der Wohnungszählung 1956 über das Bundesprogramm hinausgehend eine Tabelle erstellen lassen, welche die Einzelpersonenuntermieter in Normalwohnungen und Behelfsheimen nach Geburtsjahr, Geschlecht und Erwerbstätigkeit gliedert. Diese Tabelle ermöglichte es, eine wirklichkeitsnahe Abgrenzung der Personen zu versuchen, die wahrscheinlich als Anwärter auf eine eigene Wohnung in Frage kommen. Dabei war die Überlegung ausschlaggebend, daß alleinstehende Frauen im allgemeinen eher die Neigung haben werden, ihr möbliertes Zimmer mit einer eigenen Kleinwohnung zu vertauschen, als männliche Untermieter. Leider ist eine Gliederung nach dem Familienstand dieser Personengruppe nicht vorhanden, so daß ein weiteres wichtiges Entscheidungsmerkmal nicht berücksichtigt werden konnte. Da im Zeichen allgemein steigender Konsumhaltung auch ein Trend zu größerer Selbständigkeit und größerem Wohnkomfort zu verzeichnen ist, wurde die Altersgrenze, von welcher ein Anspruch auf eigene Wohnung unterstellt wird, jedenfalls bei den Frauen

Schaubild 2

Ergebnisse der verschiedenen Berechnungen des Wohnungsfehlbestandes in Hamburg



etwas niedriger angesetzt als es in früheren Theorien üblich war. So wurde die Gruppe der männlichen Einzeluntermieter über 45 Jahre (Jahrg. 1911 und älter) sowie die der alleinstehenden weiblichen Untermieter über 35 Jahre (Jahrg. 1921 und älter) in die Wohnungsfehlbestandsrechnung aufgenommen, wobei jedoch nur die erwerbstätigen Personen berücksichtigt wurden. Es ist selbstverständlich, daß auch diese Abgrenzung noch willkürlich sein muß, doch könnte sie der Wirklichkeit etwas näher sein als ein global angenommener Prozentsatz. In der nächsten Zeit soll in dieser Schriftenreihe

eine eingehende Untersuchung des Spezialproblems „Untermieter“ veröffentlicht werden, welche auch über diese Fragen näheren Aufschluß bringen wird.

Bei der Frage der Einpersonenzohnparteien in Notwohnungen, die nicht nach dem Besitzverhältnis der Wohnung vorliegen, wurde auch hier in Anlehnung an den Düsseldorfer Vorschlag ein Satz von 67 vH zugrunde gelegt¹⁾. Dagegen wurden die Einpersonenzohnparteien in Unterküften außerhalb von Wohnungen zunächst als potentielle Untermieter angesehen und dementsprechend nur ein Teil von ihnen, 33¹/₃ vH, als wohnungsuchend angesetzt.

In den letztgenannten Fällen ließ sich auf Grund des vorliegenden Materials ein angenommener Prozentsatz nicht vermeiden. Bei der verhältnismäßig geringen absoluten Zahl der Fälle dürfte das jedoch nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Nach dieser Methode ergibt sich dann folgende Berechnung für Hamburg:

	Hamburg 1956
Mehrpersonenzohnparteien	511 450
Einpersonenzohnparteien als Wohnungsinhaber in Normalwohnungen ²⁾	82 337
Einpersonenzohnparteien in Normalwohnungen ²⁾	
a) männliche erwerbstätige Personen über 45 Jahre	12 659
b) weibliche erwerbstätige Personen über 35 Jahre	14 760
67 vH Einpersonenzohnparteien in Notwohnungen	6 175
33 ¹ / ₃ vH Einpersonenzohnparteien in Unterküften außerhalb von Wohnungen	776
	628 157
/. Normalwohnungen	456 639
Wohnungsdefizit =	171 518

Ein Vergleich aller durchgeführten Berechnungen zeigt, wie unterschiedlich die dabei anfallenden Ergebnisse sind (vgl. auch Schaubild 2):

Wohnungsdefizit	
Berechnungsmethode 1:	23 603
" 2:	149 251
" 3:	157 704
" 4:	161 340
" 5:	165 748
" 6:	177 001
" 7:	180 732
" 8:	183 642
" 9:	171 518

Die Differenz zwischen niedrigstem und höchstem Wert beträgt rund 160 000. Läßt man allerdings das extrem niedrige Ergebnis der Berechnungsmethode 1 außer Betracht, so verringert sich der Unterschied auf 34 391. Bei einer durchschnittlichen Gesamtsumme von etwa 170 000 ist eine solche Abweichung jedoch durchaus nicht unerwartet hoch. Es ist also anzunehmen, daß die Ergebnisse aller Methoden, abgesehen von der ersten, im Bereich einer hohen Wahrscheinlichkeit liegen. Das gilt besonders auch für die Berechnungsweise des Statistischen Landesamtes Hamburg, deren Ergebnis mit **171 518 fehlenden Wohnungen** ungefähr in der Mitte der anderen 7 Methoden liegt.

¹⁾ vgl. Seite 239.

²⁾ einschl. Behelfsheimen von 30 und mehr qm.

Trotzdem soll noch einmal darauf hingewiesen werden, daß keine der angeführten Berechnungsmethoden für das objektive Wohnungsdefizit einen Anspruch auf absolute Richtigkeit geltend machen kann. Die Entscheidung darüber kann nur nach eingehender Prüfung der Voraussetzungen für die verschiedenen Methoden von jedem persönlich gefällt werden.

In der folgenden Übersicht 1 ist eine Berechnung des Wohnungsdefizites nach der Hamburger Methode für die sieben Verwaltungsbezirke Hamburgs durchgeführt worden. Es muß jedoch betont werden, daß diese Zahlen keine Aussagefähigkeit als tatsächliches Wohnungsdefizit in dem jeweiligen Bezirk mehr besitzen, denn ob die Menschen, die heute in einem Bezirk wohnen, auch in diesem bleiben wollen, ist völlig ungewiß. Die hier ermittelten Ergebnisse zeigen jedoch in gewisser Weise, wie stark die einzelnen Bezirke im Herbst 1956 überbelegt waren. Die absolute Zahl der fehlenden Wohnungen ist dabei weniger aussagefähig als die Prozentsätze vom Normalwohnungsbestand (wobei auch hier wieder die beschränkt bewohnbaren Normalwohnungen unberücksichtigt bleiben). Es zeigt sich, daß Hamburg-Nord, obwohl es den höchsten Wohnungsdefizit hat, im Verhältnis zu der Anzahl seiner Normalwohnungen doch am günstigsten abschneidet (27,3 vH der Normalwohnungen fehlen). Wandsbek liegt dagegen mit rd. 50 vH an letzter Stelle. Die anderen Bezirke bewegen sich etwa in der gleichen Dimension wie Hamburg insgesamt (zwischen 34 u. 42 vH).

Es ist bemerkenswert, daß in allen Bezirken Hamburgs die Zahl der Normalwohnungen noch nicht die der reinen Mehrpersonenzohnparteien erreicht. Selbst wenn alle Kleinwohnungen herangezogen würden, wäre der sozialpolitisch vordringliche Bedarf der Familienhaushaltungen bei weitem noch nicht gedeckt.

Bei der Beurteilung der Hamburger Wohnungssituation sind noch einige Punkte von Bedeutung, die in den Berechnungen nicht berücksichtigt werden konnten. Es wird in der Literatur oft darauf hingewiesen, daß für das Funktionieren des Wohnungsmarktes auch ein gewisser Bestand an Leerwohnungen als Umzugsvorrat erforderlich ist. Im allgemeinen werden 1—3 vH des Wohnungsbestandes dafür angesetzt. Da jedoch andererseits angenommen werden kann, daß ein Teil der Mehrpersonenzohnparteien keinen Anspruch auf eine eigene Wohnung erhebt³⁾, ist auf diese Tatsache bei den Berechnungen verzichtet worden.

Weiterhin wird darauf aufmerksam gemacht, daß gerade infolge der Wohnungsknappheit viele Eheschließungen hinausgeschoben werden, so daß zu dem Bedarf der Mehrpersonenzohnparteien noch ein Prozentsatz für „unterbliebene Haushaltsgründungen“ hinzugerechnet werden müßte. Da sich darüber jedoch keinerlei fundierte Angaben machen lassen, konnte auch dieser Gedanke bei den Berechnungen nicht berücksichtigt werden. Wichtig erscheint die Tatsache, daß in Hamburg rd. 83 000 Einpendler arbeiten, die in den an die Hansestadt angrenzenden Kreisen der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen wohnen⁴⁾. Wieviele

³⁾ vgl. das Ergebnis der Wohnungswunschbefragung in Hamburg, Übersicht 5.

⁴⁾ vgl. Hamburg in Zahlen 1958, Heft 9.

Hamburger Wohnungsfehlbestand nach Bezirken (Methode 9)

(Stand am 25. 9. 1956)

Art der Angaben	Bezirk Hamburg-Mitte	Bezirk Altona	Bezirk Eimsbüttel	Bezirk Hamburg-Nord	Bezirk Wandsbek	Bezirk Bergedorf	Bezirk Harburg	Hamburg insgesamt
Mehrpersonenwohnparteien	79 984	78 241	76 616	123 589	75 699	22 119	55 202	511 450
Einpersonenzohnparteien als Wohnungsinhaber in Normalwohnungen	13 468	12 369	15 086	23 403	8 943	2 535	6 533	82 337
Einpersonenzuntermieter in Normalwohnungen								
a) männl. erwerbstätige Personen über 45 Jahre	2 650	2 119	2 470	2 942	1 114	416	948	12 659
b) weibl. erwerbstätige Personen über 35 Jahre	2 314	2 744	3 185	4 094	1 361	347	715	14 760
67 vH Einpersonenzohnparteien in Notwohnungen	1 414	1 224	876	868	1 103	153	537	6 175
33 1/3 vH Einpersonenzohnparteien in Unterkünften außerhalb von Wohnungen	178	154	110	109	139	19	67	776
Zusammen	100 008	96 851	98 343	155 005	88 359	25 589	64 002	628 157
./. Normalwohnungen 1)	70 003	69 031	69 936	121 736	59 097	19 150	47 686	456 639
Wohnungsfehlbestand absolut in vH der Normalwohnungen	30 005 42,9	27 820 40,3	28 407 40,6	33 269 27,3	29 262 49,5	6 439 33,6	16 316 34,2	171 518 37,6

1) Ohne Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm.

dieser Pendler müssen als Anwärter auf eine Wohnung in Hamburg angesehen werden? Auch auf diese Frage läßt sich keine eindeutige Antwort geben. Den Nachteilen, welche die Pendler täglich auf sich nehmen (z. B. längere Fahrzeiten, höhere Fahrkosten, größere Unfallgefahren), steht auch eine Reihe von Vorteilen gegenüber, die das Wohnen in den vorwiegend ländlichen Gebieten außerhalb der Grenzen Hamburgs bietet. Die angenehme Umgebung, die Möglichkeit des Nebenerwerbs durch Gartenbau und Kleintierzucht und nicht zuletzt auch die Wohnungsfrage scheinen in vielen Fällen die Nachteile des Pendelns aufzuwiegen. Inwieweit eine bessere Wohnungssituation in Hamburg dabei eine Änderung bewirken würde, läßt sich nicht sagen. In jedem Fall darf wohl angenommen werden, daß mindestens noch mehrere Tausend Butenhamburger den Wunsch haben werden, wieder in der Hansestadt zu wohnen, sobald ihnen die Möglichkeit dazu gegeben wird. Auch diese Überlegung muß berücksichtigt werden, wenn man zu einem zutreffenden Bild der Hamburger Wohnungslage kommen will.

C. Wie groß müssen die fehlenden Wohnungen sein?

Die Feststellung der Gesamtsumme des Wohnungsfehlbestandes ermöglicht erst einen allgemeinen Überblick über das Ausmaß der noch bestehenden Wohnungsnot. Für die weitere Bautätigkeit ist es jedoch wichtig zu wissen, welche Wohnungsgrößen in erster Linie fehlen, damit der Bedarf durch den Wohnungsbau auch richtig gedeckt wird. Diese Frage stößt jedoch auch wieder auf ein sozialpolitisches Problem. Wieviel Wohnraum soll den verschiedenen großen Haushaltungen zur Verfügung stehen?

Wie schon bei der Frage der wohnungsberechtigten Einpersonenzohnhaltungen, gibt es auch hier verschiedene Ansichten. Von der einfachen Gleichung 1 Person = 1 Raum ist man im allgemeinen

abgekommen, da hierbei den kleinen Haushalten zu wenig und den großen Haushalten zuviel Wohnraum zugemessen würde. In dem statistischen Begriff „Wohnraum“ sind auch die Küchen enthalten. Daher müßte für eine selbständig wirtschaftende Einzelperson nach dieser Methode ein Raum zum Wohnen, Kochen und Schlafen dienen. Eine aus 10 Personen bestehende Wohnpartei hätte dagegen eine Küche und neun Zimmer zur Verfügung. In diesem Fall wäre natürlich eine wesentlich günstigere Raumverteilung möglich. Es kommt hinzu, daß zu größeren Familien wahrscheinlich mehrere Kinder und Jugendliche gehören, die weniger Raum beanspruchen als Erwachsene, abgesehen davon, daß die finanzielle Belastung pro Raum erheblich steigt.

Aus diesen Überlegungen heraus ist verschiedentlich versucht worden, einen besseren Schlüssel für die Raumzumessung zu finden. Zum Beispiel hat Kästner 1943 den Vorschlag einer „optimalen Wohnungsgröße“ gemacht, der von der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes ausgeht 1).

Für moderne Verhältnisse dürfte dieser Schlüssel jedoch nicht mehr zutreffen, da sich soziale Unterschiede heute wohl weniger in der Größe als in der Ausstattung der Wohnung ausdrücken.

Eine andere Methode, die nur von der Größe der Wohnpartei ausgeht, stellt folgendes Verhältnis auf:

1- bis 3-Personenhaushalte = je Person ein Zimmer und eine Küche je Haushalt	} immer einschließlich Küche
4- bis 5-Personenhaushalte = je eine 5-Raum-Wohnung	
6- bis 7-Personenhaushalte = je eine 6-Raum-Wohnung	
8-Personenhaushalte = je eine 7-Raum-Wohnung	
9 und mehr-Personenhaushalte = je eine 8-Raum-Wohnung	

1) Dr. Kästner, Hamburg: „Die optimale Wohnungsgröße“, in: Der Gemeindegast, 1943, Heft 9/10.

Bekannter geworden ist jedoch der von Evers entwickelte Verteilungsschlüssel für die Zahl der Wohnräume ¹⁾. Hier werden folgende Richtwerte für die Wohnungsgröße je Familie zugrunde gelegt:

Für die 1. Person einer Haushaltung 2 Räume,
 Für die 2. Person einer Haushaltung 1 Raum,
 Für die 3.—8. Person einer Haushaltung 0,75 Raum,
 Für die 9. und weitere Personen je 0,50 Raum.

Danach ergeben sich folgende Werte als normaler Bedarf:

Eine Einpersonen-Haushaltung
 = eine Wohnung mit 2,00 Räumen,
 Eine 2-Personen-Haushaltung
 = eine Wohnung mit 3,00 Räumen,
 Eine 3-Personen-Haushaltung
 = eine Wohnung mit 3,75 Räumen,
 Eine 4-Personen-Haushaltung
 = eine Wohnung mit 4,50 Räumen,
 Eine 5-Personen-Haushaltung
 = eine Wohnung mit 5,25 Räumen,
 Eine 6-Personen-Haushaltung
 = eine Wohnung mit 6,00 Räumen,
 Eine 7-Personen-Haushaltung
 = eine Wohnung mit 6,75 Räumen,
 Eine 8-Personen-Haushaltung
 = eine Wohnung mit 7,50 Räumen,
 Eine 9-Personen-Haushaltung
 = eine Wohnung mit 8,00 Räumen,
 Eine 10-Personen-Haushaltung
 = eine Wohnung mit 8,50 Räumen usw.

Wo der Raumbedarf durch gebrochene Zahlen ausgedrückt wird, muß die Zahl der Wohnparteien nach Maßgabe der Bruchteile (25:75, 50:50) auf die benachbarten Wohnungsgrößen aufgeteilt werden.

Wenn z. B. für eine Wohnpartei mit 3 Personen 3,75 Räume zur Verfügung stehen sollen, dann muß ein Viertel der erforderlichen Wohnungen 3 Räume und drei Viertel müssen 4 Räume umfassen.

Wir haben das im vorigen Abschnitt nach Methode 9 errechnete Wohnungsdefizit für Hamburg nach diesem Schema gegliedert und kommen zu folgender Berechnung:

Die Wohnparteien nach ihrer Größe:

a) Mehrpersonenwohnparteien	
mit 2 Personen	216 948
mit 3 Personen	146 730
mit 4 Personen	91 896
mit 5 Personen	36 182
mit 6 Personen	12 881
mit 7 und mehr Personen	6 813
	511 450
b) Einpersonenwohnparteien	
Einpersonenwohnparteien als Wohnungsinhaber in Normalwohnungen	82 337
Einpersonenuntermieter in Normalwohnungen	
männl. erwerbstätiger Personen über 45 Jahre	12 659
weibl. erwerbstätiger Personen über 35 Jahre	14 760
67 vH Einpersonenwohnparteien in Notwohnungen	6 175
33 ¹ / ₃ vH Einpersonenwohnparteien außerhalb von Wohnungen	776
	116 707

¹⁾ Dr. Evers: „Der Wohnungsbedarf West-Berlins“, in: Berliner Statistik, 1952, Heft 7/8.

Nach den oben angeführten Richtwerten von Evers ergibt sich für Hamburg 1956 insgesamt folgender Bedarf an Wohnungen:

Für Wohnparteien
 116 707 mit 1 Person
 = 116 707 2-Raum-Wohnungen
 216 948 mit 2 Personen
 = 216 948 3-Raum-Wohnungen
 146 730 mit 3 Personen
 = 36 682 3-Raum-Wohnungen
 + 110 048 4-Raum-Wohnungen
 91 896 mit 4 Personen
 = 45 948 4-Raum-Wohnungen
 + 45 948 5-Raum-Wohnungen
 36 182 mit 5 Personen
 = 27 137 5-Raum-Wohnungen
 + 9 045 6-Raum-Wohnungen
 12 881 mit 6 Personen
 = 12 881 6-Raum-Wohnungen
 6 813 mit 7 und mehr Personen
 = 6 813 7 u. mehr-Raum-Wohnungen
628 157 Wohnparteien = 628 157 Wohnungen

In Übersicht 2 und im Schaubild 3 wurden Wohnungsbestand, der Bedarf an den verschiedenen Wohnungsgrößen sowie das sich jeweils ergebende Defizit bzw. der Überschuß gegenübergestellt. Der schon vorhandene Bestand an 1-Raum-Wohnungen wurde zur Deckung des Bedarfs an 2-Raum-Wohnungen mit herangezogen.

Übersicht 2

Hamburger Wohnungsfehlbestand nach Wohnungsgrößen am 25. 9. 1956

Größe der Wohnungen (einschl. Küchen)	Normalwohnungen ¹⁾		
	Bestand	Bedarf	Fehlbestand (-) bzw. Überschuß (+)
1 Raum	13 179	116 707	— 55 948
2 Räume	47 580		
3 Räume	173 349		
4 Räume	143 382		
5 Räume	49 303		
6 Räume	16 546		
7 und mehr Räume . . .	13 300		
Insgesamt	456 639	628 157	— 171 518
Unsalidierter Fehlbestand	178 005

¹⁾ Ohne Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm.

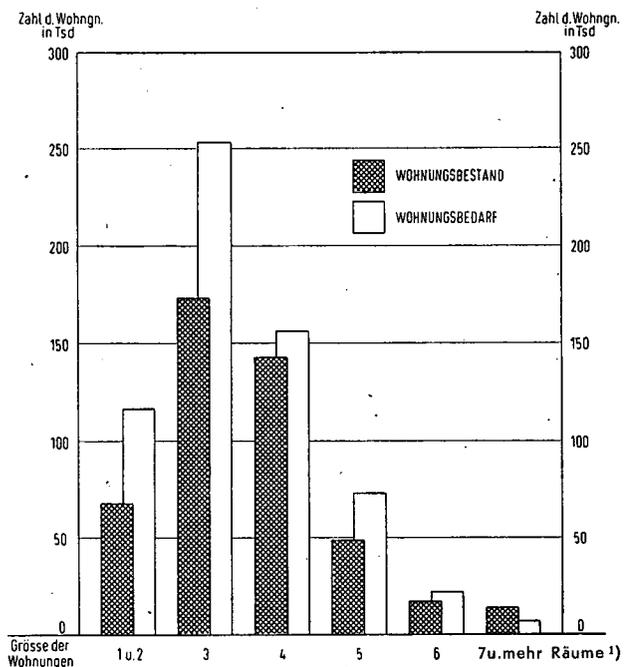
Dabei zeigt sich, daß der Fehlbestand in der Gruppe der 3-Raum-Wohnungen am größten (rund 80 000) ist. Es folgen die 1- und 2-Raum-Wohnungen mit rund 56 000 fehlenden Wohnungen und die 5-Raum-Wohnungen mit etwa 24 000. In der Gruppe der größten Wohnungen ergibt sich dagegen ein Überschuß des vorhandenen Wohnungsbestandes über den Bedarf von rund 6 500.

Bei der Berechnung der Gesamtsumme des Defizits²⁾ konnte nicht festgestellt werden, daß in der Zahl von 171 518 ein salidierter Überschuß an Wohnungen enthalten ist. Das zeigt sich erst bei der Aufgliederung. Rechnet man die zuviel vorhandenen Wohnungen mit 7 und mehr Räumen nicht gegen die anderen fehlenden Wohnungen auf, so **erhöht sich der Wohnungsfehlbestand auf 178 005.**

²⁾ vgl. S. 241.

Schaubild 3

**Wohnungsfehlbestand in Hamburg
am 25. September 1956
nach der Größe der Wohnungen**



¹⁾ Zimmer von 6 und mehr qm und Küchen ohne Rücksicht auf ihre Größe.

In Hamburg fehlen nach diesen Berechnungen in erster Linie mittlere und kleine Wohnungen. Bei den Wohnungen mit 1 bis 3 Räumen ist das Defizit mehr als dreimal so groß wie bei denen mit 4 bis 6 Wohnräumen.

Auch hierzu müssen noch einige Punkte erwähnt werden, die für eine richtige Beurteilung der Ergebnisse wichtig sind. Bei der Berechnung

des Wohnungsfehlbestandes wurde nur ein Teil der Einpersonenzohnparteien als Anwärter auf eine eigene Wohnung berücksichtigt. Es bleiben aber noch etwa 72.000 Einzelpersonen, die nach unseren Voraussetzungen als Untermieter wohnen werden. Für diese Gruppe von Personen ist nach unseren bisherigen Berechnungen noch kein Wohnraum vorhanden. Die zusätzlichen Zimmer für die Untervermietung müßten also bei dem Defizit nach Wohnungsgrößen noch berücksichtigt werden. Es gibt leider keine Anhaltspunkte dafür, in welchen Größengruppen diese zusätzlichen Zimmer auftreten werden. Daher kann man nur allgemein sagen, daß sich das Defizit bei Berücksichtigung dieser Räume von den kleinen Wohnungen etwas mehr zu der Gruppe der größeren verlagern wird.

Bei den vorangegangenen Berechnungen konnte auf das Problem der wachsenden bzw. schrumpfenden Familien nicht eingegangen werden. Die dafür erforderlichen Merkmale (Alter und Familienstand) waren in entsprechender Kombination nicht vorhanden. Doch selbst dann wäre es nur eine Variable mehr gewesen, die das Ergebnis keineswegs zuverlässiger gemacht hätte. Es wurde daher angenommen, daß sich die Zahl der wachsenden Familien etwa mit der der zurückgehenden ausgleichen wird.

Die Berechnung des Wohnungsfehlbestandes nach Wohnungsgrößen, so wie sie hier durchgeführt wurde, ist natürlich eine idealtypische Betrachtung. Es wurde dabei vorausgesetzt, daß jede Wohnpartei genau die ihr entsprechend große Wohnung innehat. In Wirklichkeit ist das vielfach anders. Neben großen Familien, die zusammengedrängt in wenigen Räumen leben müssen, gibt es auch eine erhebliche Anzahl Alleinstehender, meist Frauen, welche die ihrer früheren Familie angemessene große Wohnung weiterbewohnen und zum Teil untervermieten. Auch diese Tatsache würde eine Verschiebung der Defizitzahlen in den einzelnen Wohnungsgrößen bewirken.

III. Darstellung des subjektiven Wohnungsbedarfs

A. Die Wohnungswunschbefragung in Hamburg

Die Befragung der Hamburger Bevölkerung über ihre Wünsche bezüglich einer zukünftigen Wohnung wurde am 25. 9. 1956 zusammen mit der allgemeinen Wohnungszählung durchgeführt. Da einerseits eine Befragung der gesamten Bevölkerung aus zeitlichen und finanziellen Gründen nicht möglich war, andererseits jedoch die repräsentative Auswahl von 1 vH aller Haushalte, wie sie für das Bundesgebiet vorgesehen war, für Hamburg keine gesicherten Ergebnisse bringen konnte, entschloß man sich hier zu einer Erhebung in 10 vH aller Hamburger Wohnungen. Das Statistische Landesamt gab zusammen mit den übrigen Zählpapieren in jeder 10. Wohnung an alle darin lebenden Haushaltungen, bei Bedarf auch noch an einzelne Personen dieser Haushaltungen, einen Fragebogen zur Erfassung der Wohnungswünsche aus. In 52 534 Wohnungen wurden so 69 542 Haushalte (9,9 vH aller Haushalte) in die Zusatzerhebung einbezogen.

Wie aus **Übersicht 3** hervorgeht, war der Erfolg dieser **freiwilligen** Umfrage ungewöhnlich groß. Nur 5,1 vH aller befragten Haushaltungen haben den Fragebogen nicht abgegeben.

Übersicht 3

Umfang und Erfolg der Wohnungswunschbefragung in Hamburg am 25. 9. 1956 (10 vH-Erhebung)

Art der Angaben	Anzahl
I. Totalerhebung	
a) Zahl der Wohnungen	525 341
b) Zahl der Haushaltungen	700 331
II. Davon in Repräsentativerhebung einbezogen (befragt)	
a) Zahl der Wohnungen absolut . .	52 534
vH	10,0
b) Zahl der Haushaltungen absolut . .	69 542
vH	9,9
III. Von den befragten Haushaltungen haben keinen Bogen abgegeben	
absolut	3 579
vH	5,1
IV. Außerdem Personen ohne eigenen Haushalt mit Wohnungswunsch	228
V. Auswertbare Wohnungswunschbogen insgesamt	
(IIb + III + IV)	66 191

Zusätzlich füllten 228 Personen, die noch mit anderen in einer Haushaltung zusammenleben, aber eine eigene Wohnung anstreben, diesen Bogen aus. Es ergaben sich also insgesamt 66 191 auswertbare Fragebogen. Die Aufbereitung dieser Zusatzerhebung erfolgte manuell in der Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes in Berlin.

Einen zusammenfassenden Überblick über die Struktur der Befragungsmasse erhalten wir durch

die **Übersicht 4**. Zunächst ist interessant, daß 30 vH der befragten Haushaltungen einen Wohnungswunsch äußerten. Zusammen mit den 228 Personen ohne eigenen Haushalt sind das 21 021 zukünftige Wohnparteien. Angewandt auf die Totalmasse ergibt das rd. 210 000 Wohnungswünsche in Hamburg im Herbst 1956.

Die Gliederung der Haushaltungen mit Wohnungswunsch nach der sozialen Stellung des Haus-

Übersicht 4

Über Wohnungswünsche befragte Haushaltungen nach der sozialen Stellung des Haushaltvorstandes und dem derzeitigen Wohnverhältnis (10 vH-Erhebung am 25. 9. 1956)

Erwerbstätigkeit und soziale Stellung	Befragte Haushaltungen						Von den befragten Haushaltungen waren:								Außer dem Personen, die noch keinen eigenen Haushalt führen, mit Wohnungswunsch
	insgesamt	davon					Wohnungsinhaber in Normal- und Notwohnungen ²⁾		Wohnungsinhaber in Behelfsheimen von 30 und mehr qm ³⁾		Untermieter		Wohnungslos eingewiesene Parteien		
		keinen Bogen abgegeben	ohne Wohnungswunsch	mit Wohnungswunsch		davon Einpersonenhaushaltungen	insgesamt	davon mit Wohnungswunsch	insgesamt	davon mit Wohnungswunsch	insgesamt	davon mit Wohnungswunsch	insgesamt	davon mit Wohnungswunsch	
				Anzahl	vH										
Erwerbstätige	49 187	2 525	30 141	16 521	79,5	2 893	34 476	9 419	2 758	903	11 541	5 896	412	303	157
davon															
Selbständige	8 189	486	5 733	1 970	9,5	301	6 812	1 398	270	71	1 089	488	18	13	21
Beamte	4 235	161	2 635	1 439	6,9	200	3 549	1 076	140	55	532	302	14	6	19
Angestellte	17 394	882	10 356	6 156	29,6	1 396	12 115	3 559	505	193	4 731	2 368	43	36	51
Arbeiter	19 369	996	11 417	6 956	33,5	996	12 000	3 386	1 843	584	5 189	2 738	337	248	66
Nichterwerbstätige	20 355	1 054	15 029	4 272	20,5	1 706	13 830	2 144	1 226	318	5 051	1 658	248	152	71
davon Eink. aus Erwerbstätigkeit ¹⁾	909	39	590	280	1,3	19	713	176	76	21	109	75	11	8	17
Renten, Unterstützungen u. ä.	18 923	979	14 003	3 941	19,0	1 666	12 659	1 934	1 138	294	4 889	1 569	237	144	53
Kapitalbesitz	523	36	436	51	0,2	21	458	34	12	3	53	14	—	—	1
Zusammen	69 542	3 579	45 170	20 793	100	4 599	48 306	11 563	3 984	1 221	16 592	7 554	660	455	228
H	100	5,1	65,0	29,9	100	23,9	100	30,6	100	45,5	100	68,9	..

1) Familieneinkommen. — 2) Ausschl. Wohnungsinhabern in Behelfsheimen von 30 und mehr qm. — 3) Und in einsturzgefährdeten Gebäuden.

haltungsvorstandes zeigt, daß Arbeiter und Angestellte das überragende Schwergewicht bilden (rd. 63 vH). Auch die Gruppe der Rentner und Unterstützungsempfänger ist mit 19 vH verhältnismäßig stark vertreten.

Analysiert man die Befragten nach dem bei der Erhebung vorherrschendem Wohnverhältnis, so ergeben sich zum Teil unerwartete Aspekte. Am interessantesten ist wohl, daß nur rd. 45 vH der befragten Untermieter einen Wohnungswunsch äußerten¹⁾. Bei einer Aufteilung nach der Größe der Wohnparteien (vgl. **Übersicht 5**) zeigt sich, daß rd. 62 vH der Mehrpersonenuntermieter und 33 vH der Einzeluntermieter eine eigene Wohnung anstreben. Besonders der verhältnismäßig geringe Prozentsatz der Untermietparteien mit mehreren Personen zeigt, daß die eigenen Vorstellungen der Menschen von den sozialpolitischen Normen nicht unerheblich abweichen. Wie weit bei den restlichen 38 vH noch sozial unerwünschte Zustände herrschen, die auch entgegen den Wünschen der Beteiligten ge-

ändert werden sollten, läßt sich aus dem vorliegenden Material nicht entnehmen. Auch das wird die kommende Arbeit über die Untermieter zu klären versuchen.

Ähnlich überraschend ist das Ergebnis bei den wohnungslos eingewiesenen Parteien. Auch von ihnen haben noch nicht 70 vH den Wunsch nach einer eigenen Wohnung, doch ist es hier möglich, daß von den anderen (insbesondere bei den Einpersonenteilen) ein erheblicher Teil zunächst eine untervermietete Wohnung haben möchte.

Auch die Wohnungsinhaber in Behelfsheimen scheinen dort zufriedener zu sein, als von Außenstehenden oft angenommen wird. Nur 30,6 vH wollen eine andere Wohnung. Hier wie auch bei den Untermietern dürfte die geringe finanzielle Belastung wohl den Ausschlag für ein Verbleiben in diesen Unterkünften geben.

Von den rund 24 vH der anderen Wohnungsinhaber, die ihre Wohnung wechseln möchten, lebt ein Teil in Notwohnungen. Eine Aufgliederung nach der Art der Wohnung, in welcher die Wohnungswünschenden zur Zeit der Befragung wohnten, gibt folgendes Bild:

1) Der geringe Anteil der nicht abgegebenen Bogen kann im folgenden unberücksichtigt bleiben, zumal anzunehmen ist, daß in diesen Fällen überwiegend kein Wohnungswunsch besteht.

Unterbringungsart	Wohnungswünsche		darunter	
	insgesamt		Untermieter	Personen, die noch keinen eigenen Haushalt führen
	Anzahl	vH		
Normalwohnungen	17 405	82,8	7 166	196
Behelfsheime von 30 und mehr qm	1 432	6,8	218	21
Einsturzgefährdete Wohnungen	31	0,1	6	—
Notwohnungen	1 698	8,1	164	11
Unterkünfte außerhalb von Wohnungen (wohnungslos eingewiesene Parteien)	455	2,2	—	—
Zusammen	21 021	100	7 554	228

Dabei fällt besonders auf, daß nur etwa die Hälfte der Wohnungsinhaber von Notwohnungen einen Wohnungswunsch äußerten.

Aus dieser Tabelle läßt sich errechnen, wieviel von den insgesamt 210 210 Wohnungswünschen als Wohnungsbaubedarf anfallen würde, und in welchen Fällen durch Wohnungswechsel eine andere Normalwohnung frei wird.

Wenn man voraussetzt, daß die Behelfsheime von 30 und mehr qm auf längere Sicht nicht bewohnbar sind, so würden nach Erfüllung der Wohnungswünsche nur die bisherigen Unterkünfte der Inhaber von Normalwohnungen für die Wiederverwendung zur Verfügung stehen. Das wären nach der oben angeführten Tabelle 100 430 Wohnungen. $[174\ 050 \div (71\ 660 + 1\ 960)]$. Für die Wohnungswünsche in allen anderen Unterbringungsarten sowie für die Untermieter und Personen ohne eigenen Haushalt in Normalwohnungen müßten dagegen neue Unterbringungsmöglichkeiten erstellt werden. Damit ergibt sich ein subjektiver Wohnungsbedarf von rd. 109 780 Wohnungen. Im

folgenden sollen jedoch zunächst alle Wohnungswünsche weiter untersucht werden. Auf den direkten Baubedarf wird im Abschnitt III/D noch näher eingegangen.

Dreiviertel aller Haushalte mit Wohnungswunsch umfassen bis zu drei Personen. Die Personen, die noch keinen eigenen Haushalt führen, leben dagegen überwiegend in größeren Familien oder Personengemeinschaften.

Die zur Zeit der Befragung allein stehenden Untermieter mit dem Wunsch nach einer eigenen Wohnung wurden gesondert ausgezählt nach der Zahl der Personen, die in der künftigen Wohnung leben sollen. Dabei entstand das interessante Ergebnis, daß von den Untermietern ungefähr 5 vH mit Kindern unter 12 Jahren die neue Wohnung bewohnen wollen. Mehr als 35 vH werden dagegen mit Personen über 12 Jahren zusammenleben. Selbst wenn man unterstellt, daß alle Fälle mit Kindern unter 12 Jahren in den 35 vH enthalten sind, so ergibt sich doch ein recht erheblicher Prozentsatz, bei dem für Einzeluntermieter entsprechend größere Wohnungen zur Verfügung stehen müssen.

Aufschlußreich sind auch die Gründe, welche die Befragten für den Wohnungswunsch angaben (**Übersicht 6**). 41 vH der Wohnungsinhaber, die eine andere Wohnung wollen, ist die bisherige zu klein und rund 14 vH wünschen eine komfortablere Wohnung. Beide Gründe zusammen bestimmen nochmals 12 vH zu einem Wohnungswechsel. Finanzielle Aufwendungen und ungünstige Verkehrslage scheinen nur wenige Wohnungsinhaber ernsthaft zu belasten. Bei den Behelfsheimbewohnern liegen die Verhältnisse ähnlich. Auch hier sind es in erster Linie die mangelnde Ausstattung und die Größe der Wohnung, die den Wunsch nach einer anderen Unterkunft begründen. Die Rubrik „zu teuer“ wird hier natürlich verschwindend klein, während andererseits der geringe Anteil der verkehrsunünstig gelegenen Wohnungen etwas erstaunt. In der Spalte

Übersicht 5

Über Wohnungswünsche befragte Haushaltungen nach ihrer Größe und dem derzeitigen Wohnverhältnis (10 vH-Erhebung am 25. 9. 1956)

Größe der befragten Haushaltungen	Befragte Haushaltungen					Von den befragten Haushaltungen waren								Außer dem Personen, die noch keinen eigenen Haushalt führen, mit Wohnungswunsch
	insgesamt	davon				Wohnungsinhaber in Normal- und Notwohnungen ¹⁾		Wohnungsinhaber in Behelfsheimen von 30 und mehr qm ²⁾		Untermieter		Wohnungslos eingewiesene Parteien		
		keinen Bogen abgegeben	ohne Wohnungswunsch	mit Wohnungswunsch		insgesamt	davon mit Wohnungswunsch	insgesamt	davon mit Wohnungswunsch	insgesamt	davon mit Wohnungswunsch	insgesamt	davon mit Wohnungswunsch	
		Anzahl	vH	insgesamt	davon mit Wohnungswunsch									
1-Personen-Haushaltung	18 549	1 264	12 686	4 599	22,1	8 455	1 274	537	119	9 341	3 080	216	126	—
2-Personen-Haushaltung	21 569	1 010	14 557	6 002	28,9	15 968	3 195	1 537	393	3 940	2 325	124	89	38
3-Personen-Haushaltung	14 630	670	8 870	5 090	24,5	11 397	3 241	930	321	2 179	1 440	124	88	74
4-Personen-Haushaltung	9 225	372	5 601	3 252	15,6	7 633	2 400	608	219	883	556	101	77	57
5 und mehr-Personen-Haushaltung	5 569	263	3 456	1 850	8,9	4 853	1 453	372	169	249	153	95	75	59
Haushaltungen insgesamt	69 542	3 579	45 170	20 793	100	48 306	11 563	3 984	1 221	16 592	7 554	660	455	228

¹⁾ Ausschließlich Wohnungsinhabern in Behelfsheimen von 30 und mehr qm. — ²⁾ Und in einsturzgefährdeten Gebäuden.

Erwerbstätigkeit und soziale Stellung Derzeitige Unterbringungsart	Haushaltungen mit Wohnungs- wunsch insgesamt	davon gaben als Grund an										
		eigene Wohnung wird ange- strebt	beab- sichtig- te Ehe- schlie- ßung	Zusam- men- führung d. Haus- haltung	jetzige Wohnung ist für die Haushaltung						ver- kehrs- ungün- stig zur Arbeits- stelle	aus sonstig. Grün- den nicht geeig- net
					zu klein	unzureichend ausgestattet	zu klein und unzureichend ausgestattet	zu teuer				
Erwerbstätige	16 678	1 805	633	224	4 514	74,9	1 399	85,9	1 375	344	241	6 143
davon												
Selbständige	1 991	138	40	10	649	9,5	178	9,5	152	56	43	725
Beamte	1 458	115	36	18	561	7,7	143	9,7	156	36	20	373
Angestellte	6 207	683	295	100	1 687	24,6	460	27,5	440	142	91	2 309
Arbeiter	7 022	869	262	96	1 617	33,1	618	39,2	627	110	87	2 736
Nichterwerbstätige	4 343	543	83	71	621	25,1	469	14,1	226	114	28	2 188
davon												
Einkommen aus Erwerbs- tätigkeit ¹⁾	297	39	9	2	65	1,6	30	1,4	22	5	1	124
Renten, Unterstützungen u. ä. Kapitalbesitz etc.	3 994	499	73	68	549	23,3	435	12,7	203	103	27	2 037
	52	5	1	1	7	0,2	4	--	1	6	--	27
Zusammen	21 021	2 348	716	295	5 135	100	1 868	100	1 601	458	269	8 331
vH	100	11,2	3,4	1,4	24,4	..	8,9	..	7,6	2,2	1,3	39,6
davon:												
Wohnungsinhaber (ohne Parteien in Behelfshei- men von 30 und mehr qm) . .	11 563	—	—	—	4 796	—	1 586	—	1 401	456	247	3 077
vH	100	—	—	—	41,5	—	13,7	—	12,1	4,0	2,1	26,6
Wohnungsinhaber in Behelfsheimen von 30 und mehr qm ²⁾	1 221	—	—	—	339	—	282	—	200	2	22	376
vH	100	—	—	—	27,7	—	23,1	—	16,4	0,2	1,8	30,8
Untermieter Einpersonenteilen	3 080	734	538	200	—	—	—	—	—	—	—	1 608
vH	100	23,8	17,5	6,5	—	—	—	—	—	—	—	52,2
Untermieter Mehrpersonenteilen	4 474	1 454	73	72	—	—	—	—	—	—	—	2 875
vH	100	32,5	1,6	1,6	—	—	—	—	—	—	—	64,3
Wohnungslos eingew. Parteien	455	75	18	16	—	—	—	—	—	—	—	346
vH	100	16,5	4,0	3,5	—	—	—	—	—	—	—	76,0
Personen, die noch keinen eigenen Haushalt führen . .	228	85	87	7	—	—	—	—	—	—	—	49
vH	100	37,3	38,1	3,1	—	—	—	—	—	—	—	21,5

1) Familieneinkommen. — 2) Und in einsturzgefährdeten Gebäuden.

„aus sonstigen Gründen nicht geeignet“ sind sowohl Fälle ohne Angabe als auch einige Kombinationen, die nur geringe Prozentsätze ergeben, zusammengefaßt. Diese Spalte ist in den Fällen, wo bisher noch keine eigene Wohnung vorhanden war, sehr stark besetzt. Das wird daran liegen, daß besonders Untermieter und wohnungslos eingewiesene Haushalte die Begründung für ihren Wohnungswunsch als selbstverständlich voraussetzten. Daher müßte hier sicher ein gewisser Teil noch in die Spalte 1 „eigene Wohnung wird angestrebt“ übernommen werden.

Eine beabsichtigte Eheschließung ist selbstverständlich vor allen Dingen bei den Personen, die noch keinen eigenen Haushalt führen, und bei den Einpersonenteilen der Grund für den Wohnungswunsch. Überwiegend ist jedoch bei den Haushalten, die bisher noch nicht Inhaber einer Wohnung waren, der einfache Wunsch nach Selbständigkeit in eigener Wohnung.

Bemerkenswert ist noch die Aufschlüsselung der Spalte „jetzige Wohnung ist unzureichend ausgestattet“ nach der sozialen Stellung des Haushaltungsvorstandes. Mit 33 vH dominieren hier die

Arbeiter vor den Angestellten (24 vH) und denen, die von Renten und Unterstützungen leben (23 vH).

B. Was für Wohnungen werden verlangt?

Die Wohnungswunschbefragung gibt für Hamburg Aufschluß darüber, wie die von der Bevölkerung gewünschten Wohnungen im einzelnen aussehen sollen. Eine solche Analyse ist um so interessanter, als die öffentliche Diskussion um Wohnform und Größe (Forderung des „Familienheims“) sowie um die Ausstattung der neu zu bauenden Wohnungen noch immer lebhaft geführt wird. Hamburg vereinigt in seinem Staatsgebiet sowohl die typische Form der Großstadt als auch überwiegend ländlich besiedelte Gebiete. Die Ergebnisse der Wohnungswunschbefragung könnten daher auch von überregionalem Interesse sein.

Ein entscheidender Faktor ist zunächst die Größe der gewünschten Wohnungen. **Übersicht 7** läßt erkennen, daß die Wohnungen mit 2 und 3 Zimmern eindeutig dominieren. Rund 70 vH aller Wünsche zielen auf diese Größenklassen. Berücksichtigt man noch jeweils eine Küche pro Wohnung (bei der Befragung ausdrücklich ausgenommen), so sind es die

Übersicht 7

Die Haushaltungen mit Wohnungswunsch nach der Größe der gewünschten Wohnung und der Wohnform (10 vH-Erhebung am 25. 9. 1956)

Größe der gewünschten Wohnungen	Haushaltungen insgesamt		davon wünschen								Ohne Angabe der Wohnform
			Mietwohnung		Eigentumswohnung		Eigenheim		Kleinsiedlung		
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	
1 Zimmer	1 952	9,3	1 836	11,0	48	6,0	21	0,9	25	5,2	22
2 Zimmer	7 156	34,0	6 399	38,2	230	28,7	223	9,8	102	21,4	202
3 Zimmer	7 747	36,9	6 149	36,7	313	39,0	858	37,6	212	44,4	215
4 u. mehr Zimmer	2 883	13,7	1 504	9,0	159	19,8	1 044	45,8	101	21,2	75
Ohne Angabe der Wohnungsgröße	1 283	6,1	869	5,1	52	6,5	133	5,9	37	7,8	192
Zusammen	21 021	100	16 757	100	802	100	2 279	100	477	100	706
vH	100	..	79,7	..	3,8	..	10,8	..	2,3	..	3,4

Drei- und Vierraumwohnungen, die, fast gleichmäßig stark, im Vordergrund des Interesses stehen. Aber auch größere Wohnungen mit 4 und mehr Zimmern werden noch verhältnismäßig oft verlangt (rd. 14 vH). Die Einzimmerwohnungen bilden mit rd. 10 vH den geringsten Anteil, obwohl fast 22 vH aller Befragten mit Wohnungswunsch zur Zeit der Erhebung alleinstehend waren. Von ihnen wird jedoch eine erhebliche Anzahl bei ihrem Wohnungswunsch bereits die bevorstehende Eheschließung oder Zusammenführung der Familie berücksichtigt haben (vgl. Übersicht 6 und Seite 246 dieser Arbeit).

Mindestens ebenso interessant dürfte die Wahl der zukünftigen Wohnform sein. Das überragende Schwergewicht bilden hier die Mietwohnungen mit fast 80 vH aller Wünsche. Dieser hohe Prozentsatz kann als Spiegelbild der mobilen Großstadtbevölkerung gelten. Die Eigentumswohnungen bleiben mit 4 vH der Wohnungswünsche noch wesentlich hinter den Eigenheimen (rd. 11 vH) zurück. Bei der erhöhten finanziellen Eigenleistung, die ja für beide Wohnformen erforderlich ist, scheinen die Vorzüge des Eigenheims doch den Ausschlag zu geben. Der

Garten, größere Selbständigkeit und nicht zuletzt das „eigene Haus“ als Zeichen der Vermögensbildung verschaffen dem Eigenheim gegenüber der Eigentumswohnung das größere Interesse.

Die ausgesprochen ländliche Form der Kleinsiedlung erscheint unter den Hamburger Wünschen nur mit 2,3 vH, was jedoch immer noch fast 5000 Wohnungen dieser Art erfordern würde.

Deutliche Unterschiede ergeben sich bei der gewünschten Größe der verschiedenen Wohnformen. Während bei den Mietwohnungen hauptsächlich zwei und drei Zimmer gefragt sind, sollen rd. 20 vH der Eigentumswohnungen größer sein. Bei den Eigenheimen verlagert sich das Gewicht erwartungsgemäß noch mehr auf die großen Wohnungen. Fast die Hälfte aller Einfamilienhäuser sollen vier oder mehr Zimmer enthalten. Bei den Kleinsiedlungen fallen in ähnlicher Weise die Wünsche nach Dreizimmerwohnungen auf. Diese Wohnungsart liegt größtenteils nach den Vorstellungen der Befragten etwa zwischen der Eigentumswohnung und dem Eigenheim.

Übersicht 8

Die Haushaltungen mit Wohnungswunsch nach der sozialen Stellung und der gewünschten Wohnform (10 vH-Erhebung am 25. 9. 1956)

Erwerbstätigkeit und soziale Stellung	Haushaltungen insgesamt		davon wünschen				Ohne Angabe der Wohnform
			Mietwohnung	Eigentumswohnung	Eigenheim	Kleinsiedlung	
Erwerbstätige	16 678		12 922	686	2 067	412	591
vH	100		77,5	4,1	12,4	2,5	3,5
davon							
Selbständige	1 991		1 326	133	428	20	84
vH	100		66,6	6,7	21,5	1,0	4,2
Beamte	1 458		1 079	60	257	28	34
vH	100		74,0	4,1	17,6	1,9	2,4
Angestellte	6 207		4 877	307	778	99	146
vH	100		78,6	4,9	12,5	1,6	2,4
Arbeiter	7 022		5 640	186	604	265	327
vH	100		80,3	2,6	8,6	3,8	4,7
Nichterwerbstätige	4 343		3 835	116	212	65	115
vH	100		88,3	2,7	4,9	1,5	2,6
davon Einkommen aus							
Erwerbstätigkeit ¹⁾	297		244	9	35	2	7
vH	100		82,2	3,0	11,8	0,7	2,3
Renten, Unterst. u. ä.	3 994		3 550	105	169	63	107
vH	100		88,9	2,6	4,2	1,6	2,7
Kapitalbesitz	52		41	2	8	—	1
vH	100		78,8	3,8	15,4	—	2,0
Zusammen	21 021		16 757	802	2 279	477	706
vH	100		79,7	3,8	10,8	2,3	3,4

1) Familieneinkommen.

Einige interessante Zusammenhänge ergeben sich noch aus der Gegenüberstellung der gewünschten Wohnform mit der sozialen Stellung des Haushaltungsvorstandes (**Übersicht 8**). Die beiden Gruppen Erwerbstätige und Nichterwerbstätige unterscheiden sich nur insofern voneinander, als der Anteil der gewünschten Mietwohnungen bei den Nichterwerbstätigen noch etwas höher liegt (88 vH) als bei der erwerbstätigen Bevölkerung. Da an dieser Gruppe wahrscheinlich überwiegend ältere Personen beteiligt sind, ist es verständlich, daß das Interesse an den auf lange Sicht abgestellten Wohnformen geringer ist.

Aufschlußreicher erscheint jedoch die Gliederung der Erwerbstätigen nach ihrer sozialen Stellung. Der Anteil der Mietwohnungen an den Wünschen wird von den Selbständigen über Beamte und Angestellte bis zu den Arbeitern immer größer (von 67 bis 80 vH der jeweiligen Wohnungswünsche), während die Entwicklung bei den Eigenheimen umgekehrt verläuft (von 22 bis 9 vH). In absoluten Zahlen sind es jedoch immer noch wesentlich mehr

Arbeiter, die sich ein Eigenheim wünschen (rd. 6000) als Beamte (rd. 2500) oder Selbständige (rd. 4300). Bei den Kleinsiedlungen sind sowohl absolut als auch prozentual die Arbeiter am stärksten vertreten. Für Eigentumswohnungen scheinen sich dagegen überwiegend Angestellte zu interessieren.

In der Gruppe der nicht erwerbstätigen Haushaltungsvorstände ist der Anteil der Eigenheimwünsche bei denen, die von Kapitalbesitz leben, verständlicherweise am höchsten (15 vH), was aber auf Grund der geringen absoluten Zahlen kaum ins Gewicht fällt. Im übrigen konzentrieren sich auch hier die Wünsche überwiegend auf die Mietwohnung.

Das dritte wesentliche Merkmal, das beim Bau einer Wohnung berücksichtigt werden muß, ist die Ausstattung mit Heizung und Badegelegenheit. Wie sollen die gewünschten Wohnungen unter diesem Gesichtspunkt aussehen? Die Ofenheizung ist noch immer für mehr als 40 vH der Wohnungsuchenden die angestrebte Heizungsart (**Übersicht 9**). Hier spielen offenbar die geringeren Anschaffungs- und

Übersicht 9

Die Haushaltungen mit Wohnungswunsch nach der künftigen Wohnform und der gewünschten Wohnungsausstattung
(10 vH-Erhebung am 25. 9. 1956)

Gewünschte Wohnformen	Haushaltungen insgesamt	davon wünschene eine Wohnung mit						Ohne Angabe der Wohnungs- ausstattung
		Sammel- oder Wohnungsheizung			Ofenheizung			
		insgesamt	davon		insgesamt	davon		
			Vollbad	Duschbad		Vollbad	Duschbad	
Mietwohnung	16 757	7 008	5 546	1 462	7 467	4 367	3 100	2 282
vH	100	41,8	33,1	8,7	44,6	26,1	18,5	13,6
Eigentumswohnung	802	495	438	57	177	112	65	130
vH	100	61,7	54,6	7,1	22,1	14,0	8,1	16,2
Eigenheim	2 279	1 425	1 321	104	484	370	114	370
vH	100	62,5	58,0	4,5	21,2	16,2	5,0	16,3
Kleinsiedlung	477	175	134	41	229	113	116	73
vH	100	36,7	28,1	8,6	48,0	23,7	24,3	15,3
Ohne Angabe der Wohnform .	706	178	142	36	241	145	96	287
vH	100	25,2	20,1	5,1	34,1	20,5	13,6	40,7
Zusammen	21 021	9 281	7 581	1 700	8 598	5 107	3 491	3 142
vH	100	44,2	36,1	8,1	40,9	24,3	16,6	14,9
vH der Heizungsart	100	81,7	18,3	100	59,4	40,6	..

Betriebskosten eine entscheidende Rolle. Eine Sammel- oder Wohnungsheizung wird jedoch bereits von 44 vH als notwendig für die künftige Wohnung angesehen.

Bei der Badeeinrichtung gehen die Wünsche wesentlich weniger auseinander. Mehr als 60 vH der Befragten mit Wohnungswunsch halten ein Vollbad für erforderlich, während nur ein Viertel von ihnen ein Duschbad verlangt.

Die Kombination Heizungsart/Badeeinrichtung zeigt, daß bei Zentralheizung im allgemeinen auch ein Vollbad zur Verfügung stehen soll, während im anderen Fall 40 vH mit einem Duschbad auskommen.

Untersucht man die Ausstattungswünsche in Verbindung mit der künftigen Wohnform, so zeigt sich, daß die Ansprüche von der Mietwohnung über die Eigentumswohnung zum Eigenheim im allgemeinen steigen. Während von denen, die eine Mietwohnung wollen, rd. 42 vH mit einer Zentralheizung rechnen, sind es bei der Eigentumswohnung und beim Eigen-

heim mehr als 60 vH. Bei der Frage nach der Badeeinrichtung zeigt sich die gleiche Tendenz. Der Wunsch nach einem Vollbad steigt von 59 vH der Mietwohnungen bis zu 74 vH bei den Eigenheimen. Aus diesen Zahlen läßt sich erkennen, daß die voll ausgestattete Badeeinrichtung auf der Skala der Bedürfnisse in vielen Fällen vor der Zentralheizung erscheint. An eine Kleinsiedlung werden ausstattungsmäßig in allen Punkten noch geringere Anforderungen gestellt als an eine Mietwohnung.

Übersicht 10 gibt ein Bild darüber, wie sich Ausstattung und Größe der Wohnung zueinander verhalten. Es war zu erwarten, daß eine Sammelheizung für größere Wohnungen eher in Anspruch genommen wird als für kleinere. Während von den Einzimmerwohnungen noch nicht ein Drittel eine Zentralheizung enthalten sollen, ist das bei den Wohnungen mit 4 und mehr Zimmern zu rd. 70 vH der Fall. Auch eine Vollbadeinrichtung wird bei größeren Wohnungen immer wichtiger.

Übersicht 10

Die Haushaltungen mit Wohnungswunsch nach der Größe und der Ausstattung der gewünschten Wohnung (10 vH-Erhebung am 25. 9. 1956)

Größe der gewünschten Wohnungen	Haushaltungen insgesamt	davon wünschen eine Wohnung mit						Ohne Angabe der Wohnungs-ausstattung
		Sammel- oder Wohnungsheizung			Ofenheizung			
		insgesamt	davon		insgesamt	davon		
			Vollbad	Duschbad		Vollbad	Duschbad	
1 Zimmer	1 952	621	399	222	983	491	492	348
vH	100	31,8	20,4	11,4	50,4	25,2	25,2	17,8
2 Zimmer	7 156	2 710	2 028	682	3 716	2 052	1 664	730
vH	100	37,9	28,3	9,6	51,9	28,7	23,2	10,2
3 Zimmer	7 747	3 947	3 295	652	3 259	2 079	1 180	541
vH	100	50,9	42,5	8,4	42,1	26,8	15,3	7,0
4 und mehr Zimmer	2 883	2 003	1 859	144	640	485	155	240
vH	100	69,5	64,5	5,0	22,2	16,8	5,4	8,3
Ohne Angabe der Wohnungsgröße	1 283	—	—	—	—	—	—	1 283
Zusammen	21 021	9 281	7 581	1 700	8 598	5 107	3 491	3 142
vH	100	44,2	36,1	8,1	40,9	24,3	16,6	14,9

Die soziale Schichtung der Wohnungsuchenden zeigt keine besonders hervorstechenden Unterschiede in den Wünschen für die zukünftige Wohnungsausstattung. Von den drei Gruppen Selbständige, Beamte und Angestellte hat ein recht hoher Anteil eine Zentralheizung (durchschnittlich 60 vH) und noch mehr eine Badeeinrichtung mit Vollbad (durchschnittlich 75 vH) eingeplant. Das deutet darauf hin, daß soziale Unterschiede bei diesen Schichten auch in der privaten Sphäre immer weniger zu erkennen sind. Von den Arbeitern wird sowohl die Ofenheizung als auch das Duschbad in stärkerem Maße bevorzugt.

Die Ergebnisse dieses Abschnitts vermitteln einen Überblick über die Bedürfnisse und Wünsche der Hamburger Bevölkerung. Sie stellen jedoch keine Analyse des Wohnungsbedarfs im Sinne eines Bedarfs an neu zu bauenden Wohnungen dar. Hier sind auch alle die Wohnungssuchenden mit berücksichtigt, die bereits Inhaber einer Normalwohnung sind und damit durch ihren Wohnungswunsch keine zusätzliche Wohnung erforderlich machen. Es ist festgestellt worden, daß diese Haushalte bei ihrem Wohnungswechsel zum großen Teil besser ausgestattete oder größere Wohnungen anstreben (vgl. Übersicht 6). Dadurch würde sich das Bild der

Übersicht 11

Die Haushaltungen mit Wohnungswunsch nach der sozialen Stellung und der Ausstattung der gewünschten Wohnung (10 vH-Erhebung am 25. 9. 1956)

Erwerbstätigkeit und soziale Stellung	Haushaltungen insgesamt	davon wünschen eine Wohnung mit						Ohne Angabe der Wohnungs-ausstattung
		Sammel- oder Wohnungsheizung			Ofenheizung			
		insgesamt	davon		insgesamt	davon		
			Vollbad	Duschbad		Vollbad	Duschbad	
Erwerbstätige	16 678	7 834	6 461	1 373	6 454	3 845	2 609	2 390
vH	100	47,0	38,7	8,3	38,7	23,1	15,6	14,3
davon								
Selbständige	1 991	1 194	1 099	95	443	328	115	354
vH	100	60,0	55,2	4,8	22,3	16,5	5,8	17,7
Beamte	1 458	917	837	80	420	317	103	121
vH	100	62,9	57,4	5,5	28,8	21,7	7,1	8,3
Angestellte	6 207	3 715	3 200	515	1 745	1 153	592	747
vH	100	59,9	51,6	8,3	28,1	18,6	9,5	12,0
Arbeiter	7 022	2 008	1 325	683	3 846	2 047	1 799	1 168
vH	100	28,6	18,9	9,7	54,8	29,2	25,6	16,6
Nichterwerbstätige	4 343	1 447	1 120	327	2 144	1 262	882	752
vH	100	33,3	25,8	7,5	49,4	29,1	20,3	17,3
davon Einkommen aus								
Erwerbstätigkeit ¹⁾	297	121	98	23	135	78	57	41
vH	100	40,7	33,0	7,7	45,5	26,3	19,2	13,8
Renten, Unterstützungen	3 994	1 294	994	300	2 001	1 179	822	699
vH	100	32,4	24,9	7,5	50,1	29,5	20,6	17,5
Kapitalbesitz	52	32	28	4	8	5	3	12
vH	100	61,5	53,8	7,7	15,4	9,6	5,8	23,1
Zusammen	21 021	9 281	7 581	1 700	8 598	5 107	3 491	3 142
vH	100	44,2	36,1	8,1	40,9	24,3	16,6	14,9

¹⁾ Familieneinkommen.

gewünschten Wohnungen, wie es in diesem Abschnitt dargestellt ist, für den Wohnungsbaubedarf insofern etwas ändern, als die Forderungen nach einfacher ausgestatteten und kleineren Wohnungen zum Teil durch die freiwerdenden Unterkünfte gedeckt werden könnten. Das durchschnittliche Niveau der neuen Wohnungen müßte dann etwas höher sein als der Gesamtdurchschnitt der Wünsche. Auf den eigentlichen subjektiven Wohnungsbedarf wird jedoch im Abschnitt III/D noch einmal eingegangen.

Trotz dieser Einschränkung läßt sich ein eindeutiges Schwergewicht in den Wünschen der wohnungsuchenden Bevölkerung feststellen. **Der am häufigsten verlangte Typ ist die Zwei- bis Dreizimmerwohnung mit Vollbad, die etwa in der Hälfte der Fälle mit Zentralheizung, in der anderen Hälfte mit Ofenheizung ausgestattet sein soll.**

C. Wünsche und Zahlungsbereitschaft

Eine Untersuchung der Nachfrageseite auf dem Wohnungsmarkt, wie sie die Wohnungswunschbefragung darstellt, kann sich nicht in einer Durch-

leuchtung der Wunschvorstellungen erschöpfen. Erst wo hinter diesen die konkrete Möglichkeit zur Erfüllung steht, wo sowohl Zahlungsfähigkeit als auch Zahlungsbereitschaft zu dem vorherrschenden Preis vorhanden sind, werden die Wünsche zur effektiven Nachfrage. Bei einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise muß dieser Gesichtspunkt im Vordergrund stehen.

Wie verhält es sich in dieser Hinsicht mit den Wohnungswünschen der Hamburger Bevölkerung? Sind ihre Vorstellungen in etwa „real“ oder übersteigen sie die recht engen Grenzen des Möglichen?

Um diesen Fragen nachgehen zu können, wurde im Erhebungsbogen die Angabe der künftigen höchstmöglichen Belastung pro Monat erbeten (ohne Kosten für Heizung und Warmwasser). Dabei wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß beim Erwerb eines Eigenheims, einer Eigentumswohnung oder einer Kleinsiedlung zuvor noch eine gewisse Eigenleistung erforderlich ist.

Ein Blick auf **Übersicht 12** zeigt, daß mehr als 40 vH der Befragten mit Wohnungswunsch zwischen

Übersicht 12

Die Haushaltungen mit Wohnungswunsch nach der Größe der gewünschten Wohnung und der monatlichen Belastung
(10 vH-Erhebung am 25. 9. 1956)

Größe der gewünschten Wohnungen	Haushaltungen insgesamt	Künftige monatliche Belastung					Ohne Angabe der monatlichen Belastung
		bis 39 DM	40 bis 69 DM	70 bis 99 DM	100 bis 139 DM	140 DM und mehr.	
1 Zimmer	1 952	709	797	85	12	1	348
vH	100	36,3	40,8	4,4	0,6	0,0	17,9
2 Zimmer	7 156	478	4 268	1 420	242	18	730
vH	100	6,7	59,6	19,8	3,4	0,3	10,2
3 Zimmer	7 747	60	3 115	2 790	1 053	188	541
vH	100	0,8	40,2	36,0	13,6	2,4	7,0
4 und mehr Zimmer	2 883	9	380	671	867	716	240
vH	100	0,3	13,2	23,3	30,1	24,8	8,3
Ohne Angabe der Wohnungsgröße	1 283	77	456	163	42	15	530
vH	100	6,0	35,5	12,7	3,3	1,2	41,3
Zusammen	21 021	1 333	9 016	5 129	2 216	938	2 389
vH	100	6,3	42,9	24,4	10,5	4,5	11,4

DM 40,— und DM 69,— für die zukünftige Wohnung zahlen wollen, und fast ein Viertel ist bereit, DM 70,— bis DM 99,— aufzuwenden. In dieser Spanne zwischen DM 40,— und DM 100,— liegt also die Masse aller gewünschten Wohnungen. Aus diesen Prozentsätzen allein läßt sich jedoch noch nichts über die Realität der Wünsche aussagen. Dazu gehört die Kombination mit Größe, Wohnform und Ausstattung der Wohnung.

Betrachtet man zunächst die verschiedenen Wohnungsgrößen in Verbindung mit der Zahlungsfähigkeit, so ergeben sich durchaus wirklichkeitsnahe Beziehungen, wenn man vorwiegend die Maßstäbe des sozialen Wohnungsbaues der Jahre 1950 bis 1956 zugrundelegt, an denen sich die Befragten offensichtlich orientiert haben. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß bereits für die nächste Zukunft eine Erhöhung dieser Sätze zu erwarten ist. Die Mehrheit sowohl der Ein- als auch der Zwei- und Dreizimmerwohnungen

liegen wieder in der Gruppe von DM 40,— bis DM 69,—, bei den Dreizimmerwohnungen jedoch schon fast ebensoviel in der Gruppe von DM 70,— bis 99,—. Die größten Wohnungen verteilen sich ohne starke Abweichungen auf die Spanne zwischen DM 70,— und mehr als DM 140,—. Die 13 vH der Wohnungen mit 4 und mehr Zimmern für DM 40,— bis DM 69,— fallen etwas aus dem Rahmen. Doch ist es durchaus möglich, daß es sich dabei um sehr einfach ausgestattete Altbauwohnungen handeln soll. Auch Einzimmerwohnungen bis zu DM 39,— werden schwerlich zu erhalten sein. Der Anteil der Fälle ohne Angabe der monatlichen Belastung ist verhältnismäßig hoch. Viele sind sich offenbar über alles andere eher im klaren als über die eigene Leistungsbereitschaft.

Auch das Verhältnis Wohnform/monatliche Belastung (**Übersicht 13**) zeigt sich in durchaus normalen Größenordnungen. Während noch mehr als die Hälfte aller Mietwohnungen bis DM 69,— kosten

**Die Haushaltungen mit Wohnungswunsch nach der
gewünschten Wohnform und der künftigen monatlichen Belastung**
(10 vH-Erhebung am 25. 9. 1956)

Gewünschte Wohnformen	Haushaltungen insgesamt	Künftige monatliche Belastung					Ohne Angabe der monatlichen Belastung
		bis 39 DM	40 bis 69 DM	70 bis 99 DM	100 bis 139 DM	140 DM und mehr	
Mietwohnung	16 757	1 223	7 834	4 193	1 394	375	1 738
vH	100	7,3	46,8	25,0	8,3	2,2	10,4
Eigentumswohnung . . .	802	22	220	209	166	90	95
vH	100	2,7	27,4	26,1	20,7	11,2	11,9
Eigenheim	2 279	32	417	485	590	453	302
vH	100	1,4	18,3	21,3	25,9	19,9	13,2
Kleinsiedlerstelle . . .	477	33	244	115	34	4	47
vH	100	6,9	51,1	24,1	7,1	0,8	10,0
Ohne Angabe der Wohnform	706	23	301	127	32	16	207
vH	100	3,3	42,6	18,0	4,5	2,3	29,3
Zusammen	21 021	1 333	9 016	5 129	2 216	938	2 389
vH	100	6,3	42,9	24,4	10,5	4,5	11,4

sollen, verteilen sich die Anteile der Eigentumswohnungen und die der Eigenheime mehr auf die höheren Belastungsgruppen. Die Kleinsiedlungen sollen dagegen im Durchschnitt noch etwas billiger als die Mietwohnungen sein. Die geringen Prozentsätze irrealer Angaben (z. B. 1,4 vH der Eigenheime bis DM 39,—) beeinflussen nicht das sonst recht wirklichkeitsnahe Bild.

Aus **Übersicht 14** ergibt sich die Kombination der Wohnungsausstattung mit der monatlichen Zahlungsbereitschaft. Ins einzelne gehende Aussagen können aus dieser Tabelle jedoch nicht abgeleitet werden, da die schwerer wiegenden Merkmale Größe und Wohnform hier nicht berücksichtigt sind. Trotzdem läßt sich auch in diesem Fall feststellen, daß die Angaben in etwa den normalen Vorstellungen entsprechen. Die Wohnungen mit Zentralheizung sind fast gleich stark in den Gruppen DM 40 bis DM 69 und DM 70 bis DM 99 vertreten, während für die Ofenheizung dieses Verhältnis etwa 3:1 beträgt. Auch im Falle der Badeeinrichtung zeigt sich deutlich, daß man für ein Vollbad im allgemeinen mehr zu zahlen bereit ist als für ein Duschbad.

Die soziale Schichtung der Wohnungswünschenden (**Übersicht 15**) zeigt deutlich, daß die Zahlungsbereitschaft von den Arbeitern über Angestellte und Beamte bis zu den Selbständigen stark zunimmt. DM 140 und mehr wollen noch 17 vH der Selbständigen für ihre Wohnung aufbringen, während nur noch 9 vH der Beamten, 6 vH der Angestellten und kaum noch Arbeiter in dieser Gruppe vertreten sind. Die große Zahl der Arbeiter (62 vH) liegt bei einer monatlichen Zahlung von DM 40 bis DM 69, während sich fast der gleiche Prozentsatz der Angestellten auf diese und die nächst höhere Gruppe (bis DM 99) verteilt. Das ist angesichts der Tatsache, daß bei den Angestellten auch leitende Posten vertreten sind, kein allzu krasser Unterschied.

Der Gesamteindruck, den man bei einem Vergleich der Wohnungswünsche mit der Bereitschaft oder Fähigkeit zu einer entsprechenden Gegenleistung gewinnt, ist durchaus positiv. Es ergeben sich keineswegs auffallende Diskrepanzen zwischen den Wünschen und der Realität der Wohnungssituation. Diese Tatsache kann als ein Gradmesser für das Gelingen der gesamten Wohnungswunsch-

Übersicht 14

Die Haushaltungen mit Wohnungswunsch nach der künftigen monatlichen Belastung und der gewünschten Wohnungsausstattung
(10 vH-Erhebung am 25. 9. 1956)

Künftige monatliche Belastung	Haushaltungen insgesamt	davon wünschen eine Wohnung mit												Ohne Angabe der Wohnungsausstattung	
		Sammel- oder Wohnungsheizung						Ofenheizung							
		insgesamt		davon				insgesamt		davon					
				Vollbad		Duschbad				Vollbad		Duschbad			
Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH		
bis 39 DM	1 333	281	3,0	156	2,1	125	7,4	975	11,3	463	9,0	512	14,7	77	2,5
40 bis 69 DM	9 016	3 091	33,3	2 072	27,3	1 019	60,0	5 469	63,6	2 963	58,0	2 506	71,8	456	14,5
70 bis 99 DM	5 129	3 106	33,5	2 661	35,1	445	26,2	1 860	21,6	1 425	28,0	435	12,5	163	5,2
100 bis 139 DM	2 216	1 918	20,7	1 834	24,2	84	4,9	256	3,0	220	4,3	36	1,0	42	1,3
140 DM und mehr	938	885	9,5	858	11,3	27	1,5	38	0,5	36	0,7	2	—	15	0,5
Ohne Angabe der monatl. Belastung . .	2 389	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 389	76,0
Zusammen	21 021	9 281	100	7 581	100	1 700	100	8 598	100	5 107	100	3 491	100	3 142	100
vH	100	44,2	..	36,1	..	8,1	..	40,9	..	24,3	..	16,6	..	14,9	..

**Die Haushaltungen mit Wohnungswunsch nach der
sozialen Stellung und der künftigen monatlichen Belastung**
(10 vH-Erhebung am 25. 9. 1956)

Erwerbstätigkeit und soziale Stellung	Haushaltungen insgesamt	Künftige monatliche Belastung					Ohne Angabe der monatlichen Belastung
		bis 39 DM	40 bis 69 DM	70 bis 99 DM	100 bis 139 DM	140 DM und mehr	
Erwerbstätige	16 678	469	7 073	4 459	2 000	888	1 789
vH	100	2,8	42,4	26,7	12,0	5,3	10,8
davon							
Selbständige	1 991	24	384	502	439	347	295
vH	100	1,2	19,3	25,2	22,0	17,4	14,9
Beamte	1 458	9	328	572	322	131	96
vH	100	0,6	22,5	39,2	22,1	9,0	6,6
Angestellte	6 207	98	1 976	2 063	1 099	388	583
vH	100	1,6	31,8	33,2	17,7	6,3	9,4
Arbeiter	7 022	338	4 385	1 322	140	22	815
vH	100	4,8	62,4	18,8	2,0	0,3	11,7
Nichterwerbstätige	4 343	864	1 943	670	216	50	600
vH	100	19,9	44,7	15,4	5,0	1,2	13,8
davon Einkommen aus							
Erwerbstätigkeit ¹⁾	297	13	143	79	25	8	29
vH	100	4,4	48,1	26,6	8,4	2,7	9,8
Renten, Versorgungslstg.	3 994	846	1 786	577	185	36	564
vH	100	21,2	44,7	14,4	4,6	0,9	14,2
Kapitalbesitz etc.	52	5	14	14	6	6	7
vH	100	9,6	26,9	26,9	11,5	11,5	13,6
Zusammen	21 021	1 333	9 016	5 129	2 216	938	2 389
vH	100	6,3	42,9	24,4	10,5	4,5	11,4

1) Familieneinkommen.

befragung angesehen werden. Die Wohnungen, wie sie im vorigen Abschnitt dargestellt wurden, sind also mehr als fiktive Wunschbilder der Befragten. Es ist sicher, daß für den allergrößten Teil von ihnen eine zahlungsfähige Nachfrage bereitstehen wird, sobald sie auf dem Wohnungsmarkt erscheinen sollten. Im übrigen können die hier vermittelten Einblicke in die Wünsche der Hamburger Bevölkerung natürlich lediglich die Richtung des Bedarfs angeben. Einzelheiten können und müssen dabei unberücksichtigt bleiben.

D. Wohnungsbedarf und Wohnungsfehlbestand

Nach der Erhebung im Herbst 1956 bestanden in Hamburg rd. 210 210 Wünsche nach einer Wohnung. Wie bereits ausgeführt wurde, ist davon jedoch nur ein Teil neu zu erstellen. Alle Inhaber einer Normalwohnung, die eine neue Unterkunft wünschen, stellen gleichzeitig eine Wohnung wieder zur Verfügung. Nach Abzug dieser Fälle ergibt sich ein **Bedarf an neu zu bauenden Wohnungen von rd. 109 780** (vgl. S. 246). Nur diese Zahl soll im folgenden als subjektiver Wohnungsbedarf angesprochen werden.

Wie sollen diese Wohnungen nach Wohnform und Größe beschaffen sein?

Leider ist aus dem vorliegenden Material nur die Gesamtzahl aller Wohnungsinhaber (einschl. Behelfsheimen von 30 und mehr qm) in Kombination mit diesen Merkmalen zu ersehen. Der Anteil der Bewohner von Notwohnungen an der Gesamtzahl dieser Wohnungsinhaber beträgt 13,2 vH (vgl. S. 246). Dieser Prozentsatz mußte auch für die Aufteilung

der gewünschten Wohnungen nach Größe und Wohnform übernommen werden. Die geringere Genauigkeit, die dadurch in der Gliederung des subjektiven Wohnungsbedarfs auftritt, kann jedoch nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein, zumal bei einem Repräsentationsatz von 10 vH sowieso mit einem bestimmten Stichprobenfehler gerechnet werden muß.

Die **Übersichten 16 und 17** geben die Gliederung der Wohnungswünsche unter diesen Aspekten wieder. **Somit wären nach den Wünschen der Bevölkerung noch rd. 89 400 Mietwohnungen, 4600 Eigentumswohnungen, 9600 Eigenheime und 2600 Kleinsiedlungen zu bauen.** Für 3500 Wohnungen fehlt die Angabe der Wohnform.

Der subjektive Wohnungsbedarf nach der Größe der gewünschten Wohnungen geht aus **Übersicht 17** hervor. **Es fehlen danach 1956 noch rd. 14 200 Einzimmerwohnungen, 43 600 Zweizimmerwohnungen, 35 300 Dreizimmerwohnungen und 8 700 Wohnungen mit 4 und mehr Zimmern.** Bei 8 000 Wohnungen ist keine bestimmte Größe bekannt.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß sich diese Aufteilung durch die freiwerdenden Wohnungen der im Wohnungsbedarf nicht berücksichtigten Wohnungsinhaber von Normalwohnungen evtl. etwas verändern wird. Das würde in diesem Zusammenhang eine geringe Verschiebung in Richtung der größeren Wohnungen bzw. der anspruchsvolleren Wohnformen bewirken. Die gewünschte Ausstattung der Wohnungen kann für den reinen Baubedarf nicht nachgewiesen werden. Es dürfte aber kein großer Fehler entstehen, wenn man den Eindruck, den die gesamten Wohnungswünsche in dieser

Übersicht 16

**Die Haushaltungen mit Wohnungswunsch nach dem
derzeitigen Wohnverhältnis und der gewünschten Wohnform**
(10 vH-Erhebung am 25. 9. 1956)

Derzeitiges Wohnverhältnis	Haushaltungen insgesamt	davon wünschen				Ohne Angabe der Wohnform
		Mietwohnung	Eigentumswohnung	Eigenheim	Kleinstiedlung	
Wohnungsinhaber in Normal- und Notwohnungen ¹⁾	11 566	8 997	398	1 519	247	405
darunter in Notwohnungen ²⁾	1 523	1 184	53	200	33	53
Wohnungsinhaber in Behelfsheimen von 30 und mehr qm ³⁾	1 218	822	35	211	83	67
Untermieter	7 554	6 351	354	501	130	218
Wohnungslos eingewiesene Parteien	455	408	7	21	11	8
Personen, die noch keinen eigenen Haushalt führen	228	179	8	27	6	8
Zusammen	21 021	16 757	802	2 279	477	706
vH	100	79,7	3,8	10,8	2,3	3,4
darunter Wohnungsbaubedarf	10 978	8 944	457	960	263	354
vH	100	81,5	4,2	8,7	2,4	3,2

1) Ausschließlich Wohnungsinhabern in Behelfsheimen von 30 und mehr qm. — 2) vgl. S. 246. — 3) Und in einsturzgefährdeten Gebäuden.

Übersicht 17

**Die Haushaltungen mit Wohnungswunsch nach dem
derzeitigen Wohnverhältnis und der gewünschten Wohnungsgröße**
(10 vH-Erhebung am 25. 9. 1956)

Derzeitiges Wohnverhältnis	Haushaltungen insgesamt	davon wünschen eine Wohnung mit				Ohne Angabe der Wohnungsgröße
		1 Zimmer	2 Zimmern	3 Zimmern	4 und mehr Zimmern	
Wohnungsinhaber in Normal- und Notwohnungen ¹⁾	11 566	613	3 215	4 857	2 320	561
darunter in Notwohnungen ²⁾	1 523	81	424	639	305	74
Wohnungsinhaber in Behelfsheimen von 30 und mehr qm ³⁾	1 218	71	493	394	138	122
Untermieter	7 554	1 166	3 184	2 281	381	542
Wohnungslos eingewiesene Parteien	455	85	167	136	33	34
Personen, die noch keinen eigenen Haushalt führen	228	17	97	79	11	24
Zusammen	21 021	1 952	7 156	7 747	2 883	1 283
darunter Wohnungsbaubedarf	10 978	1 420	4 365	3 529	868	796
vH	100	12,9	39,8	32,1	7,9	7,3

1) Ausschließlich Wohnungsinhabern in Behelfsheimen von 30 und mehr qm. — 2) vgl. S. 246. — 3) Und in einsturzgefährdeten Gebäuden.

Größe der Wohnung	Wohnungsbedarf		Wohnungsfehlbestand	
	Hamburg 1956			
	Anzahl	vH	Anzahl	vH
1 und 2 Räume (1 Zimmer)	14 200	12,9	55 948	32,6
3 Räume (2 Zimmer)	43 650	39,8	80 281	46,8
4 Räume (3 Zimmer)	35 290	32,1	12 614	7,4
5 und mehr Räume (4 u. mehr Zimmer)	8 680	7,9	22 675 ¹⁾	13,2
Ohne Angabe der Wohnungsgröße	7 960	7,3	—	—
Insgesamt	109 780	100	171 518	100

1) Der Überschuß bei den Wohnungen mit 7 und mehr Räumen von 6 487 wurde saldiert.

Gliederung vermitteln, für die neu zu bauenden Wohnungen übernimmt.

Welches Bild zeigt sich nun bei einem Vergleich des subjektiven Wohnungsbedarfs mit dem im vor-

hergehenden Kapitel berechneten objektiven Wohnungsfehlbestand? Die nebenstehende Gegenüberstellung zeigt die Gesamtzahlen sowie die Größengliederung beider Berechnungsarten.

Das auffallendste Ergebnis ist, daß der subjektive Wohnungsbedarf um fast 62 000 Wohnungen niedriger ist als der objektive Fehlbestand. Das zeigt erneut, wie sehr die Wünsche der einzelnen von den wohnungspolitischen Vorstellungen abweichen. Die Differenz erklärt sich einmal aus dem geringeren Anteil der Mehrpersonenuntermieter beim Wohnungsbedarf (62 vH mit Wohnungswunsch gegenüber 100 vH bei der Fehlbestandsrechnung). Die restlichen 38 vH Mehrpersonenuntermieter umfassen insgesamt etwa 27 000 Haushaltungen, was von der Gesamtmasse aller Mehrpersonenhaushaltungen jedoch nur ca. 5 vH ausmacht. Es zeigt sich, daß der Komplex der Untermieter, auch der Einzeluntermieter, doch differenzierter betrachtet werden muß, als es in den mehr oder weniger summarischen

Unterstellungen der objektiven Theorien geschieht. Dazu kommt, daß nur rd. 30 vH der Behelfsheimbewohner eine andere Wohnung anstreben, während bei der objektiven Methode auch hier die Gesamtzahl zugrunde gelegt wurde. Bemerkenswerterweise äußerten auch nur etwa die Hälfte der Wohnungsinhaber in Notwohnungen einen Wohnungswunsch.

Weiterhin sind auch die wohnungslos eingewiesenen Haushalte nicht vollständig in der Bedarfsrechnung vertreten. Das wirkt sich jedoch wegen der geringen absoluten Zahl wenig aus und wird außerdem durch die Gruppe der Personen, die noch keinen eigenen Haushalt führen, in etwa kompensiert.

IV. Die voraussichtliche Entwicklung bis 1961

Die Ergebnisse der Wohnungszählung, wie sie in den vorhergehenden Kapiteln dargestellt wurden, beziehen sich auf die Zeit im Herbst 1956.

Durch die außerordentlich umfangreichen und zeitraubenden Arbeiten, die eine Totalerhebung mit sich bringt, ist es leider nicht zu vermeiden, daß die Ergebnisse erst zu einem Zeitpunkt veröffentlicht werden können, wo sie durch die fortschreitende Entwicklung bereits zu einem gewissen Grade überholt sind. Der Sinn einer Totalerhebung liegt jedoch auch nicht so sehr in der Aktualität der entsprechenden Zahlen, als vielmehr in einer allgemeinen Bestandsaufnahme, die einen Überblick über die grundlegende Struktur des Erhebungsobjektes vermitteln soll. Von dieser Grundlage aus können Schätzungen über die weitere Entwicklung des entsprechenden Problembereiches vorgenommen werden.

Im Falle der Wohnungsstatistik war es von besonderer Bedeutung, nach achtjähriger intensiver Wiederaufbautätigkeit im Anschluß an die umfangreichen Kriegszerstörungen festzustellen, wie weit man bei der Lösung dieses Problems gekommen ist und an welchen Stellen noch entscheidende Engpässe bestehen. Diesem Anspruch sollten in erster Linie die bisherigen Ausführungen gerecht werden.

Eine Untersuchung der Entwicklung bis zum heutigen Zeitpunkt und einige Jahre darüber hinaus ist jedoch bei der Wohnungsfrage auch besonders wichtig, da die Veränderungen, solange noch keine annähernde Sättigung des Wohnungsmarktes erfolgen konnte, gerade auf diesem Gebiet besonders dynamisch sind. Eine solche Schätzung ist jedoch mit einigen Schwierigkeiten verbunden, da die den Wohnungsbedarf beeinflussenden Faktoren vielseitig und differenziert sind.

In der Hauptsache sind es zwei Kriterien, die sich auf die Entwicklung der Wohnungslage auswirken: die Zahl der jährlich neu hinzukommenden Wohnungen und auf der anderen Seite die Veränderung des Bevölkerungsbestandes.

Zunächst soll versucht werden, eine Übersicht über die Wohnungssituation im heutigen Zeitpunkt, Herbst 1958, zu geben. Dabei erhebt sich als erstes die Frage, von welcher Defizitzahl 1956 bei der Schätzung der weiteren Entwicklung auszugehen ist, von dem objektiven Wohnungsfehlbestand oder von dem subjektiven Wohnungsbedarf. Die Wünsche der Bevölkerung lassen sich wohl kaum in die Zukunft projizieren. Die Merkmale, welche diese

Auch die Anteile der verschiedenen Wohnungsgrößen am Defizit verschieben sich bei den beiden Berechnungsarten. Bei der subjektiven Methode verlagert sich das Gewicht entscheidend von den Kleinwohnungen auf die mit 3 Zimmern und Küche. Der Anteil der größeren Wohnungen ist dagegen wieder geringer als beim Wohnungsfehlbestand.

Für die Wohnungsbauplanung der nächsten Jahre dürften wohl die Maßstäbe des subjektiven Bedarfs zunächst entscheidend sein. Wie weit darüber hinaus noch wohnungspolitisch unerwünschte Zustände beseitigt werden sollen (z. B. Abbau bzw. Sanierung sämtlicher Behelfsheimwohnungen) müßte zu gegebener Zeit erneut diskutiert werden.

rein subjektiven Aussagen verändern können, würden neue Imponderabilien in die Schätzung bringen, die das Ergebnis wesentlich unsicherer machen würden. Zum Beispiel ist auf Grund der inzwischen durchgeführten Rentenreform zu erwarten, daß sich heute eine größere Zahl von Rentnern für eine eigene Wohnung entscheiden würde. Die Schätzung muß sich also notgedrungen im Rahmen der objektiven Betrachtungsweise halten.

Das Wohnungsdefizit betrug nach der vom Statistischen Landesamt Hamburg vorgenommenen Berechnung im Herbst 1956 171 518 Wohnungen. Welche entsprechende Zahl würde sich heute ergeben?

Dafür muß zunächst die Entwicklung der Bevölkerung geprüft werden. 1956 ergab die Zählung 1 740 539 „Bewohner“ in Hamburg, das sind die zu den ermittelten Wohnparteien gehörenden Personen. Im September 1958 wird die Bevölkerung dagegen rd. 1 804 000 betragen. In dieser Zahl sind allerdings alle in Hamburg lebenden Personen enthalten, auch die in Anstalten und Heimen untergebracht sind und somit keine eigene Wohnung benötigen. 1956 betrug die Zahl dieser Personen rd. 14 200. Setzt man voraus, daß in dieser Beziehung keine entscheidende Änderung eingetreten ist, so ergibt sich eine den „Bewohnern“ entsprechende Summe für September 1958 von rd. 1 789 800. Das würde eine Steigerung um 49 300 Personen bedeuten.

Die Frage, wie viele Wohnungen für diese Personen zur Verfügung stehen müssen, ist nur sehr schwer zu beantworten, da keinerlei Anhaltspunkte dafür bestehen, wie viele und wie große Haushaltungen dieser Personenzahl entsprechen. Um möglichst wenig unkontrollierbare Annahmen in die Berechnung einzuführen, nehmen wir für die Ermittlung der Wohnungszahl an, daß die bei der Wohnungszählung errechnete Durchschnittsbelegung je Normalwohnung auch heute noch Gültigkeit hat. Das würde für 3,3 Personen je eine Wohnung erforderlich machen.

Wir sind uns dabei bewußt, daß diese Belegungsdichte für die heutige Zeit und besonders für die kommenden Jahre wahrscheinlich zu hoch gegriffen ist. Wenn diese Zahl trotzdem für die weitere Bearbeitung zugrunde gelegt wird, so geschieht das, um bei der Schätzung möglichst vorsichtig vorzugehen und überhöhte Defizitzahlen in jedem Fall zu vermeiden.

Unter diesen Voraussetzungen würden im Herbst 1958 rd. 15 000 mehr Wohnungen erforderlich sein als zwei Jahre zuvor (49 300 : 3,3).

Die Zahl der in dieser Zeit fertiggestellten Wohnungen ist ebenfalls nicht genau bekannt. Für das Jahr 1957 beläuft sie sich nach den Angaben der Baustatistik auf 22 500. Es ist jedoch anzunehmen, daß sie 1958 etwas niedriger sein wird, da zur Jahreswende ein verhältnismäßig geringer Bauüberhang bestand. Gehen wir davon aus, daß in den letzten zwei Jahren rd. 42 500 Wohnungen hinzugekommen sind¹⁾, so ergibt sich folgende Rechnung:

Wohnungsfehlbestand Sept. 1956	rd. 171 500
+ zusätzlich erforderliche Wohnungen bis September 1958	„ 15 000
./. fertiggestellte Wohnungen bis September 1958	„ 42 500

Wohnungsdefizit September 1958 . rd. 144 000

Der Fehlbestand hat sich demnach bis heute nur um rd. 27 500 Wohnungen vermindert und beträgt noch immer weit über 100 000.

Eine weitere Schätzung für die Zukunft kann nur in verhältnismäßig engem Rahmen durchgeführt werden, da die Annahmen in diesem Fall naturgemäß immer unsicherer werden und die Ergebnisse dann nur noch hypothetischen Charakter hätten. Die größte Zeitspanne, die für eine derartige Berechnung noch vertretbar erscheint, ist 5 Jahre nach Abschluß der Totalzählung. Im folgenden soll daher versucht werden, ein Bild der wahrscheinlichen Wohnungssituation von 1961 zu ermitteln.

Die Bevölkerung Hamburgs wird sich bis zu diesem Zeitpunkt nach amtlichen Schätzungen auf etwa 1 864 000 weiter vermehrt haben. Diese Zunahme resultiert einzig aus dem Wanderungsüberschuß, da die natürliche Bevölkerungsbilanz in Hamburg schon seit Jahren, wenn auch nur geringfügig, negativ ist. Diese Zahl ist daher in erster Linie von politischen und wirtschaftlichen Daten abhängig, die sich leicht ändern können und in diesem Fall die Schätzung grundlegend beeinflussen müssen.

Legen wir diese Daten jedoch zunächst als wahrscheinlich zugrunde. Die Personen in Anstalten, Heimen usw. werden sich bei einer solchen Erhöhung der Bevölkerung auch vermehrt haben. Setzen wir dafür in etwa den gleichen prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung ein, wie er 1956 bestand, so wären es 1961 rd. 17 000 Personen, die aus der Defizitberechnung ausscheiden. Damit hätte sich die Zahl der für eine Wohnung in Frage kommenden Personen seit 1956 um rd. 106 500 erhöht, was einem zusätzlichen Bedarf von 32 300 Wohnungen entsprechen würde.

¹⁾ Dabei wurde der Bruttozugang zugrunde gelegt, da es sich bei den abgebrochenen Wohnungen in erster Linie um Notwohnungen oder Behelfsheime handelt, die bei den Berechnungen sowieso außer Betracht bleiben.

²⁾ Dr. Paul Nevermann: „Gedanken zur Behebung der Wohnungsnot“, in: Die freie Wohnungswirtschaft, Mai 1958, S. 149 ff.

Eine Voraussage der Entwicklung des Wohnungsbaues muß den gleichen Bedenken unterliegen. Die Bundesmittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues sollen in den nächsten Jahren erheblich reduziert werden. Der freifinanzierte und steuerbegünstigte Sektor ist bereits in den letzten Jahren zurückgegangen und wird wahrscheinlich weiter abnehmen, je mehr sich die allgemeine Wohnungslage entspannt und sehr teure Wohnungen nicht mehr ohne weiteres abgenommen werden. Die Wohnungsbauleistung wird also hauptsächlich davon abhängen, inwieweit es gelingt, für den öffentlich geförderten Wohnungsbau weitere Finanzierungsquellen zu erschließen. Von politischer Seite ist jedoch auch unter diesen Umständen ein „Generalangriff auf die Wohnungsnot“²⁾ angekündigt worden. Es kann daher angenommen werden, daß die Zahl der neugebauten Wohnungen, die sich in den letzten Jahren zwischen 26 000 und 23 000 bewegte, auch in Zukunft nicht erheblich zurückgehen wird. Gehen wir von der vorsichtigen Annahme aus, daß der Wohnungsbau auch nach 1958 noch rd. 20 000 Einheiten jährlich zur Verfügung stellen wird, so zeigt sich für 1961 folgendes Bild:

Wohnungsfehlbestand Sept. 1956	rd. 171 500
+ zusätzlich erforderliche Wohnungen bis September 1961	„ 32 300
./. fertiggestellte Wohnungen bis September 1961	

(bis Sept. 1958 rd. 42 500,

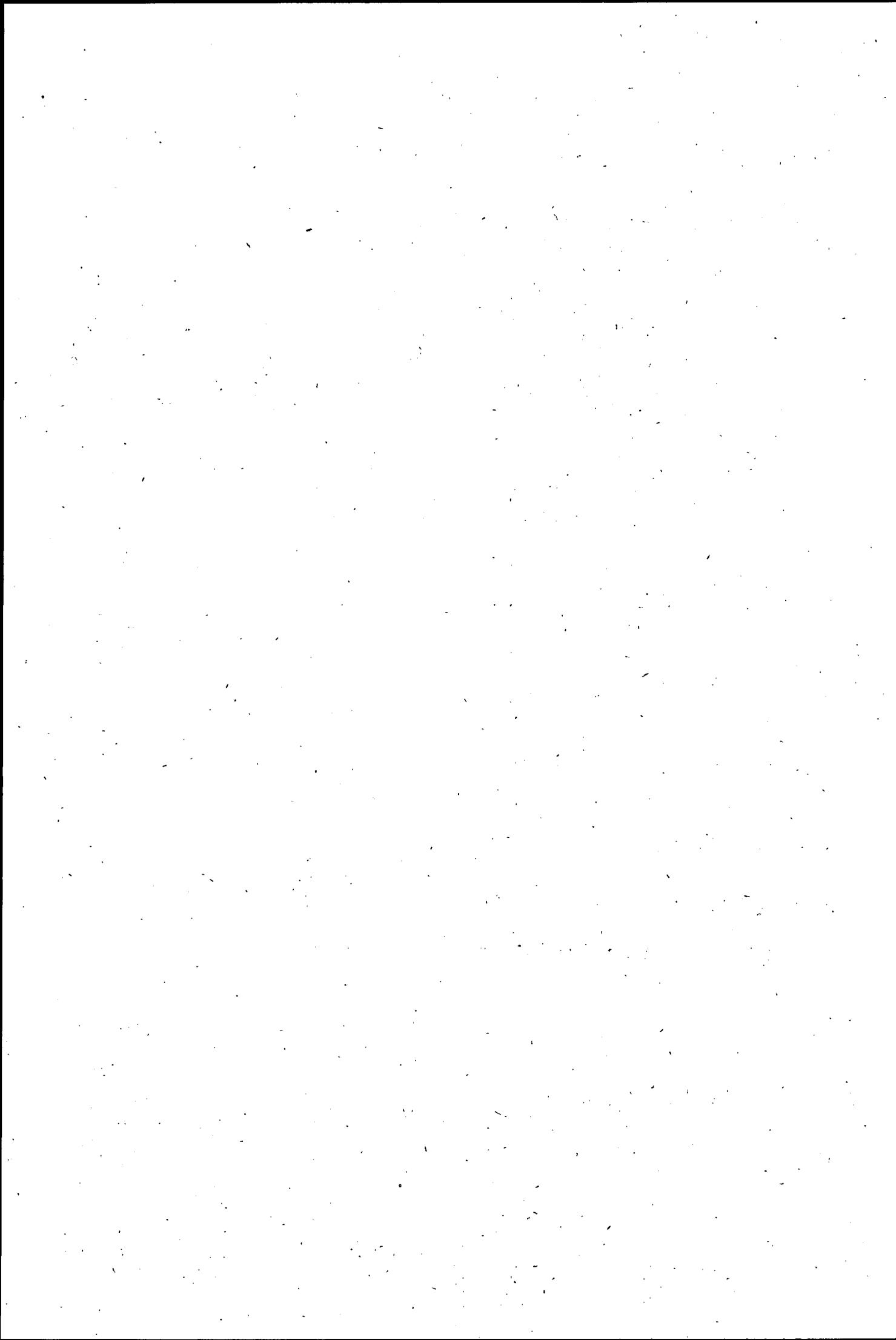
weiterhin je 20 000 pro Jahr) . „ 102 500

Wohnungsdefizit September 1961 . rd. 101 300

Diese Zahlen zeigen, daß unter den gegebenen Umständen auch 1961 noch nicht mit einer Normalisierung der Wohnungslage gerechnet werden kann. Allerdings würde sich die Zahl bei Anlegung subjektiver Maßstäbe, wie sie im vorigen Kapitel dargestellt wurden, verringern. Obwohl hier nur eine objektiv-theoretische Schätzung gebracht werden konnte, spricht für die Richtigkeit der subjektiven Aussagen doch eine hohe Wahrscheinlichkeit. Außerdem ist anzunehmen, daß bei weiterer Anhebung des Mietniveaus mehr Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, der unter den jetzigen Bedingungen zum Teil noch „gehörtet“ wird. Dabei müssen jedoch auch gegenteilig wirkende Faktoren berücksichtigt werden, wie z. B. die Zahl der Pendler, die in Hamburg arbeiten und zu einem Teil auch hier eine Wohnung anstreben. Andererseits wird auf Grund der modernen Verkehrsplanung in den nächsten Jahren eine Anzahl von Normalwohnungen abgebrochen werden müssen, was das Defizit weiter belasten würde.

Unter diesen Gesichtspunkten kann mit einer endgültigen Abdeckung des Wohnungsfehlbestandes in Hamburg erst in etwa 8 bis 10 Jahren gerechnet werden.

Lieselotte T i l s n e r, Dipl.-Volkswirt



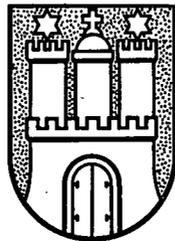
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 31. Oktober 1958

Jahrgang 1958 — Heft Nr. 17



Der Wohnungsbau im Jahre 1957

I. Die Baufertigstellungen

Durch die Statistik der Baufertigstellungen wurde in Hamburg im Kalenderjahr 1957 ein Bruttozugang von 6 119 Wohngebäuden, 22 993 Wohnungen und 84 607 Wohnräumen ermittelt. Gegenüber dem Jahre 1956 verringerte sich der Zugang um 3 365 Wohnungen oder um 13 vH und um 8 629 Wohnräume oder um 9 vH. Bei der Beurteilung dieser Zahlen muß jedoch berücksichtigt werden, daß die Zahl der fertiggestellten 26 358 Wohnungen im Jahre 1956 verhältnismäßig hoch war. Vergleicht man die Bauleistungen der letzten 5 Jahre und setzt hierbei die Fertigstellungen des Jahres 1953 gleich 100, so ergeben sich mit Ausnahme von 1956, wie die nachstehenden Zahlen zeigen, nur geringe Abweichungen.

Fertiggestellte Wohnungen

1953	23 734 = 100
1954	24 504 = 103
1955	23 504 = 99
1956	26 358 = 111
1957	22 993 = 97

Vergleicht man dagegen das Bauvolumen in den einzelnen Jahren, ausgedrückt in cbm umbauter Raum bzw. qm Bruttowohn- und Nutzfläche der Wohngebäude, so zeigt sich eine andere Entwicklung. Wie die folgenden Zahlenreihen erkennen lassen, hat nämlich der Umfang des Wohnungsbaus von 1953 bis 1957 nicht unbeträchtlich zugenommen.

Jahre	Umbauter Raum (1000 cbm)	Wohn- und Nutzfläche (1000 qm)
1953	5 394 = 100	1 124 = 100
1954	5 920 = 110	1 247 = 111
1955	6 206 = 115	1 274 = 113
1956	7 445 = 138	1 508 = 134
1957	6 383 = 118	1 341 = 119

Die Wohnungen sind demnach im allgemeinen geräumiger geworden, ihre Raumzahl hat sich seit 1953 von 3,1 Wohnräumen (einschl. Küchen) auf 3,7 Wohnräume je Wohnung erhöht. Die Bruttowohnfläche hat im gleichen Zeitraum von durchschnittlich 48,5 qm auf 58,9 qm um mehr als 10 qm oder um 21 vH zugenommen.

Über die Wohnungsgrößen gibt die Übersicht 1 Aufschluß. Wie die Zahlen zeigen, hat sich die Größenordnung der Wohnungen seit 1953 grundlegend verändert. Damals waren noch zwei Drittel Kleinwohnungen mit 1 bis 3 Wohnräumen, immer

Jahre	Durchschnittliche	
	Räume je Wohnung	Bruttowohnfläche je Wohnung in qm
1953	3,1	48,5
1954	3,3	50,9
1955	3,4	54,7
1956	3,6	56,9
1957	3,7	58,9

einschl. Küche, etwas mehr als ein Viertel hatte 4 Wohnräume und nur etwa 5 vH mehr als 5 Räume. Im Jahre 1957 lag das Schwergewicht dagegen mit 45,7 vH bei den mittleren Wohnungen (4 Räume), 15 vH waren Wohnungen mit 5 und mehr Räumen, während der Anteil der Kleinwohnungen nur noch knapp 40 vH ausmachte.

Übersicht 1 Der Zugang an Wohnungen nach der Größe 1953 bis 1957 (Normalbau)

Jahre	Zugang an Wohnungen insgesamt	Von 100 Wohnungen hatten						
		1	2	3	4	5	6	7 u. mehr
		Wohnräume (einschl. Küchen)						
1953	23 734	7,8	14,6	45,3	26,9	3,7	1,0	0,7
1954	24 504	7,8	13,6	38,7	33,3	4,8	1,1	0,7
1955	23 504	5,3	8,0	39,6	40,3	4,8	1,1	0,9
1956	26 358	2,4	6,8	35,2	45,9	7,6	1,4	0,7
1957	22 993	2,4	4,8	32,3	45,7	11,3	2,2	1,3

Neben den Veränderungen in der Zahl und Größe der fertiggestellten Wohnungen ist aber auch eine qualitative Verbesserung zu beobachten. Wie aus Übersicht 4 und den nachstehenden Zahlen zu erkennen ist, war die Ausstattung der Wohnungen 1957 komfortabler als vor 5 Jahren. Seit 1953 hat sich der Anteil der neuerstellten Wohnungen mit Sammelheizung (Zentral-, Etagen- und Fernheizung) bis zum Jahre 1957 von 19,6 vH auf 39,2 vH erhöht, also verdoppelt. Mit Badeeinrichtungen (Dusch-, Sitz- und Vollbad) waren 1957 rd. 95 vH aller Wohnungen ausgestattet, das waren rd. 17 vH mehr als 1953.

Der Zu- und Abgang an Gebäuden, Wohnungen und Wohnräumen nach der Art der Baumaßnahme 1955 bis 1957 (Normalbau)

Art der Baumaßnahmen	1957						1956						1955									
	Wohnbauten		Nicht-wohnbauten		Wohnungen zusammen		Wohnbauten		Nicht-wohnbauten		Wohnungen zusammen		Wohnbauten		Nicht-wohnbauten		Wohnungen zusammen					
	Ge-bäude	Woh-nungen	Ge-bäude	Woh-nungen	Zahl	vH	Ge-bäude	Woh-nungen	Ge-bäude	Woh-nungen	Zahl	vH	Ge-bäude	Woh-nungen	Ge-bäude	Woh-nungen	Zahl	vH				
	Wohn-räume ²⁾		Wohn-räume ²⁾				Wohn-räume ²⁾		Wohn-räume ²⁾				Wohn-räume ²⁾		Wohn-räume ²⁾				Wohn-räume ²⁾			
Brutto-Zugang	6 119	22 572	1 515	421	22 993 ¹⁾	100	84 607	5 934	26 096	1 474	262	26 358 ¹⁾	100	93 236	4 553	23 051	1 170	453	23 504 ¹⁾	100	79 069	
davon durch																						
Neubau	4 584	9 432	892	236	9 668	42,0	82 394	4 004	8 823	851	56	8 879	33,7	91 132	2 841	6 518	737	174	6 692	28,5	76 388	
Wiederaufbau	1 524	12 339	621	146	12 485	54,3		1 924	16 487	622	175	16 662	63,2		1 701	15 544	433	245	15 789	67,2		
Sonstige Bau-maßnahmen	11	801	2	39	840	3,7	2 213	6	786	1	31	817	3,1	2 104	11	989	—	34	1 023	4,3	2 681	
Abgang	69	670	48	31	701	100	912	53	579	22	6	585	100	728	58	578	35	21	599	100	743	
davon durch																						
Abbruch, Brand usw.	67	205	37	23	228	32,5	779	52	151	16	1	152	26,0	545	58	150	24	15	165	27,5	552	
Sonstige Bau-maßnahmen	2	465	11	8	473	67,5	133	1	428	6	5	433	74,0	183	—	428	11	6	434	72,5	191	
Reinzuang insgesamt	6 050	21 902	1 467	390	22 292	—	83 695	5 881	25 517	1 452	256	25 773	—	92 508	4 495	22 473	1 135	432	22 905	—	78 326	

¹⁾ Außerdem: 1957 = 20 Notwohnungen mit 42 Wohnräumen; 1956 = 65 Notwohnungen mit 131 Wohnräumen; 1955 = 119 Notwohnungen mit 238 Wohnräumen. — ²⁾ Zimmer von 6 und mehr qm und Küchen, ohne Rücksicht auf die Größe.

Aus der Übersicht 4 ist u. a. weiter zu ersehen, daß 1957 nur ein Viertel der Wohnungen in Wohngebäuden mit 1 bis 2 Wohnungen eine Sammelheizung hatten, während es bei den Wohn-

Jahre	Von 100 Wohnungen hatten		
	Ofenheizung	Sammelheizung	Bad
1953	80,4	19,6	79,1
1954	70,3	29,7	88,0
1955	63,4	36,6	87,5
1956	63,6	36,4	93,1
1957	60,8	39,2	95,3

gebäuden mit 5 und mehr Wohnungen 42 vH waren. Die Bauherren von Ein- und Zweifamilienhäusern haben demnach wahrscheinlich aus wirtschaftlichen Überlegungen überwiegend die Ofenheizung bevorzugt.

Der Bauaufwand im Wohnungsbau, der auf Grund der veranschlagten reinen Baukosten der Wohngebäude (ohne Berücksichtigung der Grundstückswerte, der Aufschließungs- und Baunebenkosten) ermittelt wird, betrug 1957 rd. 411 Millionen DM, das sind knapp zwei Drittel des Gesamtbauaufwandes aller Wohn- und Nichtwohngebäude (siehe Übersicht 5). Untersucht man die Bewegung der Baukosten seit 1953 unter Zugrundelegung der Aufwandssummen für Neu- und Wiederaufbauten (einschl. Umbau ganzer Gebäude) und rechnet unter Verwendung des Preisindex für den Wohnungsbau¹⁾ die Preisbewegungen aus der Entwicklung des Bauaufwandes heraus, so zeigt sich, daß der preisbereinigte Bauaufwand seit 1953 um rd. 23 vH gestiegen ist, während die Wohn- und Nutzflächen nur um rd. 19 vH zugenommen haben. Die Kostensteigerung im Wohnungsbau ist demnach nicht nur auf die Erhöhung der Löhne im Baugewerbe und der Materialkosten zurückzuführen, sondern ebenfalls auf eine qualitative Verbesserung der Ausstattung und Bauausführung.

Veranschlagte Baukosten (1000 DM)

1953	271 423 = 100
1954	325 269 = 120
1955	339 170 = 125
1956	426 491 = 157
1957	401 384 = 148

Über die Zahl und die Art der Wohngebäude gibt die Übersicht 6 Auskunft. Danach wurden 1957 in Hamburg 6 119 Wohngebäude fertiggestellt, hiervon waren 2 046 Mehrfamilienhäuser mit 3 und mehr Wohnungen und 4 072 Einfamilienhäuser und Kleinsiedlerstellen mit 1 bzw. 2 Wohnungen. Der Anteil dieser Einfamilienhäuser betrug zwei Drittel der fertiggestellten Gebäude, während der Anteil der 5 045 Wohnungen in diesen Gebäuden knapp ein Viertel betrug. Von den 1957 fertiggestellten Wohnungen lag also jede vierte in einem Einfamilienhaus. Gegenüber dem Jahre 1953 ist eine bemerkenswerte Zunahme der Bauleistung auf diesem Sektor zu verzeichnen. Damals wurden nur 2 380 Einfamilienhäuser mit 3 233 Wohnungen gebaut, das waren 51 vH bzw. 14 vH des Gesamtzugangs an Wohngebäuden und Wohnungen. In den letzten 5 Jahren wurden in Hamburg bei einem Gesamtzugang von 26 500 Wohngebäuden mit 115 000 Wohnungen fast

¹⁾ Der Preisindex für den Wohnungsbau dürfte trotz der Bedenken gegen die derzeitige Berechnungsmethode in der hier angewendeten kurzfristigen Betrachtung verwendbar sein.

Übersicht 3

Der Zugang an Wohnräumen¹⁾ nach ihrer Größe 1955 bis 1957
 (Normalbau)

Größe der Wohnräume	Zugang an Wohnräumen					
	1957		1956		1955	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Zimmer mit 6 bis 10 qm	10 333	12,2	11 156	12,0	8 082	10,2
Zimmer über 10 qm	52 815	62,4	57 773	62,0	50 318	63,7
Küchen bis einschließlich 10 qm	20 217	23,9	22 520	24,1	17 808	22,5
Küchen über 10 qm	1 242	1,5	1 787	1,9	2 861	3,6
Wohnräume insgesamt	84 607	100	93 236	100	79 069	100
Außerdem Wohnräume in Notbauten	42	—	131	—	238	—

¹⁾ einschl. der Einzelzimmer außerhalb von Wohnungen.

Übersicht 4 Der Zugang an Wohnungen nach der Ausstattung der Wohnungen 1957 (Normalbau)

Art der Angaben	Wohnungen (Sp. 2, 4, 6, 8)	davon mit							
		Ofen- heizung	darunter mit Bad	Zentral- heizung	darunter mit Bad	Etagen- heizung	darunter mit Bad	Fern- heizung	darunter mit Bad
		1	2	3	4	5	6	7	8
a) nach der Baumaßnahme									
Neubau	9 668	6 974	6 499	1 641	1 443	1 008	976	45	44
Wiederaufbau	12 485	6 430	6 348	3 852	3 774	2 080	2 078	123	123
Sonstige Baumaßnahmen	840	579	388	147	139	112	99	2	2
Insgesamt	22 993	13 983	13 235	5 640	5 356	3 200	3 153	170	169
davon Wohnungen in Nichtwohnbauten	421	31	27	345	114	37	34	8	7
Wohnbauten ¹⁾	22 572	13 952	13 208	5 295	5 242	3 163	3 119	162	162
Dagegen									
1956	26 358	16 768	15 166	6 020	5 826	3 221	3 189	349	346
1955	23 504	14 905	12 438	5 468	5 083	2 804	2 717	327	327
1954	24 504	17 217	14 443	4 621	4 523	1 901	1 830	765	765
1953	23 734	19 081	14 378	3 627	3 470	862	764	164	154
b) nach der Art der Bauherren									
Von den Wohnungen in Wohnbauten wurden errichtet durch									
Gemeinnützige Wohnungs- und ländl. Siedlungsunternehmen	9 535	7 524	7 317	941	941	1 010	997	60	60
Freie Wohnungsunternehmen	1 650	718	707	612	596	228	228	92	92
Erwerbs- u. Wirtschaftsunternehmen	752	222	220	317	311	213	213	—	—
Private Haushaltungen	10 527	5 486	4 962	3 327	3 296	1 704	1 673	10	10
Behörden und Verwaltungen	108	2	2	98	98	8	8	—	—
c) nach der Größe der Wohngebäude									
Wohnungen in Wohngebäuden insges.²⁾									
davon in Wohngebäuden mit									
1 Wohnung	3 099	2 031	1 774	453	450	615	590	—	—
2 Wohnungen	1 948	1 686	1 462	162	153	100	94	—	—
3 und 4 Wohnungen	661	400	396	145	143	88	88	28	28
5 und mehr Wohnungen	16 074	9 277	9 202	4 407	4 374	2 257	2 255	133	133
d) im sozialen Wohnungsbau geförderte Wohnungen									
Von den 1957 fertiggestellten Wohnungen wurden im sozialen Wohnungsbau mit öffentlichen Mitteln gefördert									
	18 849	12 431	11 959	3 660	3 416	2 649	2 613	109	109
Dagegen									
1956	20 151	14 534	13 384	3 029	2 940	2 323	2 306	265	263
1955	16 238	11 835	11 032	2 482	2 249	1 696	1 674	225	225
1954	15 222	12 975	11 297	1 167	1 148	624	582	456	456
1953	14 622	13 056	10 365	1 145	1 092	291	263	130	130

¹⁾ Wohngebäude und Wohngebäudeteile. — ²⁾ Ohne 790 Wohnungen in Wohngebäudeteilen.

Übersicht 5

Das Bauvolumen im Wohn- und Nichtwohnbau
1955 bis 1957
(Normalbau)

Art der Angaben	Bauvolumen		
	1957	1956	1955
a) Wohnungsbau			
Zahl der fertiggestellten Gebäude	6 119	5 934	4 553
Zahl der fertiggestellten Wohnungen	22 572	26 096	23 051
Zahl der fertiggestellten Wohnräume	82 979	92 018	77 534
Umbauter Raum in 1000 cbm	6 539	7 596	6 395
Nutzfläche in 1000 qm	65	74	74
Wohnfläche in 1000 qm	1 316	1 471	1 248
Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung ¹⁾	58,9	56,9	54,7
Veranschlagte Baukosten in 1000 DM	410 983	435 251	349 614
Durchschnittl. Baukosten je cbm umbaut. Raum in DM ¹⁾	62,9	57,3	54,5
b) Nichtwohnungsbau			
Zahl der fertiggestellten Gebäude	1 515	1 474	1 170
Zahl der fertiggestellten Wohnungen	421	262	453
Zahl der fertiggestellten Wohnräume	1 628	1 218	1 535
Umbauter Raum in 1000 cbm	4 092	4 118	2 885
Nutzfläche in 1000 qm	771	772	558
Wohnfläche in 1000 qm	21	17	19
Veranschlagte Baukosten in 1000 DM	247 386	192 617	130 718
Durchschnittl. Baukosten je cbm umb. Raum i. DM	60,5	46,8	45,3
c) Anteil des Wohnungsbaus am Gesamtbauvolumen			
bezogen auf den umbauten Raum	61,5	64,8	68,9
bezogen auf die veranschlagten Baukosten	62,4	69,3	72,8

1) bezogen auf den Zugang in ganzen Gebäuden.

16 000 Einfamilienhäuser mit rd. 20 000 Wohnungen errichtet. Dieser Bauerfolg wäre vermutlich noch größer, wenn genügend Grundstücke für die Bebauung zur Verfügung gestanden hätten, der Mangel an Bauland wirkt sich auch auf den Einfamilienhausbau sehr störend aus.

Ein Vergleich der Bautätigkeit mit 10 Großstädten der Bundesrepublik, der allerdings nur für die Jahre 1953 bis 1956 gemacht werden kann, da die

Fertiggestellte Wohngebäude 1953 bis 1956

Städte	Wohngebäude insgesamt	darunter mit 1 bis 2 Wohnungen	
		überhaupt	vH
Berlin	7 019	2 529	36,0
Hamburg	20 379	12 180	59,8
München	11 125	7 002	62,9
Köln	9 185	4 178	45,5
Essen	9 157	4 085	44,6
Düsseldorf	6 404	2 179	34,0
Frankfurt a. M.	6 081	2 371	39,0
Dortmund	8 912	4 883	54,8
Stuttgart	5 876	2 268	38,6
Hannover	5 866	2 227	38,0
Bremen	8 531	3 963	46,5

Übersicht 6

Zugang an Wohngebäuden mit Wohnungen nach der Art der Gebäude 1955 bis 1957
(Normalbau)

Art der Gebäude	1957			1956			1955											
	darunter öffentl. geförderter sozialer Wohnungsbau)		Wohngebäude	darunter öffentl. geförderter sozialer Wohnungsbau)		Wohngebäude	darunter öffentl. geförderter sozialer Wohnungsbau)		Wohngebäude									
	darin Wohnungen	Zahl		vH	darin Wohnungen		Zahl	vH		darin Wohnungen	Zahl	vH						
	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH								
Mehrfamilienhäuser	2 046	16 735	76,8	1 674	13 640	76,1	2 397	20 954	82,8	1 822	15 827	81,9	2 040	18 975	85,9	1 462	13 534	86,6
Kleinsiedlerstellen	208	293	1,4	208	293	1,6	189	217	0,9	189	217	1,1	232	237	1,1	160	165	1,1
Einfamilienhäuser mit Nutzgärten und Stall	94	103	0,5	57	63	0,4	72	83	0,3	51	61	0,3	92	111	0,5	46	55	0,3
Sonstige Einfamilienhäuser	3 770	4 649	21,3	3 163	3 934	21,9	3 273	4 060	16,0	2 558	3 220	16,7	2 185	2 757	12,5	1 466	1 875	12,0
Bauernhäuser	1	2	0,0	—	—	—	3	4	0,0	—	—	—	4	5	0,0	—	—	—
Insgesamt	6 119	21 782	100	5 102	17 930	100	5 934	25 318	100	4 620	19 325	100	4 553	22 085	100	3 134	15 629	100

1) Nur vollgeförderte Baumaßnahmen. Außerdem 1957: 530 Wohnungen in teilgeförderten Baumaßnahmen; 1956: 633 Wohnungen in teilgeförderten Baumaßnahmen; 1955: 194 Wohnungen in teilgeförderten Baumaßnahmen.

entsprechenden Zahlen für 1957 noch nicht vorliegen, zeigt, daß Hamburgs Einfamilienhausbau an erster Stelle rangiert, relativ gesehen steht er nur hinter München (62,9 vH) an zweiter Stelle (59,8). Den geringsten Anteil hatte Düsseldorf mit 34,0 vH. Selbst in der Stadt Bremen, für die das Wohngebäude mit 1 bis 2 und auch 3 Wohnungen typisch ist, waren nur 46,5 vH der errichteten Wohngebäude Einfamilienhäuser.

Weitere Aufschlüsse über die Größe der Wohngebäude nach der Zahl der Wohnungen, der Geschosse und den veranschlagten Baukosten geben die Übersichten 7 bis 9.

Die Gliederung nach Bauherren zeigt in der Übersicht 10, daß im Jahre 1957 die Zahl und der Anteil der durch Gemeinnützige Wohnungsunternehmen sowie durch private Einzelbauherren (private Haushaltungen) fertiggestellten Wohnungen etwa gleich groß war. Der Anteil der Freien Wohnungsunternehmen sowie der Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen betrug zusammen nur 12 vH. Das Bauvolumen der beiden großen Bauherrengruppen war in den letzten 5 Jahren sehr unterschiedlich. Während die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in den Jahren 1953 und 1954 fast die Hälfte des Wohnungsbaus bestritten, waren es in den Jahren 1955 und 1956 die privaten Einzelbauherren. 1957 war das Volumen und der Anteil beider Gruppen, wie bereits erwähnt, etwa gleich groß.

Die Zahl der von Beamten, Angestellten und Arbeitern errichteten Wohngebäude hat sich von 571 Wohngebäuden im Jahre 1953 auf 865 im Jahre 1957 erhöht. Es handelt sich bei diesen Gebäuden zum größten Teil um Eigenheime, denn die Wohnungszahl liegt im Durchschnitt bei 1,5 Wohnungen je Wohngebäude.

Jahre	Normalwohnungen in Wohngebäuden der			
	gemeinnützigen und ländlichen Wohnungsunternehmen		privaten Haushaltungen	
	überhaupt	vH	überhaupt	vH
1953	11 311	50,7	7 964	35,7
1954	10 780	46,4	8 242	35,5
1955	7 703	34,9	10 304	46,7
1956	9 873	39,0	12 550	49,6
1957	9 523	43,7	9 773	44,9

Der größte Teil der Wohnungsbautätigkeit in Hamburg wird vom öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau bestritten. Im Kalenderjahr 1957 wurden von 22 993 fertiggestellten Normalwohnungen 18 849 öffentlich gefördert, das sind 4 227 mehr als im Jahre 1953. Ihr Anteil am Gesamtwohnungsbau hat sich in den letzten 5 Jahren ständig

Jahre	Öffentlich geförderte Wohnungen in			
	Mehrfamilienhäusern		Einfamilienhäusern	
	überhaupt	vH ¹⁾	überhaupt	vH ¹⁾
1953	12 788	87,5	1 618	11,1
1954	11 901	78,2	2 996	19,7
1955	13 534	83,3	2 095	12,9
1956	15 827	78,5	3 498	17,4
1957	13 640	72,4	4 290	22,8

1) vH aller geförderten Wohnungen.

erhöht, 1953 wurden 61,6 vH aller Wohnungen gefördert, 1957 dagegen 82,0 vH, wie aus Übersicht 15 zu ersehen ist. Die freifinanzierten bzw. nur steuerbegünstigten Wohnungen haben dagegen von 1953 mit 9 112 Wohnungen bis 1957 mit 4 144 Wohnungen um mehr als die Hälfte abgenommen.

Eine Unterteilung der öffentlich geförderten Wohnungen nach der Art ihrer Gebäude zeigt, daß

Übersicht 7 Die Wohngebäude nach der Größe 1955 bis 1957 (Normalbau)

Größe der Wohngebäude	Zugang an Wohngebäuden					
	1957		1956		1955	
	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH
Gebäude insgesamt	6 119	100	5 934	100	4 553	100
davon mit						
1 Wohnung	3 099	50,7	2 710	45,7	1 916	42,1
2 Wohnungen	974	15,9	828	13,9	597	13,1
3—4 Wohnungen	180	2,9	149	2,5	153	3,4
5—9 Wohnungen	1 487	24,3	1 685	28,4	1 240	27,2
10—19 Wohnungen	340	5,6	516	8,7	587	12,9
20 und mehr Wohnungen	39	0,6	46	0,8	60	1,3

Übersicht 8 Die neuerstellten Wohngebäude nach der Geschößzahl 1955 bis 1957 (Normalbau)

Größe der Gebäude	Zugang an Wohngebäuden					
	1957		1956		1955	
	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH
Gebäude insgesamt	6 119	100	5 934	100	4 553	100
davon hatten						
1 Geschoß	2 013	32,9	2 032	34,2	1 855	40,8
2 Geschosse	2 125	34,7	1 787	30,1	889	19,5
3 Geschosse	689	11,3	388	6,5	467	10,3
4 Geschosse	1 188	19,4	1 605	27,1	1 185	26,0
5 und mehr Geschosse	104	1,7	122	2,1	157	3,4

an der höheren Bauleistung in der Hauptsache Einfamilienhäuser beteiligt sind. Wie die vorstehenden Zahlen erkennen lassen, hat sich ihre Zahl in den letzten 5 Jahren von 1 618 auf 4 290 erhöht. Ihr Anteil an allen geförderten Wohnungen in Einfamilienhäusern hat sich 1957 gegenüber 1953 verdoppelt.

Über die Eigentumsformen der Einfamilienhäuser können aus der Statistik der Baufertigstellungen keine Angaben entnommen werden; Anhaltspunkte über den Umfang der Eigenheime bzw. Kaufeigenheime bietet jedoch die Statistik der Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau. Nach dieser Statistik waren in den letzten Jahren

Übersicht 9

Der Zugang an Wohngebäuden nach ihrer Größe und den veranschlagten Baukosten 1955 bis 1957 (Normalbau)

Baumaßnahmen Gebäudearten	Wohngebäude	Wohnungen	Gewerbliche Nutzfläche qm	Wohnfläche in qm		Umbauter Raum in 1000 cbm	Veranschlagte reine Baukosten			
				absolut	je Wohnung		absolut in 1000 DM	je Wohnung	je cbm umbauten Raumes	je qm Wohnfläche
1957										
Neu- u. Wiederaufbau¹⁾ insgesamt	6 119	21 782	58 591	1 282 674	58,9	6 383	401 384	18 400	63	313
davon in										
Mehrfamilienhäusern	2 046	16 735	46 569	945 336	56,5	4 576	291 536	17 400	64	308
Einfamilienhäusern ²⁾	4 073	5 047	12 022	337 338	66,8	1 807	109 848	21 800	61	326
1956										
Neu- u. Wiederaufbau¹⁾ insgesamt	5 934	25 318	67 920	1 439 743	56,9	7 445	426 491	16 800	57	296
davon in										
Mehrfamilienhäusern	2 397	20 954	58 376	1 153 482	55,0	5 828	336 522	16 100	58	292
Einfamilienhäusern ²⁾	3 537	4 364	9 544	286 261	65,6	1 617	89 969	20 600	56	314
1955										
Neu- u. Wiederaufbau¹⁾ insgesamt	4 553	22 085	65 139	1 208 446	54,7	6 206	339 170	15 400	55	281
davon in										
Mehrfamilienhäusern	2 040	18 975	53 606	1 003 104	52,9	4 907	280 340	14 800	57	279
Einfamilienhäusern ²⁾	2 513	3 110	11 533	205 342	66,0	1 299	58 830	18 900	45	286

¹⁾ einschl. Umbau ganzer Gebäude. — ²⁾ einschl. Kleinsiedlerstellen und Einfamilienhäuser mit Nutzgarten und Stall.

Übersicht 10 Der Zugang an Wohngebäuden und Wohnungen nach Bauherren 1955 bis 1957 (Normalbau)

Art der Bauherren	Zugang 1957					Zugang 1956					Zugang 1955				
	Wohngebäude		Wohnungen in Wohngebäuden		Wohnungen in Wohngebäuden-deteilen und Nichtwohnbauten	Wohngebäude		Wohnungen in Wohngebäuden		Wohnungen in Wohngebäuden-deteilen und Nichtwohnbauten	Wohngebäude		Wohnungen in Wohngebäuden		Wohnungen in Wohngebäuden-deteilen und Nichtwohnbauten
	Zahl	vH	Zahl	vH		Zahl	vH	Zahl	vH		Zahl	vH	Zahl	vH	
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	2 782	45,5	9 523	43,7	13	2 399	40,4	9 873	39,0	20	1 307	28,7	7 703	34,9	2
Freie Wohnungsunternehmen	536	8,8	1 640	7,5	10	289	4,9	1 950	7,7	1	408	9,0	2 902	13,1	—
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	95	1,5	739	3,4	357	201	3,4	795	3,1	200	234	5,1	958	4,3	34
Private Haushaltungen	2 695	44,0	9 773	44,9	768	3 034	51,1	12 550	49,6	780	2 580	56,7	10 304	46,7	90
Behörden u. Verwaltungen	11	0,2	107	0,5	63	11	0,2	150	0,6	39	24	0,5	218	1,0	14
Insgesamt	6 119	100	21 782	100	1 211	5 934	100	25 318	100	1 040	4 553	100	22 085	100	1 411
Von den privaten Haushaltungen waren:															
Selbständige Berufstätige	1 307	48,5	6 017	61,6		1 562	51,5	7 827	62,4		929	36,0	5 387	52,3	
Beamte und Angestellte	614	22,8	968	9,9		598	19,7	1 272	10,1		378	14,7	657	6,4	
Arbeiter	251	9,3	344	3,5		231	7,6	325	2,6		166	6,4	207	2,0	
Rentner und Pensionäre	58	2,1	300	3,1		56	1,8	332	2,6		57	2,2	362	3,5	
Personengemeinschaften	147	5,5	1 077	11,0		132	4,4	1 116	8,9		81	3,1	673	6,5	
Ohne Beruf	99	3,7	473	4,8		145	4,8	841	6,7		102	4,0	577	5,6	
Ohne Angabe	219	8,1	594	6,1		310	10,2	837	6,7		867	33,6	2 441	23,7	

Übersicht 11 Der Zugang an Wohngebäuden nach der Größe und nach Bauherren 1957
(Normalbau)

Größe der Wohngebäude	Gemeinnützige Wohnungs- u. ländl. Siedlungsunternehmen		Freie Wohnungsunternehmen		Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen		Private Haushaltungen		Behörden und Verwaltungen	
	Gebäude		Gebäude		Gebäude		Gebäude		Gebäude	
	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH
Von den Wohngebäuden hatten										
1 Wohnung	1 263	45,4	370	69,0	4	4,2	1 453	53,9	9	81,8
2 Wohnungen	657	23,6	10	1,9	2	2,1	305	11,3	—	—
3—4 Wohnungen	60	2,2	34	6,4	2	2,1	84	3,1	—	—
5—9 Wohnungen	675	24,3	94	17,5	65	68,4	652	24,2	1	9,1
10—19 Wohnungen	104	3,7	24	4,5	22	23,2	190	7,1	—	—
20 und mehr Wohnungen	23	0,8	4	0,7	—	—	11	0,4	1	9,1
Gebäude insgesamt	2 782	100	536	100	95	100	2 695	100	11	100

Übersicht 12 Der Zugang an Wohnungen in Normalwohngebäuden nach der Größe und nach Bauherren 1957 (Neu- und Wiederaufbau)

Größe der Wohnungen (einschl. Küchen)	Gemeinnützige Wohnungs- u. ländl. Siedlungsunternehmen		Freie Wohnungsunternehmen		Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen		Private Haushaltungen		Behörden und Verwaltungen	
	Wohnungen		Wohnungen		Wohnungen		Wohnungen		Wohnungen	
	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH
Von den Wohnungen hatten										
1 Wohnraum	8	0,1	16	1,0	26	3,5	279	2,8	81	75,7
2 Wohnräume	288	3,0	131	8,0	27	3,6	507	5,2	11	10,3
3 Wohnräume	3 549	37,3	416	25,4	301	40,8	2 906	29,8	7	6,5
4 Wohnräume	4 344	45,6	746	45,5	315	42,7	4 729	48,4	—	—
5 Wohnräume	1 207	12,7	287	17,5	65	8,8	848	8,7	—	—
6 Wohnräume	123	1,3	14	0,8	2	0,3	292	3,0	3	2,8
7 und mehr Wohnräume	4	0,0	29	1,8	2	0,3	203	2,1	5	4,7
Wohnungen insgesamt	9 523	100	1 639	100	738	100	9 764	100	107	100

Übersicht 13 Das Bauvolumen der Wohnungen in Wohnbauten nach der Art der Bauherren 1955 bis 1957
(Normalbau)

Art der Bauherren	Wohnungen	Wohnräume	Umbauter Raum in 1000 cbm		Wohnfläche in 1000 qm		Veranschlagte Baukosten in 1000 DM ¹⁾	
			Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH
1957								
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	9 535	35 437	2 512	38,4	528	40,1	155 322	37,8
Freie Wohnungsunternehmen	1 650	6 321	496	7,6	101	7,7	30 630	7,4
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	752	2 648	216	3,3	43	3,3	14 014	3,4
Private Haushaltungen	10 527	38 386	3 297	50,4	640	48,6	209 478	51,0
Behörden und Verwaltungen	108	187	18	0,3	4	0,3	1 539	0,4
Insgesamt	22 572	82 979	6 539	100	1 316	100	410 983	100
1956								
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	9 889	34 553	2 646	34,8	517	35,2	146 222	33,6
Freie Wohnungsunternehmen	1 951	6 737	558	7,4	113	7,7	32 421	7,5
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	807	2 898	252	3,3	50	3,4	16 114	3,7
Private Haushaltungen	13 297	47 497	4 111	54,1	786	53,4	238 580	54,8
Behörden und Verwaltungen	152	333	29	0,4	5	0,3	1 914	0,4
Insgesamt	26 096	92 018	7 596	100	1 471	100	435 251	100
1955								
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	7 717	25 593	2 039	31,9	387	31,0	105 666	30,2
Freie Wohnungsunternehmen	2 902	9 469	743	11,6	154	12,3	40 600	11,6
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	1 016	3 405	279	4,4	57	4,6	17 318	5,0
Private Haushaltungen	11 191	38 486	3 282	51,3	640	51,3	182 561	52,2
Behörden und Verwaltungen	225	581	52	0,8	10	0,8	3 469	1,0
Insgesamt	23 051	77 534	6 395	100	1 248	100	349 614	100

¹⁾ einschl. der Nutzfläche in Wohnbauten.

Übersicht 14

Der Zugang an Wohngebäuden mit Wohnungen nach Bauherren und Art der Gebäude 1957
(Normalbau)

Art der Bauherren		Zugang an Wohngebäuden mit Wohnungen überhaupt		davon entfallen auf									
				Mehrfamilienhäuser		Kleinsiedlerstellen		Einfamilienhäuser mit Nutzgarten und Stall		sonstige Einfamilienhäuser		Bauernhäuser	
		Ge- bäude (Sp. 3, 5, 7, 9, 11)	Wohnungen (Sp. 4, 6, 8, 10, 12)	Ge- bäude	Wohnungen	Ge- bäude	Wohnungen	Ge- bäude	Wohnungen	Ge- bäude	Wohnungen	Ge- bäude	Wohnungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
Gemeinnützige Wohnungs- und ländl. Siedlungsunternehmen	überhaupt	2 782	9 523	862	6 946	197	281	—	—	1 723	2 296	—	—
	öfftl. geförd. 1)	2 679	9 186	828	6 688	197	281	—	—	1 654	2 217	—	—
Freie Wohnungsunternehmen	überhaupt	536	1 640	156	1 250	—	—	1	1	379	389	—	—
	öfftl. geförd. 1)	452	1 178	115	841	—	—	—	—	337	337	—	—
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	überhaupt	95	739	89	731	—	—	—	—	6	8	—	—
	öfftl. geförd. 1)	49	395	46	391	—	—	—	—	3	4	—	—
Private Haushaltungen	überhaupt	2 695	9 773	937	7 710	11	12	93	102	1 653	1 947	1	2
	öfftl. geförd. 1)	1 921	7 079	684	5 628	11	12	57	63	1 169	1 376	—	—
Behörden und Verwaltungen	überhaupt	11	107	2	98	—	—	—	—	9	9	—	—
	öfftl. geförd. 1)	1	92	1	92	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	überhaupt	6 119	21 782	2 046	16 735	208	293	94	103	3 770	4 649	1	2
	öfftl. geförd. 1)	5 102	17 930	1 674	13 640	208	293	57	63	3 163	3 934	—	—
Dagegen													
1956	überhaupt	5 934	25 318	2 397	20 954	189	217	72	83	3 273	4 060	3	4
	öfftl. geförd. 1)	4 620	19 325	1 822	15 827	189	217	51	61	2 558	3 220	—	—
1955	überhaupt	4 553	22 085	2 040	18 975	232	237	92	111	2 185	2 757	4	5
	öfftl. geförd. 1)	3 134	15 629	1 462	13 534	160	165	46	55	1 466	1 875	—	—

1) Nur vollgeforderte Baumaßnahmen (s. Anmerkung Übersicht 6).

mehr als 90 vH der bewilligten Einfamilienhäuser als Eigen- bzw. Kaufeigenheime vorgesehen. Bei den restlichen Einfamilienhäusern handelt es sich in der Hauptsache um Reihenhäuser, die von Wohnungsunternehmen errichtet wurden und zur Vermietung bestimmt sind.

Übersicht 15

Der Zugang an Wohnungen insgesamt und im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau 1953 bis 1957
(Normalbau)

Jahre	Bruttozugang an fertiggestellten Wohnungen insgesamt	darunter mit öffentl. Mitteln gefördert	
		überhaupt	vH
1953	23 734	14 622	61,6
1954	24 504	15 222	62,1
1955	23 504	16 238	69,1
1956	26 358	20 151	76,5
1957	22 993	18 849	82,0

Fast die Hälfte der 1957 geförderten Wohnungen wurden von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen gebaut, auf private Einzelbauherren entfielen 40 vH. Auch bei den Bauherren ist es interessant, die Entwicklung der Bautätigkeit seit 1953 zu verfolgen. Wie man der Übersicht 16 entnehmen kann, war die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen bei den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen mit Ausnahme von 1955 konstant, während bei den privaten Einzelbauherren eine starke Zunahme zu erkennen ist. Relativ gesehen, zeigt sich dagegen ein anderes Bild. Der Anteil an allen geförderten Wohnungen hat sich bei den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen von rd. 65 vH auf 49 vH ver-

Übersicht 16

Öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und privaten Einzelhaushaltungen 1953 bis 1957

Jahre	Geförderte Wohnungen insgesamt		darunter erstellt durch			
			gemeinnützige Wohnungsunternehmen		private Einzelhaushaltungen	
	überhaupt	vH	überhaupt	vH	überhaupt	vH
1953	14 622	100	9 488	64,9	3 980	27,2
1954	15 222	100	9 470	62,2	4 311	28,3
1955	16 238	100	7 202	44,4	6 744	41,5
1956	20 151	100	9 230	45,8	9 080	45,1
1957	18 849	100	9 282	49,2	7 572	40,2

ringert, der der privaten Einzelbauherren hat sich dagegen von 27 vH auf 40 vH erhöht.

Die Ausstattung der öffentlich geförderten Wohnungen mit Badeeinrichtung bzw. Sammelheizung (Zentral-, Etagen- und Fernheizung) hat sich seit dem Jahre 1953 erheblich verbessert. 1957 waren bereits 34 vH mit Sammelheizung und 96 vH mit Badeeinrichtung (Voll- oder Duschbad) ausgestattet, gegenüber 10,7 vH bzw. 81,0 vH im Jahre 1953.

Jahre	Wohnungen mit			
	Sammelheizung		Bad	
	überhaupt	vH ¹⁾	überhaupt	vH ¹⁾
1953	1 566	10,7	11 850	81,0
1954	2 247	14,8	13 483	88,6
1955	4 403	27,1	15 180	93,5
1956	5 617	27,9	18 893	93,8
1957	6 418	34,0	18 097	96,0

1) Anteil an den öffentl. geförd. Wohnungen insgesamt.

Merkmale der fertiggestellten Wohnungen	Geförderte Wohnungen 1957		Geförderte Wohnungen 1956		Geförderte Wohnungen 1955	
	Zahl	Anteil (vH) ¹⁾	Zahl	Anteil (vH) ¹⁾	Zahl	Anteil (vH) ¹⁾
a) Nach der Raumzahl						
Wohnungen mit						
1 Wohnraum	223	40,3	98	15,2	422	34,0
2 Wohnräumen	654	58,8	1 184	66,3	1 070	56,8
3 Wohnräumen	6 241	84,1	7 527	81,2	7 046	75,7
4 Wohnräumen	9 177	87,4	9 701	80,2	7 027	74,2
5 und mehr Wohnräumen	2 554	74,9	1 641	63,8	673	41,9
b) Nach der Baumaßnahme						
Wohnungen errichtet durch						
Neubau und Wiederaufbau	18 693	84,4	19 989	78,3	15 998	71,2
Sonstige Baumaßnahmen	156	18,6	162	19,8	240	23,5
c) Nach der Art der Gebäude²⁾						
Wohnungen in						
Mehrfamilienhäusern	13 640	81,5	15 827	75,5	13 534	71,3
Kleinsiedlerstellen	293	100,0	217	100,0	165	69,6
Einfamilienhäusern mit Nutzgarten und Stall	63	61,2	61	73,5	55	49,5
Sonstigen Einfamilienhäusern	3 934	84,6	3 220	79,3	1 875	68,0
Bauernhäusern	—	—	—	—	—	—
Nichtwohngebäuden	235	61,5	31	13,4	183	40,4
d) Nach der Art der Bauherren						
Wohnungen errichtet durch						
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	9 282	97,3	9 230	93,3	7 207	93,3
Freie Wohnungsunternehmen	1 248	75,6	1 349	69,1	1 617	55,7
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	651	59,4	444	44,6	574	44,1
Private Haushaltungen	7 572	71,8	9 080	68,1	6 744	60,2
Behörden und Verwaltungen	96	56,5	48	25,4	96	26,4
e) Nach der Ausstattung						
Wohnungen mit Ofenheizung	12 431	88,9	14 534	86,7	11 835	79,4
darunter mit Bad	11 959	90,4	13 384	88,3	11 032	88,7
Wohnungen mit Sammelheizung	6 418	71,2	5 617	58,6	4 403	51,2
darunter mit Bad	6 138	70,7	5 509	58,9	4 148	51,0

1) Anteil an der Gesamtzahl der fertiggestellten Wohnungen. — 2) Nur Wohnungen der vollgeförderten Baumaßnahmen in ganzen Gebäuden.

II. Die Baugenehmigungen

Im Kalenderjahr 1957 wurden in Hamburg 4 713 Wohngebäude mit einem umbauten Raum von 5,5 Millionen cbm und 18 046 Wohnungen mit 1,16 Millionen qm Bruttowohnfläche von den Bauämtern baupolizeilich genehmigt. Gegegenüber 1956 war die Zahl der genehmigten Wohnungen in Wohnbauten um rd. 4 200 oder fast ein Fünftel geringer. Dagegen beträgt die Abnahme bei der Bruttowohnfläche nur knapp 14 vH. Aus diesem Unterschied ist zu folgern, daß sich die Tendenz zu größeren Wohnungen auch weiterhin fortsetzt. Wie aus Übersicht 19 zu ersehen ist, hat sich die durchschnittliche Wohnfläche von 60 qm auf 63 qm oder um 5 vH erhöht. Die für die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen genehmigten Wohnungen sind 1957 mit 62 qm Wohnfläche sogar um 6 qm oder 10 vH größer als 1956.

Die Abnahme der Zahl der genehmigten Wohnungen geht zum größten Teil zu Lasten der privaten Haushaltungen — das sind private Einzelbauherren —, bei denen sich die Zahl der Genehmigungen von rd. 10 800 auf 7 800 Wohnungen reduzierte, während bei den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen nur ein Rückgang um rd. 700 auf rd. 8 000 Wohnungen zu beobachten ist. Die Anteile dieser beiden Bauherrengruppen an

den genehmigten 18 046 Wohnungen sind nunmehr mit 43,5 vH bzw. 44,2 vH fast gleich hoch.

Die Baukosten für die genehmigten 18 046 Wohnungen in Wohnbauten wurden mit 387 Millionen D-Mark veranschlagt, in dieser Summe sind, wie bereits früher erwähnt, die Grundstückswerte sowie die Kosten der Aufschließung und die sogenannten Baunebenkosten nicht enthalten. Einen globalen Überblick über die Kostenentwicklung im Wohnungsbau seit dem Jahre 1956 bietet die Übersicht 19. Demnach haben sich im Neu- und Wiederaufbau die veranschlagten Baukosten je Wohnung im Durchschnitt von 18 495 DM auf 21 183 DM oder um 14,5 vH erhöht. Beim umbauten Raum beträgt die Zunahme 9,8 vH und bei der Bruttowohnfläche 9,0 vH je Wohnung. Der Steigerung der durchschnittlichen Baukosten steht eine Erhöhung des Preisindex für den Wohnungsbau von 273,5 auf 286,8 oder um 4,9 vH gegenüber. In der Differenz zwischen der Steigerung der Baukosten und der Steigerung des Preisindex drückt sich, wie bereits an anderer Stelle dargelegt wurde, die qualitative Verbesserung der Bauleistungen gegenüber 1956 aus. Diese Verbesserung dürfte neben der Erhöhung der durchschnittlichen Wohnfläche je Wohnung (um 5 vH) wohl in einer besseren Ausführung der Gebäude selbst sowie in einer besseren Ausstattung mit Zentralheizung, Bad usw. bestehen.

Übersicht 18

Genehmigte Wohngebäude mit Wohnungen 1956 und 1957

Art der Bauherren	Wohngebäude	Umbauter Raum der Wohngebäude in 1000 cbm	Wohnungen		Brutto-Wohnfläche in 1000 qm	Veranschlagte Baukosten in 1000 DM
			überhaupt	vH		
1957						
Gemeinn. Wohnungs- und ländl. Siedl.-Untern.	2 037	2 294	7 980	44,2	504	153 640
Freie Wohnungsunternehmen	357	402	1 413	7,8	85	27 371
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	116	214	751	4,2	43	15 343
Private Haushaltungen	2 185	2 578	7 843	43,5	526	188 935
Behörden und Verwaltungen	18	27	59	0,3	4	2 090
Bauherren insgesamt	4 713	5 515	18 046	100	1 162	387 379
Außerdem 248 Wohnungen in Nichtwohngebäuden.						
1956						
Gemeinn. Wohnungs- und ländl. Siedl.-Untern.	2 340	2 351	8 714	39,2	493	143 683
Freie Wohnungsunternehmen	610	502	1 674	7,5	106	31 356
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	165	253	906	4,1	52	17 047
Private Haushaltungen	2 996	3 403	10 814	48,7	691	220 595
Behörden und Verwaltungen	8	16	104	0,5	3	1 167
Bauherren insgesamt	6 119	6 525	22 212	100	1 345	413 848
Außerdem 429 Wohnungen in Nichtwohngebäuden.						

Übersicht 19

Durchschnittswerte der genehmigten Wohnbauten
(Neu- und Wiederaufbau)

Art der Bauherren	Wohnungen je Wohngebäude	Umbauter Raum je Gebäude cbm	Brutto-Wohnfläche je Wohnung qm	Veranschlagte reine Baukosten		
				je Wohnung	je cbm umbauten Raumes	je qm Brutto-Wohnfläche
in DM						
1957						
Gemeinn. Wohnungs- und ländl. Siedlungsunt.	3,9	1 126	62	18 988	66	306
Freie Wohnungsunternehmen	3,9	1 126	60	19 426	68	323
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	6,4	1 845	57	20 483	71	359
Private Haushaltungen	3,5	1 182	65	23 795	70	364
Behörden und Verwaltungen	3,2	1 500	76	35 190	76	464
Bauherren insgesamt	3,8	1 171	63	21 183	68	335
1956						
Gemeinn. Wohnungs- und ländl. Siedlungsunt.	3,7	1 005	56	16 489	61	292
Freie Wohnungsunternehmen	2,7	824	63	18 789	62	296
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	5,4	1 533	58	18 621	66	320
Private Haushaltungen	3,5	1 137	63	20 172	62	320
Behörden und Verwaltungen	12,9	1 875	39	11 272	77	290
Bauherren insgesamt	3,6	1 067	60	18 495	62	308

**Der Zugang und Abgang an Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden
und der Bauüberhang nach Gebietsteilen 1957**
(Normalbau)

Gebietsteile ¹⁾ (OA. = Ortssamt)	Bruttozugang an Wohnungen insgesamt		darunter mit öffentlichen Mitteln gefördert	Von den Wohnungen insgesamt wurden errichtet durch			Abgang an Wohnungen	Reinzugang an Wohnungen (Sp. 1 minus Sp. 7)	Bauüberhang am 31. 12. 1957	
	Zahl	vH		Neubau	Wieder- aufbau	Wieder- herst., Umbau, Ausbau, Erwei- terung			im Bau befindliche Wohnungen	genehmigte, aber noch nicht began- nene Wohnungen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Bezirk Hamburg-Mitte	5 614	24,4	4 886	1 623	3 913	78	69	5 545	2 199	1 380
davon										
Kerngebiet	3 365	14,6	2 871	75	3 251	39	36	3 329	1 155	241
OA. Billstedt	1 867	8,1	1 667	1 535	305	27	16	1 851	396	1 059
OA. Veddel-Roth	359	1,6	342	5	349	5	10	349	458	80
OA. Finkenwerder	23	0,1	6	8	8	7	7	16	190	—
Bezirk Altona	2 064	9,0	1 718	1 055	919	90	150	1 914	1 882	1 021
davon										
Kerngebiet	1 193	5,2	1 070	269	907	17	99	1 094	1 215	238
OA. Blankenese	871	3,8	648	786	12	73	51	820	667	783
Bezirk Eimsbüttel	2 571	11,2	1 874	980	1 440	151	91	2 480	1 955	433
davon										
Kerngebiet	1 296	5,7	964	23	1 257	16	3	1 293	995	162
OA. Lokstedt	535	2,3	295	381	53	101	70	465	428	210
OA. Stellingen	740	3,2	615	576	130	34	18	722	532	61
Bezirk Hamburg-Nord	5 204	22,6	4 087	1 466	3 664	74	37	5 167	2 940	1 138
davon										
Kerngebiet	1 271	5,5	920	930	316	25	16	1 255	386	160
OA. Barmbek-Uhl.	3 352	14,6	2 704	93	3 237	22	1	3 351	1 788	406
OA. Fuhlsbüttel	581	2,5	463	443	111	27	20	561	766	572
Bezirk Wandsbek	5 318	23,1	4 323	2 982	2 048	288	209	5 109	3 497	801
davon										
Kerngebiet	2 856	12,4	2 331	789	1 995	72	42	2 814	1 935	321
OA. Bramfeld	1 193	5,2	1 139	1 159	4	30	17	1 176	308	22
OA. Alstertal	538	2,3	341	403	27	108	91	447	288	223
OA. Walddörfer	282	1,2	187	228	9	45	36	246	261	149
OA. Rahlstedt	449	2,0	325	403	13	33	23	426	705	86
Bezirk Bergedorf	399	1,8	341	355	8	36	5	394	237	67
davon										
Kerngebiet	272	1,2	254	268	—	4	2	270	187	20
OA. Vier. u. Marschld.	127	0,6	87	87	8	32	3	124	50	47
Bezirk Harburg	1 823	7,9	1 620	1 207	493	123	140	1 683	1 504	753
davon										
Kerngebiet	1 272	5,5	1 170	782	422	68	88	1 184	833	553
OA. Wilhelmsburg	255	1,1	211	191	49	15	19	236	192	162
OA. Süderelbe	296	1,3	239	234	22	40	33	263	479	38
Hamburg insgesamt	22 993	100	18 849	9 668	12 485	840	701	22 292 ✓	14 214	5 593

¹⁾ Die Angaben liegen auch für die Ortsteile vor.

III. Der Bauüberhang

Nach der Bauüberhangserhebung befanden sich am 31. Dezember 1957 in Hamburg 14 214 Wohnungen im Bau, davon waren bereits 5 687 unter Dach, d. h. sie waren rohbaufertig bzw. standen kurz vor der Fertigstellung. Außerdem wurden 5 593 Wohnungen ermittelt, die zwar schon genehmigt, mit deren Bau jedoch noch nicht begonnen wurde. Das sind im ganzen 19 807 Wohnungen, die sozusagen als Bauvorrat für das Baujahr 1958 zur Verfügung standen. Gegenüber 1957 war dieser Bauvorrat um rd. 3 200 Wohnungen geringer. Die rückläufige Entwicklung der Baugenehmigungen im Jahre 1957 findet in diesem Ergebnis deutlich ihren Niederschlag.

Übersicht 21

**Die genehmigten, aber noch nicht begonnenen
Wohnungen nach dem Genehmigungsdatum
am 31. 12. 1957**

Genehmigungsdaten	Wohngebäude	Wohnungen ¹⁾
Bauvorhaben insgesamt	1 560	5 593
davon genehmigt im		
2. Halbjahr 1957	807	3 540
1. Halbjahr 1957	513	1 064
2. Halbjahr 1956	81	300
1. Halbjahr 1956	103	308
Jahre 1955	51	343
Jahre 1954	4	32
Jahre 1953 und früher	1	6

¹⁾ einschließlich Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

Übersicht 22

Der Bauüberhang am 31. Dezember 1954 bis 1957

Bauzustand	1954		1955		1956		1957	
	Wohn- gebäude	Woh- nungen ¹⁾						
Im Bau befindlich	4 006	17 900	4 902	20 353	4 793	16 758	4 219	14 214
davon								
bereits unter Dach	2 165	8 935	2 709	9 943	2 891	9 304	1 877	5 687
noch nicht unter Dach	1 841	8 965	2 193	10 410	1 902	7 454	2 342	8 527
Genehmigt, aber noch nicht begonnen	1 382	7 598	1 133	5 548	1 667	6 293	1 560	5 593
Insgesamt	5 388	25 498	6 035	25 901	6 460	23 051	5 779	19 807

¹⁾ einschließlich Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

Übersicht 23

Die im Bau befindlichen und noch nicht begonnenen
Wohngebäude und Wohnungen am 31. Dezember 1957 nach der Art der Bauherren

Art der Bauherren	Im Bau befindliche Gebäude und Wohnungen							Genehmigt, aber noch nicht begonnen	
	überhaupt			davon					
	Wohn- gebäude	Wohnungen ¹⁾		bereits unter Dach		noch nicht unter Dach		Wohn- gebäude	Woh- nungen ¹⁾
		Zahl	vH	Wohn- gebäude	Woh- nungen ¹⁾	Wohn- gebäude	Woh- nungen ¹⁾		
Behörden und Verwaltungen	14	107	0,8	5	51	9	56	1	4
Gemeinnützige Wohnungs- u. ländliche Siedlungsunter- nehmen	1 713	6 151	43,3	632	1 970	1 081	4 181	642	2 756
Freie Wohnungsunternehmen	382	1 127	7,9	251	613	131	514	60	222
Erwerbs- und Wirtschafts- unternehmen	122	772	5,4	59	397	63	375	9	119
Private Haushaltungen	1 988	6 057	42,6	930	2 656	1 058	3 401	848	2 492
Insgesamt	4 219	14 214	100	1 877	5 687	2 342	8 527	1 560	5 593

¹⁾ einschließlich Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

Übersicht 24 Baugenehmigungen, Baufertigstellungen und Bauüberhang 1954 bis 1958

Art der Angaben	Wohnungen				
	1954	1955	1956	1957	1958
Bauüberhang am Beginn des Jahres ¹⁾	24 639	25 498	25 901	23 051	19 807
Im Laufe des Jahres genehmigte Wohnungen	24 761	24 130	22 641	18 294	.
Fertiggestellte Wohnungen überhaupt	24 504	23 504	26 358	22 993	.
in vH der Zeile 1	99,5	92,2	101,8	99,7	.

¹⁾ Im Bau befindliche bzw. genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen.

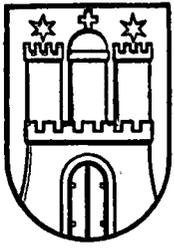
Zum Bauüberhang im einzelnen ist zu bemerken, daß die Zahl der bereits unter Dach befindlichen Wohnungen um rd. 3 600 geringer war als im Durchschnitt der vorhergehenden 3 Jahre, ihr Anteil an den in Bau befindlichen Wohnungen betrug nur 40 vH, während der Anteil in den vergangenen Jahren zwischen 49 und 55 vH lag.

Die Ergebnisse der Bauüberhangserhebung am Ende eines Jahres eröffnen einen Ausblick auf den vermutlichen Bauerfolg der kommenden Bauperiode, da für eine Überschlagsberechnung eine Bauzeit von rund 1 Jahr angenommen werden kann. Wie aus Übersicht 24 hervorgeht, lag die Zahl der fertiggestellten Wohnungen seit 1954

jeweils etwa bei der Zahl der am Beginn des Jahres im Bau befindlichen und der genehmigten, aber noch nicht begonnenen Wohnungen. Ob sich diese Regel jedoch auch in diesem Jahr bestätigen wird, kann heute noch nicht mit Sicherheit beantwortet werden. Durch den strengen und langen Winter am Beginn dieses Jahres ist die Bautätigkeit stark verzögert worden; im ersten Halbjahr 1958 wurden nur 4 278 Wohnungen fertiggestellt, das ist nur etwa die Hälfte der Fertigstellungen des 1. Halbjahres 1957. Dagegen war die Zahl der genehmigten Wohnungen um 2 555 oder 37 vH höher als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Herbert Pöhls

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet



Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Jahrgang 1958

Hamburg, den 29. Dezember 1958

Heft Nr. 18

Haupt-Zufuhrgebiete für den Hamburger Viehmarkt



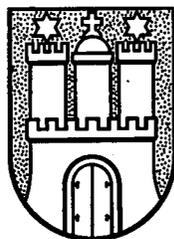
Vieh und Fleisch in Hamburg

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 29. Dezember 1958

Jahrgang 1958 — Heft Nr. 18



Vieh- und Fleischgroßmarkt, Schlachtungen und Fleischverbrauch in Hamburg seit der Währungsreform 1948, im Vergleich mit früher

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. Der Hamburger Viehmarkt	272
1. Zufuhren	272
2. Versand	279
3. Der Viehauftrieb nach den Lebendgewichten der Schlachttiere	286
a) Die Gewichte aller gehandelten Schlachttiere	286
b) Die Gewichte der zum Versand gekommenen Schlachttiere	287
4. Preise für Schlachtvieh	289
5. Baugeschichtliches über den Viehmarkt	290
II. Schlachtungen	292
1. Der Schlachthofzwang	292
2. Die öffentlichen Schlachthöfe	295
3. Die Schlachtungen überhaupt	302
4. Der Fleischanfall aus den hamburgischen Schlachtungen	310
III. Der Fleischgroßmarkt	313
1. Inländische Zufuhren	313
2. Zufuhren von ausländischem Fleisch	314
3. Der Fleischversand vom Hamburger Fleischmarkt	314
4. Großhandelspreise für Fleisch	315
IV. Fleischverbrauch	316
1. Fleischanfall und Bevölkerungsstand im Reichsgebiet, im Bundesgebiet und in Hamburg	316
2. Kleinhandelspreise	321
Anhangtabellen	323

Als vor fünf Jahren in der Schriftenreihe „Hamburg in Zahlen“ die erste inzwischen vergriffene Auflage der Abhandlung „Vieh und Fleisch in Hamburg“ erschien, mühte sich der Hamburger Viehmarkt, seine alte Position und seine alte Bedeutung wiederzuerlangen. Heute hat er sie erreicht. Und deshalb ergab sich für die Neuauflage der Schrift, die das Statistische Landesamt hiermit vorlegt, von vornherein eine Verschiebung der Aspekte. Während im Jahre 1953 (der erste Berichtszeitraum endete mit dem Jahre 1952) alle Anstrengungen darauf gerichtet waren, die wirtschaftliche katastrophale Lage der ersten Nachkriegszeit endgültig zu überwinden und zunächst bescheidenere Ergebnisse der

Vorkriegszeit zu erreichen oder zu übertreffen, müssen wir heute oft weit in die Vergangenheit zurückblicken, um ähnlich hohe Auftriebs- oder Schlachtziffern wie in der Gegenwart zu finden. Der langfristige Vergleich ist aktueller geworden.

Bei der Neubearbeitung des Heftes, das bis 1957 fortgeführt worden ist, wurde die Gliederung der Erstauflage im wesentlichen beibehalten. Einige Ergänzungen kamen hinzu, und zwar Angaben über die Schlachtanteile der einzelnen Schlachthofinteressengruppen (Ladenschlachter, Großschlachter, Fleischwarenfabriken) und über den Versand von Fleisch von Hamburg nach außerhalb.

I. Der Hamburger Viehmarkt

1. Zufuhren

Mit einem Auftrieb von fast 880 000 Stück Vieh erreichte der Hamburger Viehmarkt im Jahre 1957 sein seit 29 Jahren höchstes Ergebnis. So lange müssen wir in der Geschichte des Viehmarktes zurückgehen, um ein erfolgreicherer Jahr zu finden. Der höchste Auftrieb freilich war — mit Ausnahme der Kriegsjahre 1914 und 1915 — in den Vorkriegsjahren 1910 bis 1913 zu verzeichnen. Wenn wir den Vergleichszeitraum bis 1890 ausdehnen, liegt das Jahr 1957 mit seinem Viehauftrieb an achter Stelle von insgesamt 68 Jahren. Dies gewinnt um so mehr an Bedeutung, wenn wir berücksichtigen, daß der Viehmarkt gegenüber 1938 einen wesentlichen Teil seines Einzugsgebietes (Mecklenburg) für den Auftrieb verloren hat und auch die Zahlen vor dem ersten Weltkrieg (Nord-Schleswig) mit den späteren nicht voll vergleichbar sind.

Unwillkürlich gehen die Gedanken dabei zurück in die Zeit vor zehn Jahren. Wie sah es damals auf dem Hamburger Viehmarkt aus?

In der ersten Hälfte des Jahres 1948, der letzten Reichsmarkzeit, war auf dem Hamburger Viehmarkt g ä h n e n d e L e e r e ; die wenigen, noch dazu geringwertigen Tiere, die zum Verkauf standen, zählten nicht für eine 1½-Millionen-Stadt. Nur durch Zuteilung von Konserven und Kühlhausware konnte die Ernährungsverwaltung die

kleinen Fleischrationen mühsam aufrechterhalten. In den ersten Wochen nach der Währungsreform hingegen gab es auf dem Rinder- und Kälbermarkt, obgleich die Viehwirtschaft noch mitten in der Weidesaison war, einen überraschenden Aufschwung, weil Hamburg mit frischer Kaufkraft aufwartete, die auch im Spiegel der amtlichen Höchstpreise zunächst attraktiv war. Diese besondere Anziehungskraft hielt aber nicht lange an, denn allerorts entwickelte sich schnell eine kaufkräftige Nachfrage, die größer war als das Angebot, und so kam es bald wieder zu neuen Preisspannungen. Dieser Grundzug der Marktlage wurde durch den Weideabtrieb im Herbst 1948 nur flüchtig überdeckt, die Versorgung blieb bis zum Sommer 1949 auf einem niedrigen Niveau. Als dann abermals der Weideabtrieb einsetzte, lockerte Hamburg notgedrungen mehrere Male den starren Preisrahmen, um Schlachtrinder heranzuziehen. So kam es zu den relativ guten Auftrieben im Herbst 1949. Inzwischen hatte sich im Lande nach Überwindung der Futtermittelnot auch der Schweinebestand wieder einigermaßen aufgefüllt; schwierig blieb aber die Preissituation, und auch ihr war am Großmarkt nur mit einer gewissen Elastizität zu begegnen, wollte man dem Schwarzen Markt nicht das Feld überlassen. Der Schweineauftrieb in Hamburg gestaltete sich gegen Ende 1949 verhältnismäßig befriedigend.

Übersicht 1

Die Zufuhren von Schlachtvieh aus dem In- und Ausland zum Hamburger Viehmarkt 1938 und 1950 bis 1957

Jahre	Rinder		Kälber		Schweine		Schafe	
	insgesamt	darunter aus dem Ausland						
1938	94 732	—	63 033	—	492 636	—	71 991	—
1950	109 598	49 841	46 032	1 632	237 515	109	68 195	28
1951	97 720	30 538	53 510	1 027	399 094	—	46 802	—
1952	84 122	21 190	49 943	10	441 511	1 377	59 175	—
1953	106 061	22 583	55 586	20	426 257	22 618	62 587	—
1954	113 475	16 731	57 534	6	429 978	29 487	57 180	—
1955	120 277	25 930	51 975	15	536 897	16 321	46 196	—
1956	118 687	30 128	49 869	88	530 482	24 136	39 685	—
1957	136 101	26 946	50 084	5	645 848	13 817	46 518	—

Übersicht 2

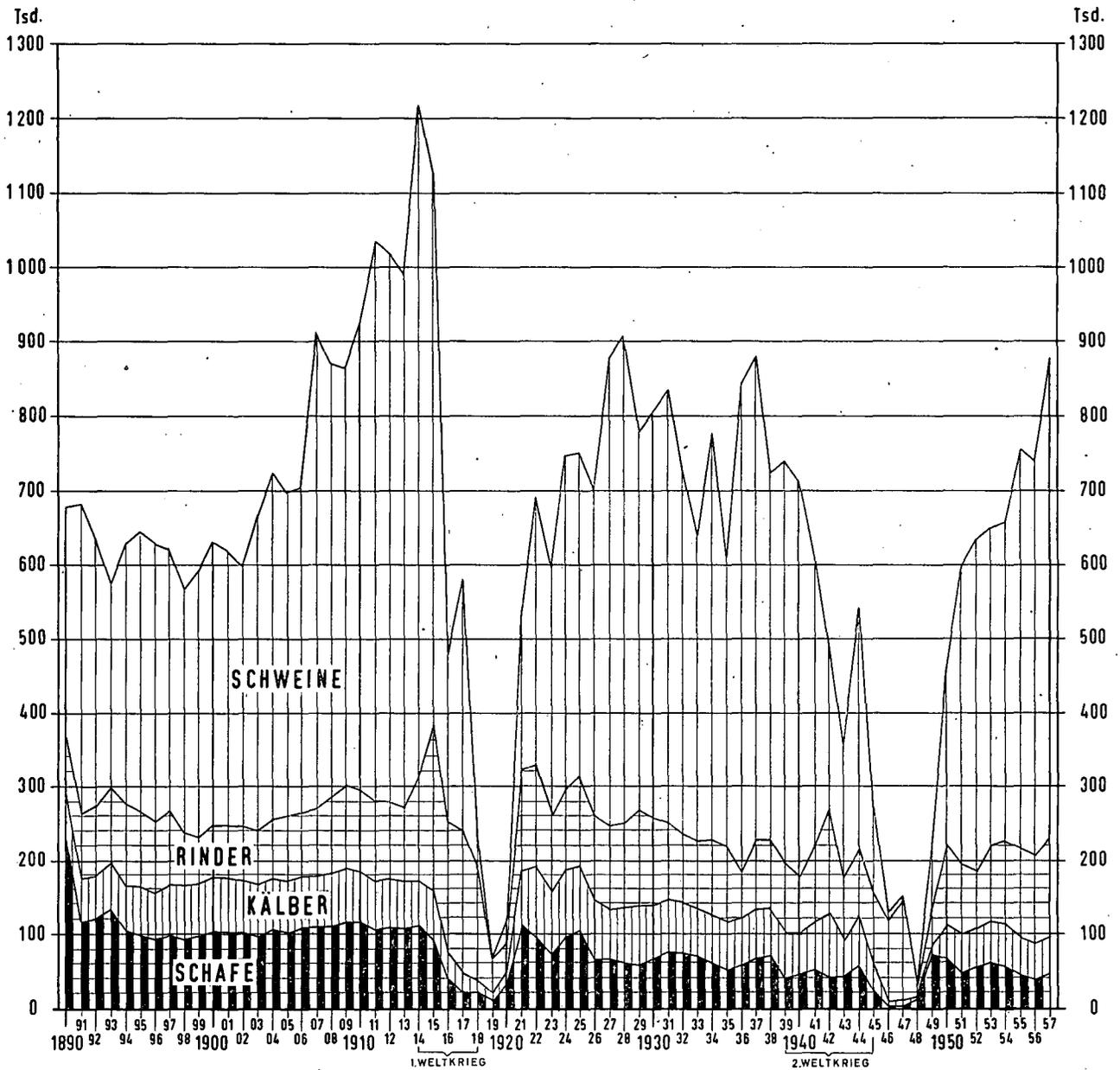
Die Zufuhren von Schlachtvieh zum Hamburger Viehmarkt nach Herkunftsgebieten

Jahre	Deutsches Reich				davon											
					aus dem Gebiet der jetzigen Bundesrepublik				aus den deutschen Ostgebieten unter fremder Verwaltung und aus der Sowjet-Zone							
	Jahresdurchschnitt	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	überhaupt				darunter Mecklenburg		
Rinder										Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe
1904/13	56 172	68 961	596 261	110 025	50 892	64 283	542 685	89 248	5 280	4 678	53 576	20 777	2 344	4 669	49 032	4 935
1913	57 460	62 321	716 583	109 052	53 230	57 394	685 132	84 387	4 230	4 927	31 451	24 665	2 215	4 927	31 386	8 250
1925/29	76 412	76 269	534 318	71 725	72 892	69 710	507 308	59 338	3 520	6 559	27 010	12 387	3 391	6 556	26 999	5 687
1928	73 888	71 963	657 166	62 116	70 950	66 042	624 600	52 184	2 938	5 921	32 566	9 932	2 775	5 921	32 566	4 253
1932	92 773	66 791	486 196	75 854	76 381	59 518	436 734	61 597	16 392	7 273	49 462	14 257	5 321	7 257	48 881	4 456
1938	94 732	63 033	492 636	71 991	78 959	46 613	298 167	51 179	15 773	16 420	194 469	20 812	13 257	16 386	186 892	10 244
1949	—	—	—	—	32 961	14 860	88 357	73 485	—	—	—	—	—	—	—	—
1950	—	—	—	—	59 757	44 390	237 406	68 167	—	—	—	—	—	—	—	—
1951	—	—	—	—	67 182	52 483	399 094	46 802	—	—	—	—	—	—	—	—
1952	—	—	—	—	62 932	49 933	440 134	59 175	—	—	—	—	—	—	—	—
1953	—	—	—	—	83 478	55 566	403 639	62 587	—	—	—	—	—	—	—	—
1954	—	—	—	—	96 744	57 528	400 491	57 180	—	—	—	—	—	—	—	—
1955	—	—	—	—	94 347	51 960	520 576	46 196	—	—	—	—	—	—	—	—
1956	—	—	—	—	88 559	49 781	506 346	39 685	—	—	—	—	—	—	—	—
1957	—	—	—	—	109 155	50 079	632 031	46 518	—	—	—	—	—	—	—	—

Fortsetzung

Jahre	Ausland				davon								Insgesamt			
					Dänemark				übriges Ausland							
	Jahresdurchschnitt	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine
1904/13	42 294	248	—	29	42 144	248	—	9	150	—	—	20	98 466	69 209	596 261	110 054
1913	44 172	52	—	12	43 347	52	—	12	825	—	—	—	101 632	62 373	716 583	109 064
1925/29	45 072	201	834	32	44 997	201	834	12	75	—	—	20	121 484	76 470	535 152	71 757
1928	43 443	283	—	6	43 443	283	—	6	—	—	—	—	117 331	72 246	657 166	62 122
1932	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	92 773	66 791	486 196	75 854
1938	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	94 732	63 033	492 636	71 991
1949	15 899	68	—	—	15 899	68	—	—	—	—	—	—	48 860	14 928	88 357	73 485
1950	49 841	1 632	109	28	49 841	1 632	—	28	—	—	109	—	109 598	46 022	237 515	68 195
1951	30 538	1 027	—	—	30 121	1 027	—	—	417	—	—	—	97 720	53 510	399 094	46 802
1952	21 190	10	1 377	—	21 190	10	1 377	—	—	—	—	—	84 122	49 943	441 511	59 175
1953	22 583	20	22 618	—	22 583	20	22 618	—	—	—	—	—	106 061	55 586	426 257	62 587
1954	16 731	6	29 487	—	16 731	6	28 995	—	—	—	492	—	113 475	57 534	429 978	57 180
1955	25 930	15	16 321	—	25 900	15	16 321	—	30	—	—	—	120 277	51 975	536 897	46 196
1956	30 128	88	24 136	—	30 128	88	24 136	—	—	—	—	—	118 687	49 869	530 482	39 685
1957	26 946	5	13 817	—	25 089	5	13 817	—	1 857	—	—	—	136 101	50 084	645 848	46 518

Die Gesamtzufuhren von Rindern, Schweinen, Kälbern und Schafen zum Hamburger Zentralviehmarkt 1890 bis 1957



Das Jahr 1950 brachte die Wende. Im Zeichen eines freien Handels mit Schlachtvieh gewann der Hamburger Markt nach langen Jahren seine früheren Funktionen wieder zurück. Will man das Umsatzvolumen zeitlich vergleichen, so kann freilich nicht (wie meistens üblich) die letzte Vorkriegszeit den Maßstab bilden; denn die damaligen Viehwirtschaftsverbände und ihre Hauptvereinigung betrachteten den Hamburger Markt im Prinzip nur als einen Platzmarkt, der trotz seiner günstigen Lage inmitten viehreicher Agrargebiete lediglich der Versorgung Hamburgs zu dienen hätte; mag das auch in den beiden letzten Jahren vor dem Kriege wegen der besonderen Vorratsschlachtungen nicht so recht in Erscheinung getreten sein.

Um zu erkennen, welche ursprüngliche Bedeutung dem Hamburger Viehmarkt als Umschlagplatz zukommt, muß man weiter in die Vergangenheit zurückblicken. Natürlich läßt sich gegen eine solche vergleichende Betrachtung einwenden, daß die Zeiten andere geworden sind. Hamburg hat heute nahezu die Lage einer Grenzstadt, es hat gegen Osten kaum noch ein Hinterland, und auch südlich und südöstlich von Hamburg ist die russisch besetzte Zone nicht weit. Was jetzt jenseits der Zonengrenze liegt, gehörte früher zum natürlichen Hinterland Hamburgs, auch für seinen Viehhandel, und zwar sowohl in der Zufuhr als im Versand. Das ist im Anhang zu diesem Aufsatz aus den Tabellen 2 bis 5 und 6 bis 10, die sich über ein halbes Jahrhundert erstrecken, zu ersehen.

Übersicht 3

Die Zufuhren von Schlachtvieh zum Hamburger Viehmarkt aus dem Bundesgebiet

Jahre Jahresdurchschnitt	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe
Hamburg und Schleswig-Holstein				
1904/13	45 215	9 877	438 307	62 397
1913	46 476	7 090	541 507	59 650
1925/29	58 486	18 541	332 329	42 372
1928	58 186	16 902	427 656	34 964
1932	56 819	16 136	321 862	43 974
1938	46 105	14 523	191 074	26 758
1949	23 639	3 876	58 724	44 398
1950	40 977	16 865	163 594	35 971
1951	48 277	25 302	289 814	29 173
1952	47 112	23 806	329 844	39 737
1953	59 460	27 959	314 925	39 289
1954	66 918	30 876	318 736	41 892
1955	71 368	29 279	416 358	34 395
1956	65 218	28 197	411 588	31 105
1957	78 793	27 781	511 864	32 621
Niedersachsen				
1904/13	5 669	54 406	104 373	25 851
1913	6 754	50 304	143 625	23 843
1925/29	14 386	51 124	174 962	14 069
1928	12 761	48 961	196 860	12 016
1932	18 880	43 382	114 872	11 488
1938	32 427	32 090	107 093	21 164
1949	7 715	10 929	29 633	28 187
1950	16 361	27 095	73 758	23 289
1951	18 433	27 116	109 280	10 801
1952	14 859	26 084	110 290	13 574
1953	22 877	27 546	88 714	12 978
1954	28 200	26 603	81 720	6 725
1955	22 770	22 647	104 178	5 791
1956	22 888	21 584	94 758	5 452
1957	29 847	22 296	120 167	8 546
Übriges Bundesgebiet				
1904/13	8	—	5	1 000
1913	—	—	—	894
1925/29	20	45	17	2 897
1928	3	179	84	5 204
1932	682	—	—	6 135
1938	427	—	—	3 257
1949	1 607	55	—	900
1950	2 419	430	54	8 907
1951	472	65	—	6 828
1952	961	43	—	5 864
1953	1 141	61	—	10 320
1954	1 626	49	35	8 563
1955	209	34	40	6 010
1956	453	—	—	3 128
1957	515	2	—	5 351
Insgesamt				
1904/13	50 892	64 283	542 685	89 248
1913	53 230	57 394	685 132	84 387
1925/29	72 892	69 710	507 308	59 338
1928	70 950	66 042	624 600	52 184
1932	76 381	59 518	436 734	61 597
1938	78 959	46 613	298 167	51 179
1949	32 961	14 860	88 357	73 485
1950	59 757	44 390	237 406	68 167
1951	67 182	52 483	399 094	46 802
1952	62 932	49 933	440 134	59 175
1953	83 478	55 566	403 639	62 587
1954	96 744	57 528	400 491	57 180
1955	94 347	51 960	520 576	46 196
1956	88 559	49 781	506 346	39 685
1957	109 155	50 079	632 031	46 518

Damit sich die Zahlen schneller überblicken lassen, bringt die Übersicht 2 in Zusammenfassungen einen Auszug aus den Anhangstabellen 2 bis 5.

Wir sehen insbesondere, wie sich die Zufuhren von Schlachtvieh nach Hamburg aus dem Terri-

torium der jetzigen Bundesrepublik Deutschland im Laufe der Zeit gestaltet haben, wir sehen, welche Mengen Schlachtvieh aus der jetzigen Ostzone und den Gebieten östlich der Oder/Neiße-Linie nach Hamburg gekommen sind, und wir erhalten einen Überblick über die Zufuhren von Lebendvieh aus dem Ausland.

Die Zufuhr von Rindern zum Hamburger Markt war von 1950 bis 1952 abfallend und zeigt seitdem, mit Ausnahme von 1956, eine stetige Zunahme. Von 1952 auf 1957 stiegen die Zufuhren von Rindern um 62 vH auf insgesamt 1 360 000 Stück an. Diese Zahl bedeutet, wenn wir von den Kriegsjahren 1914 bis 1918 und 1942 absehen, den **zweithöchsten Rinderauftrieb in der Geschichte des Viehmarktes überhaupt**. Er wurde nur im Jahre 1921 um 3000 Stück übertroffen. Bemerkenswert ist das seit 5 Jahren anhaltende hohe Niveau der Zufuhren (über 100 000 Stück). Es erinnert an die jeweils elfjährigen Perioden ähnlich hoher Zufuhren von 1908 bis 1918 und von 1921 bis 1931. Auch der Durchschnitt der letzten drei Jahre wird von dem der Jahre 1921/1923 nur knapp übertroffen. Die **Kälberzufuhr** 1957 unterschritt die Zufuhr von 1938 um 20,5 vH, die Zufuhr von 1925/29 um 34,5 vH und die Zufuhr von 1904/13 um 27,6 vH. Die **Zufuhr von Schweinen** hat sich seit 1948 so gesteigert, daß sie 1957 mit 646 000 Stück alle Nachkriegsergebnisse weit übertrifft. Nur in den Jahren 1936/37, 1928 und 1910 bis 1915 waren höhere Zufuhren zu verzeichnen. Auch in den Jahren 1955 und 1956 zeigten die Zufuhren mit über 530 000 Stück ein anhaltend hohes Niveau. Die Lage auf dem **Schafmarkt** entsprach 1949/50 etwa den Auftrieben in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Mit gut 62 000 Stück war die Zufuhr 1953 wohl wieder beachtlich, aber doch nur wenig mehr als halb so groß wie z. B. in dem Jahrzehnt 1904/13. Das Ergebnis von 1956 (knapp 40 000 Stück) war das geringste überhaupt, wenn wir von den Kriegs- bzw. Krisenjahren 1917 bis 1920 und 1945 bis 1948 absehen. Der starke Rückgang der Schafzufuhren ist auf die insgesamt verringerte Schafzucht zurückzuführen.

Beschränkt man den Vergleich auf das Gebiet der jetzigen Bundesrepublik, dann ergibt sich, daß die Zufuhr von Rindern im Jahre 1957 mit Ausnahme der Kriegsjahre 1915 bis 1918 die höchste seit Bestehen des Hamburger Viehmarktes war (109 000 Stück), ferner daß die Stückzahl der aus dem jetzigen Westdeutschland auf den Hamburger Markt gebrachten Schweine im Jahre 1957 (632 000 Stück) die höchste seit den Jahren 1911 bis 1915 gewesen ist.

Im Jahre 1938 stellte die **mecklenburgische Landwirtschaft** fast zwei Fünftel des gesamten Schweineauftriebs in Hamburg. Dies war aber ungewöhnlich, denn im allgemeinen war Mecklenburg am Hamburger Schweinemarkt nur mit 5 bis 10 vH des Auftriebs vertreten gewesen. 1938 hatte Mecklenburg die Lücke auszufüllen, die durch die Vorratsschlachtungen in den schleswig-holsteinischen Schweinestapeln entstanden war. Aus **Schleswig-Holstein** gelangten im Jahre 1957 rd. 512 000 Schweine auf den Hamburger Markt, die höchste Zahl seit 42 Jahren (1914 = 660 000 Stück). In der Rinderzufuhr aus Schleswig-Holstein erbrachte 1957 gleich-

falls das höchste Ergebnis mit Ausnahme der Kriegsjahre 1915 bis 1917. **Niedersachsen** hingegen hat in der Rinderzufuhr nach Hamburg mit etwa 30 000 Stück den höchsten Auftrieb mit Ausnahme der Jahre 1942 und 1938 zu verzeichnen. Aber die Schweinezufuhr aus Niedersachsen ist wesentlich abgesunken: im Jahrfünft 1925/29 waren es durchschnittlich 175 000 Stück gegen 120 000 im Jahre 1957.

Andere Länder der Bundesrepublik sind an der Zufuhr von Rindern, Kälbern und Schweinen nach Hamburg kaum beteiligt; nur wenige Sammelsendungen von Rindern kamen in den letzten Jahren aus Bayern und Hessen. Anders bei den Schafen, die allerdings hauptsächlich aus den südlichen Teilen Niedersachsens nach Hamburg kommen. Bei den Schafzufuhren macht sich der **Ausfall Mecklenburgs**, aber noch mehr der **Ausfall der ehemaligen Provinz Sachsen** fühlbar, wo mit den Zuckerrübenabfällen Stallmast in großem Umfange betrieben wurde. Von dort kamen vor dem ersten Weltkrieg jährlich ungefähr 15 000 Schafe auf den Hamburger Markt; in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war die Zahl allerdings wesentlich geringer, zeitweise aber immerhin noch halb so groß.

Die Zufuhren von Schlachttieren aus dem Gebiet der jetzigen Ostzone und den deutschen Gebieten östlich der Oder/Neiße-Linie sind im Laufe der Zeit in der Menge unterschiedlich gewesen. Jahraus, jahrein lieferte Mecklenburg mehrere tausend Rinder nach Hamburg, 1925/35 durchschnittlich etwa 4800 Stück; dazu kamen, verstärkt seit dem Anfang der 30er Jahre, Rinderzufuhren aus der Provinz Sachsen, aus Pommern, Brandenburg, Schlesien und in kleineren Posten aus Ostpreußen. Bei Kälbern und Schweinen war es hauptsächlich nur Mecklenburg, das in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen den Hamburger Markt belieferte. Früher hatten auch Brandenburg und die Provinz Sachsen in der Schweinezufuhr nach Hamburg eine Rolle gespielt. Über die Zufuhr von Schafen ist in diesem Zusammenhang schon gesprochen worden.

Der Hamburger Viehmarkt hat stets eine enge Verbindung mit Dänemark als Lieferland gehabt. Bis in den Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts bezog Hamburg aus Dänemark jährlich 100 000 bis 200 000 Schweine, die hier für den Export nach England geschlachtet wurden. Die Schweinezufuhren aus Dänemark wurden aber von deutscher Seite aus veterinärpolizeilichen Gründen gesperrt, was sehr bald zur Gründung von Exportschlachtereien in Dänemark führte. Seitdem sind nur noch in wenigen Jahren und in geringen Mengen Schweine aus Dänemark eingeführt worden. Dagegen sind Rinder (es wird hier immer von Lebendvieh gesprochen), zunächst bis 1930/31, ständig zur Einfuhr gekommen. Seit den 90er Jahren sind es zumeist jährlich 40 000 Stück gewesen, manchmal auch 50 000 bis 60 000 und mehr, die aus Dänemark zum Hamburger Viehmarkt befördert wurden, wenn nicht, wie in einigen Jahren, veterinärpolizeiliche Maßnahmen die Zufuhren vorübergehend drosselten. Eine lange Unterbrechung begann 1931/32, als die Devisenlage die Einfuhr nicht mehr

gestattete, und von 1934 bis zum Kriegsausbruch schloß die auf Autarkie bedachte nationalsozialistische Wirtschaftspolitik die Vieheinfuhren aus Dänemark grundsätzlich aus. Nach dem Kriege hat es einer langen Wartezeit bedurft, bis Hamburg wieder Lebendvieh aus Dänemark erhielt (die großen Massen dänischer Rinder, die 1946/47 in Hamburg geschlachtet wurden, waren britische Einfuhren für die Versorgung der Besatzungstruppen). Die deutschen Einfuhren setzten erst 1949 ein. Im Jahre 1950 kamen fast 50 000 Rinder aus Dänemark in Hamburg zur Schlachtung, dann sank die Einfuhr allerdings wieder ab, worauf wir schon oben hinwiesen.

Der Hamburger Rindermarkt ist also von früh her ein Markt sowohl deutschen als auch dänischen Viehs gewesen. Die **dänischen Rinder** waren im Jahrzehnt 1904/13 mit 43 vH, im Jahrfünft 1925/29 mit 37 vH und in den Jahren 1953/57 nur noch mit 25 vH am Auftrieb in Hamburg beteiligt.

Aus anderen Staaten ist Lebendvieh nur gelegentlich auf den Hamburger Markt gekommen. Die Tabellen 2 bis 5 im Anhang enthalten auch darüber Einzelangaben.

Im Anhang zu dieser Arbeit befinden sich ferner Tabellen über die **Viehbestände** in den **wichtigsten Lieferländern** des Hamburger Marktes nach den Ergebnissen der Viehzählungen. Die Viehzählungen gehören zu den ältesten Erhebungen der Landwirtschaftsstatistik. Die erste einheitliche Aufnahme der Viehbestände fand auf Grund eines Bundesratsbeschlusses vom 28. Juni 1872 am 10. Januar 1873 in allen Deutschen Bundesstaaten statt. Die nächsten Viehzählungsjahre waren 1883, 1892, 1897, 1900 und 1907. Seit 1912 werden jährlich Viehzählungen durchgeführt. Die Tabelle 11 bringt in langer Rückschau die Entwicklung des **Viehbestandes in Schleswig-Holstein** und im jetzigen Land **Niedersachsen**, die Tabelle 12 die Ergebnisse der Viehzählung am 3. Dezember 1957 in den Stadt- und Landkreisen Schleswig-Holsteins und der an Hamburg angrenzenden niedersächsischen Regierungsbezirke Lüneburg und Stade, während die Tabelle 13 Zahlen über den **Viehbestand in Dänemark** seit der Jahrhundertwende enthält.

Die Zufuhren nach Hamburg sollen nun nicht etwa auf die Bestandszahlen der Viehzählungen bezogen werden, sondern die Tabellen sollen nur in einem quantitativen Umriss veranschaulichen, aus welchen Viehstapeln der Hamburger Markt hauptsächlich seine Ware bezogen hat und laufend bezieht. Die Bestandszahlen (als rechnerische Bezugsgrößen) sind naturgemäß in den einzelnen Abschnitten des Jahres sehr unterschiedlich, jedenfalls wenn nach der Schlachtreife der Tiere differenziert wird. Der Stichtag der deutschen Hauptzählungen für alle Vieharten liegt am Anfang Dezember (außerdem gibt es Zwischenzählungen für Rinder, Schweine und Schafe am 3. Juni und nur für Schweine am 3. März und 3. September), wenn sich die Bestände an Schlachttieren durch Abgabe an die Schlachter und Schlachtviehmärkte und durch Hausschlachtungen vermindert haben — anders als in Dänemark, wo meistens im Juli gezählt wird.

In Schleswig-Holstein und in den Regierungsbezirken Lüneburg und Stade, also in den für den Hamburger Markt wichtigsten Viehzuchtgebieten, wurden am 3. Dezember 1957 insgesamt **1 830 000 Rinder** (darunter 725 000 Milchkühe), **422 000 Schlacht- und Mastschweine** (außerdem 1 864 000 Ferkel und Jungschweine) und **161 000 Schafe** gezählt (vgl. Anhangstabelle 12). Dahinter treten die Zahlen der aus Schleswig-Holstein und den Regierungsbezirken Lüneburg und Stade in **Hamburg aufgetriebenen Tiere** — nach der Übersicht 3 waren es im Jahre 1957 rd. 159 000 Rinder und Kälber, 632 000 Schweine und 41 000 Schafe — weit zurück. Hamburg ist aber nicht der einzige auswärtige Markt, den Schleswig-Holstein, Stade und Lüneburg mit Lebendvieh beschicken; andererseits darf nicht übersehen werden, daß in Schleswig-Holstein und den beiden niedersächsischen Regierungsbezirken 3,8 Millionen Menschen zu versorgen sind gegen 1,8 Millionen in Hamburg. Zudem hat Hamburg bekanntlich in den meisten Jahren über 30 vH seines Rinderauftriebs aus Dänemark bezogen. **Dänemark** hatte im Jahre 1957 wie auch in den vorangegangenen Jahren einen **Rindviehbestand von über 3 Millionen Stück**; die etwa 25 000 Rinder, die alljährlich nach Hamburg versandt werden, stellen also nur einen kleinen Bruchteil dar, auch wenn man die ausgedehnte Milchwirtschaft in Dänemark berücksichtigt. Die Zahl der **Schweine** in

Dänemark betrug nach der Zählung von Mai 1955 rd. **4,6 Millionen** gegen **1,3 Millionen** in **Schleswig-Holstein** und **4,5 Millionen** im gesamten Land **Niedersachsen** am 3. Dezember 1957.

Für einen Großmarkt ist die technische Abwicklung des Antransports der Tiere von besonderer Wichtigkeit. Das Statistische Landesamt hat deshalb aus den Originalanschreibungen über die Herkunftsorte der hier aufgetriebenen Schlachttiere für die Jahre 1948 bis 1957 die **Entfernungen** in Kilometern (Bahnkilometer) **zwischen dem Versandort und Hamburg** zusammengestellt. Das hat zu folgender Aufgliederung der inländischen Zufuhren geführt:

Danach stammten z. B. im Jahre 1957 18 vH der Rinder und 26 vH der Schweine aus einem **Umkreis von 50 km**. Auf Entfernungen von 50 bis 100 km entfielen im gleichen Jahre 40 vH des Rinder- und 41 vH des Schweineauftriebs. Innerhalb dieses Gürtels liegen vor allem die wichtigsten Schweineaufzuchtgebiete für den Hamburger Markt. Für die Rinderzufuhr haben dann die anschließenden Bezirke noch eine ähnliche Bedeutung wie die nähergelegenen, denn rd. $\frac{1}{3}$ der in Hamburg aufgetriebenen Rinder kommen regelmäßig aus Entfernungen von 100 bis 150 km. Jedoch war auch bei der Schweinezufuhr dieser Anteil in den letzten Jahren mit etwa 30 vH noch beachtlich. Aus **größeren Entfernungen als 150 km** stammten

Übersicht 4

Die Zufuhren von Schlachtvieh zum Hamburger Viehmarkt nach der Entfernung der Herkunftsgebiete

Entfernungen (Bahnkilometer)	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
Rinder										
bis 50 km	2 517	7 015	10 716	11 993	11 124	14 974	17 010	17 092	16 978	19 525
von 51 bis 100 km	3 847	9 718	20 905	26 095	24 212	32 261	38 226	36 802	35 781	43 780
von 101 bis 150 km	7 435	9 352	19 950	22 457	20 834	27 991	30 364	32 047	28 308	37 984
von 151 bis 200 km	864	3 208	4 574	5 043	4 679	5 629	6 472	5 627	5 104	5 239
von 201 bis 300 km	222	2 139	1 601	1 207	1 122	1 715	3 046	2 570	1 935	2 112
von 301 bis 400 km	—	144	173	176	99	421	650	91	38	176
über 400 km	—	1 385	1 838	211	862	487	976	118	415	339
Zusammen	14 885	32 961	59 757	67 182	62 932	83 478	96 744	94 347	88 559	109 155
Kälber										
bis 50 km	1 077	6 009	9 874	11 515	10 951	12 274	13 069	11 637	11 491	10 683
von 51 bis 100 km	1 654	5 486	21 911	26 780	25 469	29 589	31 069	27 706	26 101	26 249
von 101 bis 150 km	1 424	2 634	9 598	11 942	11 355	12 042	11 834	11 614	11 054	12 094
von 151 bis 200 km	52	628	1 150	1 469	1 397	1 058	917	543	771	764
von 201 bis 300 km	9	53	1 783	754	718	566	590	426	364	287
von 301 bis 400 km	—	44	74	23	16	37	39	34	—	2
über 400 km	—	6	—	—	27	—	10	—	—	—
Zusammen	4 216	14 860	44 390	52 483	49 933	55 566	57 528	51 960	49 781	50 079
Schweine										
bis 50 km	1 593	26 285	64 972	100 172	110 474	108 137	107 597	133 949	136 981	165 055
von 51 bis 100 km	659	32 712	102 237	179 606	198 060	174 449	174 889	216 879	217 399	257 329
von 101 bis 150 km	794	22 885	60 667	99 107	109 329	105 947	106 656	153 402	140 155	191 918
von 151 bis 200 km	139	5 052	6 003	11 705	12 896	7 781	4 978	7 786	5 146	10 934
von 201 bis 300 km	4	1 423	3 527	8 504	9 375	7 325	6 336	8 520	6 665	6 795
von 301 bis 400 km	—	—	—	—	—	—	31	40	—	—
über 400 km	—	—	—	—	—	—	4	—	—	—
Zusammen	3 189	88 357	237 406	399 094	440 134	403 639	400 491	520 576	506 346	632 031
Schafe										
bis 50 km	823	7 697	5 413	2 908	3 772	5 163	6 348	5 673	4 783	4 178
von 51 bis 100 km	1 611	15 131	12 749	7 261	9 423	7 293	6 364	5 571	5 248	5 407
von 101 bis 150 km	2 546	14 884	9 489	6 571	8 524	8 509	9 103	6 344	6 705	6 700
von 151 bis 200 km	4 828	15 800	15 324	16 643	21 591	19 385	20 013	16 495	14 435	15 868
von 201 bis 300 km	2 122	19 913	21 525	11 562	14 997	12 160	6 789	6 211	5 386	9 014
von 301 bis 400 km	—	60	1 583	927	167	9 403	7 752	5 689	3 128	5 291
über 400 km	—	—	2 084	930	701	674	811	213	—	60
Zusammen	11 930	73 485	68 167	46 802	59 175	62 587	57 180	46 196	39 685	46 518

von den Rindern im Jahre 1950 14 vH (Bayern trat damals mit einigen größeren Lieferungen auf), 1951/54 rd. 10 vH, im Durchschnitt der Jahre 1955/57 8 vH; von den in Hamburg aufgetriebenen Schweinen waren es in den Jahren 1950/53 nur 4 bis 5 vH und 1954/57 nur knapp 3 vH. Für den Schafmarkt liegt es wesentlich anders: etwa drei Fünftel des Hamburger Auftriebs wurde aus

Entfernungen von mehr als 150 km herangeführt.

Die Schafe gelangen daher auch zumeist, zu etwa 75 vH, im **Eisenbahntransport** nach Hamburg, während sich sonst der **Lastkraftwagen durchgesetzt hat**. Im Jahre 1938 kamen noch durchschnittlich 55 vH der Rinder, der Kälber und der Schweine auf dem Schienenweg nach Hamburg. Im Jahre 1957 waren

Übersicht 5

Die Zufuhren von Schlachtvieh zum Hamburger Viehmarkt nach der Art der Transportmittel

Transportmittel	1938	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
Rinder										
Lastwagen	40 853	16 970	32 774	42 911	42 655	59 298	69 458	68 331	65 463	74 932
Schiff	23	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisenbahn	53 856	15 991	26 983	24 271	20 277	24 180	27 286	26 016	23 096	34 223
Zusammen	94 732	32 961	59 757	67 182	62 932	83 478	96 744	94 347	88 559	109 155
Kälber										
Lastwagen	27 807	8 724	27 581	36 811	36 852	41 508	44 290	39 005	36 319	34 942
Schiff	36	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisenbahn	35 190	6 136	16 809	15 672	13 081	14 058	13 238	12 955	13 462	15 137
Zusammen	63 033	14 860	44 390	52 483	49 933	55 566	57 528	51 960	49 781	50 079
Schweine										
Lastwagen	211 896	62 048	181 148	312 673	355 679	327 944	319 219	392 775	394 206	473 845
Schiff	17	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisenbahn	280 723	26 309	56 258	86 421	84 455	75 695	81 272	127 801	112 140	158 186
Zusammen	492 636	88 357	237 406	399 094	440 134	403 639	400 491	520 576	506 346	632 031
Schafe										
Lastwagen	17 949	27 777	19 077	11 662	16 435	16 085	15 887	13 746	12 082	11 617
Schiff	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisenbahn	54 029	45 708	49 090	35 140	42 740	46 502	41 293	32 450	27 603	34 901
Zusammen	71 991	73 485	68 167	46 802	59 175	62 587	57 180	46 196	39 685	46 518

Übersicht 6

Die Zufuhren von Schlachtvieh mit der Eisenbahn zum Hamburger Viehmarkt

Aus Richtung	1938	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
Rinder										
Flensburg, Husum, Kiel	19 971	11 035	17 221	16 155	13 379	14 800	15 761	18 101	15 184	23 157
Lübeck	2 664	18	206	333	282	43	38	65	16	—
Berlin	12 179	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stade, Bremen, Hannover	19 042	4 938	9 556	7 783	6 616	9 337	11 487	7 850	7 896	11 066
Zusammen	53 856	15 991	26 983	24 271	20 277	24 180	27 286	26 016	23 096	34 223
Kälber										
Flensburg, Husum, Kiel	3 218	1 275	5 312	5 991	3 884	4 864	5 105	5 420	5 807	6 677
Lübeck	1 128	—	83	65	84	9	2	6	1	—
Berlin	13 989	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stade, Bremen, Hannover	16 855	4 861	11 414	9 616	9 113	9 185	8 131	7 529	7 654	8 460
Zusammen	35 190	6 136	16 809	15 672	13 081	14 058	13 238	12 955	13 462	15 137
Schweine										
Flensburg, Husum, Kiel	58 161	13 756	34 298	52 308	51 291	50 175	59 609	97 307	89 693	128 101
Lübeck	5 353	20	730	344	612	127	4	50	124	—
Berlin	177 257	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stade, Bremen, Hannover	39 952	12 533	21 230	33 769	32 552	24 853	21 659	30 444	22 323	30 085
Zusammen	280 723	26 309	56 258	86 421	84 455	75 695	81 272	127 801	112 140	158 186
Schafe										
Flensburg, Husum, Kiel	14 150	24 594	22 697	19 571	26 198	26 111	28 070	22 393	20 392	22 624
Lübeck	1 125	—	166	229	127	1	23	28	—	10
Berlin	9 954	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stade, Bremen, Hannover	28 800	21 114	26 227	15 340	16 415	20 390	13 200	10 029	7 211	12 267
Zusammen	54 029	45 708	49 090	35 140	42 740	46 502	41 293	32 450	27 603	34 901

es nur noch 31 vH der Rinder und Kälber und sogar nur 25 vH des Schweineauftriebs. Mit Lastkraftwagen kamen im Jahre 1957 rd. 110 000 Rinder und Kälber und 474 000 Schweine in Hamburg an, mit der Eisenbahn hingegen rd. 49 000 Rinder und Kälber und 158 000 Schweine.

2. Versand

Daß der Hamburger Viehmarkt seit jeher **nicht nur** ein zur Versorgung Hamburgs bestimmter **Platzmarkt, sondern** auch ein **Versandmarkt** ist, dürfte schon aus den einleitenden Ausführungen hervorgegangen sein. Aus der Geschichte des Zentral-Viehmarktes, dessen Entstehung in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückgeht, gibt es dafür mannigfache Belege. Das Versandgeschäft in Lebendvieh war einstmals sowohl ein Binnen- als ein Außenhandelsgeschäft, und zwar ein Außenhandel hauptsächlich mit dem englischen Markt. England erließ aber wiederholt Einfuhrverbote für lebendes Vieh, so daß schließlich nur geschlachtetes Vieh nach dort zur Ausfuhr kam. Die Exportschlachtereien in Hamburg gelangten zu großer Blüte. Die Zahl der für den englischen Markt geschlachteten Schweine betrug nach den Anschreibungen der alten Schlachthof-Deputation z. B. im Jahre 1883: 379 589, 1884: 456 372, 1885: 325 643, 1886: 262 678, 1887: 258 566 und 1888: 200 599. Dann aber hat sich dieses Geschäft nach Dänemark verlagert, das übrigens der Hauptlieferant von lebenden Schweinen für die Hamburger Exportschlachtereien gewesen war. Auch der Export geschlachteter Hammel von Hamburg nach England (im Jahre 1890 z. B. 170 657 Stück) hörte im Laufe der 90er Jahre allmählich auf, da sich der englische Markt mit billigerem Schaffleisch aus überseeischen Ländern (vorwiegend Australien) versorgte. Der Niedergang des Exports nach England brachte dem Hamburger Viehmarkt, über den die Tiere gehandelt worden waren, starke Einbußen — wurden doch bis 1887 jährlich über 500 000 Schweine (1883 waren es sogar über 700 000 und 1884 über 300 000) und bis zum Jahre 1890 150 000 bis 200 000 Schafe jährlich in Hamburg aufgetrieben (bei einem hamburgischen Eigenbedarf für kaum mehr als ½ Million Einwohner).

Das hamburgische Versandgeschäft in Lebendvieh ist, seitdem England ausfiel, mit wenigen Ausnahmen ein Inlandsgeschäft gewesen. Es ist seit dem Jahre 1926 auch nur ein Versand von Vieh inländischer Herkunft, denn der Versand von ausländischem Vieh in lebendem Zustand wurde den Schlachtviehmärkten durch Reichsverordnung vom 8. Juli 1927 aus veterinärpolizeilichen Gründen untersagt.

In der Betriebsstatistik der Schlachthof- und Viehmarktverwaltung sind seit Jahrzehnten die auf dem Viehmarkt gehandelten Tiere, soweit sie nicht unmittelbar den öffentlichen Schlachthofanlagen zugeführt wurden, schlechthin unter der Rubrik „Versand“ gezählt worden, wobei allerdings zwischen dem „Versand mit der Eisenbahn“ und dem „Versand in die Umgegend“ unterschieden worden ist. Diese Gruppierung war zu einer Zeit, in der das Lastkraftfahrzeug noch nicht existierte, ziemlich gleich-

bedeutend mit einer Aufteilung nach echtem Versand (nämlich per Eisenbahn auf größere Entfernungen) und nach den Fällen, in denen der Käufer die Tiere auf seinem Gewerbegrundstück in Hamburg oder in der näheren Umgebung zur Schlachtung brachte. Wir werden im nächsten Abschnitt sehen, daß größere Gebietsteile von Hamburg nicht dem Schlachthofzwang unterliegen, und auch in den benachbarten nichthamburgischen Gebieten benutzt der Schlachter sein eigenes Schlachthaus. Die Tiere werden in diesen Fällen vom Viehmarkt per Fuhrwerk zum Betrieb des Käufers gefahren (am Tor des Viehmarktes werden Name und Wohnort des Käufers und Zahl und Art der Tiere u. a. für die Statistik vermerkt). „Durch das Tor“ rollen aber seit der Motorisierung des Verkehrs auch Fernlastzüge vom Viehmarkt ab; insoweit müßte die Straßenabfuhr selbstverständlich ebenso zum echten Versand gezählt werden wie der Fernversand mit der Eisenbahn. Das Statistische Landesamt hat es sich angelegen sein lassen, für die Jahre 1953 bis 1957 eine begriffliche Abgrenzung zwischen dem eigentlichen Versand und dem Nachbarschaftsverkehr zu finden, der sich aus der räumlichen Ausstrahlung des Marktes ergibt. Für diesen sog. Nahverkehr ist in der Betriebsstatistik ein Umkreis von 50 km festgelegt.

Die Auszählung der Straßenabfuhr hat ergeben, daß — verständlicherweise — der Fernversand von Schlachtvieh mit Kraftfahrzeugen keine sehr erhebliche Rolle spielt. Dies zeigt die in der Übersicht 7 gebotene Aufgliederung der **Straßenabfuhr** in den Jahren 1953 bis 1957.

Das Abrollen der Tiere per Lastkraftwagen ist also zum weitaus größten Teil kein Versand im eigentlichen Sinne. Von den durchschnittlich 12 000 bis 12 500 Rindern, die in den letzten Jahren vom Viehmarkt „durch das Tor“ wieder abgerollt wurden, waren etwa 8000, also ungefähr zwei Drittel, für Gebietsteile Hamburgs bestimmt, für die der Schlachthofzwang keine Geltung hat. Weitere 2600 bis 3000 Rinder blieben in Schleswig-Holstein und Niedersachsen im Umkreis von 50 km, und zwar handelt es sich hier um die Einkäufe der Schlachter und Fleischwarenfabriken vor allem aus den Landkreisen Pinneberg/Elmshorn, Stormarn, Segeberg und Lauenburg sowie um Lübecker Einkäufe. Ebenso haben an den Straßenabfahrten nach Niedersachsen die an Hamburg angrenzenden Regierungsbezirke Lüneburg und Stade den größten Anteil. Diese Abfahrten werden ebensowenig Objekte des Versandhandels gewesen sein. Als solche dürften lediglich etwa 1000 bis 1500 Rinder angesprochen werden können, die in der Hauptsache nach Nordrhein-Westfalen im Straßentransport verladen wurden. So gut wie gar nicht aufgetreten ist der Fernversand von Kälbern per Lastkraftwagen; von durchschnittlich 2600 abgerollten Tieren sind etwa 2500 Tiere in Hamburg und im Nachbarschaftsverkehr geblieben. Bei dem Schweine-Abtransport auf der Straße liegt es kaum anders; von durchschnittlich 31 000 abgerollten Tieren blieben 22 000 in Hamburg und 7000 bis 9000 im Umkreis von 50 km. Auch im Abtransport der Schafe mit Lastwagen sind nicht schlachthofgebundene Käufer aus Hamburg und Umgebung stark beteiligt. Auf weitere Entfernungen wird durchweg der Eisenbahn-

Der Versand von Lebendvieh vom Hamburger Viehmarkt

Empfangsgebiete	Jahresdurchschnitt 1950/52			1953			1954			1955			1956			1957		
	Versand insgesamt	davon mit		Versand insgesamt	davon mit		Versand insgesamt	davon mit		Versand insgesamt	davon mit		Versand insgesamt	davon mit		Versand insgesamt	davon mit	
		Eisenbahn	Lastwagen		Eisenbahn	Lastwagen		Eisenbahn	Lastwagen		Eisenbahn	Lastwagen		Eisenbahn	Lastwagen		Eisenbahn	Lastwagen
Rinder																		
Schleswig-Holstein . davon im Umkreis von 50 km von Hamburg	2 615	304	2 311	4 441	2 035	2 406	4 364	586	3 778	3 741	303	3 438	4 233	442	3 791	5 173	1 728	3 445
				2 085	36	2 049	3 222	21	3 201	3 367	12	3 355	2 450	5	2 445	2 049	—	2 049
Niedersachsen davon im Umkreis von 50 km von Hamburg	2 988	1 992	996	3 013	2 399	614	3 682	2 934	748	3 780	3 420	360	4 902	3 939	963	5 457	5 204	253
				439	12	427	278	6	272	414	195	219	212	—	212	141	—	141
Bremen	135	115	20	134	122	12	81	81	—	—	—	—	—	—	—	162	162	—
Nordrhein-Westfalen	7 276	6 813	463	8 308	7 019	1 289	6 429	5 279	1 150	8 321	7 749	572	8 177	7 585	592	9 772	9 122	650
Rheinland-Pfalz . .	797	765	32	14	—	14	158	158	—	711	711	—	1 187	1 187	—	84	84	—
Baden-Württemberg	916	885	31	135	131	4	129	129	—	520	520	—	239	231	8	279	279	—
Hessen	1 463	1 396	67	1 223	1 108	115	1 386	1 350	36	1 554	1 513	41	2 108	2 072	36	313	313	—
Bayern	236	233	3	112	94	18	98	98	—	87	87	—	254	254	—	—	—	—
Berlin (West)	1 496	1 313	183	201	154	47	396	383	13	1 109	1 030	79	770	753	17	600	278	322
Sowjetische Besatzungszone . .	—	—	—	—	—	—	1 687	1 687	—	870	870	—	1 595	1 595	—	468	468	—
Hamburg ¹⁾	6 685	—	6 685	8 172	—	8 172	8 559	—	8 559	7 798	—	7 798	6 664	—	6 664	7 565	—	7 565
Zusammen	24 607	13 816	10 791	25 753	13 062	12 691	26 969	12 685	14 284	28 491	16 203	12 288	30 129	18 058	12 071	29 873	17 638	12 235
Kälber																		
Schleswig-Holstein . davon im Umkreis von 50 km von Hamburg	397	—	397	566	—	566	884	32	852	862	16	846	702	—	702	508	—	508
				470	—	470	708	—	708	824	—	824	633	—	633	504	—	504
Niedersachsen davon im Umkreis von 50 km von Hamburg	241	195	46	1 834	1 743	91	2 254	2 223	31	1 825	1 753	72	884	789	95	1 148	1 028	120
				27	—	27	10	—	10	28	—	28	47	—	47	40	—	40
Nordrhein-Westfalen	117	116	1	95	95	—	204	204	—	2	2	—	122	116	6	77	77	—
Rheinland-Pfalz . .	43	38	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hessen	295	295	—	—	—	—	—	—	—	16	16	—	18	18	—	—	—	—
Berlin (West)	140	93	47	3	—	3	—	—	—	—	—	—	54	18	36	—	—	—
Hamburg ¹⁾	1 649	—	1 649	2 000	—	2 000	2 139	—	2 139	1 724	—	1 724	1 447	—	1 447	1 018	—	1 018
Zusammen	2 882	737	2 145	4 498	1 838	2 660	5 481	2 459	3 022	4 429	1 787	2 642	3 227	941	2 286	2 751	1 105	1 646

1) Nicht schlachthofgebundene Gebietsteile.

Schweine

Schleswig-Holstein	5 079	125	4 954	6 299	31	6 268	5 715	89	5 626	6 164	121	6 043	4 856	—	4 856	25 167	16 102	9 065
davon im Umkreis von 50 km von Hamburg				5 193	—	5 193	5 290	—	5 290	5 846	—	5 846	4 833	—	4 833	7 314	—	7 314
Niedersachsen	5 501	2 446	3 055	4 991	2 555	2 436	6 927	3 517	3 410	7 567	3 213	4 354	6 519	2 787	3 732	8 271	4 365	3 906
davon im Umkreis von 50 km von Hamburg				1 602	—	1 602	2 214	—	2 214	3 829	—	3 829	3 021	—	3 021	2 800	—	2 800
Bremen	200	91	109	67	—	67	1 333	1 333	—	4 353	4 336	17	666	593	73	6 578	6 468	110
Nordrhein-Westfalen	6 289	5 146	1 143	7 163	7 086	77	7 195	7 135	60	8 232	8 232	—	10 090	10 074	16	17 118	16 792	326
Rheinland-Pfalz	679	679	—	—	—	—	196	161	35	—	—	—	729	489	240	192	88	104
Baden-Württemberg	1 435	1 415	20	1 084	1 084	—	375	375	—	233	233	—	458	458	—	495	495	—
Hessen	2 199	2 065	134	1 155	1 155	—	1 014	853	161	443	399	44	865	859	6	292	292	—
Bayern	2 792	2 558	234	5 610	5 610	—	2 375	2 375	—	573	573	—	1 673	1 673	—	1 475	1 475	—
Berlin (West)	3 436	2 310	1 126	484	391	93	192	127	65	160	134	26	484	225	259	21 194	19 877	1 317
Ausland (Schweiz)	—	—	—	—	—	—	60	60	—	2 685	2 167	518	—	—	—	—	—	—
Hamburg ¹⁾	24 973	—	24 973	22 406	—	22 406	19 941	—	19 941	23 265	—	23 265	22 358	—	22 358	21 617	—	21 617
Zusammen	52 583	16 835	35 748	49 259	17 912	31 347	45 323	16 025	29 298	53 675	19 408	34 267	48 698	17 158	31 540	102 399	65 954	36 445

Schafe

Schleswig-Holstein	2 579	183	2 396	1 016	70	946	551	85	466	427	89	338	150	39	111	97	—	97
davon im Umkreis von 50 km von Hamburg				181	—	181	293	—	293	298	—	298	101	—	101	85	—	85
Niedersachsen	285	182	103	153	31	122	321	38	283	327	101	226	436	151	285	226	124	102
davon im Umkreis von 50 km von Hamburg				89	—	89	67	—	67	40	—	40	126	—	126	101	—	101
Bremen	17	17	—	—	—	—	—	—	—	30	—	30	—	—	—	33	—	33
Nordrhein-Westfalen	352	351	1	436	436	—	130	130	—	—	—	—	675	616	59	81	81	—
Rheinland-Pfalz	549	549	—	—	—	—	—	—	—	25	25	—	—	—	—	37	37	—
Hessen	4	4	—	40	—	40	26	26	—	92	92	—	—	—	—	—	—	—
Baden-Württemberg	499	499	—	—	—	—	157	157	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Berlin (West)	417	417	—	87	87	—	150	150	—	9	—	9	34	34	—	—	—	—
Hamburg ¹⁾	1 664	—	1 664	1 650	—	1 650	1 402	—	1 402	1 040	—	1 040	808	—	808	806	—	806
Zusammen	6 366	2 202	4 164	3 382	624	2 758	2 737	586	2 151	1 950	307	1 643	2 103	840	1 263	1 280	242	1 038

1) Nicht schlachthofgebundene Gebietsteile.

transport bevorzugt. Der vom Viehmarkt ausgehende Lastwagenverkehr ist dem eigentlichen Versand, wie ihn der Eisenbahntransport wohl fast uneingeschränkt darstellt, nur zu einem geringen Teil zuzurechnen. Wie sich in den Jahren 1953 bis 1957 Straßenabfuhr und Versand mit der Eisenbahn in der Aufgliederung nach Empfangsländern zahlenmäßig zueinander stellten, zeigt ebenfalls die Übersicht 7.

Die Straßenabfuhr vom Viehmarkt erscheint, wenn man die alten Aufzeichnungen zum Vergleich heranzieht, seit der Zeit nach dem ersten Weltkrieg mit ungleich höheren Zahlen in der Betriebsstatistik als vor 1914. Als „Versand in die Umgegend“ wurden gebucht:

Jahre (Jahresdurchschnitt)	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe
1904/13	925	.	1 111	.
1913	1 406	.	1 195	.
1922	16 486	.	12 577	.
1925/29	13 809	.	27 843	.
1929	16 640	11 037	33 231	6 694
1932	14 568	9 663	61 530	7 891
1936	11 470	10 175	249 036	6 973
1937	15 613	11 707	225 423	8 756
1938	10 930	7 445	102 739	4 429
1950	6 471	1 553	21 437	2 110
1951	6 519	1 810	23 168	1 242
1952	7 064	1 554	30 313	1 641
1953	8 172	2 000	22 406	1 650
1954	8 559	2 139	19 941	1 402
1955	7 798	1 724	23 265	1 040
1956	6 664	1 447	22 358	808
1957	7 565	1 018	21 617	806

Dieser eigenartige Verlauf dürfte etwa wie folgt zu erklären sein: Vor dem ersten Weltkrieg hatte der Viehmarkt offensichtlich kein größeres Käuferpublikum aus den Bezirken Hamburgs, die nicht schlachthofgebunden waren. Für die benachbarten nichthamburgischen Ortschaften wird das gleiche gegolten haben. Bei den Transportverhältnissen von damals lag es für den „draußen“ wohnenden Käufer näher, das Vieh auch „draußen“, also direkt beim Bauern einzukaufen. Daher weist die Statistik der Straßenabfuhr vom Viehmarkt für jene Jahre so niedrige Zahlen aus (denen nicht etwa auffallend höhere Zahlen im Eisenbahnversand gegenüberstehen).

Nach dem ersten Weltkrieg hingegen nahm der „Versand in die Umgegend“ ganz andere Ausmaße an. Das Lastauto, der motorisierte Lieferwagen machten es den Fleischwarenfabriken und den Schlachtern in den Außenbezirken und im Umkreis von Hamburg leicht, am zentralen Viehmarkt einzukaufen, wo sie unter einem großen, preisregulierenden Angebot ihr Schlachtvieh auswählen konnten. Gegenüber der Zeit vor 1914 verzehnfachte sich die Zahl der Rinder und Kälber, die „durch das Tor“ den Viehmarkt verließen, und der Nahversand von Schweinen nahm noch stärker zu. Eine ganz außergewöhnliche Ausweitung des Nahverkehrs erlebte der Schweinemarkt 1936 bis 1938, in der Zeit der Vorratsschlachtungen. Die Fleischwarenfabriken Schleswig-Holsteins hatten in Hamburg ihr Schlachtkontingent einzukaufen, daß mit Lastautos ihnen zugerollt

wurde. Daher die abnorm hohen Zahlen; für einen Vergleich mit der Zeit vorher und mit der jüngsten Zeit sind sie absolut ungeeignet. Aus den jüngsten Jahren fallen bei der „Straßenabfuhr“ die besonders niedrigen Zahlen für Kälber und Schafe auf; ob die Einkäufe so sehr zurückgegangen sind oder ob etwa der Zentral-Schlachthof von diesen Käufern jetzt mehr benutzt wird, muß hier dahingestellt bleiben.

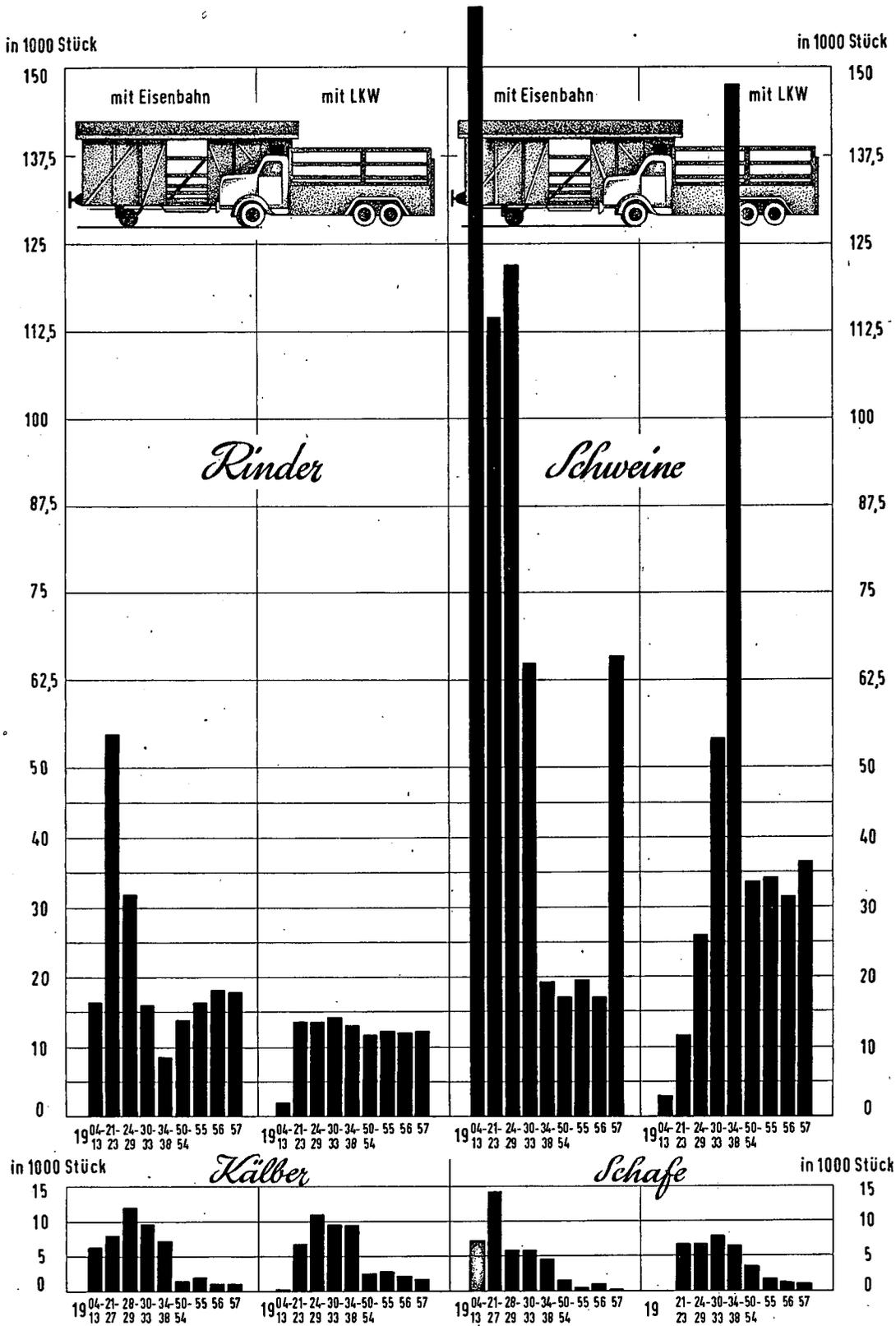
Und nun der **Versand mit der Eisenbahn**; d. i. der eigentliche Fernversand, wenn man von den zahlenmäßig untergeordneten Transporten mit Fernlastzügen absieht.

In den letzten Jahren vor dem ersten Weltkrieg wurden etwa 15 000 bis 20 000 Rinder und 150 000 bis 200 000 Schweine jährlich vom Hamburger Markt mit der Eisenbahn versandt. 6000 Kälber und 7000 Schafe kamen hinzu. Nach dem Krieg nahm das Versandgeschäft bei Rindern zunächst weit größere Ausmaße an. In den Inflationsjahren 1921, 1922 und 1923 wurden 71 000, 47 000 und 45 000 Rinder über den Hamburger Markt mit der Bahn abtransportiert, vor allem nach Rheinland-Westfalen. In den Jahren 1924 bis 1927 waren es jährlich 30 000 bis 35 000 Rinder, oft die Hälfte des Auftriebs, die per Eisenbahn wieder aus Hamburg hinausgingen. Der Schweineversand, der vorerst hinter dem Ausmaß der Vorkriegszeit zurückgeblieben war, erreichte einen neuen Höhepunkt 1927/28, als etwa 150 000 Schweine je Jahr zum Versand kamen. Der Viehumschlag ging dann freilich wieder zurück; im Jahre 1930 wurden 20 000 Rinder und 100 000 Schweine versandt, und in den Jahren der großen Arbeitslosigkeit lagen die Zahlen begrifflicherweise erheblich niedriger. Immerhin blieb bis 1934/35, gemessen an den Verhältnissen der folgenden Jahre, noch ein beachtliches Versandvolumen bestehen (1934: 16 200 Rinder, 51 000 Schweine, 6700 Kälber, 4400 Schafe). **Als aber im Jahre 1936 die Lenkungsmaßnahmen des Reichsnährstandes wirksam wurden, schrumpfte der Fernversand von Rindern und Schweinen auf kleine Zahlen zusammen:** die Statistik des Bahnversands zählte im Jahresdurchschnitt 1936/38 nur 3437 Rinder und im Mittel 1936/37 12 795 Schweine (1938 nur 30 Stück). Allein der Versand von Kälbern (Westfalen, Baden, Sachsen) und von Schafen (Rheinland-Westfalen, Bayern, Sachsen) blieb noch von verhältnismäßiger Bedeutung.

In den Kriegs- und Nachkriegsjahren lag das **Hamburger Versandgeschäft still. Entwickelt hat es sich erst wieder 1950.** Im ersten Jahr wurden 18 000 Rinder mit der Bahn verladen. Der höchste Versand seit Kriegsende wurde mit über 18 000 Stück im Jahre 1956 erzielt. Aber auch in den Jahren 1955 und 1957 wurden Mengen von 16 200 und 17 600 Stück erreicht. Der Versand entsprach damit etwa dem vor dem ersten Weltkrieg oder zu Beginn der dreißiger Jahre. Der weit niedrigere Versand von 1952 (9700) stellte indessen nicht mehr ganz ein Drittel des guten Versandgeschäfts in den Jahren 1924 bis 1929 dar. Allerdings sind 1952 die durch die Maul- und Klauenseuche bedingten veterinärpolizeilichen Maßnahmen dem Versandgeschäft abträglich gewesen. Der Schweineversand 1957 war mit 66 000 Stück der höchste seit 1930 und wurde nur vor dem ersten Weltkrieg und in der Periode 1922 bis

Schaubild 2

Der Versand von Lebendvieh vom Hamburger Viehmarkt
(Jahresdurchschnitte der angegebenen Zeitabschnitte)



x) Versand durch Eisenbahn und Lastkraftwagen

STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

1930 übertroffen. Allerdings kam der Fernversand 1950/56 nicht über das kleine Volumen der Jahre 1935/37 hinaus; es waren auch nur 5 vH und im Jahre 1957 10 vH des Auftriebs, während bei den Rindern im Jahre 1950 30 vH und im Jahre 1957 13 vH des Auftriebs mit der Eisenbahn zum Versand gebracht wurden. Ganz minimal war 1950/52 der Kälbersversand; er betrug kaum 1,4 vH des Auftriebs gegen etwa 14 vH im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1936. In den Jahren 1953 bis 1955 hatte er sich etwas erholt (1954 2500 Stück oder 4 vH des Auftriebs) und ist in den letzten beiden Jahren auf durchschnittlich 1000 Stück zurückgegangen (rund 2 vH des Auftriebs). Der Versand von Schafen war bis 1952 etwas beachtlicher, blieb aber seitdem hinter früheren Jahren stark zurück und sank 1957 auf ein Zehntel des Versandes von 1952 ab. Zum Versand kamen somit nur 0,5 vH des Auftriebs.

Soweit die Zahlen aus der Bahnstatistik. Sie erhöhen sich, aber niemals entscheidend, durch die Zahl der jeweils mit Fernlastzügen beförderten Tiere (worüber bekanntlich nur für 1953/57 genaue Daten vorliegen). In der Übersicht 8 ist der Versand mit der Eisenbahn in den einzelnen Zeitabschnitten zusammengestellt, und zwar nach den Empfangsländern gegliedert.

Der wichtigste Abnehmer für Rinder war immer das westdeutsche Industriegebiet. Es wurden dorthin von Hamburg jährlich versandt:

im Mittel der Jahre	Rinder	vH des gesamten Bahnversandes
1904/13	12 170	75
1921/23	37 760	69
1924/29	17 400	55
1930/33	10 600	66
1934/38	5 100	60
1950	10 900	61
1951	9 300	60
1952	6 700	69
1953	8 100	62
1954	6 800	54
1955	10 000	62
1956	10 800	60
1957	9 500	54

Nach dem ersten Krieg, etwa bis 1927, kaufte auch Hessen-Nassau 1000 bis 2000 Rinder jährlich vom Hamburger Markt. **Der zweitwichtigste Abnehmer war aber etwa seit 1912 der mitteldeutsche Bezirk Provinz Sachsen und Land Sachsen.** Der Versand dorthin stieg am Ende der 20er Jahre auf 7000 bis 9000 Stück jährlich an; in der Wirtschaftskrise und später in der Zeit der Marktlenkung ging dieses Versandgeschäft allerdings wieder erheblich zurück und hörte schließlich nach Kriegsausbruch so gut wie ganz auf. Dagegen blieb der Kälbersversand nach Sachsen in den 30er Jahren noch verhältnismäßig reger.

Provinz Sachsen, Sachsen-Anhalt und Land Sachsen traten in großem Umfang auch auf dem **Hamburger Schweinemarkt als Käufer** auf, ja sie sind meistens die **größten Abnehmer** gewesen. Die Übersicht 8 läßt dies deutlich erkennen. Im Mittel 1904/13 gingen 43 vH der Versandschweine in das mitteldeutsche und 34 vH in das westdeutsche Industriegebiet. Nur in den Nachkriegsjahren bis 1923 wurde Sachsen von Rheinland-Westfalen in

der Nachfrage überflügelt. In den Jahren von 1924 bis 1937 lag es aber in allen Jahren ausgesprochen entgegengesetzt. Um die Zahlen für diese 14 Jahre einmal zu addieren (da sie für eine Durchschnittsrechnung zu unterschiedlich sind): nach Land und Provinz Sachsen wurden insgesamt 431 254, nach Rheinland-Westfalen und Hessen-Nassau 202 557 lebende Schweine vom Hamburger Markt verschickt. **Also bald 2¹/₄mal so groß war der Versand in das industrielle Mitteldeutschland.** Von dem gesamten Schweineversand aus Hamburg mit der Eisenbahn entfielen auf Provinz und Land Sachsen 39,7 vH, dagegen auf Rheinland-Westfalen und Hessen 18,6 vH und — als neu in diesem Zusammenhang zu erwähnen — auf Süddeutschland (Bayern, Baden, Württemberg) 18,3 vH.

Nach dem Kriege ist der Versand von Schweinen, Kälbern und Schafen in die heutige sowjetische Besatzungszone ganz zum Erliegen gekommen, während der Versand von Rindern 1954 wieder aufgenommen wurde. Er ist stark schwankend und in seiner Gesamttendenz rückläufig. Im Jahre 1954 gingen noch 1 687 Stück oder 13,3 vH der mit der Eisenbahn versandten Rinder nach Mitteldeutschland; 1957 waren es dagegen nur 468 oder 2,6 vH. Es wurde bereits betont, daß das rheinisch-westfälische Industriegebiet seine alte Stellung behaupten konnte. An zweiter Stelle steht Niedersachsen. Es zeigte von 1953 bis 1957 einen Anstieg des Rinderversandes von 2287 auf 5204 Tiere. Der Anteil am Bahnversand insgesamt betrug 1957 29,5 vH gegenüber 1953 17,5 vH. Der Versand von Rindern nach Schleswig-Holstein schwankt dagegen sehr. Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern nimmt hier der Fernversand (über 50 km) mit Lastwagen einen breiteren Raum ein.

Der Kälbersversand, an dem Mitteldeutschland früher zu rd. 50 vH beteiligt war, geht heute fast ausschließlich nach Niedersachsen. Somit scheint Niedersachsen nach dem Kriege die Rolle Nordrhein-Westfalens vor dem Kriege übernommen zu haben. Während das rheinisch-westfälische Industriegebiet in den Jahren 1933/39 durchschnittlich etwa 1300 Kälber im Jahr aufnahm (1950/57 rd. 100), wurden nach Niedersachsen vor dem Kriege im Jahresdurchschnitt etwa 200 Tiere, seit 1953 jährlich 1600 Kälber versandt.

In der Aufnahme von Schweinen liegt das Land Nordrhein-Westfalen seit 1951 ununterbrochen an der Spitze. Erst im ungewöhnlichen Jahr 1957 wurde der Versand einschließlich Lastwagen nach Nordrhein-Westfalen mit 17 100 Schweinen von Schleswig-Holstein (25 200) und Berlin (West) (21 200) übertroffen, doch stehen die letztjährigen Versandzahlen in diese beiden Länder in keinem Verhältnis zu denen der Vorjahre. Der außerordentlich hohe Schweineauftrieb im Jahre 1957 veranlaßte die Vorratsstelle aus Gründen der Marktregulierung zur Herausnahme von 81 700 Tieren, von denen 45 800 Stück nach Schleswig-Holstein und Berlin versandt wurden.

Während im Durchschnitt der Jahre 1950/52 der Versand von Schafen mit der Eisenbahn immerhin noch 2200 Tiere betrug, fiel er bereits im nächsten Jahr ab und ist auf 242 im Jahre 1957 gesunken.

Neben dem hamburgischen Versand als Verkauf von Lebendvieh nach auswärts gibt es auch einen **Versand von geschlachtetem Vieh**. Hier handelt es sich um **dänische Rinder und Schweine**, die nicht im

lebenden Zustand vom Einfuhrplatz versendet werden dürfen. Der Versand von geschlachtetem Vieh wird später erwähnt; er gehört nicht mehr zur Viehmarktstatistik.

Übersicht 8

Versand von Lebendvieh vom Hamburger Viehmarkt mit der Eisenbahn

Jahre — Jahresdurchschnitt	Schleswig- Holstein Nieder- sachsen Bremen	Nordrhein- Westfalen Rheinland- Pfalz Hessen	Baden- Württem- berg Bayern	Provinz und Land Sachsen Anhalt Thüringen	Mecklen- burg Branden- burg	Berlin	Übriges Deutschland	Sowjetische Besatzungs- zone	Ausland	Insgesamt
Rinder										
1904/1913	1 939	12 170	180	476	206	326	868	—	—	16 165
vH	12,0	75,3	1,1	2,9	1,3	2,0	5,4	—	—	100,0
1921/1923	6 612	37 761	3 032	3 757	723	2 519	177	—	107	54 688
vH	12,1	69,0	5,6	6,9	1,3	4,6	0,3	—	0,2	100,0
1924/1929	4 090	17 386	1 203	6 819	969	1 143	206	—	6	31 822
vH	12,9	54,6	3,8	21,5	3,0	3,6	0,6	—	0,0	100,0
1930/1933	1 872	10 642	230	2 161	623	450	130	—	—	16 108
vH	11,6	66,1	1,4	13,4	3,9	2,8	0,8	—	—	100,0
1934/1938	1 544	5 118	87	1 064	183	133	347	—	—	8 476
vH	18,2	60,4	1,0	12,6	2,1	1,6	4,1	—	—	100,0
1950	2 312	10 912	1 798	—	—	1 307	—	—	1 652	17 981
vH	12,8	60,7	10,0	—	—	7,3	—	—	9,2	100,0
1951	2 745	9 302	1 386	—	—	2 012	—	—	—	15 445
vH	17,8	60,2	9,0	—	—	13,0	—	—	—	100,0
1952	2 175	6 709	171	—	—	619	—	—	—	9 674
vH	22,5	69,3	1,8	—	—	6,4	—	—	—	100,0
1953	4 556	8 127	225	—	—	154	—	—	—	13 062
vH	34,9	62,2	1,7	—	—	1,2	—	—	—	100,0
1954	3 601	6 787	227	—	—	383	—	1 687	—	12 685
vH	28,4	53,5	1,8	—	—	3,0	—	13,3	—	100,0
1955	3 723	9 973	607	—	—	1 030	—	870	—	16 203
vH	23,0	61,6	3,7	—	—	6,3	—	5,4	—	100,0
1956	4 381	10 844	485	—	—	753	—	1 595	—	18 058
vH	24,3	60,0	2,7	—	—	4,2	—	8,8	—	100,0
1957	7 094	9 519	279	—	—	278	—	468	—	17 638
vH	40,2	54,0	1,6	—	—	1,6	—	2,6	—	100,0
Kälber										
1904/1913	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6 129
vH	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1921/1927	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7 713
vH	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1928/1929	682	2 934	1 511	3 252	11	3 065	474	—	—	11 928
vH	5,7	24,6	12,6	27,3	0,1	25,7	4,0	—	—	100,0
1930/1933	328	3 038	1 422	4 147	17	651	152	—	—	9 755
vH	3,4	31,1	14,6	42,5	0,2	6,7	1,5	—	—	100,0
1934/1938	404	2 341	774	3 089	—	258	356	—	—	7 222
vH	5,6	32,4	10,7	42,8	—	3,6	4,9	—	—	100,0
1950	219	270	157	—	—	164	—	—	—	810
vH	27,0	33,3	19,4	—	—	20,3	—	—	—	100,0
1951	116	199	90	—	—	105	—	—	—	510
vH	22,8	39,0	17,6	—	—	20,6	—	—	—	100,0
1952	250	630	—	—	—	10	—	—	—	890
vH	28,1	70,8	—	—	—	1,1	—	—	—	100,0
1953	1 743	95	—	—	—	—	—	—	—	1 838
vH	94,8	5,2	—	—	—	—	—	—	—	100,0
1954	2 255	204	—	—	—	—	—	—	—	2 459
vH	91,7	8,3	—	—	—	—	—	—	—	100,0
1955	1 769	18	—	—	—	—	—	—	—	1 787
vH	99,0	1,0	—	—	—	—	—	—	—	100,0
1956	789	134	—	—	—	18	—	—	—	941
vH	83,8	14,3	—	—	—	1,9	—	—	—	100,0
1957	1 028	77	—	—	—	—	—	—	—	1 105
vH	93,0	7,0	—	—	—	—	—	—	—	100,0

Noch: Übersicht 8

Jahre — Jahresdurchschnitt	Schleswig- Holstein Nieder- sachsen Bremen	Nordrhein- Westfalen Rheinland- Pfalz Hessen	Baden- Württem- berg Bayern	Provinz und Land Sachsen Anhalt Thüringen	Mecklen- burg Branden- burg	Berlin	Übriges Deutschland	Ausland	Insgesamt
Schweine									
1904/1913	6 119	54 211	17 390	68 495	1 442	1 307	8 029	1 746	158 739
vH	3,9	34,2	10,9	43,1	0,9	0,8	5,1	1,1	100,0
1921/1923	14 178	59 278	7 981	26 243	441	3 353	2 998	—	114 472
vH	12,4	51,8	7,0	22,9	0,4	2,9	2,6	—	100,0
1924/1929	9 164	20 749	20 765	57 833	1 229	8 007	3 982	—	121 729
vH	7,6	17,0	17,0	47,5	1,0	6,6	3,3	—	100,0
1930/1933	6 238	13 413	16 003	23 591	986	2 126	2 397	359	65 113
vH	9,6	20,6	24,6	36,2	1,5	3,3	3,7	0,5	100,0
1934/1938	7 113	4 882	2 052	4 277	185	116	639	—	19 264
vH	36,9	25,3	10,7	22,2	1,0	0,6	3,3	—	100,0
1950	1 497	7 236	3 548	—	—	360	—	—	12 641
vH	11,8	57,2	28,1	—	—	2,9	—	—	100,0
1951	3 421	9 368	1 131	—	—	4 440	75	—	18 435
vH	18,6	50,8	6,1	—	—	24,1	0,4	—	100,0
1952	3 069	7 065	7 240	—	—	2 130	—	—	19 504
vH	15,7	36,3	37,1	—	—	10,9	—	—	100,0
1953	2 586	8 241	6 694	—	—	391	—	—	17 912
vH	14,4	46,0	37,4	—	—	2,2	—	—	100,0
1954	4 939	8 149	2 750	—	—	127	—	60	16 025
vH	30,8	50,8	17,2	—	—	0,8	—	0,3	100,0
1955	7 670	8 631	806	—	—	134	—	2 167	19 408
vH	39,5	44,5	4,1	—	—	0,7	—	11,2	100,0
1956	3 380	11 422	2 131	—	—	225	—	—	17 158
vH	19,7	66,6	12,4	—	—	1,3	—	—	100,0
1957	26 935	17 172	1 970	—	—	19 877	—	—	65 954
vH	40,9	26,0	3,0	—	—	30,1	—	—	100,0
Schafe									
1904/1913	—	—	—	—	—	—	—	—	—
vH	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1921/1927	—	—	—	—	—	—	—	—	14 239
vH	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1928/1929	1 851	40	340	1 547	411	1 488	25	—	5 702
vH	32,5	0,7	6,0	27,1	7,2	26,1	0,4	—	100,0
1930/1933	1 466	388	547	1 603	178	1 549	17	—	5 748
vH	25,5	6,8	9,5	27,9	3,1	26,9	0,3	—	100,0
1934/1938	1 190	567	137	1 117	108	1 192	136	—	4 447
vH	26,8	12,7	3,1	25,1	2,4	26,8	3,1	—	100,0
1950	508	433	43	—	—	472	—	45	1 501
vH	33,9	28,8	2,9	—	—	31,5	—	2,9	100,0
1951	510	1 458	—	—	—	653	—	—	2 621
vH	19,5	55,6	—	—	—	24,9	—	—	100,0
1952	128	820	1 453	—	—	127	—	—	2 528
vH	5,0	32,5	57,5	—	—	5,0	—	—	100,0
1953	101	436	—	—	—	87	—	—	624
vH	16,2	69,9	—	—	—	13,9	—	—	100,0
1954	123	156	157	—	—	150	—	—	586
vH	21,0	26,6	26,8	—	—	25,6	—	—	100,0
1955	190	117	—	—	—	—	—	—	307
vH	61,9	38,1	—	—	—	—	—	—	100,0
1956	190	616	—	—	—	34	—	—	840
vH	22,6	73,3	—	—	—	4,1	—	—	100,0
1957	124	118	—	—	—	—	—	—	242
vH	51,2	48,8	—	—	—	—	—	—	100,0

3. Der Viehauftrieb nach den Lebendgewichten der Schlachttiere

a) Die Gewichte aller gehandelten Schlachttiere

Der Mangel auf dem Viehmarkt bis 1948/49 bestand nicht nur darin, daß wenig Tiere aufgetrieben wurden, sondern diese wenigen Tiere waren durch-

weg auch von geringem Gewicht und geringem Schlachtwert. Die abgemolkene Kuh und das nuchterne Kalb herrschten zeitweise vor. Ebenso gehörten die wenigen hier aufgetriebenen Schweine meistens den unteren Gewichtsklassen an. Das hat sich von Grund auf geändert. Mit dem größeren Auftrieb stieg auch die Qualität. In der Über-

sicht 9 sind die durchschnittlichen Lebendgewichte der auf dem Viehmarkt gehandelten Schlachttiere zusammengestellt. Das Durchschnittsgewicht war bei den Rindern im Jahre 1948 auf 388 kg heruntergegangen (von Januar bis Mai waren es sogar nur 343), gegen 460 kg im Jahr 1938.

Aber schon für das Jahr 1949 errechnete sich wieder ein durchschnittliches Lebendgewicht von 444 kg, und für die Jahre 1950 und 1951 ergaben sich fast gleichlautend etwa 460 kg, 1952 sogar 473 kg und 1957 469 kg. Damit ist praktisch der Vorkriegsstand wieder erreicht. Allerdings sind die Bullen jetzt mit einem um etwa ein Drittel niedrigeren Durchschnittsgewicht vertreten, weil mehr als früher jüngere Bullen zur Schlachtung herangeführt werden (370 kg im Jahre 1957 gegenüber 552 kg 1938). Dagegen sind die zahlreicher gehandelten Färsen jetzt um 10 bis 15 vH ihres Lebendgewichtes stärker gemästet als vor dem Kriege. Anders liegt es wiederum bei den Kälbern; sie erreichten im Jahresdurchschnitt 1950/52 nur ein mittleres Gewicht von etwa 75 kg, wogegen vor dem Kriege auf etwa 90 kg ausgemästet wurde. Im Jahre 1956 wurde das Vorkriegsgewicht geringfügig, im Vorjahre mit 97,5 kg wesentlich überschritten. Die auf dem Hamburger Viehmarkt verkauften Schweine waren seit 1949 von niedrigerem Gewicht als im Jahre 1938 (120 kg). Diese Tendenz scheint sich durch die spürbare Verbrauchswandlung zum fettarmen Schwein weiter zu verstärken. So sank das Durchschnittsgewicht 1957 auf 112,6 kg. Das Durchschnittsgewicht der Schafe lag in den letzten Jahren, obgleich die Stallmasttiere aus den früheren Bezugsgebieten fehlten, um 3 bis 4 kg höher als im Jahre 1938.

b) Die Gewichte der zum Versand gekommenen Schlachttiere

Die am Hamburger Markt beteiligten auswärtigen Käufer interessieren sich, entsprechend den Verbrauchsgewohnheiten in ihrem Absatzgebiet, in erster Linie für Tiere der höheren Gewichtsklassen. Das kommt bei Rindern und Schafen wie auch bei den Kälbern zum Ausdruck. In entgegengesetzter Richtung verlief das Versandgewicht der Schweine, das 1951 zwischen 130 und 150 kg lag. Für die Jahre 1955 und 1957 dagegen nur noch zwischen 103 und 113 kg; diese Versandgewichte liegen somit noch unter den durchschnittlichen Lebendgewichten aller auf dem Viehmarkt gehandelten Tiere. Die Zahlen deuten darauf hin, daß sich auch im Versandgeschäft die Nachfrage im Laufe der letzten Jahre zu den mageren Fleisch-(Kotelett-)schweinen verlagerte. Eine besondere Auszählung der sogenannten Versandgewichte hat für jeweils 4 Monate der Jahre 1951, 1955 und 1957 folgende durchschnittlichen Lebendgewichte ergeben:

Jahre Monate	Rinder kg	Kälber kg	Schweine kg	Schafe kg
1951				
März	492,4	71,5	141,7	52,3
Juli	491,5	100,2	137,1	59,4
September	485,4	138,4	147,3	44,8
Dezember	482,4	—	132,1	—

Jahre Monate	Rinder kg	Kälber kg	Schweine kg	Schafe kg
1955				
März	504,8	51,8	108,4	56,6
Juli	508,7	175,0	113,0	61,6
September	506,4	161,3	109,9	45,5
Dezember	514,8	67,5	105,6	59,0
1957				
März	525,8	62,1	113,6	59,3
Juli	511,8	118,4	109,5	64,9
September	504,6	113,8	110,5	56,6
Dezember	507,3	151,7	103,1	58,3

Dagegen betragen die durchschnittlichen Lebendgewichte aller auf dem Viehmarkt gehandelten Tiere:

Jahre Monate	Rinder kg	Kälber kg	Schweine kg	Schafe kg
1951				
März	462,9	64,3	112,0	50,0
Juli	445,7	87,3	117,3	58,0
September	449,1	97,0	110,2	51,2
Dezember	464,1	73,2	112,2	54,0
1955				
März	463,0	72,3	110,5	51,6
Juli	441,6	108,8	112,9	56,5
September	449,5	117,7	114,5	53,5
Dezember	451,5	78,0	108,0	55,4
1957				
März	461,0	82,0	111,9	48,1
Juli	460,9	113,6	112,6	59,3
September	475,6	127,7	114,0	54,2
Dezember	466,8	90,4	110,8	52,8

Während im Jahre 1951 die Durchschnittsgewichte der in Hamburg und Umgegend zur Schlachtung verbleibenden Tiere aus dem Viehmarktauftrieb unterhalb der durchschnittlichen Gewichte aus dem Gesamtauftrieb lagen, blieb dieses Bild in den Folgejahren am ausgeprägtesten bei den Rindern erhalten, und zwar betragen die Gewichte des nicht zum Versand gekommenen Viehs durchschnittlich:

Jahre Monate	Rinder kg	Kälber kg	Schweine kg	Schafe kg
1951				
März	446,5	64,0	111,5	49,9
Juli	437,5	87,0	117,0	57,9
September	444,2	96,6	110,0	51,0
Dezember	455,6	73,0	112,0	54,0
1955				
März	452,2	72,0	111,0	52,0
Juli	443,3	109,0	113,0	57,0
September	446,8	117,0	114,0	54,0
Dezember	455,1	78,0	108,0	55,0
1957				
März	454,6	82,0	112,0	48,0
Juli	449,1	114,0	113,0	55,0
September	467,4	128,0	114,0	54,0
Dezember	463,4	90,0	111,0	53,0

Auf Basis dieser letztgenannten Lebendgewichte müßte das vom Viehmarkt kommende, dann im Hamburger Gebiet geschlachtete Vieh in die Berechnung des Fleischanfalls in Hamburg eingehen. In der Praxis werden aber im allgemeinen die durchschnittlichen Lebendgewichte

Übersicht 9

Die durchschnittlichen Lebendgewichte der gewerblichen Schlachttiere (Inland)

Jahre Monate	Durchschnittliche Lebendgewichte in Kilogramm									
	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde	Ziegen
1938	484,0	552,0	489,0	370,0	460,4	90,8	120,6	50,6	517,0	38,9
1948	362,1	368,3	442,6	313,8	387,9	60,2	81,8	46,9	356,6	32,7
1949	449,7	398,2	484,9	396,1	444,4	58,6	118,2	50,6	541,8	33,3
1950	470,4	420,8	495,0	403,3	459,7	73,5	119,8	51,9	493,0	37,8
1951	476,8	401,8	495,8	408,2	460,0	75,2	113,5	54,9	521,4	38,2
1952	504,1	412,9	500,8	427,9	473,0	78,2	118,2	56,0	523,0	38,9
1953	495,2	379,5	501,0	424,7	461,6	81,3	115,2	55,1	516,0	40,4
1954										
Januar	496,5	393,0	511,0	425,0	473,1	72,2	117,6	55,5	547,0	41,3
Februar	492,0	391,0	506,0	421,0	465,1	68,7	114,2	58,7	531,5	42,7
März	494,0	396,0	513,0	422,5	471,9	69,4	114,4	56,6	562,0	40,9
April	487,0	399,0	511,0	423,5	468,5	75,0	113,7	51,0	488,0	42,4
Mai	473,0	415,5	498,0	415,5	461,8	85,6	116,2	56,5	571,0	40,7
Juni	471,5	395,0	489,5	406,0	451,6	98,2	115,7	57,4	545,5	34,4
Juli	464,0	353,0	492,5	410,0	442,7	104,8	117,5	54,8	562,5	38,2
August	473,0	351,0	487,0	405,0	439,2	113,4	120,5	51,8	533,5	39,3
September	477,0	326,0	488,5	414,5	443,5	111,4	123,2	52,4	533,5	39,3
Oktober	476,0	330,0	493,5	407,5	456,6	80,4	120,4	51,8	486,0	40,9
November	484,5	321,0	495,5	410,0	458,7	71,8	117,3	51,9	489,5	40,7
Dezember	490,0	325,0	501,5	416,0	450,5	71,8	113,4	51,2	578,0	40,4
Jahresdurchschnitt	479,6	362,7	498,4	413,8	455,5	82,1	116,7	54,2	534,4	40,2
1955										
Januar	494,0	340,0	504,0	414,5	457,3	75,4	114,8	54,4	580,0	42,9
Februar	498,0	359,5	505,0	420,0	459,7	74,3	110,5	53,8	618,5	41,8
März	482,5	383,0	501,0	418,0	463,0	72,3	110,5	51,6	610,0	41,8
April	475,5	387,5	497,0	414,0	457,5	76,3	109,7	48,9	544,0	41,1
Mai	482,0	372,0	487,5	404,0	440,7	88,7	110,3	53,4	530,8	41,6
Juni	451,0	374,0	480,5	394,0	437,3	99,3	111,9	56,3	596,0	42,9
Juli	439,5	356,5	495,0	408,0	441,6	108,8	112,9	56,5	650,5	41,1
August	470,0	332,5	499,0	415,5	441,6	119,1	115,2	56,0	573,5	40,9
September	485,0	325,0	495,0	410,0	449,5	117,7	114,5	53,5	484,0	38,7
Oktober	479,5	321,0	498,5	418,0	462,2	86,4	111,7	52,0	523,5	39,6
November	492,5	325,0	503,0	425,5	465,6	74,3	111,9	51,4	544,0	42,2
Dezember	489,0	328,0	506,5	419,0	451,5	78,0	108,0	55,4	550,0	43,3
Jahresdurchschnitt	480,1	349,6	498,8	414,6	453,3	85,8	111,7	53,9	564,4	41,3
1956										
Januar	490,5	376,0	513,5	424,0	468,2	79,6	111,9	55,7	570,0	44,4
Februar	484,0	371,0	508,5	428,0	463,2	79,2	109,7	54,7	587,5	46,2
März	480,5	390,0	509,5	421,0	465,3	81,2	109,9	46,8	616,0	43,7
April	476,0	395,5	512,0	423,0	465,5	80,9	112,1	51,5	518,0	41,9
Mai	484,5	402,5	504,0	427,0	461,2	91,8	113,7	55,6	582,5	40,2
Juni	474,0	403,0	497,0	416,5	458,0	102,3	115,2	56,3	592,0	41,6
Juli	474,5	365,5	499,0	407,5	450,2	111,2	116,3	54,0	544,0	38,3
August	472,0	344,0	500,0	415,0	444,6	121,6	118,9	52,7	473,5	39,8
September	480,0	341,5	500,0	419,5	453,6	117,4	119,7	51,2	502,0	39,3
Oktober	529,0	341,5	508,0	423,5	471,8	90,6	118,9	52,3	563,5	41,6
November	493,5	341,0	516,0	421,0	474,1	81,8	116,6	52,6	541,5	42,1
Dezember	516,5	350,0	513,0	413,5	456,5	82,5	122,3	52,5	520,0	45,1
Jahresdurchschnitt	486,0	366,8	507,4	420,0	461,8	91,1	114,4	53,1	552,4	41,8
1957										
Januar	492,5	374,0	515,5	422,0	467,8	87,2	114,4	55,0	604,0	43,7
Februar	486,5	370,0	511,0	420,0	459,7	86,6	112,6	54,3	620,5	40,6
März	479,5	382,0	507,0	420,0	461,0	82,0	111,9	48,1	546,5	45,6
April	472,5	374,0	506,5	417,5	453,3	86,2	110,7	49,1	624,5	40,8
Mai	466,0	384,0	502,0	420,0	448,4	97,8	111,5	57,3	620,0	45,0
Juni	503,5	386,0	506,0	420,0	458,0	104,3	111,2	60,1	588,5	40,8
Juli	505,5	369,0	505,0	426,0	460,9	113,6	112,6	59,3	599,0	43,2
August	501,0	358,5	503,5	422,5	459,1	125,9	113,4	54,2	655,0	39,3
September	516,0	362,0	507,0	432,0	475,6	127,7	114,0	54,2	462,0	41,0
Oktober	518,0	366,0	508,5	437,0	487,0	104,5	115,0	53,3	530,5	41,7
November	519,0	352,0	512,0	429,5	478,3	91,8	115,8	48,0	485,0	42,4
Dezember	507,0	361,5	518,5	425,5	466,8	90,4	110,8	52,8	567,0	42,0
Jahresdurchschnitt	509,6	370,6	508,8	426,8	468,8	97,5	112,6	54,2	560,4	42,1

aus dem Gesamtauftrieb verwendet, weil eine durchgängige Abtrennung der „Versandgewichte“ eine zusätzliche Belastung der sowieso angespannten Betriebsstatistik bedeutet. Für die von den Statistischen Landesämtern dem Bundesernährungsmini-

sterium und dem Statistischen Bundesamt zu erstattenden Meldungen über die Schlachtvieh- und Fleischschau und den Fleischanfall (darüber wird später näher zu sprechen sein) ist die Verwendung der durchschnittlichen Lebendgewichte aus dem

Gesamtauftrieb insoweit das richtige, als die Meldungen zu Bundesergebnissen zusammengestellt und nicht regional untergliedert werden. Für die regionale Hamburger Statistik müssen die Gewichte aus dem Gesamtauftrieb aber zu einer Überhöhung der Zahlen über Fleischanfall in Hamburg führen (vorausgesetzt, daß es sich allgemein so verhält, wie die Stichproben ergeben haben).

4. Preise für Schlachtvieh

Nachdem Zufuhr und Versand nach Art, Stückzahl und Gewicht statistisch aufgezeichnet worden sind, wird in den Anhangtabellen 14 und 15

noch ein Bild vom Preisverlauf gegeben. Die Angaben erstrecken sich auf die Jahre 1910 bis 1914, 1924 bis 1939 und 1950 bis 1957. Kriegs- und Nachkriegsjahre sind außer Betracht geblieben, weil damals die Preisnotierungen auf den Viehmärkten — vom tatsächlichen her gesehen — häufig nicht so allgemeingültig waren wie in Zeiten der Wettbewerbswirtschaft; bei freiem Handel ist die Preisbildung auf den großen Märkten auch für die Handelsgeschäfte außerhalb der Märkte richtunggebend.

Nachstehend ein kleiner Ausschnitt aus den Anhangtabellen 14 und 15.

Übersicht 10

Durchschnittspreise für 50 kg Lebendgewicht
in M/RM/DM

Jahre	Ochsen vollfleischig	Kälber		Schweine		Schafe		
		1913 = 100	beste Mast- und Saugkälber	1913 = 100	von 150 kg und mehr	1913 = 100	beste Mastlämmer	1913 = 100
1910	44,69	88,4	67,86	96,2	52,45	92,0	39,50	82,3
1913	50,57	100,0	70,55	100,0	57,04	100,0	48,01	100,0
1924	48,00	94,9	79,00	112,0	66,00	115,7	48,00	100,0
1929	57,20	113,1	87,60	124,2	78,50	137,6	64,50	134,3
1932	32,70	64,7	46,10	65,3	40,70	71,4	31,70	66,0
1938	43,80	86,6	63,00	89,3	55,30	96,9	49,50	103,1
1950	75,80	149,9	102,50	145,3	122,10	214,1	72,90	151,8
1951	84,70	167,5	133,60	189,4	131,20	230,0	92,90	193,5
1952	94,90	187,7	142,40	201,8	120,10	210,6	84,00	175,0
1953	91,60	181,1	150,00	212,6	120,90	212,0	82,40	171,6
1954	97,60	193,0	155,00	219,7	127,30	223,2	93,70	195,2
1955	103,80	205,3	165,90	235,2	115,60	202,7	99,30	206,8
1956	109,80	217,1	171,40	242,9	123,50	216,5	104,90	218,5
1957	110,80	219,1	184,00	260,8	118,90	208,5	97,70	203,5

Die Preise für Schlachtvieh hatten etwa seit der Jahrhundertwende eine ansteigende Tendenz. Von 1910 auf 1913 stiegen die Notierungspreise für Lebendgewicht im einfachen Durchschnitt der Notierungsklassen bei Rindern um 14 vH, bei Kälbern um 6 vH, bei Schweinen um 10 vH und bei Schafen um 21 vH. Im Jahre 1924, als die Inflationszeit überwunden war, bildeten sich Preise heraus, die im Jahresdurchschnitt (wieder im Mittel der Notierungsklassen) für Rinder um 14 vH und für Schafe um 12 vH niedriger, dagegen für Schweine um 11 vH und für Kälber um 2 vH höher lagen als im Jahre 1913. Die Unterschiede für die obersten Gewichts- und Güteklassen — sie sind aus den Anhangtabellen 14 und 15 zu ersehen — weichen hiervon allerdings zum Teil wesentlich ab: im Vergleich zu 1913 waren 1924 beste Ochsen um nur 5 vH billiger, beste Schafe hatten in beiden Jahren den gleichen Preis, beste Kälber waren aber um 12 vH und die schweren Schweine um fast 16 vH teurer. Immerhin blieben die Schlachtviehpreise von 1924 mit denen von 1913 noch in einer gewissen Berührung. Das änderte sich in den folgenden Jahren, die sich allgemein durch konjunkturell ansteigende Warenpreise heraushoben. Im Jahre 1929 kosteten beste Ochsen 13 vH, beste Kälber 24 vH, schwere Schweine 38 vH und beste Schafe 34 vH mehr als im letzten Jahr vor dem ersten Weltkriege. Als dann die Konjunktur verfiel, wurden auch die landwirtschaftlichen Preise hart betroffen. Schließlich, im Jahre 1932, wurden für Ochsen, Kälber und Schafe kaum noch $\frac{2}{3}$ des Preises von 1913 erzielt, und der Schweinepreis schnitt mit 70 vH des 1913er Preises auch nicht viel besser ab. Die

Reaktion darauf war eine Preisreglementierung, die der Landwirtschaft für Schweine und Schafe eine Annäherung an die Preise von 1913, für Rinder und Kälber aber (im Vergleich zwischen 1913 und 1938) um durchschnittlich 15 vH niedrigere Preise brachte. Im Jahre 1950, dem ersten Jahr einer wieder freien Preisbildung, setzten unter veränderten geldwirtschaftlichen Verhältnissen die Preise von vornherein wesentlich höher ein, und in den nächsten Jahren entwickelten sie sich noch weiter nach oben. Im Durchschnitt des Jahres 1957 lagen die Preise für beste Ochsen um 153 vH, für beste Kälber um 192 vH, für schwere Schweine um 115 vH und für beste Schafe um 97 vH über denen von 1938; wie sie sich zu den Preisen von 1913 verhielten, läßt die Übersicht 10 ohne weiteres erkennen. Während für die oben besprochenen Qualitätsstufen für Ochsen und Kälber bei laufender Steigerung die höchsten Preise im Jahre 1957 erzielt wurden, erreichten die Schafpreise ihre Spitze 1956 und die Schweinepreise 1954. Ihre Entwicklung ist uneinheitlich. Gegenüber 1951 ist der Durchschnittspreis für Schweine über 150 kg um 9,4 vH zurückgegangen. Ein Zusammenhang mit den angedeuteten Verbrauchswandlungen ist möglich.

Auf diese bloße Aufzeichnung des Preisverlaufs soll sich die Darlegung beschränken. Sie ist nicht Preisstatistik im spezifischen Sinne; denn sonst müßten die Viehpreise zu dem jeweiligen volkswirtschaftlichen Preisniveau, zu den Kosten der Lebenshaltung, zu den Löhnen und nicht zuletzt zu den Preisen für die sächlichen Betriebsmittel der Landwirtschaft in Beziehung gesetzt werden. Das würde den Rahmen dieser Arbeit aber übersteigen.

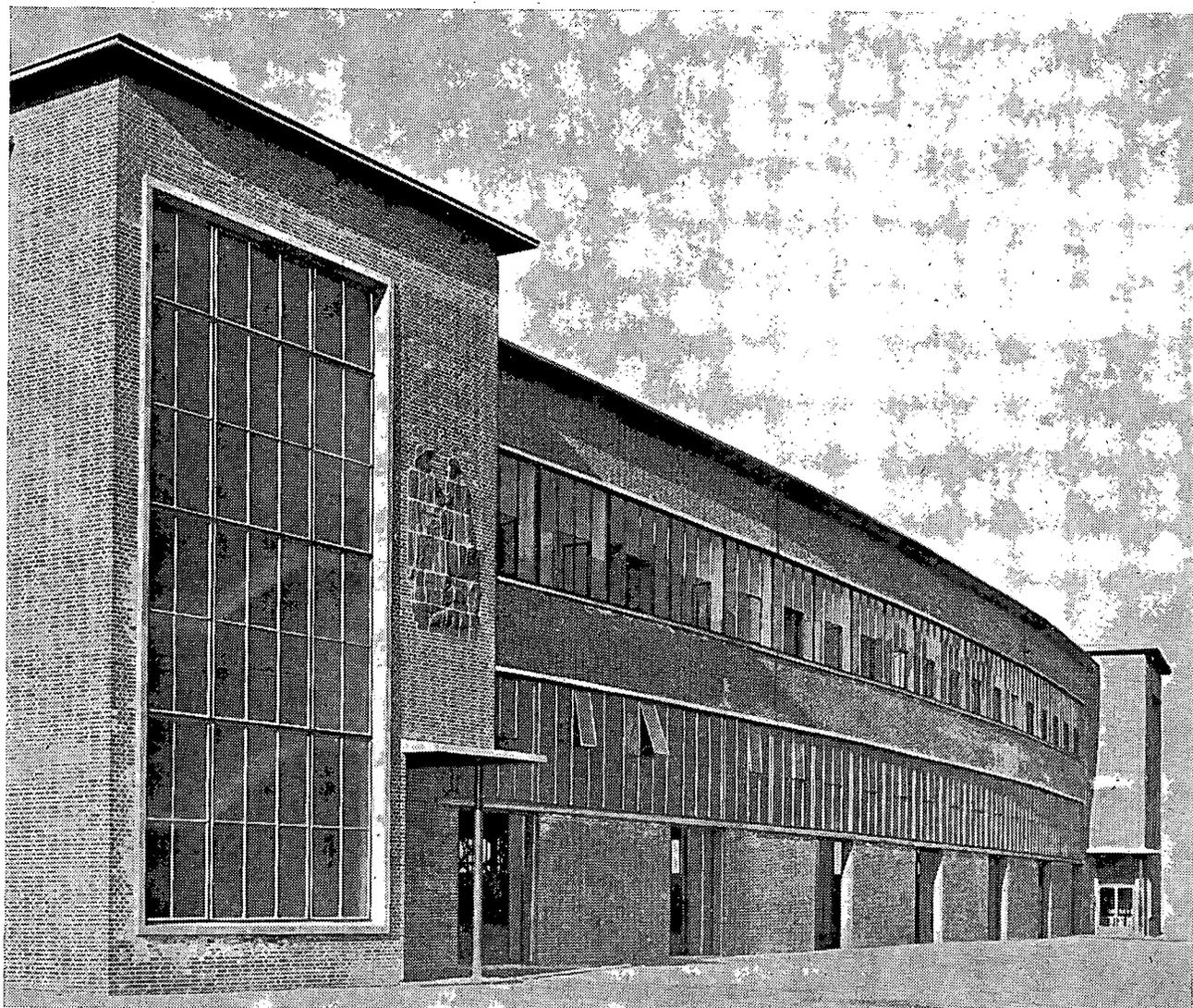
Deshalb werden die Preisreihen hier gewissermaßen nur nachrichtlich geboten. Das gilt auch für die Entwicklung der Groß- und der Kleinhandelspreise für Fleisch, die in ähnlicher Weise in den nächsten Abschnitten kurz angesprochen werden.

5. Baugeschichtliches über den Viehmarkt

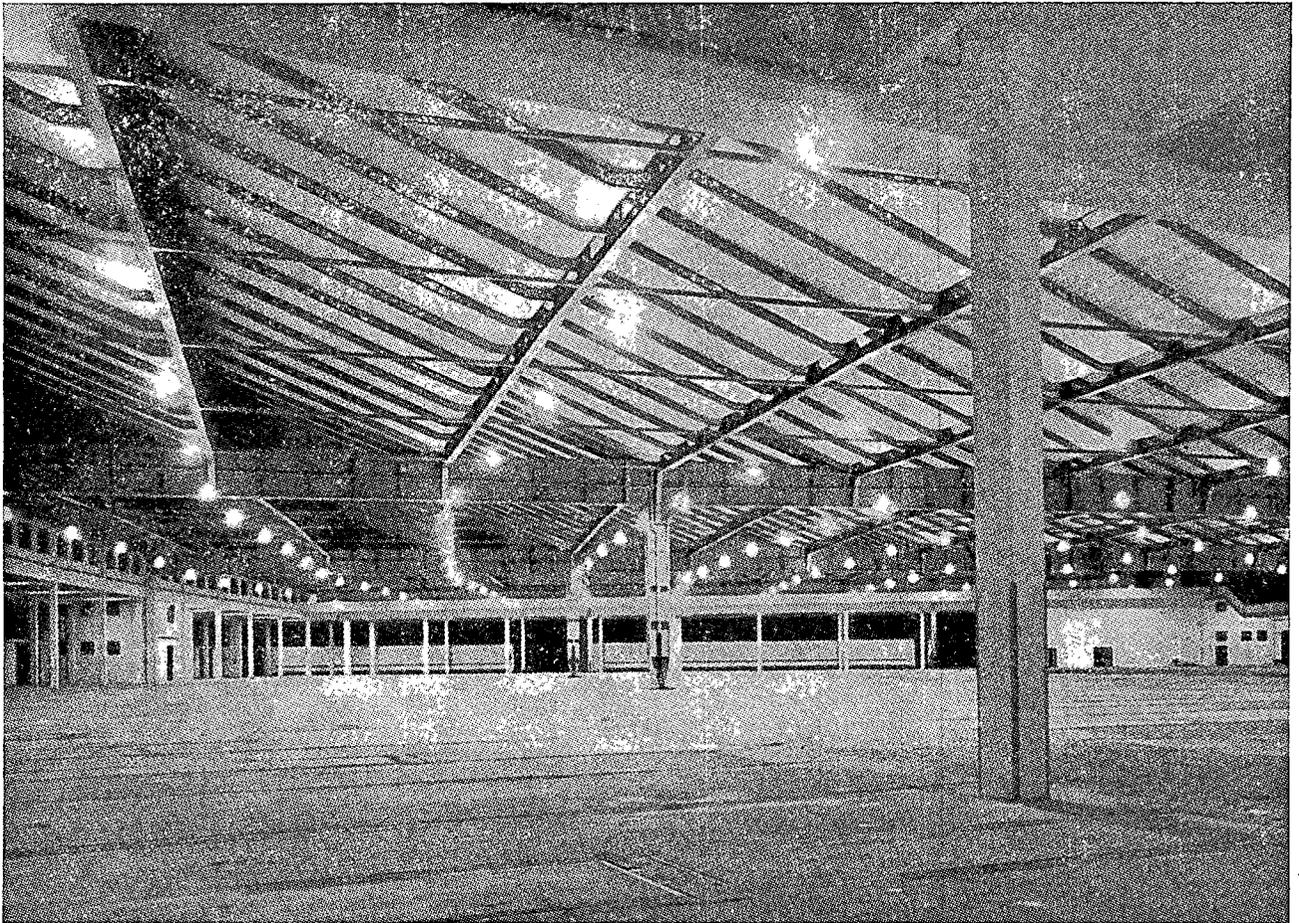
In dieser Abhandlung, die oft in die Vergangenheit zurückgreift, dürfte eine kurze geschichtliche Beschreibung der baulichen Anlagen des Marktes nicht fehl am Platze sein. Ein Großmarkt setzt an baulichen Einrichtungen und an technischer Ausrüstung viel voraus.

Als Hamburg in der Einwohnerzahl kaum die ersten 100 000 überschritten hatte, im Anfang des 19. Jahrhunderts, konnte der „Hornvieh“-Markt — damals schon nah dem jetzigen Viehmarktgelände — noch auf freiem Gelände und in den geräumigen Stallungen der Viehhändler abgehalten werden, zumal dort an der Hamburg-Altonaer Grenze noch genügend Weiden für das Vieh vorhanden waren. Der Schweinemarkt bedurfte ebenfalls keiner besonderen baulichen Vorrichtungen auf seinem kleinen Gelände am Steintor. Hornvieh- und Schweinemarkt lagen weit auseinander, zwi-

schen ihnen lagen Alt- und Neustadt. Im Laufe der Jahrzehnte, mit dem Anwachsen der Bevölkerungszahl Hamburgs und mit dem sich stark entwickelnden hamburgischen Vieh- und Fleischexport, wurden die Verhältnisse mehr und mehr unhaltbar. In den 60er Jahren kam es endlich zu einer wirklichen Abhilfe. 1862 richtete die hamburgische Verwaltung an der Nordwestecke des Heiligengeistfeldes einen größeren Marktplatz ein, der ein zentraler Rinder- und Schafmarkt für Hamburg und Altona wurde, der aber noch bis gegen Ende der 80er Jahre nur unter freiem Himmel stattfand. 1866 wurde beim Bahnhof Sternschanze der neuen Hamburger-Altonaer Verbindungsbahn, nicht weit vom Heiligengeistfeld, ein „Viehhof“ mit leichten Viehscuppen für den Handel mit Schweinen und Kälbern errichtet; der alte Schweinemarkt zwischen der Altstadt und der Vorstadt St. Georg hörte auf zu bestehen (der Name blieb als Platzbezeichnung noch lange erhalten). Der Viehhof an der Sternschanze war das erste Gelände, auf dem massiv gebaut wurde. 1883/84 entstanden hier zwei massive Verkaufshallen für Kälber und Schweine, zwei neue Schuppen für „Versandschweine“ sowie ein Verwaltungsgebäude, das heute noch steht. Gleichzeitig wurde der Viehhof an die 1866 erbaute



Frontansicht der Rindermarkthalle am Neuen Kamp



Das Innere der Rindermarkthalle mit versenkten Trögen.

Verbindungsbahn angeschlossen und Vorkehrungen für eine Desinfektion der Viehtransportwaggons geschaffen.

Bald darauf wurde auch eine Gleisverbindung zwischen dem Bahnhof Sternschanze und dem Zentralviehmarkt auf dem Heiligengeistfeld hergestellt. In den Jahren 1887/88 erhielt dieser Markt eine große massive Halle für den Handel mit Rindern und Schafen. Zu gleicher Zeit entstand zwischen Viehhof und Sternschanze und Zentralviehmarkt ein sogenannter Kontumazhof mit massiven Stallgebäuden zur Unterbringung von seuchenverdächtigem Vieh.

Auf dem Viehhof Sternschanze wurden 1889 die alte Kälberhalle und die zwei Schuppen für Versandschweine abgerissen und durch einen massiven Neubau ersetzt. Im selben Jahr wurden etwa gegenüber dem Kontumazhof die sogenannten Restbestandsstallungen (für 300 Rinder und 1200 Schafe) gebaut. 1905 wurde die Schweineverkaufshalle vergrößert, 1911 ein Dienstgebäude für die Auslandsfleischschau errichtet.

Die große Viehmarkthalle auf dem Heiligengeistfeld wurde im Jahre 1914 durch ein zweigeschossiges Stallgebäude wirtschaftlich ergänzt, in dem 1100 Rinder untergebracht werden konnten. Auf dem Gelände des Viehhofs Sternschanze wurde 1914 mit dem Bau einer neuen Verkaufshalle für Schweine und Kälber, zum Teil unter Einbeziehung

der älteren Gebäude, begonnen; die neue Anlage wurde 1915 in Betrieb genommen. Zwischen dem Viehhof Sternschanze und dem Schweineschlachthof, der im nächsten Abschnitt erwähnt wird, wurde ein Trifftunnel hergestellt. 1929 wurde eine neue Entseuchungsanlage für Viehtransportwagen geschaffen. Größere bauliche Veränderungen waren dann bis in die Zeit des zweiten Weltkrieges nicht mehr zu verzeichnen.

Die Bombenangriffe auf Hamburg fügten dem Viehmarkt viele Teilschäden und einen großen Totalschaden zu. Vor allem wurde die große Rindermarkthalle am Heiligengeistfeld stark zerstört. Sie ist 1950/51 auf dem gleichen Grundriß wieder aufgebaut worden, jedoch in einer vollkommen neu geplanten Konstruktion. Für den Wiederaufbau einschließlich der Randgebäude waren 4,3 Mill. DM erforderlich. Die Halle hat Raum für 2500 bis 5000 Rinder (2500 zum Aufställen, so daß sich das Vieh legen kann, und 5000 zum Aufstellen, dicht an dicht) und für 3000 Schafe. Der Neubau hat den Namen „**St.-Pauli-Markthalle**“ erhalten. Sie ist wohl primär zur Viehmarkthalle bestimmt, aber als sogenannte **Mehrzweckhalle** gebaut (14 200 qm groß). Alle Vorrichtungen, die der Betrieb als Viehmarkt erfordert, wie Tröge, Einfriedigungen usw. können in kürzester Frist versenkt werden. Die Tröge werden mechanisch um 180 Grad gewendet, so daß sie mit ihrer glatten Unterseite nach oben liegen, die sich in die Ebene der Viehstände und

Stallgassen vollkommen einfügt. Auf diese Weise entsteht eine einzige große ebene Betonfläche, die bei Großveranstaltungen Platz bietet für 25 000 bis 30 000 Menschen.

Die Hamburger Viehmärkte umfassen heute insgesamt ein Gelände von 94 163 qm und teilen sich örtlich wie folgt auf:

Viehhof Sternschanze, Lagerstraße 1—5 . . .	30 246 qm
(Schweine, Kälber)	
Entseuchungsanlage, Lagerstraße 10 . . .	2 904 qm
Kontumazhof, Kampstraße 50	6 150 qm
Restbestandsstallungen, Kampstraße 39 . . .	3 165 qm
Zentralviehmarkt, Neuer Kamp 31	51 698 qm
(Rinder, Schafe)	

Der Bilanzwert aller Viehmarktanlagen betrug am 31. 3. 1958:

Grundstücke	3 400 000 DM
Gebäude mit techn. Einrichtung	4 600 000 DM
Inventarien (Fahrzeuge, Geräte usw.)	150 000 DM
Insgesamt	8 150 000 DM

Der Viehmarktbetrieb steht in engster örtlicher Verbindung mit dem Hamburger Schlachthof; Viehmarkt und Schlachthof sind für Verwaltung und Wirtschaft wie eine örtliche Einheit. Entsprechend der Systematik dieser Abhandlung wird über die Schlachthofanlagen aber im nächsten Abschnitt gesondert berichtet.

II. Schlachtungen

1. Der Schlachthofzwang

Einen Schlachthofzwang hat Hamburg schon im Mittelalter, zunächst für die Altstadt und später für die Neustadt, gekannt; er war allerdings nicht immer durchführbar, weil die öffentlichen Schlachtplätze nicht ausreichten. In einem größeren räumlichen Umfange wurde der Schlachthofzwang erst durch Gesetz vom 1. Juni 1894 in Hamburg eingeführt. Im Bereich dieses Gesetzes „dürfen Rinder, Kälber, Schweine, Schafe, Ziegen und Einhufer nur in einem öffentlichen Schlachthof der Hansestadt Hamburg geschlachtet werden“. Der Schlachthofzwang (ursprünglich hieß es, nicht ganz zutreffend, Schlachtzwang) beschränkte sich 1894 auf die städtisch bebauten Teile des derzeitigen hamburgischen Gebiets, nämlich auf Altstadt, Neustadt, St. Georg, St. Pauli und die 15 Vororte Rotherbaum, Harvestehude, Eimsbüttel, Eppendorf, Winterhude, Uhlenhorst, Barmbek, Eilbek, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Billwerder-Ausschlag, Steinwerder, Kleiner Grasbrook. Bei diesem räumlichen Geltungsbereich ist es in Hamburg alten Gebietsumfangs bis zum Jahre 1943 unverändert geblieben. Durch die Satzung über den Schlachthofzwang vom 21. Juli 1943 (Hamburgisches Verordnungsblatt Seite 35) wurden Fuhlsbüttel, Ohlsdorf, Alsterdorf und Groß Borstel einbezogen. Seitdem ist der Schlachthofzwang in Hamburg alten Gebietsumfangs nicht weiter ausgedehnt worden. In den durch das Groß-Hamburg-Gesetz auf Hamburg übergegangenen preußischen Gebietsteilen gibt es nach der erwähnten Satzung vom 21. Juli 1943 einen Schlachthofzwang nur in den enger besiedelten Ortsteilen der Bezirksämter Altona und Harburg, nämlich in Altona, Ottensen, Bahrenfeld, Flottbek-Othmarschen sowie in Wilhelmsburg, Georgswerder, Harburg, Heimfeld, Eißendorf, Wilstorf.

Außerhalb des Schlachthofzwangs liegen also die Bereiche des Ortsamtes Blankenese (Lurup, Osdorf, Nienstedten, Blankenese, Iserbrook, Sülldorf und Rissen), die Bereiche des Ortsamtes Stellingen (Lokstedt, Niendorf, Schnelsen, Stellingen, Eidelstedt), der gesamte Bezirk Wandsbek mit Ausnahme des alten hamburgischen Stadtteils Eilbek, also die östlichen Stadtteile von Wandsbek bis Rahlstedt, Bramfeld und Steilshoop im Nordosten, die ehema-

ligen preußischen Alstertalgemeinden und die alten hamburgischen Walddörfer; ausgenommen sind ferner im Norden Langenhorn, im Südosten Billstedt, Lohbrügge, Bergedorf und die gesamten Vier- und Marschlande, schließlich im Süden das Gebiet der Süderelbe ohne Harburg mit seiner städtisch bebauten Umgebung.

Die Gebiete mit Schlachthofzwang zählten bei der letzten Wohnungszählung am 25. September 1956 1 151 613 Einwohner, während die nichtschlachthofgebundenen Ortsteile eine Bevölkerungszahl von 599 676 hatten. An dem hamburgischen Bevölkerungsstand von 1 751 289 Personen hatten also die an die öffentlichen Schlachthöfe gebundenen Bezirke einen Anteil von 65,8 vH, so daß gut ein Drittel (34,2 vH) der Bevölkerung in Gebieten wohnte, wo der Schlachter noch in seinem eigenen Betrieb schlachten kann. Bei der Handwerkszählung am 31. Mai 1956 gab es 278 Schlachtereibetriebe, die nicht an einen Schlachthof gebunden, und 605 Betriebe, die dem Schlachthofzwang unterworfen waren, d. s. 74,2 vH der Gesamtzahl. In den Umsätzen treten die schlachthofgebundenen Bezirke, weil hier mehr größere Betriebe vorkommen, noch stärker hervor; 75,3 vH aller Umsätze entfielen im Jahre 1955 (neuere Daten liegen in dieser Aufgliederung nicht vor) auf die Betriebe in den Ortsteilen mit Schlachthofzwang. Die Umsätze der Schlachter in den ländlichen Außenbezirken werden natürlich auch durch die Hausschlachtungen beeinträchtigt.

Zusammenfassend gesagt: in den Gebieten ohne Schlachthofzwang waren im Herbst 1956 34,2 vH der hamburgischen Bevölkerung und 25,8 vH der hamburgischen Schlachtereibetriebe ansässig, die im Jahre 1955 24,7 vH der hamburgischen Gesamtumsätze des Schlachtergewerbes erzielten.

Die schlachthofgebundenen und die schlachthof-freien Gebiete sind in die nachstehende kleine Karte eingezeichnet; die Übersichten 11 und 12 bringen zu diesem Thema noch weitere Bevölkerungs- und Gewerbezahlen. Sie sind den Ergebnissen der Handwerkszählung 1956 entnommen. Eine Vergleichbarkeit mit den Darstellungen in Heft 24/1952 und 16/1953 ist nicht ohne weiteres gegeben, da diese die Arbeitsstättenzählung von 1950 zur Grundlage hatten.

Übersicht 11

Die Schlachtereibetriebe in den Stadtteilen mit Schlachthofzwang

Bezirke	Stadtteile	Einwohnerzahl nach der Wohnungszählung am 25. September 1956	Zahl der		darunter Pferdeschlächter	
			Betriebe	Beschäftigten	Zahl der	
					Betriebe	Beschäftigten
nach der Handwerkszählung am 31. Mai 1956						
Bezirk Hamburg-Mitte	Hamburg-Altstadt . . .	6 543	11	150	—	—
	Neustadt	25 387	22	191	2	7
	St. Pauli	48 099	57	607	6	30
	St. Georg	18 129	11	62	2	4
	Klostertor	3 235	3	14	—	—
	Hammerbrook	955	—	—	—	—
	Borgfelde	6 074	3	14	—	—
	Hamm-Nord	30 176	4	21	—	—
	Hamm-Mitte	8 722	1	5	—	—
	Hamm-Süd	3 601	3	15	1	4
	Horn	42 091	11	54	1	5
	Billbrook	10 736	4	12	—	—
	Billwerder Ausschlag .	7 617	2	8	—	—
	Rothenburgsort	1 974	3	16	1	7
	Veddel	8 991	1	13	—	—
	Kl. Grasbrook	2 589	1	2	—	—
	Steinwerder	600	—	—	—	—
Waltershof	3 992	1	2	—	—	
Zusammen	229 511	138	1 186	13	57	
Bezirk Altona	Altona-Altstadt	40 539	24	144	1	3
	Altona-Nord	28 828	13	41	—	—
	Ottensen	52 428	36	158	2	8
	Bahrenfeld	40 396	14	111	—	—
	Groß Flottbek	13 408	6	28	—	—
	Othmarschen	13 287	3	9	—	—
	Zusammen	188 886	96	491	3	11
Bezirk Eimsbüttel	Eimsbüttel	91 459	73	403	8	23
	Rotherbaum	33 937	19	99	—	—
	Harvestehude	31 713	9	37	—	—
	Hoheluft-West	21 532	11	43	1	7
	Zusammen	178 641	112	582	9	30
Bezirk Hamburg-Nord	Hoheluft-Ost	17 652	11	79	—	—
	Eppendorf	42 717	23	148	2	5
	Groß Borstel	16 801	8	23	—	—
	Alsterdorf	15 353	5	18	—	—
	Winterhude	87 270	38	179	2	7
	Uhlenhorst	24 140	7	128	—	—
	Hohenfelde	11 293	5	53	—	—
	Barmbek-Süd	37 642	18	75	1	2
	Dulsberg	31 824	11	67	—	—
	Barmbek-Nord	65 391	19	159	1	3
	Ohlsdorf	18 833	6	28	—	—
	Fuhlsbüttel	17 815	9	49	1	4
Zusammen	386 731	160	1 006	7	21	
Bezirk Wandsbek	Eilbek	20 706	8	61	1	15
	Zusammen	20 706	8	61	1	15
Bezirk Harburg	Harburg	32 656	32	173	7	22
	Wilstorf	15 409	12	55	1	3
	Eißendorf	18 916	7	28	—	—
	Heimfeld	27 355	12	57	—	—
	Wilhelmsburg	37 923	21	112	1	3
	Georgswerder	14 879	7	34	—	—
Zusammen	147 138	91	459	9	28	
Insgesamt	1 151 613	605	3 785	42	162	

Bezirke	Stadtteile	Einwohnerzahl nach der Wohnungszählung am 25. September 1956	Zahl der		darunter Pferdeschlachter	
			Betriebe	Beschäftigten	Zahl der	
					Betriebe	Beschäftigten
nach der Handwerkszählung am 31. Mai 1956						
Bezirk Hamburg-Mitte	Billstedt	27 984	16	60	1	7
	Finkenwerder	15 570	8	43	—	—
	Zusammen	43 554	24	103	1	7
Bezirk Altona	Lurup	16 828	11	37	2	4
	Osdorf	12 588	2	15	—	—
	Nienstedten	8 625	3	16	—	—
	Blankenese	19 933	9	41	—	—
	Iserbrook	7 623	3	13	—	—
	Sülldorf	5 979	2	6	—	—
	Rissen	9 447	4	27	—	—
Zusammen	81 023	34	155	2	4	
Bezirk Eimsbüttel	Lokstedt	17 685	9	33	—	—
	Niendorf	18 887	9	48	—	—
	Schnelsen	12 721	9	40	—	—
	Eidelstedt	16 012	6	37	1	5
	Stellingen	17 628	7	31	—	—
Zusammen	82 933	40	189	1	5	
Bezirk Hamburg-Nord	Langenhorn	34 754	10	37	—	—
	Zusammen	34 754	10	37	—	—
Bezirk Wandsbek	Wandsbek	32 025	25	160	2	5
	Marienthal	12 601	2	11	—	—
	Jenfeld	15 235	7	27	1	4
	Tonndorf	14 590	7	24	—	—
	Bramfeld	31 903	15	60	2	3
	Steilshoop	7 632	2	8	—	—
	Wellingsbüttel	9 574	4	18	—	—
	Sasel	14 449	4	51	—	—
	Poppenbüttel	12 337	8	43	1	6
	Hummelsbüttel	4 940	2	13	—	—
	Lemsahl-Mellingstedt	2 828	1	3	—	—
	Duvenstedt	2 857	2	8	—	—
	Wohldorf-Ohlstedt	3 933	1	4	—	—
	Bergsdorf	4 053	2	10	—	—
	Farmsen	20 508	7	36	—	—
	Volksdorf	13 768	6	19	—	—
Rahlstedt	33 298	16	76	—	—	
Zusammen	236 531	111	571	6	18	
Bezirk Bergedorf	Lohbrügge	16 105	7	35	1	3
	Bergedorf	34 172	16	96	1	4
	Curslack	2 430	1	6	—	—
	Altengamme	2 144	—	—	—	—
	Neuengamme	3 906	2	10	—	—
	Kirchwerder	7 802	6	27	—	—
	Ochsenwerder	2 639	2	9	—	—
	Reitbrook	555	—	—	—	—
	Allermöhe	1 725	—	—	—	—
	Billwerder	4 256	2	6	—	—
	Moorfleth	2 208	1	4	—	—
	Tatenberg	427	—	—	—	—
	Spadenland	489	—	—	—	—
	Zusammen	78 858	37	193	2	7
Bezirk Harburg	Neuland	3 167	—	—	—	—
	Gut Moor	376	—	—	—	—
	Rönneburg	1 807	—	—	—	—
	Langenbek	1 335	—	—	—	—
	Sinstorf	2 768	2	15	—	—
	Marmstorf	3 797	1	10	—	—
	Moorwerder	1 159	—	—	—	—
	Altenwerder	2 470	2	7	—	—
	Moorburg	2 155	1	3	—	—
	Hausbruch	5 482	2	10	—	—
	Neugraben-Fischbek	12 270	5	24	—	—
	Francop	773	2	6	—	—
	Neuenfelde	3 660	4	28	—	—
Cranz	804	3	35	—	—	
Zusammen	42 023	22	138	—	—	
Insgesamt	599 676	278	1 386	12	41	

In der Praxis liegt es nun nicht etwa so, daß die Schlachtereibetriebe in den Bezirken ohne Schlachthofzwang ausschließlich „draußen“ schlachten. Sie haben das Recht, die Schlachthofanlagen zu den gleichen Bedingungen zu benutzen wie die Schlachter der gebundenen Ortsteile, und manche

von ihnen machen davon auch regelmäßig Gebrauch. Die Statistik des Versands hat uns bereits einen Einblick darin gegeben, in welchem Umfang auf dem Viehmarkt gekauftes Vieh zur Schlachtung am Betriebsitz des Käufers abgefahren wird.

Schaubild 3

BEZIRKE

1 HAMBURG-MITTE

2 ALTONA

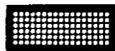
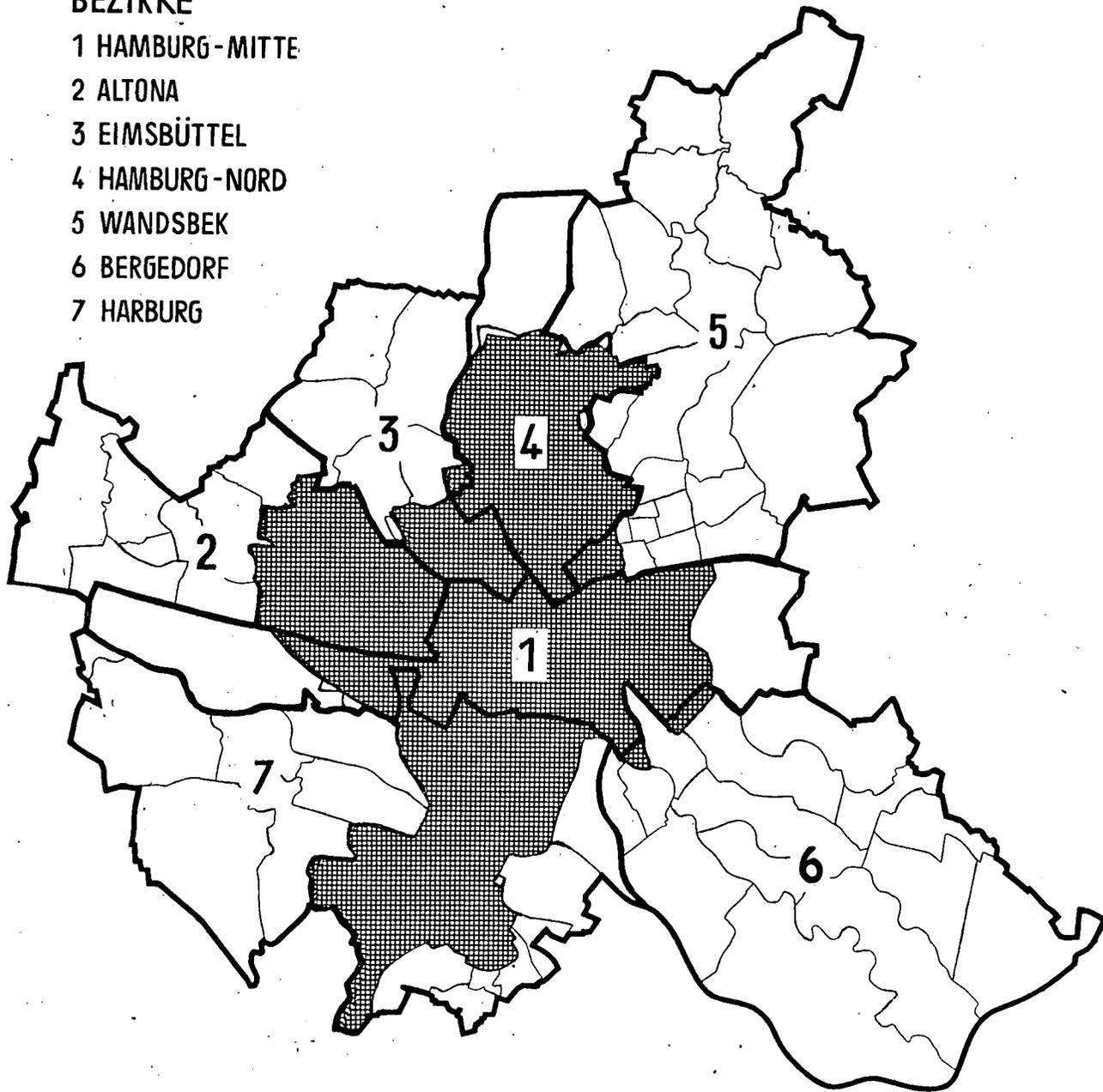
3 EIMSBÜTTEL

4 HAMBURG-NORD

5 WANDSBEK

6 BERGEDORF

7 HARBURG



Geltungsbereich des Schlachthofzwanges

2. Die öffentlichen Schlachthöfe

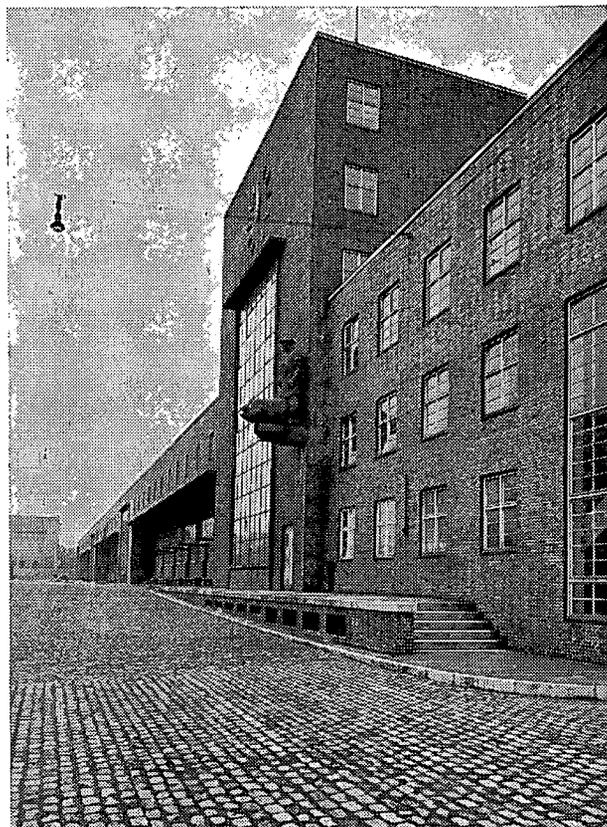
In Hamburg gibt es 4 öffentliche Schlachthanlagen: den **Schlachthof Hamburg**, den **Schlachthof Altona**, den **Schlachthof Harburg** und das **Schlachthaus in Bergedorf**. Die Schlachtungen konzentrieren sich stark auf den Schlachthof Hamburg oder, wie er seit seiner Entstehung genannt wird, den **Zentral-Schlachthof**. Er wurde in den Jahren 1889 bis 1892 in räum-

licher Verbindung mit den Viehmarktanlagen geschaffen. Als er am 1. Oktober 1892 eröffnet wurde, schloß das alte Schlachthaus an den Vorsetzen (Johannisbollwerk), daß seit 1841 bestanden hatte, seine Pforten.

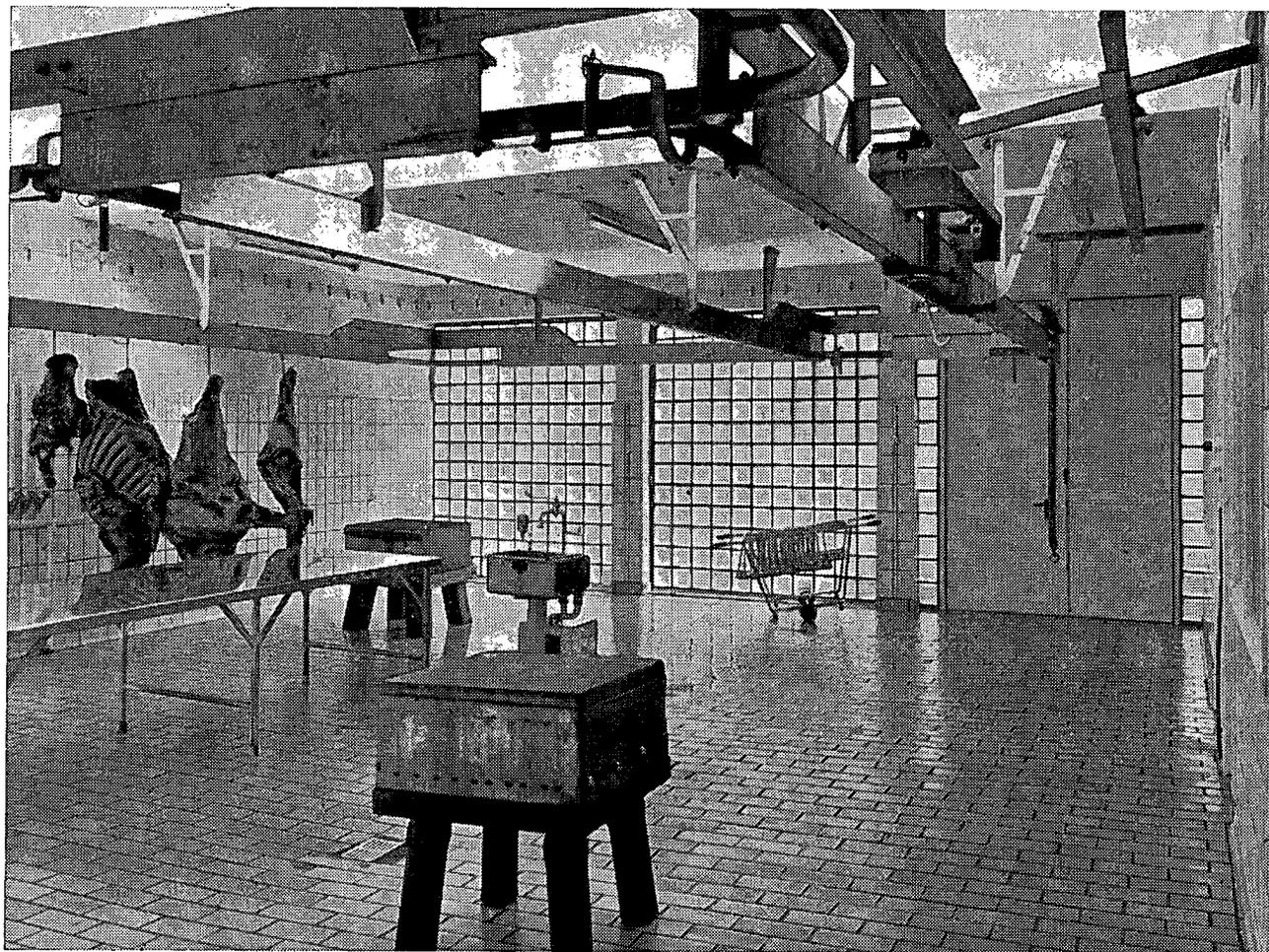
Das Gelände des Zentralschlachthofs, das in seiner Ausdehnung seitdem unverändert geblieben ist, erstreckt sich von der Lagerstraße im Norden bis zum Heiligengeistfeld im Süden, westlich von

der Sternstraße, ostwärts von den Gleisanlagen der Bahnverbindung Sternschanze—Zentralviehmarkt begrenzt. Auf dem südwärts der Kampstraße gelegenen Geländeteil liegen die Rinderschlachthanlagen, auf dem nördlichen Teil, die Kleinviehschlachthanlagen und die Fleischgroßmarkthalle. Der Schweineschlachthof liegt an der Lagerstraße — ehem. Zollvereinsniederlage —, wogegen der Pferdeschlachthof in Verlängerung des Viehhofes Sternschanze errichtet ist. Der Rinderschlachthof, damals Ochsen Schlachthof genannt, war anfangs mit 2 Schlachthäusern, eins für Rinder und das andere für Kälber und Schafe, ausgestattet. 1904 wurde an dem „Ochsen Schlachthof“ eine Häutesalzerei erbaut. Im Jahre 1913 wurde im südlichen Teil des Geländes ein großes zweigeschossiges Schlachthaus errichtet. Heute dient der Rinderschlachthof mit seinen 3 großen Schlachthallen dem Schlachten von Rindern, teils auch von Hammeln und Kälbern. Ein Trifftunnel verbindet den ehemaligen „Ochsen Schlachthof“ mit dem Zentralviehmarkt. Die Anlagen gestatten es, daß täglich etwa 1200 Rinder geschlachtet werden können. Eine weitere Häutesalzerei ist inzwischen hinzugekommen. Für den Innereienhandel sind besondere bauliche Einrichtungen geschaffen. Die gesamten Anlagen des Schlachthofes sind 1932/36 auch durch den Einbau von Kühleinrichtungen modernisiert worden.

Das nördlich der Kampstraße gelegene Gelände war bei der Eröffnung im Jahre 1892 hauptsächlich mit einem großen und einem kleineren Schweine-



Frontansicht des Schweineschlachthofes an der Lagerstraße



Annahme- und Untersuchungsraum für Freibankfleisch

schlachthaus besetzt. 1932/33 wurden die beiden Schweineschlachthäuser umgebaut, das größere zu einer Kleinviehschlachthalle und das kleinere zu einer Fleischgroßmarkthalle. Der alte „Schweineschlachthof“ von 1892 hat sich also 40 Jahre später vollständig gewandelt. An seine Stelle trat der in den Baujahren 1929 bis 1931 mit einem Kostenaufwand von rd. 6 Millionen RM errichtete neue große Schweineschlachthof an der Lagerstraße, der durch einen Trifftunnel mit dem Viehhof Sternschanze verbunden ist. Die Schlachtkapazität des Schweineschlachthofs beträgt bis zu 6000 Schweine am Tag.

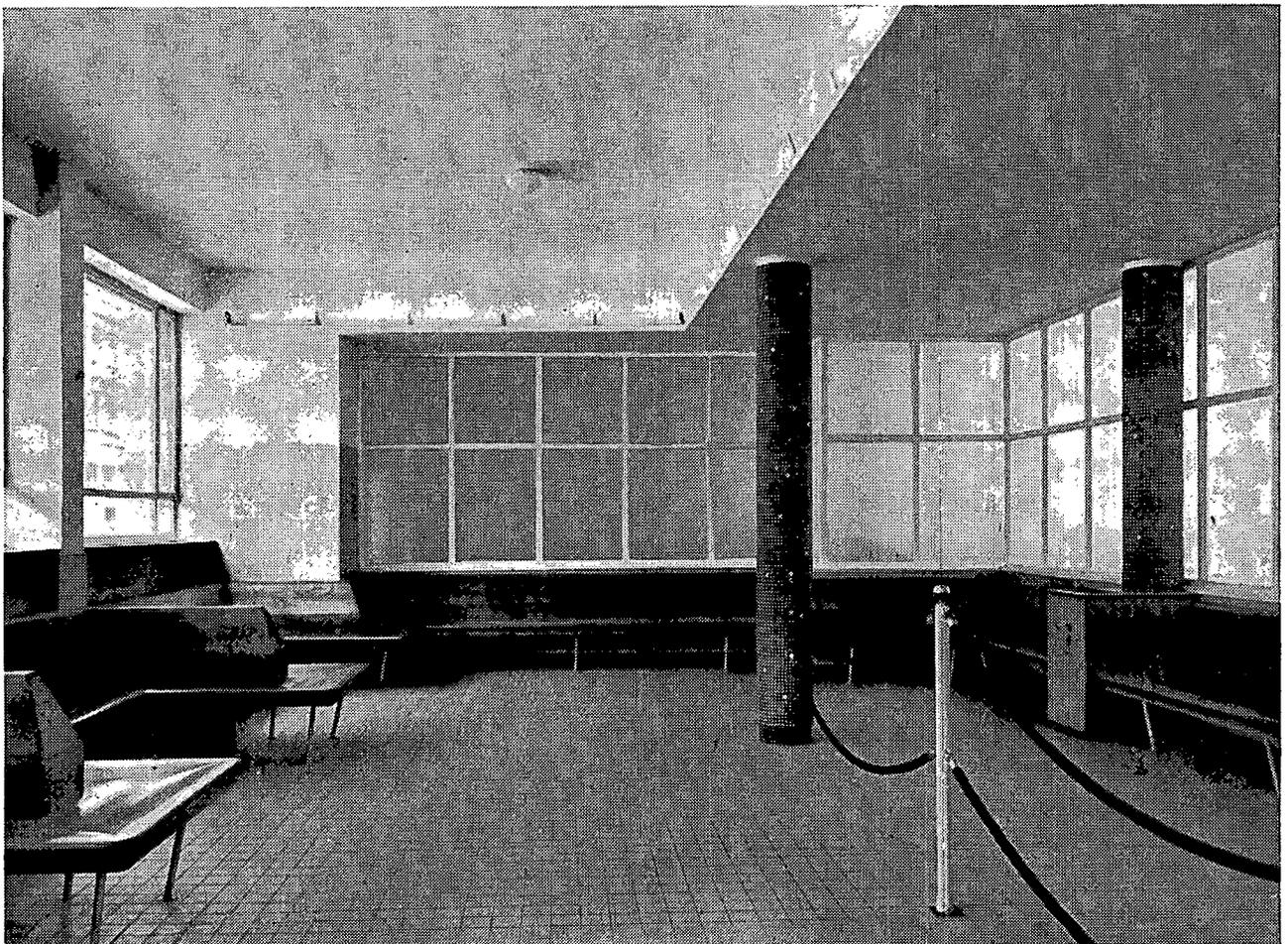
An Stelle des ehemaligen **Seegrenzschlachthofes** am Moorfleeter Kanal wurde in den Jahren 1955/56 an der Kampstraße östlich des Zentralschlachthofes eine dreigeschossige **Schlachthalle für Auslands- und Seuchenvieh** von rd. 1450 qm Grundfläche mit einem Kostenaufwand von 3,8 Millionen DM errichtet. Die Anlage, deren Schlachtkapazität in 8 Stunden 500 Rinder und 1000 Schweine beträgt, wurde nach den neuesten Gesichtspunkten der Technik entwickelt und bietet den Vorteil absoluter Fließbandarbeit von der Tötung der Tiere über die Ausschachtung bis in die Kühlräume.

In Höhe des Obergeschosses schließt sich über die Anschlußgleise der Eisenbahn hinweg eine **Kühl-**

brücke mit einer Nutzfläche von 560 qm an. Sie enthält Schnellkühlräume und soll später als Verbindungsstück zwischen der Schlachthalle und der im Bau befindlichen neuen Fleischgroßmarkthalle des Zentralschlachthofes dienen.

Im Rahmen der weiteren Modernisierung der Schlachthofanlagen wurde nach Beseitigung älterer Gebäude im Jahre 1957 an der Sternstraße ein Freibank- und Bürogebäude erbaut und an der Kampstraße mit dem Bau der Fleischgroßmarkthalle begonnen.

Das **Freibank- und Bürogebäude** ist zugleich Ersatz für die alte, durch Kriegseinwirkung zerstörte Freibank und das alte Verwaltungsgebäude, das der neuen Fleischverkaufshalle weichen mußte. Es handelt sich um ein viergeschossiges Gebäude mit einer Grundfläche von rd. 870 qm. Die Untersuchungs-, Kühl-, Gefrier-, Zerlege- und Kochräume sowie die Verkaufsräume mit Wartegelegenheit für 100 Personen sind im Erdgeschoß untergebracht. Außer der Freibank nimmt das Gebäude noch das Amt für Marktwesen (außer der Deichtormarktwirtschaft) auf sowie zwei Geldinstitute, weiter die Schlachthofkasse, die Telephonzentrale, Räume für betriebsgebundene Firmen und einen Sitzungssaal.



Käufer-Warteraum in der Freibank

In der **Fleischgroßmarkthalle** soll der bisher auf 6 Hallen verteilte Verkauf von Fleisch, Fleischwaren und Innereien aus hamburgischen und auswärtigen Schlachtungen zusammengefaßt werden, und zwar

aus Gründen einer besseren Marktübersicht (Erleichterung des Einkaufs und günstige Beeinflussung der Preisbildung) und einer Verbesserung der Hygiene (kein Fleischverkauf in den Schlachthallen).

Die Schlachtungen¹⁾ von Inlandsvieh auf den Hamburger Schlachthofanlagen

Jahre Monate	Schlachtungen (Stückzahl) in den Schlachthöfen														
	Hamburg-St. Pauli	Altona	Harburg-Wilhelmsburg	Bergedorf	Schlachthöfe zusammen	Hamburg-St. Pauli	Altona	Harburg-Wilhelmsburg	Bergedorf	Schlachthöfe zusammen	Hamburg-St. Pauli	Altona	Harburg-Wilhelmsburg	Bergedorf	Schlachthöfe zusammen
	Rinder					Kälber					Schweine				
1950	28 939	352	1 665	186	31 142	38 313	390	2 838	605	42 146	171 308	7 969	12 817	811	192 905
1951	38 984	521	1 905	315	41 725	46 765	279	3 289	534	50 867	307 730	27 658	19 131	1 082	355 601
1952	40 583	434	2 030	274	43 321	44 546	257	2 703	359	47 865	342 312	25 887	18 411	915	387 525
1953	55 477	575	2 845	203	59 100	48 801	336	3 156	347	52 640	321 616	24 857	21 096	1 074	368 643
1954	66 826	1 747	3 409	181	72 163	49 466	354	3 056	232	53 108	319 450	29 604	20 728	841	370 623
	1955														
Januar	5 335	81	298	15	5 729	4 006	24	242	38	4 310	28 395	1 783	1 793	104	32 075
Februar	4 441	68	265	10	4 784	3 866	22	261	24	4 173	30 977	2 325	1 877	88	35 267
März	5 786	74	282	14	6 156	6 016	35	370	42	6 463	45 145	4 033	2 336	90	51 604
April	3 630	49	321	13	4 013	4 567	31	362	10	4 970	36 738	2 658	2 183	92	41 671
Mai	3 510	45	234	9	3 798	5 079	36	294	13	5 422	38 398	4 327	2 259	129	45 113
Juni	4 446	56	252	8	4 762	4 292	28	177	8	4 505	36 133	4 973	2 113	84	43 303
Juli	4 238	49	251	5	4 543	2 558	12	113	9	2 692	27 637	3 333	1 606	55	32 631
August	5 694	56	269	7	6 026	2 841	32	96	7	2 976	35 554	3 035	2 139	91	40 819
September	7 248	87	354	8	7 697	2 319	10	75	2	2 406	31 237	2 610	1 980	79	35 906
Oktober	6 846	184	312	14	7 356	2 319	10	88	16	2 433	33 050	2 157	2 192	108	37 507
November	6 112	85	332	10	6 539	3 987	13	161	15	4 176	45 068	1 340	2 566	99	49 073
Dezember	5 671	61	406	14	6 152	4 220	32	247	15	4 514	35 915	1 407	2 801	113	40 236
Zusammen	62 957	895	3 576	127	67 555	46 070	285	2 486	199	49 040	424 247	33 981	25 845	1 132	485 205
	1956														
Januar	4 051	60	262	8	4 381	3 930	28	174	17	4 149	37 005	1 523	2 212	117	40 857
Februar	3 818	48	251	10	4 127	3 493	18	221	21	3 753	34 955	1 334	2 252	103	38 644
März	4 351	66	290	10	4 717	5 030	34	373	25	5 462	38 174	1 330	2 559	128	42 191
April	3 313	52	235	13	3 613	4 365	18	215	19	4 617	40 586	1 409	2 026	122	44 143
Mai	3 457	51	248	14	3 770	4 627	36	269	11	4 943	37 697	1 316	2 374	104	41 491
Juni	3 189	37	273	10	3 509	3 297	23	141	14	3 475	34 552	1 248	1 889	82	37 771
Juli	3 829	45	234	11	4 119	3 241	15	135	12	3 403	36 108	1 360	2 120	99	39 687
August	5 305	64	300	13	5 682	2 338	9	66	2	2 415	28 684	1 702	1 783	91	32 260
September	4 190	46	243	13	4 492	2 224	9	73	7	2 313	26 169	1 340	1 872	122	29 503
Oktober	5 551	56	261	22	5 890	3 535	13	108	12	3 668	35 851	1 793	2 286	130	40 060
November	8 243	65	252	12	8 572	3 368	23	134	11	3 536	31 628	1 635	2 200	115	35 578
Dezember	5 333	53	320	14	5 720	4 506	29	194	16	4 745	32 570	1 622	2 594	141	36 927
Zusammen	54 630	643	3 169	150	58 592	43 954	255	2 103	167	46 479	413 979	17 612	26 167	1 354	459 112
	1957														
Januar	5 198	66	252	16	5 532	4 392	24	153	11	4 580	35 364	1 648	2 317	142	39 471
Februar	4 278	51	230	13	4 572	3 841	25	151	8	4 025	34 617	1 320	2 001	113	38 051
März	4 302	55	266	17	4 640	4 519	23	222	20	4 784	44 098	1 273	2 304	116	47 791
April	4 239	51	223	16	4 529	5 660	41	287	15	6 003	57 095	1 565	2 432	145	61 237
Mai	4 730	68	248	9	5 055	4 179	19	170	9	4 377	45 222	1 300	2 238	104	48 864
Juni	3 847	71	280	13	4 211	3 938	19	158	11	4 126	34 684	2 254	2 317	102	39 357
Juli	4 945	166	232	9	5 352	3 396	13	93	8	3 510	38 561	2 144	2 213	115	43 033
August	7 798	176	338	16	8 328	2 449	6	55	6	2 516	30 299	2 283	2 194	105	34 881
September	8 369	461	276	18	9 124	2 277	15	52	8	2 352	32 144	1 972	2 047	153	36 316
Oktober	13 246	617	285	18	14 166	3 114	22	95	16	3 247	42 296	2 183	2 516	142	47 137

November	8 061	433	376	15	8 885	2 697	16	127	17	2 857	41 191	2 035	2 919	140	46 285
Dezember	5 592	92	286	20	5 990	3 620	36	139	15	3 810	39 191	3 278	3 196	194	45 859
Zusammen	74 605	2 307	3 292	180	80 384	44 082	259	1 702	144	46 187	474 762	23 255	28 694	1 571	528 282
			Schafe					Pferde					Ziegen		
1950	57 040	731	1 678	69	59 518	6 908	—	1 230	13	8 151	588	125	11	242	966
1951	41 093	202	2 267	64	43 626	7 760	—	1 133	14	8 907	508	308	20	297	1 133
1952	52 822	191	1 015	96	54 124	6 125	—	1 118	30	7 273	965	212	15	367	1 559
1953	57 406	386	1 739	90	59 621	5 609	—	974	17	6 600	1 223	66	18	409	1 716
1954	53 062	361	1 561	108	55 092	6 091	—	1 158	9	7 258	1 720	49	89	436	2 294
								1955							
Januar	3 463	27	55	5	3 550	416	—	79	1	496	82	—	—	41	123
Februar	2 732	18	54	2	2 806	350	—	76	1	427	96	—	—	13	109
März	2 884	22	42	3	2 951	406	—	103	2	511	135	—	—	32	167
April	2 030	14	37	2	2 083	298	—	77	7	382	141	1	—	31	173
Mai	2 217	13	46	3	2 279	274	—	70	11	355	161	—	1	21	183
Juni	5 502	51	163	4	5 720	271	—	68	13	352	129	—	—	16	145
Juli	2 970	24	115	6	3 115	165	—	56	4	225	76	—	—	19	95
August	4 610	27	104	6	4 747	249	—	57	4	310	93	—	—	20	113
September	4 522	42	172	9	4 745	310	—	108	6	424	179	—	2	28	209
Oktober	4 370	33	149	4	4 556	363	—	89	12	464	239	—	3	39	281
November	4 507	27	132	19	4 685	367	—	100	10	477	271	—	—	27	298
Dezember	3 195	18	93	11	3 317	325	—	102	8	435	156	—	2	24	182
Zusammen	43 002	316	1 162	74	44 554	3 794	—	985	79	4 858	1 758	1	8	311	2 078
								1956							
Januar	2 548	19	37	2	2 606	358	—	87	7	452	93	—	1	18	112
Februar	3 006	22	32	7	3 067	278	—	76	11	365	70	—	2	9	81
März	2 537	30	39	6	2 612	336	—	105	8	449	84	—	3	20	107
April	1 855	14	15	2	1 886	291	—	80	7	378	138	—	2	27	167
Mai	1 736	16	14	4	1 770	285	—	78	4	367	165	—	—	20	185
Juni	4 014	46	119	9	4 188	200	—	95	4	299	85	—	4	24	113
Juli	3 554	25	107	4	3 690	210	—	54	1	265	83	—	2	15	100
August	4 257	38	109	4	4 408	237	—	99	1	337	120	—	3	20	143
September	2 992	32	94	4	3 122	237	—	104	—	341	171	1	1	13	186
Oktober	3 891	36	90	8	4 025	356	—	110	1	467	278	—	4	43	325
November	3 288	31	144	7	3 470	271	—	120	2	393	236	—	8	39	283
Dezember	2 806	21	38	7	2 872	247	—	99	4	350	125	—	5	39	169
Zusammen	36 484	330	838	64	37 716	3 306	—	1 107	50	4 463	1 648	1	35	287	1 971
								1957							
Januar	3 313	27	39	4	3 383	289	—	103	4	396	120	—	3	21	144
Februar	3 162	22	49	2	3 235	188	—	82	—	270	87	—	—	18	105
März	3 171	22	53	1	3 247	224	—	85	—	309	95	—	1	27	123
April	3 606	28	37	3	3 674	207	—	82	—	289	122	—	2	20	144
Mai	4 692	58	68	9	4 827	170	—	68	3	241	97	—	3	48	148
Juni	3 395	38	99	2	3 534	142	—	57	—	199	91	—	5	8	104
Juli	4 468	32	57	4	4 561	120	—	25	2	147	92	—	—	19	111
August	4 501	31	90	4	4 626	203	—	74	—	277	91	—	—	24	115
September	3 456	37	142	3	3 638	206	—	62	—	268	170	—	3	12	185
Oktober	4 407	39	154	3	4 603	247	—	84	1	332	210	—	4	39	253
November	3 490	32	75	4	3 601	209	—	72	—	281	214	—	2	14	230
Dezember	2 276	15	27	4	2 322	170	—	70	—	240	159	—	—	16	175
Zusammen	43 937	381	890	43	45 251	2 375	—	864	10	3 249	1 548	—	23	266	1 837

1) einschl. Notschlachtungen

Zugleich ergibt sich durch die Zentralisierung des Fleischverkaufs und die Anlegung einer 14 000 qm großen Park- und Verkehrsfläche eine wesentliche Entlastung der Verkehrsverhältnisse innerhalb des Schlachthofes.

Die geschätzten Gesamtkosten der 5200 qm großen Halle, die im Frühjahr 1960 in Betrieb genommen werden soll, betragen 13,5 Millionen DM. Um für den Bau der Halle Raum zu schaffen, wurde ein Teil der Kampstraße zwischen Grabenstraße und Sternstraße aufgehoben und dem Gebiet des Schlachthofes zugeschlagen. Die Halle wird dreigeschossig sein. Der Verkauf der Innereien findet im Keller-geschoß statt, das auch noch Kühlräume und technische Anlagen aufnimmt. Im Erdgeschoß erfolgt der Verkauf von Frischfleisch und im Obergeschoß der von Fleischwaren, Wurst u. ä. Außerdem befinden sich im Obergeschoß noch Kühlräume, Fleischtranchierräume und eine Gaststätte. Die Halle wird mit modernen Einrichtungen zum Fleischtransport (Rohrbahnen, Elevatoren, Aufzügen usw.) und einer Klimaanlage ausgerüstet, die der Kühlung im Sommer, der Frostfreihaltung im Winter, der Feuchtigkeitsregulierung und der Lüfterneuerung dient.

Mit einem Kostenaufwand von 2,5 Millionen DM werden zwischen der neuen Fleischgroßmarkthalle und der Rinderschlachthalle 2 weitere **Kühlräume** mit einer Fläche von etwa 1600 qm gebaut. Außer weiteren Arbeiten ist auch eine **Modernisierung der Rinderschlachthallen 1 und 2** vorgesehen.

Im Jahre 1938 übernahm die Schlachthofverwaltung im Zuge des **Groß-Hamburg-Gesetzes** die öffentliche Schlachthanlage in Harburg, die mit einer Eisfabrik verbunden ist, und den Schlachthof Altona, eine ehemalige öffentliche Nutzviehhalle, die 1927 zur Schlachthalle umgebaut wurde.

Die öffentlichen Schlachthofanlagen in Hamburg sind von nachstehender **Flächengröße**:
Schlachthof Hamburg:

a) Rinderschlachthof, Lagerstr. 18	43 312 qm
b) Kleinviehschlachthof und Fleischgroßmarkt, Lagerstr. 18	24 319 qm
c) Auslandsschlachthof, Grabenstr. 23	4 530 qm
d) Schweineschlachthof, Lagerstr. 17	20 862 qm
e) Pferdeschlachthof, Lagerstr. 6	1 735 qm
	insgesamt 94 758 qm

Schlachthof Altona:

Schlachthof, Viehhofstraße 18 8 447 qm

Schlachthof Harburg:

Schlachthof und Eisfabrik, Schlachthofstraße 6 23 357 qm

Der **Bilanzwert** der Schlachthofanlagen per 31. März 1958 stellte sich in DM (abgerundet) wie folgt:

Bezeichnung	Schlachthöfe und Fleischgroßmarkt Hamburg	Schlachthof Altona	Schlachthof Harburg
Grundstücke	2 800 000	76 000	35 000
Gebäude mit techn. Einrichtungen	13 000 000	511 000	753 000
Inventarien	350 000	30 000	70 000
zusammen	16 150 000	617 000	858 000

Der Schlachthof Hamburg übertrifft jedoch im Umschlag die Schlachthöfe Altona und Harburg stärker, als Flächengrößen und Bilanzwerte es erkennen lassen. Z. B. entfielen im Jahre 1957 (1952) von allen Schlachtungen in den öffentlichen Schlachthanlagen auf dem Schlachthof Hamburg bei Rindern 92,8 vH (93,7), bei Kälbern 94,4 vH (93,1), bei Schweinen 89,9 vH (88,3) und bei Schafen 97,1 vH (97,6); dabei sind die Einfuhrschlachtungen noch gar nicht mitgerechnet. In Altona hingegen wurden nur 2,9 vH (1,0) der Rinder und 4,4 vH (6,7) der Schweine und in Harburg 4,1 vH (4,7) der Rinder und 5,4 vH (4,8) der Schweine geschlachtet.

Das kleine Bergedorfer Schlachthaus, eine ehemalige private Schlachtstätte, ist nur nebensächlicher Art. Es ist aber in Aussicht genommen, eine zeitgemäße Anlage an der Straße Randersweide zu errichten.

Wie die einzelnen Schlachthanlagen in den Jahren nach der Währungsreform beansprucht waren, zeigt die Übersicht 13. Sie ist nach Monaten gegliedert, um zugleich die saisonalen Schwankungen in dem Beschäftigungsgrad der Schlachthöfe sichtbar zu machen, die ähnliche sind wie am Viehmarkt, da den Schlachthöfen das zu schlachtende (inländische) Vieh durchweg vom zentralen Viehmarkt zugeführt wird. Insoweit müßte sich die Zahl der Schlachtungen mit der Zahl der auf den Viehmarkt aufgetriebenen Tiere, vermindert um den „großen“ und „kleinen“ Versand, decken. Das ist aber niemals ganz der Fall, weil auf die Schlachthöfe auch Tiere gebracht werden, die nicht auf dem Viehmarkt gehandelt worden sind (Vieh von Schlachtern und Fleischwarenfabriken mit eigener Viehhaltung, Hausschlachtstiere, Vieh aus sanitären Sperrbezirken). Für die Jahre 1955 bis 1957 lassen sich über den **Viehmarkt-Schlachthof-Verkehr** mit Rindern, Kälbern, Schweinen und Schafen die Zahlen aufstellen, die wir in der Übersicht 14 finden.

In älteren Jahren geht die Rechnung nicht immer befriedigend auf, aber wir können uns mit dem begnügen, was die Betriebsstatistik aufgezeichnet hat; die Differenzen trüben das Gesamtbild nicht allzusehr. In den Annalen der Schlachthofverwaltung finden sich Aufzeichnungen bis in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Es lag nahe, dieses teilweise verstreute Material einmal in geschlossene Zahlenreihen zu bringen und so in zeitlicher Kontinuität die Benutzung der öffentlichen Schlachthanlagen in Hamburg vom Beginn der 70er Jahre bis in die jüngste Zeit vorzuführen, was durch die Anhangtabelle 19 geschieht. Man sieht deutlich, wie nach der Eröffnung der neuen Schlachthofanlagen 1892 die Zahlen ruckartig ansteigen und wie nach Einführung des Schlachthofzwanges 1894 sich insbesondere die Zahl der „öffentlichen“ Schweineschlachtungen weiter nach oben entwickelte. Im übrigen weist diese Schlachtungs- oder Schlächthofstatistik bis zu einem gewissen Grade ähnliche Bewegungslinien auf wie die Viehmarktstatistik; wo es an dieser Parallelität fehlt, liegen einschneidende Veränderungen im Versandvolumen vor, und das im allgemeinen ja auch nur bei Rindern.

Übersicht 14

Viehmarkt-Schlachthof-Verkehr

Zuführen Versand/Abtransport Schlachtungen	1955		1956		1957	
	Anzahl der Tiere		Anzahl der Tiere		Anzahl der Tiere	
	Rinder					
Zuführen auf dem Viehmarkt (Übersicht 1)	94 347		88 559		109 155	
Fernversand (Übersicht 7)						
mit Eisenbahn	16 203		18 058		17 638	
mit LKW	692	16 895	653	18 711	972	18 610
		77 452		69 848		90 545
Versand mit LKW nach						
Schleswig-Holstein	3 438		3 791		3 445	
Niedersachsen	360	3 798	963	4 754	253	3 698
		73 654		65 094		86 847
Abtransport in die nicht schlachthofgebundenen Be- zirke Hamburgs		7 798		6 664		7 565
		65 856		58 430		79 282
Dagegen Schlachtungen auf den öffentlichen Schlachthöfen (Übersicht 13)						
Zentral-Schlachthof	62 957		54 630		74 605	
Schlachthof Altona	895		643		2 307	
Schlachthof Harburg	3 576	67 428	3 169	58 442	3 292	80 204
	Kälber					
Zuführen auf dem Viehmarkt (Übersicht 1)	51 960		49 781		50 079	
Fernversand (Übersicht 7)						
mit Eisenbahn	1 787		941		1 105	
mit LKW	—	1 787	42	983	—	1 105
		50 173		48 798		48 974
Versand mit LKW nach						
Schleswig-Holstein	846		702		508	
Niedersachsen	72	918	95	797	120	628
		49 255		48 001		48 346
Abtransport in die nicht schlachthofgebundenen Be- zirke Hamburgs		1 724		1 447		1 018
		47 531		46 554		47 328
Dagegen Schlachtungen auf den öffentlichen Schlachthöfen (Übersicht 13)						
Zentral-Schlachthof	46 070		43 954		44 082	
Schlachthof Altona	285		255		259	
Schlachthof Harburg	2 486	48 841	2 103	46 312	1 702	46 043
	Schweine					
Zuführen auf dem Viehmarkt (Übersicht 1)	520 576		506 346		632 031	
Fernversand (Übersicht 7)						
mit Eisenbahn	19 408		17 158		65 954	
mit LKW	605	20 013	594	17 752	1 857	67 811
		500 563		488 594		564 220
Versand mit LKW nach						
Schleswig-Holstein	6 043		4 856		9 065	
Niedersachsen	4 354	10 397	3 732	8 588	3 906	12 971
		490 166		480 006		551 249
Abtransport in die nicht schlachthofgebundenen Be- zirke Hamburgs		23 265		22 358		21 617
		466 901		457 648		529 632
Dagegen Schlachtungen auf den öffentlichen Schlachthöfen (Übersicht 13)						
Zentral-Schlachthof	424 247		413 979		474 762	
Schlachthof Altona	33 981		17 612		23 255	
Schlachthof Harburg	25 845	484 073	26 167	457 758	28 694	526 711

Zufuhren Versand/Abtransport Schlachtungen	1955 Anzahl der Tiere	1956 Anzahl der Tiere	1957 Anzahl der Tiere
	Schafe		
Zufuhren auf dem Viehmarkt (Übersicht 1)	46 196	39 685	46 518
Fernversand (Übersicht 7)			
mit Eisenbahn	307	840	242
mit LKW	39	59	33
	346	899	275
	45 850	38 786	46 243
Versand mit LKW nach Schleswig-Holstein	338	111	97
Niedersachsen	226	285	102
	564	396	199
	45 286	38 390	46 044
Abtransport in die nicht schlachthofgebundenen Bezirke Hamburgs	1 040	808	806
	44 246	37 582	45 238
Dagegen Schlachtungen auf den öffentlichen Schlachthöfen (Übersicht 13)			
Zentral-Schlachthof	43 002	36 484	43 937
Schlachthof Altona	316	330	381
Schlachthof Harburg	1 162	838	890
	44 480	37 652	45 208

3. Die Schlachtungen überhaupt

Die Statistik der „öffentlichen“ Schlachtungen ist eine Betriebsstatistik. Ihr Aussagewert ist nur deshalb von allgemeiner Bedeutung, weil die Schlachtungen in den öffentlichen Schlachthanlagen den weit überragenden Anteil an den gesamten Schlachtungen in Hamburg haben.

Über die gesamten Schlachtungen hingegen unterrichtet die **Statistik der Schlachtvieh- und Fleischschau**. Sie ist eine bundeseinheitliche, wie sie früher eine reichseinheitliche war. Es berichten die Beschauämter an die Statistischen Landesämter und diese wiederum an das Statistische Bundesamt. Auf die Angaben der Beschauämter usw. über die Zahl der untersuchten Schlachtungen gründen sich letzten Endes die Berechnungen über den Fleischanfall und den Fleischverbrauch. Die Berichtsgrundlage ist eine denkbar vollständige, seitdem durch Reichsgesetz vom 3. Juni 1900 eine veterinärärztliche Untersuchung sämtlicher Schlachtungen zwingend vorgeschrieben ist und sie von allen Beteiligten längst als eine Selbstverständlichkeit angesehen wird.

Die Übersicht 15 gibt nun zunächst ein Bild von der Gesamtzahl der gewerblichen Schlachtungen (ohne Hausschlachtungen) in Verbindung mit dem Anteil der öffentlichen Schlachthanlagen. Wir haben uns hier auf die Jahre 1938 und 1948 bis 1957 beschränkt. **Der Stand von 1957 war der, daß 86,0 vH der Rinder, 94,4 vH der Kälber, 89,9 vH der Schweine und 96,7 vH der Schafe auf den Schlachthöfen geschlachtet worden sind** (das Auslandsvieh ungerechnet). Die Anteile sind höher, als nach den Angaben über die schlachthoffreien Bezirke im ersten Abschnitt zu vermuten war, eine Bestätigung dafür, daß manche hier ansässigen Schlachter aus eigener Entschließung die öffentlichen Schlachthanlagen benutzen. **Immerhin wurden 1957 in privaten Schlachtstätten 13 062 Rinder, 2753 Kälber, 59 175 Schweine und 1549 Schafe**

gewerblich geschlachtet. Dazu kamen die Hausschlachtungen, die allerdings nur bei Schweinen eine nennenswerte Rolle spielen, aber auch hier in ständigem Rückgang begriffen sind. Während die Zahl der Hausschlachtungen 1952 noch 20 071 Stück betrug, ist sie im Jahre 1957 auf weniger als die Hälfte, nämlich 9857 Stück zurückgegangen.

Die letzteren Zahlen sind bereits der Übersicht 16 entnommen, die nach Beschaubezirken gegliedert ist, damit sie auch regional einigen Aufschluß gibt. Die Übersicht weist z. B. für die Bezirke Hamburg-Nord und Hamburg-Mitte auffallend niedrige Schlachtungszahlen auf.

Die Anhangtabelle 20 enthält für die Jahre 1954 bis 1957 die Zahl der untersuchten Schlachtungen in der Aufgliederung nach Monaten. Die Tabelle bezieht sich auf die Schlachtungen inländischen und ausländischen Viehs.

Die Anhangtabelle 21 greift wieder weit in die Vergangenheit zurück, nämlich bis zum Jahre 1905, der Anfangszeit der Schlachtvieh- und Fleischschau-statistik. Sie bringt die Zahlen über Schlachtvieh aus dem Inland und Schlachtvieh aus dem Ausland. Die „ausländischen“ Zahlen decken sich mit den uns aus der Viehmarkt- und der Schlachthofstatistik bekannten; sie sind hier der Vollständigkeit halber wiederholt.

Den Fachmann dürfte schließlich die kleine Übersicht 17 interessieren, nach der sich das inländische und das ausländische (dänische) Angebot an Schlachtrindern sehr verschieden zusammensetzt. Die **Einfuhr aus Dänemark** bestand in den letzten Jahren zu **80 bis 90 vH aus Kühen** und im übrigen, bis auf nur 4 bis 10 vH Ochsen und Bullen, aus Färsen, während die inländischen Rinder nur knapp zur Hälfte Kühe und etwa zu je einem Viertel Färsen oder Ochsen und Bullen waren. Allerdings ist der Anteil der Färsen an den Auslandstieren von

Übersicht 15 Anteil der auf den Schlachthofanlagen vorgenommenen Schlachtungen an der Gesamtzahl der gewerblichen Schlachtungen in Hamburg

Jahre	Gesamtzahl der gewerblichen Schlachtungen	davon in den Schlachthofanlagen		Gesamtzahl der gewerblichen Schlachtungen	davon in den Schlachthofanlagen	
		überhaupt	vH		überhaupt	vH
Rinder						
1938	96 898	82 034	84,7	—	—	—
1948	17 347	11 998	69,2	—	—	—
1949	28 354	20 826	73,4	15 298	15 298	100
1950	40 358	31 142	77,2	50 445	50 445	100
1951	52 484	41 725	79,5	30 983	30 983	100
1952	54 017	43 321	80,2	21 185	21 185	100
1953	72 847	59 100	81,1	22 345	22 345	100
1954	86 499	72 163	83,4	16 800	16 800	100
1955	80 269	67 555	84,2	26 103	26 103	100
1956	69 535	58 592	84,3	30 120	30 120	100
1957	93 446	80 384	86,0	26 946	26 946	100
Kälber						
1938	66 811	53 340	79,8	—	—	—
1948	9 024	5 243	58,1	—	—	—
1949	19 893	14 698	73,9	68	68	100
1950	48 779	42 146	86,4	1 599	1 599	100
1951	58 005	50 867	87,7	573	573	100
1952	53 533	47 865	89,4	9	9	100
1953	59 055	52 640	89,1	5	5	100
1954	59 299	53 108	89,6	5	5	100
1955	53 951	49 040	90,9	14	14	100
1956	50 065	46 479	92,8	94	94	100
1957	48 940	46 187	94,4	5	5	100
Schweine						
1938	482 232	421 441	87,4	—	—	—
1948	5 008	2 943	58,8	—	—	—
1949	94 558	74 598	78,9	—	—	—
1950	236 513	192 905	81,6	109	109	100
1951	412 955	355 601	86,1	—	—	—
1952	447 739	387 525	86,6	1 368	1 368	100
1953	422 446	368 643	87,3	22 659	22 659	100
1954	418 040	370 623	88,7	29 516	29 516	100
1955	539 306	485 205	90,0	16 308	16 308	100
1956	515 642	459 112	89,0	24 068	24 068	100
1957	587 457	528 282	89,9	13 798	13 798	100
Schafe						
1938	73 915	68 308	92,4	—	—	—
1948	13 255	11 837	89,3	—	—	—
1949	73 593	67 974	92,4	—	—	—
1950	62 984	59 518	94,5	28	28	100
1951	46 108	43 626	94,6	—	—	—
1952	57 005	54 124	94,9	—	—	—
1953	62 534	59 621	95,3	—	—	—
1954	57 825	55 092	95,3	—	—	—
1955	46 554	44 554	95,7	—	—	—
1956	39 382	37 716	95,8	—	—	—
1957	46 800	45 251	96,7	—	—	—
Pferde						
1938	5 716	5 560	97,3	—	—	—
1948	3 603	2 723	75,6	—	—	—
1949	7 730	6 837	88,4	—	—	—
1950	9 163	8 151	89,0	—	—	—
1951	10 235	8 907	87,0	—	—	—
1952	8 255	7 273	88,1	—	—	—
1953	7 681	6 600	85,9	—	—	—
1954	8 321	7 258	87,2	—	—	—
1955	5 674	4 858	85,6	—	—	—
1956	5 282	4 463	84,5	—	—	—
1957	3 894	3 249	83,4	—	—	—
Ziegen						
1938	2 056	1 046	50,9	—	—	—
1948	1 773	49	2,8	—	—	—
1949	2 272	1 445	63,6	—	—	—
1950	1 120	966	86,3	—	—	—
1951	1 240	1 133	91,4	—	—	—
1952	1 677	1 559	93,0	—	—	—
1953	1 823	1 716	94,1	—	—	—
1954	2 408	2 294	95,3	—	—	—
1955	2 201	2 078	94,4	—	—	—
1956	2 038	1 971	96,7	—	—	—
1957	1 889	1 837	97,2	—	—	—

Übersicht 16

Die gewerblichen Schlachtungen von Inlandsvieh nach Beschaubezirken

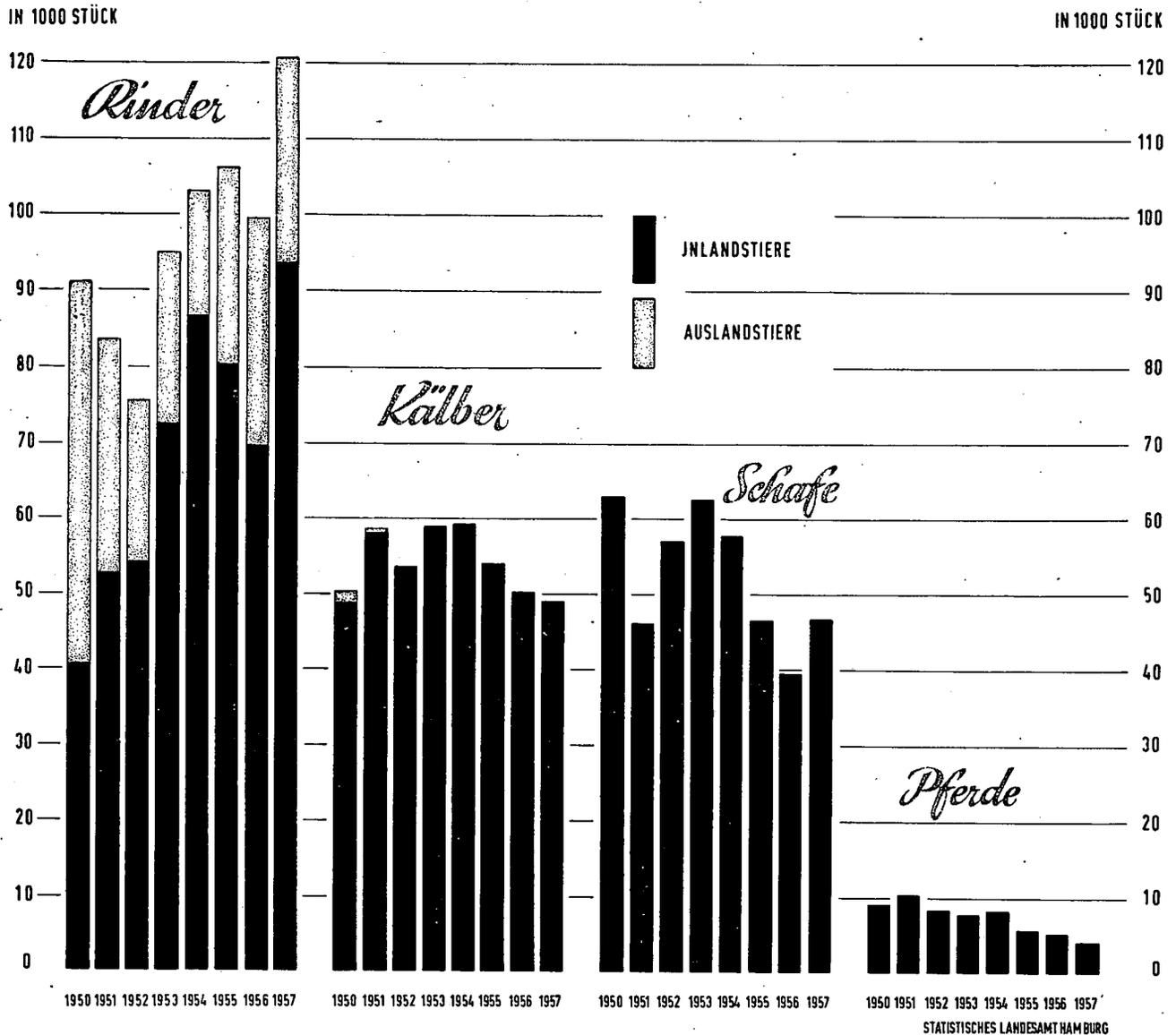
Beschaubezirke	Zahl der Schlachtungen, an denen die Schlachtier- und Fleischschau vorgenommen wurde											
	Pferde	Ochsen		Bullen		Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen
		über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt	über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt							
1952												
Schlachthof St. Pauli . .	6 125	4 899	350	1 744	3 944	18 748	10 898	40 583	44 546	342 312	52 822	965
Schlachthof Harburg . .	1 118	235	38	139	63	971	584	2 030	2 703	18 411	1 015	15
Schlachthof Altona . . .	—	113	12	84	26	23	176	434	257	25 887	191	212
aus bakt. Untersuchung.	44	5	2	1	—	245	45	298	206	199	32	1
Zusammen	7 287	5 252	402	1 968	4 033	19 987	11 703	43 345	47 712	386 809	54 060	1 193
Bezirk Hamburg-Mitte . .	239	10	30	9	50	137	229	465	149	1 848	210	2
Bezirk Altona	—	136	1	3	122	246	294	802	764	5 128	552	—
Bezirk Eimsbüttel	260	64	54	34	125	4 964	571	5 812	959	11 895	649	2
Bezirk Hamburg-Nord . . .	—	—	—	—	2	7	11	20	17	178	23	—
Bezirk Wandsbek	42	141	55	46	88	597	255	1 182	1 281	22 952	910	11
Bezirk Bergedorf	401	75	72	25	227	442	547	1 388	2 059	8 632	333	466
Bezirk Harburg	26	46	75	18	68	458	338	1 003	592	10 297	268	3
Hamburg insgesamt . . .	8 255	5 724	689	2 103	4 715	26 838	13 948	54 017	53 533	447 739	57 005	1 677
davon												
Schlachtungen auf den Hamburger Schlacht- hofanlagen, einschließ- lich Schlachthaus Ber- gedorf	7 273	43 321	47 865	387 525	54 124	1 559
Privatschlachtstätten . .	982	10 696	5 668	60 214	2 881	118
Außerdem												
Hausschlachtungen . . .	—	15	19	10	2	51	45	142	76	20 071	137	26
1953												
Schlachthof St. Pauli . .	5 609	6 288	614	2 666	6 154	24 362	15 393	55 477	48 801	321 616	57 406	1 223
Schlachthof Harburg . .	974	322	73	177	129	1 175	969	2 845	3 156	21 096	1 739	18
Schlachthof Altona . . .	—	110	71	7	135	75	177	575	336	24 857	386	66
aus bakt. Untersuchung.	37	—	4	2	4	234	28	272	239	162	20	2
Zusammen	6 620	6 720	762	2 852	6 422	25 846	16 567	59 169	52 532	367 731	59 551	1 309
Bezirk Hamburg-Mitte . .	169	2	45	2	60	136	242	487	224	1 895	194	—
Bezirk Altona	—	168	64	21	150	175	403	981	902	4 858	571	—
Bezirk Eimsbüttel	250	167	153	83	289	5 959	871	7 522	1 141	10 739	783	10
Bezirk Hamburg-Nord . . .	—	—	—	—	—	4	4	8	19	175	19	—
Bezirk Wandsbek	151	174	79	51	156	682	427	1 569	1 475	18 781	954	9
Bezirk Bergedorf	491	96	86	28	272	487	805	1 774	2 124	8 796	288	489
Bezirk Harburg	—	83	104	22	123	527	478	1 337	638	9 471	174	6
Hamburg insgesamt . . .	7 681	7 410	1 293	3 059	7 472	33 816	19 797	72 847	59 055	422 446	62 534	1 823
davon												
Schlachtungen auf den Hamburger Schlacht- hofanlagen, einschließ- lich Schlachthaus Ber- gedorf	6 600	59 100	52 640	368 643	59 621	1 716
Privatschlachtstätten . .	1 081	13 747	6 415	53 803	2 913	107
Außerdem												
Hausschlachtungen . . .	—	14	17	22	4	101	47	205	91	16 389	150	17
1954												
Schlachthof St. Pauli . .	6 091	7 781	975	2 762	6 582	30 195	18 531	66 826	49 466	319 450	53 062	1 720
Schlachthof Harburg . .	1 158	352	56	212	172	1 373	1 244	3 409	3 056	20 728	1 561	89
Schlachthof Altona . . .	—	110	89	21	141	1 120	266	1 747	354	29 604	361	49
aus bakt. Untersuchung.	13	—	—	1	2	172	36	211	231	142	13	3
Zusammen	7 262	8 243	1 120	2 996	6 897	32 860	20 077	72 193	53 107	369 924	54 997	1 861
Bezirk Hamburg-Mitte . .	378	20	66	—	56	144	354	640	558	2 911	223	1
Bezirk Altona	—	160	21	20	189	236	478	1 104	802	4 524	572	—
Bezirk Eimsbüttel	353	271	167	83	216	6 176	847	7 760	1 308	9 558	783	5
Bezirk Hamburg-Nord . . .	—	—	1	—	—	7	8	16	16	174	42	—
Bezirk Wandsbek	163	238	47	109	121	666	559	1 740	1 412	15 380	787	6
Bezirk Bergedorf	165	105	131	14	241	445	649	1 585	1 555	6 965	247	533
Bezirk Harburg	—	102	112	11	145	581	510	1 461	541	8 604	174	2
Hamburg insgesamt . . .	8 321	9 139	1 665	3 233	7 865	41 115	23 482	86 499	59 299	418 040	57 825	2 408
davon												
Schlachtungen auf den Hamburger Schlacht- hofanlagen, einschließ- lich Schlachthaus Ber- gedorf	7 258	72 163	53 108	370 623	55 092	2 294
Privatschlachtstätten . .	1 063	14 336	6 191	47 417	2 733	114
Außerdem												
Hausschlachtungen . . .	—	1	25	32	54	204	131	447	140	14 068	151	23

Noch: Übersicht 16

Beschaubezirke	Zahl der Schlachtungen, an denen die Schlacht-tier- und Fleischbeschau vorgenommen wurde											
	Pferde	Ochsen		Bullen		Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen
		über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt	über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt							
	1955											
Schlachthof St. Pauli . .	3 794	5 527	435	3 340	6 819	29 703	17 133	62 957	46 070	424 247	43 002	1 758
Schlachthof Harburg . .	985	393	93	203	167	1 467	1 253	3 576	2 486	25 845	1 162	8
Schlachthof Altona . . .	—	121	55	32	116	247	324	895	285	33 981	316	1
aus bakt. Untersuchung.	16	3	2	3	—	107	32	147	145	74	3	3
Zusammen	4 795	6 044	585	3 578	7 102	31 524	18 742	67 575	48 986	484 147	44 483	1 770
Bezirk Hamburg-Mitte .	331	14	73	2	65	165	362	681	479	3 385	141	2
Bezirk Altona	—	100	18	24	211	246	416	1 015	585	4 740	383	1
Bezirk Eimsbüttel . . .	313	141	111	40	208	5 266	782	6 548	976	11 123	704	8
Bezirk Hamburg-Nord .	—	—	6	—	4	17	18	45	25	152	31	—
Bezirk Wandsbek	62	262	30	78	138	630	521	1 659	1 304	16 766	529	2
Bezirk Bergedorf	173	109	52	21	211	474	635	1 502	1 233	8 093	182	417
Bezirk Harburg	—	59	120	20	115	471	459	1 244	363	10 900	101	1
Hamburg insgesamt . .	5 674	6 729	995	3 763	8 054	38 793	21 935	80 269	53 951	539 306	46 554	2 201
davon												
Schlachtungen auf den Hamburger Schlachthofanlagen, einschließlich Schlachthaus Bergedorf	4 858	67 555	49 040	485 205	44 554	2 078
Privatschlachtstätten . .	816	12 714	4 911	54 101	2 000	123
Außerdem												
Hausschlachtungen . . .	—	3	9	99	85	224	43	463	72	13 361	197	4
	1956											
Schlachthof St. Pauli . .	3 306	4 850	95	4 176	7 262	25 195	13 052	54 630	43 954	413 979	36 484	1 648
Schlachthof Harburg . .	1 107	317	64	251	177	1 243	1 117	3 169	2 103	26 167	838	35
Schlachthof Altona . . .	—	82	51	34	110	38	328	643	255	17 612	330	1
aus bakt. Untersuchung.	22	—	1	1	2	108	18	130	131	53	5	—
Zusammen	4 435	5 249	211	4 462	7 551	26 584	14 515	58 572	46 443	457 811	37 657	1 703
Bezirk Hamburg-Mitte .	266	—	89	—	91	175	266	621	224	3 509	104	1
Bezirk Altona	—	95	7	53	152	226	411	944	497	4 649	379	6
Bezirk Eimsbüttel . . .	342	62	63	29	233	4 878	587	5 852	841	11 609	628	5
Bezirk Hamburg-Nord .	—	—	1	—	—	3	3	7	5	149	20	—
Bezirk Wandsbek	9	134	41	62	200	317	424	1 178	825	16 375	357	5
Bezirk Bergedorf	230	69	71	11	205	379	519	1 254	921	8 049	164	318
Bezirk Harburg	—	35	204	17	128	316	407	1 107	309	13 491	73	—
Hamburg insgesamt . .	5 282	5 644	687	4 634	8 560	32 878	17 132	69 535	50 065	515 642	39 382	2 038
davon												
Schlachtungen auf den Hamburger Schlachthofanlagen, einschließlich Schlachthaus Bergedorf	4 463	58 592	46 479	459 112	37 716	1 971
Privatschlachtstätten . .	819	10 943	3 586	56 530	1 666	67
Außerdem												
Hausschlachtungen . . .	—	4	6	22	13	130	53	228	57	10 729	137	8
	1957											
Schlachthof St. Pauli . .	2 375	7 491	368	6 556	8 697	35 333	16 160	74 605	44 082	474 762	43 937	1 548
Schlachthof Harburg . .	864	364	143	238	278	1 195	1 074	3 292	1 702	28 694	890	23
Schlachthof Altona . . .	—	691	290	39	291	312	684	2 307	259	23 255	381	—
aus bakt. Untersuchung.	18	1	—	1	2	102	10	116	145	55	10	1
Zusammen	3 257	8 547	801	6 834	9 268	36 942	17 928	80 320	46 188	526 766	45 218	1 572
Bezirk Hamburg-Mitte .	236	1	71	—	111	151	279	613	208	3 550	107	3
Bezirk Altona	1	77	12	54	233	223	434	1 033	437	5 666	419	—
Bezirk Eimsbüttel . . .	259	56	90	38	234	6 367	596	7 381	611	10 712	428	6
Bezirk Hamburg-Nord .	—	—	—	—	—	2	2	4	3	157	5	—
Bezirk Wandsbek	4	200	33	140	232	359	517	1 481	579	16 211	389	4
Bezirk Bergedorf	137	87	99	14	291	357	488	1 336	646	8 472	154	304
Bezirk Harburg	—	45	200	9	225	305	494	1 278	268	15 923	80	—
Hamburg insgesamt . .	3 894	9 013	1 306	7 089	10 594	44 706	20 738	93 446	48 940	587 457	46 800	1 889
davon												
Schlachtungen auf den Hamburger Schlachthofanlagen, einschließlich Schlachthaus Bergedorf	3 249	80 384	46 187	528 282	45 251	1 837
Privatschlachtstätten . .	645	13 062	2 753	59 175	1 549	52
Außerdem												
Hausschlachtungen . . .	—	—	21	—	7	17	37	82	33	9 857	84	9

Schaubild 4

Die gewerblichen Schlachtungen von Inlands- und Auslandstieren 1950 bis 1957



19,8 vH im Jahre 1951 auf 6,1 vH 1957 stetig zurückgegangen, während der Anteil der Ochsen und Bullen im Vorjahr 15,6 vH betrug (gegenüber 4,0 vH 1956) und damit etwa mit dem Ergebnis der Jahre 1949/50 vergleichbar ist (22,4 und 15,2 vH).

Soweit die totalen Ergebnisse aus der Schlachtvieh- und Fleischbeschaustatistik. Gesundheitspolitisch und ernährungswirtschaftlich ist es von Interesse, in welchem Maße Tierkörper und Fleischviertel tierärztlich für untauglich, bedingt tauglich oder minderwertig erklärt wurden.

Eine Gliederung der für „untauglich“ erklärten Tierkörper nach Beanstandungsgründen bringt Anhangtabelle 18. Der Anteil dieser Tiere, die also im ganzen abgelehnt werden mußten, an der Gesamtzahl der Schlachtungen betrug im Jahre 1957 bei Rindern 0,26 vH und bei Schweinen 0,06 vH, Werte, die seit 1938 relativ konstant geblieben sind. Die Zahl der Beanstandungen von einzelnen Organen des Tierkörpers (Leber, Lunge, Därme usw.) ist allerdings bedeutend. So betrug der Anteil der mit Tuberkulose überhaupt behaftet gewesenen Rinder an der Gesamtschlachtmenge 1957 mit 22 000 Tieren rd. 23 vH (vgl. Anhangtabelle 16). In

der Masse der Fälle war hierbei das Fleisch an sich aber nicht zu beanstanden.

Der Anteil des als „minderwertig“ und „bedingt tauglich“ bezeichneten Fleisches an der Gesamtzahl der Schlachtungen ist gering. Bei den Rindern betrug er 1957 insgesamt 0,72 vH, davon 0,22 vH „minderwertig“ und 0,50 vH „bedingt tauglich“, gegenüber 1938 0,78 vH (0,74 und 0,04 vH). Ähnlich konstante Gesamtwerte ergeben sich bei den Schweinen, 1957: 0,35 vH insgesamt, 0,15 vH „minderwertig“ und 0,20 vH „bedingt tauglich“ gegenüber 1938 0,28 vH (0,26 und 0,02 vH). Eine nicht unbeträchtliche Zunahme haben allerdings die „bedingt tauglichen“ Tiere zu verzeichnen. Aus der Anhangtabelle 17 ergeben sich weitere Einzelheiten.

Das als „minderwertig“ und „bedingt tauglich“ beurteilte Fleisch wird nach der „Freibankordnung für die Hansestadt Hamburg“ vom 10. Januar 1939 dem Verbraucher zugeführt. Der Verkauf des unter laufender tierärztlicher Untersuchung stehenden Fleisches erfolgt zu von der Schlachthofverwaltung festgesetzten Preisen ausschließlich an den Endverbraucher. Während das „minderwertige“ Fleisch,

das nur substantielle Mängel aufweist, in rohem Zustand abgegeben wird, darf das „bedingt taugliche“ Fleisch nur nach Anwendung bestimmter im Gesetz vorgeschriebener Verfahren (Ausschmelzen, Kochen, Dämpfen, Pökeln oder Durchfrieren) in den Verkehr gebracht werden. Aus den Gesetzesvorschriften ergeben sich auch für die bauliche Gestaltung der **Freibank** Konsequenzen, denen im durchgeführten Neubau in großzügiger Weise Rechnung getragen worden ist.

Übersicht 17

Prozentuale Verteilung der gewerblichen Rinderschlachtungen nach Viehart

Jahre	Gewerbliche Schlachtungen		davon entfielen . . . in vH auf					
			Ochsen		Bullen		Kühe	Färsen
	überh.	vH	über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt	über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt		
Inlandstiere								
1938	96 898	100	11,4	4,6	3,6	5,4	49,6	25,4
1948	17 347	100	17,7	6,9	5,5	5,0	46,7	18,2
1949	28 354	100	15,6	3,4	4,0	6,7	44,2	26,1
1950	40 358	100	10,5	3,3	4,5	10,2	48,5	23,0
1951	52 484	100	10,8	1,4	3,1	8,9	47,3	28,5
1952	54 017	100	10,6	1,3	3,9	8,7	49,7	25,8
1953	72 847	100	10,2	1,8	4,2	10,2	46,4	27,2
1954	86 499	100	10,6	1,9	3,7	9,1	47,5	27,2
1955	80 269	100	8,4	1,3	4,7	10,0	48,3	27,3
1956	69 535	100	8,1	1,0	6,7	12,3	47,3	24,6
1957	93 446	100	9,6	1,4	7,6	11,3	47,9	22,2
Auslandstiere								
1949	15 298	100	17,6	—	4,8	—	65,2	12,4
1950	50 445	100	10,8	0,0	4,4	0,0	68,1	16,7
1951	30 983	100	2,4	—	2,5	—	75,3	19,8
1952	21 185	100	2,9	—	2,8	—	77,6	16,7
1953	22 345	100	3,1	—	2,2	—	84,2	10,5
1954	16 800	100	5,9	—	4,8	—	81,8	7,5
1955	26 103	100	4,4	—	2,7	—	86,9	6,0
1956	30 120	100	2,1	—	1,9	0,0	90,6	5,4
1957	26 946	100	12,5	—	3,1	—	78,3	6,1

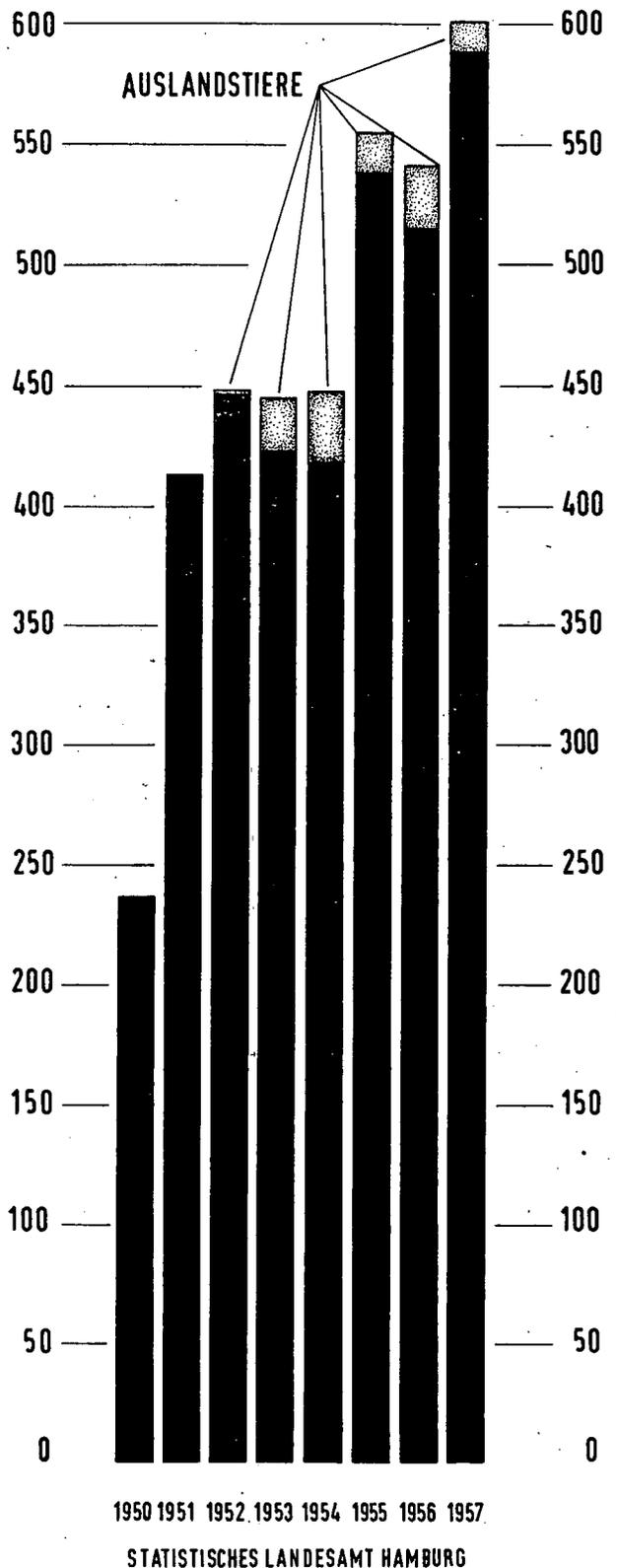
Eine Aufgliederung der Schlachtungen auf die einzelnen Erwerbsgruppen bringen die Übersichten 18 und 19, getrennt für Inlandstiere und Auslandstiere. Es handelt sich hierbei nur um die Schlachtungen auf dem Zentralschlachthof St. Pauli. Es werden folgende Gruppen von Schlachthofbenutzern unterschieden:

- 1. Großschlächter;** sie verkaufen die von ihnen ausgeschlachteten Tiere im ganzen oder in Teilstücken weiter an Ladenschlächter, an die Fleischwarenindustrie oder Großverbraucher wie Kantinen, Gaststätten usw.
- 2. Ladenschlächter;** sie verkaufen das aus eigenen Schlachtungen stammende oder das vom Großschlächter gekaufte Fleisch, in konsumgerechte Teile zérlegt und ausgepfundet an private Haushaltungen, zum Teil auch an Gaststätten und andere Großverbraucher.
- 3. Fleischwarenindustrie;** sie verarbeitet das von ihr ausgeschlachtete oder das von Großschlächtern ausgeschlachtete erworbene Vieh zu Fleischwaren.
- 4. Konsumgenossenschaften;** sie verkaufen das Fleisch aus eigenen Schlachtungen entweder wie die Ladenschlächter in eigenen Verkaufsstellen oder verarbeiten es zunächst wie die Fleischwarenindustrie.

5. Die Vorratsstelle schließlich hat die Aufgabe, gewisse Mengen von Fleisch zur Marktentlastung zeitweilig einzulagern und bei Bedarf auf den Markt zu bringen.

Schaubild 5

Die gewerblichen Schlachtungen von Schweinen in- und ausländischer Herkunft 1950 bis 1957



Die gewerblichen Schlachtungen¹⁾ von Inlandstieren auf dem Schlachthof St. Pauli und ihre Aufteilung nach Schlachtergruppen 1950 bis 1955

Jahre	Zahl der Schlachtungen Stück	davon entfielen auf									
		Großschlächter		Vorratsstelle		Fleischwarenfabriken		Ladenschlächter		Konsumgenossenschaften	
		Stück	vH	Stück	vH	Stück	vH	Stück	vH	Stück	vH
Rinder											
1950	28 547	19 092	66,9	917	3,2	3 889	13,6	2 919	10,2	1 730	6,1
1951	38 475	26 786	69,6	94	0,3	4 310	11,2	5 698	14,8	1 587	4,1
1952	40 166	24 809	61,8	2 442	6,1	4 364	10,9	6 399	15,9	2 152	5,3
1953	55 058	32 436	58,9	2 318	4,2	6 479	11,8	9 535	17,3	4 290	7,8
1954	66 305	36 604	55,2	3 196	4,8	8 420	12,7	11 956	18,0	6 129	9,3
1955	62 397	33 047	53,0	564	0,9	9 393	15,0	11 859	19,0	7 534	12,1
1956	54 128	29 047	53,7	1 908	3,5	7 031	13,0	9 863	18,2	6 279	11,6
1957	74 094	39 980	53,9	6 274	8,5	8 721	11,8	11 693	15,8	7 426	10,0
Kälber											
1950	38 140	35 794	93,9	—	—	695	1,8	1 651	4,3	—	—
1951	46 535	41 607	89,4	—	—	493	1,1	4 419	9,5	16	0,0
1952	44 297	40 139	90,6	—	—	328	0,8	3 822	8,6	8	0,0
1953	48 559	42 445	87,4	—	—	78	0,2	5 965	12,3	71	0,1
1954	49 160	41 501	84,4	—	—	399	0,8	6 497	13,2	763	1,6
1955	45 736	40 298	88,1	—	—	433	0,9	5 005	11,0	—	—
1956	43 543	38 788	89,1	—	—	634	1,4	4 121	9,5	—	—
1957	43 664	39 764	91,1	—	—	111	0,2	3 789	8,7	—	—
Schweine											
1950	169 927	70 606	41,5	—	—	32 272	19,0	56 691	33,4	10 358	6,1
1951	305 299	149 586	49,0	—	—	62 854	20,5	76 978	25,2	16 151	5,3
1952	339 886	165 953	48,8	415	0,1	56 321	16,6	96 243	28,3	20 954	6,2
1953	319 114	134 578	42,2	—	—	53 050	16,6	106 439	33,4	25 047	7,8
1954	317 423	127 067	40,0	1 255	0,4	49 821	15,7	109 259	34,4	30 021	9,5
1955	421 765	162 015	38,4	5 477	1,3	63 076	14,9	136 449	32,4	54 748	13,0
1956	410 995	140 908	34,3	19 406	4,7	62 434	15,2	136 078	33,1	52 169	12,7
1957	471 285	165 270	35,1	35 928	7,6	69 178	14,7	142 609	30,2	58 300	12,4
Schafe											
1950	56 928	53 867	94,6	—	—	1 479	2,6	1 582	2,8	—	—
1951	41 021	38 411	93,6	—	—	95	0,2	2 515	6,2	—	—
1952	52 729	48 889	92,7	—	—	171	0,3	3 669	7,0	—	—
1953	57 290	52 434	91,5	—	—	241	0,4	4 615	8,1	—	—
1954	52 969	47 919	90,5	—	—	347	0,6	4 703	8,9	—	—
1955	42 882	38 176	89,0	—	—	442	1,0	4 264	10,0	—	—
1956	36 419	33 132	91,0	—	—	321	0,9	2 966	8,1	—	—
1957	43 864	40 128	91,5	—	—	263	0,6	3 473	7,9	—	—

¹⁾ ohne Notschlachtungen.

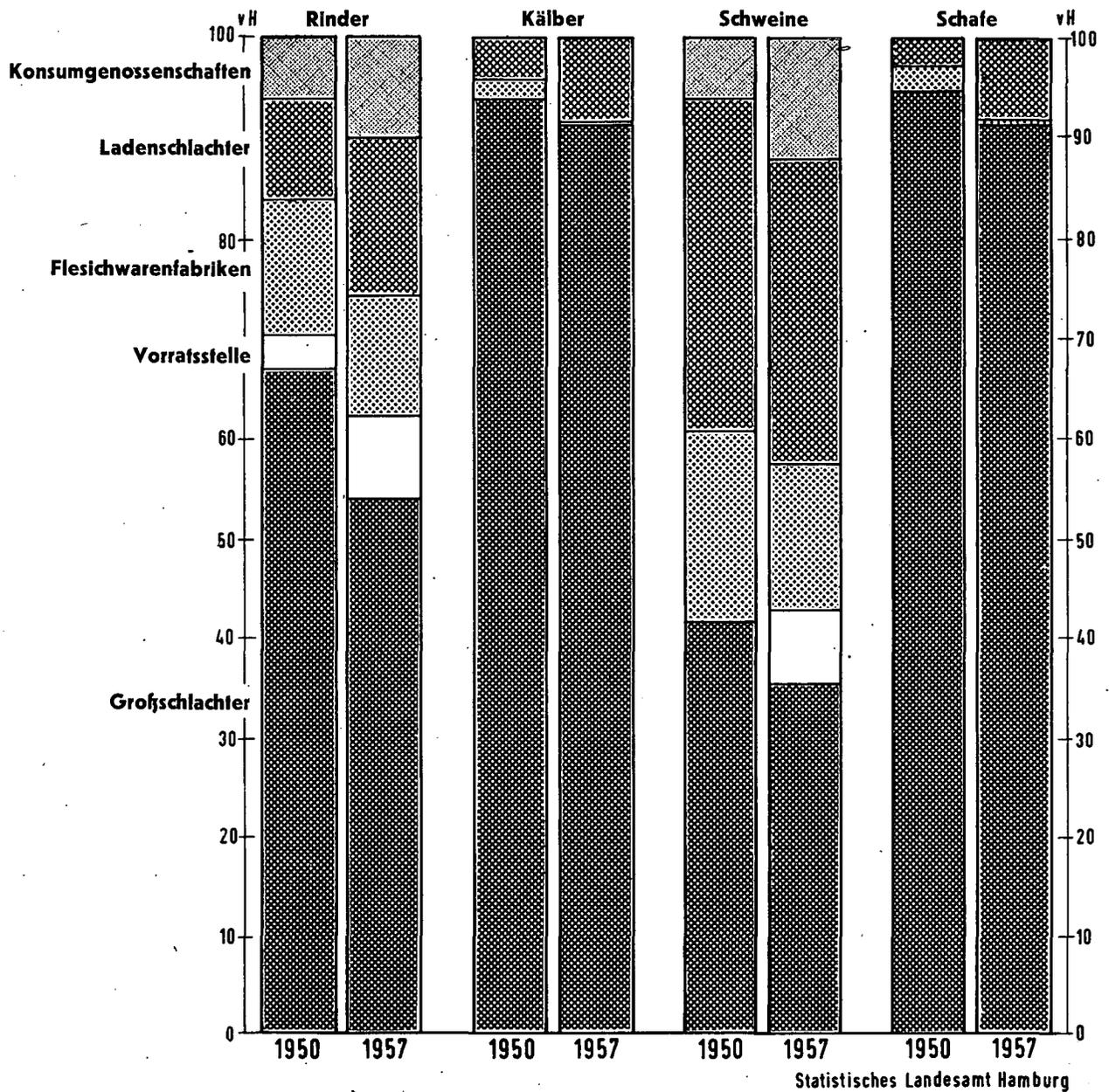
Bei Rindern und Kälbern, Schweinen und Schafen wird sowohl bei den Inlands- als auch bei den Auslandstieren der größte Teil der Schlachtungen durch die Großschlächter durchgeführt. Von den Kälber- und Schafschlachtungen (Inlandstiere) entfallen auf sie — in den letzten Jahren — jeweils rd. 90 vH, während rd. 9 vH auf Ladenschlächter und 1 vH auf Fleischwarenfabriken kommen. Auch rd. 54 vH der Rinderschlachtungen werden von Großschlächter ausgeführt, während die Ladenschlächter mit rd. 16 vH, die Fleischwarenfabriken mit 12 vH, die Konsumgenossenschaften mit 10 vH und die Vorratsstelle mit rd. 8 vH folgen. Von den Schweine- schlachtungen dagegen entfallen auf die Großschlächter 35 vH, die Ladenschlächter 30 vH, die Fleischwarenfabriken 15 vH, die Konsumgenossenschaften 12,4 vH und die Einfuhr- und Vorratsstelle 7,6 vH.

Entwicklungsmäßig ist zu sagen, daß die Großschlächter bei den Schweinen und Rindern im Jahre 1951 mit fast 50 vH bzw. 70 vH ihren höchsten An-

teil erreichten. Seitdem ist ihr Anteil bei den Schweinen auf 35,1 vH und bei den Rindern auf 53,9 vH zurückgegangen. Während die Fleischwarenfabriken und Ladenschlächter unter gewissen Schwankungen ihren Anteil etwa gehalten haben, haben die Konsumgenossenschaften den ihren von 6,1 vH 1950 auf 10,0 vH 1957 (1955 12,1 vH) steigern können. Die marktregulierende Vorratsstelle erreichte mit den meisten Schlachtungen im Jahre 1957 mit 8,5 vH auch den höchsten Anteil; im Durchschnitt der vorhergehenden Jahre hatte er nur etwa 3,3 vH betragen.

Bei den Kälberschlachtungen schwankt der Anteil der Großschlächter geringfügig zwischen 84,4 vH (1954) und 93,9 vH (1950), der der Ladenschlächter zwischen 4,3 vH (1950) und 13,2 vH (1954) und die Quote bei den Fleischwarenfabriken zwischen 0,2 vH (1953) und 1,8 vH (1950). Die Anteile der letzten Jahre ergeben Durchschnittssätze. Auch bei den Schafschlachtungen läßt sich keine extreme Entwicklung feststellen.

Die Schlachtungen nach Erwerbsgruppen auf dem Hamburger Schlachthof



Statistisches Landesamt Hamburg

Bei den Schweineschlachtungen dagegen haben wir einen Rückgang des Anteils der Großschlächter von 49,0 vH im Jahre 1951 auf 34,3 vH (1956) und 35,1 vH im Jahre 1957 zu verzeichnen. Während der Anteil der Fleischwarenfabriken in den Jahren 1950/51 rd. 20 vH betrug, war er in den folgenden zwei Jahren auf gut 16 vH abgesunken und hat inzwischen etwa 15 vH erreicht. Der Anteil der Ladenschlächter schwankte in den Jahren seit 1951 zwischen 25,2 und 34,4 vH, zeigt aber keine eindeutige Entwicklung. Eine klare Zunahme ergibt sich aber auch hier, wie bei den Rindern, für die Konsumgenossenschaften, und zwar stieg ihr Anteil von 6,1 vH 1950 auf 12,4 vH 1957. Auch hier sah sich die Vorratsstelle veranlaßt, Käufe in größerem Ausmaß als bisher durchzuführen. Ihr Anteil an den Schlachtungen stieg deshalb auf 7,6 vH.

Bei den gewerblichen Schlachtungen von **Auslandstieren** ist der Anteil der Großschlächter noch höher. Bei Rindern erreichten die Großschlächter erstmalig einen sehr hohen Anteil von 95,0 vH; der Anteil der übrigen Erwerbsgruppen an den Schlachtungen ist schwankend, 1957 waren die Konsumgenossenschaften mit 2,9 vH, die Ladenschlächter mit 1,2 vH und die Fleischwarenfabriken mit 0,9 vH beteiligt, während im Jahre 1956 die entsprechenden Zahlen noch 86,4 vH, 5,8 vH, 5,0 vH und 2,8 vH gelautet hatten. Bei den Schlachtungen von Auslandsschweinen treten neben den Großschlachtern mit Anteilen von 74,2 und 71,3 vH in den Jahren 1957 und 1956 die Fleischwarenfabriken mit 18,8 und 19,5 vH stärker hervor, während Ladenschlächter mit 6,8 und 9,0 vH und die Konsumgenossenschaften mit 0,2 vH nur geringere Bedeutung hatten.

Übersicht 19

Die gewerblichen Schlachtungen¹⁾ von Auslandstieren auf dem Schlachthof St. Pauli und ihre Aufteilung nach Schlachtergruppen 1950 und 1955

Jahre	Zahl der Schlachtungen Stück	davon entfielen auf							
		Großschlächter		Fleischwarenfabriken		Ladenschlächter		Konsumgenossenschaften	
		Stück	vH	Stück	vH	Stück	vH	Stück	vH
Rinder									
1950	50 396	47 080	93,4	501	1,0	1 944	3,9	871	1,7
1951	30 940	28 546	92,3	653	2,1	1 475	4,8	266	0,8
1952	21 164	19 677	93,0	235	1,1	805	3,8	447	2,1
1953	22 324	20 580	92,2	95	0,4	1 267	5,7	382	1,7
1954	16 792	14 396	85,8	81	0,5	1 368	8,1	947	5,6
1955	25 239	21 405	84,8	518	2,1	1 591	6,3	1 725	6,8
1956	24 604	21 250	86,4	704	2,8	1 224	5,0	1 426	5,8
1957	26 930	25 588	95,0	231	0,9	317	1,2	794	2,9
Schweine									
1950	109	109	100	—	—	—	—	—	—
1951	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1952	993	888	89,4	—	—	—	—	105	10,6
1953	22 291	21 051	94,4	547	2,5	354	1,6	339	1,5
1954	29 123	18 729	64,3	6 032	20,7	3 823	13,1	539	1,9
1955	16 096	11 643	72,3	1 522	9,5	2 917	18,1	14	0,1
1956	23 779	16 944	71,3	4 648	19,5	2 135	9,0	52	0,2
1957	13 629	10 121	74,2	2 562	18,8	922	6,8	24	0,2

1) ohne Notschlachtungen.

4. Der Fleischanfall aus den hamburgischen Schlachtungen

Für das Schlachtergebnis sind das Lebendgewicht der Tiere und der Grad der Schlachtausbeute bestimmend. Die Lebendgewichte werden, wie wir wissen, auf den Hamburger Schlachtviehmärkten individuell und vollständig ermittelt und in rechnerisch gewogene Durchschnitte gebracht. Soweit es sich bei den Schlachtungen in Hamburg um Tiere vom Viehmarkt handelt — und das ist bekanntlich zu mehr als 80 vH der Fall — ist die Grundlage, auf der mit dem Ausbeutesatz weitergerechnet werden kann, exakt gegeben. Aus praktischen Gründen werden aber die in der Viehmarktstatistik ermittelten durchschnittlichen Lebendgewichte (vgl. Übersicht 9) auch für die gesamten Schlachtungen in Hamburg als zutreffend angesehen. Auf dieser Basis kommen seit 1950 feststehende Ausbeutesätze, die das Bundesernährungsministerium im Bundesgebiet eingeführt hat, zur rechnerischen Anwendung. Bis dahin wurden in Hamburg (und überall) durch laufende Stichproben festgelegt, mit welchen Ausbeutekoeffizienten zu rechnen war.

Die bundeseinheitlichen Ausbeutesätze sind folgende:

Übersicht 20

Die Ausbeutesätze in vom Hundert der Lebendgewichte

Handelsklassen	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Handelsklassen	Kälber
A+AA	58	58	56	58	Doppellender	70
B	55	55	52	54	A	62
C	52	52	49	52	B	60
D	46	46	44	46	C	55
					D	49

Handelsklassen	Schweine	Handelsklassen	Lämmer, Hammel und Schafe
a	84	Lämmer und Hammel	A . . . 53
b ¹	82		B . . . 51
b ²	81		C . . . 45
c	79	Schafe	A . . . 49
d	76		B . . . 43
e	72		C . . . 38
f	70		
g ¹	80	Pferde und Ziegen	
g ²	80		
h	80	Ziegen	45
i	80	Pferde	50

Von Bedeutung ist danach der Anteil der einzelnen Handelsklassen (Güteklassen, Gewichtsklassen). Vollständige Angaben darüber liegen ebenfalls nur für die Schlachtviehmärkte vor, wo die Tiere für die Gruppierung nach Preisen klassifiziert werden. Die Klassifikation am Viehmarkt wird in Hamburg bei der Berechnung der Schlachtausbeuten auf die gesamten Schlachtungen übertragen, ebenso wie die Lebendgewichte übernommen werden. (Die zum Versand kommenden Tiere — die Frage wurde im Abschnitt „Viehmärkte“ angeschnitten — bleiben in die durchschnittliche Berechnung der Handelsklassen und Lebendgewichte einbezogen.) Daß die Anteile an den einzelnen Handelsklassen im Laufe der Jahre 1950 bis 1957 durchaus nicht gleichförmig verliefen, ist für Rinder, Kälber, Schweine und Schafe aus der Gliederung der Übersicht 21 zu ersehen.

Es zeigt sich, daß die Zusammensetzung des Schlachtviehangebotes innerhalb der einzelnen Handelsklassen im Laufe der letzten Jahre eine unterschiedliche Entwicklung aufweist. Eine bemerkenswerte Abnahme weist z. B. der Anteil von Bullen der Klasse A (vollfleischige, ausgemästete,

Vieharten Handelsklassen	1950		1951		1952		1953		1954		1955		1956		1957	
	Auftrieb															
	überhaupt	VH														
Ochsen																
A vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes . .	5 048	50,9	6 267	66,1	4 355	56,1	7 664	65,0	7 997	65,0	6 249	60,5	5 484	58,4	9 314	72,1
B sonst. vollfleischige	2 159	21,8	1 964	20,7	2 628	33,8	3 139	26,6	3 244	26,4	3 166	30,6	2 848	30,3	2 701	20,9
C fleischige	2 475	25,0	1 251	13,2	784	10,1	942	8,0	955	7,7	713	6,9	682	7,3	612	4,8
D geringgenährte . .	234	2,3	2	0,0	—	—	53	0,4	114	0,9	205	2,0	372	4,0	284	2,2
Zusammen	9 916	100	9 484	100	7 767	100	11 798	100	12 310	100	10 333	100	9 386	100	12 911	100
Bullen																
A vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes . .	3 041	43,6	2 392	33,0	1 626	22,5	4 422	35,8	5 080	37,2	2 990	21,0	2 957	20,2	2 861	15,5
B sonst. vollfleischige	2 035	29,2	1 921	26,5	2 120	29,3	5 385	43,6	5 922	43,4	6 458	45,4	6 114	41,6	8 227	44,4
C fleischige	1 684	24,2	2 936	40,5	3 490	48,2	2 474	20,1	2 571	18,9	4 354	30,6	5 288	36,0	5 745	31,0
D geringgenährte . .	208	3,0	1	0,0	8	0,0	61	0,5	73	0,5	426	3,0	327	2,2	1 684	9,1
Zusammen	6 968	100	7 250	100	7 244	100	12 342	100	13 646	100	14 228	100	14 686	100	18 517	100
Kühe																
A vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes . .	10 774	39,7	11 209	35,2	5 619	17,8	8 185	22,2	7 211	15,7	6 609	14,2	4 442	10,3	4 165	7,7
B sonst. vollfleischige	5 981	22,1	6 331	19,9	6 412	20,3	11 450	31,0	15 232	33,1	16 477	35,6	15 243	35,3	19 584	36,3
C fleischige	8 529	31,5	11 965	37,6	15 471	49,1	13 177	35,7	18 336	39,8	18 882	40,8	18 521	42,9	23 908	44,3
D geringgenährte . .	1 832	6,7	2 340	7,3	4 022	12,8	4 106	11,1	5 239	11,4	4 353	9,4	4 952	11,5	6 328	11,7
Zusammen	27 116	100	31 845	100	31 524	100	36 918	100	46 018	100	46 321	100	43 158	100	53 985	100
Färsen																
A vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes . .	7 392	52,6	10 176	59,8	5 961	39,5	10 909	51,7	12 409	51,4	11 837	50,4	8 633	45,7	10 611	51,2
B sonst. vollfleischige	2 856	20,3	3 902	22,9	6 163	40,8	6 879	32,6	8 580	35,6	8 437	35,9	6 805	36,0	6 932	33,5
C fleischige	3 480	24,7	2 938	17,3	2 715	18,0	2 845	13,5	2 740	11,4	2 478	10,5	2 418	12,8	2 324	11,2
D geringgenährte . .	340	2,4	2	0,0	258	1,7	478	2,2	387	1,6	750	3,2	1 032	5,5	859	4,1
Zusammen	14 068	100	17 018	100	15 097	100	21 111	100	24 116	100	23 502	100	18 888	100	20 726	100
Kälber																
A beste Mastkälber . .	6 358	14,4	9 419	18,1	6 813	13,8	6 848	12,5	6 841	12,5	5 955	11,8	5 582	11,6	5 395	11,3
B mittlere Mastkälber	6 699	15,1	8 711	16,7	6 929	14,0	7 865	14,4	6 477	11,8	5 738	11,4	7 039	14,7	8 013	16,7
C geringere Saugkälber	16 727	37,9	12 190	23,4	15 947	32,2	19 416	35,5	22 400	40,8	22 806	45,1	22 010	45,9	19 256	40,2
D geringe Kälber . .	14 406	32,6	21 824	41,8	19 769	40,0	20 600	37,6	19 154	34,9	16 013	31,7	13 302	27,8	15 206	31,8
Zusammen	44 190	100	52 144	100	49 458	100	54 729	100	54 872	100	50 542	100	47 933	100	47 870	100
Schweine																
a v. 150 kg und mehr	16 707	7,2	16 711	4,3	28 254	6,5	12 793	3,2	12 317	3,1	9 224	1,8	12 581	2,6	7 216	1,2
b ¹ v. 135 b. zu 149,5 kg	20 093	8,6	23 711	6,0	34 663	8,0	17 179	4,3	18 179	4,6	15 882	3,1	18 116	3,8	11 899	2,0
b ² v. 120 b. zu 134,5 kg	47 756	20,5	59 113	15,0	82 901	19,1	58 462	14,7	65 446	16,5	54 558	10,7	62 094	12,9	63 906	10,7
c v. 100 b. zu 119,5 kg	94 939	40,7	154 964	39,5	170 345	39,2	204 225	51,3	208 274	52,6	257 908	50,4	268 549	55,7	367 879	61,4
d v. 80 b. zu 99,5 kg	36 946	15,9	95 249	24,3	80 210	18,5	71 983	18,1	63 619	16,0	125 495	24,6	83 670	17,4	106 306	17,8
e v. 60 b. zu 79,5 kg	5 852	2,5	18 530	4,7	15 892	3,7	11 578	2,9	8 371	2,1	19 070	3,7	14 227	3,0	13 702	2,3
f v. unter 60 kg . . .	1 676	0,7	5 707	1,4	4 397	1,0	3 130	0,8	1 968	0,5	3 630	0,7	2 877	0,6	3 219	0,5
g ¹ fette Specksauen . .	6 255	2,7	12 852	3,3	11 900	2,7	13 882	3,5	14 043	3,5	19 825	3,9	15 568	3,2	19 666	3,3
g ² andere Sauen	1 866	0,8	4 299	1,1	3 929	0,9	3 118	0,8	2 269	0,6	3 734	0,7	2 335	0,5	3 088	0,5
h Eber	796	0,3	1 255	0,3	1 333	0,3	548	0,1	394	0,1	375	0,1	230	0,0	203	0,0
i Altschneider	253	0,1	382	0,1	444	0,1	1 398	0,3	1 451	0,4	1 662	0,3	1 613	0,3	1 635	0,3
Zusammen	233 139	100	392 773	100	434 268	100	398 296	100	396 331	100	511 363	100	481 860	100	598 719	100
Hammel und Lämmer																
A beste	14 674	35,8	18 168	59,7	27 999	70,1	35 306	69,7	34 608	71,3	25 059	70,1	20 876	73,3	27 697	77,6
B mittlere	13 432	32,8	8 778	28,8	8 932	22,4	11 962	23,6	10 609	21,9	7 540	21,1	5 773	20,3	5 764	16,2
C geringe	12 889	31,4	3 495	11,5	3 000	7,5	3 389	6,7	3 330	6,8	3 158	8,8	1 823	6,4	2 205	6,2
Zusammen	40 995	100	30 441	100	39 931	100	50 657	100	48 547	100	35 757	100	28 472	100	35 666	100
Schafe																
A beste	6 304	27,9	5 753	45,8	6 665	53,9	5 180	58,8	4 546	68,9	4 834	64,2	5 637	67,8	5 326	60,1
B mittlere	7 504	33,2	3 754	29,9	3 522	28,5	1 974	22,4	1 201	18,2	1 863	24,7	1 459	17,6	2 380	26,8
C geringe	8 799	38,9	3 056	24,3	2 183	17,6	1 655	18,8	847	12,9	838	11,1	1 216	14,6	1 161	13,1
Zusammen	22 607	100	12 563	100	12 370	100	8 809	100	6 594	100	7 535	100	8 312	100	8 867	100

1) ohne die unmittelbar dem Schlachthof zugeführten Tiere.

höchsten Schlachtwertes) auf. Während 1950 noch 43,6 vH der Bullen in die Handelsklasse A klassifiziert wurden, waren es 1957 nur noch 15,5 vH; umgekehrt hat sich der Vomhundertsatz der Klasse B (sonstige vollfleischige) und der Klasse C (fleischige) entsprechend erhöht und zwar von 29,2 auf 44,4 vH bzw. 24,2 auf 31,0 vH. Bei den Kühen läßt sich

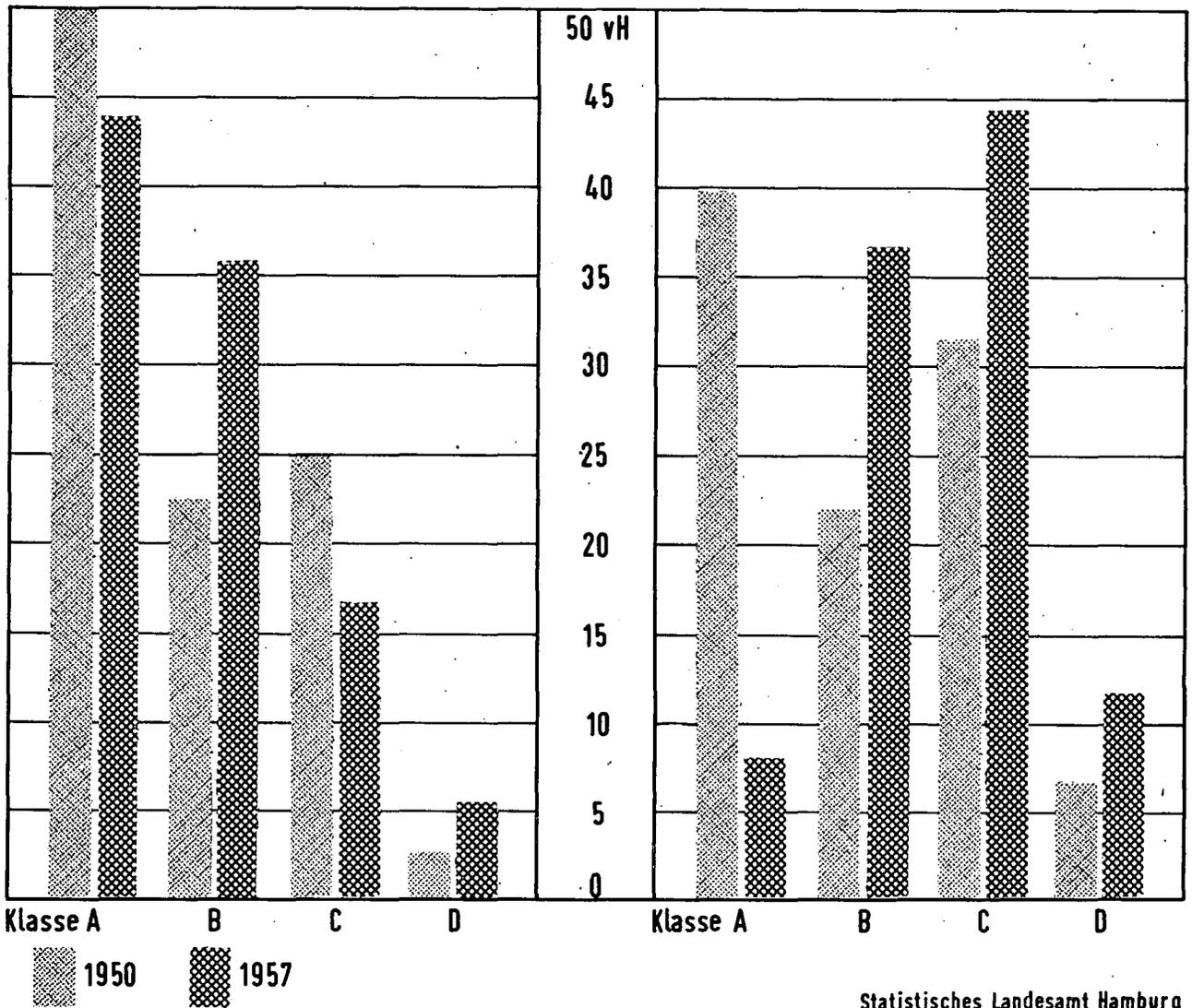
ebenfalls eine eindeutige Steigerung bei den mittleren und unteren Qualitäten feststellen. Bei Ochsen und Schafen verlief die Entwicklung in entgegengesetzter Richtung. Die Anteile mittlerer und geringer Qualität haben sich verringert, während sich die Anteile bester Qualität gehoben haben.

Schaubild 7

**Anteil der Ochsen, Bullen und Färsen
an den Handelsklassen A bis D**

**Anteil der Kühe
an den Handelsklassen A bis D**

am Hamburger Viehmarkt 1950 und 1957



Bei den Schlachtschweinen ist festzustellen, daß im Jahre 1950 noch 7,2 vH auf die Klasse a (von 150 kg und mehr Lebendgewicht), 29,1 vH auf die Klasse b (von 120 bis 149,5 kg) und 40,7 vH auf die Klasse c (von 100 bis 119,5 kg) entfielen; 1957 betragen die entsprechenden Anteile 1,2 bzw. 12,9 und 61,4 vH.

Die Tabellen 22 und 23 im Anhang zeigen für alle Tiergattungen die durchschnittlichen Schlachtgewichte und Schlachtausbeuten, wie sie in den Jahren 1938 und 1948 bis 1957 den Berechnungen des Fleischanfalls zugrunde-

gelegt sind. Da die Tabellen für die Jahre 1954 bis 1957 nach Monaten aufgebaut sind, werden auch die jahreszeitlichen Veränderungen der Schlachtgewichte augenfällig.

Die Anhangstabellen 24 bis 26 bringen Zahlen über Lebendgewichte, Schlachtausbeute und Schlachtgewichte des eingeführten Viehs; sie ergänzen die Anhangstabellen 22 und 23, die sich nur auf inländisches Vieh beziehen. Daß die dänischen Rinder durchschnittlich mit höherem Gewicht auf den Hamburger Markt kommen, darauf war schon im Abschnitt „Viehmärkte“ hingewiesen.

Aus der Zahl der gewerblichen Schlachtungen in Hamburg innerhalb und außerhalb der Schlachthöfe und den Durchschnittswerten der Lebendgewichte und Schlachtausbeuten errechnet sich für die Jahre 1950 bis 1957, daß in Hamburg aus Schlachtungen inländischen Viehs aufgekomen sind (Anhangtabelle 27):

Jahre	Rindfleisch	Kalb- fleisch	Schweine- fleisch	Hammel- fleisch	Pferde- fleisch
in Millionen kg					
1950	10,0	2,1	22,6	1,6	2,3
1951	13,0	2,4	37,0	1,3	2,7
1952	13,5	2,3	42,2	1,6	2,2
1953	18,1	2,7	38,6	1,8	2,0
1954	21,1	2,7	38,7	1,6	2,2
1955	19,3	2,6	47,5	1,3	1,6
1956	16,8	2,5	46,7	1,1	1,5
1957	22,9	2,6	52,2	1,3	1,1

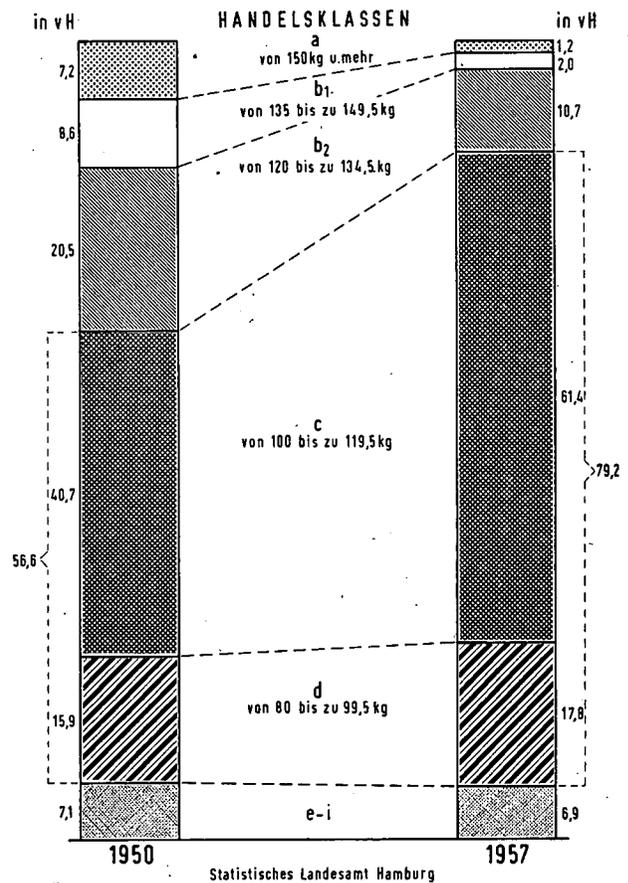
Dazu kommen die Schlachtungen dänischen Viehs, soweit das hier geschlachtete Vieh in Hamburg geblieben ist. Es sind nämlich im Jahre 1950 von den eingeführten 50 445 Rindern 31 960 im geschlachteten Zustand nach außerhalb, hauptsächlich in das rheinisch-westfälische Industriegebiet und Berlin (West) versandt worden; im Jahre 1956 waren es von 30 120 Stück 9050 und 1957 von 26 946 Stück 9032. Seit dem Jahre 1953 kommen auch größere Mengen dänischer Schweine nach Hamburg. Von den im Jahre 1953 eingeführten 22 659 Schweinen wurden reichlich die Hälfte (11 745) im geschlachteten Zustand weiterversandt; im Jahre 1956 von 24 068 Stück nur noch 3093 und 1957 von 13 798 Stück 1092. Somit verblieben für Hamburg aus der dänischen Lebendvieheinfuhr im Jahre 1950 18 485 Rinder, 1599 Kälber, 109 Schweine und 28 Hammel; 1956 21 070 Rinder, 94 Kälber, 20 975 Schweine; 1957 17 914 Rinder, 5 Kälber und 12 706 Schweine.

Der Anfall aus diesen Schlachtungen stellte sich für Hamburg im Jahre 1950 auf 5,0 Millionen kg Rindfleisch, 1956 auf 5,6 Millionen Rind- und 3,0 Millionen kg Schweinefleisch. Die entsprechenden Zahlen für 1957 lauten 4,8 Millionen kg bzw. 1,9 Millionen kg. Der Anfall von Kalbfleisch ist von verhältnismäßig geringem Gewicht (Anhangtabelle 28).

Hamburg verfügte demnach im Jahre 1957 aus in Hamburg durchgeführten gewerblichen Schlach-

Schaubild 8

Der Auftrieb von Schweinen nach Handelsklassen 1950 und 1957



tungen in- und ausländischen Viehs über rd. 27,7 Millionen kg Rindfleisch, 2,6 Millionen kg Kalbfleisch, 54,1 Millionen kg Schweinefleisch, 1,3 Millionen kg Hammelfleisch und 1,1 Millionen kg Pferdefleisch, zusammen also über 86,8 Millionen kg. Dem steht aus 1952 eine Vergleichsgröße von 65,7 Millionen kg und aus 1956 eine Menge von 77,2 Millionen kg gegenüber (Anhangtabellen 29 und 30). Das Schlachtvolumen hat also stetig zugenommen. Dazu kommen aber noch die Fleischzufuhren nach Hamburg, und von ihnen soll jetzt die Rede sein.

III. Der Fleischgroßmarkt

1. Inländische Zufuhren

Bedeutsam für Hamburg sind die Fleischzufuhren von auswärts zum Fleischgroßmarkt. Es sind beträchtliche Mengen, die durch Zufuhr zu dem Fleisch aus „eigenen“ Schlachtungen hinzukommen. Die Anhangtabelle 31 gibt in zeitlicher Geschlossenheit einen Überblick zurück bis zum Jahre 1905. Seit 1950 hat Hamburg besonders hohe inländische Fleischzufuhren gehabt. Im Jahre 1957 wurden an Ware aus inländischen Schlachtungen dem Fleischgroßmarkt zugeführt: 7,1 Millionen kg Rindfleisch, 1,1 Millionen kg Kalbfleisch, 3,4 Millionen kg Schweinefleisch und 0,7 Millionen kg Hammelfleisch.

Das sind 12,3 Millionen kg (vgl. Anhangtabelle 27, Spalte 4) gegenüber 12,2 Millionen kg 1953. Dieses sind die höchsten Zufuhren aller Jahre überhaupt. Aber auch die Werte der übrigen Jahre seit 1950 sind zuvor nie erreicht worden. Im Durchschnitt der Jahre 1924/29 waren es 6,2 Millionen kg, im Durchschnitt 1930/33 7,8 Millionen kg und im Durchschnitt 1934/38 7,6 Millionen kg. Die Inlandszufuhren betragen in den Jahren 1957 15,6 vH und 1952 18,7 vH des Fleischanfalls aus hamburgischen Schlachtungen, gegen z. B. 13,1 vH im Jahre 1936. Während die Zufuhren von Kalb- und Hammel-

fleisch von 1950 auf 1957 um 44,3 bzw. 40,6 vH abnahmen, stiegen die Zufuhren von Rind- und Schweinefleisch im gleichen Zeitraum um 61,5 bzw. 32,7 vH.

Recht bedeutend sind weiterhin die Zufuhren von Räucherwaren inländischer Herkunft. Allein in den Jahren 1956/57 waren es 2,4 Millionen kg gegen 1,2 Millionen kg im Jahre 1950.

Übersicht 22

Prozentualer Anteil der inländischen Zufuhren (einschließlich Innereien) am Fleischanfall von Rindern, Kälbern, Schweinen und Schafen

Jahre	Rindfleisch		Kalbfleisch		Schweinefleisch		Hammelfleisch		Insgesamt	
	inländische Zufuhren kg	vH am Fleisch-anfall								
1907	489 280	5,7	2 765	0,1	3 485	.	3 840	0,2	499 370	1,1
1913	1 212 640	12,4	56 315	1,5	83 980	0,2	7 470	0,3	1 360 405	2,3
1924	3 963 520	28,6	827 715	22,1	1 336 200	4,8	291 960	17,4	6 419 395	13,6
1928	3 676 200	42,1	1 050 175	34,6	1 720 740	4,3	114 990	9,1	6 562 105	12,3
1932	6 307 620	37,8	1 104 915	35,7	1 514 190	4,7	144 480	9,0	9 071 205	16,9
1936	3 805 732	30,0	1 247 311	49,7	2 231 041	5,4	247 382	20,7	7 531 466	13,1
1938	5 329 520	22,3	1 167 559	30,6	1 072 843	2,3	427 437	22,8	7 997 359	10,5
1950	4 423 947	44,1	2 033 971	96,5	2 550 363	11,3	1 160 451	71,1	10 168 732	28,0
1951	6 343 358	48,7	1 915 076	79,0	2 658 151	7,2	818 652	65,3	11 735 237	21,9
1952	5 594 688	41,4	1 483 036	63,5	3 249 081	7,7	820 470	50,9	11 147 275	18,7
1953	6 818 936	37,7	1 618 075	60,6	2 936 973	7,6	802 738	45,4	12 176 722	19,9
1954	6 770 265	32,1	1 577 441	58,0	2 515 503	6,5	687 487	42,6	11 550 696	18,0
1955	6 261 660	32,4	1 461 295	56,2	2 874 991	6,1	594 601	46,3	11 192 547	15,8
1956	5 723 533	34,0	1 199 345	47,1	3 380 288	7,2	508 227	47,7	10 811 393	16,1
1957	7 146 863	31,2	1 132 473	42,8	3 385 254	6,5	688 785	53,3	12 353 375	15,6

2. Zufuhren von ausländischem Fleisch

Die Mengen, die der Versorgung Hamburgs und seiner Umgebung aus der Einfuhr von Fleisch (gefrorenem oder gekühltem) zur Verfügung gestanden haben, sind im Laufe der Jahrzehnte von sehr unterschiedlicher Größe gewesen. Soweit diese Ware den Fleischgroßmarkt in Hamburg berührt hat, was die Regel gewesen sein wird, oder soweit sie der Schlachthofverwaltung auf sonstige Weise mengenmäßig bekannt geworden ist, hat sie Eingang in die Statistik gefunden. Die Zahlen finden sich ebenfalls in der Anhangtabelle 31. Größere Importe erfolgten vor dem Kriege nur in den Jahren 1937/39 (Vorratskäufe) sowie in den Jahren 1925, 1912/17 und 1905. Von 1950 bis 1953 betrug die Zufuhren von ausländischem Fleisch zwischen 2,1 Millionen kg und 3,4 Millionen kg und sanken 1954 und 1955 auf 0,9 Millionen kg bzw. 0,8 Millionen kg ab. Im Jahre 1956 erreichten sie mit 7,7 Millionen kg (darunter 6,6 Millionen kg Rindfleisch und 0,8 Millionen kg Schweinefleisch einschl. Speckzufuhren) ihren bisher höchsten Stand nach dem Kriege. Aber auch das Jahr 1957 zeigte mit einer Zufuhr von 6,5 Millionen kg ein recht hohes Niveau. Bei den Zufuhren handelt es sich zur Hauptsache um Fleisch aus Argentinien, Uruguay, Mexiko, den USA und Dänemark. Was die Zusammensetzung der einzelnen Fleischarten anbelangt, müssen wir auf die Anhangtabelle verweisen.

3. Der Fleischversand vom Hamburger Fleischmarkt

Über den Fleischversand unterrichten die Übersichten 23 und 24. Es handelt sich hierbei nur um den Fleischversand von Inlandstieren. Der Fleischversand von Auslandstieren ergibt sich aus der Anhangtabelle 28, Spalte 2. Während der Versand von Fleisch und Fleischwaren von 1950 bis 1955 stetig bis auf das Zehnfache gestiegen ist, nämlich von 2 Millionen kg auf 20 Millionen kg,

wurden in den beiden letzten Jahren nur Mengen von 14,1 Millionen (1956) und 14,3 Millionen kg im Jahre 1957 erreicht. Dieser Rückgang trifft gleichermaßen den Versand von Rind- wie auch von Schweinefleisch, die allein am Versand beteiligt sind. Zurückzuführen ist dies auf einen geringeren Versand vor allem nach Berlin (West). Während Berlin in den Jahren 1954 und 1955 Anteile am Versand von 37,7 bzw. 27,2 vH aufwies, gingen sie 1956 und 1957 auf 8,8 bzw. 7,4 vH des Gesamtversandes zurück. Wenn auch der Versand von lebenden Schweinen

Übersicht 23

Versand von Fleisch und Fleischwaren vom Hamburger Fleischmarkt 1950 bis 1957 (ohne Fleisch von geschlachtetem Auslandsvieh)

Jahre Monate	Rindfleisch kg	Schweinefleisch kg	Insgesamt kg
1950 ¹⁾	1 100 000	900 000	2 000 000
1951	3 892 081	2 183 334	6 075 415
1952	3 880 550	5 049 667	8 930 217
1953	3 969 870	7 918 781	11 888 651
1954	7 313 476	11 068 138	18 381 614
1955	8 129 169	11 891 689	20 020 858
1956	5 597 729	8 519 124	14 116 853
1957			
Januar	362 900	561 646	924 546
Februar	360 236	514 997	875 233
März	464 485	750 637	1 215 122
April	470 906	717 582	1 188 488
Mai	487 894	832 913	1 320 807
Juni	621 451	668 730	1 290 181
Juli	494 486	707 937	1 202 423
August	464 129	723 119	1 187 248
September	467 096	665 382	1 132 478
Oktober	588 458	965 270	1 553 728
November	489 414	914 629	1 404 043
Dezember	376 306	651 833	1 028 139
Insgesamt	5 647 761	8 674 675	14 322 436

¹⁾ geschätzte Zahlen.

nach Berlin im Jahre 1957 außerordentlich hoch war und so zu einer Teilerklärung dieser Erscheinung beitragen kann, bleibt doch noch ungeklärt, warum der Versand von Rindfleisch im Jahre 1957 und der Gesamtversand 1956 so stark zurückgegangen ist. Entweder ist in Hamburg außerhalb des Fleischgroßmarktes oder aber über andere Plätze eingekauft worden.

Als Abnehmer für Rindfleisch sind hervorzuheben die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen, von denen in den beiden letzten Jahren (nach Rück-

gang der Versandmenge nach Berlin) Schleswig-Holstein 1956 mit 42,7 vH und 1957 mit 42,3 vH und Niedersachsen mit 33,6 bzw. 36,0 vH am Versand von Rindfleisch beteiligt gewesen sind. In den beiden letzten Jahren beanspruchte vom Versand von Schweinefleisch das Land Nordrhein-Westfalen 55,3 und 51,7 vH für sich. Ihm folgt Niedersachsen — gleichfalls für die Jahre 1956 und 1957 — mit 11,6 und 15,9 vH, während Berlin immerhin noch einen Anteil von 10,9 bzw. 12,5 vH innehatte.

Übersicht 24

Fleischversand vom Hamburger Fleischgroßmarkt nach Empfangsgebieten 1954 bis 1957

Empfangsgebiete	Rindfleisch		Schweinefleisch		Insgesamt	
	kg	vH	kg	vH	kg	vH
1954						
Schleswig-Holstein	1 660 710	22,7	598 057	5,4	2 258 767	12,3
Niedersachsen	1 407 604	19,2	1 161 971	10,5	2 569 575	14,0
Bremen	122 056	1,7	66 693	0,6	188 749	1,0
Nordrhein-Westfalen	293 775	4,0	4 733 138	42,8	5 026 913	27,3
Rheinland-Pfalz	58 289	0,8	17 619	0,1	75 908	0,4
Hessen	194	0,0	62 460	0,6	62 654	0,3
Baden-Württemberg	49 653	0,7	128 998	1,2	178 651	1,0
Bayern	55 026	0,8	855 767	7,7	910 793	5,0
Berlin (West)	3 491 671	47,7	3 438 659	31,1	6 930 330	37,7
Ausland	174 498	2,4	4 776	0,0	179 274	1,0
Insgesamt	7 313 476	100	11 068 138	100	18 381 614	100
1955						
Schleswig-Holstein	2 735 544	33,7	610 265	5,1	3 345 809	16,7
Niedersachsen	1 970 656	24,2	1 682 955	14,2	3 653 611	18,2
Bremen	95 075	1,2	484 319	4,1	579 394	2,9
Nordrhein-Westfalen	185 773	2,3	5 321 792	44,8	5 507 565	27,5
Rheinland-Pfalz	18 498	0,2	5 328	0,0	23 826	0,1
Hessen	282	0,0	80 743	0,7	81 025	0,4
Baden-Württemberg	134 873	1,7	220 971	1,8	355 844	1,8
Bayern	10 727	0,1	802 652	6,7	813 379	4,1
Berlin (West)	2 759 400	33,9	2 682 664	22,6	5 442 064	27,2
Ausland	218 341	2,7	—	—	218 341	1,1
Insgesamt	8 129 169	100	11 891 689	100	20 020 858	100
1956						
Schleswig-Holstein	2 388 528	42,7	563 042	6,6	2 951 570	20,9
Niedersachsen	1 881 699	33,6	987 970	11,6	2 869 669	20,3
Bremen	120 292	2,1	466 881	5,5	587 173	4,2
Nordrhein-Westfalen	210 416	3,8	4 712 183	55,3	4 922 599	34,9
Rheinland-Pfalz	62 208	1,1	23 311	0,3	85 519	0,6
Hessen	146	0,0	89 550	1,1	89 696	0,6
Baden-Württemberg	71 669	1,3	162 480	1,9	234 149	1,7
Bayern	9 033	0,2	932 733	10,9	941 766	6,7
Berlin (West)	667 068	11,9	580 974	6,8	1 248 042	8,8
Ausland	186 670	3,3	—	—	186 670	1,3
Insgesamt	5 597 729	100	8 519 124	100	14 116 853	100
1957						
Schleswig-Holstein	2 387 252	42,3	622 320	7,2	3 009 572	21,0
Niedersachsen	2 033 802	36,0	1 378 510	15,9	3 412 312	23,8
Bremen	78 914	1,4	218 390	2,5	297 304	2,1
Nordrhein-Westfalen	227 481	4,0	4 487 789	51,7	4 715 270	32,9
Rheinland-Pfalz	125 971	2,2	5 182	0,0	131 153	0,9
Hessen	—	—	66 697	0,8	66 697	0,5
Baden-Württemberg	22 442	0,4	317 538	3,7	339 980	2,4
Bayern	30 448	0,5	1 082 859	12,5	1 113 307	7,8
Berlin (West)	561 685	10,0	495 390	5,7	1 057 075	7,4
Ausland	179 766	3,2	—	—	179 766	1,2
Insgesamt	5 647 761	100	8 674 675	100	14 322 436	100

4. Großhandelspreise für Fleisch

Auf dem Fleischgroßmarkt — wir erwähnten ihn als Einrichtung schon kurz bei der Baugeschichte — verkaufen die Großschlächter die in ihrem Betrieb ausgeschlachteten Tiere, während sich die Fleisch-

agenten und Fleischgroßhändler mit der ihnen in der Regel von außerhalb zugeführten Handelsware befassen, ebenso liegt der Verkauf von Gefrierfleisch meistens in ihren Händen. Rinder werden im allgemeinen in Vierteln, Schweine in Hälften,

Kälber und Schafe in ganzen Tierkörpern zum Verkauf gestellt. Es werden aber auch ausgeschlachtete Teilstücke bereitgehalten, wofür sich nicht nur Kunden mit kleinem Ladengeschäft, sondern auch größere Betriebe interessieren, bei denen entweder mehr die größeren oder mehr die feineren Fleischstücke gangbar sind.

Wie wir im Abschnitt „Viehmarkt“ die Lebendviehpreise mitgeteilt haben, so schalten wir hier eine Übersicht über die Entwicklung der Großhandelspreise ein. Es gibt alte Aufzeichnungen über Schlachtgewichtspreise, die 50 Jahre hindurch, von 1864 bis 1915, immer in gleicher Form in Jahresdurchschnitten veröffent-

licht worden sind. In der Anhangtabelle 32 sind sie zusammengestellt für Ochsen, Kälber, Schweine und Hammel erster Qualität. Ob die Preise „für 50 kg Schlachtgewicht erster Qualität“ voll vergleichbar sind mit den nach dem ersten Weltkrieg, regelmäßig seit 1924, notierten Großhandelsabgabepreisen für Fleisch, soll hier dahingestellt bleiben. Aus der Anhangtabelle 33, die, sehr detailliert, diese Notierungen für die Jahre 1924 bis 1957 umfaßt, bringen wir nachstehend als Übersicht 25 einen kurzen Auszug. Von einer Kommentierung wollen wir, ebenso wie bei den Lebendviehpreisen, absehen.

Übersicht 25

Die Fleischpreise für 50 kg in M / RM / DM im Großhandel

Jahre	Ochsenfleisch beste Qualität	1924 = 100	Kalb- fleisch beste Qualität	1924 = 100	Schweinefleisch	1924 = 100	Hammelfleisch beste Qualität	1924 = 100
1924	82,00	100	119,00	100	81,00	100	91,00	100
1928	92,20	112,4	138,10	116,1	84,50	104,3	113,80	125,1
1932	63,20	77,1	85,20	71,6	57,70	71,2	74,20	81,5
1938	76,50	93,3	94,70	79,6	70,40	86,9	92,80	102,0
1950	131,50	160,4	174,50	146,6	178,50	220,4	127,00	139,6
1951	154,00	187,8	204,40	171,8	168,80	208,4	163,60	179,8
1952	170,60	208,0	232,80	195,6	158,20	195,3	171,70	188,7
1953	155,30	189,4	226,00	189,9	161,50	199,4	158,40	174,1
1954	169,00	206,1	232,25	195,2	173,10	213,7	184,20	202,4
1955	181,50	221,3	250,50	210,5	156,20	192,8	196,90	216,4
1956	189,90	231,6	258,70	217,4	167,00	206,2	210,70	231,5
1957	185,50	226,2	274,70	230,8	156,10	192,7	193,40	212,5

IV. Fleischverbrauch

1. Fleischanfall und Bevölkerungsstand im Reichsgebiet, im Bundesgebiet und in Hamburg

Bisher ist die Fleischmenge aus den Schlachtungen der In- und Auslandstiere festgestellt, außerdem die Menge an Fleisch, die nach Hamburg eingeführt wurde. Wenn nun der Versand von Fleisch, die genauuntauglichen Fleischmengen und der Posten, den die Einfuhr- und Vorratsstelle aus dem Markt genommen hat, abgesetzt werden, so erhält man die **insgesamt zum Verbrauch verfügbare Fleischmenge**. In der nachstehenden kleinen Textübersicht sind die Mengen nach den einzelnen Fleischarten für einige Jahre dargestellt (vgl. Anhangtabellen 29 und 30).

Jahre	Rind- fleisch	Kalb- fleisch	Schweine- fleisch	Hammel- fleisch	Pferde- fleisch	zusammen
in Millionen kg						
1907	23,5	4,2	31,5	2,3	1,3	62,8
1913	25,5	4,3	42,2	2,4	1,6	76,0
1924	23,2	4,6	29,2	2,1	0,8	60,0
1928	24,8	4,4	42,0	2,0	1,8	75,0
1932	22,9	4,2	33,8	1,7	1,0	63,6
1936	21,4	3,7	44,7	1,4	1,1	72,4
1938	39,6	5,0	57,7	2,3	1,5	106,1
1950	18,2	4,3	28,8	2,8	3,0	57,1
1951	21,4	4,4	40,2	2,1	3,3	71,4
1952	19,5	3,8	42,8	2,5	2,8	71,4
1953	24,9	4,3	38,6	2,6	2,7	73,1
1954	23,2	4,3	36,5	2,3	2,8	69,1
1955	23,4	4,0	43,1	1,9	2,1	74,5
1956	28,6	3,7	45,9	1,8	2,0	82,0
1957	32,9	3,8	48,8	2,2	1,5	89,2

Die Angaben beziehen sich bis 1936 auf Hamburg alten Gebietsumfangs; der Fleischanfall in dem heutigen großhamburgischen Gebiet ist von der hamburgischen Statistik zuerst für das Jahr 1938 registriert worden. 1938 war aber, wie wir wissen, in der Vieh- und Fleischzufuhr ein ungewöhnliches Jahr. Verstärkte Rinderauftriebe auf dem Hamburger Markt und die Zufuhr großer Mengen von ausländischem Gefrierfleisch für Vorratszwecke sind die wesentliche Begründung dafür, daß das Jahr 1938 im Vergleich zu früheren Jahren in unserer Statistik einen so besonders großen Fleischanfall aufweist; mit dem Übergang der statistischen Berichterstattung von den alten auf die neuen hamburgischen Gebietsgrenzen hat dies nur zu einem geringen Teil zu tun.

Hamburg hatte vor dem Zusammenschluß mit Altona, Harburg, Wandsbek usw. 1 192 000 und nachher 1 679 000 Einwohner. Wenn wir den Fleischanfall in Beziehung zur Bevölkerungszahl setzen wollen, entsteht für uns die Frage, ob nicht ein beachtlicher Teil der 1938 zu Hamburg gekommenen Bevölkerung schon vorher mittelbar vom Hamburger Fleischgroßmarkt versorgt worden ist. Diese Frage ist nach dem Material, daß wir im Laufe der Arbeit vorgetragen haben, ohne weiteres zu bejahen; nur läßt sich nicht sagen, in welchem Umfang es der Fall war.

Regionale Untersuchungen über den Fleischverbrauch etwa je Kopf der Bevölkerung stoßen auch

dann auf einige Schwierigkeiten, wenn Gebietsveränderungen nicht eingetreten sind oder Vorratskäufe das Vergleichsbild nicht trüben; denn es bleibt der überregionale Verkehr mit Fleisch- und Wurstwaren zu berücksichtigen, der mengenmäßig nirgends genügend fixiert ist. Von Hamburg soll, wie Fachleute erklären, mehr Ware hinausgehen, als nach Hamburg hereinkommt. Dazu trägt auch das Exportgeschäft

der Hamburger Fleischwarenindustrie bei, das allerdings von 25,5 Millionen DM 1951 auf 6,8 Millionen DM 1957 zurückgegangen ist. Genaue Zahlen, die sich für einen Zeitvergleich eignen, liegen aber, wie gesagt, nicht vor; jedoch könnte es einer Hamburger „Fleischbilanz“ in der Größenordnung wohl keinen Abbruch tun, wenn unterstellt wird, daß sich aus Versand und Empfang kein entscheidender Saldo ergibt.

Übersicht 26

Der Fleischanfall aus Schlachtungen (gewerbliche und Hausschlachtungen) und aus Einfuhren im Deutschen Reich

Fleischgewinnung	1938	1936	1932	1928	1924	1913
a) Fleischanfall im ganzen						
Fleischanfall						
Fleisch aus Schlachtungen von Inlandstieren t	3 687 100	3 440 700	3 123 582	3 232 801	2 290 038	2 894 300
Fleisch aus Schlachtungen von Auslandstieren t	900	12 900	10 507	127 776	165 975	65 016
Einfuhren von Fleisch t	108 700	85 600	38 369			
Zum Verbrauch verfg. Fleischmenge¹⁾ t	3 796 700	3 539 200	3 172 458	3 360 577	2 456 013	3 004 369
je Kopf der Bevölkerung kg	57,1	53,5	48,9	52,8	39,5	50,4

b) Fleischanfall nach den einzelnen Fleischarten

Fleischarten	1938			1936			1932		
	insgesamt in t	vH	je Kopf der Bevölkerung kg	insgesamt in t	vH	je Kopf der Bevölkerung kg	insgesamt in t	vH	je Kopf der Bevölkerung kg
Rindfleisch	1 077 900	28,39	16,200	803 800	22,71	12,150	891 691	28,11	13,740
Kalbfleisch	211 400	5,57	3,180	192 200	5,43	2,910	195 942	6,18	3,020
Schweinefleisch	2 413 900	63,58	36 310	2 462 800	69,59	37,230	2 008 980	63,33	30,970
Hammeiffleisch	49 200	1,29	0,740	38 900	1,10	0,590	40 138	1,26	0,620
Ziegenfleisch	11 000	0,29	0,170	12 200	0,34	0,180	10 314	0,32	0,160
Pferdefleisch	33 300	0,88	0,500	29 300	0,83	0,440	25 393	0,80	0,390
Insgesamt	3 796 700	100	57,100	3 539 200	100	53,500	3 172 458	100	48,900

Fortsetzung

Fleischarten	1928			1924			1913		
	insgesamt in t	vH	je Kopf der Bevölkerung kg	insgesamt in t	vH	je Kopf der Bevölkerung kg	insgesamt in t	vH	je Kopf der Bevölkerung kg
Rindfleisch	932 922	27,76	14,660	775 308	31,57	12,470	851 823	28,35	14,290
Kalbfleisch	196 969	5,86	3,090	162 433	6,61	2,610	162 149	5,40	2,720
Schweinefleisch	2 143 008	63,77	33,680	1 430 160	58,23	23,000	1 878 121	62,51	31,510
Hammeiffleisch	40 921	1,22	0,640	50 789	2,07	0,820	56 113	1,87	0,940
Ziegenfleisch	12 945	0,38	0,200	11 710	0,48	0,190	19 784	0,66	0,330
Pferdefleisch	33 812	1,01	0,530	25 613	1,04	0,410	36 379	1,21	0,610
Insgesamt	3 360 577	100	52,800	2 456 013	100	39 500	3 004 369	100	50,400

¹⁾ Unter Berücksichtigung der Vorratsbewirtschaftung.
Quelle: Statistische Jahrbücher des Deutschen Reiches.

Im Rahmen des Bundes, wie früher des Reiches, ist eine Statistik des Fleischanfalls natürlich eindeutiger aufzubauen, da die inneren wirtschaftlichen Verflechtungen außer Betracht bleiben können und der Außenhandel mit Vieh, Fleisch und Fleischwaren genau bekannt ist. Aus der Reichsstatistik ist die vorstehende Übersicht 26 (Teil A und B) von uns zusammengestellt. Ihre Zahlen sprechen von der „zum Verbrauch verfügbaren Fleischmenge“, also nicht eigentlich vom Verbrauch, sondern von dem, was aus Schlachtungen und Einfuhr jeweils verfügbar

geworden war, sei es, daß dieses Fleisch nach Verarbeitung unmittelbar in den Verbrauch gelangte, sei es, daß es für die Vorratswirtschaft in die Kühlhäuser kam. Die Klärung ist nötig, um insbesondere die Zahlen aus dem Jahr 1938 richtig zu verstehen. Es wäre falsch, anzunehmen, daß der Fleischanfall von 57,1 kg je Kopf der Bevölkerung im Jahre 1938 auch voll und ganz dem Verbrauch entsprochen hätte; der Verbrauch wird nach den Vergleichszahlen in der Übersicht Teil A um mehrere Kilo niedriger gewesen sein. Die Übersicht Teil B teilt für dieselben älteren

Jahre den Fleischanfall nach den einzelnen Fleischarten auf. Danach hat Schweinefleisch fast immer den hohen Anteil von über 60 vH gehabt.

Der Vorkriegsverbrauch von etwa 4 kg je Kopf innerhalb 4 Wochen wurde durch die **Lebensmittelrationierung nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges** zunächst auf gut die Hälfte herabgesetzt; gegen Ende 1939 betrug die vierwöchentliche Fleischzuteilung für den Normalverbraucher über 18 Jahre 2125 Gramm (neben 1075 Gramm Fett). Wie die Zuteilung von Fleisch und die von Fett (die Fettzuteilungen sind schon wegen des ständigen Rückgangs in der Qualität des Schlachtviehs und des besonders großen Ausfalls von Schweinefleisch in diesem Zusammenhang mitzunennen) im Laufe der Kriegs- und Nachkriegsjahre immer geringer geworden ist, daß sei in folgenden Zahlen hier festgehalten. Es wurden in jeweils 13 vierwöchentlichen Perioden insgesamt zugeteilt (der Vorkriegsverbrauch hatte etwa 52 000 Gramm Fleisch und 27 000 Gramm Fett betragen):

Jahre	Fleisch	Fett
1940	26 260 Gramm	13 845 Gramm
1941	23 200 "	13 845 "
1942	17 420 "	11 310 "
1943	15 470 "	11 050 "
1944	13 325 "	11 375 "
1945	9 620 "	6 760 "
1946	7 150 "	4 160 "
1947	6 175 "	2 275 "
1948	3 510 "	5 330 "
1949	9 100 "	12 025 "

Nach Festigung der Geldwährung und bei einem rasch fortschreitenden Wiederaufbau der Viehstapel errechnete sich der **Fleischanfall im Bundesgebiet** je Kopf der Bevölkerung für das Jahr 1950 auf **37,3 kg** und für 1957 auf **56,6 kg**. Er dürfte damit etwas über der **normalen Vorkriegsquote** liegen und erreicht nahezu den Satz von 1938 (57,1 kg). Übersicht 27 führt die Zahlen im einzelnen vor, eine Unterteilung nach Fleischarten ist leider nicht durchzuführen.

Übersicht 27

Der Fleischanfall aus den Schlachtungen und die Einfuhren von Fleisch im Bundesgebiet¹⁾

Fleischgewinnung	1950	1951	1952	1953
Fleischanfall aus gewerblichen Schlachtungen von Inlandstieren t	1 132 500	1 384 795	1 532 084	1 669 260
Fleischanfall aus Hausschlachtungen ²⁾ t	428 016	497 412	517 672	471 480
Fleischanfall aus Schlachtungen von Auslandstieren t	90 698	61 970	55 707	80 464
Einfuhren von Fleisch und Fleischwaren t	130 794	67 363	57 571	92 962
Fleischanfall zusammen t	1 782 008	2 011 540	2 163 034	2 314 166
Ausfuhr von Fleisch und Fleischwaren t	2 360	23 654	10 341	14 609
Zum Verbrauch verfügbare Fleischmenge t	1 779 648	1 987 886	2 152 693	2 299 557
je Kopf der Bevölkerung kg	37,3	39,5	45,1	47,7

Fortsetzung

Fleischgewinnung	1954	1955	1956	1957
Fleischanfall aus gewerblichen Schlachtungen von Inlandstieren t	1 761 546	1 903 617	1 950 333	2 116 843
Fleischanfall aus Hausschlachtungen ²⁾ t	458 345	498 851	457 223	473 342
Fleischanfall aus Schlachtungen von Auslandstieren t	85 307	95 667	134 558	107 881
Einfuhren von Fleisch und Fleischwaren t	96 959	112 344	210 060	167 116
Fleischanfall zusammen t	2 402 157	2 610 479	2 752 174	2 865 182
Ausfuhr von Fleisch und Fleischwaren t	15 407	8 140	5 451	8 860
Zum Verbrauch verfügbare Fleischmenge t	2 386 750	2 602 339	2 746 723	2 856 322
je Kopf der Bevölkerung kg	49,0	52,9	55,2	56,6

¹⁾ Quellen: Statistik der Bundesrepublik Deutschland: „Die Viehwirtschaft“ 1950/1956; Statistische Berichte: Arb.-Nr. III/17/107; Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland, Teil II: „Der Spezialhandel nach Waren“ 1950/1957. — ²⁾ Die Anzahl der Schweine (Hausschlachtungen) ist mit 110 kg Schlachtgewicht eingesetzt.

Macht man die gleiche **Berechnung für Hamburg**, dann ergibt sich, das hier aus Schlachtungen und Zufuhren im Jahre 1950 **35,9 kg**, 1956 **47,0 kg** und 1957 **50,6 kg** Fleisch **je Kopf der Bevölkerung zur Verfügung standen**. Dies bedeutet, daß nur im Jahre 1951 die Hamburger Quote über der des Bundesgebietes lag. Im Jahre 1957 betrug der Unterschied zum Bundesdurchschnitt noch 6 kg (1956 8,2 kg) (vgl. Übersichten 27 und 28).

Interessant wäre es gegenüberzustellen, wie der Hamburger Verbrauch in früherer Zeit gewesen ist. Aber auf einen solchen Vergleich muß leider verzichtet werden,

da die bereits oben angedeuteten Vergleichsstörungen, die aus der Gebietsveränderung 1937 herrühren, sich bei näherer Betrachtung als zu groß erweisen, als daß auch nur Annäherungswerte ermittelt werden könnten. Den Fleischanfall aus der Zeit vor 1937 etwa allein auf die derzeitige hamburgische Bevölkerung zu beziehen, müßte zu einer überhöhten Durchschnittszahl je Kopf führen. Andererseits ist es auch nicht möglich, schon für die Zeit vor 1937 eine „großhamburgische“ Vergleichsrechnung aufzubauen, weil es für die ehemals preußischen Gebietsteile sowohl an Angaben über

die eigenen Schlachtungen wie auch ihre Beteiligung am Schlachthof und Fleischgroßmarkt in Hamburg völlig fehlt. Daß schließlich das Jahr

1938 aus anderen Gründen nicht ohne weiteres vergleichbar ist, darauf war schon früher hingewiesen.

Übersicht 28

Der Fleischanfall pro Kopf der Bevölkerung in Hamburg

Fleischsorten	Fleischanfall in 1000 kg	Bevölkerungs- zahl	Fleischanfall pro Kopf der Bevölkerung in kg	Fleischsorten	Fleischanfall in 1000 kg	Bevölkerungs- zahl	Fleischanfall pro Kopf der Bevölkerung in kg
1938				1953			
		1 679 793				1 705 341	
Rindfleisch	39 574		23,560	Rindfleisch	24 921		14,610
Kalbfleisch	4 975		2,960	Kalbfleisch	4 270		2,500
Schweinefleisch	57 705		34,350	Schweinefleisch	38 599		22,640
Hammelfleisch	2 294		1,370	Hammelfleisch	2 572		1,510
Pferdefleisch	1 467		0,870	Pferdefleisch	2 647		1,550
Ziegenfleisch	50		0,030	Ziegenfleisch	53		0,030
insgesamt	106 065		63,140	insgesamt	73 062		42,840
1949				1954			
		1 541 376				1 736 522	
Rindfleisch	11 193		7,260	Rindfleisch	23 190		13,350
Kalbfleisch	2 660		1,730	Kalbfleisch	4 286		2,470
Schweinefleisch	10 248		6,650	Schweinefleisch	36 461		21,000
Hammelfleisch	2 628		1,740	Hammelfleisch	2 312		1,330
Pferdefleisch	4 336		2,810	Pferdefleisch	2 819		1,620
Ziegenfleisch	49		0,030	Ziegenfleisch	64		0,040
insgesamt	31 168		20,220	insgesamt	69 132		39,810
1950				1955			
		1 591 173				1 765 064	
Rindfleisch	18 213		11,450	Rindfleisch	23 352		13,230
Kalbfleisch	4 303		2,700	Kalbfleisch	4 046		2,290
Schweinefleisch	28 813		18,110	Schweinefleisch	43 070		24,400
Hammelfleisch	2 813		1,770	Hammelfleisch	1 877		1,070
Pferdefleisch	2 966		1,860	Pferdefleisch	2 101		1,190
Ziegenfleisch	31		0,020	Ziegenfleisch	59		0,030
insgesamt	57 139		35,910	insgesamt	74 505		42,210
1951				1956			
		1 639 567				1 744 165	
Rindfleisch	21 419		13,060	Rindfleisch	28 639		16,420
Kalbfleisch	4 390		2,680	Kalbfleisch	3 745		2,150
Schweinefleisch	40 221		24,530	Schweinefleisch	45 851		26,290
Hammelfleisch	2 084		1,270	Hammelfleisch	1 767		1,010
Pferdefleisch	3 295		2,010	Pferdefleisch	1 987		1,140
Ziegenfleisch	35		0,020	Ziegenfleisch	53		0,030
insgesamt	71 444		43,570	insgesamt	82 042		47,040
1952				1957			
		1 669 670				1 762 847	
Rindfleisch	19 480		11,670	Rindfleisch	32 909		18,670
Kalbfleisch	3 801		2,280	Kalbfleisch	3 756		2,130
Schweinefleisch	42 818		25,650	Schweinefleisch	48 812		27,690
Hammelfleisch	2 443		1,460	Hammelfleisch	2 145		1,220
Pferdefleisch	2 811		1,680	Pferdefleisch	1 526		0,860
Ziegenfleisch	56		0,030	Ziegenfleisch	47		0,030
insgesamt	71 409		42,770	insgesamt	89 195		50,600

Übersicht 29

Prozentualer Anteil der einzelnen Fleischsorten am Gesamtfleischanfall in Hamburg (abzüglich Beanstandungen) (Gesamtfleischanfall = 100)

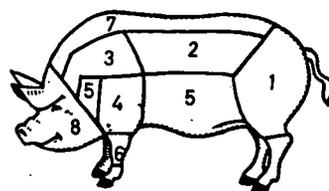
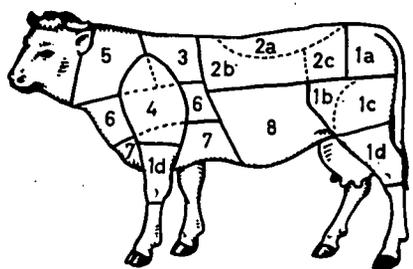
Fleischsorten	1907	1913	1924	1928	1932	1936	1938	1949
Rindfleisch	37,4	33,5	38,8	33,0	36,0	29,6	37,3	35,9
Kalbfleisch	6,6	5,7	7,7	5,9	6,6	5,2	4,7	8,5
Schweinefleisch	50,2	55,5	48,7	55,9	53,2	61,7	54,4	32,9
Hammelfleisch	3,7	3,2	3,5	2,7	2,7	2,0	2,2	8,6
Pferdefleisch	2,1	2,1	1,3	2,5	1,5	1,5	1,4	13,9
Ziegenfleisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2

Fortsetzung

Fleischsorten	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
Rindfleisch	31,9	30,0	27,3	34,1	33,5	31,4	34,9	36,9
Kalbfleisch	7,5	6,1	5,3	5,9	6,2	5,4	4,6	4,2
Schweinefleisch	50,4	56,3	60,0	52,8	52,8	57,8	55,9	54,7
Hammelfleisch	4,9	2,9	3,4	3,5	3,3	2,5	2,1	2,4
Pferdefleisch	5,2	4,6	3,9	3,6	4,1	2,8	2,4	1,7
Ziegenfleisch	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1

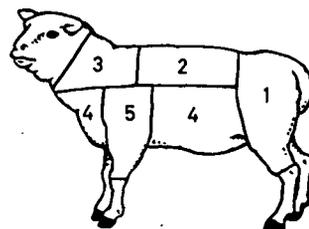
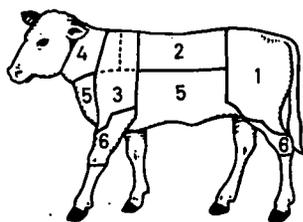
Die Übersicht 28 zeigt für Hamburg, ebenso wie die Übersicht 26 (Teil B) für das frühere Reichsgebiet, den Anteil der einzelnen Fleischarten. Es ist interessant zu sehen, daß am Fleischver-

Zerlegungsschema und Ausschachtungsergebnis vom Rind, Kalb, Schwein und Hammel



Zerlegungsschema	Ausschlachtungsergebnis von Hamburger Probeschlachtungen Sommer 1948	
	Bezeichnung	Anteil am Schlacht tier in v H
1. Keule		
darunter		
a) Schwanzstück		
b) Kugel		
c) Schmer, Klufft (Oberschale)		
d) Hesse (Bein)		
2. Roastbeef mit Filet und Blume		
darunter		
a) Filet		
b) Roastbeef		
c) Blume (Dickelang)		
3. Hochrippe		
4. Blatt		
5. Kamm, Hals		
6. Querrippe		
7. Brust		
8. Bauchlappen		
	Brust	5,9
	Querrippe	7,4
	Unterrippe	5,4
	Dünner Schamm	3,4
	Hochrippe	3,5
	Steertstück	5,9
	Kluftschale	2,0
	Blatt, Bug m. Kn.	4,4
	Schier vom Bug	4,3
	Gulasch	3,6
	Rollfleisch	3,7
	Roastbeef	12,8
	Beefsteak	4,6
	Beefsteakhack	5,2
	Ochsenhack	5,8
	Nieren	0,5
	Steert	0,8
	Bein	5,4
	Knochen	11,8
	Talg	2,2
	Abfall	1,4
	zusammen	100

Zerlegungsschema	Ausschlachtungsergebnis von Hamburger Probeschlachtungen Sommer 1948	
	Bezeichnung	Anteil am Schlacht tier in v H
1. Schinken, frisch		
2. Kotelett und Lende		
3. Kamm		
4. Blatt — Schulter		
5. Bauch und Abschnitte	Schinken m. Kn.	20,3
6. Eisbeine	Schulter m. Kn.	11,8
7. Speckseite (Rückenfett)	Bauch	10,8
8. Kopf mit Backe	Karbonade	15,8
	Nacken	7,5
	Nieren	0,2
	Hack	7,1
	Eisbein	3,1
	fetter Speck	8,5
	vollst. Kopf	8,7
	Pfoten	2,8
	Rippen II	0,9
	Schwänze	0,6
	Flomen	1,9
	zusammen	100



Zerlegungsschema	Ausschlachtungsergebnis von Hamburger Probeschlachtungen Sommer 1948	
	Bezeichnung	Anteil am Schlacht tier in v H
1. Keule		
2. Rücken mit Nierenbraten		
3. Schulter (Bug)		
4. Hals mit Unterrippe		
5. Bauch mit Brust		
6. Hachse		
	Brust, Bauch	13,7
	Blatt	12,0
	Keule m. Knochen	34,8
	Rücken m. Nieren	13,0
	Frikassee	12,0
	Hachse	8,7
	Knochen	5,8
	zusammen	100

Zerlegungsschema	Ausschlachtungsergebnis von Hamburger Probeschlachtungen Sommer 1948	
	Bezeichnung	Anteil am Schlacht tier in v H
1. Keule		
2. Rücken mit Koteletts		
3. Nacken, Kamm		
4. Bauch mit Brust		
5. Blatt — Bug		
	Nacken, Brust, Bauch, Blatt	48,4
	Rücken	15,6
	Keule	32,4
	Nieren	0,9
	Talg	2,7
	zusammen	100

brauch in Hamburg das Schweinefleisch in einem weniger hohen Grade beteiligt ist als früher im Reichsdurchschnitt (für das Bundesgebiet fehlt es noch an diesen Durchschnitten). Was hier an Schweinefleisch weniger verzehrt wird, wird an Rindfleisch mehr gegessen. Es bewahrheitet sich danach der alte Ausspruch, daß Hamburg die Stadt der Beefsteakesser sei.

2. Kleinhandelspreise

In langer Rückschau führt am Schlusse der Abhandlung die Anhangtabelle 34 vor, was unsere Urgroßmütter und Großmütter für ihre Fleischeinkäufe zu zahlen hatten, wie die Kleinhandelspreise dann zwischen den beiden Weltkriegen gewesen sind und welcher Preisstand sich schließlich von 1950 bis 1957 herausgebildet hat. Das Material aus mehr als 70 Jahren knüpft an die Großhandelspreise für Fleisch und die Lebendviehpreise an, die wir in früheren Abschnitten ebenfalls über lange Zeiträume hinweg geboten haben.

Kalkulatorisch sind die Kleinhandelspreise durch die Gewichtsanteile der verschiedenen Fleischstücke am geschlachteten Tierkörper bedingt. Die Zerlegung des Vorder- und des Hinterviertels vom Rind, der Schweinehälfte, des geschlachteten Kalbs und des geschlachteten

Hammels führt schon von der anatomischen Seite her zu bestimmten Sorten- und Mengenergebnissen; aber in Details kommt es auch auf die gewerbetübliche Methode der Zerlegung an, die regional verschieden sein kann, je nach den Verbrauchsgewohnheiten und der Überlieferung. Wir zeigen in der Übersicht 30, wie Rind, Schwein, Kalb und Hammel bei der Ausschachtung aufgeteilt werden. Wir zeigen es zunächst im groben Aufriß des „Zerlegungsschemas“ (das in der Zeit amtlicher Preisbildung überall im Reiche gleichförmig zur Geltung kam) und sodann in der feineren Aufteilung nach den in Hamburg verkaufsbüchlichen Fleischsorten.

Aus diesem detaillierten, „konsumnahen“ hamburgischen Schema der Gewichtsanteile und den jahresdurchschnittlichen Preisen für die einzelnen Fleischstücke errechnen sich die gewogenen Jahresdurchschnittspreise für Rindfleisch, Kalbfleisch, Schweine- und Hammelfleisch, und aus der am Verbrauch orientierten Wägung wiederum dieser vier Fleischarten (gemäß Übersicht 29) folgern sich letztlich die gewogenen Durchschnittspreise für Fleisch überhaupt. Die Zahlen sind in der Übersicht 31 für 1950 bis 1957 und für einige schon wiederholt herangezogene Vergleichsjahre zusammengestellt.

Übersicht 31

Kleinhandels-Verkaufspreise für Fleisch in 1/2 kg im gewogenen Durchschnitt in Pfennigen

Jahre	Rindfleisch Pf	1913 = 100	Kalbfleisch Pf	1913 = 100	Schweinefleisch Pf	1913 = 100	Hammelfleisch Pf	1913 = 100	Fleisch überhaupt (Bei Wägung der Anteile der Fleischarten gem. Übersicht 29) Pf	1913 = 100
1913	87,4	100	99,5	100	89,5	100	97,5	100	89,6	100
1924	105,9	121,2	111,9	112,5	108,6	121,3	104,4	107,1	107,7	120,2
1928	116,3	133,1	155,3	156,1	105,2	117,5	136,5	140,0	112,9	126,0
1932	80,1	91,6	104,8	105,3	70,9	79,2	96,7	99,2	77,2	86,2
1938	91,2	104,3	116,0	116,6	83,7	93,5	106,3	109,0	90,6	101,1
1950	173,0	197,9	183,9	184,8	185,6	207,4	178,7	183,3	180,9	201,9
1951	188,3	215,4	218,9	220,0	205,9	230,1	211,6	217,0	201,4	224,8
1952	213,8	244,6	248,2	249,4	200,2	223,7	224,0	229,7	207,6	231,7
1953	200,0	228,8	248,5	249,7	199,5	222,9	211,5	216,9	203,2	226,8
1954	213,6	244,4	264,4	265,7	215,6	240,9	236,5	242,6	218,8	244,2
1955	224,2	256,5	271,3	272,7	201,1	224,7	253,7	260,2	213,9	238,7
1956	237,1	271,3	287,5	288,9	215,5	240,8	274,2	281,2	227,8	254,2
1957	241,0	275,7	296,9	298,4	215,1	240,3	266,0	272,8	229,6	256,3

Die Fleischnahrung kostete danach im Jahresdurchschnitt 1957 153,4 vH mehr als im Jahre 1938. Demgegenüber ist der Preisindex für die gesamte Ernährung im gleichen Zeitraum nur um 95,3 vH gestiegen. Aber man darf eins nicht übersehen: 1938 zeigt sich auch hier wieder nicht als ein „normales“ Vergleichsjahr; denn die Fleischpreise lagen damals kraft behördlicher Regelung etwa auf der Ebene von 1913 — Schweinefleisch war sogar noch billiger. Dies stand im Gegensatz zu den Preisen für andere Hauptnahrungsmittel, die 1938 meistens um 25 vH über dem Preisstand von 1913 lagen; es stand auch im Gegensatz zum Ernährungsindex überhaupt, der von 1913 auf 1938 um 20,8 vH gestiegen war, während

sich z. B. der Preisindex für die gesamte Lebenshaltung noch mehr, nämlich um 27 vH erhöht hatte. Diese Sonderstellung der Fleischpreise in der Reglementierung wird man, wie gesagt, nicht außer acht lassen dürfen. Zudem muß berücksichtigt werden, daß die Landwirtschaft in jener Zeit aus öffentlichen Fonds Ausgleichsbeträge für Schlachtrinder und Schlachtschweine erhielt.

In den Jahren 1950 bis 1957 überstieg der Preisindex für Fleisch — wir verdeutlichen es noch durch die Übersicht 32 — die Preisindexziffer für die gesamte Ernährung. Das gleiche gilt gegenwärtig auch für Brot, Fische und Gemüse, deren Preisindizes sich sogar noch etwas stärker von der Basis 1938 nach oben abheben.

Übersicht 32

Indexziffern 1913/14 = 100

Lebensbedürfnisse	1913/14	1924	1928	1932	1938	1950	1951
Brot	100	115,0	162,0	137,0	128,0	179,0	253,0
Nährmittel	100	105,1	121,2	104,4	106,1	170,7	213,5
Fische	100	229,5	280,3	186,9	155,7	218,0	260,7
Gemüse	100	218,5	235,4	107,7	126,9	203,8	195,4
Fette	100	133,8	124,2	86,2	124,9	196,7	214,4
Fleisch	100	120,2	126,0	86,2	101,1	201,1	223,4
Preisindex für Ernährung	100	141,9	157,5	113,4	120,8	191,6	209,6
Preisindex für die Gesamtlebenshaltung	100	127,7	155,3	120,7	127,0	202,4	217,0

Fortsetzung

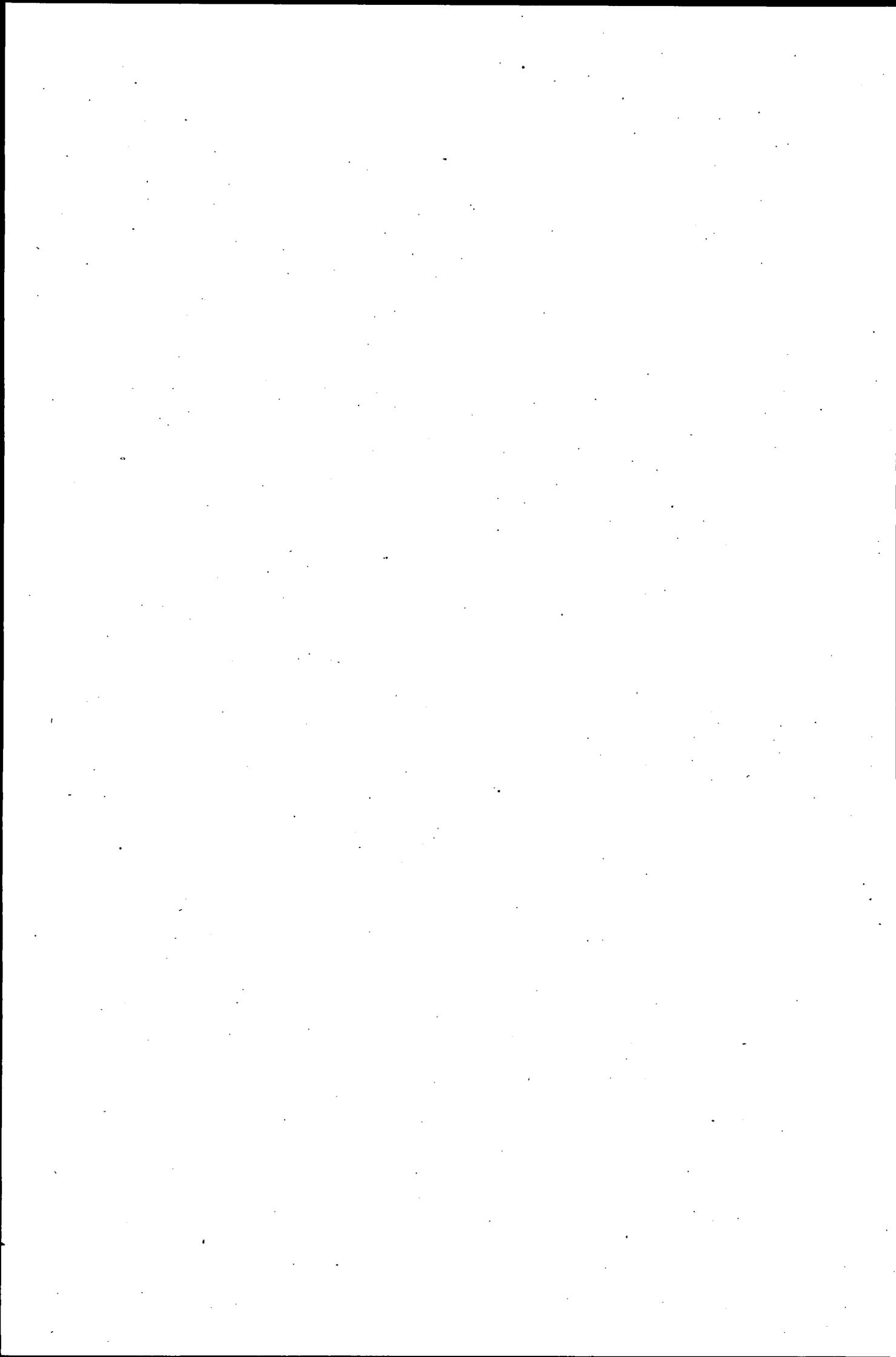
Lebensbedürfnisse	1913/14	1952	1953	1954	1955	1956	1957
Brot	100	261,0	272,4	280,2	282,2	296,0	304,4
Nährmittel	100	217,8	216,0	214,1	209,5	209,1	210,6
Fische	100	241,8	242,1	252,3	246,6	262,4	289,4
Gemüse	100	273,1	267,3	275,3	292,1	336,0	311,0
Fette	100	195,1	185,5	190,6	190,5	194,9	198,8
Fleisch	100	238,5	224,4	242,7	242,0	259,4	260,7
Preisindex für Ernährung	100	220,3	215,4	220,1	223,4	232,0	235,7
Preisindex für die Gesamtlebenshaltung	100	222,5	217,2	218,4	221,7	229,2	233,4

Aber 1938 läßt wie gesagt nicht immer einen stichhaltigen Vergleich zu. Festzustellen ist jedenfalls, daß der Fleischverzehr in Hamburg inzwischen die Vorkriegsquote etwa wieder erreicht hat. Der

Grund hierfür dürfte vor allem im Anstieg der Kaufkraft durch die zunehmende Beschäftigtenzahl zu suchen sein.

Dr. Urban

Anhangtabellen



Anhangtabelle 1

Die Zufuhren von inländischem Schlachtvieh zum Hamburger Viehmarkt

Monate	Rinder		Kälber		Schweine		Schafe	
	überhaupt	vH	überhaupt	vH	überhaupt	vH	überhaupt	vH
1948								
Januar	211	1,4	91	2,2	129	4,1	129	1,1
Februar	47	0,3	31	0,7	742	23,3	9	0,1
März	50	0,3	55	1,3	948	29,7	2	0,0
April	19	0,1	58	1,3	233	7,3	2	0,0
Mai	325	2,2	528	12,5	88	2,8	20	0,2
Juni	489	3,3	242	5,8	61	1,9	12	0,1
Juli	4 297	28,9	2 081	49,4	183	5,7	311	2,6
August	1 099	7,4	449	10,7	43	1,3	831	7,0
September	2 008	13,5	199	4,7	36	1,1	2 118	17,7
Oktober	1 212	8,1	66	1,6	35	1,1	2 187	18,3
November	2 617	17,6	137	3,2	73	2,3	2 633	22,1
Dezember	2 511	16,9	279	6,6	618	19,4	3 676	30,8
Insgesamt	14 885	100	4 216	100	3 189	100	11 930	100
1949								
Januar	694	2,1	320	2,2	910	1,0	1 077	1,5
Februar	990	3,0	799	5,4	925	1,0	1 102	1,5
März	1 037	3,1	2 436	16,4	1 729	2,0	1 279	1,7
April	485	1,5	1 857	12,5	1 701	1,9	3 295	4,5
Mai	734	2,2	1 158	7,8	2 357	2,7	7 220	9,8
Juni	1 747	5,3	919	6,2	5 985	6,8	13 315	18,1
Juli	1 234	3,7	699	4,7	2 767	3,1	5 057	6,9
August	3 638	11,0	1 029	6,9	6 692	7,6	11 669	15,9
September	5 013	15,2	1 009	6,8	9 910	11,2	9 998	13,6
Oktober	7 496	22,8	1 266	8,5	13 792	15,6	8 474	11,5
November	6 214	18,9	1 623	10,9	16 391	18,6	5 894	8,0
Dezember	3 679	11,2	1 745	11,7	25 198	28,5	5 105	7,0
Insgesamt	32 961	100	14 860	100	88 357	100	73 485	100
1950								
Januar	3 289	5,5	1 448	3,3	21 622	9,1	3 357	4,9
Februar	3 548	5,9	2 310	5,2	19 302	8,1	3 128	4,6
März	5 224	8,7	6 278	14,1	25 519	10,7	4 811	7,1
April	3 081	5,2	4 867	10,9	20 678	8,7	3 700	5,4
Mai	3 030	5,1	5 133	11,6	22 457	9,5	3 676	5,4
Juni	4 221	7,1	4 032	9,1	20 377	8,6	8 975	13,2
Juli	3 503	5,8	2 841	6,4	12 200	5,1	5 185	7,6
August	6 039	10,1	3 201	7,2	13 959	5,9	6 824	10,0
September	5 956	10,0	2 795	6,3	16 368	6,9	8 385	12,3
Oktober	8 126	13,6	2 961	6,7	15 574	6,6	8 674	12,7
November	8 457	14,2	4 155	9,4	23 655	10,0	7 716	11,3
Dezember	5 283	8,8	4 369	9,8	25 695	10,8	3 736	5,5
Insgesamt	59 757	100	44 390	100	237 406	100	68 167	100
1951								
Januar	5 420	8,1	4 141	7,9	25 131	6,3	3 940	8,4
Februar	3 237	4,8	4 216	8,0	26 019	6,5	2 454	5,2
März	3 294	4,9	5 901	11,3	28 726	7,2	2 617	5,6
April	4 687	7,0	6 218	11,8	35 176	8,8	1 634	3,5
Mai	3 868	5,7	7 575	14,4	40 141	10,1	2 942	6,3
Juni	3 141	4,7	3 496	6,7	29 546	7,4	3 862	8,2
Juli	5 230	7,8	3 221	6,2	29 105	7,3	3 455	7,4
August	10 023	14,9	3 620	6,9	40 386	10,1	5 614	12,0
September	7 638	11,4	2 772	5,3	30 168	7,5	5 117	10,9
Oktober	7 815	11,6	3 058	5,8	33 460	8,4	5 425	11,6
November	8 070	12,0	4 268	8,1	40 632	10,2	6 112	13,1
Dezember	4 759	7,1	3 997	7,6	40 604	10,2	3 630	7,8
Insgesamt	67 182	100	52 483	100	399 094	100	46 802	100
1952								
Januar	4 904	7,8	4 011	8,0	40 436	9,2	5 008	8,5
Februar	3 436	5,4	3 744	7,5	37 543	8,5	4 050	6,8
März	3 429	5,4	4 718	9,4	42 478	9,7	3 260	5,5
April	3 927	6,2	6 119	12,3	43 733	9,9	2 594	4,4
Mai	2 501	4,0	4 768	9,5	38 634	8,8	3 718	6,3
Juni	2 939	4,7	2 995	6,0	29 506	6,7	4 245	7,2
Juli	6 001	9,6	3 594	7,2	34 902	7,9	4 974	8,4
August	4 511	7,2	2 268	4,6	24 317	5,5	5 070	8,6
September	6 405	10,2	2 607	5,2	27 681	6,3	5 749	9,7
Oktober	10 465	16,6	4 300	8,6	39 756	9,0	8 568	14,5
November	7 723	12,3	4 672	9,4	36 307	8,3	7 371	12,4
Dezember	6 691	10,6	6 137	12,3	44 841	10,2	4 568	7,7
Insgesamt	62 932	100	49 933	100	440 134	100	59 175	100

Noch: Anhangtabelle 1

Monate	Rinder		Kälber		Schweine		Schafe	
	überhaupt	vH	überhaupt	vH	überhaupt	vH	überhaupt	vH
1953								
Januar	5 443	6,5	4 143	7,5	30 956	7,7	4 957	7,9
Februar	5 465	6,6	4 809	8,7	34 937	8,6	4 657	7,5
März	5 706	6,8	6 401	11,5	38 536	9,5	4 211	6,7
April	5 777	6,9	6 476	11,7	45 128	11,2	4 681	7,5
Mai	3 765	4,5	5 023	9,0	36 312	9,0	3 269	5,2
Juni	4 754	5,7	3 852	6,9	30 116	7,5	6 016	9,6
Juli	7 312	8,8	3 918	7,1	32 635	8,1	5 830	9,3
August	7 209	8,6	2 779	5,0	24 204	6,0	4 656	7,5
September	10 504	12,6	3 586	6,4	33 043	8,2	7 669	12,2
Oktober	10 668	12,8	3 577	6,4	28 750	7,1	6 059	9,7
November	9 126	10,9	4 633	8,3	31 628	7,8	5 681	9,1
Dezember	7 749	9,3	6 369	11,5	37 394	9,3	4 901	7,8
Insgesamt	83 478	100	55 566	100	403 639	100	62 587	100
1954								
Januar	6 039	6,2	4 375	7,6	27 757	6,9	4 847	8,5
Februar	6 017	6,2	4 897	8,5	29 780	7,4	4 836	8,5
März	7 690	7,9	7 083	12,3	44 048	11,0	3 816	6,7
April	5 500	5,7	5 312	9,2	34 944	8,7	3 064	5,3
Mai	4 984	5,2	5 174	9,0	32 226	8,1	2 742	4,8
Juni	6 496	6,7	5 331	9,3	34 216	8,5	7 473	13,1
Juli	7 253	7,5	3 464	6,0	25 911	6,5	4 900	8,6
August	7 903	8,2	2 730	4,8	26 394	6,6	4 994	8,7
September	12 840	13,3	3 736	6,5	34 840	8,7	6 696	11,7
Oktober	12 244	12,6	3 574	6,2	27 900	7,0	4 930	8,6
November	10 800	11,2	4 828	8,4	34 878	8,7	5 488	9,6
Dezember	8 978	9,3	7 024	12,2	47 597	11,9	3 394	5,9
Insgesamt	96 744	100	57 528	100	400 491	100	57 180	100
1955								
Januar	7 177	7,6	4 792	9,2	34 274	6,6	3 639	7,9
Februar	5 875	6,2	4 548	8,8	37 691	7,2	2 606	5,6
März	7 986	8,5	6 833	13,2	56 350	10,8	3 176	6,9
April	4 863	5,1	4 888	9,4	43 845	8,4	2 060	4,5
Mai	4 581	4,9	5 567	10,7	48 630	9,4	2 422	5,2
Juni	6 490	6,9	4 659	9,0	47 379	9,1	6 025	13,0
Juli	6 341	6,7	2 730	5,2	34 684	6,7	3 160	6,8
August	11 207	11,9	3 255	6,3	44 904	8,6	5 395	11,7
September	9 922	10,5	2 532	4,9	37 987	7,3	4 687	10,1
Oktober	11 949	12,7	2 669	5,1	39 128	7,5	4 651	10,1
November	11 552	12,2	4 731	9,1	54 209	10,4	5 059	11,0
Dezember	6 404	6,8	4 756	9,1	41 495	8,0	3 316	7,2
Insgesamt	94 347	100	51 960	100	520 576	100	46 196	100
1956								
Januar	6 384	7,2	4 616	9,3	47 625	9,4	2 900	7,3
Februar	5 769	6,5	3 887	7,8	40 988	8,1	2 747	6,9
März	4 879	5,5	5 716	11,5	46 393	9,2	2 667	6,7
April	5 243	5,9	4 843	9,7	48 635	9,6	1 977	5,0
Mai	5 065	5,7	5 321	10,7	44 723	8,8	1 898	4,8
Juni	4 768	5,4	3 838	7,7	41 116	8,1	4 544	11,5
Juli	7 080	8,0	3 773	7,6	44 546	8,8	4 180	10,5
August	8 079	9,1	2 482	5,0	36 714	7,3	4 660	11,7
September	7 783	8,8	2 485	5,0	32 516	6,4	3 531	8,9
Oktober	14 488	16,4	3 939	7,9	44 402	8,8	4 220	10,6
November	10 950	12,4	3 844	7,7	38 623	7,6	3 403	8,6
Dezember	8 071	9,1	5 037	10,1	40 065	7,9	2 958	7,5
Insgesamt	88 559	100	49 781	100	506 346	100	39 685	100
1957								
Januar	8 325	7,6	5 044	10,1	43 823	6,9	3 397	7,3
Februar	6 262	5,7	4 324	8,6	41 529	6,6	3 294	7,1
März	6 508	6,0	5 297	10,6	61 876	9,8	3 346	7,2
April	7 502	6,9	6 407	12,8	88 459	14,0	3 908	8,4
Mai	5 736	5,2	4 620	9,2	68 075	10,8	4 978	10,7
Juni	5 462	5,0	4 383	8,7	45 903	7,3	3 616	7,8
Juli	8 824	8,1	3 907	7,8	49 849	7,9	5 200	11,2
August	9 108	8,3	2 852	5,7	38 900	6,1	4 361	9,3
September	14 101	12,9	3 089	6,2	46 616	7,4	3 660	7,9
Oktober	19 187	17,6	3 205	6,4	45 472	7,2	4 775	10,2
November	10 977	10,1	2 958	5,9	50 187	7,9	3 713	8,0
Dezember	7 163	6,6	3 993	8,0	51 342	8,1	2 270	4,9
Insgesamt	109 155	100	50 079	100	632 031	100	46 518	100

Anhangtabelle 2

Die Zufuhren von Rindern zum Hamburger Viehmarkt nach Herkunftsgebieten

Jahresdurchschnitt Jahre	Hamburg und Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Hessen	Andere jetzt westdeutsch. Gebiete	Zusammen (Spalte 1-4)	Mecklenburg	Pommern	Brandenburg	Provinz u. Land Sachsen	Thüringen Anhalt	Zusammen (Spalte 6-10)	Schlesien	Posen	Ostpreußen	Westpreußen	Zusammen (Spalte 12-5)	Inländ. Zufuhren zusammen (Spalte 5, 11, 16)	Dänemark	Übriges Europa	Übersee	Ausland. Zufuhren zusammen (Spalte 18-20)	Zufuhren insgesamt (Spalte 17-21)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1890/94	35 040	1 247	—	15	36 302	2 059	323	194	248	88	2 912	573	3 413	75	874	4 935	44 149	46 372	411	2 838	49 621	93 770
1895/99	35 021	1 314	—	6	36 341	2 137	111	325	12	2	2 587	25	4 736	115	257	5 133	44 061	43 108	340	—	43 448	87 509
1900/04	37 091	1 428	—	—	38 519	1 882	84	574	127	18	2 685	310	6 376	78	300	7 064	48 268	26 042	420	—	26 462	74 730
1905	41 891	2 576	—	—	44 467	1 691	134	150	25	15	2 015	26	286	—	19	331	46 813	41 664	—	—	41 664	88 477
1906	36 506	5 117	17	—	41 640	1 655	144	325	222	—	2 346	162	4 417	61	371	5 011	48 997	37 693	—	—	37 693	86 690
1907	40 461	5 075	—	46	45 582	2 269	42	351	35	—	2 697	306	2 798	69	161	3 334	51 613	38 857	25	—	38 857	90 495
1908	45 209	5 084	—	—	50 293	2 180	13	425	32	—	2 650	440	2 377	18	225	3 060	56 003	46 649	—	—	46 649	102 652
1909	50 289	6 728	—	2	57 019	3 670	—	324	126	6	4 126	220	3 117	—	172	3 509	64 654	45 872	—	—	45 872	110 526
1910	51 590	7 083	—	—	58 673	3 594	164	361	179	—	4 298	413	3 134	129	139	3 815	66 786	44 189	—	—	44 189	110 975
1911	49 185	8 716	—	18	57 919	2 743	21	253	27	—	3 044	195	260	43	27	525	61 488	46 380	—	—	46 380	107 868
1912	52 453	8 012	—	—	60 465	2 224	—	111	15	—	2 350	65	465	61	59	650	63 465	40 137	397	—	40 534	103 999
1913	46 476	6 754	—	—	53 230	2 215	5	166	62	—	2 448	151	1 548	37	46	1 782	57 460	43 347	825	—	44 172	101 532
1914	52 330	10 038	—	—	62 368	3 162	—	426	—	—	3 588	31	1 533	163	75	1 802	67 758	74 071	516	—	74 587	142 345
1915	136 004	20 752	—	273	157 029	10 340	—	1 260	152	—	11 752	50	334	20	52	456	169 237	66 172	724	—	66 896	236 133
1916	83 085	25 807	—	6 149	115 041	9 887	1 913	7 910	4 047	—	23 757	2 295	2 948	3 298	443	8 984	147 782	27 002	1 947	—	28 949	176 731
1917	119 412	11 089	—	4 822	135 323	25 909	17 498	791	4 038	—	48 236	2 726	3 351	2 248	226	8 551	192 110	4 561	—	—	4 561	196 671
1918	64 849	12 070	—	786	77 705	23 045	8 776	2 081	1 205	—	35 107	14 627	12 956	4 206	5 829	37 618	150 430	3 435	3 159	—	6 594	157 024
1919	15 422	6 535	—	5 816	27 773	19 790	—	6	—	—	19 796	—	208	531	349	1 088	48 657	172	—	—	172	48 829
1920	22 622	2 819	—	190	25 631	12 037	—	13	49	—	12 099	—	—	8	—	8	37 738	4 609	—	—	4 609	42 347
1921	60 748	19 374	—	518	80 640	9 117	—	14	23	—	9 154	—	—	—	—	—	89 794	49 415	—	—	49 415	139 209
1922	76 475	29 043	—	55	105 573	17 159	15	104	95	—	17 373	—	—	123	—	123	123 069	12 633	—	—	12 633	135 702
1923	62 018	19 293	—	31	81 342	8 205	26	262	373	—	8 866	—	—	—	12	12	90 220	15 517	—	104	15 621	105 841
1924	71 155	22 180	—	86	93 421	8 332	—	—	120	—	8 452	—	—	31	10	41	101 914	9 998	41	326	10 365	112 279
1925	61 811	17 202	2	3	79 018	5 174	—	12	47	—	5 233	—	—	15	—	15	84 266	37 998	23	15	38 036	122 302
1926	56 093	13 698	—	3	69 794	3 407	—	3	—	—	3 410	—	—	55	—	55	73 259	44 364	—	190	44 554	117 813
1927	51 370	12 415	—	23	63 808	2 379	—	—	7	—	2 386	—	—	194	—	194	66 388	50 350	—	145	50 495	116 883
1928	58 186	12 761	—	3	70 950	2 775	—	—	128	—	2 903	15	—	20	—	35	73 888	43 443	—	—	43 443	117 331
1929	64 968	15 857	—	65	80 890	3 221	—	51	27	—	3 299	—	—	71	—	71	84 260	48 832	—	—	48 832	133 092
1930	67 556	15 306	—	287	83 149	4 120	117	477	166	—	4 880	209	—	110	—	319	88 348	32 006	—	—	32 006	120 354
1931	69 774	19 437	—	665	89 876	4 015	381	1 864	1 573	15	7 848	893	27	398	—	1 318	99 042	6 517	—	—	6 517	105 559
1932	56 819	18 880	158	524	76 381	5 321	542	2 481	4 974	394	13 712	1 944	—	736	—	2 680	92 773	—	—	—	—	92 773
1933	57 724	17 521	148	770	76 163	5 753	769	2 511	3 938	483	13 454	2 125	—	432	57	2 614	92 231	—	—	—	—	92 231
1934	69 455	19 662	102	978	90 197	6 513	582	3 583	5 260	394	16 332	1 760	16	665	—	2 441	108 970	—	—	—	—	108 970
1935	65 819	19 438	67	1 273	86 597	8 187	723	2 341	4 184	213	15 628	1 272	—	590	51	1 913	104 138	—	—	—	—	104 138
1936	41 285	11 126	30	168	52 609	5 421	38	372	2 378	180	8 389	17	—	9	—	26	61 024	—	—	—	—	61 024
1937	67 681	15 388	6	395	83 470	10 490	12	141	1 192	33	11 868	484	—	14	15	513	95 851	—	—	—	—	95 851
1938	46 105	32 427	2	425	78 959	13 257	14	457	1 829	99	15 656	42	—	12	63	117	94 732	—	—	—	—	94 732
1939	52 060	28 529	—	—	80 589	13 492	76	533	2 252	10	16 363	28	—	—	12	40	96 992	—	—	—	—	96 992
1940	41 987	18 138	387	2 529	63 041	9 427	55	190	1 159	—	10 831	—	—	—	28	28	73 900	7 547	—	—	7 547	81 447
1941	50 587	23 090	—	573	74 250	11 360	50	1 113	1 171	—	13 694	—	46	—	34	80	88 024	18 293	—	—	18 293	106 317
1942	53 435	33 842	—	1 416	88 693	14 275	2 370	26	2 833	130	19 634	1 131	8 042	1 685	1 522	12 380	120 707	394	23 145	—	23 539	144 246
1943	32 994	17 216	—	15	50 225	14 586	3 923	—	1 640	—	20 149	—	54	—	—	311	70 685	800	12 017	—	12 817	83 502
1944	36 607	17 754	—	—	54 361	11 620	516	30	1 704	—	13 870	—	—	2 337	1	2 338	70 569	1 215	21 640	—	22 855	93 424
1945	58 620	17 007	—	—	75 627	4 890	4 711	—	765	—	10 366	—	—	—	—	—	85 993	6 204	527	—	6 731	92 724
1946	65 389	2 266	—	—	67 655	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	67 655	42 575	—	—	42 575	110 230
1947	38 494	11 418	—	6	49 918	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	49 918	81 995	—	—	81 995	131 913
1948	13 668	1 217	—	—	14 885	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14 885	—	—	—	—	14 885
1949	23 639	7 715	144	1 463	32 961	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32 961	15 899	—	—	15 899	48 860
1950	40 977	16 361	173	2 246	59 757	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	59 757	49 841	—	—	49 841	109 598
1951	48 277	18 433	176	296	67 182	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	67 182	30 121	417	—	30 538	97 720
1952	47 112	14 859	570	391	62 932	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	62 932	21 190	—	—	21 190	84 122
1953	59 460	23 110	340	568	83 478	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	83 478	22 583	—	—	22 583	106 061
1954	66 918	28 200	498	1 128	96 744	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	96 744	16 731	—	—	16 731	113 475
1955	71 368	22 770	74	135	94 347	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	94 347	25 900	30	—	25 930	120 277
1956	65 218	22 888	38	415	88 559	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	88 559	30 128	—	—	30 128	118 687
1957	78 793	29 847	95	420	109 155	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	109 155	25 089	1 857	—	26 946	136 101

Anhangtabelle 3

Die Zufuhren von Kälbern zum Hamburger Viehmarkt nach Herkunftsgebieten

Jahresdurchschnitt Jahre	Hamburg und Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Hessen	Anderer jetzt west-deutsch. Gebiete	Zusammen (Spalte 1-4)	Mecklenburg	Pommern	Brandenburg	Provinz u. Land Sachsen	Thüringen Anhalt	Zusammen (Spalte 6-10)	Schlesien	Posen	Ostpreußen	Westpreußen	Zusammen (Spalte 12-15)	Inländ. Zufuhren zusammen (Spalte 5, 11, 16)	Dänemark	Übriges Europa	Übersee	Ausländ. Zufuhren zusammen (Spalte 18-20)	Zufuhren insgesamt (Spalte 17 + 21)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1890/94	13 000	38 943	—	—	51 943	9 853	1	46	5	—	9 905	—	—	—	—	—	61 848	231	—	1	232	62 080
1895/99	13 455	45 186	—	—	58 641	8 767	1	2	1	—	8 771	—	2	1	—	3	67 415	151	2	—	153	67 568
1900/04	10 636	51 858	—	—	62 494	8 955	—	—	2	—	8 957	—	7	—	—	7	71 458	196	8	—	204	71 662
1905	12 772	53 676	—	—	66 448	4 169	1	—	1	—	4 171	—	—	—	—	—	70 619	192	—	—	192	70 811
1906	10 509	53 263	—	—	63 772	4 346	1	—	1	—	4 348	—	2	—	—	2	68 122	340	—	—	340	68 462
1907	10 714	53 909	—	—	64 623	3 939	—	3	—	—	3 942	—	—	—	—	—	68 565	218	—	—	218	68 783
1908	10 051	58 954	—	—	69 005	4 121	6	—	—	—	4 127	—	—	—	—	—	73 132	221	—	—	221	73 353
1909	11 233	60 011	—	—	71 244	3 707	—	—	—	—	3 708	—	—	—	—	—	74 952	265	—	—	265	75 217
1910	11 053	55 657	—	—	66 710	4 324	—	—	8	—	4 385	—	—	—	—	—	71 095	459	—	—	459	71 554
1911	8 958	53 016	—	—	61 974	4 277	—	—	—	—	4 277	—	1	19	—	20	66 271	206	—	—	206	66 477
1912	7 123	53 319	—	—	60 442	4 538	—	—	—	—	4 538	—	—	—	—	—	64 980	137	—	—	137	65 117
1913	7 090	50 304	—	—	57 394	4 927	—	—	—	—	4 927	—	—	—	—	—	62 321	52	—	—	52	62 373
1914	8 059	46 381	—	—	54 440	5 333	—	24	736	—	6 093	—	—	—	—	—	60 533	369	6	—	375	60 908
1915	9 606	47 360	—	—	56 966	4 572	—	26	—	—	4 598	—	—	—	—	—	61 564	25	21	—	46	61 610
1916	4 813	12 547	—	1	17 361	4 702	—	44	—	—	4 746	—	—	—	—	—	22 107	—	—	—	—	22 107
1917	2 975	7 241	—	327	10 543	12 641	249	—	—	—	12 890	—	—	—	—	—	23 433	—	—	—	—	23 433
1918	5 052	30	—	76	5 158	9 299	—	—	—	—	9 299	—	—	—	—	—	14 457	—	—	—	—	14 457
1919	2 636	501	—	1	3 138	7 038	—	4	—	—	7 042	—	—	—	—	—	10 180	—	—	—	—	10 180
1920	4 245	2 918	—	—	7 163	4 238	—	—	—	—	4 238	—	—	—	—	—	11 401	—	—	—	—	11 401
1921	22 933	41 113	—	—	64 046	8 416	—	—	—	—	8 416	—	—	—	—	—	72 462	81	—	—	81	72 543
1922	28 859	52 919	—	—	81 778	14 282	—	—	—	—	14 282	—	—	4	—	4	96 064	39	—	—	39	96 103
1923	28 052	44 956	—	3	73 011	10 884	—	11	72	—	10 967	—	—	—	—	—	83 978	31	—	—	31	84 009
1924	23 417	58 066	—	—	81 483	11 268	—	—	10	—	11 278	—	—	—	—	—	92 761	191	1	—	192	92 953
1925	24 771	55 491	—	—	80 262	8 348	—	3	6	—	8 357	—	—	—	—	—	88 619	185	—	2	187	88 806
1926	17 293	53 864	—	3	71 160	7 754	—	—	—	—	7 754	—	—	—	—	—	78 914	138	—	—	138	79 052
1927	12 568	47 294	—	—	59 862	5 249	—	—	—	—	5 249	—	—	—	—	—	65 111	286	—	—	286	65 397
1928	16 902	48 961	—	179	66 042	5 921	—	—	—	—	5 921	—	—	—	—	—	71 963	283	—	—	283	72 246
1929	21 170	50 010	—	46	71 226	5 509	—	3	—	—	5 512	—	—	—	—	—	76 738	110	—	—	110	76 848
1930	20 372	44 543	—	—	64 915	5 805	—	—	1	—	5 806	—	—	8	—	8	70 729	175	—	—	175	70 904
1931	18 049	43 982	—	18	62 049	7 085	—	19	2	—	7 106	4	—	4	—	8	69 163	148	—	—	148	69 311
1932	16 136	43 382	—	—	59 518	7 257	—	5	11	—	7 273	—	—	—	—	—	66 791	—	—	—	—	66 791
1933	17 672	38 658	—	33	56 363	7 069	—	2	67	—	7 138	3	—	1	—	4	63 505	—	—	—	—	63 505
1934	23 107	36 483	—	—	59 590	5 648	—	16	47	—	5 711	3	—	4	—	7	65 308	—	—	—	—	65 308
1935	25 416	31 057	—	—	56 473	6 866	3	12	48	—	6 929	1	—	12	—	13	63 415	—	—	—	—	63 415
1936	29 615	24 766	—	25	54 406	10 041	1	—	61	—	10 103	—	—	—	—	—	64 509	—	—	—	—	64 509
1937	28 634	25 336	—	26	53 996	12 545	1	1	20	—	12 567	—	—	—	—	—	66 563	—	—	—	—	66 563
1938	14 523	32 090	—	—	46 613	16 386	9	6	17	1	16 419	—	—	—	1	1	63 033	—	—	—	—	63 033
1939	10 559	29 655	—	—	40 214	15 027	—	3	100	—	15 130	—	—	—	—	—	55 344	—	—	—	—	55 344
1940	8 962	29 551	—	—	38 513	16 698	34	2	77	—	16 811	—	—	—	—	—	55 324	—	—	—	—	55 324
1941	13 549	31 705	—	—	45 254	18 334	31	78	198	—	18 641	—	555	—	—	555	64 450	—	—	—	—	64 450
1942	18 319	36 443	—	392	55 154	19 572	1 366	—	1 113	97	22 148	615	549	409	6 399	7 972	85 274	—	—	—	—	85 274
1943	6 583	24 901	—	—	31 484	14 880	761	16	905	—	16 562	—	15	—	11	26	48 072	—	153	—	153	48 225
1944	7 247	35 937	—	—	43 184	22 872	293	50	1 084	—	24 299	—	—	5	—	5	67 488	—	—	—	—	67 488
1945	4 256	24 357	—	—	28 613	8 142	685	—	1 388	—	10 215	—	—	—	—	—	38 828	—	—	—	—	38 828
1946	1 523	3 408	—	—	4 931	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4 931	—	—	—	—	4 931
1947	5 076	4 839	—	—	9 915	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 915	—	—	—	—	9 915
1948	1 437	2 779	—	—	4 216	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4 216	—	—	—	—	4 216
1949	3 876	10 929	44	11	14 860	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14 860	68	—	—	68	14 928
1950	16 865	27 095	74	356	44 390	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	44 390	1 632	—	—	1 632	46 022
1951	25 302	27 116	23	42	52 483	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52 483	1 027	—	—	1 027	53 510
1952	23 806	26 084	27	16	49 933	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	49 933	10	—	—	10	49 943
1953	27 959	27 570	26	11	55 566	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	55 566	20	—	—	20	55 586
1954	30 876	26 603	2	47	57 528	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	57 528	6	—	—	6	57 534
1955	29 279	22 647	—	34	51 960	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	51 960	15	—	—	15	51 975
1956	28 197	21 584	—	—	49 781	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	49 781	88	—	—	88	49 869
1957	27 781	22 296	—	2	50 079	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50 079	5	—	—	5	50 084

Die Zufuhren von Schweinen zum Hamburger Viehmarkt nach Herkunftsgebieten

Jahresdurch- schnitt Jahre	Hamburg und Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Hessen	Ander- e jetzt west- westh. Gebiete	Zusammen (Spalte 1-4)	Meck- len- burg	Pom- mern	Brand- en- burg	Provinz u. Land Sachsen	Thürin- gen Anhalt	Zusammen (Spalte 6-10)	Schle- sien	Posen	Ost- preußen	West- preußen	Zusammen (Spalte 12-15)	Inländ. Zufuhren zusammen (Spalte 5, 11, 16)	Däne- mark	Übriges Europa	Über- see	Auslän- d. Zufuhren zusammen (Spalte 18-20)	Zufuhren insgesamt (Spalte 17 + 21)	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
1890/94	137 040	24 700	5	36	161 781	54 132	43	7 868	1 140	16	63 199	—	—	—	—	—	224 980	110 398	8 184	—	118 582	343 562	
1895/99	221 000	45 328	8	266 336	62 980	21	4 914	3 306	—	—	71 221	—	—	—	—	—	337 557	19 280	539	—	19 819	357 376	
1900/04	270 395	49 454	—	1	319 850	68 240	—	3 341	8 440	—	80 021	—	35	—	—	35	399 926	—	—	—	—	399 926	
1905	307 301	59 853	—	—	367 154	59 720	—	1 223	6 568	—	67 511	—	—	—	—	—	434 665	—	—	—	—	434 665	
1906	312 123	72 358	—	—	384 481	52 256	18	427	1 956	—	54 657	—	—	—	—	—	439 138	—	—	—	—	439 138	
1907	464 683	112 788	—	—	577 471	57 611	—	1 379	4 217	—	63 207	—	—	—	—	—	640 678	—	—	—	—	640 678	
1908	438 271	85 733	12	40	524 056	53 382	13	1 415	3 926	—	58 736	—	—	—	—	—	582 792	—	—	—	—	582 792	
1909	421 923	95 091	—	—	517 014	43 184	—	235	1 222	—	44 641	—	—	—	—	—	561 655	—	—	—	—	561 655	
1910	485 979	106 535	—	—	592 514	33 525	—	25	1 109	—	34 659	—	—	—	—	—	627 173	—	—	—	—	627 173	
1911	559 350	151 333	—	—	710 683	38 748	—	203	3 318	—	42 269	—	—	—	—	—	752 952	—	—	—	—	752 952	
1912	541 182	157 358	—	—	698 540	37 939	—	23	1 304	—	39 266	—	—	—	—	—	737 806	—	—	—	—	737 806	
1913	541 507	143 625	—	—	685 132	31 386	—	15	50	—	31 451	—	—	—	—	—	716 583	—	—	—	—	716 583	
1914	659 604	200 508	—	—	860 112	39 593	—	246	875	—	40 714	—	—	—	—	—	900 826	—	9	—	9	900 835	
1915	510 531	159 345	—	177	670 053	54 752	—	5 520	764	—	61 036	98	12	—	—	110	731 199	—	—	—	—	731 199	
1916	51 396	37 982	—	6 615	95 993	26 032	19 277	20 731	6 362	—	72 402	2 111	27 441	18 427	17 250	65 229	233 624	—	—	—	—	233 624	
1917	42 796	48 864	26	2 147	93 833	60 885	43 848	16 996	23 535	—	145 264	11 810	36 740	13 246	36 403	98 199	337 296	—	—	—	—	337 296	
1918	1 303	11 156	—	—	12 459	5 555	7 496	4 472	1 148	—	19 121	3 961	2 666	915	2 745	10 287	41 867	—	—	—	—	41 867	
1919	616	1 028	—	31	1 675	632	474	—	—	—	1 106	—	—	—	—	236	3 017	—	—	—	—	3 017	
1920	14 023	3 457	—	—	17 480	7 892	—	—	—	—	7 892	—	—	—	—	—	25 372	5 701	—	—	5 701	31 073	
1921	130 115	48 966	—	65	179 146	21 954	64	128	80	—	22 226	—	—	—	—	—	201 372	3 339	1 722	—	5 061	206 433	
1922	245 065	87 878	—	—	332 943	27 110	—	37	—	—	27 147	—	—	—	—	—	360 090	1 044	—	—	1 044	361 134	
1923	230 640	76 652	—	3	307 295	20 956	24	98	149	—	21 227	—	—	—	20	20	328 542	3 619	750	—	4 369	332 911	
1924	274 184	125 381	—	—	399 565	32 397	—	—	34	—	32 431	—	—	—	—	—	431 996	16 400	640	—	17 040	449 036	
1925	273 492	130 691	—	—	404 183	32 580	54	—	—	—	32 634	—	—	—	—	—	436 817	3 159	—	—	3 159	439 976	
1926	266 014	152 527	—	—	418 541	21 988	—	—	—	—	21 988	—	—	—	—	—	440 529	12	—	—	12	440 541	
1927	393 674	211 031	—	—	604 705	25 258	—	—	—	—	25 258	—	—	—	—	—	629 963	—	—	—	—	629 963	
1928	427 656	196 860	—	84	624 600	32 566	—	—	—	—	32 566	—	—	—	—	—	657 166	—	—	—	—	657 166	
1929	300 811	183 698	—	—	484 509	22 605	—	—	—	—	22 605	—	—	—	—	—	507 114	1 001	—	—	1 001	508 115	
1930	339 355	177 800	—	3	517 158	24 655	—	—	—	—	24 655	—	—	—	—	—	541 813	3 823	—	—	3 823	545 636	
1931	393 215	147 264	—	—	540 479	41 110	—	—	—	—	41 110	—	—	—	—	—	581 589	1 389	—	—	1 389	582 978	
1932	321 862	114 872	—	—	436 734	48 881	128	—	395	—	49 404	—	—	58	—	58	486 196	—	—	—	—	486 196	
1933	275 543	69 387	20	—	344 950	62 340	120	258	1 188	—	63 906	—	—	—	—	—	408 856	—	—	—	—	408 856	
1934	393 852	85 957	—	—	479 809	63 672	37	238	633	86	64 666	—	—	—	—	—	544 475	—	—	—	—	544 475	
1935	236 394	72 846	—	—	309 240	73 700	905	1 281	1 127	—	77 013	819	—	134	236	1 189	387 442	—	—	—	—	387 442	
1936	428 665	94 805	—	81	523 551	136 818	22	—	51	—	136 891	—	—	—	—	—	660 442	—	—	—	—	660 442	
1937	384 850	85 082	—	—	469 932	173 144	7 607	—	—	—	180 751	—	—	—	—	—	650 683	—	—	—	—	650 683	
1938	191 074	107 093	—	—	298 167	186 892	7 577	—	—	—	194 469	—	—	—	—	—	492 636	—	—	—	—	492 636	
1939	248 568	122 107	—	—	370 675	174 601	—	—	126	—	174 727	—	—	—	—	—	545 402	—	—	—	—	545 402	
1940	216 474	87 573	—	—	304 047	178 414	6 816	—	—	—	185 230	—	—	—	—	—	489 277	38 603	—	—	38 603	527 880	
1941	131 627	59 617	—	—	191 244	173 137	10 071	—	78	—	183 286	—	8 138	—	—	8 138	382 668	—	—	—	—	382 668	
1942	46 634	34 283	—	70	80 987	88 939	27 471	—	9 507	191	126 108	232	10 144	651	1 939	12 966	220 061	—	—	—	—	220 061	
1943	47 420	30 954	—	—	78 374	64 236	15 666	23	18 559	113	98 597	931	167	—	3 786	4 884	181 855	—	—	—	—	181 855	
1944	116 160	80 845	—	—	197 005	120 233	2 815	60	1 411	—	124 519	—	—	163	28	191	321 715	—	—	—	—	321 715	
1945	53 454	40 539	—	—	93 993	16 546	952	—	3 254	—	20 752	—	—	—	—	—	114 745	—	—	—	—	114 745	
1946	5 247	2 518	—	—	7 765	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7 765	—	—	—	—	7 765	
1947	5 760	2 101	—	—	7 861	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7 861	—	—	—	—	7 861	
1948	2 913	276	—	—	3 189	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 189	—	—	—	—	3 189	
1949	58 724	29 633	—	—	88 357	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	88 357	—	—	—	—	88 357	
1950	163 594	73 758	—	54	237 406	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	237 406	—	109	—	109	237 515	
1951	289 814	109 280	—	—	399 094	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	399 094	—	—	—	—	399 094	
1952	329 844	110 290	—	—	440 134	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	440 134	1 377	—	—	1 377	441 511	
1953	314 925	88 714	—	—	403 639	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	403 639	22 618	—	—	22 618	426 257	
1954	318 736	81 720	6	29	400 491	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	400 491	28 995	492	—	29 487	429 978	
1955	416 358	104 178	40	—	520 576	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	520 576	16 321	—	—	16 321	536 897	
1956	411 588	94 758	—	—	506 346	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	506 346	24 136	—	—	—	24 136	530 482
1957	511 864	120 167	—	—	632 031	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	632 031	13 817	—	—	—	13 817	645 848

Jahresdurchschnitt Jahre	Hamburg und Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Hessen	Andere jetzt west-deutsch. Gebiete	Zusammen (Spalte 1-4)	Mecklenburg	Pommern	Brandenburg	Provinz u. Land Sachsen	Thüringen Anhalt	Zusammen (Spalte 6-10)	Schlesien	Posen	Ostpreußen	Westpreußen	Zusammen (Spalte 12-15)	Inländ. Zufuhren zusammen (Spalte 5, 11, 16)	Dänemark	Übriges Europa	Obersee	Ausländ. Zufuhren zusammen (Spalte 18-20)	Zufuhren insgesamt (Spalte 17+21)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1890/94	56 889	25 218	—	—	82 107	14 918	2 992	3 789	26 190	7 343	55 232	715	1 321	30	517	2 583	139 922	1 257	17	7	1 281	141 203
1895/99	57 020	23 669	—	55	80 744	5 782	617	1 006	6 884	310	14 599	—	1 354	374	393	2 121	97 464	114	—	—	114	97 578
1900/04	59 458	27 634	360	290	87 742	4 222	224	953	8 763	56	14 218	57	451	—	170	678	102 638	7	—	—	7	102 645
1905	61 776	22 650	280	2 722	87 428	4 669	356	865	9 475	—	15 365	—	140	—	—	140	102 933	6	—	—	6	102 939
1906	59 817	27 757	458	1 038	89 070	4 592	221	198	15 915	—	20 926	—	89	—	—	89	110 085	15	124	—	139	110 224
1907	62 417	26 064	399	814	89 694	3 889	—	492	17 128	306	21 815	247	154	—	149	550	112 059	—	—	—	—	112 059
1908	62 711	27 229	—	110	90 050	3 354	—	870	16 645	105	20 974	70	—	—	—	70	111 094	5	—	—	5	111 099
1909	67 376	29 456	—	372	97 204	3 823	—	381	13 869	334	18 407	—	182	—	120	302	115 913	29	—	—	29	115 942
1910	64 564	30 141	59	—	94 764	4 024	243	1 112	15 093	290	20 762	—	—	—	—	—	115 526	1	80	—	81	115 607
1911	58 821	23 024	—	—	81 845	6 021	579	2 218	15 099	886	24 803	—	120	—	191	311	106 959	12	—	—	12	106 971
1912	66 698	24 061	290	1 201	92 250	7 102	—	910	10 371	185	18 568	—	144	—	120	264	111 082	1	—	—	1	111 083
1913	59 650	23 843	—	894	84 387	8 250	1 529	1 295	13 138	120	24 332	—	74	—	259	333	109 052	12	—	—	12	109 064
1914	53 860	25 728	—	491	80 079	13 817	657	899	16 238	113	31 724	—	18	—	—	18	111 821	176	249	—	425	112 246
1915	62 227	18 292	—	502	81 021	5 809	—	546	10 539	—	16 894	—	—	—	142	142	98 057	46	—	—	46	98 103
1916	24 446	9 300	—	140	33 886	7 699	—	150	3 335	110	11 294	—	—	50	—	50	45 230	—	—	—	—	45 230
1917	11 235	204	—	113	11 552	7 111	889	2 661	—	—	10 661	193	—	—	591	784	22 997	—	—	—	—	22 997
1918	11 647	149	—	—	11 796	7 756	1 350	737	—	—	9 843	—	290	226	860	1 376	23 015	—	—	—	—	23 015
1919	1 937	2 511	—	40	4 488	6 584	—	—	—	—	6 584	—	—	—	185	185	11 257	—	—	—	—	11 257
1920	29 875	4 184	—	—	34 509	4 543	—	6	88	—	4 637	—	—	—	—	—	38 696	—	—	—	—	38 696
1921	82 717	19 943	—	—	102 660	8 426	—	—	2 038	—	10 464	—	—	—	—	—	113 124	155	200	—	355	113 479
1922	55 873	22 890	—	210	78 973	15 045	150	253	3 687	—	19 135	—	—	—	—	—	98 108	124	—	—	124	98 232
1923	48 873	12 106	—	2	60 981	9 280	—	35	2 622	—	11 937	—	—	—	—	—	72 918	9	—	—	9	72 927
1924	61 042	20 711	515	237	82 505	8 365	—	259	2 457	70	11 151	—	—	—	72	72	93 728	187	—	—	187	93 915
1925	68 965	18 699	348	559	88 571	8 832	—	573	6 920	50	16 375	—	—	—	—	—	104 946	27	—	—	27	104 973
1926	39 917	10 900	273	1 924	53 014	5 523	—	233	6 390	—	12 146	—	—	7	—	7	65 167	12	—	—	12	65 179
1927	38 919	13 414	248	1 678	54 259	5 745	—	776	4 971	454	11 946	—	—	—	—	—	66 205	10	100	—	110	66 315
1928	34 964	12 016	524	4 680	52 184	4 253	—	711	4 803	165	9 932	—	—	—	—	—	62 116	6	—	—	6	62 122
1929	29 094	15 315	193	4 060	48 662	4 083	—	1 289	5 973	185	11 530	—	—	—	—	—	60 192	4	—	—	4	60 196
1930	32 177	15 946	149	6 547	54 819	4 620	66	300	8 484	159	13 629	26	—	—	—	26	68 474	—	—	—	—	68 474
1931	41 935	13 502	366	6 375	62 178	3 766	698	1 009	9 026	246	14 745	—	—	—	—	—	76 923	—	—	—	—	76 923
1932	43 974	11 488	429	5 706	61 597	4 456	600	357	8 415	352	14 180	77	—	—	—	77	75 854	—	—	—	—	75 854
1933	41 822	10 968	170	5 311	58 271	4 582	358	206	7 478	480	13 104	—	—	—	62	62	71 437	—	—	—	—	71 437
1934	36 934	9 048	62	4 263	50 307	3 623	203	1 041	5 794	151	10 812	—	—	—	—	—	61 119	—	—	—	—	61 119
1935	32 584	7 421	—	3 602	43 607	3 180	123	415	5 891	64	9 673	—	—	77	—	77	53 357	—	—	—	—	53 357
1936	35 313	7 827	—	3 105	46 245	5 129	48	341	6 699	—	12 217	—	—	—	—	—	58 462	—	—	—	—	58 462
1937	34 921	13 546	100	4 938	53 505	6 200	148	51	7 794	—	14 193	102	—	83	—	185	67 883	—	—	—	—	67 883
1938	26 758	21 164	175	3 082	51 179	10 244	222	532	9 661	33	20 692	—	—	—	120	120	71 991	—	—	—	—	71 991
1939	12 483	15 414	—	937	28 834	9 939	949	—	6 216	—	17 104	—	—	—	—	—	45 938	—	—	—	—	45 938
1940	12 580	17 452	—	—	30 032	12 678	—	30	45	4 043	16 796	—	—	—	—	—	46 828	—	—	—	—	46 828
1941	14 990	13 822	—	—	28 812	13 643	—	695	10 425	—	24 763	—	—	—	—	239	53 814	—	—	—	—	53 814
1942	14 395	10 192	—	40	24 627	7 805	329	—	9 554	—	17 688	16	628	222	3	869	43 184	—	—	—	—	43 184
1943	16 895	8 142	—	—	25 037	10 352	283	—	7 992	—	18 627	—	—	—	41	41	43 705	—	—	—	—	43 705
1944	19 100	13 295	—	—	32 395	14 974	80	—	10 572	—	25 626	—	—	123	—	123	58 144	—	—	—	—	58 144
1945	7 536	2 691	—	—	10 497	4 184	6 550	—	3 252	—	13 986	—	—	—	—	—	24 483	—	—	—	—	24 483
1946	3 588	74	—	—	3 662	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 662	—	—	—	—	3 662
1947	1 910	1 128	—	—	3 038	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 038	—	—	—	—	3 038
1948	11 701	229	—	—	11 930	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11 930	—	—	—	—	11 930
1949	44 398	28 187	60	840	73 485	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	73 485	—	—	—	—	73 485
1950	35 971	23 289	1 244	7 663	68 167	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	68 167	28	—	—	28	68 195
1951	29 173	10 801	761	6 067	46 802	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46 802	—	—	—	—	46 802
1952	39 737	13 574	167	5 697	59 175	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	59 175	—	—	—	—	59 175
1953	39 289	13 221	440	9 637	62 587	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	62 587	—	—	—	—	62 587
1954	41 892	6 725	48	8 515	57 180	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	57 180	—	—	—	—	57 180
1955	34 395	5 791	362	5 648	46 196	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46 196	—	—	—	—	46 196
1956	31 105	5 452	622	2 506	39 685	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	39 685	—	—	—	—	39 685
1957	32 621	8 546	205	5 146	46 518	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46 518	—	—	—	—	46 518

Anhangtabelle 6

Der Versand von Rindern vom Hamburger Viehmarkt nach Empfangsgebieten

Jahresdurchschnitt Jahre	Hamburg und Umgegend	Schleswig-Holstein	Bremen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Hessen	Baden-Württemberg	Bayern	Übrige jetzt west-deutsch. Gebiete	Brandenburg	Berlin	Mecklenburg	Land u. Provinz Sachsen	Thüringen Anhalt	Schlesien	Übrige jetzt ost-deutsch. Gebiete	Sowjetische Besatzungszone	Ausland	Versand insgesamt	v. H. der inländ. Zuführen	Versandart		
																						Eisenbahn	Wagen bzw. LKW	
1900/04										194	15	159	184	27						15 108	31,3	13 503	1 605	
1905/09	852	1 277	111	1 359	1 693	9 237				1 036	2	229	136	110						17 778	33,2	15 912	1 866	
1910	848	1 514	78	1 186	4 255	8 384				2 589	14	516	218	144						22 332	33,4	20 043	2 289	
1911	1 064	1 704	233	1 541	6 260	8 049				354		769	173	631						18 320	29,8	16 519	1 801	
1912	802	1 113	521	922	2 983	8 738	159	863	292	354		299	310	2 125						19 301	30,4	17 344	1 957	
1913	974	1 191	75	985	3 630	8 327	467	154	359	313	92	299	310	2 125						17 502	30,5	15 501	2 001	
1914	1 406	2 165	56	1 921	2 847	6 503	219	64	72	81	24	413	435	1 296						27 618	40,8	25 138	2 480	
1915	1 365	2 961	438	5 407	2 068	7 171	890	551	630	299	165	779	235	4 155			504			81 090	47,9	75 654	5 436	
1916	1 160	6 469	2 377	7 221	11 748	20 855	4 353	701	643	726	8 119	4 002	2 337	8 038		1 250	416		675	17 126	11,6	15 712	1 414	
1917	168	1 712	156	3 443	1 697	1 508	132	133				3 446	389	105	1 119				3 103	6 720	3,5	6 663	57	
1918	31	343		640		2 637					113	1 366		412					1 083	58	0,0	43	15	
1919	3	1		28	13									13										
1920																								
1921																								
1922	12 007	2 554	759	1 133	3 941	14 380	1 275	637	137		939	2 650	120	3 954			40		44	44 683	49,8	33 156	11 527	
1923	16 486	3 499	751	1 601	4 486	22 447	1 986	1 618	532		142	1 352	48	2 615			111			57 674	46,9	41 344	16 330	
1924	12 818	2 777	1 375	2 203	3 500	18 107	821	927	592		447	1 852	150	2 722	69	117				48 477	53,7	35 786	12 691	
1925	13 329	1 842	162	2 133	5 543	9 626	1 924	1 927	588		496	1 716	229	4 553	90	275	100		10	44 543	43,7	31 524	13 019	
1926	13 848	1 275	860	2 932	5 583	13 383	2 049	1 199	439		478	2 285	397	4 778	2	43	31			49 582	58,8	35 864	13 718	
1927	12 086	755	138	2 984	5 287	11 256	1 178	624	350		781	655	461	7 291		89	9			43 944	60,0	31 885	12 059	
1928	12 041	822	356	2 641	5 763	10 272	1 619	864	306		868	843	377	8 887	947	275				46 881	70,6	34 858	12 023	
1929	14 432	666	277	2 837	5 286	8 118	364	231	91		538	603	259	7 096	167	144	12			41 121	55,7	26 721	14 400	
1930	16 640	795	318	1 882	4 037	9 136	551	167	258		702	657	226	6 628	217	223				42 437	50,4	25 801	16 636	
1931	14 833	627	144	1 351	4 854	8 159	254	197	182		387	380	192	3 069	270	12	201			35 112	39,7	20 290	14 822	
1932	14 362	834	79	742	4 329	7 969	91	115	123		328	369	222	1 273	323	29	242			31 430	31,7	17 097	14 333	
1933	14 568	1 091	44	529	2 842	5 865	224	66	158		540	887	297	1 674	280		15			29 080	31,3	14 520	14 560	
1934	12 881	1 328	118	550	3 070	4 878	34	57	21		152	162	376	1 666	89	20				25 402	27,5	12 524	12 878	
1935	12 365	1 382	50	1 898	3 651	6 853	297	95	12		18	322	368	1 042		178	52			28 583	26,2	16 218	12 365	
1936	13 891	972	156	420	4 903	4 234	489	103		750	360	186	47	3 059	27	84	60			29 741	28,6	15 850	13 891	
1937	11 470	225	24	47	1 785	357	75	25	63		69	9	74	778	19	275				15 295	25,1	3 825	11 470	
1938	15 613	381		907	1 164	215	27	108	28		30	39	146	8	394	1	222			19 303	20,1	3 690	15 613	
1939	10 930	1 135		123	1 539															13 727	14,5	2 797	10 930	
1940	7 989	725			2 376	1 694	911	400	214	199			142	678						15 328	15,8	7 339	7 989	
1941	5 543	117			996									199						6 855	9,3	1 312	5 543	
1942	6 664	1 045		9	785					969				260						9 732	11,1	3 068	6 664	
1943	9 998	1 346			541															11 885	8,3	1 887	9 998	
1944	6 557	410		333	184															7 948	11,2	1 391	6 557	
1945	1 735	696		7											325	139				2 438	3,5	703	1 735	
1946	7 563				284	1 491														9 338	10,9	1 775	7 563	
1947	6 279				250	9 926														16 455	24,3	10 176	6 279	
1948	5 980																			5 980	12,0		5 980	
1949	2 027																			2 027	13,6		2 027	
1950	4 109	2 919		4 059																11 087	33,6	6 978	4 109	
1951	6 471	2 541	60	2 857	7 825	1 270	2 209	1 304	584			1 668							1 652	28 441	47,6	17 981	10 460	
1952	6 519	2 670	284	3 585	7 641	930	1 187	1 337	49			2 121								26 323	39,2	15 445	10 878	
1953	7 064	2 635	60	2 521	6 363	189	994	108	75			698								20 707	32,9	9 674	11 033	
1954	8 172	4 441	134	3 013	8 308	14	1 223	135	112			201								25 753	30,9	13 062	12 691	
1955	8 559	4 364	81	3 682	6 429	158	1 386	129	98			396								1 687	26 969	27,9	12 685	14 284
1956	7 798	3 741		3 780	8 321	711	1 554	520	87			1 109								870	28 491	30,2	16 203	12 288
1957	6 664	4 233		4 902	8 177	1 187	2 108	239	254			770								1 595	30 129	34,0	18 058	12 071
	7 565	5 173	162	5 457	9 772	84	313	279				600								468	29 873	27,4	17 638	12 235

Anhangtabelle 7

Der Versand von Schweinen vom Hamburger Viehmarkt nach Empfangsgebieten

Jahresdurchschnitt Jahre	Hamburg und Umgegend	Schleswig-Holstein	Bremen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Hessen	Baden-Württemberg	Bayern	Übrige jetzt westdeutsche Gebiete	Brandenburg	Berlin	Mecklenburg	Land u. Provinz Sachsen	Thüringen Anhalt	Schlesien	Übrige jetzt ostdeutsche Gebiete	Ausland	Versand insgesamt	v H der Inländ. Zufuhren	Versandart	
																					Eisenbahn	Wagen bzw. LKW
1900/04	1 131	4	64	4 808	7 994	21 836	2 512	881	433	4 722	269	—	—	37 523	—	596	3 104	33	85 910	21,5	84 068	1 842
1905/09	1 087	19	—	5 253	21 215	27 235	7 668	3 550	3 530	3 686	1 289	—	—	65 028	—	466	5 167	3 439	148 632	27,9	145 874	2 758
1910	1 058	—	—	6 964	10 211	33 244	17 574	15 570	10 747	5 259	2 853	—	—	71 221	—	—	4 430	—	179 131	28,6	175 880	3 251
1911	1 102	642	315	11 223	9 054	25 074	27 004	31 449	21 504	5 695	952	3 029	204	83 552	1 874	53	—	92	222 818	29,6	218 947	3 871
1912	751	299	—	14 314	8 131	14 648	26 126	9 364	26 064	3 493	1 162	4 881	675	85 436	728	724	499	—	197 295	26,7	193 779	3 516
1913	1 195	308	135	13 431	13 755	22 991	16 596	7 169	13 268	4 318	486	5 159	1 239	82 450	1 573	—	521	—	184 594	25,8	181 227	3 367
1914	766	134	409	8 871	7 256	14 408	18 424	10 827	17 323	7 515	1 507	12 787	838	85 027	2 389	15 633	578	—	204 692	22,7	201 201	3 491
1915	139	3 962	151	26 704	7 723	27 374	4 774	2 269	3 071	8 190	948	5 598	355	30 538	146	4 036	4 202	—	130 180	17,8	128 267	1 913
1916	57	350	—	—	—	1 098	1	—	—	—	—	—	—	—	—	65	—	—	1 571	0,7	1 534	37
1917	—	499	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	499	0,1	499	—
1918	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1919	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1920	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1921	7 309	3 037	154	4 903	4 060	16 824	9 320	1 468	380	—	117	1 188	60	22 850	—	89	—	—	71 759	35,6	64 589	7 170
1922	12 577	1 781	566	15 945	13 046	35 211	19 416	4 752	3 899	—	408	4 637	88	34 076	—	5 985	38	—	152 425	42,3	139 904	12 521
1923	14 782	3 117	692	11 813	19 633	49 623	10 699	11 564	1 880	—	501	4 235	148	21 236	568	2 882	—	—	153 373	46,7	138 922	14 451
1924	16 748	886	201	10 243	4 307	9 047	17 139	11 679	19 193	—	327	7 447	45	55 675	707	2 545	26	—	156 215	36,2	139 704	16 511
1925	18 866	1 046	104	7 111	3 647	13 797	6 298	4 392	10 457	—	176	2 707	752	46 002	24	1 831	193	—	117 403	26,9	98 563	18 840
1926	18 740	674	76	8 537	2 916	9 531	1 754	3 353	1 823	—	272	5 591	1 232	54 772	1 531	649	198	—	111 649	25,3	92 996	18 653
1927	26 521	374	32	9 641	5 776	10 820	1 566	4 674	19 818	—	1 151	10 012	217	70 740	12 104	6 632	50	—	108 128	28,6	153 936	26 192
1928	41 856	5 683	—	7 325	7 699	16 684	4 599	6 514	24 531	—	711	16 061	611	54 054	3 061	4 422	29	—	193 840	29,5	152 298	41 542
1929	33 231	35	—	1 802	997	7 557	362	2 623	15 533	—	1 055	6 224	824	42 708	5 620	7 302	12	—	125 885	24,8	92 876	33 009
1930	45 101	70	47	6 086	3 858	14 483	1 901	11 092	15 963	—	259	2 758	410	39 256	4 648	3 290	29	72	149 317	27,6	104 308	45 009
1931	62 694	532	45	4 527	2 994	10 260	1 290	3 130	10 011	2 835	604	3 139	475	19 915	2 432	1 565	115	1 365	127 928	22,0	65 260	62 668
1932	61 530	397	55	6 404	1 060	7 189	3 469	1 438	13 421	75	708	2 133	737	14 367	756	1 020	—	—	114 759	23,6	53 246	61 513
1933	45 673	127	132	6 386	729	5 896	522	1 010	7 949	57	176	474	573	12 621	374	602	—	—	83 301	20,4	37 636	45 665
1934	73 955	329	58	14 271	3 667	9 959	817	537	7 532	209	372	579	96	12 212	—	186	171	—	124 950	22,9	50 997	73 953
1935	85 482	180	—	8 013	598	4 454	224	60	1 108	89	42	—	—	4 777	—	158	—	—	105 185	27,1	19 703	85 482
1936	249 036	654	—	2 228	191	1 582	170	90	935	1 709	—	—	4	3 498	234	82	—	—	260 413	39,4	11 377	249 036
1937	225 423	4 494	—	5 310	731	1 825	192	—	—	587	13	—	395	663	—	3	—	—	239 636	36,8	14 213	225 423
1938	102 739	—	—	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	102 769	20,9	30	102 739
1939	65 929	2 754	—	1 096	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	69 779	12,8	3 850	65 929
1940	25 585	251	—	365	—	124	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26 325	5,4	740	25 585
1941	20 075	4 573	—	99	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24 747	6,5	4 672	20 075
1942	9 504	2 052	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11 556	5,3	2 052	9 504
1943	9 988	568	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10 556	5,8	568	9 988
1944	19 818	1 063	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20 881	6,5	1 063	19 818
1945	6 370	920	—	—	4 506	5 086	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16 882	14,7	10 512	6 370
1946	545	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	545	7,0	—	545
1947	1 050	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 050	13,4	—	1 050
1948	235	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	235	7,4	—	235
1949	10 193	988	—	1 906	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13 087	14,8	2 894	10 193
1950	21 437	3 484	325	3 711	2 009	1 087	4 671	2 319	1 778	—	—	1 962	—	—	—	—	—	—	42 908	18,1	12 641	30 267
1951	23 168	4 795	149	6 307	7 230	782	1 394	224	1 049	75	—	5 219	—	—	—	—	—	—	50 392	12,6	18 435	31 957
1952	30 313	6 832	127	6 486	9 629	167	532	1 761	5 521	—	—	3 127	—	—	—	—	—	—	64 525	10,2	19 504	45 021
1953	22 406	6 299	67	4 991	7 163	—	1 155	1 084	5 610	—	—	484	—	—	—	—	—	—	49 259	12,2	17 912	31 347
1954	19 941	5 715	1 333	6 927	7 195	196	1 014	375	2 375	—	—	192	—	—	—	—	—	60	45 323	11,3	16 025	29 298
1955	23 265	6 164	4 353	7 567	8 232	—	443	233	573	—	—	160	—	—	—	—	—	2 685	53 675	10,3	19 408	34 267
1956	22 358	4 856	666	6 519	10 090	729	865	458	1 673	—	—	484	—	—	—	—	—	—	48 698	9,6	17 158	31 540
1957	21 617	25 176	6 578	8 271	17 118	192	292	495	1 475	—	—	21 194	—	—	—	—	—	—	102 399	16,2	65 954	36 445

Anhangtabelle 8

Der Versand von Kälbern und Schafen vom Hamburger Viehmarkt nach Empfangsgebieten

Jahresdurchschnitt Jahre	Hamburg und Umgegend	Schleswig-Holstein	Bremen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Hessen	Baden-Württemberg	Bayern	Übrige jetzt westdeutsch. Gebiete	Brandenburg	Berlin	Mecklenburg	Land u. Provinz Sachsen	Thüringen Anhalt	Schlesien	Übrige jetzt ostdeutsch. Gebiete	Ausland	Versand insgesamt	vH der Inländ. Zufuhren	Versandart	
																					Eisenbahn	Wagen bzw. LKW
Kälber																						
1928/32	10 060	171	7	204	123	539	2 606	1 358	88	83	10	1 654	9	3 619	164	228	—	—	20 923	29,4	10 876	10 047
1933/37	10 042	326	—	170	1 009	430	589	1 033	36	341	—	350	—	3 871	—	10	—	—	18 207	28,2	8 168	10 039
1938	7 445	79	—	139	3 250	—	—	—	—	29	—	—	—	268	—	—	—	—	11 210	17,8	3 765	7 445
1939	4 751	—	—	10	1 764	—	—	41	—	—	—	—	—	242	—	—	—	—	6 808	12,3	2 057	4 751
1940	3 554	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 569	6,5	15	3 554
1941	3 563	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 573	5,5	10	3 563
1942	9 033	1 100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10 133	11,9	1 100	9 033
1943	5 157	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 157	10,7	—	5 157
1944	3 752	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 752	5,6	—	3 752
1945	2 087	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 087	5,4	—	2 087
1946	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26	0,5	—	26
1947	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28	0,3	—	28
1948	36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	36	0,9	—	36
1949	703	21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	724	4,9	21	703
1950	1 553	518	—	257	163	97	24	157	4	—	—	240	—	—	—	—	—	—	3 013	6,8	810	2 203
1951	1 810	328	—	165	172	18	9	90	30	—	—	148	—	—	—	—	—	—	2 770	5,3	510	2 260
1952	1 554	346	—	302	15	11	604	—	—	—	—	31	—	—	—	—	—	—	2 863	5,7	890	1 973
1953	2 000	566	—	1 834	95	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	4 498	8,1	1 838	2 660
1954	2 139	884	—	2 254	204	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 481	9,5	2 459	3 022
1955	1 724	862	—	1 825	2	—	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4 429	8,5	1 787	2 642
1956	1 447	702	—	884	122	—	18	—	—	—	—	54	—	—	—	—	—	—	3 227	6,5	941	2 286
1957	1 018	508	—	1 148	77	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 751	5,5	1 105	1 646
Schafe																						
1928/32	7 380	434	482	732	2	262	21	437	—	—	28	1 751	260	1 524	102	23	—	—	13 438	19,6	6 061	7 377
1933/37	7 245	617	282	524	370	222	16	272	2	—	69	1 276	57	1 392	—	9	128	—	12 481	20,0	5 236	7 245
1938	4 429	20	131	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4 580	6,4	151	4 429
1939	1 555	51	—	—	34	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 640	3,6	85	1 555
1940	211	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	211	0,5	—	211
1941	1 031	—	—	5	110	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 146	2,1	115	1 031
1942	1 079	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 079	2,5	—	1 079
1943	1 353	—	—	—	488	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 841	4,2	488	1 353
1944	1 165	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 176	2,0	11	1 165
1945	293	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	293	1,2	—	293
1946	37	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	43	1,2	6	37
1947	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	0,1	—	2
1948	87	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	87	0,7	—	87
1949	2 464	2 038	—	678	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 180	7,0	2 716	2 464
1950	2 110	6 027	—	264	420	—	13	—	43	—	—	472	—	—	—	—	—	—	9 394	13,8	1 501	7 893
1951	1 242	765	50	437	12	1 446	—	—	—	—	—	653	—	—	—	—	—	—	4 605	9,8	2 621	1 984
1952	1 641	946	—	153	624	200	—	1 453	—	—	—	127	—	—	—	—	—	—	5 144	8,7	2 528	2 616
1953	1 650	1 016	—	153	436	—	40	—	—	—	—	87	—	—	—	—	—	—	3 382	5,4	624	2 758
1954	1 402	551	—	321	130	—	26	157	—	—	—	150	—	—	—	—	—	—	2 737	4,8	586	2 151
1955	1 040	427	30	327	—	25	92	—	—	—	—	9	—	—	—	—	—	—	1 950	4,2	307	1 643
1956	808	150	—	436	675	—	—	—	—	—	—	34	—	—	—	—	—	—	2 103	5,3	840	1 263
1957	806	97	33	226	81	37	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 280	2,8	242	1 038

Anhangtabelle 9

Der Versand von Kälbern und Schafen vom Hamburger Viehmarkt

Jahre	Kälber				Schafe			
	Versand insgesamt	v H. der inländ. Zufuhren	Versandart		Versand insgesamt	v H. der inländ. Zufuhren	Versandart	
			Eisenbahn	Wagen bzw. LKW			Eisenbahn	Wagen bzw. LKW
1900	2 838	3,9	2 703	135	5 756	5,5	.	.
1901	2 966	4,0	2 830	136	6 121	5,9	.	.
1902	2 769	3,9	2 660	109	6 301	6,2	.	.
1903	2 786	4,0	2 678	108	4 823	4,9	.	.
1904	4 469	6,4	4 275	194	5 664	5,4	.	.
1905	4 722	6,7	4 549	173	5 091	4,9	.	.
1906	4 529	6,6	4 365	164	7 112	6,5	.	.
1907	6 002	8,8	5 800	202	6 750	6,0	.	.
1908	8 762	12,0	8 477	285	9 665	8,7	.	.
1909	7 899	10,5	7 666	233	7 255	6,3	.	.
1910	7 643	10,8	7 431	212	7 666	6,6	.	.
1911	5 732	8,6	5 549	183	6 849	6,4	.	.
1912	7 271	11,2	7 123	148	8 138	7,3	.	.
1913	6 171	9,9	6 054	117	7 646	7,0	.	.
1914	5 579	9,2	5 462	117	10 139	9,1	.	.
1915	3 787	6,2	3 702	85	11 620	11,9	.	.
1916	1 635	7,4	1 604	31	1 833	4,1	.	.
1917	—	—	—	—	—	—	—	—
1918	—	—	—	—	—	—	—	—
1919	—	—	—	—	—	—	—	—
1920	—	—	—	—	—	—	—	—
1921	8 868	12,2	4 549	4 319	30 228	26,7	.	.
1922	12 050	12,5	6 074	5 976	22 264	22,7	15 609	6 655
1923	11 632	13,9	5 795	5 837	18 854	25,9	12 820	6 034
1924	13 349	14,4	7 327	6 022	26 165	27,9	19 391	6 774
1925	16 368	18,5	9 044	7 324	28 481	27,1	19 288	9 193
1926	22 660	28,7	13 357	9 303	15 453	23,7	9 432	6 021
1927	17 070	26,2	7 844	9 226	14 948	22,6	8 896	6 052

Anhangtabelle 10

Versand von ausländischen Rindern vom Hamburger Viehmarkt nach Empfangsgebieten

Empfangsgebiete	1914	1915	1916	1921	1922	1923	1924	1925
Hamburg und Umgegend	—	—	—	—	—	—	—	—
Schleswig-Holstein	95	145	59	10	17	45	34	—
darunter								
Lübeck	59	121	59	—	—	35	24	—
Bremen	1 016	57	167	332	35	95	20	—
Niedersachsen	1 943	2 748	—	1 258	202	397	288	—
darunter								
Braunschweig	984	2 241	—	12	87	32	67	—
Oldenburg	100	28	—	—	—	—	—	—
Westfalen	4 465	5 600	350	8 340	666	1 793	1 458	19
Rheinprovinz	4 598	12 800	385	19 394	4 888	5 968	1 824	—
Hessen	1 082	881	90	1 106	59	125	41	—
Baden	315	63	—	3 483	89	193	30	—
Württemberg	13	—	—	10	—	—	15	—
Bayern	1 343	131	—	732	41	106	127	—
Übrige, jetzt westdeutsche Gebiete	88	—	—	—	—	—	—	—
Brandenburg	298	301	—	254	—	44	—	—
Berlin	656	3 164	32	1 460	18	225	98	—
Mecklenburg	—	54	—	26	—	—	—	—
Land und Provinz Sachsen	1 950	2 690	48	1 540	176	187	241	—
Thüringen	—	—	—	—	—	—	20	—
Anhalt	—	—	—	—	—	9	—	—
Schlesien	380	127	—	115	—	6	35	—
Übrige, jetzt ostdeutsche Gebiete	—	393	—	30	—	—	—	—
Ausland	—	—	—	53	—	224	29	—
Versand insgesamt	18 242	29 154	1 131	38 170	6 191	9 417	4 260	19
vH der ausländischen Zufuhren	24,5	43,6	3,9	77,2	49,0	60,3	41,1	0,05
Versandart								
Eisenbahn	17 217	27 294	1 059	38 170	6 191	9 417	4 260	19
Wagen bzw. Lkw	1 025	1 860	72	—	—	—	—	—

Anhangtabelle 11

Die Entwicklung des Viehbestandes (Rindvieh, Schweine, Schafe) in den
Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen seit 1900

Jahre ³⁾	Schleswig-Holstein ¹⁾				Niedersachsen ²⁾			
	Rindvieh		Schweine	Schafe	Rindvieh		Schweine	Schafe
	Insgesamt	darunter Milchkühe			Insgesamt	darunter Milchkühe		
	in 1000 Stück				in 1000 Stück			
1	2	3	4	5	6	7	8	
1900	899,0	442,7 ⁴⁾	611,7	235,2	1 516,1	841,5 ⁴⁾	1 981,4	1 076,1
1904	974,5	463,7 ⁴⁾	806,5	193,0	1 588,1	862,7 ⁴⁾	2 398,1	823,1
1907	1 048,5	455,2	1 129,0	216,5	1 738,9	910,4	2 960,7	824,3
1912	1 089,2	466,1	1 400,3	160,3	1 748,8	870,7	3 584,2	587,3
1913	1 141,4	532,0 ⁴⁾	1 763,6	154,7	1 855,7	984,5 ⁴⁾	4 290,8	587,6
1914	1 210,4	536,5 ⁴⁾	1 734,7	168,9	2 006,9	1 006,7 ⁴⁾	4 370,2	612,7
1915	1 076,7	485,9 ⁴⁾	631,3	149,1	1 840,5	948,3 ⁴⁾	2 163,1	549,3
1916	1 129,3	454,1	600,8	159,5	1 872,3	836,5	1 973,5	528,7
1917	1 015,7	407,0	247,2	163,7	1 731,9	766,4	1 121,8	537,5
1918	874,5	370,0	285,2	173,2	1 532,2	746,2	1 152,2	590,4
1919	947,3	387,6	442,1	209,0	1 564,1	758,9	1 509,3	680,9
1920	768,9	323,3	495,7	188,8	1 661,0	782,6	1 854,8	794,7
1921	772,5	325,8	774,9	144,3	1 674,0	813,5	2 299,7	713,8
1922	766,8	329,4	640,8	135,4	1 637,6	817,6	2 035,7	648,9
1923	763,6	326,4	749,8	165,4	1 730,1	845,4	2 590,8	719,0
1924	818,5	356,2	831,9	138,8	1 829,2	912,9	2 654,4	636,8
1925	832,5	366,0	857,6	111,0	1 816,1	925,4	2 625,8	491,8
1926	838,5	371,5	1 197,2	106,3	1 811,7	933,9	3 221,6	407,7
1927	900,2	391,0	1 562,2	106,3	1 948,2	962,9	4 153,0	385,7
1928	933,7	396,7	1 222,8	97,7	1 999,1	967,5	3 777,0	343,3
1929	926,1	398,8	1 256,1	101,6	1 970,5	966,7	3 838,2	324,4
1930	941,2	400,8	1 178,2	116,2	2 036,2	988,3	4 208,7	335,6
1931	953,0	399,9	1 075,1	116,9	2 120,2	1 013,3	4 088,0	337,8
1932	957,0	409,6	947,7	107,5	2 100,9	1 031,8	3 835,3	331,3
1933	1 004,3	427,6	962,1	110,1	2 175,4	1 069,7	3 955,4	340,5
1934	994,7	438,5	840,6	119,1	2 174,0	1 083,8	3 669,3	346,4
1935	987,6	433,4	830,3	134,9	2 202,4	1 062,7	3 680,7	371,7
1936	1 041,6	440,5	928,9	152,9	2 279,4	1 066,7	3 977,8	409,0
1937	1 095,2	455,1	765,2	164,9	2 336,1	1 068,4	3 293,6	446,9
1938	1 069,7	429,2	817,3	181,8	2 251,0	1 018,9	3 519,9	443,0
1939	1 066,8	435,4	980,0	194,5	2 271,3	1 031,0	4 031,0	438,1
1940	1 056,3	435,7	736,5	196,1	2 252,0	1 027,2	3 167,1	446,4
1941	1 020,7	436,1	576,8	190,4	2 215,1	1 034,8	2 571,4	449,5
1942	984,4	435,7	419,1	180,2	2 139,0	1 025,7	1 981,0	478,3
1943	1 036,4	444,5	569,3	214,9	2 237,1	1 058,6	2 323,6	543,8
1944	1 094,1	463,6	516,9	223,4
1945	993,6	438,3	348,1	184,7	2 146,3	1 042,9	1 656,4	519,6
1946	928,9	407,0	329,1	173,5	1 968,4	999,9	1 508,7	509,9
1947	869,8	375,9	339,0	163,8	1 836,8	907,6	1 312,6	531,0
1948	914,2	387,4	460,2	182,5	1 937,7	903,8	1 788,8	575,3
1949	950,1	423,1	774,5	154,2	2 083,2	978,6	2 707,6	474,3
1950	998,6	458,4	1 031,5	129,4	2 145,6	1 030,0	3 334,0	366,4
1951	993,9	454,1	1 122,3	130,4	2 132,8	1 030,5	3 709,3	364,4
1952	1 045,0	453,4	1 121,8	129,0	2 254,0	1 046,1	3 791,8	348,2
1953	1 052,8	461,6	1 036,2	122,7	2 258,6	1 056,2	3 629,2	303,0
1954	1 060,8	451,1	1 196,4	113,8	2 223,4	1 025,9	4 162,8	275,9
1955	1 040,5	429,3	1 183,9	111,8	2 200,6	993,6	4 258,5	264,5
1956	1 071,5	430,8	1 210,0	112,1	2 244,3	988,3	4 203,3	250,6
1957	1 093,8	430,5	1 298,2	115,8	2 252,4	959,2	4 480,5	238,7

1) nach dem jeweiligen Gebietsstand. — 2) bis 1945 die Viehzahlen aus den Gebieten der ehemaligen Länder Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe. — 3) Allgemeine Viehzählungen fanden jeweils an einem der ersten Tage im Dezember statt. Ausnahmen: 1923 am 1. Oktober. — 4) einschließlich Schlacht- und Mastvieh, Färsen und Kalbinnen über 2 Jahre alt.

Anhangtabelle 12

Der Viehbestand (Rindvieh, Schweine und Schafe) in Schleswig-Holstein und in den Regierungsbezirken Lüneburg und Stade des Landes Niedersachsen am 3. Dezember 1957

Stadt- und Landkreise	Rindvieh		Schweine			Schafe
	insgesamt	darunter Milchkühe ¹⁾	insgesamt	darunter		
				Ferkel und Jung- schweine noch nicht 1/2 Jahr alt	Schlacht- und Mastschweine ²⁾	
1	2	3	4	5	6	
Stadtkreis Flensburg	1 413	639	2 593	1 959	318	15
„ Kiel	803	414	3 382	1 204	2 074	206
„ Lünebeck	6 350	2 841	9 980	6 490	2 591	677
„ Neumünster	1 149	472	3 561	2 403	963	476
Landkreis Eckernförde	50 725	23 320	73 099	54 565	10 487	3 621
„ Eiderstedt	24 082	8 320	10 091	7 820	894	15 794
„ Eutin	33 358	15 392	37 277	26 410	7 141	1 261
„ Flensburg	77 573	33 107	116 128	95 210	9 437	1 669
„ Herzogtum Lauenburg	52 844	24 466	92 502	65 737	16 993	5 149
„ Husum	70 712	23 338	57 642	45 957	4 789	20 107
„ Norderdithmarschen	56 791	15 160	42 190	31 128	4 082	10 054
„ Oldenburg i. H.	48 629	21 845	51 600	36 477	9 712	4 868
„ Pinneberg	51 752	19 823	71 177	55 076	9 861	3 001
„ Plön	71 792	32 198	90 530	65 165	15 305	4 157
„ Rendsburg	110 329	44 049	120 995	92 512	15 354	2 796
„ Schleswig	89 720	37 679	123 602	99 620	11 103	2 592
„ Segeberg	88 439	37 812	114 074	87 487	15 308	4 008
„ Steinburg	82 236	28 365	103 460	81 566	11 626	4 672
„ Stormarn	48 006	23 216	66 669	47 247	12 705	2 765
„ Süderdithmarschen	71 812	19 747	64 860	50 772	6 137	10 620
„ Süd-Tondern	55 251	18 330	42 760	34 082	3 009	17 262
Land Schleswig-Holstein	1 093 766	430 533	1 298 172	988 887	169 889	115 770
dagegen 1955	1 040 466	429 286	1 183 851	883 700	185 926	111 789
1953	1 052 811	461 624	1 036 164	750 060	179 687	122 665
1951	993 901	454 120	1 122 305	807 904	216 151	130 432
1949	950 080	423 083	774 489	503 384	193 842	154 220
1938	1 069 722	429 225	817 308	529 056	207 078	181 775
Stadtkreis Celle	471	174	1 412	735	568	71
„ Lüneburg	323	101	1 323	448	830	25
„ Wolfsburg	256	115	480	203	209	20
Landkreis Burgdorf	33 354	14 579	53 635	34 829	14 059	5 235
„ Celle	35 422	14 661	66 778	44 687	16 050	4 436
„ Dannenberg	39 060	17 120	84 586	58 063	18 635	1 039
„ Fallingb.	28 057	12 187	67 952	45 506	13 251	2 810
„ Gifhorn	49 657	22 148	114 613	76 706	28 083	6 766
„ Harburg	50 864	22 062	86 785	58 868	20 726	2 695
„ Lüneburg	27 866	12 760	63 719	41 645	16 742	2 387
„ Soltau	17 466	8 442	43 804	30 601	9 288	4 574
„ Uelzen	37 768	15 876	105 780	71 066	26 595	3 655
Reg.-Bezirk Lüneburg	320 564	140 225	690 867	463 357	165 036	33 713
dagegen 1955	317 740	148 914	679 323	448 303	175 750	36 307
1953	332 044	160 793	599 982	384 931	163 734	43 370
1951	318 637	159 706	635 427	402 194	181 719	54 370
1949	309 500	149 941	460 558	267 110	148 680	78 461
1938	322 408	152 228	686 747	412 376	219 978	56 126
Stadtkreis Cuxhaven	2 063	718	1 271	619	488	162
Landkreis Bremervörde	71 794	29 441	132 189	102 621	16 379	759
„ Land Hadeln	62 930	21 105	39 223	27 545	7 347	2 718
„ Osterholz	42 598	16 196	46 497	34 351	6 983	577
„ Rotenburg	36 342	16 517	81 401	61 199	11 706	1 246
„ Stade	78 572	25 582	91 040	65 031	17 634	3 642
„ Verden	39 782	15 932	97 094	71 006	14 577	737
„ Wesermünde	81 908	28 493	68 131	49 220	11 715	2 143
Reg.-Bezirk Stade	415 989	153 984	556 846	411 592	86 829	11 984
dagegen 1955	398 346	153 166	520 467	378 336	92 835	14 262
1953	408 677	161 935	456 726	323 463	86 881	20 762
1951	382 397	156 756	443 320	312 700	89 487	27 905
1949	373 335	149 880	312 425	194 973	82 988	48 284
1938	405 408	149 679	396 614	256 091	99 139	41 178

¹⁾ auch Zugkühe (Kühe zur Milchgewinnung und Arbeit). — ²⁾ einschl. der zur Mast aufgestellten Sauen und kastrierten Eber.

Anhangtabelle 13

Die Entwicklung des Viehbestandes (Rindvieh, Schweine, Schafe) in Dänemark seit 1898

Jahre	Rindvieh	Schweine	Schafe	Jahre	Rindvieh	Schweine	Schafe
	in 1000 Stück				in 1000 Stück		
1898	1 749	1 168	1 181	1936	3 116	3 059	174
1903	1 840	1 457	877	1938	3 186	3 066	187
1909	2 254	1 468	727	1940	2 976	2 189	143
1916	2 290	1 983	254	1942	2 919	1 211	180
1921	2 591	1 430	522	1944	3 237	1 646	213
1922	2 525	1 899	442	1946	3 014	1 830	91
1924	2 666	2 862	302	1948	2 949	2 684	65
1926	2 840	3 034	235	1950	3 053	3 235	61
1928	3 021	3 360	233	1952	3 057	3 588	51
1930	3 057	4 872	191	1953	3 070	3 632	51
1932	3 237	4 384	193	1954	3 152	4 840	33
1934	3 062	3 331	175	1955	3 178	4 607	32

Anhangtabelle 14

Die Durchschnittspreise in M/RM/DM
für die einzelnen Viehgattungen am Hamburger Viehmarkt für 50 kg Lebendgewicht

Jahre	Ochsen			Bullen			Kühe				Färsen		
	vollfleisch. ausgem. höchsten Schlachtw.	sonstige vollfleisch.	fleischige	jüngere vollfleisch. höchsten, Schlachtw.	sonstige vollfleisch. oder ausgem.	fleischige	jüngere vollfleisch. höchsten Schlachtw.	sonstige vollfleisch. oder ausgem.	fleischige	gering genährte	vollfleisch. ausgem. höchsten Schlachtw.	sonstige vollfleisch.	fleischige
1910	44,69	41,26	37,39	42,47	42,47	39,89					43,96	40,67	37,06
1911	46,86	43,66	39,90	45,55	44,07	41,47					45,89	43,01	39,68
1912	50,29	46,66	42,47	48,19	46,66	43,74					49,21	46,07	42,24
1913	50,57	47,29	43,20	49,11	48,19	44,72					49,99	46,86	43,06
1914	48,51	45,24	41,37	46,56	45,70	42,29					47,93	44,92	41,28
1924	48,00	43,00	36,00	41,00	37,00	31,00	43,00	36,00	27,00	17,00	48,00	43,00	36,00
1925	56,00	49,00	41,00	51,00	45,00	38,00	51,00	43,00	31,00	19,00	56,00	49,00	41,00
1926	55,00	49,00	42,00	51,00	46,00	40,00	50,00	42,00	32,00	20,00	55,00	49,00	42,00
1927	59,30	53,40	46,30	55,50	50,30	44,30	51,00	44,50	35,20	22,20	59,30	53,40	46,30
1928	57,60	51,00	43,10	52,50	47,10	40,80	47,80	40,60	31,50	19,70	57,60	51,00	43,10
1929	57,20	51,50	43,70	53,00	48,00	40,00	47,10	40,90	30,80	20,50	57,20	51,50	43,70
1930	57,20	51,30	44,20	53,30	48,10	41,50	46,60	40,40	31,40	20,50	—	—	—
1931	44,80	40,20	33,90	38,40	34,30	29,20	33,60	28,70	22,40	14,60	—	—	—
1932	32,70	28,70	23,10	25,60	21,80	17,10	24,90	20,30	14,90	9,30	32,90	28,80	24,20
1933	30,80	28,10	23,80	26,80	23,70	18,30	25,30	22,20	17,20	11,50	31,20	28,40	24,00
1934	33,50	29,50	25,20	29,50	26,10	22,00	27,90	24,30	19,90	12,90	33,60	29,90	25,60
1935	40,60	39,10	34,80	39,10	37,40	33,20	38,70	35,70	30,80	24,00	40,60	39,10	34,50
1936	43,30	39,90	35,00	41,60	38,30	33,50	41,30	37,70	32,10	24,30	42,40	39,10	34,30
1937	43,30	39,30	34,00	41,30	37,30	32,30	41,30	37,30	31,20	22,20	42,30	38,30	33,10
1938	43,80	39,80	34,80	41,80	37,80	32,80	41,80	37,60	31,10	21,60	42,80	38,80	33,80
1939	45,20	41,20	36,20	43,20	39,20	34,20	43,20	39,20	33,10	22,90	44,10	40,10	35,00
1950	75,80	68,00	58,90	74,80	68,30	60,30	70,30	62,70	54,50	43,00	75,60	67,70	58,70
1951	84,70	75,50	66,80	84,70	79,40	74,80	77,10	70,00	63,90	53,10	84,80	75,70	66,60
1952	94,90	86,10	74,20	92,30	85,40	79,00	81,30	73,10	66,00	52,90	96,00	87,00	74,50
1953	91,60	81,80	71,20	90,20	80,90	73,50	77,00	67,60	59,40	48,90	91,50	81,90	71,70
1954	97,60	88,10	76,80	97,70	87,90	81,20	83,60	74,20	65,90	54,60	97,40	87,00	75,60
1955	103,80	94,40	84,50	105,50	95,30	88,30	88,80	78,90	69,90	58,10	102,90	93,20	83,40
1956	109,80	102,60	93,80	111,00	101,60	95,40	94,00	83,60	74,70	62,60	108,10	100,20	91,20
1957	110,80	102,60	94,40	111,80	102,10	95,20	94,90	83,60	75,40	64,50	107,60	99,70	91,00

Anhangtabelle 15

Die Durchschnittspreise in M/RM/DM
für die einzelnen Viehgattungen am Hamburger Viehmarkt für 50 kg Lebendgewicht

Jahre	Kälber			Schweine						Lämmer, Hammel				Schafe		
	beste Mast- u. Saug- kälber	mittl. Mast- u. Saug- kälber	geringe Kälber	von 150 kg und mehr	von 135 kg bis 149,5 kg	von 120 kg bis 134,5 kg	von 100 kg bis 119,5 kg	von 80 kg bis 99,5 kg	fette Speck- sauen	beste Mast- lämmer (Weidemast)	beste jüngere Mast- hammel	mittl. Mastläm- mer u. ält. Mast- hammel	geringe Lämmer und Hammel	beste Schafe	mittl. Schafe	geringe Schafe
1910	67,86	60,37	51,32	52,45	•	51,92	50,96	50,83	48,72	39,50	•	36,05	32,49	•	•	•
1911	68,57	60,75	51,38	45,71	•	45,16	44,39	44,29	41,29	41,58	•	37,98	33,38	•	•	•
1912	69,34	62,25	53,33	58,79	•	58,15	56,64	56,27	54,83	43,97	•	40,52	36,08	•	•	•
1913	70,55	64,10	55,73	57,04	•	56,86	56,52	56,35	53,80	48,01	•	44,17	39,11	47,80	44,17	•
1914	64,03	57,52	49,64	48,10	•	47,60	46,54	46,30	43,10	46,49	•	42,33	36,11	•	•	•
1924	79,00	66,00	49,00	66,00	64,00	64,00	62,00	62,00	57,00	48,00	•	41,00	26,00	•	•	•
1925	84,00	72,00	56,00	78,00	76,00	76,00	75,00	75,00	68,00	54,00	•	47,00	28,00	•	•	•
1926	81,00	71,00	58,00	77,00	77,00	77,00	77,00	77,00	68,00	57,00	•	50,00	30,00	•	•	•
1927	85,20	75,00	61,40	62,80	62,10	62,10	61,00	61,00	54,00	60,50	•	53,80	36,50	•	•	•
1928	85,20	75,10	62,90	65,00	64,40	64,40	63,70	63,70	56,40	62,40	•	54,20	35,10	•	•	25,90
1929	87,60	77,50	65,70	78,50	78,50	78,50	78,00	78,00	70,00	64,50	•	56,20	34,40	•	•	23,10
1930	81,30	71,00	61,70	64,10	64,40	64,40	65,10	65,10	54,90	58,80	•	50,20	31,90	•	•	22,60
1931	61,30	53,40	45,30	48,80	47,60	47,60	46,30	46,30	39,90	41,80	•	34,00	20,85	•	•	15,10
1932	46,10	38,90	31,00	40,70	40,10	40,10	39,70	37,40	32,80	31,70	•	25,80	14,00	•	19,30	8,70
1933	43,40	36,40	28,80	41,60	40,50	40,50	39,70	37,80	34,00	32,30	30,40	26,50	14,80	25,00	20,30	9,30
1934	50,90	40,80	29,50	49,00	45,00	45,00	43,30	41,00	42,10	38,40	35,90	31,70	17,80	30,90	25,00	10,60
1935	61,60	53,40	42,90	50,00	49,50	49,50	48,20	46,70	48,30	46,80	43,20	39,20	28,15	39,30	33,30	23,00
1936	70,00	61,50	50,30	55,00	53,50	53,50	51,00	49,00	53,50	52,60	48,80	41,40	33,90	44,60	37,40	30,40
1937	62,50	55,50	45,10	51,50	51,50	51,50	50,50	47,50	51,50	50,50	49,00	42,00	28,90	43,40	33,60	24,00
1938	63,00	57,00	47,80	55,30	54,30	53,30	50,90	47,80	52,50	49,50	49,40	40,70	29,00	39,90	38,00	26,10
1939	63,00	57,00	48,00	56,30	55,30	54,70	51,30	48,30	53,50	49,30	47,80	41,80	34,30	40,00	37,70	28,70
1950	102,50	91,30	77,10	122,10	120,40	118,90	117,50	110,50	116,10	72,90	72,70	61,90	42,20	68,60	56,90	38,80
1951	133,60	118,70	98,80	131,20	130,10	129,10	127,30	120,10	121,70	92,90	92,90	80,50	60,20	83,40	70,90	51,70
1952	142,40	130,30	111,10	120,10	119,10	118,20	116,50	110,80	113,20	84,00	90,50	79,20	59,80	78,50	68,20	51,60
1953	150,00	128,80	104,10	120,90	120,50	119,90	118,40	115,40	111,00	•	82,40	71,90	56,20	71,60	61,50	48,30
1954	155,00	136,20	113,80	127,30	127,10	126,70	125,80	123,50	115,60	•	93,70	82,70	64,00	79,10	67,90	53,80
1955	165,90	146,10	119,80	115,60	115,20	114,90	113,80	111,90	107,40	•	99,30	87,50	69,20	82,40	71,40	57,80
1956	171,40	150,50	125,00	123,50	123,30	123,30	122,80	120,70	114,60	•	104,90	93,70	74,00	87,50	76,20	61,20
1957	184,00	158,90	126,50	118,90	118,80	118,90	118,70	116,80	111,60	•	97,70	88,20	72,70	77,70	68,60	56,20

Anhangtabelle 16

Zahl der mit Tuberkulose behaftet gewesenen Schlachttiere

Jahre	Pferde u. a. Einhufer	Ochsen		Bullen		Kühe	Färsen bis zum 1 Kalb	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen
		über 2 Jahre alt	bis 2 Jahre alt	über 2 Jahre alt	bis 2 Jahre alt						
Inlandstiere											
1938	11	1 144	160	573	178	18 341	1 870	423	7 738	29	1
1948	2	520	121	209	62	3 159	504	68	292	6	—
1949	10	723	112	204	118	5 111	1 120	65	2 416	58	5
1950	31	540	63	498	171	7 876	1 258	225	5 101	18	1
1951	31	800	70	315	470	9 598	1 855	285	8 507	10	2
1952	20	908	128	356	397	10 834	2 217	244	8 266	1	4
1953	10	1 336	204	396	732	13 684	3 574	264	8 294	14	1
1954	8	1 619	239	603	575	17 426	4 512	393	8 178	27	1
1955	7	1 183	102	566	407	16 333	4 076	409	9 228	24	3
1956	5	668	40	528	312	13 189	2 977	334	8 354	5	3
1957	3	1 103	37	441	222	17 072	2 969	408	8 786	9	1
Auslandstiere											
1949	—	51	—	1	—	63	20	—	—	—	—
1950	—	13	—	7	—	63	3	—	6	—	—
1951	—	—	—	—	—	71	18	—	—	—	—
1952	—	—	—	—	—	17	1	—	6	—	—
1953	—	2	—	—	—	19	2	—	42	—	—
1954	—	1	—	—	—	12	1	—	85	—	—
1955	—	2	—	7	—	14	—	—	41	—	—
1956	—	—	—	1	—	30	3	—	89	—	—
1957	—	67	—	159	—	371	3	—	83	—	—

Anhangtabelle 17

Die Beanstandungen bei den beschauten Inlandsschlachtungen
(Übersicht über die Beurteilung von Tierkörpern und Fleischvierteln)

Tier- gattungen	Zahl der Schlachtungen		Genußtauglich erklärte Tierkörper ¹⁾ und Fleischviertel ²⁾		Minderwertig		Bedingt tauglich		Untauglich		
	Stück	Stück	vH	erklärte Tierkörper und Fleischviertel							
				Stück	vH	Stück	vH	Stück	vH	Stück	vH
1938											
Pferde . . .	5 716	5 673	99,25	1	0,02	—	—	—	—	42	0,73
Rinder . . .	96 898	95 829	98,90	722	0,74	35	0,04	312	0,32		
Kälber . . .	66 811	66 517	99,56	137	0,20	5	0,01	152	0,23		
Schweine . .	482 232	480 653	99,67	1 245	0,26	90	0,02	244	0,05		
Schafe . . .	73 915	73 818	99,87	45	0,06	—	—	52	0,07		
Ziegen . . .	2 056	2 043	99,37	2	0,09	—	—	11	0,54		
1950											
Pferde . . .	9 167	9 102	99,29	40	0,44	1	0,01	24	0,26		
Rinder . . .	40 514	40 000	98,73	198	0,49	197	0,49	119	0,29		
Kälber . . .	48 906	48 532	99,24	144	0,29	28	0,06	202	0,41		
Schweine . .	253 974	253 284	99,73	241	0,09	297	0,12	152	0,06		
Schafe . . .	63 374	63 281	99,86	66	0,10	—	—	27	0,04		
Ziegen . . .	1 144	1 138	99,48	3	0,26	—	—	3	0,26		
1951											
Pferde . . .	10 235	10 148	99,15	50	0,49	1	0,01	36	0,35		
Rinder . . .	52 618	52 050	98,92	215	0,41	199	0,38	154	0,29		
Kälber . . .	58 127	57 560	99,03	244	0,42	42	0,07	281	0,48		
Schweine . .	433 299	431 218	99,52	395	0,09	1 350	0,31	336	0,08		
Schafe . . .	46 239	46 129	99,76	81	0,18	—	—	29	0,06		
Ziegen . . .	1 259	1 252	99,44	1	0,08	—	—	6	0,48		
1952											
Pferde . . .	8 255	8 216	99,53	26	0,32	2	0,02	11	0,13		
Rinder . . .	54 159	53 495	98,77	193	0,36	309	0,57	162	0,30		
Kälber . . .	53 609	53 015	98,89	236	0,44	40	0,08	318	0,59		
Schweine . .	467 810	466 282	99,67	404	0,09	884	0,19	240	0,05		
Schafe . . .	57 142	57 036	99,82	71	0,12	—	—	35	0,06		
Ziegen . . .	1 703	1 697	99,65	1	0,06	—	—	5	0,29		
1953											
Pferde . . .	7 681	7 631	99,35	28	0,36	—	—	22	0,29		
Rinder . . .	73 052	72 317	98,99	282	0,39	304	0,42	149	0,20		
Kälber . . .	59 146	58 466	98,85	275	0,46	23	0,04	382	0,65		
Schweine . .	438 835	437 427	99,68	569	0,13	565	0,13	274	0,06		
Schafe . . .	62 684	62 576	99,83	71	0,11	—	—	37	0,06		
Ziegen . . .	1 840	1 832	99,57	3	0,16	—	—	5	0,27		
1954											
Pferde . . .	8 321	8 290	99,63	19	0,23	—	—	12	0,14		
Rinder . . .	86 946	86 022	98,94	291	0,33	411	0,47	222	0,26		
Kälber . . .	59 439	58 717	98,79	341	0,57	29	0,05	352	0,59		
Schweine . .	432 108	430 864	99,71	553	0,13	481	0,11	210	0,05		
Schafe . . .	57 976	57 863	99,81	76	0,13	2	0,00	35	0,06		
Ziegen . . .	2 431	2 410	99,14	6	0,24	—	—	15	0,62		
1955											
Pferde . . .	5 674	5 643	99,45	18	0,32	2	0,04	11	0,19		
Rinder . . .	80 732	79 732	98,76	240	0,30	479	0,59	281	0,35		
Kälber . . .	54 023	53 406	98,86	257	0,48	17	0,03	343	0,63		
Schweine . .	552 667	551 167	99,73	628	0,11	581	0,11	291	0,05		
Schafe . . .	46 751	46 634	99,75	64	0,14	—	—	53	0,11		
Ziegen . . .	2 205	2 196	99,59	1	0,05	—	—	8	0,36		
1956											
Pferde . . .	5 282	5 232	99,05	26	0,49	—	—	24	0,46		
Rinder . . .	69 763	69 058	98,99	196	0,28	303	0,43	206	0,30		
Kälber . . .	50 122	49 511	98,78	221	0,44	10	0,02	380	0,76		
Schweine . .	526 371	524 598	99,66	556	0,11	966	0,18	251	0,05		
Schafe . . .	39 519	39 448	99,82	34	0,09	—	—	37	0,09		
Ziegen . . .	2 046	2 032	99,32	3	0,14	—	—	11	0,54		
1957											
Pferde . . .	3 894	3 869	99,36	21	0,54	—	—	4	0,10		
Rinder . . .	93 528	92 612	99,02	207	0,22	469	0,50	240	0,26		
Kälber . . .	48 973	48 428	98,89	191	0,39	15	0,03	339	0,69		
Schweine . .	597 314	594 890	99,59	875	0,15	1 171	0,20	378	0,06		
Schafe . . .	46 884	46 783	99,79	61	0,13	1	0,00	39	0,08		
Ziegen . . .	1 898	1 882	99,16	7	0,37	—	—	9	0,47		

¹⁾ einschl. der nach 21tägiger Kühlung freigegebenen schwachfönnigen Rinder und Kälber. — ²⁾ die Fleischviertel sind zu Tierkörpern umgerechnet.

Anhangtabelle 18

Die für „Untauglich“ erklärten Tierkörper nach den Beanstandungsgründen

Beanstandungsgründe	1938	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1938	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
	Pferde									Rinder								
Blutvergiftungen	2	2	9	1	4	2	3	8	—	28	27	29	33	34	33	51	52	42
Milzbrand, Rauschbrand, Wild- und Rinderseuche	—	—	—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	9	24	26	—	—
Tuberkulose	—	—	1	1	—	—	1	2	—	61	—	1	1	5	8	20	16	24
Gesundheitsschädliche Finnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	1	2	4	3	4	4	2
Allgemeine Wassersucht	—	3	—	—	—	1	—	—	1	81	15	20	23	16	29	40	9	10
Gelbsucht	1	2	1	—	—	—	—	—	—	6	—	1	4	3	5	4	7	4
Fäulnis und ähnliche Zersetzungs Vorgänge	9	5	2	2	9	4	5	7	3	6	21	38	18	17	32	27	14	23
Geruchs- und Geschmacksabweichungen des Fleisches	4	4	1	—	—	—	1	—	—	15	11	13	6	11	14	14	13	31
Geschwülste	1	1	2	1	—	1	—	—	—	37	23	16	38	33	53	41	38	31
Vollständige Abmagerung infolge einer vorstehend nicht genannten Krankheit	3	1	—	—	2	1	1	6	—	13	7	18	16	15	16	51	35	44
Verschiedene andere Krankheiten und Mängel, Mieschersche Schläuche	22	6	20	6	6	1	—	1	—	64	13	17	21	2	5	3	18	29
Zusammen	42	24	36	11	22	12	11	24	4	312	119	154	162	149	222	281	206	240
	Kälber									Schweine								
Blutvergiftungen	58	122	149	156	178	133	138	148	136	24	7	4	9	17	9	23	18	22
Milzbrand, Rauschbrand, Wild- und Rinderseuche	—	—	—	—	28	63	40	—	—	2	—	1	1	26	25	31	1	—
Schweinepest	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	58	5	3	2	2	6	46
Rotlauf der Schweine	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	8	9	14	11	20	28	10	16
Tuberkulose	—	1	—	—	—	—	5	3	1	6	—	10	—	2	—	4	8	4
Gesundheitsschädliche Finnen	—	1	1	1	—	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Allgemeine Wassersucht	26	13	17	17	31	31	24	21	12	5	1	3	3	4	1	3	5	12
Gelbsucht	10	17	22	34	42	49	29	34	24	32	9	19	16	14	18	15	17	18
Fäulnis und ähnliche Zersetzungs Vorgänge	7	14	26	18	46	37	30	30	31	11	18	22	13	30	53	24	21	46
Geruchs- und Geschmacksabweichungen des Fleisches	3	2	3	4	5	1	4	8	10	70	57	84	80	127	67	101	91	108
Geschwülste	5	5	2	2	5	1	2	5	6	7	2	2	2	2	4	1	5	5
Vollständige Abmagerung infolge einer vorstehend nicht genannten Krankheit	6	2	12	23	21	13	50	74	52	19	10	44	19	19	7	43	21	42
Verschiedene andere Krankheiten und Mängel, Mieschersche Schläuche	37	25	49	63	26	24	21	55	66	64	38	80	78	19	6	13	52	59
Zusammen	152	202	281	318	382	352	343	380	339	244	152	336	240	274	210	291	251	378
	Schafe									Ziegen								
Blutvergiftungen	4	2	4	2	1	3	1	2	4	—	—	1	1	—	—	—	2	—
Tuberkulose	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Allgemeine Wassersucht	27	10	10	10	19	13	24	12	6	8	2	—	2	1	7	2	3	2
Gelbsucht	3	1	1	—	—	1	2	1	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1
Fäulnis und ähnliche Zersetzungs Vorgänge	3	5	1	5	6	4	4	5	1	—	—	1	—	—	1	1	—	1
Geruchs- und Geschmacksabweichungen des Fleisches	1	2	—	—	1	—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Geschwülste	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Vollständige Abmagerung infolge einer vorstehend nicht genannten Krankheit	3	6	12	5	7	7	18	14	21	1	1	2	2	4	4	5	5	4
Verschiedene andere Krankheiten und Mängel, Mieschersche Schläuche	11	1	1	13	3	7	4	2	5	2	—	2	—	—	2	—	—	1
Zusammen	52	27	29	35	37	35	53	37	39	11	3	6	5	5	15	8	11	9

Anhangtabelle 19

Die Schlachtungen von Inlands- und Auslandstieren auf den Hamburger Schlachthofanlagen

Jahresdurchschnitt Jahre	Rinder		Kälber		Schweine		Schafe		Pferde	Ziegen
1871/1880	14 848		14 068		66 907		7 845		—	.
1881/1890	13 875		13 538		66 336		8 188		—	.
1891/1900	46 886		42 715		179 696		63 539		3 199	.
1901	47 628		58 677		243 078		84 146		3 904	.
1902	49 977		57 935		228 279		85 292		4 519	.
1903	53 973		56 173		282 886		84 514		4 595	.
1904	57 577		55 384		334 659		84 382		4 436	.
1905	61 454		56 223		293 637		88 801		5 360	.
1906	61 773		54 353		283 411		88 617		5 502	.
1907	65 051		53 445		378 092		88 526		4 854	.
1908	74 041		55 234		393 336		91 045		4 778	.
1909	80 500		58 925		382 607		97 793		5 206	.
1910	79 109		57 371		412 433		97 581		5 342	.
1911	79 867		54 734		498 901		92 397		6 054	.
1912	75 425		52 248		508 522		93 009		6 925	.
1913	75 546		50 228		497 528		90 661		6 086	.
1914	89 543		47 601		603 101		93 417		4 362	.
1915	111 939		48 404		477 489		78 302		2 255	.
1916	151 584		19 130		231 374		39 315		3 973	.
1917	189 903		22 676		341 850		21 896		4 603	.
1918	152 878		14 512		43 506		22 972		12 362	.
1919	50 141		10 163		2 916		11 101		27 393	90
1920	29 136		11 061		23 926		34 598		7 445	206
1921	55 549		63 539		132 798		81 368		7 131	1 123
1922	70 150		83 694		207 886		73 690		13 224	.
1923	44 996		70 273		178 111		49 121		5 132	.
1924	61 688		78 633		291 885		65 715		2 992	546
1925	70 647		70 462		320 866		74 240		6 206	708
1926	71 756		56 084		327 731		48 268		7 314	494
1927	68 427		47 610		445 373		49 267		6 380	595
1928	75 657		50 563		460 751		47 593		7 009	558
1929	87 898		53 315		378 783		46 244		7 685	602
1930	Inland 51 469	Ausland 32 008	Inland 49 308	Ausland 163	Inland 386 616	Ausland 3 806	Inland 53 418	Ausland —	6 351	757
1931	66 190	6 517	50 280	148	451 866	1 389	59 911	—	4 272	508
1932	63 222	—	48 692	—	371 663	—	62 618	—	3 624	183
1933	67 015	—	44 604	—	324 020	—	58 570	—	3 420	248
1934	80 319	—	48 359	—	416 108	—	48 922	—	3 538	307
1935	74 669	—	43 131	—	280 113	—	42 675	—	4 037	380
1936	45 359	—	42 063	—	390 884	—	43 348	—	4 144	716
1937	75 516	—	48 748	—	403 492	—	53 957	—	4 475	1 142
1938 ¹⁾	82 034	—	53 340	—	421 441	—	68 308	—	5 560	1 046
1939	80 648	—	48 233	—	470 603	—	44 398	—	5 230	1 842
1940	65 764	7 546	51 628	—	461 299	38 573	46 254	—	6 257	3 375
1941	76 545	18 637	61 585	—	356 222	—	52 652	—	5 538	1 371
1942	100 695	24 423	79 201	—	207 133	—	41 898	—	3 409	398
1943	60 981	12 507	44 095	153	169 564	—	41 547	—	2 625	111
1944	65 066	21 977	44 248	—	297 191	—	56 926	—	3 603	42
1945	73 223	6 692	38 328	—	96 196	—	23 176	—	4 843	21
1946	48 933	42 553	6 962	—	7 504	—	3 585	—	2 388	19
1947	38 549	81 961	14 825	—	6 822	—	3 009	—	1 229	18
1948	11 998	—	5 243	—	2 943	—	11 837	—	2 723	49
1949	20 826	15 298	14 698	68	74 598	—	67 974	—	6 837	1 445
1950	31 142	50 445	42 146	1 599	192 905	109	59 518	28	8 151	966
1951	41 725	30 983	50 867	573	355 601	—	43 626	—	8 907	1 133
1952	43 321	21 185	47 865	9	387 525	1 368	54 124	—	7 273	1 559
1953	59 100	22 345	52 640	5	368 643	22 659	59 621	—	6 600	1 716
1954	72 163	16 800	53 108	5	370 623	29 516	55 092	—	7 258	2 294
1955	67 555	26 103	49 040	14	485 205	16 308	44 554	—	4 858	2 078
1956	58 592	30 120	46 479	94	459 112	24 068	37 716	—	4 463	1 971
1957	80 384	26 946	46 187	5	528 282	13 798	45 251	—	3 249	1 837

1) ab 1938 einschl. Altona und Harburg.

Anhangtabelle 20

Die gewerblichen Schlachtungen von Inlands- und Auslandstieren in der Hansestadt Hamburg
(auf Grund der Ergebnisse der Schlacht tier- und Fleischbeschau)

Jahre Monate	Zahl der untersuchten Schlachtungen									
	Pferde	Rinder		Käber		Schweine		Schafe		Ziegen
		inländische	ausländische	inländische	ausländische	inländische	ausländische	inländische	ausländische	
1938 ¹⁾	5 716	96 898	—	66 811	—	482 232	—	73 915	—	2 056
1948	3 603	17 347	—	9 024	—	5 008	—	13 255	—	1 773
1949	7 730	28 354	15 298	19 893	68	94 558	—	73 593	—	2 272
1950	9 163	40 358	50 445	48 779	1 599	236 513	109	62 984	28	1 120
1951	10 235	52 484	30 983	58 005	573	412 955	—	46 108	—	1 240
1952	8 255	54 017	21 185	53 533	9	447 739	1 368	57 005	—	1 677
1953	7 681	72 847	22 345	59 055	5	422 446	22 659	62 534	—	1 823
1954										
Januar	710	6 221	1 673	4 264	—	29 586	2 731	5 202	—	90
Februar	690	6 067	1 522	5 271	1	31 861	1 548	4 732	—	75
März	847	6 315	1 244	7 764	—	45 218	849	3 640	—	157
April	712	6 771	1 630	6 058	—	37 431	1 080	3 281	—	212
Mai	572	5 196	1 178	5 337	2	34 200	1 691	2 796	—	208
Juni	583	5 127	1 606	5 234	—	34 713	2 303	7 187	—	146
Juli	598	7 516	1 349	3 451	—	28 266	3 315	5 359	—	134
August	679	6 419	1 251	3 451	—	32 228	2 208	5 173	—	167
September	734	8 700	1 130	3 019	2	29 361	2 150	6 024	—	238
Oktober	714	10 690	1 392	3 845	—	30 073	4 453	5 684	—	364
November	796	9 328	1 501	5 920	—	43 601	4 053	5 657	—	382
Dezember	686	8 149	1 324	5 685	—	41 502	3 135	3 090	—	235
Insgesamt	8 321	86 499	16 800	59 299	5	418 040	29 516	57 825	—	2 408
1955										
Januar	591	6 965	2 192	4 786	—	36 240	2 552	3 718	—	146
Februar	508	5 768	1 727	4 698	—	39 404	2 005	2 935	—	121
März	593	7 395	2 002	7 337	—	56 453	1 904	3 028	—	174
April	442	5 019	2 536	5 577	—	46 241	1 188	2 170	—	179
Mai	401	4 692	1 974	5 949	—	50 252	975	2 362	—	189
Juni	399	5 708	2 130	4 776	—	47 488	1 084	6 004	—	148
Juli	276	5 290	1 975	2 837	9	36 324	1 328	3 288	—	102
August	365	6 994	1 828	3 125	1	45 526	1 081	4 955	—	113
September	500	8 904	2 832	2 570	—	39 907	1 301	5 027	—	212
Oktober	538	8 638	558	2 724	—	42 561	1 060	4 792	—	290
November	548	7 665	3 090	4 598	—	54 246	882	4 834	—	321
Dezember	513	7 231	3 259	4 974	4	44 664	948	3 441	—	206
Insgesamt	5 674	80 269	26 103	53 951	14	539 306	16 308	46 554	—	2 201
1956										
Januar	528	5 280	3 315	4 489	4	45 807	1 187	2 732	—	114
Februar	422	4 953	5 948	4 140	1	43 042	801	3 176	—	87
März	509	5 586	5 003	6 072	7	47 445	1 103	2 717	—	113
April	437	4 451	2 792	5 044	2	49 228	1 395	1 945	—	175
Mai	439	4 588	1 869	5 341	1	46 077	1 293	1 827	—	192
Juni	359	4 293	3 062	3 698	64	41 998	1 618	4 435	—	117
Juli	322	4 851	1 517	3 559	8	44 274	1 309	3 843	—	101
August	401	6 596	2 002	2 538	6	36 454	2 092	4 602	—	149
September	415	5 425	1 043	2 428	1	33 604	3 156	3 295	—	189
Oktober	552	6 979	1 300	3 890	—	45 410	4 028	4 211	—	335
November	473	9 779	1 222	3 805	—	40 425	3 240	3 624	—	287
Dezember	425	6 754	1 047	5 061	—	41 878	3 016	2 975	—	179
Insgesamt	5 282	69 535	30 120	50 065	94	515 642	24 068	39 382	—	2 038
1957										
Januar	477	6 422	2 686	4 841	—	44 541	1 075	3 495	—	151
Februar	341	5 432	1 512	4 295	—	42 584	1 937	3 339	—	110
März	386	5 488	2 008	5 184	—	52 957	1 696	3 331	—	125
April	353	5 598	2 286	6 448	—	67 149	1 056	3 755	—	153
Mai	285	6 126	2 248	4 642	—	53 716	1 172	4 992	—	131
Juni	232	5 136	2 178	4 329	—	43 634	999	3 686	—	108
Juli	189	6 380	1 558	3 636	—	47 838	857	4 664	—	123
August	317	9 596	3 045	2 619	—	39 361	1 134	4 806	—	115
September	311	10 265	2 180	2 438	—	40 955	794	3 796	—	192
Oktober	377	15 523	1 298	3 410	—	52 518	1 164	4 771	—	260
November	345	10 264	2 706	3 069	2	51 275	1 211	3 729	—	239
Dezember	281	7 216	3 241	4 029	3	50 929	703	2 436	—	182
Insgesamt	3 894	93 446	26 946	48 940	5	587 457	13 798	46 800	—	1 889

1) einschl. Hausschlachtungen, jedoch ohne Hausschlachtungen von Schweinen.

Anhangtabelle 21

**Die gewerblichen Schlachtungen in der Hansestadt Hamburg
auf Grund der Ergebnisse der Schlachtier- und Fleischbeschau**

Jahre	Zahl der untersuchten Schlachtungen									
	Pferde	Rinder		Kälber		Schweine		Schafe		Ziegen
		inländische	ausländische	inländische	ausländische	inländische	ausländische	inländische	ausländische	
1905	5 632	23 621	41 664	59 643	192	306 042	—	91 604	6	83
1906	5 720	28 212	37 693	57 527	340	297 309	—	90 993	139	81
1907	5 051	30 950	38 882	56 544	218	394 470	—	91 087	—	152
1908	4 968	32 794	46 649	58 602	221	409 070	—	93 679	5	171
1909	5 417	40 785	45 872	63 208	265	398 430	—	100 765	29	313
1910	5 549	41 181	44 189	61 198	459	435 738	—	100 280	81	857
1911	6 254	38 711	46 380	58 210	206	527 696	—	94 901	12	990
1912	7 156	40 780	40 534	55 365	137	534 939	—	95 856	1	1 081
1913	6 303	36 749	44 172	53 161	52	525 741	—	93 270	12	1 272
1914	4 508	39 530	56 345	50 145	375	639 044	9	95 911	425	1 750
1915	2 381	80 084	37 742	52 140	46	503 937	—	81 449	46	1 348
1916	4 046	128 034	27 718	20 725	—	248 211	—	41 340	—	622
1917	4 763	190 997	4 561	23 860	—	354 524	—	22 624	—	525
1918	12 623	152 107	6 594	15 321	—	50 110	—	23 982	—	533
1919	28 090	53 022	172	10 699	—	8 299	—	11 544	—	818
1920	7 607	27 910	4 609	11 842	—	30 165	5 701	37 169	—	1 186
1921	7 281	48 050	11 245	65 727	81	144 861	5 061	84 270	355	1 370
1922	13 398	67 703	6 442	86 344	39	226 555	1 044	74 476	124	1 691
1923	5 272	41 730	6 204	72 486	31	190 166	4 369	50 062	9	1 412
1924	3 078	59 077	6 105	81 414	192	294 318	17 040	68 347	187	853
1925	6 373	36 509	38 017	74 103	187	335 886	3 159	77 246	27	964
1926	7 499	30 913	44 554	60 017	138	348 046	12	51 010	12	827
1927	6 524	21 105	50 495	50 980	286	470 046	—	51 246	110	905
1928	7 140	35 940	43 443	54 551	283	489 355	—	49 699	6	902
1929	7 801	43 498	48 760	57 320	110	403 881	1 001	48 146	4	1 053
1930	6 511	55 566	32 008	52 668	163	411 110	3 806	54 934	—	1 125
1931	4 389	63 736	6 517	53 667	148	477 335	1 389	61 570	—	937
1932	3 724	67 356	—	52 695	—	397 396	—	64 237	—	585
1933	3 494	71 380	—	48 771	—	349 987	—	60 294	—	605
1934	3 636	84 880	—	53 127	—	444 611	—	50 675	—	620
1935	4 117	79 648	—	47 932	—	309 040	—	44 342	—	706
1936	4 257	49 588	—	46 238	—	420 899	—	44 309	—	992
1937	5 249	94 855	—	65 896	—	602 285	—	61 747	—	2 215
1938	5 716	96 898	—	66 811	—	482 232	—	73 915	—	2 056
1939	5 384	93 426	—	61 028	—	510 896	—	49 996	—	2 433
1940	6 407	78 152	7 546	64 667	—	490 374	38 573	50 604	—	3 693
1941	5 697	89 734	18 637	75 987	—	378 064	—	58 397	—	1 690
1942	3 569	114 687	24 423	95 523	—	216 312	—	46 292	—	697
1943	2 777	70 722	12 507	56 879	153	179 538	—	45 513	—	404
1944	3 763	70 007	21 977	77 954	—	315 325	—	59 820	—	322
1945	5 261	78 488	6 692	45 310	—	103 807	—	24 736	—	154
1946	2 682	54 820	42 553 ¹⁾	11 443	—	8 607	—	4 587	—	69
1947	1 642	45 882	81 961 ¹⁾	17 944	—	8 654	—	3 485	—	29
1948	3 603	17 347	—	9 024	—	5 008	—	13 255	—	1 773
1949	7 730	28 354	15 298 ²⁾	19 893	68	94 558	—	73 593	—	2 272
1950	9 163	40 358	50 445	48 779	1 599	236 513	109	62 984	28	1 120
1951	10 235	52 484	30 983	58 005	573	412 955	—	46 108	—	1 240
1952	8 255	54 017	21 185	53 533	9	447 739	1 368	57 005	—	1 677
1953	7 681	72 847	22 345	59 055	5	422 446	22 659	62 534	—	1 823
1954	8 321	86 499	16 800	59 299	5	418 040	29 516	57 825	—	2 408
1955	5 674	80 269	26 103	53 951	14	539 306	16 308	46 554	—	2 201
1956	5 282	69 535	30 120	50 065	94	515 642	24 068	39 382	—	2 038
1957	3 894	93 446	26 946	48 940	5	587 457	13 798	46 800	—	1 889

1) nur Schlachtungen für die Besatzungsmacht. — 2) Transitschlachtungen.

Die durchschnittlichen Schlachtgewichte der Schlachttiere (Inland)

Jahre Monate	Durchschnittliche Schlachtgewichte in kg									
	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde	Ziegen
1938	265,6	302,4	246,8	200,6	246,3	57,2	96,5	25,3	258,5	17,5
1948	212,1	202,7	224,2	176,5	209,9	34,0	63,8	20,5	178,3	14,7
1949	263,0	233,9	270,5	240,8	256,9	33,0	99,0	24,1	270,9	15,0
1950	263,6	234,6	259,6	225,4	248,7	43,2	95,5	25,9	246,5	17,0
1951	272,4	225,0	258,2	230,7	248,1	41,8	89,6	27,2	260,7	17,2
1952	286,5	227,4	253,6	237,6	250,0	43,5	94,1	28,3	261,5	17,5
1953	282,0	212,9	256,9	238,5	248,5	45,2	91,3	28,3	257,9	18,2
1954										
Januar	281,6	222,7	264,7	238,0	255,1	40,7	93,4	28,9	273,6	18,6
Februar	278,9	221,0	259,5	235,3	249,8	38,6	90,3	30,6	265,7	19,2
März	281,2	223,7	262,7	238,0	253,1	38,8	90,5	29,2	281,1	18,4
April	279,1	225,5	260,2	239,2	251,1	41,4	89,9	26,4	244,0	19,1
Mai	270,6	235,6	253,6	236,0	247,3	48,7	92,0	29,1	285,6	18,3
Juni	267,7	223,5	249,6	228,5	240,7	54,0	91,6	29,6	272,8	15,5
Juli	263,5	196,5	252,7	230,0	238,8	59,5	93,4	28,2	281,2	17,2
August	268,6	194,9	248,9	226,9	236,1	65,0	96,0	26,6	266,7	17,7
September	271,8	179,4	246,8	231,7	238,4	62,7	98,4	26,9	266,7	17,7
Oktober	272,2	183,5	246,8	228,3	243,8	44,3	95,8	26,6	242,9	18,4
November	276,1	177,7	249,2	229,9	241,5	39,5	93,1	26,5	244,7	18,3
Dezember	278,7	182,6	254,2	232,8	239,6	39,8	89,7	26,4	288,9	18,2
Jahresdurchschnitt	273,7	204,1	253,9	232,5	244,1	45,9	92,6	27,9	267,2	18,1
1955										
Januar	281,9	187,5	257,1	232,5	243,9	42,1	90,8	28,1	290,0	19,3
Februar	284,2	199,5	259,1	237,9	246,5	41,6	87,1	28,1	309,2	18,8
März	276,0	214,4	254,0	236,9	245,6	40,4	87,0	26,6	305,0	18,8
April	271,4	215,5	252,6	232,2	242,5	42,8	86,3	25,3	272,0	18,5
Mai	273,7	205,2	247,7	225,1	234,8	50,4	86,9	27,0	265,4	18,7
Juni	253,2	207,1	243,6	217,9	230,4	56,5	88,2	28,8	298,0	19,3
Juli	247,9	197,2	257,5	227,8	238,2	61,7	89,0	28,8	325,3	18,5
August	266,4	182,8	258,0	233,5	237,4	67,4	91,1	28,8	286,7	18,4
September	275,5	179,4	252,0	229,7	239,1	66,6	90,6	27,3	242,0	17,4
Oktober	271,8	176,1	250,3	233,8	242,8	48,4	88,0	26,3	261,8	17,8
November	280,8	175,1	252,6	239,6	244,0	41,4	88,2	26,1	272,0	19,0
Dezember	276,8	178,0	255,3	233,3	238,8	43,8	84,9	28,2	274,9	19,5
Jahresdurchschnitt	273,2	193,0	253,4	232,2	240,6	48,2	88,1	27,6	282,2	18,6
1956										
Januar	278,0	208,4	259,9	236,6	246,6	45,0	88,2	28,8	284,9	20,0
Februar	273,5	205,4	256,7	240,4	245,2	44,8	86,3	27,9	293,9	20,8
März	273,2	216,3	257,2	237,1	245,9	45,4	86,5	24,0	308,1	19,7
April	268,3	218,7	259,6	237,5	246,0	45,1	88,5	25,7	259,0	18,8
Mai	273,1	222,7	256,6	239,7	244,9	51,5	89,9	27,9	291,1	18,1
Juni	264,7	223,7	253,5	233,4	242,0	58,1	91,3	29,0	296,0	18,7
Juli	264,5	200,2	255,4	224,7	235,6	63,6	92,5	27,6	272,0	17,2
August	263,5	187,2	254,8	229,9	234,7	69,6	94,8	26,6	236,6	17,9
September	272,1	186,7	251,4	235,2	237,2	66,8	95,4	25,9	251,0	17,7
Oktober	280,4	185,8	252,8	237,2	242,7	50,2	94,4	26,6	281,8	18,7
November	280,3	185,5	258,9	235,0	248,3	45,5	92,4	26,8	270,7	19,0
Dezember	293,4	190,6	257,9	228,0	237,2	46,3	88,4	26,8	260,1	20,3
Jahresdurchschnitt	275,0	201,8	256,4	234,4	242,3	50,9	90,5	27,0	276,3	18,8
1957										
Januar	276,8	203,1	261,9	234,6	245,2	49,1	90,3	28,0	302,0	19,7
Februar	273,8	200,9	259,0	232,2	241,7	48,8	88,7	27,5	310,2	18,3
März	269,3	207,6	254,9	233,4	242,0	45,8	88,2	24,1	273,2	20,5
April	259,6	201,8	254,9	231,4	235,7	48,2	87,3	25,1	312,1	18,3
Mai	261,9	209,4	255,2	235,1	238,4	54,9	88,0	29,2	309,9	20,3
Juni	281,2	211,9	256,8	235,9	242,2	59,4	87,6	30,9	294,3	18,3
Juli	283,5	200,7	256,2	236,4	240,5	64,0	88,9	30,6	299,6	19,4
August	283,5	194,6	252,4	237,2	240,4	69,6	89,6	27,7	327,5	17,7
September	297,2	196,5	253,5	245,6	252,5	69,6	90,1	27,7	231,2	18,3
Oktober	298,2	200,7	253,6	248,7	256,2	56,6	90,9	27,2	265,3	18,8
November	295,7	191,6	255,1	242,2	247,8	50,5	91,7	24,6	242,5	19,1
Dezember	285,2	197,0	259,3	238,2	242,4	50,5	87,3	27,4	283,4	18,9
Jahresdurchschnitt	289,7	201,1	255,7	239,5	245,5	54,0	89,0	27,6	287,0	19,0

Die durchschnittlichen Schlachtausbeuten der Schlachttiere (Inland)

Jahre Monate	Durchschnittliche Schlachtausbeute in vH							
	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Rinder Insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe
1938	54,9	54,8	50,5	54,2	53,5	63,0	80,0	50,0
1948	58,6	55,0	50,7	56,2	54,1	56,5	78,0	43,7
1949	58,5	58,7	55,8	60,8	57,8	56,3	83,8	47,6
1950	56,0	55,8	52,4	55,9	54,1	58,8	79,7	49,9
1951	57,1	56,0	52,1	56,5	53,9	55,6	78,9	49,5
1952	56,8	55,1	50,6	55,5	52,9	55,6	79,6	50,5
1953	56,9	56,1	51,3	56,2	53,8	55,6	79,3	51,4
1954								
Januar	56,7	56,7	51,8	56,0	53,9	56,4	79,4	52,1
Februar	56,7	56,5	51,3	55,9	53,7	56,2	79,1	52,1
März	56,9	56,5	51,2	56,3	53,6	55,9	79,1	51,6
April	57,3	56,5	50,9	56,5	53,6	55,2	79,1	51,8
Mai	57,2	56,7	50,9	56,8	53,6	56,9	79,2	51,5
Juni	56,8	56,6	51,0	56,3	53,3	55,0	79,2	51,6
Juli	56,8	55,7	51,3	56,1	53,9	56,8	79,5	51,5
August	56,8	55,5	51,1	56,0	53,8	57,3	79,7	51,4
September	57,0	55,0	50,5	55,9	53,8	56,3	79,9	51,3
Oktober	57,2	55,6	50,0	56,0	53,4	55,1	79,6	51,4
November	57,0	55,4	50,3	56,1	52,6	55,0	79,4	51,1
Dezember	56,9	56,2	50,7	56,0	53,2	55,4	79,1	51,4
Jahresdurchschnitt .	57,1	56,3	50,9	56,2	53,6	55,9	79,3	51,5
1955								
Januar	57,1	55,2	51,0	56,1	53,3	55,8	79,1	51,7
Februar	57,1	55,5	51,3	56,6	53,6	56,0	78,8	52,2
März	57,2	56,0	50,7	56,7	53,0	55,9	78,7	51,6
April	57,1	55,6	50,8	56,1	53,0	56,1	78,7	51,7
Mai	56,8	55,2	50,8	55,7	53,3	56,8	78,8	50,6
Juni	56,1	55,4	50,7	55,3	52,7	56,9	78,8	51,2
Juli	56,4	55,3	52,0	55,8	53,9	56,7	78,8	51,0
August	56,7	55,0	51,7	56,2	53,8	56,6	79,1	51,4
September	56,8	55,2	50,9	56,0	53,2	56,6	79,1	51,0
Oktober	56,7	54,9	50,2	55,9	52,5	56,0	78,8	50,6
November	57,0	53,9	50,2	56,3	52,4	55,7	78,8	50,8
Dezember	56,6	54,3	50,4	55,7	52,9	56,1	78,6	50,9
Jahresdurchschnitt .	56,9	55,2	50,8	56,0	53,1	56,2	78,9	51,2
1956								
Januar	56,7	55,4	50,6	55,8	52,7	56,5	78,8	51,7
Februar	56,5	55,4	50,5	56,2	52,9	56,6	78,7	51,1
März	56,9	55,4	50,5	56,3	52,8	55,9	78,7	51,3
April	56,4	55,3	50,7	56,1	52,8	55,7	79,0	49,8
Mai	56,4	55,3	50,9	56,1	53,1	56,1	79,1	50,2
Juni	55,9	55,5	51,0	56,0	52,8	56,7	79,3	51,5
Juli	55,7	54,8	51,2	55,2	52,3	57,2	79,5	51,2
August	55,9	54,5	51,0	55,4	52,8	57,2	79,7	50,5
September	56,7	54,6	50,3	56,0	52,3	56,9	79,7	50,7
Oktober	57,0	54,4	49,7	56,0	51,4	55,4	79,4	50,8
November	56,8	54,4	50,2	55,8	52,4	55,6	79,2	50,9
Dezember	56,8	54,5	50,3	55,2	52,0	56,1	78,8	51,1
Jahresdurchschnitt .	56,6	55,1	50,5	55,8	52,5	55,9	79,1	50,8
1957								
Januar	56,2	54,3	50,8	55,6	52,4	56,3	79,0	50,9
Februar	56,3	54,3	50,7	55,3	52,6	56,3	78,8	50,7
März	56,2	54,3	50,3	55,5	52,5	55,9	78,8	50,1
April	54,9	53,9	50,3	55,4	52,0	55,9	78,9	51,0
Mai	56,2	54,5	50,8	56,0	53,2	56,2	79,0	50,9
Juni	55,9	54,9	50,8	56,2	52,9	56,9	78,8	51,4
Juli	56,1	54,4	50,7	55,5	52,2	56,3	78,9	51,6
August	56,6	54,3	50,1	56,1	52,4	55,3	79,0	51,1
September	57,6	54,3	50,0	56,8	53,1	54,5	79,0	51,1
Oktober	57,6	54,8	49,9	56,9	52,6	54,1	79,1	51,1
November	57,0	54,5	49,8	56,4	51,8	55,0	79,2	51,3
Dezember	56,3	54,5	50,0	56,0	51,9	55,8	78,8	51,9
Jahresdurchschnitt .	56,8	54,3	50,3	56,1	52,4	55,4	79,0	50,9

Anhangtabelle 24

Die durchschnittlichen Lebendgewichte der Auslandstiere

Jahre Monate	Durchschnittliche Lebendgewichte in kg							
	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe
1950	484,2	632,3	506,5	430,3	496,9	180,3	130,0	83,1
1951	480,3	592,9	505,3	430,6	492,0	199,7	—	—
1952	510,2	613,3	509,6	452,3	502,9	189,5	203,8	—
1953	484,8	592,8	520,2	454,1	513,7	199,8	185,0	—
1954	482,3	605,8	517,5	445,5	513,2	182,4	181,0	—
1955								
Januar	496,0	563,0	522,0	444,0	514,0	—	192,0	—
Februar	487,0	611,0	516,0	445,0	507,0	—	196,0	—
März	497,0	579,0	514,0	445,0	513,6	—	201,0	—
April	487,0	598,0	507,0	431,0	505,8	—	202,0	—
Mai	462,0	599,0	499,0	435,0	498,9	—	200,0	—
Juni	441,0	576,0	481,0	416,0	479,2	—	198,0	—
Juli	445,0	576,0	481,0	408,0	481,5	179,0	195,0	—
August	464,0	562,0	485,0	425,0	484,8	198,0	189,0	—
September	489,0	536,0	495,0	424,0	491,5	—	194,0	—
Oktober	430,0	642,0	519,0	471,0	518,4	—	198,0	—
November	488,0	571,0	504,0	439,0	499,3	—	199,0	—
Dezember	469,0	577,0	499,0	436,0	498,3	163,0	199,0	—
Jahresdurchschnitt .	486,5	581,6	500,6	433,5	498,3	175,8	197,1	—
1956								
Januar	473,0	578,0	498,0	456,0	496,9	181,0	205,0	—
Februar	485,0	565,0	491,0	436,0	486,0	199,0	205,0	—
März	511,0	583,0	494,0	436,0	492,0	198,0	206,0	—
April	489,0	575,0	499,0	441,0	498,9	182,0	202,0	—
Mai	441,0	570,0	478,0	423,0	478,4	179,0	200,0	—
Juni	449,0	573,0	475,0	415,0	476,3	182,0	199,0	—
Juli	467,0	606,0	480,0	421,0	479,5	193,0	193,0	—
August	479,0	606,0	485,0	430,0	485,5	154,0	193,0	—
September	475,0	690,0	499,0	469,0	500,6	193,0	159,0	—
Oktober	463,0	571,0	481,0	458,0	480,8	—	145,0	—
November	468,0	685,0	494,0	487,0	494,6	—	166,0	—
Dezember	466,0	688,0	511,0	444,0	508,9	—	150,0	—
Jahresdurchschnitt .	488,0	581,4	490,3	435,8	489,0	182,6	175,8	—
1957								
Januar	540,0	631,0	519,0	460,0	519,1	—	193,0	—
Februar	501,0	639,0	510,0	478,0	507,8	—	153,0	—
März	519,0	588,0	496,0	459,0	495,0	—	196,0	—
April	484,0	593,0	494,0	439,0	489,4	—	192,0	—
Mai	475,0	587,0	493,0	440,0	487,7	—	198,0	—
Juni	487,0	563,0	504,0	439,0	497,5	—	196,0	—
Juli	498,0	545,0	500,0	450,0	497,8	—	196,0	—
August	498,0	506,0	502,0	453,0	500,3	—	196,0	—
September	510,5	556,0	508,0	465,0	513,5	—	193,0	—
Oktober	509,0	568,0	510,5	474,0	509,7	—	194,0	—
November	507,0	571,5	523,5	452,0	520,4	101,0	197,0	—
Dezember	506,0	573,0	525,5	453,0	518,8	132,0	200,0	—
Jahresdurchschnitt .	504,3	552,5	508,1	452,1	505,6	119,6	190,2	—

Anhangtabelle 25

Die durchschnittlichen Schlachtgewichte der Auslandstiere

Jahre Monate	Durchschnittliche Schlachtgewichte in kg							
	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Rinder- insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe
1950	264,2	345,7	274,7	236,1	270,3	95,5	104,0	38,9
1951	264,6	333,9	281,5	239,8	274,1	108,9	—	—
1952	295,0	355,3	285,3	260,9	283,7	108,1	163,3	—
1953	281,1	343,9	284,7	263,4	284,8	109,6	147,7	—
1954	279,4	351,4	279,5	258,4	280,9	98,2	144,8	—
1955								
Januar	288,0	327,0	282,0	258,0	281,4	—	154,0	—
Februar	282,0	354,0	279,0	258,0	277,9	—	157,0	—
März	288,0	336,0	278,0	258,0	279,3	—	161,0	—
April	282,0	347,0	274,0	250,0	275,4	—	162,0	—
Mai	268,0	347,0	269,0	252,0	271,8	—	160,0	—
Juni	256,0	334,0	260,0	241,0	262,6	—	158,0	—
Juli	258,0	334,0	260,0	237,0	261,7	90,0	156,0	—
August	269,0	326,0	262,0	247,0	263,0	109,0	152,0	—
September	284,0	311,0	267,0	246,0	269,6	—	155,0	—
Oktober	249,0	372,0	280,0	273,0	280,8	—	158,0	—
November	278,0	325,0	272,0	250,0	271,3	—	159,0	—
Dezember	267,0	321,5	269,0	249,0	269,5	90,0	159,0	—
Jahresdurchschnitt .	281,2	335,6	270,3	250,6	271,6	91,4	157,9	—
1956								
Januar	270,0	329,0	269,0	260,0	269,2	100,0	164,0	—
Februar	276,0	322,0	265,0	249,0	264,8	109,0	164,0	—
März	281,0	332,0	267,0	249,0	267,5	108,0	165,0	—
April	279,0	328,0	269,0	251,0	270,1	100,0	162,0	—
Mai	251,0	325,0	258,0	241,0	259,2	98,0	160,0	—
Juni	251,0	315,0	252,0	232,0	253,6	100,0	159,0	—
Juli	262,0	339,0	254,0	236,0	254,8	106,0	154,0	—
August	268,0	339,0	257,0	241,0	258,0	85,0	154,0	—
September	266,0	386,0	264,0	263,0	265,2	106,0	127,0	—
Oktober	259,0	320,0	255,0	256,0	255,1	—	116,0	—
November	265,0	384,0	262,0	274,0	262,6	—	133,0	—
Dezember	256,0	378,0	271,0	244,0	270,4	—	120,0	—
Jahresdurchschnitt .	274,3	328,1	262,8	248,0	263,4	100,3	140,7	—
1957								
Januar	302,7	363,5	275,0	254,7	278,7	—	154,0	—
Februar	281,0	351,0	270,0	263,0	270,4	—	122,0	—
März	291,0	323,0	262,0	252,0	263,1	—	157,0	—
April	271,0	326,0	262,0	241,0	261,0	—	154,0	—
Mai	266,0	323,0	261,0	242,0	261,3	—	158,0	—
Juni	273,0	310,0	267,0	241,0	267,3	—	157,0	—
Juli	279,0	300,0	265,0	248,0	266,4	—	157,0	—
August	278,6	275,8	256,0	249,0	260,3	—	157,0	—
September	286,2	305,7	264,0	256,0	273,7	—	154,0	—
Oktober	285,0	312,8	266,3	261,0	269,5	—	155,0	—
November	279,2	314,4	272,5	244,0	273,4	56,0	158,0	—
Dezember	278,0	315,2	274,3	245,0	273,4	73,0	160,0	—
Jahresdurchschnitt .	281,5	303,6	266,5	247,8	268,4	66,2	152,4	—

Die durchschnittliche Schlachtausbeute der Auslandstiere

Jahre Monate	Durchschnittliche Schlachtausbeute in vH							
	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Rinder- insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe
1950	54,6	54,7	54,2	54,9	54,4	53,0	80,0	46,8
1951	55,1	56,3	55,7	55,7	55,7	54,5	—	—
1952	57,8	57,9	56,0	57,7	56,4	57,1	80,1	—
1953	58,0	58,0	54,7	58,0	55,4	54,9	79,8	—
1954	57,9	58,0	54,0	58,0	54,7	53,8	80,0	—
1955								
Januar	58,1	58,1	54,0	58,1	54,7	—	80,2	—
Februar	57,9	57,9	54,1	58,0	54,8	—	80,1	—
März	57,9	58,0	54,1	58,0	54,4	—	80,1	—
April	57,9	58,0	54,0	58,0	54,4	—	80,2	—
Mai	58,0	57,9	53,9	57,9	54,5	—	80,0	—
Juni	58,0	58,0	54,1	57,9	54,8	—	79,8	—
Juli	58,0	58,0	54,1	58,1	54,4	50,3	80,0	—
August	58,0	58,0	54,0	58,1	54,2	55,1	80,4	—
September	58,1	58,0	53,9	58,0	54,9	—	79,9	—
Oktober	57,9	57,9	53,9	58,0	54,2	—	79,8	—
November	57,0	56,9	54,0	56,9	54,3	—	79,9	—
Dezember	56,9	55,7	53,9	57,1	54,1	55,2	79,9	—
Jahresdurchschnitt .	57,8	57,7	54,0	57,8	54,5	52,0	80,1	—
1956								
Januar	57,1	56,9	54,0	57,0	54,2	55,2	80,0	—
Februar	56,9	57,0	54,0	57,1	54,5	54,8	80,0	—
März	55,0	56,9	54,0	57,1	54,4	54,5	80,1	—
April	57,1	57,0	53,9	56,9	54,1	54,9	80,2	—
Mai	56,9	57,0	54,0	57,0	54,2	54,7	80,0	—
Juni	55,9	55,0	53,1	55,9	53,2	54,9	79,9	—
Juli	56,1	55,9	52,9	56,1	53,1	54,9	79,8	—
August	55,9	55,9	53,0	56,0	53,1	55,2	79,8	—
September	56,0	55,9	52,9	56,1	53,0	54,9	79,9	—
Oktober	55,9	56,0	53,0	55,9	53,1	—	80,0	—
November	56,6	56,1	53,0	56,3	53,1	—	80,1	—
Dezember	54,9	54,9	53,0	55,0	53,1	—	80,0	—
Jahresdurchschnitt .	56,2	56,4	53,6	56,9	53,9	54,9	80,0	—
1957								
Januar	56,1	57,6	53,0	55,4	53,7	—	79,8	—
Februar	56,1	54,9	52,9	55,0	53,2	—	79,7	—
März	56,1	54,9	52,8	54,9	53,2	—	80,1	—
April	56,0	55,0	53,0	54,9	53,3	—	80,2	—
Mai	56,0	55,0	52,9	55,0	53,6	—	79,8	—
Juni	56,1	55,1	53,0	54,9	53,7	—	80,1	—
Juli	56,0	55,0	53,0	55,1	53,5	—	80,1	—
August	55,9	54,5	51,0	55,0	52,0	—	80,1	—
September	56,1	55,0	52,0	55,1	53,3	—	79,8	—
Oktober	56,0	55,1	52,2	55,1	52,9	—	79,9	—
November	55,1	55,0	52,1	54,0	52,5	55,4	80,2	—
Dezember	54,9	55,0	52,5	54,1	52,7	55,3	80,0	—
Jahresdurchschnitt .	55,8	55,0	52,5	54,8	53,1	55,4	80,1	—

Anhangtalle 27

Der Fleischanfall aus den gewerblichen Schlachtungen (Inlandtiere) und die Zufuhren von Fleisch

Jahre — Monate	Zahl der Schlachtungen Stück	Durchschnittliches Schlachtgewicht kg	Fleischanfall kg (Spalte 1 × Spalte 2)	Zufuhren von frischem und gekühltem Fleisch einschließlich Innereren in kg aus dem		Gesamtfleischanfall in kg (Spalte 3-5)
				Inland	Ausland	
				1	2	
Rindfleisch						
1938	96 898	246,3	23 865 977	5 329 520	10 648 330	39 843 827
1950	40 358	248,7	10 037 035	4 423 947	49 820	14 510 802
1951	52 484	248,1	13 021 280	6 343 358	2 009 551	21 374 189
1952	54 017	250,0	13 504 928	5 594 688	1 590 932	20 690 548
1953	72 847	248,5	18 102 480	6 818 936	640 661	25 562 077
1954	86 499	244,1	21 115 940	6 770 265	15 747	27 901 952
1955	80 269	240,6	19 314 430	6 261 660	208 313	25 784 403
1956	69 535	242,3	16 849 783	5 723 533	6 632 852	29 206 168
1957						
Januar	6 422	245,2	1 574 442	563 890	881 386	3 019 718
Februar	5 432	241,7	1 312 940	509 961	584 009	2 406 910
März	5 488	242,0	1 328 342	548 069	682 969	2 559 380
April	5 598	235,7	1 319 417	630 979	826 462	2 776 858
Mai	6 126	238,4	1 460 485	592 604	647 745	2 700 834
Juni	5 136	242,2	1 244 155	641 025	365 839	2 251 019
Juli	6 380	240,5	1 534 383	651 185	203 951	2 389 519
August	9 596	240,4	2 307 051	584 086	258 178	3 149 315
September	10 265	252,5	2 592 394	540 418	177 069	3 309 881
Oktober	15 523	256,2	3 976 800	667 091	346 813	4 990 704
November	10 264	247,8	2 543 119	633 204	316 313	3 492 636
Dezember	7 216	242,4	1 749 062	584 351	270 032	2 603 445
Zusammen	93 446	245,5	22 942 590	7 146 863	5 560 766	35 650 219
Kalbfleisch						
1938	66 811	57,2	3 821 589	1 167 559	2 402	4 991 550
1950	48 779	43,2	2 107 253	2 033 971	18 422	4 159 157
1951	58 005	41,8	2 424 609	1 915 076	—	4 339 685
1952	53 533	43,5	2 330 989	1 483 036	—	3 814 025
1953	59 055	45,2	2 669 286	1 618 075	—	4 287 361
1954	59 299	45,9	2 720 976	1 577 441	2 927	4 301 344
1955	53 951	48,2	2 598 603	1 461 295	—	4 059 898
1956	50 065	50,9	2 548 463	1 199 345	9 044	3 756 852
1957						
Januar	4 841	49,1	237 693	93 282	—	330 975
Februar	4 295	48,8	209 596	84 509	—	294 105
März	5 184	45,8	237 427	126 247	—	363 674
April	6 448	48,2	310 794	119 537	—	430 331
Mai	4 642	54,9	254 846	93 247	—	348 093
Juni	4 329	59,4	257 143	75 146	—	332 289
Juli	3 636	64,0	232 704	69 441	—	302 145
August	2 619	69,6	182 282	95 386	—	277 668
September	2 438	69,6	169 685	95 423	—	265 108
Oktober	3 410	56,6	193 006	97 933	—	290 939
November	3 069	50,5	154 985	92 268	—	247 253
Dezember	4 029	50,5	203 465	90 054	—	293 519
Zusammen	48 940	54,0	2 643 626	1 132 473	—	3 776 099
Schweinefleisch						
1938	482 232	96,5	46 535 388	1 072 843	10 268 396	57 876 627
1950	236 513	95,5	22 586 992	2 550 363	3 343 738 ¹⁾	28 481 093
1951	412 955	89,6	37 000 768	2 658 151	1 224 509 ¹⁾	40 883 428
1952	447 739	94,1	42 150 631	3 249 081	588 654 ¹⁾	45 988 366
1953	422 446	91,3	38 569 320	2 936 973	1 465 727 ¹⁾	42 972 020
1954	418 040	92,6	38 709 796	2 515 503	913 500 ¹⁾	42 138 799
1955	539 306	88,1	47 497 698	2 874 991	562 573 ¹⁾	50 935 262
1956	515 462	90,5	46 673 107	3 380 288	819 008 ¹⁾	50 872 403
1957						
Januar	44 541	90,3	4 022 052	394 159	174 824	4 591 035
Februar	42 584	88,7	3 777 201	296 162	184 934	4 258 297
März	52 957	88,2	4 670 807	305 716	41 474	5 017 997
April	67 149	87,3	5 862 108	309 424	70 848	6 242 380
Mai	53 716	88,0	4 727 008	289 573	36 160	5 052 741
Juni	43 634	87,6	3 822 338	219 544	20 857	4 062 739
Juli	47 838	88,9	4 252 798	244 701	79 872	4 577 371
August	39 361	89,6	3 526 746	229 623	52 597	3 808 966
September	40 955	90,1	3 690 046	229 646	33 351	3 953 043
Oktober	52 518	90,9	4 773 886	274 490	40 315	5 088 691
November	51 275	91,7	4 701 918	265 988	22 786	4 990 692
Dezember	50 929	87,3	4 446 102	326 228	1 676	4 774 006
Zusammen	587 457	89,0	52 273 010	3 385 254	759 694¹⁾	56 417 958

¹⁾ einschl. Speckzufuhren 1950 = 85 835 kg, 1951 = 146 069 kg, 1952 = 489 465 kg, 1953 = 1 046 894 kg, 1954 = 612 309 kg, 1955 = 385 530 kg, 1956 = 568 951 kg, 1957 = 291 205 kg.

Noch: Anhangtabelle 27

Jahre — Monate	Zahl der Schlachtungen Stück	Durchschnittliches Schlachtgewicht kg	Fleischanfall kg (Spalte 1 × Spalte 2)	Zuführen von frischem und gekühltem Fleisch einschließlich Innereien in kg aus dem		Gesamtfleischanfall in kg (Spalte 3-5)
				Inland	Ausland	
				1	2	
Hammelfleisch						
1938	73 915	25,3	1 870 050	427 437	—	2 297 487
1950	62 984	25,9	1 631 286	1 160 451	22 363	2 814 100
1951	46 108	27,2	1 254 138	818 652	11 744	2 084 534
1952	57 005	28,3	1 611 722	820 470	11 625	2 443 817
1953	62 534	28,3	1 769 712	802 738	—	2 572 450
1954	57 825	27,9	1 615 595	687 487	9 962	2 313 044
1955	46 554	27,6	1 282 953	594 601	—	1 877 554
1956	39 382	27,0	1 064 762	508 227	194 958	1 767 947
1957						
Januar	3 495	28,0	97 860	44 089	26 254	168 203
Februar	3 339	27,5	91 823	28 584	1 789	122 196
März	3 331	24,1	80 277	31 138	39 123	150 538
April	3 755	25,1	94 251	39 367	54 090	187 708
Mai	4 992	29,2	145 766	77 617	—	223 383
Juni	3 686	30,9	113 897	62 034	841	176 772
Juli	4 664	30,6	142 718	56 479	837	200 034
August	4 806	27,7	133 126	96 858	9 083	239 067
September	3 796	27,7	105 149	81 039	32 631	218 819
Oktober	4 771	27,2	129 771	78 048	—	207 819
November	3 729	24,6	91 733	54 897	—	146 630
Dezember	2 436	27,4	66 746	38 635	—	105 381
Zusammen	46 800	27,6	1 293 117	688 785	164 648	2 146 550
Pferdefleisch						
1938	5 716	258,5	1 477 586	—	—	1 477 586
1950	9 163	246,5	2 258 680	713 659	—	2 972 339
1951	10 235	260,7	2 668 265	637 367	—	3 305 632
1952	8 255	261,5	2 158 632	655 193	—	2 813 825
1953	7 681	257,9	1 980 930	671 879	—	2 652 809
1954	8 321	267,2	2 223 216	599 442	—	2 822 658
1955	5 674	282,2	1 601 237	501 572	—	2 102 809
1956	5 282	276,3	1 459 280	534 927	—	1 994 207
1957						
Januar	477	302,0	144 054	52 670	—	196 724
Februar	341	310,2	105 778	25 190	—	130 968
März	386	273,2	105 455	27 198	—	132 653
April	353	312,1	110 171	32 315	—	142 486
Mai	285	309,9	88 322	34 143	—	122 465
Juni	232	294,3	68 278	22 483	—	90 761
Juli	189	299,6	56 624	26 105	—	82 729
August	317	327,5	103 818	33 810	—	137 628
September	311	231,2	71 903	35 133	—	107 036
Oktober	377	265,3	100 018	44 563	—	144 581
November	345	242,5	83 663	42 550	—	126 213
Dezember	281	283,4	79 635	37 008	—	116 643
Zusammen	3 894	287,0	1 117 719	413 168	—	1 530 887
Ziegenfleisch						
1938	2 056	17,5	35 980	14 192	—	50 172
1950	1 120	17,0	19 040	11 908	—	30 948
1951	1 240	17,2	21 328	13 606	—	34 934
1952	1 677	17,5	29 406	27 012	—	56 418
1953	1 823	18,2	33 179	19 731	—	52 910
1954	2 408	18,1	43 561	20 285	—	63 846
1955	2 201	18,6	40 999	17 586	—	58 585
1956	2 038	18,8	38 370	15 302	—	53 672
1957						
Januar	151	19,7	2 975	842	—	3 817
Februar	110	18,3	2 013	846	—	2 859
März	125	20,5	2 563	546	—	3 109
April	153	18,3	2 800	1 146	—	3 946
Mai	131	20,3	2 659	1 219	—	3 878
Juni	108	18,3	1 976	462	—	2 438
Juli	123	19,4	2 386	772	—	3 158
August	115	17,7	2 036	1 369	—	3 405
September	192	18,3	3 514	350	—	3 864
Oktober	260	18,8	4 888	1 002	—	5 890
November	239	19,1	4 565	1 355	—	5 920
Dezember	182	18,9	3 440	806	—	4 246
Zusammen	1 889	19,0	35 815	10 715	—	46 530

Anhangtabelle 28

Der Fleischanfall aus den Schlachtungen der Auslandstiere

Jahre — Monate	Schlachtungen Stück	davon für den		Durchschnittl. Schlachtgewicht kg	Fleischanfall kg (Spalte 3 × Spalte 4)
		Versand Stück	Hamburger Markt Stück		
	1	2	3	4	5
Rindfleisch					
1950	50 445	31 960	18 485	270,3	4 996 496
1951	30 983	16 401	14 582	274,1	3 996 926
1952	21 185	8 053	13 132	283,7	3 725 380
1953	22 345	8 473	13 872	284,8	3 950 746
1954	16 800	4 485	12 315	280,9	3 459 667
1955	26 103	4 401	21 702	271,6	5 893 260
1956	30 120	9 050	21 070	263,4	5 550 735
1957					
Januar	2 686	1 152	1 534	278,7	427 526
Februar	1 512	779	733	270,4	198 203
März	2 008	713	1 295	263,1	340 715
April	2 286	687	1 599	261,0	417 339
Mai	2 248	898	1 350	261,3	352 755
Juni	2 178	512	1 666	267,3	445 322
Juli	1 558	670	888	266,4	236 563
August	3 045	964	2 081	260,3	541 684
September	2 180	783	1 397	273,7	382 359
Oktober	1 298	491	807	269,5	217 487
November	2 706	471	2 235	273,4	611 049
Dezember	3 241	912	2 329	273,4	636 749
Zusammen	26 946	9 032	17 914	268,4	4 807 751
Kalbfleisch					
1950	1 599	—	1 599	95,5	152 705
1951	573	—	573	108,9	62 400
1952	9	—	9	108,1	973
1953	5	—	5	109,6	548
1954	5	—	5	98,2	491
1955	14	—	14	91,4	1 279
1956	94	—	94	100,3	9 427
1957	5	—	5	66,2	331
Schweinefleisch					
1950	109	—	109	104,0	11 336
1952	1 368	—	1 368	163,3	223 394
1953	22 659	11 745	10 914	147,7	1 611 998
1954	29 516	5 750	23 766	144,8	3 442 609
1955	16 308	1 775	14 533	157,9	2 294 901
1956	24 068	3 093	20 975	140,7	2 950 949
1957					
Januar	1 075	31	1 044	154,0	160 766
Februar	1 937	469	1 468	122,0	179 096
März	1 696	592	1 104	157,0	173 328
April	1 056	—	1 056	154,0	162 624
Mai	1 172	—	1 172	158,0	185 176
Juni	999	—	999	157,0	156 843
Juli	857	—	857	157,0	134 549
August	1 134	—	1 134	157,0	178 038
September	794	—	794	154,0	122 276
Oktober	1 164	—	1 164	155,0	180 420
November	1 211	—	1 211	158,0	191 338
Dezember	703	—	703	160,0	112 480
Zusammen	13 798	1 092	12 706	152,4	1 936 944
Hammelfleisch					
1950	28	—	28	38,9	1 090

**Der Fleischanfall aus den gewerblichen Schlachtungen der Inlands- und Auslandstiere
einschließlich der Fleischzufuhren in 1000 kg**

Fleischgewinnung	1907	1913	1924	1928	1932	1936
Rindfleisch						
Schlachtungen (Inlandstiere)	8 595	9 738	13 871	8 723	16 670	12 670
„ (Auslandstiere)	10 595	11 467	1 461	11 134	—	—
Zufuhren (Inland)	489	1 213	3 964	3 676	6 308	3 806
„ (Ausland)	5 468	7 268	4 106	1 437	6	5 080
	25 147	29 686	23 402	24 970	22 984	21 556
abzüglich Beanstandungen	176	194	156	188	124	146
„ Versand geschlachteter Tiere	1 478	4 002				
Zusammen	23 493	25 490	23 246	24 782	22 860	21 410
Kalbfleisch						
Schlachtungen	4 007	3 816	3 746	3 038	3 098	2 511
Zufuhren (Inland)	3	56	828	1 050	1 105	1 247
„ (Ausland)	182	513	35	380	—	0
	4 192	4 385	4 609	4 468	4 203	3 758
abzüglich Beanstandungen	7	9	12	17	11	15
„ Versand geschlachteter Tiere	26	76				
Zusammen	4 159	4 300	4 597	4 451	4 192	3 743
Schweinefleisch						
Schlachtungen	31 873	43 742	27 898	40 323	32 428	41 080
Zufuhren (Inland)	3	84	1 336	1 721	1 514	2 231
„ (Ausland)	49	188	143	119	—	1 527
	31 925	44 014	29 377	42 163	33 942	44 838
abzüglich Beanstandungen	190	507	176	209	134	119
„ Versand geschlachteter Tiere	188	1 302				
Zusammen	31 547	42 205	29 201	41 954	33 808	44 719
Hammelfleisch						
Schlachtungen	2 232	2 369	1 679	1 263	1 606	1 192
Zufuhren (Inland)	4	8	292	115	144	247
„ (Ausland)	96	95	145	618	—	—
	2 332	2 472	2 116	1 996	1 750	1 439
abzüglich Beanstandungen	3	2	4	5	3	2
„ Versand geschlachteter Tiere	11	43				
Zusammen	2 318	2 427	2 112	1 991	1 747	1 437
Pferdefleisch						
Schlachtungen	1 306	1 630	796	1 846	963	1 101
abzüglich Beanstandungen	22	13	11	10	7	6
Zusammen	1 284	1 617	785	1 836	956	1 095
Ziegenfleisch						
Schlachtungen	3	22	15	15	10	17
abzüglich Beanstandungen	0	0	0	0	0	0
Zusammen	3	22	15	15	10	17
Fleischanfall insgesamt	62 804	76 061	59 956	75 029	63 573	72 421

**Der Fleischanfall aus den gewerblichen Schlachtungen der Inlands- und Auslandstiere
einschließlich Zufuhren und Versand von Fleisch in 1000 kg 1950 bis 1957**

Fleischgewinnung	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
Rindfleisch								
Schlachtungen (Inlandstiere)	10 037	13 021	13 505	18 102	21 116	19 314	16 850	22 942
Schlachtungen (Auslandstiere)	4 996	3 997	3 725	3 951	3 460	5 893	5 551	4 808
Zufuhren von Fleisch (Inland)	4 424	6 343	5 595	6 819	6 770	6 262	5 723	7 147
Zufuhren von Fleisch (Ausland)	50	2 010	1 591	641	16	208	6 633	5 561
Zufuhren von Räucherwaren	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	19 507	25 371	24 416	29 513	31 362	31 677	34 757	40 458
abzüglich genußuntaugliches Fleisch	48	46	47	46	64	60	58	60
abzüglich Herausnahme durch die Einfuhr- und Vorratsstelle	146	14	1 009	576	795	136	462	1 841
abzüglich Versand von Fleisch	1 100	3 892	3 880	3 970	7 313	8 129	5 598	5 648
Zusammen	18 213	21 419	19 480	24 921	23 190	23 352	28 639	32 909
Kalbfleisch								
Schlachtungen (Inlandstiere)	2 107	2 425	2 331	2 669	2 721	2 599	2 548	2 644
Schlachtungen (Auslandstiere)	153	62	1	1	1	1	9	0
Zufuhren von Fleisch (Inland)	2 034	1 915	1 483	1 618	1 577	1 461	1 199	1 132
Zufuhren von Fleisch (Ausland)	18	—	—	—	3	—	9	—
Zufuhren von Räucherwaren	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	4 312	4 402	3 815	4 288	4 302	4 061	3 765	3 776
abzüglich genußuntaugliches Fleisch	9	12	14	18	16	15	20	20
Zusammen	4 303	4 390	3 801	4 270	4 286	4 046	3 745	3 756
Schweinefleisch								
Schlachtungen (Inlandstiere)	22 587	37 001	42 151	38 569	38 710	47 498	46 673	52 273
Schlachtungen (Auslandstiere)	11	—	223	1 612	3 443	2 295	2 951	1 937
Zufuhren von Fleisch (Inland)	2 550	2 658	3 249	2 937	2 516	2 875	3 380	3 385
Zufuhren von Fleisch (Ausland)	3 344	1 225	589	1 466	930	563	819	760
Zufuhren von Räucherwaren	1 247	1 570	1 706	1 998	2 111	2 294	2 380	2 409
Zusammen	29 739	42 454	47 918	46 582	47 710	55 525	56 203	60 764
abzüglich genußuntaugliches Fleisch	26	50	50	64	65	80	77	80
abzüglich Herausnahme durch die Einfuhr- und Vorratsstelle	—	—	—	—	116	483	1 756	3 198
abzüglich Versand von Fleisch	900	2 183	5 050	7 919	11 068	11 892	8 519	8 674
Zusammen	28 813	40 221	42 818	38 599	36 461	43 070	45 851	48 812
Hammelfleisch								
Schlachtungen (Inlandstiere)	1 631	1 254	1 612	1 770	1 616	1 283	1 065	1 293
Schlachtungen (Auslandstiere)	1	—	—	—	—	—	—	—
Zufuhren von Fleisch (Inland)	1 160	819	820	803	687	595	508	689
Zufuhren von Fleisch (Ausland)	22	12	12	—	10	—	195	164
Zufuhren von Räucherwaren	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	2 814	2 085	2 444	2 573	2 313	1 878	1 768	2 146
abzüglich genußuntaugliches Fleisch	1	1	1	1	1	1	1	1
Zusammen	2 813	2 084	2 443	2 572	2 312	1 877	1 767	2 145
Pferdefleisch								
Schlachtungen (Inlandstiere)	2 259	2 668	2 159	1 981	2 223	1 601	1 459	1 118
Zufuhren von Fleisch (Inland)	713	637	655	672	599	502	535	413
Zusammen	2 972	3 305	2 814	2 653	2 822	2 103	1 994	1 531
abzüglich genußuntaugliches Fleisch	6	10	3	6	3	2	7	5
Zusammen	2 966	3 295	2 811	2 647	2 819	2 101	1 987	1 526
Ziegenfleisch								
Schlachtungen (Inlandstiere)	19	21	29	33	44	41	38	36
Zufuhren von Fleisch (Inland)	12	14	27	20	20	18	15	11
Zusammen	31	35	56	53	64	59	53	47
abzüglich genußuntaugliches Fleisch	0	0	0	0	0	0	0	0
Zusammen	31	35	56	53	64	59	53	47
Fleischanfall insgesamt	57 139	71 444	71 409	73 062	69 132	74 505	82 042	89 195

Anhangtabelle 31

Die Zufuhren von frischem und gekühltem Fleisch¹⁾ einschließlich Innereien in kg

Jahr	Rindfleisch		Kalbfleisch		Schweinefleisch		Hammelfleisch		Gesamt-Zufuhren	
	Inland	Ausland	Inland	Ausland	Inland	Ausland	Inland	Ausland	Inland	Ausland
1905		8 193 900		235 340		32 470		19 230		8 480 940
1906	82 060	7 057 160	175	257 215	5 610	10 455	120	19 590	87 965	7 344 420
1907	489 280	5 467 440	2 765	182 175	3 485	48 705	3 840	96 450	499 370	5 794 770
1908	622 820	5 113 020	13 125	147 595	5 440	292 400	3 720	72 090	645 105	5 625 105
1909	715 660	5 670 060	19 600	260 505	13 430	505 410	2 040	148 500	750 730	6 584 475
1910	737 880	6 209 500	21 210	429 135	29 495	118 490	3 960	163 110	792 545	6 920 235
1911	1 007 380	6 130 520	43 505	444 395	111 010	21 590	8 340	110 790	1 170 235	6 707 295
1912	1 048 740	7 865 000	49 420	497 770	67 150	347 310	5 340	126 090	1 170 650	8 836 170
1913	1 212 640	7 267 920	56 315	513 135	83 980	188 020	7 470	94 950	1 360 405	8 064 025
1914	1 164 460	8 919 020	54 215	404 250	120 615	290 785	7 770	68 190	1 347 060	9 682 245
1915	1 309 220	11 188 760	132 125	666 295	160 905	15 766 650	11 970	916 860	1 614 220	28 538 565
1916	227 040	9 229 440	23 450	1 236 480	11 985	16 827 450	2 490	168 990	264 965	27 462 360
1917	54 780	4 811 180	21 385	175	117 385	9 007 025	—	—	193 550	13 818 380
1918	393 140	17 160	—	—	114 325	1 099 730	—	—	507 465	1 116 890
1919	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1920	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1921	3 090 780	4 274 380	256 235	23 695	646 340	1 260 040	237 600	72 150	4 230 955	5 630 265
1922	4 988 720	1 628 440	822 570	4 095	1 719 295	166 005	274 710	135 000	7 805 295	1 933 540
1923	3 410 880	1 665 840	672 700	875	1 307 045	114 495	186 510	118 800	5 577 135	1 900 010
1924	3 963 520	4 105 860	827 715	35 105	1 336 200	142 885	291 960	145 170	6 419 395	4 429 020
1925	3 070 760	8 470 000	887 005	163 625	1 322 175	446 080	345 180	44 010	5 625 120	9 123 715
1926	2 861 980	6 423 560	986 650	154 840	1 643 985	305 150	179 280	395 700	5 671 895	7 279 250
1927	2 321 000	3 691 160	1 009 680	351 890	2 314 550	203 320	143 910	399 120	5 789 140	4 645 490
1928	3 676 200	1 437 040	1 050 175	379 995	1 720 740	119 425	114 990	618 390	6 562 105	2 554 850
1929	4 521 880	746 900	1 126 055	300 265	1 656 990	69 870	78 720	428 850	7 383 645	1 545 885
1930	4 232 800	651 640	958 580	291 445	1 522 520	17 765	100 230	72 930	6 814 130	1 033 780
1931	5 370 200	383 460	922 810	96 565	1 726 180	6 715	118 320	1 530	8 137 510	488 270
1932	6 307 620	6 160	1 104 915	—	1 514 190	—	144 480	—	9 071 205	6 160
1933	4 655 640	42 900	1 041 145	560	1 505 945	1 171 969	172 260	—	7 374 990	1 215 429
1934	3 074 720	292 820	1 036 595	1 155	885 275	720 302	127 950	—	5 124 540	1 014 277
1935	4 607 826	1 559 971	1 449 402	8 706	3 448 061	472 575	196 189	—	9 701 478	2 041 252
1936	3 805 732	5 080 543	1 247 311	244	2 231 041	1 527 363	247 382	—	7 531 466	6 608 150
1937	4 619 783	4 827 053	1 207 079	2 793	1 739 173	6 791 679	273 736	—	7 839 771	11 621 525
1938	5 329 520	10 648 330	1 167 559	2 402	1 072 843	10 268 396	427 437	—	7 997 359	20 919 128
1939	3 689 920	6 340 946	1 246 954	16 039	2 737 577	7 567 272	1 140 527	34 823	8 814 978	13 959 080
1940	3 341 648	1 285 370	1 439 324	913	1 054 797	1 236 256	751 299	704	6 587 068	2 523 243
1941	3 565 733	1 558 601	1 821 776	—	953 643	2 461 583	651 300	—	6 992 452	4 020 184
1942	3 889 023	620 783	2 622 062	—	3 172 438	639 561	275 099	—	9 958 622	1 260 344
1943	4 732 445	14 105	1 694 933	—	1 855 258	4 432 897	118 629	—	8 401 265	4 447 002
1944	3 488 528	83 658	2 843 366	—	1 230 458	1 304 516	164 524	—	7 726 876	1 388 174
1945	2 774 205	1 487 608	1 434 000	—	1 215 978	5 389 787	211 554	—	5 635 737	6 877 395
1946	2 832 250	—	1 153 213	—	582 217	—	212 258	—	4 779 938	—
1947	3 086 875	42 648	833 998	—	221 610	—	181 360	—	4 323 843	42 648
1948	2 524 807	—	769 648	—	184 950	—	147 801	—	3 627 206	—
1949	3 867 866	156 409	2 011 867	—	927 208	49 849	911 239	—	7 718 180	206 258
1950	4 423 947	49 820	2 033 971	18 422	2 550 363	3 343 738	1 160 451	22 363	10 168 732	3 434 343
1951	6 343 358	2 009 551	1 915 076	—	2 658 151	1 224 509	818 652	11 744	11 735 237	3 245 804
1952	5 594 688	1 590 932	1 483 036	—	3 249 081	588 654	820 470	11 625	11 147 275	2 191 211
1953	6 818 936	640 661	1 618 075	—	2 936 973	1 465 727	802 738	—	12 176 722	2 106 388
1954	6 770 265	15 747	1 577 441	2 927	2 515 503	913 500	687 487	9 962	11 550 696	942 136
1955	6 261 660	208 313	1 461 295	—	2 874 991	562 573	594 601	—	11 192 547	770 886
1956	5 723 533	6 632 852	1 199 345	9 044	3 380 288	819 008	508 227	194 958	10 811 393	7 655 862
1957	7 146 863	5 560 766	1 132 473	—	3 385 254	759 694	688 785	164 648	12 353 375	6 485 108

1) Die von 1905—1934 geschlachtet eingeführten Tierkörper wurden nach folgenden Schlachtgewichten umgerechnet: Rinder = 220 kg, Kälber = 35 kg, Schweine = 85 kg, Schafe = 30 kg.

Anhangtabelle 32

Durchschnittspreise für die erste Qualität für 50 kg Schlachtgewicht in Mark

Jahre	Ochsen	Kälber	Schweine	Hammel	Jahre	Ochsen	Kälber	Schweine	Hammel
	1. Qualität					1. Qualität			
1864	51,45	45,08	36,23	.	1890	59,39	62,94	56,24	56,21
1865	46,05	46,80	41,78	.	1891				
1866	46,35	49,50	45,83	.	1892	65,76	82,92	55,16	60,38
1867	45,45	48,08	44,25	.	1893	59,36	78,22	55,36	55,72
1868	46,28	50,33	48,30	.	1894	62,79	82,56	52,88	59,81
1869	50,40	49,43	51,90	.	1895	69,10	80,12	45,18	61,08
1870	52,05	52,05	47,03	.	1896	61,74	75,04	43,86	55,89
1871	55,88	56,25	45,23	.	1897	60,69	77,74	53,55	57,94
1872	56,33	57,45	48,90	.	1898	61,39	77,73	55,35	58,25
1873	55,33	58,65	53,28	.	1899	63,44	78,84	47,06	58,81
1874	55,32	62,02	52,53	.	1900	64,11	77,63	48,96	60,80
1875	46,32	59,89	53,82	.	1901	64,06	78,11	57,22	62,38
1876	46,15	58,49	58,21	.	1902	65,69	81,56	60,41	63,10
1877	49,20	60,57	50,24	.	1903	69,64	86,94	50,90	70,67
1878	52,29	59,30	45,79	.	1904	69,59	88,25	49,99	68,21
1879	47,15	54,21	42,69	.	1905	70,64	89,47	64,92	72,23
1880	51,74	57,73	51,82	.	1906	76,74	100,01	68,06	79,85
1881	51,90	55,36	51,33	.	1907	79,43	98,45	55,96	79,90
1882	56,22	61,10	52,12	.	1908	75,18	98,02	59,30	74,74
1883	57,52	64,41	49,73	57,33	1909	71,89	96,56	67,65	73,06
1884	58,42	58,37	43,76	56,54	1910	79,22	113,71	65,56	80,39
1885	56,97	55,83	47,64	50,10	1911	83,50	115,79	57,15	84,68
1886	51,97	58,85	44,60	49,13	1912	89,56	116,96	73,53	89,63
1887	46,89	60,14	41,17	39,23	1913	89,68	118,85	71,26	97,73
1888	49,18	59,87	42,75	40,94	1914	86,17	107,69	60,14	94,61
1889	52,55	62,20	53,90	46,82	1915	117,28	136,26	139,93	132,58

Anhangtabelle 33

Die Fleischpreise für 50 kg in M/RM/DM im Großhandel

Jahre	Ochsenfleisch von		Bullenfleisch von		Kuhfleisch von		Färsenfleisch von		Kalbfleisch von			Hammelfleisch von			Schweinefleisch von			
	vollfl. ausgem. Ochsen	fleisch Ochsen	vollfl. Bullen	fleisch Bullen	vollfl. Kühen	fleisch Kühen	vollfl. Färsen	fleisch Färsen	besten Mast- u. Saug-Kälbern	mittl. Mast- u. Saug-Kälbern	geringeren Saug-Kälbern	besten Mast-lämmern	besten Mast-hammeln, mittl. Mast-lämm., alt. Ham	geringeren Lämmern und Hammeln	fetten vollfl. Schweinen über 150 kg Lebendgewicht	vollfl. Schweinen von etwa 80-150 kg Lebendgewicht	fleisch Schweinen unter 80 kg Lebendgewicht	Sauen
1924	82,00	72,00	71,00	61,00	83,00	71,00	83,00	71,00	119,00	94,00	—	91,00	80,00	67,00	84,00	81,00	81,00	—
25	89,30	81,70	81,80	70,70	89,60	79,30	89,60	79,30	132,50	110,00	99,00	86,80	69,30	—	98,60	97,10	97,10	—
26	86,50	80,80	81,90	71,60	86,50	75,00	86,50	75,00	133,80	113,90	—	105,40	95,90	—	98,50	99,20	99,20	—
27	93,50	88,70	89,10	78,50	82,20	70,10	93,50	88,70	139,50	120,80	98,10	111,80	99,80	—	80,50	80,80	80,80	—
28	92,20	86,70	85,30	74,70	79,30	72,60	92,20	86,70	138,10	116,90	93,80	113,80	100,10	—	83,50	84,50	84,50	—
29	93,40	87,50	87,20	75,40	80,90	—	93,40	87,60	136,00	117,10	92,10	125,50	112,20	—	102,60	103,10	103,10	—
1930	98,40	92,10	92,70	84,00	85,60	83,20	98,40	92,10	130,10	113,40	93,50	118,60	104,20	—	87,00	88,40	88,40	—
31	81,40	74,90	75,70	—	64,30	—	81,40	74,90	105,00	90,60	74,40	94,20	84,00	—	64,70	65,80	65,80	—
32	63,20	57,50	46,00	—	52,10	—	63,20	57,50	85,20	72,10	60,00	74,20	66,00	—	57,30	57,70	57,70	—
33	61,30	55,00	54,40	—	51,00	—	61,00	55,80	81,80	69,20	61,00	72,80	66,00	—	59,50	60,50	60,50	—
34	61,40	56,30	53,30	—	50,00	—	61,40	56,30	87,60	73,20	57,10	83,00	75,30	—	62,40	62,80	62,80	—
35	73,50	68,70	68,70	65,80	64,60	59,20	73,50	68,70	98,80	88,30	71,70	94,60	90,60	—	67,70	67,50	65,90	—
36	76,80	68,60	73,90	67,10	73,50	63,90	76,70	65,00	110,90	99,30	86,60	103,40	98,10	83,80	71,00	70,90	70,70	69,40
37	76,00	65,00	73,00	62,00	72,20	61,00	76,00	65,00	96,40	93,30	75,20	101,90	98,50	83,20	70,00	70,00	70,00	70,00
38	76,50	65,50	73,50	62,50	72,10	61,20	76,40	65,50	94,70	94,40	75,20	92,80	88,60	82,50	70,40	70,40	70,40	70,40
39	80,00	69,00	77,00	66,00	77,00	65,00	80,00	69,00	95,00	95,00	78,00	90,50	89,80	87,50	72,00	72,00	72,00	72,00
1950	131,50	130,00	130,50	119,50	122,00	112,50	131,50	130,00	174,50	148,50	117,50	127,00	113,00	98,00	178,50	178,50	178,50	178,50
51	154,00	142,10	149,50	138,80	141,40	131,60	154,00	142,10	204,40	172,50	143,70	163,60	145,40	118,00	168,80	168,80	168,80	168,80
52	170,60	161,70	162,50	155,80	157,50	148,70	170,60	161,70	232,80	200,40	166,60	171,70	152,00	128,50	158,20	158,20	158,20	158,20
53	155,30	144,80	148,50	139,20	141,50	128,50	155,30	144,80	226,00	187,10	153,90	158,40	141,40	120,50	161,50	161,50	161,50	161,50
54	169,00	157,20	164,40	154,80	150,80	135,40	169,00	157,20	232,25	199,50	166,10	184,20	165,40	137,50	173,10	173,10	173,10	173,10
55	181,50	169,70	176,90	165,50	156,60	138,50	181,50	169,70	250,50	217,30	178,20	196,90	175,20	143,50	156,20	156,20	156,20	156,20
56	189,90	178,80	185,70	176,20	163,00	149,90	189,90	178,80	258,70	225,80	191,20	210,70	188,20	158,40	167,00	167,00	167,00	167,00
57	185,50	174,80	184,20	173,80	163,70	152,40	185,50	174,80	274,70	238,40	196,40	193,40	170,60	139,70	156,10	156,10	156,10	156,10

Anhangtabelle 34

Hamburger Kleinhandelspreise für 1/2 kg Fleisch in M/RM/DM im Jahresdurchschnitt von 1879 bis 1957

Jahre	Rindfleisch zum		Schweinefleisch zum		Kalbfleisch zum		Hammelfleisch zum	
	Braten	Kochen	Braten	Kochen	Braten	Kochen	Braten	Kochen
1879	0,81	0,61	0,74	0,57		0,71		0,65
1880	0,80	0,60	0,69	0,52		0,70		0,61
81	0,80	0,60	0,70	0,54		0,70		0,65
82	0,80	0,61	0,70	0,53		0,70		0,65
83	0,80	0,64	0,71	0,54		0,70		0,68
84	0,80	0,60	0,68	0,52		0,70		0,67
85	0,80	0,60	0,68	0,52		0,70		0,62
86	0,79	0,59	0,68	0,52		0,70		0,60
87	0,75	0,59	0,64	0,48		0,70		0,60
88	0,81	0,55	0,63	0,46		0,74		0,64
89	0,88	0,60	0,79	0,63		0,79		0,67
1890	0,94	0,63	0,86	0,70		0,80		0,70
91	0,95	0,63	0,77	0,61		0,80		0,70
92	0,95	0,63	0,78	0,62		0,80		0,70
93	0,95	0,63	0,80	0,65		0,80		0,71
94	0,89	0,62	0,79	0,64		0,80		0,73
95	0,87	0,62	0,77	0,62		0,80		0,73
96	0,85	0,63	0,75	0,61		0,79		0,73
97	0,86	0,63	0,78	0,65		0,80		0,73
98	0,87	0,65	0,84	0,68		0,81		0,74
99	0,87	0,64	0,76	0,65	0,93	0,82	0,84	0,73
1900	0,87	0,64	0,77	0,65	0,96	0,83	0,84	0,74
01	0,87	0,64	0,83	0,68	0,99	0,84	0,88	0,75
02	0,87	0,66	0,85	0,74	0,98	0,84	0,89	0,76
03	0,87	0,67	0,80	0,66	1,00	0,86	0,90	0,79
04	0,87	0,67	0,76	0,66	1,00	0,87	0,90	0,79
05	0,89	0,70	0,88	0,77	1,00	0,89	0,91	0,82
06	0,95	0,77	0,95	0,84	1,12	0,99	0,99	0,89
07	0,96	0,77	0,85	0,72	1,20	1,02	0,99	0,88
08	0,98	0,75	0,86	0,73	1,20	1,03	0,99	0,88
09	0,94	0,74	0,91	0,81	1,20	1,03	0,97	0,87
1910	0,98	0,79	0,92	0,80	1,22	1,09	1,00	0,91
11	1,02	0,83	0,88	0,76	1,26	1,12	1,00	0,92
12	1,10	0,89	1,00	0,86	1,28	1,13	1,10	0,99
13	1,15	0,92	1,05	0,91	1,34	1,21	1,17	1,07
	Bug							
	ohne Knochen	Unterrippe	Nacken	Bauch	Keule	Brust	Keule	Bauch
1924	1,55	0,97	1,31	1,06	1,60	1,27	1,26	1,13
25	1,69	1,07	1,54	1,24	1,85	1,41	1,41	1,26
26	1,45	1,04	1,50	1,24	1,80	1,43	1,40	1,24
27	1,52	1,11	1,32	1,01	1,81	1,45	1,45	1,27
28	1,49	1,12	1,38	1,02	1,78	1,45	1,47	1,32
29	1,51	1,14	1,57	1,29	1,78	1,47	1,60	1,47
1930	1,55	1,17	1,42	1,11	1,76	1,47	1,59	1,46
31	1,37	1,00	1,05	0,79	1,48	1,24	1,34	1,19
32	1,06	0,76	0,85	0,70	1,20	0,97	1,05	0,91
33	1,00	0,73	0,83	0,73	1,13	0,91	1,00	0,88
34	1,00	0,73	0,86	0,81	1,19	0,96	1,10	1,00
35	1,05	0,79	0,90	0,82	1,31	1,09	1,20	1,12
36	1,11	0,88	0,94	0,82	1,50	1,27	1,38	1,28
37	1,15	0,90	0,95	0,82	1,39	1,14	1,34	1,19
38	1,14	0,89	0,95	0,82	1,35	1,10	1,15	0,92
1950	2,14	1,74	2,08	1,97	2,14	1,85	1,89	1,72
51	2,33	1,94	2,32	2,15	2,53	2,19	2,24	2,05
52	2,67	2,18	2,33	2,06	2,90	2,45	2,40	2,13
53	2,50	1,97	2,36	1,97	2,92	2,45	2,31	1,97
54	2,70	2,14	2,55	2,14	3,08	2,63	2,58	2,22
55	2,86	2,24	2,46	1,87	3,15	2,72	2,77	2,38
56	3,09	2,36	2,69	2,00	3,34	2,90	3,02	2,56
57	3,17	2,37	2,71	1,98	3,48	2,98	2,98	2,43

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

BEILAGE

zu Hamburg in Zahlen Heft Nr. 18/1958

„Vieh und Fleisch in Hamburg“

Um die Zahlenübersichten des vorliegenden Heftes – soweit schon jetzt möglich – auf den neuesten Stand zu bringen, werden in dieser Beilage die Ergänzungszahlen für 1958 zu einer Reihe von Tabellen beigelegt.

Zu Übersicht 1:
(S. 272)

Gesamtzufuhren von Schlachtvieh zum Viehmarkt 1958

Jahr	Rinder		Kälber		Schweine		Schafe	
	insgesamt	darunter aus dem Ausland						
1958	149 738	42 556	40 778	20	601 505	13 519	43 497	-

Zu Übersicht 3
(S. 275)

Zufuhren von Schlachtvieh aus dem Bundesgebiet 1958

Herkunftsgebiete	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe
Hamburg und Schleswig-Holstein	85 028	22 041	480 201	31 274
Niedersachsen	21 529	18 715	107 785	6 718
Übriges Bundesgebiet	625	2	-	5 505
Insgesamt	107 182	40 758	587 986	43 497

Zu Übersicht 7
(S. 280)

Versand von Lebendvieh vom Viehmarkt 1958

Tierarten	Versand insgesamt	davon mit	
		Eisenbahn	Lastwagen
Rinder	29 956	16 050	13 006
Kälber	1 627	86	1 541
Schweine	50 348	27 314	23 034
Schafe	1 216	256	960

Zu Übersicht 8
(S. 285)

Versand von Lebendvieh vom Viehmarkt mit der Eisenbahn 1958

Tierarten		Schleswig-Holstein	Nordrhein-Westfalen	Baden-Württemberg	Provinz und Land Sachsen	Mecklenburg	Berlin	Übriges Deutschland	Sowjetische Besatzungszone	Ausland	Insgesamt
		Niedersachsen Bremen	Rheinland-Pfalz Hessen	Bayern	Anhalt Thüringen	Brandenburg					
Rinder	vH	3 547 22,1	10 235 63,8	-	-	-	367 2,3	-	1 901 11,8	-	16 050 100
Kälber	vH	58 67,5	26 30,2	-	-	-	2 2,3	-	-	-	86 100
Schweine	vH	5 261 19,3	16 456 60,2	1 795 6,6	-	-	3 802 13,9	-	-	-	27 314 100
Kälber	vH	-	256 100,0	-	-	-	-	-	-	-	256 100

Zu Übersicht 9
(S. 288)

Lebendgewichte der Schlachttiere (Inland) 1958

Jahr	Durchschnittliche Lebendgewichte in Kilogramm									
	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde	Ziegen
1958	504,2	370,7	516,3	408,3	470,0	100,9	110,6	54,3	563,9	44,1

Zu Übersicht 10
(S. 289)

Durchschnittspreise für 50 kg Lebendgewicht in DM 1958

Jahr	Ochsen vollfleischig	1913 = 100	Kälber beste Mast- und Saugkälber	1913 = 100	Schweine von 150 kg und mehr	1913 = 100	Schafe beste Mastlämmer	1913 = 100
1958	113,60	224,6	189,00	267,9	114,90	201,4	105,70	220,2

Zu Übersicht 13
(S. 298)

Schlachtungen von Inlandsvieh auf den Hamburger Schlachthöfen 1958

Tierarten	Schlachtungen (Stückzahl) in den Schlachthöfen				
	Hamburg-St. Pauli	Altona	Harburg-Wilhelmsburg	Bergedorf	Schlachthöfe zusammen
Rinder	71 542	2 066	4 012	158	77 778
Kälber	37 149	207	1 079	122	38 557
Schweine	464 964	35 023	35 229	1 743	536 959
Schafe	41 034	299	729	30	42 092
Pferde	2 441	-	785	2	3 228
Ziegen	1 548	8	18	84	1 658

Zu Übersicht 16
(S. 304)

Gewerbliche Schlachtungen von Inlandsvieh nach Beschaubezirken 1958

Beschaubezirke	Zahl der Schlachtungen, an denen die Schlachtier- und Fleischschau vorgenommen wurde											
	Pferde	Ochsen		Bullen		Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen
		über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt	über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt							
Schlachthof St. Pauli	2 441	6 572	1 093	5 818	9 616	35 297	13 146	71 542	37 149	464 964	41 034	1 548
Schlachthof Harburg	785	525	144	593	337	1 445	968	4 012	1 079	35 229	729	18
Schlachthof Altona	-	144	835	66	320	214	487	2 066	207	35 023	299	8
aus bakt. Untersuchungen	17	-	1	-	-	62	10	75	76	28	2	-
Zusammen	3 243	7 241	2 073	6 477	10 273	37 018	14 611	77 693	38 511	535 244	42 064	1 574
Bezirk Hamburg-Mitte	250	6	110	7	172	171	230	696	67	3 806	70	2
Bezirk Altona	-	71	45	46	399	302	315	1 178	321	5 772	379	1
Bezirk Eimsbüttel	54	41	90	34	384	7 327	663	8 539	356	10 396	336	22
Bezirk Hamburg-Nord	-	-	-	-	-	1	1	2	3	126	15	-
Bezirk Wandsbek	5	172	46	252	127	399	376	1 372	569	12 356	312	1
Bezirk Bergedorf	124	120	98	12	323	431	361	1 345	454	9 041	86	139
Bezirk Harburg	-	51	265	12	273	275	400	1 276	166	14 749	169	1
Hamburg insgesamt	3 676	7 702	2 727	6 840	11 951	45 924	16 957	92 101	40 447	591 940	43 431	1 740
davon												
Schlachtungen auf den Hamburger Schlachthöfenanlagen, einschließlich Schlaohthaus Bergedorf	3 228	77 778	38 557	536 959	42 092	1 658
Privatschlachtstätten	448	14 323	1 890	54 981	1 339	82
Außerdem												
Hauschlachtungen	-	1	13	-	14	8	21	57	26	8 982	88	10

Zu Übersicht 17
(S. 307)

Verteilung der Rinderschlachtungen nach Vieharten 1958

Vieharten	Gewerbliche Schlachtungen		davon entfielen in vH auf					
			Ochsen		Bullen		Kühe	Färsen
	überhaupt	vH	über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt	über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt		
Inlandstiere	92 101	100	8,4	3,0	7,4	13,0	49,8	18,4
Auslandstiere	42 471	100	12,5	0,2	3,6	3,9	73,8	6,0

Zu Übersicht 18
(S. 308)

Schlachtungen von Inlandstieren auf dem Schlachthof St. Pauli nach Schlachtergruppen 1958

Tierarten	Zahl der Schlachtungen Stück	davon entfielen auf									
		Großschlachter		Vorratsstelle		Fleischwarenfabriken		Ladenschlachter		Konsumgenossenschaften	
		Stück	vH	Stück	vH	Stück	vH	Stück	vH	Stück	vH
Rinder	71 067	40 072	56,4	1 596	2,2	9 574	13,5	13 486	19,0	6 339	8,9
Kälber	36 789	33 777	91,8	-	-	36	0,1	2 976	8,1	-	-
Schweine	462 059	167 581	36,3	-	-	82 378	17,8	143 364	31,0	68 736	14,9
Schafe	40 944	37 568	91,8	-	-	296	0,7	3 080	7,5	-	-

Zu Übersicht 19
(S. 310)

Schlachtungen von Auslandstieren auf dem Schlachthof St. Pauli nach Schlachtergruppen 1958

Tierarten	Zahl der Schlachtungen Stück	davon entfielen auf							
		Großschlachter		Fleischwarenfabriken		Ladenschlachter		Konsumgenossenschaften	
		Stück	vH	Stück	vH	Stück	vH	Stück	vH
Rinder	42 023	39 767	94,6	690	1,7	306	0,7	1 260	3,0
Schweine	13 322	10 011	75,1	2 901	21,8	410	3,1	-	-

Zu Übersicht 22
(S. 314)

Anteil der inländischen Zufuhren am Fleischanfall 1958

Jahr	Rindfleisch		Kalbfleisch		Schweinefleisch		Hammelfleisch		Insgesamt	
	inländische Zufuhren kg	vH am Fleisch-anfall								
1958	8 030 927	35,5	998 029	42,3	3 357 249	6,5	726 716	60,6	13 112 921	16,9

Zu Übersicht 24
(S. 315)

Fleischversand vom Fleischgroßmarkt 1958

Empfangsgebiete	Rindfleisch		Schweinefleisch		Insgesamt	
	kg	vH	kg	vH	kg	vH
Schleswig-Holstein	2 230 132	38,5	1 068 831	9,8	3 298 963	19,8
Niedersachsen	2 032 179	35,1	1 380 683	12,7	3 412 862	20,5
Bremen	87 036	1,5	475 753	4,4	562 789	3,4
Nordrhein-Westfalen	440 881	7,6	5 870 992	53,9	6 311 873	37,9
Rheinland-Pfalz	40 411	0,7	30 129	0,3	70 540	0,4
Hessen	-	-	85 565	0,8	85 565	0,5
Baden-Württemberg	227 519	3,9	214 711	2,0	442 230	2,6
Bayern	45 539	0,8	1 019 942	9,4	1 065 481	6,4
Berlin (West)	561 297	9,7	731 423	6,7	1 292 720	7,7
Ausland	128 579	2,2	-	-	128 579	0,8
Insgesamt	5 793 573	100	10 878 029	100	16 671 602	100

Zu Übersicht 25
(S. 316)

Fleischpreise für 50 kg in DM im Großhandel 1958

Jahr	Ochsenfleisch beste Qualität	1924 = 100	Kalbfleisch beste Qualität	1924 = 100	Schweinefleisch	1924 = 100	Hammelfleisch beste Qualität	1924 = 100
1958	193,50	236,0	287,70	241,8	152,10	187,8	214,70	235,9

Zu Übersicht 28
(S. 319)

Fleischanfall pro Kopf der Bevölkerung 1958

Fleischsorten	Fleischanfall in 1000 kg	Bevölkerungs-zahl	Fleischanfall pro Kopf der Bevölkerung in kg
1958		1 796 713	
Rindfleisch	32 314		17,980
Kalbfleisch	3 412		1,900
Schweinefleisch	49 313		27,450
Hammelfleisch	2 061		1,150
Pferdefleisch	1 492		0,830
Ziegenfleisch	45		0,020
Insgesamt	88 637		49,330

Zu Übersicht 31
(S. 321)

Kleinhandels-Verkaufspreise im gewogenen Durchschnitt für 1/2 kg 1958

Jahr	Rindfleisch Pf	1913 = 100	Kalbfleisch Pf	1913 = 100	Schweinefleisch Pf	1913 = 100	Hammelfleisch Pf	1913 = 100	Fleisch überhaupt (Bei Wägung der Anteile der Fleischarten) Pf	1913 = 100
1958	248,4	284,2	327,6	329,2	213,4	238,4	283,8	291,1	232,5	259,5

Zu Anhangtabelle 14
(S. 337)

Durchschnittspreise in DM für 50 kg Lebendgewicht 1958

Jahr	Ochsen			Bullen			Kühe			geringge-nährte	Färsen		
	vollfleisch. ausgem. höchsten Schlachtw.	sonst. voll-fleischige	flei-schige	jüngere vollfleisch. höchsten Schlachtw.	sonstige vollfleisch. oder ausgem.	flei-schige	jüngere vollfleisch. höchsten Schlachtw.	sonstige vollfleisch. oder ausgem.	flei-schige		vollfleisch. ausgem. höchsten Schlachtw.	sonst. voll-fleischige	flei-schige
1958	113,60	107,20	99,80	116,00	107,80	102,10	98,00	86,80	81,30	72,10	111,10	105,20	97,20

Zu Anhangtabelle 15
(S. 338)

Durchschnittspreise in DM für 50 kg Lebendgewicht 1958

Jahr	Kälber			Schweine						Lämmer		Hammel		Schafe		
	beste Mast- u. Saug-kälber	mittl. Mast- u. Saug-kälber	gerin-ge Kälber	von 150 kg und mehr	von 135 kg bis 149,5 kg	von 120 kg bis 134,5 kg	von 100 kg bis 119,5 kg	von 80 kg bis 99,5 kg	fette Speck-sauen	beste Mast-lämmer (Weidemast)	beste jüngere Mast-hammel	mittl. Mastläm-mer u. ält.Mast-hammel	geringe Lämmer und Hammel	beste Schafe	mittl. Schafe	gerin-ge Schafe
1958	189,00	162,80	131,30	114,90	115,40	115,80	115,90	114,70	107,10	105,70	91,90	73,50	83,00	72,00	60,40	

Zu Anhangtabelle 21
(S. 343)

Die gewerblichen Schlachtungen in Hamburg 1958

Jahr	Zahl der untersuchten Schlachtungen									
	Pferde	Finder		Kälber		Schweine		Schafe		Ziegen
		inländische	ausländische	inländische	ausländische	inländische	ausländische	inländische	ausländische	
1958	3 676	92 101	42 471	40 447	20	591 940	13 488	43 431	-	1 740

Zu Anhangtabelle 24
(S. 346)

Lebendgewicht der Auslandstiere 1958

Jahr	Durchschnittliche Lebendgewichte in kg							
	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe
1958	502,7	425,2	506,5	454,6	496,8	174,8	198,5	-

Zu Anhangtabelle 27
(S. 349)

Der Fleischanfall aus den gewerblichen Schlachtungen und die Zufuhren von Fleisch 1958

Fleischarten	Zahl der Schlachtungen Stück	Durchschnittliches Schlachtgewicht kg	Fleischanfall kg (Spalte 1 x Spalte 2)	Zufuhren von frischem und gekühltem Fleisch einschließlich Innereien in kg aus dem		Gesamtfleischanfall in kg (Spalte 3-5)
				Inland	Ausland	
				4	5	
Rindfleisch	92 101	245,4	22 603 615	8 030 927	947 954	31 582 496
Kalbfleisch	40 447	58,4	2 362 020	998 029	68 197	3 428 246
Schweinefleisch	591 490	87,0	51 468 881	3 357 249	799 486 1)	55 625 616
Hammelfleisch	43 431	27,6	1 199 747	726 716	135 311	2 061 774
Pferdefleisch	3 676	281,6	1 034 979	460 899	-	1 495 878
Ziegenfleisch	1 740	19,8	34 487	10 639	-	45 126

1) darunter 173 302 kg Speck

Zu Anhangtabelle 28
(S. 351)

Der Fleischanfall aus den Schlachtungen der Auslandstiere 1958

Fleischarten	Schlachtungen Stück	davon für den		Durchschnittliches Schlachtgewicht kg	Fleischanfall kg (Spalte 3 x Spalte 4)
		Versand Stück	Hamburger Markt Stück		
		2	3		
Rindfleisch	42 471	15 720	26 751	260,8	6 976 661
Schweinefleisch	13 488	-	13 488	158,9	2 143 145
Kalbfleisch	20	-	20	96,0	1 920

Zu Anhangtabelle 30
(S. 353)

Der Gesamtfleischanfall in 1000 kg 1958

Fleischgewinnung	Rindfleisch	Kalbfleisch	Schweinefleisch	Hammelfleisch	Pferdefleisch	Ziegenfleisch	Fleischanfall insgesamt
Schlachtungen (Inlandstiere)	22 604	2 362	51 469	1 200	1 035	34	78 704
Schlachtungen (Auslandstiere)	6 977	2	2 143	-	-	-	9 122
Zufuhren von Fleisch (Inland)	8 031	998	3 357	727	461	11	13 585
Zufuhren von Fleisch (Ausland)	948	68	799	135	-	-	1 950
Zufuhren von Räucherwaren	-	-	2 493	-	-	-	2 493
Zusammen	38 560	3 430	60 261	2 062	1 496	45	105 854
abzüglich genußuntaugliches Fleisch	60	18	70	1	4	0	153
abzüglich Herausnahme durch die Einfuhr- und Vorratsstelle	392	-	-	-	-	-	392
abzüglich Versand von Fleisch	5 794	-	10 878	-	-	-	16 672
Zusammen	32 314	3 412	49 313	2 061	1 492	45	88 637

Zu Anhangtabelle 31
(S. 354)

Zufuhren von Fleisch einschließlich Innereien in kg 1958

Jahr	Rindfleisch		Kalbfleisch		Schweinefleisch		Hammelfleisch		Gesamt-Zufuhren	
	Inland	Ausland	Inland	Ausland	Inland	Ausland	Inland	Ausland	Inland	Ausland
1958	8 030 927	947 954	998 029	68 197	3 357 249	799 486	726 716	135 311	13 112 921	1 950 948

Zu Anhangtabelle 33
(S. 355)

Fleischpreise in DM für 50 kg im Großhandel 1958

Jahr	Ochsenfleisch von		Bullenfleisch von		Kuhfleisch von		Färsenfleisch von		Kalbfleisch von			Hammelfleisch von		Schweinefleisch von					
	vollfl. ausgem. Ochsen	fleischig. Ochsen	vollfl. Bullen	fleischig. Bullen	vollfl. Kühen	fleischig. Kühen	vollfl. Färsen	fleischig. Färsen	besten Mast- u. Saug- Kälbern	mittl. Mast- u. Saug- Kälbern	geringeren Saug- Kälbern	besten Mastlammern	besten Masthammern, mittl. Mastlamm., Ält. Ham.	geringeren Lämmern und Hammern	fetten vollfl. Schweinen über 150 kg Lebendgewicht	vollfl. Schweinen von etwa 80-150 kg Lebendgewicht	fleisch. Schweinen unter 80 kg Lebendgewicht	Sauen	
1958	193,50	183,30	191,60	181,80	167,00	160,00	193,50	183,30	287,70	249,80	204,40	214,70	190,00	147,10	152,10	152,10	152,10	152,10	152,10

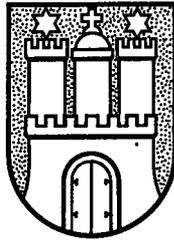
Zu Anhangtabelle 34
(S. 356)

Kleinhandelspreise für 1/2 kg Fleisch in DM im Jahresdurchschnitt 1958

Jahr	Rindfleisch		Schweinefleisch		Kalbfleisch		Hammelfleisch	
	Bug, ohne Knochen	Unterrippe	Naeken	Bauch	Keule	Brust	Keule	Bauch
1958	3,27	2,44	2,76	1,83	3,82	3,27	3,18	2,57

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 31. Dezember 1958

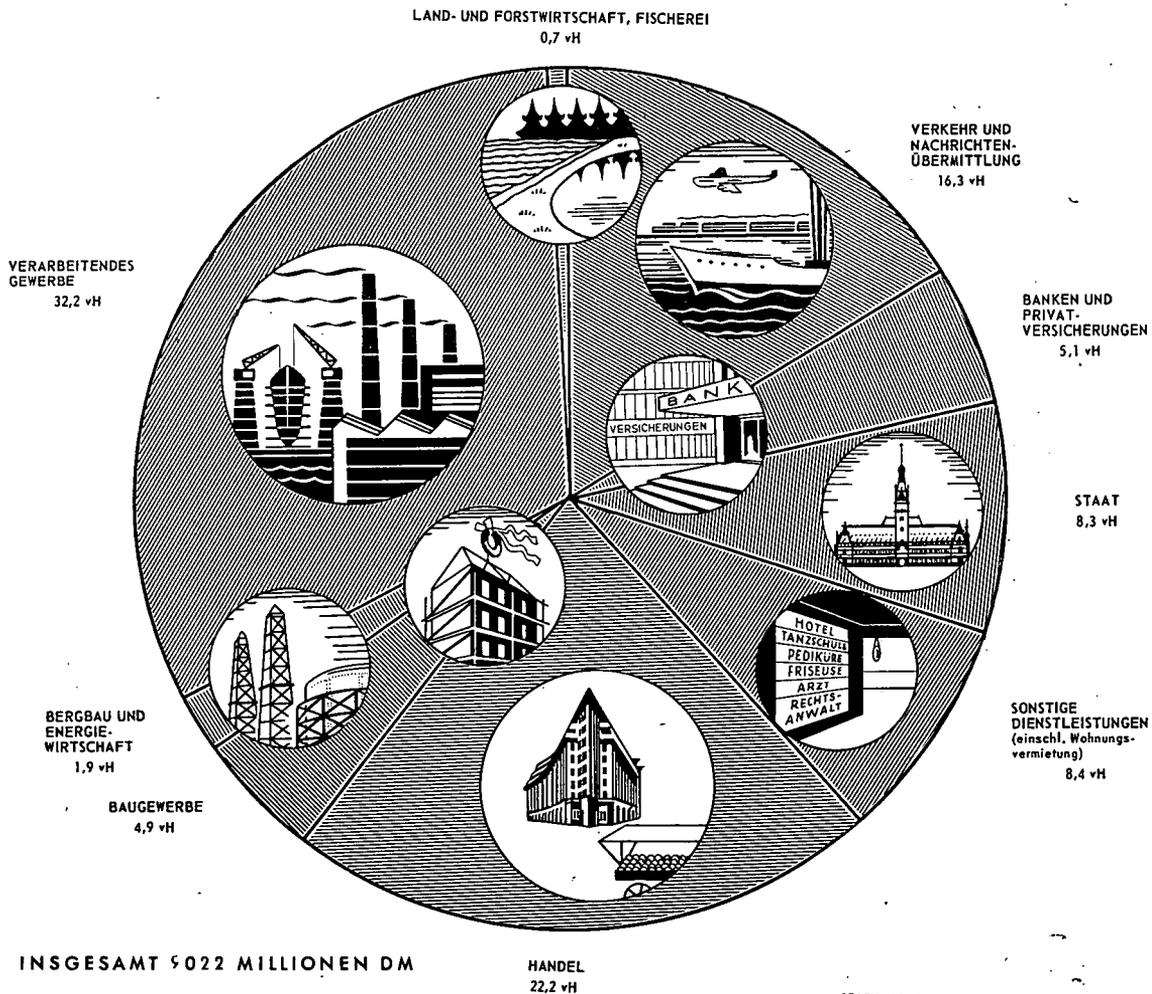
Jahrgang 1958 — Heft Nr. 19

Mommsen

Das Hamburger Inlandsprodukt

- Die Entwicklung des Hamburger Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten
von 1950 bis 1957 und des Brutto-Inlandsprodukts zu Marktpreisen
von 1950 bis 1956 -

Das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten und die Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen in Hamburg 1957



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort

A. Definitionen und Berechnungsverfahren

- I. Vorbemerkungen
- II Die Begriffe des Inlandsprodukts und ihr Zusammenhang
- III. Die Berechnung des Brutto-Inlandsprodukts zu Marktpreisen (jeweilige Preise)
- IV. Das Problem der Scheingewinne und -verluste
- V. Die Preisbereinigung des Brutto-Inlandsprodukts zu Marktpreisen

B. Darstellung der Ergebnisse

- I. Vergleich der gesamten Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche (Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten) mit der Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche in Hamburg
- II. Vergleich zwischen Hamburg und den Bundesländern bzw. dem Bundesgebiet
 1. Vergleich der Netto-Inlandsprodukte
 2. Vergleich der Wertschöpfung in den Wirtschaftsbereichen
 3. Strukturvergleich
 4. Vergleich des Netto-Inlandsprodukts je Einwohner
- III. Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen (jeweilige und konstante Preise) in Hamburg, in den Bundesländern und im Bundesgebiet 1950 bis 1956
 1. Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen, ausgedrückt in jeweiligen Preisen
 2. Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen, ausgedrückt in Preisen des Jahres 1954
- IV. Das Inlandsprodukt je Beschäftigten in Hamburg 1950 bis 1957

C. Schlußbemerkung

D. Anhang

Tabellen 1 bis 15

Vorwort

Mit dieser Schrift setzt das Statistische Landesamt die statistische Darstellung über die wirtschaftliche Leistung Hamburgs, sein Sozialprodukt, fort. Inzwischen sind die Sozialproduktberechnungen so weit fortgeschritten, daß neben dem Netto-Inlandsprodukt erstmalig auch das Brutto-Inlandsprodukt in jeweiligen und konstanten Preisen dargestellt werden kann.

Die vorliegende Abhandlung entspricht dem hamburgischen Anteil an einer Gemeinschaftsarbeit der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes, die sich in dem Arbeitskreis „Sozialproduktberechnungen der Länder“ zusammengeschlossen haben. Das Hamburger Amt wird in den Arbeitssitzungen durch Dipl.-Volksw. Dr. Bahlert vertreten. Diesem Arbeitskreis ist es zu danken, daß trotz vieler statistischer Probleme die Bemü-

hungen zur Berechnung des gesamten Ertrages der Hamburger Wirtschaft erfolgreich verlaufen sind.

Freilich bleibt auch weiterhin die Notwendigkeit bestehen, die regionalen Berechnungen zu verbessern, so daß es möglich wird, die Ergebnisse in einer feineren branchenmäßigen Gliederung darzustellen. Um dies Ziel erreichen zu können, sind neuere und speziellere Aufschlüsse über die Kostenstruktur in den einzelnen Wirtschaftszweigen erforderlich. Der kommende Handelszensus und die Nettoleistungserhebungen in der Industrie werden auch für die Länder der Bundesrepublik einen tieferen Einblick in die Kostenstruktur der im Lande gelegenen Unternehmen ermöglichen und damit bessere Berechnungsunterlagen liefern.

Der Direktor des Statistischen Landesamtes.

A. Definitionen und Berechnungsverfahren

I. Vorbemerkungen

In Heft 14/57 der Veröffentlichungsreihe „Hamburg in Zahlen“ hat das Statistische Landesamt erstmalig für den Zeitraum 1950 bis 1955 über das Hamburger Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten, d. h. über die in Hamburg erarbeitete Wertschöpfung, berichtet. In dieser Abhandlung wurden auch die bei der Sozialproduktberechnung verwendeten Begriffe erläutert und das Berechnungsverfahren beschrieben, so daß hier hinsichtlich der angewandten Methode im wesentlichen auf den erwähnten Aufsatz Bezug genommen werden kann. Die vorliegende Veröffentlichung schließt an Heft 14/57 an, indem nunmehr das Hamburger Netto-Inlandsprodukt der Jahre 1956 und 1957¹⁾ und daneben das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen (jeweilige Preise und konstante Preise des Jahres 1954) dargestellt werden²⁾.

Es tritt also jetzt neben den Begriff des Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten³⁾ der des Brutto-Inlandsprodukts zu Marktpreisen, so daß es zweckmäßig ist, einleitend kurz auf den Zusammenhang zwischen beiden Größen einzugehen.

II. Die Begriffe des Inlandsprodukts und ihr Zusammenhang

Die wirtschaftliche Leistung innerhalb der Landesgrenzen wird mit **Inlandsprodukt** bezeichnet, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob sie von „Inländern“ oder „Ausländern“ erbracht wird⁴⁾.

Aus Zweckmäßigkeitsgründen unterscheidet man bei den Sozialproduktberechnungen **vier Begriffe des Inlandsprodukts**, nämlich das **Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen** und zu **Faktorkosten** sowie das **Netto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen** und zu **Faktorkosten**⁵⁾. Abgestellt auf die einzelnen

Wirtschaftsbereiche spricht man von Beiträgen zum Inlandsprodukt, deren Zusammenhang sich schematisch durch folgende Übersicht darstellen läßt:

Bruttoproduktionswert
abzügl. Wert der Vorleistungen

Beitrag zum Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen

abzügl. Abschreibungen

Beitrag zum Netto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen

abzügl. Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen

Beitrag zum Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten (Wertschöpfung)

¹⁾ 1957 vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Die bereits veröffentlichten volkswirtschaftlichen Ergebnisse der Sozialproduktberechnungen für das Jahr 1955 konnten inzwischen für sämtliche Wirtschaftsbereiche, alle Bundesländer und das Bundesgebiet insgesamt durch Neuberechnungen weiter verbessert werden. Die in diesem Heft für 1955 ausgewiesenen Zahlen weichen daher geringfügig von den in Heft 14/57 dieser Schriftenreihe enthaltenen Zahlenangaben für das Jahr 1955 ab.

³⁾ Bei der Sozialproduktberechnung unterscheidet man ein Inlands- und ein Inländerkonzept. Das Inlandskonzept stellt auf die im Inland von In- und Ausländern erwirtschafteten Einkommen ab, wogegen das Inländerkonzept das Einkommen von Inländern im In- und Ausland herausarbeitet. Nach dem Inlandskonzept gewinnt man das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten. Es ist gleich der im Inland erwirtschafteten Summe an Löhnen und Gehältern (einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung), Nettomieten und -pachten, Zinsen und Gewinnen. Um vom Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten ausgehend das Netto-Sozialprodukt zu Faktorkosten (Inländerkonzept) zu erhalten, ist es erforderlich, hiervon den Saldo der Einkommensübertragung zwischen In- und Ausland abzuziehen. Auf Landesebene kann jetzt nur nach dem Inlandskonzept vorgegangen werden, weil zur Zeit keine Zahlenunterlagen über Einkommensübertragungen zwischen dem In- und Ausland vorliegen (vgl. „Hamburg in Zahlen“, Heft Nr. 14/57, S. 242).

⁴⁾ Bei der Berechnung für Hamburg als Bundesland gelten die übrigen Bundesländer als „Ausland“. Unter „Inländer“ sind die Bewohner Hamburgs zu verstehen, unter „Ausländer“ neben den außerhalb des Bundesgebietes wohnenden Personen auch die Bevölkerung der anderen Bundesländer.

⁵⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Heft 14/57, S. 241.

Demnach erhält man die Beiträge zum **Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen** durch Abzug des Wertes der von anderen Unternehmen bezogenen „Vorleistungen“ von den Bruttoproduktionswerten der zum jeweiligen Bereich gehörenden Unternehmen. Die Summe dieser Beiträge aus allen Bereichen stellt das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen und damit den Gesamtausdruck der **wirtschaftlichen Bruttoleistung einer Volkswirtschaft** vor Abzug des Saldos aus indirekten Steuern und Subventionen dar. Es umfaßt den Geldwert sämtlicher während eines bestimmten Zeitraums durch die Volkswirtschaft eines Gebietes erzeugten Güter und geleisteten Dienste für die letzte Verwendung (Verbrauch, Investition, Außenbeitrag).

Das **Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen**, vermindert um die **Abschreibungen**, ergibt das **Netto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen**, wogegen das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen, abzüglich des **Saldos aus indirekten Steuern und Subventionen**, das **Brutto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten** ausmacht.

Das **Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten** erhält man schließlich, wenn vom Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen sowohl die **Abschreibungen** als auch der **Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen** abgezogen werden. Es ist gleich der Summe der Entgelte für die im Lande eingesetzten Produktionsfaktoren (Boden, Kapital, Arbeit bzw. Unternehmerleistung), die das Netto-Inlandsprodukt erwirtschafteten, und entspricht damit dem Gesamtbetrag der erarbeiteten Bruttolöhne und -gehälter (einschl. Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung), der Nettomieten und -pachten¹⁾, der Fremdkapitalzinsen und Betriebsgewinne.

Kontenmäßig lassen sich die Beiträge der **Wirtschaftsbereiche** zum Inlandsprodukt wie folgt darstellen²⁾:

Produktionskonto

Aufwand	Ertrag
1. Materialein- (Roh-, Hilfs- u. käufe ± Bestandsveränderungen) (Betriebsstoffe, Handelsware usw.)	6. Umsatz von Waren und Dienstleistungen
2. Sonstige Vorleistungen (Instandhaltung, Büromaterial, Postgebühren, Bankspesen usw.)	7. ± Bestandsveränderungen an Halb- und Fertigerzeugnissen eigener Produktion
3. Abschreibungen	8. Selbsterstellte Anlagen
4. Indirekte Steuern (abzögl. Subventionen)	
5. Wertschöpfung (Löhne und Gehälter, einschl. Sozialleistungen, Nettomieten u. -pachten, Fremdkapitalzinsen, Betriebsgewinn ³⁾)	
Bruttoproduktionswert	Bruttoproduktionswert

Die **Position 5** des Produktionskontos stellt den **Beitrag zum Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten** dar, wogegen die **Positionen 3 bis 5** den **Beitrag zum Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen** ausmachen.

III. Die Berechnung des Brutto-Inlandsprodukts zu Marktpreisen (jeweilige Preise)

Die Beiträge der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen konnten im ersten Schritt ebenso wie die Beiträge zum Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten in den meisten Wirtschaftsbereichen zunächst nur für **U n t e r n e h m e n** berechnet werden, weil die einzelnen Positionen des Produktionskontos nur bei selbstbilanzierenden Einheiten, d. h. bei Wirtschaftseinheiten, für die ein vollständiger Jahresabschluß vorliegt, erfaßt werden können.

Bei der **länderweisen** Berechnung des Inlandsproduktes war es jedoch erforderlich, die Wertschöpfung der **a u ß e r h a l b** des Landes liegenden **Zweigniederlassungen** von der Wertschöpfung der **i m L a n d e** gelegenen **U n t e r n e h m e n** abziehen und die Wertschöpfung der **i m L a n d e** gelegenen **Zweigniederlassungen** von **a u s w ä r t i g e n** Unternehmen der Wertschöpfung des Inlandes zuzurechnen, um das **Netto-Inlandsprodukt** des betreffenden Landes zu erhalten. In analoger Weise mußte bei der Ermittlung des **Brutto-Inlandsprodukts zu Marktpreisen** verfahren werden.

Für bestimmte Bereiche (Energiewirtschaft, Chemische Industrie, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei) war eine Umrechnung der Beiträge zum Inlandsprodukt auf die im Lande gelegenen Betriebe nicht erforderlich, da das Berechnungsverfahren hier gleich auf die **örtlichen Einheiten** abgestellt war.

In anderen Wirtschaftszweigen (Eisenbahnen, Nachrichtenübermittlung, Banken und Privatversicherungen) lagen nur die Beiträge zum Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen und zum Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten (Wertschöpfung) für das Bundesgebiet insgesamt vor. Hier mußten daher die sich für das Bundesgebiet insgesamt ergebenden Beiträge auf die Bundesländer aufgeteilt werden. Als Schlüsselgröße dienten die Beschäftigten in den Unterbereichen Eisenbahnen, Nachrichtenübermittlung und Privatversicherungen, dagegen bei den Banken das **Bankvolumen** (Einlagen und Kredite).

¹⁾ Unter Nettomieten und -pachten ist der Nettoertrag aus Vermietung und Verpachtung zu verstehen. Nettomieten und -pachten werden bei den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, soweit es sich um eine gewerbliche Nutzung handelt, als Wertschöpfungsbestandteil beim mietenden Bereich ausgewiesen. Im Bereich Wohnungsvermietung ist die Bruttomiete gleich dem wirtschaftlichen Umsatz. Nach Abzug des Wertes der Vorleistungen, der Abschreibungen und der Kostensteuern ergibt sich die Wertschöpfung des Bereichs Wohnungsvermietung. Die Nettomieten und -pachten sind hier nur in einem sehr kleinen Ausmaß Wertschöpfungsbestandteil, weil der Bereich Wohnungsvermietung nur in geringem Umfang als Mieter von gewerblich genutzten Räumen auftritt. Die von den Haushaltungen (mietender Sektor) gezahlten Bruttomieten sind als „Privater Verbrauch“ (Einkommensverwendung) zu sehen, wogegen die als Wertschöpfungsbestandteil ausgewiesenen Nettomieten und -pachten unter dem Gesichtspunkt der Einkommensentstehung zu betrachten sind.

²⁾ Vgl. a. a. O. Wirtschaft und Statistik, 9. Jg. N. F., Heft 3, Seite 125.

³⁾ Der Betriebsgewinn ist hier etwas anders definiert als im streng betriebswirtschaftlichen Sinne.

Eine Aufschlüsselung des Beitrages zum Brutto-Inlandsprodukt im Bundesgebiet auf die einzelnen Bundesländer wurde auch in den Bereichen „Staat“ (einschl. Verteidigung) und „Sonstige Dienstleistungen“ vorgenommen. Aufteilungsschlüssel war hierbei der Beitrag zum Netto-Inlandsprodukt in den Bundesländern. Dieser wurde im Bereich „Sonstige Dienstleistungen“ zum Teil mit Hilfe von Beschäftigtenzahlen und einem Durchschnittseinkommen je Beschäftigten (z. B. bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter und den Haushilffinnen) ermittelt. Ähnlich war das Vorgehen beim „Staat“. Die Wertschöpfung dieses Bereiches mußte aus den gezahlten Löhnen und Gehältern einschl. der Sozialleistungen und der Nettomieten für die benutzten Gebäude errechnet werden¹⁾. Bei den „Sonstigen Dienstleistungen“ und beim „Staat“ lagen also die Beiträge zum Netto-Inlandsprodukt zuerst vor, so daß diese als Schlüsselgröße für die Aufteilung des Beitrages zum Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen, das vom Statistischen Bundesamt für das Bundesgebiet insgesamt berechnet wurde, auf die einzelnen Länder verwendet werden konnte.

Den Beitrag der „Wohnungsvermietung“ zum Brutto-Inlandsprodukt berechnete das Statistische Bundesamt für alle Länder.

IV. Das Problem der Scheingewinne und -verluste

In die Berechnung des Inlandsprodukts zu Faktorkosten sollen an sich nur die realen Veränderungen des Vermögens, nicht aber die lediglich preisbedingten eingehen. Bei der länderweisen Berechnung des Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten ist aber dennoch auf eine Bereinigung der Ergebnisse um Scheingewinne und -verluste verzichtet worden, weil diese Berechnung nach den vorhandenen Unterlagen auf Länderebene schwierig ist und es sich hierbei um relativ geringe Beträge handelt²⁾.

Beim Nachweis des Brutto-Inlandsprodukts zu Marktpreisen ist eine Bereinigung der Ergebnisse um Scheingewinne und -verluste durchgeführt worden. Dies war hier in höherem Maße erforderlich als bei der Berechnung des Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten, weil zunächst das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen in jeweiligen und in konstanten Preisen dargestellt werden soll³⁾ und bei der Berechnung zu konstanten Preisen rein begrifflich keine Scheingewinne und -verluste auftreten können, da diese eine Folge von Preisänderungen bei den Vorräten sind.

Entsprechend dem Vorgehen des Statistischen Bundesamts wurde die Bereinigung der Ergebnisse um Scheingewinne und -verluste in den Bereichen

1. Bergbau und Energiewirtschaft
2. Verarbeitendes Gewerbe
3. Baugewerbe
4. Handel
5. Verkehr und Nachrichtenübermittlung
6. Sonstige Dienstleistungen

durchgeführt. Dies geschah in der Weise, daß die für das Bundesgebiet ermittelten Scheingewinne und -verluste entsprechend den Beiträgen dieser Bereiche zum Brutto-Inlandsprodukt im Bundesgebiet auf die Länder aufgeteilt wurden.

V. Die Preisbereinigung des Brutto-Inlandsprodukts zu Marktpreisen

Die Berechnung des Brutto-Inlandsprodukts zu Marktpreisen, und zwar ausgedrückt in konstanten Preisen, von der Entstehungsseite her, erfordert eine **Preisbereinigung der Bruttonotproduktionswerte und der Vorleistungen** für die einzelnen Wirtschaftsbereiche.

Das Statistische Bundesamt⁴⁾ verwandte für diese Preisbereinigung im Bereich der **Landwirtschaft** die Einzelreihen aus dem Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und den Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel.

Für die **Forstwirtschaft** ist der Bruttonotproduktionswert zu jeweiligen Preisen aus den Holzeinschlagsmengen und den durchschnittlichen Festmeterpreisen errechnet worden. Bei der Berechnung des Bruttonotproduktionswertes zu konstanten Preisen konnte von den gleichen Holzeinschlagsmengen ausgegangen werden; es war allerdings erforderlich, mit Durchschnittspreisen des Basisjahres zu bewerten. Umfangreiches statistisches Material mußte hierbei herangezogen werden. Die Vorleistungen der Forstwirtschaft wurden mit entsprechend aufgebauten Preisindizes umgerechnet. Auch für die **Fischerei** waren Unterlagen über Fangmengen und Erlöse vorhanden, so daß hier im Prinzip die Umrechnung auf konstante Preise in gleicher Weise vorgenommen werden konnte wie bei der Forstwirtschaft.

Zur Preisbereinigung des Bruttonotproduktionswertes **im Bergbau, in der Energiewirtschaft und im Verarbeitenden Gewerbe** verwendete das Statistische Bundesamt den Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte. Die Umgewichtung auf die Gewichte des jeweiligen Berichtsjahres (Paasche-Index) konnte mit Hilfe der vorhandenen Produktionsstatistiken durchgeführt werden. Für spezielle Erzeugnisse oder Leistungen des Handwerks, die im Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte nicht enthalten sind, entnahm das Statistische Bundesamt entsprechende Einzelreihen aus den im Bundesamt vorhandenen Preisstatistiken.

Zur Ermittlung der Gewichte für die Preisindizes der **Vorleistungen im Bergbau, in der Energiewirtschaft und im Verarbeitenden Gewerbe** wurde vom Industriezensus des Jahres 1936 ausgegangen; die im Jahre 1936 festgestellten Anteile

¹⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Heft 14/57.

²⁾ Für das Bundesgebiet insgesamt betrug der Saldo aus Scheingewinnen und -verlusten 1956 rd. 1 Mrd. DM, d. s. 0,67 vH des Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten.

³⁾ Später wird es möglich sein, auch das Netto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen in konstanten Preisen darzustellen. Aus arbeitsökonomischen Gründen wurde jedoch mit der Berechnung des Brutto-Inlandsprodukts zu konstanten Preisen begonnen.

⁴⁾ Vgl. Wirtschaft und Statistik, 9. Jahrgang, Heft 11, November 1957 „Das Sozialprodukt der Bundesrepublik 1950 bis 1956 in konstanten Preisen“ von Dr. Karl-Heinz Raabe, S. 585 ff.

der verschiedenen Waren am Warenverbrauch wurden bis heute fortgeschrieben. Erheblich bessere Unterlagen für diese Berechnung werden die Ergebnisse der Erhebung über die Nettoleistung der Industrie für das Geschäftsjahr 1954 liefern, die jetzt noch nicht vorliegen.

Den **Bruttoproduktionswert des Baugewerbes** bereinigte das Statistische Bundesamt mit Hilfe des Preisindex für den Wohnungsbau und die **Vorleistungen** dieses Bereichs auf Grund von Einzelreihen aus dem Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte.

Im Bereich des **Handels** konnte die Preisbereinigung des Umsatzes (Bruttoproduktionswert) mit Hilfe des Index der Einzelhandelspreise und verschiedener Großhandelspreise durchgeführt werden. Auch hier wurde nicht der Gesamtindex herangezogen, sondern eine Gewichtung nach den Umsatzanteilen der ausgewiesenen Untergruppen vorgenommen. Hierauf aufbauend ermittelte das Statistische Bundesamt den preisbereinigten Wareneinsatz mit konstanten Quoten des Basisjahres, da der Wareneinsatz mengenmäßig betrachtet gleich dem Warenabsatz zuzüglich Eigenverbrauch ist. Für die Umrechnung der **Sonstigen Vorleistungen** auf Preise des Basisjahres wurde ein besonders ermittelter Preisindex verwendet. Die Leistungsberechnung des Verkehrs zu konstanten Preisen hat das Statistische Bundesamt in einigen Gruppen des Verkehrs mit Hilfe von Volumenmeßziffern (z. B. bei den Eisenbahnen und der Nachrichtenübermittlung), in anderen dagegen mit jeweiligen Frachtindizes preisbereinigt (z. B. in der Seeschifffahrt).

In den **übrigen Bereichen**, in denen im wesentlichen die reinen **Dienstleistungsbereiche** den Ausschlag geben, verwendete das Statistische Bundesamt eine ganze Anzahl verschiedener Methoden, da es bei den Dienstleistungen besonders schwierig ist, die Werte gedanklich und damit auch praktisch in Menge und Preis aufzuspalten. Zum Teil benutzte das Statistische Bundesamt Lohn- und Gehaltsindizes zur Preisbereinigung (so z. B. beim Unterbereich „Erziehung, Wissenschaft und Kultur“ und im Bereich „Staat“), wobei in verschiedenen Fällen noch eine gewisse Zunahme der Produktivität berücksichtigt wurde. Dies war z. B. bei den Banken und dem Staat der Fall.

Im **Hotel- und Gaststättengewerbe** ist die Preisbereinigung in ähnlicher Weise wie in den übrigen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft, nämlich mit konstruierten Preisindizes unter Berücksichtigung der in Gaststätten umgesetzten Nahrungs- und Genußmittel durchgeführt worden.

Soweit wie möglich hat das **Statistische Bundesamt** zur Abstützung der einzelnen Schätzungen **Kontrollrechnungen** durchgeführt.

Den **Statistischen Landesämtern** standen für die Berechnung des Brutto-Inlandsprodukts zu konstanten Preisen nur die **Ergebnisse des Statistischen**

Bundesamtes, d. h. die Beiträge zum Brutto-Inlandsprodukt zu jeweiligen und zu konstanten Preisen für die Bereiche

1. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei,
2. Bergbau und Energiewirtschaft,
3. Verarbeitendes Gewerbe,
4. Baugewerbe,
5. Handel,
6. Verkehr und Nachrichtenübermittlung,
7. Banken und Privatversicherungen,
8. Wohnungsvermietung,
9. Staat (einschl. Verteidigung),
10. Sonstige Dienstleistungen

zur Verfügung.

Unter der Annahme, daß die Relation zwischen den preisbereinigten und nicht preisbereinigten Beiträgen der Wirtschaftsbereiche zum Brutto-Inlandsprodukt in den einzelnen Ländern die gleiche ist wie im Bundesdurchschnitt, haben die Statistischen Landesämter auch auf Landesebene **das preisbereinigte Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen** berechnet.

Diese Annahme ist sicherlich nicht voll zutreffend. Wenn man auch unterstellen kann, daß die Preisänderungen bei den einzelnen Gütern in den Bundesländern nicht stark vom Bundesdurchschnitt abweichen, so bleibt doch die unterschiedliche Struktur der einzelnen Wirtschaftszweige (z. B. länderweise verschieden große Anteile der Konsumgüterindustrie an der Gesamtproduktion des verarbeitenden Gewerbes) zu berücksichtigen. Den unterschiedlichen Gewichten, die den partiellen Preisbewegungen in den einzelnen Ländern zukommen, wird also auf diese Weise nicht ausreichend Rechnung getragen. Dagegen muß andererseits berücksichtigt werden, daß die Summation der Ergebnisse aus allen Bereichen die Tendenz hat, den Gesamtfehler zu verringern, weil positive und negative Abweichungen teilweise einander ausgleichen.

Auf Grund dieser Überlegung haben sich die Statistischen Landesämter entschlossen, ein **preisbereinigtes Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen** zu berechnen; denn der **Nachweis des preisbereinigten Brutto-Inlandsprodukts zu Marktpreisen** bedeutet eine **Bereicherung der bisherigen Ergebnisse**, weil er das **reale Bruttoergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit eines Gebietes und seine Entwicklung** ausdrückt.

Die Beziehung zwischen dem Brutto-Inlandsprodukt zu jeweiligen Preisen und dem Brutto-Inlandsprodukt zu konstanten Preisen (Preise des Jahres 1954) in den einzelnen Jahren stellt eine Preisrelation zum Basisjahr für das reale Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen dar¹⁾.

¹⁾ In dieser Preisrelation (Paasche-Formel) ist die jeweilige Zusammensetzung der Güterproduktion berücksichtigt; die Preisrelationen der einzelnen den Berechnungen zugrunde liegenden Jahre stellen keine in sich vergleichbare Preisindexreihe dar.

B. Darstellung der Ergebnisse

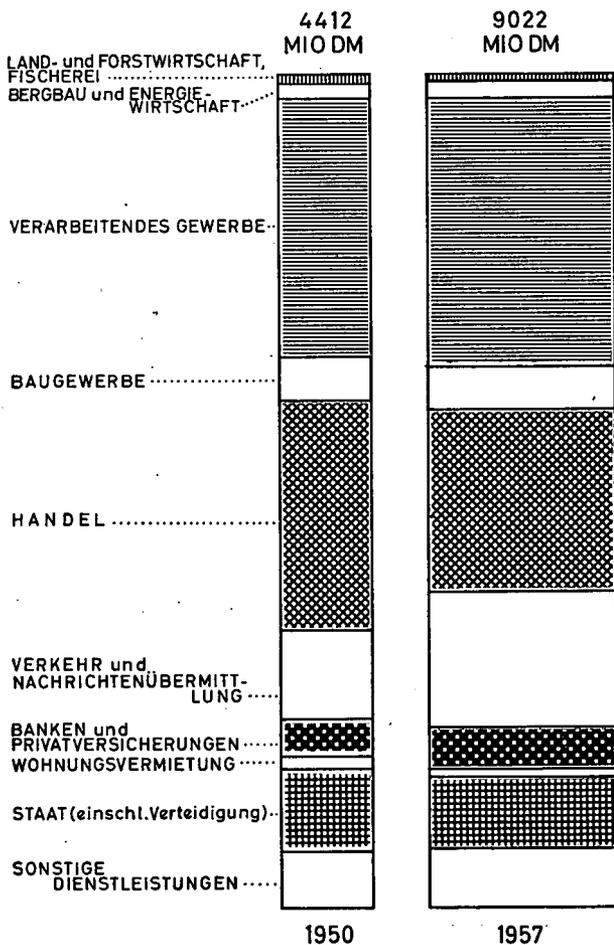
I. Vergleich der gesamten Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche (Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten) mit der Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche in Hamburg

Im Zuge der wirtschaftlichen Expansion erhöhte sich das **Hamburger Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten¹⁾** von **4,4 Milliarden DM** im Jahre 1950 auf **7,5 Milliarden** im Jahre 1955 und auf **gut 9 Milliarden** im Jahre 1957. Es hat sich damit **in sieben Jahren mehr als verdoppelt (+ 104 vH)**.

Die drei tragenden Bereiche der Hamburger Wirtschaft, nämlich das **Verarbeitende Gewerbe, der Handel und der Verkehr (einschl. Nachrichtenübermittlung)**, waren im wesentlichen für diese Entwicklung bestimmend. Auf diese drei Bereiche zusammen entfielen 1950 **69,4 vH**, 1955 **70,3 vH** und im Jahre 1957 **70,6 vH** des Hamburger Netto-Inlandsproduktes, d. h. der in Hamburg erwirtschafteten Einkommen (Bruttolöhne und -gehälter, Nettomieten und -pachten sowie Gewinne).

Schaubild 1

Das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten und die Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen in Hamburg 1950 und 1957



Auf das **Verarbeitende Gewerbe** allein, zu dem der Stahl-, Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbau, die Chemische Industrie und die Mineralölverarbeitung, das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Gewinnung, Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden, Eisen, NE-Metallen, Holz und Papier gehören, entfiel im Jahre 1950 ein Anteil von **31,1 vH**, der sich infolge überdurchschnittlicher Entwicklung der Wertschöpfung auf **32,2** im Jahre 1957 erhöhte. Zu einem geringen Teil wurde diese Entwicklung auch dadurch beeinflusst, daß eine Mineralölfirma Industriecharakter annahm und damit vom Großhandel in das Verarbeitende Gewerbe überwechselte.

Den ausschlaggebenden Anteil an der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe hatte in den Jahren 1955 und 1956 die **Chemische Industrie und die Mineralölverarbeitung** mit Anteilssätzen von rund knapp einem Drittel (1955) und gut einem Viertel (1956). In zweiter Linie ist die **Nahrungs- und Genußmittelindustrie** mit einem Anteilssatz von rund einem Fünftel in den Jahren 1955 und 1956 zu nennen. Der Rangfolge nach sind sodann der **Stahl-, Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbau** mit Anteilssätzen von rund einem Sechstel bzw. knapp einem Fünftel sowie der Unterbereich „**Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbe, Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren u. ä.**“ mit Anteilssätzen von jeweils rund einem Achtel in den Jahren 1955 und 1956 zu erwähnen. Für 1957 sind noch keine detaillierten Aussagen möglich, da zunächst nur vorläufige Ergebnisse zur Verfügung stehen.

Im Bereich **Verkehr und Nachrichtenübermittlung** stieg die Wertschöpfung von 478 Millionen DM im Jahre 1950 auf 1162 Millionen DM im Jahre 1955, die Zunahme betrug also 143 vH. In starkem Maße war die Erhöhung durch die Einnahmesteigerung der Seeschifffahrt und Hafenbetriebe begründet. Im Jahre 1956 stieg die Wertschöpfung in diesem Bereich um **165 Millionen DM (14,2 vH)** und im Jahre 1957 um **144 Millionen DM (10,8 vH)**. Die etwas geringere Zunahme der Wertschöpfung im Jahre 1957 ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß der Güterumschlag in den Hafenbetrieben rückläufig war. **Der Anteil der Wertschöpfung des Bereichs Verkehr und Nachrichtenübermittlung am Nettoinlandsprodukt** erhöhte sich infolge der **starken Zunahme** der Wertschöpfung in den Jahren von 1950 bis 1957 von **10,8 (1950) auf 15,9** im Jahre 1956 und auf **16,3 vH** im Jahre 1957.

Der **Handel** wies von 1950 bis 1955 eine relativ geringe Zunahme der Wertschöpfung auf. Sie erhöhte sich in diesem Zeitraum von **1215 Millionen D-Mark auf 1644 Millionen DM** oder um 35 vH und wies damit eine unter dem Durchschnitt der übrigen Bereiche liegende Entwicklung auf. Der Anteil des Handels am Netto-Inlandsprodukt sank von 27,5 im Jahre 1950 auf 21,9 vH im Jahre 1955. Diese Ent-

¹⁾ Im folgenden kurz „Netto-Inlandsprodukt“ genannt.

wicklung war im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß, wie erwähnt, eine Großhandelsfirma Industriecharakter annahm und damit zum Verarbeitenden Gewerbe (Mineralölindustrie) überwechselte, ferner einige Großhandelsunternehmen ihren Sitz in andere Bundesländer verlegten, zwei Verkaufsgesellschaften aufgelöst wurden und schließlich der Außenhandel eine allgemein niedrige Wachstumsquote aufwies. Der Hamburger Einzelhandel verzeichnete dagegen eine relativ starke Zunahme der Wertschöpfung. Der Anteil des Einzelhandels an der Wertschöpfung des Handels insgesamt steigerte sich von gut einem Fünftel im Jahre 1950 auf rund drei Zehntel im Jahre 1955.

Das Jahr 1956 brachte eine **Zunahme** der Wertschöpfung von **192 Millionen DM (11,7 vH)** und das Jahr 1957 eine weitere Steigerung um **164 Millionen D-Mark (8,9 vH)** im Handel. Damit lagen die **Zuwachsraten** der Jahre 1956 und 1957 **im Handel über denen des Hamburger Netto-Inlandsprodukts**, die Steigerung der Wertschöpfung des Handels war also in diesen zwei Jahren, verglichen mit den übrigen Bereichen, überdurchschnittlich. Der Anteil des Einzelhandels an der Wertschöpfung des Handels insgesamt verringerte sich wieder infolge einer stärkeren Zunahme der Wertschöpfung im Großhandel auf rund ein Viertel im Jahre 1957.

Gemessen an der Wertschöpfung ist der **Größenordnung nach** sodann der Bereich „**Staat (einschl. Verteidigung)**“, der die gesamte öffentliche Verwaltung (Gebietskörperschaften, Sozialversicherung), einschl. der reinen Zweckverwaltungen dieser Körperschaften, umfaßt, zu erwähnen. Zum Bereich „**Staat**“ zählen die staatlichen und gemeindlichen Schulen und Krankenhäuser, nicht jedoch die öffentlichen Unternehmen. Diese sind entsprechend dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit den übrigen Bereichen zugeordnet. Die Wertschöpfung des Bereiches „**Staat**“ ist, da hier keine Gewinne erzielt werden, gleich den gezahlten Löhnen und Gehältern, einschließlich der Sozialleistungen und der Nettomieten für die benutzten Gebäude. Da die Nettomieten nur einen geringen Anteil an der Wertschöpfung des Bereiches „**Staat**“ haben, wird die Höhe der Wertschöpfung dieses Bereiches durch die Lohn- und Gehaltszahlungen, einschl. Sozialleistungen, an Bundes- und Landesbedienstete sowie an die in den Sozialversicherungsanstalten tätigen Beschäftigten bestimmt.

Eine Zunahme der Wertschöpfung im Bereich „**Staat**“ kann, da die Dienstleistungen dieses Bereiches keinen Marktwert haben, für sich betrachtet, nichts darüber aussagen, ob die Verwaltung „produktiver“ geworden ist oder nicht. Ein Vergleich der Wertschöpfung im Bereich „**Staat**“ mit der Entwicklung des gesamten Netto-Inlandsprodukts läßt jedoch in gewissem Umfang Schlüsse darüber zu, ob sich die öffentliche Verwaltung unverhältnismäßig stark ausgedehnt hat oder ob dies nicht der Fall ist; denn es ist offensichtlich, daß einerseits eine expandierende Wirtschaft sowie eine Intensivierung des Verkehrs die Verwaltung stärker beanspruchen und andererseits die bei guter Konjunktur gewährten

Lohn- und Gehaltserhöhungen im Bereich der Wirtschaft, auf die Dauer gesehen, auch zu Tarifänderungen in der Verwaltung führen müssen.

Betrachtet man die Entwicklung der Wertschöpfung im Bereich „Staat“ unter diesem Aspekt, so zeigt sich, daß die Wertschöpfung des Staates (im wesentlichen Löhne und Gehälter) in Hamburg von 1950 bis 1957 um 76 vH zunahm, wogegen das Hamburger Netto-Inlandsprodukt um 104 vH gestiegen ist. Die Wertschöpfung des Staates nahm also unterdurchschnittlich zu, woraus zumindest gefolgert werden kann, daß eine überproportionale Vergrößerung des öffentlichen Sektors nicht eingetreten ist. Hierbei muß noch berücksichtigt werden, daß durch den seit etwa 1956 verstärkten Aufbau der Bundeswehr die Wertschöpfung des Bereiches „**Staat**“ eine Erhöhung erfuhr. Die Aufwendungen für die Bundeswehr wurden entsprechend der Bevölkerungszahl auf die Länder verteilt.

Von relativ großem Gewicht sind in Hamburg auch die „**Sonstigen Dienstleistungen**“, wozu die Gaststätten, Theater, Varietés, das Film- und Rundfunkwesen, die Kirche sowie die politischen und wirtschaftlichen Organisationen, die Ärzte, Rechtsanwälte und Wirtschaftsberater, ferner die Wäschereien und Färbereien, Friseure und Schönheitssalons zählen. Die **Wertschöpfung** dieses Bereiches nahm von **308 Millionen DM** im Jahre 1950 auf **655 Millionen DM** im Jahre 1957 oder um 112 vH zu.

Nicht unerheblich war auch die Zunahme der Wertschöpfung im Bereich „**Banken und Privatversicherungen**“. Sie stieg von 1950 bis 1955 in gleichem Maße wie das Hamburger Netto-Inlandsprodukt. In den Jahren 1956 und 1957 lagen die Zuwachsraten dieses Bereiches jedoch infolge einer stärkeren Ausdehnung des Bankvolumens (Einlagen und Kredite) über der durchschnittlichen Entwicklung. Im gesamten Zeitraum 1950 bis 1957 erhöhte sich die Wertschöpfung der Banken und Privatversicherungen von **201 Millionen DM** auf **456 Millionen DM** oder um 127 vH. Der Anteil dieses Bereiches am Hamburger Netto-Inlandsprodukt stieg von 4,5 auf 5,1 vH.

Im **Baugewerbe** wurde die Entwicklung der Wertschöpfung in hohem Maße durch den Hochbau und innerhalb des Hochbaus wiederum stark durch den Wohnungsbau bestimmt. Der Hochbau hatte an der Wertschöpfung des Baugewerbes im Jahre 1955 schätzungsweise einen Anteil von gut vier Fünfteln, wogegen der Anteil 1956 knapp vier Fünftel betragen haben dürfte, weil die Leistung des Tiefbaus stärker anstieg als die des Hochbaus. Etwa ein Drittel der Gesamtleistung des Baugewerbes im Hochbau entfiel 1956 auf Nichtwohngebäude und rund zwei Drittel auf Wohngebäude. Gemessen an der Zahl der Wohnungen kamen auf den sozialen Wohnungsbau 1955 69 und im Jahre 1957 82 vH, woraus ersichtlich wird, daß der soziale Wohnungsbau in bedeutendem Umfang in Hamburg die Entwicklung im Hochbau bestimmt.

Die **Wertschöpfung** im gesamten Bereich des **Baugewerbes** stieg von **234 Millionen DM** im Jahre 1950 auf **394 Millionen DM** im Jahre 1955 oder um 69 vH. Das Jahr 1956 brachte einen relativ

hohen Beschäftigungsstand im Baugewerbe (62061 Beschäftigte¹⁾), der zu einem starken Zuwachs der Wertschöpfung führte. Sie stieg 1956 auf 467 Millionen DM oder um 18,4 vH an. Das Jahr 1957 brachte dagegen einen Rückgang der Bautätigkeit, die Beschäftigtenzahl sank auf 61200¹⁾, die Wertschöpfung auf **446 Millionen DM**. Damit lag die Wertschöpfung im Jahre 1957²⁾ um 4,5 vH niedriger als im Vorjahre 1956. Diese Verminderung ist zum größten Teil durch einen Rückgang im Wohnungsbau begründet.

Der Bereich „**Bergbau und Energiewirtschaft**“ zeigte von 1950 bis 1955, verglichen mit den übrigen Bereichen, die größte Zunahme der Wertschöpfung (108 vH), auch 1956 war die Steigerung der Wertschöpfung in diesem Bereich noch überdurchschnittlich (+14,7 vH). Bedingt durch die Erhöhung der Vorleistungen (Kohlepreiserhöhung), bei gleichzeitiger Senkung der Tarife für Strom, zeigte sich jedoch im Jahre 1957 ein Rückgang der Wertschöpfung um 1,6 vH. Die mengenmäßige Produktion (Stromabgabe) nahm jedoch von 1956 auf 1957 um rd. 5 vH weiter zu, woraus ersichtlich wird, daß der Rückgang der Wertschöpfung nur auf Preisänderungen bei den Vorleistungen einerseits und bei den Endprodukten andererseits zurückzuführen ist.

Gemessen am absoluten Wertschöpfungsbetrag (174 Millionen DM) hat der Bereich „**Bergbau und Energiewirtschaft**“ kein großes Gewicht. Der Anteil der Wertschöpfung dieses Bereichs am Netto-Inlandsprodukt betrug 1957 1,9 vH.

Noch geringere Anteile am Hamburger Netto-Inlandsprodukt wiesen die Bereiche „**Wohnungsvermietung**“ und „**Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei**“ mit 1,1 bzw. 0,7 vH des Netto-Inlandsproduktes von 1957 auf.

Die Kostenerhöhungen im Wohnungsbau bedingten hohe Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen und hohe Instandhaltungskosten, so daß im Bereich „**Wohnungsvermietung**“ eine Verringerung der Wertschöpfungsquote eintrat, wodurch trotz beachtlicher Neubautätigkeit die Wertschöpfung in diesem Bereich in den Jahren 1951 und 1952 rückläufig war. In den Jahren 1953 bis 1957 änderte sich das Bild, weil auch die Mieten erhöht wurden. In diesem Zeitraum nahm die Wertschöpfung ständig zu und erreichte im Jahre **1957 99 Millionen DM** gegenüber **61 Millionen DM** im Jahre 1950.

In der **Landwirtschaft** ist der Tatbestand von Bedeutung, daß immer mehr landwirtschaftliche Nutzfläche für Industrieanlagen und Wohnbauten Verwendung findet. Teilweise wurde diese Entwicklung durch Ertragssteigerung auf der verbliebenen Landwirtschaftsfläche und, was die Entwicklung der Wertschöpfung im Gesamtbereich „**Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei**“ betrifft, durch die Produktionsergebnisse der **Fischerei** kompensiert. Im Zeitraum 1950 bis 1955 stieg die Wertschöpfung in diesem Bereich von 42 auf 58 Millionen DM oder um 36 vH. Das Jahr 1956 brachte einen weiteren Anstieg der Wertschöpfung um 7 Millionen oder 13,1 vH, wogegen das Jahr 1957 wegen der sehr schlechten Obst- und Ge-

müsernte einen Rückgang in der landwirtschaftlichen Produktion zur Folge hatte, der allerdings durch die Fangergebnisse der Fischerei ausgeglichen wurde, so daß die Wertschöpfung im Gesamtbereich „**Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei**“ 1957 etwa das Niveau von 1956 (65 Millionen DM) halten konnte.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Entwicklung der Wertschöpfung in den einzelnen Bereichen recht unterschiedlich verlaufen ist, mit der Folge, daß die Anteile der einzelnen Wirtschaftsbereiche am Hamburger Netto-Inlandsprodukt 1957 eine andere Größenordnung aufweisen als 1950. Eine Verschiebung der Rangordnung ist allerdings nicht eingetreten; das Verarbeitende Gewerbe, der Handel und der Verkehr, einschließlich Nachrichtenübermittlung, rangierten im Gesamtzeitraum 1950 bis 1957 an erster Stelle. Jedoch konnten das **Verarbeitende Gewerbe** und der Bereich **Verkehr und Nachrichtenübermittlung** ihre Anteile, verglichen mit 1950, **vergrößern** (vgl. Tabellen 1 und 2 im Anhang).

II. Vergleich zwischen Hamburg und den Bundesländern bzw. dem Bundesgebiet

1. Vergleich der Netto-Inlandsprodukte

Eine Gegenüberstellung des Hamburger Netto-Inlandsprodukts mit dem des Bundesgebiets im gesamten Zeitraum 1950 bis 1957 zeigt eine unter dem Bundesdurchschnitt liegende Steigerung des Hamburger Netto-Inlandsproduktes. Das Netto-Inlandsprodukt erhöhte sich nämlich in diesem Zeitraum **um 104 vH in Hamburg** und **um 112 vH im Bundesgebiet**. Über dem Bundesdurchschnitt lag die Zunahme des Netto-Inlandsprodukts in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Bremen und Baden-Württemberg. Von allen übrigen Ländern wurde der Bundesdurchschnitt nicht erreicht.

Der Höhe nach rangierte das Hamburger Netto-Inlandsprodukt 1957 mit 9022 Millionen DM vor den Ländern Rheinland-Pfalz (8218 Millionen DM), Schleswig-Holstein (5454 Millionen DM) und Bremen (2928 Millionen DM).

In Nordrhein-Westfalen betrug das Netto-Inlandsprodukt dagegen das 6,2fache, in Bayern das 2,8fache und in Baden-Württemberg das 2,6fache des Hamburger Netto-Inlandsprodukts. In Niedersachsen war das Netto-Inlandsprodukt fast doppelt und in Hessen $1\frac{1}{2}$ mal so groß wie das Netto-Inlandsprodukt in Hamburg.

Der im gesamten Zeitraum 1950 bis 1957 zu verzeichnende Zuwachs des Netto-Inlandsprodukts verteilt sich unterschiedlich auf die einzelnen Jahre. Am größten waren die Zuwachsraten des Netto-Inlandsprodukts in den Bundesländern und

¹⁾ Beschäftigte ohne Selbständige und mithelfende Familienangehörige am 30. September 1956 und 1957.

²⁾ Die Wertschöpfung des Jahres 1957 stellt ein vorläufiges Ergebnis dar. Es ist möglich, daß die endgültigen Werte etwas höher liegen werden.

Übersicht 1

Das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten in den Ländern und im Bundesgebiet 1950 und 1955 bis 1957 (in Mio DM und in vH)

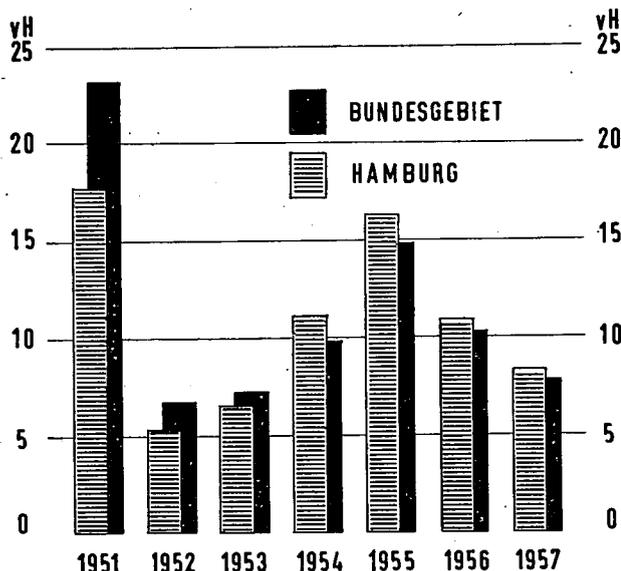
Länder	1950	1955	1956	1957 ¹⁾
Schleswig-Holstein				
absolut . . .	2 921	4 473	4 952	5 454
in vH . . .	100	153	169	187
Hamburg				
absolut . . .	4 412	7 520	8 337	9 022
in vH . . .	100	170	189	204
Niedersachsen				
absolut . . .	8 856	14 865	16 304	17 740
in vH . . .	100	168	184	200
Bremen				
absolut . . .	1 272	2 408	2 704	2 928
in vH . . .	100	189	213	230
Nordrhein-Westfalen				
absolut . . .	24 815	46 557	51 584	55 613
in vH . . .	100	188	208	224
Hessen				
absolut . . .	6 639	11 856	13 034	13 903
in vH . . .	100	179	196	209
Rheinland-Pfalz				
absolut . . .	3 904	6 973	7 558	8 218
in vH . . .	100	179	194	211
Baden-Württemberg				
absolut . . .	10 992	19 884	21 900	23 440
in vH . . .	100	181	199	213
Bayern				
absolut . . .	12 444	21 221	23 255	25 017
in vH . . .	100	171	187	201
Bundesgebiet				
absolut . . .	76 255	135 756	149 627	161 335
in vH . . .	100	178	196	212

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Vorläufige Ergebnisse.

Schaubild 2

Die Zuwachsraten des Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten 1951 bis 1957



im Bundesgebiet insgesamt im Jahre 1951. Diese starke Erhöhung der Zuwachsraten in diesem Jahre und das darauf folgende Absinken im Jahre 1952 war in hohem Maße durch die Auswirkung des Koreakrieges bedingt. Die **Hamburger Zuwachsraten des Netto-Inlandsprodukts** lagen bis zum **Jahre 1953 unter** und von 1954 bis 1957 **über den Zuwachsraten im Bundesdurchschnitt**. Eine Gegenüberstellung der Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer zeigt, daß die Zuwachsraten in Hamburg von 1954 an höher lagen als in den meisten Bundesländern (vgl. Übersicht 2).

Übersicht 2

Die Zuwachsraten des Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten nach Bundesländern 1951 bis 1957 (in vH)

Länder	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957 ¹⁾
Schleswig-Holstein . . .	14,0	6,1	6,2	7,0	11,5	10,7	10,1
Hamburg . . .	17,6	5,3	6,5	11,1	16,2	10,9	8,2
Niedersachsen . . .	19,1	7,5	7,9	7,8	12,6	9,7	8,8
Bremen	14,7	11,8	6,6	15,9	19,5	12,3	8,3
Nordrhein-Westfalen . . .	28,1	7,6	8,5	9,0	15,2	10,8	7,8
Hessen	23,6	5,4	7,6	11,2	14,6	9,9	6,7
Rheinland-Pfalz	25,3	5,8	6,9	8,3	16,3	8,4	8,7
Baden-Württemberg	23,6	6,5	6,1	11,4	16,2	10,1	7,0
Bayern	20,9	5,7	6,2	10,0	14,3	9,6	7,6
Bundesgebiet . . .	23,3	6,7	7,3	9,7	14,9	10,2	7,8

1) Vorläufige Ergebnisse.

Der Ländervergleich zeigt ferner für die Jahre 1956 und 1957 durchweg abnehmende Zuwachsraten, die sich immer stärker dem Bundesdurchschnitt nähern. Die sich verlangsamende konjunkturelle Aufwärtsbewegung in den Jahren 1956 und 1957 war also von einer Angleichung der Zuwachsraten in den Ländern begleitet.

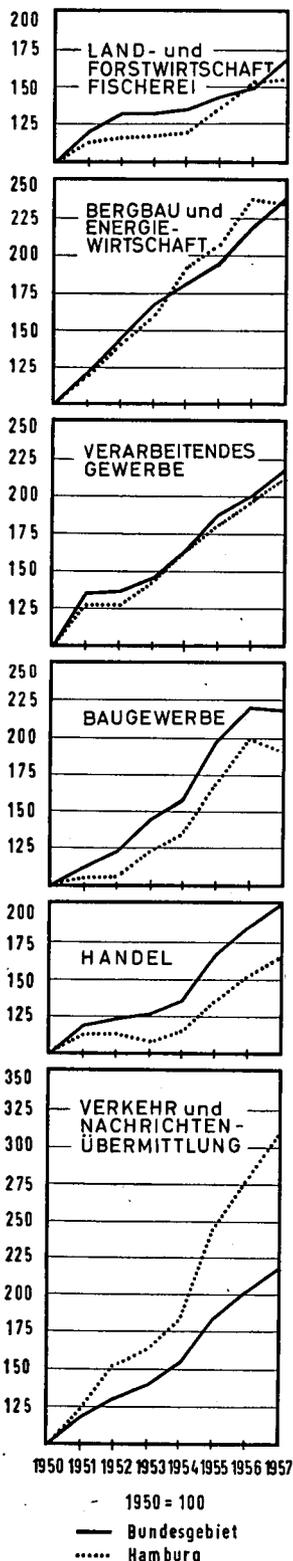
2. Vergleich der Wertschöpfung in den Wirtschaftsbereichen

Das **Verarbeitende Gewerbe**, als ein tragender Bereich der Hamburger Wirtschaft, zeigte von 1950 bis 1956 Zuwachsraten, die teils über, teils unter dem Bundesdurchschnitt dieses Bereichs lagen; **1957 war die Steigerung der Wertschöpfung in diesem Bereich in Hamburg größer als im Bundesgebiet** (8,6 vH gegenüber 7,4 vH). Verglichen mit den übrigen Ländern der Bundesrepublik rangierte die Hamburger Zuwachsrate des Verarbeitenden Gewerbes im Jahre 1956 **an fünfter** und im Jahre 1957 **an dritter Stelle**. Größere Zuwachsraten der Wertschöpfung in diesem Bereich nur die Länder Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz auf.

Im **Handel** lagen die Zuwachsraten in Hamburg bis 1956 entweder unter dem Bundesdurchschnitt oder nur geringfügig darüber (1954). Diese Entwicklung war, wie erwähnt, neben Sitzverlagerungen einiger bedeutender Großhandelsunternehmen und

Schaubild 3

Die Entwicklung des Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten und der Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen im Bundesgebiet und in Hamburg



darauf, daß eine bedeutende Firma Industriecharakter annahm, auf die nicht besonders günstige Situation im Hamburger Außenhandel zurückzuführen. Im Jahre 1957 lag die Hamburger Zuwachsrate der Wertschöpfung des Handels, nachdem sie 1956 bereits nahe an die des Bundesgebietes herangekommen war, **höher als im Bundesgebiet und höher als in den anderen Bundesländern**. Ein Vergleich der Zuwachsraten der Wertschöpfung dieses Bereichs in den einzelnen Ländern zeigt ferner, daß sich die Zuwachsraten in den Jahren 1956 und 1957 stark dem Bundesdurchschnitt nähern.

Die Hamburger Zuwachsraten des Bereichs „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ waren in den Jahren 1951 bis 1957 **wesentlich höher als im Bundesgebiet, und von 1955 an höher als in allen anderen Bundesländern**, mit Ausnahme von Bremen. Hierbei gaben die Seeschiffahrts- und Hafenbetriebe den Ausschlag.

Ein Rückgang der Wertschöpfung war 1957 in Hamburg beim Baugewerbe (– 4,5 vH) und im Bereich „Bergbau und Energiewirtschaft“ (– 1,6 vH) zu verzeichnen. Die Abnahme der Wertschöpfung im Bereich „Bergbau und Energiewirtschaft“ ist, wie erwähnt, überwiegend darauf zurückzuführen, daß in der Energiewirtschaft die Kohlenpreiserhöhung mit einer gleichzeitigen Senkung der Stromtarife verbunden war. Im Baugewerbe war der Rückgang der Bautätigkeit, insbesondere im Hochbau und hier wiederum im Wohnungsbau, für die negative Zuwachsrate der Wertschöpfung bestimmend.

Neben Hamburg wiesen fast alle Länder mit Ausnahme von Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen im Jahre 1957 negative Zuwachsraten der Wertschöpfung beim Baugewerbe auf, wogegen im Bereich „Bergbau und Energiewirtschaft“ neben Hamburg nur noch Bremen einen Rückgang der Wertschöpfung (– 5,0 vH) zu verzeichnen hatte.

Die im Jahre 1958 verstärkter einsetzende Bautätigkeit in Hamburg wird sicherlich für dieses Jahr eine Zunahme der Wertschöpfung zur Folge haben.

Im Bereich „Sonstige Dienstleistungen“ war die **Zuwachsrate der Wertschöpfung in Hamburg 1957 höher als im Bundesdurchschnitt**. Dies ist in hohem Maße auf den gestiegenen Fremdenverkehr in Hamburg zurückzuführen.

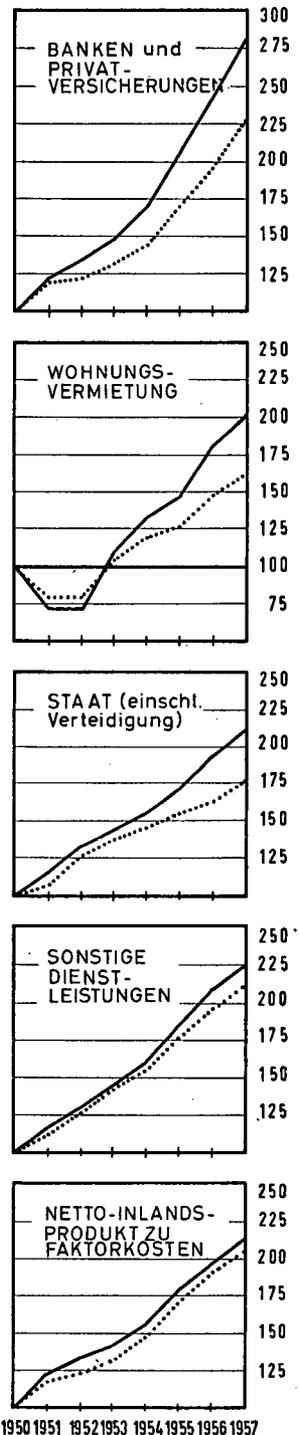
Die Zuwachsrate der Wertschöpfung im Bereich „Staat, einschl. Verteidigung“ lag im Zeitraum 1950 bis 1957 mit Ausnahme des Jahres 1952 unter dem Bundesdurchschnitt. Im gesamten Zeitraum 1950 bis 1957 stieg die Wertschöpfung des Staates, einschließlich Verteidigung¹⁾, in Hamburg um 76 vH, im Bundesgebiet dagegen um 111 vH.

Relativ gering war auch in Hamburg die Zunahme der Wertschöpfung von 1950 bis 1957 im Bereich „Wohnungsvermietung“. Die Zunahme betrug in diesem

¹⁾ Die Aufwendungen für die Bundeswehr wurden entsprechend der Bevölkerungszahl auf die einzelnen Bundesländer aufgeteilt.

noch: Schaubild 3

Die Entwicklung des Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten und der Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen im Bundesgebiet und in Hamburg



1950 1951 1952 1953 1954 1955 1956 1957

1950=100

— Bundesgebiet
..... Hamburg

Statistisches Landesamt Hamburg

Zeitraum in Hamburg 62 vH und lag damit weit unter der Zunahme im Bundesgebiet (101 vH). Eine geringere Zunahme der Wertschöpfung hatte in diesem Bereich nur Schleswig-Holstein mit 45 vH zu verzeichnen. Die relativ geringe Zunahme der Wertschöpfung des Bereichs Wohnungsvermietung in Hamburg beruhte darauf, daß sich die durchschnittlichen Mieten je Wohnung in Hamburg weniger stark erhöhten als in den übrigen Bundesländern.

Der Bereich „Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei“ wies in den Jahren 1955 und 1956 über dem Bundesdurchschnitt liegende Zuwachsraten auf; 1957 war die Zuwachsrate, bedingt durch eine schlechte Obst- und Gemüseernte und eine nicht besonders große Zunahme der Fangerlöse in der Fischerei, relativ niedrig (0,6 vH); sie lag damit niedriger als in den übrigen Bundesländern (vgl. Tabellen 3 bis 7 im Anhang).

3. Strukturvergleich

Betrachtet man die einzelnen Bereiche der Wirtschaft hinsichtlich ihrer Anteile am Netto-Inlandsprodukt, so zeigt sich entsprechend der Wirtschaftsstruktur der einzelnen Länder ein sehr differenziertes Bild. In Hamburg sind es die Bereiche „Handel“ und „Verkehr (einschließlich Nachrichtenübermittlung)“, die mit zusammen 38,5 vH im Jahre 1957 einen hohen Anteil am Hamburger Netto-Inlandsprodukt ausmachen und dadurch den Charakter Hamburgs als Hafen- und Handelsstadt zum Ausdruck bringen. Einen noch etwas größeren Anteil dieser Bereiche am Netto-Inlandsprodukt weist Bremen aus (40,2 vH); in allen übrigen Ländern ist der Anteil dieser Bereiche am Netto-Inlandsprodukt wesentlich geringer. Von besonderer Bedeutung sind in Hamburg auch die Banken und Privatversicherungen, die mit Anteilen von 4,5 vH im Jahre 1950 und 5,1 vH im Jahre 1957 die Anteilssätze dieses Bereichs am Netto-Inlandsprodukt in allen Bundesländern übertreffen.

Durch den Großstadtcharakter Hamburgs bedingt, ist auch der Anteil des Bereichs „Sonstige Dienstleistungen“ am Netto-Inlandsprodukt relativ hoch; er betrug 1957 7,3 vH. Nur in den Ländern Hessen, Bayern und Schleswig-Holstein haben die „Sonstigen Dienstleistungen“ im Rahmen der Gesamtwirtschaft ein größeres Gewicht, wobei in Schleswig-Holstein und Bayern der intensive Fremdenverkehr den Ausschlag gab.

Stellt man die Anteile der einzelnen Wirtschaftsbereiche am Netto-Inlandsprodukt der Jahre 1950 und 1957 in den einzelnen Ländern gegenüber, so ergeben sich zwar keine grundlegenden strukturellen Verschiebungen, immerhin zeigen sich jedoch einige Änderungen der Gewichte der einzelnen Bereiche im Rahmen der Gesamtwirtschaft; zu erwähnen sind insbesondere das Verarbeitende Gewerbe, die Landwirtschaft und der Handel.

Das Verarbeitende Gewerbe zeigt im Jahre 1957, verglichen mit 1950, in allen Bundesländern, mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen, einen höheren Anteil am Netto-Inlandsprodukt, wie umgekehrt der Anteil des Bereichs „Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei“ am Netto-Inlandsprodukt 1957 in allen Bundesländern niedriger lag als 1950. Rückläufig war auch in allen Bundesländern, mit Ausnahme von Hessen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg der Anteil des Handels am Netto-Inlandsprodukt, wogegen der Anteil des Bereichs „Banken und Privatversicherungen“, mit Ausnahme von Bremen, in allen Bundesländern zunahm. Große Unterschiede in der Entwicklung zeigen sich dagegen im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“. Während in Hamburg und Bremen dieser Bereich seinen Anteil am Netto-Inlandsprodukt stark und in Schleswig-Holstein, Hessen und Bayern leicht erhöhen konnte, waren die Anteilssätze in den übrigen Bundesländern stagnierend oder rückläufig.

Die Verschiebung der Anteile der einzelnen Bereiche am Netto-Inlandsprodukt hat zum Teil preismäßige, zum Teil mengenmäßige Ursachen. Teils haben sich die Preise der Endprodukte und der Vorleistungen in den einzelnen Bereichen unterschiedlich entwickelt, teils war aber auch die mengenmäßige Zunahme der Produktion in den einzelnen Bereichen — und dieser Tatsache dürfte die größere Bedeutung zukommen — verschieden stark ausgeprägt (vgl. Tabellen 8 und 9 im Anhang).

4. Vergleich des Netto-Inlandsprodukts je Einwohner

Das Netto-Inlandsprodukt je Einwohner besagt einerseits — dies allerdings für Hamburg mit Einschränkungen¹⁾ —, wieviel von dem im Inland erwirtschafteten Einkommen auf den Kopf der Bevölkerung entfällt, und ist andererseits im Vergleich mit anderen Bundesländern Ausdruck dafür, ob die betreffende Wirtschaft kapitalintensiver ist, das Arbeitskräftepotential mehr ausgeschöpft wird oder der durchschnittliche Leistungsstand je Einwohner relativ höher liegt als in anderen Ländern.

Das Netto-Inlandsprodukt je Einwohner lag mit 2842 DM im Jahre 1950 und 5087 DM im Jahre 1957 höher als in allen anderen Ländern der Bundesrepublik. Dieser relativ hohe Beitrag des Netto-Inlandsprodukts je Kopf der Bevölkerung in Hamburg wird sofort erklärt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß 1957 von 1 781 979 Hamburgern²⁾ 948 846 beschäftigt³⁾ waren (einschl. Selbständige und mithelfende Familienangehörige), was Ausdruck einer großen Erwerbsintensität ist, und außerdem

¹⁾ Das Netto-Inlandsprodukt je Einwohner unterscheidet sich in den einzelnen Ländern mehr oder weniger stark vom Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung, weil das Netto-Inlandsprodukt um den Saldo der Einkommensübertragung zwischen dem In- und Ausland vom Volkseinkommen abweicht. In dem Maße, wie Löhne und Gehälter sowie Einkommen aus Kapitalvermögen an außerhalb des Landes wohnende Personen fließen, unterscheidet sich also das Volkseinkommen vom Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten. In Hamburg kommt diesem Tatbestand einmal wegen der kapitalmäßigen Verflechtung der Hamburger Wirtschaft mit den übrigen Bundesländern und dem Ausland und zum anderen wegen des außerhalb Hamburgs wohnenden, aber in Hamburg arbeitenden Personenkreises eine relativ große Bedeutung zu (vgl. „Hamburg in Zahlen“, Heft 14/57, S. 254).

²⁾ Bevölkerung Ende September 1957 einschl. Schiffsbevölkerung.

³⁾ Beschäftigte Hamburger Arbeitnehmer am 30. 9. 1957 zusätzlich eines geschätzten Zuschlags für tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige.

berücksichtigt, daß 1957 daneben 82 904 Einpendler in Hamburg arbeiteten, also an der Erwirtschaftung des Netto-Inlandsprodukts Anteil hatten, aber nicht zur Hamburger Wohnbevölkerung zählten. Schließlich ist auch die vergleichsweise große Kapitalausstattung der Hamburger Wirtschaft zu berücksichtigen.

Ein Vergleich der Zunahme des Netto-Inlandsprodukts je Einwohner im Zeitraum 1950 bis 1957 in den Bundesländern zeigt, daß der Anstieg in Hamburg mit 79 vH niedriger war als in den anderen Bundesländern. In den übrigen Bundesländern lag die Zunahme zwischen 114 vH (Schleswig-Holstein) und 85 vH (Baden-Württemberg). Die relativ hohe Zunahme des Netto-Inlandsprodukts je Einwohner in Schleswig-Holstein (114 vH), in Niedersachsen (108 vH) und Bayern (100 vH) ist darauf zurückzuführen, daß viele Personen umgesiedelt wurden (Vertriebene und Flüchtlinge), die sicherlich nicht voll in den Produktionsprozeß dieser Länder eingeschaltet waren.

Trotz des relativ schwachen Anstiegs des Netto-Inlandsprodukts je Einwohner von 1950 bis 1957 in Hamburg hat sich dem absoluten Betrage nach der Abstand zwischen dem Hamburger Netto-Inlandsprodukt je Einwohner und dem der übrigen Bundesländer weiter vergrößert, weil schon das Ausgangsniveau (Ergebnis des Jahres 1950) in Hamburg bedeutend höher lag als in den anderen Ländern der Bundesrepublik. Ein hohes Netto-Inlandsprodukt je Einwohner weisen 1957 auch Bremen (4471 DM) und Nordrhein-Westfalen (3699 DM) auf. Das vergleichsweise hohe Netto-Inlandsprodukt je Einwohner in den Ländern Hamburg und Bremen ist durch den Stadtcharakter dieser Länder begründet. Hohe Wertschöpfungsbeträge je Beschäftigten in den Bereichen „Handel“, „Verkehr“ und „Verarbeitendes Gewerbe“ geben hierbei den Ausschlag.

Übersicht 3

Das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten je Einwohner in den Ländern und im Bundesgebiet 1950 und 1955 bis 1957

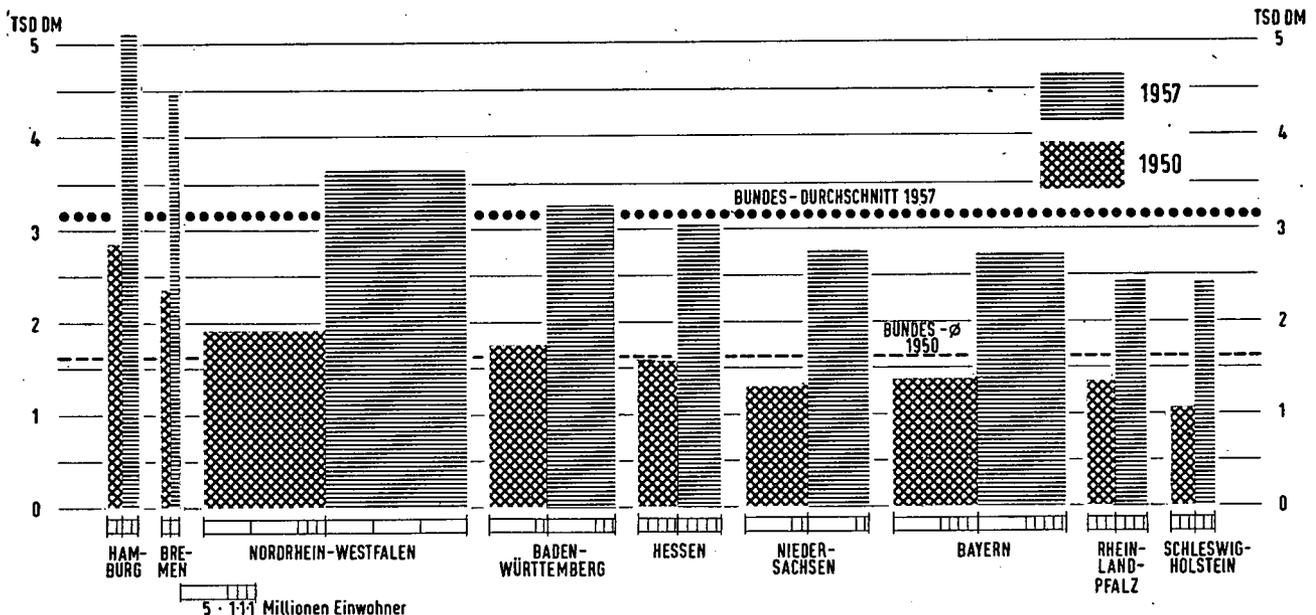
(in DM und in vH)

Länder	1950	1955	1956	1957 ¹⁾
Schleswig-Holstein				
absolut . .	1 128	1 971	2 198	2 415
in vH . . .	100	175	195	214
Hamburg				
absolut . .	2 842	4 382	4 780	5 087
in vH . . .	100	154	168	179
Niedersachsen				
absolut . .	1 315	2 290	2 516	2 735
in vH . . .	100	174	191	208
Bremen				
absolut . .	2 346	3 916	4 270	4 471
in vH . . .	100	167	182	191
Nordrhein-Westfalen				
absolut . .	1 920	3 225	3 501	3 699
in vH . . .	100	168	182	193
Hessen				
absolut . .	1 564	2 660	2 888	3 041
in vH . . .	100	170	185	194
Rheinland-Pfalz				
absolut . .	1 337	2 175	2 328	2 498
in vH . . .	100	163	174	187
Baden-Württemberg				
absolut . .	1 746	2 864	3 088	3 235
in vH . . .	100	164	177	185
Bayern				
absolut . .	1 367	2 339	2 554	2 732
in vH . . .	100	171	187	200
Bundesgebiet				
absolut . .	1 626	2 759	3 005	3 196
in vH . . .	100	170	185	197

1) Vorläufige Ergebnisse.

Schaubild 4

Das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten je Einwohner in den Ländern und im Bundesgebiet 1950 und 1957



In den übrigen Ländern, auch in dem industriell stärksten Land Nordrhein-Westfalen, spielen neben den hochentwickelten Stadtwirtschaften mit hohen Wertschöpfungsbeträgen je Beschäftigten auch die ländlichen Bezirke mit niedriger Produktivität eine Rolle.

III. Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen (jeweilige und konstante Preise) in Hamburg, in den Bundesländern und im Bundesgebiet 1950 bis 1956

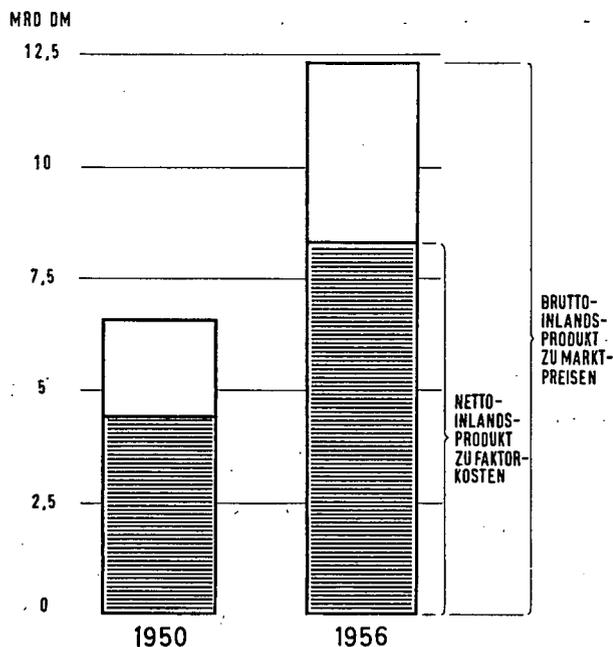
1. Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen, ausgedrückt in jeweiligen Preisen

Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen unterscheidet sich vom Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten, wie im methodischen Teil dieser Arbeit erwähnt, durch den Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen, die Abschreibungen sowie durch die Scheingewinne und -verluste, da das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten noch nicht um Scheingewinne und -verluste bereinigt wurde.

In Hamburg betrug das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten 1956 67,5 vH des Brutto-Inlandsprodukts zu Marktpreisen¹⁾. Diese Differenz zwischen

Schaubild 5

Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen und das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten (in jeweiligen Preisen) 1950 und 1956



beiden Sozialproduktgrößen ist erheblicher als in allen anderen Bundesländern, woraus ersichtlich wird, daß die indirekten Steuern und Abschreibungen (wegen hoher Investitionen) in Hamburg höher liegen als in den übrigen Ländern der Bundesrepublik. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die relativ hohen Verbrauchsteuern (z. B. für Tabak, Kaffee, Tee, Zucker) in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die in Hamburg eine verhält-

¹⁾ Im folgenden kurz „Brutto-Inlandsprodukt“ genannt.

nismäßig große Bedeutung hat, und das Aufkommen an Mineralölsteuer in der Hamburger Mineralölwirtschaft. Daneben sind die hohen Abschreibungen im Verarbeitenden Gewerbe und in der Verkehrswirtschaft von Bedeutung.

Von 1950 bis 1956 ist das Hamburger Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen von 6401 Millionen DM auf 12 347 Millionen DM oder auf 193 vH gestiegen. Dem absoluten Betrage nach rangierte es 1956 wie auch das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten vor den Ländern Rheinland-Pfalz (9 667 Millionen DM), Schleswig-Holstein (6 165 Millionen DM) und Bremen (3 665 Millionen DM). Allerdings ist der Unterschied beim Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen größer als beim Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten. In Nordrhein-Westfalen betrug das Brutto-Inlandsprodukt das 5,3fache, in Bayern rund das 2,4fache und in Baden-Württemberg rund das 2,3fache des Hamburger Brutto-Inlandsprodukts, wogegen das Brutto-Inlandsprodukt von Niedersachsen nur um 67 vH und das Brutto-Inlandsprodukt von Hessen nur um 36 vH größer war als das Hamburger Brutto-Inlandsprodukt. Ein Vergleich der Zunahme des Hamburger Brutto-Inlandsprodukts von 1950 bis 1956 (93 vH) mit dem der übrigen Bundesländer zeigt, daß nur in den Ländern Nordrhein-Westfalen (110 vH), Baden-Württemberg (104 vH) und in Hessen (101 vH) größere relative Zunahmen vorlagen als in Hamburg (vgl. Tabelle 10 im Anhang).

2. Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen, ausgedrückt in Preisen des Jahres 1954

Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen liegt, wie erwähnt, für den Zeitraum 1950 bis 1956 sowohl in jeweiligen Preisen als auch in Preisen des Jahres 1954 vor, so daß neben der nominellen auch die reale Entwicklung des Brutto-Inlandsprodukts dargestellt werden kann. In Preisen des Jahres 1954 ausgedrückt, stieg das Hamburger Brutto-Inlandsprodukt von 7387 Millionen DM im Jahre 1950 auf 11 772 Millionen DM im Jahre 1956 an; die Zunahme

Übersicht 4

Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen 1956¹⁾ (jeweilige und konstante Preise)

Länder.	Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen in Mio DM		Brutto-Inlandsprodukt zu konstanten Preisen in vH des Brutto-Inlandsprodukts zu jeweiligen Preisen
	jeweilige Preise	in Preisen von 1954	
Schleswig-Holstein . .	6 165	5 724	92,85
Hamburg	12 347	11 772	95,34
Niedersachsen .	20 730	19 416	93,66
Bremen	3 665	3 476	94,84
Nordrhein-Westfalen . .	65 990	62 786	95,14
Hessen	16 733	15 804	94,45
Rheinland-Pfalz	9 667	9 104	94,18
Baden-Württemberg	28 243	26 877	95,16
Bayern	29 528	27 783	94,09
Bundesgebiet .	193 069	182 740	94,65

¹⁾ Vorläufige Zahlen.

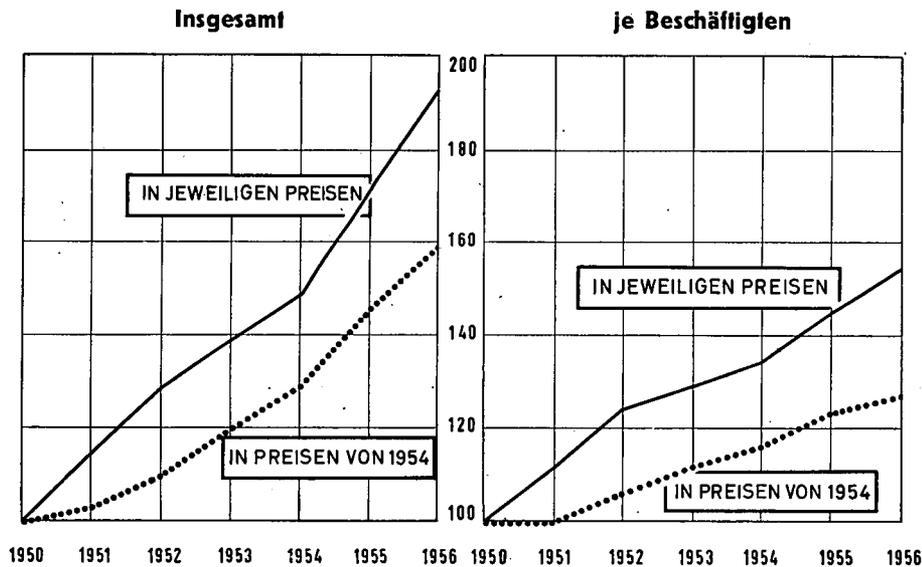
betrug damit 59 vH. Die reale Zunahme des Brutto-Inlandsprodukts war also infolge der eingetretenen Preissteigerung wesentlich geringer als die nominelle Steigerung des Brutto-Inlandsprodukts. Dies Bild zeigt sich in allen Ländern. Die Preisentwicklung hat sich allerdings in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark ausgewirkt. Der größte Einfluß der Preiskomponente war in Schleswig-Holstein und der geringste in Hamburg zu verzeichnen. Demzufolge war auch der Unterschied zwischen dem nominellen und dem realen Brutto-Inlandsprodukt

in Hamburg am geringsten und in Schleswig-Holstein am größten (vgl. Übersicht 4). In Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg wirkte sich der Einfluß der Preisbewegung auf das reale Brutto-Inlandsprodukt nur wenig stärker aus als in Hamburg.

Hamburg rangiert hinsichtlich der realen Zunahme des Brutto-Inlandsprodukts im Zeitraum 1950 bis 1956 mit 59 vH hinter Nordrhein-Westfalen (73 vH), Baden-Württemberg (71 vH) und Hessen (65 vH) (vgl. Tabellen 11 bis 14 im Anhang).

Schaubild 6

Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen 1950 bis 1956
Mefzahlen (1950 = 100)



IV. Das Inlandsprodukt je Beschäftigten in Hamburg 1950 bis 1957

In den vorangegangenen Abschnitten wurde aufgezeigt, wie sich das Hamburger Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten und das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen (real und nominal) entwickelt haben und welche Bedeutung den Wirtschaftsbereichen bei der Entstehung des Netto-Inlandsprodukts zukommt.

Neben einer solchen Darstellung der wirtschaftlichen Leistungen und Struktur der Gesamtwirtschaft ist eine Darstellung des Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten und des Brutto-Inlandsprodukts zu Marktpreisen je Beschäftigten von Interesse. Diese Zahlen bringen den durchschnittlichen Beitrag eines Beschäftigten zum Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten und zum Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen unter Vernachlässigung der auf Boden, Kapital und spezifische Unternehmerleistung entfallenden Anteile zum Ausdruck. Die Tatsache, daß hier eine Aufteilung auf die einzelnen Produktionsfaktoren nicht vorgenommen werden kann, vermindert den wissenschaftlichen Wert der Ergebnisse. Dennoch stellen die Resultate einer solchen Berechnung einen Maßstab dar, mit dessen Hilfe man eine Aussage darüber machen kann, wie sich im Zeitablauf das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen (nominal und real) und das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten (nominal) je Beschäftigten verändert haben.

Eine Zunahme des Inlandsprodukts je Beschäftigten kann durch einen größeren Kapitaleinsatz, durch gestiegene Gewinne, durch Ausweitung der qualifizierten Beschäftigung, verbunden mit höheren Löhnen, begründet sein. Es sind also mehrere Faktoren, die auf das Netto-Inlandsprodukt einwirken, woran zu denken ist, wenn man die Entwicklung dieser Zahlen betrachtet. Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß in der Praxis eine Person teilweise an mehreren Arbeitsplätzen beschäftigt ist, woraus folgt, daß korrekterweise die Beschäftigten je Arbeitsplatz, besser noch die geleisteten Arbeitsstunden Beziehunggrundlage für das erarbeitete Inlandsprodukt sein sollten. Es stehen aber nur die Beschäftigtenzahlen der Arbeitsmarktstatistik regelmäßig zur Verfügung, in der die Beschäftigten nur einmal gezählt werden. In Anbetracht der Tatsache, daß der Beschäftigung an mehreren Arbeitsplätzen keine erhebliche Bedeutung zukommt, wird man mit ausreichender Genauigkeit die Beschäftigtenzahlen der Arbeitsmarktstatistik zugrunde legen können. Die Zahl der Selbständigen und mit-helfenden Familienangehörigen wurde auf Grund der Veranlagtenzahlen der Umsatzsteuerstatistik und der Beschäftigtenzahlen der Arbeitsstätten-zählung 1950 geschätzt. Trotz aller Einschränkungen gebendiese Pro-Kopf-Zahlen in den einzelnen Jahren eine ungefähre Vorstellung von der Entwicklung der Produktivität.

Die Zahl der Beschäftigten¹⁾ stieg von 742 490 im Jahre 1950 auf 930 700 im Jahre 1956 und auf 948 800 im Jahre 1957 oder um 25 bzw. 28 vH. Demgegenüber nahm das Hamburger Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten von 1950 bis 1956 um 89 vH und bis 1957 um 104 vH zu. Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen erhöhte sich von 1950 bis 1956 um 93 vH.

Die Inlandsprodukte stiegen also stärker an als die Beschäftigtenzahlen, so daß das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen und das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten je Beschäftigten eine nicht unerhebliche Steigerung aufwies. Bezogen auf den Beschäftigten stieg das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten von 1950 bis 1956 in Hamburg um 51 und bis 1957 um 60 vH, was besagt, daß im Durchschnitt je Beschäftigten 1956 51 vH und 1957 60 vH mehr an Bruttolöhnen und -gehältern, einschl. Sozialleistungen, Nettomieten und -pachten, sowie an Gewinnen erwirtschaftet wurden als 1950.

Das nominelle Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen je Beschäftigten stieg von 1950 bis 1956 etwa in gleichem Maße wie das Netto-Inlandspro-

dukt zu Faktorkosten, nämlich um 54 vH, woraus folgt, daß, verglichen mit 1950, je Beschäftigten auch rund 50 vH mehr an Abschreibungsbeträgen erarbeitet sowie an indirekten Steuern²⁾ von der Hamburger Wirtschaft vereinahmt und an den Staat abgeführt wurden als 1950³⁾.

Real gesehen, d.h. unter der Annahme, daß die Preise des Jahres 1954 sowohl bei den Endprodukten als auch bei den Vorleistungen für den gesamten Zeitraum 1950 bis 1956 gegolten hätten, errechnet sich eine Zunahme des Brutto-Inlandsprodukts je Beschäftigten von 27 vH. Die reale Bruttoleistung der Hamburger Wirtschaft (ohne Abzug des Saldos aus indirekten Steuern und Subventionen) hat sich also im Verlaufe von 6 Jahren um gut ein Viertel erhöht (vgl. Tabelle 15 im Anhang).

¹⁾ Einschl. einer geschätzten Zahl von Selbständigen und mit-helfenden Familienangehörigen.

²⁾ Abzüglich Subventionen, die freilich keine wesentliche Rolle spielen.

³⁾ Die Scheingewinne und -verluste, die als dritter Faktor die Differenz zwischen Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen und dem Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten bestimmen, sind hier nicht besonders erwähnt, weil sie keine große Bedeutung haben.

C. Schlußbemerkung

Die im Teil B dargestellten Ergebnisse hatten das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten und das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen (nominal und real) zum Gegenstand. Es wird Aufgabe der Statistischen Landesämter sein, die Differenz zwischen dem Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen und dem Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten in ihre Bestandteile zu zergliedern, so daß dann auch die noch fehlenden Sozialproduktgrößen (Brutto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten und Netto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen) nachgewiesen werden können. Aus der unterschiedlichen Entwicklung dieser Größen lassen sich dann noch bessere Schlüsse über die Veränderung der Kapitalintensität und deren Wirkungen auf das Hamburger Netto-Inlandsprodukt und dergleichen ziehen, als es zur Zeit

möglich ist. Neben dem Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen, ausgedrückt in Preisen des Jahres 1954, wie es in dieser Arbeit dargestellt wurde, wird die reale Entwicklung des Netto-Inlandsprodukts zu Marktpreisen aufzuzeigen sein.

Die Ergebnisse des Jahres 1957 und teilweise auch die der Jahre 1955 und 1956 (soweit diese das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen betreffen) sind vorläufiger Natur und werden, sobald die Werte der Grundstatistiken, insbesondere die der Umsatzsteuerstatistik vollständig vorliegen, verbessert werden. Das Statistische Landesamt wird ferner bemüht sein, in der ersten Jahreshälfte 1959 die Ergebnisse über das Jahr 1958 vorzulegen.

Dr. Bahlert, Dipl.-Volkswirt
Böhm, Dipl.-Volkswirt

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

A N H A N G

zum Heft „Hamburg in Zahlen“ Nr. 19, Jahrgang 1958

DAS HAMBURGER INLANDSPRODUKT

Tabellen 1 bis 15

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Hamburg

I N H A L T

Tabelle		Seite
1	Das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten und die Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen in Hamburg 1950 und 1955 bis 1957	1
2	Die Entwicklung des Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten und der Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen in Hamburg	1
3	Die Entwicklung des Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten und der Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen in Hamburg und im Bundesgebiet	2
4	Die Zuwachsraten des Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten und der Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen in Hamburg und im Bundesgebiet 1951 bis 1957 (in vH)	3
5	Die Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen und das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten in den Ländern und im Bundesgebiet 1950 bis 1957 (in Mio DM)	4
6	Die Entwicklung der Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen und des Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten in den Ländern und im Bundesgebiet	5
7	Die Zuwachsraten (in vH) der Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen und des Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten in den Ländern und im Bundesgebiet 1951 bis 1957	6
8	Die Anteile der Wirtschaftsbereiche am Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten in den Ländern und im Bundesgebiet 1950 und 1957 (in vH)	7
9	Die Anteile der Länder am Bundesergebnis 1950 und 1957 in vH	7
10	Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen 1950 bis 1956 nach Bundesländern in jeweiligen Preisen	8
11	Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen 1950 bis 1956 nach Bundesländern in Preisen von 1954	9
12	Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen nach der wertmäßigen und realen Entwicklung in den Ländern und im Bundesgebiet 1950 bis 1956	10
13	Die Zuwachsraten des Inlandsprodukts nach Bundesländern 1951 und 1956 (in vH)	11
14	Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen und das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten in Hamburg 1950 bis 1956	12
15	Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen und das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten in Hamburg 1950 bis 1957 je Beschäftigten	12



Tabelle 1

1

Das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten und die Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen
in Hamburg 1950 und 1955 bis 1957

Wirtschaftsbereiche	1950		1955		1956		1957 ¹⁾	
	Mio DM	vH	Mio DM	vH	Mio DM	vH	Mio DM	vH
1. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	42	1,0	58	0,8	65	0,8	65	0,7
2. Bergbau und Energiewirtschaft	74	1,7	154	2,0	177	2,1	174	1,9
3. Verarbeitendes Gewerbe	1 371	31,1	2 483	33,0	2 673	32,1	2 902	32,2
4. Baugewerbe	234	5,3	394	5,2	467	5,6	446	4,9
5. Handel	1 215	27,5	1 644	21,9	1 836	22,0	2 000	22,2
6. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	478	10,8	1 162	15,5	1 327	15,9	1 471	16,3
7. Banken und Privatversicherungen	201	4,5	343	4,6	393	4,7	456	5,1
8. Wohnungsvermietung	61	1,4	78	1,0	91	1,1	99	1,1
9. Staat (einschl. Verteidigung)	428	9,7	660	8,8	702	8,4	753	8,3
10. Sonstige Dienstleistungen	308	7,0	543	7,2	605	7,3	655	7,3
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten	4 412	100	7 520	100	8 337	100	9 022	100

Tabelle 2

Die Entwicklung des Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten und der Wertschöpfung
nach Wirtschaftsbereichen in Hamburg

Wirtschaftsbereiche	1950	1955	1956	1957 ¹⁾
Grundzahlen (in Mio DM)				
1. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	42	58	65	65
2. Bergbau und Energiewirtschaft	74	154	177	174
3. Verarbeitendes Gewerbe	1 371	2 483	2 673	2 902
4. Baugewerbe	234	394	467	446
5. Handel	1 215	1 644	1 836	2 000
6. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	478	1 162	1 327	1 471
7. Banken und Privatversicherungen	201	343	393	456
8. Wohnungsvermietung	61	78	91	99
9. Staat (einschl. Verteidigung)	428	660	702	753
10. Sonstige Dienstleistungen	308	543	605	655
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten	4 412	7 520	8 337	9 022
Meßzahlen (1950 = 100)				
1. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	100	136	153	154
2. Bergbau und Energiewirtschaft	100	208	238	234
3. Verarbeitendes Gewerbe	100	181	195	212
4. Baugewerbe	100	169	200	191
5. Handel	100	135	151	165
6. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	100	243	277	307
7. Banken und Privatversicherungen	100	171	196	227
8. Wohnungsvermietung	100	127	149	162
9. Staat (einschl. Verteidigung)	100	154	164	176
10. Sonstige Dienstleistungen	100	176	196	212
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten	100	170	189	204

1) Vorläufige Ergebnisse.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Tabelle 3

Die Entwicklung des Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten und der Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen in Hamburg und im Bundesgebiet

Wirtschaftsbereiche	a = Hamburg b = Bund	1950	1955	1956	1957 ¹⁾
Grundzahlen (in Mio DM)					
1. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	a	42	58	65	65
	b	8 518	12 140	12 893	14 346
2. Bergbau und Energiewirtschaft	a	74	154	177	174
	b	3 926	7 600	8 553	9 340
3. Verarbeitendes Gewerbe	a	1 371	2 483	2 673	2 902
	b	27 769	51 855	55 953	60 118
4. Baugewerbe	a	234	394	467	446
	b	4 693	9 300	10 315	10 291
5. Handel	a	1 215	1 644	1 836	2 000
	b	10 607	17 516	19 653	21 074
6. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	a	478	1 162	1 327	1 471
	b	5 555	10 179	11 235	12 032
7. Banken und Privatversicherungen	a	201	343	393	456
	b	2 171	4 523	5 254	6 099
8. Wohnungsvermietung	a	61	78	91	99
	b	1 007	1 484	1 820	2 024
9. Staat (einschl. Verteidigung)	a	428	660	702	753
	b	7 128	12 180	13 729	15 008
10. Sonstige Dienstleistungen	a	308	543	605	655
	b	4 881	8 979	10 222	11 003
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten	a	4 412	7 520	8 337	9 022
	b	76 255	135 756	149 627	161 335
Meßzahlen (1950 = 100)					
1. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	a	100	136	153	154
	b	100	143	151	168
2. Bergbau und Energiewirtschaft	a	100	208	238	234
	b	100	194	218	238
3. Verarbeitendes Gewerbe	a	100	181	195	212
	b	100	187	201	216
4. Baugewerbe	a	100	169	200	191
	b	100	198	220	219
5. Handel	a	100	135	151	165
	b	100	165	185	199
6. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	a	100	243	277	307
	b	100	183	202	217
7. Banken und Privatversicherungen	a	100	171	196	227
	b	100	208	242	281
8. Wohnungsvermietung	a	100	127	149	162
	b	100	147	181	201
9. Staat (einschl. Verteidigung)	a	100	154	164	176
	b	100	171	193	211
10. Sonstige Dienstleistungen	a	100	176	196	212
	b	100	184	209	225
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten	a	100	170	189	204
	b	100	178	196	212

1) Vorläufige Ergebnisse.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Tabelle 4

Die Zuwachsraten des Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten und der Wertschöpfung
nach Wirtschaftsbereichen in Hamburg und im Bundesgebiet 1951 bis 1957
(in vH)

Wirtschaftsbereiche	a = Hamburg b = Bund	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957 ¹⁾
1. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	a	11,8	2,5	2,1	1,8	14,1	13,1	0,6
	b	21,3	8,0	0,2	1,9	6,5	6,2	11,3
2. Bergbau und Energiewirtschaft	a	17,6	20,3	12,0	21,3	8,0	14,7	- 1,6
	b	22,1	19,8	14,4	8,5	6,7	12,5	9,2
3. Verarbeitendes Gewerbe	a	26,7	0,2	11,5	15,2	11,0	7,6	8,6
	b	34,3	1,6	6,2	12,7	14,3	7,9	7,4
4. Baugewerbe	a	4,5	0,1	17,8	7,3	27,8	18,4	- 4,5
	b	12,6	8,9	18,2	8,8	25,7	10,9	- 0,2
5. Handel	a	13,3	0,1	5,8	6,7	18,7	11,7	8,9
	b	19,4	3,9	2,6	6,6	21,8	12,2	7,2
6. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	a	24,3	21,1	8,3	11,7	33,5	14,2	10,8
	b	16,7	11,7	6,9	10,5	19,1	10,4	7,1
7. Banken und Privatversicherungen	a	19,7	1,8	7,3	11,8	16,9	14,7	16,0
	b	24,3	8,6	10,1	15,1	21,8	16,2	16,1
8. Wohnungsvermietung	a	- 20,7	- 0,8	33,2	15,2	5,1	17,4	8,8
	b	- 27,7	- 0,8	51,6	22,0	11,2	22,6	11,2
9. Staat (einschl. Verteidigung)	a	7,7	17,7	7,8	7,1	5,5	6,4	7,3
	b	14,5	16,0	8,7	7,6	9,9	12,7	9,3
10. Sonstige Dienstleistungen	a	14,2	12,1	11,2	10,3	12,1	11,5	8,2
	b	14,9	12,1	12,2	10,3	15,4	13,8	7,6
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten	a	17,6	5,3	6,5	11,1	16,2	10,9	8,2
	b	23,3	6,7	7,3	9,7	14,9	10,2	7,8

1) Vorläufige Ergebnisse.

Die Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen und das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten
in den Ländern und im Bundesgebiet 1950 bis 1957 1)
(in Mio DM)

Wirtschaftsbereiche	Jahre	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Bundesgebiet
1. Landwirtschaft, Forst- wirtschaft u. Fischerei	1950	639	42	1 779	41	1 373	683	642	1 243	2 077	8 518
	1951	709	47	2 083	54	1 676	841	808	1 581	2 534	10 333
	1952	770	49	2 380	53	1 848	878	804	1 660	2 720	11 161
	1953	768	50	2 453	57	1 790	889	790	1 591	2 796	11 184
	1954	757	50	2 403	61	1 841	931	829	1 689	2 835	11 398
	1955	807	58	2 424	61	2 011	982	880	1 930	2 986	12 140
	1956	889	65	2 554	68	2 040	1 041	936	2 015	3 285	12 893
	1957	1 027	65	2 934	72	2 230	1 073	1 095	2 195	3 656	14 346
2. Bergbau und Energie- wirtschaft	1950	47	74	459	25	2 658	142	57	157	308	3 926
	1951	52	87	541	26	3 296	164	63	183	379	4 792
	1952	58	105	610	32	4 012	180	72	225	444	5 739
	1953	54	118	693	29	4 739	193	78	199	463	6 566
	1954	63	143	748	37	5 045	226	84	238	539	7 122
	1955	76	154	809	44	5 349	244	93	241	589	7 600
	1956	79	177	911	48	6 062	271	95	266	644	8 553
	1957	85	174	1 077	46	6 634	279	102	270	673	9 340
3. Verarbeitendes Gewerbe	1950	711	1 371	2 466	331	9 966	2 396	1 411	4 902	4 215	27 769
	1951	883	1 737	3 291	431	14 093	3 117	1 847	6 402	5 489	37 291
	1952	914	1 741	3 316	512	14 273	3 180	1 808	6 592	5 566	37 902
	1953	962	1 941	3 588	539	14 970	3 449	1 944	7 001	5 870	40 263
	1954	1 080	2 236	4 008	683	16 637	3 944	2 188	7 896	6 678	45 369
	1955	1 177	2 483	4 619	779	19 013	4 468	2 621	9 083	7 611	51 855
	1956	1 274	2 673	4 998	826	20 568	4 851	2 772	9 921	8 069	55 953
	1957	1 393	2 902	5 372	883	22 121	5 196	3 054	10 530	8 667	60 118
4. Baugewerbe	1950	206	234	516	97	1 501	431	229	708	770	4 693
	1951	200	244	548	88	1 797	491	290	786	839	5 283
	1952	207	244	595	88	1 955	547	374	874	870	5 754
	1953	260	288	735	97	2 347	623	434	1 030	987	6 802
	1954	287	309	798	105	2 514	672	416	1 157	1 142	7 401
	1955	359	394	1 029	145	3 125	858	507	1 442	1 440	9 300
	1956	401	467	1 147	172	3 489	921	561	1 596	1 562	10 315
	1957	436	446	1 140	165	3 538	892	513	1 629	1 532	10 291
5. Handel	1950	381	1 215	1 101	326	3 468	950	483	1 233	1 450	10 607
	1951	452	1 377	1 234	344	4 187	1 260	596	1 513	1 708	12 669
	1952	462	1 378	1 289	338	4 497	1 249	605	1 596	1 746	13 160
	1953	486	1 298	1 330	360	4 691	1 282	620	1 647	1 785	13 499
	1954	505	1 365	1 478	374	4 874	1 406	655	1 805	1 927	14 386
	1955	591	1 644	1 760	435	5 997	1 699	777	2 235	2 377	17 516
	1956	658	1 836	1 918	485	6 867	1 870	856	2 514	2 649	19 653
	1957	710	2 000	2 031	521	7 358	1 992	914	2 690	2 858	21 074
6. Verkehr und Nachrichten- übermittlung	1950	204	478	664	178	1 621	521	329	684	875	5 555
	1951	231	595	764	212	1 843	622	387	775	1 051	6 480
	1952	255	720	838	259	2 053	686	428	855	1 143	7 238
	1953	271	779	886	214	2 203	740	458	910	1 217	7 738
	1954	298	870	975	334	2 397	829	506	995	1 345	8 550
	1955	343	1 162	1 115	472	2 858	948	570	1 141	1 571	10 179
	1956	379	1 327	1 219	570	3 122	1 049	617	1 241	1 710	11 235
	1957	409	1 471	1 300	655	3 322	1 109	653	1 320	1 792	12 032
7. Banken und Privatver- sicherungen	1950	67	201	190	53	657	216	75	335	378	2 171
	1951	82	240	235	61	834	288	89	403	465	2 698
	1952	84	244	247	57	942	325	92	431	509	2 931
	1953	92	262	272	63	1 055	346	100	477	561	3 227
	1954	106	293	319	75	1 196	393	115	568	648	3 714
	1955	128	343	373	87	1 561	479	134	644	774	4 523
	1956	149	393	436	98	1 818	570	157	734	899	5 254
	1957	173	456	507	120	2 145	677	178	826	1 019	6 099
8. Wohnungsvermietung	1950	45	61	116	19	299	85	51	155	175	1 007
	1951	32	49	78	15	218	64	32	111	129	728
	1952	30	48	72	15	224	60	32	109	131	722
	1953	45	64	110	21	344	97	56	164	193	1 094
	1954	51	74	133	25	430	119	71	199	233	1 335
	1955	51	78	145	27	473	131	78	240	261	1 484
	1956	60	91	182	34	565	167	99	297	325	1 820
	1957	66	99	194	39	632	183	109	338	365	2 024
9. Staat (einschließlich Verteidigung)	1950	392	428	976	125	1 863	748	385	960	1 252	7 128
	1951	438	461	1 098	144	2 198	820	499	1 109	1 393	8 160
	1952	482	542	1 255	179	2 544	931	648	1 301	1 587	9 469
	1953	524	584	1 346	193	2 855	997	691	1 402	1 702	10 294
	1954	556	626	1 422	204	3 131	1 072	747	1 526	1 795	11 079
	1955	594	660	1 553	221	3 445	1 157	848	1 725	1 977	12 180
	1956	675	702	1 759	250	3 883	1 304	940	1 933	2 282	13 729
	1957	748	753	1 921	264	4 234	1 424	1 029	2 144	2 490	15 008
10. Sonstige Dienst- leistungen	1950	229	308	591	77	1 410	467	242	613	944	4 881
	1951	249	352	679	86	1 640	541	280	721	1 060	5 608
	1952	269	395	745	96	1 841	610	314	830	1 184	6 284
	1953	288	439	833	106	2 085	688	364	940	1 307	7 051
	1954	310	484	916	116	2 322	755	403	1 044	1 429	7 778
	1955	347	543	1 039	135	2 725	888	465	1 203	1 634	8 979
	1956	387	605	1 180	154	3 169	990	525	1 382	1 830	10 222
	1957	407	655	1 265	164	3 399	1 077	572	1 498	1 966	11 003
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten	1950	2 921	4 412	8 856	1 272	24 815	6 639	3 904	10 992	12 444	76 255
	1951	3 329	5 189	10 551	1 459	31 782	8 206	4 891	13 585	15 048	94 042
	1952	3 533	5 466	11 346	1 631	34 189	8 646	5 176	14 472	15 899	100 360
	1953	3 751	5 823	12 247	1 738	37 078	9 304	5 535	15 361	16 881	107 718
	1954	4 012	6 471	13 199	2 015	40 407	10 347	5 995	17 115	18 572	118 132
	1955	4 473	7 520	14 865	2 408	46 557	11 856	6 973	19 884	21 221	135 756
	1956	4 952	8 337	16 304	2 704	51 584	13 034	7 558	21 900	23 255	149 627
	1957	5 454	9 022	17 740	2 928	55 613	13 903	8 218	23 440	25 017	161 335

1) 1957 vorläufige Ergebnisse.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

**Die Entwicklung der Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen und des Netto-Inlandsprodukts
zu Faktorkosten in den Ländern und im Bundesgebiet**

(1950 = 100)

Wirtschaftsbereiche	Jahre	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Bundesgebiet
1. Landwirtschaft, Forstwirtschaft u. Fischerei	1951	111	112	117	132	122	123	126	127	122	121
	1952	121	115	134	131	135	129	125	133	131	131
	1953	120	117	138	141	130	130	123	128	135	131
	1954	119	119	135	149	134	136	129	136	137	134
	1955	126	136	136	151	147	144	137	155	144	143
	1956	139	153	144	167	149	152	146	162	158	151
	1957 ¹⁾	161	154	165	176	162	157	171	177	176	168
2. Bergbau und Energiewirtschaft	1951	111	118	118	105	124	115	110	117	123	122
	1952	124	142	133	131	151	127	127	143	144	146
	1953	115	158	151	117	178	136	138	127	150	167
	1954	134	192	163	151	190	159	148	152	175	181
	1955	161	208	176	178	201	172	165	154	191	194
	1956	169	238	199	194	228	191	167	170	209	218
	1957 ¹⁾	181	234	235	184	250	197	180	172	218	238
3. Verarbeitendes Gewerbe	1951	124	127	133	130	141	130	131	131	130	134
	1952	129	127	134	155	143	133	128	134	132	136
	1953	135	142	146	163	150	144	138	143	139	145
	1954	152	163	163	206	167	165	155	161	158	163
	1955	166	181	187	235	191	186	186	185	181	187
	1956	179	195	203	250	206	202	196	202	191	201
	1957 ¹⁾	196	212	218	267	222	217	216	215	206	216
4. Baugewerbe	1951	97	104	106	91	120	114	127	111	109	113
	1952	101	105	115	91	130	127	163	123	113	123
	1953	126	123	143	100	156	145	189	145	128	145
	1954	139	132	155	108	167	156	182	163	148	158
	1955	174	169	200	149	208	199	221	204	187	198
	1956	194	200	222	177	232	214	245	225	203	220
	1957 ¹⁾	211	191	221	170	236	207	224	230	199	219
5. Handel	1951	119	113	112	105	121	133	123	123	118	119
	1952	121	113	117	104	130	132	125	129	120	124
	1953	128	107	121	110	135	135	128	134	123	127
	1954	132	114	134	115	141	148	132	146	133	136
	1955	155	135	160	133	173	179	161	181	164	165
	1956	173	151	174	148	198	197	177	204	183	185
	1957 ¹⁾	186	165	184	160	212	210	189	218	197	199
6. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1951	113	124	115	119	114	119	118	113	120	117
	1952	125	150	126	145	127	132	130	125	131	130
	1953	132	163	134	154	136	142	139	133	139	139
	1954	146	182	147	187	148	159	154	145	154	154
	1955	168	243	168	265	176	182	173	167	180	183
	1956	185	277	184	320	193	201	188	181	195	202
	1957 ¹⁾	200	307	196	367	205	213	199	193	205	217
7. Banken und Privatversicherungen	1951	122	120	124	116	127	133	119	120	123	124
	1952	125	122	130	109	143	150	123	129	135	135
	1953	136	131	143	119	161	160	133	142	148	149
	1954	157	146	168	143	182	182	154	170	171	171
	1955	191	171	196	165	238	222	179	192	205	208
	1956	222	196	230	186	277	264	209	219	238	242
	1957 ¹⁾	257	227	267	227	327	313	238	246	269	281
8. Wohnungsvermietung	1951	71	79	67	76	73	74	63	72	74	72
	1952	67	79	62	77	75	71	62	70	75	72
	1953	100	105	95	108	115	113	110	106	110	109
	1954	112	121	115	129	144	139	139	128	133	133
	1955	112	127	125	142	158	154	153	155	150	147
	1956	133	149	157	177	189	195	195	191	186	181
	1957 ¹⁾	145	162	167	200	211	214	214	218	209	201
9. Staat (einschließlich Verteidigung)	1951	112	108	113	115	118	110	130	115	111	114
	1952	123	127	129	144	137	124	168	135	127	133
	1953	134	137	138	155	153	133	179	146	136	144
	1954	142	146	146	163	168	143	194	159	143	155
	1955	151	154	159	178	185	155	220	180	158	171
	1956	172	164	180	200	208	174	244	201	182	193
	1957 ¹⁾	191	176	197	212	227	190	267	223	199	211
10. Sonstige Dienstleistungen	1951	109	114	115	111	116	116	116	118	112	115
	1952	118	128	126	125	131	131	130	136	125	129
	1953	126	142	141	137	148	147	151	153	138	144
	1954	135	157	155	151	165	162	166	170	151	159
	1955	152	176	176	176	193	190	192	196	173	184
	1956	169	196	200	199	225	212	217	226	194	209
	1957 ¹⁾	178	212	214	215	241	231	236	245	208	225
<u>Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten</u>	1951	114	118	119	115	128	124	125	124	121	123
	1952	121	124	128	128	138	130	133	132	128	132
	1953	128	132	138	137	149	140	142	140	136	141
	1954	137	147	149	158	163	156	154	156	149	155
	1955	153	170	168	189	188	179	179	181	171	178
	1956	169	189	184	215	208	196	194	199	187	196
	1957 ¹⁾	187	204	200	230	224	209	211	213	201	212

1) Vorläufige Ergebnisse.

Die Zuwachsraten (in vH) der Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen und des Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten in den Ländern und im Bundesgebiet 1951 bis 1957¹⁾

Wirtschaftsbereiche	Jahre	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Bundesgebiet
1. Landwirtschaft, Forstwirtschaft u. Fischerei	1951	11,0	11,8	17,1	31,7	22,1	23,2	25,9	27,1	22,0	21,3
	1952	8,7	2,5	14,2	-0,2	10,3	4,3	-0,5	5,0	7,3	8,0
	1953	-0,3	2,1	3,1	7,1	-3,2	1,3	-1,7	-4,1	2,8	0,2
	1954	-1,4	1,8	-2,0	5,9	2,9	4,7	5,0	6,1	1,4	1,9
	1955	6,7	14,1	0,9	1,1	9,2	3,5	5,5	14,3	5,3	6,5
	1956	10,1	13,1	5,3	10,8	1,4	6,0	6,4	4,4	10,0	6,2
	1957	15,4	0,6	14,9	5,4	9,3	3,1	17,0	8,9	11,3	11,3
2. Bergbau und Energiewirtschaft	1951	11,1	17,6	18,0	4,8	24,0	15,2	10,2	17,1	23,0	22,1
	1952	12,1	20,3	12,6	24,6	21,7	10,2	15,2	22,4	17,2	19,8
	1953	-7,9	12,0	13,7	-10,5	18,1	7,1	8,6	-11,3	4,2	14,4
	1954	16,5	21,3	7,8	29,0	6,5	17,0	7,3	19,4	16,4	8,5
	1955	20,5	8,0	8,2	18,3	6,0	8,3	11,4	1,1	9,3	6,7
	1956	4,7	14,7	12,5	8,6	13,3	11,0	1,5	10,4	9,3	12,5
	1957	7,3	-1,6	18,2	-5,0	9,4	3,0	7,5	1,7	4,5	9,2
3. Verarbeitendes Gewerbe	1951	24,2	26,7	33,5	30,3	41,4	30,1	30,9	30,6	30,2	34,3
	1952	3,5	0,2	0,7	18,8	1,3	2,0	-2,1	3,0	1,4	1,6
	1953	5,2	11,5	8,2	5,2	4,9	8,4	7,5	6,2	5,5	6,2
	1954	12,2	15,2	11,7	26,8	11,3	14,4	12,6	12,8	13,8	12,7
	1955	9,0	11,0	15,2	14,0	14,1	13,3	19,8	15,0	14,0	14,3
	1956	8,3	7,6	8,2	6,0	8,2	8,6	5,8	9,2	6,0	7,9
	1957	9,3	8,6	7,5	6,9	7,5	7,1	10,1	6,1	7,4	7,4
4. Baugewerbe	1951	-2,8	4,5	6,3	-9,5	19,7	13,8	26,6	11,0	8,9	12,6
	1952	3,5	0,1	8,6	0,5	8,8	11,5	28,8	11,1	3,7	8,9
	1953	25,5	7,8	23,6	9,5	20,1	14,0	16,2	17,9	13,5	18,2
	1954	10,4	7,3	8,6	8,7	7,1	7,9	-4,1	12,3	15,7	8,8
	1955	24,9	27,8	28,9	38,1	24,3	27,6	21,7	24,6	26,1	23,7
	1956	11,6	18,4	11,4	18,3	11,6	7,3	10,7	10,7	8,4	10,9
	1957	8,8	-4,5	-0,6	-4,0	1,4	-3,1	-8,6	2,1	-1,9	-0,2
5. Handel	1951	18,7	13,3	12,0	5,2	-8,1	32,7	23,5	22,6	17,8	19,4
	1952	2,2	0,1	4,5	-1,6	7,4	-0,8	1,5	5,5	2,2	3,9
	1953	5,2	-5,8	3,1	6,5	4,3	2,6	2,4	3,2	2,2	2,6
	1954	3,8	6,7	11,1	3,9	3,9	9,7	2,5	9,4	8,0	6,6
	1955	17,2	18,7	19,1	16,3	23,1	20,9	22,3	24,0	23,4	21,8
	1956	11,2	11,7	9,0	11,4	14,5	10,1	10,1	12,5	11,4	12,2
	1957	7,9	8,9	5,9	7,6	7,1	6,5	6,7	7,0	7,9	7,2
6. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1951	12,8	24,3	15,2	18,7	13,7	19,3	17,6	13,3	20,1	16,7
	1952	10,7	21,1	9,7	22,3	11,4	10,3	10,7	10,3	8,8	11,7
	1953	6,0	8,3	5,7	5,8	7,3	7,9	7,0	6,4	6,5	6,9
	1954	10,1	11,7	10,0	22,0	8,8	12,0	10,4	9,3	10,6	10,5
	1955	14,9	33,5	14,4	41,2	19,2	14,4	12,6	14,6	16,8	19,1
	1956	10,5	14,2	9,4	20,8	9,2	10,7	8,3	8,8	8,9	10,4
	1957	8,0	10,8	6,7	14,9	6,4	5,7	5,9	6,3	4,8	7,1
7. Banken und Privatversicherungen	1951	22,4	19,7	24,0	16,2	27,0	33,5	18,6	20,3	23,0	24,3
	1952	2,5	1,8	4,9	-6,2	13,0	12,6	3,3	6,9	9,4	8,6
	1953	8,8	7,3	10,1	9,3	12,0	6,5	8,9	10,6	10,3	10,1
	1954	15,1	11,8	17,4	19,4	13,4	13,7	15,4	19,2	15,5	15,1
	1955	21,5	16,9	16,9	15,6	30,5	21,8	16,5	13,4	19,3	21,8
	1956	16,2	14,7	17,1	12,6	16,5	16,8	16,8	14,0	16,2	16,2
	1957	16,1	16,0	16,1	22,1	18,0	18,7	13,4	12,5	13,4	16,1
8. Wohnungsvermietung	1951	-29,1	-20,7	-32,5	-24,3	-27,1	-25,7	-36,8	-28,4	-26,0	-27,7
	1952	-6,1	-0,8	-7,9	1,4	2,9	-4,9	-1,2	-1,7	1,2	-0,8
	1953	50,0	33,2	52,8	40,4	53,4	60,0	76,9	50,4	47,4	51,6
	1954	12,6	15,2	21,1	19,5	24,8	23,3	25,8	21,4	20,9	22,0
	1955	-0,3	5,1	8,8	10,0	10,0	10,3	10,3	20,5	12,2	11,2
	1956	18,8	17,4	25,5	25,0	19,5	26,8	27,1	23,6	24,4	22,6
	1957	8,6	8,8	6,6	13,1	12,0	9,8	9,6	13,9	12,2	11,2
9. Staat (einschließlich Verteidigung)	1951	11,8	7,7	12,6	15,4	18,0	9,6	29,6	15,5	11,3	14,5
	1952	10,0	17,7	14,3	24,5	15,7	13,6	29,7	17,3	14,0	16,0
	1953	8,8	7,8	7,2	7,8	12,2	7,1	6,6	7,8	7,3	8,7
	1954	6,1	7,1	5,7	5,5	9,7	7,5	8,2	8,9	5,4	7,6
	1955	6,7	5,5	9,2	8,8	10,0	7,9	13,5	13,0	10,1	9,9
	1956	13,8	6,4	13,3	12,8	12,7	12,7	10,8	12,1	15,5	12,7
	1957	10,8	7,3	9,2	5,8	9,0	9,3	9,4	10,9	9,1	9,3
10. Sonstige Dienstleistungen	1951	9,1	14,2	14,8	11,3	16,3	15,8	15,6	17,6	12,3	14,9
	1952	7,9	12,1	9,8	12,1	12,2	12,8	12,2	15,2	11,7	12,1
	1953	7,2	11,2	11,9	10,2	13,3	12,8	16,0	13,2	10,4	12,2
	1954	7,3	10,3	9,9	9,6	11,3	9,8	10,5	11,1	9,3	10,3
	1955	11,9	12,1	13,5	16,6	17,4	17,7	15,4	15,2	14,4	15,4
	1956	11,6	11,5	13,6	13,5	16,3	11,5	12,9	14,9	12,0	13,8
	1957	5,2	8,2	7,2	6,7	7,3	8,8	9,0	8,4	7,4	7,6
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten	1951	14,0	17,6	19,1	14,7	28,1	23,6	25,3	23,6	20,9	23,3
	1952	6,1	5,3	7,5	11,8	7,6	5,4	5,8	6,5	5,7	6,7
	1953	6,2	6,5	7,9	6,6	8,5	7,6	6,9	6,1	6,2	7,3
	1954	7,0	11,1	7,8	15,9	9,0	11,2	8,3	11,4	10,0	9,7
	1955	11,5	16,2	12,6	19,5	15,2	14,6	16,3	16,2	14,3	14,9
	1956	10,7	10,9	9,7	12,3	10,8	9,9	8,4	10,1	9,6	10,2
	1957	10,1	8,2	8,8	8,3	7,8	6,7	8,7	7,0	7,6	7,8

1) 1957 vorläufige Ergebnisse.

Die Anteile der Wirtschaftsbereiche am Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten in den Ländern
und im Bundesgebiet 1950 und 1957 ¹⁾
(in vH)

Wirtschaftsbereiche	Schleswig-Holstein		Hamburg		Niedersachsen		Bremen		Nordrhein-Westfalen		Hessen		Rheinland-Pfalz		Baden-Württemberg		Bayern		Bundesgebiet	
	1950	1957	1950	1957	1950	1957	1950	1957	1950	1957	1950	1957	1950	1957	1950	1957	1950	1957	1950	1957
1. Landwirtschaft, Forstwirtschaft u. Fischerei	21,9	18,8	1,0	0,7	20,1	16,5	3,2	2,4	5,5	4,0	10,3	7,7	16,4	13,3	11,3	9,4	16,7	14,6	11,2	8,9
2. Bergbau und Energiewirtschaft	1,6	1,6	1,7	1,9	5,2	6,1	2,0	1,6	10,7	11,9	2,1	2,0	1,5	1,2	1,4	1,2	2,5	2,7	5,1	5,8
3. Verarbeitendes Gewerbe	24,3	25,5	31,1	32,2	27,8	30,3	26,0	30,2	40,2	39,8	36,1	37,4	36,1	37,2	44,6	44,9	33,9	34,6	36,4	37,3
4. Baugewerbe	7,1	8,0	5,3	4,9	5,8	6,4	7,6	5,6	6,1	6,4	6,5	6,4	5,9	6,2	6,5	6,9	6,2	6,1	6,2	6,4
5. Handel	13,0	13,0	27,5	22,2	12,4	11,5	25,7	17,8	14,0	13,2	14,3	14,3	12,4	11,1	11,2	11,5	11,6	11,4	13,9	13,1
6. Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	7,0	7,5	10,8	16,3	7,5	7,3	14,0	22,4	6,5	6,0	7,8	8,0	8,4	8,0	6,2	5,6	7,0	7,2	7,3	7,4
7. Banken und Privatversicherungen	2,3	3,2	4,5	5,1	2,2	2,9	4,1	4,1	2,6	3,9	3,3	4,9	1,9	2,2	3,1	3,5	3,0	4,1	2,8	3,8
8. Wohnungsvermietung	1,6	1,2	1,4	1,1	1,3	1,1	1,5	1,3	1,2	1,1	1,3	1,3	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	1,5	1,3	1,2
9. Staat (einschließlich Verteidigung)	13,4	13,7	9,7	8,3	11,0	10,8	9,8	9,0	7,5	7,6	11,3	10,2	9,9	12,5	8,7	9,2	10,1	10,0	9,4	9,3
10. Sonstige Dienstleistungen	7,8	7,5	7,0	7,3	6,7	7,1	6,1	5,6	5,7	6,1	7,0	7,8	6,2	7,0	5,6	6,4	7,6	7,8	6,4	6,8
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Tabelle 9

Die Anteile der Länder am Bundesergebnis 1950 und 1957 ¹⁾ in vH

(Anteile am Netto-Inlandsprodukt und an der Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche)

Wirtschaftsbereiche	Schleswig-Holstein		Hamburg		Niedersachsen		Bremen		Nordrhein-Westfalen		Hessen		Rheinland-Pfalz		Baden-Württemberg		Bayern		Bundesgebiet	
	1950	1957	1950	1957	1950	1957	1950	1957	1950	1957	1950	1957	1950	1957	1950	1957	1950	1957	1950	1957
1. Landwirtschaft, Forstwirtschaft u. Fischerei	7,5	7,2	0,5	0,5	20,9	20,4	0,5	0,5	16,1	15,5	8,0	7,5	7,5	7,6	14,6	15,3	24,4	25,5	100	100
2. Bergbau und Energiewirtschaft	1,2	0,9	1,9	1,9	11,7	11,5	0,6	0,5	67,7	71,0	3,6	3,0	1,4	1,1	4,0	2,9	7,9	7,2	100	100
3. Verarbeitendes Gewerbe	2,6	2,3	4,9	4,8	8,9	8,9	1,2	1,5	35,9	36,8	8,6	8,7	5,1	5,1	17,6	17,5	15,2	14,4	100	100
4. Baugewerbe	4,4	4,2	4,9	4,3	11,0	11,1	2,1	1,6	32,0	34,4	9,2	8,7	4,9	5,0	15,1	15,8	16,4	14,9	100	100
5. Handel	3,6	3,4	11,4	9,5	10,4	9,6	3,1	2,5	32,7	34,9	9,0	9,4	4,5	4,3	11,6	12,8	13,7	13,6	100	100
6. Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	3,8	3,4	8,6	12,2	11,9	10,8	3,2	5,5	29,2	27,6	9,4	9,2	5,9	5,4	12,3	11,0	15,7	14,9	100	100
7. Banken und Privatversicherungen	3,1	2,8	9,2	7,5	8,7	8,3	2,4	2,0	30,3	35,2	10,0	11,1	3,5	2,9	15,4	13,5	17,4	16,7	100	100
8. Wohnungsvermietung	4,5	3,3	6,1	4,9	11,5	9,6	1,9	1,9	29,7	31,2	8,5	9,0	5,1	5,4	15,4	16,7	17,3	18,0	100	100
9. Staat (einschließlich Verteidigung)	5,5	5,0	6,0	5,0	13,7	12,8	1,7	1,8	26,1	28,2	10,5	9,5	5,4	6,8	13,5	14,3	17,6	16,6	100	100
10. Sonstige Dienstleistungen	4,7	3,7	6,3	5,9	12,1	11,5	1,6	1,5	28,9	30,9	9,6	9,8	5,0	5,2	12,5	13,6	19,3	17,9	100	100
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten	3,8	3,4	5,8	5,6	11,6	11,0	1,7	1,8	32,6	34,5	8,7	8,6	5,1	5,1	14,4	14,5	16,3	15,5	100	100

1) 1957 vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 10

Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen 1950 bis 1956 nach Bundesländern
in jeweiligen Preisen ¹⁾

Länder	1950	1951	1952	1953	1954	1955 2)	1956 2)
Grundzahlen (in Mio DM)							
Schleswig-Holstein	3 607	4 146	4 574	4 827	5 092	5 646	6 165
Hamburg	6 401	7 313	8 287	8 907	9 545	11 010	12 347
Niedersachsen	11 132	13 301	14 843	15 999	17 059	19 058	20 730
Bremen	1 943	2 264	2 694	2 812	2 861	3 291	3 665
Nordrhein-Westfalen	31 355	40 051	45 353	49 024	52 296	60 040	65 990
Hessen	8 310	10 304	11 393	12 240	13 406	15 284	16 733
Rheinland-Pfalz	5 075	6 323	7 014	7 493	8 091	9 142	9 667
Baden-Württemberg	13 829	17 069	19 116	20 315	22 187	25 569	28 243
Bayern	15 500	18 765	20 744	21 988	23 872	27 243	29 528
Bundesgebiet	97 151	119 536	134 020	143 606	154 407	176 282	193 069
Meßzahlen (1950 = 100)							
Schleswig-Holstein	100	115	127	134	141	157	171
Hamburg	100	114	129	139	149	172	193
Niedersachsen	100	119	133	144	153	171	186
Bremen	100	117	139	145	147	169	189
Nordrhein-Westfalen	100	128	145	156	167	191	210
Hessen	100	124	137	147	161	184	201
Rheinland-Pfalz	100	125	138	148	159	180	191
Baden-Württemberg	100	123	138	147	160	185	204
Bayern	100	121	134	142	154	176	191
Bundesgebiet	100	123	138	148	159	181	199
Zunahme gegenüber dem Vorjahr in vH							
Schleswig-Holstein	.	14,9	10,3	5,5	5,5	10,9	9,2
Hamburg	.	14,3	13,3	7,5	7,2	15,3	12,1
Niedersachsen	.	19,5	11,6	7,8	6,6	11,7	8,8
Bremen	.	16,5	19,0	4,4	1,7	15,0	11,4
Nordrhein-Westfalen	.	27,7	13,2	8,1	6,7	14,8	9,9
Hessen	.	24,0	10,6	7,4	9,5	14,0	9,5
Rheinland-Pfalz	.	24,6	10,9	6,8	8,0	13,0	5,8
Baden-Württemberg	.	23,4	12,0	6,3	9,2	15,2	10,5
Bayern	.	21,1	10,5	6,0	8,6	14,1	8,4
Bundesgebiet	.	23,0	12,1	7,2	7,5	14,2	9,5

1) Um Scheingewinne bzw. -verluste bereinigt.- 2) Vorläufige Ergebnisse.
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Tabelle 11

Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen 1950 bis 1956 nach Bundesländern
in Preisen von 1954

Länder	1950	1951	1952	1953	1954	1955 1)	1956 1)
Grundzahlen (in Mio DM)							
Schleswig-Holstein	4 151	4 395	4 578	4 847	5 092	5 445	5 724
Hamburg	7 387	7 573	8 162	8 885	9 545	10 815	11 772
Niedersachsen	12 841	14 091	14 863	16 043	17 059	18 526	19 416
Bremen	2 237	2 345	2 653	2 804	2 861	3 219	3 476
Nordrhein-Westfalen	36 396	41 933	45 178	48 968	52 296	59 198	62 786
Hessen	9 555	10 749	11 315	12 254	13 406	14 930	15 804
Rheinland-Pfalz	5 770	6 586	6 973	7 505	8 091	8 932	9 104
Baden-Württemberg	15 678	17 572	18 886	20 304	22 187	25 134	26 877
Bayern	17 724	19 635	20 661	22 040	23 872	26 572	27 783
Bundesgebiet	111 740	124 880	133 270	143 650	154 407	172 770	182 740
Meßzahlen (1950 = 100)							
Schleswig-Holstein	100	106	110	117	123	131	138
Hamburg	100	103	110	120	129	146	159
Niedersachsen	100	110	116	125	133	144	151
Bremen	100	105	119	125	128	144	155
Nordrhein-Westfalen	100	115	124	135	144	163	173
Hessen	100	113	118	128	140	156	165
Rheinland-Pfalz	100	114	121	130	140	155	158
Baden-Württemberg	100	112	120	130	142	160	171
Bayern	100	111	117	124	135	150	157
Bundesgebiet	100	112	119	129	138	155	164
Zunahme gegenüber dem Vorjahr in vH							
Schleswig-Holstein	.	5,9	4,2	5,9	5,0	6,9	5,1
Hamburg	.	2,5	7,8	8,9	7,4	13,3	8,9
Niedersachsen	.	9,7	5,5	7,9	6,3	8,6	4,8
Bremen	.	4,8	13,1	5,7	2,0	12,5	8,0
Nordrhein-Westfalen	.	15,2	7,7	8,4	6,8	13,2	6,1
Hessen	.	12,5	5,3	8,3	9,4	11,4	5,9
Rheinland-Pfalz	.	14,1	5,9	7,6	7,8	10,4	1,9
Baden-Württemberg	.	12,1	7,5	7,5	9,3	13,3	6,9
Bayern	.	10,8	5,2	6,7	8,3	11,3	4,6
Bundesgebiet	.	11,8	6,7	7,8	7,5	11,9	5,8

1) Vorläufige Ergebnisse.- Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Tabelle 12

Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen nach der wertmäßigen und realen Entwicklung
in den Ländern und im Bundesgebiet 1950 bis 1956

Länder	a = Brutto-Inlandspr. zu Marktpreisen (jeweilige Preise) in Mio DM ¹⁾ b = Brutto-Inlandspr. zu Marktpreisen (Preise d. Jahres 1954) in Mio DM c = Preiskomponente d = Preisentwicklung	1950	1951	1952	1953	1954	1955 ²⁾	1956 ²⁾
		Schleswig-Holstein	a	3 607	4 146	4 574	4 827	5 092
	b	4 151	4 395	4 578	4 847	5 092	5 445	5 724
	c	0,869	0,943	0,999	0,996	1,000	1,037	1,077
	d	100	108,5	115,0	114,6	115,1	119,3	123,9
Hamburg	a	6 401	7 313	8 287	8 907	9 545	11 010	12 347
	b	7 387	7 573	8 162	8 885	9 545	10 815	11 772
	c	0,867	0,966	1,015	1,002	1,000	1,018	1,049
	d	100	111,4	117,1	115,6	115,3	117,4	121,0
Niedersachsen	a	11 132	13 301	14 843	15 999	17 059	19 058	20 730
	b	12 841	14 091	14 863	16 043	17 059	18 526	19 416
	c	0,867	0,944	0,999	0,997	1,000	1,029	1,068
	d	100	108,9	115,2	115,0	115,3	118,7	123,2
Bremen	a	1 943	2 264	2 694	2 812	2 861	3 291	3 665
	b	2 237	2 345	2 653	2 804	2 861	3 219	3 476
	c	0,869	0,965	1,015	1,003	1,000	1,022	1,054
	d	100	111,0	116,8	115,4	115,1	117,6	121,3
Nordrhein-Westfalen	a	31 355	40 051	45 353	49 024	52 296	60 040	65 990
	b	36 396	41 933	45 178	48 968	52 296	59 198	62 786
	c	0,861	0,955	1,004	1,001	1,000	1,014	1,051
	d	100	110,9	116,6	116,3	116,1	117,8	122,1
Hessen	a	8 310	10 304	11 393	12 240	13 406	15 284	16 733
	b	9 555	10 749	11 315	12 254	13 406	14 930	15 804
	c	0,870	0,959	1,007	0,999	1,000	1,024	1,059
	d	100	110,2	115,7	114,8	114,9	117,7	121,7
Rheinland-Pfalz	a	5 075	6 323	7 014	7 493	8 091	9 142	9 667
	b	5 770	6 586	7 973	7 505	8 091	8 932	9 104
	c	0,880	0,960	1,006	0,998	1,000	1,024	1,062
	d	100	109,1	114,3	113,4	113,6	116,4	120,7
Baden-Württemberg	a	13 829	17 069	19 116	20 315	22 187	25 569	28 243
	b	15 678	17 572	18 886	20 304	22 187	25 134	26 877
	c	0,882	0,971	1,012	1,001	1,000	1,017	1,051
	d	100	110,1	114,7	113,5	113,4	115,3	119,2
Bayern	a	15 500	18 765	20 744	21 988	23 872	27 243	29 528
	b	17 724	19 635	20 661	22 040	23 872	26 572	27 783
	c	0,875	0,956	1,004	0,998	1,000	1,025	1,063
	d	100	109,3	114,7	114,1	114,3	117,1	121,5
Bundesgebiet	a	97 151	119 536	134 020	143 606	154 407	176 282	193 069
	b	111 740	124 880	133 270	143 650	154 407	172 770	182 740
	c	0,869	0,957	1,006	1,000	1,000	1,020	1,057
	d	100	110,1	115,8	115,1	115,1	117,4	121,6

1) Um Scheingewinne bzw. -verluste bereinigt.- 2) Vorläufige Ergebnisse.

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Tabelle 13

Die Zuwachsraten des Inlandsprodukts nach Bundesländern 1951 bis 1956
(in vH)

a) Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten - in jeweiligen Preisen - 1)
 b) Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen - in jeweiligen Preisen - 2)
 c) Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen - in Preisen von 1954 - 1)

Länder		1951	1952	1953	1954	1955	1956
Schleswig-Holstein	a	14,0	6,1	6,2	7,0	11,5	10,7
	b	14,9	10,3	5,5	5,5	10,9	9,2
	c	5,9	4,2	5,9	5,0	6,9	5,1
Hamburg	a	17,6	5,3	6,5	11,1	16,2	10,9
	b	14,3	13,3	7,5	7,2	15,3	12,1
	c	2,5	7,8	8,9	7,4	13,3	8,9
Niedersachsen	a	19,1	7,5	7,9	7,8	12,6	9,7
	b	19,5	11,6	7,8	6,6	11,7	8,8
	c	9,7	5,5	7,9	6,3	8,6	4,8
Bremen	a	14,7	11,8	6,6	15,9	19,5	12,3
	b	16,5	19,0	4,4	1,7	15,0	11,4
	c	4,8	13,1	5,7	2,0	12,5	8,0
Nordrhein-Westfalen	a	28,1	7,6	8,5	9,0	15,2	10,8
	b	27,7	13,2	8,1	6,7	14,8	9,9
	c	15,2	7,7	8,4	6,8	13,2	6,1
Hessen	a	23,6	5,4	7,6	11,2	14,6	9,9
	b	24,0	10,6	7,4	9,5	14,0	9,5
	c	12,5	5,3	8,3	9,4	11,4	5,9
Rheinland-Pfalz	a	25,3	5,8	6,9	8,3	16,3	8,4
	b	24,6	10,9	6,8	8,0	13,0	5,8
	c	14,1	5,9	7,6	7,8	10,4	1,9
Baden-Württemberg	a	23,6	6,5	6,1	11,4	16,2	10,1
	b	23,4	12,0	6,3	9,2	15,2	10,5
	c	12,1	7,5	7,5	9,3	13,3	6,9
Bayern	a	20,9	5,7	6,2	10,0	14,3	9,6
	b	21,1	10,5	6,0	8,6	14,1	8,4
	c	10,8	5,2	6,7	8,3	11,3	4,6
Bundesgebiet	a	23,3	6,7	7,3	9,7	14,9	10,2
	b	23,0	12,1	7,2	7,5	14,2	9,5
	c	11,8	6,7	7,8	7,5	11,9	5,8

1) Um Scheingewinne bzw. -verluste nicht bereinigt. - 2) Um Scheingewinne bzw. -verluste bereinigt.

Tabelle 14

Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen und das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten
in Hamburg 1950 bis 1956

Brutto- bzw. Netto-Inlandsprodukt	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
Grundzahlen (in Mio DM)							
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten	4 412	5 189	5 466	5 823	6 471	7 520	8 337
Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen (in jeweiligen Preisen)	6 401	7 313	8 287	8 907	9 545	11 010 1)	12 347 1)
Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen (in Preisen von 1954)	7 387	7 573	8 162	8 885	9 545	10 815 1)	11 772 1)
Anteile Hamburgs am Bundesergebnis in vH							
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten	5,8	5,5	5,5	5,4	5,5	5,6	5,6
Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen (in jeweiligen Preisen)	6,6	6,1	6,2	6,2	6,2	6,2 1)	6,4 1)
Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen (in Preisen von 1954)	6,6	6,0	6,1	6,2	6,2	6,3 1)	6,4 1)
Zunahme gegenüber dem Vorjahr in vH							
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten	.	17,6	5,3	6,5	11,1	16,2	10,9
Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen (in jeweiligen Preisen)	.	14,3	13,3	7,5	7,2	15,3 1)	12,1 1)
Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen (in Preisen von 1954)	.	2,5	7,8	8,9	7,4	13,3 1)	8,9 1)
Meßzahlen (1950 = 100)							
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten	100	118	124	132	147	170	189
Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen (in jeweiligen Preisen)	100	114	129	139	149	172 1)	193 1)
Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen (in Preisen von 1954)	100	103	110	120	129	146 1)	159 1)

1) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 15

Das Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen und das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten
in Hamburg 1950 bis 1957 je Beschäftigten

Jahre	Beschäftigte in Hamburg 1)	Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen				Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten	
		in jeweiligen Preisen 2)		in Preisen von 1954		in jeweiligen Preisen	
		in Mio DM	je Besch. (DM)	in Mio DM	je Besch. (DM)	in Mio DM	je Besch. (DM)
Grundzahlen							
1950	742 490	6 401	8 621	7 387	9 949	4 412	5 942
1951	760 900	7 313	9 611	7 573	9 953	5 189	6 819
1952	773 500	8 287	10 713	8 162	10 552	5 466	7 066
1953	799 600	8 907	11 139	8 885	11 111	5 823	7 282
1954	826 400	9 545	11 550	9 545	11 550	6 471	7 830
1955	882 600	11 010 3)	12 474 3)	10 815 3)	12 253 3)	7 520	8 520
1956	930 700	12 347 3)	13 267 3)	11 772 3)	12 649 3)	8 337	8 958
1957	948 800	9 022 3)	9 508 3)
Meßzahlen (1950 = 100)							
1951	102	114	111	103	100	118	115
1952	104	129	124	110	106	124	119
1953	108	139	129	120	112	132	123
1954	111	149	134	129	116	147	132
1955	119	172 3)	145 3)	146 3)	123 3)	170	143
1956	125	193 3)	154 3)	159 3)	127 3)	189	151
1957	128	204 3)	160 3)

1) Für 1950: Zahlen aus der Arbeitsstättenzählung und aus der landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949; ab 1951: Zahlen aus der Arbeitsmarktstatistik mit einem geschätzten Zuschlag für tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige.- 2) Umscheingewinne bzw. -verluste bereinigt.- 3) Vorläufige Ergebnisse.

GP 1979/988

Statistisches Landesamt
Hamburg
- BIBLIOTHEK -

8/13	H/m	1958
1221/6		

4. Ex

